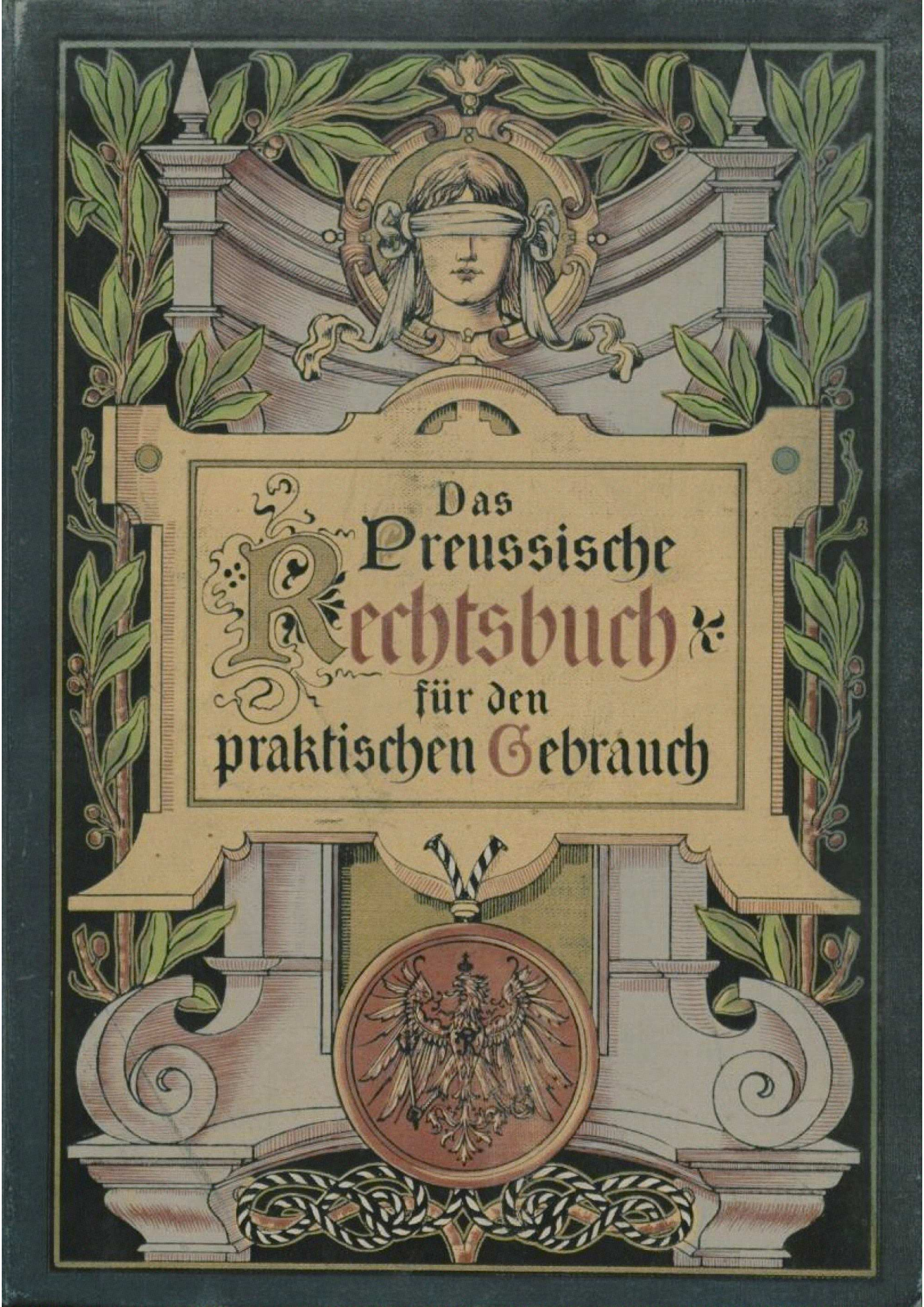

Das
Preussische
Rechtsbuch
für den
praktischen Gebrauch



Ewiger Bund

https://www.ewigerbund.org



Vaterländischer Hilfsdienst

https://www.hilfsdienst.net/



Das
Preussische Rechtsbuch.

Band I.

Die Sammlung wird dem Fortſchreiten der Geſetzgebung entſprechend durch Ergänzungen auf dem Laufenden erhalten.

Dieſe Nachträge, welche je nach Bedarf von Zeit zu Zeit erſcheinen, ſollen ſowohl die ergehenden neuen Beſtimmungen als auch die Abänderungen der bisherigen enthalten. Sie werden in einzelnen Druckbogen zum Preiſe von je 15 Pfg. (16 Druckſeiten) auf Wunſch nachgeliefert.

Die Verlagsbuchhandlung.

Das Preußische Rechtsbuch.

Sammlung
der
Preussischen Gesetze, Verordnungen und Ministerialverfügungen
einschließlich des noch in Geltung gebliebenen
Allgemeinen Landrechts für die preußischen Staaten
in den
nach dem 1. Januar 1900 geltenden Originaltexten
mit gemeinverständlichen Erläuterungen
nebst zahlreichen Beispielen und Formularen.

Zum praktischen Gebrauch für jedermann
herausgegeben von
Dr. jur. Ferdinand Gebhard und **Dr. jur. Josef P. Lutz,**
Herausgebern des „Neuen Deutschen Rechtsbuches".

Mit einem Vorwort
von
Dr. jur. Georg Kautz,
Regierungsrat am Königlichen Polizeipräsidium in Berlin.

Nebst ausführlichem Sachregister
von
Dr. jur. Fritz Ehrhardt.

Erster Band.

Berlin.
Verlag von W. Herlet.
Abt. für Rechtswissenschaft.
1900.

Typograph-Maschinensatz von Oscar Brandstetter, Leipzig.

Vorwort.

Der juristische Büchermarkt hat in den letzten Jahren zu einem großen Teile im Zeichen des Reichsrechtes gestanden. Das Bürgerliche Gesetzbuch und die übrigen, im Anschlusse daran ergangenen neuen Justizgesetze haben ihn beherrscht. Kommentare und systematische Darstellungen, Handausgaben und große Erläuterungswerke wetteifern darum, das neue Recht einzubürgern, es zum Gemeingute der deutschen Nation zu machen; neben wahren Perlen juristischen Scharfsinnes und mit Verständnis gepaarten Fleißes befindet sich so manches darunter, was vor dem kritischen Auge der Praxis, wie die Spreu vor dem Winde, verschwinden wird.

Damit soll nicht etwa ein Vorwurf gegen den heutigen Stand der juristischen Wissenschaft ausgesprochen sein.

Wo ein Gesetz so tief die Axt an die Wurzeln legt, wie das Bürgerliche Gesetzbuch, wo hundertjähriges Recht weggefegt wird von einem neuen Herrn, da entsteht ein breiter Raum für deutschen Fleiß und deutsches Streben — und es ist fürwahr die Gründlichkeit, mit der der deutsche Juristenstand sich dem neuen Rechte in Schrift und Wort zugewendet hat, vollster Anerkennung wert.

Indessen es wohnt hinter dem hohen, nicht leicht zu erklimmenden Berge des Reichsrechtes noch ein anderes Recht, das Recht der Einzelstaaten, das die weitesten Gebiete der Praxis beherrscht und dessen genaue Kenntnis im bürgerlichen Leben erst recht unerläßlich ist.

Man muß es deshalb mit besonderer Freude begrüßen, wenn sich erfahrene Männer der Praxis dem Landesrechte widmen und mit Erfolg bemüht sind, es dem praktischen Leben zu erschließen.

Hierher gehört das mir vorgelegte Werk „Das Preußische Rechtsbuch“, und ich bin um so lieber der Aufforderung gefolgt, ihm einige Geleitworte auf den Weg mitzugeben, als ich mich in eingehender Prüfung von der wohlgelungenen Durchführung des Planes habe überzeugen können.

„Das Preußische Rechtsbuch“ ist eine groß angelegte Arbeit. Es bildet ein Seitenstück zu dem von denselben Herausgebern zusammengestellten „Neuen Deutschen Rechtsbuche“ und mit diesem eine juristische Hausbibliothek in seltener Vollständigkeit. Privates und öffentliches, älteres und neues preußisches Recht ist sorgsam zusammengetragen und systematisch aneinander gereiht worden.

Die Herausgeber haben sich aber nicht blos auf die Gesetze im eigentlichen Sinne des Wortes beschränkt, sondern das Gesetzesrecht durch Königliche Verordnungen, Kabinetsordres und Erlasse, sowie durch alle allgemeinen Ministerial-Verfügungen, soweit diese zur Abrundung des Ganzen unentbehrlich erscheinen, vervollständigt.

Der nähere Inhalt geht aus dem Inhaltsverzeichnisse hervor. Hier mag nur erwähnt werden, daß der erste, über 800 Seiten starke Band des Werkes u. a. alle preußischen Ausführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche und den übrigen neuen Justizgesetzen und alle dazu ergangenen Königlichen Verordnungen und allgemeinen Verfügungen, sowie die einschlägigen Gesetze, ferner die preußischen Gesetze auf dem Gebiete des Feld-, Forst-, Jagd- und Fischereiwesens, des Steuerwesens, des Gesinderechtes und des Lotteriewesens enthält. Der zweite Band bietet die gesetzlichen ꝛc. Bestimmungen über preußische Staatsverfassung und Staatsverwaltung, über Kommunalverbände, über Staats- und Kommunalbeamte, über Polizeiverwaltung und Polizeiwesen, Kultus und Unterricht und vor allem auch das Allgemeine Landrecht für die Preußischen Staaten, soweit es von dem Bürgerlichen Gesetzbuche unberührt gelassen ist.

Die Vorzüge des Werkes sind einmal ein korrekter Gesetzestext. Veraltetes ist ausgeschieden, auf den Zusammenhang zwischen älteren und neueren und zwischen Landes- und Reichsgesetzen durch Anziehung von Parallelstellen hingewiesen und überall der heute geltende Text aufgenommen worden.

Schon diese Zusammenstellung des zerstreuten, vielfach abgeänderten Gesetzesmateriales ist recht verdienstvoll. Den vollen Wert hat das Werk jedoch erst durch die klaren und gemeinverständlichen Erläuterungen zum

Gesetzestexte erhalten, die, abweichend von der üblichen Form, nicht hinter den gesetzlichen Bestimmungen, als Anmerkungen zu ihnen, sondern in der Form von einleitenden Vorbemerkungen vor ihnen gegeben werden.

Es muß als eine glückliche Lösung für ein Volks-Rechtsbuch bezeichnet werden, daß die Anordnung des Stoffes gewissermaßen dazu zwingt, sich zunächst in Sinn und Wesen der gesetzlichen Bestimmung hineinzulesen und erst hinterher mit dem Gesetze selber nähere Bekanntschaft zu machen. Eine solche Methode fördert und erleichtert das Verständnis des Gesetzes. Dieses tritt uns als etwas bereits Bekanntes entgegen und stellt die Ausführung von Grundgedanken dar, die wir bereits in uns aufgenommen und verarbeitet haben. Freilich gehört dazu, daß die Vorbemerkungen auch halten, was man von ihnen nach den soeben geschilderten Gesichtspunkten verlangen muß. Kürze mit Gemeinverständlichkeit zu verbinden und dabei nicht unvollständig und auch nicht unwissenschaftlich zu werden — das ist eine Gabe, die nicht jedem eigen ist. Allein auch diese Bedingung ist in dem Werke erfüllt worden. Die Vorbemerkungen sind nach Inhalt und Form klar und leicht verständlich gehalten. Sie veranschaulichen mit Geschick die Grundgedanken der gesetzlichen Bestimmungen und vergegenwärtigen ihre praktischen Folgen und sind auf diese Weise wohl geeignet, Ratgeber und Wegweiser durch die nicht immer leicht zu handhabenden Gesetze abzugeben. Treffend gewählte Beispiele und an passenden Stellen eingefügte Formulare und Muster aller Art tragen an ihrem Teile dazu bei, das Rechtsbuch zu einem Volksbuche zu machen, das Preußische Landesrecht dem Verkehre des täglichen Lebens aufzuschließen.

Gerade für das letztere hat „das Preußische Rechtsbuch“ große Bedeutung. Es richtet sich weniger an den Gelehrten oder an den geschulten Beamten, wie an das Volk. In des Volkes breiteste Kreise will es das Recht hineintragen, der Handel- und Gewerbetreibende, wie der Landwirt, der Bürger, wie der Bauer, sie alle sollen in dem Werke ein Hand- und Hilfsbuch finden, das ihnen nicht allein die Kenntnis, sondern auch die praktische Anwendung der Gesetze vermittelt. Doch soll damit der Wert des Buches für die Behörden und Beamten nicht unterschätzt werden. Auch für diese, insonderheit für alle Nichtberufsbeamte, ist es als ein praktisch brauchbares Kompendium des Preußischen privaten und öffentlichen Landesrechtes von hoher Bedeutung.

Ein vier Bogen ſtarkes, dreiſpaltiges Sachregiſter wird die Handhabung des Werkes erleichtern. Das Regiſter iſt überaus ſorgſam zuſammengeſtellt und verweiſt nicht nur auf die Seitenzahlen, ſondern auch auf die bezüglichen Paragraphen und Artikel, ſo daß auch der Laie dadurch in den Stand geſetzt wird, ſich in dem Geſamtmateriale mit Leichtigkeit zurechtzufinden.

So möge denn das Werk die Erwartungen erfüllen, die Herausgeber und Verleger daran knüpfen. Möge es hinausgehen zum Volke und dort für ſich ſelber ſprechen. Möge es beitragen zu dem Bewußtſein, daß Geſetze und Rechte, nicht vom Standpunkte des grünen Tiſches, ſondern mit dem lebensfriſchen Auge des Praktikers angewendet, ſich nicht „wie eine ewige Krankheit von Geſchlechtern zu Geſchlechtern forterben“, ſondern Markſteine ſind auf dem Wege zur Pflege von Wohlfahrt und Geſittung, Recht und Gerechtigkeit in Staat und Volk.

Charlottenburg, am 1. April 1900.

Dr. jur. Georg Rauh.

Inhaltsverzeichnis

zum

Preußischen Rechtsbuch.

I. Band.

Mit Hilfe des am Schlusse des II. Bandes beigegebenen ausführlichen nach Schlagwörtern in alphabetischer Reihenfolge geordneten Sachregisters des ganzen Werkes findet man sofort jede gewünschte Auskunft.

Seite

Die Preußischen Ausführungsgesetze zu den Reichsgesetzen. Vorbemerkung. 1

Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. Sept. 1899. 4

— zum Handelsgesetzbuche vom 24. September 1899. . . . 95

— zum Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878. . . . 103

— zur Civilprozeßordnung vom 24. März 1879, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899. 116

— zum Reichsgesetze vom 17. Mai 1898, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung vom 22. September 1899. 119

— zur Grundbuchordnung vom 26. September 1899. . . . 122

— zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 23. September 1899. 136

Preußisches Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899. 151

Die Preußischen Kostengesetze. Vorbemerkung. 189

Preußisches Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1895, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899. 191

Seite

Gebührenordnung für Notare vom 25. Juni 1895, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899. 242

Gesetz, enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher vom 27. September 1899, in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1899. 249

Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtskostengesetze und zu den Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige vom 10. März 1879. § 42. . . 256

Tabellen zu den Preußischen Kostengesetzen. 257

Gesetz, betreffend die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung vom 16. September 1899. 269

Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879. 273

Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879, mit den durch Artikel 84 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgenommenen Aenderungen. 301

Die Preußischen Feld- und Forstgesetze. Vorbemerkung. . . . 322

Gesetz, betreffend den Forstdiebstahl vom 15. April 1878. . . . 326

Feld- und Forst-Polizeigesetz vom 1. April 1880. 332

Die Preußischen Jagdgesetze. Vorbemerkung. 349

Jagdpolizeigesetz vom 7. März 1850. 354

Gesetz, betreffend Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung der Jagd auf eigenem Grundbesitz vom 7. August 1899 358

Gesetz über die Schonzeit des Wildes vom 26. Februar 1870. . 359

Gesetz, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870. Vom 13. August 1897. . . 361

Wildschadengesetz vom 11. Juli 1892. 362

Jagdscheingesetz vom 31. Juli 1895. 365

Fischereigesetz für den Preußischen Staat vom 30. Mai 1874 mit den durch Gesetz vom 30. März 1880 festgesetzten Abänderungen. 369

Gesetz, betr. die Abänderung des Fischereigesetzes für den Preußischen Staat vom 30. Mai 1874, vom 30. Mai 1880. 381

Die wichtigsten Steuergesetze des Preußischen Staates. Einleitung. 382

Einkommensteuergesetz vom 24. Juni 1891. 388

Ergänzungssteuergesetz vom 14. Juli 1893. 439

Seite

Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891. 463

Gesetz, betreffend die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen und einige Abänderungen des Gesetzes wegen Entrichtung der Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820, vom 3. Juli 1876. 488

Gesetz, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer vom 21. Mai 1861. 495

Gesetz, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer vom 21. Mai 1861. 501

Stempelsteuergesetz vom 31. Juli 1895. 508

Gesetz, betreffend die Erbschaftssteuer vom 19. Mai 1891, unter Berücksichtigung der dazu ergangenen Novelle vom 31. Juli 1895. 543

Das Gesinderecht in Preußen. Einleitung. 561

Gesinde-Ordnung für sämtliche Provinzen der Preußischen Monarchie vom 8. November 1810. 574

Gesetz, betr. die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854. 586

Schlesischer Landtags-Abschied vom 2. Juni 1827. 587

Allerhöchste Kabinetsorder vom 28. Juni 1842, den Umzug des Landgesindes in den zum ständischen Verbande der Marken Brandenburg und Niederlausitz gehörenden Landesteilen betreffend. 587

Allerhöchste Kabinetsorder vom 20. Februar 1846, die Anziehezeit für das Landgesinde in der Provinz Sachsen betreffend. . . . 587

Verordnung wegen Einführung von Gesindedienstbüchern vom 29. September 1846. 588

Gesetz, betreffend das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881. . 589

Die Preußischen Lotteriegesetze.

Gesetz, betreffend das Spiel in außerpreußischen Lotterien vom 29. Juli 1885. 596

Gesetz, betreffend das Verbot des Privathandels mit Staatslotterielosen vom 18. August 1891. 597

Gesetz, betreffend den Handel mit Anteilen und Abschnitten von Losen zu Privatlotterien und Ausspielungen vom 19. April 1894. . 597

Die neuen Preußischen Verordnungen, Allgemeinen Verfügungen ꝛc. zu den Reichs- und Landesgesetzen.

Königliche Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 16. November 1899. 598

Seite

Allgemeine Verfügung vom 14. Dezember 1899, betreffend die geschäftliche Behandlung der in den Artikeln 10, 13, 14 der Königlichen Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 16. November 1899 bezeichneten Angelegenheiten. . 600

Allgemeine Verfügung vom 6. November 1899 über die Führung des Vereinsregisters und des Güterrechtsregisters. 601

Dienstanweisung (des Ministers des Innern) vom 27. Oktober 1899, betreffend die polizeiliche Behandlung der Fundsachen. . . . 606

Gemeinschaftlicher Erlaß, betreffend Ausführungsbestimmungen zu den §§ 980, 981, 983 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 18. November 1899. 609

Allgemeine Verfügung vom 30. Dezember 1899, betreffend Ausführungsbestimmungen zu Artikel 18 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. 609

Königliche Verordnung, betreffend den Güterstand bestehender Ehen vom 20. Dezember 1899. 611

Gemeinschaftlicher Erlaß vom 17. Dezem. r 1899 zur Ausführung des Art. 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. 632

Gemeinschaftlicher Erlaß vom 18 Dezember 1899 zur Ausführung des Art. 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. 633

Allgemeine Verfügung vom 7. November 1899 über die Führung des Handelsregisters. 634

Allgemeine Verfügung vom 8. November 1899 über die Führung des Genossenschaftsregisters. 642

Allgemeine Verfügung vom 11. Dezember 1899 über die Führung des Schiffsregisters. 644

Allgemeine Verfügung vom 5. Februar 1900 über die allgemeine Beeidigung von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten. 653

Allgemeine Verfügung vom 25. September 1899, betreffend die Gestattung des mündlichen Verhandelns vor Gericht in Gemäßheit des § 157 Abs. 4 der C.P.O. 655

Allgemeine Verfügung vom 28. November 1899 über das Verfahren bei Entmündigungen wegen Geisteskrankheiten oder wegen Geistesschwäche. 656

Allgemeine Verfügung vom 12. Dezember 1899 über den Erlaß einer neuen Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher. . . 659

Seite

Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 1. Dezember 1899. 660

Allgemeine Verfügung vom 8. Dezember 1899, betreffend die nicht durch Gesetz bestimmten Gebühren der Gerichtsvollzieher, sowie die Gebühren der Gerichtsvollzieher im Verwaltungszwangsverfahren. 716

Königliche Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen vom 13. November 1899. 718

Allgemeine Verfügung vom 18. November 1899 zur Ausführung der Artikel 4, 14 und 36 der Verordnung betreffend das Grundbuchwesen vom 13. November 1899. 730

Allgemeine Verfügung vom 20. November 1899 zur Ausführung der Grundbuchordnung. 731

Allgemeine Verfügung vom 8. Dezember 1899, betreffend die Geschäftsführung der Verwalter, welche bei der Zwangsverwaltung bestellt werden, und die den Verwaltern zu gewährende Vergütung. 740

Königliche Verordnung über die Ortsgerichte in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel vom 20. Dezember 1899. 748

Allgemeine Verfügung vom 28. Dezember 1899 über das Verfahren und die Gebühren der Ortsgerichte in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel. 758

Allgemeine Verfügung vom 20. Dezember 1899 über das Verfahren und die Gebühren der Dorfgerichte im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts. 789

Verordnung des Justizministers und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 13. Dezember 1899 über die beeidigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland, sowie im Regierungsbezirk Osnabrück. 812

Allgemeine Verfügung vom 26. Dezember 1899 zur Ausführung des zweiten und dritten Abschnittes der Hinterlegungsordnung. 816

Band II. enthält:

Ausführliches Inhaltsverzeichnis des zweiten Bandes befindet sich am Anfang desselben.

Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat v. 31. Januar 1850.

Verordnung wegen Bildung der Ersten Kammer v. 12. Oktober 1854.

Verordnung über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer vom 30. Mai 1849.

Gesetz, betreffend Aenderung des Wahlverfahrens vom 29. Juni 1893.

Wahlreglement vom 18. September 1893.

Gesetz, betreffend die Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten vom 27. Juni 1860.

Die Preußischen Verwaltungsgesetze.

Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883.

Gesetz über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.

Provinzialordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 29. Juni 1875, in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. März 1881.

Kreisordnung für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen vom 13. Dezember 1872, in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1881.

Städteordnung für die sieben östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853.

Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen der Preußischen Monarchie vom 3. Juli 1891.

Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893.

Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893.

Gesetz, betreffend Besteuerung des Wanderlagerbetriebes vom 27. Februar 1880.

Gesetz über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840.

Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen vom 15. November 1899.

Die wichtigsten über die Rechtsverhältnisse der Staats- und Kommunal-Beamten ergangenen Gesetze und Verordnungen.

I. Anstellung und Besoldung, Rechte und Pflichten während der Dienstführung.

Grundsätze für die Besetzung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern vom 25. März 1882.

Geſetz, betreffend die Beſetzung der Subaltern- und Unterbeamtenſtellen in der Verwaltung der Kommunalverbände mit Militäranwärtern vom 21. Juli 1892.

Grundſätze, betreffend die Beſetzung der Subaltern- und Unterbeamtenſtellen bei den Kommunalbehörden ꝛc. mit Militäranwärtern vom 25. Juli 1899.

Allerhöchſter Erlaß, betr. die Anrechnung der Militärdienſtzeit auf das Dienſtalter der Civilbeamten vom 14. Dezember 1891.

Geſetz, betreffend die Anſtellung und Verſorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899.

Königliche Verordnung, betreffend die Form der Dienſteide vom 6. Mai 1867.

Geſetz, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Beſtellung von Amtskautionen vom 7. März 1898.

Allerhöchſte Kabinetsorder, die Amtsverſchwiegenheit der öffentlichen Beamten betreffend, vom 21. November 1835.

Allerhöchſter Erlaß, die Rechtsverhältniſſe der aus dem Preußiſchen Staatsdienſt in den Reichsdienſt oder in den Landesdienſt von Elſaß-Lothringen übertretenden Beamten betreffend, vom 2. Februar 1881.

Allerhöchſte Kabinetsorder, betreffend die für die Folge rückſichtlich der Uebernahme von Nebenämtern durch Staatsbeamte zu beobachtenden Beſtimmungen vom 13. Juli 1839.

Geſetz, betreffend die Beteiligung der Staatsbeamten bei der Gründung und Verwaltung von Aktien-, Kommandit- und Bergwerksgeſellſchaften vom 10. Juni 1874.

Geſetz, betreffend die Gewährung von Wohnungsgeldzuſchüſſen an die unmittelbaren Staatsbeamten vom 12. Mai 1873.

Allerhöchſter Erlaß, betreffend den Gehaltsabzug bei Beurlaubung von Beamten vom 15. Juni 1863.

Geſetz, betreffend die Tagegelder und die Reiſekoſten der Staatsbeamten vom 24. März 1873, in der durch die Geſetze vom 28. Juni 1875 und 21. Juni 1897 und die Verordnung vom 15. April 1876 abgeänderten Faſſung.

Geſetz, betreffend die Tagegelder und die Reiſekoſten der Staatsbeamten vom 21. Juni 1897.

Geſetz, betreffend die Umzugskoſten der Staatsbeamten vom 24. Februar 1877.

Cirkular und Erlaß der Miniſter der Finanzen und des Innern, betr. die Umzugskoſten der Staatsbeamten vom 4. Mai 1877.

Cirkular und Erlaß der Miniſter der Finanzen und des Innern, die Umzugskoſten der Staatsbeamten mit Familie betreffend, vom 31. Juli 1881.

Beschluß des Königlichen Staatsministeriums, betreffend die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten bei Staatsdienstreisen und Versetzungen vom 13. Mai 1884.

Beschluß des Königlichen Staatsministeriums, betreffend die Berechnung der Reise- und Umzugskosten der Staatsbeamten vom 30. Oktober 1895.

Regulativ über die Dienstwohnungen der Staatsbeamten vom 26. Juli 1880 mit Nachtrag vom 20. April 1898.

Erlaß des Finanzministers zu dem Regulativ vom 27. Oktbr. 1880.

Verordnung, betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Kommunal-Auflagen in den neu erworbenen Landesteilen vom 23. September 1867.

Gesetz, betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke vom 29. Juni 1886.

Gesetz, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand vom 21. Juli 1852.

Gesetz, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disziplinargesetze vom 9. April 1879.

II. Pension und Sorge für die Hinterbliebenen.

Gesetz, betreffend die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten, sowie der Lehrer und Beamten an den höheren Unterrichtsanstalten, mit Ausschluß der Universitäten, vom 27. März 1872, in der durch die Gesetze vom 31. März 1882, 30. April 1884, 29. März 1890 und 25. April 1896 abgeänderten Fassung.

Gesetz, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872, vom 31. März 1882.

Gesetz, betreffend die Ausdehnung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 31. März 1882 wegen Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 auf mittelbare Staatsbeamte, vom 1. März 1891.

Gesetz, betr. Abänderungen des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872. Vom 25. April 1896.

Pensionstabelle.

Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsunfällen vom 18. Juni 1887.

Gesetz, betreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Bestimmungen über das Gnadenquartal vom 6. Februar 1881.

Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten vom 20. Mai 1882.

Allerhöchste Kabinetsorder wegen der den Hinterbliebenen Königlicher Beamten zu bewilligenden Gnaden- und Sterbequartale vom 27. April 1816.

Allerhöchste Kabinetsorder, daß auf die nach dem Tode eines Beamten geschehenen allgemeinen Gnadenbewilligungen die Gläubiger keine Ansprüche haben sollen, vom 15. Nov. 1819.

Allerhöchste Kabinetsorder wegen des Gnaden- und Sterbequartals für die Hinterbliebenen der Kommunalbeamten vom 22. Januar 1826.

Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch vom 20. Juli 1883.

Gesetz, betr. Unterbringung verwahrloster Kinder vom 13. März 1878.

Die Polizeiverwaltungsgesetze.

Gesetz über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850.

Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landesteilen vom 20. September 1867.

Gesetz, betreffend die Kosten Königlicher Polizeiverwaltungen in Stadtgemeinden vom 20. April 1892.

Gesetz, betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen vom 23. April 1883.

Gesetz über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen vom 11. Mai 1842.

Gesetz, betr. die Erweiterung des Rechtsweges vom 24. Mai 1861.

Verordnung, betreffend die Zulässigkeit des Rechtsweges und die Anwendung der Gesetze vom 8. April 1847 über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten zwischen den Gerichten und Verwaltungsbehörden und vom 13. Februar 1854 über die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 der Monarchie einverleibten Landesteilen. Vom 16. September 1867.

Verordnung, betreffend die Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden vom 1. August 1879.

Gesetz, betreffend die Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen vom 13. Februar 1854.

Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit vom 12. Februar 1850.

Gesetz über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851.

Gesetz, betreffend die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei öffentlichen Aufläufen verursachten Schadens vom 11. März 1850.

Gesetz, betreffend die Verlegung der Landes-Buß- und Bettage vom 12. März 1893.

Gesetz, betreffend den Charfreitag vom 2. September 1899.

Geſetz über die Termine bei Wohnungs-Mietsverträgen vom 30. Juni 1834.

Geſetz, betreffend die Errichtung öffentlicher, ausſchließlich zu benutzender Schlachthäuſer vom 9. März 1881.

Revidierte Apothekerordnung vom 11. Oktober 1801.

Geſetz, betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortſchaften (Fluchtliniengeſetz) vom 2. Juli 1875.

Geſetz, betreffend die Verteilung der öffentlichen Laſten bei Grundſtücksteilungen und die Gründung neuer Anſiedelungen in den Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Poſen, Schleſien, Sachſen und Weſtfalen vom 25. Auguſt 1876. Mit den Abänderungen des Geſetzes vom 16. September 1899.

Geſetz, betreffend die Ausführung des Bundesgeſetzes über den Unterſtützungswohnſitz vom 8. März 1871. Mit den Abänderungen des Geſetzes vom 11. Juli 1891.

Das Preußiſche Vereins- und Verſammlungsrecht.

Verordnung über die Verhütung eines die geſetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauches des Verſammlungs- und Vereinigungsrechtes vom 11. März 1850.

Geſetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874.

Geſetz, betreffend den Austritt aus der Kirche vom 14. März 1873.

Das Allgemeine Landrecht für die Preußiſchen Staaten, ſoweit es vom Artikel 89 des Ausführungsgeſetzes zum Bürgerlichen Geſetzbuche unberührt gelaſſen iſt.

u. ſ. w. u. ſ. w.

Vorbemerkung

für die

Preußischen Ausführungsgesetze zu den Reichsgesetzen.

Die großen Gesetze, welche sich die einheitliche Regelung eines ganzen Rechtsgebietes, wie des Bürgerlichen Rechtes, des Handelsrechtes, des Civilprozeßrechtes zur Aufgabe setzen, sind organische, in sich abgeschlossene Ganze. Um ihre Anwendung zu erleichtern und um den Uebergang vom alten zum neuen Rechte möglichst wenig störend zu gestalten, muß der Gesetzgeber noch weitere Bestimmungen treffen, welche nicht in den Rahmen des Hauptgesetzes passen, und welche, da sie nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem zu regelnden Rechtsgebiete stehen, am besten auch äußerlich von dem Hauptgesetz getrennt werden.

Deshalb werden Einführungs- und Ausführungsgesetze erlassen. Sie enthalten einmal Uebergangsbestimmungen, die nur so lange Bedeutung haben, als unter der Herrschaft des alten Rechtes entstandene Rechtsverhältnisse noch vorhanden sind; sie enthalten ferner Bestimmungen über das Verhältnis des neuen Gesetzes zu den bisherigen Gesetzen desselben Rechtsgebietes. Teils werden diese ganz aufgehoben, teils werden sie dem neuen Gesetze angepaßt, und die Rechtsgedanken, die in dem neuen Gesetze zum erstenmale Ausdruck finden, werden auch in die früheren Gesetze eingeführt. Ein Beispiel möge dies erläutern. Das Bürgerliche Gesetzbuch giebt der Mutter eine der Gewalt des Vaters über seine Kinder entsprechende elterliche Gewalt, die mit dem Wegfall des Vaters wirksam wird. Diese elterliche Gewalt der Mutter war dem älteren Rechte unbekannt. Das Preußische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch setzt daher überall da, wo andere privatrechtliche Vorschriften neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch von väterlicher Gewalt oder von väterlichem Nießbrauch reden, elterliche Gewalt und elterliche Nutznießung an deren Stelle.

In den Nebengesetzen finden ferner ihren Platz die Grundsätze des sogenannten internationalen Privatrechtes, das sind die Regeln darüber, nach dem Gesetze welches Ortes das einzelne Rechtsgeschäft oder Rechtsverhältnis, etwa ein Vertrag, ein Testament, das eheliche Güterrecht zu beurteilen sei.

Ist das neue Gesetz ein Reichsgesetz, so muß sich der Gesetzgeber auch darüber schlüssig werden, welche Teile des ihm vorliegenden Rechtsgebietes der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten, also der Landesgesetzgebung überlassen bleiben sollen. Die jahrhundertelange Zersplitterung Deutschlands hat die schon an sich große Verschiedenheit des Volkscharakters im Norden und Süden, im Osten und Westen Deutschlands noch begünstigt, so daß gegenwärtig eine einheitliche Gestaltug aller Teile eines Rechtsgebietes nicht möglich ist. Besonders hervorgetreten ist dies bei Abfassung des Bürgerlichen Gesetzbuches, es sind daher zahlreiche Bestandteile des bürgerlichen Rechtes, beispielsweise das Recht der landesherrlichen und hochadligen Familien, das Wasser-, Deich-, Berg-, Jagd-, Fischereirecht, das Verlagsrecht, das Recht betreffend den Wildschaden, von der Aufnahme in das Bürgerliche Gesetzbuch ausgeschlossen worden.

Diese Abgrenzung des Reichsrechts vom Landesrecht innerhalb desselben Rechtsgebietes ist Sache des Einführungsgesetzes.

In die Nebengesetze gehört endlich noch die Abgrenzung des einen Rechtsgebietes, etwa des Handelsrechtes oder des Civilprozeßrechtes, vom andern, zum Beispiel vom Bürgerlichen Recht und vom Gewerberecht.

Einführungs- und Ausführungsgesetze haben so eine ähnliche Aufgabe. Sie unterscheiden sich aber wesentlich von einander. Die Einführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch, zum Handelsgesetzbuch, zur Civilprozeßordnung u. s. w. sind ebenso wie die Gesetze, zu denen sie ergangen sind, Reichsgesetze, und haben daher dasselbe Geltungsgebiet wie das Hauptgesetz. Findet sich einmal ein Widerspruch zwischen beiden, — es ist dies, da sich beim Schaffen des Gesetzes nicht alle Folgerungen aus demselben voraussehen lassen, möglich und kommt auch vereinzelt vor, — so wird er dadurch erledigt, daß die Bestimmung des jüngeren beider Gesetze der des älteren Gesetzes vorgeht, weil man dann annimmt, daß das jüngere Gesetz die widersprechende Bestimmung des älteren aufheben sollte; sind aber beide Gesetze gleich alt, so hat keins vor dem andern den Vorrang.

Das Ausführungsgesetz hat nur einen kleineren Wirkungskreis, als das Hauptgesetz, es soll die Gesetzgebung des einzelnen Bundesstaates, soweit sie neben dem Reichsgesetze noch in Geltung bleibt, mit diesem in Einklang bringen. Während es daher zu dem Reichsgesetze nur ein Einführungsgesetz giebt, giebt es so viel verschiedene Ausführungsgesetze zu ihm, als es Bundesstaaten giebt.

Das Ausführungsgesetz hat außer den obengenannten noch die Aufgabe, die Lücken auszufüllen, die das Reichsgesetz zur Regelung durch das Landesgesetz offen gelassen hat, es bestimmt beispielsweise die Behörden, denen das Reichsgesetz eine Rechtshandlung aufgetragen hat.

Das Ausführungsgesetz darf nur Bestimmungen treffen neben dem Reichsgesetz, nicht gegen dasselbe, und wenn sich im Ausführungsgesetz

eine dem Reichsgesetz widersprechende Rechtsregel fände, so wäre diese ungültig, obgleich das Ausführungsgesetz jünger ist als das Reichsgesetz.

Die am 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Ausführungsgesetze werden in Artikel eingeteilt, ebenso wie die Einführungsgesetze; die Artikel des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche zerfallen wieder in Paragraphen, so daß ein Citat aus demselben beispielsweise folgendermaßen lautet: Art. 12 § 3 oder § 3 Art. 12 AG zum BGB.

Da die Ausführungsgesetze, ihrem Zweck, das Reichsgesetz zu ergänzen und das Landesgesetz ihm anzupassen, entsprechend einerseits in ihren einzelnen Bestimmungen nicht zusammenhängen, andererseits die Kenntnis der Reichsgesetze voraussetzen, können die Erläuterungen zu ihnen keine in sich abgeschlossene Darstellung geben, müssen auch zur Bequemlichkeit des Lesers und zur Erleichterung des Verständnisses vielfach die Bestimmungen der Reichsgesetze und anderer Landesgesetze herangezogen werden.

Ausführungsgesetz

zum

Bürgerlichen Gesetzbuche.

Vom 20. September 1899.

Inhaltsverzeichnis.

	Artikel
Stiftungen	1—4
Anfall des Vermögens eines Vereins oder einer Stiftung	5
Erwerbsbeschränkungen für juristische Personen	6—7
Verjährung gewisser Ansprüche	8—9
Gesetzliche Zinsen	10
Zahlungen aus öffentlichen Kassen	11
Beurkundung von Grundstücksveräußerungen	12
Ermächtigung von Handelsmäklern zu Kaufgeschäften	13
Gesinderecht	14
Leibgedingsvertrag	15
Staatsschuldbuch	16
Schuldverschreibungen auf den Inhaber	17—18
Unschädlichkeitszeugnis	19—20
Landeskulturrenten	21
Der Eintragung nicht bedürfende Rechte	22
Nachbarrechtliche Beschränkung des Eigentums	23—24
Widerrufliches Eigentum an Grundstücken	25
Form der Auflassung	26
Uebertragung des Eigentums an buchungsfreien Grundstücken	27
Besitzschutz bei Grunddienstbarkeiten	28
Wiederkaufsrecht bei Rentengütern	29
Beschränkung der Reallasten	30
Verteilung von Reallasten	31
Kündigungsrecht bei Hypotheken und Grundschulden	32
Bestehende Hypotheken	33
Bestehende Grundschulden	34
Uebertragung von Vorschriften auf Rentenschulden	35
Auseinandersetzungen	36
Bergrecht	37—39
Selbständige Gerechtigkeiten	40
Pfandleihgewerbe	41
Eheschließung	42—43
Güterstand bestehender Ehen	44—67
Erklärungen über den Familiennamen	68
Elterliche Gewalt	69
Anerkennung der Vaterschaft	70—71
Beamte und Geistliche als Vormünder	72
Anlegung von Mündelgeld	73—76
Gemeindewaisenrat	77
Bevormundung durch eine Anstaltsvormund oder durch Beamte der Armenverwaltung	78
Fürsorge des Nachlaßgerichts	79
Nottestament	80
Amtliche Verwahrung von Testamenten und Erbverträgen	81
Eröffnung von Testamenten und Erbverträgen	82
Feststellung des Ertragswerts eines Landguts	83
Hinterlegung	84—85
Gerichtskosten	86
Schlußbestimmungen	87—90

Ausführungsgesetz

zum

Bürgerlichen Gesetzbuche.

Vom 20. September 1899.

Vorbemerkung.

Obgleich das Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch umfangreicher ist als die übrigen Ausführungsgesetze, und wenn auch das Bürgerliche Gesetzbuch und sein Einführungsgesetz in erheblichem Umfange Raum gewähren für landesgesetzliche Ergänzungen, indem entweder ganze Sonderrechtsgebiete der Landesgesetzgebung überlassen oder einzelne das Reichsgesetz ergänzende oder abändernde landesgesetzliche Vorschriften zugelassen sind, beschränkt sich das Ausführungsgesetz doch auf verhältnismäßig wenige und besonders notwendige Vorschriften und behält die Regelung der Sonderrechtsgebiete einer späteren Zeit vor. Es ersetzt einzelne Teile des früheren Landesrechts durch neue, dem Bürgerlichen Gesetzbuch angepaßte Bestimmungen, der größte Teil seiner Artikel beschäftigt sich aber damit, das neue Reichsrecht auf die unter dem alten Recht entstandenen Rechtsverhältnisse einzuführen. Wir gewinnen dabei einen Einblick in die fast unglaubliche Mannigfaltigkeit der in Preußen auf einzelnen Gebieten, vor allem im ehelichen Güterrecht, geltenden Rechte. Diese Mannigfaltigkeit wird, wenn auch nicht ganz und gar beseitigt, so doch bedeutend verringert.

Stiftungen.

Je höhere Stufen die wirtschaftliche Entwicklung erreicht, desto mehr kommt es darauf an, nicht nur die äußeren Güter an die einzelnen natürlichen Personen zu verteilen, sondern auch selbständige Ganze zu bilden, die unabhängig sind von den Zufällen, welche den einzelnen Menschen treffen können, und die doch, wie dieser, Vermögensrechte erwerben und veräußern können. So entstehen die juristischen Personen, entweder Personengesamtheiten oder selbständige Vermögen, die das Bürgerliche Gesetzbuch Vereine und Stiftungen nennt und in den §§ 21 bis 79 und 80 bis 88 regelt.

Die Stiftung insbesondere ist ein von dem Stifter einem bestimmten Zweck gewidmetes und selbständig gestelltes Vermögen. Solche Stiftungen können die verschiedensten Zwecke verfolgen, etwa die Förderung von Kunst und Wissenschaft durch Stipendien, die Armen- und Krankenpflege durch Errichtung von Armen- und Versorgungsanstalten und Krankenhäusern, sie können privaten und öffentlichen, zum Beispiel politischen Zwecken dienen, sie können das Interesse eines bestimmten Personenkreises, etwa einer Familie, verfolgen, oder ihre Wohlthaten einem unbeschränkten Kreise von Personen zu teil werden lassen, sie können endlich errichtet werden durch ein Geschäft unter Lebenden oder durch eine Verfügung von Todes wegen.

Dadurch, daß man dem einzelnen Menschen die Möglichkeit gewährt, sein Vermögen über seinen Tod hinaus für alle Zeiten beliebigen Zwecken dienstbar zu machen, giebt man ihm eine große Machtbefugnis in die Hand, die unter Umständen das Gemeinwohl zu gefährden wohl geeignet erscheint. Um diesem ein Gegengewicht zu bieten, um also eine Prüfung des Zweckes der Stiftung vom Standpunkt des gemeinen Wohles zu ermöglichen, macht das Bürgerliche Gesetzbuch die Entstehung einer Stiftung von der Genehmigung durch den Staat abhängig. Im übrigen regelt es die Stiftung nicht erschöpfend, überläßt vielmehr dem Landesrecht die Beantwortung der Frage, welche Behörde zur Erteilung der Genehmigung befugt und in welcher Weise bei Erteilung der Genehmigung zu verfahren sei. Auch die Verfassung der Stiftung kann durch die Landesgesetzgebung geregelt werden.

Das Ausführungsgesetz füllt diese Lücken, aber nur hinsichtlich der Familienstiftungen, die insofern sich von den anderen Stiftungen unterscheiden, als ihr Zweck immer derselbe, Förderung des Interesses der Familienmitglieder, ist und mit dem öffentlichen Interesse nicht in Widerspruch geraten kann. Hier hat daher die Mitwirkung des Staates nur den Zweck, die Deutlichkeit und Bestimmtheit der Stiftungsurkunde

zu sichern, und dies wird am besten dadurch erreicht, daß die Gerichte die Stiftungsurkunde prüfen und die Genehmigung erteilen. Die anderen Stiftungen bedürfen der Genehmigung einer im Wege Königlicher Verordnung bestimmten Verwaltungsbehörde.

Für die Genehmigung der Stiftung ist zuständig das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Stiftungen ihren Sitz haben, d. h. wo die Verwaltung geführt werden soll. Dies gilt auch dann, wenn nach der Stiftungsurkunde das Gericht Verwaltung oder Beaufsichtigung der Familienstiftung führen soll, doch kann im letzteren Fall der Justizminister statt das Amtsgericht das Landgericht oder Oberlandesgericht mit der Erteilung der Genehmigung, Verwaltung und Beaufsichtigung betrauen.

Das Gericht kann, wenn die Stiftungsurkunde nicht deutlich oder bestimmt gefaßt ist, oder wenn sie ausreichende Bestimmungen über die Bestellung eines Vorstandes nicht enthält, die Genehmigung versagen oder eine angemessene Frist zur Beseitigung der Bedenken bestimmen. Gegen die Verfügung des Gerichtes steht jedem Erben, dem Testamentsvollstrecker und den im Termin zur Erklärung über die Genehmigung erschienenen Mitgliedern der berufenen Familie die sofortige Beschwerde zu. Ueber diese sind die Artikel 5 und folgende des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit zu vergleichen.

Jede Stiftung, also auch die Familienstiftung, muß, so bestimmt das Bürgerliche Gesetzbuch, einen Vorstand haben, der sie vor Gericht und außer Gericht vertritt, und der aus mehreren Personen bestehen kann.

Ueber Verfassungsänderungen und Aufhebung der Stiftung kann ein Familienschluß bestimmen, an dem, falls nicht der Stifter oder ein früherer Familienschluß ein anderes bestimmen, grundsätzlich alle Familienmitglieder persönlich oder durch Vertreter teilzunehmen berechtigt sind. Diese Rechte können der Familie nicht entzogen werden, auch der Stifter oder ein früherer Familienschluß können daran nichts ändern. Nur bei den Familienstiftungen, die vom König bestätigt sind und bei deren Bestätigung eine Verfassungsänderung oder die Aufhebung ausgeschlossen ist, ist der die Verfassung ändernde oder die Stiftung aufhebende Familienschluß noch vom König zu genehmigen. Uebrigens können dem Familienschluß auch andere Aufgaben, wie etwa die Wahl späterer Vorstände der Stiftung, zugewiesen werden.

Das Ausführungsgesetz giebt weiter eine Anzahl Bestimmungen für die Verfassung der Familienstiftung. Doch treten diese Bestimmungen erst dann in Wirksamkeit, wenn durch den Stifter in der Stiftungsurkunde oder durch Familienschluß ein anderes nicht bestimmt ist. So

fordert das Gesetz Einstimmigkeit für das Zustandekommen des Familienschlusses. Stifter oder ein einstimmig gefaßter Familienschluß können dagegen bestimmen, der letztere jederzeit, daß etwa einfache Mehrheit oder Zweidrittelmehrheit der Stimmenden oder der Stimmberechtigten für einen wirksamen Familienschluß genügt.

Zur Errichtung des Familienschlusses sind, immer vorausgesetzt, daß der Stifter oder ein früherer Familienschluß nicht ein anderes bestimmen, alle Mitglieder der Familie zuzuziehen, soweit sie nicht ihren Wohnsitz im Auslande und keine inländischen Bevollmächtigten für Stiftungsangelegenheiten bestellt haben. Auch der nicht zugezogene Teilnahmeberechtigte hat aber das Recht, sich zu erklären.

Der Familienschluß wird durch das Gericht aufgenommen, der Vorstand der Stiftung hat daher, wenn er aus irgend einem Grunde einen Familienschluß herbeiführen will, an das Gericht ein Gesuch um Aufnahme eines solchen zu richten und hat dem Gesuch beizufügen einen Entwurf des zu fassenden Familienschlusses und ein Verzeichnis der zuzuziehenden Familienmitglieder. Der Vorstand hat ferner, vor oder in dem Termin, eine eidesstattliche Versicherung abzugeben, daß ihm andere zuziehende Familienmitglieder nicht bekannt seien. Kann er diese Erklärung nicht abgeben, so muß er beantragen, im Wege des Aufgebotsverfahrens die Mitglieder, deren Leben oder Aufenthalt unbekannt ist, mit ihrem Widerspruchsrecht auszuschließen.

Die Aufforderung zur Teilnahme am Familienschluß geht regelmäßig vom Vorstande aus, die Mitglieder brauchen in dem zur Aufnahme bestimmten Termin nicht zu erscheinen, können ihre Erklärung vielmehr in einer öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunde abgeben. Wer sich nicht erklärt, wird auf Antrag des Vorstandes vom Gericht geladen und wird, wenn er nicht widerspricht, als zustimmend angesehen.

Wer ein Recht zur Teilnahme behauptet, das bestritten wird, und das er durch öffentliche Urkunden nicht nachweisen kann, muß binnen drei Monaten von der Zustellung der gerichtlichen Aufforderung ab seine Berechtigung oder die Erhebung der Klage auf Feststellung seines Teilnahmerechts gegen den Bestreitenden nachweisen. Im letzteren Falle findet die Genehmigung des Familienschlusses erst nach rechtskräftiger Entscheidung des Prozesses statt.

Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über rechtsfähige Stiftungen und die Vorschriften des Ausführungsgesetzes über Familienstiftungen finden Anwendung auch auf solche Familienstiftungen, die schon vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches unter der Herrschaft des Allgemeinen Landrechtes bestanden haben.

Von der Familienstiftung ist zu unterscheiden das Familienfideikommiß. Die Regelung des letzteren ist vom Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch ganz der Landesgesetzgebung überlassen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

§ 1. Für die Genehmigung einer Stiftung, die nach der Stiftungsurkunde ausschließlich dem Interesse der Mitglieder einer bestimmten Familie oder mehrerer bestimmter Familien dient (Familienstiftung), ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke die Stiftung ihren Sitz haben soll.

Wird in Ansehung einer Familienstiftung, deren Verwaltung oder Beaufsichtigung nach der Stiftungsurkunde von dem Gerichte geführt werden soll, das Landgericht oder das Oberlandesgericht durch den Justizminister mit der Verwaltung oder der Beaufsichtigung beauftragt, so ist das beauftragte Gericht auch für die Genehmigung der Stiftung zuständig.

§ 2. Das Gericht hat zu prüfen, ob die Stiftungsurkunde deutlich und bestimmt gefaßt ist und ob sie ausreichende Bestimmungen über die Bestellung eines Vorstandes enthält.

Stehen der Genehmigung der Stiftung Bedenken entgegen, so ist die Genehmigung zu versagen oder eine angemessene Frist zur Beseitigung der Bedenken zu bestimmen. Im letzteren Falle ist die Genehmigung nach dem Ablaufe der Frist zu versagen, wenn nicht inzwischen die Bedenken beseitigt sind. Gegen die Verfügung, durch welche die Genehmigung erteilt oder versagt wird, findet die sofortige Beschwerde statt.

Besteht das Stiftungsgeschäft in einer Verfügung von Todeswegen, so hat das Gericht vor der Entscheidung über die Genehmigung die Mitglieder der berufenen Familie öffentlich aufzufordern, sich in einem hierfür bestimmten Termine zu erklären, widrigenfalls ihnen gegen die Entscheidung die Beschwerde nicht zustehe. Die Beschwerde steht jedem Erben, dem Testamentsvollstrecker und den in dem Termin erschienenen Mitgliedern der berufenen Familie zu.

Artikel 2.

Für die Verfassung einer Familienstiftung gelten folgende Vorschriften:

§ 1. Die Aenderung der Verfassung sowie die Aufhebung der Stiftung kann durch Familienschluß erfolgen. Dies gilt auch dann, wenn die Aenderung der Verfassung oder die Aufhebung der Stiftung durch die Stiftungsurkunde oder durch Familienschluß verboten ist.

§ 2. Der Familienschluß muß einstimmig gefaßt werden.

Die Errichtung des Familienschlusses wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß nur ein berechtigtes Familienmitglied vorhanden ist.

§ 3. Der Familienschluß bedarf der Aufnahme und der Genehmigung durch das Gericht, dem die Verwaltung oder Beaufsichtigung der Stiftung zusteht.

§ 4. Zu der Errichtung des Familienschlusses müssen alle Familienmitglieder zugezogen werden, die entweder ihren Wohnsitz innerhalb des Deutschen Reichs haben oder zur Wahrnehmung ihrer Rechte in den Stiftungsangelegenheiten einen innerhalb des Deutschen Reichs wohnhaften Bevollmächtigten bestellt und die Bevollmächtigung durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde dem Vorstand oder dem Gerichte nachgewiesen haben.

§ 5. Für ein geschäftsunfähiges oder in der Geschäftsfähigkeit beschränktes Familienmitglied ist sein gesetzlicher Vertreter zuzuziehen. Dies gilt auch von solchen Familienmitgliedern, welche vor dem Ablaufe des dreihundertundzweiten Tages

nach dem Tage geboren werden, an welchem ihr Vater und, wenn die Mutter bei der Familienstiftung für ihre Person beteiligt ist, auch diese die Zustimmung zu dem Familienschluß erklärt haben.

Die zustimmende Erklärung des gesetzlichen Vertreters bedarf der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

---

§ 6. Steht die Vertretung geschäftsunfähiger oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkter Familienmitglieder Vormündern oder Pflegern zu, welche der Aufsicht verschiedener Vormundschaftsgerichte unterworfen sind, oder würde die Bestellung von Vertretern solcher Familienmitglieder verschiedenen Vormundschaftsgerichten obliegen, so kann auf Antrag des Vorstandes der Stiftung der Justizminister einem Vormundschaftsgerichte die Bestellung eines gemeinsamen Vertreters und die Genehmigung der Erklärung des Vertreters übertragen, soweit die Interessen der beteiligten Familienmitglieder nicht im Gegensatze zu einander stehen.

Die Vorschrift des Abs. 1 findet auf die Genehmigung von Erklärungen der kraft elterlicher Gewalt berufenen gesetzlichen Vertreter entsprechende Anwendung.

---

§ 7. Der Vorstand der Stiftung hat mit dem Gesuch um Aufnahme des Familienschlusses einen Entwurf des letzteren sowie ein Verzeichnis der zuzuziehenden Familienmitglieder einzureichen.

Bestehen gegen den Entwurf keine Bedenken oder sind die erhobenen Bedenken erledigt, so hat das Gericht einen Termin zur Aufnahme des Familienschlusses zu bestimmen.

---

§ 8. Zur Teilnahme an der Errichtung des Familienschlusses ist berechtigt:

1. wer seine Zugehörigkeit zu der berufenen Familie durch öffentliche Urkunden nachweist;
2. wer von den Berechtigten, die in dem Termine zur Aufnahme des Familienschlusses erschienen sind, und von dem Vorstande der Stiftung als berechtigt anerkannt wird.

---

§ 9. Wer außer den Fällen des § 8 die Berechtigung zur Teilnahme in Anspruch nimmt, ist von dem Gericht aufzufordern, binnen drei Monaten seine Berechtigung oder die Erhebung der Klage gegen diejenigen, welche die Berechtigung bestreiten, nachzuweisen, widrigenfalls der ohne seine Zuziehung errichtete Familienschluß für ihn verbindlich sein werde.

Die Frist beginnt mit der Zustellung der Aufforderung. Die Genehmigung des Familienschlusses darf erst erfolgen, wenn die Frist abgelaufen und im Falle rechtzeitiger Klageerhebung über die Berechtigung rechtskräftig entschieden ist.

---

§ 10. Besteht kein Grund zu der Annahme, daß außer den angezeigten noch andere nach § 4 zuzuziehende Familienmitglieder vorhanden sind, so genügt die eidesstattliche Versicherung des Vorstandes der Stiftung, daß ihm solche Mitglieder nicht bekannt sind.

Anderenfalls darf der Familienschluß nicht genehmigt werden, bevor die Familienmitglieder, deren Leben oder Aufenthalt unbekannt ist, im Wege des Aufgebotsverfahrens mit ihrem Widerspruchsrecht ausgeschlossen sind.

---

§ 11. Für das Aufgebotsverfahren ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke die Stiftung ihren Sitz hat.

Antragsberechtigt ist der Vorstand der Stiftung.

In dem Aufgebote sind die Familienmitglieder, deren Leben oder Aufenthalt unbekannt ist, unter Bezeichnung des Gegenstandes des Familienschlusses aufzufordern, spätestens im Aufgebotstermine gegen den Familienschluß Widerspruch zu erheben, widrigenfalls sie mit ihrem Widerspruch ausgeschlossen werden würden.

---

§ 12. Die Zustimmung zu dem Familienschluß ist in dem zur Aufnahme bestimmten Termin oder in einer öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunde zu erklären.

Erklärt sich ein nach den §§ 4, 5 zuzuziehendes Familienmitglied oder sein Vertreter auf die Aufforderung des Vorstandes nicht, so ist er auf Antrag des Vorstandes von dem Gericht unter Mitteilung des Entwurfes des Familienschlusses zu dem im § 7 Abs. 2 bezeichneten oder einem besonderen Termine mit dem Hinweise zu laden, daß er als dem Familienschlusse zustimmend angesehen werden würde, wenn er nicht spätestens im Termine dem

Gerichte gegenüber seinen Widerspruch erkläre.

§ 13. Die Genehmigung des Familienschlusses erfolgt, wenn den Vorschriften der §§ 4 bis 12 genügt, insbesondere auch die im § 5 Abs. 1 vorgesehene Frist abgelaufen ist.

§ 14. Die Vorschriften der §§ 2 bis 13 finden keine Anwendung, soweit durch die Stiftungsurkunde oder durch Familienschluß ein Anderes bestimmt ist.

Artikel 3.

Auf eine Familienstiftung, die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs im bisherigen Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts besteht, finden die Vorschriften über rechtsfähige Stiftungen sowie die Vorschriften dieses Gesetzes über Familienstiftungen Anwendung. Ist über die Bestätigung einer Familienstiftung vor der bezeichneten Zeit noch nicht endgültig entschieden, so gelten für die Entscheidung die Vorschriften des Artikel 1 § 2.

Ist bei der vom König erteilten Bestätigung der Familienstiftung die Aenderung der Verfassung oder die Aufhebung der Stiftung ausgeschlossen worden, so bedarf ein die Verfassung ändernder oder die Stiftung aufhebender Familienschluß der Genehmigung des Königs.

Artikel 4.

Die Aenderung der Verfassung einer rechtsfähigen Stiftung, die nicht eine Familienstiftung ist, sowie die Aufhebung einer solchen Stiftung kann durch Beschluß des Vorstandes mit staatlicher Genehmigung erfolgen.

Anfall des Vermögens eines Vereins oder einer Stiftung.

Stirbt ein Mensch, so fällt sein Vermögen an seine Erben, welche er entweder selbst in seinem Testament benannt hat, oder die sich nach dem Grade der Verwandtschaft mit ihm bestimmen. Hat einer überhaupt keine Erben, so nimmt das Gemeinwesen, der Staat, die Verlassenschaft nach sich.

Auch eine juristische Person kann enden, etwa durch Auflösung oder durch Entziehung der Rechtsfähigkeit, und es entsteht dann die Frage, an wen ihr Vermögen falle. Ist diese Frage im Statut vorgesehen, was meist der Fall sein wird, so hat es natürlich dabei sein Bewenden. Ist die Frage im Statut nicht geregelt, so muß, da die juristische Person mit niemandem durch die Bande der Verwandtschaft verbunden ist, der Erbe durch besondere gesetzliche Bestimmung festgestellt sein.

Dementsprechend ordnet das Bürgerliche Gesetzbuch in §§ 45 und 46 an, daß die Satzung eines Vereins vorschreiben kann, daß die Anfallsberechtigten durch Beschluß der Mitgliederversammlung oder eines anderen Vereinsorgans (etwa des Vorstandes oder des Aufsichtsrats) bestimmt werde, und daß, wenn der Zweck des Vereins nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, z. B. bei litterarischen oder künstlerischen Vereinen, die Mitgliederversammlung auch ohne solche Vorschrift im Statut das Vermögen einer öffentlichen Stiftung oder Anstalt zuweisen könne.

Ist aber ein Anfallsberechtigter überhaupt nicht bestimmt, so wird das Vermögen zu gleichen Teilen an die bei der Auflösung vorhandenen

Mitglieder verteilt, falls der Verein nach der Satzung ausschließlich den Interessen seiner Mitglieder diente, andernfalls fällt es, wie die erblose Verlassenschaft, an den Fiskus, und zwar an den Fiskus des Bundesstaates, in dessen Gebiet der Verein seinen Sitz hatte. Der Fiskus hat dann das Vermögen thunlichst in einer den Zwecken des Vereins entsprechenden Weise zu verwenden.

Das Vermögen einer rechtsfähigen Stiftung fällt, wenn die Verfassung derselben einen anderen Anfallsberechtigten nicht bestimmt, an die öffentlich-rechtliche Körperschaft (Stadt, Provinz u. a.), von der sie errichtet oder verwaltet war, andernfalls nimmt der Fiskus das Vermögen, um es wieder thunlichst in einer dem Zweck der Stiftung entsprechenden Weise zu verwenden.

Artikel 5.

§ 1. Das Anfallrecht in Ansehung des Vermögens eines Vereins bestimmt sich ausschließlich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

---

§ 2. Das Vermögen einer rechtsfähigen Stiftung fällt mit dem Erlöschen der Stiftung, wenn sie von einer Gemeinde oder einer sonstigen Körperschaft des öffentlichen Rechtes errichtet oder verwaltet war, an die Körperschaft, in den übrigen Fällen an den Fiskus. Das Vermögen ist thunlichst in einer dem Zwecke der Stiftung entsprechenden Weise zu verwenden.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden keine Anwendung, wenn durch die Verfassung der Stiftung ein anderer Anfallberechtigter bestimmt ist.

Erwerbsbeschränkungen für juristische Personen.

Das Leben des einzelnen Menschen ist beschränkt, und wenn er wirklich eine größere Menge an Kapital oder Grundbesitz aufspeichern und durch nicht gehörige Benutzung dem Verkehr entziehen würde, so kommt doch sein Vermögen mit seinem Tode in andere Hände, und spätestens in wenigen Generationen ist es in den Kreislauf der wirtschaftlichen Güter wieder aufgenommen.

Anders ist es bei den juristischen Personen. Die Dauer ihres Lebens ist unbegrenzt, und damit ihre Fähigkeit, immer weiteres Vermögen anzusammeln. Besonders durch zwar wohlgemeinte aber schlecht geübte Freigebigkeit kann Grundbesitz oder Kapitalvermögen sich übermäßig in der „toten Hand" anhäufen und dauernd dem wirtschaftlichen Verkehr entzogen werden. Durch solche Zuwendungen würde einmal die Familie des Stiftenden, die doch auch ein Anrecht an seinem Vermögen hat, geschädigt werden, andererseits aber auch das Gemeinwesen, das in einer Zeit, wo das Kapital eine so bedeutende Rolle im Wirtschaftsleben spielt, wie in der Gegenwart, nicht dulden kann, daß größere Kapitalbestände auf lange Zeit hinaus brach gelegt werden.

Schon früh hat deshalb der Staat hier eingegriffen, vor allem bewogen durch die Häufung von Grundbesitz und Kapital in den Händen der Kirchen und Klöster.

Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch überläßt in gewissen Grenzen die Regelung den Landesgesetzen, und das Ausführungsgesetz füllt diese Lücke.

Es läßt den entgeltlichen Erwerb beweglichen Vermögens durch juristische Personen in unbeschränktem Maße zu, bindet aber den unentgeltlichen Erwerb, insonderheit durch Schenkung oder Zuwendung von Todeswegen, soweit er eine bestimmte Wertgrenze überschreitet, an Königliche Genehmigung.

Diese Wertgrenze beträgt 5000 Mark, während sie vor dem 1. Januar 1899 schon bei 3000 Mark erreicht war. Besteht die Zuwendung nicht in einer einmaligen, sondern in unbestimmt oft wiederkehrenden Leistungen, ist sie beispielsweise eine jährliche Geldrente für die Lebenszeit des Stifters, so wird die einzelne Leistung mit 25 multipliziert, um zu ermitteln, ob die Zuwendung die Wertgrenze übersteigt. Eine jährliche Rente von 200 Mark würde danach kapitalisiert 5000 Mark betragen, also nicht der Genehmigung bedürfen, während eine Rente von 250 Mark Genehmigung erfordern würde. Wendet der Stifter eine jährliche Rente von 250 Mark aber zum Beispiel von vornherein nur auf fünf Jahre zu, so betrüge die Zuwendung nur 1250 Mark, brauchte also nicht genehmigt zu werden.

Mehrere Zuwendungen derselben Person an denselben Verein oder dieselbe Stiftung hintereinander bedürfen natürlich der Genehmigung nicht, wenn die einzelne Zuwendung unter 5000 Mark bleibt, sollten sie auch insgesamt 5000 Mark übersteigen.

Die Genehmigung ist bei einer Schenkung von beispielsweise 6000 Mark für die ganze Summe, nicht etwa bloß auf die 5000 Mark übersteigenden 1000 Mark nachzusuchen.

Hat ein Dritter ein Einspruchsrecht gegen die Zuwendung, ist durch dieselbe etwa sein Pflichtteilsrecht oder sein Recht aus einem Erbvertrage verletzt, so hindert ihn auch die Genehmigung der Zuwendung nicht, sein Einspruchsrecht noch ferner geltend zu machen und das Zugewendete in Höhe seines Anspruches zurückzufordern.

Für Zuwiderhandlungen gegen die Beschränkungen setzt das Ausführungsgesetz Geldstrafen fest, die nach dem § 28 und § 29 des Reichsstrafgesetzbuches, im Falle sie nicht beigetrieben werden können, in Haft- oder Gefängnisstrafe umgewandelt werden.

Von besonderer Wichtigkeit sind die Grundeigentumsverhältnisse. Während die Erzeugnisse der Erde, als da sind die Produkte des Bodens

und die aus der Erde entnommenen Mineralien, einer bedeutenden Vermehrung und zum Teil einer steten Wiedererneuerung fähig sind, läßt sich der einer wirtschaftlichen Benutzung zugängliche Grund und Boden in den hochkultivierten Ländern nicht mehr wesentlich erweitern. Es ist daher notwendig, daß ein unproduktives Liegenlassen desselben nach Möglichkeit vermieden werde, und deshelb werden die juristischen Personen, bei denen eine unwirtschaftliche Anhäufung von Grundbesitz besonders im Bereiche der Möglichkeit liegt, in dem Erwerb von Grundstücken, sei er entgeltlich oder unentgeltlich, besonders beschränkt.

Das Gesetz unterscheidet zwischen juristischen Personen, die in Preußen, im außerpreußischen Deutschland und im Ausland ihren Sitz haben; erstere bedürfen der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde, letztere beiden der Genehmigung des Königs oder der durch Königliche Verordnung bestimmten Behörde.

Von den juristischen Personen, welche in Preußen ihren Sitz haben, bedürfen einer Genehmigung nicht, da bei den meisten derselben eine unwirtschaftliche Anlage der Grundstücke wider das eigene Interesse wäre:

1. die Familienstiftungen und auch die Familienfideikommisse;
2. juristische Personen, deren Rechtsfähigkeit auf besonderem Reichsgesetze beruhen, wie die Aktien- und Aktienkommanditgesellschaften, die Handels- und Wirtschaftsgesellschaften und andere;
3. gewisse juristische Personen des öffentlichen Rechts, wie die landschaftlichen Kreditinstitute bezüglich der bepfandbriefsten, zur Subhastation gestellten Güter, sowie die Stadt- und Landgemeinden;
4. Sparkassen, die durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt haben, bezüglich der von ihnen beliehenen und zur Zwangsversteigerung gekommenen Grundstücke.

Wird ein Grundstück einer juristischen Person geschenkt oder von Todeswegen zugewendet, und hat diese Zuwendung Königliche Genehmigung gefunden, so ist eine besondere Genehmigung zum Erwerb des Grundstücks, wie Artikel 7 sie erfordert, nicht mehr vonnöten.

Artikel 6.

§ 1. Schenkungen oder Zuwendungen von Todeswegen an juristische Personen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit ihrem vollen Betrage nach der Genehmigung des Königs oder der durch Königliche Verordnung bestimmten Behörde, wenn sie Gegenstände im Werte von mehr als fünftausend Mark betreffen. Wiederkehrende Leistungen werden mit vier vom Hundert zu Kapital gerechnet.

§ 2. Die Genehmigung kann auf einen Teil der Schenkung oder der Zuwendung von Todeswegen beschränkt werden.

---

§ 3. Mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark wird bestraft:

1. wer für eine juristische Person, die in Preußen ihren Sitz hat, als deren Vorsteher eine Schenkung oder eine Zuwendung von Todeswegen in Empfang nimmt und nicht binnen vier

Wochen die erforderliche Genehmigung nachsucht;

2. wer einer juristischen Person, die nicht in Preußen ihren Sitz hat, eine Schenkung oder Zuwendung von Todeswegen verabfolgt, bevor die erforderliche Genehmigung erteilt ist.

---

§ 4. Die Vorschriften der §§ 1 bis 3 gelten nicht für Familienstiftungen.

Artikel 7.

§ 1. Juristische Personen, die in Preußen ihren Sitz haben, bedürfen zum Erwerbe von Grundstücken im Werte von mehr als fünftausend Mark der Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde.

Dies gilt nicht für Familienstiftungen, für juristische Personen, deren Rechtsfähigkeit auf einem neben dem Bürgerlichen Gesetzbuche bestehenden Reichsgesetze beruht, sowie für solche juristische Personen des öffentlichen Rechtes, welche nach den für sie geltenden Gesetzen ohne die im Abs. 1 bezeichnete Genehmigung Grundeigentum erwerben können.

Sparkassen, die durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt haben, können ein von ihnen beliehenes Grundstück im Zwangsversteigerungsverfahren ohne die Genehmigung erwerben.

---

§ 2. Juristische Personen, die in einem anderen Bundesstaat ihren Sitz haben, bedürfen zum Erwerbe von Grundstücken im Werte von mehr als fünftausend Mark der Genehmigung des Königs oder der durch Königliche Verordnung bestimmten Behörde.

Der gleichen Genehmigung bedürfen ausländische juristische Personen zum Erwerbe von Grundstücken ohne Rücksicht auf den Wert.

---

§ 3. Die in den §§ 1, 2 vorgeschriebene Genehmigung ist nicht erforderlich zu einem Erwerbe, der auf Grund einer nach Maßgabe des Artikel 6 genehmigten Schenkung oder Zuwendung von Todeswegen erfolgt.

Verjährung gewisser Ansprüche.

An sich könnte ein einmal begründetes Recht, von einem andern ein Thun oder ein Unterlassen zu fordern, z. B. die Leistung einer Zahlung oder das Nichthöherbauen eines Hauses, ewig bestehen bleiben. Aber das Hervorholen vor langer Zeit entstandener Ansprüche würde in vielen Fällen eine Ungerechtigkeit in sich begreifen und die Sicherheit des Verkehrs gefährden. Ein sorgsamer Hausvater wird von selbst dafür sorgen, sein Recht zeitig geltend zu machen, und ein nachlässiger Mensch hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn ein übermäßiges Hinausziehen der Geltendmachung seines Anspruchs den Verlust desselben zur Folge hat.

Deshalb findet sich in den Rechtsordnungen aller zivilisierten Völker die Einrichtung der Verjährung wieder. Die Zeit, innerhalb deren ein Anspruch geltend gemacht werden muß, ist verschieden. Die gewöhnliche Verjährungsfrist beträgt dreißig Jahre.

Gemischte Ansprüche, welche die laufenden Einnahmen des Haushalts bilden und welche deshalb sofort oder innerhalb kurzer Zeit berichtigt zu werden pflegen, verjähren in zwei oder vier Jahren: so die Forderungen der Kaufleute und Handwerker für Waren und Arbeiten, gewisse Lohnforderungen und ähnliche Ansprüche (vgl. §§ 196, 197 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Den im Bürgerlichen Gesetzbuch aufge-

führten Forderungen fügt das Ausführungsgesetz weitere in vier Jahren verjährende hinzu.

Diese kurze Verjährung beginnt aber nicht mit dem Zeitpunkt, in welchem der Anspruch entsteht oder fällig wird, sondern erst mit Ablauf des Jahres, in welches dieser Zeitpunkt fällt. Es verjährt also ein am 3. Januar 1901 fälliger Anspruch eines Kirchenbeamten mit Ablauf des 31. Dezember 1905.

Bestimmte Handlungen, welche der Gläubiger zur Verfolgung seines Anspruches vornimmt, unterbrechen die Verjährung. Die Folge davon ist, daß nach Beendigung der Unterbrechung von neuem die ganze Verjährungsfrist ablaufen muß, damit der Anspruch verjähre. Solche Unterbrechungsgründe sind im allgemeinen: ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung der Forderung durch den Schuldner, Anmeldung der Forderung im Konkurs, Vornahme einer Vollstreckungshandlung oder Antrag beim Gericht oder einer anderen zuständigen Behörde auf Zwangsvollstreckung. Erkennt der Schuldner also dem obengenannten Kirchenbeamten gegenüber die Forderung am 5. Mai 1904 an, so verjährt sie erst am 31. Dezember 1908. Neben den schon erwähnten Unterbrechungsgründen kennt das Ausführungsgesetz für die der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren unterliegenden Gebühren und Kosten einige besondere Unterbrechungsgründe.

Artikel 9 dehnt die schon bestehenden Vorschriften über Verjährung von Chaussee-, Wege-, Pflaster-, Brücken-, Fähr-, Kanal-, Schleusen-, Schiffahrts- und Hafenabgaben, Kahn-, Wege- und Niederlagegelder nach zwei Richtungen aus: Die Vorschriften sollen einmal für die ganze Monarchie gelten und zweitens auch für sonstige öffentliche Gebühren, sofern nicht abweichende besondere Bestimmungen bestehen.

Zu bemerken ist noch, daß durch Reichsgesetz für öffentliche Schiffs-, Schiffahrts- und Hafenabgaben eine einjährige Verjährungsfrist eingeführt ist.

Artikel 8.

§ 1. In vier Jahren verjähren:

1. die Ansprüche der Kirchen, der Geistlichen und der sonstigen Kirchenbeamten wegen der Gebühren für kirchliche Handlungen;
2. die Ansprüche auf Zahlung der von einer Verwaltungsbehörde, einem Verwaltungsgericht oder einer Auseinandersetzungsbehörde nicht oder zu wenig eingezogenen Kosten;
3. die Ansprüche der Ortsbehörden wegen der Gebühren für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder für ihre Thätigkeit als gerichtliche Hülfsbeamte;
4. die Ansprüche auf Rückerstattung von Kosten, die von einer öffentlichen Behörde mit Unrecht erhoben sind;
5. die Ansprüche auf Rückstände von Verkehrsabgaben, die infolge einer besonderen Berechtigung an Privatpersonen zu entrichten sind.

---

§ 2. Auf die Verjährung finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Artikel 169 Abs. 1 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetz-

buche mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Die Verjährung beginnt, unbeschadet der Vorschrift des § 201 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, für die im § 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Ansprüche mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Gebühren oder Kosten fällig werden, für die im § 1 Nr. 4, 5 bezeichneten Ansprüche mit dem Schlusse des Jahres, in welchem der Anspruch entsteht.
2. Soweit die im § 1 Nr. 1, 2 bezeichneten Gebühren und Kosten der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren unterliegen, wird die Verjährung auch durch eine an den Zahlungspflichtigen erlassene Aufforderung zur Zahlung und durch die Bewilligung einer von ihm nachgesuchten Stundung unterbrochen. Wird die Verjährung unterbrochen, so beginnt eine neue Verjährung nicht vor dem Schlusse des Jahres, in welchem der für die Beendigung der Unterbrechung maßgebende Zeitpunkt eintritt, und im Falle der Bewilligung einer Stundung nicht vor dem Schlusse des Jahres, in welchem die bewilligte Frist abläuft.

Artikel 9.

Die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetz-Samml. S. 140) werden, soweit sie sich auf öffentliche, zu den Staatskassen fließende Verkehrsabgaben der im § 2 des Gesetzes bezeichneten Art beziehen, unbeschadet abweichender reichsgesetzlicher Vorschriften, auf den ganzen Umfang der Monarchie ausgedehnt.

Die im Abs. 1 bezeichneten Vorschriften finden auf sonstige öffentliche Gebühren entsprechende Anwendung, sofern nicht abweichende besondere Bestimmungen bestehen.

Gesetzliche Zinsen.

Da das Bürgerliche Gesetzbuch den für den allgemeinen bürgerlichen Verkehr maßgebenden gesetzlichen Zinsfuß, der vordem fünf Prozent betrug, auf vier vom Hundert herabgesetzt hat, bestimmt das Ausführungsgesetz, daß auch in den Gesetzen, in denen bei Bestimmung einer gesetzlichen Zinspflicht ausdrücklich eine Verzinsung mit fünf Prozent oder mehr vorgeschrieben ist, jetzt an deren Stelle eine nur vierprozentige Verzinsung eintrete.

Artikel 10.

Soweit in Gesetzen, die neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft bleiben, die Verzinsung einer Schuld mit mehr als vier vom Hundert für das Jahr vorgeschrieben ist, tritt an die Stelle dieser Verzinsung die Verzinsung mit vier vom Hundert. Dies gilt für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch dann, wenn die Verzinsung schon vorher begonnen hat.

Zahlungen aus öffentlichen Kassen.

Artikel 11 befreit öffentliche Kassen in allen Fällen im Interesse einer geordneten Kassenführung von der Verpflichtung, geschuldetes Geld auf ihre Gefahr und ihre Kosten dem Gläubiger an dessen Wohnsitz zu übermitteln. Es kann natürlich das Gegenteil vertragsmäßig festgesetzt werden.

Artikel 11.

Zahlungen aus öffentlichen Kassen sind, wenn nicht ein Anderes bestimmt ist, an der Kasse in Empfang zu nehmen.

Beurkundung von Grundstücksveräußerungen.

Während nach dem Allgemeinen Landrecht ein Vertrag, durch welchen der eine dem andern das Eigentum an einem Grundstück zu übertragen sich verpflichtet, nur schriftlich aufgenommen zu sein braucht, fordert das Bürgerliche Gesetzbuch für diese Verträge Aufnahme vor dem Gericht oder einem Notar. Die minder geschäftsgewandte Bevölkerung soll hierdurch vor übereilten Käufen und Verkäufen bewahrt bleiben. Doch wird auch ein Vertrag, der dieser Formvorschrift nicht genügt, gültig, wenn erst die Auflassung und die Eintragung in das Grundbuch erfolgt. Auf Grund des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch macht das Ausführungsgesetz von dieser Formvorschrift zwei Ausnahmen:

1. Damit die Rentengutsbildungen, welche der inneren Kolonisation dienen sollen, nicht erschwert oder vereitelt würden, genügt bei den durch Vermittlung der Generalkommission begründeten und bei den vom Staat ausgegebenen Rentengütern die einfache Schriftform.
2. Ebenso ist einfache Schriftform hinreichend für den Vertrag über die freiwillige Abtretung an Grundeigentum im Enteignungsverfahren.

Weitere Erleichterungen läßt das Gesetz auf Grund des Einführungsgesetzes zu:

1. wenn es sich um ein in Preußen liegendes Grundstück handelt und eine Partei durch eine öffentliche Behörde vertreten ist,
2. für Orte im vormaligen Herzogtum Nassau, die nicht Sitz eines Amtsgerichts sind.

Die Urkunden, welche in diesen beiden Fällen gewisse Behörden auszustellen berechtigt sind, unterliegen im Wesentlichen denselben Vorschriften, wie die, welche der Richter oder der Notar ausstellt.

Artikel 12.

§ 1. Für einen Vertrag, durch den sich der eine Teil verpflichtet, das Eigentum an einem Grundstücke gegen Uebernahme einer festen Geldrente zu übertragen (Rentengutsvertrag), genügt bei den durch Vermittelung der Generalkommission begründeten und bei den vom Staate ausgegebenen Rentengütern die schriftliche Form.

Das Gleiche gilt für den in den §§ 16, 17 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (Gesetz-Samml. S. 221) bezeichneten Vertrag über die freiwillige Abtretung von Grundeigentum.

---

§ 2. Wird bei einem Vertrage, durch den sich der eine Teil verpflichtet, das Eigentum an einem in Preußen liegenden Grundstücke zu übertragen, einer der Vertragschließenden durch eine öffentliche Behörde vertreten, so ist für die Beurkundung des Vertrags außer den Gerichten und Notaren auch der Beamte zuständig, welcher von dem Vorstande der zur Vertretung berufenen Behörde oder von der vorgesetzten Behörde bestimmt ist.

§ 3. In dem vormaligen Herzogtume Nassau sind an Orten, die nicht Sitz eines Amtsgerichts sind, auch die Bürgermeister zuständig, Kauf- und Tauschverträge über Grundstücke ihres Amtsbezirkes zu beurkunden, wenn der Kaufpreis oder der Wert der eingetauschten Gegenstände nicht mehr als fünfhundert Mark beträgt.

§ 4. Auf die Beurkundung, die ein nach den §§ 2, 3 zuständiger Beamter vornimmt, finden die Vorschriften des § 168 Satz 2 und der §§ 169 bis 180 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, des § 191 des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Artikel 41 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung. Ist nach diesen Vorschriften ein Dolmetscher zuzuziehen, so kann die erforderliche Beeidigung des Dolmetschers durch den beurkundenden Beamten erfolgen.

Ermächtigung von Handelsmäklern zu Kaufgeschäften.

Das vor dem 1. Januar 1900 geltende Handelsgesetzbuch kannte die Handelsmäkler nur als amtlich bestellte Vermittler für Handelsgeschäfte, die Rechtsverhältnisse der Privathandelsmakler regelte das Gesetz nicht, trotzdem dieselben im Verkehr eine bei weitem größere Bedeutung hatten, als die amtlichen Makler.

Das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 hat die Einrichtung der amtlich bestellten Vermittler für Handelsgeschäfte im Börsenverkehr beseitigt, dagegen kennt es von der Landesregierung bestellte Kursmäkler, die bei der amtlichen Festsetzung des Börsenpreises von Waren und Wertpapieren mitzuwirken haben, die verpflichtet sind, die Vermittelung von Börsengeschäften zu betreiben, und befugt zur Vornahme von solchen Verkäufen und Käufen, die durch einen dazu öffentlich ermächtigten Handelsmakler zu bewirken sind.

Das Bürgerliche Gesetzbuch und das neue Handelsrecht kennen die amtlichen Handelsmäkler überhaupt nicht mehr, doch gestatten sie in mehreren Fällen den freihändigen Verkauf oder Kauf durch einen zu solchem Verkaufe oder Kaufe öffentlich ermächtigten Handelsmäkler. Solche sind nun die Kursmäkler. Doch diese genügen dem Verkehrsbedürfnisse nicht; deshalb enthält das Ausführungsgesetz Vorschriften über die Erteilung der geforderten Ermächtigung an Privathandelsmäkler. Es bestimmt die zur Erteilung der Ermächtigung zuständige Behörde und fordert die Beeidigung des Maklers durch das Amtsgericht, in dessen Bezirk er Geschäftsräume oder Wohnung hat, oder durch die Handelskammer oder kaufmännische Korporation, welche die Ermächtigung erteilt hat. Die Rücknahme der Ermächtigung geschieht auf Klage der zuständigen Behörde durch den Bezirksausschuß.

Artikel 13.

Die öffentliche Ermächtigung, deren Handelsmäkler zu Verkäufen oder Käufen bedürfen, wird für Orte innerhalb des Bezirkes einer Handelskammer oder einer kaufmännischen Körperschaft durch diese vorbehaltlich der Bestätigung des Re-

gierungspräsidenten, für andere Orte durch den Regierungspräsidenten erteilt.

Die Ermächtigung wird erst wirksam, wenn der Handelsmäkler den Eid leistet, daß er die ihm obliegenden Pflichten getreu erfüllen werde. Für die Abnahme des Eides ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke der Handelsmäkler seine Geschäftsräume oder in Ermangelung solcher seine Wohnung hat. Die Beeidigung kann auch von der Handelskammer oder der kaufmännischen Korporation vorgenommen werden, welche die Ermächtigung erteilt hat.

Auf die Rücknahme der Ermächtigung findet die Vorschrift des § 120 Nr. 3 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) Anwendung.

Gesinderecht.

Das Gesinderecht ist ein Rechtsgebiet, dessen Regelung den Landesgesetzen überlassen ist, denn die darauf bezüglichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Staaten Deutschlands, ja sogar in den einzelnen Teilen desselben Staates sind so mannigfaltig, daß eine einheitliche Regelung des Gesinderechtes durch Reichsgesetz bisher unausführbar ist, bestehen doch in Preußen allein nicht weniger als sechszehn verschiedene Gesindeordnungen. Immerhin stellt das Bürgerliche Gesetzbuch einzelne gemeinsame Gesichtspunkte für das Gesinderecht auf, auch wird ein Züchtigungsrecht des Dienstherrn gegenüber dem Gesinde allgemein ausgeschlossen.

Einheitlich hat das Bürgerliche Gesetzbuch insbesondere die Fähigkeit von Minderjährigen und Ehefrauen zur Eingehung eines Gesindeverhältnisses in den §§ 104 bis 115 und 1358 geregelt, ebenso die Frage, wie weit die Ehefrau zur Annahme von Gesinde befugt ist in § 1357.

Der § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt weiter, daß der Dienstherr im Falle der Erkrankung des Gesindes diesem die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von sechs Wochen, doch nicht über die Beendigung des Dienstverhältnisses hinaus, zu gewähren habe, es sei denn, daß das Gesinde die Erkrankung vorsätzlich oder durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführt habe. Die Kosten kann der Dienstherr auf den für die Zeit der Erkrankung geschuldeten Lohn verrechnen. Kündigt der Dienstherr dem Gesinde wegen der Krankheit nach § 626, so muß er dennoch die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung für die Dauer von sechs Wochen auf sich nehmen.

Nun bestimmt aber das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Artikel 95, daß Landesgesetze, soweit sie dem Gesinde noch weitergehende Ansprüche als § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gewähren, bestehen bleiben. Dies ist in mehreren der in Preußen geltenden Gesindeordnungen der Fall, doch gehört eine Aufzählung dieser Bestimmungen nicht in den Rahmen des vorliegenden Werkes.

Hat die Dienstherrschaft die Erkrankung des Gesindes verschuldet, so bestimmt sich ihre Haftpflicht nach § 618 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Der Dienstbote kann, auch wenn der Gesindevertrag auf länger als fünf Jahre geschlossen ist, den Vertrag nach Ablauf von fünf Jahren mit sechsmonatlicher Kündigungsfrist kündigen (§ 624 des Bürgerlichen Gesetzbuches). Die Frage nach der Verantwortlichkeit der Dienstherrschaft für den vom Gesinde einem Dritten widerrechtlich zugefügten Schaden beantwortet sich nach den §§ 831 und 840 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Vorschriften der Landesgesetze, welche der Dienstherrschaft eine weitergehende Haftpflicht auferlegen, sind aufgehoben, ausgenommen, wenn solche sich in besonderen vorbehaltenen Landesgesetzen finden, so bei Bestrafung des Gesindes wegen Forstdiebstahls, in welchem Falle bei Unvermögen des Gesindes der Dienstherr für Geldstrafe, Wertersatz und Kosten haftet. Wird das Gesinde durch einen in seiner Person liegenden Grund ohne sein Verschulden für verhältnismäßig nicht erhebliche Zeit an der Dienstleistung verhindert, zum Beispiel durch Einberufung zu den alljährlichen Waffenübungen oder durch Krankheit, so kann es doch für diese Zeit seinen Lohn fordern.

Ein vor dem 1. Januar 1900 entstandenes Gesindeverhältnis bestimmt sich nach dem neuen Gesetz von dem Augenblick an, zu welchem die Kündigung nach den bisherigen Gesetzen zuerst zulässig war. Ein am 15. Januar 1899 mit sechswöchentlicher Kündigung zu dem Kalenderquartalsersten geschlossener Gesindevertrag unterliegt also vom 1. April 1900 an dem Bürgerlichen Gesetzbuch.

Artikel 14.

§ 1. Die Vorschrift des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet auf das Gesindeverhältnis Anwendung.

Die Vorschriften der Gesindeordnungen, nach welchen der Dienstberechtigte für den von dem Gesinde einem Dritten widerrechtlich zugefügten Schaden in weiterem Umfang als nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs verantwortlich ist, treten außer Kraft.

Der Dienstberechtigte kann seine Entschädigungsansprüche wegen Verletzung der dem Gesinde aus dem Dienstverhältnis obliegenden Verpflichtungen gegen dessen Lohnforderung aufrechnen.

Ein Wohnsitz wird durch das Gesindeverhältnis nicht begründet.

---

§ 2. Im Geltungsbereiche der Dänischen Gesindeordnung vom 10. Mai 1854 werden an Stelle der bisherigen Vorschriften über das Gesinderecht die Schleswig-Holsteinische Gesindeordnung vom 25. Februar 1840 (Chronol. Samml. S. 35) sowie die für ihr Geltungsgebiet erlassenen sonstigen Vorschriften des Gesinderechts, soweit sie noch in Kraft sind, mit den sich aus § 1 ergebenden Aenderungen eingeführt.

Ein zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehendes Gesindeverhältnis bestimmt sich, wenn nicht die Kündigung nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu dem ersten Termin erfolgt, für den sie nach den bisherigen Gesetzen zulässig ist, von diesem Termin an nach den neuen Vorschriften.

---

§ 3. In denjenigen Teilen des Oberlandesgerichtsbezirkes Cassel, in welchen

besondere Vorschriften über das Gesinderecht nicht bestehen, werden die Vorschriften des § 7 der Kurhessischen Verordnung, das Gesindewesen in den Landstädten und auf dem Lande betreffend, vom 18. Mai 1801 (Neue Samml. der Landesordnungen Band IV S. 368) insoweit eingeführt, als sie privatrechtliche Nachteile an den Vertragsbruch knüpfen.

Unter dem zurückstehenden Lohne im Sinne des § 7 Abs. 5 der Verordnung vom 18. Mai 1801 ist der laufende Dienstlohn, jedoch höchstens der Lohn für ein Vierteljahr zu verstehen.

Leibgedingsvertrag.

In den ländlichen Wirtschaften kommt es überaus häufig vor, daß der Wirt, der sich nicht mehr im stande fühlt, seinen Hof selbst zu bewirtschaften, oder der dessen aus einem anderen Grunde müde ist, sich auf den Altsitz begiebt und seinem Nachfolger, etwa seinem Sohn oder dem Ehemann seiner Tochter die Wirtschaft gegen Vorbehalt eines Altenteils (auch Auszug, Leibzucht, Leibgedinge und Ausgedinge genannt) überläßt.

Das Verhältnis zwischen Altsitzer und Wirt gestaltet sich dann nicht selten zu einem recht unerquicklichen, und zahlreiche Streitpunkte stellen sich ein. Dem Altsitzer sind z. B. die Kartoffeln oder das Mehl, welches ihm der Jungwirt zu liefern hat, von einer zu schlechten Sorte, das Schwein, welches zu Weihnachten gegeben werden muß, ist nicht fett genug; der Jungwirt dagegen beklagt sich über das zänkische Wesen und die stete Unzufriedenheit des Altsitzers mit dem, was er ihm liefert.

Die verschiedenen Sitten und Gebräuche in den einzelnen Gebieten Deutschlands und sogar der Bundesstaaten verhindern eine vollständige und einheitliche Regelung dieser Verträge. Darum regelt auch das Ausführungsgesetz nur diejenigen Punkte, welche am häufigsten zu Streitigkeiten Anlaß geben, und auch diese gesetzlichen Regeln gelten nur dann, wenn die Vertragsschließenden selbst nichts anderes festgesetzt haben.

Damit der Altsitzer sein Recht nicht etwa dadurch verliere, daß der Jungwirt den übernommenen Hof an einen Dritten verkauft, kann der Altsitzer die Eintragung seines Rechtes in das Grundbuch fordern.

Das Leibgedinge gilt als auf Lebenszeit des Altsitzers versprochen, ist im Voraus zu entrichten, und es kann, wenn das Leibgedinge bis zum nächsten Fälligkeitstermin schon entrichtet ist, der Altsitzer an diesem Zeitpunkt aber stirbt, nichts zurückgefordert werden.

Hat sich der Altsitzer Erzeugnisse der überlassenen Wirtschaft ausbedungen, wie Kartoffeln, Mehl, Speck, Schinken, Schmalz, ein Schwein, eine Ziege und anderes, ohne über deren Güte etwas zu vereinbaren, so kann er nicht das Beste fordern, doch kann ihn der Wirt auch nicht mit dem Schlechtesten abfinden, vielmehr müssen Erzeugnisse von mitt-

lerer Art und Güte aus denen geliefert werden, die in der Wirtschaft erzeugt sind.

Lasten des Grundstücks, z. B. Steuern, braucht der Auszügler überhaupt nicht zu tragen, auch die Ausbesserung der ihm überlassenen Wohnung liegt dem Jungwirt ob.

Der Altsitzer kann in die ihm überlassene Wohnung Familie und Gesinde aufnehmen. Hat der Altsitzer aber keine besondere Wohnung, sondern benutzt er die Wohnung des Jungwirtes mit, so darf er jedenfalls nicht solche Personen aufnehmen, welche erst nach Abschluß des Leibgedingevertrags in seine Familie eintreten, oder welche zur Zeit des Vertragsschlusses schon aus seinem Hausstand ausgeschieden waren.

Auch wenn der Jungwirt seinen Verpflichtungen gegen den Altsitzer nicht nachkommt, kann dieser doch nicht seinen Hof zurückverlangen, sobald er sich dies nicht ausdrücklich ausbedungen hat.

Spitzt sich das Verhältnis zwischen den Parteien so zu, daß ein weiteres Zusammenleben unerträglich wird, so kann der Altsitzer, falls den Jungwirt die Schuld trifft, ausziehen, auch Ersatz seines Schadens und statt der Naturalleistungen Geld fordern. Hat der Altsitzer selbst die Schuld, so kann der Jungwirt kündigen und eine Geldrente geben.

Stirbt von zwei Eheleuten, die auf dem Altenteil sitzen, der eine, so kann der Ueberlebende zwar die bisher von ihnen gemeinschaftlich benutzte Wohnung für sich allein fordern, von den zu leistenden Lebensmitteln erhält er jedoch jetzt nur noch die Hälfte.

Artikel 15.

Steht mit der Ueberlassung eines Grundstücks ein Leibgedingsvertrag (Leibzuchts-, Altenteils-, Auszugs-, Ausgedingevertrag) in Verbindung, so gelten für das sich aus dem Vertrag ergebende Schuldverhältnis, soweit nicht abweichende Vereinbarungen getroffen sind, folgende Vorschriften:

§ 1. Der Erwerber des Grundstücks ist verpflichtet, dem Berechtigten an dem Grundstück eine den übernommenen wiederkehrenden Leistungen entsprechende Reallast und, wenn dem Berechtigten das Recht eingeräumt ist, ein auf dem Grundstücke befindliches Gebäude oder einen Teil eines solchen Gebäudes zu bewohnen oder mitzubewohnen oder einen Teil des Grundstücks in sonstiger Weise zu benutzen, eine entsprechende persönliche Dienstbarkeit mit dem Range unmittelbar hinter den zur Zeit der Ueberlassung bestehenden Belastungen zu bestellen.

§ 2. Auf das Schuldverhältnis finden die Vorschriften der §§ 759, 760 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Leibrente Anwendung.

§ 3. Hat der Verpflichtete dem Berechtigten Erzeugnisse solcher Gattung zu leisten, wie sie auf dem überlassenen Grundstücke gewonnen werden, so kann der Berechtigte nur Erzeugnisse von der mittleren Art und Güte derjenigen verlangen, welche auf dem Grundstücke bei ordnungsmäßiger Bewirtschaftung gewonnen werden.

§ 4. Lasten, die auf einen dem Berechtigten zur Benutzung überlassenen Teil des Grundstücks entfallen, hat der Verpflichtete zu tragen.

§ 5. Ist dem Berechtigten eine abgesonderte Wohnung zu gewähren, so hat der Verpflichtete sie ihm in einem zu dem vertragsmäßigen Gebrauche geeig-

neten Zustande zu überlassen und während der Dauer seiner Verpflichtung in diesem Zustande zu erhalten.

Wird das Gebäude durch Zufall zerstört, so hat der Verpflichtete die Wohnung in einer nach den Umständen der Billigkeit entsprechenden Zeit und Weise wieder herzustellen und bis zur Wiederherstellung dem Berechtigten eine angemessene andere Wohnung zu beschaffen.

§ 6. Ist dem Berechtigten eine abgesonderte Wohnung zu gewähren, so ist er befugt, seine Familie sowie die zur standesgemäßen Bedienung und zur Pflege erforderlichen Personen in die Wohnung aufzunehmen.

Hat der Verpflichtete dem Berechtigten die Mitbenutzung seiner Wohnung zu gestatten, so erstreckt sich die Befugnis des Berechtigten zur Aufnahme seiner Familie nicht auf Personen, die erst nach der Schließung des Leibgedingsvertrags durch Eheschließung, Ehelichkeitserklärung oder Annahme an Kindesstatt Familienangehörige geworden sind, und nicht auf Kinder, die aus dem Hausstande des Berechtigten ausgeschieden waren.

§ 7. Unterläßt der Verpflichtete die Bewirkung einer vertragsmäßigen Leistung, so steht dem Berechtigten nicht das Recht zu, wegen der Nichterfüllung oder des Verzugs nach § 325 Abs. 2 oder § 326 des Bürgerlichen Gesetzbuchs von dem Vertrage zurückzutreten oder nach § 527 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Herausgabe des Grundstücks zu fordern.

§ 8. Veranlaßt der Verpflichtete durch sein Verhalten eine solche Störung der persönlichen Beziehungen zu dem Berechtigten, daß diesem nicht zugemutet werden kann, die Wohnung auf dem Grundstücke zu behalten, so hat er dem Berechtigten, falls dieser die Wohnung aufgiebt, den für die Beschaffung einer anderen angemessenen Wohnung erforderlichen Aufwand sowie den Schaden zu ersetzen, der daraus entsteht, daß dieser andere ihm gebührende Leistungen nicht auf dem Grundstück in Empfang nehmen kann; statt der Leistungen kann der Berechtigte Entschädigung in Geld verlangen.

§ 9. Veranlaßt der Berechtigte durch sein Verhalten eine solche Störung der persönlichen Beziehungen zu dem Verpflichteten, daß diesem nicht zugemutet werden kann, ihm das fernere Wohnen auf dem Grundstücke zu gestatten, so kann ihm der Verpflichtete die Wohnung unter Gewährung einer angemessenen Räumungsfrist kündigen.

Macht der Verpflichtete von dieser Befugnis Gebrauch, so hat er dem Berechtigten eine Geldrente zu gewähren, die nach billigem Ermessen dem Werte der Vorteile entspricht, welche er durch die Befreiung von der Pflicht zur Gewährung der Wohnung und zu Dienstleistungen erlangt.

Die Vorschrift des Abs. 2 findet auch Anwendung, wenn der Berechtigte durch andere Umstände als durch das Verhalten des Verpflichteten ohne eigenes Verschulden genötigt ist, das Grundstück dauernd zu verlassen.

§ 10. Ist ein Leibgedinge für mehrere Berechtigte, insbesondere für Ehegatten, vereinbart, so wird der Verpflichtete durch den Tod eines der Berechtigten zu dem Kopfteile des Verstorbenen von seiner Verpflichtung frei, soweit die geschuldeten Leistungen zum Zwecke des Gebrauchs oder Verbrauchs unter den Berechtigten geteilt werden mußten.

Staatsschuldbuch.

Die Schuldverschreibungen eines Staates, der sich in geordneten finanziellen Verhältnissen befindet, bilden eins der sichersten, Wertschwankungen am wenigsten unterworfenen Mittel für Kapitalsanlage. Der Vorzug der leichten Verwertbarkeit, der ihnen gleichzeitig eigen ist, besonders wenn sie auf den Inhaber lauten, schließt jedoch die Gefahr des Verlustes durch Diebstahl oder Unterschlagung in sich. Deshalb hat

man für Fälle, in denen es dem Gläubiger des Staates mehr auf Sicherheit als auf schnelle Veräußerlichkeit seines Besitzes, z. B. bei Mündelgeldern, ankommt, in Preußen seit dem Jahre 1883 das Staatsschuldbuch, im Reich seit dem Jahre 1891 das Reichsschuldbuch eingeführt. Durch Eintragung in dieses ist der Gläubiger gleichzeitig der Sorgen, Mühen und Kosten der Aufbewahrung der Papiere enthoben.

Der Artikel 16 paßt die Bestimmungen des Gesetzes betreffend das Staatsschuldbuch denen des Bürgerlichen Gesetzbuches an. Vor allem bestimmt er, daß die Ehefrau ohne Zustimmung ihres Ehemannes Anträge auf Eintragung oder Löschung nicht stellen darf, wenn ein Vermerk zu Gunsten des Ehemannes im Schuldbuch eingetragen ist.

Artikel 16.

Das Gesetz, betreffend das Staatsschuldbuch, vom 20. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 120) wird dahin geändert:

I. Der § 9 erhält folgende Fassung:

Eine Ehefrau wird, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 97 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, zu Anträgen ohne Zustimmung des Ehemanns zugelassen.

II. Der § 12 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Zur Ausstellung dieser Bescheinigung ist das Nachlaßgericht und, falls der Erblasser zur Zeit des Erbfalls im Inlande weder Wohnsitz noch Aufenthalt hatte, auch derjenige Konsul des Reichs zuständig, in dessen Amtsbezirke der Erblasser zur Zeit des Erbfalls seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte, sofern dem Konsul von dem Reichskanzler die Ermächtigung zur Ausstellung solcher Bescheinigungen erteilt ist.

III. Der § 24 wird gestrichen.

Schuldverschreibungen auf den Inhaber.

In den folgenden beiden Artikeln giebt das Gesetz Bestimmungen teils zum Schutz des Ausstellers gewisser Schuldverschreibungen, teils zum Schutz des Inhabers.

Da Inhaberpapiere meist in großen Massen emittiert werden, ist es schwer oder gar nicht möglich, daß der Aussteller sämtliche eigenhändig zeichnet. Man begnügt sich daher regelmäßig mit facsimilierten Unterschriften, die gleich bei der Herstellung der Effektenformulare heraufgesetzt werden.

Mit der Datierung, Bezeichnung des Ausstellers und Unterschrift desselben ist aber im allgemeinen das Wertpapier vorhanden, und kommt es in den Verkehr, so könnte der Aussteller in Anspruch genommen werden, sogar wenn er selbst das Papier nicht ausgegeben hat, sondern ein unbefugter Dritter, etwa der Hersteller der Formulare, es in Umlauf gesetzt hat.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, gestattet das Bürgerliche Gesetzbuch im § 793, daß in die Urkunde ein Vermerk aufgenommen werde

dahin, daß die Gültigkeit der Unterzeichnung abhängig gemacht wird von der Beobachtung einer besonderen Form, zum Beispiel von der Beidrückung eines Stempels neben die Unterschrift. Kommt dann ein Wertpapier ohne diesen Stempel in den Verkehr, so haftet der Aussteller aus ihm nicht.

Das Ausführungsgesetz geht noch weiter. Es bestimmt nämlich, daß bei den Inhaberpapieren, welche der Staat oder eine Kommune (Provinz, Kreis, Stadt) ausstellt, die Gültigkeit der Unterzeichnung abhängt von der vorschriftsmäßigen Ausfertigung der Urkunde, ohne daß diese einen Vermerk darüber zu tragen braucht.

Abweichend von den sonstigen Vorschriften über die Zinszahlung bei Verlust des Zinskupons in § 804 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt das Ausführungsgesetz ferner, daß bei Verlust von Zinsscheinen der Staats- oder Kommunalpapiere, sowie gewisser Renten- und Pfandbriefe die Zahlung der Zinsen überhaupt ausgeschlossen sei. Andernfalls wäre nötig Löschung der eingelösten Zinsscheine, Ordnen derselben nach Nummern und Ermittelung, ob ein bestimmer Kupon eingelöst sei, deren Kosten gar nicht im Verhältnis zu dem dadurch erreichten Nutzen stünden.

Da eine Außerkurssetzung von Inhaberpapieren seit dem 1. Januar 1900 nicht mehr stattfindet, kann sich der Inhaber gewisser Schuldverschreibungen gegen die Gefahren, die ein Inhaberpapier mit sich bringt, dadurch schützen, daß er das Papier auf seinen oder eines Dritten Namen umschreiben läßt, bei Mündelgeldern und im Falle des § 2117 des Bürgerlichen Gesetzbuches mit der Bestimmung, daß der Inhaber nur mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes oder mit Zustimmung des Nacherben über die Papiere verfügen kann.

Auch die Rückverwandlung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber und die Erteilung einer neuen Urkunde auf den Inhaber kann verlangt werden.

Ist eine auf den Namen umgeschriebene Schuldverschreibung abhanden gekommen oder vernichtet, so kann sie aufgeboten und für kraftlos erklärt werden. Die dazu nötige Auskunft und Zeugnisse muß der Aussteller erteilen. Ist die Kraftloserklärung erfolgt, so muß er eine neue Urkunde ausstellen.

Artikel 17.

§ 1. Bei den von dem Staate oder einem Kommunalverband ausgestellten Schuldverschreibungen auf den Inhaber hängt die Gültigkeit der Unterzeichnung davon ab, daß die Schuldverschreibung vorschriftsmäßig ausgefertigt ist. Der Aufnahme dieser Bestimmung in die Urkunde bedarf es nicht.

Die Ausfertigung erfolgt bei den über das Kapital lautenden Schuldverschreibungen durch eigenhändige Unterzeichnung des Vermerkes „Ausgefertigt" seitens des damit beauftragten Beamten, bei Zins-

und Erneuerungsscheinen durch den Aufdruck eines Trockenstempels, der bei den Schuldverschreibungen des Staates den Königlich Preußischen Adler, bei den Schuldverschreibungen eines Kommunalverbandes das diesem zustehende Siegel enthalten muß.

§ 2. Bei Zinsscheinen, die für Schuldverschreibungen der im § 1 bezeichneten Art oder für Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken ausgegeben sind, ist der im § 804 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmte Anspruch ausgeschlossen, ohne daß es der Ausschließung in dem Scheine bedarf.

Das Gleiche gilt für Zinsscheeine von Pfandbriefen einer öffentlichen landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalt oder einer provinzial-(kommunal-)ständischen öffentlichen Grundkreditanstalt.

Artikel 18.

§ 1. Bei Schuldverschreibungen auf den Inhaber, die von einer Preußischen Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes ausgestellt sind, kann der Inhaber von dem Aussteller verlangen, daß die Schuldverschreibung auf seinen Namen oder auf den Namen eines von ihm bezeichneten Dritten umgeschrieben wird, es sei denn, daß er zur Verfügung über die Urkunde nicht berechtigt ist. Zu Gunsten des Ausstellers gilt der Inhaber als zur Verfügung über die Urkunde berechtigt.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auf Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheine sowie auf die auf Sicht zahlbaren Schuldverschreibungen keine Anwendung.

§ 2. Die Umschreibung auf den Namen einer juristischen Person, die ihren Sitz außerhalb des Deutschen Reichs hat, kann nicht verlangt werden.

§ 3. In den Fällen des § 1667 Abs. 2, des § 1815 und des § 2117 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann die Umschreibung mit der gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmung verlangt werden.

§ 4. Eine Ehefrau bedarf zu einer Verfügung über die umgeschriebene Schuldverschreibung dem Aussteller gegenüber nicht der Zustimmung des Ehemannes.

§ 5. Wer zur Verfügung über die umgeschriebene Schuldverschreibung berechtigt ist, kann, solange die Schuldverschreibung nicht gekündigt ist, von dem Aussteller die Umschreibung auf seinen Namen oder den Namen eines Dritten, die Rückverwandlung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber und gegen Aushändigung der Urkunde die Erteilung einer neuen Schuldverschreibung auf den Inhaber verlangen.

§ 6. Die Kosten der Umschreibung, der Rückverwandlung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber und der Erteilung einer neuen Schuldverschreibung auf den Inhaber hat der Antragsteller zu tragen und vorzuschießen.

§ 7. Die zuständigen Minister erlassen die erforderlichen Ausführungsvorschriften. Sie können insbesondere Bestimmungen treffen

1. über die Form der an den Aussteller zu richtenden Anträge und der Vollmacht zur Stellung solcher Anträge,
2. über die Form des Nachweises, daß der Antragsteller oder der Empfänger der Zahlung der in der Schuldverschreibung genannte Gläubiger oder sonst zur Verfügung über die Schuldverschreibung berechtigt oder zur Vertretung des Berechtigten befugt ist,
3. über die Form der Umschreibung und der Rückverwandlung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber,
4. über die Sätze, nach denen die im § 6 bezeichneten Kosten zu bemessen sind.

§ 8. Ist den nach Maßgabe des § 7 Nr. 1, 2 bestimmten Erfordernissen genügt, so gilt der Antragsteller oder der Empfänger der Zahlung zu Gunsten des Ausstellers als zur Verfügung über die Schuldverschreibung berechtigt oder zur Vertretung des Berechtigten befugt.

§ 9. Eine abhanden gekommene oder vernichtete Schuldverschreibung, die auf den Namen umgeschrieben ist, kann, wenn nicht in der Urkunde das Gegenteil be-

stimmt ist, im Wege des Aufgebotsverfahrens für kraftlos erklärt werden.

Die Vorschriften des § 799 Abs. 2 und der §§ 800, 805 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.

---

§ 10. Die Vorschriften der §§ 1 bis 9 gelten auch für Schuldverschreibungen, die vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgestellt oder auf den Namen umgeschrieben worden sind.

---

§ 11. Für die Umschreibung einer auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibung auf den Namen eines bestimmten Berechtigten ist eine Sempelabgabe nicht zu entrichten.

Unschädlichkeitszeugnis.

Die auf einem Grundstück eingetragenen Reallasten, Hypotheken und Grundschulden haften auf jedem Teil des Grundstückes und gleichgültig, in wessen Händen es sich befindet. Will der Grundstückseigentümer einen Teil des Grundstücks frei veräußern lassen, so ist er im allgemeinen auf den guten Willen seiner Gläubiger angewiesen. Eine strenge Durchführung dieser Grundsätze würde den Eigentümer aber leicht der Chikane und unbilligen Forderungen des einen oder des anderen Gläubigers aussetzen. Deshalb ist es, zuerst um die Mitte dieses Jahrhunderts, dem Eigentümer ermöglicht, auf Grund eines Zeugnisses der zuständigen Behörde darüber, daß die Veräußerung des Teiles für die Gläubiger unschädlich sei, die kostenfreie Abschreibung dieses Teiles auch ohne Einwilligung seiner Gläubiger zu erwirken.

Das Ausführungsgesetz ändert daran nichts. Es regelt nur zwei Punkte, über welche man bisher nicht einig war.

Ein Unschädlichkeitszeugnis kann auch gegeben werden, wenn die Veräußerung eines Teiles nur für einzelne Belastungen, etwa für die erste und zweite Hypothek, unschädlich ist, während sie der dritten und vierten Hypothek schadet. Dann wird der abveräußerte Teil frei nur von der ersten und zweiten, nicht von der dritten und vierten Hypothek.

Hat ein Gläubiger eine Gesamthypothek an mehreren Grundstücken desselben Eigentümers, so ist natürlich unter Umständen auch die Veräußerung eines verhältnismäßig nicht kleinen Teils eines der Grundstücke unschädlich, und es kann dann das Unschädlichkeitszeugnis gegeben werden.

Artikel 19.

Die bestehenden Vorschriften über die Erteilung von Unschädlichkeitszeugnissen zum Zwecke der Befreiung eines Teiles eines Grundstücks von dessen Belastungen bleiben mit folgenden Maßgaben in Kraft:

1. Bei der Entscheidung, ob der Grundstücksteil im Verhältnisse zum Hauptgrundstücke von geringem Werte und Umfang ist, wird, wenn die Belastungen, von denen der Teil befreit werden soll, noch auf anderen Grundstücken desselben Eigentümers haften, die Gesamtheit der belasteten Grundstücke als Hauptgrundstück behandelt.

2. Das Unschädlichkeitszeugnis kann auf einzelne Belastungen beschränkt werden.

Artikel 20.

Im Gebiete des vormaligen Herzogtums Nassau und auf der Insel Helgoland treten die Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Erleichterung der Abveräußerung einzelner Teile von Grundstücken in der Provinz Hannover, vom 25. März 1889 (Gesetz-Samml. S. 65) mit den im Artikel 19 bestimmten Aenderungen in Kraft; auf das Verfahren und das Kostenwesen finden ergänzend die allgemeinen Vorschriften, die für Gemeinheitsteilungen im Gebiete des vormaligen Herzogtums Nassau und in der Provinz Schleswig-Holstein gelten, entsprechende Anwendung.

Die Unschädlichkeitszeugnisse, die bezüglich der im § 1 Nr. 3 des Gesetzes vom 25. März 1889 bezeichneten Geschäfte ausgestellt werden, sind stempel- und gebührenfrei.

Landeskulturrenten.

Artikel 21 des Ausführungsgesetzes paßt das genannte Gesetz, durch welches der Landeskulturrente der Vorrang vor anderen Belastungen des Grundstücks eingeräumt wird, den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches an.

Artikel 21.

Das Gesetz, betreffend die Errichtung von Landeskultur-Rentenbanken, vom 13. Mai 1879 (Gesetz-Samml. S. 367) wird dahin geändert:

I. Im § 14 Abs. 1 werden die Worte „Der Darlehnssucher hat durch Eintragung eines Vermerks in das Grund- oder Hypothekenbuch das Vorrecht der Rente vor allen späteren Eintragungen oder gesetzlichen Hypotheken zu sichern" ersetzt durch die Worte:

„Der Darlehnssucher hat eine Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Einräumung der Rente in das Grundbuch eintragen zu lassen".

II. Der § 24 erhält folgenden Abs. 3:

Bei der Eintragung der Rente ist zugleich auf Grund des Beschlusses der Auseinandersetzungsbehörde (§ 22) eine Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs auf Einräumung des Vorzugsrechts für die Rente einzutragen.

III. An die Stelle des § 25 Abs. 1 tritt folgende Vorschrift:

Die Eintragung des Vorzugsrechts der Rente im Grundbuch erfolgt auf Grund einer Bescheinigung der Auseinandersetzungsbehörde, daß die zweckmäßige Ausführung der Drainierungsanlage geschehen ist.

IV. An die Stelle des § 27 Abs. 1 tritt folgende Vorschrift:

Die Eintragung der in § 24 Abs. 3 bezeichneten Vormerkung und des Vorzugsrechts der Rente erfolgt ohne Vorlegung der über die vorhandenen Realrechte ausgefertigten Urkunden. Wird eine solche Urkunde nachträglich vorgelegt, so hat das Grundbuchamt die Eintragung auf ihr zu vermerken.

Der Eintragung nicht bedürfende Rechte.

Das Grundbuch hat öffentlichen Glauben, das heißt: was im Grundbuch steht oder nicht steht, gilt als vorhanden oder nicht vorhanden, mag es nun mit Recht oder zu Unrecht eingetragen sein oder fehlen. Wer also das Grundstück von dem im Grundbuch als Eigentümer

Eingetragenen erkauft, wer sich eine Hypothek von dem, welcher als Gläubiger im Grundbuch verzeichnet ist, abtreten läßt, wird Eigentümer oder Hypothekengläubiger, auch wenn ein anderer als der Eingetragene Eigentümer, und wenn die Hypothek längst ausgezahlt ist. Anders ist es nur, wenn ihm die Unrichtigkeit der Eintragungen bekannt war. Das nicht eingetragene Recht hat gutgläubigen Dritten gegenüber keine Wirkung.

Den Grundsatz von dem öffentlichen Glauben des Grundbuches spricht § 892 des Bürgerlichen Gesetzbuches aus. Doch gilt dieser Grundsatz nicht ausnahmslos. Einige solche Ausnahmen giebt der Artikel 22 des Ausführungsgesetzes, eine andere der Artikel 187 des Einführungsgesetzes, der bestimmt, daß Grunddienstbarkeiten zur Erhaltung ihrer Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuches der Eintragung nicht bedürfen, wenn sie schon zu der Zeit bestanden haben, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist. Die genannten Rechte wirken also gegen jeden Dritten, auch wenn sie nicht im Grundbuch verzeichnet sind.

Artikel 22.

Zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs bedürfen der Eintragung nicht:

1. das in den Fällen der Enteignung oder der Grundabtretung zu Zwecken des Bergbaubetriebs bestehende gesetzliche Vorkaufsrecht;
2. die Gebrauchs- und Nutzungsrechte, welche nach den §§ 8, 142 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) im Wege des Zwangsverfahrens erworben werden können;
3. die den Rentenbanken überwiesenen Renten und die Domänen-Amortisationsrenten; die für die Provinz Hannover bisher geltenden entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben.

Nachbarrechtliche Beschränkungen des Eigentums.

Die beiden folgenden Artikel gelten ebenso wie die Artikel 25 und 26 nur im früheren Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes, also im größten Theil der Preußischen Rheinprovinz. Die Artikel 23 und 24 geben Vorschriften über die Erhöhung einer Scheidemauer, zu deren Benutzung die Nachbarn gemeinschaftlich berechtigt sind, Vorschriften, welche sich auf das vor dem 1. Januar 1900 in jenen Gebietsteilen geltende Französische Recht gründen. Sie halten ferner gewisse Bestimmungen des Rheinischen Bürgerlichen Gesetzbuchs vorübergehend aufrecht.

Artikel 23.

§ 1. Werden im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes zwei Grundstücke durch eine Mauer geschieden, zu deren Benutzung die Eigentümer der Grundstücke gemeinschaftlich berechtigt sind, so kann der Eigentümer des einen Grundstücks dem Eigentümer des anderen Grundstücks nicht verbieten, die Mauer ihrer ganzen Dicke nach zu erhöhen, wenn ihm nachgewiesen wird, daß durch die Erhöhung die Mauer nicht gefährdet wird.

Der sich aus der Vorschrift des Abs. 1 ergebende Anspruch unterliegt nicht der Verjährung.

---

§ 2. Der Eigentümer des Grundstücks, von dem aus die Erhöhung erfolgt ist, kann dem Eigentümer des anderen Grundstücks die Benutzung des Aufbaues verbieten, bis ihm für die Hälfte oder, wenn nur ein Teil des Aufbaues benutzt werden soll, für den entsprechenden Teil der Baukosten Ersatz geleistet wird. Solange das Verbietungsrecht besteht, hat der Berechtigte den Mehraufwand zu tragen, den die Unterhaltung der Mauer infolge der Erhöhung verursacht.

Das Verbietungsrecht erlischt durch Einigung der Eigentümer.

---

§ 3. Wird die Mauer zum Zwecke der Erhöhung verstärkt, so ist die Verstärkung auf dem Grundstück anzubringen, dessen Eigentümer die Erhöhung unternimmt. Der von dem Eigentümer des anderen Grundstücks nach § 2 zu ersetzende Betrag der gesamten Baukosten erhöht sich um den entsprechenden Teil des Wertes der zu der Verstärkung verwendeten Grundfläche. Verlangt der Eigentümer des Grundstücks, auf dem die Verstärkung angebracht worden ist, die Ersatzleistung, so ist er verpflichtet, dem Eigentümer des anderen Grundstücks das Eigentum an der zu der Mauer verwendeten Grundfläche seines Grundstücks soweit zu übertragen, daß die neue Grenzlinie durch die Mitte der verstärkten Mauer geht; die Vorschriften über den Kauf finden Anwendung.

Artikel 24.

Hat im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes der Eigentümer eines Grundstücks vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Grund des Artikel 663 des Rheinischen Bürgerlichen lichen Gesetzbuchs von seinem Nachbar verlangt, daß er zur Errichtung einer Scheidemauer beitrage, so bleiben für das Recht und die Pflicht zur Errichtung der Mauer die bisherigen Vorschriften maßgebend.

Widerrufliches Eigentum an Grundstücken.

Durch die nachfolgenden Bestimmungen ist das Recht des früheren Eigentümers eines Grundstückes, dieses wieder an sich zu ziehen, gegenüber den vor dem 1. Januar 1900 geltenden Bestimmungen bedeutend eingeschränkt.

Artikel 25.

Steht im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes dem früheren Eigentümer eines Grundstücks auf Grund eines Rechtsgeschäfts, durch welches das Grundstück veräußert worden ist, ein Recht zu, vermöge dessen bei dem Eintritt eines bestimmten Umstandes das Eigentum an dem Grundstücke mit rückwirkender Kraft an ihn zurückfällt, so verwandelt sich das Rückfallsrecht zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, in einen Anspruch auf Rückübertragung des Eigentums und Befreiung des Grundstücks von den dem Rückfallsberechtigten gegenüber nicht wirksamen Belastungen. Diejenigen, gegen welche sich der Anspruch richtet, sind verpflichtet, die Eintragung einer Vormerkung zur Sicherung des Anspruchs zu bewilligen.

Die vor der im Abs. 1 bezeichneten Zeit erfolgte Eintragung des Rückfallsrechts gilt als Eintragung einer Vormerkung.

Form der Auflassung.

Der Grundsatz des § 925 des Bürgerlichen Rechtes, daß die Auflassung eines Grundstückes nur geschehen könne, wenn beide Parteien anwesend sind, und nur vor dem Grundbuchamt, wird für das Preußische

Gebiet des Rheinischen Rechtes mit Rücksicht auf das dort vor dem 1. Januar 1900 geltende Recht durchbrochen. Die Auflassung kann erfolgen auch vor einem anderen Preußischen Amtsgericht oder vor einem Preußischen Notar. Dasselbe gilt für die Einigung, welche zur Bestellung oder Uebertragung eines Erbbaurechtes erforderlich ist. Auch ist in gewissen Fällen die gleichzeitige Anwesenheit beider Teile bei der Auflassung nicht erforderlich.

Artikel 26.

Für Grundstücke, die im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes belegen sind, gelten folgende Vorschriften:

§ 1. Die Auflassung sowie die zur Bestellung oder Uebertragung eines Erbbaurechts erforderliche Einigung kann außer vor dem Grundbuchamt auch vor einem anderen Preußischen Amtsgericht oder vor einem Preußischen Notar erklärt werden. Durch Königliche Verordnung kann bestimmt werden, daß auch die Amtsgerichte oder die Notare anderer Bundesstaaten zuständig sind.

Jeder Teil ist berechtigt, zu verlangen, daß die Auflassung vor dem Grundbuchamt erfolgt.

---

§ 2. Bei der Auflassung bedarf es der gleichzeitigen Anwesenheit beider Teile nicht, wenn das Grundstück durch ein Amtsgericht oder einen Notar versteigert worden ist und die Auflassung noch in dem Versteigerungstermine stattfindet.

Uebertragung des Eigentums an buchungsfreien Grundstücken.

Im allgemeinen erhält jedes Grundstück ein Grundbuchblatt, in welches sein Schicksal eingetragen wird. Eine Ausnahme ist in § 90 der Reichs-Grundbuchordnung zugelassen. Durch landesherrliche Verordnung kann nämlich bestimmt werden, daß die Grundstücke des Fiskus oder gewisser juristischer Personen, die öffentlichen Wege und Gewässer, auch solche Grundstücke, welche einem dem öffentlichen Verkehr dienenden Bahnunternehmen gewidmet sind, ein Grundbuchblatt nur auf Antrag erhalten. Für den Fall, daß diese Verordnung ergeht und daß beide Parteien von dem Zwang, das Grundstück buchen zu lassen, befreit sind, ist Auflassung und Eintragung für die Uebertragung des Grundstückes nicht erforderlich, vielmehr genügt eine Beurkundung des Vertrages durch das Gericht oder einen Notar, unter Umständen auch durch eine andere öffentliche Behörde.

Artikel 27.

Zur Uebertragung des Eigentums an einem Grundstücke, das im Grundbuche nicht eingetragen ist und auch nach der Uebertragung nicht eingetragen zu werden braucht, ist die Einigung des Veräußerers und des Erwerbers über den Eintritt der Uebertragung erforderlich. Die Einigung bedarf der gerichtlichen oder notariellen Beurkundung; wird einer der Beteiligten durch eine öffentliche Behörde vertreten, so genügt die Beurkundung durch einen nach Artikel 12 § 2 für die Beurkundung des Veräußerungsvertrags zuständigen Beamten.

Die Uebertragung des Eigentums kann nicht unter einer Bedingung oder einer Zeitbestimmung erfolgen.

Besitzschutz bei Grunddienstbarkeiten.

Wird ein Grundstücksbesitzer in der Ausübung einer Grunddienstbarkeit, etwa eines Wegerechtes, die auf einem anderen Grundstück ruht, eigenmächtig gestört, so genießt er Besitzschutz, das heißt: er kann sich der verbotenen Eigenmacht mit Gewalt erwehren oder kann richterliche Hilfe in Anspruch nehmen. Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Besitzschutz gelten aber nach dem Einführungsgesetze erst von dem Zeitpunkt an, in dem das Grundbuch angelegt ist. Mit Rücksicht darauf, daß in den meisten Teilen Preußens Grundbücher schon bestehen, bestimmt Artikel 28 jedoch, daß schon vom Inkrafttreten des Gesetzes an die Grundsätze des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Einführungsgesetzes über den Besitzschutz in Geltung treten sollen.

Artikel 28.

Für den Schutz der Ausübung einer Grunddienstbarkeit gelten, auch bevor das Grundbuch für das Grundstück als angelegt anzusehen ist, wenn die Grunddienstbarkeit in einem über das Grundstück geführten gerichtlichen Buche eingetragen ist, die Vorschriften des § 1029 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, anderenfalls die Vorschriften des Artikel 191 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Wiederkaufsrecht bei Rentengütern.

Die Bauernbefreiung im Anfang dieses Jahrhunderts hatte neben unbestreitbaren Vorzügen mancherlei Nachteile im Gefolge. Die Verschuldung des Bauernstandes machte ungeheure Fortschritte; daran schloß sich die unheilvolle Thätigkeit der Güterschlächter einerseits und die Latifundienbildung andererseits. Der selbständige Bauernstand drohte zu schwinden.

Hiergegen mußte bald der Staat schützend eingreifen, und eines der dabei angewendeten Mittel ist die Bildung von Rentengütern, die es dem wenig Bemittelten erleichtern soll, zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit zu gelangen, indem er ohne Anzahlung, nur gegen Leistung einer Jahresrente eine Landwirtschaft übernimmt, ohne daß er eine unzeitige Kündigung des ihm gewährten Kredites zu fürchten hat.

Dem Zweck aber, die Selbständigkeit der Rentengüter zu sichern, sie in gutem Kulturzustand zu erhalten, ferner sie in den östlichen Provinzen in deutscher Hand zu belassen, dient das Wiederkaufsrecht. Deshalb behält sich der Staat bei Ausgabe von Rentengütern stets ein in der Zeit ganz unbeschränktes und auch gegen spätere Erwerber wirkendes Wiederkaufsrecht vor und läßt es in das Grundbuch eintragen. Dieses Wiederkaufsrecht bei Rentengütern behält auch das Ausführungsgesetz in Artikel 29 bei. Es geht weiter als das Wiederkaufsrecht,

welches das Bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 497 bis 503 kennt, denn auf Grund des ersteren kann der Verkäufer das Grundstück ohne weiteres von jedem zurückverlangen, der es später erworben hat, auf Grund des letzteren ist dies nur beschränkt möglich.

Der Verkäufer kann das Wiederkaufsrecht ausüben, wenn der Eigentümer das Rentengut verkauft, wenn er sich auf andere Weise zur Uebertragung des Eigentums am Rentengut verpflichtet, endlich wenn das Rentengut subhastiert wird.

Es kann ferner noch verabredet werden, daß der Wiederkauf auch ausgeübt werden könne, wenn der Eigentümer stirbt oder wenn er eine von den Pflichten, die ihm im Rentengutsvertrage auferlegt sind, nicht erfüllt: wenn er etwa gegen den Vertrag nicht auf dem Rentengut wohnt, oder es nicht selbst bewirtschaftet, wenn er Gebäude oder Inventar nicht in gutem Zustande erhält.

Tritt ein Fall ein, der den früheren Eigentümer zum Wiederkauf berechtigt, so kann er nicht noch nach Jahren darauf zurückkommen und das Grundstück zurückfordern. Ist in dem Vertrage nichts anderes bestimmt, so kann er sein Recht nur binnen drei Monaten von dem Zeitpunkt an geltend machen, in dem er Kenntnis von dem Falle erhält, der ihn zum Wiederkaufe berechtigt.

Sonst ist der Wiederkaufsberechtigte zeitlich nicht beschränkt, er kann sein Recht ausüben, auch wenn die Amortisationsperiode, die $60^1/_2$ oder $56^1/_{12}$ Jahre dauert, abgelaufen ist.

Ist das Rentengut schon in dritter Hand, wenn das Wiederkaufsrecht geltend gemacht wird, so kann der gegenwärtige Eigentümer die Herausgabe des Rentengutes davon abhängig machen, daß ihm der Wiederverkaufspreis soweit ausgezahlt werde, als er oder sein Rechtsnachfolger Aufwendungen für den Erwerb des Rentengutes gemacht hat, und in dieser Höhe wird der Wiederkäufer dadurch von der Verpflichtung zur Zahlung des Wiederkaufpreises frei. Hat aber der gegenwärtige Eigentümer den Erwerbspreis für das Rentengut noch nicht voll entrichtet, so hat er nichts mehr zu zahlen. Auch kann er seine Aufwendungen für den Erwerb, soweit sie nicht durch den Wiederkaufspreis gedeckt sind, zurückfordern.

Artikel 29.

§ 1. Ein Grundstück, welches gegen Uebernahme einer festen Geldrente zu Eigentum übertragen ist (Rentengut), kann zu Gunsten des Veräußerers in der Weise belastet werden, daß dieser dem Eigentümer gegenüber zum Wiederkaufe berechtigt ist.

Das Wiederkaufsrecht kann auch zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers eines Grundstücks des Veräußerers bestellt werden.

---

§ 2. Ein Bruchteil eines Rentenguts kann mit dem Wiederkaufsrechte nur belastet werden, wenn er in dem Anteil eines Miteigentümers besteht.

---

§ 3. Das Wiederkaufsrecht beschränkt sich auf die Fälle, daß der Eigentümer das Rentengut verkauft oder sich durch einen sonstigen Vertrag zur Uebertragung des Eigentums verpflichtet oder daß das Rentengut im Wege der Zwangsversteigerung veräußert wird; es kann auch für die Fälle bestellt werden, daß der Eigentümer stirbt oder eine im Rentengutsvertrage festgesetzte Verpflichtung nicht erfüllt.

§ 4. Das Wiederkaufsrecht erstreckt sich auf das zur Zeit der Ausübung vorhandene Zubehör.

§ 5. Das Rechtsverhältnis zwischen dem Berechtigten und dem Verpflichteten bestimmt sich nach den Vorschriften des § 497 Abs. 1 und der §§ 498 bis 502 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. [1])

Dritten gegenüber hat das Wiederkaufsrecht die Wirkung einer Vormerkung zur Sicherung des durch die Ausübung des Rechtes entstehenden Anspruchs auf Uebertragung des Eigentums.

§ 6. Das Wiederkaufsrecht kann nur bis zum Ablaufe von drei Monaten nach dem Zeitpunkt ausgeübt werden, in welchem der Berechtigte von dem Eintritte des zum Wiederkaufe berechtigenden Falles Kenntnis erhält. Ist für die Ausübung eine Frist bestimmt, so tritt diese an die Stelle der gesetzlichen Frist.

§ 7. Gelangt das Rentengut in das Eigentum eines Dritten, so kann dieser die Zustimmung zur Eintragung des Berechtigten als Eigentümer und die Herausgabe des Rentenguts verweigern, bis ihm der Wiederkaufspreis soweit ausgezahlt wird, als er oder sein Rechtsvorgänger für den Erwerb des Rentenguts Aufwendungen gemacht hat. Erlangt der Berechtigte die Eintragung als Eigentümer, so kann der bisherige Eigentümer von ihm die Erstattung der für den Erwerb

[1]) § 497 Abs. 1. Hat sich der Verkäufer in dem Kaufvertrage das Recht des Wiederverkaufs vorbehalten, so kommt der Wiederverkauf mit der Erklärung des Verkäufers gegenüber dem Käufer, daß er das Wiederverkaufsrecht ausübe, zu stande. Die Erklärung bedarf nicht der für den Kaufvertrag bestimmten Form.

§ 498. Der Wiederverkäufer ist verpflichtet, dem Wiederverkäufer den gekauften Gegenstand nebst Zubehör herauszugeben.

Hat der Wiederverkäufer vor der Ausübung des Wiederverkaufsrechts eine Verschlechterung, den Untergang oder eine aus einem anderen Grunde eingetretene Unmöglichkeit der Herausgabe des gekauften Gegenstandes verschuldet oder den Gegenstand wesentlich verändert, so ist er für den daraus entstehenden Schaden verantwortlich. Ist der Gegenstand ohne Verschulden des Wiederverkäufers verschlechtert oder ist er nur unwesentlich verändert, so kann der Wiederverkäufer Minderung des Kaufpreises nicht verlangen.

§ 499. Hat der Wiederverkäufer vor der Ausübung des Wiederverkaufsrechts über den gekauften Gegenstand verfügt, so ist er verpflichtet, die dadurch begründeten Rechte Dritter zu beseitigen. Einer Verfügung des Wiederverkäufers steht eine Verfügung gleich, die im Wege der Zwangsvollstreckung oder der Arrestvollziehung oder durch den Konkursverwalter erfolgt.

§ 500. Der Wiederverkäufer kann für Verwendungen, die er auf den gekauften Gegenstand vor dem Wiederverkaufe gemacht hat, insoweit Ersatz verlangen, als der Wert des Gegenstandes durch die Verwendungen erhöht ist. Eine Einrichtung, mit der er die herauszugebende Sache versehen hat, kann er wegnehmen.

§ 501. Ist als Wiederverkaufspreis der Schätzungswert vereinbart, den der gekaufte Gegenstand zur Zeit des Wiederkaufs hat, so ist der Wiederverkäufer für eine Verschlechterung, den Untergang oder die aus einem anderen Grunde eingetretene Unmöglichkeit der Herausgabe des Gegenstandes nicht verantwortlich, der Wiederverkäufer zum Ersatze von Verwendungen nicht verpflichtet.

§ 502. Steht das Wiederverkaufsrecht Mehreren gemeinschaftlich zu, so kann es nur im ganzen ausgeübt werden. Ist es für einen der Berechtigten erloschen oder übt einer von ihnen sein Recht nicht aus, so sind die übrigen berechtigt, das Wiederkaufsrecht im ganzen auszuüben.

des Rentenguts gemachten Aufwendungen bis zur Höhe des Wiederkaufspreises gegen Herausgabe des Rentenguts fordern.

§ 8. Soweit der Berechtigte nach § 7 den Dritten zu entschädigen hat, wird er von der Verpflichtung zur Zahlung des aus dem Wiederkaufe geschuldeten Kaufpreises frei.

§ 9. Verliert der neue Eigentümer infolge der Geltendmachung des Wiederkaufsrechts das Eigentum, so wird er, soweit die für den Erwerb des Rentenguts von ihm geschuldete Gegenleistung noch nicht berichtigt ist, von seiner Verpflichtung frei; die für den Erwerb bereits gemachten Aufwendungen kann er soweit zurückfordern, als sie durch den an ihn gezahlten Wiederkaufspreis nicht gedeckt sind.

§ 10. Ein zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers eines Grundstücks bestehendes Wiederkaufsrecht kann nicht von dem Eigentum an diesem Grundstücke getrennt werden.

Ein zu Gunsten einer bestimmten Person bestehendes Wiederkaufsrecht kann nicht mit dem Eigentum an einem Grundstücke verbunden werden.

§ 11. Ist der Berechtigte unbekannt, so kann er im Wege des Aufgebotsverfahrens mit seinem Rechte ausgeschlossen werden, wenn die im § 1170 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die Ausschließung eines Hypothekengläubigers bestimmten Voraussetzungen vorliegen. Mit der Erlassung des Ausschlußurteils erlischt das Wiederkaufsrecht.

Auf ein Wiederkaufsrecht, das zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers eines Grundstücks besteht, finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Beschränkung der Reallasten.

In Verfolgung des Zieles, die Bauern wirtschaftlich und politisch zu befreien, hob man in der Mitte dieses Jahrhunderts in Preußen den größten Teil der Reallasten, das sind die einem Grundstückseigentümer obliegenden, regelmäßig wiederkehrenden Leistungen an Geld oder Diensten, z. B. Hand- und Spanndiensten, Zahlung eines Erbzins- und Erbpachtkanons, auf, oder erklärte sie wenigstens für ablösbar, verbot auch die Auferlegung gewisser neuer Reallasten.

Das Bürgerliche Gesetzbuch läßt nun zwar Reallasten aller Art zu, hält aber die landesgesetzlichen Bestimmungen, durch welche die Reallasten beschränkt werden, aufrecht. Solche Bestimmungen bestehen in ganz Preußen, mit Ausnahme der im Artikel 30 genannten Teile, und für diese setzt das Ausführungsgesetz ähnliche Beschränkungen fest und stellt sie damit den übrigen Landesteilen gleich. Es können jetzt also in Preußen andere Reallasten als feste Geldrenten einem Grundstück nicht mehr auferlegt werden, aber auch die festen Geldrenten sind ablösbar.

Artikel 30.

Im linksrheinischen Teile der Rheinprovinz, im Kreise Herzogtum Lauenburg und auf der Insel Helgoland treten folgende Vorschriften in Kraft:

Mit Ausnahme fester Geldrenten können beständige Abgaben und Leistungen einem Grundstück als Reallasten nicht auferlegt werden.

Eine neu auferlegte Geldrente ist der Eigentümer nach vorgängiger sechsmonatiger Kündigung mit dem zwanzigfachen Betrag abzulösen berechtigt, sofern nicht ein Anderes bestimmt ist. Es

kann jedoch vertragsmäßig die Kündigung nur während eines bestimmten Zeitraums, welcher dreißig Jahre nicht übersteigen darf, ausgeschlossen und ein höherer Ablösungsbetrag als der fünfundzwanzigfache Betrag der Rente nicht festgesetzt werden.

Vertragsmäßige Bestimmungen, welche diesen Vorschriften zuwiderlaufen, sind unwirksam, unbeschadet der Rechtsverbindlichkeit des sonstigen Inhalts eines solchen Vertrags.

Die Vorschriften über Rentengüter bleiben unberührt.

Verteilung von Reallasten.

Wird ein Grundstück zerstückelt und lastet auf ihm eine Reallast, welche weder durch Barzahlung des achtzehnfachen Betrages des jährlichen Geldwertes, noch durch Vermittlung der Rentenbank ablösbar ist, so muß derjenige, welchem die Reallast zusteht, dulden, daß die Renten auf die Trennstücke nach Verhältnis des Wertes dieser Trennstücke verteilt werden. Für Rentenbeträge, die jährlich weniger als vier Thaler betragen, kann er Ablösung durch Kapitalzahlung fordern. Diese Vorschriften hält der Artikel 31 aufrecht.

Artikel 31.

Die Vorschriften, nach welchen im Falle der Teilung eines mit einer Reallast belasteten Grundstücks die Reallast auf die einzelnen Teile des Grundstücks verteilt wird, bleiben in Kraft. Die Verteilung ist bei der Auseinandersetzungsbehörde zu beantragen.

Kündigungsrecht bei Hypotheken und Grundschulden.

Die Bindung einer Person an einen Vertrag übermäßig weit in die Zukunft hinaus ist unwirtschaftlich und führt leicht zur Ungerechtigkeit, da sich die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse ebenso wie die besonderen persönlichen des Einzelnen während einer großen Spanne Zeit bedeutend ändern können. Weil der Einzelne jedoch an derartige Möglichkeit selten denkt, oder wenn er daran denkt, im Drange der Gegenwart um die Zukunft nicht sorgt, muß das Gesetz ihn vor sich selbst schützen. Deshalb nimmt das Bürgerliche Gesetzbuch in § 624 einer Abrede, durch welche sich jemand länger als fünf Jahre unkündbar in ein Dienstverhältnis begiebt, die Erzwingbarkeit. Aus demselben Grunde kann das Kündigungsrecht des Eigentümers eines Grundstücks bei Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden nicht länger als auf zwanzig Jahre hinaus ausgeschlossen werden.

Artikel 32.

§ 1. Bei Hypothekenforderungen, Grundschulden und Rentenschulden kann das Kündigungsrecht des Eigentümers nur soweit ausgeschlossen werden, daß der Eigentümer nach zwanzig Jahren unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist kündigen kann.

---

§ 2. Kapitalien, die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf einem Grundstück oder einer Gerechtigkeit angelegt sind und bisher seitens

des Schuldners unkündbar oder erst nach einer längeren als einer zwanzigjährigen Frist kündbar waren, können nach dem Ablaufe von zwanzig Jahren seit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs unter Einhaltung einer sechsmonatigen Frist gekündigt werden, sofern nicht nach den bisherigen Gesetzen die Kündbarkeit schon vorher eintritt.

Bestehende Hypotheken.

Der Artikel 33 beantwortet die wichtige Frage, wie die Hypotheken zu behandeln seien, welche schon vor Anlage des durch die Reichsgrundbuchordnung eingeführten Grundbuches bestanden haben.

Das Bürgerliche Gesetzbuch kennt drei Arten von Hypotheken:

1. Die Buchhypothek, bei welcher auf Grund einer Einigung zwischen Gläubiger und Eigentümer der Vermerk im Grundbuch eingetragen ist, daß die Erteilung eines Hypothekenbriefes ausgeschlossen sei.
2. Die Briefhypothek, über welche ein Hypothekenbrief gebildet ist, und welche erst durch Aushändigung des Briefes erworben wird.
3. die Sicherungshypothek, die nicht selbständig ist, wie die andern Hypotheken, sondern deren Existenz und Höhe abhängig ist von einer anderweiten Forderung des Gläubigers gegen den Eigentümer. Sie wird im Grundbuch ausdrücklich als Sicherungshypothek bezeichnet, und es wird für sie ein Hypothekenbrief nicht erteilt.

Das Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch giebt folgende Uebergangsvorschriften:

Art. 192: Ein zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, an einem Grundstücke bestehendes Pfandrecht gilt von dieser Zeit an als eine Hypothek, für welche die Erteilung des Hypothekenbriefs ausgeschlossen ist. Ist der Betrag der Forderung, für die das Pfandrecht besteht, nicht bestimmt, so gilt das Pfandrecht als Sicherungshypothek.

Art. 193: Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, daß ein Pfandrecht, welches nach Artikel 192 nicht als Sicherungshypothek gilt, als Sicherungshypothek oder als eine Hypothek gelten soll, für welche die Erteilung des Hypothekenbriefs nicht ausgeschlossen ist, und daß eine über das Pfandrecht erteilte Urkunde als Hypothekenbrief gelten soll.

Hieran knüpft das Ausführungsgesetz an. Das Gesetz mußte bei der Regelung dieses Gebietes einmal die Mannigfaltigkeit der in Preußen wirksamen Hypothekengesetze berücksichtigen, andererseits aber auch in Betracht ziehen, daß in dem größten Teile Preußens ein dem Reichsgrundbuch ganz ähnliches Grundbuch schon bestand.

Das Gesetz bestimmt daher allgemein: eine Hypothek (ausgenommen die Kautionshypothek), welche vor Anlegung des Reichsgrundbuchs bestanden hat, und über welche vordem ein Hypothekenbrief gebildet ist oder zu bilden war, gilt als Briefhypothek des Bürgerlichen Gesetzbuches, und der gebildete Hypothekenbrief gilt als Hypothekenbrief im Sinne des Reichsrechtes.

Im übrigen giebt das Ausführungsgesetz besondere Regeln für die einzelnen, auf verschiedenen Gesetzen beruhenden Hypotheken. Zu bemerken ist noch, daß grundsätzlich durch die Aenderungen Kosten nicht entstehen.

Artikel 33.

§ 1. Eine zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, bestehende Hypothek gilt von dieser Zeit an als eine Hypothek, für welche die Erteilung des Hypothekenbriefs nicht ausgeschlossen ist, wenn über sie nach den geltenden Vorschriften ein Hypothekenbrief gebildet oder zu bilden ist. Ein vor der bezeichneten Zeit gebildeter Hypothekenbrief gilt als Hypothekenbrief im Sinne der Reichsgesetze.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auf Kautionshypotheken keine Anwendung.

---

§ 2. Im ursprünglichen Geltungsbereiche der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 sowie in Ostfriesland und Harlingerland, in der Niedergrafschaft Lingen und in den ehemals Münsterschen Ortschaften der Provinz Hannover steht ein vor dem Inkrafttreten der Grundbuchordnung gebildetes Hypotheken-Instrument einem später gebildeten Hypothekenbriefe gleich.

In den übrigen Landesteilen erfolgt die nach den geltenden Vorschriften zulässige Erteilung eines Hypothekenbriefs kostenfrei, wenn sie vor der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, beantragt wird. Ist wegen Unterlassung des Antrags die Erteilung eines Briefes ausgeschlossen, so werden im Falle nachträglicher Aufhebung der Ausschließung für die Eintragung der Aufhebung sowie für die gerichtliche Beurkundung oder Beglaubigung der Eintragungsbewilligung und für die Erteilung des Briefes Kosten nicht erhoben, wenn die Eintragung innerhalb eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs beantragt wird.

---

§ 3. Im bisherigen Geltungsbereiche des Gesetzes über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Cassel rc. vom 29. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 273) gelten für die vor dem 1. Juli 1874 errichteten und nicht in Hypotheken des Preußischen Rechtes umgewandelten Hypotheken folgende Vorschriften:

1. Bis zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, wird bei der Hypothek auf Antrag eines Gläubigers, dem eine ihr gleich- oder nachstehende Hypothek oder Grundschuld zusteht, ein Widerspruch gegen das Bestehen der Hypothek kostenfrei eingetragen. Zur Eintragung genügt der Antrag des Gläubigers.
2. Soweit zu der unter Nr. 1 bezeichneten Zeit die Hypothek noch besteht, gilt sie von dieser Zeit an als Sicherungshypothek, auch wenn der Betrag der gesicherten Forderung bestimmt ist.
3. Auf die Hypothek finden in Ansehung der Ausschließung des unbekannten Gläubigers im Wege des Aufgebotsverfahrens die Vorschriften des § 1170 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch insoweit Anwendung, als die Hypothek zu der unter Nr. 1 bezeichneten Zeit nicht mehr besteht. Ein Gläubiger, dem zu dieser Zeit eine der Hypothek gleich- oder nachstehende Hypothek oder Grundschuld zusteht, kann nach der Erlassung des Ausschlußurteils die Löschung der Hypothek in gleicher Weise verlangen,

wie wenn zur Sicherung des Rechtes auf Löschung eine Vormerkung im Grundbuch eingetragen wäre.

Wird das Aufgebotsverfahren vor dem Ablaufe von zwei Jahren nach der bezeichneten Zeit beantragt, so werden für das Verfahren und für die Löschung der Hypothek Gebühren nicht erhoben.

4. Soll die Hypothek nach § 1186 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in eine gewöhnliche Hypothek umgewandelt werden, so werden für die Eintragung der Umwandlung sowie für die gerichtliche Beurkundung oder Beglaubigung der Eintragungsbewilligung und für die Erteilung eines Hypothekenbriefs Gebühren nicht erhoben, wenn die Umwandlung innerhalb eines Jahres nach der unter Nr. 1 bezeichneten Zeit beantragt wird.

---

§ 4. Die nach den Vorschriften des Rheinischen Bürgerlichen Gesetzbuchs begründeten Privilegien und Hypotheken, die zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, nicht durch Einschreibung im Hypothekenregister oder durch Eintragung im Grundbuche wirksam geworden sind, verwandeln sich in Ansprüche auf Bestellung einer Sicherungshypothek, soweit nicht im Artikel 56 § 9 ein Anderes bestimmt ist. Gerichtliche Hypotheken dieser Art erlöschen, unbeschadet der dem Gläubiger auf Grund eines vollstreckbaren Titels nach den reichsgesetzlichen Vorschriften zustehenden Befugnisse.

Privilegien und Hypotheken an Nießbrauchsrechten verwandeln sich, wenn sie zu der im Abs. 1 bezeichneten Zeit wirksam geworden sind, in Pfandrechte an dem Nießbrauch, anderenfalls in Ansprüche auf Bestellung eines Pfandrechts; die Vorschriften des Abs. 1 finden entsprechende Anwendung.

Bestehende Grundschulden.

Das Preußische Recht vor dem 1. Januar 1900 kannte eine Blankoabtretung der Grundschuld, d. h. eine Abtretung ohne Nennung des Namens desjenigen, dem abgetreten wurde. Dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist eine solche Blankoabtretung unbekannt, es muß also der Name des Erwerbers in der Abtretungsurkunde genannt werden.

Zum Nachweise der Gültigkeit einer Blankoabtretung, d. h. zum Nachweis, daß sie schon vor dem 1. Januar 1900 geschehen ist, kann eine amtsgerichtliche Bescheinigung erforderlich werden. Diese ergeht nach Artikel 34 kostenfrei.

Artikel 34.

Wird im Falle der Blankoabtretung einer Grundschuld die durch einen Namen ausgefüllte Abtretungserklärung vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs behufs Sicherstellung der Zeit der Ausfüllung einem Amtsgerichte vorgelegt, so hat das Gericht die Bescheinigung auf der Urkunde gebühren- und stempelfrei zu erteilen.

Uebertragung von Vorschriften auf Rentenschulden.

Das Bürgerliche Gesetzbuch hat die Rentenschuld, d. h. eine Grundschuld, bei welcher in regelmäßig wiederkehrenden Terminen eine bestimmte Geldsumme aus dem Grundstücke zu zahlen sei, neu eingeführt. Es sollen alle Vorschriften über Hypotheken und Grundschulden in solchen

älteren Gesetzen, welche neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft bleiben, sich nunmehr auch auf die Rentenschuld beziehen.

Artikel 35.

Die neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft bleibenden Vorschriften, die sich auf Hypotheken und Grundschulden beziehen, finden auf Rentenschulden entsprechende Anwendung.

Auseinandersetzungen.

Artikel 36 giebt Bestimmungen nur für kleine Teile der Monarchie, nämlich für das vormalige Herzogtum Nassau und für das vormalige Kurfürstentum Hessen.

Artikel 36.

In dem vormaligen Herzogtume Nassau tritt das Gesetz, betreffend die Berichtigung des Grundsteuerkatasters und der Grundbücher bei Auseinandersetzungen vor Bestätigung des Rezesses, vom 26. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 325) mit dem Zeitpunkt, in welchem das Grundbuch für einen Bezirk als angelegt anzusehen ist, für den Bezirk in Kraft.

Bei Güterkonsolidationen und Auseinandersetzungen finden die Vorschriften des § 25 Abs. 2 der Verordnung, betreffend die Ablösung der Servituten ꝛc. für das vormalige Kurfürstentum Hessen, vom 13. Mai 1867 (Gesetz-Samml. S. 716) entsprechende Anwendung.

Bergrecht.

Das Bergrecht gehört zu den Sonderrechtsgebieten, welche von der Regelung durch das Bürgerliche Gesetzbuch ausgeschlossen sind. Das Einführungsgesetz hält die landesgesetzlichen Vorschriften über Bergrecht aufrecht.

Dessenungeachtet haben sich mit Rücksicht auf das neue Recht einige Aenderungen im Preußischen Berggesetz als notwendig erwiesen, und diese zählt der Artikel 37 auf. Sie sind nicht an dieser Stelle, sondern im Zusammenhang mit dem Berggesetz zu erläutern.

Das Gleiche gilt von den im Artikel 38 aufgeführten Aenderungen des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlenbergbaues in den Landesteilen, in welchen das kurfürstlich sächsische Mandat vom 19. August 1743 Gesetzeskraft hat.

In den schlesischen Bergbaudistrikten finden sich vielfach Gerechtigkeiten zur Gewinnung von Eisenerz in das Grundbuch eingetragen, ohne daß der Berechtigte sein Recht ausübt, ja, ohne daß bekannt ist, ob er überhaupt noch lebt und wo er sich aufhält. Beim Verkauf oder bei der Parzellierung des Grundstückes entstehen dann hieraus leicht Unbequemlichkeiten. Deshalb ermöglicht der Artikel 39 die Beseitigung des Rechtes und der Eintragung.

Artikel 37.

Das Allgemeine Berggesetz vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) wird dahin geändert:

I. An die Stelle des § 50 tritt folgende Vorschrift:

Das Bergwerkseigentum wird durch die Verleihung begründet sowie durch Konsolidation, Teilung von Grubenfeldern oder Austausch von Feldesteilen erworben.

Für das Bergwerkseigentum gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit nicht aus diesem Gesetze sich ein Anderes ergiebt.

Mit der gleichen Beschränkung finden die für den Erwerb des Eigentums und die Ansprüche aus dem Eigentum an Grundstücken geltenden Vorschriften auf das Bergwerkseigentum entsprechende Anwendung.

II. Die §§ 52, 53 werden gestrichen.

III. Der § 60 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Der Hilfsbau gilt als Bestandteil des berechtigten Bergwerkes oder, wenn die Eigentümer mehrerer Bergwerke sich zur gemeinschaftlichen Anlage eines Hilfsbaues vereinigt und keine anderweitige Vereinbarung getroffen haben, als Bestandteil der berechtigten Bergwerke. Er bedarf, wenn der Hilfsbauberechtigte den Besitz erlangt hat, zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung in das Grundbuch.

IV. Im § 85a Abs. 4 werden

1. im Satz 1 die Worte: „der Vater oder Vormund" ersetzt durch die Worte:
   „der gesetzliche Vertreter",
2. im Satz 2 die Worte: „des Vaters oder Vormundes" ersetzt durch die Worte:
   „des gesetzlichen Vertreters".

V. Im § 85b werden

1. im Satz 4 die Worte: „an den Vater oder Vormund, sofern diese es verlangen" ersetzt durch die Worte:
   „an den gesetzlichen Vertreter, sofern dieser es verlangt",
2. im Satz 5 die Worte: „an die Mutter" ersetzt durch die Worte:
   „an die zur gesetzlichen Vertretung nicht berechtigte Mutter".

VI. Im § 85c treten an die Stelle des Satz 2 folgende Vorschriften:

Die Ausstellung erfolgt auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters; ist die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht zu beschaffen oder verweigert er die Zustimmung ohne genügenden Grund und zum Nachteile des Arbeiters, so kann die Gemeindebehörde die Zustimmung ergänzen.

VII. Im § 85e Abs. 1 werden die Worte: „seines Vaters oder Vormundes" ersetzt durch die Worte:
„seines gesetzlichen Vertreters".

VIII. Im § 85h werden die Worte: „des Minderjährigen, seines Vaters oder Vormundes" ersetzt durch die Worte:
„des Minderjährigen oder seines gesetzlichen Vertreters".

IX. Der § 101 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Die Kuxe sind unteilbar. Sie gehören zum beweglichen Vermögen.

X. Der § 128 erhält folgende Fassung:

Soweit der gegenwärtige Titel nichts Anderes bestimmt, sind die durch die Bestellung eines Repräsentanten oder Grubenvorstandes entstehenden Rechtsverhältnisse nach den allgemeinen Vorschriften über die Vollmacht und den Auftrag zu beurteilen.

XI. Der § 148 erhält folgenden neuen Absatz:

Den Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldgläubigern wird eine besondere Entschädigung nicht gewährt.

XII. Der § 228 Abs 2 wird gestrichen.

XIII. An die Stelle des § 231 treten folgende Vorschriften:

Für die Kuxe gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist.

Die für den Erwerb des Eigentums und die Ansprüche aus dem Eigentum an Grundstücken gelten-

den Vorschriften finden auf die Kuxe entsprechende Anwendung.

XIV. Im § 235a Abs. 1 werden die Worte: „die Eigenschaft der beweglichen Sachen haben" ersetzt durch die Worte:
„zum beweglichen Vermögen gehören".

XV. Der § 240 Abs. 3 erhält folgende Fassung:
Der Beschluß ist gerichtlich oder notariell aufzunehmen.

Artikel 38.

In dem Gesetze, betreffend die Rechtsverhältnisse des Stein- und Braunkohlen-Bergbaues in den Landesteilen, in welchen das Kurfürstlich Sächsische Mandat vom 19. August 1743 Gesetzeskraft hat, vom 22. Februar 1869 (Gesetz-Samml. S. 401) treten an die Stelle der §§ 2 bis 8 folgende Vorschriften:

§ 2. Das Recht zum Stein- oder Braunkohlen-Bergbau kann von dem Eigentum an dem Grundstück, in welchem die Stein- oder Braunkohlen anstehen, abgetrennt und als selbständige Gerechtigkeit für den Grundeigentümer oder für einen Dritten bestellt werden.

§ 3. Zur Bestellung einer selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeit für den Grundeigentümer ist dessen Erklärung gegenüber dem Grundbuchamte, daß die Gerechtigkeit für ihn in das Grundbuch eingetragen werden soll, und die Eintragung erforderlich; die Vorschrift des § 878 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet Anwendung.

Zur Bestellung der selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeit für einen Dritten ist die Einigung des Grundeigentümers und des Erwerbers über die Bestellung der Gerechtigkeit und die Eintragung im Grundbuch erforderlich; die Einigung muß bei gleichzeitiger Anwesenheit beider Teile vor dem Grundbuchamt erklärt werden.

§ 4. Die Eintragung der selbständigen Gerechtigkeit in das Grundbuch soll nur erfolgen, wenn dem Grundbuchamt ein Situationsriß vorgelegt wird; auf den Situationsriß finden die Vorschriften des § 17 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865, mit Ausschluß der Bestimmung über die Angabe des Fundpunktes, Anwendung.

§ 5. Für die nach § 1 bestehenden und die später vom Grundeigentum abgetrennten Kohlenabbau-Gerechtigkeiten gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die für den Erwerb des Eigentums und die Ansprüche aus dem Eigentum an Grundstücken geltenden Vorschriften finden entsprechende Anwendung.

§ 6. Die Vorschriften über die Erteilung von Unschädlichkeitszeugnissen finden mit der Maßgabe Anwendung, daß das Zeugnis auch dann erteilt werden darf, wenn die vorhandenen Eintragungen im Grundbuche nach Abtrennung der Kohlenabbau-Gerechtigkeit noch innerhalb der ersten zwei Drittel des Wertes ländlicher oder der ersten Hälfte des Wertes städtischer Grundstücke versichert sind.

§ 7. Eine Kohlenabbau-Gerechtigkeit kann nur dann einer anderen als Bestandteil zugeschrieben oder mit ihr vereinigt werden, wenn die Gerechtigkeiten mit ihren Feldern an einander grenzen und zu einem einheitlichen Baue zusammengefaßt sind und wenn außerdem die auf den einzelnen Gerechtigkeiten haftenden Belastungen auf Grund einer die Rangordnung regelnden Einigung mit den Berechtigten auf das aus den Gerechtigkeiten gebildete Ganze übertragen werden.

§ 8. Ist ein Kohlenfeld vollständig abgebaut, so kann die Kohlenabbau-Gerechtigkeit auf Antrag eines beteiligten Grundeigentümers oder desjenigen, welchem ein Recht an dem Grundstücke zusteht, im Grundbuche gelöscht werden.

Zur Begründung des Antrags ist ein Zeugnis der Bergbehörde darüber beizubringen, daß das Kohlenfeld gänzlich abgebaut ist, und daß auf dem Felde Gebäude oder sonstige zur Grube gehörende unbewegliche Bestandteile

nicht mehr vorhanden sind. Vor der Erteilung des Zeugnisses sind diejenigen, welchen ein Recht an der Gerechtigkeit zusteht, zu hören.

Auf Grund des Zeugnisses schließt das Grundbuchamt das für die Gerechtigkeit angelegte Blatt und löscht die auf diesem eingetragenen Rechte. Zur Löschung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld ist die Vorlegung des Briefes nicht erforderlich; das Grundbuchamt hat den Besitzer des Briefes zur Vorlegung anzuhalten, um nachträglich die Löschung auf dem Briefe zu vermerken.

Artikel 39.

Ist in dem Herzogtume Schlesien und der Grafschaft Glatz in Ansehung einer im Grundbuch eingetragenen Berechtigung zur Gewinnung von Eisenerzen der Berechtigte unbekannt, so kann er im Wege des Aufgebotsverfahrens mit seinem Rechte ausgeschlossen werden, wenn die im § 1170 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [1]) für die Ausschließung eines Hypothekengläubigers bestimmten Voraussetzungen vorliegen. Mit der Erlassung des Ausschlußurteils erlischt das Recht.

Selbständige Gerechtigkeiten.

Für gewisse Gerechtigkeiten, welche nicht Zubehörungen eines Grundstückes bilden, sondern selbständig für sich bestehen, zum Beispiel Schiffsmühlen-, Fähr-, Fischerei- und Apothekergerechtigkeiten, konnte vor dem 1. Januar 1900 nach dem Eigentumserwerbsgesetz ein eigenes Grundbuchblatt angelegt werden. War dies geschehen, so wurden sie gerade wie ein Grundstück behandelt: sollten sie verkauft werden, so mußten sie vor Gericht aufgelassen und die Auflassung eingetragen werden, es konnten auf sie Hypotheken und Grundschulden aufgenommen, auch konnten sie subhastiert werden. Diese Vorschriften werden für den Fall, daß die Gerechtigkeit ein Grundbuchblatt hat, im wesentlichen aufrecht erhalten.

Artikel 40.

Für Gerechtigkeiten, die nach den bisherigen Gesetzen in Ansehung der Eintragung in die gerichtlichen Bücher und der Verpfändung den Grundstücken gleichstehen (selbständige Gerechtigkeiten), gelten die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wenn die Gerechtigkeit ein Grundbuchblatt erhalten hat.

Unter der gleichen Voraussetzung finden die für den Erwerb des Eigentums und die Ansprüche aus dem Eigentum an Grundstücken geltenden Vorschriften auf eine solche Gerechtigkeit entsprechende Anwendung.

Die besonderen Vorschriften über die

---

[1]) § 1170. Ist der Gläubiger unbekannt, so kann er im Wege des Aufgebotsverfahrens mit seinem Rechte ausgeschlossen werden, wenn seit der letzten sich auf die Hypothek beziehenden Eintragung in das Grundbuch zehn Jahre verstrichen sind und das Recht des Gläubigers nicht innerhalb dieser Frist von dem Eigentümer in einer nach § 208 zur Unterbrechung der Verjährung geeigneten Weise anerkannt worden ist. Besteht für die Forderung eine nach dem Kalender bestimmte Zahlungszeit, so beginnt die Frist vor dem Ablauf des Zahlungstags.

Mit der Erlassung des Ausschlußurteils erwirbt der Eigentümer die Hypothek. Der dem Gläubiger erteilte Hypothekenbrief wird kraftlos.

§ 208. Die Verjährung wird unterbrochen, wenn der Verpflichtete dem Berechtigten gegenüber den Anspruch durch Abschlagzahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise anerkennt.

selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeiten in den vormals Königlich Sächsischen Landesteilen werden durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Pfandleihgewerbe.

Durch das Einführungsgesetz sind aufrecht erhalten die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher und der Pfandleihanstalten betreffen. Das Preußische Gesetz, betreffend das Pfandleihgewerbe, bleibt also in Kraft. Doch mit Rücksicht auf das Bürgerliche Gesetzbuch nimmt der Artikel 41 einige Aenderungen daran vor. Dieselben sind nicht an dieser Stelle, sondern im Zusammenhang mit dem Gesetz, betreffend das Pfandleihgewerbe, zu betrachten.

Artikel 41.

Das Gesetz, betreffend das Pfandleihgewerbe, vom 17. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 265) wird dahin geändert:

I. Der § 3 Abs. 2, 3 und der § 9 Abs. 2 werden gestrichen.

II. An die Stelle des § 10 treten folgende Vorschriften:

§ 10. Der Verkauf des Pfandes ist im Wege öffentlicher Versteigerung zu bewirken.

Der Pfandleiher kann bei der Versteigerung mitbieten. Erhält er den Zuschlag, so ist der Kaufpreis als von ihm empfangen anzusehen.

§ 10a. Hat das Pfand einen Börsen- oder Marktpreis, so kann der Pfandleiher den Verkauf aus freier Hand durch einen zu solchen Verkäufen öffentlich ermächtigten Handelsmäkler oder durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person zum laufenden Preise bewirken.

§ 10b. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerte zugeschlagen werden.

Wird ein genügendes Gebot nicht abgegeben, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person aus freier Hand zu einem den Gold- oder Silberwert erreichenden Preise erfolgen.

Eheschließung.

Die früher bestehenden Beschränkungen der Eheschließung von Staatsdienern hatten ursprünglich den Zweck, nicht standesgemäße Heiraten der Beamten, oder solche, bei denen nicht genügende Mittel zur standesgemäßen Haushaltung vorhanden waren, zu verhindern. Sie bestanden darin, daß der Beamte vor dem Aufgebot die Erlaubnis seines Vorgesetzten zur Eheschließung beibringen mußte. Als man anfing, das Erfordernis des Ehekonsenses als einen Eingriff in die persönliche Freiheit drückend zu empfinden, kamen die Vorschriften allmählich außer Uebung und wurden aufgehoben. Der Artikel 42 räumt endgiltig mit ihnen auf. Doch bezieht sich diese Aufhebung nicht auf die Militärpersonen. Soweit das Reichsmilitärgesetz daher zur Verheiratung der Militärbeamten, einschließlich der Militärpfarrer, die Genehmigung ihrer Vorgesetzten erfordert, wird daran nichts geändert.

Das Ehefähigkeitszeugnis, welches der Artikel 43 von Ausländern, d. h. Nichtdeutschen, fordert, wenn sie in Preußen eine Ehe eingehen wollen, bedeutet nicht eine Beschränkung der Eheschließung, soll den Standesbeamten vielmehr nur orientieren, wenn er sich entscheidet, ob er die Eheschließung vornehmen darf oder nicht. Solch Zeugnis muß der Ausländer oder die Ausländerin beibringen, gleichgültig, ob der zukünftige Ehegatte Inländer oder Ausländer ist.

Von Ausländern männlichen Geschlechts wird ferner ein Zeugnis darüber gefordert, daß sie nach den Gesetzen ihres Heimatsstaates durch die Eheschließung ihre Staatsangehörigkeit nicht verlieren.

Bayrische Landesangehörige, soweit sie nicht aus der Pfalz stammen, dürfen eine Ehe nur abschließen, wenn sie von der Distriktsverwaltungsbehörde ihrer Heimatsgemeinde ein Zeugnis beibringen, welches bestätigt, daß Ehehindernisse nicht vorliegen, und welches erklärt, daß die Heimatsgemeinde gegen die Eheschließung Einspruch nicht erhebt. In dem Bündnisvertrage mit Bayern vom Jahre 1870 ist es vorbehalten, daß die genannten bayrischen Unterthanen auch in Preußen zur Eheschließung das Zeugnis der Distriktsverwaltungsbehörde bedürfen. Diese Vorschrift wiederholt der § 6 des Artikel 43.

Artikel 42.

Die Vorschriften, nach welchen für Staatsbeamte und Geistliche zur Eingehung einer Ehe eine besondere Erlaubnis erforderlich ist, werden aufgehoben.

Artikel 43.

§ 1. Wollen Ausländer oder Ausländerinnen in Preußen eine Ehe eingehen, so haben sie ein Zeugnis der zuständigen Behörde des Staates, dem sie angehören, darüber beizubringen, daß der Behörde ein nach den Gesetzen dieses Staates bestehendes Ehehindernis nicht bekannt geworden ist.

§ 2. Ausländer haben außerdem ein Zeugnis der zuständigen Behörde des Staates, dem sie angehören, darüber beizubringen, daß sie nach den Gesetzen dieses Staates ihre Staatsangehörigkeit nicht durch die Eheschließung verlieren, sondern auf ihre Ehefrau und ihre ehelichen oder durch die nachfolgende Ehe legitimierten Kinder übertragen.

§ 3. Die nach den §§ 1, 2 erforderlichen Zeugnisse müssen von einem Konsul oder Gesandten des Reichs mit der Bescheinigung versehen sein, daß die das Zeugnis ausstellende Behörde für die Ausstellung zuständig ist.

Diese Vorschrift findet auf solche Zeugnisse keine Anwendung, welche nach den Bestimmungen der Staatsverträge über die Beglaubigung der von öffentlichen Behörden ausgestellten Urkunden keiner Beglaubigung bedürfen.

§ 4. Von der Vorschrift des § 1 kann der Justizminister im einzelnen Falle, von der Vorschrift des § 2 kann der Minister des Innern im einzelnen Falle oder für die Angehörigen eines ausländischen Staates im Allgemeinen Befreiung bewilligen.

§ 5. Die für die Eheschließung von Ausländern bisher geltenden landesgesetzlichen Vorschriften werden aufgehoben.

§ 6. Will ein Angehöriger der rechtsrheinischen Gebietsteile des Königreichs Bayern in Preußen eine Ehe eingehen, so hat er das nach den Vorschriften der Bayerischen Gesetze erforderliche Verehelichungszeugnis beizubringen.

Güterstand bestehender Ehen.

Die Ehe hat seit jeher auch Wirkungen auf das Vermögen der Eheleute gehabt, sei es, daß zwar das Eigentum seines Vermögens jedem Ehegatten gesondert verbleibt, der Ehemann aber Verwaltung und Nutznießung beider Vermögen in seiner Hand vereinigt (System der Verwaltungsgemeinschaft, auch System der Verwaltungseinheit oder der Gütertrennung genannt), sei es, daß das Vermögen beider Ehegatten in eine Masse zusammenfließt, so daß jeder von beiden Eigentum an dem Gesamtvermögen hat, die Verwaltung des Ganzen aber dem Manne zusteht (System der allgemeinen Gütergemeinschaft), sei es endlich, daß nur einzelne Vermögensteile gemeinschaftliches Eigentum der Ehegatten werden, etwa die Errungenschaft der Eheleute während stehender Ehe, oder die Fahrnis (das ist die bewegliche Habe im Gegensatz zu den Grundstücken und sonstigen unbeweglichen Vermögensbestandteilen). Letzteres sind die Systeme der Errungenschaftsgemeinschaft und der Fahrnisgemeinschaft. Nur in Ausnahmefällen besteht vollständige Gütertrennung mit Ausschluß der Verwaltung und des Nießbrauches des Ehemannes.

Auf keinem Rechtsgebiete war vor dem 1. Januar 1900 die Zersplitterung größer, als auf dem Gebiete des ehelichen Güterrechtes. Allein in Preußen galten mehr als sechszig verschiedene gesetzliche Güterrechtssysteme, außerdem konnten durch Vertrag weitere von den gesetzlichen abweichende Güterrechtssysteme unter den Ehegatten vereinbart werden.

Auf keinem anderen Gebiete bedeutet daher das Bürgerliche Gesetzbuch einen so großen Fortschritt zur Rechtseinheit, als auf dem Gebiete des ehelichen Güterrechtes.

In den §§ 1363 bis 1563 regelt es das System der Verwaltungsgemeinschaft als gesetzliches Güterrechtssystem und gestattet daneben den Eheleuten, statt der Verwaltungseinheit die allgemeine Gütergemeinschaft, die Errungenschaftsgemeinschaft oder die Fahrnisgemeinschaft zu wählen.

Nun leben aber nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen die Eheleute, wenn sie unter sich nicht ein anderes vereinbaren, während der ganzen Ehe nach dem Güterrechtssystem, welches zu der Zeit der Eingehung der Ehe und an dem Ort, wo die Ehegatten nach der Eheschließung ihren ersten Wohnsitz hatten, galt.

An sich würden deshalb die einheitlichen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches nur solche Ehen treffen, die seit dem 1. Januar 1900

geschlossen sind, während für die Ehen, welche bis zum 31. Dezember 1899 eingegangen sind, die Systeme des früheren Rechtes bestehen bleiben.

Da nun die letzteren Ehen vielfach bis mit in das zwanzigste Jahrhundert hinein, ja bis zur Mitte desselben dauern werden, würde auch der alten Zersplitterung des Rechtes eine gleiche Dauer gesichert sein, ja die Zahl der geltenden Güterrechtssysteme würde durch diejenigen des Bürgerlichen Gesetzbuches vermehrt, das Bild also noch bunter werden. Dieser Zustand würde eine bedenkliche Unsicherheit und damit schwere Unzuträglichkeiten im Gefolge haben, zumal auch noch andere, dem ehelichen Güterrecht verwandte Rechtsgebiete unter dieser Vielfältigkeit zu leiden hätten.

Andererseits stimmen die Güterrechtssysteme des Bürgerlichen Gesetzbuches mit den früher bestehenden in den wesentlichen Punkten überein und weichen nur in Einzelheiten ab. Ja, diese neuen Bestimmungen entsprechen den Forderungen und Anschauungen der Gegenwart in viel höherem Maße, als die Bestimmungen der alten Rechte. Beispielshalber wird bei der Verwaltungsgemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches alles das, was die Frau durch ihre Arbeit oder in ihrem Geschäft erwirbt, ihr Vorbehaltsgut, also frei von der Verwaltung und dem Nießbrauch des Mannes, während es früher ohne weiteres Eigentum des Mannes wurde. Auch wird die Frau jetzt nicht mehr wie früher durch die Eheschließung in ihrer Geschäftsfähigkeit beschränkt.

Eine Einführung des neuen Rechtes bei den schon vor dem 1. Januar 1900 geschlossenen Ehen würde daher im allgemeinen nicht nur nicht störend, sondern segensreich wirken, und deshalb hat sich der Gesetzgeber zu dieser Ueberleitung entschlossen. Die Artikel 44 bis 47 enthalten dahingehende Bestimmungen.

Sollte das Gesetz auf alle am 1. Januar 1900 bestehenden Ehen das gesetzliche Güterrechtssystem, die Verwaltungsgemeinschaft, einführen und es den Eheleuten nur freistellen, statt dessen ein anderes der vom Bürgerlichen Gesetzbuch zugelassenen Systeme zu wählen, so würde dies allerdings eine große Ungerechtigkeit bedeuten. Denn erfahrungsgemäß üben nur die wenigsten Eheleute dieses Wahlrecht aus. Die Nichtwählenden aber, die bisher unter allgemeiner Gütergemeinschaft, unter Errungenschafts- oder Fahrnisgemeinschaft gelebt haben, würden durch die Aufpfropfung der Verwaltungsgemeinschaft eine große Aenderung in ihrem Güterstande erfahren.

Deshalb betrachtet das Ausführungsgesetz alle bisher bestandenen Güterrechtssysteme einzeln, und leitet jedes in dasjenige der vom Bürgerlichen Gesetzbuch zugelassenen Systeme über, welches ihm am nächsten steht, z. B. wird die allgemeine Gütergemeinschaft des Allgemeinen

Landrechtes in die allgemeine Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches übergeleitet.

Von der Ueberleitung werden grundsätzlich betroffen einmal alle Eheleute, die am 1. Januar 1900 in Preußen ihren Wohnsitz hatten, und unter denen ein Deutsches Güterrecht bestand, dann aber werden auch die Eheleute betroffen, die nach dem 1. Januar 1900 ihren Wohnsitz nach Preußen verlegen und unter denen vorher ein Preußisches Güterrecht bestand. In dem letzteren Falle findet die Ueberleitung zu dem Zeitpunkt statt, in welchem der Wohnsitz nach Preußen verlegt wird.

Nicht übergeleitet wird dagegen unter anderen das Güterrecht unter solchen Eheleuten, welche nach ausländischem Güterrecht leben, ferner unter solchen, welche zwar nach preußischem Güterrecht leben, die aber ihren Wohnsitz nicht in Preußen haben: die Ehegatten haben etwa in Berlin geheiratet, sind aber im Dezember 1899 nach München übergesiedelt.

Eine Eintragung in das Güterrechtsregister ist bei der bloßen Ueberleitung nicht erforderlich. Anders ist es, wenn die Eheleute ihren Wohnsitz nach dem 31. Dezember 1899 verlegen. In diesem Falle muß stets dann eine Eintragung erfolgen, wenn das Bürgerliche Gesetzbuch dies von den Ehegatten einer neuen Ehe mit gleichem Güterstande verlangt.

In die Rechte der Gläubiger der Eheleute wird durch die Ueberleitung nicht eingegriffen. Hat jemand also vor dieser Ueberleitung eine Forderung gegen einen Ehegatten erworben, die er nach altem Recht gegen diesen unbeschränkt geltend machen konnte, so kann er dies auch noch nach dem 1. Januar 1900, selbst wenn nach dem neuen Gesetz der Gläubiger in der Ausübung dieses Rechtes beschränkt wird.

Auch das Erbrecht, welches ein Ehegatte auf Grund früheren Güterstandes am Vermögen des andern erworben hat, bleibt ihm trotz des neuen Güterrechtes ungeschmälert erhalten. Beispielsweise kann der Märkische Ehegatte auch nach dem 1. Januar 1900 wählen, ob er sein Eingebrachtes herausnehmen und nicht erben, oder ob er sein Vermögen einwerfen und die Hälfte der Gesamtmasse erhalten wolle.

Doch steht es dem überlebenden Ehegatten frei, statt des ursprünglichen Erbrechts die Erbfolge nach Bürgerlichem Gesetzbuch zu wählen.

Besonders darauf hingewiesen sei nochmals, daß es zur Beantwortung der Frage, nach welchem Güterrecht die Eheleute bis zum 31. Dezember 1899 lebten, nicht darauf ankommt, wo sie am 31. Dezember 1899, sondern wo sie bei Schließung der Ehe ihren Wohnsitz hatten, falls die Ehegatten nicht ein besonderes Güterrecht unter sich vereinbart haben.

Artikel 44.

Für den Güterstand der zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden Ehen treten, wenn die Ehegatten zu der bezeichneten Zeit in Preußen ihren Wohnsitz haben, von dieser Zeit an nach Maßgabe der Artikel 45 bis 64 an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Der Güterstand nach Allgemeinem Landrecht Teil II Titel 1 Abschnitt 5, nämlich die Verwaltungsgemeinschaft, die mit dem gesetzlichen Güterrechte des Bürgerlichen Gesetzbuches in den meisten Punkten übereinstimmt, ist gesetzliches Güterrecht hauptsächlich:

1. in den größten Teilen der Provinzen Schlesien und Sachsen,
2. in den Teilen der Provinz Brandenburg, in denen nicht das Märkische Provinzialrecht gilt, vor allem in den Bezirken Baruth, Jüterbog, Dahme, Belzig, Spremberg, Calau, Lübben, Luckau, Guben, Sorau, Kloster Zinna.
3. in den landrechtlichen Teilen von Hannover, nämlich im Regierungsbezirk Aurich, im Kreis Lingen des Regierungsbezirks Osnabrück, im Kreis Duderstadt des Regierungsbezirks Hildesheim.
4. für Ehen Adeliger in dem Gebiete des Ostpreußischen Provinzialrechts, nämlich in Ostpreußen, Littauen, Ermland und dem früheren Marienwerderschen landrätlichen Kreis, und in dem Gebiete des Westpreußischen Provinzialrechts, nämlich in Westpreußen mit Ausnahme des früheren Marienwerderschen landrätlichen Kreises.

Für Ehen, welche nach diesem Güterstand lebten, gilt jetzt die Verwaltungsgemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches. Gütertrennung tritt nur ein, wenn die Ehe gesetzwidrig geschlossen ist zwischen einem Vormund oder seinem Kind mit einer seiner Pflege befohlenen Person, oder wenn einer der Gatten als minderjährige vaterlose Waise ohne Einwilligung der Mutter oder des Vormundes geheiratet hat.

Artikel 45.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand nach dem Allgemeinen Landrechte Teil II Titel 1 Abschnitt 5, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

Ist für eine Ehe die Verwaltung und der Nießbrauch des Mannes nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 1 §§ 980 bis 983, 999 ausgeschlossen, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die für die Gütertrennung geltenden Vorschriften der §§ 1427 bis 1430 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

---

§ 2. Die Vorschriften über die Befugnis des überlebenden Ehegatten zur Uebernahme eines in die Landgüterrolle eingetragenen Landguts bleiben unberührt.

Das Gleiche gilt von den besonderen Vorschriften des Ostpreußischen Provinzialrechts über die erbrechtlichen Wirkungen des Güterstandes.

Der gesetzliche Güterstand nach Märkischem Provinzialrecht ist die Verwaltungsgemeinschaft. Er gilt in der Mark Brandenburg mit Ausnahme der bei Artikel 45 genannten Teile und in kleineren Teilen der Provinzen Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien und Sachsen.

Artikel 46.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand nach Märkischem Provinzialrechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

Die Vorschrift des Artikel 45 § 1 Abs. 2 findet Anwendung.

---

§ 2. Die nach den bisherigen Gesetzen dem überlebenden Ehegatten an dem Vermögen des verstorbenen Ehegatten zustehenden Rechte sind erbrechtliche Wirkungen des Güterstandes. Die bisherigen Gesetze bleiben für sie mit den in den §§ 3 bis 5 bestimmten Aenderungen maßgebend.

---

§ 3. Bei der gesetzlichen Erbfolge kann der überlebende Ehegatte bis zum Ablaufe der im Bürgerlichen Gesetzbuche vorgeschriebenen Ausschlagungsfrist statt der Rechte, die ihm nach den bisherigen Gesetzen zustehen, die Erbfolge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche wählen.

Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.

§ 4. Das Nachlaßgericht hat dem überlebenden Ehegatten auf Antrag eines Miterben eine Frist zur Erklärung darüber zu bestimmen, ob er die statutarische Portion oder die Rücknahme des eigenen Vermögens wähle.

Die Frist soll mindestens einen Monat, höchstens drei Monate betragen. Sie beginnt mit der Zustellung des Beschlusses, durch den sie bestimmt wird. Sie endigt nicht vor dem Ablaufe der Ausschlagungsfrist.

Die Wahl ist nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 zu erklären. Erklärt sich der Ehegatte nicht vor dem Ablaufe der Frist, so geht das Wahlrecht auf die Miterben über. Der Ehegatte ist auf diese Folge in dem Beschlusse hinzuweisen.

Die Fristbestimmung ist unwirksam, wenn der Ehegatte die im § 3 bezeichnete Erklärung rechtzeitig abgiebt.

---

§ 5. Soweit der überlebende Ehegatte die ihm nach den bisherigen Gesetzen zustehenden Rechte auch gegenüber einer von dem verstorbenen Ehegatten getroffenen Verfügung von Todeswegen geltend machen kann, finden die Vorschriften des § 4 Abs. 1 bis 3 entsprechende Anwendung.

Der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach dem Allgemeinen Landrecht gilt:

1. für nicht adelige Ehen im Geltungsgebiet des Ostpreußischen und des Westpreußischen Provinzialrechtes (vgl. bei Artikel 45),
2. in den Pommerschen Kreisen Lauenburg und Bütow und in den früher zu Westpreußen gehörigen Orten der Kreise Belgard, Dramburg und Neustettin, soweit die Ehen nach dem 1. Oktober 1865 geschlossen sind,
3. in der Provinz Brandenburg in der Stadt Schermeisel und im Dorfe Grahow,
4. in der Provinz Posen.

Ist eine Ehe vor dem 1. Januar 1900 geschlossen, während ein Ehegatte noch unter Vormundschaft stand, so bleibt die Gütergemeinschaft bis nach erfolgter Aufhebung der Vormundschaft ausgesetzt, wenn

nicht der Vormund mit Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes auf diese Aussetzung verzichtet. Nach der Aufhebung der Vormundschaft kann der volljährig gewordene Gatte auch Ausschließung der Gütergemeinschaft wählen.

Bei beerbter Ehe, d. h. in dem Falle, daß beim Tode eines Ehegatten gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind, führt das Bürgerliche Gesetzbuch die fortgesetzte Gütergemeinschaft in den §§ 1483 und folgenden ein. Weil dieses Institut den Anschauungen und Gewohnheiten der Bevölkerung fremd ist, hat das Ausführungsgesetz es den bestehenden Ehen nicht aufdrängen wollen. Es findet daher bei solchen Ehen nur Anwendung, wenn durch Eheverträge seine Geltung ausdrücklich vereinbart ist.

Artikel 47.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach dem Allgemeinen Landrechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

Tritt für die Ehe nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 18 §§ 782 ff. der bezeichnete Güterstand erst zu einer späteren Zeit ein, so gilt die Vorschrift des Abs. 1 von dieser Zeit an.

§ 2. Die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 1 §§ 379,[1]) 386,[2]) 392 bis 395,[3]) 420[4]) bleiben mit folgenden Maßgaben in Kraft:

1. Auf die im § 379 bezeichneten Verfügungen finden die Vorschriften Anwendung, welche für die in den §§ 1444, 1445 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Rechtsgeschäfte gelten.
2. Wird die Gütergemeinschaft auf Grund des § 420 aufgehoben, so gilt für die Zukunft Gütertrennung.

---

[1]) § 379. Kapitalien, die auf den Namen der Frau, ihres Erblassers oder Geschenkgebers, oder auf den Namen beider Eheleute geschrieben sind, kann er (der Ehemann) ohne Bewilligung der Frau nicht aufkündigen oder einziehen.

[2]) § 386. Grundstücke und Gerechtigkeiten, welche die Frau in die Gemeinschaft gebracht hat, können wegen einseitiger Schulden des Mannes, die derselbe, bei erfolgender Auseinandersetzung, auf seinen Anteil sich anrechnen lassen müßte, nur alsdann angegriffen werden, wenn das übrige gemeinschaftliche Vermögen zu deren Bezahlung nicht hinreicht.

[3]) § 392. Hat ein Ehegatte mehr Schulden als Vermögen in die Gemeinschaft gebracht, so kann der andere innerhalb zweier Jahre, nach vollzogener Ehe, auf die Absonderung des Vermögens antragen.

§ 393. Alsdann können Gläubiger, deren Forderungen vor der Heirat entstanden sind, nur an das abgesonderte Vermögen ihres eigentlichen Schuldners sich halten.

§ 394. Den während der Ehe gemachten Schulden hingegen bleibt auch in diesem Falle das gemeinschaftliche Vermögen verhaftet.

§ 395. Ist die zweijährige Frist verstrichen, so kann selbst dem verschuldeten Ehegatten, oder dessen Erben, bei der Auseinandersetzung, wegen der vor der Ehe gemachten Schulden nichts angerechnet werden.

[4]) § 420. Auf den einseitigen Antrag des einen Ehegatten kann die Aufhebung der Gemeinschaft in dem Falle des § 392, 410 erfolgen.

§ 392 vergl. oben Anm. 3.

§ 410. Hat der verschuldete Ehegatte kein eigentümliches Vermögen in die Ehe gebracht, so kann der andere, binnen zwei Jahren nach eingegangener Gemeinschaft, auf die Absonderung des Erwerbes, jedoch nur in Ansehung der Zukunft, antragen.

§ 3. Die Vorschriften über die Befugnis des überlebenden Ehegatten zur Uebernahme eines in die Landgüterrolle eingetragenen Landguts oder eines Anerbenguts bleiben unberührt.

§ 4. Fortgesetzte Gütergemeinschaft tritt nur ein, wenn sie durch Ehevertrag vereinbart ist.

In der Provinz Westfalen und in den zur Rheinprovinz gehörigen Kreisen Rees, Essen und Duisburg mit Ausschluß gewisser Landesteile des Herzogtums Westfalen gilt die allgemeine Gütergemeinschaft das Allgemeinen Landrechts mit gewissen näheren Bestimmungen und Abänderungen.

Das Ausführungsgesetz setzt nun an die Stelle der Gütergemeinschaft des Allgemeinen Landrechtes die allgemeine Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches und hält die näheren Bestimmungen und Abänderungen in den meisten Punkten aufrecht. In anderen paßt es dieselben dem Bürgerlichen Gesetzbuche an.

Artikel 48.

§ 1. Für eine Ehe, für welche der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach dem Gesetze, betreffend das eheliche Güterrecht in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen und Duisburg, vom 16. April 1860 (Gesetz-Samml. S. 165) besteht, bleiben die Vorschriften des genannten Gesetzes mit den in den §§ 2 bis 7 bestimmten Aenderungen in Kraft.

---

§ 2. Soweit für die Ehe bisher die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts über die allgemeine Gütergemeinschaft gelten, treten an deren Stelle nach Maßgabe des Artikel 47 §§ 1 bis 3 die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Die Bestimmungen, welche für die im § 1446 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Rechtsgeschäfte gelten, finden auf Verfügungen Anwendung, zu welchen der Mann der Zustimmung der Frau bedarf.

---

§ 3. An die Stelle des § 4 des Gesetzes vom 16. April 1860 treten folgende Vorschriften:

Das Verwaltungs- und Verfügungsrecht des Mannes ruht und wird durch die Frau ausgeübt:

1. wenn der Mann entmündigt ist; die Befugnis kann der Frau von dem Vormundschaftsgerichte schon vor dem Eintritte der Wirksamkeit der Entmündigung übertragen werden;
2. wenn die Voraussetzungen vorliegen, unter welchen der Mann nach § 1910 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Besorgung seiner Vermögensangelegenheiten einen Pfleger erhalten kann oder für den Mann ein Abwesenheitspfleger zu bestellen ist. Die Befugnis der Frau beginnt erst, wenn sie ihr von dem Vormundschaftsgericht auf ihren Antrag erteilt wird.

---

§ 4. An die Stelle des § 7 Abs. 5 des Gesetzes vom 16. April 1860 tritt folgende Vorschrift:

Bei der Auseinandersetzung zwischen dem überlebenden Ehegatten und den Erben des Verstorbenen finden die die Schichtung betreffenden Bestimmungen des § 17 mit Ausnahme der den Kindern in den Fällen des § 14 Nr. 2 bis 8 beigelegten Befugnis gleichfalls Anwendung.

---

§ 5. An die Stelle des § 12 Abs. 1 des Gesetzes vom 16. April 1860 tritt folgende Vorschrift:

Auf die Haftung der überlebenden Ehefrau gegenüber denjenigen Gläubigern der bisherigen Gemeinschaft, welchen sie nicht aus besonderen Gründen persönlich haftet, finden die für die Haftung des Erben für die Nachlaßverbindlichkeiten geltenden Vor-

schriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung; an die Stelle des Nachlasses tritt das bei dem Tode des Mannes vorhanden gewesene gemeinschaftliche Vermögen.

---

§ 6. An die Stelle der §§ 14, 15 des Gesetzes vom 16. April 1860 treten folgende Vorschriften:

§ 14. Ein anteilsberechtigter Abkömmling kann gegen den überlebenden Ehegatten auf Schichtung klagen:

1. wenn der überlebende Ehegatte eine neue Ehe eingeht;
2. wenn der überlebende Ehegatte entmündigt ist;
3. wenn für den überlebenden Ehegatten ein Abwesenheitspfleger bestellt ist;
4. wenn der überlebende Ehegatte die elterliche Gewalt über den Abkömmling verwirkt hat oder, falls sie ihm zugestanden hätte, verwirkt haben würde;
5. wenn der überlebende Ehegatte ein Rechtsgeschäft, welches der Zustimmung der übrigen Anteilsberechtigten bedarf, ohne Zustimmung des Abkömmlings vorgenommen hat und für die Zukunft eine erhebliche Gefährdung des Abkömmlinges zu besorgen ist;
6. wenn der überlebende Ehegatte das gemeinschaftliche Vermögen in der Absicht, den Abkömmling zu benachteiligen, vermindert hat;
7. wenn der überlebende Ehegatte seine Verpflichtung, dem Abkömmling Unterhalt zu gewähren, verletzt hat und für die Zukunft eine erhebliche Gefährdung des Unterhaltes zu besorgen ist;
8. wenn der überlebende Ehegatte das gemeinschaftliche Vermögen durch Verschwendung erheblich gefährdet;
9. wenn der verstorbene Ehegatte die Schichtung letztwillig angeordnet hat.

In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 bis 3, 5, 6, 8, 9 steht das Klagerecht auch dem hinterlassenen Ehegatten eines anteilsberechtigten Abkömmlinges zu, wenn er nach § 16 an die Stelle des Abkömmlinges tritt.

§ 15. Bei der Schichtung wird der den Anteilsberechtigten gemäß § 7 gebührende Anteil an dem in die fortgesetzte Gütergemeinschaft gefallenen Vermögen festgesetzt:

1. im Falle des § 14 Nr. 1 nach dem Vermögensstande zur Zeit der Wiederverheiratung, sofern nicht die Schichtung vorher stattfindet;
2. im Falle des § 14. Nr. 2 nach dem Vermögensstande bei dem Eintritte der Wirksamkeit der Entmündigung;
3. im Falle des § 14 Nr. 9 nach dem Vermögensstande bei dem Tode des verstorbenen Ehegatten;
4. in den übrigen Fällen nach dem Vermögensstande zur Zeit der Schichtung.

Wird jedoch die Verpflichtung zur Schichtung durch Urteil ausgesprochen, so erfolgt die Schichtung auf Verlangen der Anteilsberechtigten nach dem Vermögensstande zur Zeit der Erhebung der Klage auf Schichtung.

Jedes Kind muß bei der Schichtung sowohl dem überlebenden Ehegatten als auch den Geschwistern gegenüber das Vorempfangene nach den für die Ausgleichung unter Abkömmlingen geltenden Vorschriften zur Ausgleichung bringen.

---

§ 7. An die Stelle des § 17 Abs. 2 des Gesetzes vom 16. April 1860 tritt folgende Vorschrift:

In den Fällen des § 14 Abs. 1 Nr. 2 bis 8 geht die dem überlebenden Ehegatten beigelegte Befugnis auf die Kinder der aufgelösten Ehe über.

---

§ 8. Der § 10 Abs. 4 Satz 2 und der § 17 Abs. 4 des Gesetzes vom 16. April 1860 werden gestrichen.

Das gemeine Dotalrecht ist gesetzliches Güterrecht, hauptsächlich in Teilen des vormaligen Herzogtums Westfalen, im Kreise Herzogtum Lauenburg mit Ausnahme der Stadt Mölln, in der Provinz Hannover mit Ausnahme des Regierungsbezirks Aurich, sowie der Kreise Lingen

und Duderstadt und der Bezirke, für die ein anderes Güterrecht besteht, und in der Stadt Celle.

Artikel 49.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand des gemeinen Totalrechts, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

§ 2. Das Vermögen, welches als Heiratsgut bestellt oder von der Frau der Verwaltung des Mannes ohne Vorbehalt überlassen ist, wird eingebrachtes Gut, das sonstige Vermögen der Frau wird Vorbehaltsgut der Frau

Die Ansprüche Dritter auf Herausgabe des Heiratsguts bleiben unberührt.

§ 3. Bestimmt sich der Güterstand einer Ehe bisher nach dem im Lande Wursten geltenden Rechte, so tritt mit der Geburt eines Kindes allgemeine Gütergemeinschaft nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein.

Die Vorschriften des Artikel 51 § 2 Abs. 2 und des Artikel 52 § 2 finden Anwendung.

Artikel 50.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand nach dem in der Provinz Schleswig-Holstein geltenden Sächsischen oder Lübischen, nach dem im vormals Schaumburgischen Anteile Holsteins geltenden Rechte, nach den in Otterndorf, in Stade mit Brunshausen oder in Buxtehude geltenden Vorschriften oder nach der Schaumburgischen Polizeiordnung von 1615, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

§ 2. Die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 finden entsprechende Anwendung. Das Gleiche gilt, wenn bisher das im vormals Schaumburgischen Anteile Holsteins geltende Recht maßgebend ist, von den Vorschriften des Artikel 46 §§ 4, 5.

§ 3. Die Vorschrift des Artikel 46 § 3 findet auch Anwendung, wenn eine Ehe mit dem gesetzlichen Güterstande der Neumünsterschen Kirchstühlgebräuche vor dem Ablaufe der für den Eintritt der Gütergemeinschaft maßgebenden Frist durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst wird.

In Pommern gelten außer der Verwaltungsgemeinschaft und der Gütergemeinschaft des Allgemeinen Landrechtes und dem Märkischen Provinzialrecht, die dort geringere Bedeutung haben, als besondere Güterrechte:

1. das Lübische Recht in den meisten Städten und den zugehörigen Kämmereidörfern. Größtenteils gilt nach diesem Recht bei unbeerbter Ehe Verwaltungsgemeinschaft, die bei beerbter Ehe, d. h. bei Geburt eines Kindes in allgemeine Gütergemeinschaft umgewandelt wird. Im ersteren Fall, also bei unbeerbter Ehe, tritt infolge der Ueberleitung das gesetzliche Güterrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, die Verwaltungsgemeinschaft, ein, und diese wandelt sich bei der Geburt eines Kindes nach dem 31. Dezember 1899 in allgemeine Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches um. Ist aber schon vor dem 1. Januar 1900 der Ehe ein Kind entsprossen, so gilt bereits mit dem 1. Januar 1900 in der Ehe die allgemeine Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Aufrechterhalten wird die Vorschrift der Statuten der Stadt Stolp, daß die Ehefrau, sei die Ehe beerbt oder nicht, den dritten Teil ihres Eingebrachten zurückfordern kann, falls das Vermögen beider Eheleute zur Bezahlung der Schulden nicht hinreicht.

2. Die Pommersche Bauerordnung vom 16. Mai 1616 in Neuvorpommern und Rügen auf dem platten Lande und in den Städten Franzburg und Richtenberg. Nach diesem Rechte gilt allgemeine Gütergemeinschaft als gesetzlicher Güterstand ohne Rücksicht darauf, ob die Ehe beerbt ist oder nicht.
3. die Pommersche Bauerordnung vom 30. Dezember 1764 in Altvor- und Hinterpommern in der großen Mehrzahl der Orte auf dem platten Lande und in den Städten Jacobshagen und Zachau. Sie setzt gleichfalls die allgemeine Gütergemeinschaft als gesetzliches Güterrecht fest.
4. die Statutarrechte der Städte Stettin, Pölitz, Pyritz, Alt-Damm und Garz an der Oder. Auch diesen ist die allgemeine Gütergemeinschaft gesetzliches Güterrecht.

Wegen der Vorschriften der §§ 379, 386, 392 bis 395, 420 des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 1 und der §§ 782 ff. Titel 18 sind Vorbemerkung und Anmerkungen zum Artikel 47 zu vergleichen.

Artikel 51.

§ 1. Für eine Ehe mit dem gesetzlichen Güterstande des in der Provinz Pommern geltenden Lübischen Rechtes treten an die Stelle der bisherigen Gesetze, wenn nach diesen zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs keine Gütergemeinschaft besteht, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht, anderenfalls die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

§ 2. Gilt für die Ehe nach § 1 das gesetzliche Güterrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs, so tritt mit der Geburt eines Kindes, sofern nach den bisherigen Gesetzen Gütergemeinschaft eingetreten sein würde, allgemeine Gütergemeinschaft nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein.

Inwieweit das Vermögen der Frau Vorbehaltsgut wird und inwieweit die Verbindlichkeiten der Frau Gesamtgutsverbindlichkeiten werden, bestimmt sich nach den Vorschriften, welche gelten würden, wenn die allgemeine Gütergemeinschaft schon mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingetreten wäre.

§ 3. Die Vorschriften der Statuten der Stadt Stolp über die Rechte, welche der Frau im Falle der Unzulänglichkeit des Vermögens der Ehegatten zustehen (§ 58 des Statutarrechts der Städte des Herzogtums Alt-Vor- und Hinterpommern), bleiben in Kraft.

§ 4. Wird eine Ehe, für die nach § 1 das gesetzliche Güterrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs gilt, durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, so finden die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 Anwendung. Sind für den Güterstand der Ehe bisher die für die Städte Anklam und Treptow an der Tollense geltenden Vorschriften maßgebend, so finden, wenn bei dem Tode eines Ehegatten ein gemeinschaftlicher Abkömmling vorhanden ist, auch die Vorschriften des Artikel 46 §§ 4, 5 entsprechende Anwendung.

Wird eine Ehe, für die bisher der gesetzliche Güterstand des in Neuvorpommern und Rügen geltenden Lübischen Rechtes bestanden hat und nach § 1 oder § 2

die allgemeine Gütergemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingetreten ist, durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, so sind für die Teilung des Gesamtguts die bisherigen Gesetze maßgebend. Das Gleiche gilt in Ansehung der Rechte, die einem anteilsberechtigten Abkömmlinge bei dem Eintritte der Volljährigkeit oder im Falle der Verheiratung zustehen.

Soweit nach dem bisherigen Rechte der Ehemann befugt ist, für den Fall, daß die Ehe durch seinen Tod aufgelöst wird, die Fortsetzung der Gütergemeinschaft durch letztwillige Verfügung auszuschließen, bleibt diese Befugnis unberührt.

---

§ 5. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach der Bauerordnung vom 16. Mai 1616 oder der Bauerordnung vom 30. Dezember 1764 oder nach den Statuten der Städte Stettin, Pölitz, Pyritz, Alt-Damm oder Garz an der Oder, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

---

§ 6. Im Falle der Auflösung der Ehe durch den Tod eines der Ehegatten finden, wenn für die Ehe bisher die Bauerordnung vom 16. Mai 1616 galt, die Vorschriften des § 4 Abs. 2 Anwendung.

Galt für die Ehe bisher die Bauerordnung vom 30. Dezember 1764 und ist bei dem Tode eines Ehegatten ein gemeinschaftlicher Abkömmling nicht vorhanden, so wird die Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und den anderen Erben des verstorbenen Ehegatten fortgesetzt. Die Vorschriften der §§ 1483 bis 1518 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung; an die Stelle der anteilsberechtigten Abkömmlinge treten die anderen Erben.

Galten für die Ehe bisher die Statuten der Städte Stettin oder Pölitz und ist bei dem Tode eines Ehegatten ein gemeinschaftlicher Abkömmling nicht vorhanden, so finden die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 Anwendung.

---

§ 7. Soweit für die in den §§ 1, 5 bezeichneten Ehen bisher die Vorschriften des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 1 §§ 379, 386, 392 bis 395, 420 und Titel 18 §§ 782 ff. gelten, finden die Vorschriften des Artikel 47 § 1 Abs. 2, § 2 Anwendung.

Als gesetzlicher Güterstand gilt die allgemeine Gütergemeinschaft hauptsächlich:

1. in Schleswig-Holstein: in einem kleinen Teile des südwestlichen Herzogtums Holstein, in der Landschaft Eiderstadt und den Städten Tönning und Garding, in den Städten Husum, Friedrichsstadt, Schleswig, Eckernförde, Flensburg, in einigen vormals zu Jütland gehörigen Teilen der Provinz im Gebiet des Nordstrander Landrechtes (doch vergleiche man Artikel 53, Vorbemerkung).
2. in Hannover: in den Kreisen Emsbüren und Meppen und den sogenannten Münsterschen Absplissen, in der Niedergrafschaft Lingen, in der Grafschaft Bentheim, in den Städten Osnabrück, Quakenbrück, Fürstenau, Melln, den Flecken Iburg, Börden, dem Weichbilde Bramsche, in den Landgemeinden des Amtes Diepholz, in den Städten Lüneburg, Uelzen, Verden, Hildesheim, im Alten Lande, im Lande Hadeln und im Lande Wursten.
3. in Hessen-Nassau: im Gebiet des vormaligen Fürstbistums

Fulda und im Gebiet des vormaligen Fürstbistums Würzburg bei gewissen Ehen.

4. in Hohenzollern sowohl in Sigmaringen wie in Hechingen.

Im Amt Neumünster im Herzogtum Holstein tritt allgemeine Gütergemeinschaft erst ein, wenn die Ehe Jahr und Tag gedauert hat, sonst gilt Gütertrennung.

Artikel 52.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach einem der Rechte, welche in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und in den Hohenzollernschen Landen gelten, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft. Diese Vorschrift findet in der Provinz Hannover keine Anwendung auf Ehen, zu deren Vermögen ein in der Höferolle eingetragener Hof gehört.

Ist für eine Ehe mit dem gesetzlichen Güterstande der Neumünsterschen Kirchspielgebräuche die für den Eintritt der Gütergemeinschaft bisher maßgebende Frist zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs noch nicht abgelaufen, so gilt die Vorschrift des Abs. 1 von dem Ablaufe der Frist an.

Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach einem der Rechte, welche in den Hohenzollernschen Landen gelten, so findet die Vorschrift des § 1445 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur insoweit Anwendung, als der Mann nach dem bisherigen Rechte der Einwilligung der Frau zu Verfügungen über Grundstücke bedarf. Tritt nach der Auflösung der Ehe fortgesetzte Gütergemeinschaft ein, so findet die Vorschrift des § 1445 keine Anwendung.

---

§ 2. Wird die Ehe durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst und ist ein gemeinschaftlicher Abkömmling nicht vorhanden, so finden die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 Anwendung.

---

§ 3. Ist für den Güterstand bisher ein in der Provinz Schleswig-Holstein geltendes Recht maßgebend, so bestimmt sich die Befugnis des Mannes zur Verfügung über ein zu dem Gesamtgute der Gütergemeinschaft oder der fortgesetzten Gütergemeinschaft gehörendes Grundstück nach den bisherigen Gesetzen.

Jeder Ehegatte kann für den Fall, daß die Ehe durch seinen Tod aufgelöst wird, die Fortsetzung der Gütergemeinschaft durch letztwillige Verfügung ausschließen; die Vorschrift des § 1509 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung.

Für den Fall der fortgesetzten Gütergemeinschaft bleiben die bisherigen Vorschriften über die Rechte, die einem anteilsberechtigten Abkömmlinge bei dem Eintritte der Volljährigkeit oder im Falle der Verheiratung zustehen, sowie über das Recht der väterlichen Aussage in Kraft. Das Gleiche gilt von den Vorschriften des Dänischen Rechtes und des Nordstrander Landrechts, nach welchen dem überlebenden Ehegatten außer der ihm zufallenden Hälfte noch ein weiterer Bruchteil des Gesamtguts gebührt.

---

§ 4. Sind in einer Ehe, deren Güterstand sich nach Fuldischem oder Würzburgischem Rechte bestimmt, vereinkindschaftete Kinder aus einer früheren Ehe vorhanden, so finden die Vorschriften der §§ 1437 bis 1467, 1473 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung. Wird die Ehe durch den Tod des Ehegatten der früheren Ehe aufgelöst, so gelten nach der Abschichtung der vereinkindschafteten Kinder für das Verhältnis zwischen dem überlebenden Ehegatten und seinen Abkömmlingen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die fortgesetzte Gütergemeinschaft.

Im übrigen bleiben die bisherigen Gesetze, insbesondere in Ansehung der Rechte der vereinkindschafteten Kinder maßgebend.

---

§ 5. Bestimmt sich der Güterstand einer Ehe bisher nach dem Hechinger Rechte, so erfolgt nach der Beendigung der Gütergemeinschaft außer den Fällen des § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Teilung des Gesamtguts nach den bisherigen Ge-

setzen. Das Gleiche gilt nach der Beendigung der fortgesetzten Gütergemeinschaft; dem überlebenden Ehegatten gebührt nach Maßgabe der bisherigen Gesetze ein Fruchtteil des zugebrachten Vermögens des verstorbenen Ehegatten.

Die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 finden auch in den Fällen des § 1483 Abs. 2, des § 1484 Abs. 3 und des § 1510 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

Die Errungenschaftsgemeinschaft bildet gesetzlichen Güterstand hauptsächlich:

1. in der Rheinprovinz: in der früheren Grafschaft Wied nach der Nassau-Katzenelnbogenschen Landesordnung, in den vier Hachenburgischen Kirchspielen des Kreises Altenkirchen, im Stadtbezirk Bendorf, im Kreise Wetzlar.
2. in Schleswig-Holstein: in den Kreisen Norder- und Süderdithmarschen, auf der Insel Fehmarn mit Ausnahme der Stadt Burg, ferner im Gebiet des Nordstrander Landrechtes, d. h. in den Tondernschen Marschhalden der Landschaft Sylt, der Landschaft Pellworm mit den Halligen, der Landschaft Nordstrand für unbeerbte Ehen, d. h. solche, in denen ein Kind nicht geboren ist oder wenigstens nicht nach der Taufe gelebt hat. Bei beerbter Ehe gilt Gütergemeinschaft und kommt Artikel 52 zur Anwendung.
3. in Hessen-Nassau: im Gebiet des vormaligen Herzogtums Nassau, im Gebiet der vormaligen freien Stadt Frankfurt, in den Gemeinden Rödelheim und Niederursel und dem Amt Homburg vor der Höhe, im vormaligen Kurfürstentum Hessen (doch man vergleiche hierzu Artikel 54), in dem früher Großherzoglich Hessischen Hinterlandkreise und in den früher Bayerischen Gebietsteilen des Kreises Gersfeld, in letzterem nach Würzburgischem Recht.
4. Errungenschaftsgemeinschaft gilt endlich noch in einigen Teilen Westfalens. Doch tritt hier das Bürgerliche Gesetzbuch nicht an die Stelle, vielmehr besteht das alte Recht weiter.

Artikel 53.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft nach einem der Rechte, welche in dem zum Oberlandsgerichtsbezirke Frankfurt a. M. gehörenden Teile der Rheinprovinz oder in den Provinzen Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau gelten, so treten unbeschadet der Vorschriften des Artikel 54, an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Errungenschaftsgemeinschaft.

§ 2. Das errungenschaftliche Vermögen der Ehegatten wird Gesamtgut, auch soweit es nach den bisherigen Gesetzen nicht gemeinschaftliches Vermögen der Ehegatten ist.

---

§ 3. Ist für den Güterstand bisher ein in der Provinz Schleswig-Holstein geltendes Recht maßgebend, so bestimmt sich die Befugnis des Mannes zur Verfügung über ein zum Gesamtgute gehörendes Grundstück, das er während der Ehe erworben hat, nach den bisherigen Gesetzen.

§ 4. Bestimmt sich der Güterstand bisher nach dem Würzburgischen Rechte, so tritt mit der Geburt eines Kindes allgemeine Gütergemeinschaft nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein. Die Vorschriften des Artikel 51 § 2 Abs. 2 und des Artikel 52 § 2 finden Anwendung.

Das Gleiche gilt für eine Ehe, deren Güterstand sich bisher nach dem Nordstrander Landrechte bestimmt. In diesem Falle findet auch die Vorschrift des Artikel 52 § 3 Anwendung.

---

§ 5. Die Vorschriften des Mainzer Landrechts, nach welchen bei der Auseinandersetzung der Mann zu zwei Dritteln, die Frau zu einem Drittel an dem Ueberschusse des Gesamtguts Teil nimmt, bleiben in Kraft.

Das Gleiche gilt, soweit im Geltungsbereiche der Nassau-Katzenelnbogenschen Landesordnung eine Teilung nach diesem Maßstabe gewohnheitsrechtlich hergebracht ist.

---

§ 6. Die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 finden Anwendung.

Die Verwaltungsgemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches tritt an die Stelle der früheren Errungenschaftsgemeinschaft, welche in dem vormaligen Kurfürstentum Hessen mit Ausnahme des zum Oberlandesgericht Frankfurt gehörigen Bezirks und in den Hannoverschen Aemtern Uchte und Freudenberg, in der Vogtei Auburg und in den sogenannten Hessischen Enklaven im Landgerichtsbezirk Göttingen gilt.

Artikel 54.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft nach Althessischem oder dem in den vormals Kurhessischen Gebietsteilen des Oberlandsgerichtsbezirkes Cassel geltenden Solmser oder Mainzer Rechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

---

§ 2. Das Vermögen welches die Ehefrau vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs während der Ehe erworben hat, wird eingebrachtes Gut.

---

§ 3. Endigt die Verwaltung und Nutznießung des Mannes auf andere Weise als durch Vertrag, so kann jeder Ehegatte von dem anderen nach Maßgabe der bisherigen Gesetze Ausgleichung des Ehegewinns verlangen, wie wenn die im § 1 bestimmte Aenderung des Güterstandes nicht eingetreten wäre. Der Anspruch ist nicht übertragbar. Er verjährt in einem Jahre; die Vorschrift des § 204 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung.

---

§ 4. Bestimmt sich der Güterstand bisher nach dem Solmser oder dem Mainzer Rechte, so finden die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 Anwendung.

Der gesetzliche Güterstand der Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft besteht:

1. in der Rheinprovinz: in der vormaligen Grafschaft Sayn-Altenkirchen, im Geltungsgebiet der Kur-Kölnischen Rechtsordnung, nämlich in Bezirken der vormaligen Justizämter Linz mit Ausnahme von Hönningen, Asbach, Waldbreitbach, Schönstein und Herrschaft Lahr, im Geltungsgebiet des Kur-Trierischen Landrechts, nämlich in Bezirken der vormaligen Justizämter Ehrenbreitstein, Hammerstein-Vendorf mit Ausnahme von Stadt Vendorf, in Dorf Irlich und Horhausen.

2. in Schleswig-Holstein: nach jütischem Low auf der Insel Helgoland und im vormaligen Herzogtum Schleswig, ausgenommen die Landschaft Eiderstadt, das Gebiet des Nordstrander Landrechts (man vergleiche Vorbemerkung zu Artikel 53), die Städte Garding, Tönning, Husum, Friedrichstadt, Schleswig, Eckernförde, Flensburg, Burg auf Fehmarn, Tondern und frühere dänische Teile.

Das jütische Low schließt die Gemeinschaft des beweglichen Vermögens aus der Errungenschaft aus, so lange ein Mann ohne eigenes Vermögen oder Geschäft mit seiner Frau im elterlichen Hause lebt.

Artikel 55.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft nach einem der Rechte, welche in den zum Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt a. M. gehörenden Teilen der Rheinprovinz oder in der Provinz Schleswig-Holstein gelten, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Fahrnisgemeinschaft.

Tritt für eine Ehe, für welche die Vorschriften des Jütischen Low maßgebend sind, der bezeichnete Güterstand erst zu einer späteren Zeit ein, so gilt die Vorschrift des Abs. 1 von dieser Zeit an.

§ 2. Bei dem Güterstande der Kur-Cölnischen Rechtsordnung oder des Kur-Trierschen Landrechts bleiben statt des § 1551 Abs. 2, bei dem Güterstande des Jütischen Low bleiben statt der §§ 1551, 1554 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die bisherigen Gesetze für den Umfang des eingebrachten Gutes maßgebend.

§ 3. Die Vorschriften des Artikel 46 §§ 2, 3 und des Artikel 53 § 3 finden Anwendung.

Das Rheinische Recht gilt in der Preußischen Rheinprovinz mit Ausnahme der Kreise Wetzlar, Neuwied, Altenkirchen und Meisenheim, sowie der Kreise Duisburg Stadt, Mühlheim an der Ruhr, Essen Stadt, Essen Land, Ruhrort und Rees.

Gesetzlicher Güterstand des Rheinischen Rechts ist die Gemeinschaft des beweglichen Vermögens und der Errungenschaft, daneben sind unter anderen Errungenschaftsgemeinschaft, die allgemeine Gütergemeinschaft, die Verwaltungsgemeinschaft und die Gütertrennung zugelassen.

Artikel 56.

Für Ehen, deren Güterstand sich nach dem Rheinischen Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmt, gelten folgende Vorschriften:

§ 1. Bei der gesetzlichen Gütergemeinschaft treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Fahrnisgemeinschaft.

§ 2. Bei der Errungenschaftsgemeinschaft treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Errungenschaftsgemeinschaft.

§ 3. Bei der allgemeinen Gütergemeinschaft treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

Fortgesetzte Gütergemeinschaft tritt nur ein, wenn sie durch Ehevertrag vereinbart ist.

§ 4. In den Fällen der §§ 1 bis 3 bestimmt sich die Befugnis des Mannes

zur Verfügung über ein zum Gesamtgute gehörendes Grundstück nach den bisherigen Gesetzen.

Die Frau kann bis zu dem Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs auch auf Grund von Thatsachen, welche nur nach den bisherigen Gesetzen die Gütertrennungsklage rechtfertigen, auf Aufhebung der Gütergemeinschaft klagen, wenn die Thatsachen vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingetreten sind.

---

§ 5. Ist bei einem der in den §§ 1 bis 3 bezeichneten Güterstände nach Artikel 1514 des Rheinischen Bürgerlichen Gesetzbuchs vereinbart, daß die Frau im Falle des Verzichts auf die Gütergemeinschaft ihr eingebrachtes Vermögen schuldenfrei zurücknehmen kann, so bleiben für die Ausübung des Verzichts die bisherigen Gesetze maßgebend.

---

§ 6. Ist für eine Ehe Ausschließung der Gütergemeinschaft nach Maßgabe der Artikel 1530 bis 1535 des Rheinischen Bürgerlichen Gesetzbuchs vereinbart, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Gesetzliche Güterrecht. Die Vorschrift des § 4 findet entsprechende Anwendung.

§ 7. Ist in den Fällen der §§ 1 bis 3, 6 der Frau vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs eine Erbschaft oder ein Vermächtnis angefallen, so sind für die Befugnis der Frau zur Annahme oder Ausschlagung die bisherigen Vorschriften maßgebend.

---

§ 8. Bei dem Güterstande der Gütertrennung treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die für die Gütertrennung geltenden Vorschriften der §§ 1427 bis 1430 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

---

§ 9. Die gesetzliche Hypothek der Frau besteht von dem Eintritte der in den §§ 1 bis 3, 6, 8 bestimmten Aenderung des Güterstandes an nur noch zur Sicherung der vorher entstandenen Ansprüche; ist sie nicht vor dem Ablauf eines Jahres nach dem Eintritte der Aenderung durch Einschreibung im Hypothekenregister oder durch Eintragung im Grundbuche wirksam geworden, so erlischt sie.

---

§ 10. Ist für eine Ehe Dotalrecht vereinbart, so fällt die Beschränkung der Frau in der Geschäftsfähigkeit weg. Dies gilt jedoch nicht in Ansehung des Heiratsguts.

Im übrigen bleiben die bisherigen Gesetze maßgebend.

Die im Artikel 57 aufgezählten Güterrechtssysteme kommen auch in außerpreußischen Länderstrecken vor. Daher wird, selbst wenn die Ehegatten ihren ersten ehelichen Wohnsitz außerhalb Preußens gehabt haben, ihr eheliches Güterrecht in ein vom Bürgerlichen Gesetzbuch zugelassenes übergeleitet, wenn nur ihr früheres eheliches Güterrecht eins von denen ist, die auch in Preußen Geltung hatten.

Artikel 57.

Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand nach dem Allgemeinen Landrechte Teil II Titel 1 Abschnitt 5, dem gemeinen Dotalrechte, dem gemeinen Sachsenrechte, der Schaumburgischen Polizeiordnung von 1615, dem Fuldischen, dem Würzburgischen Rechte, dem Landrechte der oberen Grafschaft Katzenelnbogen oder dem Französischen Civilgesetzbuche, so finden die für diese Güterstände maßgebenden Vorschriften der Artikel 45, 49, 50, 52, 53, 56 auch Anwendung, wenn die Ehegatten den ersten ehelichen Wohnsitz nicht in Preußen gehabt haben.

Dem Französischen Civilgesetzbuche wird das Badische Landrecht gleich geachtet.

Artikel 58.

Auf eine Ehe, für die einer der in den Artikeln 45 bis 57 bezeichneten Güterstände kraft Ehevertrags gilt, finden die Vorschriften dieser Artikel ohne Rücksicht auf den ersten ehelichen Wohnsitz der Ehegatten Anwendung.

Besteht für eine Ehe kraft Ehevertrags der Güterstand des gemeinen Dotalrechts,

so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die für die Gütertrennung geltenden Vorschriften der §§ 1427 bis 1430 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Artikel 59.

Für die nach den Artikeln 45 bis 58 eintretende Aenderung des Güterstandes gelten folgende Vorschriften:

§ 1. Das zur Zeit der Aenderung des Güterstandes vorhandene Vermögen der Ehegatten wird, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 49 § 2, des Artikel 53 § 2 und des Artikel 54 § 2, eingebrachtes Gut, Vorbehaltsgut oder Gesamtgut, soweit es nach den bisherigen Gesetzen zu einer dem eingebrachten Gute, dem Vorbehaltsgut oder dem Gesamtgut entsprechenden Vermögensmasse gehört.

Bei der allgemeinen Gütergemeinschaft findet auf Gegenstände, die nur der Nutzung nach zum gemeinschaftlichen Vermögen gehören, die Vorschrift des § 1439 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

§ 2. Wird infolge der Aenderung des Güterstandes das Grundbuch unrichtig, so werden für die Berichtigung des Grundbuchs Gerichtsgebühren und Stempel nicht erhoben.

§ 3. In Ansehung der vor der Aenderung des Güterstandes entstandenen Verbindlichkeiten der Ehegatten bestimmen sich die Haftung des eingebrachten Gutes, des Vorbehaltsguts und des Gesamtguts sowie die persönliche Haftung der Ehegatten nach den bisherigen Gesetzen. Dies gilt auch für das Verhältnis der Ehegatten unter einander.

Soweit sich bei der allgemeinen Gütergemeinschaft die Frau nach den bisherigen Gesetzen durch die Ausschlagung ihres Anteils von der persönlichen Haftung befreien kann, erlischt die Haftung mit der Beendigung der Gemeinschaft.

§ 4. Die Geltendmachung der Ersatzansprüche, welche den Ehegatten auf Grund des Güterstandes gegen einander zustehen, bestimmt sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

§ 5. Vereinbarungen, welche die Ehegatten in Abänderung oder Ergänzung einzelner Vorschriften des gesetzlichen Güterrechts getroffen haben, werden von der Aenderung des Güterstandes nicht berührt.

Das Gleiche gilt von einer seitens eines Dritten getroffenen Anordnung der im Abs. 1 bezeichneten Art.

§ 6. Auf einen zur Zeit der Aenderung des Güterstandes anhängigen Rechtsstreit und auf die Wirkung der Entscheidung ist die Aenderung des Güterstandes ohne Einfluß.

Das Gleiche gilt von der Vermögensauseinandersetzung der Ehegatten, wenn die Ehe auf Grund einer vor der Aenderung des Güterstandes erhobenen Klage geschieden wird.

§ 7. Auf die dem überlebenden Ehegatten nach den bisherigen Gesetzen zustehenden Rechte, die durch dieses Gesetz aufrecht erhalten werden, finden die Vorschriften des § 1933 und der §§ 2335 bis 2337 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

§ 8. Soweit nach diesem Gesetze für den Güterstand die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs maßgebend sind, finden auch die für den Güterstand geltenden Vorschriften der Civilprozeßordnung und der Konkursordnung Anwendung.

§ 9. Die Wirksamkeit des nach diesem Gesetz eintretenden Güterstandes gegenüber Dritten bestimmt sich nach den für die Wirksamkeit des bisherigen Güterstandes geltenden Vorschriften. Die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts Teil II Titel 1 §§ 352, 353, 425 treten jedoch außer Kraft.

Eine spätere Aenderung des Güterstandes ist Dritten gegenüber nur nach Maßgabe des § 1435 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wirksam. Das Gleiche gilt von einem nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs erhobenen Einspruche des Mannes gegen den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts durch die Frau und von einem nach der bezeichneten Zeit erklärten Widerrufe der Einwilligung des Mannes zu dem Betriebe.

Artikel 60.

Für einen Ehevertrag, durch den an die Stelle des nach diesem Gesetz eintreten-

den Güterstandes eine andere nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässige Regelung des Güterstandes gesetzt oder der bezeichnete Güterstand in einzelnen Beziehungen geändert wird, für die Eintragung des Ehevertrags in das Güterrechtsregister und für den Antrag auf die Eintragung werden Gerichtsgebühren und Stempel nicht erhoben, wenn der Vertrag vor dem Ablauf eines Jahres nach der Aenderung des Güterstandes geschlossen wird.

Das Gleiche gilt für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen und Auseinandersetzungsurkunden, wenn sie wegen der Aenderung des bisherigen Güterstandes von den Ehegatten vor dem im Abs. 1 bezeichneten Zeitpunkte beantragt wird.

Von den vorhergehenden Artikeln werden die Ehegatten nicht getroffen, welche am 1. Januar 1900 in Preußen wohnten, aber bis zum 31. Dezember 1899 nach dem Güterrecht eines andern Bundesstaates lebten, das nicht in Artikel 57 genannt ist.

In diese Ehen will Artikel 61 das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches nur einführen, wenn der Bundesstaat, nach dessen Gesetz die Ehegatten lebten, in ähnlicher Weise wie das Preußische Gesetz eine Anwendung des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf die am 1. Januar 1900 bestehenden Ehen kennt. Um dies zu prüfen, müssen die Ausführungsgesetze der übrigen Bundesstaaten erlassen sein.

Zu der Zeit, als das vorliegende Ausführungsgesetz verfaßt wurde, war jedoch nur das Sächsische Ausführungsgesetz erlassen und hatte dem Preußischen Gesetz entsprechende Anordnungen getroffen. Deshalb giebt der § 1 des Artikels 61 besondere Vorschriften für Ueberleitung von Ehen nach dem Sächsischen Gesetz, nämlich dem Bürgerlichen Gesetzbuch für das Königreich Sachsen.

Die Ausführungsgesetze der anderen Bundesstaaten mußten erst abgewartet werden. Es wurde daher durch den § 2 Königlicher Verordnung überlassen, nach Erlaß dieser Gesetze dem § 1 ähnliche Bestimmungen zu treffen.

Artikel 61.

§ 1. Bestimmt sich der Güterstand einer Ehe nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche für das Königreich Sachsen, so treten an die Stelle der bisherigen Vorschriften:

1. wenn die Ehegatten nach dem gesetzlichen Güterrechte leben, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht;
2. wenn der Frau die freie Verfügung über ihr Vermögen durch Ehevertrag vorbehalten ist, die für die Gütertrennung geltenden Vorschriften der §§ 1427 bis 1430 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;
3. wenn zwischen den Ehegatten allgemeine Gütergemeinschaft vereinbart ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft; fortgesetzte Gütergemeinschaft tritt nur ein, wenn sie durch Ehevertrag vereinbart wird.

---

§ 2. Für Ehen, deren Güterstand sich außer den Fällen des § 1 kraft Gesetzes oder Ehevertrags nach einem in einem anderen Bundesstaate geltenden Güterrechte bestimmt, kann, wenn nach den Gesetzen des anderen Bundesstaates an die Stelle des bisherigen Güterrechts ein im Bürgerlichen Gesetzbuche geregelter Güterstand tritt, dieser Güterstand, unbeschadet der Vorschriften der Artikel 57, 58, von dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder einem späteren Zeitpunkt an durch Königliche Verordnung eingeführt werden.

§ 3. Auf die nach Maßgabe der §§ 1, 2 eintretende Aenderung des Güterstandes finden die Vorschriften der Artikel 59, 60 entsprechende Anwendung.

Eheleute, die noch nach dem 1. Januar 1900 nach altem Güterrecht leben, können dieses in ihrer Ehe bestehende Güterrecht durch Vertrag ändern. Doch in einer Richtung sind sie beschränkt. Sie können ein nicht mehr geltendes Güterrecht zu ihrem vertragsmäßigen Güterstand nicht erheben. Beispielsweise können Ehegatten, unter denen ein ausländisches Güterrecht gilt, nicht mehr das Märkische Provinzialrecht wählen, müssen vielmehr, wenn sie in Verwaltungsgemeinschaft leben wollen, der von dem Bürgerlichen Gesetzbuch geregelten Verwaltungsgemeinschaft sich unterwerfen.

Artikel 62.

Ein Güterstand, für den die bisherigen Gesetze in Kraft bleiben, kann durch Ehevertrag nur nach Maßgabe der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgehoben oder geändert werden.

Auf einen solchen Ehevertrag findet die Vorschrift des Artikel 60 Abs. 1 Anwendung, wenn er vor dem Ablauf eines Jahres nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschlossen wird.

Der Artikel 63 ist in der Vorbemerkung vor Artikel 44 besprochen. Der Artikel kommt nicht zur Anwendung, wenn der neue Wohnsitz des Mannes in dem Bezirk desselben Registergerichts liegt, in welchem der alte Wohnsitz sich befand (vgl. § 1558 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Artikel 63.

Wird der Wohnsitz des Mannes nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs verlegt, so finden die Vorschriften des § 1435 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung; ein von dem gesetzlichen Güterrechte abweichender Güterstand steht einem vertragsmäßigen gleich.

Artikel 64.

Für die nach diesem Gesetz erforderlichen Eintragungen in das Güterrechtsregister gelten die Vorschriften der §§ 1558 bis 1563 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Haben Ehegatten mit einem Güterstand, der vor dem 1. Januar 1900 auch in Preußen galt, am 1. Januar 1900 ihren Wohnsitz nicht in Preußen, und sie verlegen diesen Wohnsitz nach dem 1. Januar 1900 nach Preußen, so sind zwei Fälle möglich:

1. In dem Bundesstaat, in welchem sie am 1. Januar 1900 lebten, hat, wie in Preußen, eine Ueberleitung des alten Rechtes in das Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches stattgefunden. Dann ist bei der Verlegung des Wohnsitzes nach Preußen eine neue Ueberleitung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches natürlich nicht mehr nötig. Wohl aber kommen die Vorschriften der Artikel 63 und 64 des vorliegenden Ausführungsgesetzes zur Anwendung.

2. In dem Bundesstaat hat die oben bezeichnete Ueberleitung nicht stattgefunden, oder die Ehegatten kommen aus dem außerdeutschen Auslande, wo eine Ueberleitung selbstverständlich nicht stattfinden konnte.

Die Ehegatten haben beispielsweise im Jahre 1885 in Berlin geheiratet und dort gewohnt, sind im Jahre 1889 nach Amerika gezogen und verlegen von dort im Jahre 1901 ihren Wohnsitz wieder nach Preußen zurück. In diesen Fällen findet mit dem Zeitpunkt der Uebersiedelung nach Preußen eine Ueberleitung statt, wie die Artikel 45 bis 60 und 62 bis 64 sie vorschreiben.

Artikel 65.

Begründen Ehegatten nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Preußen einen Wohnsitz, so gelten die Vorschriften der Artikel 45 bis 60, 62 bis 64 von der Zeit der Begründung des Wohnsitzes an; diese Zeit tritt an die Stelle der Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Ist jedoch der Güterstand der Ehe schon durch die Gesetze eines anderen Bundesstaats geändert worden, so finden nur die Vorschriften der Artikel 63, 64 Anwendung.

Für den Fall beerbter Ehe, d. h. wenn beim Tode eines Ehegatten neben dem Ueberlebenden gemeinschaftliche Kinder vorhanden sind, tritt, wenn allgemeine Gütergemeinschaft unter den Eheleuten bestanden hat, sowohl nach Bürgerlichem Gesetzbuch wie nach einigen vor dem 1. Januar 1900 geltenden Rechten „fortgesetzte Gütergemeinschaft" ein, das heißt: der überlebende Ehegatte lebt mit den nicht vorher abgefundenen Kindern weiter in Gütergemeinschaft. Er hat regelmäßig dieselben Befugnisse, welche der Ehemann bei bestehender Ehe hatte, also vor allem steht ihm die Verwaltung des gemeinschaftlichen Vermögens zu.

Nach § 1507 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann der überlebende Ehegatte vom Nachlaßgericht die Erteilung eines Zeugnisses über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft fordern. Dieses Recht erteilt der Artikel 66 auch für den Fall, daß die fortgesetzte Gütergemeinschaft nicht auf dem Bürgerlichen Gesetzbuche, sondern auf früherem Rechte beruht.

Artikel 66.

Bei einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, für welche die bisherigen Gesetze maßgebend bleiben, finden auf die Erteilung eines Zeugnisses über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft die Vorschriften des § 1507 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

Lebt ein Ehegatte mit seinen Kindern in fortgesetzter Gütergemeinschaft, und will er eine neue Ehe eingehen, so muß er seine Kinder früherer Ehe „abschichten", d. h. er muß das gemeinschaftliche Gut mit ihnen teilen, bevor er wieder heiraten kann. Um dieses zu vermeiden, schufen frühere Rechte die „Einkindschaft", indem durch Vertrag die Kinder erster Ehe, die sogenannten „Vorkinder", ihrem Stiefvater oder ihrer Stiefmutter gegenüber dieselben Vermögensrechte wie leibliche Kinder erhielten und die Abschichtung erspart wurde.

Doch diese Einkindschaft ist im Leben selten in Anwendung gebracht

worden, das Bürgerliche Gesetzbuch läßt sie für die Zukunft überhaupt nicht mehr zu, da sich mancherlei Uebelstände bei ihr herausgestellt haben.

Der Artikel 67 verbietet die Einkindschaft aber auch in dem Fall, in welchem sie nach früherem Recht kraft Gesetzes eintrat, nämlich wenn zwar der Ehegatte vor dem 1. Januar 1900 verwitwet, aber erst nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches die neue Ehe schloß. Auch dann muß der sich wiederverheiratende Ehegatte seine Abkömmlinge erster Ehe abschichten.

Nach Verdener Recht wurde der überlebende Ehegatte Alleineigentümer des gemeinschaftlichen Vermögens. Auch hier fordert Artikel 67 für den Fall der Wiederverheiratung die Abschichtung der Vorkinder.

Artikel 67.

§ 1. Ist eine Ehe, für welche allgemeine Gütergemeinschaft nach Fuldischen Rechte bestanden hat, vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, so tritt im Falle der Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten Einkindschaft nicht ein. Der Ehegatte ist zur Abschichtung seiner Abkömmlinge aus früheren Ehen verpflichtet.

Den Abkömmlingen gebührt die Hälfte des Wertes des Gesamtguts zur Zeit der Wiederverheiratung; die Forderung wird zur Hälfte sofort, bei minderjährigen Abkömmlingen mit dem Eintritte der Großjährigkeit, zur Hälfte mit dem Tode des überlebenden Ehegatten fällig. Die Abkömmlinge können für ihre Forderung die Bestellung einer Sicherungshypothek verlangen. Auf das Verhältnis der Abkömmlinge unter einander finden die Vorschriften des § 1503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Eine Vereinbarung, durch welche die Abschichtung abweichend von den Vorschriften des Abs. 2 geregelt wird, bedarf, wenn ein Abkömmling unter elterlicher Gewalt oder Vormundschaft steht, der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

§ 2. Ist eine Ehe mit dem Güterstande der allgemeinen Gütergemeinschaft nach Verdener Rechte vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch den Tod der Frau aufgelöst, so ist der Mann im Falle der Wiederverheiratung zur Abschichtung seiner Abkömmlinge aus früheren Ehen nach Maßgabe der Vorschriften des bisherigen Rechtes verpflichtet.

§ 3. In den Fällen der §§ 1, 2 finden die Vorschriften des § 1314 Abs. 2 und des § 1493 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Erklärungen über den Familiennamen.

Nach § 1577 des Bürgerlichen Gesetzbuches behält die geschiedene Frau im allgemeinen den Familiennamen des Mannes. Sie ist aber berechtigt, mag sie für den allein schuldigen Teil erklärt sein oder nicht, ihren Mädchennamen wieder anzunehmen. Ist sie vor Eingehung der geschiedenen Ehe schon verheiratet gewesen, so ist zu unterscheiden, ob sie bei der Scheidung für allein schuldig erklärt ist oder nicht.

Im letzteren Fall hat sie die Wahl, ob sie den Namen ihres geschiedenen Ehemannes beibehalten, oder ob sie ihren Mädchennamen oder den Namen ihres früheren Ehemannes wieder annehmen will.

Ist sie für allein schuldig erklärt, so hat sie nur die Wahl zwischen dem Namen ihres geschiedenen Ehemannes und ihrem Mädchennamen, zur Führung des Namens eines früheren Ehemannes ist sie nicht berechtigt.

Das öffentliche Interesse, der Verkehr, verlangt, daß die Namensänderung an die Beobachtung einer gewissen Form geknüpft werde, deshalb fordert das Bürgerliche Gesetzbuch, daß die Erklärung, einen früheren Namen weiterführen zu wollen, in öffentlich beglaubigter Form (vgl. § 129 des Bürgerlichen Gesetzbuches) vor der zuständigen Behörde erfolgt.

Diese zuständige Behörde bestimmt § 1 des Artikel 68.

In der ebengenannten Form kann auch der Ehemann, dessen Frau ein uneheliches Kind mit in die Ehe gebracht hat, letzterem seinen Namen erteilen, wenn Mutter und Kind einwilligen, gleichgültig, ob das Kind von ihm erzeugt ist oder nicht.

Die für diese Erklärungen zuständige Behörde bestimmt der § 2 des Artikel 68.

Wird eine schriftliche Erklärung der in § 1 und § 2 bezeichneten Art nur mittels Handzeichens unterzeichnet, so kann sie nicht der Standesbeamte, sondern allein das Gericht oder ein Notar beglaubigen. Sonst ist die Beglaubigung auch durch den zuständigen Standesbeamten zulässig.

Artikel 68.

§ 1. Für die Entgegennahme und die öffentliche Beglaubigung der im § 1577 Abs. 2, 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Erklärungen über den Namen einer geschiedenen Frau ist, wenn die geschiedene Ehe vor einem Preußischen Standesbeamten geschlossen war, dieser zuständig. Anderenfalls ist für die Entgegennahme das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke der Erklärende seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat; das Gericht soll die Erklärung dem Standesbeamten, von welchem die Ehe geschlossen war, mitteilen.

Die Erklärung ist am Rande der über die Eheschließung bewirkten Eintragung zu vermerken.

---

§ 2. Für die Entgegennahme und die öffentliche Beglaubigung der Erklärung, durch welche der Ehemann der Mutter eines unehelichen Kindes diesem seinen Namen erteilt, sowie der Einwilligungserklärungen des Kindes und der Mutter ist, wenn die Geburt des Kindes im Geburtsregister eines Preußischen Standesbeamten eingetragen ist oder wenn die Erklärung bei der Eheschließung vor einem Preußischen Standesbeamten erfolgt, der Standesbeamte zuständig. Anderenfalls ist für die Entgegennahme das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke der Ehemann seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Erfolgt die Erklärung über die Erteilung des Namens nicht gegenüber dem Standesbeamten, in dessen Geburtsregister der Geburtsfall eingetragen ist, so soll die zuständige Behörde sie dem Standesbeamten mitteilen.

Die Erklärung ist am Rande der über den Geburtsfall bewirkten Eintragung zu vermerken.

---

§ 3. Die Befugnis des Standesbeamten erstreckt sich nicht auf die Beglaubigung eines Handzeichens.

Elterliche Gewalt.

Die Gewalt der Eltern über ihr Kind umschließt das Recht und die Pflicht, für Person und Vermögen des Kindes zu sorgen. Mit dieser Gewalt hängt das Recht der Eltern zusammen, den Nießbrauch am Vermögen des Kindes zu üben, ohne letzterem darüber Rechenschaft ablegen zu müssen. Die Gewalt endet mit der Volljährigkeit des Kindes.

Die elterliche Gewalt steht beiden, Vater und Mutter, zu. Doch liegt, solange der Vater lebt, die Ausübung dieser Gewalt hauptsächlich in seinen Händen. Erst wenn der Vater stirbt, oder wenn er seine elterliche Gewalt aus anderem Grunde verwirkt, zum Beispiel wegen Verurteilung zu Zuchthausstrafe infolge eines am Kinde verübten Verbrechens, kommt der Mutter die Ausübung der elterlichen Gewalt an Stelle des Vaters zu.

Diese elterliche Gewalt der Mutter ist übrigens in den meisten Teilen Deutschlands neu, die große Mehrzahl der früheren Rechte, insbesondere das Preußische, kannte eine solche nicht. Sie ist aber zeitgemäß, zumal auch sonst vom Bürgerlichen Gesetzbuch die volle Geschäftsfähigkeit der Frauen anerkannt ist.

Um nun die Landesgesetze mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Einklang zu bringen, bestimmt der Artikel 69, daß überall dort, wo in dem Preußischen Recht, welches neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch aufrecht erhalten ist, von väterlicher Gewalt oder väterlichem Nießbrauch gehandelt wird, an die Stelle der väterlichen Gewalt die elterliche Gewalt und an die Stelle des väterlichen Nießbrauches der elterliche Nießbrauch tritt.

Eine Abweichung soll nur da eintreten, wo die Mutter Fideikommißvermögen ihres Kindes verwaltet. Bisher stand der Mutter in diesem Falle am Rhein die Nutznießung nur bis zum achtzehnten Lebensjahre des Kindes zu, in den östlichen Provinzen überhaupt nicht, und so soll es ferner bleiben. Auch kann der Vater im Testament anordnen, daß ein von ihm benannter Beistand der Mutter die Verwaltung des Fideikommißvermögens des Kindes übernehme, und in gleicher Weise kann das Vormundschaftsgericht diese Anordnung treffen, ohne daß ein Antrag der Mutter dazu nötig wäre.

Nach der Preußischen Vormundschaftsordnung, welche vor dem 1. Januar 1900 galt, konnte die Mutter Vormünderin ihres minderjährigen Kindes sein, und nach Beendigung dieser Vormundschaft hatte sie ihrem Kinde Schlußrechnung über die Vermögensverwaltung zu legen.

Diese Vormundschaft endet nun auch mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches, und statt ihrer erhält die Mutter die elterliche Gewalt über ihr Kind. Doch ist es bei dieser Beendigung der Vormundschaft nicht nötig, daß die Mutter Schlußrechnung legt.

Artikel 69.

§ 1. Soweit in privatrechtlichen Vorschriften, die neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft bleiben, auf die väterliche Gewalt oder den väterlichen Nießbrauch Bezug genommen ist, tritt an die Stelle der väterlichen Gewalt die elterliche Gewalt, an die Stelle des väterlichen Nießbrauchs die elterliche Nutznießung.

Ist in privatrechtlichen Angelegenheiten eines Minderjährigen die Zustimmung des Vaters oder Vormundes oder die Vertretung durch den Vater oder den Vormund vorgeschrieben, so steht die Zustimmung oder die Vertretung der Mutter zu, wenn sie kraft elterlicher Gewalt die Vertretung des Minderjährigen hat.

---

§ 2. Der Mutter steht die Nutznießung an dem Fideikommißvermögen des Kindes kraft der elterlichen Gewalt nur insoweit zu, als ihr nach dem bisherigen Rechte der Nießbrauch zustehen würde. Die im § 1693 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehene Uebertragung der Vermögensverwaltung auf einen der Mutter bestellten Beistand kann auch ohne Antrag der Mutter erfolgen; sie hat zu erfolgen, wenn sie vom Vater nach Maßgabe des § 1777 des Bürgerlichen Gesetzbuchs angeordnet worden ist.

---

§ 3. Hat die Mutter eines Minderjährigen dessen Vermögen bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Vormünderin von dieser Zeit an kraft elterlicher Gewalt zu verwalten, so findet die Legung einer Schlußrechnung nach § 67 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 nicht statt. Die Mutter hat erst nach dem Aufhören ihrer Vermögensverwaltung auch für die Zeit der vormundschaftlichen Verwaltung dem Kinde Rechenschaft abzulegen.

---

§ 4. Soweit in öffentlichrechtlichen Vorschriften der bestehenden Landesgesetze auf die väterliche Gewalt Bezug genommen ist, tritt an die Stelle der väterlichen Gewalt die elterliche Gewalt des Vaters.

Steht die elterliche Gewalt nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche der Mutter zu oder wird sie von ihr ausgeübt, so liegt der Mutter auch die Vertretung des Minderjährigen in öffentlichrechtlichen Angelegenheiten insoweit ob, als sie nach dem bisherigen Rechte dem Vater, Vormund oder Pfleger oblag. Ist in einer Angelegenheit die Mitwirkung weiblicher Personen ausgeschlossen, so kann sich die Mutter nach den für die Vertretung solcher Personen geltenden Vorschriften vertreten lassen.

Anerkennung der Vaterschaft.

Bei der Bedeutung, welche die Anerkennung der Vaterschaft an einem unehelichen Kinde hat, rechtfertigt es sich, daß darüber eine öffentliche Urkunde aufgenommen wird.

Eine solche Urkunde kann in erster Linie das Gericht oder ein Notar aufnehmen, nach dem Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit kann es aber auch der Standesbeamte, wenn vor ihm bei Gelegenheit der Anzeige der Geburt des Kindes oder der Eheschließung der Eltern des Kindes die Vaterschaft anerkannt wird.

Der Artikel 71 erweitert die Befugnisse des Standesbeamten und gestattet ihm, eine öffentliche Urkunde über die Anerkennung in jedem Fall aufzunehmen, in welchem diese Anerkennung der Vaterschaft vor ihm erfolgt, ohne Rücksicht darauf, ob sie bei der Anzeige der Geburt des Kindes oder bei der Eheschließung seiner Eltern erfolgt oder nicht.

Der Artikel 71 erleichtert die Legitimation unehelicher Kinder im Gebiete des Rheinischen Rechts (vgl. Vorbemerkung zu Artikel 56) für die Zeit bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches mit Rücksicht darauf, daß auch das Bürgerliche Gesetzbuch dem Rheinischen Recht gegenüber für die Legitimation Erleichterungen schafft.

Artikel 70.

Für die Aufnahme der im § 1718 und im § 1720 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehenen öffentlichen Urkunden über die Anerkennung der Vaterschaft ist der Standesbeamte, welcher die Geburt des Kindes oder die Eheschließung seiner Eltern beurkundet hat, auch dann zuständig, wenn die Anerkennung der Vaterschaft nicht bei der Anzeige der Geburt oder bei der Eheschließung erfolgt.

Beantragt bei einer vor dem Gericht oder einem Notar erfolgenden Anerkennung der Erklärende die Beischreibung eines Vermerks im Geburtsregister, so hat das Gericht oder der Notar die Erklärung und den Antrag dem zuständigen Standesbeamten mitzuteilen.

Artikel 71.

§ 1. Sind für die persönlichen Verhältnisse eines unehelichen Kindes die Vorschriften des Rheinischen Rechtes maßgebend, so erlangt das Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes, wenn der Vater die Mutter geheiratet und das Kind vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs in einer öffentlichen Urkunde anerkannt hat. Dies gilt für ein Kind, das zur Zeit der Anerkennung volljährig ist, nur dann, wenn das Kind vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs in einer öffentlichen Urkunde seine Zustimmung zu der Anerkennung erklärt.

§ 2. Eine nach § 1 erfolgte Anerkennung gilt als von der Zeit der Eheschließung an wirksam. Erworbene Rechte Dritter bleiben unberührt.

Beamte und Geistliche als Vormünder.

Artikel 72 hält die schon vor dem 1. Januar 1900 in Preußen bestehende Vorschrift aufrecht, daß Staatsbeamte und besoldete Kommunal- und Kirchenbeamte zur Uebernahme und Fortführung einer Vormundschaft, Gegenvormundschaft und Pflegschaft der Genehmigung ihrer zunächst vorgesetzten Behörde bedürfen.

Um Zeitverlust zu vermeiden, thut man gut, um die Genehmigung sofort einzukommen, sobald man die Vorladung zur Verpflichtung als Vormund, Gegenvormund, Pfleger oder Beistand erhalten hat, und falls die Uebernahme genehmigt ist, die schriftliche Genehmigungserklärung gleich zum Termin mitzunehmen.

Artikel 72.

Wer ein Staatsamt oder ein besoldetes Amt in der Kommunal- oder Kirchenverwaltung bekleidet, bedarf zur Uebernahme

einer Vormundschaft oder zur Fortführung einer vor dem Eintritt in das Amt übernommenen Vormundschaft der Erlaubnis der zunächst vorgesetzten Behörde. Das Gleiche gilt für die Uebernahme oder die Fortführung des Amtes eines Gegenvormundes, Pflegers oder Beistandes.

Die Erlaubnis kann zurückgenommen werden.

Notare bedürfen der Erlaubnis nicht.

Anlegung von Mündelgeld.

Der Vormund hat für die Erziehung seines Mündels und für die Verwaltung des Vermögens desselben zu sorgen. Bei der Vermögensverwaltung im besonderen kommt es nicht so sehr darauf an, neues Vermögen hinzu zu erwerben, als darauf, das vorhandene zusammenzuhalten und Verluste an demselben möglichst zu vermeiden. Andererseits soll der Mündel aber von den Erträgnissen seines Vermögens leben, deshalb darf der Vormund es nicht ungenutzt liegen lassen, sondern muß es zinsbar anlegen.

Unter Berücksichtigung dieser beiden Gesichtspunkte, möglichster Sicherheit und Nutzung des Mündelvermögens, giebt das Bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 1806 bis 1811 eine Reihe von Vorschriften, welche dem Vormund bei Anlegung solches Mündelvermögens, das er zur Bestreitung von Ausgaben nicht bereithalten muß, maßgebend sein sollen; es giebt also Regeln über mündelsichere Kapitalanlage.

Das Bürgerliche Gesetzbuch nennt in erster Linie gewisse Wertpapiere zur Anlage von Mündelgeld geeignet, wie sichere Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, Reichs- und Staatspapiere, gewisse Kommunale Schuldverschreibungen und andere.

Ausgeschlossen sind also zum Beispiel Industriepapiere, welche zwar zum Teil einen viel größeren Nutzen gewähren, als die erstgenannten Papiere, die dafür aber auch mit einem größeren Risiko verbunden sind.

Das Bürgerliche Gesetzbuch läßt bei der Bestimmung mündelsicherer Kapitalanlage mehrere Lücken offen, welche die Landesgesetzgebung ausfüllen mußte.

Es spricht einmal von sicheren Hypotheken, Grund- und Rentenschulden, ohne zu sagen, welche sicher sind. Hier greift der Artikel 73 des Ausführungsgesetzes ein, indem er die Beleihungsgrenze festsetzt, innerhalb deren Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden als mündelsicher anzusehen sind. Den Maßstab bildet einmal das Vielfache des Grundsteuerreinertrages, andererseits Bruchteile des Taxwertes.

Das Bürgerliche Gesetzbuch nennt in § 1807 eine Reihe von Wertpapieren, welche mündelsicher sind. Daneben ist es aber der Landes-

gesetzgebung freigestellt, noch andere Wertpapiere zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet zu erklären. Von dieser Erlaubnis macht der Artikel 74 Gebrauch.

Nach § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuches kann Mündelgeld bei einer inländischen öffentlichen Sparkasse dann angelegt werden, wenn diese von der zuständigen Behörde des Bundesstaates, in welchem sie ihren Sitz hat, zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt ist. Die Frage, welche Behörde zur Abgabe dieser Erklärung zuständig sei, beantwortet § 1 des Artikel 75.

Nach § 1809 des Bürgerlichen Gesetzbuches soll der Vormund, wenn er Mündelgeld bei einer Sparkasse anlegt, sich ausbedingen, daß er das Geld nur abheben könne, falls er dazu die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Gerichtes beibringt. Hierüber wird ein Vermerk im Sparkassenbuch aufgenommen werden müssen.

Vor dem 1. Januar 1900 kannte man einen anderen Weg, um das Sparkassenbuch des Mündels vor unbefugter Abhebung zu sichern: man setzte das Sparkassenbuch außer Kurs. Eine solche Außerkurssetzung läßt das Bürgerliche Gesetzbuch nicht mehr zu, und auch eine vor dem 1. Januar 1900 geschehene Außerkurssetzung hat nach dem 1. Januar 1900 nicht mehr die Wirkung, daß das Guthaben nicht abgehoben werden kann. Zur Sicherheit des Mündels bestimmt aber der § 2 des Artikels 75, daß, wenn auf einem Sparkassenbuch noch der Außerkurssetzungsvermerk steht, die Sparkasse das Guthaben nicht auszahlen darf, wenn die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichtes zur Abhebung nicht beigebracht wird.

Der § 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt, daß der Vormund das Geld, welches er nicht anders mündelsicher anlegen kann, zu hinterlegen hat. Als Hinterlegungsstellen werden angegeben: die Reichsbank, eine Staatsbank, eine andere durch Landesgesetz dazu für geeignet erklärte inländische Bank und eine Hinterlegungsstelle. Artikel 76 nennt die inländischen Banken, welche sich zu Hinterlegungsstellen eignen.

Artikel 73.

§ 1. Eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld an einem in Preußen belegenen Grundstück ist für die Anlegung von Mündelgeld als sicher anzusehen, wenn sie innerhalb des Fünfzehnfachen oder, sofern ihr kein anderes der Eintragung bedürfendes Recht im Range vorgeht oder gleichsteht, innerhalb des Zwanzigfachen des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrags oder bei einem ländlichen Grundstück innerhalb der ersten zwei Drittel, bei einem städtischen Grundstück innerhalb der ersten Hälfte des Wertes zu stehen kommt.

Der Wert ist bei ländlichen Grundstücken durch Taxe einer Preußischen öffentlichen Kreditanstalt, die durch Vereinigung von Grundbesitzern gebildet ist und durch staatliche Verleihung Rechtsfähigkeit erlangt hat, oder durch Taxe einer Preußischen provinzial-(kommunal-)ständischen öffent-

lichen Grundkreditanstalt oder durch gerichtliche Taxe, bei städtischen Grundstücken in gleicher Weise oder durch Taxe einer öffentlichen Feuerversicherungsanstalt festzustellen.

---

§ 2. Statt des Zwanzigfachen des Grundsteuerreinertrags ist bei Grundstücken, die von einer Kreditanstalt der im § 1 Abs. 2 bezeichneten Art satzungsgemäß ohne besondere Ermittelungen bis zu einem größeren Vielfachen beliehen werden können, das größere Vielfache, sofern es jedoch den dreißigfachen Betrag übersteigt, dieser Betrag maßgebend.

Für einzelne Bezirke kann durch Königliche Verordnung statt des Zwanzigfachen des Grundsteuerreinertrags ein das Vierzigfache nicht übersteigendes größeres Vielfaches bestimmt werden.

Artikel 74.

Zur Anlegung von Mündelgeld sind außer den im § 1807 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Forderungen und Wertpapieren geeignet:

1. die Rentenbriefe der zur Vermittelung der Ablösung von Renten in Preußen bestehenden Rentenbanken;
2. die Schuldverschreibungen, welche von einer Deutschen kommunalen Körperschaft oder von der Kreditanstalt einer solchen Körperschaft oder mit Genehmigung der staatlichen Aufsichtsbehörde von einer Kirchengemeinde oder einem kirchlichen Verband ausgestellt und entweder von Seiten der Inhaber kündbar sind oder einer regelmäßigen Tilgung unterliegen;
3. die mit staatlicher Genehmigung ausgegebenen Pfandbriefe und gleichartigen Schuldverschreibungen einer Kreditanstalt der im Artikel 73 § 1 Abs. 2 bezeichneten Art;
4. die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, welche von einer Preußischen Hypotheken-Aktien-Bank auf Grund von Darlehen an Preußische Körperschaften des öffentlichen Rechtes oder von Darlehen, für welche eine solche Körperschaft die Gewährleistung übernommen hat, ausgegeben sind.

Artikel 75.

§ 1. Eine in Preußen bestehende öffentliche Sparkasse kann durch den Regierungspräsidenten im Einvernehmen mit dem Landgerichtspräsidenten zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt werden. Die Erklärung kann zurückgenommen werden.

Die Erklärung und die Rücknahme sind durch das Amtsblatt bekannt zu machen.

---

§ 2. Ist vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein Sparkassenbuch außer Kurs gesetzt, so ist zur Erhebung des Geldes die Genehmigung des Gegenvormundes oder des Vormundschaftsgerichts erforderlich.

Artikel 76.

Im Falle des § 1808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann die Anlegung von Mündelgeld bei der Preußischen Central-Genossenschafts-Kasse oder einer sonstigen Preußischen öffentlichen Bankanstalt (Landesbank, landschaftlichen, ritterschaftlichen Darlehnskasse u. s. w.) und, wenn die von einer Preußischen Privatbank ausgestellten Wertpapiere durch den Bundesrat zur Anlegung von Mündelgeld für geeignet erklärt sind oder eine Preußische Privatbank nach Maßgabe des Artikel 85 für die Hinterlegung von Wertpapieren als Hinterlegungsstelle bestimmt ist, bei einer solchen Privatbank erfolgen.

Die Anlegung bei den ordentlichen Hinterlegungsstellen (Hinterlegungsordnung vom 14. März 1897, Gesetz-Samml. S. 249) findet nicht statt.

Gemeindewaisenrat.

Der Gemeindewaisenrat dient zur Unterstützung des Vormundschaftsgerichtes, sein Wirkungskreis bestimmt sich nach den §§ 1675, 1779, 1849 bis 1851 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Gemeindewaisen-

räte gab es schon vor dem 1. Januar 1900, und die früheren Waisenräte bleiben auch nach dem 1. Januar 1900 in ihrem Amt.

Neu eingeführt worden sind aber die Waisenpflegerinnen, welche zur Unterstützung des Waisenrates dienen sollen. Es wird hiermit den Frauen ein weiteres Feld zur Wirksamkeit für öffentliches Wohl erschlossen.

Artikel 77.

§ 1. Für jede Gemeinde oder für örtlich abzugrenzende Gemeindeteile sind ein oder mehrere Gemeindeglieder als Gemeindewaisenrat zu bestellen. Für benachbarte Gemeindebezirke können dieselben Personen bestellt werden.

Das Amt eines Waisenrats ist ein unentgeltliches Gemeindeamt.

Durch Beschluß der Gemeindebehörde können die dem Gemeindewaisenrat obliegenden Verrichtungen besonderen Abteilungen oder schon bestehenden Organen der Gemeindeverwaltung übertragen werden.

Auf selbständige Gutsbezirke finden diese Vorschriften mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Waisenrat von dem Gutsvorsteher ernannt wird.

Die bisherigen Waisenräte bleiben im Amte.

---

§ 2. Zur Unterstützung des Gemeindewaisenrats können Frauen, die hierzu bereit sind, als Waisenpflegerinnen widerruflich bestellt werden. Die Zuständigkeit für die Bestellung bestimmt sich nach den für die Bestellung der Waisenräte maßgebenden Vorschriften.

Die Waisenpflegerinnen haben unter der Leitung des Gemeindewaisenrats bei der Beaufsichtigung der im Kindesalter stehenden Mündel und bei der Ueberwachung weiblicher Mündel mitzuwirken.

Bevormundung durch einen Anstaltsvorstand oder durch Beamte der Armenverwaltung.

Befindet sich ein Minderjähriger in einer öffentlichen Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt, etwa in einem Waisenhaus, so bedarf es der Bestellung eines besonderen Vormundes für ihn nicht, der Vorstand der Anstalt führt die Vormundschaft über ihn, und zwar auch dann, wenn der Mündel aus der Anstalt entlassen ist. Der Vorstand einer Privatanstalt oder eines Kranken- oder Irrenhauses hat diese Stellung nicht.

Das Vormundschaftsgericht kann jederzeit statt des Vorstandes der Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt einen anderen Vormund bestellen.

Führt der Vorstand aber die Vormundschaft, so ist er ein sogenannter befreiter Vormund, d. h. ein Teil von den Schranken, welche das Gesetz dem Vormund für die Verwaltung des Mündelvermögens gesetzt hat, gilt für ihn nicht.

Als sogenannte Generalvormünder können Gemeindebeamte bestellt werden für Minderjährige, im besonderen für Waisenkinder oder verwahrloste Kinder, welche von der Armenverwaltung als Pfleglinge in Familien oder Anstalten untergebracht sind.

Artikel 78.

§ 1. Der Vorstand einer unter der Verwaltung des Staates oder einer Gemeindebehörde stehenden Erziehungs- oder Verpflegungsanstalt hat für die in der Anstalt untergebrachten Minderjährigen die Rechte und Pflichten eines Vormundes.

Die Rechte und Pflichten des Anstaltsvorstandes bestehen nur, solange das Vormundschaftsgericht nicht einen anderen Vormund bestellt hat. Der Vorstand behält die Rechte und Pflichten des Vormundes auch nach der Beendigung der Erziehung oder Verpflegung bis zur Volljährigkeit des Mündels.

---

§ 2. Die Aufnahme des Minderjährigen in die Anstalt ist von dem Vorstande dem Vormundschaftsgericht und dem Gemeindewaisenrate des Bezirks, in dem die Anstalt liegt, anzuzeigen.

Mit Aufnahme in die Anstalt endigt das Amt des bisherigen Vormundes.

---

§ 3. Neben dem Vorstand ist ein Gegenvormund nicht zu bestellen.

Dem Vorstand stehen die nach § 1852 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulässigen Befreiungen zu.

---

§ 4. Auf Grund ortsstatutarischer Bestimmung können Beamten der Gemeindearmenverwaltung alle oder einzelne Rechte und Pflichten eines Vormundes für diejenigen Minderjährigen übertragen werden, welche im Wege der öffentlichen Armenpflege unterstützt und unter Aufsicht der Beamten entweder in einer von diesen ausgewählten Familie oder Anstalt oder, sofern es sich um uneheliche Minderjährige handelt, in der mütterlichen Familie erzogen oder verpflegt werden.

Wird von dieser Befugnis Gebrauch gemacht, so finden die Vorschriften des § 1 Abs. 2, des § 2 Abs. 1 und, wenn dem Beamten alle Rechte und Pflichten eines Vormundes übertragen werden, auch die Vorschriften des § 2 Abs. 2 und des § 3 entsprechende Anwendung.

Fürsorge des Nachlaßgerichts.

Der § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuches legt dem Nachlaßgericht die Pflicht auf, den Nachlaß zu sichern, wenn die Erbschaft noch nicht angenommen ist und die Sicherung sich als notwendig erweist, oder wenn der Erbe unbekannt oder wenn es ungewiß ist, ob der Erbe die Erbschaft angenommen hat.

Nicht mehr in Geltung sind besonders die Vorschriften, welche den Ortsbehörden die Sicherung des Nachlasses für den Fall übertrugen, daß der Erbe zwar bekannt, aber minderjährig, abwesend oder nicht voll geschäftsfähig war.

Artikel 79.

Die Vorschriften, nach welchen das Nachlaßgericht auch unter anderen als den im § 1960 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Voraussetzungen die Anfertigung eines Nachlaßverzeichnisses sowie bis zu dessen Vollendung die erforderlichen Sicherungsmaßregeln, insbesondere die Anlegung von Siegeln, von Amtswegen anordnen kann oder soll, treten außer Kraft.

Nottestament.

Die §§ 2249 und 2250 des Bürgerlichen Gesetzbuches regeln das sogenannte Nottestament. Statt vor einem Richter oder Notar kann nämlich der Erblasser ein Testament errichten vor dem Gemeindevor-

steher oder nach dem Artikel 80 auch vor dem Gutsvorsteher eines selbständigen Gutsbezirkes in zwei Fällen: einmal, wenn zu besorgen ist, daß der Erblasser so bald sterben wird, daß die Errichtung vor einem Richter oder Notar nicht mehr möglich ist; ferner, wenn der Erblasser sich an einem Ort befindet, der aus besonderen Gründen, z. B. wegen ansteckender Krankheit, von dem Verkehr mit der Außenwelt abgesperrt ist.

Artikel 80.

Für die Errichtung eines Testaments in der durch den § 2249 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmten Form stehen die selbständigen Gutsbezirke den Gemeinden gleich.

An Stelle des Vorstehers oder neben dem Vorsteher einer Gemeinde kann von dem Justizminister eine andere Person bestellt werden, vor welcher die Errichtung des Testaments zu erfolgen hat. In diesem Falle werden die Gebühren für die Errichtung des Testaments durch den Justizminister bestimmt.

Ist ein Dolmetscher zuzuziehen, so kann die Beeidigung des Dolmetschers durch die Person, vor welcher die Errichtung des Testaments stattfindet, erfolgen.

Amtliche Verwahrung von Testamenten und Erbverträgen.

Testamente und Erbverträge werden in der Regel ihrer Wichtigkeit wegen, um Zweifeln an ihrer Echtheit zuvorzukommen und um arglistige Beiseiteschaffung zu verhindern, in amtliche Verwahrung genommen.

Artikel 81 bestimmt, daß diese Verwahrung bei den Amtsgerichten stattzufinden habe, und zwar nicht nur, wenn das Testament oder der Erbvertrag von einem Gericht, sondern auch, wenn sie von einem Notar aufgenommen sind.

Artikel 81.

§ 1. Die besondere amtliche Verwahrung der Testamente und der Erbverträge erfolgt bei den Amtsgerichten.

---

§ 2. Zuständig ist bei Testamenten:

1. wenn das Testament vor einem Amtsgericht errichtet ist, dieses Gericht;
2. wenn das Testament vor einem Notar errichtet ist, das Gericht, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hat;
3. wenn das Testament vor dem Vorsteher einer Gemeinde oder eines Gutsbezirks errichtet ist, das Gericht, zu dessen Bezirke die Gemeinde oder der Gutsbezirk gehört;
4. wenn das Testament nach § 2231 Nr. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs errichtet ist, jedes Gericht.

Der Erblasser kann jederzeit die Verwahrung bei einem anderen Gerichte verlangen.

Das Gericht, welches das Testament in Verwahrung nimmt, hat, wenn der Erblasser seinen Wohnsitz in dem Bezirk eines anderen Gerichts hat, diesem von der Verwahrung Nachricht zu geben.

Die Vorschriften des Abs. 1 Nr. 1, 2 und der Abs. 2, 3 finden auch auf die Verwahrung eines Erbvertrags Anwendung.

---

§ 3. Die Annahme zur Verwahrung sowie die Herausgabe ist von dem Amtsgericht anzuordnen und von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber gemeinschaftlich zu bewirken.

Bei der Buchführung sind die Vermerke über die Annahme und die Herausgabe

von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Die Verwahrung erfolgt unter gemeinschaftlichem Verschlusse des Amtsrichters und des Gerichtsschreibers. Der Hinterlegungsschein ist von ihnen zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

Eröffnung von Testamenten und Erbverträgen.

Testamente, welche so lange sich in der amtlichen Verwahrung befinden, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, der Erblasser sei tot, sollen auch ohne Antrag von Amtswegen eröffnet werden. Da man erst nach vollendetem sechszehnten Lebensjahre ein Testament errichten kann, und da mit dem Psalmisten angenommen wird, daß das Leben regelmäßig nur siebzig Jahre währt, ist man zu der Zahl 54 gelangt. So viel Jahre muß das Testament uneröffnet in amtlicher Verwahrung gelegen haben.

Artikel 82.

Befindet sich ein Testament oder ein Erbvertrag seit mehr als vierundfünfzig Jahren in amtlicher Verwahrung, so ist mit der Eröffnung vorzugehen, sofern nicht bekannt ist, daß der Erblasser noch lebt. Die Vorschriften der §§ 2260 bis 2262 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.

Feststellung des Ertragswerts eines Landguts.

Der Ertragswert eines Landguts wird erwähnt in den §§ 1515, 2049 und 2312 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die Grundsätze für seine Bestimmung hat die Landesgesetzgebung aufzustellen.

Artikel 83.

Soweit in Fällen der Erbfolge oder der Aufhebung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft der Ertragswert eines Landguts zu ermitteln ist, gilt als solcher der fünfundzwanzigfache Betrag des jährlichen Reinertrags. Durch Königliche Verordnung kann eine andere Verhältniszahl bestimmt werden.

Die Grundsätze, nach welchen der Reinertrag festzustellen ist, können durch allgemeine Anordnung des Justizministers und des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten bestimmt werden.

Hinterlegung.

Durch den Artikel 84 wird die Preußische Hinterlegungsordnung dem neuen Recht angepaßt. Der Artikel ist im Zusammenhang mit der Hinterlegungsordnung zu behandeln.

Artikel 84.

Die Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 249) wird dahin geändert:

I. Der § 4 erhält folgende Fassung:

Die nach den §§ 1, 2 bestimmten Hinterlegungsstellen sind dem Finanzminister untergeordnet.

II. An die Stelle der §§ 18, 19 treten folgende Vorschriften:

§ 18. Bei der Hinterlegung, welche

der Schuldner eines Geldbetrags zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit bewirkt, ist in der nach § 14 erforderlichen Erklärung der Gläubiger, für welchen die Hinterlegung erfolgt, zu bezeichnen oder anzugeben, infolge welcher Umstände der Schuldner seine Verbindlichkeit nicht oder nicht mit Sicherheit erfüllen kann.

Macht der Schuldner das Recht des Gläubigers zum Empfange des hinterlegten Geldes von der Bewirkung einer Gegenleistung abhängig, so ist dies unter Bezeichnung der Gegenleistung in der Erklärung anzugeben.

Die Hinterlegungsstelle hat den Schuldner unter Bezugnahme auf die Vorschrift des § 382 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu dem Nachweis aufzufordern, daß und wann der Gläubiger die im § 374 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgeschriebene Anzeige von der Hinterlegung empfangen hat. Wird der Nachweis nicht vor dem Ablaufe von drei Monaten nach der Aufforderung geführt, so ist die Hinterlegungsstelle ermächtigt, im Namen und auf Kosten des Schuldners dem Gläubiger die Anzeige zu machen; die Aufforderung muß einen Hinweis auf diese Rechtsfolge enthalten.

§ 19. In den Fällen des § 1171 und des § 1269 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist der nach § 14 erforderlichen Erklärung der Nachweis beizufügen, daß das Aufgebotsverfahren eingeleitet ist.

III. Der § 30 erhält folgenden Abs. 2:

Geht in den Fällen des Abs. 1 Nr. 1, 2 die Anordnung oder die Anweisung von einem Gericht oder einer Auseinandersetzungsbehörde aus, so ist die Zuständigkeit von der Hinterlegungsstelle nicht zu prüfen.

IV. Der § 31 Abs. 1 erhält als Satz 2 folgenden Zusatz:

Die Vorschrift des § 30 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

V. Im § 33 Abs. 2 wird die Nr. 2a dahin geändert:

a) wenn die hinterlegte Masse nicht mehr als dreihundert Mark beträgt oder der Gegenvormund die Empfangnahme genehmigt.

VI. Der § 37 wird gestrichen.

VII. Der § 39 erhält folgende Fassung:

Auf das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 12 bis 18, 20 bis 33, 35 entsprechende Anwendung, soweit nicht Abweichungen aus den Bestimmungen dieses Titels sich ergeben.

VIII. Der § 46 Satz 1 wird dahin geändert:

Die Vorschriften des § 33 Abs. 1, 2 finden auf die Herausgabe von Kostbarkeiten an einen Vormund (Pfleger) keine Anwendung.

IX. An die Stelle der §§ 47, 48 treten folgende Vorschriften:

§ 47 Für die Hinterlegung von Wertpapieren oder Kostbarkeiten des Mündels durch den Vormund (Pfleger) gelten die besonderen Vorschriften der §§ 47a bis 51.

§ 47a. Zur Hinterlegung von Inhaberpapieren, mit Ausnahme von Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheinen, sowie von Orderpapieren, die mit Blankoindossament versehen sind, bedarf es keiner Mitwirkung des Vormundschaftsgerichts, sofern sich nicht aus der vorgelegten Bestallung ergiebt, daß der Vormund zur Hinterlegung nicht verpflichtet ist. Es genügt die Beobachtung der §§ 14, 15 und 40.

Mit einem Inhaberpapiere kann der Erneuerungsschein hinterlegt werden.

§ 48. Die Hinterlegung von Wertpapieren, die nicht nach § 47a hinterlegt werden können, sowie von Kostbarkeiten geschieht auf Grund einer dem Vormunde (Pfleger) von dem Vormundschaftsgerichte zu erteilenden Anweisung.

X. An die Stelle des § 52 tritt folgende Vorschrift:

Auf die Hinterlegung von Wertpapieren oder Kostbarkeiten eines unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes durch den Vater oder die Mutter finden die Vorschriften der §§ 48 bis 51 entsprechende Anwendung.

XI. Hinter § 58 werden folgende Vorschriften eingestellt:

§ 58a. In den Fällen des § 382, des § 1171 Abs. 3 und des § 1269 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann der Erlaß des Aufgebots nicht vor dem Ablaufe von einunddreißig Jahren beantragt werden.

Die einunddreißigjährige Frist beginnt:

1. im Falle des § 382 mit dem Ende des Monats, in welchem der Gläubiger die Anzeige des Schuldners von der Hinterlegung empfangen hat;
2. in den Fällen des § 1171 Abs. 3 und des § 1269 Satz 3 mit der Erlassung des Urteils, durch welches der Gläubiger mit seinem Rechte ausgeschlossen ist; das Gericht hat das Ausschlußurteil der Hinterlegungsstelle mitzuteilen.

§ 58b. Ist die Hinterlegung auf Grund des § 117 Abs. 2 oder der §§ 120, 121, 124, 126 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) erfolgt, so ist der Aufgebotsantrag nicht vor dem Ablaufe von einunddreißig Jahren zulässig.

Die einunddreißigjährige Frist beginnt:

1. in den Fällen der §§ 120, 121 mit dem Eintritte der Bedingung, unter welcher die Hinterlegung erfolgt ist; die Hinterlegungsstelle hat den Eintritt der Bedingung soweit thunlich zu ermitteln; ist der Eintritt der Bedingung nicht ermittelt, so beginnt die Frist mit der Einstellung oder der letzten Einstellung der Verzinsung;
2. in den übrigen Fällen mit dem Ende des Monats, in welchem die Hinterlegung erfolgt ist.

XII. Der § 61 erhält folgenden Zusatz:

4. im Falle des § 58a Abs. 2 Nr. 1 ein Zeugnis der Behörde über den Tag, an welchem der Gläubiger die Anzeige von der Hinterlegung empfangen hat,

in den Fällen des § 58a Abs. 2 Nr. 2 das der Hinterlegungsstelle mitgeteilte Ausschlußurteil,

in den Fällen des § 58b Abs. 2 Nr. 1 ein Zeugnis der Behörde über den Tag, an welchem die Bedingung eingetreten ist, oder darüber, daß der Eintritt der Bedingung nicht hat ermittelt werden können.

XIII. Der § 64 wird dahin geändert:

Der Erlaß des Aufgebots kann, unbeschadet der Vorschriften der §§ 58a, 58b, nach dem Ablaufe von dreißig Jahren seit dem Ende des Monats beantragt werden, in welchem die Hinterlegung erfolgt ist.

XIV. Der § 67 erhält folgende Fassung:

Die Vorschriften der §§ 64 bis 66 finden keine Anwendung, wenn die Hinterlegung erfolgt ist:

1. nach Inhalt der bei derselben vorgelegten Erklärung oder Anweisung auf Grund des § 1667 Abs. 2 Satz 4, des § 1814 oder des § 1818 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;
2. auf Ersuchen der Aufsichtsbehörde in einer Familienfideikommiß-, Lehns- oder Stiftungssache.

Der Erlaß des Aufgebots kann in diesen Fällen beantragt werden nach dem Ablaufe von zwanzig Jahren seit dem Ende des Monats, in welchem die elterliche Gewalt, die Vormundschaft oder die Pflegschaft oder die Eigenschaft des Gegenstandes als Vermögensstück des Familienfideikommisses, des Lehens oder der Stiftung aufgehört hat.

XV. Der § 72 erhält folgende Fassung:

Die vorläufige Verwahrung bei den Amtsgerichten gilt in dem Verhältnisse zwischen den Beteiligten als Hinterlegung.

XVI. Im § 74 wird die Nr. 2 dahin geändert:

2. wenn eine Hinterlegung in Gemäßheit des § 1667 Abs. 2 Satz 4, des § 1814 oder des § 1818 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt und der Vater, die Mutter oder der Vormund die vorläufige Verwahrung verlangt;

XVII. Im § 77 tritt an die Stelle des letzten Satzes folgender Abs. 2:

Wird die Verwahrung von dem Schuldner zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit nachgesucht, so finden die Vorschriften des § 18 Abs. 1, 2 entsprechende Anwendung.

XVIII. Im § 82 Abs. 2 werden die Worte „binnen sechs Wochen" ersetzt durch die Worte:

„binnen sechs Monaten".

XIX. Der § 86 wird aufgehoben.

XX. Der dritte Abschnitt erhält folgende Fassung:

Dritter Abschnitt.

Hinterlegung anderer als der im ersten Abschnitte bezeichneten Sachen.

§ 87. Für die Hinterlegung anderer als der im § 1 bezeichneten Wertpapiere sowie sonstiger Urkunden sind die Amtsgerichte als Hinterlegungsstellen zuständig.

§ 87a. Die Vorschriften der §§ 12, 14 bis 18, 20 bis 33, 35, 40, 43 bis 52, 63 bis 69 finden mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

1. Das Gesuch um Annahme oder um Herausgabe der Urkunden kann zum Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden.
2. Bei Urkunden, die nicht Wertpapiere sind, findet ein Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung der Beteiligten nicht statt. Das Recht auf Rückgabe erlischt mit dem Zeitpunkt, in welchem bei Wertpapieren der Aufgebotsantrag zulässig werden würde; die Urkunden sind zu vernichten.

§ 88. Das Amtsgericht kann die Gerichtsschreiberei mit der Verwahrung der Urkunden beauftragen.

§ 89. Andere Sachen als Geld, Wertpapiere, sonstige Urkunden und Kostbarkeiten sind zur Hinterlegung nicht geeignet.

XXI. Die §§ 90, 91 werden aufgehoben.

Artikel 85.

Für die Hinterlegung von Wertpapieren in den Fällen der §§ 1082, 1392, 1667, 1814, 1818, 2116 des Bürgerlichen Gesetzbuchs können durch Anordnung der zuständigen Minister auch die Seehandlung, die Preußische Central-Genossenschafts-Kasse oder eine sonstige Preußische öffentliche Bankanstalt (Landesbank, landschaftliche ritterschaftliche Darlehnskasse u. s. w.) sowie die von Kreditanstalten der im Artikel 17 § 2 Abs. 2 bezeichneten Art eingerichteten Verwahrungs- oder Verwaltungsstellen und im Falle des Bedürfnisses geeignete Preußische Privatbanken als Hinterlegungsstellen bestimmt werden.

Gerichtskosten.

Artikel 86 paßt das Preußische Gerichtskostengesetz dem neuen Recht an. Dieser Artikel ist im Zusammenhang mit dem Gerichtskostengesetz zu behandeln.

Artikel 86.

§ 1. Das Preußische Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1895 (Gesetz-Samml. S. 203) wird dahin geändert:

I. Die §§ 9 Abs. 1 Satz 2, 28, 31 Abs. 3, 40, 46 Abs. 8, 74 Nr. 3 Abs. 2 und Nr. 5, 86, 87, 126, 131 Abs. 2 werden gestrichen. Ferner fallen fort die Worte „von Sachverständigen oder" im § 7 Abs. 1 Satz 2, „oder Handlungsvollmacht" im § 74 Nr. 4 und „insbesondere einem überlebenden Ehegatten" im § 84 Abs. 2.

II. In der Ueberschrift des ersten Teiles, im § 15 und im § 124 Abs. 1 werden die Worte „nicht streitigen Gerichtsbarkeit" ersetzt durch die Worte „freiwilligen Gerichtsbarkeit".

In der Ueberschrift des zweiten Abschnitts des ersten Teiles und im § 33 werden die Worte „gerichtliche Beurkundungen und Bestätigungen" ersetzt durch die Worte „gerichtliche Urkunden".

Im § 17 Abs. 4 sowie in den §§ 34, 35 37, 41, 43, 44, 54, 57, 77 Nr. 1 werden die Worte „Aufnahme", „aufgenommen" ersetzt durch die Worte „Beurkundung", „beurkundet". In den §§ 35, 39, 42 ist statt des Wortes „gegenseitig" das Wort „zweiseitig" zu setzen.

Die Worte „Ablaufe des letzten Dezembers“ in den §§ 44 Abs. 6, 114 Abs. 2 werden ersetzt durch das Wort „Schlusse“.

In den §§ 81 Abs. 1, 82, 92 ist statt „Sicherstellung“ zu setzen „Sicherung“.

An die Stelle des Wortes „Mündel“ in den §§ 91, 92 treten die Worte „Mündel, Pflegebefohlener oder unter elterlicher Gewalt stehendes Kind“.

III. Im § 1 wird als Satz 2 folgende Vorschrift hinzugefügt:

Soweit ein Beteiligter zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt ist, trifft auch ihn die Zahlungspflicht.

IV. Der § 3 wird durch folgende Vorschriften ersetzt:

Die Kosten der Eröffnung einer Verfügung von Todeswegen, der Sicherung des Nachlasses, einer Nachlaßpflegschaft und der Inventarerrichtung können aus dem Nachlaß entnommen werden. Für die Zahlung der Kosten haften die Erben nach den Vorschriften über Nachlaßverbindlichkeiten.

Für die Kosten der Teilung von Vermögensmassen haften die Anteilsberechtigten als Gesamtschuldner.

Die einem Erben oder einem Anteilsberechtigten zustehende Gebührenfreiheit entbindet ihn nicht von der Entrichtung der in den Abs. 1, 2 bezeichneten Gebühren.

V. Am Schlusse des § 7 Abs. 1 wird folgender Satz hinzugefügt:

Die Vorschriften des § 43 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 über die Enteignung von Grundeigentum (Gesetz-Samml. S. 221) finden auf alle Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind (Enteignungen), entsprechende Anwendung.

VI. Im § 8 Abs. 1 treten an die Stelle Nr. 6 folgende Nr. 6, 7:

6. Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier Prozent ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt;

7. andere als die in Nr. 6 bezeichneten Privat-Unternehmungen, welche nicht auf einen besonderen Geldgewinn der Unternehmer gerichtet sind, sondern einen gemeinnützigen, nicht auf einzelne Familien oder Korporationen beschränkten Zweck haben, sofern denselben durch besondere gesetzliche Bestimmung Gebührenfreiheit bewilligt ist. Die bisher solchen Unternehmungen, z. B. Pensions- und Versicherungs-Anstalten, Bürger-Rettungsinstituten u. s. w., bereits bewilligten Befreiungen bleiben in Kraft. Wenn in einzelnen Fällen die Befreiung zweifelhaft ist, so ist darüber gemeinschaftlich von den Ministern der Finanzen und der Justiz zu entscheiden.

Zwischen dem Abs. 1 und dem bisherigen Abs. 2, welcher Abs. 5 wird, werden folgende Vorschriften eingestellt:

Dem Fiskus anderer Staaten sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines anderen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, und den Chefs der bei dem Deutschen Reiche oder bei Preußen beglaubigten Missionen kann die Gebührenfreiheit gewährt werden, wenn der betreffende Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

In den Fällen der Nr. 2 bis 7 erstreckt sich die Gebührenfreiheit nur auf preußische Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w. Diese Befreiung kann jedoch auch anderen

Anstalten, Stiftungen, Vereinen u. s. w. gewährt werden, wenn der auswärtige Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

Ueber die Gewährung der Gebührenfreiheit nach den Abs. 2, 3 entscheiden die Minister der Finanzen und der Justiz gemeinschaftlich.

VII. Im Eingange des § 10 werden die Worte „tauben, stummen, blinden, oder geisteskranken" ersetzt durch die Worte:

„geisteskranken oder geistesschwachen".

Die Nr. 4 wird gestrichen.

Als Abs. 2 werden folgende Vorschriften hinzugefügt:

Die vorstehenden Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf minderjährige, geisteskranke, geistesschwache oder gebrechliche Personen, für die eine Pflegschaft oder Beistandschaft im Sinne des § 91 eingeleitet ist. Wird die Angabe des Vermögens von dem Inhaber der elterlichen Gewalt verweigert, so hat das Vormundschaftsgericht nach freiem Ermessen nach Anhörung des Gewalthabers sowohl den Betrag des Vermögens als auch die Höhe des Ueberschusses der Einkünfte (Nr. 2) festzusetzen. Diese Festsetzung ist maßgebend für die Erhebung der in der Vormundschaftssache selbst entstandenen Kosten; andere Kosten sind ohne Rücksicht auf die Vorschrift der Nr. 2 sofort zu erheben.

VIII. Der § 13 erhält folgende Fassung:

Der Anspruch auf Zahlung von Gerichtskosten verjährt in vier Jahren.

Auf die Verjährung finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches mit folgenden Maßgaben Anwendung:

Die Verjährung beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Kostenforderung fällig wird, bezüglich der Kosten, welche von den im § 10 bezeichneten Personen zu entrichten sind, mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die über sie geführte Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft beendigt wird.

Die Verjährung wird auch unterbrochen durch eine an den Zahlungspflichtigen erlassene Aufforderung zur Zahlung und durch die Bewilligung einer von ihm nachgesuchten Stundung. Wird die Verjährung unterbrochen, so beginnt eine neue Verjährung nicht vor dem Schlusse des Jahres, in welchem der für die Beendigung der Unterbrechung maßgebende Zeitpunkt eintritt, und im Falle der Bewilligung einer Stundung nicht vor dem Schlusse des Jahres, in welchem die bewilligte Frist abläuft.

IX. Im § 26 Satz 2 werden hinter dem Worte „vorliegt" folgende Worte eingeschaltet:

„oder die Beschwerdesumme den Betrag von fünfzig Mark nicht übersteigt".

X. Im § 31 wird der Abs. 1 Satz 2 durch folgende Vorschrift ersetzt:

Dasselbe gilt, wenn Verfügungen von Todeswegen zur amtlichen Verwahrung überreicht oder durch Uebergabe einer Schrift errichtet werden, hinsichtlich des für Testamente und andere Verfügungen von Todeswegen vorgeschriebenen Stempels von 1 Mark 50 Pf., sowie wenn Urkunden zur gerichtlichen Vollziehung, Anerkennung des Inhalts, Sicherstellung der Zeit der Ausstellung, Genehmigung oder Bestätigung überreicht werden.

XI. Im § 34 treten an die Stelle der Worte „einseitiger Rechtsgeschäfte" die Worte:

„einseitiger Erklärungen oder einseitiger Verträge".

XII. Als § 35a werden folgende Vorschriften eingestellt:

Wird zum Zwecke der Schließung eines zweiseitigen Vertrags zunächst der Antrag beurkundet, so werden hierfür fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr erhoben.

Auf die Beurkundung der Annahme eines Vertragsantrags findet die Vorschrift des § 37 Nr. 1 bei einseitigen und bei zweiseitigen Verträgen Anwendung.

XIII. Im § 41 Abs. 1 werden zwischen den Worten „Erklärung“ und „werden“ folgende Worte eingefügt:

„(§ 176 Abs. 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit)“.

XIV. Im § 43 treten an die Stelle der Nr. 1 folgende Nr. 1, 2:

1. für die Beurkundung oder Beglaubigung von Anträgen auf Eintragungen oder Löschungen im Grundbuch oder im Schiffsregister sowie von Eintragungs- oder Löschungsbewilligungen oder Zustimmungen nach § 27 der Grundbuchordnung oder nach § 105 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, sofern nicht gleichzeitig das zu Grunde liegende Rechtsgeschäft beurkundet oder beglaubigt wird;
2. für die Beurkundung einer Auflassung, sofern nicht gleichzeitig das zu Grunde liegende Rechtsgeschäft beurkundet wird oder nach § 57 Gebührenfreiheit eintritt.

Die Nr. 2, 3 werden in 3, 4 geändert. Die bisherige Nr. 4 fällt fort.

XV. Im § 44 erhalten die Abs. 1 bis 4 folgende Fassung:

Für die Errichtung eines Erbvertrags vor einem Richter wird die zweifache Gebühr erhoben, wenn der Erbvertrag mündlich erklärt oder der Entwurf vom Richter angefertigt wird. In allen anderen Fällen wird für die Errichtung einer Verfügung von Todeswegen vor einem Richter die volle Gebühr erhoben.

Für die amtliche Verwahrung einer Verfügung von Todeswegen werden bei der Annahme zwei Zehnteile der vollen Gebühr erhoben.

Für die Eröffnung einer Verfügung von Todeswegen werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Die Erteilung beglaubigter Abschriften ist gebührenfrei.

Für die Rückgabe einer Verfügung von Todeswegen werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Diese Gebühr fällt fort, wenn die Rückgabe gleichzeitig mit der Errichtung oder Ueberreichung einer neuen Verfügung von Todeswegen beantragt wird. Diese Vorschriften finden entsprechende Anwendung auf den Widerruf einer letztwilligen Verfügung oder die Aufhebung eines Erbvertrags.

Zwischen Abs. 4 und 5 wird folgender neue Absatz eingeschoben:

Wird ein Erbvertrag gleichzeitig mit einem Ehevertrage beurkundet, so finden die Vorschriften des § 39 Anwendung.

XVI. Im § 46 erhält der Abs. 2 folgende Fassung:

Die Gebühr für die Vorbereitung der Versteigerung wird auch für die gerichtliche Verfügung erhoben, durch welche nach Artikel 112 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit die Versteigerung einer Ortsbehörde aufgetragen wird.

Im Abs. 1 und 4 werden die Worte „oder anderen (sonstige) Gegenständen des unbeweglichen Vermögens“ ersetzt durch die Worte:

„oder anderen (andere) Gegenständen, welche der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen“.

Im Abs. 4 erhält der Satz 2 folgende Fassung:

Die Gebühr für die Beurkundung des Zuschlags wird jedoch für jeden Ersteher besonders nach dem zusammenzurechnenden Betrage seiner Gebote erhoben.

XVII. Im § 49 Nr. 2 werden die Worte: „im Erbbescheinigungsverfahren“ ersetzt durch die Worte:

„behufs Erlangung eines Erbscheins“.

Die Nr. 3, 4 erhalten folgende Fassung:

3. für die Mitwirkung bei Abmarkungen;
4. für die Aufnahme von Verklarungen, von Protesten und ähnlichen Urkunden;

XVIII. Im § 51 Satz 1 werden die Worte „sowie für die Erneuerung von Urkunden“ gestrichen; hinter dem Worte

„Gebühr" werden die Worte „bis zum Höchstbetrage von 10 Mark" eingeschoben.

Im Satz 2 werden hinter „aufgenommen hat" die Worte eingeschaltet:

„einschließlich der Erteilung auszugsweiser Ausfertigungen oder beglaubigter Abschriften".

XIX. An die Stelle der Nr. 1, 2 des § 52 treten folgende Worte:

„für die Sicherstellung der Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ausgestellt ist".

XX. Als § 54a werden folgende Vorschriften eingestellt:

Die Gebühren für die Beurkundung eines Rechtsgeschäfts werden um ein Viertel erhöht, wenn sich ein Beteiligter in fremder Sprache erklärt.

Die Gebührenerhöhung sowie die durch die Zuziehung eines Dolmetschers entstandenen Auslagen fallen dem Beteiligten zur Last, welcher die Zuziehung des Dolmetschers oder die Verhandlung in fremder Sprache veranlaßt hat.

XXI. Der § 55 erhält folgenden Zusatz:

Der auf dem Geschäfte ruhende Stempel wird für die Urschrift erhoben; die erste Ausfertigung ist stempelfrei, für weitere Ausfertigungen wird der Stempel nach der Tarifstelle „Duplikate" erhoben. Im übrigen finden auf die Besteuerung von Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften die Vorschriften des § 109 Abs. 3 Anwendung.

XXII. Im § 76 werden folgende Vorschriften als Abs. 3, 4 hinzugefügt:

Für Bescheinigungen, daß bezüglich des Gegenstandes einer Eintragung weitere Eintragungen nicht vorhanden sind oder daß eine bestimmte Eintragung nicht erfolgt ist, sowie für die wiederholte Erteilung einer Bescheinigung, einer Abschrift oder eines Auszugs wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Auf die Erteilung beglaubigter Abschriften der zum Handelsregister eingereichten Schriftstücke finden die Vorschriften des § 51 Anwendung.

XXIII. Im § 77 treten an die Stelle der Nr. 4 folgende Nr. 4 bis 6:

4. für die Eintragung der Konkurseröffnung, der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses, sowie der Einstellung und Aufhebung des Konkurses;
5. für eine nach den §§ 142 bis 144 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amtswegen erfolgende Löschung; wird der Widerspruch eines Beteiligten zurückgewiesen, so hat er für die Zurückweisung die für die Löschung bestimmte Gebühr zu entrichten;
6. für das Löschungsverfahren nach § 141 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, falls die Löschung infolge erhobenen Widerspruchs unterbleibt.

XXIV. Hinter § 77 werden folgende Vorschriften eingestellt:

§ 77a. Für die Eintragungen in das Vereinsregister werden erhoben:

a) für alle Eintragungen mit Ausnahme der unter b und c bezeichneten Eintragungen der Gebührensatz B des § 56;
b) für die erste Eintragung des Vereins das Zweifache des Satzes zu a;
c) für Eintragungen, welche sich auf Mitglieder des Vorstandes oder Liquidatoren beziehen, sowie für die Löschung des Vereins die Hälfte des Satzes zu a.

Die Vorschriften der §§ 75 Abs. 2, 76, 77 finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle des im § 76 erwähnten Satzes 1a des § 74 der im Abs. 1 bestimmte Satz a tritt.

§ 77b. Für die Eintragungen in das Güterrechtsregister wird der nach § 22 Abs. 1 zu berechnende Gebührensatz B des § 56 erhoben.

Die Vorschriften der §§ 76, 77 finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die

Stelle des im § 76 erwähnten Satzes 1a des § 74 der im Abs. 1 bestimmte Satz tritt.

XXV. Im § 78 Abs. 3 werden die Worte „Certifikats über die Eintragung in das Schiffsregister", „dem Certikate" ersetzt durch die Worte „des Schiffscertifikats oder des Schiffsbriefs", „dem Schiffscertifikate oder dem Schiffsbriefe".

XXVI. Im § 81 Abs. 1 werden die Worte „Für die Ausstellung einer Erbbescheinigung, einer Bescheinigung des Nachlaßgerichts, daß sich nach erfolgter öffentlicher Ladung niemand gemeldet habe, der ein besseres Erbrecht in Anspruch nimmt, oder darüber, ob und welche Vorbehaltserben vorhanden sind, sowie der in den §§ 8, 9 des Gesetzes vom 12. März 1869, betreffend die Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen (Gesetz-Samml. S. 473), erwähnten Bescheinigungen" ersetzt durch die Worte: „Für die Erteilung eines Erbscheins".

Zwischen Abs. 2 und 3 wird folgender neue Absatz eingeschoben:

Für die Einziehung oder Kraftloserklärung eines Erbscheins werden, sofern nicht ein neuer Erbschein erteilt ist, drei Zehnteile des im § 56 bestimmten Gebührensatzes B erhoben. Wird demnächst ein neuer Erbschein erteilt, so wird diese Gebühr auf die Gebühr für die Erteilung des Erbscheins angerechnet. Für die Veranstaltung von Ermittelungen über die Richtigkeit eines Erbscheins werden Gebühren nicht erhoben.

Der bisherige Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Bei der Berechnung der Gebühren wird der Wert des Nachlasses und, wenn der Erbschein nur zur Verfügung über einzelne Gegenstände berechtigt, der Wert dieser Gegenstände nach Abzug der auf dem Nachlaß oder auf diesen Gegenständen haftenden Schulden zu Grunde gelegt. Wird über mehrere Erbfälle ein Erbschein erteilt, so werden die Beträge der mehreren Nachlässe zusammengerechnet. Wird der Erbschein nur über das Erbrecht eines Miterben erteilt, so ist für die Gebührenerhebung nur dessen Erbteil maßgebend.

Hinter dem bisherigen Abs. 3 werden folgende neue Absätze eingeschoben:

Wird dem Nachlaßgerichte glaubhaft gemacht, daß der Erbschein nur zur Verfügung über ein Grundstück oder ein im Grundbuch eingetragenes Recht gebraucht werde, und wird beantragt, die Ausfertigung des Erbscheins dem Grundbuchamte zur Aufbewahrung bei dessen Akten zu übersenden, so wird die im Abs. 1 Satz 1 bestimmte Gebühr nur nach dem Werte des Gegenstandes, über den verfügt werden soll, berechnet. Wird demnächst die Erteilung einer Ausfertigung oder einer Abschrift des Erbscheins beantragt, so hat der Antragsteller die nach dem Werte des reinen Nachlasses berechnete Gebühr des Abs. 1 Satz 1 nach Abzug des bereits bezahlten Betrags nachzuentrichten.

Die Vorschriften der Abs. 1 bis 5 finden auf das Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft oder die Ernennung eines Testamentsvollstreckers entsprechende Anwendung; bei der Berechnung der Gebühr für das Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft tritt an die Stelle des Wertes des Nachlasses der halbe Wert des Gesammtguts der fortgesetzten Gütergemeinschaft.

Der bisherige Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Für die von einem Rechtsnachfolger von Todeswegen nach den Gesetzen über das Reichsschuldbuch und das Staatsschuldbuch beizubringende Bescheinigung, daß er über die eingetragene Forderung zu verfügen berechtigt ist, sowie für die in den §§ 37, 38 der Grundbuchordnung vorgesehenen Zeugnisse werden drei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr bis zum Höchstbetrage von 10 Mk. erhoben. Sind in den Fällen der

§§ 37, 38 der Grundbuchordnung die Teilungsurkunden vom Gericht aufgenommen oder bestätigt, so werden für die Zeugnisse Gebühren nicht erhoben.

XXVII. An die Stelle des § 82 Abs. 1 Satz 2 treten als § 82a folgende Vorschriften:

Wird eine Nachlaßverwaltung, eine sonstige Nachlaßpflegschaft oder eine Abwesenheitspflegschaft nach § 88 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angeordnet, so finden die Vorschriften des sechsten Abschnitts mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Vermögens des Mündels der Wert des Nachlasses oder des Anteils des Abwesenden zur Zeit der Anordnung tritt und bei der Nachlaßverwaltung ein Abzug der Schulden nicht stattfindet. Auf die Gebühr für die Nachlaßpflegschaft wird die im § 82 Abs. 1 bestimmte Gebühr angerechnet, wenn die Nachlaßpflegschaft zur Sicherung des Nachlasses eingeleitet wird.

XXVIII. Der § 83 erhält folgende Fassung:

Für das Verfahren zur Feststellung des Erbrechts des Fiskus oder der an seine Stelle tretenden Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes wird die im § 81 für die Erteilung eines Erbscheins bestimmte Gebühr erhoben. Wird auf Grund dieser Feststellung ein Erbschein erteilt, so ist hierfür eine besondere Gebühr nicht zu erheben.

XXIX. Im § 84 Abs. 1 werden die Worte „durch Rezeß" ersetzt durch die Worte: „durch die Bestätigung der Auseinandersetzung oder durch die Beurkundung einer vertragsmäßigen Auseinandersetzung".

Als Abs. 5 wird hinzugefügt:

Auf die in den Abs. 1, 3 bestimmten Gebühren finden die Vorschriften des § 54a entsprechende Anwendung.

XXX. Hinter § 84 wird folgende Vorschrift als § 84a eingefügt:

Wird die Vermittelung der Auseinandersetzung einem Notar übertragen, so wird ein Zehntel der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben:

1. für die Entscheidung über den Antrag auf Einleitung des Verfahrens;
2. für die Entscheidung über die Bestätigung der Auseinandersetzung;
3. für die Anordnung einer Beweisaufnahme.

Jede der vorbezeichneten Gebühren wird in jeder Instanz rücksichtlich eines jeden Teiles des Nachlasses nur einmal erhoben. Sind die Gebühren mehrfach von verschiedenen Teilen des Nachlasses anzusetzen, so darf ihr Gesamtbetrag die nach dem Werte des gesamten Nachlasses berechnete Gebühr nicht übersteigen.

Das Gericht kann, wenn der im Artikel 21 Abs. 1 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit bezeichnete Antrag nach dem ersten Verhandlungstermine gestellt wird, von Amtswegen die Erhebung einer besonderen Gebühr beschließen; die Gebühr beträgt ein Zehntel der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes, kann aber vom Gerichte bis auf zwei Hundertteile dieser Sätze herabgesetzt werden. Gegen den Beschluß findet Beschwerde nach Maßgabe der Artikel 4 bis 7 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit statt.

XXXI. Im § 88 werden die Worte „Für die Aufnahme oder Niederlegung von Erklärungen, welche den Antritt oder die Entsagung einer Erbschaft, den Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventars, die Annahme der Gütergemeinschaft oder den Verzicht auf dieselbe betreffen, für die Bestimmung oder Verlängerung von Fristen zu solchen Erklärungen, sowie für die Niederlegung eines Vermögensverzeichnisses" ersetzt durch die Worte:

„Für die Entgegennahme von Erklärungen, Anmeldungen und

Anzeigen seitens des Nachlaßgerichts einschließlich der Beurkundung oder Beglaubigung durch das Nachlaßgericht, für die Entgegennahme des Inventars einschließlich der Anordnung wegen Aufnahme des Inventars durch eine zuständige Behörde oder einen zuständigen Beamten oder Notar, für die Bestimmung oder Verlängerung einer Frist durch das Nachlaßgericht, für die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Testamentsvollstrecker vom Nachlaßgerichte zu treffenden Anordnungen, sowie für die Abhaltung des Termins zur Leistung des im § 2006 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehenen Offenbarungseids".

An die Stelle des Abs. 1 Satz 3 tritt folgende Vorschrift:

„Im Falle der Anmeldung von Nachlaßforderungen auf Aufforderung eines Miterben wird die Gebühr nur einmal von Miterben erhoben".

Im Abs. 2 werden hinter dem Worte „wird" folgende Worte eingeschaltet:

„sofern eine vermögensrechtliche Angelegenheit vorliegt".

XXXII. Im § 89 Abs. 2 Satz 3 wird zwischen „in" und „Gütergemeinschaft" das Wort „einer" eingeschaltet.

XXXIII. Der sechste Abschnitt erhält die Ueberschrift:

„Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts".

XXXIV. Im § 90 Abs. 1 treten an die Stelle der Worte „und im Falle der Bestellung eines Gegenvormundes neben dem gesetzlichen Vormunde" die Worte:

„oder Beistandschaften sowie im Falle einer sonstigen Fürsorge für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind, insbesondere im Falle der Genehmigung eines Rechtsgeschäfts oder im Falle einer Verfügung nach den §§ 112, 1631, 1635, 1636, 1645, 1665, 1677, 2282 des Bürgerlichen Gesetzbuchs".

Der Abs. 2 erhält folgende Fassung:

Diese Gebühr kommt jedoch nur insoweit zum Ansatz, als nicht rücksichtlich der Personen, in deren Interesse ein Pfleger oder Beistand bestellt oder eine sonstige Fürsorgethätigkeit ausgeübt wird, eine Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft eingeleitet oder einzuleiten ist, auf welche die Bestimmungen des § 91 Anwendung finden.

Der Abs. 3 fällt weg.

XXXV. Im § 91 Nr. 1 ist hinter „Pflegschaften" einzuschalten „oder Beistandschaften", statt der Worte „oder Pflegschaft" zu setzen „Pflegschaft oder Beistandschaft". Die Worte „mit Ausnahme der gesetzlichen Vormundschaft" sind zu streichen.

Die Nr. 3 wird gestrichen.

Hinter der bisherigen Nr. 4 werden folgende neue Vorschriften hinzugefügt:

4. Die Vorschriften der Nr. 1 bis 3 finden auch auf die vorläufige Vormundschaft Anwendung. Endigt die vorläufige Vormundschaft, weil auf Grund der erfolgten Entmündigung ein Vormund bestellt wird, so gelten die vorläufige und die endgültige Vormundschaft als ein Verfahren.

XXXVI. Hinter § 91 werden folgende Vorschriften eingestellt:

§ 91a. Bei keinem Mündel, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kinde darf der Gesamtbetrag der nach dem § 90 und dem § 91 Nr. 1 zu erhebenden Gebühren denjenigen Betrag übersteigen, der nach § 91 Nr. 1 im Falle der Vormundschaft zu erheben ist.

§ 91b. Drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes werden erhoben:

1. für Volljährigkeitserklärungen, wenn der Minderjährige nicht unter Vormundschaft steht;
2. für die Ersetzung der elterlichen Einwilligung zur Eingehung der Ehe oder der Einwilligung der Mutter zur Ehelichkeitserklärung;

3. für Entscheidungen, betreffend den Unterhalt der Kinder nach § 1612 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;
4. für die Uebertragung der Ausübung der elterlichen Gewalt an die Mutter (§ 1685 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
5. für die Ersetzung der Zustimmung anteilsberechtigter Abkömmlinge zu Rechtsgeschäften des überlebenden Ehegatten im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft;
6. für die Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts im Falle der Verheiratung des Vaters oder der Mutter sowie für die nach den §§ 1639 Abs. 1, 1640 Abs. 2, 1653, 1666, 1667, 1668, 1670, 1760 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu treffenden Anordnungen;
7. für Entscheidungen, welche die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten zu einander oder das eheliche Güterrecht betreffen;
8. für sonstige Verfügungen des Vormundschaftsgerichts, die sich nicht auf Mündel, Pflegebefohlene oder unter elterlicher Gewalt stehende Kinder beziehen.

Zahlungspflichtig ist in den Fällen unter Nr. 4, 6 der Vater oder die Mutter.

Hat eine Rechnungslegung stattzufinden, so werden neben der im Abs. 1 bestimmten Gebühr die Gebühren des § 91 Nr. 2 erhoben.

XXXVII. Im § 92 Abs. 1 werden vor den Worten „bare Auslagen" die Worte eingeschaltet „die im § 91b bestimmten Gebühren". Die Worte „oder Pflegschaft", „und Pflegschaften" werden durch die Worte „Pflegschaft oder Beistandschaft", „Pflegschaften und Beistandschaften" ersetzt.

An die Stelle des Abs. 3 tritt folgende Vorschrift:

Die Vorschrift des § 11 des Gesetzes, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, vom 13. März 1878 (Gesetz-Samml. S. 132) bleibt unberührt,

XXXVIII. An die Stelle der §§ 95 bis 97 treten folgende Vorschriften:

§ 95. Für die gerichtliche Bewilligung der Befreiung von Erfordernissen der Eheschließung, für die gerichtliche Bewilligung von sonstigen Befreiungen, sowie für die Entgegennahme einer Erklärung über den Familiennamen einschließlich der Beurkundung oder Beglaubigung werden drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.

§ 96. Für die Bestätigung des Vertrags, durch welchen jemand an Kindesstatt angenommen oder das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis wieder aufgehoben wird, werden fünf Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben. Ist der Vertrag von dem zur Bestätigung zuständigen Gerichte beurkundet, so werden für die Bestätigung besondere Gebühren nicht erhoben.

§ 97. Für die Genehmigung einer Familienstiftung wird die im § 33 bestimmte Gebühr erhoben. Diese Gebühr bleibt außer Ansatz, wenn die Stiftungsurkunde von dem genehmigenden Gericht aufgenommen ist.

XXXIX. Im § 98 werden eingeschaltet im Satz 1 hinter dem Worte „Gegenständen" die Worte „sowie für die Bestellung eines Dispacheurs oder eines Verwahrers einschließlich der Bestimmung seiner Vergütung", im Satz 2 hinter dem Worte „Zustandes" die Worte „oder Wertes".

XXXX. Hinter § 98 werden folgende Vorschriften als § 98a eingestellt.

Wird bei dem Gericht eine Verhandlung über die vom Dispacheur aufgemachte Dispache beantragt, so sind für das gesamte Verfahren drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes zu erheben. Als Wert des Gegenstandes ist anzusehen der Betrag des Havereischadens, wenn jedoch der Wert des Geretteten an Schiff, Fracht und Ladung geringer ist, dieser ge-

ringere Betrag. Wird die Dispache bestätigt, so haften die am Verfahren Beteiligten für die Kosten als Gesamtschuldner.

XXXXI. Im § 99 erhält Abs. 1 folgende Fassung:

In dem nach den §§ 132 bis 139 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eintretenden Verfahren werden in jeder Instanz die Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben

1. für die Festsetzung der Ordnungsstrafe;
2. für die Verhandlung in den nach § 134 anberaumten Terminen;
3. für die Anordnung einer Beweisaufnahme.

Der Abs. 4 Satz 2 wird gestrichen.

Als Abs. 5 wird hinzugefügt:

Die Vorschriften der Abs. 1 bis 4 finden auf andere Fälle der Festsetzung von Ordnungsstrafen, insbesondere nach § 151 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, entsprechende Anwendung.

XXXXII. Im § 100 werden die Worte „und den Einführungsgesetzen zu demselben, sowie" gestrichen. Hinter dem Worte „erfordern" werden folgende Worte eingefügt „sowie von Angelegenheiten ähnlicher Art".

XXXXIII. Der § 101 erhält folgenden Zusatz:

Das Gleiche gilt von der gerichtlichen Festsetzung der einem Beteiligten zu erstattenden Kosten, von Zeugnissen über die Rechtskraft, sowie von gerichtlichen Vollstreckungshandlungen nach Artikel 17 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Der § 101 ist in den Abschnitt 9, der die Ueberschrift „Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Abschnitte 2 bis 8." erhält, hinter § 107 einzustellen.

XXXXIV. Im § 103 Abs. 2 wird folgende Vorschrift hinzugefügt:

Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben, soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, entscheidet der Justizminister.

XXXXV. Im § 106 Nr. 1 ist statt „In Grundbuchsachen" zu setzen „In Grundbuchsachen und in Schiffspfandsachen". Am Schlusse der Nr. 1 ist hinzuzusetzen:

Die Aufnahme von Anträgen und Erklärungen nach § 11 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist auch in Angelegenheiten, für welche Gerichte eines anderen Bundesstaats zuständig sind, gebührenfrei, sofern die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, entscheidet der Justizminister.

Am Schlusse der Nr. 3 ist hinzuzusetzen:

Als Beschwerde im Sinne dieses Gesetzes ist auch die Anrufung einer Entscheidung des Landgerichts nach Artikel 51 Abs. 2 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit anzusehen.

Im Satz 2 ist statt „Anwendung" zu setzen:

„mit der Maßgabe Anwendung, daß die Gebühr für die Zurücknahme 6 Mark, die Gebühr für die Verwerfung der Beschwerde 20 Mark nicht übersteigen darf".

XXXXVI. Hinter § 106 werden als § 106a folgende Vorschriften eingestellt:

Auf die Erteilung beglaubigter Abschriften aus den Gerichtsakten finden, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, die Vorschriften des § 51 Anwendung.

Soweit für die Erteilung von Bescheinigungen oder beglaubigten Abschriften aus gerichtlichen Registern eine Gebühr nicht bestimmt ist, wird neben den Schreibgebühren der tarifmäßige Stempel erhoben.

XXXXVII. Im § 111 werden die Worte „Aufnahme oder Annahme einer letztwilligen Verfügung" ersetzt durch die Worte:

„Errichtung eines Testaments oder eines Erbvertrags".

XXXXVIII. Hinter § 122 wird folgende Vorschrift eingestellt:

§ 122a. Auf ein Verteilungsverfahren im Falle einer Enteignung (Artikel 53, 54, 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch) oder der Beschädigung eines Grundstücks durch Bergbau finden die Vorschriften über ein Verteilungsverfahren im Falle der Zwangsvollstreckung entsprechende Anwendung. Wird der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens zurückgewiesen oder wird er zurückgenommen, ehe die Eröffnung des Verfahrens verfügt ist, so wird ein Zehntel der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr nach dem den Gegenstand des Verfahrens bildenden Gesamtbetrag und, wenn ein Berechtigter der Antragsteller ist und der von diesem Berechtigten beanspruchte Betrag geringer ist als der Gesamtbetrag, nach dem Betrage des Anspruchs erhoben.

XXXXIX. An die Stelle des § 124 Abs. 2 tritt folgende Vorschrift:

Unberührt bleiben die nach dem 25. Juni 1895 erlassenen Vorschriften über das Kostenwesen.

L. Im § 132 Abs. 1 Satz 1 werden die Worte „1. Oktober 1895" ersetzt durch die Worte „Bürgerlichen Gesetzbuche"; im Satz 2 werden die Worte „am 1. Oktober 1895" gestrichen.

Als Abs. 2, 3 werden folgende Vorschriften hinzugefügt:

Soweit nach Uebergangsvorschriften noch Geschäfte vorkommen, für welche in diesem Gesetze keine Bestimmungen getroffen sind, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend. Die Vorschriften über die Kosten der ersten Anlegung der Grundbücher bleiben bis zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist.

Die Vorschriften der §§ 12 bis 17, 23 bis 27 treten auch für die früher fällig gewordenen Kosten in Kraft; die Vorschriften im Artikel 169 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche finden entsprechende Anwendung.

---

§ 2. Der Justizminister wird ermächtigt, den Text des Preußischen Gerichtskostengesetzes, wie er sich aus den im § 1 sowie in dem Ausführungsgesetze zur Grundbuchordnung vorgesehenen Aenderungen ergiebt, unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen und unter Herstellung einer einheitlichen Schreibweise durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen. Hierbei ist den Verweisungen auf die Vorschriften der Civilprozeßordnung dieses Gesetz in der Fassung des vom Reichskanzler im Reichs-Gesetzblatte für 1898 Seite 410 veröffentlichten Textes, den Verweisungen auf die Vorschriften des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit dieses Gesetz in der endgültig festgestellten Fassung zu Grunde zu legen. Als besondere Paragraphen sind einzuschalten die Bestimmungen des § 17 Abs. 4 hinter § 21, die Bestimmungen des letzten Absatzes des § 81 hinter § 81.

Soweit in anderen Gesetzen auf Vorschriften des Preußischen Gerichtskostengesetzes verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften des durch den Justizminister bekannt gemachten Textes an die Stelle.

Schlußbestimmungen.

Artikel 87.

Soweit in Gesetzen auf Vorschriften verwiesen ist, welche durch dieses Gesetz außer Kraft gesetzt werden, treten an deren Stelle die entsprechenden neuen Vorschriften.

Artikel 88.

Die in den Artikeln 57, 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche gemachten Vorbehalte gelten auch gegenüber den Vorschriften dieses Gesetzes.

Artikel 89.

Die nachstehenden Vorschriften werden, soweit sie nicht schon infolge Reichsgesetzes außer Kraft treten, unbeschadet der Uebergangsvorschriften, aufgehoben:

1. folgende Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, soweit sie sich nicht auf öffentliches Recht beziehen:
   a) die Einleitung mit Ausnahme der §§ 74, 75;
   b) der erste Teil mit Ausnahme des § 24 des 1. Titels,
   der §§ 29 bis 69, 71 bis 82, 96 bis 117, 125 bis 131, 133, 137 bis 140, 142 bis 144, 146 bis 148, 152, 153, 155, 156, 162 bis 167, 169 bis 174, 185, 186 des 8. Titels,
   der §§ 94 bis 96, 111 bis 120, 126, 128, 129, 139, 140, 152, 153, 155 bis 157, 170 bis 208, 210 bis 219, 223 bis 258, 261 bis 274, 348, 655 bis 659 des 9. Titels sowie der sonstigen Vorschriften des neunten Abschnitts dieses Titels, soweit sie auf Grund der im Einführungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuche gemachten Vorbehalte in Kraft bleiben,
   der §§ 4 bis 11, 651, 652, 676, 677, 996 bis 1019, 1021 bis 1023 des 11. Titels,
   der §§ 176, 475, 476 des 12. Titels,
   der §§ 41 bis 45 des 13. Titels,
   der §§ 362 bis 371 des 17. Titels,
   der §§ 1 bis 679 des 18. Titels,
   der §§ 458 bis 465 des 20. Titels,
   der §§ 45, 46 des 21. Titels und
   der §§ 55 bis 242 des 22. Titels;
   c) aus dem zweiten Teile:
   der 1. Titel mit Ausnahme der §§ 34, 35, des Anhangs-§ 65, der §§ 193, 738 bis 740 und des neunten Abschnitts, soweit dieser auf Grund einer nach den Artikeln 57, 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft bleibenden Vorschrift der Hausverfassung gilt;
   der 2. Titel mit Ausnahme der §§ 17, 18, 59, 77, 78, 81 bis 84, 150, 603, 641, 642, 683 bis 685;
   der 3. Titel;
   die §§ 1 bis 22, 27 bis 47, 227 bis 250 des 4. Titels, soweit sie nicht für Familienfideikommisse gelten;
   der 5. Titel;
   der 6. Titel, soweit er sich auf die Verfassung rechtsfähiger Vereine bezieht, für Vereine, die nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs Rechtsfähigkeit erlangen;
   die §§ 80 bis 85 des 7. Titels;
   die §§ 444 bis 455 des 8. Titels;
   die §§ 1199 bis 1209 des 11. Titels;
   die §§ 1 bis 4, 7 bis 18, 21, 23 bis 29 des 16. Titels;
   die §§ 48 bis 52, 54 56 bis 60 des 17. Titels;
   der 18. Titel mit Ausnahme der §§ 344, 810, 996 bis 1002;
   die §§ 45 bis 48 des 19. Titels;
   die §§ 1271, 1272 des 20. Titels;
2. das Rheinische Bürgerliche Gesetzbuch mit Ausnahme der Artikel 538, 556 bis 563, 640 bis 643, 645, des Artikels 648, soweit er sich auf das Weiderecht innerhalb der Gemeinde bezieht, des Artikel 671, des Artikel 672 Abs. 1 und der Artikel 674 bis 681, 714 und des Artikel 1384, soweit er auf die Haftung des Staates, der Gemeinden und anderer Kommunalverbände für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden Anwendung findet;
3. die Vorschriften des gemeinen Rechtes über die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und über die Privatpfändung;
4. die Vorschrift des revidierten Statuts der Stadt Lübeck Buch 2 Titel 2 Artikel 10;
5. die Vorschriften der bisherigen Gesetze über das Schuldverhältnis aus einem mit der Ueberlassung eines Grundstücks verbundenen Leibgedingsvertrag und die Fuldische Ver-

ordnung vom Auszug oder der Leibzucht ꝛc. vom 16. Februar 1773;
6. das Rheinische Gesetz über die Führung der Namen und Vornamen vom 23. August 1794 (6. Fructidor II);
7. die Verordnung wider die Veräußerung unbeweglicher Güter in die tote Hand vom 17. Mai 1799 (Chronologische Sammlung der Verordnungen ꝛc. für die Großherzogtümer Schleswig und Holstein S. 27);
8. das Ausschreiben, die Auf- und Annahme von Testamenten auf den Inseln der Provinz Ostfriesland betreffend, vom 24. November 1817 (Samml. der Hannoverschen Landesverordnungen ꝛc. des Jahres 1817 II S. 521);
9. das Gesetz wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen vom 31. März 1838 (Gesetz-Samml. S. 249);
10. das Gesetz über Familienschlüsse bei Familien-Fideikommissen, Familienstiftungen und Lehnen vom 15. Februar 1840 (Gesetz-Samml. S. 20), soweit es sich auf Familienstiftungen bezieht;
11. das Gesetz, betreffend die Familien-Fideikommisse, fideikommissarischen Substitutionen und Familienstiftungen im Herzogtum Schlesien und in der Grafschaft Glatz, vom 15. Februar 1840 (Gesetz-Samml. 1840 S. 25), soweit es sich auf Familienstiftungen bezieht;
12. die Verordnung wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen für die Landesteile, in welchen noch gemeines Recht gilt, vom 6. Juli 1845 (Gesetz-Samml. S. 483);
13. das Gesetz über die Erwerbung von Grundeigentum für Korporationen und andere juristische Personen des Auslandes vom 4. Mai 1846 (Gesetz-Samml. S. 235);
14. das Nassauische Gesetz, betreffend die Abkürzung der Verjährungsfristen für gewisse Arten von Forderungen, vom 5. April 1849 (Nass. Verordnungs-Blatt S. 75);
15. der § 92 des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse, vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 77);
16. das Hannoversche Gesetz, die Verjährung persönlicher Klagen und die Einführung kurzer Verjährungsfristen für dieselben betreffend, vom 22. September 1850 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. I S. 187);
17. das Großherzogl. Hessische Gesetz, betreffend die Verjährung der persönlichen Klagen in den Provinzen Starkenburg und Oberhessen, vom 19. März 1853 (Großherzogl. Hess. Reg.-Blatt S. 117);
18. das Kurhessische Gesetz wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen bei Klagen aus Schuldverhältnissen vom 14. Juli 1853 (Kurhess. Gesetz-Samml. S. 99);
19. das Landgräflich Hessische Gesetz, die Verjährung der persönlichen Klagen betreffend, vom 15. August 1854 (Reg.-Blatt f. d. ehemal. Landgrafschaft Hessen-Homburg S. 748);
20. das Gesetz, betreffend die Abschätzung der Landgüter zum Behufe der Pflichtteilsberechnung in der Provinz Westfalen, vom 4. Juli 1856 (Gesetz-Samml. S. 550);
21. das Bayerische Gesetz, betreffend die Verjährungsfristen, vom 26. März 1859 (Bayer. Gesetzbl. S. 26);
22. der § 19 des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten in den Hohenzollernschen Landen, vom 28. Mai 1860 (Gesetz-Samml. S. 221);
23. der § 3 des Frankfurter Gesetzes, die Erwerbung von Grundeigentum und Insätzen durch Nichtverbürgerte betreffend, vom 29. September 1863 (Frankf. Gesetz- und Statutensammlung Bd. XVI S. 55);
24. das Gesetz, betreffend die den gemeinnützigen Aktiengesellschaften bewilligte Sportel- und Stempelfreiheit, vom 2. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 385);
25. das Gesetz wegen Einführung kürzerer Verjährungsfristen für die Provinz Schleswig-Holstein vom 9. Februar 1869 (Gesetz-Samml. S. 341);
26. das Gesetz, betreffend die Genehmigung zu Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen, sowie zur Uebertragung von unbeweglichen Gegenständen an Korporationen und

andere juristische Personen, vom 23. Februar 1870 (Gesetz-Samml. S. 118);

27. der § 14 des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten im Gebiete des Regierungsbezirks Wiesbaden und in den zum Regierungsbezirk Cassel gehörigen vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteilen, vom 15. Februar 1872 (Gesetz-Samml. S. 165);
28. das Gesetz über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung der Grundstücke, Bergwerke und selbständigen Gerechtigkeiten vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 433);
29. der § 55 des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten in der Provinz Schleswig-Holstein, vom 3. Januar 1873 (Gesetz-Samml. S. 3);
30. die Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 431);
31. der § 26 des Gesetzes, betreffend die Ablösung der Reallasten im Gebiete des Regierungsbezirks Cassel ausschließlich der zu demselben gehörigen vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteile, vom 23. Juli 1876 (Gesetz-Samml. S. 357).

Artikel 90.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

Die Vorschriften des Artikel 33 § 2 Abs. 2, § 3 Nr. 1, der Artikel 34, 71, 73, 74 und des Artikel 86 § 2 treten mit der Verkündigung in Kraft.

Ausführungsgesetz
zum
Handelsgesetzbuche.

Vom 24. September 1899.

Vorbemerkung.

Das Ausführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch ist kurz und hat bei weitem nicht die selbständige Bedeutung, welche dem Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche zukommt. Die meisten Bestimmungen dienen zur Ausfüllung der Lücken, welche das Handelsgesetzbuch für die Landesgesetzgebung offen gelassen hat. Auch öffentlichrechtliche, dem Aufsichtsrechte des Staates entnommene Vorschriften finden sich.

---

1. Kaufmann ist dem Handelsgesetzbuche jeder, der ein Handelsgewerbe betreibt. Die Grenzen des Handelsgewerbes steckt es aber so weit ab, daß Kaufleute im Sinne des Handelsgesetzbuches viele Personen sind, welche der Verkehr nicht als Kaufleute bezeichnet. Es seien vor allem genannt Fabrikanten, Handwerker, Apotheker, Buchhändler, Verleger, größere Buchdrucker, jetzt sogar Ziegeleibesitzer, Bauunternehmer, Bauhandwerker und ähnliche.

Das Handelsgesetzbuch enthält das Recht des Handelsverkehrs, und in diesem wird mehr als im gemeinen bürgerlichen Verkehr gefordert, daß man Sorgfalt aufwende und die Folgen seiner Handlungen sich von vornherein klar mache. Vor allem wird dies von den Kaufleuten verlangt, und ihnen werden im öffentlichen Interesse noch besondere Pflichten auferlegt, z. B. die Führung von Handelsbüchern und die Anmeldung der Firma zur Eintragung in das Register, Pflichten, deren Vernachlässigung sie der Bestrafung aussetzt.

Bei den zahlreichen Berufsklassen, welche das Handelsgesetzbuch mit dem gemeinschaftlichen Namen Kaufmann umfaßt, bestehen gewaltige Unterschiede in Gewandtheit und weitem Blick unter den Kaufleuten, müssen daher auch verschiedene Anforderungen an sie gestellt werden. Man vergleiche zum Beispiel den Leiter eines großen Exporthauses, dem Hunderte von Leuten gehorchen, mit dem kleinen Handwerker, der keinen oder nur wenige Gehilfen beschäftigt.

So gelangt das Gesetz zur Unterscheidung zwischen den Vollkaufleuten und den Minderkaufleuten. Letztere sind Handwerker und Personen, deren Gewerbebetrieb nicht über den Umfang des Kleingewerbes hinausgeht.

Für sie gelten gewisse Vorschriften nicht: sie brauchen ihre Firma nicht eintragen zu lassen, sind nicht verpflichtet, Handelsbücher zu führen, können Prokura nicht erteilen. Ihre Bürgschaften, Schuldanerkenntnisse und Schuldversprechen müssen schriftlich abgegeben sein, um sie zu binden; unverhältnismäßig hohe Konventionalstrafen, die sie versprochen haben, können vom Richter ermäßigt werden.

Doch so leicht es ist, die Unterscheidung zwischen Vollkaufmann und Minderkaufmann in der Theorie aufzustellen, ebenso schwer ist es, die Unterscheidung im Leben festzuhalten. Ist der Minderkaufmann aber, weil ihn der Registerrichter für einen Vollkaufmann gehalten hat, erst einmal in das Register eingetragen, so kann er sich dem gegenüber, der sich auf die Eintragung beruft, auf seine Eigenschaft als Minderkaufmann nicht beziehen, genießt also die obengenannten Erleichterungen nicht.

Deshalb ist es von Wichtigkeit, daß Justizminister und Handelsminister gemeinschaftlich und nach Anhörung der Handelskammern nähere Bestimmungen über die Grenzen des Kleingewerbs treffen können. Solche Bestimmungen sind bisher noch nicht erschienen.

2. Jede eingetragene Firma genießt soweit Schutz, daß an demselben Ort oder in derselben Gemeinde ein anderer die gleiche oder eine mit ihr leicht zu verwechselnde Firma nicht führen darf. Betreibe ich z. B. ein Geschäft unter der eingetragenen Firma „Julius Bäcker", so ist auch eine andere Firma „Julius Becker" in demselben Orte nicht erlaubt.

Mehrere Ortschaften, die politisch von einander getrennt sind, bilden für den wirtschaftlichen Verkehr ein Ganzes. Dies kann z. B. der Fall sein: bei zwei Schwesterstädten oder bei einer Stadt und ihrem Vorort. Hier würde mich die Firma „Julius Becker" im Nachbarort ebenso schädigen, als wenn sie sich an meinem Wohnort selbst befände. Solche Ortschaften sollen vom Justizminister und Handelsminister nach

Anhörung der Handelskammer als einheitliche erklärt werden können mit der Wirkung, daß die Firmen in dem einen Ort von den eingetragenen im anderen sich ebenfalls deutlich unterscheiden müssen.

Solche gemeinschaftliche Verfügung des Justizministers und des Handelsministers ist am 2. Dezember 1899 ergangen. (Justizministerialblatt für 1899 Seite 557 und folgende.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

Für den Erlaß von Bestimmungen, durch welche die Grenze des Kleingewerbes nach Maßgabe des § 4 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs näher festgesetzt wird, sind der Justizminister und der Minister für Handel und Gewerbe gemeinschaftlich zuständig. Von dem Erlasse solcher Bestimmungen sind in der Regel die Organe des Handelsstandes gutachtlich zu hören.

Das Gleiche gilt von den Bestimmungen, welche nach § 30 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs erlassen werden können.

Gewisse Thatsachen aus dem Geschäftsleben eines Kaufmanns erfordern im Interesse des Verkehrs eine möglichst weite Verbreitung. Solche Thatsachen sind die Eröffnung des Geschäftes und die Annahme einer Firma, die Erteilung einer Prokura oder die Aufhebung einer solchen, die Errichtung einer Zweigniederlassung, die Aufgabe oder Veräußerung des Geschäftes.

Um die Verbreitung zu sichern, ordnet das Gesetz die Eintragung dieser Thatsachen in das Handelsregister und ihre Bekanntmachung in öffentlichen Blättern an. Es können aber eingetragen nur diejenigen Thatsachen werden, deren Eintragung das Gesetz ausdrücklich vorschreibt, der Kaufmann kann nicht etwa fordern, daß jede Thatsache, deren Verbreitung er wünscht, eingetragen werde.

Die Eintragung hat zur Folge, daß die eingetragene Thatsache als allgemein bekannt angenommen wird, eine gesetzwidrige Eintragung jedoch ist unwirksam.

Nun bestand das Handelsregister in Deutschland schon vor dem 1. Januar 1900. In manchen Teilen Deutschlands und Preußens waren vor diesem Zeitpunkt Eintragungen zulässig, welche das neue Handelsrecht nicht mehr kennt, die also mit dem 1. Januar 1900 wirkungslos geworden sind. So wurden in Hannover auch die Minderkaufleute und die Handlungsvollmachten, im früheren Landgrafentum Hessen wurde die Ermächtigung, die einem Minderjährigen zum Betrieb eines Handelsgewerbes gegeben war, eingetragen, und im Kurfürstentum Hessen fand eine Eintragung statt, wenn über einen Kaufmann ein Kuratel eingeleitet wurde.

Alle diese jetzt wirkungslosen Eintragungen kann das Gericht, ohne daß ein Antrag nötig wäre, löschen. Doch kann der Kaufmann, auf dessen Geschäft sich die Eintragung bezieht, gegen die Löschung Widerspruch erheben, wenn er sie für ungerechtfertigt hält.

Aufrechterhalten bleiben beispielsweise die in einigen Teilen Preußens vorkommenden Eintragungen, welche bekunden, daß ein Vollkaufmann mit seiner Ehefrau in Gütergemeinschaft lebt, oder daß diese Gütergemeinschaft ausgeschlossen oder aufgehoben ist.

Artikel 2.

Ist auf Grund des bisherigen Landesrechts eine Eintragung in das Handelsregister bewirkt, die nach dem Handelsgesetzbuch unzulässig ist, so kann das Registergericht sie von Amtswegen löschen, soweit nicht das bisherige Recht maßgebend bleibt.

Das Gericht hat den Beteiligten, wenn sein Aufenthalt bekannt ist, von der beabsichtigten Löschung zu benachrichtigen und ihm zugleich eine angemessene Frist zur Geltendmachung eines Widerspruchs zu bestimmen.

Auf das weitere Verfahren finden die Vorschriften des § 141 Abs. 3, 4 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 [1]) Anwendung.

Die Löschung erfolgt gebührenfrei. Wird jedoch der Widerspruch eines Beteiligten zurückgewiesen, so hat er für die Zurückweisung die für die Löschung bestimmte Gebühr zu entrichten.

Eintragungen, die den Güterstand einer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden Ehe betreffen, bleiben unberührt.

Artikel 3 hat den Zweck, die Vollständigkeit und Richtigkeit des Handelsregisters möglichst zu wahren. Im Interesse eines sicheren Verkehrs ist dies unbedingt erforderlich.

Artikel 3.

Die Gerichte, die Beamten der Staatsanwaltschaft, die Polizei- und Gemeindebehörden, sowie die Notare haben von den zu ihrer amtlichen Kenntnis gelangenden Fällen einer unrichtigen, unvollständigen oder unterlassenen Anmeldung zum Handelsregister oder Genossenschaftsregister dem Registergerichte Mitteilung zu machen.

Die Steuerbehörden sind verpflichtet, dem Registergericht über die Anmeldung und die Abmeldung steuerpflichtiger Gewerbe, über das Ergebnis der Veranlagung zur Gewerbesteuer sowie über später eingetretene Veränderungen Auskunft zu erteilen.

Der Artikel 4 giebt eine Bestimmung für Aktiengesellschaften und für Aktienkommanditgesellschaften, wie sie für Genossenschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Vereine des Bürgerlichen Gesetzbuchs besteht, und wie sie ähnlich auch für Aktien- und Aktienkommanditgesellschaften vor dem 1. Januar 1900 schon bestanden hat. Die Bedeutung der Vorschrift für die Praxis ist sehr gering.

---

[1]) § 141 Abs. 3. Wird Widerspruch erhoben, so entscheidet über ihn das Gericht. Gegen die den Widerspruch zurückweisende Verfügung findet die sofortige Beschwerde statt.

Abs. 4. Die Löschung darf nur erfolgen, wenn Widerspruch nicht erhoben oder wenn die den Widerspruch zurückweisende Verfügung rechtskräftig geworden ist.

Artikel 4.

Eine Aktiengesellschaft sowie eine Kommanditgesellschaft auf Aktien kann aufgelöst werden, wenn sie sich rechtswidriger Handlungen oder Unterlassungen schuldig macht, durch welche das Gemeinwohl gefährdet wird.

Ueber die Auflösung entscheidet im Verwaltungsstreitverfahren der Bezirksausschuß in erster Instanz. Für die Erhebung der Klage ist der Regierungspräsident zuständig.

Von der Auflösung hat der Regierungspräsident dem Registergerichte Mitteilung zu machen.

Der Artikel bildet dem vor dem 1. Januar 1900 geltenden Recht gegenüber keine Neuerung und entspricht auch den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches. Er hat nur den Zweck, einen vor Inkrafttreten des Handelsgesetzbuches entstandenen Zweifel zu beseitigen.

Artikel 5.

Versicherungsverträge und Verlagsverträge bedürfen, wenn sie Handelsgeschäfte sind, zu ihrer Gültigkeit nicht der schriftlichen Form.

Habe ich ein Inhaberpapier, zum Beispiel ein Stück Berliner Stadtanleihe, verloren, oder ist es mir gestohlen worden, so bleibt das Stück mein eigen, und ich kann es jederzeit von dem unehrlichen Finder oder von dem Dieb zurückfordern.

Hat aber zum Beispiel der Dieb das Stück veräußert, etwa verkauft, so sind zwei Fälle zu unterscheiden. Entweder weiß der Käufer, daß das Stück Stadtanleihe gestohlen ist, oder er müßte es wenigstens wissen, wenn er gehörige Sorgfalt aufgewendet hätte. Dann befindet er sich nicht in gutem Glauben, und ich bleibe Eigentümer des Stückes Stadtanleihe, kann es also auch jederzeit vom Käufer zurückfordern.

Befindet sich der Käufer aber in gutem Glauben, so wird er Eigentümer des Papiers, ich verliere mein Eigentum daran und kann nur von dem Dieb selbst Ersatz für den mir zugefügten Schaden fordern.

Aehnlich ist es, wenn der Dieb das Papier nicht veräußert, sondern nur verpfändet hat. Befindet sich derjenige, dem das Papier zum Pfand gegeben wird, in gutem Glauben, so kann er, trotzdem nicht der Dieb Eigentümer ist, sondern ich es bin, sein Pfandrecht geltend machen und sich eventuell aus dem Papier durch Verkauf befriedigen; ist er nicht gutgläubig, so brauche ich das Pfandrecht nicht zu respektieren.

Der Bankier, zu dessen Berufsgeschäften der Ankauf von Wertpapieren, also auch von Inhaberpapieren, gehört, hat vor dem Ankauf eines jeden solchen Papiers besonders aufmerksam zu prüfen, ob es nicht etwa gestohlen oder verloren ist. Vor allem muß er dazu den Deutschen Reichsanzeiger lesen, in welchem eine öffentliche Behörde oder der aus der Urkunde Verpflichtete, in unserem Falle der Berliner Magistrat, möglicherweise den Verlust angezeigt hat. Er muß, wenn er seiner

Pflicht genügen will, sämtliche Verlustanzeigen bis auf ein Jahr zurück prüfen.

Thut er dies nicht, oder übersieht er die Verlustanzeige und kauft er das Papier, so gilt er regelmäßig nicht als gutgläubig und muß auf mein Verlangen mir das Stück Berliner Stadtanleihe unentgeltlich herausgeben.

Welche öffentliche Behörde erläßt aber die in § 367 des Handelsgesetzbuches vorgeschriebene Bekanntmachung? Diese Frage beantwortet der Artikel 6.

Artikel 6.

Zur Bekanntmachung des Verlustes eines Inhaberpapiers nach § 367 des Handelsgesetzbuchs [1]) sind die Polizeibehörden auf Antrag des Eigentümers verpflichtet, wenn glaubhaft gemacht wird, daß das Papier dem Eigentümer gestohlen worden, verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen ist. Die Kosten der Bekanntmachung hat der Antragsteller zu tragen und auf Erfordern vorzuschießen.

Das Handelsgesetzbuch überläßt den Landesgesetzen, folgendes zu bestimmen:

1. daß die Vorschriften des Handelsgesetzbuches, die sich auf den Aufenthalt des Schiffes im Heimatshafen, d. h. dem Hafen, von welchem aus die Seefahrt mit dem Schiff betrieben wird, beziehen, auf alle oder einige Häfen des Reviers des Heimatshafens ausgedehnt werden,
2. daß auf kleineren Fahrzeugen (Küstenfahrer und dergleichen) die Führung eines Tagebuchs nicht erforderlich ist,
3. daß die Vorschrift des Handelsgesetzbuchs, daß Güter ohne Zustimmung des Abladers nicht auf das Verdeck des Schiffes verladen werden dürfen, auf die Küstenfahrer keine Anwendung findet.

Bestimmungen der beiden ersten Arten bestehen in Preußen schon, (man vergleiche die Anmerkungen). Sie sollen erhalten bleiben. Für

---

[1]) § 367. Wird ein Inhaberpapier, das dem Eigentümer gestohlen worden, verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen ist, an einen Kaufmann, der Bankier- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, veräußert oder verpfändet, so gilt dessen guter Glaube als ausgeschlossen, wenn zur Zeit der Veräußerung oder Verpfändung der Verlust des Papiers von einer öffentlichen Behörde oder von dem aus der Urkunde Verpflichteten im Deutschen Reichsanzeiger bekannt gemacht und seit dem Ablaufe des Jahres, in welchem die Veröffentlichung erfolgt ist, nicht mehr als ein Jahr verstrichen war.

Der gute Glaube des Erwerbers wird durch die Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger nicht ausgeschlossen, wenn der Erwerber die Veröffentlichung infolge besonderer Umstände weder kannte noch kennen mußte.

Auf Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheine, die nicht später als in dem nächsten auf die Veräußerung oder Verpfändung folgenden Einlösungstermine fällig werden, sowie auf Banknoten und andere auf Sicht zahlbare unverzinsliche Inhaberpapiere finden diese Vorschriften keine Anwendung.

den Fall, daß sich ein Bedürfnis zu ihrer Aenderung herausstellen sollte, kann diese durch Königliche Verordnung geschehen. Dasselbe gilt, wenn der Erlaß der unter drei genannten Bestimmungen notwendig werden sollte.

Artikel 7.

Königlicher Verordnung bleibt vorbehalten:

1. die Vorschriften des Handelsgesetzbuchs, welche sich auf den Aufenthalt des Schiffes im Heimatshafen beziehen, auf alle oder einige Häfen des Reviers des Heimatshafens auszudehnen (Handelsgesetzbuch § 480 Abs. 2);
2. zu bestimmen, daß auf kleineren Fahrzeugen (Küstenfahrern und dergleichen) die Führung eines Tagebuchs nicht erforderlich ist (Handelsgesetzbuch § 521);
3. zu bestimmen, daß die Vorschrift des § 566 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs, soweit sie die Beladung des Verdecks betrifft, auf die Küstenschiffahrt keine Anwendung findet.

Bis zur anderweitigen Regelung durch eine solche Verordnung bleiben

1. die §§ 32, 33, 34 des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche für das vormalige Königreich Hannover vom 5. Oktober 1864 [1]) (Hannoversche Gesetz-Samml. Abt. I S. 213),
2. die §§ 67, 68 der Verordnung, betreffend die Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs in die Herzogtümer Holstein und Schleswig, vom 5. Juli 1867 [2]) (Gesetz-Samml. S. 1133),

---

[1]) § 32. Hinsichtlich der Bestimmungen der Artikel 469, 495, 496, 503, 520, 521, 523, 538, 548, 681 und 757 Ziffer 7 (jetzt §§ 502, 526, 527, 534, 550, 551, 553, 680, 754 Ziffer 6 des Handelsgesetzbuchs), welche sich auf den Aufenthalt des Schiffes im Heimatshafen beziehen, sind alle Häfen und Ankerplätze, beziehungsweise

1. an der Elbe und ihren Nebengewässern,
2. an der Weser und ihren Nebengewässern,
3. an der Ems und ihren Nebengewässern,

dem an dem nämlichen Flusse oder dessen Nebengewässern belegenen Heimatshafen gleich zu achten.

§ 33. Hinsichtlich der Bestimmung über den Verkauf des Schiffes im Artikel 473 (jetzt § 506 des Handelsgesetzbuchs) werden sämtliche Häfen zwischen Eider und Schelde einschließlich dem Heimatshafen gleichgestellt.

§ 34. Bei denjenigen kleineren Fahrzeugen (Küstenfahrern, Leichterschiffen), welche zur Seefahrt zwischen Tönning bis Harlingen einschließlich benutzt werden, bedarf es für Reisen auf dieser Strecke der im Artikel 487 (jetzt § 520) vorgeschriebenen Journalführung nicht. Indes ist auch auf diesen Schiffen ein Journal zu führen, in welches von Tag zu Tag die Beschaffenheit von Wind und Wetter, und der Wasserstand bei den Pumpen, soweit thunlich, täglich und außerdem ohne Verzug alle Unfälle einzutragen sind, welche dem Schiff und der Ladung zustoßen.

[2]) § 67. Hinsichtlich der Anwendbarkeit der Artikel 495, 496, 681 und 757 Ziffer 7 (jetzt §§ 526, 527, 680, 754 Ziffer 6) sind für die Schiffe, deren Heimatshafen Altona ist, die Häfen von Hamburg und Harburg, für die Schiffe, deren Heimatshafen Blankenese ist, die Häfen von Altona, Hamburg und Harburg dem Heimatshafen gleich zu achten.

Hinsichtlich der Anwendbarkeit der Artikel 473, 521, 523 und 548 (jetzt §§ 506, 551, 553) sind für die Schiffe, deren Heimatshafen ein Holsteinischer oder Schleswigscher Hafen ist, jeder andere Schleswigsche oder Holsteinische Hafen, sowie jeder Hafen an der Elbe oder Trave dem Heimatshafen gleich zu achten.

§ 68. Auf kleineren Fahrzeugen (Küstenfahrer und dergl.) ist zwar die Führung des Journals gleichfalls erforderlich. Bei kurzen Küstenfahrten dieser Fahrzeuge braucht jedoch nur von Tag zu Tag die Beschaffenheit von Wind und Wetter und der Wasserstand bei den Pumpen, soweit thunlich, täglich und außerdem ohne Verzug jeder Unfall, welcher dem Schiff oder der Ladung zustößt, eingetragen zu werden.

3. der § 2 des Gesetzes, betreffend die Einführungsbestimmungen zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch für das Jadegebiet, vom 9. März 1870[1]) (Gesetz-Samml. S. 248)

für ihr Geltungsgebiet mit der Maßgabe in Kraft, daß an die Stelle der darin in Bezug genommenen Vorschriften des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs die entsprechenden Vorschriften des neuen Handelsgesetzbuchs treten.

Artikel 8.

Die nachstehenden Gesetze und Verordnungen sowie die zu ihrer Ergänzung, Ausführung oder Abänderung erlassenen landesrechtlichen Vorschriften werden, soweit sie noch in Geltung sind und nicht schon infolge Reichsgesetzes außer Kraft treten, unbeschadet der Vorschrift des Artikel 7 Abs. 2 dieses Gesetzes und der Uebergangsvorschriften anderer Gesetze, aufgehoben:

1. das Preußische Einführungsgesetz zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 (Gesetz-Samml. S. 449);
2. das Einführungsgesetz für das Herzogtum Nassau vom 2. Oktober 1861 (Verordnungs-Blatt S. 121);
3. das Einführungsgesetz für das Königreich Bayern vom 10. November 1861 (Gesetzblatt S. 425);
4. das Einführungsgesetz für das Großherzogtum Hessen vom 1. August 1862 (Regierungs-Blatt S. 627);
5. das Einführungsgesetz für die Freie Stadt Frankfurt vom 17. Oktober 1862 (Gesetz- und Statuten-Samml. Bd. 15 S. 113);
6. das Einführungsgesetz für das Landgraftum Hessen vom 25. August 1863 (Regierungs-Blatt Nr. 7);
7. das Einführungsgesetz für das Königreich Hannover vom 5. Oktober 1864 (Gesetz-Samml. Abt. I. S. 213);
8. das Einführungsgesetz für das Kurfürstentum Hessen vom 3. Mai 1865 (Gesetz-Samml. Bd. 17 S. 55);
9. die Verordnung, betreffend die Einführung verschiedener seerechtlicher Vorschriften des Preußischen Rechts in das vormalige Königreich Hannover, vom 24. Juni 1867 (Gesetz-Samml. S. 1165);
10. die Verordnung, betreffend die Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs in die Herzogtümer Holstein und Schleswig, vom 5. Juli 1867 (Gesetz-Samml. S. 1133);
11. die Verordnung, betreffend die Kommanditgesellschaften auf Aktien in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866 mit der Preußischen Monarchie vereinigten Landesteilen, vom 24. August 1867 (Gesetz-Samml. S. 1615);
12. das Einführungsgesetz für das Herzogtum Lauenburg vom 21. Oktober 1868 (Offiz. Wochenblatt S. 473);
13. das Gesetz, betreffend die Einführungsbestimmungen zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch für das Jadegebiet und die Einführung verschiedener seerechtlicher Vorschriften in dasselbe, vom 9. März 1870 (Gesetz-Samml. S. 248);
14. der § 1 Nr. IV der Verordnung, betreffend die Einführung Preußischer Landesgesetze in Helgoland, vom 22. März 1891 (Gesetz-Samml. S. 39).

Unberührt bleiben jedoch diejenigen Vorschriften der vorbezeichneten Gesetze und Verordnungen, welche die vor ihrem Erlaß entstandenen Rechtsverhältnisse betreffen.

Artikel 9.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

---

[1]) § 2. Hinsichtlich der Bestimmungen der Artikel 469, 495, 496, 503, 520, 521, 523, 538, 548, 681, 757 Ziffer 7 (jetzt §§ 502, 526, 527, 534, 550, 551, 553, 680 und 754 Ziffer 6 des Handelsgesetzbuchs), welche sich auf den Aufenthalt des Schiffes im Heimatshafen beziehen, sind alle Häfen, Siele und Ankerplätze an der Jade dem an der Jade belegenen Heimatshafen gleich zu achten.

Ausführungsgesetz

zum

Gerichtsverfassungsgesetze.

Vom 24. April 1878.

Inhaltsverzeichnis.

		Paragraphen
1. Titel.	Richteramt	1—11
2. „	Gerichtsbarkeit	12—20
3. „	Amtsgerichte	21—32
4. „	Schöffengerichte	33—36
5. „	Landgerichte	37—43
6. „	Schwurgerichte	44—45
7. „	Kammern für Handelssachen	46
8. „	Oberlandesgerichte	47—57
9. „	Staatsanwaltschaft	58—67
10. Titel.	Gerichtsschreiber	68—72
11. „	Gerichtsvollzieher	73—76
12. „	Justizverwaltung	77—86
13. „	Rechtshilfe	87
14. „	Oeffentlichkeit und Sitzungspolizei	88—89
15. „	Beratung und Abstimmung	90
16. „	Gerichtsferien	91
17. „	Schlußbestimmungen	92—112

Ausführungsgesetz
zum
Gerichtsverfassungsgesetze.

Vom 24. April 1878.

Vorbemerkung.

Das Deutsche Gerichtsverfassungsgesetz, welches seit dem 1. Oktober 1879 gilt, ist durch die neue Gesetzgebung nur wenig berührt worden. Deshalb hat man auch das Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz, welches gleichzeitig mit diesem am 1. Oktober 1879 in Kraft getreten ist, nur in verhältnismäßig wenigen Punkten zu ändern brauchen. Diese Aenderungen finden sich im Artikel 130 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Das vorliegende Ausführungsgesetz behandelt Angelegenheiten der Justizverwaltung und der Justizverfassung, hat daher hauptsächlich für den Fachmann Interesse. Einige Bestimmungen, welche sich auf die im Jahre 1879 geschehene große Umwälzung in der Gerichtsverfassung beziehen, haben überhaupt keine Bedeutung mehr für die Praxis.

Dem Laien sind nur folgende Vorschriften von größerer Wichtigkeit: Die §§ 36 und 45 bestimmen die Reisekosten, welche den Vertrauensmännern, Schöffen und Geschworenen gewährt werden.

Der § 36 zählt gewisse bürgerliche Rechtsstreitigkeiten auf, welche vor die Landgerichte gehören, gleichgiltig, wie viel mit der Klage gefordert wird, ob weniger oder mehr als dreihundert Mark.

Zu diesen gehören vor allem die sogenannten Regreßklagen gegen öffentliche Beamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse oder wegen Vernachlässigung ihrer Amtspflichten. Ein Beispiel bildet die Klage gegen den Gerichtsvollzieher, weil er die gepfändeten Gegenstände nicht rechtzeitig versteigert und der Schuldner die Pfandstücke inzwischen beiseite gebracht hat.

Der § 65 bestimmt, unter welchen Voraussetzungen die Vorsteher der Gemeindeverwaltung (z. B. Bürgermeister) die Geschäfte eines Amtsanwalts zu übernehmen verpflichtet sind.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Erster Titel.

Richteramt.

§ 1. Die Prüfungen, durch deren Ablegung die Fähigkeit zum Richteramte erlangt wird, und der Vorbereitungsdienst der Referendare erfolgen nach den Vorschriften des Gesetzes vom 6. Mai 1869. An die Stelle der Appellationsgerichte treten die Oberlandesgerichte. Die Dauer des Vorbereitungsdienstes bleibt eine vierjährige.

---

§ 2. Referendare, welche im Vorbereitungsdienste seit mindestens zwei Jahren beschäftigt sind, können im Falle des Bedürfnisses durch die Justizverwaltung mit der zeitweiligen Wahrnehmung richterlicher Geschäfte bei den Amtsgerichten beauftragt werden.

Denselben kann nach näherer Anordnung der Justizverwaltung durch den Amtsrichter, welchem sie zur Ausbildung überwiesen sind, die Erledigung einzelner richterlicher Geschäfte übertragen werden.

Zur Urteilsfällung, zur Beurkundung einer Verfügung von Todeswegen, zur Beurkundung eines Ehevertrags, zur Entscheidung über Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen, sowie zu den Geschäften des Amtsrichters bei Bildung der Schöffengerichte und Schwurgerichte sind Referendare nicht befähigt.

---

§ 3. Die Gerichtsassessoren werden nach ihrer Ernennung einem Amtsgericht oder Landgericht oder mit ihrer Zustimmung einer Staatsanwaltschaft zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen. Die Bezeichnung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft erfolgt durch den Justizminister.

Die Versetzung der Gerichtsassessoren von dem Orte, an welchem sie einem Gericht oder einer Staatsanwaltschaft zur unentgeltlichen Beschäftigung überwiesen sind, ist, vorbehaltlich der Vorschriften in § 4, nur mit ihrer Zustimmung zulässig.

---

§ 4. Die Gerichtsassessoren sind verpflichtet, auf Anordnung des Justizministers die Verwaltung einer Amtsrichterstelle, die Stellung eines Hilfsrichters oder eines Hilfsarbeiters bei der Staatsanwaltschaft zu übernehmen. In diesen Fällen ist ihnen eine Entschädigung nach allgemein festzustellenden Grundsätzen sowie Ersatz der Reisekosten nach Maßgabe der Verordnung vom 15. April 1876 (Gesetz-Samml. S. 107) zu gewähren.

Nach Beendigung des ihnen erteilten Auftrags treten sie bei demjenigen Gerichte oder derjenigen Staatsanwaltschaft wieder ein, wohin sie vor dem erhaltenen Auftrage überwiesen waren.

---

§ 5. Bei den Landgerichten und bei den Strafkammern an den Sitzen der Amtsgerichte sind die Gerichtsassessoren zur Wahrnehmung richterlicher Geschäfte nur befugt, wenn sie als Hilfsrichter bestellt sind.

---

§ 6. Die Befugnis der Gerichtsassessoren, sich als Rechtsanwälte niederzulassen oder bei Rechtsanwälten zu beschäftigen, wird, soweit die Anwaltsordnung Bestimmungen nicht trifft, gesetzlich geregelt.

---

§ 7. Die Richter, einschließlich der Handelsrichter, werden vom Könige ernannt.

---

§ 8. Die Mitglieder der Landgerichte führen den Amtstitel Landrichter. Die bei den Amtsgerichten angestellten Richter führen den Amtstitel Amtsrichter.

§ 9. Die Verleihung der etatsmäßigen Gehälter und Gehaltszulagen an die Richter erfolgt innerhalb des Besoldungsetats nach der durch das Dienstalter bestimmten Reihenfolge. Neu ernannte oder in einen anderen Besoldungsetat versetzte Richter treten nach dem Dienstalter in die Reihenfolge ein. Die für die Bestimmung des Dienstalters maßgebenden Grundsätze werden durch Königliche Verordnung festgesetzt. Die Verordnung kann nur durch Gesetz abgeändert werden.

Die Verleihung einer Gehaltszulage bleibt ausgesetzt, so lange ein Disziplinarverfahren oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens ein Hauptverfahren oder eine Voruntersuchung schwebt. Führt das Verfahren zum Verluste des Amts, so findet eine Nachzahlung des zurückbehaltenen Mehrgehalts nicht statt.

§ 10. Die Gehälter der Landrichter und der Amtsrichter sind nach gleichen Grundsätzen zu bemessen.

§ 11. Andere Vergütungen, als die auf Gesetz beruhenden Gehälter und Entschädigungen oder auf Stiftungen beruhende Bezüge, dürfen den Richtern für richterliche Geschäfte nicht gewährt werden.

Unterstützungen in Fällen eines außerordentlichen Bedürfnisses werden von dieser Vorschrift nicht betroffen.

Zweiter Titel.

Gerichtsbarkeit.

§ 12. Die nachstehend bezeichneten Gerichte wurden aufgehoben:

1. das Obertribunal;
2. in dem Geltungsbereiche der Verordnung vom 2. Januar 1849 die Appellationsgerichte, die Stadtgerichte und Kreisgerichte, sowie die Kammer- und Admiralitätskollegien, einschließlich der Deputationen, Kommissionen und Grundbuchämter, die Fabrikengerichtsdeputationen in Westfalen und die Grundbuchämter in Bergen a. R., Greifswald, Grimmen und Stralsund;
3. in dem Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln:
   der Appellationsgerichtshof, die Landgerichte, Handelsgerichte und Friedensgerichte;
4. in dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Celle:
   das Appellationsgericht, die Obergerichte und Amtsgerichte, einschließlich der Grundbuchämter;
5. in den Bezirken der Appellationsgerichte zu Kiel, Kassel und Wiesbaden:
   die Appellationsgerichte, die Kreisgerichte und Amtsgerichte, einschließlich der Grundbuchämter;
6. in dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. M.:
   das Appellationsgericht, das Stadtgericht, das Stadtamt, das Landjustizamt, das Rügegericht, das Fiskalat und die Transskriptions- und Hypothekenbehörde.

§ 13. Die den Universitätsgerichten und den Kirchspielsgerichten im Lande Hadeln zustehende Gerichtsbarkeit in nicht streitigen Rechtsangelegenheiten wird aufgehoben.

Absatz 2 ist aufgehoben.

§ 14. Die Schöffengerichte in dem Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein sollen, sobald das Fortschreiten der Grundbuchregulierung dieses gestattet, aufgehoben werden. Der Justizminister ist ermächtigt, für die Zwischenzeit die erforderlichen Aenderungen der Instruktion vom 15. Dezember 1853 zu treffen, den Zeitpunkt der Aufhebung der Schöffengerichte zu bestimmen und die Zuständigkeit der Schultheißen und Schöffen, im Auftrage der Gerichte Siegelungen, Inventuren, Taxen und Mobiliarversteigerungen vorzunehmen, anderweit zu regeln.

§ 15. Die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden in der Provinz Hannover

für die auf Führung des Schiffsregisters bezüglichen Geschäfte wird aufgehoben.

§ 16. Die Gerichtsbarkeit der in dem § 12 Nr. 2—6 und in den §§ 13, 14 bezeichneten Gerichte in den Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, geht in dem Umfange, in welchem sie in den einzelnen Landesteilen bisher bestanden hat, auf die in Gemäßheit des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes zu bildenden ordentlichen Gerichte nach näherer Bestimmung des gegenwärtigen Gesetzes über. Dasselbe gilt hinsichtlich der im § 15 bezeichneten Angelegenheiten.

§ 17. Die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte für das Hinterlegungswesen wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt.

Die Gerichtsbarkeit erster und zweiter Instanz in den durch die Gesetze für das Herzogtum Lauenburg vom 14. April 1872 und 7. Dezember 1874 dem Kreisgericht in Ratzeburg zugewiesenen Rechtsstreitigkeiten wird durch Königliche Verordnung geregelt.

§ 18. Der Geheime Justizrat wird unter entsprechender Anwendung des Artikel III des Gesetzes vom 26. April 1851 bei dem Oberlandesgerichte zu Berlin gebildet. Die Gerichtsbarkeit letzter Instanz in den zur Zuständigkeit des Geheimen Justizrats gehörenden Rechtsstreitigkeiten wird durch ein besonderes Gesetz bestimmt, insofern dieselbe nicht in Gemäßheit des § 3 des Einführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze dem Reichsgericht übertragen wird.

§ 19. Die bisher dem Obertribunal zustehende Gerichtsbarkeit letzter Instanz

1. in den Rechtsstreitigkeiten, welche in erster Instanz zur Zuständigkeit der Generalkommissionen oder der die Stelle derselben vertretenden Spruchkollegien gehören,
2. in den Rechtsstreitigkeiten, auf welche das Gesetz vom 19. Mai 1851, betreffend das Verfahren in den nach der Gemeinheitsteilungs-Ordnung zu behandelnden Teilungen und Ablösungen in den Landesteilen des linken Rheinufers, Anwendung findet,
3. in den durch die Gesetze für das Herzogtum Lauenburg vom 14. August 1872 und vom 7. Dezember 1874 bezeichneten Rechtsstreitigkeiten

wird durch ein besonderes Gesetz geregelt, sofern diese Gerichtsbarkeit nicht in Gemäßheit des § 3 des Einführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze dem Reichsgericht übertragen wird.

§ 20. In den durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts, soweit nicht die Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen Anwendung finden, durch das gemeinschaftliche obere Gericht, wenn Streit oder Ungewißheit darüber besteht, welches von mehreren Gerichten örtlich zuständig ist, oder wenn ein gemeinschaftlicher Gerichtsstand zu bestellen ist. In Ermangelung eines gemeinschaftlichen oberen Gerichts erfolgt die Bestimmung durch den Justizminister.

Ist das zuständige Gericht in einem einzelnen Falle an der Ausübung des Richteramts rechtlich oder thatsächlich verhindert, so erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts durch das zunächst höhere Gericht, in Ermangelung eines solchen durch den Justizminister.

Eine Anfechtung der Entscheidung findet nicht statt.

Im Sinne der Vorschriften der Abs. 1, 2 gilt als das dem Landgericht im Instanzenzuge vorgeordnete Gericht das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirke das Landgericht gehört.

Dritter Titel.

Amtsgerichte.

§ 21. Die Sitze und Bezirke der Amtsgerichte werden durch Königliche Verordnung bestimmt.

Dieselben können nach dem 1. Oktober 1882 nur durch Gesetz verändert werden.

Veränderungen solcher Gemeinde- oder Gutsbezirksgrenzen, welche zugleich die Grenzen von Amtsgerichtsbezirken bilden, ziehen von selbst die Veränderung der letzteren Grenzen nach sich.

§ 22. Die Abhaltung von Gerichtstagen außerhalb des Gerichtssitzes kann durch den Justizminister angeordnet werden.

§ 23. Bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten werden die Geschäfte nach örtlich abgegrenzten Bezirken oder, wenn das Interesse der Rechtspflege dies erfordert, nach Gattungen oder nach Gattungen und Bezirken verteilt. Die Verteilung erfolgt durch das Präsidium des Landgerichts im voraus auf die Dauer eines Geschäftsjahres nach den von dem Justizminister festgestellten Grundsätzen.

Die Gültigkeit der Handlung eines Amtsrichters wird dadurch nicht berührt, daß die Handlung nach der Geschäftsverteilung von einem der anderen Amtsrichter vorzunehmen gewesen wäre.

§ 24. Mehrere Richter desselben Amtsgerichts vertreten sich wechselseitig in der durch das Präsidium des Landgerichts im voraus bestimmten Reihenfolge.

Die Vertretung der Amtsrichter durch Richter benachbarter Amtsgerichte kann von der Justizverwaltung im voraus angeordnet werden. Eine solche Anordnung muß erfolgen bei Amtsgerichten, welche nur mit einem Richter besetzt sind. Diese Vertretung erstreckt sich nicht auf den Fall der rechtlichen Verhinderung eines Richters in Angelegenheiten, auf welche der § 36 der Deutschen Civilprozeßordnung oder der § 15 der Deutschen Strafprozeßordnung Anwendung findet.

Angelegenheiten, auf welche die bezeichneten Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen keine Anwendung finden, können, wenn die Vertretung nicht durch Richter desselben Amtsgerichts erfolgen kann, von dem Landgericht einem anderen Amtsgerichte zugewiesen werden.

§ 25 ist aufgehoben.

§ 26. Die Amtsgerichte sind zuständig für die Angelegenheiten, welche bisher durch Einzelrichter zu erledigen waren.

Folgende Angelegenheiten gehören zur Zuständigkeit der Amtsgerichte auch insoweit, als sie bisher durch die Kollegialgerichte erster Instanz zu erledigen waren:

1. das Verlassenschaftswesen, einschließlich der Ausstellung gerichtlicher Erbbescheinigungen;
2. die Vollziehung, Beurkundung und Bestätigung von Handlungen der nicht streitigen Gerichtsbarkeit, einschließlich der Dispensation von Veräußerungsverboten.

§ 27. Der den Häuptern und Mitgliedern der früher reichsständischen Familien eingeräumte Gerichtsstand in Angelegenheiten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit wird durch die vorstehenden Bestimmungen (§ 26) nicht berührt.

§ 28 ist aufgehoben.

§ 29. Die den Gerichten zustehende Verwaltung oder Beaufsichtigung von Stiftungen liegt den Amtsgerichten ob. Durch den Justizminister kann das Landgericht oder das Oberlandesgericht mit der Verwaltung oder Beaufsichtigung beauftragt werden.

§§ 30 bis **32** sind aufgehoben.

Vierter Titel.

Schöffengerichte.

§ 33. Zu dem Amte eines Schöffen sollen außer den im § 34 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes bezeichneten Beamten nicht berufen werden:

1. die vortragenden Räte der Ministerien, einschließlich des Generalinspektors des Katasters;
2. die Provinzialsteuerdirektoren;
3. der Dirigent der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin;
4. die Mitglieder des Oberverwaltungs-

gerichts, sowie die ständigen Mitglieder der Bezirksausschüsse.

§ 34. Der als Beisitzer des Ausschusses für die Auswahl der Schöffen eintretende Staatsverwaltungsbeamte wird von dem Regierungspräsidenten bestellt. Zugleich ist ein Vertreter zu bestellen.

§ 35. Die Vertrauensmänner des Ausschusses werden durch die Kreisvertretungen, in den Hohenzollernschen Landen durch die Amtsvertretungen, in der Provinz Hannover durch die Kreisvertretungen und durch die zu einem Kollegium vereinigten Magistrate und Bürgervorsteher der einem Kreisverbande nicht angehörigen Städte gewählt.

Erstreckt sich der Bezirk des Amtsgerichts über mehrere wahlberechtigte Verbände, so ist die von jedem einzelnen Verbande zu wählende Anzahl der Vertrauensmänner unter Berücksichtigung der Einwohnerzahl durch den Amtsrichter zu bestimmen.

Die Vorschriften der §§ 32—35 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes über die Berufung zum Schöffen- und Geschworenenamte finden auf die zu wählenden Vertrauensmänner entsprechende Anwendung. Die Wahl erfolgt nach der absoluten Mehrheit der Stimmen.

§ 36. Den Vertrauensmännern und den Schöffen werden, sofern sie außerhalb ihres Aufenthaltsorts einen Weg bis zur Entfernung von mehr als zwei Kilometern zurückzulegen haben, an Reisekosten gewährt:

1. bei Reisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges zehn Pfennige;
2. bei Reisen, welche nicht auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden können, für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges zwanzig Pfennige;

im Ganzen jedoch mindestens drei Mark.

Mußte der Vertrauensmann oder Schöffe innerhalb seines Aufenthaltsorts einen Weg bis zur Entfernung von mehr als zwei Kilometern zurücklegen, so sind ihm als Reiseentschädigung für jedes angefangene Kilometer des Hinweges und des Rückweges zwanzig Pfennige zu gewähren.

Fünfter Titel.

Landgerichte.

§ 37. Die Sitze und Bezirke der Landgerichte werden durch Gesetz bestimmt.

Werden bei der ersten Bildung oder bei einer späteren Veränderung der Amtsgerichtsbezirke die Grenzen der Landgerichtsbezirke überschritten, so zieht eine solche Ueberschreitung von selbst die Veränderung der beteiligten Landgerichtsbezirke nach sich.

§ 38. Die Amtsrichter sind verpflichtet, bei dem Landgerichte, in dessen Bezirk sie angestellt sind, die Vertretung eines Richters für einzelne Sitzungen oder Geschäfte zu übernehmen.

Die Einberufung der Vertreter erfolgt durch den Präsidenten des Landgerichts nach einer jährlich vor Beginn des Geschäftsjahres durch das Präsidium des Landgerichts festzusetzenden Reihenfolge.

Für Einberufungen, welche während der Gerichtsferien erfolgen, ist die für das Geschäftsjahr festgestellte Reihenfolge nicht maßgebend.

Die Einberufung ist nur dann statthaft, wenn die Vertretung des verhinderten Mitgliedes durch ein Mitglied des Landgerichts nicht möglich ist.

§ 39. Die Landgerichte sind in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes ausschließlich zuständig:

1. für die Ansprüche der Staatsbeamten gegen den Landesfiskus aus ihrem Dienstverhältnisse;
2. für die Ansprüche gegen den Landesfiskus wegen Verschuldung von Staatsbeamten;
3. für die Ansprüche gegen öffentliche Beamte wegen Ueberschreitung ihrer amtlichen Befugnisse oder wegen pflichtwidriger Unterlassung von Amtshandlungen;

4. für die Ansprüche gegen den Landesfiskus in betreff der Verpflichtung zur Entrichtung einer Erbschaftssteuer oder einer Stempelabgabe.

Die Vorschriften über die Voraussetzungen der Zulässigkeit des Rechtsweges für diese Ansprüche bleiben unberührt.

---

§ 40 ist aufgehoben.

---

§ 41. Soweit nicht andere Bestimmungen getroffen sind, gehören zur Zuständigkeit der Landgerichte alle Angelegenheiten, für welche bisher die aufgehobenen Kollegialgerichte erster Instanz zuständig waren.

Die Vorschriften über die Erledigung einzelner Geschäfte durch den Präsidenten oder den Gerichtsschreiber bleiben in Kraft.

---

§ 42. Die in diesem Gesetze den Landgerichten zugewiesenen Angelegenheiten werden von den Civilkammern erledigt.

---

§ 43. Die gerichtliche Beglaubigung amtlicher Unterschriften zum Zwecke der Legalisation im diplomatischen Wege erfolgt durch den Präsidenten des Landgerichts; sie kann von dem Justizminister auch dem zur Führung der Aufsicht bei einem Amtsgerichte berufenen Richter übertragen werden.

Sechster Titel.

Schwurgerichte.

§ 44. Die Vorschriften des § 33 über die Berufung zum Schöffenamte finden auch auf das Geschworenenamt Anwendung.

---

§ 45. Den Geschworenen werden Reisekosten nach Maßgabe der Vorschriften des § 36 Absatz 1 gewährt.

Siebenter Titel.

Kammern für Handelssachen.

§ 46. Die Vorsitzenden der Kammern für Handelssachen werden mindestens auf die Dauer eines Geschäftsjahres durch den Justizminister bestimmt.

Achter Titel.

Oberlandesgerichte.

§ 47. Die Sitze und Bezirke der Oberlandesgerichte werden durch Gesetz bestimmt.

---

§ 48. Die Amtsrichter und die Landrichter sind verpflichtet, bei dem Oberlandesgerichte, in dessen Bezirk sie angestellt sind, die Vertretung eines Richters für einzelne Sitzungen oder Geschäfte zu übernehmen.

Die Einberufung der Vertreter erfolgt durch den Präsidenten des Oberlandesgerichts nach einer jährlich vor Beginn des Geschäftsjahres durch das Präsidium des Oberlandesgerichts festzusetzenden Reihenfolge.

Für Einberufungen, welche während der Gerichtsferien erfolgen, ist die für das Geschäftsjahr festgestellte Reihenfolge nicht maßgebend.

Die Einberufung ist nur dann statthaft, wenn die Vertretung des verhinderten Mitgliedes durch ein Mitglied des Oberlandesgerichts nicht möglich ist.

---

§ 49. Zur Zuständigkeit der Oberlandesgerichte gehören:

1. alle Angelegenheiten, für welche bisher die Appellationsgerichte als Gerichte erster Instanz zuständig waren, vorbehaltlich der in dem § 29 enthaltenen Vorschriften;

2. die bisher zur Zuständigkeit des Kreisgerichts in Ratzeburg gehörigen Familienfideikommißsachen und die Lehnssachen in Schleswig;
3. die Verhandlung und Entscheidung über die Rechtsmittel in den Angelegenheiten, welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes in erster Instanz zur Zuständigkeit der Landgerichte gehören.

§ 50. Das Oberlandesgericht in Berlin [1]) ist ausschließlich zuständig für die Verhandlung und Entscheidung:
1. über die nicht zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Revisionen gegen Urteile der Strafkammern in erster Instanz;
2. über die Revisionen gegen Urteile der Strafkammern in der Berufungsinstanz und über alle Beschwerden gegen Entscheidungen der Strafkammern, sofern eine nach Landesrecht strafbare Handlung den Gegenstand der Untersuchung bildet.

In den unter Nr. 2 bezeichneten Beschwerdesachen findet bei Zweifeln über die Zuständigkeit der § 388 der Deutschen Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

§§ 51 bis 56 sind aufgehoben.

§ 57. Die in den §§ 20, 29, 49, 87, 93, 94 den Oberlandesgerichten zugewiesenen Angelegenheiten werden von den Civilsenaten erledigt.

Neunter Titel.

Staatsanwaltschaft.

§ 58. Die bestehenden staatsanwaltschaftlichen Behörden werden aufgehoben. Die Zuständigkeit derselben in den Angelegenheiten, welche durch die Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffen werden, geht, insoweit nicht besondere Bestimmungen gegeben sind, in dem Umfange, in welchem sie in den einzelnen Landesteilen bisher bestanden hat, auf die Staatsanwaltschaften bei den ordentlichen Landesgerichten über.

§ 59. Die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten führen den Amtstitel Oberstaatsanwalt, [2]) die ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Landgerichten den Amtstitel Erster Staatsanwalt. Die übrigen Beamten der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten und den Landgerichten führen den Amtstitel Staatsanwalt.

§ 60. Die Oberstaatsanwälte und die Staatsanwälte werden vom Könige ernannt.

§ 61. Die Oberstaatsanwälte und die Staatsanwälte sind nicht richterliche Beamte.

§ 62. Die Amtsanwälte werden auf Widerruf ernannt.

§ 63. Die Geschäfte des Amtsanwalts können von dem Justizminister einem Staatsanwalt, einem Gerichtsassessor, sofern derselbe nicht gleichzeitig mit richterlichen Geschäften in Strafsachen betraut wird, oder einem Referendar übertragen werden. Insoweit diese Befugnis nicht zur Anwendung kommt, erfolgt die Ernennung des Amtsanwalts durch den Oberstaatsanwalt nach Anhörung des Regierungspräsidenten.

§ 64. Vorsteher der Gemeindeverwaltung am Sitze des Amtsgerichts sind verpflichtet, die Geschäfte eines Amtsanwalts zu übernehmen, sofern nicht die örtliche Polizeiverwaltung Königlichen Behörden übertragen ist. Wird von der Gemeindebehörde eine andere geeignete Person in Vorschlag gebracht, welche zur Uebernahme dieser Geschäfte bereit ist, so fällt die Verpflichtung des Vorstehers der Gemeindeverwaltung fort.

Neben dem Vorsteher der Gemeindeverwaltung ist auf Antrag der Gemeindebehörde eine von dieser vorgeschlagene ge-

[1]) Kammergericht.
[2]) Ebenso der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I zu Berlin.

eignete Person zum Stellvertreter des Amtsanwalts zu bestellen. Ueber die Verteilung der Geschäfte entscheidet der Vorsteher der Gemeindeverwaltung.

§ 65. Die Kosten, welche aus der Führung der Amtsanwaltsgeschäfte erwachsen, fallen in jedem Falle dem Staate zur Last. Die nach § 64 ernannten Amtsanwälte erhalten für ihre persönliche Mühwaltung und zur Deckung der sächlichen Kosten eine als Pauschquantum festzusetzende Entschädigung.

§ 66. Im Falle der Verhinderung eines Beamten der Staatsanwaltschaft ist für Geschäfte, welche keinen Aufschub gestatten, nötigenfalls von dem Vorstande des Gerichts ein Vertreter zu bestellen.

Zur Uebernahme einer solchen Vertretung sind die Beamten des Gerichts, einschließlich der Richter, verpflichtet.

§ 67. Mit der einstweiligen Wahrnehmung von Geschäften der Staatsanwaltschaft bei den Oberlandesgerichten und den Landgerichten können nur zum Richteramte befähigte Personen beauftragt werden.

Zehnter Titel.

Gerichtsschreiber.

§ 68. Die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber werden durch Gesetz, die Geschäftsverhältnisse derselben durch den Justizminister bestimmt.

§ 69 ist aufgehoben.

§ 70. Die Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten sind zuständig, Wechselproteste aufzunehmen, sowie Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren vorzunehmen. Sie sollen sich solchen Geschäften nur auf Anordnung des Richters unterziehen.

Absatz 2 ist aufgehoben.

§ 71. Die Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten sind verpflichtet, in gerichtlichen Angelegenheiten, welche von den Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffen werden, Gesuche zu Protokoll zu nehmen. Das Protokoll ist erforderlichenfalls der zuständigen Stelle zu übersenden.

§ 72. Die im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln bestehenden Bestimmungen, nach welchen den Gerichtsschreibern die Vornahme von öffentlichen Versteigerungen im Auftrage der Parteien zusteht, werden aufgehoben.

Elfter Titel.

Gerichtsvollzieher.

§ 73. Die Dienst- und Geschäftsverhältnisse der Gerichtsvollzieher werden durch den Justizminister bestimmt.

§ 74. Die Gerichtsvollzieher sind zuständig:

1. Wechselproteste aufzunehmen;
2. freiwillige Versteigerung von Mobilien, von Früchten auf dem Halm und von Holz auf dem Stamme vorzunehmen;
3. Siegelungen, Entsiegelungen und Inventuren im Auftrage des Gerichts oder des Konkursverwalters vorzunehmen;
4. das thatsächliche Angebot einer Leistung zu beurkunden;
5. öffentliche Verpachtungen an den Meistbietenden im Auftrage des Gerichts vorzunehmen.

Absatz 2 ist aufgehoben.

§ 75 ist aufgehoben.

§ 76. Die Vorschriften des § 156 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes finden in den durch die Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten entsprechende Anwendung.

Zwölfter Titel.

Justizverwaltung.

§ 77. Die Vorstände der Gerichte und der Staatsanwaltschaften sind nach näherer Bestimmung des Justizministers die Organe desselben bei den Geschäften der Justizverwaltung. Sie können bei Erledigung dieser Geschäfte die Mitwirkung der ihrer Aufsicht unterstellten Beamten in Anspruch nehmen.

§ 78. Das Recht der Aufsicht steht zu:
1. dem Justizminister hinsichtlich sämtlicher Gerichte und Staatsanwaltschaften;
2. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts hinsichtlich dieses Gerichts, sowie der Gerichte des Bezirks;
3. dem Präsidenten des Landgerichts hinsichtlich dieses Gerichts, sowie der Gerichte des Bezirks;
4. dem Oberstaatsanwalt und dem Ersten Staatsanwalt hinsichtlich der Staatsanwaltschaften ihres Bezirks;
5. dem ersten Beamten der Staatsanwaltschaft bei einem Amtsgerichte hinsichtlich dieser Staatsanwaltschaft.

Das Recht der Aufsicht erstreckt sich auf alle bei den bezeichneten Behörden angestellten oder beschäftigten Beamten.

§ 79. Bei den nur mit einem Richter besetzten Amtsgerichten steht dem Amtsrichter die Aufsicht über die bei dem Amtsgerichte angestellten oder beschäftigten Beamten zu.

Bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten ist die Aufsicht über die bei denselben angestellten oder beschäftigten nicht richterlichen Beamten durch den Justizminister einem der Richter zu übertragen.

§ 80. In dem Recht der Aufsicht liegt die Befugnis, gegenüber nicht richterlichen Beamten die ordnungswidrige Ausführung eines Amtsgeschäfts zu rügen und die Erledigung eines Amtsgeschäfts durch Ordnungsstrafen bis zum Gesamtbetrage von einhundert Mark zu erzwingen. Der Festsetzung einer Strafe muß die Androhung derselben vorausgehen.

Ob und in welchem Umfange gleichartige Befugnisse gegenüber richterlichen Beamten zur Anwendung gelangen, bleibt der Bestimmung des Disziplinargesetzes vorbehalten.

§ 81. Die im § 80 bezeichnete Befugnis steht ferner zu:
1. den Staatsanwaltschaften bei den Oberlandesgerichten und bei den Landgerichten hinsichtlich derjenigen Beamten des Polizei- und Sicherheitsdienstes, welche Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft sind, mit Ausnahme solcher Beamten, welche ihr Amt als Ehrenamt versehen;
2. den in Gemäßheit des § 73 zu bestimmenden Beamten hinsichtlich der Gerichtsvollzieher.

§ 82. Die Bestimmungen, nach welchen Gerichtsbeamte zum Ersatz von Schäden und Kosten im Aufsichtswege angehalten werden können, werden aufgehoben. Die Vorschriften über die Feststellung und den Ersatz der Kassendefekte bleiben unberührt.

§ 83. Sofern die Aufsicht über besondere Gerichte bisher nicht der Justizverwaltung oder nicht ausschließlich der Justizverwaltung zustand, bleiben die das Recht der Aufsicht betreffenden Vorschriften unberührt.

§ 84. Die Gerichte und die Staatsanwaltschaften sind verpflichtet, auf Verlangen der Aufsichtsbehörden über Angelegenheiten der Gesetzgebung und der Justizverwaltung Gutachten abzugeben.

§ 85. Beschwerden, welche Angelegenheiten der Justizverwaltung, insbesondere den Geschäftsbetrieb und Verzögerungen betreffen, werden im Aufsichtswege erledigt.

§ 86. Sachverständige für gerichtliche Angelegenheit im Allgemeinen zu beeidigen, ist Sache der Justizverwaltung. Das Gleiche gilt für die Ausstellung von Zeugnissen über das in Preußen geltende Recht.

Dreizehnter Titel.

Rechtshilfe.

§ 87. Die Gerichte haben sich in den Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, Rechtshilfe zu leisten. Die Leistung der Rechtshilfe erfolgt unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der §§ 158 bis 160, 162, 164, 167 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes. Eine Anfechtung der Entscheidung des Oberlandesgerichts findet in keinem Falle statt.

Ueber Beschwerden anderer als gerichtlicher Behörden wegen einer vom Gerichte verweigerten Beistandsleistung entscheiden die Oberlandesgerichte; eine Anfechtung dieser Entscheidungen findet nicht statt.

Vierzehnter Titel.

Oeffentlichkeit und Sitzungspolizei.

§ 88. Die Vorschriften der §§ 177 bis 185 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes über die Aufrechterhaltung der Ordnung finden in gerichtlichen Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, entsprechende Anwendung. Sofern in diesen Angelegenheiten eine mündliche Verhandlung nach Vorschrift der Deutschen Prozeßordnungen stattfindet, erfolgt dieselbe öffentlich nach den Bestimmungen der §§ 170—176 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes. Vorstehende Bestimmungen finden auf die zur Zuständigkeit der Auseinandersetzungsbehörden gehörigen Angelegenheiten keine Anwendung.

§ 89. Richter, Staatsanwälte und Gerichtsschreiber tragen in den öffentlichen Sitzungen eine von dem Justizminister zu bestimmende Amtstracht. Dieselbe Vorschrift findet Anwendung auf die in den öffentlichen Sitzungen der Oberlandesgerichte und Landgerichte auftretenden Rechtsanwälte.

Fünfzehnter Titel.

Beratung und Abstimmung.

§ 90. In gerichtlichen Angelegenheiten, welche zu der ordentlichen streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehören, erfolgt die Beratung und Abstimmung nach den Vorschriften der §§ 194—199 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes.

Sechszehnter Titel.

Gerichtsferien.

§ 91. Auf die Angelegenheiten der nicht streitigen Gerichtsbarkeit sind die Gerichtsferien ohne Einfluß. Die Bearbeitung der Vormundschaftssachen, Nachlaßsachen, Lehns-, Familienfideikommiß- und Stiftungssachen kann während der Ferien unterbleiben, soweit das Bedürfnis einer Beschleunigung nicht vorhanden ist.

Im übrigen finden die Vorschriften der §§ 202—204 des Deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes hinsichtlich der durch dieses Gesetz den ordentlichen Gerichten zugewiesenen Angelegenheiten, sowie hinsichtlich der zur Zuständigkeit des Geheimen Justizrats gehörigen Angelegenheiten entsprechende Anwendung.

Siebzehnter Titel.

Schlußbestimmungen.

§§ 92 bis 105 haben gegenwärtig keine Bedeutung mehr.

---

§§ 106 bis 109 sind aufgehoben.

---

§ 110. Die Gerichtsbarkeit der Disziplinargerichte und der Militärgerichte, sowie die gesetzlichen Bestimmungen über Kriegsgerichte werden von den Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

---

§ 111. An die Stelle des § 3 des Gesetzes vom 8. Juni 1860, betreffend die Befugnis der Auditeure zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die Förmlichkeiten der militärischen Testamente und die bürgerliche Gerichtsbarkeit über preußische Garnisonen im Auslande (Gesetz-Samml. S. 240), tritt folgende Bestimmung:

Die aufgenommenen Verhandlungen (§ 1) der freiwilligen Gerichtsbarkeit, sofern sie nicht bloß die Erledigung von Requisitionen betreffen, sind von den Auditeuren, nachdem die etwa erforderlichen Ausfertigungen erteilt worden, dem Amtsgerichte, in dessen Bezirk der betreffende Truppenteil sein Standquartier hat, zur Aufbewahrung und weiteren gesetzlichen Veranlassung zu übersenden.

Ist das Standquartier im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Cöln, so geschieht die Uebersendung an das Amtsgericht zu Wesel.

---

§ 112. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

Ausführungsgesetz
zur
Civilprozeßordnung.

Vom 24. März 1879, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899.

Vorbemerkung.

Die Civilprozeßordnung gilt seit dem 1. Oktober 1879. Damals wurde ihr in Preußen das folgende Ausführungsgesetz beigegeben.

Die Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat einige Aenderungen in der Civilprozeßordnung notwendig gemacht. Deshalb ist am 17. Mai 1898 das Reichsgesetz betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung ergangen. Durch dieses hat die Civilprozeßordnung ihre jetzige Gestalt erhalten. Dem Gesetz vom 17. Mai 1898 ist das nächstfolgende Ausführungsgesetz beigegeben.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Die zulässige Berufung auf den Rechtsweg gegen nicht richterliche Entscheidungen erfolgt nur durch Erhebung der Klage.

§ 2. Die für die Vermögensverwaltung der Deutschen Landesherren und der Mitglieder der Deutschen landesherrlichen Familien, sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern bestehenden Behörden gelten im Sinne der Vorschriften der Civilprozeßordnung als gesetzliche Vertreter derselben für alle zu ihrem Geschäftskreise gehörigen Gegenstände mit den Rechten und Pflichten der gesetzlichen Vertreter einer nicht prozeßfähigen Partei. Die Partei ist jedoch zur Ableistung eines Eides, unbeschadet des Rechts der Ableistung durch einen Bevollmächtigten, selbst verpflichtet, wenn der Eid eine Thatsache betrifft, welche in einer eigenen Handlung der Partei besteht oder Gegenstand ihrer eigenen Wahrnehmung gewesen ist.

Das Gleiche gilt in Ansehung der Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königshauses, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses.

§ 3. Die Entmündigung wegen Verschwendung oder wegen Trunksucht kann auch von dem Armenverbande beantragt werden, dem die Fürsorge für den zu Entmündigenden im Falle seiner Hilfsbedürftigkeit obliegen würde.

§ 4. Die Vorschriften der Civilprozeßordnung und des Einführungsgesetzes zu derselben finden auch auf die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten Anwendung, welche vor dem Geheimen Justizrat verhandelt werden. Die erste Instanz des Geheimen Justizrats gilt hierbei als Landgericht, die zweite als Oberlandesgericht.

§ 5. Die Vorschriften der Civilprozeßordnung über die Wirkungen der Pfändung finden entsprechende Anwendung auf die auf Grund einer Entscheidung oder Anordnung der zuständigen Verwaltungsbehörde, eines Verwaltungsgerichts, einer Auseinandersetzungsbehörde oder eines solchen Instituts, dem die Befugnis zur Zwangsvollstreckung zusteht, bewirkte Pfändung.

Die anderweite Regelung des Verfahrens der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen aus den im ersten Absatze bezeichneten Entscheidungen oder Anordnungen erfolgt im Anschluß an die Vorschriften der Civilprozeßordnung durch Königliche Verordnung.

§ 6. In Neuvorpommern und Rügen erfolgt die Beitreibung von Abgaben und Leistungen an Kirchen, öffentliche Schulen und an deren Beamte nach näherer Bestimmung der Kabinettsorder vom 19. Juni 1836 Nr. 1 und 2 (Gesetz-Samml. S. 198) und des Gesetzes vom 24. Mai 1861 § 15 (Gesetz-Samml. S. 241) im Wege der administrativen Zwangsvollstreckung.

§ 7. Bezweckt das Aufgebotsverfahren die Kraftloserklärung einer Urkunde der im § 808 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art, so erfolgt die Veröffentlichung des Aufgebots und der im § 1017 Abs. 2, 3 und in den §§ 1019, 1020, 1022 der Civilprozeßordnung vorgeschriebenen Bekanntmachungen, unbeschadet der Vorschriften des § 1009 Abs. 3 und des § 1017 Abs. 2 Satz 2, durch einmalige Einrückung in den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts. Das Gericht kann anordnen, daß die Einrückung noch in andere Blätter und zu mehreren Malen erfolge. Die öffentliche Bekanntmachung des Aufgebots erfolgt außerdem durch Anheftung an die Gerichtstafel.

Die Aufgebotsfrist muß mindestens drei Monate betragen.

Unterbleibt die Bekanntmachung des Aufgebots im Deutschen Reichsanzeiger, so beginnt die Aufgebotsfrist mit der ersten Einrückung in den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts. Diese Einrückung tritt in dem bezeichneten Falle bei Anwendung des § 1014 der Civilprozeßordnung an die Stelle der Einrückung in den Reichsanzeiger.

§ 8. Bei Aufgeboten, welche auf Grund der §§ 887, 927, 1104, 1112, 1170, 1171, 1269 des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie auf Grund des § 765 des Handelsgesetzbuchs und des § 110 des Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt, ergehen, erfolgt die Veröffentlichung des Aufgebots in der im § 7 Abs. 1 bestimmten Art. Die Vorschrift des § 7 Abs. 3 Satz 1 findet Anwendung.

Ordnet das Gericht die öffentliche Bekanntmachung des wesentlichen Inhalts des Ausschlußurteils an, so erfolgt sie durch einmalige Einrückung in den öffentlichen Anzeiger des Amtsblatts.

§ 9. Bei Aufgeboten, welche auf Grund des § 1162 des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder des § 136 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 ergehen, erfolgt die Veröffentlichung des Aufgebots, des Ausschlußurteils und des im § 1017 Abs. 3 der Civilprozeßordnung bezeichneten Urteils in der im § 7 Abs. 1 bestimmten Art.

Die Aufgebotsfrist (§§ 1014, 1015 der Civilprozeßordnung) muß mindestens drei Monate betragen. Die Vorschriften des § 7 Abs. 3 finden Anwendung.

§ 10. Die Vorschriften der Civilprozeßordnung über das Aufgebotsverfahren finden auf Aufgebote, deren Zulässigkeit auf landesgesetzlichen Vorschriften beruht, nur Anwendung, wenn nach den bestehenden Vorschriften der Eintritt von Rechtsnachteilen durch besonderen Beschluß des Gerichts festgestellt werden muß.

In den im Abs. 1 bezeichneten Aufgebotsfällen kann nach § 972 der Civilprozeßordnung verfahren werden.

Ist in diesen Fällen nach den bestehenden Vorschriften die Mitteilung des Aufgebots an bestimmte Personen erforderlich, so kann die Zustellung durch Aufgabe zur Post (§§ 175, 213 der Civilprozeßordnung) erfolgen; die Postsendungen sind mit der Bezeichnung „Einschreiben" zu versehen.

---

§ 11. Bei Aufgeboten, welche auf Grund des Artikel 29 § 11 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ergehen, finden die Vorschriften über das Aufgebotsverfahren im Falle des § 1104 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

---

§ 12. Auf das Verfahren bei den nach der Gemeinheitsteilungsordnung zu behandelnden Teilungen und Ablösungen in den Landesteilen des linken Rheinufers finden die Vorschriften der Civilprozeßordnung über Zustellungen, über den Umfang der Verpflichtung dritter Personen zur Vorlegung von Urkunden, über die Berechtigung zur Verweigerung eines Zeugnisses, über die Verpflichtung zur Erstattung eines Gutachtens, über die Vernehmung und Beeidigung von Zeugen und Sachverständigen, über die zur Erzwingung eines Zeugnisses oder Gutachtens zulässigen Maßregeln und über das Verfahren bei der Abnahme von Eiden entsprechende Anwendung. Im übrigen verbleibt es bei den bestehenden Vorschriften des Gesetzes vom 19. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 383). Eine Mitwirkung der Staatsanwaltschaft findet nicht statt.

Bei der Verhandlung und Entscheidung der nach dem Inkrafttreten der Civilprozeßordnung anhängig werdenden Klagen auf Teilung oder Ablösung finden die Vorschriften der §§ 286, 445 bis 477 der Civilprozeßordnung und des § 14 Abs. 2 Nr. 1 bis 3 des Einführungsgesetzes zu derselben Anwendung.

Ausführungsgesetz

zum

Reichsgesetze vom 17. Mai 1898, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung.

Vom 22. September 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Der Artikel 1 ändert das Ausführungsgesetz zur Deutschen Civilprozeßordnung. Die Vorschriften des Artikels sind in dem vorstehend abgedruckten Gesetz enthalten. Es erübrigt sich deshalb ein nochmaliger Abdruck an dieser Stelle.

Artikel 2.

Der § 59 der Feldpolizeiordnung vom 1. November 1847 (Gesetz-Samml. S. 376) wird aufgehoben.

Artikel 3.

Der § 32 Abs. 3 der Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 321) erhält folgende Fassung:

In den Fällen des § 726 Abs. 1, der §§ 727 bis 729, 738, 742, 744, des § 745 Abs. 2 und des § 749 der Deutschen Civilprozeßordnung ist die vollstreckbare Ausfertigung nur auf Anordnung des Amtsgerichts zu erteilen, in dessen Bezirke der Schiedsmann seinen Wohnsitz hat.

Artikel 4.

Das Gesetz, betreffend das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten, vom 18. Februar 1880 (Gesetz-Samml. S. 59) wird dahin geändert:

I. Im § 1 Abs. 2 ist hinter den Worten: „und des Einführungsgesetzes vom 30. Januar 1877“ einzuschalten:

„in der Fassung des Artikel II des Einführungsgesetzes zu dem Reichsgesetze, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung, vom 17. Mai 1898“.

II. Im § 6 ist hinter den Worten „(Gesetz-Samml. S. 281)“ einzuschalten:

„in der Fassung des Artikel 1 Nr. II des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetze vom 17. Mai 1898, betreffend Aenderungen der Civilprozeßordnung“.

III. Als § 10a wird folgende Vorschrift eingestellt:

Für die erste und die zweite Instanz kann einer armen Partei zur unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte in den Instruktions-

terminen einer der bei der Auseinandersetzungsbehörde beschäftigten Beamten, der nicht als Richter angestellt ist, auf Antrag beigeordnet werden, soweit die Instruktionstermine nicht an dem Wohnort oder regelmäßigen Aufenthaltsorte der Partei stattfinden. Die infolge dessen erwachsenden baren Auslagen werden von der Staatskasse bestritten und als Prozeßkosten in Ansatz gebracht.

IV. Der § 19 wird durch folgende Vorschriften ersetzt:

Auf die Verhandlung mit tauben, blinden, stummen oder sonst am Sprechen verhinderten und mit schreibensunfähigen Personen finden die für die Aufnahme gerichtlicher Urkunden gegebenen Vorschriften der §§ 169, 174, des § 177 Abs. 2, 3, des § 178 und, soweit sie sich auf den Gerichtsschreiber und die Zeugen beziehen, der §§ 170 bis 173 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 Anwendung. Das Gleiche gilt von dem Artikel 41 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit. An die Stelle des Gerichtsschreibers tritt ein vereideter Protokollführer.

V. Der § 21 erhält folgende Fassung:

Zur Bewirkung von Zustellungen können sich die Auseinandersetzungsbehörden und ihre Kommissare an Stelle der Gerichtsdiener auch vereideter Boten und anderer Beamten bedienen.

Die in den §§ 211, 213 der Civilprozeßordnung erwähnten Obliegenheiten des Gerichtsschreibers können an Stelle des Kommissars durch einen von diesem hierzu bestellten Beamten wahrgenommen werden.

VI. Der § 24 fällt weg.

VII. Im § 54 tritt an die Stelle des Abs. 5 folgende Vorschrift:

Erscheint in dem ersten zur Leistung eines Eides bestimmten Termine der Schwurpflichtige nicht, so darf ein Urteil erst erlassen werden, wenn innerhalb einer Notfrist von einer Woche nach dem Termin ein Antrag auf nachträgliche Abnahme des Eides nicht gestellt worden ist.

VIII. Der § 56 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

War das Versäumnisurteil vom Reichsgericht erlassen, so sind die Akten mit dem Einspruche diesem Gerichte zu übersenden.

IX. Der § 65 erhält folgende Fassung:

Ein Versäumnisurteil ist in der Berufungsinstanz nicht zu erlassen.

X. Der § 76 erhält folgenden Zusatz: „gegen Entscheidungen in Betreff der Prozeßkosten, unbeschadet der Vorschrift des § 96 Abs. 2 nur, wenn außerdem die Beschwerdesumme den Betrag von einhundert Mark übersteigt".

XI. Als § 83a werden folgende Vorschriften eingestellt:

Die Bestimmung des § 711 der Civilprozeßordnung findet auf die Urteile des Oberlandeskulturgerichts entsprechende Anwendung.

Wenn auf Ausführung des Gegenstandes einer Auseinandersetzung erkannt wird, so finden die §§ 710 bis 719 der Civilprozeßordnung keine Anwendung. Für diesen Fall verbleibt es bei der Vorschrift des § 6 der Verordnung vom 22. November 1844.

XII. Im § 84 wird der letzte Absatz gestrichen.

XIII. Im § 88 werden die Worte: „oder handelt es sich um die Vollstreckung eines Urteils für die Rechtsnachfolger des in demselben bezeichneten Gläubigers oder gegen die Rechtsnachfolger des in demselben bezeichneten Schuldners" ersetzt durch die Worte:

„oder handelt es sich in den Fällen, wo solches zulässig ist, um die Vollstreckung des Urteils für oder gegen eine andere als die in dem Urteile bezeichnete Person".

XIV. Im § 96 wird

a) im Abs. 3 hinter den Worten: „neben den §§ 9", eingeschaltet: „9a, 10a",

b) die Verweisung „(§ 43 des Ausführungsgesetzes vom 10. März 1879)" gestrichen,

c) als Abs. 4 folgende Vorschrift hinzugefügt:

Die §§ 5, 6 des Deutschen Gerichtskostengesetzes sowie die §§ 16, 17, 129 des Preußischen Gerichtskostengesetzes finden Anwendung.

XV. Im § 99 wird hinter dem Worte „ist" eingeschaltet:

„ „unbeschadet der Vorschrift des § 9a des Deutschen Gerichtskostengesetzes,".

XVI. In dem Gesetze werden die angezogenen Vorschriften der Deutschen Civilprozeßordnung durch folgende Vorschriften der Civilprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 20. Mai 1898 ersetzt und zwar:

im § 8 Abs. 3 die §§ 97 bis 100 durch die §§ 102, 104 bis 107;

im § 12 Abs. 1 die §§ 133 bis 144 durch die §§ 142 bis 158;

im § 23 Abs. 1 die §§ 165 bis 172 durch die §§ 180 bis 184, 186 bis 189;

im § 35 Abs. 1 die §§ 217 bis 219, 222 durch die §§ 239 bis 242, 245;

im § 88 die §§ 664, 665 durch den § 726 Abs. 1, die §§ 727 bis 729, 738, 742, 744, den § 745 Abs. 2 und den § 749;

im § 89 Abs. 2 die §§ 678, 681, 685, 693, 698, 699, 771 durch die §§ 758, 761, 765, 766, 779, 787, 789, 790, 885.

Artikel 5.

Der § 10 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, vom 3. August 1897 (Gesetz-Samml. S. 388) erhält folgende Fassung:

In den Fällen des § 726 Abs. 1, der §§ 727 bis 729, 738, 742, 744, des § 745 Abs. 2 und des § 749 der Civilprozeßordnung ist die vollstreckbare Ausfertigung nur auf Anordnung des Amtsgerichts zu erteilen, in dessen Bezirke die Anstalt ihren Sitz hat.

Artikel 6.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

Artikel 7.

Der Justizminister wird ermächtigt, schon vor dem im Artikel 6 bezeichneten Zeitpunkte den Text des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Civilprozeßordnung vom 24. März 1879, wie er sich aus den Aenderungen im Artikel 1 ergiebt, unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen. Hierbei ist der §§ 33 des Gesetzes wegzulassen.

Bezüglich des Textes des Gesetzes, betreffend das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten, vom 18. Februar 1880, wie er sich aus den Aenderungen im Artikel 4 ergiebt, wird dem Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten und dem Justizminister die gleiche Ermächtigung erteilt. Bei der Bekanntmachung sind diejenigen Worte des Gesetzes, welche sich nur auf die die Stelle von Generalkommissionen einnehmenden Regierungen und auf die Spruchkollegien für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten beziehen, sowie die §§ 30, 104 bis 111 des Gesetzes wegzulassen.

In den bekannt zu machenden Texten ist den Verweisungen auf Vorschriften der Civilprozeßordnung das Gesetz in der Fassung des durch den Reichskanzler im Reichs-Gesetzblatte für 1898 S. 410 veröffentlichten Textes, den Verweisungen auf Vorschriften des Preußischen Gerichtskostengesetzes das Gesetz in der Fassung des durch den Justizminister in der Gesetz-Sammlung veröffentlichten Textes zu Grunde zu legen.

Soweit in Gesetzen auf Vorschriften der in den Abs. 1, 2 bezeichneten Gesetze verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften der nach den vorstehenden Bestimmungen bekannt gemachten Texte an ihre Stelle.

Artikel 8.

Soweit in Gesetzen und Verordnungen auf Vorschriften der Verordnung, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, vom 7. September 1879 (Gesetz-Samml. S. 591) verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften einer dieses Verfahren anderweit regelnden Königlichen Verordnung an ihre Stelle.

Ausführungsgesetz
zur
Grundbuchordnung.

Vom 26. September 1899.

Vorbemerkung.

Der Boden ist die Grundlage für Dasein und Entwicklung alles Lebenden. Aus dem Boden zieht der Mensch das zu seiner Nahrung Notwendige, aus ihm nimmt er die Rohprodukte, welche seine Industrie verarbeitet.

Doch der vorhandene Grund und Boden läßt sich überhaupt nicht vermehren, in hochkultivierten Ländern wird sogar fast jedes Stück brauchbaren Bodens vom Menschen in irgend einer Weise benutzt, und es läßt sich daher dort auch die nutzbare Fläche kaum irgend vergrößern.

Ein umso größeres Interesse hat die Allgemeinheit daran, daß alle Rechtsverhältnisse der einzelnen Teile des Bodens, der Grundstücke, in unzweifelhafter Weise festgestellt werden, und daß jeder Interessent die Möglichkeit habe, sich über die Verhältnisse des einzelnen Grundstückes Auskunft zu verschaffen.

Deshalb wurde in Deutschland schon früh die Veräußerung von Grundstücken an eine besondere Form, die Auflassung, geknüpft, welche Zweifel möglichst auszuschließen bestimmt war, und es wurden gewisse rechtliche Beziehungen des Grundstückes in öffentliche Bücher eingetragen.

So entstanden die Grundbücher, im größten Teil Preußens insbesondere durch die Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 eingeführt, nachdem schon früher andere öffentliche Bücher, z. B. die Hypothekenbücher, bestanden hatten.

Durch die Reichsgrundbuchordnung wurden die Grundbücher auf ganz Deutschland ausgedehnt. Sie hat dieselbe Grundlage, wie die Preußische Grundbuchordnung, nämlich das Deutsche Recht, und ist ihr auch in den einzelnen Bestimmungen ähnlich.

Die Reichsgrundbuchordnung setzt aber für ihre praktische Durchführung noch mancherlei ergänzende Vorschriften der Landesgesetzgebung voraus. Diese giebt, neben anderen Bestimmungen, das Preußische Ausführungsgesetz. Auch dieses Gesetz schließt sich ziemlich eng an die Preußische Grundbuchordnung an, es wird daher der Uebergang zum neuen Grundbuchrecht in Preußen sich verhältnismäßig leicht und einfach gestalten.

Neben landesgesetzlichen Bestimmungen läßt die Reichsgrundbuchordnung in den §§ 85 bis 92 Raum für landesherrliche Verordnungen und in den §§ 93 bis 97 für Anordnungen der Landesjustizverwaltung, in Preußen also des Justizministers.

Neben landesgesetzlichen Bestimmungen läßt die Reichsgrundbuchordnung stehen, wie dies auch bei den übrigen Ausführungsgesetzen der Fall ist, meist ohne Zusammenhang untereinander da, sie bieten auch nicht alle ein gleiches allgemeines Interesse.

Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die Reichsgrundbuchordnung beginnt in § 1: „Die Grundbücher werden von den Grundbuchämtern geführt.“ Ueber Bildung dieser Grundbuchämter und Regelung ihrer Zuständigkeit schweigt die Grundbuchordnung aber. Das Ausführungsgesetz füllt in den Artikeln 1 bis 10 diese Lücke.

In gleicher Weise wie bisher in Preußen sind Grundbuchämter die Amtsgerichte, und zwar ist der Grundbuchrichter zuständig für alle im Bezirk des Amtsgerichtes belegenen Grundstücke. So war es schon vor dem 1. Januar 1900. Doch bestand damals eine Ausnahme von diesem Grundsatz: für gewisse adelige und denen gleichgestellte Güter in Schleswig-Holstein wurde ein besonderes Grundbuch beim Amtsgericht in Kiel geführt, obgleich die Grundstücke nicht im Bezirk des genannten Amtsgerichts lagen. Diese Ausnahme ist jetzt aufgehoben.

Besonders gesetzlich geregelt wird die Zuständigkeit in den Fällen des § 890 des Bürgerlichen Gesetzbuches, welcher lautet:

> Mehrere Grundstücke können dadurch zu einem Grundstücke vereinigt werden, daß der Eigentümer sie als ein Grundstück in das Grundbuch eintragen läßt.
>
> Ein Grundstück kann dadurch zum Bestandteil eines andern Grundstücks gemacht werden, daß der Eigentümer es diesem im Grundbuche zuschreiben läßt.

Liegen die mehreren Grundstücke im Bezirke verschiedener Grundbuchämter, so wird das zuständige Grundbuchamt im Falle des ersten Abschnittes durch das gemeinschaftliche obere Gericht der Grundbuchämter bestimmt, in deren Bezirk die einzelnen Grundstücke liegen. Ist

ein gemeinschaftliches oberes Gericht für die mehreren Grundbuchämter nicht vorhanden, liegen etwa beide im Bezirk eines verschiedenen Oberlandesgerichts, so entscheidet der Justizminister.

Dasselbe gilt, wenn es streitig oder ungewiß ist, welches von mehreren Grundbuchämtern für ein bestimmtes Grundstück zuständig ist.

Im Falle des Absatz 2 § 890 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist zuständig das Grundbuchamt für das Grundstück, welchem das andere Grundstück zugeschrieben werden soll.

Der Zeitpunkt, in welchem ein Antrag auf Eintragung in das Grundbuch, z. B. eines neuen Eigentümers oder einer Hypothek, gestellt worden ist, kann von großer Wichtigkeit werden, denn von der Reihenfolge der Anträge hängt die Reihenfolge der Eintragung und die Reihenfolge im Recht ab. Deshalb muß der Grundbuchrichter oder der Gerichtsschreiber auf jeden Antrag ein sogenanntes „Präsentatum" oder „Präsentationsvermerk" setzen, aus dem Jahr, Tag, Stunde und Minute des Einganges des Antrages ersichtlich ist. Diesen Vermerk kann nach Artikel 4 nur der Grundbuchrichter oder der mit Führung des Grundbuchs beauftragte Gerichtsschreiber mit Wirksamkeit auf den Antrag setzen, kein anderer Richter oder Gerichtsschreiber desselben oder eines anderen Gerichts. Maßgebend ist also beispielsweise nicht der Zeitpunkt, in welchem ein Antrag auf der Anmeldestube zu Protokoll des Gerichtsschreibers erklärt wird, sondern erst der Zeitpunkt, in welchem der Antrag von der Anmeldestube aus zum Grundbuchamt gegeben wird.

Bei großen Amtsgerichten sind häufig mehrere Grundbuch-Abteilungen. Bezieht sich nun ein Eintragungsantrag auf mehrere Grundstücke, die verschiedenen Abteilungen zugewiesen sind, so ist das Präsentatum des Grundbuchbeamten, der den Antrag zuerst bekommt, maßgebend auch für die anderen Abteilungen zugewiesenen Grundstücke.

Der § 29 der Grundbuchordnung fordert, daß die zur Eintragung in das Grundbuch erforderlichen Erklärungen, zum Beispiel die Eintragungsbewilligung, vor dem Grundbuchamte zu Protokoll gegeben oder durch öffentliche oder wenigstens öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen werden. Wird eine solche Erklärung zu Protokoll gegeben, so ist nach Artikel 5 das Protokoll vom Richter aufzunehmen.

Nach § 12 der Grundbuchordnung hat der Staat den Beteiligten den von einem Grundbuchbeamten (Richter oder Gerichtsschreiber) durch vorsätzliche oder fahrlässige Verletzung seiner Amtspflicht zugefügten Schaden nach Maßgabe des § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu ersetzen, d. h. der Staat braucht den Schaden nicht zu ersetzen, wenn der Geschädigte vorsätzlich oder fahrlässig ein Rechtsmittel nicht eingelegt

hat, obgleich hierdurch der Schaden hätte abgewendet werden können; der Staat muß aber im übrigen den Schaden unbedingt ersetzen, wenn der Beamte den Schaden vorsätzlich verursacht hat, er braucht den Schaden bei bloßer Fahrlässigkeit des Beamten nur für den Fall zu ersetzen, daß der Beschädigte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermochte.

Hat der Staat in dieser Weise Schadensersatz geleistet, so kann er seinerseits vom Beamten Ersatz fordern, wenn dieser vorsätzlich oder grob fahrlässig gehandelt hat, sonst nicht. Dieser Anspruch des Staates kann aber nur innerhalb dreier Jahre von der Zeit an, zu welcher der Staat seine Ersatzpflicht dem Verletzten gegenüber anerkannt hat, oder zu welcher die Ersatzpflicht dem Staat gegenüber rechtskräftig festgestellt ist. So bestimmt der Artikel 8.

Der Artikel 10 will die Umschreibung kleiner Grundstücke dadurch verbilligen, daß die Erbscheinsgebühr, die den Grundbesitz außerordentlich belastet, vermieden werden kann. Durch diese Ermäßigung der Kosten soll die Fortvererbung des Grundbesitzes in der Familie begünstigt werden. Das hiernach beizubringende Zeugnis des Nachlaßgerichts genügt zum Nachweise der Erbfolge, ersetzt aber keineswegs die Auflassungserklärung. Diese muß außerdem noch vorgenommen werden.

Der Artikel 11 schließt gewisse öffentliche Lasten des Grundstücks von der Eintragung in das Grundbuch aus. Es sind dies die in den §§ 1 und 2 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung aufgeführten Lasten:

1. die zur Erfüllung der Deichpflicht erforderlichen Beiträge und Leistungen, ohne Unterschied, ob sie von der zuständigen Staatsbehörde ausgeschrieben sind oder aus der auf einem Deichverbande beruhenden Deichpflicht entspringen;
2. die auf einem nicht privatrechtlichen Titel beruhenden Abgaben und Leistungen, die auf dem Grundstücke nach Gesetz oder Verfassung haften (gemeine Lasten), namentlich:
   a) Abgaben und Leistungen, die aus dem Kommunal-, Kirchen-, Pfarr- oder Schulverband entspringen oder an Kirchen, Pfarren, Schulen, Kirchen- oder Schulbediente zu entrichten sind;
   b) Beiträge, die aus der Verpflichtung zu öffentlichen Wege-, Wasser- oder Uferbauten entstehen;
   c) Beiträge, die an öffentliche Meliorationsgenossenschaften oder andere einen gemeinnützigen Zweck verfolgende Körperschaften des öffentlichen Rechtes, insbesondere an Verbände, welche die Versicherung ihrer Mitglieder gegen den durch

Brand, Hagelschlag oder Viehsterben entstehenden Schaden bezwecken, zu entrichten sind.

Soweit solche Lasten aber schon vor dem Inkrafttreten der Grundbuchordnung eingetragen sind, bleiben sie stehen und dürfen nicht von Amtswegen gelöscht werden.

Des weiteren giebt das Ausführungsgesetz Vorschriften über Eintragungen bei Rentenbankrenten und Domänenamortisationsrenten (Artikel 12), bei Grundstücken, die nicht in freiem Eigentum stehen (Artikel 15), bei Familienfideikommissen, Lehen- und Stammgütern (Artikel 16 bis 19), ferner über lastenfreie Abschreibung auf Grund eines Unschädlichkeitszeugnisses (Artikel 20), über die Behandlung der Bergwerke, der selbständigen Kohlenbaugerechtigkeiten und der sonstigen selbständigen Gerechtigkeiten (Artikel 22 bis 28).

Einige weitere hier in Betracht kommenden Bestimmungen finden sich in anderen Gesetzen:

Ueber die Ausschließung und Ablehnung des Richters und des Gerichtsschreibers bestimmen außer den §§ 41 bis 49 der Civilprozeßordnung die §§ 6, 7 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Die Gewährung des Armenrechts behandelt der § 14 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, ferner die §§ 114 bis 127 der Civilprozeßordnung und die §§ 34 bis 36 der Rechtsanwaltsordnung.

Die letzteren bestimmen:

1. daß einer Partei, welcher das Armenrecht bewilligt ist, auch insoweit eine Vertretung durch Anwälte nicht geboten ist, zur vorläufig unentgeltlichen Wahrnehmung ihrer Rechte von dem Gericht erster Instanz ein Rechtsanwalt auf Antrag beigeordnet werden könne,
2. daß gegen die Entscheidung, durch welche die Beiordnung eines Rechtsanwalts abgelehnt werde, der Partei die Beschwerde nach Maßgabe der Civilprozeßordnung zustehe,
3. daß die Auswahl eines beizuordnenden Rechtsanwalts durch den Vorsitzenden des Gerichts aus der Zahl der bei diesem zugelassenen Rechtsanwälte erfolge, und daß gegen die Verfügung der Partei und dem Rechtsanwalt die Beschwerde nach Maßgabe der Civilprozeßordnung zustehe.

Ueber die Verhängung von Ordnungsstrafen, die in den Fällen der §§ 62 Absatz 2 und 70 Absatz 1 von Bedeutung sein können, bestimmt § 33 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, der lautet:

Soll in den gesetzlich zugelassenen Fällen jemand durch Ordnungsstrafen zur Befolgung einer gerichtlichen Anordnung angehalten werden, so muß der Festsetzung der Strafe eine Androhung vorausgehen. Die einzelne Strafe darf den Betrag von dreihundert Mark nicht übersteigen.

Ferner gehören hierher die Artikel 15 bis 18 des Preußischen Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (man vergleiche weiter unten).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

Die Amtsgerichte sind die Grundbuchämter für die in ihrem Bezirke belegenen Grundstücke.

Artikel 2.

Liegt ein Grundstück in den Bezirken mehrerer Grundbuchämter oder sollen mehrere in den Bezirken verschiedener Grundbuchämter belegene Grundstücke zu einem Grundstücke vereinigt werden, so ist das zuständige Grundbuchamt nach § 20 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze[1]) zu bestimmen.

Artikel 3.

Soll ein Grundstück einem in dem Bezirk eines anderen Grundbuchamts belegenen Grundstück als Bestandteil zugeschrieben werden, so ist für die Entscheidung über den Antrag auf Zuschreibung und, wenn dem Antrage stattgegeben wird, für die Führung des Grundbuchs über das ganze Grundstück das andere Grundbuchamt zuständig.

Artikel 4.

Für die Entgegennahme eines auf eine Eintragung gerichteten Antrags oder Ersuchens und die Beurkundung des Zeitpunkts, in welchem der Antrag oder das Ersuchen bei dem Grundbuchamt eingeht, sind nur die mit der Führung des Grundbuchs über das betreffende Grundstück beauftragten Beamten, und zwar sowohl der Richter als auch der Gerichtsschreiber, zuständig.

Bezieht sich der Antrag oder das Ersuchen auf mehrere Grundstücke, in Ansehung deren die Führung des Grundbuchs verschiedenen Grundbuchbeamten obliegt, so ist jeder dieser Beamten zuständig.

---

[1]) § 20. In den durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts, soweit nicht die Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen Anwendung finden, durch das gemeinschaftliche obere Gericht, wenn Streit oder Ungewißheit darüber besteht, welches von mehreren Gerichten örtlich zuständig ist, oder wenn ein gemeinschaftlicher Gerichtsstand zu bestellen ist. In Ermangelung eines gemeinschaftlichen oberen Gerichts erfolgt die Bestimmung durch den Justizminister.

Ist das zuständige Gericht in einem einzelnen Falle an der Ausübung des Richteramts rechtlich oder thatsächlich verhindert, so erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts durch das zunächst höhere Gericht, in Ermangelung eines solchen durch den Justizminister.

Eine Anfechtung der Entscheidung findet nicht statt.

Im Sinne der Vorschriften des Abs. 1, 2 gilt als das dem Landgericht im Instanzenzuge vorgeordnete Gericht das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirke das Landgericht gehört.

Artikel 5.

Wird eine Erklärung, welche der im § 29 der Grundbuchordnung [1]) vorgeschriebenen Form bedarf, vor dem Grundbuchamt abgegeben, so ist das Protokoll von dem Richter aufzunehmen.

Artikel 6.

Die Eintragungen sollen von dem Richter mit Angabe des Wortlauts verfügt, von dem Gerichtsschreiber ausgeführt und von beiden unterschrieben werden.

Artikel 7.

Die Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefe sowie die nachträglich auf sie gesetzten Vermerke sind von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Auch die beglaubigten Abschriften aus dem Grundbuche sind von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Artikel 8.

Verletzt ein Grundbuchbeamter vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit die ihm obliegende Amtspflicht, so trifft ihn dem Staate gegenüber die im § 839 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [2]) bestimmte Verantwortlichkeit. Die im § 852 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [3]) vorgesehene dreijährige Verjährung beginnt mit dem Zeitpunkt, in welchem die Ersatzpflicht des Staates von diesem dem Verletzten gegenüber anerkannt oder dem Staate gegenüber rechtskräftig festgestellt ist.

Artikel 9.

Erklärungen oder Ersuchen einer Behörde, auf Grund deren eine Eintragung erfolgen soll, sind ordnungsmäßig zu unterschreiben und mit Siegel oder Stempel zu versehen.

Artikel 10.

Soll bei einem zum Nachlaß oder zu dem Gesamtgut einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft gehörenden Grundstück oder Erbbaurecht einer von den Beteiligten als Eigentümer oder Erbbauberechtigter eingetragen werden, so finden die Vorschriften der §§ 37, 38 der Grundbuchordnung [4]) entsprechende Anwendung.

Die Vorschriften über die Zuständigkeit zur Beurkundung der Auflassung bleiben unberührt.

---

[1]) § 29. Eine Eintragung soll nur erfolgen, wenn die Eintragungsbewilligung oder die sonstigen zu der Eintragung erforderlichen Erklärungen vor dem Grundbuchamte zu Protokoll gegeben oder durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen werden. Andere Voraussetzungen der Eintragung bedürfen, soweit sie nicht bei dem Grundbuchamt offenkundig sind, des Nachweises durch öffentliche Urkunden.

[2]) § 839. Verletzt ein Beamter vorsätzlich oder fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er dem Dritten den daraus entstehenden Schaden zu ersetzen. Fällt dem Beamten nur Fahrlässigkeit zur Last, so kann er nur dann in Anspruch genommen werden, wenn der Verletzte nicht auf andere Weise Ersatz zu erlangen vermag.

Verletzt ein Beamter bei dem Urteil in einer Rechtssache seine Amtspflicht, so ist er für den daraus entstehenden Schaden nur dann verantwortlich, wenn die Pflichtverletzung mit einer im Wege des gerichtlichen Strafverfahrens zu verhängenden öffentlichen Strafe bedroht ist. Auf eine pflichtwidrige Verweigerung oder Verzögerung der Ausübung des Amtes findet diese Vorschrift keine Anwendung.

Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn der Verletzte vorsätzlich oder fahrlässig unterlassen hat, den Schaden durch Gebrauch eines Rechtsmittels abzuwenden.

[3]) § 852. Der Anspruch auf Ersatz des aus einer unerlaubten Handlung entstandenen Schadens verjährt in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in welchem der Verletzte von dem Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in dreißig Jahren von der Begehung der Handlung an.

[4]) § 37. Soll bei einer zu einem Nachlasse gehörenden Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld einer von mehreren Erben als neuer Gläubiger eingetragen werden, so genügt zum Nachweise der Erbfolge und der Eintragungsbewilligung der Erben ein Zeugnis des Nachlaßgerichts.

Artikel 11.

Die öffentlichen Lasten des Grundstücks, die bei der Zwangsversteigerung und der Zwangsverwaltung den Rechten an dem Grundstück im Range vorgehen, sind von der Eintragung in das Grundbuch ausgeschlossen.

Unberührt bleiben die Vorschriften des § 17 Abs. 4 und des § 39 des Gesetzes, betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, vom 6. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 416).

Artikel 12.

Die Rentenbankrenten und die Domänen-Amortisationsrenten werden im Geltungsbereiche des Gesetzes über die Errichtung von Rentenbanken vom 2. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 112) nach dessen Vorschriften eingetragen. Diese Vorschriften treten statt der entgegenstehenden bisherigen Bestimmungen auch für die Provinz Hannover in Kraft. Die Vorschriften des § 6 Nr. 6 des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 279) und des § 23 Abs. 3 Nr. 3 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896 (Gesetz-Samml. S. 124) bleiben unberührt.

Im übrigen ist der Inhalt der von den Auseinandersetzungsbehörden bestätigten Rezesse nur in folgenden Fällen in das Grundbuch einzutragen:

1. wenn ein im Grundbuche vermerktes Sach- oder Rechtsverhältnis aufgehoben oder verändert wird;
2. wenn für ein mit dem Eigentum an dem Grundstücke verbundenes Recht eine Entschädigung durch ein bar oder in Rentenbriefen zu zahlendes Kapital von mehr als sechzig Mark gewährt wird;
3. wenn das Grundstück mit einem Rechte, das zu seiner Begründung der Eintragung in das Grundbuch bedarf, neu belastet wird.

Artikel 13.

Sind auf Ersuchen der Auseinandersetzungsbehörde über die Vorschriften des Artikel 12 hinausgehende Eintragungen erfolgt, so kann die Auseinandersetzungsbehörde das Grundbuchamt um die Löschung ersuchen; auf Antrag des Eigentümers hat sie die Löschung herbeizuführen. Die Löschung erfolgt kostenfrei.

Artikel 14.

Die Auseinandersetzungsbehörden sind in einem vor ihnen anhängigen Verfahren befugt, das Grundbuchamt um die Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung eines Eigentümers zu ersuchen und den Eigentümer zur Beibringung der nach ihrem Ermessen zum Nachweise des Eigentums erforderlichen Urkunden durch Ordnungsstrafen anzuhalten. Die einzelne Strafe darf den Betrag von dreihundert Mark nicht übersteigen.

Artikel 15.

Lehns-, Meier-, Erbzins- und Erbleihegüter sowie sonstige Güter, an denen ein Obereigentum besteht, Erbpacht- und Familienfideikommißgüter sowie die nach dem Großherzoglich Hessischen Gesetze vom 11. September 1858 (Reg.-Bl. S. 537) errichteten landwirtschaftlichen Erbgüter sind auf den Namen des jeweilig zu Besitz und Nutzung Berechtigten einzutragen. Die Eigenschaft des Gutes ist als Verfügungsbeschränkung einzutragen.

Gehört zu dem Verband eines Gutes der bezeichneten Art eine Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, so finden die Vorschriften des Abs. 1 entsprechende Anwendung; gehört das Recht zu einem Familienfideikommisse, so findet außer den Vorschriften des Abs. 1 auch die Vor-

---

Das Zeugnis darf nur ausgestellt werden, wenn die Voraussetzungen für die Erteilung eines Erbscheines vorliegen und die Erklärung der Erben vor dem Nachlaßgerichte zu Protokoll gegeben oder durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen sind.

§ 38. Die Vorschriften des § 37 finden entsprechende Anwendung, wenn bei einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld, die zu dem Gesamtgut einer ehelichen Gütergemeinschaft oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft gehört, ein Beteiligter, auf den das Recht bei der Auseinandersetzung übertragen ist, als neuer Gläubiger eingetragen werden soll.

schrift des § 41 Abs. 1 der Grundbuchordnung [1]) entsprechende Anwendung.

Artikel 16.

Bei Familienfideikommissen, die unter Aufsicht einer Fideikommißbehörde stehen, erfolgt die Eintragung der Fideikommißeigenschaft auf Ersuchen dieser Behörde, die Eintragung des Fideikommißfolgers auf Grund einer Bescheinigung der Behörde über seine Berichtigung, die Löschung der Fideikommißeigenschaft auf Grund einer Bescheinigung der Behörde über das Erlöschen oder auf Grund eines von der Behörde bestätigten Familienschlusses über die Aufhebung der Eigenschaft.

Auf die Bescheinigung über die Berechtigung des Fideikommißfolgers finden die für den Erbschein geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Artikel 17.

Fideikommißbehörde im Sinne des Artikel 16 ist die Behörde, welche gesetzlich als solche bestellt oder welcher das Fideikommiß stiftungsmäßig zur Beaufsichtigung unterstellt ist.

Ein Fideikommiß kann fortan stiftungsmäßig nur dem Oberlandesgerichte zur Beaufsichtigung unterstellt werden. Die Bestimmung bedarf der Genehmigung des Justizministers, sofern nicht die Verfügung, durch die sie getroffen wird, der landesherrlichen Genehmigung unterliegt.

Artikel 18.

In Ermangelung einer Fideikommißbehörde erfolgt die Eintragung sowie die Löschung der Fideikommißeigenschaft auf Grund des Nachweises ihrer Entstehung oder Endigung, die Eintragung des Fideikommißfolgers auf Grund der Bescheinigung des Gerichts über die Berechtigung des Fideikommißfolgers.

Auf die Bescheinigung finden die für den Erbschein geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung. Zuständig für die Erteilung ist das Amtsgericht, bei welchem das Grundbuch über den Gegenstand des Fideikommisses geführt wird. Umfaßt das Fideikommiß Gegenstände, über die das Grundbuch von verschiedenen Amtsgerichten geführt wird, so ist das örtlich zuständige Gericht nach § 20 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze zu bestimmen.

Artikel 19.

Auf die Eintragung eines Lehnsfolgers und die Löschung der Lehnseigenschaft finden die Vorschriften des Artikel 16, auf die Eintragung sowie die Löschung der Stammgutseigenschaft und die Eintragung des Stammgutsnachfolgers finden die Vorschriften des Artikel 18 entsprechende Anwendung.

Bei Erbstammgütern nach Bremischem Ritterrechte kann die Eintragung sowie die Löschung auch auf Antrag des Präsidiums der Bremischen Ritterschaft (§ 7 des revidierten Ritterrechts vom 19. April 1847) erfolgen.

Artikel 20.

Im Falle der Veräußerung eines Teiles eines Grundstücks, das im Lehns-, Fideikommiß-, Erbstammguts-, Stammguts- oder Leiheverbande steht oder mit Reallasten, Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden belastet ist, kann der Teil auf Grund eines Unschädlichkeitszeugnisses der zuständigen Behörde frei von allen oder einzelnen Belastungen des Hauptgrundstücks von diesem ohne die Bewilligung der Berechtigten unter folgenden Voraussetzungen abgeschrieben werden:

1. Wird der Grundstücksteil gegen Auferlegung einer Rente veräußert, so kann die Abschreibung nur erfolgen, wenn gleichzeitig die Rente auf dem

---

[1]) § 41 Abs. 1. Ist derjenige, dessen Recht durch eine Eintragung betroffen wird, Erbe des eingetragenen Berechtigten, so findet die Vorschrift des § 40 Abs. 1 keine Anwendung, wenn die Uebertragung oder die Aufhebung des Rechtes eingetragen werden soll oder wenn der Eintragungsantrag durch die Bewilligung des Erblassers oder eines Nachlaßpflegers oder durch einen gegen den Erblasser oder den Nachlaßpfleger vollstreckbaren Titel begründet wird.

§ 40 Abs. 1. Eine Eintragung soll nur erfolgen, wenn derjenige, dessen Recht durch sie betroffen wird, als der Berechtigte eingetragen ist.

Grundstücksteile mit dem Vorrange vor sonstigen Belastungen als Reallast zu Gunsten des jeweiligen Eigentümers des Hauptgrundstücks eingetragen und auf dem Blatte des Haupt:grundstücks vermerkt wird. Zu den Belastungen, denen die Rente vorzugehen hat, gehören nicht die auf Grund des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 279) festgestellten Rentenbankrenten.

2. Wird der Grundstücksteil gegen ein anderes Grundstück vertauscht, so kann die Abschreibung nur erfolgen, wenn gleichzeitig das eingetauschte Grundstück dem Hauptgrundstück als Bestandteil zugeschrieben wird; ist ein Ausgleichungskapital festgestellt, so finden auf dieses die unter Nr. 3 für ein vereinbartes Kaufgeld gegebenen Vorschriften Anwendung.

3. Ist der Grundstücksteil verkauft, so kann die Abschreibung nur erfolgen:
   a) wenn gleichzeitig auf dem Grundstücksteil eine Hypothek für die Kaufgeldforderung zur ersten Stelle und die Zugehörigkeit dieser Forderung zu dem Verbande, dem das Hauptgrundstück angehört, oder ein Pfandrecht an der Forderung für diejenigen Reallastberechtigten, Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldgläubiger eingetragen wird, deren Bewilligung durch das Unschädlichkeitszeugnis ersetzt wird;
   b) wenn die Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt, daß das Kaufgeld zu ihrer Verfügung hinterlegt oder sichergestellt oder daß die Verwendung des Kaufgeldes erfolgt oder nicht erforderlich ist.

4. Wird der Grundstücksteil zu öffentlichen Zwecken unentgeltlich veräußert, so kann die Abschreibung nur erfolgen, wenn die Auseinandersetzungsbehörde bescheinigt, daß mit der Ausführung der öffentlichen Anlage begonnen ist.

Auf eine Eintragung, die auf Grund des Unschädlichkeitszeugnisses bei einer Hypothek, einer Grundschuld oder einer Rentenschuld zu bewirken ist, finden die Vorschriften der §§ 42 bis 44 der Grundbuchordnung [1]) keine Anwendung. Wird der Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbrief nachträglich vorgelegt, so hat das Grundbuchamt die Eintragung auf dem Briefe zu vermerken.

---

[1]) § 42. Bei einer Hypothek, über die ein Brief erteilt ist, soll eine Eintragung nur erfolgen, wenn der Brief vorgelegt wird. Für die Eintragung eines Widerspruchs bedarf es der Vorlegung nicht, wenn die Eintragung durch eine einstweilige Verfügung angeordnet ist, und der Widerspruch sich darauf gründet, daß die Hypothek oder die Forderung, für welche sie bestellt ist, nicht bestehe oder einer Einrede unterliege oder daß die Hypothek unrichtig eingetragen sei.

Der Vorlegung des Hypothekenbriefes steht es gleich, wenn in den Fällen der §§ 1162, 1170, 1171 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Grund des Ausschlußurteils die Erteilung eines neuen Briefes beantragt wird. Soll die Erteilung des Briefes nachträglich ausgeschlossen oder die Hypothek gelöscht werden, so genügt die Vorlegung des Ausschlußurteils.

§ 43. Die Vorschriften des § 42 finden auf die Grundschuld und die Rentenschuld entsprechende Anwendung. Ist jedoch das Recht für den Inhaber des Briefes eingetragen, so bedarf es der Vorlegung des Briefes nur dann nicht, wenn der Eintragungsantrag durch die Bewilligung eines nach § 1189 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellten Vertreters oder durch eine gegen ihn erlassene gerichtliche Entscheidung begründet wird.

§ 44. Bei einer Hypothek für die Forderung aus einer Schuldverschreibung auf den Inhaber, aus einem Wechsel oder einem anderen Papiere, das durch Indossament übertragen werden kann, soll eine Eintragung nur erfolgen, wenn die Urkunde vorgelegt wird; die Eintragung ist auf der Urkunde zu vermerken.

Diese Vorschrift findet keine Anwendung, wenn eine Eintragung auf Grund der Bewilligung eines nach § 1189 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestellten Vertreters oder auf Grund einer gegen diesen erlassenen gerichtlichen Entscheidung bewirkt werden soll.

Artikel 21.

Die satzungsmäßigen Vorschriften, welche für die zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden landschaftlichen oder ritterschaftlichen Kreditanstalten über die Aufnahme, Eintragung oder Löschung der Pfandbriefdarlehen sowie über die Umschreibung eingetragener Forderungen in Pfandbriefdarlehen und die Umwandlung der Pfandbriefe ergangen sind, bleiben in Kraft.

Als landschaftliche Kreditanstalten im Sinne des Abs. 1 gelten auch die provinzial-(kommunal-)ständischen öffentlichen Grundkreditanstalten.

Artikel 22.

Die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften der Grundbuchordnung und dieses Gesetzes finden, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, auf Bergwerke, selbständige Kohlenabbau-Gerechtigkeiten und andere selbständige Gerechtigkeiten entsprechende Anwendung.

Artikel 23.

Ist das Bergwerkseigentum durch Verleihung begründet oder durch Konsolidation, Teilung von Grubenfeldern oder Austausch von Feldesteilen erworben, so hat das Oberbergamt das Grundbuchamt unter Mitteilung einer beglaubigten Abschrift der Verleihungsurkunde oder einer Ausfertigung des bestätigten Konsolidations-, Teilungs- oder Austauschakts um die Bewirkung der erforderlichen Eintragungen zu ersuchen.

Artikel 24.

Wird die Verleihungsurkunde geändert, so hat das Oberbergamt das Grundbuchamt unter Mitteilung der Urkunde über die Aenderung um die Eintragung der Aenderung zu ersuchen.

Artikel 25.

Wird das Bergwerkseigentum oder die Verleihungsurkunde aufgehoben, so hat das Oberbergamt das Grundbuchamt unter Mitteilung einer Ausfertigung des Aufhebungsbeschlusses um die Schließung des über das Bergwerk geführten Grundblatts zu ersuchen.

Bei der Schließung sind die eingetragenen Belastungen von Amtswegen zu löschen.

Grundstücke, die dem Bergwerk als Bestandteil zugeschrieben sind, werden mit den darauf haftenden Belastungen in das über die Grundstücke ihres Bezirkes geführte Grundbuch eingetragen.

Artikel 26.

Soweit in den Fällen der Artikel 23 bis 25 Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden von den Eintragungen betroffen werden, finden die Vorschriften der §§ 42 bis 44 der Grundbuchordnung [1]) keine Anwendung. Das Grundbuchamt hat den Besitzer des Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenbriefs zur Vorlegung anzuhalten, um nach den Vorschriften des § 62 Abs. 1, des § 69 und des § 70 Abs. 1 der Grundbuchordnung [2]) zu verfahren.

Artikel 27.

Auf die Anlegung eines Grundbuchblatts für eine selbständige Kohlenabbau-Gerechtigkeit finden die für das Erbbaurecht geltenden Vorschriften des § 7 der

---

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu Artikel 20.

[2]) § 62 Abs. 1. Eintragungen, die bei der Hypothek erfolgen, sind von dem Grundbuchamt auf dem Hypothekenbriefe zu vermerken; der Vermerk ist mit Unterschrift und Siegel zu versehen.

§ 69. Wird eine Hypothek gelöscht, so ist der Brief unbrauchbar zu machen; das Gleiche gilt, wenn die Erteilung des Briefes über eine Hypothek nachträglich ausgeschlossen oder an Stelle des bisherigen Briefes ein neuer Hypothekenbrief, ein Grundschuldbrief oder ein Rentenschuldbrief erteilt wird. Eine mit dem bisherigen Briefe verbundene Schuldurkunde ist abzutrennen und, sofern sie nicht mit dem neuen Hypothekenbriefe zu verbinden ist, zurückzugeben.

§ 70 Abs. 1. Die Vorschriften der §§ 56 bis 69 finden auf den Grundschuldbrief und den Rentenschuldbrief entsprechende Anwendung. Der Rentenschuldbrief muß auch die Ablösungssumme angeben.

Grundbuchordnung [1]) entsprechende Anwendung.

Für andere selbständige Gerechtigkeiten wird ein Grundbuchblatt nur auf Antrag des Berechtigten angelegt, soweit sich nicht aus den für die Anlegung der Grundbücher geltenden Vorschriften ein Anderes ergiebt.

Artikel 28.

Die für das Erbbaurecht geltenden Vorschriften des § 20 und des § 22 Abs. 2 der Grundbuchordnung [2]) finden auf das Bergwerkseigentum, auf unbewegliche Bergwerksanteile und selbständige Gerechtigkeiten entsprechende Anwendung.

Artikel 29.

Landesgesetzliche Vorschriften über die Einrichtung der Grundbücher, die neben der Grundbuchordnung in Kraft bleiben, können durch Anordnung des Justizministers geändert werden.

Artikel 30.

Das Preußische Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1895 (Gesetz-Samml. S. 203) wird dahin geändert:

I. Der § 65 Nr. 4 und die §§ 69 bis 72 werden, unbeschadet der weiteren Anwendung bis zur Anlegung des Grundbuchs, gestrichen.

Soweit in dem Gesetze neben dem Grundbuchblatte der Artikel erwähnt ist, ist diese Erwähnung zu streichen.

II. In der Ueberschrift des dritten Abschnitts des ersten Teiles, im § 16, im § 21 Nr. 3 und im § 56 ist statt „Grundbuch- und Hypothekensachen", „Grundbuch- oder Hypothekenbuche" zu setzen „Grundbuchsachen", „Grundbuche".

Im § 21 Nr. 3 und im § 36 wird das Wort „Vorrechtseinräumungen" ersetzt durch das Wort „Vorrangseinräumungen".

III. Im § 57 Nr. 3 treten an die Stelle der Worte „Im Falle des § 59 der Grundbuchordnung" die Worte „Wenn nach § 90 der Grundbuchordnung ein Eigentumserwerb unter Ausscheiden des Grundstücks aus dem Grundbuche stattfindet".

IV. Im § 58 treten an die Stelle der Worte „jede endgültige Eintragung in der zweiten oder dritten Abteilung" die Worte „jede Eintragung der Belastung des Grundstücks mit einem Rechte".

Als Satz 2 wird folgende Vorschrift hinzugefügt:

Als Belastungen des Grundstücks gelten auch das Recht des Nacherben, die Lehns- oder Fideikommißeigenschaft, ein bedingtes Recht auf Eigentumserwerb sowie die Zugehörigkeit zu einer Wassergenossenschaft, einer Bahneinheit oder einer sonstigen mit Beschränkungen des Eigentümers verbundenen Vermögensmasse und die § 1010 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingetragenen Bestimmungen oder Ansprüche.

V. Im § 59 wird hinter dem Worte „Vormerkungen" das Wort „Widersprüchen" eingeschaltet.

---

[1]) § 7. Ist auf dem Blatte eines Grundstücks ein Erbbaurecht eingetragen, so ist auf Antrag für dieses Recht ein besonderes Grundbuchblatt anzulegen. Die Anlegung erfolgt von Amtswegen, wenn das Recht veräußert oder belastet werden soll.

Die Anlegung wird auf dem Blatte des Grundstücks vermerkt.

[2]) § 20. Im Falle der Auflassung eines Grundstücks, sowie im Falle der Bestellung oder Uebertragung des Erbbaurechts darf die Eintragung nur erfolgen, wenn die erforderliche Einigung des Berechtigten und des anderen Teiles erklärt ist.

§ 22 Abs. 2. Die Berechtigung des Grundbuchs durch Eintragung eines Eigentümers oder eines Erbbauberechtigten darf, sofern nicht der Fall des § 14 vorliegt, nur mit Zustimmung des Eigentümers oder des Erbbauberechtigten erfolgen.

§ 14. Die Berichtigung des Grundbuchs durch Eintragung eines Berechtigten darf auch von demjenigen beantragt werden, welcher auf Grund eines gegen den Berechtigten vollstreckbaren Titels eine Eintragung in das Grundbuch verlangen kann, sofern die Zulässigkeit dieser Eintragung von der vorgängigen Berichtigung des Grundbuchs abhängt.

VI. Im § 60 werden Satz 2, 3 durch folgende Vorschrift ersetzt:

Gebührenfrei ist die nach § 54 der Grundbuchordnung erfolgende Eintragung.

Als Abs. 2 wird folgende Vorschrift hinzugefügt:

Wird ein Antrag zurückgewiesen, nachdem nach § 18 der Grundbuchordnung eine Vormerkung oder ein Widerspruch eingetragen war, so wird nur die Gebühr für diese Eintragung erhoben.

VII. Im § 61 werden hinter dem Worte „Erwerbspreises" die Worte eingeschaltet: „für die Eintragung des Verzichts auf das Eigentum am Grundstücke, für die Eintragung der nachträglichen Ausschließung der Erteilung eines Briefes oder der Aufhebung dieser Ausschließung, für die Anlegung eines Blattes für ein noch nicht in das Grundbuch eingetragenes oder aus dem Grundbuch ausgeschiedenes Grundstück, für das Ausscheiden eines Grundstücks aus dem Grundbuche, falls nicht gleichzeitig eine Eigentumsveränderung eingetragen wird, für den Vermerk von Rechten, welche dem jeweiligen Eigentümer zustehen".

Als Abs. 2 wird hinzugefügt:

Auf die Berechnung des Wertes findet die Vorschrift des § 22 Abs. 1 entsprechende Anwendung.

VIII. Im § 64 werden hinter dem Worte Forderung" folgende Worte eingeschaltet: „oder der Grundschuld, bei Rentenschulden der Betrag der Ablösungssumme"; an die Stelle der Worte „bei den in § 63 Abs. 1 bezeichneten Eintragungen oder Löschungen" treten die Worte „soweit nach § 63 Abs. 1 nur fünf Zehnteile der Gebühr zu erheben sind".

IX. Im § 65 Nr. 1 und 3 werden die Worte „oder Grundschuldbriefes", „oder Grundschuldbriefe" ersetzt durch die Worte „Grundschuld- oder Rentenschuldbriefs", „Grundschuld- oder Rentenschuldbriefe".

In Nr. 1 treten an die Stelle der Worte „für die Erneuerung eines Hypotheken- oder Grundschuldbriefes einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, ingleichen für die Ausfertigung eines Hypotheken- oder Grundschuldbriefes an Stelle einer anderen Urkunde über die Hypothek oder Grundschuld" die Worte „für die Erteilung eines neuen Briefes, einschließlich des über die Erteilung im Grundbuch einzutragenden Vermerkes, für die Ergänzung des Auszugs aus dem Grundbuche sowie für die Herstellung eines Teilbriefs".

X. Im § 66 Abs. 1 werden die Worte „selbständige Gerechtigkeiten" ersetzt durch die Worte „andere Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten".

XI. Im § 66a erhält der Abs. 1 Satz 2 folgende Fassung:

Es werden erhoben für die Anlegung und für die Schließung des Bahngrundbuchs der Satz des § 61 und für den Vermerk des Erlöschens der Genehmigung einschließlich der öffentlichen Bekanntmachung des Vermerkes der Satz des § 59.

Artikel 31.

Im § 25 des Gesetzes, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben, vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 499) treten an die Stelle des Abs. 3 Satz 2 folgende Vorschriften:

Der Inhaber des Zinsscheins kann gegen Aushändigung des Scheines den Betrag in Empfang nehmen. Sein Recht erlischt mit dem Ablaufe von sechs Monaten nach dem Eintritte der Verjährung; der Hinterleger ist zur Zurücknahme berechtigt. Ein Aufgebot der Zinsscheine findet nicht statt.

Artikel 32.

Soweit in Gesetzen auf Vorschriften verwiesen ist, welche durch dieses Gesetz außer Kraft gesetzt werden, treten an deren Stelle die entsprechenden neuen Vorschriften.

Artikel 33.

Die nachstehenden Vorschriften werden, soweit sie nicht schon infolge Reichs-

gesetzes außer Kraft treten oder nach der zu erlassenden Königlichen Verordnung für die Anlegung der Grundbücher maßgebend bleiben, unbeschadet der Uebergangsvorschriften, aufgehoben:

1. die Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 446);
2. das Gesetz über das Grundbuchwesen in dem Jadegebiete vom 23. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 111);
3. das Gesetz über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Seeschiffen in Neuvorpommern und Rügen vom 26. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 229) mit Ausnahme des § 26 und des § 28 Nr. 4;
4. das Gesetz über das Grundbuchwesen und die Verpfändung von Seeschiffen in der Provinz Schleswig-Holstein vom 27. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 241);
5. das Gesetz über das Grundbuchwesen in der Provinz Hannover ꝛc. vom 28. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 253) mit Ausnahme des § 8 und des § 14 Abs. 1;
6. das Gesetz über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Appellationsgerichts zu Cassel ꝛc. vom 29. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 273) mit Ausnahme der §§ 45, 47;
7. das Gesetz über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein vom 30. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 287) mit Ausnahme des § 10;
8. das Gesetz über das Grundbuchwesen in den Hohenzollernschen Landen vom 31. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 301);
9. das Gesetz, betreffend die Abänderungen der unter Nr. 2 und 7 genannten Gesetze, vom 3. Februar 1879 (Gesetz-Samml. S. 17);
10. das Gesetz über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts vom 12. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 52) mit Ausnahme des § 1, soweit er sich auf das Gesetz, betreffend die Berichtigung des Grundsteuerkatasters und der Grundbücher bei Auseinandersetzungen vor Bestätigung des Rezesses, vom 26. Juni 1875 bezieht, sowie der §§ 29, 31, 76;
11. das Gesetz, betreffend das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen in dem Gebiet der vormals freien Stadt Frankfurt sowie den vormals Großherzoglich Hessischen und Landgräflich Hessischen Gebietsteilen der Provinz Hessen-Nassau, vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 481) mit Ausnahme des § 1, soweit er sich auf das Gesetz vom 26. Juni 1875 bezieht, sowie der §§ 4, 7, 8, des § 21 Abs. 2, des § 22, des § 72 Abs. 2 und der §§ 74 bis 76;
12. das Gesetz über das Grundbuchwesen und die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen im Kreise Herzogtum Lauenburg vom 8. Juni 1896 (Gesetz-Samml. S. 109) mit Ausnahme des § 1, soweit er sich auf das Gesetz vom 26. Juni 1875 bezieht, des § 59 Abs. 2 und des § 61.

Soweit die aufrecht erhaltenen Vorschriften noch nicht in Kraft getreten sind, treten sie gleichzeitig mit diesem Gesetz in Kraft.

Artikel 34.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der Grundbuchordnung in Kraft.

Auf Bergwerke, die nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs verliehen werden, finden die Vorschriften dieses Gesetzes sofort Anwendung.

Ausführungsgesetz

zum

Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung.

Vom 23. September 1899.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel

Erster Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Grundstücken im Wege der Zwangsvollstreckung . 1—14

Zweiter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Bergwerkseigentum, unbeweglichen Bergwerksanteilen und selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeiten im Wege der Zwangsvollstreckung . . . 15—21

Dritter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in besonderen Fällen 22—32

Vierter Abschnitt.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen . . . . . 33—48

Ausführungsgesetz

zum

Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung.

Vom 23. September 1899.

Im weitaus größten Teile Preußens fand die Zwangsvollstreckung in Grundstücke und andere unbewegliche Gegenstände seit dem 1. November 1883 nach dem Gesetz betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen vom 13. Juli 1883 statt.

An die Stelle dieses Gesetzes ist jetzt das Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 getreten, das in seinen Bestimmungen von dem genannten Preußischen Gesetze nicht sehr abweicht.

Das vorliegende Ausführungsgesetz zu diesem Reichsgesetz schließt sich noch enger an das alte Preußische Recht an, der größte Teil seiner Bestimmungen ist nicht neu, sondern dem Gesetz betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen vom 13. Juli 1883 entnommen.

Die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes sind diese:

Bei der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung eines Grundstücks sind es regelmäßig Forderungen verschiedenster Art, die eine Befriedigung erheischen. Sie haben nicht alle in gleicher Weise einen Anspruch auf die zu verteilende Masse, § 10 des Reichsgesetzes teilt vielmehr die geltend gemachten Forderungen in acht verschiedene Klassen. Die Forderungen früherer Klassen müssen voll gedeckt sein, bevor eine Forderung einer späteren Klasse Befriedigung finden kann.

Als dritte Klasse nennt § 10 des Reichsgesetzes die öffentlichen Lasten des Grundstückes, ohne näher auseinanderzusetzen, was darunter zu verstehen sei.

Auch in § 156 Abs. 1 erwähnt das Reichsgesetz die öffentlichen Lasten.

Hier greifen die Artikel 1 bis 3 des Ausführungsgesetzes ein. Nach ihnen sind öffentliche Lasten:

1. die zur Erfüllung der Dienstpflicht erforderlichen Beiträge und Leistungen, seien sie nun von der zuständigen Staatsbehörde ausgeschrieben oder sei es, daß sie aus der auf einem Deichverbande beruhenden Deichpflicht entspringen;
2. die gemeinen Lasten, das sind die auf einem nicht privatrechtlichen Titel beruhenden Abgaben und Leistungen, die auf dem Grundstück nach Gesetz oder Verfassung haften. Eine große Anzahl Beispiele für die gemeinen Lasten giebt der Artikel 2.

Zu den öffentlichen Lasten, welche der § 10 unter Nummer 3 nennt, nicht aber zu denen, die der § 156 im Absatz 1 erwähnt, werden ferner gerechnet:

3. die an die Rentenbanken oder die Tilgungskassen abgetretenen Renten sowie die an die Staatskasse zu entrichtenden Ablösungsrenten;
4. wenn das Grundstück bei einer Auseinandersetzung beteiligt ist, die im § 7 Nr. 6 des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen vom 24. Juni 1875 bezeichneten Kosten und Terminalvorschüsse auch außerhalb des ursprünglichen Geltungsbereichs des genannten Gesetzes.

Diese unter 3 und 4 genannten Lasten werden nach den Deichlasten, aber vor den gemeinen Lasten befriedigt.

Dem Antrage auf Zwangsversteigerung eines Grundstücks sind natürlich der Schuldtitel (Urteil, Zahlungsbefehl u. s. w.) und Zustellungsurkunde beizufügen. Der Artikel 4 fordert weiter in Uebereinstimmung mit früherem Preußischem Recht Beibringung neuester Auszüge aus der Grundsteuermutterrolle und aus der Gebäudesteuerrolle, soweit dies möglich ist.

Nach § 52 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung erlöschen die bei der Feststellung des geringsten Gebotes nicht berücksichtigten Rechte im allgemeinen. Ausnahmen hiervon nennen der erwähnte § 52 selbst in Abs. 2 und der Artikel 6.

Die Ausnahmen des Artikel 6 sind folgende:

1. das in den Fällen der Enteignung oder der Grundabtretung zu Zwecken des Bergbaubetriebs bestehende gesetzliche Vorkaufsrecht;
2. die Gebrauchs- und Nutzungsrechte, welche nach den §§ 8, 142 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 im Wege des Zwangsverfahrens erworben werden können;

3. die den Rentenbanken überwiesenen Renten und die Domänen-Amortisationsrenten;
4. die im Grundbuch als Leibgedinge, Leibzucht, Altenteil oder Auszug eingetragenen Dienstbarkeiten und Reallasten, sowie die Grunddienstbarkeiten, die zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nicht bedürfen.

Doch bestimmt für die unter 4 genannten Rechte der § 9 des Einführungsgesetzes zum Reichsgesetz im Absatz 2:

> Das Erlöschen eines solchen Rechtes ist auf Verlangen eines Beteiligten als Versteigerungsbedingung zu bestimmen, wenn durch das Fortbestehen ein dem Rechte vorgehendes oder gleichstehendes Recht des Beteiligten beeinträchtigt werden würde; die Zustimmung eines andern Beteiligten ist nicht erforderlich.

Artikel 7 giebt eine Uebergangsvorschrift. Der § 57 des Reichsgesetzes bestimmt, daß Mieter oder Pächter des zu versteigernden Grundstückes im allgemeinen durch die Versteigerung in ihrem Rechte nicht berührt werden, daß aber der Ersteher unter Einhaltung der gesetzlichen Frist (man vergleiche § 565 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) zum ersten Termin nach dem Zuschlage kündigen könne.

Diese Bestimmungen, die im wesentlichen in Preußen schon früher galten, sollen auch dann Anwendung finden, wenn Mieter oder Pächter bereits vor dem 1. Januar 1900 auf dem Grundstück sind.

Das Reichsgesetz giebt in den §§ 67 und folgende den Beteiligten das Recht, vom Bieter für sein Gebot Sicherheitsleistung zu fordern. Artikel 9 schließt dies Recht aus, wenn das Gebot von einem Kommunalverband, z. B. einer Gemeinde, gewissen öffentlichen Kreditanstalten oder einer öffentlichen Sparkasse ausgeht.

Für die Zwangsverwaltung bestimmt der § 155 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in Absatz 1:

> Aus den Nutzungen des Grundstücks sind die Ausgaben der Verwaltung sowie die Kosten des Verfahrens mit Ausnahme derjenigen, welche durch die Anordnung des Verfahrens oder den Beitritt eines Gläubigers entstehen, vorweg zu bestreiten.

Nach § 6 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlichen (ritterschaftlicher) Kreditanstalten vom 3. August 1897 endigt die durch eine dazu befugte Kreditanstalt eingeleitete Zwangsvollstreckung, wenn wegen des Anspruchs eines andern Gläubigers die gerichtliche Zwangsvollstreckung angeordnet wird.

Ist diese gerichtliche Zwangsvollstreckung angeordnet, so soll nach Artikel 12 Absatz 1 die Vorwegbestreitung, wie sie § 155 des Reichsgesetzes vorsieht, sich erstrecken auch auf die durch die Kreditanstalt ein-

geleitete Zwangsverwaltung. Die gerichtliche Zwangsverwaltung gilt als Fortsetzung der seitens der Kreditanstalt vorgenommenen.

An erster Stelle sind nach § 10 Nummer 1 des Reichsgesetzes aus dem Grundstück zu befriedigen:

> Der Anspruch eines die Zwangsverwaltung betreibenden Gläubigers auf Ersatz seiner Ausgaben zur Erhaltung oder nötigen Verbesserung des Grundstücks, im Falle der Zwangsversteigerung jedoch nur, wenn die Verwaltung bis zum Zuschlage fortdauert und die Ausgaben nicht aus den Nutzungen des Grundstücks erstattet werden können.

Dieses Vorrecht hat die Kreditanstalt nach dem zweiten Absatz des Artikel 12 nicht nur für den Fall der gerichtlichen, sondern auch für den Fall der von ihr selbst eingeleiteten Zwangsverwaltung.

Artikel 14 bestimmt, daß die Veröffentlichung des Aufgebots, durch welches ein unbekannter Berechtigter von der Befriedigung aus einem zugeteilten Betrag ausgeschlossen werden soll, durch Anheftung an die Gerichtstafel und durch einmalige Einrückung in den Anzeiger des Amtsblattes zu erfolgen habe.

Der zweite und dritte Abschnitt des Gesetzes enthalten Bestimmungen für besondere Fälle, ebenso der vierte Abschnitt, der hauptsächlich vom Verteilungsverfahren in Enteignungssachen und von der Aenderung der Kostenvorschriften handelt.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Erster Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Grundstücken im Wege der Zwangsvollstreckung.

Artikel 1.

Oeffentliche Lasten eines Grundstücks im Sinne des § 10 Abs. 1 Nr. 3 [1]) und des § 156 Abs. 1 [2]) des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 sind:

1. die zur Erfüllung der Deichpflicht erforderlichen Beiträge und Leistun-

---

[1]) § 10 Abs. 1 Nr. 3. Ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke gewähren nach folgender Rangordnung, bei gleichem Range nach dem Verhältnis ihrer Beträge:

3. die Ansprüche auf Entrichtung der öffentlichen Lasten des Grundstücks wegen der laufenden und der aus den letzten zwei Jahren rückständigen Beträge.

[2]) § 156 Abs. 1. Die laufenden Beträge der öffentlichen Lasten sind von dem Verwalter ohne weiteres Verfahren zu berichtigen.

gen, ohne Unterschied, ob sie von der zuständigen Staatsbehörde ausgeschrieben sind oder aus der auf einem Deichverbande beruhenden Deichpflicht entspringen;

2. die auf einem nicht privatrechtlichen Titel beruhenden Abgaben und Leistungen, die auf dem Grundstücke nach Gesetz oder Verfassung haften (gemeine Lasten).

Die im Abs. 1 unter Nr. 1 bezeichneten Lasten gehen den unter Nr. 2 bezeichneten im Range vor.

Artikel 2.

Zu den gemeinen Lasten gehören namentlich:

1. Abgaben und Leistungen, die aus dem Kommunal-, Kirchen-, Pfarr- oder Schulverband entspringen oder an Kirchen, Pfarren, Schulen, Kirchen- oder Schulbediente zu entrichten sind;
2. Beiträge, die aus der Verpflichtung zu öffentlichen Wege-, Wasser- oder Uferbauten entstehen;
3. Beiträge, die an öffentliche Meliorationsgenossenschaften oder andere einen gemeinnützigen Zweck verfolgende Körperschaften des öffentlichen Rechtes, insbesondere an Verbände, welche die Versicherung ihrer Mitglieder gegen den durch Brand, Hagelschlag oder Viehsterben entstehenden Schaden bezwecken, zu entrichten sind;
4. diejenigen Beiträge zur Entschädigung oder zu den Kosten der Schutzanlagen, welche nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend Schutzwaldungen und Waldgenossenschaften, vom 6. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 416) den Eigentümern gefährdeter oder gefahrbringender Grundstücke auferlegt sind.

Artikel 3.

In Ansehung des Rechtes auf Befriedigung aus dem Grundstücke stehen den öffentlichen Lasten gleich:

1. die an die Rentenbanken oder die Tilgungskassen abgetretenen Renten sowie die an die Staatskasse zu entrichtenden Ablösungsrenten;
2. wenn das Grundstück bei einer Auseinandersetzung beteiligt ist, die im § 7 Nr. 6 des Gesetzes über das Kostenwesen in Auseinandersetzungssachen vom 24. Juni 1875 [1]) (Gesetz-Samml. S. 397) bezeichneten Kosten und Terminalvorschüsse auch außerhalb des ursprünglichen Geltungsbereichs des genannten Gesetzes.

Die Renten, Kosten und Vorschüsse haben den Rang zwischen den im Artikel 1 Abs. 1 unter Nr. 1 und den daselbst unter Nr. 2 bezeichneten Lasten.

Artikel 4.

Dem Antrag auf Zwangsversteigerung soll ein das Grundstück betreffender neuester Auszug aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle beigefügt werden, soweit er nach Lage der Rollen erteilt werden kann.

In den Hohenzollernschen Landen tritt an die Stelle des Auszugs aus den Steuerrollen ein Auszug aus dem Besitz- und Steuerhefte des Schuldners.

Artikel 5.

Für die Bekanntmachung der Terminsbestimmung wird der Anzeiger des Amtsblatts bestimmt.

---

[1]) § 7 Nr. 6. Wird ein bei einer Auseinandersetzung beteiligtes Grundstück sequestriert, so sind die während der Dauer der Sequestration festgesetzten Kosten oder fällig werdenden Terminalvorschüsse aus den Revenüen mit dem Vorrechte der öffentlichen Abgaben zu berichtigen.

Wird ein solches Grundstück in notwendiger Subhastation mit Wirkung gegen die Realberechtigten verkauft, so erhält der Ersteher das Grundstück frei von den an dem Zuschlage festgesetzten Kosten und fällig gewordenen Terminalvorschüssen. Diese Kosten und Vorschüsse sind vielmehr mit dem Vorrechte der öffentlichen Abgaben der beiden letzten Jahre aus den Kaufgeldern des subhastierten Grundstücks zu berichtigen. Die vor dem Zuschlag fällig gewordenen Terminalvorschüsse sind in jedem Falle bei der endgültigen Feststellung der Kosten in Abzug zu bringen.

Artikel 6.

Die Rechte an dem Grundstücke, die nach Artikel 22 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch[1]) oder nach sonstigen landesgesetzlichen Vorschriften zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nicht bedürfen, bleiben auch dann bestehen, wenn sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt sind.

Das Gleiche gilt, unbeschadet der Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Einführungsgesetzes zum Reichsgesetze,[2]) von den im Grundbuch als Leibgedinge, Leibzucht, Altenteil oder Auszug eingetragenen Dienstbarkeiten und Reallasten sowie von Grunddienstbarkeiten, die zur Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs der Eintragung nicht bedürfen.

Artikel 7.

Ist das Grundstück vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs einem Mieter oder Pächter überlassen, so finden die Vorschriften des § 57 des Reichsgesetzes[3]) Anwendung.

Weitergehende Rechte eines Mieters oder Pächters, die sich aus den bisherigen Gesetzen ergeben, bleiben unberührt.

Artikel 8.

In den Fällen der §§ 64, 112 des Reichsgesetzes[4]) ist der Wert der Grundstücke auf den vierzigfachen Betrag des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrags und den fünfundzwanzigfachen Betrag des staatlich ermittelten Gebäudesteuernutzungswerts zu bestimmen. Ergeben sich begründete Bedenken gegen die Richtigkeit dieser Bestimmung oder sind die Grundstücke nicht zur Grundsteuer oder zur Gebäudesteuer staatlich veranlagt, so hat das Gericht den Wert nach freiem Ermessen, nötigenfalls unter Zuziehung eines Sachverständigen, zu bestimmen.

In den Hohenzollernschen Landen ist an Stelle des nach der Grund- und Gebäudesteuer zu berechnenden Wertes der Steueranschlag maßgebend.

---

[1]) Artikel 22. Zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs bedürfen der Eintragung nicht:

1. Das in den Fällen der Enteignung oder der Grundabtretung zu Zwecken des Bergbaubetriebs bestehende gesetzliche Vorkaufsrecht;
2. die Gebrauchs- und Nutzungsrechte, welche nach den §§ 8, 142 des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 (Gesetz-Samml. S. 705) im Wege des Zwangsverfahrens erworben werden können;
3. die den Rentenbanken überwiesenen Renten und die Domänen-Amortisationsrenten; die für die Provinz Hannover bisher geltenden entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben.

[2]) Man vergleiche die Vorbemerkung.

[3]) § 57. Ist das Grundstück einem Mieter oder Pächter überlassen, so finden die Vorschriften der §§ 571, 572, des § 573 Satz 1 und der §§ 574, 575 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. Der Ersteher ist jedoch berechtigt, das Miet- oder Pachtverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Frist zu kündigen. Die Kündigung ist ausgeschlossen, wenn sie nicht für den ersten Termin erfolgt, für den sie zulässig ist.

[4]) § 64. Werden mehrere Grundstücke, die mit einer dem Anspruche des Gläubigers vorgehenden Gesamthypothek belastet sind, in demselben Verfahren versteigert, so ist auf Antrag die Gesamthypothek bei der Feststellung des geringsten Gebots für das einzelne Grundstück nur zu dem Teilbetrage zu berücksichtigen, der dem Verhältnisse des Wertes des Grundstücks zu dem Werte der sämtlichen Grundstücke entspricht; der Wert wird unter Abzug der Belastungen berechnet, die der Gesamthypothek im Range vorgehen und bestehen bleiben. Antragsberechtigt sind der Gläubiger, der Eigentümer und jeder dem Hypothekengläubiger gleich- und nachstehende Beteiligte.

Wird der im Abs. 1 bezeichnete Antrag gestellt, so kann der Hypothekengläubiger bis zum Schlusse der Verhandlung im Versteigerungstermine verlangen, daß bei der Feststellung des geringsten Gebots für die Grundstücke nur die seinem Anspruche vorgehenden Rechte berücksichtigt werden; in diesem Falle sind die Grundstücke auch mit der verlangten Abweichung auszubieten. Erklärt sich nach erfolgtem Ausgebote der Hypothekengläubiger der Aufforderung des Gerichts ungeachtet nicht darüber, welches Ausgebot

Artikel 9.

Für ein Gebot einer Gemeinde oder eines anderen Kommunalverbandes, einer landschaftlichen, ritterschaftlichen, städtischen oder provinzialen Kreditanstalt oder einer öffentlichen Sparkasse kann Sicherheitsleistung nicht verlangt werden.

Artikel 10.

Im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes darf die Sicherheit für ein Gebot auch durch Stellung eines Bürgen nach § 239 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [1]) geleistet werden.

Wird dem Bieter der Zuschlag erteilt, so ist in dem Beschlusse der Bürge unter Angabe der Höhe seiner Schuld für mithaftend zu erklären. Soweit zur Ausführung des Teilungsplans die Forderung gegen den Ersteher auf die Berechtigten übertragen wird, ist den Berechtigten nach der Rangordnung ihrer Ansprüche die Forderung gegen den Bürgen mitzuübertragen. Die Forderung ist nach Maßgabe des § 132 des Reichsgesetzes [2]) gegen den Bürgen vollstreckbar.

Auf Gebote des Schuldners oder eines neu eingetretenen Eigentümers finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Artikel 11.

Ist in dem Termine zur Verteilung des Versteigerungserlöses oder eines im Zwangsverwaltungsverfahren erzielten Ueberschusses ein Berechtigter, dem nach dem Teilungsplan ein Betrag zugeteilt

---

für die Erteilung des Zuschlags maßgebend sein soll, so verbleibt es bei der auf Grund des Abs. 1 erfolgten Feststellung des geringsten Gebots.

Diese Vorschriften finden entsprechende Anwendung, wenn die Grundstücke mit einer und derselben Grundschuld oder Rentenschuld belastet sind.

§ 112. Ist bei der Versteigerung mehrerer Grundstücke der Zuschlag auf Grund eines Gesamtausgebots erteilt und wird eine Verteilung des Erlöses auf die einzelnen Grundstücke notwendig, so wird aus dem Erlöse zunächst der Betrag entnommen, welcher zur Deckung der Kosten sowie zur Befriedigung derjenigen bei der Feststellung des geringsten Gebots berücksichtigten und durch Zahlung zu deckenden Rechte erforderlich ist, für welche die Grundstücke ungeteilt haften.

Der Ueberschuß wird auf die einzelnen Grundstücke nach dem Verhältnisse des Wertes der Grundstücke verteilt. Dem Ueberschusse wird der Betrag der Rechte, welche nach § 91 nicht erlöschen, hinzugerechnet. Auf den einem Grundstücke zufallenden Anteil am Erlöse wird der Betrag der Rechte, welche an diesem Grundstücke bestehen bleiben, angerechnet. Besteht ein solches Recht an mehreren der versteigerten Grundstücke, so ist bei jedem von ihnen nur ein dem Verhältnisse des Wertes der Grundstücke entsprechender Teilbetrag in Anrechnung zu bringen.

Reicht der nach Abs. 2 auf das einzelne Grundstück entfallende Anteil am Erlöse nicht zur Befriedigung derjenigen Ansprüche aus, welche nach Maßgabe des geringsten Gebots durch Zahlung zu berichtigen sind oder welche durch das bei dem Einzelausgebote für das Grundstück erzielte Meistgebot gedeckt werden, so erhöht sich der Anteil um den Fehlbetrag.

[1]) § 239. Ein Bürge ist tauglich, wenn er ein der Höhe der zu leistenden Sicherheit angemessenes Vermögen besitzt und seinen allgemeinen Gerichtsstand im Inlande hat.

Die Bürgschaftserklärung muß den Verzicht auf die Einrede der Vorausklage enthalten.

[2]) § 132. Nach der Ausführung des Teilungsplans ist die Forderung gegen den Ersteher und im Falle des § 81 Abs. 4 auch gegen den für mithaftend erklärten Meistbietenden, der Anspruch aus der Sicherungshypothek gegen den Ersteher und jeden späteren Eigentümer vollstreckbar. Diese Vorschrift findet keine Anwendung, soweit der Ersteher einen weiteren Betrag nach den §§ 50, 51 zu zahlen hat.

Die Zwangsvollstreckung erfolgt auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Beschlusses, durch welchen der Zuschlag erteilt ist. In der Vollstreckungsklausel ist der Berechtigte, sowie der Betrag der Forderung anzugeben; der Zustellung einer Urkunde über die Uebertragung der Forderung bedarf es nicht.

§ 81 Abs. 4. Wird der Zuschlag erteilt, so haften der Meistbietende und der Ersteher als Gesamtschuldner.

ist, nicht erschienen, so erfolgt die Uebersendung des Betrags nach Maßgabe der §§ 25, 26 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 [1]) (Gesetz-Samml. S. 249) durch die Post; Beträge von nicht mehr als dreihundert Mark können innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs dem Berechtigten auch ohne Antrag übersandt werden. Die nach § 25 Abs. 2 erforderliche Beglaubigung der Unterschrift des Berechtigten ist stempelfrei; geschieht sie durch ein Gericht oder einen Notar, so ist dafür eine Gebühr von drei Mark zu entrichten.

Auf Antrag des Berechtigten ist die Auszahlung durch ein ersuchtes Gericht zu bewirken. Die Kosten und die Gefahr der Uebersendung an das ersuchte Gericht trägt der Berechtigte.

Artikel 12.

Im Falle des § 6 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, vom 3. August 1897 (Gesetz-Samml. S. 388) findet die Vorschrift des § 155 Abs. 1 des Reichsgesetzes [2]) auch auf die Ausgaben und Kosten der durch die Kreditanstalt eingeleiteten Zwangsverwaltung Anwendung.

Der Kreditanstalt steht wegen ihrer Ausgaben zur Erhaltung oder nötigen Verbesserung des Grundstücks ein Recht auf Befriedigung nach § 10 Abs. 1 Nr. 1 des Reichsgesetzes [2]) auch insoweit zu, als sie die Ausgaben während der von ihr eingeleiteten Zwangsverwaltung aufgewendet hat. Im Falle der Zwangsversteigerung gilt dies auch dann, wenn die von der Kreditanstalt eingeleitete Zwangsverwaltung bis zum Zuschlage fortdauert.

Die Kreditanstalt ist berechtigt, von den im Abs. 2 bezeichneten Ausgaben seit der Zeit der Aufwendung Zinsen mit dem Range des Anspruchs auf Ersatz der Ausgaben in Ansatz zu bringen.

Artikel 13.

Ist bei der Verteilung eines im Zwangsverwaltungsverfahren erzielten Ueberschusses ein Anspruch aus einem eingetragenen Rechte zu berücksichtigen, wegen dessen der Berechtigte Befriedigung aus dem Grundstücke lediglich im Wege der Zwangsverwaltung suchen kann, so ist in den Teilungsplan der ganze Betrag des Anspruchs aufzunehmen.

---

[1]) § 25. Innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs geschieht, wenn der Berechtigte in dem Gesuche um Auszahlung es beantragt und soweit die Posteinrichtungen es gestatten, die Uebersendung des Betrages durch die Post. Kann die Uebersendung mittels einer Postanweisung geschehen, so ist sie auf diesem Wege zu bewirken.

Uebersteigt der zu übersendende Betrag die Summe von dreitausend Mark, so darf die Uebersendung durch die Post nur geschehen, wenn die Unterschrift des Berechtigten durch eine zur öffentlichen Beglaubigung von Unterschriften zuständige Behörde oder Urkundsperson beglaubigt ist. Der Aufnahme eines Protokolls über die Beglaubigung und der Zuziehung von Zeugen bedarf es nicht.

Die Kosten und die Gefahr der Uebersendung trägt der Berechtigte. Der Betrag des Portos ist von dem zu übersendenden Betrag zu kürzen.

In die im § 23 vorgeschriebene Benachrichtigung ist eine Mitteilung über die Absendung des Geldes aufzunehmen.

Der Postschein dient der Kasse als Rechnungsbeleg.

§ 23. Der Berechtigte ist binnen zehn Tagen nach Eingang des Gesuchs zu benachrichtigen, daß die Kasse zur Zahlung des Betrags an ihn angewiesen sei, oder von dem der Auszahlung entgegenstehenden Hindernis in Kenntnis zu setzen.

§ 26. Hat der Empfangsberechtigte im Auslande seinen Wohn- oder Aufenthaltsort, so kann auf seinen Antrag die Uebersendung des Betrages an ihn durch die Post geschehen, sofern das den Antrag enthaltende Gesuch mindestens der Unterschrift nach beglaubigt ist. Ob im Fall der Beglaubigung oder der Aufnahme des Gesuchs durch eine Behörde oder Urkundsperson des Auslandes die Legalisation zu erfordern ist, hat die Hinterlegungsstelle zu ermessen.

Wird dem Verlangen entsprochen, so finden die Vorschriften der drei letzten Absätze des § 25 und die Vorschrift des § 25 Abs. 1 über die Uebersendung mittels Postanweisung entsprechende Anwendung.

[2]) Man vergleiche die Vorbemerkung.

Artikel 14.

In dem Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung eines unbekannten Berechtigten von der Befriedigung aus einem zugeteilten Betrag erfolgt die öffentliche Bekanntmachung des Aufgebots nach den für die öffentliche Bekanntmachung eines Versteigerungstermins geltenden Vorschriften.

Die Aufgebotsfrist muß mindestens drei Monate betragen.

Zweiter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Bergwerkseigentum, unbeweglichen Bergwerksanteilen und selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeiten im Wege der Zwangsvollstreckung.

Artikel 15.

Für die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung eines Bergwerkseigentums, eines unbeweglichen Bergwerksanteils oder einer selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeit in den vormals Sächsischen Landesteilen gelten die besonderen Vorschriften der Artikel 16 bis 21.

Artikel 16.

Zu den Beteiligten gehört in jedem Falle der Repräsentant oder Grubenvorstand.

Artikel 17.

Die Ansprüche der zum Betriebe des Bergbaues angenommenen, in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehenden Personen, insbesondere der Bergleute und der Betriebsbeamten, auf Lohn und andere Bezüge gewähren wegen der laufenden und der aus dem letzten Jahre rückständigen Beträge ein Recht auf Befriedigung in der zweiten Klasse.

Die Beiträge, die der Werksbesitzer nach § 174, § 175 Abs. 2 oder § 176 Abs. 1 des Allgemeinen Berggesetzes [1]) zu den Knappschafts- und Krankenkassen zu leisten hat, gelten als gemeine Lasten im Sinne des Artikel 1 Abs. 1 Nr. 2 dieses Gesetzes.

Artikel 18.

Dem Antrag auf Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung ist eine oberbergamtlich, gerichtlich oder notariell beglaubigte Abschrift der Verleihungsurkunde des Bergwerkes oder, wenn der Antrag eine Kohlenabbau-Gerechtigkeit betrifft, eine in gleicher Art beglaubigte Abschrift des Aktes beizufügen, durch den die Gerechtigkeit vom Eigentum an dem Grundstücke getrennt worden ist.

Artikel 19.

Die Beschlagnahme im Zwangsversteigerungsverfahren umfaßt nicht die bereits gewonnenen Mineralien.

Artikel 20.

Ist ein Bergwerkseigentum oder ein unbeweglicher Bergwerksanteil zu versteigern, so soll die Terminsbestimmung außer dem Grundbuchblatte den Namen des Bergwerkes sowie die Mineralien, auf die das Bergwerkseigentum verliehen ist, bezeichnen und im Falle der Versteigerung eines Bergwerksanteils auch die Zahl der Kuxe angeben, in welche das Bergwerk geteilt ist.

Außerdem soll die Terminsbestimmung eine Angabe der Feldesgröße, des Kreises, in welchem das Feld liegt, und der dem Werke zunächst gelegenen Stadt enthalten. Diese Vorschrift findet auf Kohlenabbau-Gerechtigkeiten entsprechende Anwendung.

---

[1]) § 174. Sowohl die Arbeiter als auch die Werksbesitzer haben zu den Knappschafts- und Krankenkassen Beiträge zu leisten.

§ 175 Abs. 2. Die Beiträge der Werksbesitzer sollen mindestens die Hälfte des Beitrags der Arbeiter ausmachen.

§ 176 Abs. 1. Die Werksbesitzer sind bei Vermeidung des gegen sie selbst zu richtenden Zwangsverfahrens verpflichtet, für die Einziehung und Abführung der Beiträge ihrer Arbeiter aufzukommen.

Artikel 21.

Ist der Wert des Gegenstandes des Verfahrens festzustellen, so erfolgt die Feststellung durch das Gericht nach freiem Ermessen, nötigenfalls unter Zuziehung des zuständigen Revierbeamten.

Dritter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung in besonderen Fällen.

Artikel 22.

Die Vorschriften der §§ 172 bis 184 des Reichsgesetzes gelten mit den Aenderungen, die sich aus dem ersten und zweiten Abschnitte dieses Gesetzes ergeben, auch für Bergwerkseigentum, unbewegliche Bergwerksanteile und selbständige Gerechtigkeiten.

Artikel 23.

Auf die Zwangsversteigerung eines Bergwerkes oder eines Bergwerksanteils nach den §§ 159, 161, 162, 234, 235 g des Allgemeinen Berggesetzes finden die Vorschriften, die für die Zwangsversteigerung im Wege der Zwangsvollstreckung gelten, entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus den Artikeln 24 bis 27 ein Anderes ergiebt.

Artikel 24.

Der Antragsteller hat die Thatsachen, welche sein Recht zur Stellung des Antrags begründen, soweit sie nicht bei dem Gericht offenkundig sind, durch Urkunden glaubhaft zu machen.

Ist der Antrag von einem nach § 159 Abs. 1 des Allgemeinen Berggesetzes Berechtigten gestellt, so sind mit dem Beschlusse, durch den die Zwangsversteigerung angeordnet wird, der Antrag und, wenn der Berechtigte nicht im Grundbuch eingetragen ist, die im Abs. 1 bezeichneten Urkunden dem Bergwerkseigentümer zuzustellen.

Artikel 25.

Auf Antrag des Bergwerkseigentümers darf die Zwangsversteigerung nur angeordnet werden, wenn der Antragsteller als Eigentümer im Grundbuch eingetragen oder wenn er Erbe des eingetragenen Eigentümers ist.

Artikel 26.

Ist die Zwangsversteigerung eines Bergwerkes auf Antrag des Bergwerkseigentümers oder die Zwangsversteigerung eines Bergwerksanteils auf Antrag der Gewerkschaft angeordnet oder hat der Bergwerkseigentümer nach den §§ 161, 162 des Allgemeinen Berggesetzes auf das Bergwerkseigentum verzichtet, so gilt der Beschluß, durch den das Verfahren angeordnet wird, nicht als Beschlagnahme. Im Sinne der §§ 13, 55 des Reichsgesetzes ist jedoch die Zustellung des Beschlusses an den Antragsteller als Beschlagnahme anzusehen.

Artikel 27.

Die Vorschriften über das geringste Gebot finden keine Anwendung. Das Meistgebot ist in seinem ganzen Betrage durch Zahlung zu berichtigen.

Artikel 28.

Auf den Verkauf eines Grundstücks nach den §§ 40, 58, 60 Teil I Titel 8 des Allgemeinen Landrechts finden die Vorschriften, die für die Zwangsversteigerung im Wege der Zwangsvollstreckung gelten, entsprechende Anwendung, soweit sich nicht aus den Artikeln 29 bis 32 ein Anderes ergiebt.

Artikel 29.

Antragsberechtigt ist die Ortspolizeibehörde.

Der Antrag soll das Grundstück, den Eigentümer und die Thatsachen bezeichnen, welche das Recht zur Stellung des Antrags begründen. Die Vorschriften des Artikel 24 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 30.

Der Anspruch auf Ersatz der im § 4 Teil I Titel 8 des Allgemeinen Land-

rechts bezeichneten Verwendungen gewährt ein Recht auf Befriedigung aus dem Grundstücke vor allen anderen Ansprüchen.

Artikel 31.

Die Vorschriften über das geringste Gebot finden keine Anwendung.

Das Gericht hat die Uebernahme der Wiederherstellung des Gebäudes von Amtswegen als Versteigerungsbedingung zu bestimmen.

Artikel 32.

Angebote nach den §§ 45 bis 47 Teil I Titel 8 des Allgemeinen Landrechts sind nur zu berücksichtigen, wenn sie im Versteigerungstermine geltend gemacht werden.

Bleibt die Versteigerung ergebnislos, so ist der Zuschlag nach Maßgabe der §§ 45 bis 48 des bezeichneten Titels zu erteilen. Die Beschwerde gegen die Entscheidung über den Zuschlag kann auch auf die Verletzung einer dieser Vorschriften gestützt werden.

Vierter Abschnitt.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

Artikel 33.

Im bisherigen Geltungsbereiche des Gesetzes über das Grundbuchwesen im Bezirke des Appellationsgerichts zu Cassel ꝛc. vom 29. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 273) ist eine vor dem 1. Juli 1874 entstandene Hypothek, die nicht in eine Hypothek des Preußischen Rechtes umgewandelt ist, bei der Feststellung des geringsten Gebots und bei der Aufstellung des Teilungsplans nur zu berücksichtigen, wenn sie rechtzeitig angemeldet wird.

Artikel 34.

Die Verfassungen und Satzungen der landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalten und der provinzial-(kommunal-)ständischen öffentlichen Grundkreditanstalten werden, auch soweit sie den Anstalten weitergehende Befugnisse gewähren, durch die Vorschriften dieses Gesetzes nicht berührt.

Artikel 35.

Ist im Falle der Enteignung eines mit Reallasten, Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden belasteten Grundstücks die für den Eigentümer vereinbarte oder durch Beschluß oder Urteil endgültig festgestellte Entschädigungssumme nach § 37 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 (Gesetz-Samml. S. 221) hinterlegt und sind die Wirkungen der Enteignung eingetreten, so haben die Realberechtigten an dieser Entschädigung, unbeschadet der Vorschriften der §§ 38, 49 des genannten Gesetzes, dieselben Rechte, welche ihnen im Falle des Erlöschens ihres Rechtes durch Zwangsversteigerung an dem Erlöse zustehen.

Der Eigentümer und jeder der im Abs. 1 bezeichneten Realberechtigten kann die Eröffnung eines gerichtlichen Verteilungsverfahrens beantragen. Für das Verfahren gelten die Vorschriften der Artikel 36 bis 41.

Artikel 36.

Das Verteilungsverfahren ist auf Antrag des Eigentümers aufzuheben, wenn dieser bis zum Schlusse des ersten Termins nachweist, daß er nach § 38 des Enteignungsgesetzes über die Entschädigungssumme verfügen kann.

Artikel 37.

Nimmt der Eigentümer die Vermittelung der Auseinandersetzungsbehörde wegen Auszahlung oder Verwendung der Entschädigungssumme in Anspruch, so hat die Auseinandersetzungsbehörde von der Einleitung des Vermittelungsverfahrens und nach dessen Beendigung von der Art der Erledigung dem für das Verteilungsverfahren zuständigen Gerichte Mitteilung zu machen.

Solange diesen Mitteilungen zufolge ein Vermittelungsverfahren bei der Auseinandersetzungsbehörde anhängig ist, hat das Gericht Anträge auf Eröffnung des Verteilungsverfahrens abzulehnen.

Artikel 38.

Erlangt das Gericht in einem anhängigen Verteilungsverfahren vor dem Schlusse des ersten Termins von der Einleitung eines Vermittelungsverfahrens Kenntnis, so ist das Verteilungsverfahren bis zur Erledigung dieses Verfahrens einstweilen einzustellen.

Das Gleiche gilt, wenn der Eigentümer vor dem Schlusse des ersten Termins die Bestimmung einer Frist nachsucht und vor dem Ablaufe der Frist die Einleitung des Vermittelungsverfahrens zur Kenntnis des Gerichts gelangt.

Endigt das Vermittelungsverfahren mit der vollständigen Freigabe oder Verteilung der Entschädigungssumme, so ist das Verteilungsverfahren aufzuheben.

Artikel 39.

Erlangt das Gericht erst nach dem Schlusse des ersten Termins oder nach dem Ablaufe der im Artikel 38 Abs. 2 bezeichneten Frist von der Einleitung des Vermittelungsverfahrens Kenntnis, so ist hiervon der Auseinandersetzungsbehörde Mitteilung zu machen; diese hat das bei ihr anhängige Verfahren aufzuheben.

Artikel 40.

In den Fällen des Artikel 36, des Artikel 37 Abs. 2 und des Artikel 38 Abs. 3 werden Gerichtskosten nicht erhoben.

Artikel 41.

Auf das Verteilungsverfahren finden die für die Verteilung des Erlöses im Falle der Zwangsversteigerung geltenden Vorschriften des Reichsgesetzes mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

1. Als Beteiligte gelten der Eigentümer, diejenigen, für welche zur Zeit des Ueberganges des Eigentums auf den Unternehmer ein Recht der im Artikel 35 bezeichneten Art im Grundbuch eingetragen oder durch Eintragung gesichert ist, sowie diejenigen, welche ein solches Recht bei der Enteignungsbehörde angemeldet haben oder bei dem Verteilungsgericht anmelden und auf Verlangen des Gerichts oder eines Beteiligten glaubhaft machen.
2. Die Zustellung des Beschlusses, durch den das Verteilungsverfahren eröffnet wird, an den Antragsteller ist im Sinne des § 13 des Reichsgesetzes als Beschlagnahme anzusehen.
3. Das Verteilungsgericht hat bei der Eröffnung des Verfahrens das Grundbuchamt um die im § 19 Abs. 2 des Reichsgesetzes bezeichneten Mitteilungen zu ersuchen. In die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts sind die zur Zeit des Ueberganges des Eigentums auf den Unternehmer vorhandenen Eintragungen sowie die später eingetragenen Veränderungen und Löschungen aufzunehmen.

Im Falle der Enteignung eines Grundstücksteils kann, wenn die Zwangsversteigerung des Hauptgrundstücks angeordnet ist, das Verteilungsverfahren mit dem bei der Zwangsversteigerung stattfindenden Verteilungsverfahren verbunden werden.

Artikel 42.

Ein vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragtes Verfahren ist, auch wenn es der Vorschrift des § 15 des Einführungsgesetzes zum Reichsgesetze nicht unterliegt, nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen.

Artikel 43.

In einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragten Zwangsverwaltungsverfahren bestimmen sich die Rechte und die Pflichten des Verwalters von der bezeichneten Zeit an nach den Vorschriften des Reichsgesetzes.

Von derselben Zeit an sind die Vorschriften des Reichsgesetzes auch für die Verteilung der Nutzungen maßgebend. Eine über die Verteilung vorher getroffene Bestimmung bleibt, unbeschadet der Vorschriften des § 159 des Reichsgesetzes, in Kraft. Auch behält ein Anspruch seinen bisherigen besseren Rang, wenn für ihn vor dem bezeichneten Zeitpunkt eine Beschlagnahme erfolgt war.

Artikel 44.

Das Gesetz, betreffend die Gerichtskosten bei Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens, vom 18.

Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 189) wird dahin geändert:

I. In den §§ 3, 6 und 9 ist statt des Wortes „Urteil" das Wort „Beschluß" zu setzen. Im § 5 werden die Worte „durch das Urteil" gestrichen.

II. An die Stelle des § 1 treten folgende Vorschriften:

Zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr werden erhoben für die Entscheidung, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens, über Anträge auf Anordnung der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung oder der Zwangsliquidation. Ist ein Gläubiger der Antragsteller, so werden die Gebühren nach dem Betrage der einzuziehenden Forderungen nebst den mit einzuziehenden Zinsen berechnet; im übrigen werden die Gebühren nach der Hälfte des Wertes des Gegenstandes der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung oder der Zwangsliquidation berechnet. Bei Gegenständen, welche der Grundsteuer oder der Gebäudesteuer unterliegen, ist der Wert auf den vierzigfachen Betrag des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrags und den fünfundzwanzigfachen Betrag des staatlich ermittelten Gebäudesteuernutzungswerts zu bestimmen. In den Hohenzollernschen Landen ist an Stelle des nach der Grund- und Gebäudesteuer zu berechnenden Wertes der Steueranschlag maßgebend.

Wird der Antrag zurückgenommen, ehe eine gebührenpflichtige Entscheidung ergangen ist, so wird ein Zehnteil der im Abs. 1 bestimmten Gebühr erhoben. Im Falle einer teilweisen Zurücknahme wird diese Gebühr nur insoweit erhoben, als die im Abs. 1 bestimmte Gebühr sich erhöht haben würde, wenn die Entscheidung auf den zurückgenommenen Teil erstreckt worden wäre.

III. Im § 2 werden die Worte „Interessenten", „Kaufbedingungen" ersetzt durch die Worte „Beteiligten", „Versteigerungsbedingungen".

Als letzter Absatz werden folgende Vorschriften hinzugefügt:

Findet nach § 144 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ein Verteilungsverfahren nicht statt oder wird nach § 143 desselben Gesetzes ein Verteilungsverfahren nach der Zustellung der Bestimmung des Verteilungstermins, aber vor dem Beginne des Verteilungstermins eingestellt, so werden zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben. Ist diese Gebühr und die Gebühr der Nr. 4 von verschiedenen Teilen des Erlöses zu berechnen, so darf der Gesamtbetrag die nach Nr. 4 von dem Gesamterlöse zu berechnende Gebühr nicht überschreiten.

IV. Im § 3 erhält der Abs. 3 folgende Fassung:

Im Falle der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft findet bei der Berechnung der Gebühren, Stempel und Abgaben die Vorschrift im Abs. 3 der Tarifstelle 32 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 (Gesetz-Samml. S. 413) Anwendung.

V. Im § 4 erhält der Abs. 3 folgende Fassung:

Auf die Berechnung des Wertes finden die Vorschriften des § 1 Abs. 1 Satz 3, 4 Anwendung.

Der Abs. 4 erhält folgende Fassung:

Sind nach § 65 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung Gegenstände besonders versteigert oder anderweit verwertet worden, so tritt für die Berechnung der Gebühren für das Verteilungsverfahren ihr Erlös dem Gebote hinzu.

Der Abs. 5 wird gestrichen.

VI. Der § 6 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die im § 2 bestimmten Gebühren werden, wenn der Zuschlag erteilt ist und ein Verteilungstermin stattfindet, nicht vor diesem Termin erhoben.

VII. Im § 7 Abs. 2 Satz 1 werden die Worte: „und der im § 148 Abs. 2 des Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, bezeichneten laufenden Leistungen“ ersetzt durch die Worte: „und der laufenden Beträge der öffentlichen Lasten“.

Der Abs. 3 wird gestrichen.

VIII. Im § 10 werden die Worte „Grundbuch- oder Hypothekenrichters“ ersetzt durch das Wort „Grundbuchamts“. An die Stelle der Worte: „Eintragung rückständigen Kaufgeldes“ treten die Worte: „Eintragung der Sicherungshypothek oder des Pfandrechts für die Forderung gegen den Ersteher“.

IX. An die Stelle des § 11 Abs. 1, 2 treten folgende Vorschriften:

Zur Zahlung der im § 1 bestimmten Gebühren ist der Antragsteller, zur Zahlung der im § 3 bestimmten Gebühren, Stempel und Abgaben ist der Ersteher verpflichtet. Für die nach den §§ 2, 7 zu erhebenden Gebühren haftet der Antragsteller, sofern sie nicht aus einer bar vorhandenen Teilungsmasse entnommen werden können.

Artikel 45.

Die §§ 117 bis 121a und der § 122 Abs. 1 des Preußischen Gerichtskostengesetzes vom 25. Juni 1895 (Gesetz-Samml. S. 203) fallen weg. Im § 122 Abs. 2 werden die Worte „oder Genehmigung“ gestrichen und die Worte „der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen“ durch die Worte „der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung oder der Zwangsliquidation“ ersetzt. Der § 114 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

Die Vorschriften der §§ 8, 10, 13, 16, 17, 30, 31, 110 finden auch in den Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit Anwendung. In dem Verfahren der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens sowie der Zwangsliquidation einer Bahneinheit finden alle Vorschriften des ersten und zehnten Abschnitts des ersten Teiles Anwendung.

Artikel 46.

Der Justizminister wird ermächtigt, bei der Bekanntmachung des neuen Textes des Preußischen Gerichtskostengesetzes die §§ 1 bis 11 des Gesetzes vom 18. Juli 1883 und die §§ 121b, 122 des Preußischen Gerichtskostengesetzes in den zweiten Teil des letzteren Gesetzes als zweiten Abschnitt unter der Ueberschrift „Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens. Zwangsliquidation einer Bahneinheit.“ aufzunehmen. Hierbei sind die §§ 121b, 122 des Preußischen Gerichtskostengesetzes hinter den §§ 1 bis 8, 10, 11 des Gesetzes vom 18. Juli 1883 und der § 9 des letzteren Gesetzes am Schlusse des Abschnitts einzustellen. Die §§ 114 bis 116, 122a, 123 des Preußischen Gerichtskostengesetzes erhalten als erster Abschnitt des zweiten Teiles die Ueberschrift: „Allgemeine Bestimmungen.“

Artikel 47.

Soweit in Gesetzen auf Vorschriften verwiesen ist, welche durch dieses Gesetz außer Kraft gesetzt werden, treten an deren Stelle die entsprechenden neuen Vorschriften.

Artikel 48.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Reichsgesetz in Kraft.

Die Vorschriften des Artikel 46 treten mit der Verkündung in Kraft.

Preußisches Gesetz

über die

freiwillige Gerichtsbarkeit.

Vom 21. September 1899.

Inhaltsverzeichnis.

	Artikel
Erster Abschnitt.	
Allgemeine Vorschriften	1—18
Zweiter Abschnitt.	
Nachlaß- und Teilungssachen . . .	19—28
Dritter Abschnitt.	
Vereins- und Güterrechtsregister. Schiffsregister und Handelssachen	29—30
Vierter Abschnitt.	
Gerichtliche und notarielle Urkunden.	
1. Titel. Zuständigkeit	31—39
2. „ Urkunden über Rechtsgeschäfte	40—52
3. „ Sonstige Urkunden . .	53—62
4. „ Aeußere Form und Vernichtung der Urkunden	63—65
Fünfter Abschnitt.	
Verfahren bei der freiwilligen gerichtlichen Versteigerung von Grundstücken	66— 76
Sechster Abschnitt.	
Amtsstellung der Notare . . .	77—103
Siebenter Abschnitt.	
Besondere Gerichte. Mitwirkung der Gemeindebeamten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	104—127
Achter Abschnitt.	
Schlußbestimmungen	128—145

Preußisches Gesetz

über die

freiwillige Gerichtsbarkeit.

Vom 21. September 1899.

Vorbemerkung.

Was ist „freiwillige Gerichtsbarkeit"? Die eigentliche Thätigkeit des Richters besteht im Recht-Sprechen, im Civilprozeß ebenso wie im Strafprozesse. Daneben sind dem Gerichte noch Thätigkeiten anderer Art zugewiesen worden, welche in das Aufsichtsrecht des Staates fallen. Dies ist die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Diese Zuständigkeit der Gerichte in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist teils durch Reichsgesetz, teils durch Landesgesetz ausgesprochen.

Auf Grund von Reichsgesetzen sind die Gerichte zum Beispiel thätig in Vormundschaftssachen und damit zusammenhängenden Angelegenheiten, wie bei der Annahme an Kindesstatt (Adoption), Zwangserziehung, Entmündigung; ferner bei Führung der Handels-, Genossenschafts-, Schiffs-, Muster-, Börsen- und Güterrechtsregister, bei Beaufsichtigung der Handelsgesellschaften, in Vereinssachen, bei Beurkundung von Rechtsgeschäften und Aufnahme gewisser anderer Urkunden, in Nachlaß- und Teilungssachen.

Das Landesgesetz hat den Gerichten übertragen die Grundbuchsachen, die Verwahrung von Testamenten und Erbverträgen, die Ausstellung gewisser Atteste und Urkunden, Aufnahme gerichtlicher Taxen, die Führung des Registers für Wassergenossenschaften und anderes.

Das Verfahren bei der freiwilligen Gerichtsbarkeit regelt einmal das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898. Doch regelt dieses Gesetz das Verfahren keineswegs erschöpfend, bestimmt demgemäß auch im ersten Absatz des § 200:

Durch Landesgesetz können Vorschriften zur Ergänzung und Ausführung dieses Gesetzes, mit Einschluß der erforderlichen Uebergangsvorschriften, auch insoweit erlassen werden, als dieses Gesetz Vorbehalte für die Landesgesetzgebung nicht enthält.

So ist denn das Preußische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit nicht nur Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz, regelt vielmehr auch solche Rechtsgebiete, welche durch das Reichsgesetz gar nicht berührt werden. Dabei paßt es seine Bestimmungen nach Möglichkeit dem Reichsgesetze an.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

Das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bestimmt in § 1, daß seine allgemeinen Vorschriften der §§ 1 bis 34 nur für diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit gelten sollen, welche durch Reichsgesetz den Gerichten übertragen sind. Auf die Angelegenheiten dagegen, für welche die Gerichte auf Grund von Landesgesetzen zuständig sind (Beispiele sind in der Vormerkung genannt), beziehen sich die erwähnten §§ 1 bis 34 des Reichsgesetzes nicht.

Das Preußische Gesetz dehnt sie aber nach Möglichkeit durch die Artikel 1 bis 6 auch auf die durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten aus. Insbesondere werden für im Allgemeinen anwendbar erklärt im Artikel 1 die Vorschriften des Reichsgesetzes über die örtliche Zuständigkeit (§§ 3, 4), über Ausschließung und Ablehnung der Richter (§§ 6, 7), Gerichtssprache und Dolmetscher (§§ 8, 9), Zulassung von Beiständen und Bevollmächtigten (§ 13), Armenrecht (§ 14), Beweis durch Zeugen und Sachverständige und Glaubhaftmachung (§ 15), Eintritt der Wirksamkeit gerichtlicher Verfügungen und Form ihrer Bekanntmachung (§ 16), Berechnung von Fristen (§ 17), Zeugnisse über die Rechtskraft einer Verfügung (§ 31), Folgen der Aufhebung einer Verfügung (§ 32), Androhung von Ordnungsstrafen (§ 33), Einsicht der Gerichtsakten und Erteilung von Abschriften (§ 34). Doch stellt der Artikel 1 gleichzeitig einige Beschränkungen in der Anwendbarkeit dieser Bestimmungen auf.

Ueber die Ausschließung eines Gerichtsschreibers bei Beurkundung von Rechtsgeschäften geben die §§ 170 bis 172 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Vorschriften, über

die Ausschließung desselben in anderen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit der Artikel 2 des vorliegenden Gesetzes.

Die Artikel 3 bis 8 enthalten Vorschriften über die Beschwerde gegen gerichtliche Verfügungen in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Die Beschwerde ist auch in den durch Landesgesetz den Gerichten zugewiesenen Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit gegen alle richterlichen Verfügungen zulässig, sofern die Anfechtbarkeit nicht ausdrücklich ausgeschlossen ist. Eine solche Ausnahme enthält z. B. die Nummer III des Artikel 130 in Absatz 3.

Ueber die Fragen, wer die Beschwerde einlegen kann, bei welchem Gericht und in welcher Weise sie einzulegen sei und über ähnliche Fragen äußern sich die §§ 20 bis 26 des Reichsgesetzes. Dieselben sollen nach Artikel 6 auch hier anwendbar sein.

Die Entscheidung über die Beschwerde ist nur in gewissen Fällen, wenn nämlich eine Gesetzesverletzung vorliegt und das Amtsgericht die erste Instanz bildet, anfechtbar, und zwar durch die sogenannte weitere Beschwerde. Näheres hierüber enthalten die §§ 27 und 29 des Reichsgesetzes, sowie die Artikel 6 bis 8 des vorliegenden Gesetzes.

Die Artikel 7 und 8 regeln im besonderen die Zuständigkeit des Kammergerichts für die weitere Beschwerde.

Die Artikel 9 bis 14 beziehen sich auf die Pflicht, die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Im allgemeinen fallen die Gerichtskosten dem Antragsteller zur Last oder demjenigen, in dessen Interesse die gerichtliche Handlung lag, zum Beispiel in Vormundschaftssachen dem Mündel.

Sind bei einer Angelegenheit mehrere beteiligt, so kann auf Antrag einer der Beteiligten zur Tragung derjenigen Kosten verurteilt werden, die durch ihn entstanden sind und die sonst nicht notwendig gewesen wären. So bestimmt der Artikel 9. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß die Staatskasse diese Kosten nicht auch von einem anderen der Beteiligten einziehen kann. Thut sie dies aber, so hat der vom Staat in Anspruch Genommene stets das Recht, die Kosten von dem Verurteilten sich erstatten zu lassen.

Ist eine Verurteilung in die Kosten auf Grund der Artikel 9 oder 16 erfolgt und kann sich der Verurteilte mit seinem Gegner über die Höhe der Kosten nicht einigen, so kann der letztere die gerichtliche Festsetzung des Betrages der Kosten fordern. Das Verfahren hierbei ist dem Kostenfestsetzungsverfahren der Civilprozeßordnung (§ 105 Abs. 3, § 107 Abs. 1, § 568 Abs. 3) ganz ähnlich.

Der Kostenfestsetzungsbeschluß ist ein vollstreckbarer Titel, auf Grund desselben kann also die Zwangsvollstreckung vorgenommen werden.

Die Artikel 15 bis 17 gewähren dem Gericht die Macht, die Befolgung seiner Verfügungen durch Zwangsmittel, Ordnungsstrafen und unmittelbare Gewalt durchzusetzen.

Ordnungsstrafen sind in allen Fällen zulässig, in denen jemandem durch die Verfügung die Verpflichtung auferlegt ist, eine Handlung vorzunehmen, die ausschließlich von seinem Willen abhängt, oder eine Handlung zu unterlassen oder die Vornahme einer Handlung zu dulden. Beispiele sind: die Nichtbefolgung der Anordnungen des Vormundschaftsgerichts seitens des Vormundes, des Vaters oder der Mutter, die Weigerung der Herausgabe eines falschen Erbscheines, das Nichterscheinen eines ordnungsmäßig Geladenen.

In den Nachlaß des Verurteilten kann die Ordnungsstrafe nicht vollstreckt werden. Die Ordnungsstrafe kann vom Gericht aufgehoben werden, wenn sich der Verurteilte nachträglich gehörig entschuldigt.

Unmittelbare Gewalt darf nach Artikel 17 nur in besonderen Fällen angewendet werden: wenn eine Sache oder eine Person herausgegeben oder eine Sache vorgelegt werden soll, oder wenn eine Anordnung ohne Gewalt nicht durchzuführen ist, beispielsweise, wenn sich der Vater der Ueberführung seines Kindes in eine Erziehungsanstalt widersetzt oder wenn er trotz Ordnungsstrafen der Ladung vor das Gericht zur Ablegung von Rechenschaft über die Verwaltung des Vermögens seines Kindes nicht Folge leistet; wenn jemand dem Beamten, der einen Nachlaß siegeln soll, thatsächlichen Widerstand entgegensetzt, oder wenn sich ein Erbe weigert, verschlossene Behältnisse zu öffnen, damit ein Vermögensverzeichnis aufgenommen werden könne.

Wird die Sache oder die Person nicht gefunden, so kann der Verpflichtete zur Leistung des Offenbarungseids gezwungen werden.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

Die §§ 3, 4, 6, 7, 14, der § 16 Abs. 2, 3 sowie die §§ 31 bis 33 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 finden, unbeschadet der Vorschriften des Grundbuchrechts über die Ausschließung und Ablehnung der Gerichtspersonen in der Beschwerdeinstanz, Anwendung auf diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragen sind. Das Gleiche gilt von den Vorschriften der §§ 8, 9 über die Gerichtssprache und die Dolmetscher und, soweit nicht entgegenstehende Vorschriften gegeben sind, von den Vorschriften der §§ 13, 15, des § 16 Abs. 1 und der §§ 17, 34.

Artikel 2.

Wirkt in einer Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit, die nicht in der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts besteht, ein Gerichtsschreiber mit, so finden auf ihn die Vorschriften der §§ 6, 7 des

Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

Die Zuziehung eines Gerichtsschreibers kann in den Fällen, in welchen das Gesetz sie nicht vorschreibt, erfolgen, wenn sie zur sachgemäßen Erledigung des Geschäfts zweckmäßig ist.

Artikel 3.

Für die Anfechtung gerichtlicher Verfügungen in denjenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche durch Landesgesetz den Gerichten übertragen sind, gelten die Vorschriften der Artikel 4 bis 7. Die Vorschriften des Grundbuchrechts und des Gesetzes, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen ꝛc., vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 499) bleiben unberührt.

Artikel 4.

Die gerichtlichen Verfügungen erster Instanz können im Wege der Beschwerde angefochten werden. Die Beschwerde findet nicht statt, soweit sie durch besondere gesetzliche Vorschrift ausgeschlossen ist. Rechte Dritter, die auf Grund der angefochtenen Verfügung erworben sind, werden durch die Abänderung der Verfüng nicht beeinträchtigt.

Artikel 5.

Soweit nach besonderen gesetzlichen Vorschriften die Einlegung des Rechtsmittels gegen die Entscheidung erster Instanz an eine Frist gebunden ist, findet die sofortige Beschwerde statt.

Artikel 6.

Die Vorschriften der §§ 20 bis 27, 29 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit finden entsprechende Anwendung.

Ueber die Beschwerde gegen eine Verfügung, die das Amtsgericht erlassen hat, entscheidet das Landgericht, über die Beschwerde gegen eine Verfügung, die das Landgericht in erster Instanz erlassen hat, entscheidet das Oberlandesgericht, über die Beschwerde gegen eine Verfügung, die das Oberlandesgericht in erster Instanz erlassen hat, der Justizminister.

Die Entscheidungen über Beschwerden erfolgen bei den Landgerichten durch eine Civilkammer, bei den Oberlandesgerichten durch einen Civilsenat.

Eine weitere Beschwerde findet nur statt, wenn das Amtsgericht die erste Instanz bildet.

Artikel 7.

Für die Entscheidung über das Rechtsmittel der weiteren Beschwerde ist das Kammergericht zuständig. Hängt die Entscheidung nach der Auffassung des Kammergerichts von der Auslegung eines in seinem Bezirke nicht geltenden Gesetzes ab, so kann es die weitere Beschwerde demjenigen Oberlandesgerichte zur Entscheidung überweisen, zu dessen Bezirke das Landgericht gehört, welches die angefochtene Entscheidung erlassen hat. Der Ueberweisungsbeschluß ist dem Beschwerdeführer bekannt zu machen.

Artikel 8.

Die Vorschriften des Artikel 7 gelten, unbeschadet der Zuständigkeit des Reichsgerichts, auch für Grundbuchsachen sowie für diejenigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche durch Reichsgesetz den Gerichten übertragen sind.

Artikel 9.

Sind an einer Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit mehrere Personen beteiligt, so kann das Gericht bei der von ihm zu treffenden Entscheidung auf Antrag einen Beteiligten verurteilen, diejenigen Kosten des Verfahrens ganz oder teilweise zu tragen, welche er durch ein unbegründetes Gesuch, einen unbegründeten Widerspruch oder eine unbegründete Beschwerde, durch vorzeitiges Anrufen des Gerichts, durch eine Versäumung oder durch grobes Verschulden veranlaßt hat.

Zu den nach Abs. 1 zu erstattenden Kosten des Verfahrens gehören die Gebühren und Auslagen, welche durch die Zuziehung eines Rechtsanwalts entstanden sind, nur insoweit, als die Zuziehung nach dem Ermessen des Gerichts zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung notwendig war.

Artikel 10.

Wird eine gerichtliche Festsetzung des Betrags der Kosten erforderlich, zu deren

Erstattung ein Beteiligter auf Grund der Artikel 9, 16 verurteilt worden ist, so erfolgt sie durch das Gericht erster Instanz. Im Falle des § 1875 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [1]) erfolgt die Festsetzung durch den Vorsitzenden des Familienrats.

Zur Berücksichtigung eines Ansatzes genügt, daß er glaubhaft gemacht wird.

Artikel 11.

Findet gegen die Entscheidung in der Hauptsache die sofortige Beschwerde statt, so kann auch die Entscheidung über die Verpflichtung zur Tragung der Kosten sowie die Kostenfestsetzung nur mit der sofortigen Beschwerde angefochten werden.

Die Kostenfestsetzung kann selbständig mit der weiteren Beschwerde nur angefochten werden, wenn die Beschwerdesumme den Betrag von fünfzig Mark übersteigt.

Artikel 12.

Ergeht nach der Kostenfestsetzung eine Entscheidung, die den Wert des Gegenstandes des Verfahrens festsetzt, so ist, falls diese Entscheidung von der Wertberechnung abweicht, welche der Kostenfestsetzung zu Grunde liegt, auf Antrag die Kostenfestsetzung entsprechend abzuändern. Ueber den Antrag entscheidet das Gericht erster Instanz.

Artikel 13.

Wird eine in Betreff der Kosten ergangene Entscheidung abgeändert, so ist der Beteiligte auf Antrag zur Erstattung der ihm auf Grund der Entscheidung zuviel gezahlten Kosten zu verurteilen.

Artikel 14.

Aus der gerichtlichen Kostenfestsetzung sowie aus der Entscheidung, durch die ein Beteiligter zur Erstattung der ihm zu viel gezahlten Kosten verurteilt wird, findet die Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung statt.

Artikel 15.

Ist jemandem durch eine Verfügung die Verpflichtung auferlegt, eine Handlung vorzunehmen, die ausschließlich von seinem Willen abhängt, oder eine Handlung zu unterlassen oder die Vornahme einer Handlung zu dulden, so kann ihn das Gericht, soweit sich nicht aus dem Gesetz ein Anderes ergiebt, zur Befolgung seiner Anordnung durch Ordnungsstrafen anhalten; die Ordnungsstrafen dürfen nur in Geld bestehen.

Artikel 16.

Bei der Festsetzung einer Ordnungsstrafe ist der Beteiligte zugleich in die Kosten des Verfahrens zu verurteilen.

Die zwangsweise Einziehung einer Ordnungsstrafe erfolgt im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens.

Eine Ordnungsstrafe kann nicht in den Nachlaß des Verurteilten vollstreckt werden.

Artikel 17.

Soll eine Sache oder eine Person herausgegeben oder eine Sache vorgelegt werden oder ist eine Anordnung ohne Gewalt nicht durchzuführen, so kann auf Grund einer besonderen Verfügung des Gerichts auch Gewalt gebraucht werden; der Verfügung hat in der Regel eine Androhung vorauszugehen. Der Vollstreckungsbeamte ist befugt, erforderlichenfalls die Unterstützung der polizeilichen Vollzugsorgane nachzusuchen. Die Kosten fallen dem Verpflichteten zur Last. Die Vorschriften des § 752 und des § 790 Abs. 1 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

Wird die Sache oder die Person nicht vorgefunden, so kann der Verpflichtete von dem Gerichte zur Leistung des Offenbarungseids angehalten werden; die Vorschriften des § 883 Abs. 2, 3, des § 900 Abs. 1 und der §§ 901, 902, 904 bis 910, 912, 913 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

Artikel 18.

Die Ausfertigungen gerichtlicher Verfügungen sind von dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

---

[1]) § 1875 Abs. 1. Ein Mitglied des Familienrats, das ohne genügende Entschuldigung der Einberufung nicht Folge leistet oder die rechtzeitige Anzeige seiner Verhinderung unterläßt oder sich der Teilnahme an der Beschlußfassung enthält, ist von dem Vorsitzenden in die dadurch verursachten Kosten zu verurteilen.

Zweiter Abschnitt.

Nachlaß- und Teilungssachen.

Der § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt über gerichtliche Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses:

> Bis zur Annahme der Erbschaft hat das Nachlaßgericht für die Sicherung des Nachlasses zu sorgen, soweit ein Bedürfnis besteht. Das Gleiche gilt, wenn der Erbe unbekannt oder wenn ungewiß ist, ob er die Erbschaft angenommen hat.
>
> Das Nachlaßgericht kann insbesondere die Anlegung von Siegeln, die Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten, sowie die Aufnahme eines Nachlaßverzeichnisses anordnen und für denjenigen, welcher Erbe wird, einen Pfleger (Nachlaßpfleger) bestellen.

Damit das Gericht diese Maßregeln ergreifen könne, ist es notwendig, daß es von den Todesfällen Kenntnis erhalte, bei denen eine Sicherung des Nachlasses angezeigt erscheint. Vor dem 1. Januar 1900 bestand daher im größten Teile Preußens eine Verpflichtung der im Sterbehause gegenwärtigen Verwandten oder Hausgenossen des Verstorbenen, auch des Hauswirtes, dem Gerichte Anzeige zu geben von solchen Umständen, welche eine Nachlaßsiegelung notwendig machten. Diese Verpflichtung besteht gegenwärtig nicht mehr. Dagegen wird die Anzeige im Artikel 19 den Polizeibehörden, die über die thatsächlichen Verhältnisse meist am besten unterrichtet sind, zur Pflicht gemacht.

Beim Tode eines Beamten kann es notwendig werden, staatliche Akten, Gelder und andere Sachen, die sich in Händen des Verstorbenen befunden haben, zu sichern. Daher giebt Artikel 20 entsprechende Vorschriften.

Haben sich mehrere Erben in einen Nachlaß zu teilen, oder handelt es sich um Beendigung einer ehelichen oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, so bedarf es bei der Auseinandersetzung der Mitwirkung des Gerichtes nicht, wenn die Parteien unter sich über die Art der Teilung einig sind, oder wenn sie sich sämtlich auf eine Person, etwa einen Rechtsanwalt oder Notar einigen, der die Verteilung vorzunehmen habe.

Häufig kommt es aber zwischen den Beteiligten überhaupt zu keiner Einigung. Dann kann die gerichtliche Auseinandersetzung beantragt werden.

Das Verfahren bei dieser regelt das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in den §§ 86 bis 98.

Danach ladet das Gericht, wenn ein Beteiligter den Antrag stellt, die Auseinandersetzung zu vermitteln, sämtliche Beteiligte zu einem Verhandlungstermine vor. Es findet dann, wenn sich die Parteien nicht vorher in Güte einigen, wenn aber über Behauptungen und Anträge Einverständnis herrscht, die Aufstellung des Auseinandersetzungsplans (Rezesses) statt, der, wenn die Beteiligten mit seinem Inhalt einverstanden sind, vom Gericht bestätigt wird.

Entstehen zwischen den Parteien Streitigkeiten, so wird das Verfahren vor dem Auseinandersetzungsgericht so lange ausgesetzt, bis der Streit im Wege des Prozesses beigelegt ist.

Das Auseinandersetzungsverfahren ist also im Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit geregelt. Die Artikel 21 bis 27 des vorliegenden Preußischen Gesetzes geben Bestimmungen nur darüber, wie weit in diesem Auseinandersetzungsverfahren ein Notar an die Stelle des Gerichtes treten kann.

Das Amtsgericht *kann* auf Antrag auch nur eines Beteiligten die Vermittelung der Auseinandersetzung einem Notar überweisen; es *muß* dies thun, wenn alle Beteiligten vor dem ersten Verhandlungstermin oder im ersten Verhandlungstermin alle *erschienenen* Beteiligten den Antrag stellen. In jedem Fall kann aber nur ein Notar gewählt werden, der seinen Amtssitz im Bezirke des Landgerichts hat, welches für das betreffende Amtsgericht die höhere Instanz bildet, auch die Beteiligten können nur einen solchen wählen.

Ist die Vermittelung der Auseinandersetzung einem Notar überwiesen, so liegen diesem doch nicht alle Verrichtungen ob, welche das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit dem Gerichte zuweist, vielmehr nur die in Artikel 23 genannten. Vor allem kann der Notar nicht den Auseinandersetzungsplan selbst bestätigen, dies muß das Gericht thun.

Der Artikel 28 betrifft die Kosten des Auseinandersetzungsverfahrens, mag es vom Notar oder vom Gericht geleitet werden. Die gesetzlichen Regeln des Abs. 1 sind nur dann anwendbar, wenn die Parteien im Teilungsplan Bestimmungen über die Kosten nicht aufgenommen haben.

Artikel 19.

Erhalten die Ortspolizeibehörden von einem Todesfalle Kenntnis, bei welchem gerichtliche Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses angezeigt erscheinen können, so sollen sie dem Amtsgericht, in dessen Bezirke der Todesfall eingetreten ist, Mitteilung machen. Der Justizminister und der Minister des Innern können diese Verpflichtung auf die Gemeindebehörden übertragen.

Artikel 20.

Nach dem Tode eines Beamten hat, unbeschadet der Zuständigkeit des Nachlaßgerichts, die Behörde, welcher der Verstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde für die Sicherung der amtlichen

Akten und der sonstigen Sachen, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, zu sorgen, soweit hierfür ein Bedürfnis besteht.

Werden bei der Ausführung einer Maßregel, die das Gericht zur Sicherung eines Nachlasses angeordnet hat, Sachen der im Abs. 1 bezeichneten Art vorgefunden, so hat das Gericht die Behörde, welcher der Verstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde hiervon zu benachrichtigen und ihr zugleich von den Sicherungsmaßregeln, die in Ansehung dieser Sachen vorgenommen worden sind, Mitteilung zu machen. Der Behörde liegt es ob, das weitere zu veranlassen.

Artikel 21.

Wird auf Grund der §§ 86, 99 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit [1]) die Vermittelung der Auseinandersetzung nachgesucht, so kann das Amtsgericht auf Antrag eines Beteiligten die Vermittelung der Auseinandersetzung einem Notar überweisen, der seinen Amtssitz in dem Bezirke des vorgeordneten Landgerichts hat.

Wird der Antrag vor dem ersten Verhandlungstermine von allen Beteiligten oder in diesem Termine von allen erschienenen Beteiligten gestellt, so hat ihm das Gericht stattzugeben. Einigen sich vor dem Termin alle Beteiligten oder in dem Termin alle erschienenen Beteiligten über einen bestimmten Notar, so hat das Gericht die Vermittelung der Auseinandersetzung diesem Notar zu überweisen, es sei denn, daß er an der Vermittelung rechtlich oder thatsächlich verhindert ist.

Gegen den Beschluß, durch welchen über die Ueberweisung entschieden wird, steht den Beteiligten die sofortige Beschwerde zu.

Ist der Ueberweisungsbeschluß rechtskräftig geworden, so hat ihn das Gericht mit den Akten unter Angabe des Tages, an welchem die Rechtskraft eingetreten ist, dem Notar zu übersenden.

Artikel 22.

Ist der von dem Gericht ernannte Notar an der Vermittelung der Auseinandersetzung rechtlich oder thatsächlich verhindert, so finden auf die Ueberweisung an einen anderen Notar die Vorschriften des Artikel 21 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Ueberweisung auch ohne Antrag erfolgen kann und daß als erster Verhandlungstermin der erste von dem Gerichte zur Fortsetzung der Verhandlung bestimmte Termin gilt.

Lehnt der Notar die Vermittelung der Auseinandersetzung ab, weil der ihm zustehende Vorschuß nicht gezahlt wird, so ist die Ueberweisung erledigt; die Ueberweisung an einen anderen Notar ist unzulässig.

Artikel 23.

Durch den Ueberweisungsbeschluß gehen auf den Notar die Verrichtungen über, die nach dem § 87 Abs. 2, den §§ 89 bis 91, dem § 93 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 sowie nach den §§ 94, 95 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit dem Amtsgerichte zustehen.

Die Bestätigung der Auseinandersetzung oder einer vorgängigen Vereinbarung erfolgt durch das Gericht. Die Vernehmung eines Zeugen oder eines Sachverständigen kann von dem Notar nur dann angeordnet werden, wenn die erschienenen Beteiligten über seine Vernehmung einverstanden sind. Auch ist nur das Gericht zuständig, über die Rechtmäßigkeit der Weigerung eines Zeugnisses oder der Abgabe eines Gutachtens und über die Entbindung von der Abgabe eines Gut-

---

[1]) § 86. Hinterläßt ein Erblasser mehrere Erben, so hat das Nachlaßgericht auf Antrag die Auseinandersetzung in Ansehung des Nachlasses zwischen den Beteiligten zu vermitteln, sofern nicht ein zur Bewirkung der Auseinandersetzung berechtigter Testamentsvollstrecker vorhanden ist.

Antragsberechtigt ist jeder Miterbe, der Erwerber eines Erbteils, sowie derjenige, welchem ein Pfandrecht oder ein Nießbrauch an einem Erbteile zusteht.

§ 99 Abs. 1. Nach der Beendigung einer ehemaligen Gütergemeinschaft oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft finden auf die Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts die Vorschriften der §§ 86—98 entsprechende Anwendung.

achtens zu entscheiden: das Gleiche gilt von der Verurteilung eines Zeugen oder eines Sachverständigen in Strafe oder Kosten, von der Anordnung der zwangsweisen Vorführung eines Zeugen sowie von der Aufhebung der gegen einen Zeugen oder Sachverständigen getroffenen Anordnungen.

Artikel 24.

Soweit nach Artikel 23 an Stelle des Gerichts der Notar zuständig ist, tritt der Notar auch an die Stelle des Gerichtsschreibers; an die Stelle der Gerichtsschreiberei treten die Geschäftsräume des Notars.

Artikel 25.

Der Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann bei dem Gericht oder dem Notar gestellt werden.

Artikel 26.

Auf die Bekanntmachung notarieller Verfügungen findet der § 16 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit entsprechende Anwendung.

Soweit nach Abs. 1 die für die Zustellung von Amtswegen geltenden Vorschriften der Civilprozeßordnung maßgebend sind, tritt an die Stelle des Gerichtsschreibers der Notar, an die Stelle des Gerichtsdieners der Gerichtsvollzieher. Der § 174 Abs. 1 der Civilprozeßordnung bleibt außer Anwendung Bei einer Zustellung durch Aufgabe zur Post hat sich der Notar, wenn er nicht selbst das zuzustellende Schriftstück der Post übergiebt, der Vermittelung eines Gerichtsvollziehers zu bedienen. Die Bewilligung einer öffentlichen Zustellung kann nur durch das Gericht erfolgen; die Zustellung wird von dem Gerichtsschreiber besorgt.

Artikel 27.

Ist das Verfahren vor dem Notar erledigt, so hat dieser die in dem Verfahren entstandenen Schriftstücke zu den Gerichtsakten abzugeben.

Artikel 28.

Die Kosten des Verfahrens vor dem Gericht und des Verfahrens vor dem Notar fallen der Masse zur Last. Die Gebühren und Auslagen eines Bevollmächtigten trägt der Machtgeber, die Kosten einer für das Auseinandersetzungsverfahren angeordneten Abwesenheitspflegschaft der abwesende Beteiligte, die durch eine Versäumung verursachten Kosten der Säumige.

Diese Vorschriften finden keine Anwendung, soweit in der Auseinandersetzungsurkunde ein Anderes bestimmt ist.

Wer die Kosten der Beschwerdeinstanz zu tragen hat, bestimmt sich nach dem Inhalte der darüber ergangenen gerichtlichen Entscheidung.

Die Vorschriften der Artikel 9 bis 14 finden keine Anwendung.

Dritter Abschnitt.

Vereins- und Güterrechtsregister. Schiffsregister und Handelssachen.

Artikel 29.

Die näheren Bestimmungen über die Einrichtung und die Führung des Vereins- und des Güterrechtsregisters sowie des Handels- und des Schiffsregisters werden vom Justizminister getroffen.

Die Eintragungen in das Schiffsregister sollen von dem Richter mit Angabe des Wortlauts verfügt, von dem Gerichtsschreiber ausgeführt und von beiden unterschrieben werden.

Die beglaubigten Abschriften aus dem Schiffsregister sind von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Artikel 30.

Ueber die Verpflichtung zur Tragung der Kosten, die durch eine gerichtliche Verhandlung über die Bestätigung der Dispache entstehen, entscheidet das Gericht, vor dem die Verhandlung stattfindet; die Entscheidung erfolgt nur auf Antrag eines der an dem Verfahren Beteiligten.

Die Kosten sind, unbeschadet der Vorschrift des Artikel 9, von den an dem Verfahren Beteiligten in dem Verhältnisse zu tragen, in welchem sie zu dem Havereischaden beizutragen haben. Die

den einzelnen Beteiligten entstandenen Kosten können, wenn die Umstände es rechtfertigen, gegeneinander aufgehoben werden. Soweit die Beteiligten eine abweichende Vereinbarung treffen, ist diese maßgebend.

Die Vorschriften der Artikel 10 bis 14 dieses Gesetzes und des § 158 Abs. 3 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit [1]) finden entsprechende Anwendung.

Vierter Abschnitt.

Gerichtliche und notarielle Urkunden.

Erster Titel.

Zuständigkeit.

Amtsrichter und Notar sind öffentliche Urkundspersonen. Sie beurkunden einmal den Abschluß von Rechtsgeschäften vor ihnen, zum Beispiel das Eingehen von Kauf-, Schenkungs-, Darlehns-, Gesellschafts- und Erbverträgen, die Errichtung von Testamenten. Diese besondere Form wird für manche Rechtsgeschäfte ausdrücklich vom Gesetz gefordert, und diese Geschäfte sind, wenn die Form nicht gewahrt wird, nichtig. In anderen Fällen wählen die Parteien freiwillig die richterliche oder notarielle Form.

Der Zweck dieser Beurkundung ist der folgende: es sollen wichtige Geschäfte einmal unter Beihilfe eines Rechtsverständigen abgeschlossen werden, damit Zweideutigkeiten und sich darauf gründender Streit unter den Parteien nach Möglichkeit vermieden wird; es sollen aber auch die Parteien beim Abschluß des Rechtsgeschäfts durch die feierliche Form an die Wichtigkeit desselben gemahnt und dadurch vor Uebereilung bewahrt werden.

Amtsrichter und Notar beurkunden aber nicht nur Rechtsgeschäfte. Auch die Beurkundung anderer Gegenstände ist ihnen vom Gesetze zugewiesen, beispielsweise die Beglaubigung von Handzeichen und Unterschriften, von Abschriften und von Auszügen aus einer Urkunde, die Aufnahme eines Protokolls über die Generalversammlung einer Aktiengesellschaft, einer Genossenschaft, die Beurkundung des Herganges bei Verlosungen, bei Auslosung und bei Vernichtung von Wertpapieren, die Ausstellung von Erbscheinen, Aufnahme von Wechselprotesten, Vermögensverzeichnissen, besonders Nachlaßinventare und anderes.

---

[1]) § 158 Abs. 3. Für Klagen auf Erteilung der Vollstreckungsklausel sowie für Klagen, durch welche Einwendungen gegen die in der Dispache festgestellten Ansprüche geltend gemacht werden oder die bei der Erteilung der Vollstreckungsklausel als eingetreten angenommene Rechtsnachfolge bestritten wird, ist das Amtsgericht zuständig, welches die Dispache bestätigt hat. Gehört der Anspruch nicht vor die Amtsgerichte, so sind die Klagen bei dem zuständigen Landgericht zu erheben.

Durch die neue Gesetzgebung ist der Notar hinsichtlich seiner Zuständigkeit zur öffentlichen Beglaubigung dem Amtsrichter größtenteils gleichgestellt, während er früher hinter ihm zurückstand. Der Geschäftskreis der Notare ist also bedeutend erweitert.

Die Zuständigkeit des Amtsrichters und des Notars wird in den Artikeln 31 bis 39 gleichmäßig geregelt.

Für einfachere Sachen, insbesondere für die Beglaubigung von Abschriften und für die Beurkundung behufs Sicherstellung der Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ausgestellt ist, sind nach den Artikeln 35 und 36 auch die Gerichtsschreiber befugt. Andere Geschäfte, wie die Aufnahme von Wechselprotesten, Versteigerung beweglicher Sachen und Aufnahme von Vermögensverzeichnissen kann nach Artikel 38 der Amtsrichter dem Gerichtsschreiber oder dem Gerichtsvollzieher übertragen.

Ueber die Form, in welcher gerichtliche und notarielle Urkunden über Rechtsgeschäfte aufzunehmen sind, geben das Bürgerliche Gesetzbuch in den §§ 2232 bis 2246 und 2276, sowie das Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit in den §§ 168 bis 182 ausführliche Regeln, gleichgiltig, ob das Rechtsgebiet, auf welches sich das Geschäft bezieht, dem Reichsrecht oder dem Landesrecht angehört.

Der § 200 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bestimmt sogar in seinem Absatz 2, daß ein Verstoß gegen Vorschriften der Landesgesetze über die Errichtung gerichtlicher oder notarieller Urkunden ohne Einfluß auf die Giltigkeit der Beurkundung ist.

Daher giebt das vorliegende Preußische Gesetz nur in den Artikeln 40 und 41 einige wenige Bestimmungen für die Form der Urkunden über Rechtsgeschäfte.

Die Urschriften der Urkunden, welche Richter oder Notar über ein Rechtsgeschäft aufgenommen haben, bleiben regelmäßig in der Verwahrung des Gerichts oder des Notars, nur in Ausnahmefällen, wie die des Artikels 44, kann die Urschrift mit Zustimmung aller Beteiligten ausgehändigt werden.

Sonst erhalten die Beteiligten von den Urkunden auf Verlangen Abschriften oder Ausfertigungen. Letzteres sind beglaubigte Abschriften, welche dazu bestimmt sind, die Urschrift im Verkehr zu vertreten. Daher hat die Vorlegung der Ausfertigung dieselben Wirkungen, wie die Beibringung der Urschrift.

Eine Ausfertigung des Protokolls kann nur das Gericht oder der Notar erteilen, in dessen Verwahrung sich die Urschrift befindet.

Nähere Vorschriften über die Form der Ausfertigungen enthalten die Artikel 45 bis 48; wer eine Ausfertigung von den gerichtlichen und

notariellen Protokollen, und wer die Einsicht der letzteren fordern könne, besagen die Artikel 49 und 50.

Auch die Beurkundung über Gegenstände, die nicht Rechtsgeschäfte sind (man siehe oben), geschieht regelmäßig durch ein Protokoll; Ausnahmen enthält der Artikel 56.

Bei der Beurkundung hat der Richter nach den Artikeln 54, 57 und 58 gewisse Formvorschriften zu beobachten. An diese Vorschriften hat sich nach Artikel 59 auch der Gerichtsschreiber zu halten.

Soll der Richter oder der Notar nur eine Unterschrift oder ein Handzeichen unter einer Urkunde beglaubigen, so darf er ohne den Willen der Beteiligten von dem Inhalt der Urkunde keine Kenntnis nehmen.

Die Verwahrung der Urkunden, welche nicht über Rechtsgeschäfte lauten, die Erteilung von Ausfertigungen und Abschriften derselben und das Recht, in sie Einsicht zu nehmen, wird in den Artikeln 61 und 62 geregelt.

Ueber die äußere Behandlung und über die Vernichtung gerichtlicher und notarieller Urkunden giebt der vierte Titel dieses Abschnittes in den Artikeln 63 bis 65 Bestimmungen.

Artikel 31.

Für die Aufnahme von Urkunden der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind die Amtsgerichte und die Notare zuständig. Die Zuständigkeit umfaßt die Befugnis zur öffentlichen Beurkundung von Rechtsgeschäften und von sonstigen Thatsachen. Sie erstreckt sich insbesondere auch auf die Vornahme freiwilliger Versteigerungen, auf die Mitwirkung bei Abmarkungen sowie auf die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen.

Die Notare sind auch zuständig, Zustellungen vorzunehmen und zu beurkunden. Die Zustellungsurkunden der Notare sind stempelfrei.

Der Justizminister kann die Amtsgerichte anweisen, Versteigerungen nur unter bestimmten Voraussetzungen vorzunehmen.

Artikel 32.

Unberührt bleiben die Vorschriften, wonach die im Artikel 31 bezeichneten Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit auch von anderen Behörden oder mit öffentlichem Glauben versehenen Personen als den Amtsgerichten oder Notaren oder nur von solchen anderen Behörden oder Personen oder nur von dem örtlich zuständigen Amtsgerichte vorgenommen werden können.

Beglaubigte Abschriften oder Bescheinigungen aus den bei Gericht geführten oder verwahrten Akten und öffentlichen Büchern sollen die Notare in der Regel nicht erteilen.

Artikel 33.

Die Amtsgerichte und die Notare sollen die freiwillige Versteigerung eines Grundstücks nur vornehmen, wenn das Grundstück in ihrem Amtsbezirke belegen ist. Liegt das Grundstück in verschiedenen Amtsbezirken oder sollen mehrere Grundstücke, die in verschiedenen Amtsbezirken liegen, zusammen versteigert werden, so ist jedes Amtsgericht sowie jeder Notar, in dessen Amtsbezirk ein Teil des Grundstücks oder eines der Grundstücke liegt, zu der Versteigerung befugt.

Gehört das Grundstück zu einem Nachlaß oder zu einer ehelichen Gütergemeinschaft oder zu einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, so darf die Versteigerung auch von dem Gerichte vorgenommen werden, welches auf Grund der §§ 86, 99 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit[1]) mit

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu Art. 21.

der Vermittelung der Auseinandersetzung befaßt ist; hat das Gericht die Vermittelung der Auseinandersetzung einem Notar übertragen, so ist an Stelle des Gerichts der Notar zuständig.

Artikel 34.

Ist zur Wahrnehmung von Rechten im Auslande die Leistung eines Eides oder eine Versicherung an Eidesstatt erforderlich, so ist zur Abnahme des Eides oder der Versicherung an Eidesstatt sowohl das Amtsgericht als auch der Notar befugt.

Das Amtsgericht kann für eine einzelne Angelegenheit einen Sachverständigen auch dann beeidigen, wenn alle bei dieser Angelegenheit beteiligten Personen darauf antragen und die Beeidigung nach dem Ermessen des Gerichts angemessen erscheint.

Artikel 35.

Zur Beglaubigung von Abschriften sind auch die Gerichtsschreiber befugt. Die Vorschriften über die Beglaubigung von Abschriften aus dem Grundbuch und dem Schiffsregister bleiben unberührt.

Artikel 36.

Die Gerichtsschreiber bei den Amtsgerichten sind zuständig für Beurkundungen behufs Sicherstellung der Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ausgestellt ist.

Artikel 37.

Eine Beurkundung, für die das Landgericht oder das Oberlandesgericht zuständig ist, kann durch einen beauftragten oder ersuchten Richter erfolgen. Der Auftrag kann auch von dem Vorsitzenden der Kammer oder des Senats erteilt werden. Der beauftragte oder ersuchte Richter soll sich in der Urkunde als solcher bezeichnen.

Artikel 38.

Soweit die Gerichtsschreiber oder die Gerichtsvollzieher auf Antrag der Beteiligten oder im Auftrage des Gerichts die im Artikel 31 Abs. 1 bezeichneten Geschäfte vornehmen können, ist das Amtsgericht befugt, die Ausführung eines Geschäfts, um dessen Vornahme es ersucht wird, dem Gerichtsschreiber oder einem Gerichtsvollzieher zu übertragen. In gleicher Weise kann, soweit für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, die öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen sowie die öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden die im siebenten Abschnitte bezeichneten Behörden oder Beamten zuständig sind, diesen die Ausführung eines Geschäfts, um dessen Vornahme das Amtsgericht ersucht wird, übertragen werden.

Die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses kann auch einem Notar übertragen werden.

Der Justizminister kann für solche Bezirke, in denen dazu ein Bedürfnis besteht, die Amtsgerichte ermächtigen, in den ihnen geeignet scheinenden Fällen mit der Vornahme und der Beurkundung einer freiwilligen Grundstücksversteigerung, die außerhalb der Gerichtsstelle erfolgen soll, einen Gerichtsschreiber zu beauftragen; der Gerichtsschreiber soll nur mit Zustimmung der Beteiligten beauftragt werden.

Artikel 39.

Eine Beurkundung ist nicht deshalb ungültig, weil der beurkundende Beamte sie außerhalb der Grenzen seines Bezirkes vorgenommen hat.

Zweiter Titel.

Urkunden über Rechtsgeschäfte.

Artikel 40.

Werden bei der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts von dem Richter oder dem Notar Wahrnehmungen gemacht, welche Zweifel darüber begründen, ob ein Beteiligter die zu dem Rechtsgeschäft erforderliche Geschäftsfähigkeit oder Einsicht besitzt, oder bestehen sonstige Zweifel an der Gültigkeit des Geschäfts, so sollen die Zweifel den Beteiligten mitgeteilt und der Inhalt der Mitteilung sowie die von den Beteiligten darauf abgegebenen Er-

klärungen in dem Protokolle festgestellt werden.

Verstößt der Inhalt eines Geschäfts gegen ein Strafgesetz oder ist das Geschäft offenbar ungültig, so hat der Richter sowie der Notar die Beurkundung abzulehnen.

Artikel 41.

Das Protokoll soll, falls ein Beteiligter taub ist, ihm zur Durchsicht vorgelegt werden, auch wenn er dies nicht verlangt. In dem Protokolle soll festgestellt werden, daß dies geschehen ist.

Ist ein tauber Beteiligter nicht im stande, Geschriebenes zu lesen, so soll eine Vertrauensperson zugezogen werden, die sich mit ihm zu verständigen vermag. In dem Protokolle soll festgestellt werden, daß der Beteiligte nach der Ueberzeugung des Richters oder des Notars die Vertrauensperson verstanden hat. Das Protokoll soll auch von der Vertrauensperson genehmigt und unterschrieben werden. Die Vertrauensperson kann auch der Gerichtsschreiber, der zugezogene zweite Notar oder ein zugezogener Zeuge oder einer der Beteiligten sein.

Artikel 42.

Die Urschrift des gerichtlichen und des notariellen Protokolls über die Beurkundung eines Rechtsgeschäfts bleibt in der Verwahrung des Gerichts oder des Notars.

Artikel 43.

Eine Ausfertigung des Protokolls kann nur von dem Gericht oder dem Notar erteilt werden, in dessen Verwahrung sich die Urschrift befindet.

Hat das Gericht oder der Notar, in dessen Verwahrung sich die Urschrift befindet, das Protokoll nicht aufgenommen, so soll in der Ausfertigung angegeben werden, weshalb sie von dem ausfertigenden Gericht oder Notar erteilt worden ist.

Artikel 44.

Wird glaubhaft gemacht, daß die Urkunde im Auslande gebraucht werden soll, so darf mit Zustimmung derjenigen, welche nach Artikel 49 Abs. 1 eine Ausfertigung fordern können, die Urschrift ausgehändigt werden. Geschieht dies, so soll eine Ausfertigung zurückbehalten und auf dieser vermerkt werden, wem und an welchem Tage die Urschrift ausgehändigt worden ist. Die zurückbehaltene Ausfertigung vertritt die Stelle der Urschrift.

Artikel 45.

Die Vorschriften des § 182 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit [1]) finden auch auf die gerichtliche Ausfertigung notarieller Protokolle Anwendung.

Notarielle Ausfertigungen sind von dem Notar zu unterschreiben und mit dem Dienstsiegel zu versehen. Auf Antrag können die Protokolle vom Notar auch auszugsweise ausgefertigt werden.

Artikel 46.

Die Ausfertigung soll den Ort und den Tag der Erteilung angeben und die Bezeichnung der Person enthalten, der sie erteilt wird.

Auf der Urschrift soll vermerkt werden, wem und an welchem Tage Ausfertigungen erteilt worden sind.

Artikel 47.

Soll ein Protokoll auszugsweise ausgefertigt werden, so sind in die Ausfertigung außer solchen Teilen des Protokolls, welche die Beobachtung der Förmlichkeiten nachweisen, diejenigen Teile aufzunehmen, welche den Gegenstand betreffen, auf den sich der Auszug beziehen soll. In dem Ausfertigungsvermerk ist der Gegenstand anzugeben und zu bezeugen, daß weitere den Gegenstand betreffende Bestimmungen in dem Protokolle nicht enthalten sind. Bei gerichtlichen Ausfertigungen hat der Richter den Umfang des Auszugs und den Inhalt des Ausfertigungsvermerkes anzuordnen und der Gerichtsschreiber in dem Ausfertigungsvermerke die Anordnung des Richters zu erwähnen.

---

[1]) § 182. Die Ausfertigung der Protokolle über die gerichtliche Beurkundung eines Rechtsgeschäfts ist von dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

Auf Antrag können die Protokolle auch auszugsweise ausgefertigt werden.

Artikel 48.

Anlagen des Protokolls sind, soweit sie nicht nach § 176 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit [1]) einen Teil des Protokolls selbst bilden, der Ausfertigung oder dem Auszug in beglaubigter Abschrift beizufügen; die Beifügung erfolgt nur auf Antrag.

Artikel 49.

Von den Protokollen können, sofern nicht in der Urkunde oder durch eine besondere Erklärung gegenüber dem Gericht oder dem Notar eine abweichende Bestimmung getroffen ist, eine Ausfertigung fordern:

1. diejenigen, welche das Rechtsgeschäft im eigenen Namen vorgenommen haben oder in deren Namen das beurkundete Rechtsgeschäft von anderen vorgenommen worden ist;
2. die Rechtsnachfolger der in Nr. 1 bezeichneten Personen.

Die im Abs. 1 bezeichneten Personen sind auch berechtigt, eine einfache oder beglaubigte Abschrift zu verlangen und die Urschrift einzusehen.

Hat derjenige, welcher eine Ausfertigung fordert, sein Rechtsvorgänger oder sein Rechtsnachfolger schon eine Ausfertigung erhalten, so ist die Erteilung einer weiteren Ausfertigung zu verweigern, wenn ihr rechtliche Bedenken entgegenstehen.

Artikel 50.

Die Einsicht der notariellen Protokolle kann denjenigen gestattet werden, in deren Interesse die Urkunde errichtet worden ist, sowie den Rechtsnachfolgern dieser Personen. Das Gleiche gilt von der Erteilung einer einfachen oder beglaubigten Abschrift.

Artikel 51.

Der Gerichtsschreiber soll Ausfertigungen oder Abschriften nur auf Anordnung des Gerichts erteilen.

Weigert sich ein Notar, eine Ausfertigung oder Abschrift zu erteilen oder die Einsicht der Urschrift zu gestatten, so entscheidet auf Antrag des Beteiligten eine Civilkammer des Landgerichts, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hat.

Artikel 52.

Die Rechte, welche Behörden oder Beamten sowie anderen als den in den Artikeln 49, 50 bezeichneten Personen in Bezug auf die Aushändigung oder Einsicht gerichtlicher oder notarieller Urkunden oder in Bezug auf die Mitteilung ihres Inhalts zustehen, werden durch die Vorschriften dieses Titels nicht berührt.

Dritter Titel.

Sonstige Urkunden.

Artikel 53.

Für notarielle Urkunden über andere Gegenstände als Rechtsgeschäfte gelten die Vorschriften der Artikel 54 bis 62. Die gleichen Vorschriften finden auf gerichtliche Urkunden der bezeichneten Art Anwendung, soweit nicht die Beurkundung

---

[1]) § 176. Das Protokoll muß enthalten:

1. Ort und Tag der Verhandlung;
2. die Bezeichnung der Beteiligten und der bei der Verhandlung mitwirkenden Personen;
3. die Erklärung der Beteiligten.

Wird in der Erklärung auf eine Schrift Bezug genommen und diese dem Protokoll als Anlage beigefügt, so bildet sie einen Teil des Protokolls.

Das Protokoll soll eine Angabe darüber enthalten, ob der Richter oder der Notar die Beteiligten kennt oder, sofern dies nicht der Fall ist. in welcher Weise er sich Gewißheit über ihre Persönlichkeit verschafft hat. Kann er sich diese Gewißheit nicht verschaffen, wird aber gleichwohl die Aufnahme der Verhandlung verlangt, so sollen der Sachverhalt und dasjenige, was zur Feststellung der Persönlichkeit beigebracht ist, in das Protokoll aufgenommen werden.

einen Teil eines anderen Verfahrens bildet.

Artikel 54.

Die Urkunde muß den Ort und den Tag der Verhandlung oder, falls sie nicht in der Form eines Protokolls aufgenommen wird, den Ort und den Tag der Ausstellung angeben und mit der Unterschrift des Richters oder des Notars versehen sein. Wird die Urkunde den Beteiligten in Urschrift ausgehändigt, so muß sie auch mit Siegel oder Stempel versehen sein.

Artikel 55.

Die Beurkundung soll, sofern nicht ein Anderes bestimmt ist, in der Form eines Protokolls erfolgen. Außer dem Richter oder dem Notar sollen auch die übrigen bei der Verhandlung mitwirkenden Personen das Protokoll unterzeichnen.

Inwieweit das Protokoll den Beteiligten behufs der Genehmigung vorzulesen oder ihnen zur Durchsicht vorzulegen und von ihnen zu unterschreiben ist, bleibt dem Ermessen des Richters oder des Notars überlassen.

Artikel 56.

Bei Zustellungen, bei der Beglaubigung von Abschriften, bei der Sicherstellung der Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ausgestellt ist, bei Lebensbescheinigungen und bei sonstigen einfachen Zeugnissen bedarf es nicht der Aufnahme eines Protokolls.

Artikel 57.

Die Beglaubigung einer Abschrift geschieht durch einen unter die Abschrift zu setzenden Vermerk, der die Uebereinstimmung mit der Hauptschrift bezeugt. In dem Vermerke soll ersichtlich gemacht werden, ob die Hauptschrift eine Urschrift, eine einfache oder beglaubigte Abschrift oder eine Ausfertigung ist; ist sie eine beglaubigte Abschrift oder eine Ausfertigung, so ist der Beglaubigungsvermerk oder der Ausfertigungsvermerk in die beglaubigte Abschrift mitaufzunehmen.

Durchstreichungen, Aenderungen, Einschaltungen, Radierungen oder andere Mängel einer von den Beteiligten vorgelegten Schrift sollen in dem Vermerk angegeben werden.

Soll ein Auszug aus einer Urkunde beglaubigt werden, so finden die Vorschriften des Artikel 47 Satz 1, 2 entsprechende Anwendung.

Artikel 58.

Die Sicherstellung der Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ausgestellt ist, geschieht durch einen unter die Urkunde zu setzenden Vermerk, in welchem der Richter oder der Notar bezeugt, wann ihm die Urkunde vorgelegt worden ist. Die Vorschriften des Artikel 57 Abs. 2 finden Anwendung.

Artikel 59.

Wird von dem Gerichtsschreiber eine Abschrift oder die Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ihm vorgelegt worden ist, beglaubigt, so finden die Vorschriften der Artikel 54, 57, 58 und bei der Beglaubigung eines Auszugs auch die Vorschrift des Artikel 47 Satz 3 entsprechende Anwendung.

Artikel 60.

Bei der Beglaubigung einer Unterschrift oder eines Handzeichens ist der Richter oder der Notar ohne Zustimmung der Beteiligten nicht befugt, von dem Inhalte der Urkunde Kenntnis zu nehmen.

Wenn der Notar den Entwurf einer Urkunde anfertigt und nach ihrer Vollziehung durch die Beteiligten die Unterschriften oder Handzeichen beglaubigt, so hat er eine beglaubigte Abschrift der Urkunde zu seinen Akten zurückzubehalten; diese Abschrift ist stempelfrei.

Werden von dem Richter oder dem Notar Wahrnehmungen gemacht, die geeignet sind, Zweifel an der unbeschränkten Geschäftsfähigkeit der Person zu begründen, deren Unterschrift oder Handzeichen beglaubigt werden soll, so soll dies in dem Beglaubigungsvermerke festgestellt werden.

Artikel 61.

Die Urschriften der im Artikel 53 bezeichneten Urkunden sind, falls die Beurkundung in der Form eines Protokolls erfolgt ist, in der Verwahrung des Gerichts oder des Notars zu belassen. Die Vorschriften des § 182 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit [1]) und der Artikel 43 bis 48

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu Artikel 48.

dieses Gesetzes finden entsprechende Anwendung.

Eine Ausfertigung können, sofern nicht in der Urkunde oder durch eine besondere Erklärung gegenüber dem Gericht oder dem Notar eine abweichende Bestimmung getroffen ist, diejenigen Personen fordern, auf deren Antrag die Urkunde aufgenommen worden ist. Wer eine Ausfertigung fordern kann, ist auch berechtigt, eine einfache oder beglaubigte Abschrift zu verlangen und die Urschrift einzusehen. Inwieweit anderen Personen eine einfache oder beglaubigte Abschrift zu erteilen oder die Einsicht der Urschrift zu gestatten ist, bestimmt sich auch für notarielle Urkunden nach den Vorschriften des § 34 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.[1]) Die Vorschrift des Artikel 52 findet entsprechende Anwendung.

Artikel 62.

Wechselproteste werden den Auftraggebern in Urschrift ausgehändigt. Die beglaubigten Abschriften der Wechselproteste für das Protestregister sind stempelfrei.

Vierter Titel.

Aeußere Form und Vernichtung der Urkunden.

Artikel 63.

Umfaßt die Urschrift einer von einem Notar aufgenommenen Urkunde allein oder mit den Anlagen mehrere Bogen, so sollen diese entweder mit fortlaufenden Zahlen versehen und von dem Notar einzeln unterschrieben oder durch Schnur und Siegel verbunden werden.

Umfaßt die Ausfertigung, die beglaubigte Abschrift oder die den Beteiligten auszuhändigende Urschrift einer unter die Vorschriften des zweiten oder dritten Titels fallenden gerichtlichen oder notariellen Urkunde allein oder mit ihren Anlagen mehrere Bogen, so sollen diese durch Schnur und Siegel verbunden werden.

Artikel 64.

Die von den Notaren ausgestellten Urkunden und die Eintragungen in die Register der Notare sowie die gerichtlichen Urkunden, auf welche die Vorschriften des zweiten oder dritten Titels Anwendung finden, sollen deutlich und ohne Abkürzungen geschrieben, es soll in ihnen nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden.

Zusätze sollen am Schlusse oder am Rande beigefügt und im letzteren Falle von den mitwirkenden Personen besonders unterzeichnet werden. In entsprechender Weise sollen auch andere Aenderungen beurkundet werden. Auf Aenderungen geringfügiger Art finden diese Vorschriften keine Anwendung.

Wird eine Schrift nach § 176 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit[2]) dem Protokoll als Anlage beigefügt, so bedarf es einer Unterzeichnung der in der eingereichten Schrift sich findenden Aenderungen nicht, wenn aus dem Protokolle hervorgeht, daß die Aenderungen genehmigt worden sind.

Artikel 65.

Gerichtliche und notarielle Urkunden können nach Maßgabe der Anordnungen des Justizministers vernichtet werden.

---

[1]) § 34. Die Einsicht der Gerichtsakten kann jedem insoweit gestattet werden, als er ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht. Das Gleiche gilt von der Erteilung einer Abschrift; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.

[2]) Man vergleiche die Anmerkung zu Artikel 48.

Fünfter Abschnitt.

Verfahren bei der freiwilligen gerichtlichen Versteigerung von Grundstücken.

Das Reichsgesetz vom 24. März 1897 enthält Vorschriften über die Zwangsversteigerung durch das Gericht. Es giebt aber auch freiwillige gerichtliche und notarielle Subhastationen, zum Beispiel die von sämtlichen Miteigentümern oder die vom Vormund über die Mündelgrundstücke beantragte Versteigerung.

Das vorliegende Preußische Gesetz giebt Vorschriften nur für die gerichtliche freiwillige Subhastation, nicht für die notarielle. Für letztere sind besondere Vorschriften überhaupt nicht getroffen. Auch die Regeln der Artikel 67 bis 74 gelten nur, wenn die Parteien nicht ein anderes bestimmen.

Welches Gericht zur Vornahme der freiwilligen Versteigerung zuständig sei, das bestimmt der Artikel 33.

Artikel 66.

Wer die freiwillige gerichtliche Versteigerung eines Grundstücks beantragt, hat seine Befugnis zur Verfügung über das Grundstück dem Gerichte nachzuweisen.

Der Richter soll, soweit die Beteiligten nicht ein Anderes bestimmen, bei der Versteigerung nach den Vorschriften der Artikel 67 bis 74 verfahren.

Artikel 67.

Der Versteigerungstermin soll erst bestimmt werden, nachdem ein das Grundstück betreffender neuester Auszug aus der Grundsteuermutterrolle und der Gebäudesteuerrolle beigebracht worden ist. In den Hohenzollernschen Landen tritt an die Stelle des Auszugs aus den Steuerrollen ein Auszug aus dem Besitz- und Steuerhefte des Schuldners. Wird das Grundbuch nicht bei dem Gerichte geführt, welches die Versteigerung vornimmt, so soll auch eine beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts beigebracht werden.

Der Zeitraum zwischen der Anberaumung des Termins und dem Termine soll, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, nicht mehr als sechs Monate betragen. Zwischen der Bekanntmachung der Terminsbestimmung und dem Termine soll in der Regel ein Zeitraum von mindestens sechs Wochen liegen.

Artikel 68.

Die Terminsbestimmung soll enthalten:

1. die Bezeichnung des Grundstücks;
2. Zeit und Ort des Versteigerungstermins;
3. die Angabe, daß die Versteigerung eine freiwillige ist;
4. die Bezeichnung des eingetragenen Eigentümers sowie die Angabe des Grundbuchblatts und der Größe des Grundstücks.

Sind vor der Bekanntmachung der Terminsbestimmung Versteigerungsbedingungen festgestellt, so soll in der Terminsbestimmung der Ort angegeben werden, wo die Versteigerungsbedingungen eingesehen werden können.

Artikel 69.

Die Terminsbestimmung ist durch einmalige Einrückung in ein vom Gerichte zu bestimmendes Blatt öffentlich bekannt zu machen. Die Vorschriften des § 39 Abs. 2 und des § 40 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung [1]) finden entsprechende Anwendung.

---

[1]) § 39 Abs. 2. Hat das Grundstück nur einen geringen Wert, so kann das Gericht anordnen, daß die Einrückung unterbleibt; in diesem Falle muß die Bekanntmachung

Artikel 70.

Die Terminsbestimmung ist dem Antragsteller mitzuteilen.

Artikel 71.

Die Einsicht der Abschrift des Grundbuchblatts sowie der Auszüge aus den Steuerbüchern ist jedem gestattet.

Das Gleiche gilt von anderen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, welche ein Beteiligter einreicht, insbesondere von Abschätzungen.

Artikel 72.

In dem Versteigerungstermine werden nach dem Aufrufe der Sache die Versteigerungsbedingungen, sofern ihre Feststellung nicht schon vorher erfolgt ist, festgestellt und diese sowie die das Grundstück betreffenden Nachweisungen bekannt gemacht. Hierauf fordert das Gericht zur Abgabe von Geboten auf.

Artikel 73.

Hat ein Bieter durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren Sicherheit zu leisten, so gilt in dem Verhältnisse zwischen den Beteiligten die Uebergabe an das Gericht als Hinterlegung.

Artikel 74.

Zwischen der Aufforderung zur Abgabe von Geboten und dem Zeitpunkt, in welchem bezüglich sämtlicher zu versteigernder Grundstücke die Versteigerung geschlossen wird, soll mindestens eine Stunde liegen. Die Versteigerung soll so lange fortgesetzt werden, bis der Aufforderung des Gerichts ungeachtet ein Gebot nicht mehr abgegeben wird.

Das Gericht hat das letzte Gebot mittelst dreimaligen Aufrufs zu verkünden und den Antragsteller über den Zuschlag zu hören.

Artikel 75.

Unberührt bleiben die besonderen Vorschriften, welche bei der Versteigerung der Grundstücke gewisser juristischer Personen zu beobachten sind.

Artikel 76.

Auf die freiwillige gerichtliche Versteigerung eines Bergwerkseigentums, eines unbeweglichen Bergwerksanteils sowie einer selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeit finden außer den Artikeln 33, 66 bis 75 dieses Gesetzes die Artikel 18, 20 des Ausführungsgesetzes zu dem Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung [1]) entsprechende Anwendung.

---

dadurch erfolgen, daß die Terminsbestimmung in der Gemeinde, in deren Bezirk das Grundstück belegen ist, an die für amtliche Bekanntmachungen bestimmte Stelle angeheftet wird.

§ 40. Die Terminsbestimmung soll an die Gerichtstafel angeheftet werden. Ist das Gericht nach § 2 Abs. 2 zum Vollstreckungsgericht bestellt, so soll die Anheftung auch bei den übrigen Gerichten bewirkt werden.

Das Gericht ist befugt, noch andere und wiederholte Veröffentlichungen zu veranlassen; bei der Ausübung dieser Befugnis ist insbesondere auf den Ortsgebrauch Rücksicht zu nehmen.

[1]) Art. 18. Dem Antrag auf Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung ist eine oberbergamtlich, gerichtlich oder notariell beglaubigte Abschrift der Verleihungsurkunde des Bergwerks oder, wenn der Antrag eine Kohlenabbau-Gerechtigkeit betrifft, ein in gleicher Art beglaubigte Abschrift des Aktes beizufügen, durch den die Gerechtigkeit vom Eigentum an dem Grundstück getrennt worden ist.

Art. 20. Ist ein Bergwerkseigentum oder ein unbeweglicher Bergwerksanteil zu versteigern, so soll die Terminsbestimmung außer dem Grundbuchblatte den Namen des Bergwerks sowie die Mineralien, auf die das Bergwerkseigentum verliehen ist, bezeichnen und im Falle der Versteigerung eines Bergwerksanteils auch die Zahl der Kuxe angeben, in welche das Bergwerk geteilt ist.

Außerdem soll die Terminsbestimmung eine Angabe der Feldesgröße, des Kreises, in welchem das Feld liegt, und der dem Werke zunächst gelegenen Stadt enthalten. Diese Vorschrift findet auf Kohlenabbau-Gerechtigkeiten entsprechende Anwendung.

Sechster Abschnitt.

Amtsstellung der Notare.

Der sechste Abschnitt des Gesetzes bezieht sich auf die Stellung der Notare als Staatsbeamte. Das jetzt geltende Recht stimmt hierbei im wesentlichen mit dem früheren Recht überein.

Artikel 77.

Zur Bekleidung des Amtes eines Notars ist befähigt, wer in einem Deutschen Bundesstaate die Fähigkeit zum Richteramt erlangt hat.

Artikel 78.

Die Notare werden von dem Justizminister auf Lebenszeit ernannt.

Die Ernennung eines Rechtsanwalts zum Notar kann für die Zeit erfolgen, während welcher er bei einem bestimmten Gerichte zur Rechtsanwaltschaft zugelassen ist.

Artikel 79.

Jedem Notar wird bei seiner Ernennung ein Amtssitz angewiesen. Innerhalb des Amtssitzes hat er seine Geschäftsräume zu halten; mehrere Geschäftsstellen darf er nicht halten.

In Orten, die in mehrere Amtsgerichtsbezirke geteilt sind, wird dem Notar innerhalb des Ortes einer dieser Bezirke als Amtssitz angewiesen. Erfolgt die Teilung erst nach der Ernennung des Notars, so gilt innerhalb des Ortes derjenige Amtsgerichtsbezirk, in welchem der Notar seine Geschäftsräume hält, als Amtssitz; in diesem Falle ist der Notar befugt, innerhalb des Ortes den Amtssitz zu wechseln.

In Städten von mehr als hunderttausend Einwohnern kann dem Notar eine stimmt begrenzte Gegend der Stadt als Amtssitz angewiesen werden.

Artikel 80.

Der Amtsbezirk eines Notars umfaßt den ganzen Oberlandesgerichtsbezirk, in welchem ihm der Amtssitz angewiesen ist.

Artikel 81.

Der Notar hat, sofern er nicht schon bei seiner Ernennung Preußischer Staatsbeamter ist, vor dem Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirk ihm der Amtssitz angewiesen ist, oder vor einem von diesem beauftragten Richter den Diensteid zu leisten. Vor der Erfüllung dieser Verpflichtung soll er keine Amtshandlungen vornehmen.

Der Notar hat seine bei Amtshandlungen anzuwendende Unterschrift dem Landgerichtspräsidenten einzureichen.

Artikel 82.

Der Notar bedarf zur Uebernahme eines unbesoldeten Amtes in der Gemeindeverwaltung oder der Gemeindevertretung nicht der Genehmigung seiner Aufsichtsbehörde.

Das Gleiche gilt von der Uebernahme der Mitgliedschaft in dem Vorstand oder in dem Aufsichtsrat einer Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit oder einer eingetragenen Genossenschaft oder in dem Aufsichtsrat einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Artikel 83.

Der Notar darf seine Dienste nicht ohne triftigen Grund verweigern. Nimmt er einen Auftrag nicht an, so ist er verpflichtet, die Ablehnung dem Auftraggeber unverzüglich anzuzeigen.

Hat jemand nach § 14 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder nach Artikel 1 Satz 1 dieses Gesetzes Anspruch auf Bewilligung des Armenrechts, so hat ihm der Notar seine Dienste gebührenfrei zu gewähren.

Artikel 84.

Auf Amtshandlungen des Notars, die nicht die Beurkundung eines Rechtsgeschäfts zum Gegenstande haben, finden die Vorschriften, die in den §§ 6 bis 9 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der

freiwilligen Gerichtsbarkeit [1]) in Bezug auf die Ausschließung des Richters, in Bezug auf seine Befugnis, sich wegen Befangenheit der Ausübung seines Amtes zu enthalten, sowie in Bezug auf die Gerichtssprache und die Dolmetscher getroffen sind, entsprechende Anwendung.

Artikel 85.

In einer Sache, in der mehrere Personen beteiligt sind, soll der Notar, der in dieser Sache für einen der Beteiligten als Prozeßbevollmächtigter thätig ist oder gewesen ist, keine Amtshandlungen vornehmen, wenn einer der Beteiligten widerspricht. Der Notar soll den Beteiligten von einem solchen Widerspruchsgrund unverzüglich Mitteilung machen; der Widerspruch ist nur zulässig, wenn er unverzüglich nach der Mitteilung erfolgt.

Artikel 86.

Wird bei einer Amtshandlung des Notars die Beeidigung eines Dolmetschers erforderlich, so erfolgt sie durch das Amtsgericht, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hat oder die Thätigkeit des Dolmetschers stattfinden soll. In dringenden Fällen kann die Beeidigung auch durch den Notar erfolgen; die Beeidigung ist nicht deshalb unwirksam, weil der Fall nicht dringlich war.

Artikel 87.

Die Notare sind zuständig, Siegelungen und Entsiegelungen im Auftrage des Gerichts oder des Konkursverwalters vorzunehmen.

Artikel 88.

Die Vorschriften, nach denen die Notare noch zu anderen als den in diesem und in dem zweiten und vierten Abschnitte bezeichneten Geschäften zuständig sind, bleiben unberührt.

Artikel 89.

Der Notar soll in Ansehung von Geschäften, die er beurkundet, keine Gewährleistung übernehmen.

Notare, die ihren Amtssitz in Ostfriesland und Harlingerland sowie im Regierungsbezirk Osnabrück haben, dürfen die Gewähr für die von ihnen auf Grund einer Versteigerung zu erhebenden Kauf- oder Pachtgelder übernehmen, falls es sich um Gegenstände handelt, die sich in diesen Landesteilen befinden.

Artikel 90.

Der Notar hat, soweit nicht das Gesetz ein Anderes bestimmt, über die Verhandlungen, bei denen er mitgewirkt hat, Verschwiegenheit zu beobachten, es sei denn, daß die in der Sache Beteiligten ihn von dieser Verpflichtung entbinden.

---

[1]) § 6. Ein Richter ist von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen:

1. in Sachen, in denen er selbst beteiligt ist oder in denen er zu einem Beteiligten in dem Verhältnis eines Mitberechtigten oder Mitverpflichteten steht;
2. in Sachen seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. in Sachen einer Person, mit der er in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist;
4. in Sachen, in denen er als Vertreter eines Beteiligten bestellt oder als gesetzlicher Vertreter eines solchen aufzutreten berechtigt ist.

Ein Richter kann sich der Ausübung seines Amtes wegen Befangenheit enthalten. Die Ablehnung eines Richters ist ausgeschlossen.

§ 7. Gerichtliche Handlungen sind nicht aus dem Grunde unwirksam, weil sie von einem örtlich unzuständigen Gericht oder von einem Richter vorgenommen sind, der von der Ausübung des Richteramts kraft Gesetzes ausgeschlossen ist.

§ 8. Auf das gerichtliche Verfahren finden die Vorschriften des Gerichtsverfassungsgesetzes über die Gerichtssprache, über die Sitzungspolizei und über die Beratung und Abstimmung entsprechende Anwendung, die Vorschriften über die Gerichtssprache mit den sich aus dem § 9 ergebenden Abweichungen.

§ 9. Der Zuziehung eines Dolmetschers bedarf es nicht, wenn der Richter der Sprache, in der sich die beteiligten Personen erklären, mächtig ist; die Beeidigung des Dolmetschers ist nicht erforderlich, wenn die beteiligten Personen darauf verzichten. Auf den Dolmetscher finden die Vorschriften des § 6 entsprechende Anwendung.

Artikel 91.

Das Recht der Aufsicht steht zu:
1. dem Justizminister hinsichtlich aller Notare;
2. dem Präsidenten des Oberlandesgerichts hinsichtlich der Notare des Oberlandesgerichtsbezirkes;
3. dem Präsidenten des Landgerichts hinsichtlich der Notare, welche ihren Amtssitz in dem Landgerichtsbezirke haben.

Artikel 92.

Die Notare sind verpflichtet, den Beamten, welchen das Recht der Aufsicht zusteht, sowie den von diesen beauftragten richterlichen Beamten auf Verlangen die Urkunden und Register zur Einsicht vorzulegen.

Artikel 93.

Die Vorschriften des § 21 des Gesetzes, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disziplinargesetze, vom 9. April 1879 (Gesetz-Samml. S. 345) werden auf den ganzen Umfang der Monarchie ausgedehnt.

Die Vorschriften des § 13 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der Richter ꝛc., vom 7. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 218) und der §§ 23, 24 des Gesetzes, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disziplinargesetze, finden bei der Aufsicht über die Notare entsprechende Anwendung.

Artikel 94.

Die Strafen, auf die das Disziplinargericht zu erkennen befugt ist, sind:
1. Warnung;
2. Verweis;
3. Geldstrafe bis zu dreitausend Mark, allein oder in Verbindung mit einem Verweise;
4. Verlust des Amtes oder Dienstentlassung; auf den Verlust des Amtes ist zu erkennen, wenn das Gericht den Verurteilten nicht für unwürdig erachtet, an einem anderen Orte wiederangestellt zu werden.

Artikel 95.

Der Notar hat ein Register zu führen, in welches die aufgenommenen Verhandlungen, die angefertigten und beglaubigten Entwürfe und die Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen sowie die sonstigen Zeugnisse mit Ausnahme der Beglaubigung von Abschriften in ununterbrochener Reihenfolge unter fortlaufenden Nummern einzutragen sind. Das Register ist mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehen und die Zahl der Seiten von dem Amtsgericht, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hat, zu beglaubigen. Die Eintragungen sollen in verschiedenen Spalten den Tag der Ausstellung und den Gegenstand der Urkunde sowie eine Bezeichnung der Beteiligten enthalten. Auf der Urschrift jeder Urkunde sowie auf jeder Ausfertigung oder Abschrift soll der Notar die Nummer angeben, unter der die Urschrift im Register eingetragen ist.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden auf Wechselproteste keine Anwendung.

Artikel 96.

Die Notare haben nach Maßgabe der Anordnungen des Justizministers ein besonderes Verwahrungsbuch über die bei ihnen eingehenden fremden Gelder, geldwerten Papiere und Kostbarkeiten zu führen.

Artikel 97.

Für die Zeit, während welcher ein Notar beurlaubt oder durch Krankheit oder sonst verhindert ist, seine Geschäfte wahrzunehmen, kann er die sein Amt betreffenden Akten (Urschriften, Register ꝛc.) einem anderen Notar im Bezirke desselben oder eines benachbarten Amtsgerichts in Verwahrung geben. Hiervon hat er dem Amtsgerichte seines Amtssitzes Mitteilung zu machen. Er kann diesem Amtsgericht auch die Verwahrung überlassen.

Artikel 98.

Hat ein Notar für die Zeit, während welcher er beurlaubt oder verhindert ist, seine Geschäfte wahrzunehmen, die Verwahrung seiner Akten in der im Artikel 97 bezeichneten Art nicht veranlaßt, so hat, falls ein Antrag auf Erteilung einer Ausfertigung aus den Akten des Notars oder auf Erteilung einer Abschrift oder auf Gewährung der Einsicht gestellt wird, das Amtsgericht, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hat, die Dienstakten in Verwahrung zu nehmen, bis der Notar die Geschäfte wieder übernimmt.

Artikel 99.

Der Justizminister kann einem Notar

auf dessen Antrag für die Dauer einer Krankheit sowie für die Dauer einer durch erhebliche Gründe gerechtfertigten Abwesenheit oder anderweitigen Verhinderung einen Vertreter bestellen. Zum Vertreter darf nur bestellt werden, wer von dem Notar vorgeschlagen und zur Uebernahme der Vertretung bereit ist. Ist der Notar durch die Krankheit verhindert, den Antrag zu stellen oder einen Vertreter vorzuschlagen, so kann ein nach § 1910 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [1]) bestellter Pfleger diese Handlungen für ihn vornehmen.

Der Vertreter muß zum Richteramte befähigt sein. Er hat vor dem Beginne der Vertretung seine bei den Notariatsverhandlungen anzuwendende Unterschrift dem Landgerichtspräsidenten einzureichen und, sofern er nicht schon Preußischer Staatsbeamter ist, vor dem Landgerichtspräsidenten oder einem beauftragten Richter den Diensteid zu leisten. Vor der Erfüllung dieser Verpflichtung soll er keine Amtshandlungen vornehmen. Ist er schon einmal als Vertreter eines Notars beeidigt worden, so genügt es, wenn er auf den früher geleisteten Eid verwiesen wird.

Die Bestellung des Vertreters kann jederzeit widerrufen werden.

Artikel 100.

Der Anfang sowie die Beendigung der Vertretung ist im Notariatsregister von dem Notar oder dessen Vertreter zu vermerken; die Beendigung der Vertretung ist dem Landgerichtspräsidenten anzuzeigen.

Artikel 101.

Der Vertreter versieht das Amt des Vertretenen unter dessen und seiner eigenen Verantwortlichkeit und auf dessen Kosten. Er hat seiner Unterschrift einen ihn als Vertreter kennzeichnenden Zusatz beizufügen und das Dienstsiegel des Vertretenen zu gebrauchen.

Der Vertreter soll, unbeschadet der aus seiner Person sich ergebenden Hinderungsgründe, auch insoweit keine Amtshandlungen vornehmen, als der von ihm vertretene Notar ausgeschlossen sein würde.

Die Amtshandlungen des Vertreters sind nicht deshalb ungültig, weil die für seine Bestellung nach Artikel 99 Abs. 1 erforderlichen Voraussetzungen zur Zeit der Bestellung nicht vorhanden waren oder später weggefallen sind.

Der Vertretene soll während der Dauer der Vertretung keine Amtshandlungen vornehmen.

Artikel 102.

Bei dem Ausscheiden oder dem Tode sowie bei der Versetzung eines Notars in einen anderen Amtsgerichtsbezirk hat das Amtsgericht, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hatte, die das Amt des Notars betreffenden Papiere (Urschriften, Register ꝛc.) in Verwahrung zu nehmen. Dem Präsidenten des Landgerichts, in dessen Bezirke der Notar seinen Amtssitz hatte, ist hiervon Anzeige zu machen.

Bei dem Ausscheiden oder dem Tode eines Notars hat das im Abs. 1 bezeichnete Amtsgericht das Dienstsiegel des Notars zum Zwecke der Vernichtung an sich zu nehmen; dasselbe gilt von Dienstsiegeln, die infolge einer Versetzung des Notars unbrauchbar geworden sind.

Artikel 103.

Wird ein Notar vom Amte vorläufig enthoben, so hat der Präsident des Landgerichts zu bestimmen, ob während der Dauer der Enthebung alle Papiere an das Amtsgericht abgegeben oder diesem nur das Register nebst dem Dienstsiegel ausgeliefert und die Urschriften, deren Einsichtnahme verlangt oder von denen eine Ausfertigung oder eine Abschrift gefordert wird, behufs der Gewährung der Einsicht oder behufs der Erteilung der Ausfertigung oder der Abschrift vorgelegt werden sollen.

---

[1]) § 1910. Ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, kann einen Pfleger für seine Person und sein Vermögen erhalten, wenn er infolge körperlicher Gebrechen, insbesondere weil er taub, blind oder stumm ist, seine Obliegenheiten nicht zu besorgen vermag.

Vermag ein Volljähriger, der nicht unter Vormundschaft steht, infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen einzelne seiner Angelegenheiten oder einen bestimmten Kreis seiner Angelegenheiten, insbesondere seine Vermögensangelegenheiten nicht zu besorgen, so kann er für diese Angelegenheiten einen Pfleger erhalten.

Die Pflegschaft darf nur mit Einwilligung des Gebrechlichen angeordnet werden, es sei denn, daß eine Verständigung mit ihm nicht möglich ist.

Siebenter Abschnitt.

Besondere Gerichte. Mitwirkung der Gemeindebeamten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

In großen Teilen Preußens werden einzelne Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit neben den ordentlichen Gerichten auch von Gemeindebeamten und besonderen Gerichten besorgt, so von den Dorfgerichten in den Provinzen Brandenburg, Ost- und Westpreußen, Schlesien, Pommern, Sachsen (Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts), ferner in anderen Teilen von den Feldgerichten, Ortsgerichten, von den Schöffen, den Ratmännern, Gemeinderäten, den Schultheißen, Bürgermeistern und Ortsvorstehern.

Diese Thätigkeit bestand schon lange vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetze, sie hat sich bewährt, und die Bevölkerung bringt ihr Vertrauen entgegen. Deshalb ist sie durch den siebenten Abschnitt des vorliegenden Gesetzes aufrecht erhalten worden.

Vor dem 1. Januar 1900 war aber die Zuständigkeit der einzelnen oben angeführten Beamten und Behörden eine äußerst verschiedene, auch war der Rechtszustand, namentlich im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt, ein so unübersichtlicher, daß Schwierigkeiten und Unsicherheiten die Folge waren.

Das Preußische Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit hat sich daher eine möglichst einheitliche Regelung dieser Verhältnisse zur Aufgabe gesetzt, dabei ließen sich aber auch größere Umwälzungen in den früher bestehenden Zuständen nicht vermeiden.

Das Gesetz unterscheidet zwischen den Dorfgerichten im früheren Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts (Artikel 104 bis 110) und den Ortsbehörden im Oberlandesgerichtsbezirke Frankfurt (mit Ausnahme des vormaligen Justizsenats in Ehrenbreitstein) und in Teilen des Oberlandesgerichtsbezirks Kassel (Artikel 104 bis 109 und 111 bis 117). Die Befugnis dieser letzteren Behörden ist eine viel weitgehendere als die der erstgenannten Dorfgerichte, zum Teil ist ihr Wirkungskreis sogar noch erweitert worden. Die Vorschriften des vorliegenden Gesetzes gelten für sie aber nur, wenn sich am Ort kein Amtsgericht befindet.

Sämtliche obengenannten Ortsbehörden sind, soweit sich nicht an ihrem Sitz ein Amtsgericht befindet, zuständig, Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses zu ergreifen (Artikel 104 bis 106). Sie haben dabei dieselben Rechte, wie das Amtsgericht, dürfen jedoch einen Nachlaßpfleger nicht bestellen.

Hat die Ortsbehörde einmal Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses ergriffen, so hat sie davon dem Amtsgericht Mitteilung zu machen, hat auch bestimmte im Nachlaß gefundene Gegenstände: Testamente, Geld, Wertpapiere oder Kostbarkeiten dem Amtsgericht unverzüglich abzugeben.

Ist es zweifelhaft, ob eine Sicherung des Nachlasses erforderlich sei und will die Ortsbehörde nicht selbst Maßregeln treffen, so muß sie wenigstens dem Amtsgericht Mitteilung machen.

Beschwerden gegen die Anordnungen der Ortsbehörde sind beim Amtsgericht anzubringen.

Das Amtsgericht kann der Ortsbehörde, auch wenn sie sich am Sitze des Amtsgerichts befindet, den Auftrag erteilen, Maßregeln zur Sicherung eines Nachlasses vorzunehmen.

Sämtliche obengenannten Ortsbehörden sind ferner seit dem 1. Januar 1900 befugt, Vermögensverzeichnisse, vor allem Inventare, aufzunehmen (früher waren die im Artikel 111 genannten Behörden im Allgemeinen hierfür nicht zuständig), sie können ferner freiwillige öffentliche Versteigerungen beweglicher Sachen und öffentliche Verpachtungen an den Meistbietenden vornehmen und beurkunden.

Durch die Vorschriften der Artikel 104 bis 109 ist die Thätigkeit der Dorfgerichte in Altpreußen erschöpft. Vor dem 1. Januar 1900 konnten sie unter anderem auch Verträge gemeiner Landleute, die weder lesen noch schreiben können, Eheverlöbnisse gemeiner Landleute, Testamente und Kodizille bei Gefahr im Verzuge auf- und annehmen, jetzt können sie das nicht mehr. Nur wo die Dorfgerichte vor dem 1. Januar 1900 zur Aufnahme von Taxen befugt waren, haben sie dieses Recht nach Artikel 119 Absatz 2 auch jetzt noch.

Zur gehörigen Besetzung dieser Dorfgerichte, so bestimmt der Artikel 110, genügen außer dem Schulzen jetzt stets zwei Schöffen oder ein Schöffe und ein Dorfgerichtsschreiber, während früher in bestimmten Fällen eine Besetzung des Dorfgerichts mit vier Personen notwendig war.

Für die Aufnahme von Taxen sind aber wie bisher außer dem Schulzen zwei Schöffen zuzuziehen. Ein Gerichtsschreiber ist dabei nicht erforderlich.

Aufsichtsbehörde für die Dorfgerichte war früher der Landgerichtspräsident, jetzt sind es auch die Amtsgerichte.

Weitere Zuständigkeitsvorschriften geben die Artikel 112 bis 116 für die obengenannten Ortsbehörden im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt und in Teilen des Oberlandesgerichtsbezirks Kassel. Sie können im Auftrage des Gerichts freiwillige öffentliche Versteigerungen von Grundstücken vornehmen und beurkunden, sie können mit-

wirken bei Teilungen, bei Eheverträgen und Erbverträgen, sowie bei Verträgen, durch welche Eltern ihr Vermögen den Kindern übergeben. Sie können ferner Gesindedienstverträge beurkunden, ebenso können sie Kündigungen, Mahnungen, Zahlungsanerbieten Angehörigen oder Einwohnern der Gemeinde bekannt machen und die Bekanntmachung beurkunden. Sie können Unterschriften beglaubigen im Verkehr mit dem Grundbuch, bei Anmeldung zum Handelsregister, und wo sonst die Beglaubigung einer Unterschrift gefordert wird.

In allen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit haben die Ortsbehörden die Gerichte zu unterstützen, gleichgiltig, ob das einzelne Geschäft ein solches ist, in welchem die Ortsbehörde neben dem Gericht zuständig ist oder nicht.

Nach Artikel 118 sind zur Sicherung des Nachlasses auch die Gemeindevorstände in Schleswig-Holstein, die Bürgermeister, Dorfschaftsvorsteher, Bauerschaftsvorsteher und Gutsvorsteher befugt. In der Landschaft Eiderstedt war dies früher Sache der Ratmänner. Diese hatten noch weitere Befugnisse, wie die Vornahme gerichtlicher Versteigerungen von beweglichen Sachen, Vornahme gerichtlicher öffentlicher Verpachtungen, Abgabe von Gutachten in gewissen Fragen und anderes. Alles dies gilt nicht mehr. Nur die Aufnahme von Taxen ist ihnen vorläufig belassen.

Andere Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, welche manchen der genannten Ortsbehörden früher zustanden, wie die Protokollierung von Viehhandelsgeschäften, die Vornahme und Beurkundung eines Güteversuches in Streitigkeiten zwischen Dienstherrschaft und Gesinde, unterliegen ihrer Zuständigkeit nicht mehr.

Die Artikel 120, 122 bis 127 geben dem König und dem Justizminister die Ermächtigung, weitere Bestimmungen zu treffen über die Errichtung von Ortsgerichten und deren Zuständigkeit, über die Aufsicht über die Ortsbehörde, über die Anstellung beeideter Auktionatoren und Aehnliches.

Artikel 104.

Im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts ist für die im § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuchs[1]) vorgesehene Sicherung des Nachlasses außer den Amtsgerichten das Dorfgericht zuständig, in dessen Bezirke das Bedürfnis der Fürsorge hervortritt, es sei denn, daß sich am

[1]) § 1960. Bis zur Annahme der Erbschaft hat das Nachlaßgericht für die Sicherung des Nachlasses zu sorgen, soweit ein Bedürfnis besteht. Das Gleiche gilt, wenn der Erbe unbekannt oder wenn ungewiß ist, ob er die Erbschaft angenommen hat.

Das Nachlaßgericht kann insbesondere die Anlegung von Siegeln, die Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten sowie die Aufnahme eines Nachlaßverzeichnisses anordnen und für denjenigen, welcher Erbe wird, einen Pfleger (Nachlaßpfleger) bestellen.

Die Vorschrift des § 1958 findet auf den Nachlaßpfleger keine Anwendung.

Sitze des Dorfgerichts ein Amtsgericht befindet.

Zum Zwecke der Sicherung kann das Dorfgericht insbesondere Siegel anlegen, Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten an sich nehmen und ein Nachlaßverzeichnis aufnehmen. Ein auf Grund dieser Vorschrift aufgenommenes Verzeichnis kann nicht nach § 2004 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [1]) als Nachlaßinventar benutzt werden. Zur Bestellung eines Nachlaßpflegers ist das Dorfgericht nicht befugt.

Artikel 105.

Das Dorfgericht soll von den Maßregeln, die es zur Sicherung des Nachlasses ergriffen hat, dem Amtsgericht, in dessen Bezirk es seinen Sitz hat, Mitteilung machen. Verfügungen von Todeswegen, die sich im Nachlasse befinden, sowie Geld, Wertpapiere oder Kostbarkeiten, die das Dorfgericht an sich genommen hat, hat es unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

In zweifelhaften Fällen hat das Dorfgericht, wenn es keine Sicherungsmaßregeln trifft, dem Amtsgerichte den Sachverhalt anzuzeigen.

Artikel 106.

Die Abänderung einer Anordnung des Dorfgerichts ist bei dem im Artikel 105 bezeichneten Amtsgerichte nachzusuchen. Das Amtsgericht ist auch berechtigt, eine Anordnung des Dorfgerichts, die es für ungerechtfertigt erachtet, von Amtswegen zu ändern.

Hat das Dorfgericht Siegel angelegt, so soll die Abnahme der Siegel in der Regel nur auf Anordnung des Amtsgerichts erfolgen.

Artikel 107.

Die Dorfgerichte können von den Amtsgerichten mit der Ausführung der auf Grund des § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [2]) angeordneten Maßregeln beauftragt werden.

Artikel 108.

Die Dorfgerichte sind zuständig, im Auftrage des Amtsgerichts Vermögensverzeichnisse, insbesondere Nachlaßinventare, aufzunehmen.

Die Dorfgerichte sind zuständig, im Falle des § 20 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896 (Gesetz-Samml. S. 124) im Auftrage der Generalkommission Nachlaßinventare aufzunehmen.

Artikel 109.

Die Dorfgerichte sind zuständig, freiwillige öffentliche Versteigerungen beweglicher Sachen sowie öffentliche Verpachtungen an den Meistbietenden vorzunehmen und zu beurkunden. Sie sollen diese Geschäfte nur im Auftrage des Amtsgerichts vornehmen; eines besonderen Auftrags für jedes einzelne Geschäft bedarf es nicht.

Artikel 110.

Die Dorfgerichte sind gehörig besetzt, wenn neben dem Schulzen zwei Schöffen oder ein Schöffe und ein vereidigter Gerichtsschreiber mitwirken. Für die Aufnahme von Taxen bewendet es bei den bisherigen Vorschriften.

Den Amtsgerichten steht in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit hinsichtlich der Dorfgerichte ihres Bezirkes das Recht der Aufsicht zu.

---

[1]) § 2004. Befindet sich bei dem Nachlaßgerichte schon ein den Vorschriften der §§ 2002, 2003 entsprechendes Inventar, so genügt es, wenn der Erbe vor dem Ablaufe der Inventarfrist dem Nachlaßgerichte gegenüber erklärt, daß das Inventar als von ihm eingereicht gelten soll.

§ 2002. Der Erbe muß zu der Aufnahme des Inventars eine zuständige Behörde oder einen zuständigen Beamten oder Notar zuziehen.

§ 2003. Auf Antrag des Erben hat das Nachlaßgericht entweder das Inventar selbst aufzunehmen oder die Aufnahme einer zuständigen Behörde oder einem zuständigen Beamten oder Notar zu übertragen. Durch die Stellung des Antrags wird die Inventarfrist gewahrt.

Der Erbe ist verpflichtet, die zur Aufnahme des Inventars erforderliche Auskunft zu erteilen.

Das Inventar ist von der Behörde, dem Beamten oder dem Notar bei dem Nachlaßgericht einzureichen.

[2]) Man vergleiche die Anmerkung auf der vorigen Seite.

Artikel 111.

Die Vorschriften der Artikel 104 bis 109 finden entsprechende Anwendung auf die Ortsvorsteher in den Hohenzollernschen Landen, auf die Bürgermeister in dem vormals Landgräflich Hessischen Amtsbezirke Homburg und in den Gebieten des vormaligen Herzogtums Nassau sowie der vormals freien Stadt Frankfurt mit Ausnahme des Gebiets der jetzigen Stadtgemeinde Frankfurt und auf die Ortsgerichtsvorsteher in den vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteilen.

Artikel 112.

Die im Artikel 111 bezeichneten Beamten sind zuständig, im Auftrage des Gerichts freiwillige öffentliche Versteigerungen von Grundstücken vorzunehmen und zu beurkunden. Sie sollen hiermit nur auf Antrag der Beteiligten beauftragt werden.

Artikel 113.

Die im Artikel 111 bezeichneten Beamten sind zuständig, auf Antrag eines Beteiligten die Teilung eines gemeinschaftlichen Vermögens, Verträge, durch welche Eltern ihr Vermögen den Kindern übergeben, sowie Eheverträge und Erbverträge vorzubereiten. Sie haben insbesondere, falls ein Beteiligter die Vermittelung einer Auseinandersetzung nach den §§ 86 bis 99 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit beantragen will, den Antrag aufzunehmen und dem zuständigen Amtsgerichte zu übersenden.

Artikel 114.

Die im Artikel 111 bezeichneten Beamten sind zuständig, Gesindedienstverträge zu beurkunden sowie auf Antrag eines Beteiligten einseitige Willenserklärungen an Personen, die in ihrem Amtsbezirk ihren Wohnsitz haben, bekannt zu machen und die Bekanntmachung zu beurkunden.

Artikel 115.

Die im Artikel 111 bezeichneten Beamten sind zuständig, Unterschriften zu beglaubigen. Die Unterschrift einer Person, die in ihrem Amtsbezirke weder einen Wohnsitz noch den gewöhnlichen Aufenthalt hat, sollen sie nicht beglaubigen.

Die Beglaubigung darf nur erfolgen, wenn die Unterschrift in Gegenwart des beglaubigenden Beamten vollzogen oder anerkannt wird.

Die Beglaubigung geschieht durch einen unter die Unterschrift zu setzenden Vermerk. Der Vermerk muß die Bezeichnung desjenigen, welcher die Unterschrift vollzogen oder anerkannt hat, enthalten und den Ort und den Tag der Ausstellung angeben sowie mit Unterschrift und Siegel oder Stempel versehen sein. Er soll außerdem die Angabe enthalten, daß die Vollziehung oder Anerkennung der Unterschrift in Gegenwart des beglaubigenden Beamten erfolgt ist.

Artikel 116.

Die im Artikel 111 bezeichneten Beamten sind verpflichtet, die Gerichte bei der Beurkundung einer Teilung oder eines Uebergabevertrags sowie bei der Vermittelung einer Auseinandersetzung auf Ersuchen zu unterstützen.

Auch in anderen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit können sich die Gerichte ihrer Beihülfe bedienen, insbesondere die Erteilung von Auskunft oder Zeugnissen über persönliche Verhältnisse und über Besitzverhältnisse sowie die Abgabe von Gutachten verlangen.

Artikel 117.

Die Vorschriften der Artikel 111 bis 116 gelten nicht für Orte, die Sitz eines Amtsgerichts sind.

Artikel 118.

Die Vorschriften der Artikel 104 bis 106 finden entsprechende Anwendung auf die Gemeindevorstände (Bürgermeister, Dorfschaftsvorsteher, Bauerschaftsvorsteher, Gutsvorsteher) in Schleswig-Holstein.

Artikel 119.

Die Vorschriften des bisherigen Rechtes, nach denen die Dorfgerichte im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts zu Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit befugt sind, sowie die Vorschriften des Allerhöchsten Erlasses vom 14. Dezember 1868 über die Zuständigkeit der Ratmänner in der Landschaft Eiderstedt werden aufgehoben. Das Gleiche gilt von den Vorschriften des bisherigen Rechtes, nach welchen in den Hohenzollernschen Landen, in dem vormaligen Herzogtume

Nassau, in den vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteilen, in dem vormals Landgräflich Hessischen Amtsbezirke Homburg und in dem Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt Ortsbehörden (Ortsgerichte, Feldgerichte, Bürgermeister, Schultheißen, Schöffen 2c.) befugt sind, selbständig oder als gerichtliche Hilfsbeamte Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorzunehmen.

Unberührt bleiben die Vorschriften über die Aufnahme von Taxen sowie die Vorschriften derjenigen Gesetze, deren Geltungsbereich sich nicht auf die im Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Gebietsteile beschränkt, sondern sich über diese Gebietsteile hinaus erstreckt.

Artikel 120.

Der Justizminister ist befugt, über die Aufsicht, welcher die im Artikel 111 und im Artikel 119 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Behörden und Beamten in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit unterliegen, Bestimmung zu treffen.

Artikel 121.

In dem Gebiete des vormaligen Kurfürstentums Hessen sind nur die Amtsgerichte zuständig, auf Grund des § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuchs [1]) für die Sicherung des Nachlasses zu sorgen.

Artikel 122.

Durch Königliche Verordnung können in den im Artikel 119 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Gebietsteilen sowie in den vormals Kurhessischen Teilen des Oberlandesgerichtsbezirkes Frankfurt Ortsgerichte errichtet werden. Die Ortsgerichte sind für die in den Artikeln 104 bis 109, 112 bis 116 bezeichneten Angelegenheiten zuständig; die im Artikel 111 genannten Beamten verlieren mit der Errichtung der Ortsgerichte ihre Zuständigkeit für diese Angelegenheiten. Im vormaligen Herzogtume Nassau gehen auf die Ortsgerichte auch die im Artikel 12 § 3 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche [2]) bezeichneten Verrichtungen über.

Die Einrichtung sowie die dienstliche Stellung der Ortsgerichte wird durch Königliche Verordnung geregelt. Für Orte, in deren Nähe sich ein Amtsgericht befindet, kann die Zuständigkeit der im Artikel 111 genannten Beamten aufgehoben werden, ohne daß diese Orte in die Bezirke der neuen Ortsgerichte einbezogen werden.

Artikel 123.

Durch Königliche Verordnung können für den Bezirk des vormaligen Justizsenats zu Ehrenbreitstein Ortsgerichte errichtet werden.

Die Ortsgerichte sind für die in den Artikeln 104 bis 109, 112 bis 116 bezeichneten Angelegenheiten zuständig. Mit der Errichtung der Ortsgerichte hören die Befugnisse auf, welche zu dieser Zeit in dem Bezirke des vormaligen Justizsenats zu Ehrenbreitstein den Feldgerichten, den Schultheißen, den Schöffen, den Bürgermeistern und den Ortsvorstehern in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zustehen. Für Orte, an denen oder in deren Nähe sich ein Amtsgericht befindet, kann die Zuständigkeit dieser Beamten aufgehoben werden, ohne daß diese Orte in die Bezirke der neuen Ortsgerichte einbezogen werden. Die Vorschriften des Artikel 119 Abs. 2 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 124.

Den Ortsgerichten (Artikel 122, 123) können durch Königliche Verordnung unter Aufhebung der geltenden Bestimmungen solche durch die Vorschriften dieses Abschnitts nicht betroffene Angelegenheiten übertragen werden, welche in dem einzelnen Rechtsgebiete den jetzt bestehenden Ortsbehörden obliegen.

Für Orte, die in die Bezirke der neuen Ortsgerichte nicht einbezogen werden, können die im Abs. 1 bezeichneten Angelegenheiten durch Königliche Verordnung in anderer Weise als im Wege der Uebertragung auf Ortsgerichte neu geregelt werden.

---

[1]) Man vergleiche die erste Anmerkung zu Artikel 104.

[2]) Art. 12 § 3. In dem vormaligen Herzogtum Nassau sind an Orten, die nicht Sitz eines Amtsgerichts sind, auch die Bürgermeister zuständig, Kauf- und Tauschverträge über Grundstücke ihres Amtsbezirks zu beurkunden, wenn der Kaufpreis oder der Wert der eingetauschten Gegenstände nicht mehr als fünfhundert Mark beträgt.

Mit dem Ortsgerichte kann unter Zustimmung des Kommunallandtags, im Bezirke des vormaligen Justizsenats zu Ehrenbreitstein unter Zustimmung des Provinziallandtags, durch Königliche Verordnung das Amt des Gemeindewaisenrats sowie das Amt des Schiedsmanns verbunden werden.

Artikel 125.

In Ostfriesland und Harlingerland sowie im Regierungsbezirk Osnabrück können zur Vornahme und Beurkundung freiwilliger öffentlicher Versteigerungen besondere Beamte (beeidigte Auktionatoren) angestellt werden.

Artikel 126.

Der Justizminister kann über das Verfahren, welches die in diesem Abschnitte bezeichneten Behörden und Beamten in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu beobachten haben, allgemeine Bestimmungen treffen.

Die Vorschriften über die dienstliche Stellung der im Artikel 125 bezeichneten beeidigten Auktionatoren, über das von ihnen zu beobachtende Verfahren sowie über die Höhe ihrer Gebühren werden von dem Justizminister und dem Minister für Handel und Gewerbe getroffen.

Artikel 127.

Für die Landesteile, in welchen die Vorschriften der Allgemeinen Gerichtsordnung über die Aufnahme gerichtlicher Taxen nicht gelten, kann durch Königliche Verordnung die Aufnahme von Taxen einer Behörde übertragen, für die Abschätzung von Grundstücken auch bestimmt werden, daß sie durch staatlich anzustellende Sachverständige zu erfolgen hat. Das Verfahren sowie die Höhe der Gebühren ist von den zuständigen Ministern zu regeln.

Eine in Gemäßheit der Vorschriften des Abs. 1 aufgenommene Taxe steht einer gerichtlichen Taxe gleich.

Achter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Artikel 128.

Der Justizminister kann über das Verfahren bei der Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses, insbesondere eines Nachlaßinventars, über das Verfahren bei der Sicherung eines Nachlasses sowie über das Verfahren bei einer aus einem anderen Anlaß erfolgenden Siegelung oder Entsiegelung allgemeine Bestimmungen treffen.

Artikel 129.

In dem Gesetze, betreffend die Befugnis der Auditeure zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ꝛc., vom 8. Juni 1860 (Gesetz-Samml. S. 240) werden der § 3 Abs. 2 und der § 11 Satz 2 gestrichen.

Artikel 130.

Das Ausführungsgesetz zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze vom 24. April 1878 (Gesetz-Samml. S. 230) wird dahin geändert:

I. Die §§ 25, 28, 30 bis 32, 40, 51 bis 56, 69, der § 70 Abs. 2, der § 74 Abs. 2 und die §§ 75, 106 bis 109 fallen weg.

II. Der § 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Zur Urteilsfällung, zur Beurkundung einer Verfügung von Todeswegen, zur Beurkundung eines Ehevertrags, zur Entscheidung über Durchsuchungen, Beschlagnahmen und Verhaftungen, sowie zu den Geschäften des Amtsrichters bei Bildung der Schöffengerichte und Schwurgerichte sind Referendare nicht befähigt.

III. Der § 20 erhält folgende Fassung:

In den durch Landesgesetz den ordentlichen Gerichten übertragenen Angelegenheiten erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts, soweit nicht die Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen Anwendung finden, durch das gemeinschaftliche obere Gericht, wenn Streit oder Ungewißheit darüber besteht, welches von mehreren Gerichten örtlich zuständig ist oder

wenn ein gemeinschaftlicher Gerichtsstand zu bestellen ist. In Ermangelung eines gemeinschaftlichen oberen Gerichts erfolgt die Bestimmung durch den Justizminister.

Ist das zuständige Gericht in einem einzelnen Falle an der Ausübung des Richteramts rechtlich oder thatsächlich verhindert, so erfolgt die Bestimmung des örtlich zuständigen Gerichts durch das zunächst höhere Gericht, in Ermangelung eines solchen durch den Justizminister.

Eine Anfechtung der Entscheidung findet nicht statt.

Im Sinne der Vorschriften der Abs. 1, 2 gilt als das dem Landgericht im Instanzenzuge vorgeordnete Gericht das Oberlandesgericht, zu dessen Bezirke das Landgericht gehört.

IV. Der § 24 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Angelegenheiten, auf welche die bezeichneten Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen keine Anwendung finden, können, wenn die Vertretung nicht durch Richter desselben Amtsgerichts erfolgen kann, von dem Landgericht einem anderen Amtsgerichte zugewiesen werden.

V. Im § 39 Abs. 1 erhält die Nr. 4 folgende Fassung:

4. für die Ansprüche gegen den Landesfiskus in Betreff der Verpflichtung zur Entrichtung einer Erbschaftssteuer oder einer Stempelabgabe.

VI. Der § 43 erhält folgende Fassung:

Die gerichtliche Beglaubigung amtlicher Unterschriften zum Zwecke der Legalisation im diplomatischen Wege erfolgt durch den Präsidenten des Landgerichts; sie kann von dem Justizminister auch dem zur Führung der Aufsicht bei einem Amtsgerichte berufenen Richter übertragen werden.

VII. Der § 49 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

2. die bisher zur Zuständigkeit des Kreisgerichts in Ratzeburg gehörigen Familienfideikommißsachen und die Lehnssachen in Schleswig;

VIII. Im § 57 fällt der Hinweis auf die §§ 24, 32, 51 weg.

IX. Im § 74 erhält der Abs. 1 folgenden Zusatz:

4. das thatsächliche Angebot einer Leistung zu beurkunden;
5. öffentliche Verpachtungen an den Meistbietenden im Auftrage des Gerichts vorzunehmen.

X. Als § 86 werden folgende Vorschriften eingestellt:

Sachverständige für gerichtliche Angelegenheiten im Allgemeinen zu beeidigen, ist Sache der Justizverwaltung. Das Gleiche gilt für die Ausstellung von Zeugnissen über das in Preußen geltende Recht.

XI. Der § 87 erhält folgenden Abs. 2:

Ueber Beschwerden anderer als gerichtlicher Behörden wegen einer vom Gerichte verweigerten Beistandsleistung entscheiden die Oberlandesgerichte; eine Anfechtung dieser Entscheidungen findet nicht statt.

Artikel 131.

Der § 5 des Gesetzes, betreffend die Dienstverhältnisse der Gerichtsschreiber, vom 3. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 99) erhält folgende Fassung:

Die Gerichtsschreibergehilfen sind zur Wahrnehmung der Gerichtsschreibergeschäfte befähigt.

Zur Erteilung von vollstreckbaren Ausfertigungen und von Zeugnissen, welche sich auf die Rechtskraft der Urteile beziehen, zur Aufnahme eines Protokolls über Revisionsanträge und ihre Begründung in Strafsachen, sowie über weitere Beschwerden in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, zur Aufnahme von Wechselprotesten und Vermögensverzeichnissen, zur Vornahme von Siegelungen und Entsiegelungen, sowie zu den Geschäften, welche dem Gerichtsschreiber bei der Führung des Grundbuchs und des Schiffsregisters obliegen, sollen jedoch außer in den Fällen einer notwendigen Aushilfe oder Vertretung nur solche Gerichtsschreibergehilfen verwendet werden, welche, abgesehen von der Erledigung der aktiven Dienstpflicht, die Vorbedingungen für die Anstellung als Gerichtsschreiber erfüllt haben. Das Gleiche gilt für die

Entgegennahme von Anmeldungen zu dem Vereinsregister, Güterrechtsregister, Handelsregister, Genossenschaftsregister, Musterregister und Börsenregister.

Artikel 132.

Der § 154 Abs. 2 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (Gesetz-Samml. S. 237) wird aufgehoben.

Artikel 133.

In dem bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes bleiben für die Geschäfte, die den Gerichten in Ansehung der bis zum 1. Januar 1876 geführten Standesregister obliegen, die Landgerichte zuständig. Der Justizminister kann jedoch anordnen, daß diese Geschäfte auf die Amtsgerichte übergehen.

Artikel 134.

Die Gebührenordnung für Notare vom 25. Juni 1895 (Gesetz-Samml. S. 256) wird dahin geändert:

I. Der § 3 Abs. 1 erhält folgenden Zusatz:

Bei Versteigerungen werden die Gebühren für die Beurkundung des Zuschlags nur dann auf den Mindestbetrag erhöht, wenn die Summe dieser Gebühren in einem Versteigerungsverfahren 1 Mark 50 Pf. nicht erreicht.

II. Der § 5 erhält folgende Fassung:

Soweit die Notare für die Geschäfte zuständig sind, über welche der zweite Abschnitt des ersten Teiles, der § 65 Nr. 1 und der § 81 Abs. 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes Bestimmung treffen, erhalten sie die daselbst für die Thätigkeit des Richters festgesetzten Gebühren.

III. Der § 6 wird gestrichen.

IV. Im § 9 werden die Worte „Aufnahme", „aufgenommen" ersetzt durch die Worte „Beurkundung", „beurkundet".

V. Im § 10 werden die Worte „sowie für den Verkehr des Notars mit den Hypothekenbewahrern" gestrichen. Hinter dem Worte „Legalisationen" wird das Wort „sowie" eingeschaltet.

VI. Der § 11 erhält folgende Fassung:

Für die Vermittelung einer Auseinandersetzung, die dem Notar von dem Gericht oder von den Beteiligten übertragen ist, erhält er das Zweifache des im § 56 des Preußischen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebührensatzes B. Wird das Verfahren nicht durchgeführt oder beschränkt es sich auf die Ermittelung oder Feststellung einer Masse, so ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte.

Die Gebühren für die Beurkundung oder den Entwurf eines das Verfahren abschließenden Vertrags oder eines mit einem Dritten geschlossenen Vertrags sowie die Gebühren für Vermögensverzeichnisse, Schätzungen und Versteigerungen werden neben den im Abs. 1 bestimmten Gebühren besonders erhoben. Wird die Vermittelung der Auseinandersetzung dem Notar vom Gericht übertragen, so steht die Anfertigung des Auseinandersetzungsplans dem Entwurfe, die Beurkundung der Auseinandersetzung der Beurkundung eines das Verfahren abschließenden Vertrags gleich.

In Ansehung der Zahlungspflicht und der Verpflichtung zur Leistung von Vorschüssen finden, wenn die Vermittelung der Auseinandersetzung dem Notar von dem Gericht überwiesen ist, dieselben Vorschriften Anwendung, wie wenn die Vermittelung dem Notar von den Beteiligten übertragen wäre.

VII. Der § 18 erhält folgende Fassung:

Im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cöln erhält der Notar für die Vermittelung eines hypothekarischen Darlehens, wenn nicht eine geringere Vergütung vereinbart ist, bis zur Summe von 7500 Mark 1 Prozent der Darlehnssumme, von dem Mehrbetrage bis 30000 Mark $^1/_2$ Prozent und von dem Mehrbetrage darüber hinaus $^1/_4$ Prozent. Steht dem Notar die Vermittelungsgebühr zu, so kommt die Gebühr für die Verwahrung von Geld (§ 14) in Wegfall.

VIII. Der § 23 wird gestrichen.

IX. Im § 27 Abs. 4 Satz 2 werden hinter dem Worte „vorliegt" die Worte „oder die Beschwerdesumme fünfzig Mark nicht übersteigt" eingeschaltet. Im Abs. 3 wird das Wort „Wohnsitz" durch das Wort „Amtssitz" ersetzt.

X. Im § 28 Abs. 1 erhält die Nr. 3 folgende Fassung:

3. um eine von den Beteiligten dem Notar übertragene Vermittelung einer Auseinandersetzung;

XI. Der § 30 erhält folgende Fassung:

Diese Gebührenordnung tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft und findet auf alle zu diesem Zeitpunkte noch nicht beendigten Geschäfte, auch hinsichtlich der bereits geleisteten Arbeiten, Anwendung.

Im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cöln bleiben für die Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften der vor dem 1. Oktober 1895 aufgenommenen Urkunden, für ein nach den bisherigen Vorschriften zu erledigendes gerichtliches Teilungsverfahren oder Gütertrennungsverfahren, sowie in Ansehung der dem Grundbuchrechte noch nicht unterliegenden Grundstücke für die Anzeige der Hypothekenbestellung an den Versicherer, für Schuld- und Pfandverschreibungen, für die Anfertigung des Bordereau und für die Besorgung und Prüfung des Hypothekenauszugs die bisherigen Kostenvorschriften in Kraft.

Artikel 135.

Der Justizminister wird ermächtigt, den Text der Gebührenordnung für Notare, wie er sich aus den im Artikel 134 bestimmten Aenderungen ergiebt, unter fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen und unter Herstellung einer einheitlichen Schreibweise durch die Gesetz-Sammlung in der Weise bekannt zu machen, daß die Verweisungen auf die Vorschriften der Civilprozeßordnung und des Preußischen Gerichtskostengesetzes durch Verweisungen auf die entsprechenden Vorschriften der durch den Reichskanzler und den Justizminister bekannt gemachten Texte ersetzt werden.

Artikel 136.

Die in den Artikeln 57, 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche[1]) gemachten Vorbehalte gelten auch gegenüber den Vorschriften dieses Gesetzes.

Artikel 137.

Für die Geschäfte, die in Vormundschafts-, Nachlaß- und Teilungssachen der Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königshauses, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses den Gerichten obliegen, sind die Civilsenate der Oberlandesgerichte zuständig; die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

---

[1]) Art. 57. In Ansehung der Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familien sowie der Mitglieder der Fürstlichen Familie Hohenzollern finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs nur insoweit Anwendung, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten.

Das Gleiche gilt in Ansehung der Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königshauses, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses.

Art. 58. In Ansehung der Familienverhältnisse und der Güter derjenigen Häuser, welche vormals reichsständisch gewesen und seit 1806 mittelbar geworden sind, oder welche diesen Häusern bezüglich der Familienverhältnisse und der Güter durch Beschluß der vormaligen deutschen Bundesversammlung oder vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Landesgesetz gleichgestellt worden sind, bleiben die Vorschriften der Landesgesetze und nach Maßgabe der Landesgesetze die Vorschriften der Hausverfassungen unberührt.

Das Gleiche gilt zu gunsten des vormaligen Reichsadels und derjenigen Familien des landsässigen Adels, welche vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs dem vormaligen Reichsadel durch Landesgesetze gleichgestellt worden sind.

Artikel 138.

Soweit in Gesetzen auf Vorschriften verwiesen ist, welche durch dieses Gesetz außer Kraft gesetzt werden, treten an deren Stelle die entsprechenden neuen Vorschriften.

Artikel 139.

Soweit nach den Uebergangsvorschriften anderer Gesetze die bisherigen Vorschriften noch künftig maßgebend sind, gilt das Gleiche auch für die durch dieses Gesetz aufgehobenen oder abgeänderten Vorschriften.

Bis zu dem Zeitpunkte, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, bleiben in den im Artikel 119 Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Gebietsteilen die Vorschriften unberührt, welche die Mitwirkung der Ortsbehörden bei der Führung der öffentlichen Bücher über die Rechtsverhältnisse an Grundstücken, insbesondere die Zuständigkeit zur Beurkundung der darauf bezüglichen Rechtsgeschäfte, betreffen.

Die neuen Vorschriften über das Verfahren bei der Aufnahme gerichtlicher oder notarieller Urkunden kommen auch dann zur Anwendung, wenn für das beurkundete Rechtsverhältnis das bisherige Recht maßgebend bleibt. Das Gleiche gilt von der Vorschrift, wonach die Amtsgerichte und die Notare in Bezug auf die Zuständigkeit zur Aufnahme von Urkunden einander gleichstehen.

Soweit nach den Uebergangsvorschriften die Zuständigkeit von Ortsbehörden begründet bleibt, kann der Justizminister die Zuständigkeit auf andere Behörden oder Beamte übertragen. In diesem Falle findet die Vorschrift des Artikel 126 Abs. 1 entsprechende Anwendung; der Justizminister kann über die zu erhebenden Kosten Bestimmungen treffen.

Artikel 140.

Für die Anfechtung einer Entscheidung, die vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs erlassen ist, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend; dies gilt auch dann, wenn nur die Entscheidung erster Instanz vor dem bezeichneten Zeitpunkt erfolgt ist.

Artikel 141.

Auf ein zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs anhängiges Verfahren nach den Artikeln 5, 6 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 (Gesetz-Samml. S. 449) finden die Vorschriften des § 135 Abs. 2 Satz 2 und des § 136 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit Anwendung. Im übrigen bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend.

Artikel 142.

Die Berichtigung einer Eintragung in dem Standesregister erfolgt auch dann nach den Vorschriften des neuen Rechtes, wenn die Eintragung aus der Zeit vor dem 1. Januar 1876 herrührt.

Artikel 143.

In dem Oberlandesgerichtsbezirke Cöln gelten für die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amte befindlichen Notare die Vorschriften des Artikel 102 Abs. 1 mit folgender Maßgabe:

Der aus dem Amte ausscheidende oder in einen anderen Amtsgerichtsbezirk versetzte Notar kann bis zum Ablaufe von drei Monaten nach dem Tage des Ausscheidens oder der Versetzung dem Amtsgerichte seines bisherigen Amtssitzes zur weiteren Aufbewahrung der Papiere einen Notar bezeichnen, der in dem Bezirke dieses Gerichts seinen Amtssitz hat. Die gleiche Befugnis steht im Falle des Todes eines Notars den Erben zu. Das Amtsgericht hat die Papiere dem ihm bezeichneten Notar zu übergeben.

Auf Grund der Vorschriften des vorigen Absatzes kann die Uebergabe der Papiere an einen anderen Notar nur einmal verlangt werden. Im Falle des Ausscheidens, der Versetzung oder des Todes des anderen Notars findet die Abgabe der diesem auf Grund der Vorschriften des vorigen Absatzes übergebenen Papiere an einen anderen Notar nicht statt.

Artikel 144.

Die nachstehenden Vorschriften werden, soweit sie nicht schon infolge Reichsgesetzes außer Kraft treten, unbeschadet der Uebergangsvorschriften, aufgehoben:

1. Teil 1 Titel 44 bis 46, 52, Teil 2 Titel 1 bis 5, Teil 3 Titel 7 der Allgemeinen Gerichtsordnung für die Preußischen Staaten, Teil 1 Titel 46 jedoch nur insoweit, als er sich nicht auf die Auseinandersetzung zwischen einem Lehns- oder Fideikommißfolger

und den Allodialerben seines Vorbesitzers bezieht;

2. die Artikel 203, 812 bis 818, 839 bis 853, 855 bis 864, 907 bis 944, 986 bis 1002, 1040 des code de procédure civile, die Artikel 844, 845, 1040 jedoch nur für das Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit;
3. die Artikel 16 bis 19, 37 bis 46 des Französischen Dekrets über die Erhaltung und Verwaltung der Güter der Geistlichkeit vom 6. November 1813;
4. die Vorschriften des gemeinen Rechtes über die Exemplifikation oder Innovation von Urkunden;
5. die §§ 1 bis 8, 10 bis 31 der Hannoverschen Verordnung über das Verbot aller Privateide ꝛc. vom 28. Dezember 1821 (Hannov. Gesetz-Samml. 1822 Abt. I S. 43), die §§ 17 bis 20 und die §§ 28 bis 31 jedoch nur insoweit, als sie sich nicht auf Lehen oder auf Fideikommisse beziehen;
6. die Verordnung und Taxordnung für die Notarien in den Niederrheinischen Provinzen vom 25. April 1822 (Gesetz-Samml. S. 109) sowie der § 67 des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten ꝛc., vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465);
7. die Vorschriften des Rheinischen Rechtes über die Einregistrierung von Urkunden;
8. für das Gebiet der vormals freien Stadt Frankfurt die sich auf die Rechtsmittel in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit beziehenden Vorschriften der Gerichtsordnung für das gemeinsame Oberappellationsgericht der vier freien Städte Deutschlands (Bekanntmachung vom 23. August 1831; Frankf. Gesetz- und Statuten-Samml. Bd. 4 S. 229, 231) und des Gesetzes über das Verfahren in bürgerlichen Rechtssachen vom 7. November 1848 (Gesetz- und Statuten-Samml. Bd. 8 S. 282) sowie der § 11 des Gesetzes über das Fiskalat vom 3. Dezember 1861 (Gesetz- und Statuten-Samml. Bd. 15 S. 79);
9. die Kabinettsorder über die Vidimation der Urkunden und die Abzweigung der Schulddokumente vom 6. November 1834 (Gesetz-Samml. S. 180);
10. die Versteigerungsordnung für Ostfriesland und Harlingerland vom 16. Dezember 1834 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. III S. 245) sowie die ergänzenden und abändernden Gesetze vom 10. Januar 1840 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. III S. 51) vom 26. Juli 1841 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. III S. 79), vom 27. Dezember 1842 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. III S. 115) und vom 24. März 1897 (Gesetz-Samml. S. 103);
11. die Versteigerungsordnung für den Landdrosteibezirk Osnabrück vom 14. Juli 1838 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. III S. 149) mit Ausnahme des Artikel 3 Abs. 3, soweit er sich auf die Befugnis der Magistrate bezieht, Sachen der Stadt oder des Fleckens an den Meistbietenden zu verkaufen oder zu verpachten;
12. die Verordnung, betreffend das Verfahren bei freiwilligen Subhastationen, vom 6. April 1839 (Gesetz-Samml. S. 125);
13. die Kabinettsorder, betreffend Siegelanlage bei dem Ableben eines Beamten im Bezirke des Appellationsgerichts zu Cöln, vom 14. Juli 1843 (Gesetz-Samml. S. 321);
14. für das Jadegebiet die Oldenburgische Auktionator- und Vergantungsordnung vom 14. Mai 1844 (Oldenb. Gesetz-Samml. 1845 S. 278);
15. das Gesetz über das Verfahren bei Aufnahme von Notariatsinstrumenten vom 11. Juli 1845 (Gesetz-Samml. S. 487);
16. die §§ 457, 458 der Hannoverschen Bürgerlichen Prozeßordnung vom 8. November 1850 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. I S. 341);
17. die Hannoversche Notariatsordnung vom 18. September 1853 (Hannov. Gesetz-Samml. Abt. I S. 345);
18. die §§ 6 bis 8 und der § 11 Nr. 4 des Gesetzes, betreffend die Geschäftssprache der Behörden, Beamten und politischen Körperschaften des Staates, vom 28. August 1876 (Gesetz-Samml. S. 389), die §§ 6 bis 8 jedoch nur insoweit, als es sich um ihre Anwendung auf die ordentlichen Gerichte handelt;
19. das Gesetz, enthaltend Bestimmungen

über das Notariat, vom 8. März 1880 (Gesetz-Samml. S. 177);

20. das Gesetz, betreffend das Teilungsverfahren und den gerichtlichen Verkauf von Immobilien im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes, vom 22. Mai 1887 (Gesetz-Samml. S. 136) sowie der § 16 des Ausführungsgesetzes zur Deutschen Konkursordnung vom 6. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 109);
21. das Gesetz, betreffend die Vereinigung der Rechtsanwaltschaft und des Notariats im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes, vom 13. April 1888 (Gesetz-Samml. S. 72);
22. das Gesetz, enthaltend Bestimmungen über das Notariat und über die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen, vom 15. Juli 1890 (Gesetz-Samml. S. 229).

Artikel 145.

Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

Die Vorschrift des Artikel 135 tritt mit der Verkündung in Kraft.

Die Preußischen Kostengesetze.

Vorbemerkung.

Für die Thätigkeit der Gerichte, der Notare, der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher hat der, welcher sie in Anspruch nimmt, Gebühren zu zahlen, auch hat er ihnen ihre baren Auslagen zu erstatten.

Zeugen, welche das Gericht zum Zweck der Erhebung eines Beweises hört, haben ein Recht auf Entschädigung wegen ihrer Zeitversäumnis, Sachverständige auf Vergütung für ihre Leistungen, beide können auch Ersatz ihrer Aufwendungen fordern.

Die Fälle, in denen Kosten der genannten Art verlangt werden können oder gezahlt werden müssen, die Höhe derselben und was damit zusammenhängt, wird durch die sogenannten Kostengesetze, teils Reichs-, teils Landesgesetze bestimmt.

Reichskostengesetze sind hauptsächlich:

1. Das Deutsche Gerichtskostengesetz,
2. die Gebührenordnung für Rechtsanwälte,
3. die Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher,
4. die Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

Preußische Kostengesetze sind vor allem:

5. das Preußische Gerichtskostengesetz,
6. die Gebührenordnung für Notare,
7. das Gesetz enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher.

Das zuletzt genannte Gesetz ist am 1. Januar 1900 neu hinzugetreten an der Stelle folgender, außer Kraft tretender Gesetze:

des Preußischen Ausführungsgesetzes zur Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte,

des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskostengesetz und zu den Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige und

des Preußischen Gesetzes, enthaltend Bestimmungen über Gerichtskosten und über Gebühren der Gerichtsvollzieher.

Die unter 1. bis 6. genannten Gesetze galten schon vor dem

1. Januar 1900, haben aber von diesem Tage an eine mehr oder weniger neue Fassung erhalten.

Zu beachten ist besonders, daß das Preußische Gesetz, betreffend die Gerichtskosten bei Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens nicht mehr als selbstständiges Gesetz existiert, vielmehr in das Preußische Gerichtskostengesetz Titel II Abschnitt 2 (§§ 124 bis 136) aufgenommen ist.

Außer in den obengenannten Gesetzen, welche sich nur mit den Kosten beschäftigen, finden sich besondere Kostenvorschriften auch noch in anderen Gesetzen, zum Beispiel über die Kosten des Verfahrens vor den Gewerbegerichten in den §§ 57 bis 59 des Reichsgesetzes betreffend die Gewerbegerichte, ferner über die Kosten der Auszüge aus den Standesamtsregistern und für Vorlegung der Register im Gebührentarif zum Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes.

Die oben unter 1. bis 4. genannten Reichsgesetze haben ein ganz anderes Anwendungsgebiet als die unter 5. bis 7. aufgeführten Preußischen Gesetze.

In denjenigen vor die ordentlichen Gerichte (Reichsgericht, Kammergericht, Oberlandesgericht, Landgericht und Amtsgericht) gehörigen Rechtssachen, auf welche Civilprozeßordnung, Strafprozeßordnung oder Konkursordnung Anwendung finden, werden die Kosten der Gerichte, der Rechtsanwälte, der Gerichtsvollzieher, der Zeugen und der Sachverständigen nach den Vorschriften der Reichskostengesetze berechnet, also in Civil- und Strafprozessen, im Mahnverfahren (Zahlungsbefehl), im Entmündigungs- und Aufgebotsverfahren, bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen und im Konkursverfahren.

Dagegen kommen die Preußischen Kostengesetze zur Anwendung, wenn es sich um Berechnung der Kosten in anderen als den ebengenannten Fällen handelt, zum Beispiel bei Aufnahme gerichtlicher oder notarieller Urkunden, beim Verkehr mit dem Grundbuch- und Registergericht, in Nachlaß-, Auseinandersetzungs- und Vormundschaftssachen, bei der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Grundstücken, in Forstdiebstahlssachen, bei der gerichtlichen Bestätigung von Adoptionsverträgen, bei der gerichtlichen Erteilung des Dispenses von Ehehindernissen, bei der gerichtlichen Erklärung des Austrittes aus der Kirche usw.

Sie sind ferner zu Grunde zu legen der Kostenforderung eines Rechtsanwalts für seine Thätigkeit in Forstdiebstahlssachen, im Verwaltungsstreitverfahren, im Rechtsmittelverfahren (Einspruch, Berufung, Beschwerde), betreffend die Veranlagung von Staatssteuern, im Verwaltungsstrafverfahren, im Disziplinarverfahren und in ähnlichen Fällen.

Die Preußischen Kostengesetze.

Preußisches Gerichtskostengesetz.

Vom 25. Juni 1895
in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Teil.

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Paragraphen

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen . . . . 1—32

Zweiter Abschnitt.

Gerichtliche Urkunden . . . . . 33—56

Dritter Abschnitt.

Grundbuchsachen . . . . . 57—70

Vierter Abschnitt.

Registerführung . . . . . 71—80

Fünfter Abschnitt.

Nachlaßsachen und Auseinandersetzungen . . . . . 81—90

Paragraphen

Sechster Abschnitt.

Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts . . . . . 91— 95

Siebenter Abschnitt.

Fideikommisse, Stiftungen und Vermögensverwaltungen . . . . 96— 97

Achter Abschnitt.

Sonstige Angelegenheiten . . . 98—108

Neunter Abschnitt.

Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Abschnitte 2 bis 8 . . 109—112

Zehnter Abschnitt.

Auslagen . . . . . 113—118

Zweiter Teil.

Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeiten.

Paragraphen

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen . . . 119—123

Zweiter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens. Zwangsliquidation einer Bahneinheit . . . . . 124—136

Dritter Teil.

Schlußbestimmungen. §§ 137 bis 146.

Preußisches Gerichtskostengesetz.

Vom 25. Juni 1895
in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899.

Erster Teil.

Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Von wem kann die Gerichtskasse die entstandenen Kosten einziehen? Vor allem von dem, der durch seinen Antrag die Thätigkeit des Gerichts veranlaßt hat oder, wenn das Gericht eine Handlung ohne Antrag vorgenommen hat, von dem, in dessen Interesse das Gericht gehandelt hat. Deshalb muß der Eigentümer eines Grundstücks die Kosten der Eintragung einer Hypothek tragen, die er beantragt hat, der Mündel die Kosten, welche durch die Bestellung eines Vormunds entstanden sind.

Hat ein anderer vor Gericht erklärt, daß er die Kosten einer gerichtlichen Handlung übernehmen wolle, oder ist eine derartige Erklärung bei Gericht eingereicht worden, so hat die Gerichtskasse die Wahl, ob sie die Kosten von ihm oder von dem nach dem vorigen Absatz Verpflichteten einziehen wolle.

Weitere Vorschriften über die Frage, wem die Kosten zur Last fallen, geben die §§ 1 bis 5, 46 Absatz 6 und 55 Absatz 2 des Gesetzes.

Fällig, also einziehbar sind die Gebühren im allgemeinen bei Beendigung des Geschäftes, durch welches sie entstehen, bare Auslagen dagegen gleich bei ihrer Entstehung (§ 11).

Um den Eingang der Kosten zu sichern, hat die Gerichtskasse verschiedene Mittel. In erster Linie muß vor der Vornahme der gerichtlichen Handlung auf Erfordern der Kasse ein Vorschuß geleistet werden, welcher die mit der Handlung verbundenen baren Auslagen deckt (§ 6). Anders kann nach dem Deutschen Gerichtskostengesetz in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in jeder Instanz ein Vorschuß gefordert werden,

welcher der höchsten Gebühr gleichkommt, die in der Instanz gefordert werden kann.

Das Gericht kann die Einzahlung des Vorschusses zur Bedingung für die Vornahme der Handlung erheben, ausgenommen, wenn die Verzögerung der Handlung dem Antragsteller einen unersetzlichen Nachteil bringen würde.

Ein weiteres Mittel zur Sicherung des Eingangs der Kosten giebt der § 15 des Gesetzes: Bis zur Zahlung der Kosten und Stempel kann die Kasse nämlich die bei einem Geschäft der freiwilligen Gerichtsbarkeit eingereichten Urkunden, z. B. Hypothekenbriefe, zurückbehalten, auch die Aushändigung der beantragten Ausfertigungen und Abschriften von der Zahlung abhängig machen. Unerheblich ist für dieses Zurückbehaltungsrecht, ob die Urkunden von dem Kostenschuldner oder einem anderen eingereicht oder an ihn auszuhändigen sind.

Für die Zwangsvollstreckung wegen der Gerichtskosten giebt der § 16 Bestimmungen. Bemerkenswert ist, daß wegen einer Kostenforderung nur die Zwangsverwaltung, nicht die Zwangsversteigerung von Grundstücken gegen den ursprünglichen Kostenschuldner oder dessen Abkömmling oder einen Ehegatten beider zulässig ist; zulässig ist aber die Zwangsversteigerung gegen solche Personen, die das Grundstück vom ursprünglichen Schuldner erworben haben.

Gewisse Geschäfte und eine Anzahl Personen, vor allem bestimmte juristische Personen, genießen Gebührenfreiheit. Das Nähere enthalten die §§ 7 bis 9 des Gesetzes.

Besonders milde werden unter Vormundschaft stehende Minderjährige, Geisteskranke oder Geistesschwache (nicht Verschwender) bei Einziehung der Kosten behandelt (§ 10). Während der Dauer der Vormundschaft können ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens des Mündels nur die vor Einleitung der Vormundschaft entstandenen Kosten und der größte Teil der baren Auslagen von ihm eingezogen werden, andere Kosten nur, soweit die Einkünfte seines Vermögens zu seinem Unterhalt und zu seiner Erziehung nicht verbraucht sind. Im übrigen werden die Kosten bis nach beendeter Vormundschaft oder bis zur Verheiratung des weiblichen Mündels gestundet. Doch auch nach diesem Zeitpunkt können sie nur soweit beigetrieben werden, daß dem Mündel außer Bettzeug, Kleidungsstücken und Gerätschaften zum persönlichen Gebrauch ein reines Vermögen von 500 Mark bleibt.

Zur vorläufigen Niederschlagung oder Stundung der Gerichtskosten genügt eine nach § 118 Absatz 2 ausgestellte Bescheinigung der Ortspolizeibehörde (in Berlin der Armenverwaltung des Magistrats) oder des Vormundschaftsgerichts, daß der in der Bescheinigung Genannte

zur Bestreitung der Prozeßkosten unvermögend sei. (§ 17). Doch kann die Kasse auch von dem, der ein solches Armenatteſt beigebracht hat, die Leistung des Offenbarungseides fordern. Trotz der Niederschlagung der Kosten können diese dennoch vom Zahlungspflichtigen innerhalb der Verjährungsfrist eingezogen werden.

Die Verjährungsfrist beträgt nach § 13 des Gesetzes vier Jahre vom Schluß desjenigen Jahres, in dem die Kostenforderung fällig geworden ist; bei den Bevormundeten, welche § 10 des Gesetzes aufführt, mit dem Schlusse des Jahres, in dem Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft über sie erloschen ist.

Die Nachforderung von Gerichtskosten, weil infolge eines Irrtums zu wenig angesetzt sind, ist nur innerhalb einer bestimmten Zeit zulässig, es muß nämlich der berichtigte Kostenansatz vor Ablauf des nächsten Kalenderjahres nach endgiltiger Erledigung des Geschäfts dem Zahlungspflichtigen mitgeteilt sein (§ 12).

Da die Höhe der Gebühren sich regelmäßig nach dem Werte des Gegenstandes des Geschäfts richtet, ist die Festsetzung dieses Wertes von großer Wichtigkeit, doch ist sie nicht immer leicht. Mit ihr beschäftigen sich die §§ 18 bis 28 des Gesetzes. Sie bestimmen, daß das Gericht nach seinem Ermessen und unter Berücksichtigung der Regeln der §§ 20, 21 und 23 den Wert festzusetzen habe, sofern nicht gleichzeitig mit der Gebühr ein Auflassungsstempel zu erheben ist. In letzterem Falle kommen die Regeln des § 6 des Preußischen Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 zur Anwendung.

Unter nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten, von denen der § 23 des Gesetzes handelt, sind vor allem zu verstehen Rechtsverhältnisse des Personen- und Familienstandes, zum Beispiel Anerkennung der Vaterschaft, Annahme an Kindesstatt (Adoption), Erteilung der Genehmigung zur Eheschließung, Entmündigungssachen und Aehnliches. Hier kann der Richter nach billigem Ermessen den Wert des Gegenstandes zwischen 200 bis 50 000 Mark, gewöhnlich auf 2000 Mark, festsetzen.

Dagegen kommt bei vermögensrechtlichen Gegenständen der § 23 nicht zur Anwendung, es ist vielmehr stets der wirkliche Wert des Gegenstandes zu ermitteln, mag dies auch noch so schwer sein. Hier handelt die Partei in eigenem Interesse und schützt sich vor zu hoher Wertfestsetzung, wenn sie dem Gericht möglichst genaue Angaben über das macht, was zur Feststellung des Wertes dienlich ist. Sie wird in den meisten Fällen sogar gut daran thun, wenn sie die Höhe des Objekts in ihrem Antrage nennt. Das Gericht ist zwar an diese Angabe nicht gebunden, wird sie aber doch häufig der Kostenrechnung zu Grunde legen.

Wer mit der Ansetzung von Gebühren und Auslagen in der Kostenrechnung nicht zufrieden ist, kann sich mit einer Erinnerung an das Gericht wenden, welches die Kostenrechnung aufgestellt hat.

Gegen den Beschluß, der diese Erinnerung zurückweist und gegen den Beschluß, durch den das Gericht den Wert des Gegenstandes festgesetzt hat, kann der durch ihn Betroffene beim höheren Gericht Beschwerde einlegen.

Da aber das Gericht, welches den Beschluß gefaßt hat, diesen Beschluß auch selbst wieder abändern kann, wird es häufig ratsam sein, bevor man zu einer Beschwerde an das höhere Gericht schreitet, das erste Gericht unter Darlegung des Sachverhaltes um Aenderung seiner Entscheidung zu ersuchen.

Neben den gerichtlichen Gebühren werden Stempel im Allgemeinen nicht erhoben, vielmehr nur in den Fällen, in denen das Gesetz dies ausdrücklich anordnet, zum Beispiel im § 56 bei gerichtlichen Urkunden, im § 69 in Grundbuchsachen.

Ist aber bei gerichtlichen Urkunden ein Stempel zu erheben, so geschieht dies nicht durch Verwendung von Stempelmaterial (Stempelmarke, Stempelpapier), vielmehr wird der Stempel einfach zu den Gerichtskosten berechnet. Dasselbe gilt für die Erhebung des Stempels bei einer Anzahl von Privaturkunden, welche zwar stempelpflichtig sind, die aber ohne den erforderlichen Stempel dem Gericht eingereicht worden sind (§§ 29 bis 31 des Gesetzes).

Ueber Mindestbetrag und Abänderung der Gebühren enthält § 32 des Gesetzes Vorschriften. Der Mindestbetrag ist zwanzig Pfennige, soweit das Gesetz im einzelnen Falle nicht einen anderen Mindestbetrag festsetzt, zum Beispiel: § 47: 2 Mark, § 53: 1 Mark, § 72, 3a: 4 Mark.

Die Pfennigbeträge der Gebühren müssen immer durch zehn teilbar sein, daher werden nicht durch zehn teilbare Beträge auf den nächsthöheren durch zehn teilbaren Betrag abgerundet.

Wenn die Gebühr vom Werte des Gegenstandes nach je 400, 1000 oder 2000 Mark berechnet werden soll (z. B. § 92), so werden auch die nur angefangenen Beträge voll angesetzt. Ist zum Beispiel von je 400 Mark eine Mark zu erheben, so beträgt die Gebühr bei einem Werte des Gegenstandes von 1300 Mark 4 Mark.

Das Preußische Gerichtskostengesetz giebt in den einzelnen Abschnitten, in denen es von den Gebühren für gerichtliche Urkunden, in Grundbuchsachen, in Registersachen u. s. w. handelt, verschiedene Gebührentarife. Zur leichteren Berechnung befinden sich am Schlusse dieser Kostengesetze Tabellen zu den einzelnen Abschnitten.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Zur Zahlung der Kosten ist, soweit nicht in diesem Gesetz ein Anderes bestimmt ist, derjenige verpflichtet, durch dessen Antrag die Thätigkeit des Gerichts veranlaßt ist, und bei Geschäften, welche von Amtswegen betrieben werden, derjenige, dessen Interesse dabei wahrgenommen wird. Soweit ein Beteiligter zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt ist, trifft auch ihn die Zahlungspflicht.

---

§ 2. Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

Stehen auf seiten einer Partei mehrere in Rechtsgemeinschaft befindliche Personen, so haften dieselben für die Kosten nach Verhältnis ihres Anteils und, soweit ein bestimmter Anteil nicht zu ermitteln ist, nach Kopfteilen.

Sind durch besondere Anträge eines Beteiligten Mehrkosten entstanden, so fallen diese Kosten ihm allein zur Last.

---

§ 3. Die Kosten der Eröffnung einer Verfügung von Todeswegen, der Sicherung des Nachlasses, einer Nachlaßpflegschaft und der Inventarerrichtung können aus dem Nachlaß entnommen werden. Für die Zahlung der Kosten haften die Erben nach den Vorschriften über Nachlaßverbindlichkeiten.

Für die Kosten der Teilung von Vermögensmassen haften die Anteilsberechtigten als Gesamtschuldner.

Die einem Erben oder einem Anteilsberechtigten zustehende Gebührenfreiheit entbindet ihn nicht von der Entrichtung der in den Abs. 1, 2 bezeichneten Gebühren.

---

§ 4. Hat jemand durch eine vor Gericht abgegebene oder dem Gerichte mitgeteilte Erklärung die Kosten übernommen, so haftet er neben dem zur Zahlung Verpflichteten als Gesamtschuldner.

---

§ 5. Durch die Bestimmungen der §§ 1 bis 4 wird eine nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes begründete Verpflichtung Dritter zur Zahlung der entstandenen Gebühren und Auslagen nicht berührt.

---

§ 6. Bei jedem Antrag auf Vornahme einer Handlung, mit welcher bare Auslagen verbunden sind, ist ein zur Deckung derselben hinreichender Vorschuß von dem Antragsteller zu zahlen. Das Gericht kann die Vornahme der Handlung von der Zahlung des Vorschusses abhängig machen, sofern nicht die Verzögerung dem Antragsteller einen unersetzlichen Nachteil bringen würde. Ueber Erinnerungen gegen eine derartige Anordnung wird im Aufsichtsweg entschieden.

Die Zurückzahlung eines Vorschusses findet nur insoweit statt, als derselbe den bei Beendigung des Geschäfts in Ansatz kommenden Betrag an Gebühren und Auslagen übersteigt.

---

§ 7. Bei den besonderen Anordnungen, durch welche für gewisse Rechtssachen eine gänzliche oder teilweise Gebührenfreiheit bewilligt ist, behält es sein Bewenden. Gebührenfrei sind insbesondere alle auf Ersuchen der Verwaltungsbehörden auszuführenden Geschäfte, welche ein öffentliches Interesse betreffen; die auf Ersuchen von Verwaltungsgerichten oder Auseinandersetzungsbehörden vorzunehmenden Geschäfte; die von Amtswegen veranlaßte Vereidigung von Personen, welche mit dem Forstschutze betraut sind; die Legalisation der Unterschriften der Behörden und Beamten bei den zum Gebrauch im Auslande bestimmten Urkunden; sowie Verfügungen und Verhandlungen, welche begründet befundene Beschwerden betreffen. Die Vorschriften des § 43 des Gesetzes vom 11. Juni 1874 über die Enteignung von Grundeigentum (Gesetz-Samml. S. 221) finden auf alle Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind (Enteignungen), entsprechende Anwendung.

Die Gerichte sind befugt, Gerichts-

gebühren, welche durch eine unrichtige Behandlung der Sache ohne Schuld der Beteiligten entstanden sind, niederzuschlagen und für abweisende Bescheide sowie im Falle der Zurücknahme eines Antrags, wenn der Antrag auf nicht anzurechnender Unkenntnis der Verhältnisse oder auf Unwissenheit beruht, Gebührenfreiheit zu gewähren.

---

§ 8. Von der Zahlung der Gerichtsgebühren sind befreit:

1. der Fiskus des Deutschen Reichs und des Preußischen Staates sowie alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Reichs oder Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind;
2. alle öffentlichen Armen-, Kranken-, Arbeits- und Besserungsanstalten und Waisenhäuser; ferner milde Stiftungen, insofern solche nicht einzelne Familien oder bestimmte Personen betreffen oder in bloßen Studien-Stipendien bestehen, sowie endlich die Gemeinden in Armenangelegenheiten;
3. alle öffentlichen Volksschulen;
4. alle öffentlichen gelehrten Anstalten und Schulen, Kirchen, Pfarreien, Kaplaneien, Vikarien und Küstereien, jedoch nur insoweit, als nach dem Zeugnisse der zuständigen Staatsbehörde die Einnahmen derselben die etatsmäßige Ausgabe, einschließlich der Besoldung oder des statt dieser überlassenen Nießbrauchs, nicht übersteigen; insoweit jedoch eine Angelegenheit zugleich solche Ansprüche betrifft, welche lediglich das zeitige Interesse der für ihre Person zur Nutzung des betreffenden Vermögens Berechtigten berühren, haben letztere die auf ihren Teil verhältnismäßig fallenden Kosten zu tragen;
5. Militärpersonen rücksichtlich der von ihnen bei der Mobilmachung errichteten einseitigen und wechselseitigen letztwilligen Verfügungen sowie der Zurücknahme derselben. Die Eröffnung dieser Verfügungen erfolgt gebührenfrei; auch sind Anträge auf Todeserklärung der im Kriege vermißten Militärpersonen gebührenfrei zu bearbeiten;
6. Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen, und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier Prozent ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt;
7. andere als die in Nr. 6 bezeichneten Privatunternehmungen, welche nicht auf einen besonderen Geldgewinn der Unternehmer gerichtet sind, sondern einen gemeinnützigen, nicht auf einzelne Familien oder Korporationen beschränkten Zweck haben, sofern denselben durch besondere gesetzliche Bestimmung Gebührenfreiheit bewilligt ist. Die bisher solchen Unternehmungen, z. B. Pensions- und Versicherungsanstalten, Bürger-Rettungsinstituten u. s. w., bereits bewilligten Befreiungen bleiben in Kraft. Wenn in einzelnen Fällen die Befreiung zweifelhaft ist, so ist darüber gemeinschaftlich von den Ministern der Finanzen und der Justiz zu entscheiden.

Dem Fiskus anderer Staaten sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines anderen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, und den Chefs der bei dem Deutschen Reiche oder bei Preußen beglaubigten Missionen kann die Gebührenfreiheit gewährt werden, wenn der betreffende Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

In den Fällen der Nr. 2 bis 7 erstreckt sich die Gebührenfreiheit nur auf Preußische Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w. Diese Befreiung kann jedoch auch anderen Anstalten, Stiftungen, Vereinen u. s. w. gewährt werden, wenn der auswärtige Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

Ueber die Gewährung der Gebührenfreiheit nach den Abs. 2, 3 entscheiden die Minister der Finanzen und der Justiz gemeinschaftlich.

Die einem Beteiligten bewilligte Befreiung soll in keinem Falle einem anderen Beteiligten zum Nachteile gereichen.

---

§ 9. Die Gebührenfreiheit entbindet nicht von der Zahlung der baren Auslagen.

Das Gericht kann anordnen, daß Auslagen, welche durch eine von Amtswegen veranlaßte Verlegung eines Termins oder durch eine begründet befundene Beschwerde entstanden sind, von der Partei nicht erfordert werden. Dasselbe gilt von den Schreib- und Postgebühren, falls in Gemäßheit des § 7 Abs. 2 die Gerichtsgebühren niedergeschlagen werden.

---

§ 10. Hinsichtlich der unter Vormundschaft stehenden minderjährigen, geisteskranken oder geistesschwachen Personen wird folgendes bestimmt:

1. Während der Dauer der Vormundschaft können ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens des Mündels aus demselben erhoben werden:
   a) alle vor Einleitung der Vormundschaft entstandenen Kosten, insofern sie nicht für Handlungen des Vormundschaftsgerichts zu entrichten sind, welche in Rücksicht auf die einzuleitende Vormundschaft vorzunehmen waren;
   b) alle baren Auslagen; Schreibgebühren, Postgebühren und Rechnungsgebühren in Vormundschaftssachen jedoch nur dann, wenn der Mündel zur Zeit ihrer Entstehung das ihm nach Nr. 4 freizulassende Vermögen besitzt.
2. Mit der Einziehung anderer Kosten sollen die Mündel während der Dauer der Vormundschaft verschont bleiben, wenn und soweit die Kosten nicht aus den nach Bestreitung des Unterhalts und der Erziehung etwa übrig bleibenden Ueberschüssen der Einkünfte ihres Vermögens gedeckt werden können. Sobald sich bei einer Rechnungslegung ein solcher Ueberschuß ergiebt, kann derselbe zur Deckung der bis dahin entstandenen Kosten und zwar zunächst zur Deckung der noch nicht berichtigten baren Auslagen verwendet werden.
3. Wenn infolge gesetzlicher Vorschriften, einer letztwilligen Verfügung oder eines sonstigen Rechtsgeschäfts der Mutter oder einem Dritten der Nießbrauch oder die von der Aufsicht des Gerichts befreite Verwaltung des Vermögens zusteht, so hat das Vormundschaftsgericht nach Anhörung des Vormundes nach billigem Ermessen zu bestimmen, ob und in welcher Höhe ein Teil des Ertrags des Vermögens als Ueberschuß im Sinne der Vorschriften der Nr. 2 anzusehen ist.
4. Die gestundeten Kosten sind nach beendigter Vormundschaft zu erheben; dem früheren Mündel muß jedoch außer dem Bettzeuge, den Kleidungsstücken und Gerätschaften, welche ihm zu seinem persönlichen Gebrauch etwa verabfolgt oder angeschafft sind, ein reines Vermögen von 500 Mark belassen werden. Mit der gleichen Maßgabe sind die gestundeten Kosten von weiblichen Mündeln zu erheben, sobald sie sich verheiraten.

Die vorstehenden Bestimmungen finden entsprechende Anwendung auf minderjährige, geisteskranke, geistesschwache oder gebrechliche Personen, für die eine Pflegschaft oder Beistandschaft im Sinne des § 92 eingeleitet ist. Wird die Angabe des Vermögens von dem Inhaber der elterlichen Gewalt verweigert, so hat das Vormundschaftsgericht nach freiem Ermessen nach Anhörung des Gewalthabers sowohl den Betrag des Vermögens als auch die Höhe des Ueberschusses der Einkünfte (Nr. 2) festzusetzen. Diese Festsetzung ist maßgebend für die Erhebung der in der Vormundschaftssache selbst entstandenen Kosten; andere Kosten sind ohne Rücksicht auf die Vorschrift der Nr. 2 sofort zu erheben.

---

§ 11. Soweit nicht in diesem Gesetze besondere Bestimmungen über die Fälligkeit getroffen sind, werden die Gebühren bei Beendigung des Geschäfts, bare Auslagen bei ihrer Entstehung fällig.

---

§ 12. Eine Nachforderung von Gerichtskosten wegen irrigen Ansatzes ist nur zulässig, wenn der berichtigte Ansatz vor Ablauf des nächsten Kalenderjahrs nach endgültiger Erledigung des Geschäfts dem Zahlungspflichtigen mitgeteilt ist.

---

§ 13. Der Anspruch auf Zahlung von Gerichtskosten verjährt in vier Jahren.

Auf die Verjährung finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs mit folgenden Maßgaben Anwendung:

Die Verjährung beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Kostenforderung fällig wird, bezüglich der Kosten, welche von den im § 10 bezeichneten Personen zu entrichten sind, mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die über sie geführte Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft beendigt wird.

Die Verjährung wird auch unterbrochen durch eine an den Zahlungspflichtigen erlassene Aufforderung zur Zahlung und durch die Bewilligung einer von ihm nachgesuchten Stundung. Wird die Verjährung unterbrochen, so beginnt eine neue Verjährung nicht vor dem Schlusse des Jahres, in welchem der für die Beendigung der Unterbrechung maßgebende Zeitpunkt eintritt, und im Falle der Bewilligung einer Stundung nicht vor dem Schlusse des Jahres, in welchem die bewilligte Frist abläuft.

---

§ 14. Der Ansatz der Gebühren und Auslagen erfolgt bei dem Gerichte, bei welchem die Rechtsangelegenheit anhängig geworden ist, auch wenn sie bei einem ersuchten Gericht entstanden sind oder die Angelegenheit früher bei einem anderen Gericht anhängig war. Der Ansatz erfolgt bei dem Gerichte der Instanz, in welcher die Gebühren und Auslagen entstanden sind.

---

§ 15. Die Aushändigung von Ausfertigungen und Abschriften sowie die Rückgabe der aus Anlaß eines Geschäfts der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgelegten Urkunden kann von vorheriger Zahlung der Kosten und Stempelabgaben abhängig gemacht werden. Ueber Erinnerungen gegen eine derartige Anordnung wird im Aufsichtsweg entschieden.

---

§ 16. Die zwangsweise Einziehung der Gerichtskosten, insbesondere die Eintragung im Grundbuch, erfolgt im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens.

Die Zwangsversteigerung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens wegen einer Kostenforderung ist weder gegen den ursprünglichen Schuldner noch gegen einen Ehegatten oder Abkömmling desselben oder den Ehegatten eines Abkömmlinges zulässig.

---

§ 17. Ein nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung (§ 118 Abs. 2) [1]) für den Schuldner eines Kostenbetrags ausgestelltes Zeugnis soll in der Regel ausreichen, um die völlige oder teilweise Niederschlagung oder die Stundung des Kostenbetrags wegen Armut zu begründen. Der Schuldner ist jedoch verpflichtet, auf Verlangung der Kassenverwaltung nach den Vorschriften des § 807 der Civilprozeßordnung [2]) sein Vermögen anzugeben und den Offenbarungseid zu leisten.

Durch die Niederschlagung der Kosten wird deren spätere Einziehung innerhalb der Verjährungsfrist nicht ausgeschlossen.

Ueber Beschwerden wegen verweigerter Niederschlagung oder Stundung wird im Aufsichtsweg entschieden.

---

[1]) § 118. Das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts ist bei dem Prozeßgericht anzubringen; es kann vor dem Gerichtsschreiber zu Protokoll erklärt werden.

Dem Gesuch ist ein von der obrigkeitlichen Behörde der Partei ausgestelltes Zeugnis beizufügen, in welchem unter Angabe des Standes oder Gewerbes, der Vermögens- und Familienverhältnisse der Partei sowie des Betrags der von dieser zu entrichtenden direkten Staatssteuern das Unvermögen zur Bestreitung der Prozeßkosten ausdrücklich bezeugt wird. Für Personen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen, kann das Zeugnis auch von der vormundschaftlichen Behörde ausgestellt werden.

In dem Gesuche ist das Streitverhältnis unter Angabe der Beweismittel darzulegen.

[2]) § 807. Hat die Pfändung zu einer vollständigen Befriedigung des Gläubigers nicht geführt oder macht dieser glaubhaft, daß er durch Pfändung seine Befriedigung nicht vollständig erlangen könne, so ist der Schuldner auf Antrag verpflichtet, ein Verzeichnis seines Vermögens vorzulegen, in betreff seiner Forderungen den Grund und die Beweismittel zu bezeichnen, sowie den Offenbarungseid dahin zu leisten:

daß er nach bestem Wissen sein Vermögen so vollständig angegeben habe, als er dazu im stande sei.

§ 18. Ist neben den Gebühren für die Eintragung des Eigentümers im Grundbuche der Auflassungsstempel zu erheben, so ist die behufs Berechnung der Stempelabgabe getroffene Wertfestsetzung auch bei dem Ansatze der Gerichtskosten maßgebend.

---

§ 19. In allen übrigen Fällen wird der Wert des Gegenstandes des Geschäfts vom Gerichte nach freiem Ermessen unter Beachtung der nachfolgenden Vorschriften festgesetzt.

---

§ 20. Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der Fälligkeit der Gebühren entscheidend.

Maßgebend für den in Ansatz zu bringenden Wert ist nur der Hauptgegenstand des Geschäfts. Früchte, Nutzungen, Zinsen, Schäden, Vertragsstrafen und Kosten werden nur berücksichtigt, wenn sie für sich den Gegenstand eines besonderen Geschäfts bilden.

---

§ 21. 1. Bei der Berechnung des Wertes einer Sache ist nur der gemeine Wert derselben in Betracht zu ziehen; handelt es sich um einen Verkauf derselben, so ist als Wert der Betrag des vereinbarten Kaufpreises mit Hinzufügung des Wertes der vorbehaltenen Nutzungen und ausbedungenen Leistungen in Ansatz zu bringen.

2. Der Wert des Besitzes einer Sache ist in der Regel dem Werte der Sache gleich zu achten.

3. Der Wert eines Pfandrechts oder der Sicherstellung einer Forderung richtet sich nach dem Betrage der Forderung; hat der Gegenstand des Pfandrechts einen geringeren Wert, so ist dieser maßgebend, soweit nicht die besonderen Vorschriften für Eintragungen im Grundbuche (§ 65) entgegenstehen. Bei Vorrangseinräumungen richtet sich der Wert nach dem Betrage der vortretenden Post und, wenn der Betrag der zurücktretenden Post der geringere ist, nach diesem.

4. Der Wert einer Grunddienstbarkeit wird durch den Wert, welchen dieselbe für das herrschende Grundstück hat, und wenn der Betrag, um welchen sich der Wert des dienenden Grundstücks durch die Dienstbarkeit mindert, größer ist, durch diesen Betrag bestimmt.

5. Der Wert des Rechtes auf wiederkehrende Nutzungen oder Leistungen wird nach den Vorschriften der §§ 15 bis 19 des Erbschaftssteuergesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Mai 1891 (Gesetz-Samml. S. 78) mit der Maßgabe berechnet, daß bei immerwährenden Nutzungen oder Leistungen das Fünfundzwanzigfache des einjährigen Betrags maßgebend ist. Steht der Zeitpunkt des Anfalls nicht fest, so tritt an dessen Stelle der Zeitpunkt der Begründung des Bezugsrechts.

6. Der Wert eines Miet- oder Pachtrechts bestimmt sich nach dem zusammenzurechnenden Werte aller Leistungen des Mieters oder Pächters während der ganzen Vertragszeit. Bei länger als 25 Jahre dauernden Miet- oder Pachtverhältnissen ist der fünfundzwanzigfache Betrag der einjährigen Leistung maßgebend. Bei unbestimmter Dauer des Vertrags erfolgt die Berechnung bei ländlichen Grundstücken unter Zugrundelegung dreier Jahre, in allen anderen Fällen unter Zugrundelegung eines Jahres; kann jedoch bei Verträgen, deren Dauer von einer Kündigung abhängt, die Auflösung des Vertragsverhältnisses erst zu einem späteren Zeitpunkte geschehen, so ist dieser Zeitpunkt maßgebend.

7. Der Wert der einem Fideikommiß- oder Lehnsfolger anfallenden Rechte ist nach den Bestimmungen unter Nr. 5 zu berechnen.

8. Bei Kurs habenden Wertpapieren ist der Tageskurs nach Wert anzusehen. Die Umrechnung der in anderer als Reichswährung angegebenen Summen erfolgt nach den für die Erhebung des Wechselstempels vom Bundesrate festgesetzten Mittelwerten und, insoweit solche nicht bestimmt worden sind, nach dem laufenden Kurse.

---

§ 22. Werden Pachtverträge, welche auf länger als drei Jahre geschlossen sind, vor Ablauf der vertragsmäßigen Zeit aufgelöst, so ist der Justizminister ermächtigt, die Rückzahlung der für die Beurkundung des Pachtvertrags entrichteten Gebühren insoweit anzuordnen, als dieselben denjenigen Gebührensatz übersteigen, welcher bei Verabredung der wirklichen Vertragsdauer anzusetzen gewesen wäre.

---

§ 23. Bei nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten wird der Wert des Gegenstandes zu 2000 Mark, ausnahmsweise niedriger oder höher, jedoch nicht unter 200 Mark und nicht über 50000 Mark angenommen.

Ist mit einer nicht vermögensrechtlichen Angelegenheit eine mit ihr zusammenhängende vermögensrechtliche verbunden, so ist nur ein Wert, und zwar der höhere, maßgebend.

---

§ 24. Die Festsetzung des Wertes des Gegenstandes erfolgt gebührenfrei durch Beschluß des Gerichts, falls dieselbe von dem Kostenschuldner beantragt oder nach der Natur des Gegenstandes erforderlich wird.

Der Kostenschuldner ist verpflichtet, die zur Festsetzung des Wertes erforderlichen Angaben zu machen. Das Gericht kann eine Beweisaufnahme, insbesondere die Einnahme des Augenscheins oder die Begutachtung durch Sachverständige, auf Antrag oder von Amtswegen anordnen. In dem Beschlusse, durch welchen der Wert festgesetzt wird, ist über die Kosten der Beweisaufnahme zu entscheiden. Dieselben sind ganz oder teilweise demjenigen zur Last zu legen, welcher durch Unterlassung der ihm obliegenden Wertangabe, durch unrichtige Wertangabe oder durch unbegründete Beschwerde die Beweisaufnahme veranlaßt hat.

---

§ 25. Ueber Erinnerungen des Zahlungspflichtigen oder der Staatskasse gegen den Ansatz von Gebühren und Auslagen entscheidet das Gericht, bei welchem der Ansatz erfolgt ist, gebührenfrei.

---

§ 26. Die Entscheidungen über Wertfestsetzung oder über Erinnerungen gegen den Kostenansatz können von dem Gerichte, welches dieselben getroffen hat, oder von dem Gerichte der höheren Instanz von Amtswegen geändert werden.

---

§ 27. Gegen die in den §§ 24 bis 26 gedachten Entscheidungen findet Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 575 der Civilprozeßordnung statt. Gegen die Entscheidung der Landgerichte als Beschwerdegerichte findet auch dann, wenn ein neuer selbständiger Beschwerdegrund nicht vorliegt oder die Beschwerdesumme den Betrag von 50 Mark nicht übersteigt, die weitere Beschwerde statt, falls die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Die Vorschriften der §§ 550, 551 der Civilprozeßordnung finden in diesem Falle entsprechende Anwendung.

Die Erklärung von Erinnerungen oder Beschwerden kann in allen Fällen durch Erklärung zum Protokolle des Gerichtsschreibers oder schriftlich ohne Mitwirkung eines Anwalts erfolgen.

---

§ 28. Soweit die Aenderung einer Wert- oder Kostenfestsetzung von Amtswegen oder die Verhandlung und Entscheidung von Beschwerden den Oberlandesgerichten als Gerichten höherer Instanz oder Beschwerdegerichten zusteht, ist das Kammergericht ausschließlich zuständig, wenn nicht ein anderes Oberlandesgericht gleichzeitig über eine Beschwerde in der Angelegenheit, für welche Kosten in Ansatz zu bringen sind, zu entscheiden hat. Die Entscheidung erfolgt in einem Civilsenate.

---

§ 29. Eine Erhebung von Stempeln neben den Gebühren findet nur in denjenigen Fällen statt, in welchen es in diesem Gesetz ausdrücklich angeordnet ist.

Urkunden, welche in einem den Vorschriften dieses Gesetzes unterliegenden Verfahren errichtet werden, bleiben, soweit ihr Inhalt über den Gegenstand des Verfahrens hinausgeht, den allgemeinen Vorschriften über Erhebung von Stempeln unterworfen.

---

§ 30. Eine Verwendung von Stempelmaterial findet bei den Gerichten nicht statt. Wenn Stempelabgaben neben den Gebühren zu erheben sind, werden dieselben nach den für Gerichtsgebühren geltenden Vorschriften eingezogen und auch sonst als Gerichtsgebühren behandelt. Die Vorschriften der §§ 1, 2, 7 Abs. 1, 8, 12, 13, 16 Abs. 2, 19 bis 23 bleiben jedoch hinsichtlich der Stempelabgaben außer Anwendung. Gegen die Entscheidungen des Oberlandesgerichts über die Festsetzung des für eine Stempelberechnung maßgebenden Wertes oder über Erinnerungen oder Beschwerden, betreffend den Ansatz von Stempelbeträgen, findet Beschwerde an den Justizminister statt.

Der Justizminister kann den Ansatz dieser Beträge in allen Fällen von Amtswegen berichtigen. Die Vorschriften über die Zulässigkeit des Rechtswegs werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt. Bezüglich des Verfahrens bei der Beanstandung der im Falle einer Auflassung gemachten Wertangabe behält es bei den stempelgesetzlichen Vorschriften sein Bewenden. Soweit der Finanzminister nach stempelgesetzlichen Vorschriften befugt ist, die Rückerstattung von Stempelabgaben oder die Abstandnahme von der Einziehung derselben anzuordnen, steht diese Befugnis hinsichtlich der als Gerichtskosten zu erhebenden Stempelbeträge dem Justizminister zu.

Auf die nach stempelgesetzlichen Vorschriften zu stundenden Stempelbeträge finden die Bestimmungen des ersten Absatzes keine Anwendung. Diese Beträge werden durch die Behörden der Verwaltung der indirekten Steuern eingezogen.

---

§ 31. Wenn zum Gebrauche bei Gericht bestimmte Vollmachten, Schätzungen und Vermögensverzeichnisse ohne den vorgeschriebenen Stempel eingereicht oder behufs Ausschließung des Auflassungsstempels oder des für die Eintragung, Abtretung oder Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld zu entrichtenden Wertstempels die Urkunden über das der Auflassung oder Eintragung zu Grunde liegende Rechtsgeschäft ohne den vorgeschriebenen Stempel vorgelegt werden, so finden auf die Einziehung des Stempels die Vorschriften des § 30 entsprechende Anwendung. Dasselbe gilt, wenn Verfügungen von Todeswegen zur amtlichen Verwahrung überreicht oder durch Uebergabe einer Schrift errichtet werden, hinsichtlich des für Testamente und andere Verfügungen von Todeswegen vorgeschriebenen Stempels von 1 Mark 50 Pf., sowie wenn Urkunden zur gerichtlichen Vollziehung, Anerkennung des Inhalts, Sicherstellung der Zeit der Ausstellung, Genehmigung oder Bestätigung überreicht werden.

In denjenigen Fällen, in welchen bei nicht oder nicht ordnungsmäßig erfolgter Verwendung des Stempels nach den stempelgesetzlichen Vorschriften Stempelstrafen eintreten würden, sind die Beteiligten von Stempelstrafe frei, wenn die Einreichung der Urkunde bei Gericht innerhalb der für die Verwendung des Urkundenstempels sonst vorgeschriebenen Frist erfolgt. Die Verpflichtung der Notare, für die Einziehung der Stempel zu sorgen, wird hierdurch nicht berührt.

---

§ 32. Der Mindestbetrag einer Gebühr ist zwanzig Pfennig, soweit nicht in diesem Gesetz ein anderer Mindestbetrag bestimmt ist.

Pfennigbeträge, welche ohne Bruch nicht durch zehn teilbar sind, werden auf den nächst höheren durch zehn teilbaren Betrag abgerundet.

Die Gebühren, welche für Beträge von je 400, 1000, 2000 Mark bestimmt sind (§§ 92, 96), werden auch für die nur angefangenen Beträge voll in Ansatz gebracht.

Hinsichtlich der Abrundung der Stempelbeträge bewendet es bei den Vorschriften der Stempelgesetze.

Zweiter Abschnitt.

Gerichtliche Urkunden.

(Man vergleiche Tabelle I S. 257.)

Der zweite Abschnitt des ersten Teils des Preußischen Gerichtskostengesetzes handelt von den Gebühren, die für die Aufnahme gerichtlicher Urkunden gezahlt werden müssen. Die gerichtliche Beurkundung von Geschäften wird von den Parteien teilweise freiwillig zur größeren Sicherheit gewählt, teils ist sie für die Giltigkeit des Geschäfts erforderlich. Häufig kommt die gerichtliche Beurkundung eines Geschäftes in Zusammenhang mit einer anderweiten Inanspruchnahme der Gerichte,

zumal in Grundbuchsachen, vor. Es bekennt sich beispielsweise der Eigentümer eines Grundstücks oft gleichzeitig neben dem mündlich gestellten Antrage auf Eintragung einer Hypothek zum Empfange eines Darlehens, und das über diese Erklärung aufgenommene Protokoll enthält dann neben dem Antrage auf Eintragung eine Schuldurkunde.

Nicht für alle gerichtlichen Beurkundungen wird die gleiche Gebühr erhoben, wie sie der § 33 des Gesetzes angiebt, vielmehr wird, wie die §§ 34 bis 56 ergeben, häufig die doppelte Gebühr, in anderen Fällen nur ein Bruchteil der vollen Gebühr erhoben.

Die §§ 34 bis 41 enthalten die Gebühren für die Beurkundung von Erklärungen und Verträgen im Allgemeinen, die §§ 42 bis 52 die Gebühren für besondere Fälle.

Für die gerichtliche Aufnahme einseitiger Erklärungen und einseitiger Verträge (das sind solche, in denen nur ein Teil eine Verpflichtung übernimmt, zum Beispiel ein Geschenk verspricht) ist die Gebühr der Tabelle I Spalte 3 zu zahlen, für die Beurkundung zweiseitiger Verträge (das sind solche, in denen jeder Teil eine Verpflichtung übernimmt: Kauf, Tausch, Miete, Pacht u. a.) die Gebühr der Tabelle I Spalte 1.

Wird aber in die gerichtliche Urkunde nur der Antrag des einen Teils aufgenommen, welcher den Abschluß eines zweiseitigen Vertrages bezweckt, so ist die Gebühr der Tabelle I, Spalte 2 zu erheben und bei der späteren Beurkundung der Annahme dieses Antrages die Gebühr der Tabelle I, Spalte 4 (§ 36).

Für die Beurkundung einer Anzahl von Erklärungen und Verträgen fordert der § 38 des Gesetzes nur die Hälfte der vollen Gebühr (Tabelle I, Spalte 4), zum Beispiel bei Vollmachten und bei der Wiederaufhebung eines noch von keiner Seite erfüllten Vertrages.

Erklärt in derselben Urkunde, in welcher jemand bekannt hat, ein Darlehen zu verschulden, ein anderer, daß er für die Rückzahlung dieses Darlehens eine Bürgschaft übernehme, oder räumt in derselben Urkunde, in welcher jemand ein Pfandrecht an einer Sache bestellt, ein anderer diesem Pfandrecht den Vorrang ein vor dem ihm an derselben Sache zustehenden Pfandrecht, so wird für die Beurkundung der Bürgschaftserklärung oder der Vorrechtseinräumung die Gebühr der Tabelle I Spalte 6 erhoben (§ 37).

Die §§ 42 bis 52 setzen die Gebühren für gerichtliche Beurkundungen in einer Anzahl besonderer Fälle fest: für die Anerkennung oder Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen (§ 42), für die Beurkundungen oder Beglaubigungen in Grundbuchsachen oder Schiffsregistersachen (§ 43), für die Errichtung von Erbverträgen und anderen

Verfügungen von Todeswegen (§ 44), von Familienfideikommissen, Familienstiftungen und Familienschlüssen (§ 45).

Sie setzen ferner die Höhe der bei freiwilligen gerichtlichen Versteigerungen von Grundstücken und bei gerichtlichen Versteigerungen von beweglichen Sachen, von Forderungen, von Früchten auf dem Halme und von Holz auf dem Stamme zu zahlenden Gebühren fest (§ 47), für die Beurkundung des Herganges bei Verlosungen und bei Auslosung oder Vernichtung von Wertpapieren, bei Wahlversammlungen, für die Beurkundung von Beschlüssen der Generalversammlungen, Aufsichtsräte oder anderer Organe von Aktiengesellschaften (§ 48).

Sie bestimmen endlich die Gebühren für gerichtliche Siegelungen, für Aufnahme von Vermögensverhältnissen (§ 49), von Wechselprotesten (§ 50), für Beglaubigung von Abschriften (§ 51 und Aehnliches.

Für die in § 43 genannten Beurkundungen in Grundbuchsachen werden die Gebühren der Tabelle II Spalte 4 erhoben, doch nur bis zu einer gewissen Höhe. Die Gebühr für die Beurkundung in Eintragungs- und Löschungsanträgen und von Eintragungs- und Löschungsbewilligungen darf nämlich nicht höher sein, als die Gebühr in Tabelle I Spalte 3. Daraus folgt, daß die Gebühr beim Wert des Gegenstandes bis 1 200 000 Mark nach Tabelle II Spalte 4 berechnet wird, bei Gegenständen von höherem Wert nach Tabelle I Spalte 3.

Die Gebühr für die Beurkundung von Vollmachten zur Auflassung darf nicht höher sein, als die Gebühr in Tabelle I Spalte 4. Daraus folgt, daß die Gebühr beim Wert des Gegenstandes bis 120 000 Mark nach Tabelle II Spalte 4 berechnet wird, bei Gegenständen von höherem Werte nach Tabelle I Spalte 4.

Die Gebühr für die Beglaubigung der Schriftstücke, welche der § 43 des Gesetzes in den Nummern 1 bis 4 nennt, darf nicht höher sein als die Gebühr in Tabelle I Spalte 6. Also wird die Gebühr beim Wert des Gegenstandes bis 16 000 Mark nach Tabelle II Spalte 4, bei Gegenständen von höherem Wert nach Tabelle I Spalte 6 berechnet.

Die Gebühr für Anerkennung und Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen (§ 42) wird nach Tabelle I Spalte 6 oder, wenn es sich um einen zweiseitigen Vertrag handelt, nach Tabelle I Spalte 5 berechnet.

Für die Errichtung eines Erbvertrages (§ 44) wird die Gebühr der Tabelle I Spalte 1 berechnet, wenn der Erbvertrag mündlich zu Protokoll erklärt oder wenn der Entwurf vom Richter angefertigt wird. Ist dies nicht der Fall, so wird die Gebühr der Tabelle I Spalte 3 erhoben. Dieselbe Gebühr gilt bei der Errichtung von Testamenten. Besondere Gebühren werden noch erhoben für die amtliche Verwahrung eines Testamentes oder eines Erbvertrages bei der

Annahme (Tabelle I Spalte 7), für die Eröffnung derselben (Tabelle I Spalte 4), für die Rückgabe, sofern nicht gleichzeitig ein neues Testament oder ein neuer Erbvertrag vor Gericht errichtet oder überreicht wird (Tabelle I, Spalte 4).

Bei der freiwilligen Versteigerung von Grundstücken (§ 46) werden für die einzelnen Abschnitte des Verfahrens Gebühren erhoben, und zwar für die Vorbereitung der Versteigerung, für die Aufnahme einer gerichtlichen Schätzung (Taxe), für die Abhaltung jedes Versteigerungstermins und für die Beurkundung des Zuschlages. Die Gebühren sind teilweise die der Spalte 3, teilweise die der Spalte 4 der Tabelle I.

Eine Besonderheit gilt für die Kostenlast. Dieselbe trifft im Allgemeinen denjenigen, der die Versteigerung beantragt hat, nur die Gebühr für die Beurkundung des Zuschlags hat der Ersteher des Grundstückes zu tragen.

Für die gerichtliche Versteigerung von beweglichen Sachen, von Früchten auf dem Halme, von Holz auf dem Stamme, von Forderungen oder sonstigen Vermögensrechten stellt der § 47 des Gesetzes eine besondere Tabelle auf, laut welcher die Gebühren nach Prozenten des Gesamtwertes der Gegenstände erhoben werden, und zwar:

1. Vom Betrage bis zu 100 Mark 5 Prozent, doch wenigstens 2 Mark, zum Beispiel:

Bei einem Werte bis: Mark	Gebühr: Mark
40	2
42	2,10
44	2,20
46	2,30
48	2,40
50	2,50
(94—)96	4,80
98	4,90
100	5

2. Vom Betrage über 100 Mark bis 300 Mark 3 Prozent, zum Beispiel:

Bei einem Werte bis: Mark	Gebühr: Mark
103 1/3	5,10
106 2/3	5,20
110	5,30
113 1/3	5,40
116 2/3	5,50
120	5,60
(290—)293 1/3	10,80
296 2/3	10,90
300	11

3. Vom Betrage über 300 Mark bis 1000 Mark 2 Prozent, zum Beispiel:

Bei einem Werte bis: Mark	Gebühr: Mark
305	11,10
310	11,20
315	11,30
320	11,40
325	11,50
330	11,60
(985—)990	24,80
995	24,90
1000	25

4. Vom Betrage über 1000 Mark bis 5000 Mark 1 Prozent, zum Beispiel:

Bei einem Werte bis: Mark	Gebühr: Mark
1010	25,10
1020	25,20
1030	25,30
1040	25,40
1050	25,50
1060	25,60
(4970—)4980	64,80
4990	64,90
5000	65

5. Vom Betrage über 5000 Mark $^1/_2$ Prozent, zum Beispiel:

Bei einem Werte bis: Mark	Gebühr: Mark	Bei einem Werte bis: Mark	Gebühr: Mark
5020	65,10	5120	65,60
5040	65,20	5140	65,70
5060	65,30	5160	65,80
5080	65,40	5180	65,90
5100	65,50		

Eine besondere Gebührenberechnung findet ferner statt bei der Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses und der Vornahme von Siegelungen und Entsiegelungen durch einen Gerichtsschreiber (§ 49 Absatz 2 des Gesetzes). Die Gebühren werden hier nicht nur nach dem Werte der aufgezeichneten oder versiegelten Gegenstände berechnet, sondern auch nach der Zeit, welche die Vornahme der Handlung in Anspruch nimmt.

Die Gebühren werden also bei Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses nach folgender Tabelle berechnet:

Stundenzahl	Wert des Gegenstandes bis 50 ℳ	bis 100 ℳ	bis 300 ℳ	bis 1000 ℳ	bis 5000 ℳ	über 5000 ℳ
bis 2 Stunden	1	2	3	4	5	6
über 2 „	1,30	2,50	3,80	5	6,30	7,50
„ 3 „	1,50	3	4,50	6	7,50	9
„ 4 „	1,80	3,50	5,30	7	8,80	10,50
„ 5 „	2	4	6	8	10	12
„ 6 „	2,30	4,50	6,80	9	11,30	13,50
„ 7 „	2,50	5	7,50	10	12,50	15
„ 8 „	2,80	5,50	8,30	11	13,80	16,50
„ 9 „	3	6	9	12	15	18
„ 10 „	3,30	6,50	9,80	13	16,30	19,50
„ 11 „	3,50	7	10,50	14	17,50	21
„ 12 „	3,80	7,50	11,30	15	18,80	22,50

Bei Siegelungen und Entsiegelungen ohne Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses werden die Gebühren nach folgender Tabelle berechnet:

(Siehe hierzu nebenstehend die erste Tabelle S. 207.)

Nimmt der Richter das Vermögensverzeichnis auf oder nimmt er die Siegelung oder Entsiegelung vor, so wird die Gebühr der Tabelle Spalte 3 erhoben, sofern nicht die Gebühr nach den obigen beiden Tabellen höher ist. Ist sie aber höher, so wird auch bei der Vornahme durch den Richter die Gebühr nach diesen beiden Tabellen berechnet

Stundenzahl	Wert des Gegenstandes bis 50 ℳ	bis 100 ℳ	bis 300 ℳ	bis 1000 ℳ	bis 5000 ℳ	über 5000 ℳ
bis 2 Stunden	0,50	1	1,50	2	2,50	3
über 2 „	0,70	1,30	1,90	2,50	3,20	3,80
„ 3 „	0,80	1,50	2,30	3	3,80	4,50
„ 4 „	0,90	1,80	2,70	3,50	4,40	5,30
„ 5 „	1	2	3	4	5	6
„ 6 „	1,20	2,30	3,40	4,50	5,70	6,80
„ 7 „	1,30	2,50	3,80	5	6,30	7,50
„ 8 „	1,40	2,80	4,20	5,50	6,90	8,30
„ 9 „	1,50	3	4,50	6	7,50	9
„ 10 „	1,70	3,30	4,90	6,50	8,20	9,80
„ 11 „	1,80	3,50	5,30	7	8,80	10,50
„ 12 „	1,90	3,80	5,70	7,50	9,40	11,30
„ 13 „	2	4	6	8	10	12
„ 14 „	2,20	4,30	6,40	8,50	10,70	12,80

Mancherlei zu beachten ist bei Berechnung der Gebühr für Aufnahme von Wechselprotesten (§ 50). Die Aufnahme kann sowohl der Richter wie der Gerichtsschreiber vornehmen. Eine besondere Gebühr wird berechnet für jeden Weg, den der Richter oder der Gerichtsschreiber behufs Vorlegung des Wechsels oder behufs Nachsuchung der Wohnung dessen, dem der Wechsel vorzulegen ist, bei der Polizeibehörde unternimmt.

Danach sind die Gebühren des Richters nach folgender Tabelle zu berechnen:

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	Protestgebühr ℳ	Gebühr für jeden Weg ℳ
1.		20	0,50	1
2.	20	50	0,70	1
3.	50	60	1	1
4.	60	100	1,20	1
5.	100	200	2	1
6.	200	300	2,40	1
7.	300	450	3	1
8.	450	650	3,60	1
9.	650	900	4,20	1
10.	900	1200	5	1
11.	1200	1600	6	1
12.	1600	2100	7	1
13.	2100	2700	8	1
14.	2700	3400	9	1
15.	3400	4300	10	1
16.	4300	5400	11	1,10
17.	5400	6700	12	1,20
18.	6700	8200	13	1,30

Die Wertstufen und die Protestgebühren steigen weiter wie in Tabelle I Spalte 3, die Wegegebühr bildet ein Zehntel der Protestgebühr, steigt also in jeder Stufe um 10 Pfennige, bis sie die Höhe von 2,40 Mark erreicht hat. Von da ab steigt sie um 20 Pfennige bis zur Höhe von 4 Mark, dann wieder um nur 10 Pfennige.

Die Gebühren des Gerichtsschreibers sind nach folgender Tabelle zu berechnen:

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	Protestgebühr ℳ	Gebühr für jeden Weg ℳ
1.		50	0,50	0,50
2.	50	100	1	0,50
3.	100	300	2	0,50
4.	300	1000	3	0,60
5.	1000	5000	4	0,80
6.	5000		5	1

Für alle Beurkundungen des zweiten Abschnittes im Teil I des Gesetzes gelten die Vorschriften der §§ 53 bis 56 des Gesetzes. Nach ihnen wird die Gebühr erhöht, wenn die Handlung des Gerichts auf Verlangen der Partei oder mit Rücksicht auf die Art der Handlung außerhalb der Gerichtsstelle angenommen wird (§ 53), oder wenn sich ein Beteiligter in fremder Sprache erklärt (§ 55).

Fünf Zehntel der für die Beurkundung bestimmten Gebühr sind nur zu erheben, wenn die beantragte Beurkundung einer Erklärung unterbleibt, nachdem das Gericht über sie mit den Beteiligten verhandelt hat. Auch darf die Gebühr dann 20 Mark nie überschreiten (§ 54).

§ 33. Die Gebühren für gerichtliche Urkunden werden nach dem Werte des Gegenstandes erhoben.

	Die volle Gebühr beträgt bei Gegenständen im Werte	
1.	bis 20 Mark einschließlich	0,40 Mark,
2.	von mehr als 20 bis 60 Mark einschließlich	0,70 „
3.	„ „ „ 60 „ 120 „ „	1,20 „
4.	„ „ „ 120 „ 200 „ „	1,80 „
5.	„ „ „ 200 „ 300 „ „	2,40 „
6.	„ „ „ 300 „ 450 „ „	3 „
7.	„ „ „ 450 „ 650 „ „	3,60 „
8.	„ „ „ 650 „ 900 „ „	4,20 „
9.	„ „ „ 900 „ 1 200 „ „	5 „
10.	„ „ „ 1 200 „ 1 600 „ „	6 „
11.	„ „ „ 1 600 „ 2 100 „ „	7 „
12.	„ „ „ 2 100 „ 2 700 „ „	8 „

13.	von mehr als	2 700	bis	3 400	Mark einschließlich	9	Mark,
14.	„ „ „	3 400	„	4 300	„ „	10	„
15.	„ „ „	4 300	„	5 400	„ „	11	„
16.	„ „ „	5 400	„	6 700	„ „	12	„
17.	„ „ „	6 700	„	8 200	„ „	13	„
18.	„ „ „	8 200	„	10 000	„ „	14	„
19.	„ „ „	10 000	„	12 000	„ „	15	„
20.	„ „ „	12 000	„	14 000	„ „	16	„
21.	„ „ „	14 000	„	16 000	„ „	17	„
22.	„ „ „	16 000	„	18 000	„ „	18	„
23.	„ „ „	18 000	„	20 000	„ „	19	„
24.	„ „ „	20 000	„	22 000	„ „	20	„
25.	„ „ „	22 000	„	24 000	„ „	21	„
26.	„ „ „	24 000	„	26 000	„ „	22	„
27.	„ „ „	26 000	„	28 000	„ „	23	„
28.	„ „ „	28 000	„	30 000	„ „	24	„
29.	„ „ „	30 000	„	35 000	„ „	26	„
30.	„ „ „	35 000	„	40 000	„ „	28	„
31.	„ „ „	40 000	„	50 000	„ „	30	„
32.	„ „ „	50 000	„	60 000	„ „	32	„
33.	„ „ „	60 000	„	70 000	„ „	34	„
34.	„ „ „	70 000	„	80 000	„ „	36	„
35.	„ „ „	80 000	„	90 000	„ „	38	„
36.	„ „ „	90 000	„	100 000	„ „	40	„

Die ferneren Wertklassen steigen um je 10000 Mark und die Gebühren um je 1 Mark.

§ 34. Die volle Gebühr wird erhoben für die Beurkundung einseitiger Erklärungen oder einseitiger Verträge, namentlich solcher, durch welche nur von seiten einer Partei Verbindlichkeiten übernommen oder bestehende Rechte anerkannt, abgetreten oder aufgehoben werden, ohne Unterschied, ob die Erklärungen nur von einzelnen Personen oder von mehreren Personen als Teilnehmern abgegeben werden und ob die der anderen Partei gemachten Zugeständnisse in derselben Verhandlung angenommen sind oder nicht.

§ 35. Das Zweifache der vollen Gebühr wird erhoben für die Beurkundung zweiseitiger Verträge.

Eheverträge gelten stets als zweiseitige Verträge.

§ 36. Wird zum Zwecke der Schließung eines zweiseitigen Vertrags zunächst der Antrag beurkundet, so werden hierfür fünfzehn Zehnteile der vollen Gebühr erhoben.

Auf die Beurkundung der Annahme eines Vertragsantrags findet die Vorschrift des § 38 Nr. 1 bei einseitigen und bei zweiseitigen Verträgen Anwendung.

§ 37. Wird mit der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts die Beurkundung solcher Erklärungen eines Dritten verbunden, welche mit dem Rechtsgeschäft im inneren Zusammenhange stehen (z. B. Bürgschaften, Vorrangseinräumungen, Anerkennung einer abgetretenen Forderung seitens des Schuldners), so werden neben den in den §§ 34, 35 bestimmten Gebühren zusätzlich drei Zehnteile der vollen Gebühr erhoben.

Für die Zusatzgebühr ist der Wert der Erklärung des Dritten maßgebend.

§ 38. Fünf Zehnteile der vollen Gebühr werden erhoben:

1. für jede besondere Urkunde, in welcher die Zustimmung einzelner Teilnehmer zu einer bereits beurkundeten Erklärung beurkundet wird, ohne Unterschied, ob die letztere von derselben Behörde beurkundet ist oder nicht;
2. für Vollmachten;
3. für nachträgliche ergänzende oder abändernde Erklärungen, welche für sich kein besonderes Geschäft bilden und von derselben Behörde beurkundet werden;
4. für die Beurkundung der Wiederauf-

hebung eines noch von keiner Seite erfüllten Vertrags.

§ 39. Bei der Berechnung der Gebühren ist der Wert des Rechtsverhältnisses maßgebend, dessen Begründung, Uebertragung, Feststellung oder Aufhebung den Gegenstand des Rechtsgeschäfts bildet. Bei Verträgen, welche den Austausch von Leistungen zum Gegenstande haben, kommt nur der Wert der Leistungen des einen Teiles und, wenn der Wert der beiderseitigen Leistungen ein verschiedener ist, der höhere in Betracht.

Handelt es sich um Aenderungen eines bestehenden Rechtsverhältnisses und erhellt, daß die Aenderung einen bestimmten Geldwert für die Beteiligten hat, so ist dieser maßgebend; anderenfalls ist die Bestimmung des § 23 mit der Einschränkung anwendbar, daß der Wert des von der Aenderung betroffenen Rechtsverhältnisses nicht überschritten werden darf.

Bei zustimmenden Erklärungen einzelner Teilnehmer (§ 38 Nr. 1) kommt nur der Anteil derselben in Betracht.

Der Wert einer Generalvollmacht ist unter entsprechender Anwendung des § 23 zu bestimmen. Bei Vollmachten zum Abschluß eines bestimmten Rechtsgeschäfts ist der für dieses maßgebende Wert in Ansatz zu bringen, jedoch ist der Wert höchstens auf 30000 Mark anzunehmen und bei der von einem Teilnehmer ausgestellten Vollmacht nur der Anteil desselben maßgebend.

Auf Anmeldungen zum Handelsregister oder zu ähnlichen Registern findet, sofern ein bestimmter Geldwert nicht erhellt, die Vorschrift des § 23 entsprechende Anwendung.

§ 40. Wenn in einer Verhandlung mehrere selbständige Rechtsgeschäfte beurkundet werden, so wird für jedes derselben die nach der Art des Geschäfts und dem Werte des Gegenstandes zu berechnende Gebühr besonders erhoben.

Stehen mehrere in einer Verhandlung beurkundete Erklärungen dergestalt in einem inneren Zusammenhange, daß sie ein einheitliches Rechtsgeschäft bilden, so werden die in den §§ 34 bis 38 bestimmten Gebühren nur einmal erhoben. Dabei wird, wenn die mehreren Erklärungen einen verschiedenen Gegenstand haben, der Wert derselben zusammengerechnet, andernfalls der Wert nur einmal zum Ansatze gebracht. Ist eine Forderung und deren Sicherstellung seitens des Schuldners gleichzeitig Gegenstand des Rechtsgeschäfts, so wird der einmalige Betrag der Forderung der Gebührenberechnung zu Grunde gelegt. Unterliegen die zu einem Rechtsgeschäfte vereinigten Erklärungen zum Teil dem Satze des § 34, zum Teil dem des § 35, so tritt die Verdoppelung der Gebühr nur nach dem Werte des zweiseitigen Vertrags ein.

Im Zweifel ist anzunehmen, daß alle in einer Urkunde zusammengefaßten Erklärungen, welche sich auf denselben Gegenstand beziehen oder die rechtlichen Beziehungen derselben Personen betreffen, ein einheitliches Rechtsgeschäft bilden.

§ 41. Für die Anerkennung des Inhalts einer schriftlich abgefaßten Erklärung (§ 176 Abs. 2 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit) werden dieselben Gebühren wie für die Beurkundung der Erklärung, jedoch nicht mehr als die volle Gebühr erhoben.

Werden bei dieser Anerkennung ergänzende oder abändernde Erklärungen beurkundet, so ist für die Beurkundung dieser Erklärungen nicht mehr als die volle Gebühr nach dem Werte derselben zu erheben.

§ 42. Für die Anerkennung oder Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen werden drei Zehnteile und, wenn es sich um einen zweiseitigen Vertrag handelt, vier Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Die Vorschriften der §§ 39, 40 sind entsprechend anzuwenden.

Außer den Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 31. Mai 1891, betreffend das Reichsschuldbuch, (Reichs-Gesetzbl. S. 321) bleiben auch die im § 35 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 249) und im § 21 Abs. 3 des Gesetzes vom 20. Juli 1883 betreffend das Staatsschuldbuch, (Gesetz-Samml. S. 120) enthaltenen Vorschriften in Kraft, die letzteren mit der Maßgabe, daß die im Abs. 1 bestimmte Gebühr zu erheben ist, falls dieselbe geringer ist.

§ 43. Zwei Zehnteile des im § 57 bestimmten Gebührensatzes A werden erhoben:

1. für die Beurkundung oder Beglaubigung von Anträgen auf Eintragungen oder Löschungen im Grundbuch oder im Schiffsregister sowie von Eintragungs- oder Löschungsbewilligungen oder Zustimmungen nach § 27 der Grundbuchordnung oder nach § 105 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, sofern nicht gleichzeitig das zu Grunde liegende Rechtsgeschäft beurkundet oder beglaubigt wird;
2. für die Beurkundung einer Auflassung, sofern nicht gleichzeitig das zu Grunde liegende Rechtsgeschäft beurkundet wird oder nach § 58 Gebührenfreiheit eintritt;
3. für die Beurkundung oder Beglaubigung von Vollmachten zur Auflassung;
4. für die Beglaubigung einer Schuldurkunde, in welcher zugleich der Antrag auf Eintragung einer Hypothek oder die Bewilligung dieser Eintragung enthalten ist.

Ist die vorstehend bestimmte Gebühr höher als die in den §§ 34, 38, 42 vorgesehene Gebühr, so wird die letztere erhoben.

Die Vorschriften der §§ 39, 40 sind entsprechend anzuwenden.

---

§ 44. Für die Errichtung eines Erbvertrags vor einem Richter wird die zweifache Gebühr erhoben, wenn der Erbvertrag mündlich erklärt oder der Entwurf vom Richter angefertigt wird. In allen anderen Fällen wird für die Errichtung einer Verfügung von Todeswegen vor einem Richter die volle Gebühr erhoben.

Für die amtliche Verwahrung einer Verfügung von Todeswegen werden bei der Annahme zwei Zehnteile der vollen Gebühr erhoben.

Für die Eröffnung einer Verfügung von Todeswegen werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Die Erteilung beglaubigter Abschriften ist gebührenfrei.

Für die Rückgabe einer Verfügung von Todeswegen werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben. Diese Gebühr fällt fort, wenn die Rückgabe gleichzeitig mit der Errichtung oder Ueberreichung einer neuen Verfügung von Todeswegen beantragt wird. Diese Vorschriften finden entsprechende Anwendung auf den Widerruf einer letztwilligen Verfügung oder die Aufhebung eines Erbvertrags.

Wird ein Erbvertrag gleichzeitig mit einem Ehevertrage beurkundet, so finden die Vorschriften des § 40 Anwendung.

Soweit die Gebühren für eine Verfügung über den gesamten Nachlaß oder einen Bruchteil desselben bei Lebzeiten des Verfügenden fällig werden, sind sie nach dem Werte des Vermögens zur Zeit der Fälligkeit zu berechnen.

Der Berechnung der Gebühren sind in der Regel die Angaben des Verfügenden über den Wert des Gegenstandes zu Grunde zu legen. Eine Nachforderung der infolgedessen zu wenig angesetzten Gebühren wird durch die Vorschrift des § 12 nicht ausgeschlossen. Bezüglich dieser Nachforderung beginnt die Verjährung erst mit dem Schlusse des Jahres, in welchem die Eröffnung oder Rückgabe der Verfügung erfolgt ist.

---

§ 45. Für die Errichtung von Familienfideikommissen, Familienstiftungen und Familienschlüssen wird das Zweifache der vollen Gebühr erhoben.

---

§ 46. Bei freiwilligen Versteigerungen zum Zwecke des Verkaufs oder der Verpachtung von Grundstücken oder anderen Gegenständen, welche der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, werden erhoben:

1. für die Vorbereitung der Versteigerung fünf Zehnteile der vollen Gebühr;
2. für die Aufnahme einer gerichtlichen Schätzung fünf Zehnteile der vollen Gebühr;
3. für die Abhaltung eines jeden Versteigerungstermins die volle Gebühr;
4. für die Beurkundung des Zuschlags die volle Gebühr.

Die Gebühr für die Vorbereitung der Versteigerung wird auch für die gerichtliche Verfügung erhoben, durch welche nach Artikel 112 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit die Versteigerung einer Ortsbehörde aufgetragen wird.

Der Versteigerungstermin gilt als ab-

gehalten, wenn in demselben zur Abgabe von Geboten aufgefordert worden ist.

Werden mehrere Grundstücke oder andere Gegenstände, welche der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen unterliegen, in demselben Verfahren versteigert, so sind die Gebühren nach dem zusammenzurechnenden Werte der mehreren Gegenstände des Verfahrens zu berechnen. Die Gebühr für die Beurkundung des Zuschlags wird jedoch für jeden Ersteher besonders nach dem zusammenzurechnenden Betrage seiner Gebote erhoben.

Finden mehrere Versteigerungstermine statt, so wird die Gebühr für jeden Termin nach dem zusammenzurechnenden Werte der in ihm ausgebotenen Gegenstände besonders berechnet.

Schuldner der Kosten für die Zuschlagserteilung ist der Ersteher; im übrigen finden auf die Zahlungspflicht die allgemeinen Bestimmungen Anwendung.

Für die nach Maßgabe der Versteigerungsbedingungen erfolgende Sicherung des Erlöses, insbesondere durch Stellung eines Bürgen, wird eine besondere Gebühr nicht in Ansatz gebracht.

---

§ 47. Für die Versteigerung von beweglichen Sachen, von Früchten auf dem Halme und von Holz auf dem Stamme sowie von Forderungen oder sonstigen Vermögensrechten werden nach dem zusammenzurechnenden Werte der Gegenstände erhoben:

von dem Betrage					bis zu	100	Mark	5	vom Hundert,	
„	„	„	über	100 Mark	bis	300	„	3	„	„
„	„	„	„	300	„	1 000	„	2	„	„
„	„	„	„	1 000	„	5 000	„	1	„	„
„	„	„	„	5 000	„	. . . . .		½	„	„

jedoch nicht unter 2 Mark.

Aus dem an das Gericht bezahlten Erlöse sind die Kosten vorweg zu entnehmen.

---

§ 48. Das Zweifache der vollen Gebühr wird erhoben für die Beurkundung des Herganges bei Verlosungen, bei Auslosung oder Vernichtung von Wertpapieren und bei Wahlversammlungen, ingleichen für die Beurkundung der Beschlüsse der Generalversammlungen, Aufsichtsräte oder sonstigen Organe von Aktiengesellschaften oder anderen Vereinigungen.

Bei der Beurkundung von Verlosungen entscheidet der Wert des zu verlosenden Gegenstandes, bei Auslosung oder Vernichtung von Wertpapieren der Wert der auszulosenden oder zu vernichtenden Wertpapiere. Erfolgt die Auslosung und Vernichtung der Wertpapiere in einer Verhandlung, so ist die Gebühr nur einmal zu erheben. Auf die Beurkundung der Beschlüsse von Generalversammlungen, Aufsichtsräten und sonstigen Organen von Aktiengesellschaften oder anderen Vereinigungen, sowie auf die Beurkundung des Herganges bei Wahlversammlungen finden, sofern ein bestimmter Geldwert nicht erhellt, die Vorschriften des § 23 mit der Maßgabe Anwendung, daß der Wert in der Regel zu 20000 Mark anzunehmen ist; die Gebühr beträgt in keinem Falle mehr als 300 Mark, gleichviel, ob ein bestimmter Geldwert erhellt oder nicht.

---

§ 49. Die volle Gebühr wird erhoben:

1. für die Erteilung von Bescheinigungen über Thatsachen oder Verhältnisse, welche urkundlich nachgewiesen oder offenkundig sind;
2. für die Abnahme von Eiden und eidesstattlichen Versicherungen, mit Ausnahme der behufs Erlangung eines Erbscheins abzugebenden eidesstattlichen Versicherungen (§ 81 Abs. 2), und für die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, soweit diese Geschäfte nicht einen Teil eines anderen Verfahrens bilden;
3. für die Mitwirkung bei Abmarkungen;
4. für die Aufnahme von Verklarungen, von Protesten und ähnlichen Urkunden;
5. für Siegelungen, einschließlich der Entsiegelungen, sowie für die Aufnahme von Schätzungen oder Vermögensverzeichnissen. Beschränkt sich die Thätigkeit des Gerichts auf die Siegelung oder die Entsiegelung, so

werden nur fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben.

Für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses und die Vornahme von Siegelungen und Entsiegelungen durch einen Gerichtsschreiber werden nach dem Werte der verzeichneten oder versiegelten Gegenstände erhoben

bei einem Betrage bis				50	Mark	einschließlich	1	Mark,
„	„	„	„	100	„	„	2	„
„	„	„	„	300	„	„	3	„
„	„	„	„	1 000	„	„	4	„
„	„	„	„	5 000	„	„	5	„
„	„	„	über	5 000	„	. . . .	6	„

Nimmt die Aufnahme einen Zeitaufwand von mehr als zwei Stunden in Anspruch, so erhöht sich die Gebühr für jede angefangene weitere Stunde um ein Vierteil. Für Siegelungen und Entsiegelungen durch einen Gerichtsschreiber wird, wenn mit denselben die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses nicht verbunden ist, die Hälfte der Gebühren erhoben.

Soweit die nach Abs. 2, 3 zu berechnende Gebühr die im Abs. 1 bestimmte übersteigt, ist die erstere Gebühr auch dann zu erheben, wenn die Siegelung oder Entsiegelung oder die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses durch den Richter erfolgt.

§ 50. Für die Aufnahme von Wechselprotesten, einschließlich einer etwaigen Interventionserklärung, wird die volle Gebühr erhoben. Diese Gebühr erhöht sich für jeden Weg, welchen der Richter behufs Vorlegung des Wechsels oder behufs Nachsuchung der Wohnung bei der Polizeibehörde unternimmt, um je ein Zehnteil der vollen Gebühr, mindestens aber um eine Mark.

Findet die Aufnahme eines Wechselprotestes durch einen Gerichtsschreiber statt, so beträgt die Protestgebühr

bei einem Werte bis				50	Mark	einschließlich	0,50	Mark,
„	„	„	„	100	„	„	1	„
„	„	„	„	300	„	„	2	„
„	„	„	„	1 000	„	„	3	„
„	„	„	„	5 000	„	„	4	„
„	„	„	über	5 000	„	. . . .	5	„

und die Erhöhung für jeden Weg zwei Zehnteile dieser Sätze, mindestens aber fünfzig Pfennig.

Die im Abs. 2 bestimmten Gebühren sind auch bei der Aufnahme des Protestes durch einen Richter zu erheben, falls sie höher sind, als die im Abs. 1 bezeichneten Sätze.

Auf die Wegegebühren werden die den Gerichtspersonen zustehenden Tagegelder und Reisekosten angerechnet. Dieselben sind auch dann zu erheben, wenn der Auftrag zur Protesterhebung nach Antritt des Weges seine Erledigung gefunden hat.

Für die Abschrift des Wechsels im Proteste werden Schreibgebühren nicht erhoben.

§ 51. Für die Beglaubigung von Abschriften werden drei Zehnteile der vollen Gebühr bis zum Höchstbetrage von 10 Mark erhoben. Für die Erteilung von Ausfertigungen oder beglaubigten Abschriften von Urkunden, welche das Gericht selbst aufgenommen hat, einschließlich der Erteilung auszugsweiser Ausfertigungen oder beglaubigter Abschriften, werden nur Schreibgebühren erhoben. Dasselbe gilt hinsichtlich der Ausfertigungen oder beglaubigter Abschriften von den in Verwahrung des Gerichts befindlichen Urkunden der Auditeure, Notare und Schiedsmänner.

§ 52. Drei Zehnteile der vollen Gebühr werden erhoben für die Sicherstellung der Zeit, zu welcher eine Privaturkunde ausgestellt ist.

§ 53. Wird auf Verlangen der Partei oder mit Rücksicht auf die Art der Rechtshandlung die letztere außerhalb der Gerichtsstelle vorgenommen, so werden neben den in diesem Abschnitte bestimmten Gebühren — mit Ausnahme der in den §§ 47, 49 Abs. 2, 50 vorgeschriebenen

Gebühren — fünf Zehnteile der vollen Gebühr, jedoch mindestens 1 Mark und höchstens 10 Mark, erhoben. Kann das Geschäft nicht an einem Kalendertage beendigt werden, so wird die Zusatzgebühr für jeden Tag, an welchem das Gericht außerhalb der Gerichtsstelle thätig war, besonders erhoben; die Gebührenstufe für die Zusatzgebühr wird in diesem Falle durch eine Teilung des Wertes des Gegenstandes nach der Zahl der Tage ermittelt. Beziehen die Gerichtspersonen Tagegelder und Reisekosten oder die im § 116 bezeichnete Gebühr, so wird der Betrag derselben auf die Zusatzgebühr angerechnet.

Die Zusatzgebühr wird, sofern die Gerichtspersonen den Weg zur Vornahme des Geschäfts angetreten haben, auch dann in Ansatz gebracht, wenn das Geschäft aus einem in der Person des Beteiligten liegenden Grunde nicht zur Ausführung gelangt ist.

Die Vorschriften über die Erhebung von Vorschüssen für bare Auslagen finden auf die Zusatzgebühr entsprechende Anwendung.

---

§ 54. Unterbleibt die beantragte Beurkundung einer Erklärung, nachdem das Gericht über dieselbe mit den Beteiligten verhandelt hat, so werden fünf Zehnteile der für die Beurkundung bestimmten Gebühr bis zu einem Höchstbetrage von 20 Mark erhoben.

---

§ 55. Die Gebühren für die Beurkundung eines Rechtsgeschäfts werden um ein Viertel erhöht, wenn sich ein Beteiligter in fremder Sprache erklärt.

Die Gebührenerhöhung sowie die durch die Zuziehung eines Dolmetschers entstandenen Auslagen fallen dem Beteiligten zur Last, welcher die Zuziehung des Dolmetschers oder die Verhandlung in fremder Sprache veranlaßt hat.

---

§ 56. Die in diesem Abschnitte bestimmten Gebühren umfassen die gesamte Thätigkeit des Gerichts einschließlich aller Nebengeschäfte. Neben den Gebühren werden die Beträge der nach den Vorschriften der Stempelgesetze zu entrichtenden Stempelabgaben erhoben. Der auf dem Geschäfte ruhende Stempel wird für die Urschrift erhoben; die erste Ausfertigung ist stempelfrei, für weitere Ausfertigungen wird der Stempel nach der Tarifstelle „Duplikate" erhoben. Im übrigen finden auf die Besteuerung von Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften die Vorschriften des § 114 Abs. 3 Anwendung.

Dritter Abschnitt.

Grundbuchsachen.

(Man vergleiche Tabelle II und III S. 258 u. 259.)

In Grundbuchsachen giebt es zwei verschiedene Gebührentarife, von denen der höhere (Tabelle II) bei Eintragung des Eigentümers, der niedrigere (Tabelle III) bei allen anderen Eintragungen zur Anwendung kommt.

Für die Eintragung des Eigentümers (§ 58), einschließlich der Entgegennahme der Auflassungserklärung oder der Beurkundung des Antrages auf Eintragung und der etwaigen Nebengeschäfte wird im Allgemeinen die Gebühr der Tabelle II Spalte 1 erhoben, in besonderen Fällen, welche die Nummer 2 des § 58 aufführt, jedoch nur die Gebühr der Tabelle I Spalte 3.

Für die Eintragung der Belastung des Grundstücks mit einem Recht (§ 59), zum Beispiel einer Hypothek, Grundschuld, Rentenschuld, einer Baubeschränkung, eines Wegerechtes wird die Gebühr nach Tabelle III

Spalte 3 berechnet, für die Eintragung von Abänderungen solcher Rechte, von Vormerkungen, Widersprüchen und Verfügungsbeschränkungen (§ 60) nach Tabelle III Spalte 4, für Eintragungen anderer Art (§ 62) nach Tabelle III Spalte 6.

Gebührenfrei (§ 61) sind unter anderem solche Eintragungen, welche die Zurückführung des Grundbuchs zum Gegenstand haben oder welche die Erhaltung der Uebereinstimmung zwischen Grundbuch und Steuerbuch bezwecken.

Für die Löschung einer Eintragung wird immer die Hälfte der Gebühr für die Eintragung erhoben (§ 63), also bei der Löschung einer Hypothek, eines Wegerechtes und ähnlicher Rechte (§ 59) die Gebühr nach Tabelle III Spalte 4, für die Löschung einer Veränderung und einer Vormerkung (§ 60) die Gebühr nach Tabelle III Spalte 7, für die Löschung anderer Eintragungen die Gebühr nach Tabelle III Spalte 9.

Wird ein und dieselbe Eintragung oder Löschung auf Grund derselben Urkunde bei mehreren Grundstücken vorgenommen (§ 64 Absatz 1), so wird für jede einzelne Eintragung oder Löschung eine besondere Gebühr erhoben, doch nur für die erste die ganze Gebühr (Tabelle III Spalte 3, 4, 6, 7 oder 9), für die zweite und jede folgende nur die Hälfte dieser Gebühren, also die Gebühr in Tabelle III, Spalte 4, 7, 9, 10 oder 12.

Besondere Gebühren werden erhoben für Erteilung von Hypotheken, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefen und von beglaubigten Abschriften, ferner für Bescheinigungen oder Vermerke des Grundbuchrichters auf den Briefen (§ 66).

Die Gebühren hierfür werden nach Tabelle I berechnet. Es sind zu zahlen für Erteilung:

eines Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefes die Gebühr der Tabelle I Spalte 5,

eines neuen Briefes (etwa wenn der alte verloren gegangen ist) und eines Zweigdokumentes die Gebühr der Tabelle I Spalte 7,

einer beglaubigten Abschrift des ganzen Grundbuchblattes die Gebühr der Tabelle I Spalte 6,

einer beglaubigten Abschrift eines Teils des Grundbuchblatts die Gebühr der Tabelle I Spalte 7,

einer Bescheinigung des Grundbuchrichters über den Inhalt des Grundbuches und für Vermerke auf dem Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbrief die Gebühr der Tabelle I Spalte 7, soweit sich der Vermerk nicht auf ein gebührenfreies Nebengeschäft bezieht.

§ 57. In Grundbuchsachen beträgt, sofern nicht Ausnahmen vorgesehen sind, die volle Gebühr

	bei einem Werte des Gegenstandes								nach dem Satze A		nach dem Satze B	
1.	bis 20 Mark einschließlich								0,40	Mark,	0,20	Mark
2.	von mehr als			20	bis	60	Mark	einschließlich	0,70	"	0,40	"
3.	"	"	"	60	"	120	"	"	1	"	0,60	"
4.	"	"	"	120	"	200	"	"	1,50	"	1	"
5.	"	"	"	200	"	300	"	"	2	"	1,40	"
6.	"	"	"	300	"	450	"	"	2,60	"	1,90	"
7.	"	"	"	450	"	650	"	"	3,20	"	2,40	"
8.	"	"	"	650	"	900	"	"	4	"	2,90	"
9.	"	"	"	900	"	1 200	"	"	4,80	"	3,40	"
10.	"	"	"	1 200	"	1 600	"	"	6	"	4	"
11.	"	"	"	1 600	"	2 100	"	"	7,20	"	4,60	"
12.	"	"	"	2 100	"	2 700	"	"	8,40	"	5,40	"
13.	"	"	"	2 700	"	3 400	"	"	9,60	"	6,20	"
14.	"	"	"	3 400	"	4 300	"	"	11	"	7,20	"
15.	"	"	"	4 300	"	5 400	"	"	12,60	"	8,20	"
16.	"	"	"	5 400	"	6 700	"	"	14,40	"	9,40	"
17.	"	"	"	6 700	"	8 200	"	"	16,20	"	10,60	"
18.	"	"	"	8 200	"	10 000	"	"	18	"	12	"
19.	"	"	"	10 000	"	12 000	"	"	20,40	"	13,80	"
20.	"	"	"	12 000	"	14 000	"	"	22,80	"	15,60	"
21.	"	"	"	14 000	"	16 000	"	"	25,20	"	17,40	"
22.	"	"	"	16 000	"	18 000	"	"	27,60	"	19,20	"
23.	"	"	"	18 000	"	20 000	"	"	30	"	21	"
24.	"	"	"	20 000	"	22 000	"	"	32,40	"	22,80	"
25.	"	"	"	22 000	"	24 000	"	"	34,80	"	24,60	"
26.	"	"	"	24 000	"	26 000	"	"	37,20	"	26,40	"
27.	"	"	"	26 000	"	28 000	"	"	39,60	"	28,20	"
28.	"	"	"	28 000	"	30 000	"	"	42	"	30	"
29.	"	"	"	30 000	"	35 000	"	"	47	"	34	"
30.	"	"	"	35 000	"	40 000	"	"	52	"	38	"
31.	"	"	"	40 000	"	50 000	"	"	60	"	45	"
32.	"	"	"	50 000	"	60 000		"	66	"	51	"
33.	"	"	"	60 000	"	70 000	"	"	72	"	57	"
34.	"	"	"	70 000	"	80 000	"	"	78	"	63	"
35.	"	"	"	80 000	"	90 000	"	"	84	"	69	"
36.	"	"	"	90 000	"	100 000	"	"	90	"	75	"

Die ferneren Wertklassen steigen um je 10000 Mark und die Gebühren bei beiden Gebührensätzen je um 6 Mark.

---

§ 58. 1. Für die Eintragung des Eigentümers, einschließlich der Entgegennahme der Auflassungserklärung oder der Beurkundung des Antrags auf Eintragung sowie einschließlich der vorkommenden Nebengeschäfte, insbesondere der gleichzeitig beantragten Eintragung des Erwerbsgrundes und des Erwerbspreises, des Schätzungswerts und der Feuerversicherungssumme sowie der Uebertragung des Grundstücks und der auf dasselbe bezüglichen Eintragungen auf ein anderes Blatt, wird der Gebührensatz A erhoben.

2. Für die Eintragung des Eigentums von Abkömmlingen des bisherigen Eigentümers, sofern sie auf Grund der Erbfolge oder eines Uebertragsvertrags oder der Erbauseinandersetzung erfolgt, ohne Unterschied, ob die Erben inzwischen im Grundbuch eingetragen waren oder nicht, für die nachträgliche Eintragung des Miteigentums eines Ehegatten oder von Kindern an Grundstücken, welche zur ehelichen Gütergemeinschaft oder zur fortgesetzten Gütergemeinschaft gehören, ingleichen für die Umschreibung der Grundstücke, welche

einem Ehegatten oder den Erben eines solchen bei der Auseinandersetzung einer aufgelösten Gütergemeinschaft überwiesen oder welche einem Ehegatten nach Auflösung der Gütergemeinschaft kraft Gesetzes zugefallen sind, einschließlich der bei diesen Geschäften vorkommenden Nebengeschäfte, werden fünf Zehnteile des Gebührensatzes A erhoben.

3. Wenn nach § 90 der Grundbuchordnung ein Eigentumserwerb unter Ausscheiden des Grundstücks aus dem Grundbuche stattfindet, wird der Gebührensatz A erhoben.

4. Erfolgt die Eintragung eines Eigentümers auf Grund eines gleichzeitig gestellten Antrags bei mehreren Grundstücken, welche im Bezirke desselben Amtsgerichts belegen sind, so werden die vorstehend bestimmten Gebühren nur einmal nach dem zusammenzurechnenden Werte der Grundstücke erhoben. Ist eine Aufforderung des Gerichts, ein Grundstück, für welches ein besonderes Blatt besteht, auf ein für ein anderes Grundstück bestehendes Blatt übertragen zu lassen, erfolglos geblieben, so werden die Gebühren für dieses Grundstück besonders berechnet.

5. Hinsichtlich der im Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes belegenen Grundstücke kommen folgende Bestimmungen zur Anwendung:

Für die Entgegennahme der Auflassungserklärung wird auch dann, wenn dieselbe vor einem anderen Gericht erfolgt, eine Gebühr nicht erhoben.

Die an einen Notar für die Beurkundung einer Auflassung gezahlte Gebühr wird von der für die Eintragung des Eigentümers zu entrichtenden Gebühr in Abzug gebracht. Diese Bestimmung kommt jedoch nicht zur Anwendung, wenn eine notarielle Beurkundung des zu Grunde liegenden Vertrags stattgefunden hat.

6. Die Entgegennahme der Auflassung und, wenn diese nicht vor dem Grundbuchrichter erfolgt, die Eintragung des neuen Eigentümers im Grundbuche kann nach dem Ermessen des Gerichts von einer vorgängigen Sicherstellung der Staatskasse wegen der Kosten der Eintragung und des Stempels für die Auflassung oder das zu Grunde liegende Rechtsgeschäft abhängig gemacht werden. Ueber Erinnerungen gegen derartige Anordnungen wird im Aufsichtsweg entschieden.

§ 59. Für jede Eintragung der Belastung des Grundstücks mit einem Rechte, einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, wird der Gebührensatz B erhoben. Als Belastungen des Grundstücks gelten auch das Recht des Nacherben, die Lehns- oder Fideikommißeigenschaft, ein bedingtes Recht auf Eigentumserwerb sowie die Zugehörigkeit zu einer Wassergenossenschaft, einer Bahneinheit oder einer sonstigen mit Beschränkungen des Eigentümers verbundenen Vermögensmasse und die nach § 1010 des Bürgerlichen Gesetzbuchs eingetragenen Bestimmungen oder Ansprüche.

§ 60. Für die Eintragung von Veränderungen aller Art, Vormerkungen, Widersprüchen und Verfügungsbeschränkungen werden fünf Zehnteile des Gebührensatzes B erhoben.

§ 61. Für die Eintragungen, welche die Zurückführung des Grundbuchs auf die Steuerbücher zum Gegenstande haben oder zum Zwecke der Erhaltung der Uebereinstimmung zwischen dem Grundbuch und den Steuerbüchern erfolgen, sind weder Gebühren noch Auslagen zu erheben. Gebührenfrei ist die nach § 54 der Grundbuchordnung erfolgende Eintragung.

Wird ein Antrag zurückgewiesen, nachdem nach § 18 der Grundbuchordnung eine Vormerkung oder ein Widerspruch eingetragen war, so wird nur die Gebühr für diese Eintragung erhoben.

§ 62. Für alle Eintragungen, welche unter keine der vorstehend (§§ 58 bis 61) getroffenen Bestimmungen fallen, insbesondere für die Vermerke, welche durch die ohne Veränderung des Eigentümers stattfindende Teilung von Grundstücken oder Uebertragung derselben auf ein anderes Blatt veranlaßt werden, für die nachträglich beantragte Eintragung des Schätzungswerts, der Feuerversicherungssumme, des Erwerbsgrundes oder des Erwerbspreises, für die Eintragung des Verzichts auf das Eigentum am Grundstücke, für die Eintragung der nachträglichen Ausschließung der Erteilung eines Briefes oder der Aufhebung dieser Aus-

schließung, für die Anlegung eines Blattes für ein noch nicht in das Grundbuch eingetragenes oder aus dem Grundbuch ausgeschiedenes Grundstück, für das Ausscheiden eines Grundstücks aus dem Grundbuche, falls nicht gleichzeitig eine Eigentumsveränderung eingetragen wird, für den Vermerk von Rechten, welche dem jeweiligen Eigentümer zustehen, werden drei Zehnteile des Gebührensatzes B erhoben.

Auf die Berechnung des Wertes findet die Vorschrift des § 23 Abs. 1 entsprechende Anwendung.

---

§ 63. Für jede Löschung, einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, werden fünf Zehnteile der vorstehend für die Eintragungen bestimmten Sätze erhoben.

Die hiernach zu erhebenden Kosten bleiben insoweit außer Ansatz, als solche bei der Eintragung zugleich für die künftige Löschung entrichtet worden sind.

---

§ 64. Wird eine Eintragung oder Löschung bei mehreren Grundstücken auf Grund einer Bewilligung oder sonstigen Urkunde vorgenommen, so werden die in den §§ 59, 60, 62, 63 bezeichneten Sätze nur für die erste Eintragung oder Löschung, dagegen für jede folgende Eintragung oder Löschung nur fünf Zehnteile derselben erhoben. Die gleiche Herabsetzung der Gebühren findet statt, wenn einzelne Grundstücke in die Mithaft für eine Forderung eintreten oder aus der Mithaft entlassen werden.

Erfolgt die Eintragung oder Löschung bei mehreren Grundstücken desselben Eigentümers auf Grund eines gleichzeitig gestellten Antrags, so werden die Eintragungs- oder Löschungsgebühren nur einmal erhoben, wenn die Grundstücke in demselben Amtsgerichtsbezirke belegen sind und eine erfolglose Aufforderung des Gerichts, die Vereinigung derselben auf einem Blatte zu beantragen, nicht ergangen ist. Im Sinne dieser Bestimmung gelten Grundstücke, welche Eheleuten oder welche dem überlebenden Ehegatten und den Kindern des Verstorbenen im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft oder Verwaltungsgemeinschaft gehören, als Grundstücke eines Eigentümers.

---

§ 65. Bei der Eintragung oder Löschung von Hypotheken oder Grundschulden ist der Betrag der Forderung oder der Grundschuld, bei Rentenschulden der Betrag der Ablösungssumme für die Gebührenberechnung maßgebend; soweit nach § 64 Abs. 1 nur fünf Zehnteile der Gebühr zu erheben sind, ist jedoch der Wert des Grundstücks, falls derselbe der geringere ist, als Maßstab anzunehmen.

---

§ 66. 1. Für die Erteilung eines Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefs werden vier Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr, für die Erteilung eines neuen Briefes, einschließlich des über die Erteilung im Grundbuch einzutragenden Vermerkes, für die Ergänzung des Auszugs aus dem Grundbuche sowie für die Herstellung eines Teilbriefs zwei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben. Die Vorschriften der §§ 64, 65 finden entsprechende Anwendung.

2. Für die Erteilung beglaubigter Abschriften werden drei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben, wenn eine Abschrift des vollständigen Grundbuchblatts erteilt wird, und zwei Zehnteile, wenn die Abschrift nur einen Teil des Grundbuchblatts betrifft. Wird die Abschrift von mehreren Grundbuchblättern desselben Eigentümers auf Grund eines gleichzeitig gestellten Antrags erteilt, so wird die Gebühr nur einmal nach dem zusammenzurechnenden Werte der Grundstücke erhoben. Die Bestimmung im § 64 Abs. 2 letzter Satz findet auch hier Anwendung.

3. Für Bescheinigungen des Grundbuchrichters über den Inhalt des Grundbuchs oder für Vermerke desselben auf dem Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefe, welche nicht ein gebührenfreies Nebengeschäft bilden, werden zwei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben.

4. Die Einsicht des Grundbuchs ist gebührenfrei.

§ 67. Die vorstehend für Grundstücke gegebenen Vorschriften sind auf Bergwerke und andere Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, entsprechend anzuwenden. Dabei wird jedoch der Gebührensatz A

nur zur Hälfte erhoben, wenn die anderweite Eintragung eines Eigentümers durch die Konsolidation mehrerer Bergwerke, welche bis dahin verschiedenen Eigentümern (Gewerkschaften) gehörten, veranlaßt wird.

Wird ein Bergwerk mit unbeweglichen Anteilen der Gewerken in Ausführung eines gemäß § 235a des Allgemeinen Berggesetzes gefaßten Beschlusses auf den Namen der Gewerkschaft eingetragen, so wird für diese Eintragung, einschließlich des vorläufigen Vermerkes des Beschlusses im Grundbuche, der Anlegung des Gewerkenbuchs und der Ausfertigung und Aufbewahrung der Kuxscheine, der Gebührensatz A erhoben. Für die Umschreibung eines Kuxes in dem vom Gerichte geführten Gewerkenbuch auf einen neuen Erwerber, einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, wird der Gebührensatz B erhoben. Für die Eintragung von Veränderungen bei den auf Kuxscheinen eingetragenen Pfandrechten sowie für Löschungen werden dieselben Gebühren erhoben wie für Eintragung von Veränderungen und Löschungen im Grundbuche.

§ 68. Die hinsichtlich der Grundbücher bestehenden Gebührenbestimmungen sind auf die Bahngrundbücher entsprechend anzuwenden. Es werden erhoben für die Anlegung und für die Schließung des Bahngrundbuchs der Satz des § 62 und für den Vermerk des Erlöschens der Genehmigung, einschließlich der öffentlichen Bekanntmachung des Vermerkes, der Satz des § 60. Die Eintragung des infolge einer Veräußerung der Bahn eingetretenen Eigentumswechsels in dem über ein Bahngrundstück geführten gerichtlichen Buche erfolgt gebührenfrei.

Die Kosten der Anlegung des Bahngrundbuchs sowie der Vermerke der Zugehörigkeit eines Grundstücks zur Bahneinheit trägt der Bahneigentümer; die bezeichneten Kosten fallen jedoch, wenn ein Gläubiger durch den Antrag auf Eintragung einer vollstreckbaren Forderung die Anlegung des Bahngrundbuchs veranlaßt, diesem Gläubiger und, wenn die Anlegung im Zwangsversteigerungsverfahren auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts erfolgt, dem Ersteher zur Last.

---

§ 69. Neben den in diesem Abschnitte bestimmten Gebühren werden noch die für Auflassungen, Eintragungsanträge und Kuxscheine bestimmten Stempel erhoben.

---

§ 70. Wenn Urkunden, deren Vorlegung zur Erwirkung von Einschreibungen notwendig war, von den Beteiligten ohne Uebergabe einer für die Grundakten bestimmten Abschrift zurückgefordert werden, so werden für die auf Anordnung des Grundbuchrichters zu fertigenden Abschriften Schreibgebühren erhoben. Die Beglaubigung der von den Beteiligten überreichten Abschriften erfolgt gebührenfrei.

Vierter Abschnitt.

Registerführung.

Der vierte Abschnitt im ersten Teil des Preußischen Gerichtskostengesetzes setzt die Gebühren fest für die Eintragungen und Löschungen in gewisse von den Gerichten geführten Registern, nämlich in die Landgüter- oder Höferolle (§ 71), das Handelsregister (§§ 72 bis 75), in das Vereinsregister (§ 76), das Güterrechtsregister (§ 77), das Schiffsregister (§ 78), das Register für Wassergenossenschaften und das Vorrechtsregister (§ 79).

Es werden bei den Gerichten noch andere Register geführt, zum Beispiel: das Genossenschaftsregister, das Börsenregister. Ueber die Kosten der Eintragung in diese Register enthalten die Gesetze, durch

welche sie eingeführt sind, besondere Vorschriften, zum Beispiel § 159 des Gesetzes betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, §§ 56, 57, 62 des Börsengesetzes.

Die Gebühr, welche für Eintragungen in das Handelsregister bei Einzelkaufleuten, bei offenen Handelsgesellschaften und bei Kommanditgesellschaften, sowie für Eintragung einer Prokura zu erheben sind, richtet sich nach der Gewerbesteuerklasse, zu welcher der betreffende Gewerbebetrieb gehört. Folgende Tabelle giebt darüber Auskunft:

Gewerbesteuer-Klasse	1	2	3	4
	Gebühr des § 72, 1a			Gebühr des § 72, 1b
	doppelte ℳ	einfache ℳ	$^1/_{10}$ ℳ	ℳ
Von der Steuer freie Betriebe	4	2	1	2
IV	20	10	1	2
III	40	20	2	10
II	100	50	5	25
I	200	100	10	50

Die Gebühr für Eintragung einer Kommanditgesellschaft auf Aktien, einer Aktiengesellschaft und einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, ferner die Gebühr für Eintragung eines Generalversammlungsbeschlusses solcher Gesellschaften über Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals wird nach der Tabelle IV berechnet, nach der obigen Tabelle nur, wenn die Gebühr nach dieser höher ist als nach Tabelle IV.

Die Gebühren für Eintragungen in das Vereinsregister werden im allgemeinen nach Tabelle III Spalte 3 erhoben, die Gebühren für die erste Eintragung des Vereins dagegen nach Tabelle III Spalte 2, für Eintragungen, die sich auf Mitglieder des Vorstandes oder auf Liquidatoren beziehen, sowie für die Löschung des Vereins nach Tabelle III Spalte 4.

Für Bescheinigungen, beglaubigte Abschriften und Auszüge aus dem Vereinsregister ist die Gebühr nach Tabelle III Spalte 3 zu zahlen.

Für Eintragungen in das Güterrechtsregister, für Bescheinigungen, beglaubigte Abschriften und Auszüge aus ihm wird eine Gebühr nach Tabelle III Spalte 3 erhoben.

Im Verkehr mit dem Schiffsregistergericht werden folgende Gebühren erhoben:

Für Eintragung des Schiffs in das Register einschließlich der vorhergehenden Verhandlungen zur Feststellung der Voraussetzungen der Eintragung nach Tabelle II Spalte 3,

für Eintragung von Veränderungen einschließlich der Vorverhandlungen nach Tabelle III Spalte 4,

für Eintragung der Verpfändung des Schiffs einschließlich des Vermerks auf der Urkunde nach Tabelle III Spalte 4,

für Einschreibung der ein eingetragenes Pfandrecht betreffenden Veränderungen nach Tabelle III Spalte 7,

für Löschung einer Verpfändung nach Tabelle III Spalte 7,

für Löschung einer Veränderung nach Tabelle III Spalte 10,

für Erteilung des Schiffszertifikates oder des Schiffsbriefes nach Tabelle I Spalte 5,

für den Vermerk einer Veränderung auf dem Schiffszertifikat oder dem Schiffsbrief nach Tabelle I Spalte 7.

Für Löschung eines Schiffs im Schiffsregister werden Gebühren nicht berechnet, ebensowenig für Einsicht des Schiffsregisters.

§ 71. Für jede auf Antrag bewirkte Eintragung oder Löschung in einer Landgüter- oder Höferolle, einschließlich der darüber dem Eigentümer zu machenden Mitteilung, wird eine Gebühr von drei Mark erhoben. Für Zuschreibungen oder Löschungen in Landgüterrollen, welche von Amtswegen erfolgen, sowie für den Vermerk der Nummer des Rollenblatts auf dem Blatte des Grundbuchs sind Gebühren nicht zu erheben.

Die Gestattung der Einsicht der Landgüter- oder Höferolle erfolgt gebührenfrei.

§ 72. Für die Eintragungen in das Handelsregister sind folgende Gebühren zu erheben:

1. bei Einzelkaufleuten
   a) für die Eintragung der Firma sowie für die Eintragung von Veränderungen,
      je nachdem der Gewerbebetrieb nach den §§ 6 bis 8, 24, 34 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 205) in die erste, zweite, dritte oder vierte Gewerbesteuerklasse gehört, 100, 50, 20 oder 10 Mark, bei Gewerbebetrieben, welche wegen geringen Ertrags und Kapitals von der Gewerbesteuer frei sind, 2 Mark.
      Soweit eine Einschätzung zur Gewerbesteuer nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Juni 1891 nicht erfolgt, geschieht die Einreihung in die verschiedenen Klassen nach dem Ermessen des Gerichts;
   b) für die Löschung der Firma bei den drei ersten Gewerbesteuerklassen die Hälfte der Sätze zu a, im übrigen 2 Mark;
2. bei offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften
   a) für die erste Eintragung derselben das Zweifache der Sätze zu 1a;
   b) für jede spätere Eintragung die Sätze zu 1a;
3. bei Kommanditgesellschaften auf Aktien, Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung
   a) für die Eintragung der Gesellschaft sowie für die Eintragung eines Beschlusses über Erhöhung oder Herabsetzung des Gesellschaftskapitals
      die im § 33 bestimmte Gebühr mit der Maßgabe, daß von 100000 Mark an die ferneren Wertklassen um je 10000 Mark und die Gebühren um je 3 Mark steigen und mindestens das Zweifache der Sätze zu 1a zu erheben ist.
      Die Gebühren werden nach dem Betrage des Gesellschaftskapitals, bei Erhöhungen oder Herabsetzungen desselben nach dem Betrage der Erhöhung oder Herabsetzung berechnet. Ist das Gesellschaftskapital nicht voll eingezahlt, so ist der Gesellschaft auf Verlangen

zu gestatten, zunächst nur denjenigen Gebührenbetrag zu zahlen, welcher dem eingezahlten Kapital entspricht, und den Rest nach Maßgabe der erfolgenden Einzahlungen nachträglich zu entrichten; in jedem Falle ist mindestens das Zweifache der Sätze zu 1a sofort zu zahlen;

b) für alle sonstigen Eintragungen die Sätze zu 1a;

4. für die Eintragung einer Prokura die Sätze zu 1a, für die Eintragung des Erlöschens derselben die Sätze zu 1b.

---

§ 73. Geschieht eine Eintragung sowohl in das Handelsregister der Hauptniederlassung als in das einer Zweigniederlassung, so ist für jede Eintragung in jedes Register der im § 72 vorgeschriebene Satz besonders zu erheben, im Falle der Nr. 3a des § 72 jedoch für die Eintragung in das Register der Zweigniederlassung nur das Zweifache der Sätze zu 1a.

Wenn auf Grund einer und derselben Anmeldung mehrere Eintragungen, welche auf dieselbe Firma oder dieselbe Prokura oder dieselbe Gesellschaft sich beziehen, in das Handelsregister desselben Gerichts erfolgen, so wird nur der höchste Satz von den für die einzelnen Eintragungen nach § 72 zu berechnenden Sätzen erhoben.

---

§ 74. Wenn von den zur Begründung einer Anmeldung vorgelegten Urkunden wegen Zurückforderung derselben beglaubigte Abschriften haben zurückbehalten werden müssen, so werden für diese Abschriften Schreibgebühren erhoben. Die Beglaubigung erfolgt gebührenfrei.

Für eine aus dem Handelsregister erteilte Bescheinigung sowie für beglaubigte Abschriften oder Auszüge aus demselben ist in allen Fällen außer den Schreibgebühren ein Zehntel der im § 72 unter 1a bestimmten Sätze, mindestens aber eine Mark, zu erheben. Für einfache Abschriften kommen nur die Schreibgebühren zum Ansatze.

Für Bescheinigungen, daß bezüglich des Gegenstandes einer Eintragung weitere Eintragungen nicht vorhanden sind oder daß eine bestimmte Eintragung nicht erfolgt ist, sowie für die wiederholte Erteilung einer Bescheinigung, einer Abschrift oder eines Auszugs wird eine Gebühr von 1 Mark erhoben.

Auf die Erteilung beglaubigter Abschriften der zum Handelsregister eingereichten Schriftstücke finden die Vorschriften des § 51 Anwendung.

---

§ 75. Gebühren kommen nicht zum Ansatze:

1. für die Beurkundung einer zur Eintragung in das Handelsregister bestimmten Anmeldung, falls sie vor dem zur Führung des Registers bestellten Gerichte geschieht;
2. für die Aufnahme einer Verhandlung über die Zeichnung einer Firma oder Unterschrift, sofern diese Verhandlung vor dem zur Führung des Registers bestellten Gericht erfolgt;
3. für die Gestattung der Einsicht des Handelsregisters und der eingereichten Zeichnungen der Firmen und Unterschriften;
4. für die Eintragung der Konkurseröffnung, der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses sowie der Einstellung und Aufhebung des Konkurses;
5. für eine nach den §§ 142 bis 144 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit von Amtswegen erfolgende Löschung; wird der Widerspruch eines Beteiligten zurückgewiesen, so hat er für die Zurückweisung die für die Löschung bestimmte Gebühr zu entrichten;
6. für das Löschungsverfahren nach § 141 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, falls die Löschung infolge erhobenen Widerspruchs unterbleibt.

---

§ 76. Für die Eintragungen in das Vereinsregister werden erhoben:

a) für alle Eintragungen, mit Ausnahme der unter b und c bezeichneten Eintragungen, der Gebührensatz B des § 57;

b) für die erste Eintragung des Vereins das Zweifache des Satzes zu a;

c) für Eintragungen, welche sich auf Mitglieder des Vorstandes oder Liquidatoren beziehen, sowie für die

Löschung des Vereins die Hälfte des Satzes zu a.

Die Vorschriften der §§ 73 Abs. 2, 74, 75 finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle des im § 74 erwähnten Satzes 1a des § 72 der im Abs. 1 bestimmte Satz tritt.

---

§ 77. Für die Eintragungen in das Güterrechtsregister wird der nach § 23 Abs. 1 zu berechnende Gebührensatz B des § 57 erhoben.

Die Vorschriften der §§ 74, 75 finden mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an die Stelle des im § 74 erwähnten Satzes 1a des § 72 der im Abs. 1 bestimmte Satz tritt.

---

§ 78. Für die Eintragungen in das Schiffsregister, einschließlich der dabei vorkommenden Nebengeschäfte, werden erhoben:

1. für die Eintragung des Schiffes in das Schiffsregister, einschließlich der Verhandlungen zur Feststellung der Voraussetzungen der Eintragung, fünf Zehnteile des im § 57 bestimmten Gebührensatzes A;
2. für die Eintragung von Veränderungen, einschließlich aller derselben vorausgehenden Verhandlungen, ohne Unterschied, ob dabei das Schiff auf ein neues Blatt eingetragen wird, fünf Zehnteile des im § 57 bestimmten Gebührensatzes B;
3. für die Eintragung der Verpfändung eines Schiffes, einschließlich des Vermerkes auf den betreffenden Urkunden, für die Einschreibung der ein eingetragenes Pfandrecht betreffenden Veränderungen oder Löschungen fünf Zehnteile der für die entsprechenden Eintragungen im Grundbuche bestimmten Sätze.

Für die Löschung eines Schiffes im Schiffsregister kommen Gebühren nicht zum Ansatze.

Für die Erteilung des Schiffscertifikats oder des Schiffsbriefs ist der im § 66 Nr. 1 für die Erteilung eines Hypothekenbriefs bestimmte Satz und für den Vermerk einer Veränderung auf dem Schiffscertifikat oder dem Schiffsbriefe die Hälfte dieses Betrags zu erheben.

Die Einsicht des Schiffsregisters ist gebührenfrei.

---

§ 79. Für die Geschäfte, welche die Register für Wassergenossenschaften oder die Vorrechtsregister betreffen, werden nur Schreibgebühren und sonstige bare Auslagen erhoben.

---

§ 80. Der Gebührentarif zu dem Reichsgesetze vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung [1]) (Reichs-Gesetzbl. S. 23) nebst den Vorschriften des § 16 daselbst findet auf die nach Maßgabe landesgesetzlicher Vorschriften geführten und bei den Gerichten aufbewahrten Standesregister oder Kirchenbücher Anwendung.

---

[1]) Gebührentarif zu dem Gesetze über die Beurkundung des Personenstandes. Vom 6. Februar 1875.

I. Gebührenfrei sind die nach §§ 49 und 54 oder zum Zwecke der Taufe oder der Beerdigung erteilten Bescheinigungen.

II. An Gebühren kommen zum Ansatz:

1. Für Vorlegung der Register zur Einsicht und zwar für jeden Jahrgang Mk. —.50,
   für mehrere Jahrgänge zusammen jedoch höchstens Mk. 1.50;
2. für die schriftliche Ermächtigung nach § 43 und für jeden beglaubigten Auszug aus den Registern mit Einschluß der Schreibgebühren Mk. —.50.
   Bezieht sich der Auszug auf mehrere Eintragungen und erfordert derselbe das Nachschlagen von mehr als einem Jahrgange der Register, für jeden weiter nachzuschlagenden Jahrgang noch Mk. —.50,
   jedoch zusammen höchstens Mk. 2.—.

Fünfter Abschnitt.

Nachlaßsachen und Auseinandersetzungen.

In dem Verfahren zur Ausstellung eines Erbscheins (§ 81) müssen gezahlt werden: für die Erteilung des Erbscheins die Gebühr nach Tabelle III Spalte 3, für die eidesstattliche Versicherung, auf Grund deren der Erbschein erteilt wird (§ 2356 des Bürgerlichen Gesetzbuches), die Gebühr nach Tabelle V.

Ist mit dem Verfahren zur Erteilung eines Erbscheins ein Verfahren zur Sicherung des Nachlasses oder ein Erbteilungsverfahren verbunden, so wird für diese nur die Hälfte der Gebühren erhoben, welche zu zahlen wären, wenn sie selbständig und ohne die Verbindung mit dem Verfahren zur Erteilung eines Erbscheines anhängig wären.

Für die Einziehung des Erbscheines und für die Kraftloserklärung desselben (§ 2361 des Bürgerlichen Gesetzbuches) wird die Gebühr nach Tabelle III Spalte 6 erhoben. Wird jedoch gleichzeitig ein neuer Erbschein erteilt, so erfolgt die Einziehung oder Kraftloserklärung des alten gebührenfrei.

Ferner werden Gebühren erhoben:

für eine gerichtliche Bescheinigung, die der Erbe oder der Vermächtnisnehmer eines im Reichsschuldbuch oder im Staatsschuldbuch Eingetragenen zu seiner Legitimation beizubringen hat (§ 82), nach Tabelle I Spalte 6, doch höchstens 10 Mark, ebenso:

für eine gerichtliche Bescheinigung in den Fällen der §§ 37 und 38 der Grundbuchordnung,

für das Verfahren zur Sicherung eines Nachlasses (z. B. Siegelung des Nachlasses), nach Tabelle III Spalte 3 (§ 83),

für das Erbteilungsverfahren und ähnliche Auseinandersetzungsverfahren (§§ 86 bis 88), nach Tabelle III Spalte 1 oder nach Tabelle III Spalte 2, wenn das gerichtliche Verfahren nicht mit Auseinandersetzung endet, doch werden für gerichtliche Vermögensverzeichnisse, für gerichtliche Taxen und für gerichtliche Versteigerungen noch besondere Gebühren erhoben. Wird nach § 21 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit die Vermittelung der Auseinandersetzung vom Gerichte einem Notar übertragen, so ist die Thätigkeit des Gerichtes geringer, und es wird nur für die Entscheidung über den Antrag auf Einleitung des Verfahrens, für die Entscheidung über die Bestätigung der Auseinandersetzung und für die Anordnung einer Beweisaufnahme die Gebühr nach Tabelle VI Spalte 6 erhoben.

§ 81. Für die Erteilung eines Erbscheins, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens, wird der im § 57 bestimmte Gebührensatz B erhoben. Die Hälfte dieser Gebühr wird, wenn das Verfahren mit einem Verfahren zur Sicherung des Nachlasses (§ 83) oder einem Erbteilungsverfahren (§ 86) verbunden wird, auf die für das letztere Verfahren zu erhebende Gebühr angerechnet.

Neben den im Abs. 1 bestimmten Gebühren wird für die in dem Verfahren abgegebene eidesstattliche Versicherung die im § 33 bestimmte volle Gebühr, jedoch nicht mehr als vier Zehnteile des im § 57 bestimmten Gebührensatzes B erhoben. Treten einzelne Erben der bereits von anderen abgegebenen Versicherung bei, so ist die gleiche Gebühr für die Aufnahme ihrer eidesstattlichen Versicherung von ihrem Anteil an dem Nachlasse zu berechnen.

Für die Einziehung oder Kraftlos-Erklärung eines Erbscheins werden, sofern nicht ein neuer Erbschein erteilt ist, drei Zehnteile des im § 57 bestimmten Gebührensatzes B erhoben. Wird demnächst ein neuer Erbschein erteilt, so wird diese Gebühr auf die Gebühr für die Erteilung des Erbscheins angerechnet. Für die Veranstaltung von Ermittelungen über die Richtigkeit eines Erbscheins werden Gebühren nicht erhoben.

Bei der Berechnung der Gebühren wird der Wert des Nachlasses und, wenn der Erbschein nur zur Verfügung über einzelne Gegenstände berechtigt, der Wert dieser Gegenstände nach Abzug der auf dem Nachlaß oder auf diesen Gegenständen haftenden Schulden zu Grunde gelegt. Wird über mehrere Erbfälle ein Erbschein erteilt, so werden die Beträge der mehreren Nachlässe zusammengerechnet. Wird der Erbschein nur über das Erbrecht eines Miterben erteilt, so ist für die Gebührenerhebung nur dessen Erbteil maßgebend.

Wird dem Nachlaßgerichte glaubhaft gemacht, daß der Erbschein nur zur Verfügung über ein Grundstück oder ein im Grundbuch eingetragenes Recht gebraucht werde, und wird beantragt, die Ausfertigung des Erbscheins dem Grundbuchamte zur Aufbewahrung bei dessen Akten zu übersenden, so wird die im Abs. 1 Satz 1 bestimmte Gebühr nur nach dem Werte des Gegenstandes, über den verfügt werden soll, berechnet. Wird demnächst die Erteilung einer Ausfertigung oder einer Abschrift des Erbscheins beantragt, so hat der Antragsteller die nach dem Werte des reinen Nachlasses berechnete Gebühr des Abs. 1 Satz 1 nach Abzug des bereits bezahlten Betrags nachzuentrichten.

Die Vorschriften der Abs. 1 bis 5 finden auf das Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft oder die Ernennung eines Testamentsvollstreckers entsprechende Anwendung; bei der Berechnung der Gebühr für das Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft tritt an die Stelle des Wertes des Nachlasses der halbe Wert des Gesamtguts der fortgesetzten Gütergemeinschaft.

---

§ 82. Für die von einem Rechtsnachfolger von Todeswegen nach den Gesetzen über das Reichsschuldbuch und das Staatsschuldbuch beizubringende Bescheinigung, daß er über die eingetragene Forderung zu verfügen berechtigt ist, sowie für die in den §§ 37, 38 der Grundbuchordnung vorgesehenen Zeugnisse werden drei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr bis zum Höchstbetrage von 10 Mark erhoben. Sind in den Fällen der §§ 37, 38 der Grundbuchordnung die Teilungsurkunden vom Gericht aufgenommen oder bestätigt, so werden für die Zeugnisse Gebühren nicht erhoben.

---

§ 83. Findet die Sicherung eines Nachlasses durch Siegelung oder auf andere Weise statt, so wird für das ganze Verfahren, einschließlich der Anordnungen wegen Aufbewahrung des Nachlasses, Ermittelung der Erben und Auseinandersetzung des Nachlasses an dieselben, der im § 57 bestimmte Gebührensatz B erhoben.

Neben den im Abs. 1 bestimmten Gebühren werden, wenn die Siegelung, Entsiegelung oder Aufnahme des Vermögensverzeichnisses durch das Gericht erfolgt, die im § 49 bestimmten Gebühren erhoben.

---

§ 84. Wird eine Nachlaßverwaltung, eine sonstige Nachlaßpflegschaft oder eine Abwesenheitspflegschaft nach § 88 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit angeordnet, so finden die Vorschriften des sechsten Abschnitts mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Vermögens des

Mündels der Wert des Nachlasses oder des Anteils der Abwesenden zur Zeit der Anordnung tritt und bei der Nachlaßverwaltung ein Abzug der Schulden nicht stattfindet. Auf die Gebühr für die Nachlaßpflegschaft wird die im § 83 Abs. 1 bestimmte Gebühr angerechnet, wenn die Nachlaßpflegschaft zur Sicherung des Nachlasses eingeleitet wird.

---

§ 85. Für das Verfahren zur Feststellung des Erbrechts des Fiskus oder der an seine Stelle tretenden Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes wird die im § 81 für die Erteilung eines Erbscheins bestimmte Gebühr erhoben. Wird auf Grund dieser Feststellung ein Erbschein erteilt, so ist hierfür eine besondere Gebühr nicht zu erheben.

---

§ 86. Für das gesamte Erbteilungsverfahren wird das Dreifache und, soweit das eingeleitete Erbteilungsverfahren nicht durch die Bestätigung der Auseinandersetzung oder durch die Beurkundung einer vertragsmäßigen Auseinandersetzung abgeschlossen wird, das Zweifache des im § 57 bestimmten Gebührensatzes B erhoben. Ein zur Deckung des zweifachen Satzes voraussichtlich ausreichender Betrag kann nach Einleitung des Verfahrens als Vorschuß erhoben werden.

Die Gebühren für Vermögensverzeichnisse, Schätzungen und Versteigerungen werden neben den im Abs. 1 bestimmten Gebühren besonders erhoben. Wird mit einem Dritten vor dem Teilungsgerichte zum Zwecke der Auseinandersetzung ein Vertrag geschlossen, so wird von dem Dritten die Hälfte der nach den Vorschriften des zweiten Abschnitts zu berechnenden Gebühr für die Beurkundung des Vertrags erhoben.

Die Verhandlungen zur Ermittelung und Feststellung der Nachlaßmasse sind in der Gebühr des Abs. 1 mit inbegriffen. Beschränkt sich die Thätigkeit des Gerichts auf diese Verhandlungen, so wird das Zweifache des im § 57 bestimmten Gebührensatzes B erhoben.

Wird die Erbteilung nicht unter Leitung des Gerichts vorgenommen, sondern nur der Erbteilungsvertrag von den Beteiligten zu Protokoll gegeben, so findet die Vorschrift des § 35 Anwendung.

Auf die in den Abs. 1, 3 bestimmten Gebühren finden die Vorschriften des § 55 entsprechende Anwendung.

---

§ 87. Wird die Vermittelung der Auseinandersetzung einem Notar übertragen, so wird ein Zehnteil der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben:

1. für die Entscheidung über den Antrag auf Einleitung des Verfahrens;
2. für die Entscheidung über die Bestätigung der Auseinandersetzung;
3. für die Anordnung einer Beweisaufnahme.

Jede der vorbezeichneten Gebühren wird in jeder Instanz rücksichtlich eines jeden Teiles des Nachlasses nur einmal erhoben. Sind die Gebühren mehrfach von verschiedenen Teilen des Nachlasses anzusetzen, so darf ihr Gesamtbetrag die nach dem Werte des gesamten Nachlasses berechnete Gebühr nicht übersteigen.

Das Gericht kann, wenn der im Artikel 21 Abs. 1 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit bezeichnete Antrag nach dem ersten Verhandlungstermine gestellt wird, von Amtswegen die Erhebung einer besonderen Gebühr beschließen; die Gebühr beträgt ein Zehntel der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes, kann aber vom Gerichte bis auf zwei Hundertteile dieser Sätze herabgesetzt werden. Gegen den Beschluß findet Beschwerde nach Maßgabe der Artikel 4 bis 7 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit statt.

---

§ 88. Die Vorschriften über Erbteilungen sind auf die Auseinandersetzung von Gütergemeinschaften oder sonstigen Gemeinschaften sowie auf die Auseinandersetzung geschiedener Ehegatten entsprechend anzuwenden.

---

§ 89. Für die Entgegennahme von Erklärungen, Anmeldungen und Anzeigen seitens des Nachlaßgerichts, einschließlich der Beurkundung oder Beglaubigung durch das Nachlaßgericht, für die Entgegennahme des Inventars, einschließlich der Anordnung wegen Aufnahme des Inventars durch eine zuständige Behörde oder einen zuständigen Beamten oder Notar, für die Bestimmung oder Ver-

längerung einer Frist durch das Nachlaßgericht, für die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Testamentsvollstrecker vom Nachlaßgerichte zu treffenden Anordnungen sowie für die Abhaltung des Termins zur Leistung des im § 2006 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehenen Offenbarungseids werden fünf Zehnteile des im § 57 bestimmten Gebührensatzes B erhoben. Finden diese Handlungen in Verbindung mit einem in diesem Abschnitte bezeichneten Verfahren statt, so wird eine besondere Gebühr für dieselben nicht erhoben. Im Falle der Anmeldung von Nachlaßforderungen auf Aufforderung eines Miterben wird die Gebühr nur einmal vom Miterben erhoben.

Bei der Berechnung der Gebühren wird, sofern eine vermögensrechtliche Angelegenheit vorliegt, der Wert der Vermögensmasse nach Abzug der Schulden zu Grunde gelegt.

---

§ 90. Soweit nicht vorstehend ein Anderes bestimmt ist, werden in den unter diesen Abschnitt fallenden Angelegenheiten die Gebühren von dem Betrage der den Gegenstand des Verfahrens bildenden Vermögensmasse ohne Abzug der Schulden berechnet.

Betrifft ein Verfahren mehrere im Zusammenhange stehende Massen, so werden die Werte derselben zusammengerechnet. Die nach dem Gesamtwerte berechnete Gebühr wird auf die einzelnen Massen nach Verhältnis des Wertes derselben verteilt. Wird die Teilung des Nachlasses eines Ehegatten, welcher in einer Gütergemeinschaft gelebt hat, mit der Auseinandersetzung der Gütergemeinschaft verbunden, so wird bei der Anwendung der Vorschriften dieses Absatzes der Wert der gütergemeinschaftlichen Masse nur zur Hälfte und, sofern dem überlebenden Ehegatten von der gütergemeinschaftlichen Masse ein anderer Bruchteil als die Hälfte zufällt, zu diesem Bruchteil in Ansatz gebracht.

Werden nur einzelne Teile der Masse von den in diesem Abschnitte bezeichneten Gattungen von Geschäften berührt, so werden die Gebühren nur nach dem Werte dieser Teile berechnet.

Sechster Abschnitt.

Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts.

Bei Pflegschaften oder Beistandschaften, die nur zur Wahrnehmung einzelner Geschäfte eingeleitet werden und bei sonstigen Fällen des Eingreifens des Vormundschaftsgerichtes im Interesse eines unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes (z. B. Genehmigung des Gerichts zum Betrieb eines Erwerbsgeschäftes durch den Minderjährigen, Anordnung des Gerichtes über die Erziehung von Kindern geschiedener Eltern) wird eine Gebühr nach Tabelle I Spalte 3 erhoben.

Bei Pflegschaften oder Beistandschaften anderer Art (Abwesenheitspflegschaften, Vermögenspflegschaften und andere) und bei Vormundschaften werden zwei Arten Gebühren erhoben:

Eine jährliche Gebühr in den Fällen, in denen dem Vormundschaftsgericht über die Vermögensverwaltung Rechnung gelegt werden muß, und zwar von je 400 Mark des Mündelvermögens zehn Pfennige (Tabelle VI Spalte 2).

Außerdem wird bei Beendigung der Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft eine Gebühr, und zwar eine Mark von je 400 Mark des Mündelvermögens erhoben (Tabelle VI Spalte 1).

Bei gewissen einzelnen Handlungen des Vormundschaftsgerichtes, die der § 94 des Gesetzes aufzählt, z. B. bei Volljährigkeitserklärungen eines nicht unter Vormundschaft stehenden Minderjährigen, wird eine Gebühr nach Tabelle VII Spalte 4 erhoben.

Weitere eingehende Bestimmungen finden sich in den §§ 93 und 95 des Gesetzes.

§ 91. Bei den zur Wahrnehmung einzelner Geschäfte eingeleiteten Pflegschaften oder Beistandschaften sowie im Falle einer sonstigen Fürsorge für ein unter elterlicher Gewalt stehendes Kind, insbesondere im Falle der Genehmigung eines Rechtsgeschäfts oder im Falle einer Verfügung nach den §§ 112, 1631, 1635, 1636, 1645, 1665, 1677, 2282 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, ist nach dem Werte des Gegenstandes die im § 33 bestimmte Gebühr zu erheben.

Diese Gebühr kommt jedoch nur insoweit zum Ansatz, als nicht rücksichtlich der Personen, in deren Interesse ein Pfleger oder Beistand bestellt oder eine sonstige Fürsorgethätigkeit ausgeübt wird, eine Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft eingeleitet oder einzuleiten ist, auf welche die Bestimmungen des § 92 Anwendung finden.

---

§ 92. 1. Bei anderen Pflegschaften oder Beistandschaften und bei Vormundschaften ist von dem Vermögen des Mündels, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes, auf welches sich die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft erstreckt, von je 400 Mark eine Mark zu erheben.

2. Außerdem sind, soweit über die Verwaltung des Vermögens dem Vormundschaftsgerichte Rechnung gelegt werden muß, jährlich von je 400 Mark des Vermögens 10 Pfennig zu erheben. Dabei wird das angefangene Kalenderjahr sowohl am Anfang als auch am Ende der Verwaltung voll gerechnet.

3. Bei der Berechnung des Betrags des Vermögens werden die Schulden in Abzug gebracht.

4. Die Vorschriften der Nr. 1 bis 3 finden auch auf die vorläufige Vormundschaft Anwendung. Endigt die vorläufige Vormundschaft, weil auf Grund der erfolgten Entmündigung ein Vormund bestellt wird, so gelten die vorläufige und die endgültige Vormundschaft als ein Verfahren.

---

§ 93. Bei keinem Mündel, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kinde darf der Gesamtbetrag der nach dem § 91 und dem § 92 Nr. 1 zu erhebenden Gebühren denjenigen Betrag übersteigen, der nach § 92 Nr. 1 im Falle der Vormundschaft zu erheben ist.

---

§ 94. Drei Zehnteile der Sätze des § 3 des Deutschen Gerichtskostengesetzes werden erhoben:

1. für Volljährigkeitserklärungen, wenn der Minderjährige nicht unter Vormundschaft steht;
2. für die Ersetzung der elterlichen Einwilligung zur Eingehung der Ehe oder der Einwilligung der Mutter zur Ehelichkeitserklärung;
3. für Entscheidungen, betreffend den Unterhalt der Kinder nach § 1612 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;
4. für die Uebertragung der Ausübung der elterlichen Gewalt an die Mutter (§ 1685 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);
5. für die Ersetzung der Zustimmung anteilsberechtigter Abkömmlinge zu Rechtsgeschäften des überlebenden Ehegatten im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft;
6. für die Thätigkeit des Vormundschaftsgerichts im Falle der Verheiratung des Vaters oder der Mutter sowie für die nach den §§ 1639 Abs. 1, 1640 Abs. 2, 1653, 1666, 1667, 1668, 1670, 1760 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu treffenden Anordnungen;
7. für Entscheidungen, welche die persönlichen Rechtsbeziehungen der Ehegatten zu einander oder das eheliche Güterrecht betreffen;
8. für sonstige Verfügungen des Vormundschaftsgerichts, die sich nicht auf

Mündel, Pflegebefohlene oder unter elterlicher Gewalt stehende Kinder beziehen.

Zahlungspflichtig ist in den Fällen unter Nr. 4, 6 der Vater oder die Mutter.

Hat eine Rechnungslegung stattzufinden, so werden neben der im Abs. 1 bestimmten Gebühr die Gebühren des § 92 Nr. 2 erhoben.

---

§ 95. Für Verhandlungen und Verfügungen, welche von den Vormundschaftsgerichten als solchen oder behufs Sicherung, Verwaltung oder Beaufsichtigung des Vermögens des Mündels, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes von den Nachlaßgerichten vorgenommen oder erlassen werden, ingleichen für die Auseinandersetzungen über den Nachlaß des Vaters oder der Mutter oder desjenigen, durch dessen Tod die Vormundschaft, Pflegschaft oder Beistandschaft nötig geworden ist, einschließlich des Erbbescheinigungsverfahrens, dürfen bei Vormundschaften, Pflegschaften und Beistandschaften neben den in den §§ 91, 92 bestimmten Gebühren nur die im § 94 bestimmten Gebühren, bare Auslagen und die Kosten eines etwa gerichtlich aufgenommenen Vermögensverzeichnisses angesetzt werden.

Sind bei einzelnen Geschäften, für welche dem Mündel, Pflegebefohlenen oder unter elterlicher Gewalt stehenden Kinde besondere Kosten nicht angesetzt werden dürfen, andere Personen beteiligt, so müssen diese die für solche Geschäfte in anderen Fällen bestimmten Kosten nach dem Verhältnis ihres Anteils entrichten.

Die Vorschrift des § 11 des Gesetzes, betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder, vom 13. März 1878 (Gesetz-Samml. S. 132) bleibt unberührt.

Siebenter Abschnitt.

Fideikommisse, Stiftungen und Vermögensverwaltungen.

Für Beaufsichtigung von Fideikommissen und Stiftungen wird im allgemeinen jährlich eine Gebühr nach Tabelle I Spalte 6 erhoben.

Findet aber beim Gericht eine Rechnungslegung über die Vermögensverwaltung statt, so wird die jährliche Gebühr nach Tabelle VIII berechnet.

Eine besondere jährliche Gebühr nach Tabelle VII Spalte 3 wird noch erhoben, wenn dem Gerichte die Aufsicht über die Verwaltung eines Grundstückes obliegt.

§ 96. 1. Für die Beaufsichtigung von Fideikommissen und Stiftungen werden jährlich nach dem Betrage des Vermögens (§ 92 Nr. 3) drei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben. Dabei wird das angefangene Kalenderjahr sowohl am Anfang als auch am Ende der Beaufsichtigung voll gerechnet.

2. Soweit bei dem Gericht eine Rechnungslegung über die Verwaltung des Vermögens stattfindet, werden jährlich statt der in Nr. 1 bestimmten Gebühr von je 1000 Mark des Vermögens (§ 92 Nr. 3) erhoben

bis 10000 Mark	1,50 Mark,
von dem Mehrbetrage bis 20000 Mark	1,00 „
„ „ „ „ 50000 „	0,50 „

Von dem Mehrbetrag über 50000 Mark werden von je 2000 Mark 50 Pfennig erhoben. Der Mindestbetrag dieser Gebühr ist 5 Mark.

3. Liegt dem Gerichte die Aufsicht über die Verwaltung eines Grundstücks ob, so werden hierfür noch besonders nach dem Betrage der Einkünfte, welche nach Be-

richtigung der Verwaltungskosten und der auf dem Grundstücke haftenden Lasten und Abgaben verbleiben, für jedes Rechnungsjahr fünf Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben. Diese Bestimmung findet auf andere Fälle einer Vermögensverwaltung entsprechende Anwendung.

§ 97. Neben den im § 96 bestimmtem Gebühren werden für die Beurkundung einzelner Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit die dafür bestimmten Gebühren und Stempel besonders in Ansatz gebracht.

Achter Abschnitt.

Sonstige Angelegenheiten.

Der achte Abschnitt im ersten Teil des Preußischen Gerichtskostengesetzes setzt die Gebühren für einige gerichtliche Handlungen fest, welche nicht unter die anderen Abschnitte fallen. Es sind dies unter anderen:

Gerichtliche Dispensation von Ehehindernissen: Gebühr nach Tabelle VII Spalte 4 (§ 98),

gerichtliche Entgegennahme und öffentliche Beglaubigung einer Erklärung über den Familiennamen (Artikel 68 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch): Gebühr nach Tabelle VII Spalte 4 (§ 98),

gerichtliche Bestätigung eines Adoptionsvertrages: Gebühr nach Tabelle I Spalte 4 (§ 99),

gerichtliche Genehmigung einer Familienstiftung, sofern die Stiftungsurkunde nicht vom genehmigenden Gericht aufgenommen ist: Gebühr nach Tabelle I Spalte 3 (§ 100),

gerichtliche Anordnungen über den Verkauf von Pfändern und anderen Gegenständen oder über die Hinterlegung derselben: Gebühr nach Tabelle VII Spalte 4 (§ 101),

das vom Registergericht eingeleitete Ordnungsstrafverfahren zur Erzwingung der Anmeldungen zum Register, der Zeichnung der Unterschrift oder der Einreichung von Schriftstücken, ferner das Ordnungsstrafverfahren gegen Vorstandsmitglieder oder Liquidatoren der Aktiengesellschaften oder gegen die persönlich haftenden Gesellschafter von Kommanditgesellschaften: Gebühr nach Tabelle VII Spalte 2 (§ 103),

gerichtliche Ernennung von Liquidatoren und Revisoren, Ermächtigung zur Berufung einer Generalversammlung, Auflösung einer Genossenschaft, deren Mitgliederzahl unter sieben gesunken ist und ähnliche Angelegenheiten: Gebühr nach Tabelle VII Spalte 4 (§ 104),

gerichtliches Verfahren, betreffend den Austritt aus der Kirche oder einer Synagogengemeinde: Gebühr drei Mark (§ 107),

gerichtliche Geschäfte, für welche weder reichsgesetzlich noch landes-

gesetzlich eine Gebühr bestimmt ist: Gebühr nach Tabelle I Spalte 6 (§ 108).

§ 98. Für die gerichtliche Bewilligung der Befreiung von Erfordernissen der Eheschließung, für die gerichtliche Bewilligung von sonstigen Befreiungen sowie für die Entgegennahme einer Erklärung über den Familiennamen, einschließlich der Beurkundung oder Beglaubigung, werden drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.

§ 99. Für die Bestätigung des Vertrags, durch welchen jemand an Kindesstatt angenommen oder das durch die Annahme an Kindesstatt begründete Rechtsverhältnis wieder aufgehoben wird, werden fünf Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben. Ist der Betrag von dem zur Bestätigung zuständigen Gerichte beurkundet, so werden für die Bestätigung besondere Gebühren nicht erhoben.

§ 100. Für die Genehmigung einer Familienstiftung wird die im § 33 bestimmte Gebühr erhoben. Diese Gebühr bleibt außer Ansatz, wenn die Stiftungsurkunde von dem genehmigenden Gericht aufgenommen ist.

§ 101. Für Anordnungen über den Verkauf oder die Hinterlegung von Pfändern und anderen Gegenständen sowie für die Bestellung eines Dispacheurs oder eines Verwahrers, einschließlich der Bestimmung seiner Vergütung, werden drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben. Dasselbe gilt von Anordnungen, welche die Feststellung des Zustandes oder Wertes von unbeweglichen oder beweglichen Sachen zum Gegenstande haben; findet eine Beweiserhebung seitens des Gerichts durch Einnahme des Augenscheins, Vernehmung von Zeugen oder Sachverständigen statt, so werden daneben zwei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.

§ 102. Wird bei dem Gericht eine Verhandlung über die vom Dispacheur aufgemachte Dispache beantragt, so sind für das gesamte Verfahren drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes zu erheben. Als Wert des Gegenstandes ist anzusehen der Betrag des Havereischadens, wenn jedoch der Wert des Geretteten an Schiff, Fracht und Ladung geringer ist, dieser geringere Betrag. Wird die Dispache bestätigt, so haften die am Verfahren Beteiligten für die Kosten als Gesamtschuldner.

§ 103. In dem nach den §§ 132 bis 139 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit eintretenden Verfahren werden in jeder Instanz die Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben

1. für die Festsetzung der Ordnungsstrafe;
2. für die Verhandlung in den nach § 134 anberaumten Terminen;
3. für die Anordnung einer Beweisaufnahme.

Die Gebühr für die Anordnung einer Beweisaufnahme wird nur zur Hälfte erhoben, wenn die Beweisaufnahme weder ganz noch teilweise stattgefunden hat. Die vorstehend bestimmten Gebühren werden in jedem Verfahren nur einmal erhoben. Jede Wiederholung der Ordnungsstrafe gilt als ein besonderes Verfahren.

Als Wert des Streitgegenstandes ist die Höhe der festgesetzten Ordnungsstrafe anzusehen.

Für die Androhung von Strafen werden Gebühren nicht erhoben.

Die Vorschriften der Abs. 1 bis 4 finden auf andere Fälle der Festsetzung von Ordnungsstrafen, insbesondere nach § 151 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, entsprechende Anwendung.

§ 104. Soweit nicht in diesem Gesetz oder reichsgesetzlich ein Anderes bestimmt ist, werden für die Erledigung der im Handelsgesetzbuch, in dem Genossenschaftsgesetz und dem Gesetze, betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, den Gerichten zugewiesenen, von den Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffenen Angelegenheiten, welche eine Entscheidung des Gerichts erfordern, sowie von Angelegenheiten ähnlicher Art drei Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.

§ 105. In den nach der Gemeinheitsteilungsordnung vom 19. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 371) zu behandelnden Teilungen und Ablösungen in den Landesteilen des linken Rheinufers werden nur Schreibgebühren und sonstige bare Auslagen erhoben. Ist über Streitigkeiten Einzelner von dem Landgerichte zu entscheiden, so finden auf das hierauf bezügliche Verfahren die Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes Anwendung.

§ 106. Für die Erledigung des Ersuchens eines nicht Preußischen Gerichts in Angelegenheiten, welche durch das Deutsche Gerichtskostengesetz nicht betroffen werden, sind außer den baren Auslagen zu erheben:

1. wenn eine Handlung vorgenommen wird, für welche besondere Gebühren bestimmt sind, diese Gebühren;
2. wenn nur um die Zustellung oder Aushändigung eines Schriftstücks ersucht ist, ein Zehnteil der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes, jedoch nicht über 10 Mark;
3. in allen anderen Fällen zwei Zehnteile der erwähnten Sätze, jedoch nicht über 20 Mark.

Die bestehenden Staatsverträge werden hierdurch nicht berührt. Gebühren und Auslagen werden nicht erhoben, soweit die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, entscheidet der Justizminister.

§ 107. In dem Verfahren, betreffend den Austritt aus der Kirche oder einer Synagogengemeinde, wird eine Gebühr von drei Mark erhoben.

§ 108. Ist für ein gerichtliches Geschäft eine Gebühr weder reichsgesetzlich noch in diesem Gesetze bestimmt, so werden drei Zehnteile der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben.

Neunter Abschnitt.

Gemeinschaftliche Bestimmungen für die Abschnitte 2 bis 8.

Der neunte Abschnitt im ersten Teil des Preußischen Gerichtskostengesetzes giebt gemeinschaftliche Bestimmungen für die Abschnitte 2 bis 8 über Gebühren für Auf- und Annahme von Gesuchen, Anträgen oder Beschwerden, im Falle der Zurücknahme eines Antrags, sowie der Zurückweisung eines unbegründeten oder unzulässigen Antrages, für die Entscheidung in der Beschwerdeinstanz (§ 109).

Er enthält ferner Vorschriften über die Gebühren für die Erteilung beglaubigter Abschriften aus den Gerichtsakten und für Erteilung von Bescheinigungen oder beglaubigten Abschriften aus gerichtlichen Registern (§ 110), über die Gebühr für einen durch Säumnis einer Partei oder eines Zeugen oder Sachverständigen vereitelten Termin (§ 111) und Aehnliches.

§ 109. 1. Die Auf- und Annahme von Gesuchen, Anträgen oder Beschwerden erfolgt gebührenfrei. In Grundbuchsachen und in Schiffspfandsachen findet diese Vorschrift bezüglich derjenigen Anträge keine Anwendung, welche zur Herbeiführung einer Eintragung oder Löschung in beglaubigter Form gestellt werden müssen. Die Aufnahme von Anträgen und Erklärungen nach § 11 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ist auch in Angelegenheiten, für welche Gerichte eines anderen Bundesstaats zuständig sind, gebührenfrei, sofern die Gegenseitigkeit verbürgt ist. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, entscheidet der Justizminister.

2. Soweit nicht besondere Vorschriften

getroffen sind, ist im Falle der Zurücknahme eines Antrags, bevor auf denselben eine Entscheidung erlassen ist oder die beantragte Verhandlung stattgefunden hat, sowie für die Zurückweisung unbegründeter oder unzulässiger Anträge eine Gebühr zu erheben, deren Höhe sich nach der Gebühr, welche für die beantragte Verhandlung oder Entscheidung zu erheben gewesen wäre, richtet, und zwar werden erhoben im Falle der Zurücknahme drei Zehnteile dieser Gebühr, jedoch höchstens 6 Mark, für die Zurückweisung fünf Zehnteile, jedoch höchstens 10 Mark.

3. Für die Entscheidung in der Beschwerdeinstanz, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens, wird, wenn die Beschwerde als unbegründet oder unzulässig verworfen wird, dieselbe Gebühr, welche für die beantragte Verhandlung oder Entscheidung zu erheben gewesen wäre, jedoch mindestens 1 Mark und höchstens 20 Mark, erhoben. Auf Beschwerden in Rechtssachen, für welche in erster Instanz Gebührenfreiheit besteht, insbesondere auf Beschwerden der im § 27 bezeichneten Art, finden die Vorschriften der §§ 45, 46 des Deutschen Gerichtskostengesetzes mit der Maßgabe Anwendung, daß die Gebühr für die Zurücknahme 6 Mark, die Gebühr für die Verwerfung der Beschwerde 20 Mark nicht übersteigen darf. Als Beschwerde im Sinne dieses Gesetzes ist auch die Anrufung einer Entscheidung des Landgerichts nach Artikel 51 Abs. 2 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit anzusehen.

---

§ 110. Auf die Erteilung beglaubigter Abschriften aus den Gerichtsakten finden, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, die Vorschriften des § 51 Anwendung.

Soweit für die Erteilung von Bescheinigungen oder beglaubigten Abschriften aus gerichtlichen Registern eine Gebühr nicht bestimmt ist, wird neben den Schreibgebühren der tarifliche Stempel erhoben.

---

§ 111. Für einen durch Säumnis einer Partei oder eines Zeugen oder Sachverständigen vereitelten Termin wird eine vom Gerichte festzusetzende Gebühr, welche mindestens auf 1 Mark und höchstens auf 20 Mark zu bemessen ist, in Ansatz gebracht. Diese Gebühr nebst den entstandenen baren Auslagen fällt dem Säumigen zur Last.

Die Bestimmungen des ersten Ansatzes bleiben außer Anwendung, soweit gegen einen säumigen Zeugen oder Sachverständigen Zwangsmaßregeln nach Maßgabe der Vorschriften der Deutschen Civilprozeßordnung oder der Deutschen Strafprozeßordnung zulässig sind.

---

§ 112. Auf die Entscheidung über die Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung sind in allen Fällen die Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes anzuwenden. Das Gleiche gilt von der gerichtlichen Festsetzung der einem Beteiligten zu erstattenden Kosten, von Zeugnissen über die Rechtskraft sowie von gerichtlichen Vollstreckungshandlungen nach Artikel 17 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Zehnter Abschnitt.

Auslagen.

Neben den Gebühren werden bare Auslagen erhoben, und zwar:

1. die Schreibgebühren (§ 114);
2. die Postgebühren einschließlich der Telegraphengebühren;
3. die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten;
4. die an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Gebühren;
5. die bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle den Gerichts-

beamten zustehenden Tagegelder, Reisekosten und Kommissionsgebühren (§§ 115 und 116);

6. die an andere Behörden oder Beamte oder an Rechtsanwälte für deren Thätigkeit zu zahlenden Beträge, insbesondere auch die an Dorf-, Feld- oder Ortsgerichte zu zahlenden Beträge;
7. die Rechnungsgebühren (§ 117);
8. die Kosten eines Transports von Personen oder Sachen;
9. die Heilkosten.

Auslagen werden auch dann erhoben, wenn die gerichtliche Handlung gebührenfrei ist.

§ 113. An baren Auslagen werden erhoben:

1. die Schreibgebühren;
2. die Postgebühren einschließlich der Telegraphengebühren;
3. die durch Einrückung einer Bekanntmachung in öffentliche Blätter entstehenden Kosten;
4. die an Zeugen und Sachverständige zu zahlenden Gebühren;
5. die bei Geschäften außerhalb der Gerichtsstelle den Gerichtsbeamten zustehenden Tagegelder, Reisekosten und Kommissionsgebühren (§ 116);
6. die an andere Behörden oder Beamte oder an Rechtsanwälte für deren Thätigkeit zu zahlenden Beträge, insbesondere auch die an Dorf-, Feld- oder Ortsgerichte zu zahlenden Beträge;
7. die Rechnungsgebühren;
8. die Kosten eines Transports von Personen oder Sachen;
9. die Haftkosten.

---

§ 114. Schreibgebühren werden für Ausfertigungen und Abschriften erhoben.

Die Schreibgebühr beträgt für die Seite, welche mindestens zwanzig Zeilen von durchschnittlich zwölf Silben enthält, zehn Pfennig, auch wenn die Herstellung auf mechanischem Wege stattgefunden hat. Jede angefangene Seite wird voll berechnet. Die auf die besondere Ausstattung einer Urkunde verwendeten Auslagen, insbesondere diejenigen, welche durch Verwendung von Pergamentpapier entstehen, sind besonders zu erstatten.

Neben den Schreibgebühren ist für Ausfertigungen oder beglaubigte Abschriften stempelpflichtiger Urkunden der tarifmäßige Stempel zu erheben, falls die Ausfertigungen oder Abschriften nur infolge eines auf die Erteilung gerichteten Antrags erteilt werden. Ist die Urkunde nach den Vorschriften der Stempelgesetze stempelpflichtig, so wird die Erhebung des Stempels für Ausfertigungen und beglaubigte Abschriften dadurch nicht ausgeschlossen, daß nach den Vorschriften dieses Gesetzes der Stempel außer Ansatz geblieben ist.

---

§ 115. 1. Ist ein und dieselbe Reise durch mehrere Geschäfte veranlaßt, so werden die Tagegelder und Reisekosten der Gerichtspersonen gleichmäßig nach der Zahl der Geschäfte auf dieselben verteilt und nur die entsprechenden Teilbeträge von den Zahlungspflichtigen erfordert. In den Fällen des zweiten Abschnitts ist jedoch mindestens die im § 53 bestimmte Gebühr zu erheben. Die Zahlungspflichtigen haften in allen Fällen als zweite Schuldner für die einem andern zur Last fallenden Teilbeträge bis zur Höhe der Tagegelder und Reisekosten, welche bei abgesonderter Ausführung des Geschäfts entstanden wären.

Sind mehrere Geschäfte auf derselben Reise an verschiedenen Orten ausgerichtet, so werden die Reisekosten auf die mehreren Geschäfte, durch welche die Reise veranlaßt ist, nach Verhältnis derjenigen Beträge verteilt, welche bei abgesonderter Erledigung jedes dieser Geschäfte an Reisekosten entstanden wären.

2. Zu den Reisekosten im Sinne dieses Gesetzes sind auch die im § 3 Abs. 2 der Verordnung vom 24. Dezember 1873, betreffend die den Justizbeamten bei Dienstgeschäften außerhalb des Gerichtsorts zu gewährenden Tagegelder und Reisekosten,

(Gesetz-Samml. 1874 S. 2) bezeichneten Fuhrkosten zu rechnen.

3. Insoweit die Reisen im Interesse der Gerichtsverwaltung, insbesondere wegen eintretender Behinderung eines Beamten, erfolgen müssen, wird von den Parteien nichts erhoben.

---

§ 116. Für die von einer Partei beantragte Errichtung eines Testaments oder eines Erbvertrags außerhalb der Gerichtsstelle steht in den Fällen, in welchen die Gerichtspersonen Tagegelder und Reisekosten nicht beziehen, dem Richter eine Entschädigung von 6 Mark und dem Gerichtsschreiber eine solche von 4 Mark zu (Kommissionsgebühren).

Diese Entschädigungen sind, sofern die Gerichtspersonen den Weg nach dem in dem Antrage bezeichneten Orte angetreten haben, auch dann zu zahlen, wenn es zur Ausführung des beantragten Geschäfts aus einem in der Person des Antragstellers liegenden Grunde nicht gekommen ist.

---

§ 117. Für Rechnungsarbeiten, welche durch einen zur Anfertigung derselben bestellten Beamten vorgenommen werden, ist eine Stundengebühr zu erheben, welche unter Berücksichtigung des Wertes des Gegenstandes auf 60 Pfennig bis 2 Mark für die Stunde zu bemessen ist. Dieselbe wird nach der Zahl der Stunden berechnet, welche für die Arbeit erforderlich waren. Wurde mit Unterbrechungen gearbeitet, so wird die notwendig gewordene Arbeitszeit zusammengerechnet. Mit dieser Maßgabe gilt eine angefangene Stunde als eine volle Stunde.

In Vormundschaftssachen werden Rechnungsgebühren für die Prüfung eingereichter Rechnungen oder Vermögensübersichten nur erhoben, wenn der in der Rechnung nachgewiesene Betrag der Einnahme die Summe von 300 Mark übersteigt oder wenn die Vermögensübersicht einen Vermögensbestand nach Abzug der Schulden von mehr als 15000 Mark ergiebt.

Die Festsetzung der Rechnungsgebühren erfolgt durch das Gericht. Beschwerden werden im Aufsichtsweg erledigt.

---

§ 118. Für die von Amtswegen bewirkten Zustellungen werden bare Auslagen nur dann erhoben, wenn die Zustellung durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern oder im Ausland erfolgt. Die Erhebung der Schreibgebühr für die Ausfertigungen und Abschriften des zuzustellenden Schriftstücks wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

Zweiter Teil.

Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

Die Kosten in den Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit werden in der weitaus größten Mehrzahl der Fälle nach den Vorschriften der Reichskostengesetze berechnet. Durch das Preußische Gerichtskostengesetz wird nur das Verfahren vor einer Anzahl besonderer Gerichte, wie dem Geheimen Justizrat, den Rheinschiffahrtsgerichten, den Elbzollgerichten, den Königlichen Gewerbegerichten in der Rheinprovinz und den Auseinandersetzungsbehörden geregelt (§ 120), nach dem Preußischen Gerichtskostengesetz werden ferner die Kosten in einigen besonderen Verfahrensarten berechnet, wie in Feld- und Forst-

rügesachen (§ 121), im Verteilungsverfahren im Falle einer Enteignung oder der Beschädigung eines Grundstücks durch Bergbau (§ 122), im Disziplinarverfahren (§ 123) und bei der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens und der Zwangsliquidation einer Bahneinheit (§§ 124 bis 136).

§ 119. Die Vorschriften der §§ 8, 10, 13, 16, 17, 30, 31, 115 finden auch in den Angelegenheiten der streitigen Gerichtsbarkeit Anwendung. In dem Verfahren der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens sowie der Zwangsliquidation einer Bahneinheit finden alle Vorschriften des ersten und zehnten Abschnitts des ersten Teiles Anwendung.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten beginnt die Verjährung der Gerichtskosten mit dem Schlusse desjenigen Jahres, in welchem das Verfahren durch unbedingte Entscheidung über die Kosten, durch Vergleich oder Zurücknahme oder anderweite Erledigung beendigt ist. Im Sinne dieser Bestimmung gilt das Verfahren als erledigt, wenn seit der letzten Prozeßhandlung des Gerichts zwei Jahre verflossen sind, ohne daß ein Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens gestellt wäre. Wird das Verfahren während des Laufes der Verjährungsfrist wieder aufgenommen, so wird hierdurch die Verjährung unterbrochen.

Während der Dauer einer Vormundschaft können ohne Rücksicht auf die Höhe des Vermögens eines Mündels aus demselben außer den im § 10 Nr. 1 bezeichneten Kosten auch die Kosten eines Konkurs- oder Zwangsversteigerungsverfahrens sowie eines Aufgebots der Nachlaßgläubiger erhoben werden, sobald sich eine Unzulänglichkeit der Konkurs- oder Nachlaßmasse oder des Erlöses der Zwangsversteigerung zur Befriedigung der Gläubiger und Berichtigung der Kosten ergiebt.

---

§ 120. Das Deutsche Gerichtskostengesetz und die Vorschriften des § 119 finden, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, Anwendung auf die vor die ordentlichen oder vor besondere Gerichte gehörigen Rechtssachen, für welche die Deutsche Civilprozeßordnung oder die Deutsche Strafprozeßordnung kraft landesgesetzlicher Vorschrift maßgebend sind.

Auf die Kosten für das Verfahren vor den Königlichen Gewerbegerichten in der Rheinprovinz finden die Bestimmungen der §§ 57 bis 59 des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1890, betreffend die Gewerbegerichte, (Reichs-Gesetzbl. S. 141) Anwendung.

Die Vorschriften des § 96 des Gesetzes vom 18. Februar 1880, betreffend das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten (Gesetz-Samml. S. 59), bleiben unberührt.

---

§ 121. Die auf die Kosten in Strafsachen bezüglichen Vorschriften des Deutschen Gerichtskostengesetzes finden auf die nach dem Gesetze vom 15. April 1878, betreffend den Forstdiebstahl, (Gesetz-Samml. S. 222) zu behandelnden Strafsachen mit folgenden Maßgaben Anwendung:

1. Ist nicht auf Grund der §§ 6, 8 des Gesetzes vom 15. April 1878 auf Strafe erkannt worden, so werden für jede Instanz, in welcher eine Hauptverhandlung stattgefunden hat, vier Zehnteile der Sätze des § 62 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben.
2. Ist in Fällen, in welchen der Erlaß des Strafbefehls zulässig ist, ohne Erlaß eines solchen zur Hauptverhandlung geschritten und die Verurteilung auf sofortiges Geständnis ohne Beweisaufnahme erfolgt, so werden in erster Instanz zwei Zehnteile der Sätze des § 62 erhoben.
3. Ist nach § 17 des Gesetzes vom 15. April 1878 durch Strafbefehl oder Urteil auf die Einziehung von Holz erkannt, so ist der Wert des Holzes an Stelle der Strafe für die Höhe der Gebühr maßgebend, die Gebühr beträgt jedoch in jeder Instanz höchstens fünf Mark.

---

§ 122. Auf ein Verteilungsverfahren im Falle einer Enteignung (Artikel 53, 54, 109 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch) oder der Beschädigung eines Grundstücks durch Bergbau finden die Vorschriften über ein Verteilungsverfahren im Falle der Zwangsvollstreckung entsprechende Anwendung. Wird der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens zurückgewiesen oder wird er zurückgenommen, ehe die Eröffnung des Verfahrens verfügt ist, so wird ein Zehnteil der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr nach dem den Gegenstand des Verfahrens bildenden Gesamtbetrag und, wenn ein Berechtigter der Antragsteller ist und der von diesem Berechtigten beanspruchte Betrag geringer ist als der Gesamtbetrag, nach dem Betrage des Anspruchs erhoben.

§ 123. In den im Disziplinarverfahren verhandelten Sachen werden nur bare Auslagen erhoben.

Zweiter Abschnitt.

Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens. Zwangsliquidation einer Bahneinheit.

Für den Antrag auf Anordnung der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung oder der Zwangsliquidation wird die Gebühr nach Tabelle VII Spalte 5 berechnet, wird der Antrag aber zurückgenommen, bevor eine gebührenpflichtige Entscheidung ergeht, nur nach Tabelle VII Spalte 8 (§ 124).

Im Laufe des Zwangsversteigerungsverfahrens werden ferner folgende Gebühren erhoben:

für den Erlaß der Bekanntmachung des Versteigerungstermins nach Tabelle IX Spalte 2,

für die Abhaltung des ersten Versteigerungstermins dieselbe Gebühr,

für die Abhaltung jedes ferneren Versteigerungstermins nach Tabelle IX Spalte 3,

für das Verteilungsverfahren nach Tabelle IX Spalte 1,

für den Beschluß, durch den der Zuschlag erteilt wird (früher Zuschlagsurteil), nach Tabelle I Spalte 1 (§§ 125 bis 129).

Im Laufe des Zwangsverwaltungsverfahrens wird in jedem Verwaltungsjahre eine Gebühr nach Tabelle VII Spalte 2 erhoben (§ 130).

In der Beschwerdeinstanz ist für die Entscheidung eine Gebühr nach Tabelle VII Spalte 4 zu zahlen, falls die Beschwerde als unzulässig verworfen oder zurückgewiesen wird, wird aber die Beschwerde vor der Entscheidung zurückgenommen, so wird nur eine Gebühr nach Tabelle VII Spalte 7 erhoben.

§ 124. Zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr werden erhoben für die Entscheidung, einschließlich des vorangegangenen Verfahrens, über Anträge auf Anordnung der Zwangsversteigerung, der

Zwangsverwaltung und der Zwangsliquidation. Ist ein Gläubiger der Antragsteller, so werden die Gebühren nach dem Betrage der einzuziehenden Forderungen nebst den miteinzuziehenden Zinsen berechnet; im übrigen werden die Gebühren nach der Hälfte des Wertes des Gegenstandes der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung oder der Zwangsliquidation berechnet. Bei Gegenständen, welche der Grundsteuer oder der Gebäudesteuer unterliegen, ist der Wert auf den vierzigfachen Betrag des staatlich ermittelten Grundsteuerreinertrags und den fünfundzwanzigfachen Betrag des staatlich ermittelten Gebäudesteuernutzungswerts zu bestimmen. In den Hohenzollernschen Landen ist an Stelle des nach der Grund- und Gebäudesteuer zu berechnenden Wertes der Grundsteueranschlag maßgebend.

Wird der Antrag zurückgenommen, ehe eine gebührenpflichtige Entscheidung ergangen ist, so wird ein Zehnteil der im Abs. 1 bestimmten Gebühr erhoben. Im Falle einer teilweisen Zurücknahme wird diese Gebühr nur insoweit erhoben, als die im Abs. 1 bestimmte Gebühr sich erhöht haben würde, wenn die Entscheidung auf den zurückgenommenen Teil erstreckt worden wäre.

---

§ 125. In dem Verfahren der Zwangsversteigerung werden erhoben:

1. für den Erlaß der Bekanntmachung des Versteigerungstermins zwei Zehnteile,
2. für die Abhaltung des ersten Versteigerungstermins zwei Zehnteile,
3. für die Abhaltung eines jeden Versteigerungstermins nach Abhaltung des ersten ein Zehnteil,
4. für das Verteilungsverfahren fünf Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr.

Bei Gegenständen von mehr als 100000 Mark steigen die ferneren Wertklassen um je 3000 Mark und die Gebühren um je 10 Mark.

Die Gebühr für den Erlaß der Bekanntmachung des Versteigerungstermins wird nur einmal erhoben. Wird jedoch nach Abhaltung des bekannt gemachten Termins ein neuer Termin bekannt gemacht, so wird ein Zehnteil der bezeichneten Gebühr erhoben (§ 8 a. a. O.).

Die Bekanntmachung des Versteigerungstermins gilt als erlassen, wenn sie zur Veröffentlichung oder an einen der Beteiligten abgesandt worden ist.

Der Versteigerungstermin gilt als abgehalten, wenn in demselben nach Feststellung der Versteigerungsbedingungen zur Abgabe von Geboten aufgefordert worden ist.

Findet nach § 144 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung ein Verteilungsverfahren nicht statt oder wird nach § 143 desselben Gesetzes ein Verteilungsverfahren nach der Zustellung der Bestimmung des Verteilungstermins, aber vor dem Beginne des Verteilungstermins eingestellt, so werden zwei Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben. Ist diese Gebühr und die Gebühr der Nr. 4 von verschiedenen Teilen des Erlöses zu berechnen, so darf der Gesamtbetrag die nach Nr. 4 von dem Gesamterlöse zu berechnende Gebühr nicht überschreiten.

---

§ 126. Für den Beschluß, durch welchen im Verfahren der Zwangsversteigerung der Zuschlag erteilt worden ist, wird das Zweifache der im § 33 bestimmten Gebühr erhoben.

Daneben wird der Betrag des nach den Bestimmungen der Stempelgesetze zu berechnenden Wertstempels erhoben. In den Hohenzollernschen Landen wird bei der Eintragung des Erstehers als Eigentümers von diesem die im Artikel 2 § 1 des Gesetzes vom 22. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 235) bestimmte Abgabe erhoben.

Im Falle der Zwangsversteigerung zum Zwecke der Aufhebung einer Gemeinschaft findet bei der Berechnung der Gebühren, Stempel und Abgaben die Vorschrift im Abs. 3 der Tarifstelle 32 des Stempelsteuergesetzes vom 31. Juli 1895 (Gesetz-Samml. S. 413) Anwendung.

Wird der Beschluß aufgehoben, so werden die angesetzten Beträge nicht erhoben oder, wenn sie bezahlt sind, erstattet.

---

§ 127. Die nach den §§ 125, 126 zu erhebenden Gebühren werden nach dem Gebote berechnet, für welches der Zuschlag erteilt ist.

Erreicht das Gebot nicht zwei Drittteile des Wertes des Gegenstandes, so treten diese zwei Dritteile bei Berechnung der nach § 125 Nr. 1, 2, 3 und § 126 zu erhebenden Gebühren an Stelle des Gebots. Ist der Zuschlag nicht erteilt, so werden die nach § 125 zu erhebenden Gebühren nach dem Werte des Gegenstandes berechnet.

Auf die Berechnung des Wertes finden die Vorschriften des § 124 Abs. 1 Satz 3, 4 Anwendung.

Sind nach § 65 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung Gegenstände besonders versteigert oder anderweit verwertet worden, so tritt für die Berechnung der Gebühren für das Verteilungsverfahren ihr Erlös dem Gebote hinzu.

---

§ 128. Betrifft das Verfahren der Zwangsversteigerung mehrere Gegenstände, so werden die im § 125 bestimmten Gebühren nach der Summe der für die einzelnen Gegenstände maßgebenden Beträge berechnet. Werden mehrere Gegenstände verschiedenen Personen zugeschlagen, so werden die im § 126 bestimmten Gebühren, Stempel und Abgaben nach den Personen der Ersteher gesondert berechnet.

---

§ 129. Die im § 125 bestimmten Gebühren werden, wenn der Zuschlag erteilt ist und ein Verteilungstermin stattfindet, nicht vor diesem Termin erhoben.

Ist der Zuschlag nicht erteilt, so werden die Gebühren fällig, sobald der den Zuschlag versagende Beschluß erlassen oder das Verfahren ohne solchen Beschluß beendigt ist oder das Verfahren nach Abhaltung des Versteigerungstermins nur noch auf Antrag fortzusetzen ist.

Ist das Verfahren eingestellt, so werden mit dem Ablauf eines Jahres seit dem Erlasse des Einleitungsbeschlusses die bis dahin entstandenen Gebühren fällig.

---

§ 130. In dem Verfahren der Zwangsverwaltung werden für jedes Jahr fünf Zehnteile der im § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebühr erhoben. Der Tag der Beschlagnahme gilt als der erste Tag eines jeden Verwaltungsjahrs.

Die Gebühr wird nach demjenigen Betrage der Einkünfte berechnet, welcher nach Berichtigung aller Ausgaben der Verwaltung und der laufenden Beträge der öffentlichen Lasten zur Verteilung gelangt, mindestens jedoch nach dem Betrage des Grundsteuerreinertrags und des Gebäudesteuernutzungswerts. In den Hohenzollernschen Landen tritt an Stelle des Grundsteuerreinertrags und Gebäudesteuernutzungswerts der Betrag von vier Prozent des Steueranschlags.

---

§ 131. Die Gebühren im Verfahren der Zwangsverwaltung werden am Ende des Verfahrens und, wenn dasselbe länger als ein Jahr dauert, am Ende eines jeden Jahres erhoben.

Ist der Gegenstand des Verfahrens vor Aufhebung desselben dem Verwalter nicht übergeben oder nicht von demselben in Besitz genommen, so werden Gebühren nicht erhoben.

---

§ 132. Für die von dem Vollstreckungsgerichte veranlaßte Thätigkeit des Grundbuchamts und des das Schiffsregister führenden Richters werden Gebühren nicht erhoben, mit Ausnahme jedoch der Eintragung des Erstehers des Eigentümers und der Eintragung der Sicherungshypothek oder des Pfandrechts für die Forderung gegen den Ersteher.

---

§ 133. Zur Zahlung der im § 124 bestimmten Gebühren ist der Antragsteller, zur Zahlung der im § 126 bestimmten Gebühren, Stempel und Abgaben ist der Ersteher verpflichtet. Für die nach den §§ 125, 130 zu erhebenden Gebühren haftet der Antragsteller, sofern sie nicht aus einer bar vorhandenen Teilungsmasse entnommen werden können.

Für die von dem Antragsteller zu erhebenden Kosten und Kostenvorschüsse haftet von mehreren Antragstellern, sofern diese nicht Mitberechtigte sind, jeder ohne Rücksicht auf die Mitverhaftung anderer.

---

§ 134. Für die Zwangsliquidation einer Bahneinheit werden sechs Zehnteile und, wenn die Zwangsliquidation eingestellt wird, nur vier Zehnteile der Sätze des § 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes erhoben. Die Gebühr wird nach dem Gesamtwerte der Bestandteile der Bahneinheit berechnet.

---

§ 135. Bei Beschwerden in dem Verfahren der Zwangsversteigerung, der Zwangsverwaltung oder der Zwangsliquidation finden die Vorschriften der §§ 45 und 46 des Deutschen Gerichtskostengesetzes entsprechende Anwendung. Wird von dem Beschwerdegericht im Verfahren der Zwangsversteigerung der in unterer Instanz versagte Zuschlag erteilt, so ist außer der nach den Vorschriften des § 45 a. a. O. zu erhebenden Gebühr die Gebühr für Erteilung des Zuschlags und der tarifmäßige Stempel zu erheben.

§ 136. Schreibgebühren werden nur für solche Abschriften und Ausfertigungen erhoben, welche nur infolge eines auf die Erteilung gerichteten Antrags erteilt werden. Schuldner derselben ist der Antragsteller.

Bei dem Erlasse der Einleitungs- und Beitrittsbeschlüsse finden diese Beschränkungen nicht Anwendung, in der Beschwerdeinstanz nur bei der Zustellung eines den Zuschlag in der Zwangsversteigerung erteilenden Beschlusses.

Dritter Teil.

Schlußbestimmungen.

§ 137. Alle in diesem Gesetze nicht aufrecht erhaltenen landesgesetzlichen Vorschriften über Ansatz und Erhebung von Kosten in den vor die ordentlichen Gerichte gehörigen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden aufgehoben.

Unberührt bleiben die nach dem 25. Juni 1895 erlassenen Vorschriften über das Kostenwesen.

---

§ 138. Bezüglich der an Ortsbehörden (Ortsgerichte, Feldgerichte, Dorfgerichte, Bürgermeister, Schultheißen, Schöffen) für Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder für ihre Thätigkeit als gerichtliche Hülfsbeamte zu entrichtenden Gebühren behält es bei den bestehenden Vorschriften sein Bewenden. Der Justizminister ist ermächtigt, diese Gebühren anderweit zu bestimmen.

---

§ 139. Die zur Abhaltung eines Gerichtstags bestimmten Räumlichkeiten gelten im Sinne dieses Gesetzes als Gerichtsstelle.

---

§ 140. Bezüglich des Ansatzes von Transport- und Haftkosten bleiben die erlassenen Anordnungen unberührt.

---

§ 141. Ist an Justizbeamte, Zeugen oder Sachverständige oder an die Empfänger von Transportkosten mehr als der endgültig festgestellte Betrag, welcher als bare Auslage nach § 113 dieses Gesetzes oder nach § 79 des Deutschen Gerichtskostengesetzes zu erheben ist, aus der Staatskasse gezahlt worden, so kann die Wiedereinziehung des zuviel gezahlten Betrags im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens erfolgen. Diese Bestimmung findet entsprechende Anwendung hinsichtlich der einem Angeschuldigten in Gemäßheit der §§ 499 und 505 der Strafprozeßordnung aus der Staatskasse erstatteten Auslagen.

---

§ 142. Die in diesem Gesetze für Stempel gegebenen Vorschriften finden auf die nach Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1875, betreffend das Sportel-, Stempel- und Taxwesen in den Hohenzollernschen Landen, (Gesetz-Samml. S. 235) zu erhebenden Abgaben entsprechende Anwendung. Die Bestimmung des § 8 bleibt jedoch außer Anwendung, wenn die Abgabe nach den §§ 2, 4 oder 5 im Artikel 2 des Gesetzes vom 22. Juni 1875 berechnet wird. Wird auf Grund einer Zwangsversteigerung der Ersteher als Eigentümer im Grundbuch eingetragen, so wird die Abgabe nach dem Betrage des Meistgebots, zu welchem der Zuschlag erteilt ist, unter Hinzurechnung der von dem Ersteher übernommenen Leistungen berechnet. Die Vorschriften der §§ 8, 12, 13, 16 Abs. 2 dieses Gesetzes finden auf die nach dem Gesetze vom 22. Juni 1875 zu erhebenden Abgaben Anwendung.

---

§ 143. Dieses Gesetz tritt mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft und findet Anwendung auf alle zu diesem Zeitpunkte noch nicht fällig gewordenen Gerichtskosten. Sind in einer noch nicht beendigten Rechtsangelegenheit Kosten und Stempel bereits in Ansatz gekommen, so wird der Betrag derselben auf die nach diesem Gesetze zu erhebenden Kosten und Stempel in Anrechnung gebracht, insoweit es sich nicht um Geschäfte handelt, für welche nach den Vorschriften dieses Gesetzes besondere Kosten oder Stempel zu berechnen sind. Eine Anrechnung der in Vormundschafts- und Fideikommiß- und Stiftungssachen jährlich für Rechnungslegung oder Verwaltung von Grundstücken zu erhebenden Gebühren findet nicht statt.

Soweit nach Uebergangsvorschriften noch Geschäfte vorkommen, für welche in diesem Gesetze keine Bestimmungen getroffen sind, bleiben die bisherigen Vorschriften maßgebend. Die Vorschriften über die Kosten der ersten Anlegung der Grundbücher bleiben bis zu dem Zeitpunkt in Kraft, zu welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist.

Die Vorschriften der §§ 12 bis 17, 24 bis 28 treten auch für die früher fällig gewordenen Kosten in Kraft; die Vorschriften im Artikel 169 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche finden entsprechende Anwendung.

---

§ 144. Soweit in anderen Gesetzen auf Bestimmungen der durch § 137 aufgehobenen Gesetze verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an die Stelle.

---

§ 145. Dieses Gesetz findet keine Anwendung auf die Angelegenheiten der Justizverwaltung. Entscheidungen der Aufsichtsbehörden über Erinnerungen und Beschwerden sind kostenfrei.

---

§ 146. Der Justizminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gebührenordnung für Notare.

Vom 25. Juni 1895
in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Oktober 1899.

Reichsgesetzliche Vorschriften über die Gebühren der Notare giebt es nicht, die Gebühren sind vielmehr nur nach der Preußischen Gebührenordnung zu berechnen.

Als Grundsatz stellt dieses Gesetz auf, daß die Gebühren der Notare für die Geschäfte, welche in gleicher Weise der Richter oder ein Notar vornehmen kann, den durch das Preußische Gerichtskostengesetz festgesetzten Gebühren des Gerichts gleichkommen. Es gilt dies sowohl für notarielle Urkunden wie für Anfertigung von Zweighypothekbriefen und für Anfertigung einer eidesstattlichen Versicherung im Verfahren zur Ausstellung eines Erbscheins (§ 5).

Doch ist die Mindestgebühr des Notars meist 1,50 Mark, während die gerichtliche Mindestgebühr 0,20 Mark beträgt. Daher gelten die Gebühren der Tabelle I und der Tabelle III Spalte 2 und 3 (§ 10) auch für den Notar, doch sind alle Gebührensätze derselben unter 1,50 Mark auf 1,50 Mark zu erhöhen (§ 3).

Wird der Notar zur Aufnahme einer Urkunde an ein Krankenlager gerufen, oder findet die Beurkundung nach 8 Uhr abends oder vor 8 Uhr morgens statt, so ist neben der Gebühr für das Geschäft noch eine fernere Gebühr nach Tabelle I Spalte 4, doch mindestens 1,50 Mark, zu zahlen (§ 6).

Hat sich ein Schuldner in einer notariellen Urkunde der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen, so muß der Gläubiger, falls er die Vollstreckung vornehmen will, sich von dem Notar, welcher das Original der Urkunde verwahrt, eine Vollstreckungsklausel erteilen lassen. Für diese sind im Allgemeinen nur Schreibgebühren zu zahlen, doch außerdem eine Gebühr nach Tabelle I Spalte 6, wenn nicht der ursprüngliche Gläubiger, sondern dessen Rechtsnachfolger, z. B. der Erbe, die vollstreckbare Ausfertigung fordert, ferner wenn sie gegen den Rechtsnachfolger des Schuldners verlangt wird, oder endlich, wenn der Gläubiger, bevor er die Vollstreckungsklausel erhalten kann, den Eintritt einer bestimmten Thatsache, z. B. seiner Vorleistung, beweisen muß (§ 7).

Für Empfang, Verwahrung und Auszahlung von Geldern kann der Notar besondere Gebühren fordern (§ 13) und zwar:

wenn er das Geld empfängt, um es für Rechnung seines Auftraggebers an Dritte auszuzahlen, nach Tabelle X Spalte 2,

wenn er es von Dritten für Rechnung seines Auftraggebers erhebt, nach Tabelle X Spalte 1.

Für den Empfang, die Verwahrung und Ablieferung von Wertpapieren ist die Gebühr des Notars nur halb so groß, also nach Tabelle X Spalte 3 oder Spalte 2 zu berechnen.

Die Mindestgebühr in den Fällen des § 13 ist 20 Pfennige, nicht 1,50 Mark.

Fernere Vorschriften über die Höhe der Gebühren finden sich in den §§ 8 bis 12, 14 bis 18, über die Auslagen in den §§ 19 bis 24 des Gesetzes.

Vor der Uebernahme des Auftrags kann der Notar die Zahlung eines Vorschusses in solcher Höhe fordern, daß seine Gebühren und baren Auslagen dadurch gedeckt werden. Wird dieser Vorschuß nicht gezahlt, so ist dies für ihn ein triftiger Grund, die Vornahme der beantragten Handlung zu verweigern (man vergleiche Artikel 83 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit).

Auch kann der Notar sich bis zur Zahlung seiner Gebühren, Auslagen und der Stempelabgaben weigern, die Ausfertigungen der aufgenommenen Urkunden den Beteiligten auszuhändigen und die ihm aus Anlaß des Geschäftes vorgelegten Urkunden zurückzugeben.

Der Notar fordert seine Kosten von dem ein, der ihm den Auftrag gegeben hat, oder der sich ihm verpflichtet hat, die Kosten zu tragen. Diese Kosten braucht der Verpflichtete aber nicht eher zu zahlen, als bis ihm der Notar eine spezifizierte Liquidation, die den Vorschriften des § 24 des Gesetzes entspricht, übersendet.

Entstehen Streitigkeiten über die Höhe der vom Notar angesetzten Kosten, so kann sowohl der Notar wie der Zahlungspflichtige sich an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat, mit dem Antrag auf Festsetzung der Gebühren und Auslagen wenden (§ 25). Der Kostenfestsetzungsbeschluß des Amtsgerichts kann innerhalb zweier Wochen nach Zustellung beim Landgericht durch sofortige Beschwerde angefochten werden, die Entscheidung des Landgerichts durch weitere Beschwerde beim Kammergericht, wenn die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Die Mitwirkung eines Rechtsanwalts ist bei Einlegung der Beschwerden nicht erforderlich.

Im allgemeinen kann der Notar mit seinem Auftraggeber andere Gebühren, als die im Gesetz festgesetzten, nicht verabreden. Ausnahmen

von dieser Regel läßt der § 26 des Gesetzes zu, doch muß die Vereinbarung schriftlich geschehen, und es kann der Zahlungspflichtige, falls die durch Vertrag festgesetzte Vergütung unmäßig ist, auf Herabsetzung der Vergütung auf den gesetzlichen Betrag klagen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Die Vergütung für die Berufsthätigkeit der Notare bestimmt sich ausschließlich nach den Vorschriften dieser Gebührenordnung.

---

§ 2. Die Gebühren werden nach dem Werte des Gegenstandes erhoben.

Auf die Berechnung des Wertes des Gegenstandes finden die Vorschriften des Preußischen Gerichtskostengesetzes entsprechende Anwendung.

---

§ 3. Der Mindestbetrag einer Gebühr beträgt eine Mark fünfzig Pfennig, soweit nicht in dieser Gebührenordnung ein Anderes bestimmt ist. Bei Versteigerungen werden die Gebühren für die Beurkundung des Zuschlags nur dann auf den Mindestbetrag erhöht, wenn die Summe dieser Gebühren in einem Versteigerungsverfahren 1 Mark 50 Pf. nicht erreicht.

Pfennigbeträge, welche ohne Bruch nicht durch zehn teilbar sind, werden auf den nächst höheren durch zehn teilbaren Betrag abgerundet.

---

§ 4. Volle Gebühr im Sinne dieser Gebührenordnung ist die im § 33 des Preußischen Gerichtskostengesetzes bestimmte Gebühr.

---

§ 5. Soweit die Notare für die Geschäfte zuständig sind, über welche der zweite Abschnitt des ersten Teiles, der § 66 Nr. 1 und der § 81 Abs. 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes Bestimmung treffen, erhalten sie die daselbst für die Thätigkeit des Richters festgesetzten Gebühren.

---

§ 6. Für Beurkundungen am Krankenlager oder in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens erhält der Notar außer den ihm sonst zustehenden Gebühren zusätzlich noch fünf Zehnteile der vollen Gebühr; treffen beide Voraussetzungen zusammen, so wird diese Zusatzgebühr nur einmal erhoben.

---

§ 7. Für die Erteilung der Vollstreckungsklausel wird eine Gebühr nur in den Fällen der §§ 726, 727 der Civilprozeßordnung erhoben. Die Gebühr beträgt drei Zehnteile der vollen Gebühr.

---

§ 8. Für erforderte Entwürfe erhält der Notar acht Zehnteile der für die Beurkundung bestimmten Gebühr.

Wird von dem Notar auf Grund eines von ihm gefertigten Entwurfes demnächst das Rechtsgeschäft beurkundet oder erfolgt vor ihm die Anerkennung oder Beglaubigung von Unterschriften oder Handzeichen unter einem von ihm gefertigten Entwurfe, so darf im ganzen nicht mehr als die für die Beurkundung des Rechtsgeschäfts bestimmte Gebühr erhoben werden.

---

§ 9. Für die bei den Gerichtsbehörden einzureichenden Anträge behufs Erwirkung einer Eintragung in das Grundbuch oder andere gerichtliche Bücher oder Register oder behufs Erwirkung von Legalisationen sowie für die Einsendung einer von dem Notar aufgenommen oder beglaubigten Urkunde können Gebühren nicht gefordert werden, wenn der Notar für die Aufnahme der eingesendeten oder seinen Anträgen zu Grunde liegenden Urkunde Gebühren bezieht. Dasselbe gilt, wenn die Urkunde von dem Notar entworfen ist.

Wird der Notar in anderen Fällen mit der im Abs. 1 bezeichneten Thätigkeit beauftragt oder ist es notwendig, mit einem Antrag einen das Sach- und Rechtsverhältnis entwickelnden Vortrag zu verbinden, und wird die Einreichung desselben von der Partei verlangt, so erhält

der Notar fünf Zehnteile der vollen Gebühr.

Unter Anträgen im Sinne der vorstehenden Bestimmungen sind auch Beschwerden zu verstehen.

---

§ 10. Für die Vermittelung einer Auseinandersetzung, die dem Notar von dem Gericht oder von den Beteiligten übertragen ist, erhält er das Zweifache des im § 57 des Preußischen Gerichtskostengesetzes bestimmten Gebührensatzes B. Wird das Verfahren nicht durchgeführt oder beschränkt es sich auf die Ermittelung oder Feststellung einer Masse, so ermäßigt sich die Gebühr auf die Hälfte.

Die Gebühren für die Beurkundung oder den Entwurf eines das Verfahren abschließenden Vertrags oder eines mit einem Dritten geschlossenen Vertrags sowie die Gebühren für Vermögensverzeichnisse, Schätzungen und Versteigerungen werden neben den im Abs. 1 bestimmten Gebühren besonders erhoben. Wird die Vermittelung der Auseinandersetzung dem Notar vom Gericht übertragen, so steht die Anfertigung des Auseinandersetzungsplans dem Entwurfe, die Beurkundung der Auseinandersetzung der Beurkundung eines das Verfahren abschließenden Vertrags gleich.

In Ansehung der Zahlungspflicht und der Verpflichtung zur Leistung von Vorschüssen finden, wenn die Vermittelung der Auseinandersetzung dem Notar von dem Gericht überwiesen ist, dieselben Vorschriften Anwendung, wie wenn die Vermittelung dem Notar von dem Beteiligten übertragen wäre.

---

§ 11. Soweit nicht besondere Bestimmungen getroffen sind, erhält der Notar in allen Fällen, in welchen seine Thätigkeit in Anspruch genommen ist und stattgefunden hat, ohne daß das bezweckte Geschäft durch ihn vollzogen ist, fünf Zehnteile der für das Geschäft bestimmten Gebühr bis zu einem Höchstbetrage von 20 Mark. Unterbleibt nach Fertigstellung des Entwurfes einer Beurkundung die Vollziehung derselben, so finden die Vorschriften des § 8 Anwendung.

Wird ein in der Wohnung oder Amtsstube des Notars anberaumter Termin durch Nichterscheinen, Nichtverhandeln oder Handlungsunfähigkeit eines Beteiligten vereitelt, so werden drei Zehnteile der vollen Gebühr bis zu einem Höchstbetrage von 10 Mark erhoben.

---

§ 12. Wird die Rückgabe einer Urkunde, die Erteilung einer Ausfertigung, eines Auszugs oder einer Abschrift von einer Urkunde oder die Vorlegung einer Urkunde zur Einsicht ohne deren richtige Bezeichnung länger als ein Jahr nach ihrer Ausstellung beantragt, so ist für die Aufsuchung 1 Mark 50 Pfennig zu entrichten.

---

§ 13. Für Empfang, Verwahrung und Auszahlung von Geldern erhält der Notar:

1. im Falle des Empfanges zum Zwecke der Auszahlung an dritte Personen für Rechnung des Auftraggebers vom Betrage bis 50 Mark einschließlich 40 Pfennig, für jede angefangene 50 Mark des weiteren Betrags bis 400 Mark 20 Pfennig, für jede angefangene 100 Mark des weiteren Betrags bis 1000 Mark 20 Pfennig, für jede angefangene 200 Mark des weiteren Betrags bis 10000 Mark 20 Pfennig und für jede angefangene 500 Mark des Mehrbetrags 20 Pfennig;
2. im Falle der Erhebung von dritten Personen für Rechnung des Auftraggebers das Zweifache der vorstehenden Gebührensätze.

Sind die Gelder im ersten Falle in mehreren Beträgen gesondert auszuzahlen oder im zweiten Falle in mehreren Beträgen gesondert zu erheben, so werden die Gebühren von jedem Betrage besonders berechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß in einer und derselben Angelegenheit die Gebühren zusammen das Fünfsache der Gebühr des Gesamtbetrags nicht übersteigen dürfen.

Für Empfang, Verwahrung und Ablieferung von Wertpapieren erhält der Notar nach Maßgabe des Wertes die Hälfte der vorstehenden Gebühren.

In den Fällen des § 13 findet die Bestimmung des § 3 keine Anwendung.

---

§ 14. Der zweite Notar, welcher anstatt der Zeugen zugezogen ist, erhält fünf Zehnteile der dem beurkundenden Notar zustehenden Gebühr, daneben zu-

treffenden Falles Tagegelder und Reisekosten sowie die für die Vornahme von Geschäften außerhalb der Wohnung oder Amtsstube bestimmte Zusatzgebühr.

Ist der zweite Notar anstatt der Zeugen ohne ausdrückliches Verlangen der Beteiligten zugezogen, so darf der mit der Beurkundung beauftragte Notar für diese Zuziehung den Beteiligten nicht mehr als 1 Mark für jede angefangene Stunde in Rechnung stellen.

---

§ 15. Ist für ein Geschäft des Notars eine Gebühr nicht bestimmt, so werden fünf Zehnteile der vollen Gebühr erhoben, daneben zutreffenden Falles Tagegelder und Reisekosten sowie die für die Vornahme von Geschäften außerhalb der Wohnung oder Amtsstube bestimmte Zusatzgebühr.

---

§ 16. Für die Ausarbeitung eines Gutachtens mit juristischer Begründung hat der Notar angemessene Vergütung zu beanspruchen. Ueber die Höhe der Vergütung wird im Prozeßweg entschieden.

---

§ 17. Im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cöln erhält der Notar für die Vermittelung eines hypothekarischen Darlehens, wenn nicht eine geringere Vergütung vereinbart ist, bis zur Summe von 7500 Mark 1 Prozent der Darlehnssumme, von dem Mehrbetrage bis 30000 Mark $^1/_2$ Prozent und von dem Mehrbetrage darüber hinaus $^1/_4$ Prozent. Steht dem Notar die Vermittelungsgebühr zu, so kommt die Gebühr für die Verwahrung von Geld (§ 13) in Wegfall.

---

§ 18. Soweit es den Notaren gestattet ist, die persönliche Haftung für von ihnen zu erhebende Kauf- und Pachtgelder zu übernehmen, erhält der Notar:

1. bei Versteigerungen beweglicher Gegenstände 5 Prozent des Erlöses;
2. bei Versteigerungen unbeweglicher Gegenstände 1 Prozent des Erlöses;
3. bei Verpachtungen im Wege der Versteigerung 2 Prozent der erhobenen Pachtgelder.

Diese Gebühren umfassen die Vergütung für die gesamte Thätigkeit des Notars bei der Versteigerung; sie sind nur dann zu erheben, wenn nicht eine geringere Vergütung vereinbart ist.

---

§ 19. Außer den Gebühren kann der Notar nur den Betrag des erforderlichen Stempels und die baren Auslagen, soweit sie notwendig waren, berechnen.

---

§ 20. Schreibgebühren werden für Ausfertigungen und Abschriften erhoben.

Die Schreibgebühr beträgt für die Seite, welche mindestens zwanzig Zeilen von durchschnittlich zwölf Silben enthält, 10 Pfennig, auch wenn die Herstellung auf mechanischem Wege stattgefunden hat. Jede angefangene Seite wird voll berechnet. Daneben können die Kosten einer besonderen Ausstattung der Urkunde, insbesondere die Kosten, welche durch Verwendung von Pergamentpapier entstehen, in Ansatz gebracht werden.

---

§ 21. Für Geschäftsreisen des Notars stehen demselben Tagegelder und Reisekosten nach den Vorschriften der §§ 78 bis 81 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte vom 7. Juli 1879 (Reichs-Gesetzbl. S. 176) mit der Maßgabe zu, daß die Kosten auf mehrere Geschäfte nach der Bestimmung im § 115 des Preußischen Gerichtskostengesetzes zu verteilen sind. Die Vorschrift des § 115 findet hinsichtlich der Notariatsgeschäfte auch dann Anwendung, wenn auf einer Reise gleichzeitig Rechtsanwaltsgeschäfte erledigt werden.

---

§ 22. Für jeden bei einer notariellen Beurkundung zugezogenen Zeugen kann die demselben gezahlte Gebühr bis zum Betrage von 50 Pfennig für jede angefangene Stunde in Rechnung gestellt werden.

---

§ 23. Der Notar kann von seinem Auftraggeber einen angemessenen Vorschuß zur Deckung seiner Gebühren und baren Auslagen fordern und, falls dieser Vorschuß nicht gezahlt wird, die Uebernahme des Auftrags verweigern. Die Aushändigung von Ausfertigungen, sowie die Rückgabe der aus Anlaß des vorzunehmenden Geschäfts vorgelegten Urkunden kann seitens des Notars verweigert werden, wenn nicht vorher die Zahlung der

Gebühren, Auslagen und Stempelabgaben erfolgt.

Ueber eine in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen erklärte Weigerung des Notars wird im Aufsichtsweg entschieden.

---

§ 24. Die Einforderung der Gebühren und Auslagen ist nur zulässig, wenn vorher oder gleichzeitig eine von dem Notar unterschriebene Berechnung derselben mitgeteilt wird. In dieser Berechnung ist der Wert des Gegenstandes, die zur Anwendung gebrachte Gebührenvorschrift, der Betrag der angesetzten Gebühren, Auslagen und Stempel sowie der empfangene Vorschuß anzugeben. Wird eine Stundengebühr berechnet, so ist die auf das Geschäft verwendete Zeit anzugeben.

Der Notar hat eine den Erfordernissen des ersten Absatzes entsprechende Berechnung zu seinen Akten zu bringen und unter jeder von ihm erteilten Ausfertigung sowie unter jedem Beglaubigungsvermerk aufzustellen. Hat der Notar eine Urkunde entworfen und demnächst beglaubigt, so sind auch die Kosten des Entwurfes unter der Beglaubigung zu vermerken.

---

§ 25. Die gerichtliche Festsetzung der Gebühren und Auslagen des Notars erfolgt, soweit nicht die besondere Bestimmung des § 16 Platz greift, auf Antrag des Zahlungspflichtigen. Dieselbe kann auch von dem Notar beantragt werden, wenn von dem Zahlungspflichtigen oder der Aufsichtsbehörde Erinnerungen gegen die Höhe der berechneten Gebühren und Auslagen oder gegen den in Ansatz gebrachten Wert des Gegenstandes erhoben sind.

Auf Anordnung der Aufsichtsbehörde hat der Notar die gerichtliche Festsetzung zu beantragen.

Die Festsetzung erfolgt gebührenfrei nach Anhörung der Beteiligten durch Beschluß des Amtsgerichts, in dessen Bezirk der Notar seinen Amtssitz hat. Der Beschluß ist von Amtswegen dem Notar und dem Zahlungspflichtigen zuzustellen.

Gegen den Beschluß findet sofortige Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 575, 577 der Civilprozeßordnung statt. Gegen die Entscheidung des Landgerichts findet auch dann, wenn ein neuer selbständiger Beschwerdegrund nicht vorliegt oder die Beschwerdesumme fünfzig Mark nicht übersteigt, die weitere Beschwerde statt, falls die Entscheidung auf einer Verletzung des Gesetzes beruht. Die Vorschriften der §§ 550, 551 der Civilprozeßordnung finden in diesem Falle entsprechende Anwendung. Für die Entscheidung über die weitere Beschwerde ist das Kammergericht ausschließlich zuständig.

Die Einlegung von Beschwerden kann in allen Fällen zum Protokolle des Gerichtsschreibers oder schriftlich ohne Mitwirkung eines Anwalts erfolgen.

Der rechtskräftige Beschluß bestimmt endgültig über die Höhe der Gebühren und Auslagen.

---

§ 26. Der Betrag der Vergütung des Notars kann abweichend von den Vorschriften dieser Gebührenordnung durch Vertrag festgesetzt werden, wenn es sich handelt:

1. um die Beurkundung von letztwilligen Verfügungen, Erbverträgen, Fideikommiß- oder Familienstiftungen, Familienschlüssen, Satzungen oder Beschlüssen von Korporationen, Vereinen, Gewerkschaften, Gesellschaften oder Genossenschaften oder der Organe derselben (Aufsichtsräte u. s. w.);
2. um die Entwürfe zu den unter 1 bezeichneten Beurkundungen;
3. um eine von den Beteiligten dem Notar übertragene Vermittelung einer Auseinandersetzung;
4. um die Beurkundung des Herganges bei Verlosungen, bei Auslosung oder Vernichtung von Wertpapieren und bei Wahlversammlungen;
5. um ein unter §§ 13 oder 15 dieser Gebührenordnung fallendes Geschäft.

Durch die zugesicherte Vergütung sind die baren Auslagen mit abgegolten, falls nicht eine entgegenstehende Vereinbarung getroffen ist.

Der Auftraggeber ist an die Vereinbarung nur gebunden, soweit er dieselbe schriftlich geschlossen hat. Hat der Notar durch den Vertragsschluß die Grenze der Mäßigung überschritten, so kann die durch Vertrag festgesetzte Vergütung im Prozeßwege bis auf den in diesem Gesetze bestimmten Betrag herabgesetzt werden.

---

§ 27. Diese Gebührenordnung tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft und findet auf alle zu diesem Zeitpunkte noch nicht beendigten Geschäfte, auch hinsichtlich der bereits geleisteten Arbeiten, Anwendung.

Im Bezirke des Oberlandesgerichts zu Cöln bleiben für die Ausfertigungen und beglaubigten Abschriften der vor dem 1. Oktober 1895 aufgenommenen Urkunden, für ein nach den bisherigen Vorschriften zu erledigendes gerichtliches Teilungsverfahren oder Gütertrennungsverfahren sowie in Ansehung der dem Grundbuchrechte noch nicht unterliegenden Grundstücke für die Anzeige der Hypothekenbestellung an den Versicherer, für Schuld- und Pfandverschreibungen, für die Anfertigung des Bordereau und für die Besorgung und Prüfung des Hypothekenauszugs die bisherigen Kostenvorschriften in Kraft.

§ 28. Der Justizminister ist mit der Ausführung dieser Gebührenordnung beauftragt.

Gesetz,

enthaltend

die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher.

Vom 27. September 1899
in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1899.

Inhaltsverzeichnis.

	Artikel
Erster Abschnitt.	
Gebühren der Rechtsanwälte . . .	1—17
Zweiter Abschnitt.	
Gebühren der Gerichtsvollzieher . .	18—26
Dritter Abschnitt.	
Schlußbestimmungen . . .	Artikel 27—28.

Gesetz,

enthaltend

die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher.

Vom 27. September 1899
in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Oktober 1899.

Erster Abschnitt.

Gebühren der Rechtsanwälte.

Das Preußische Gesetz, enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher bestimmt in den Artikeln 1 bis 17 über die Gebühren der Rechtsanwälte hauptsächlich folgendes:

Nach der Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte werden die Gebühren berechnet:

1. in den vor besondere Gerichte gehörigen Rechtssachen, auf welche die Civilprozeßordnung oder die Strafprozeßordnung Anwendung findet, nämlich in dem Verfahren vor den Rheinschiffahrtsgerichten, vor den Elbzollgerichten, vor dem Geheimen Justizrat und in Auseinandersetzungssachen;
2. in den nach dem Gesetze, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 zu behandelnden Strafsachen;
3. im Verwaltungsstreitverfahren;
4. im Verfahren vor dem Bundesamte für das Heimatwesen;
5. in dem Rechtsmittelverfahren, betreffend die Veranlagung von Staatssteuern;
6. im Verwaltungsstrafverfahren;
7. im Disziplinarverfahren (Art. 2).

In anderen Fällen ist die Gebühr nach Tabelle XI zu berechnen, nämlich besonders:

für die Vertretung eines Beteiligten im Zwangsversteigerungsverfahren nach Tabelle XI Spalte 2 (Art. 4),

für die Vertretung des Gläubigers, des Schuldners oder des Konkursverwalters im Zwangsverwaltungsverfahren nach Tabelle XI Spalte 3 (Art. 5), (ist der Rechtsanwalt aber Vertreter des Antragstellers, so erhält er noch außerdem eine Gebühr nach Tabelle XI Spalte 2),

für Anträge, Erklärungen und Beschwerden bei Behörden nach Tabelle XI Spalte 3 (Art. 8),

für Schreiben an Privatpersonen nach Tabelle XI Spalte 4 (Art. 9),

für Wahrnehmung eines Termins nach Tabelle XI Spalte 2 (Art. 10), für weitere Termine in derselben Angelegenheit nach Tabelle XI Spalte 3,

für Erteilung eines Rats, sowie für eine Besprechung, soweit nicht eine andere Gebühr anzusetzen ist, nach Tabelle XI Spalte 4 (Art. 11).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Artikel 1.

Die Vergütung für die Berufsthätigkeit der Rechtsanwälte bestimmt sich, soweit sie nicht reichsgesetzlich geregelt ist, ausschließlich nach den nachstehenden Vorschriften.

Artikel 2.

Die Deutsche Gebührenordnung für Rechtsanwälte findet entsprechende Anwendung auf die Berufsthätigkeit des Rechtsanwalts:

1. in den vor besondere Gerichte gehörigen Rechtssachen, auf welche die Civilprozeßordnung oder die Strafprozeßordnung Anwendung findet;
2. in den nach dem Gesetze, betreffend den Forstdiebstahl, vom 15. April 1878 (Gesetz-Samml. S. 222) zu behandelnden Strafsachen;
3. im Verwaltungsstreitverfahren;
4. im Verfahren vor dem Bundesamte für das Heimatwesen;
5. in dem Rechtsmittelverfahren, betreffend die Veranlagung von Staatssteuern;
6. im Verwaltungsstrafverfahren;
7. im Disziplinarverfahren.

Im Sinne der Gebührenordnung steht das Verwaltungsstrafverfahren dem Vorverfahren, das Verfahren vor der entscheidenden Disziplinarbehörde dem Verfahren vor der Strafkammer gleich.

Artikel 3.

Volle Gebühr im Sinne der nachstehenden Vorschriften ist die im § 9 der Deutschen Gebührenordnung bestimmte Gebühr mit der Maßgabe, daß von 10000 bis 20000 Mark die Wertsklassen um je 2500 Mark und die Gebühren um je 4 Mark und von 20000 Mark an die Gebühren um je 5 Mark und die Wertsklassen bis 100000 Mark um je 5000 Mark, bis 300000 Mark um je 10000 Mark, bis 1 Million Mark um je 25000 Mark und darüber hinaus um je 50000 Mark steigen.

Artikel 4.

Für die Vertretung eines Beteiligten im Verfahren der Zwangsversteigerung erhält der Rechtsanwalt drei Zehnteile der vollen Gebühr:

1. für die Vertretung bis zur Einleitung des Verteilungsverfahrens;
2. für die Vertretung im Verteilungsverfahren.

Der Vertreter des Antragstellers erhält außerdem drei Zehnteile der vollen Gebühr für die Wahrnehmung der Versteigerungstermine.

Die Gebühr für die Vertretung im Verteilungsverfahren steht dem Rechtsanwalt auch dann zu, wenn unter seiner Mitwirkung eine außergerichtliche Verteilung stattfindet.

Die Gebühren für die Vertretung des Gläubigers oder eines anderen Berechtigten (§ 9 Nr. 1, 2 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung) bestimmen sich nach dem Werte des Rechtes, wenn jedoch der Wert des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder des Verteilungsverfahrens geringer ist, nach diesem; die neben einem Hauptanspruche bestehenden Ansprüche wegen der Kosten und Nebenleistungen bleiben unberücksichtigt. Im Falle der Vertretung eines anderen Beteiligten bestimmen sich die Gebühren nach dem Werte des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder des Verteilungsverfahrens oder des Anteils des Vertretenen an diesem Gegenstande. Auf die Berechnung des Wertes des Gegenstandes der Zwangsversteigerung oder des Verteilungsverfahrens finden die in Ansehung der Gerichtskosten geltenden Vorschriften Anwendung.

Beschränkt sich die Thätigkeit des Rechtsanwalts auf die Vertretung des Gläubigers in dem Verfahren bis zum Versteigerungstermine, so ist für die Gebührenberechnung an Stelle des Wertes des Rechtes der Wert des Anspruchs, wegen dessen die Zwangsversteigerung beantragt ist, maßgebend, sofern nicht die Wahrnehmung eines anderen Termins stattgefunden hat.

Artikel 5.

Für die Vertretung des Gläubigers, des Schuldners oder des Konkursverwalters im Verfahren der Zwangsverwaltung, einschließlich des Verteilungsverfahrens, erhält der Rechtsanwalt jährlich zwei Zehnteile der vollen Gebühr nach dem Werte der jährlichen Einkünfte. Auf die Berechnung dieser Gebühr finden die in Ansehung der Gerichtskosten geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Der Vertreter des Antragstellers erhält außerdem drei Zehnteile der vollen Gebühr nach dem Werte der jährlichen Einkünfte; ist ein Gläubiger der Antragsteller und ist der Betrag der beizutreibenden Forderung und der miteinzuziehenden Zinsen geringer als der Wert der jährlichen Einkünfte, so ist dieser Betrag für die Gebührenberechnung maßgebend.

Beschränkt sich die Thätigkeit des Rechtsanwalts auf die Vertretung in dem Verfahren wegen Anordnung der Zwangsverwaltung, so erhält er nur die im Abs. 2 bestimmte Gebühr.

Artikel 6.

Auf die Vergütung der Berufsthätigkeit eines Rechtsanwalts in einem Verteilungsverfahren außerhalb der Fälle der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung finden die Vorschriften des Artikel 4 entsprechende Anwendung. Das Gleiche gilt für ein Verteilungsverfahren im Falle der Zwangsverwaltung, wenn der Rechtsanwalt einen anderen Beteiligten als den Gläubiger, den Schuldner oder den Konkursverwalter vertritt; für die Berechnung des Wertes wiederkehrender Leistungen ist der Wert der Leistungen eines Jahres, für die Berechnung des Wertes des Gegenstandes des Verteilungsverfahrens ist der Wert der Einkünfte eines Jahres maßgebend.

Artikel 7.

Für die Vertretung eines Beteiligten im Verfahren der Zwangsliquidation einer Bahneinheit erhält der Rechtsanwalt drei Zehnteile der vollen Gebühr. Der Vertreter des Antragstellers erhält außerdem drei Zehnteile der vollen Gebühr für die Vertretung in der Versammlung der Bahnpfandgläubiger.

Auf die Wertberechnung finden die Vorschriften des Artikel 4 Abs. 4 entsprechende Anwendung.

Artikel 8.

Für Anträge, Erklärungen und Beschwerden bei Behörden erhält der Rechtsanwalt zwei Zehnteile der vollen Gebühr. Für bloße Benachrichtigungen, Beschleunigungsgesuche, kurze Anzeigen und Schreiben ähnlicher Art kann diese Gebühr nur gefordert werden, falls nicht dem Rechtsanwalt in der gleichen Angelegenheit eine andere Gebühr zusteht.

Hat der Rechtsanwalt die einem Antrag oder einer Erklärung zu Grunde liegende Urkunde entworfen, so steht ihm die im § 9 Abs. 2 der Gebührenordnung für Notare bestimmte Gebühr zu, wenn ein das Sach- und Rechtsverhältnis entwickelnder Vortrag erforderlich ist und dessen Einreichung von der Partei verlangt wird.

Artikel 9.

Für Schreiben an Privatpersonen erhält der Rechtsanwalt ein Zehnteil der vollen Gebühr. Für Schreiben, die rechtliche Ausführungen oder sachliche Auseinandersetzungen nicht enthalten, kann diese Gebühr nur gefordert werden, falls nicht dem Rechtsanwalt in der gleichen Angelegenheit eine andere Gebühr zusteht. Für die der Einleitung eines Prozesses vorausgehenden Mahnungen, Kündigungen oder Schreiben ähnlicher Art kann eine Gebühr nicht gefordert werden, wenn dem Rechtsanwalte die Prozeßgebühr zusteht.

Auf Schreiben an den Auftraggeber, die eine Ratserteilung oder ein Gutachten enthalten, finden die für diese Geschäfte in den Artikeln 11, 15 gegebenen Gebührenvorschriften Anwendung. Für andere Schreiben an den Auftraggeber kann eine Gebühr auch dann nicht gefordert werden, wenn sie rechtliche Ausführungen oder sachliche Auseinandersetzungen enthalten; steht jedoch dem Rechtsanwalt in der gleichen Angelegenheit eine andere Gebühr nicht zu, so ist die im Abs. 1 Satz 1 bestimmte Gebühr zu erheben.

Artikel 10.

Für die Wahrnehmung eines Termins erhält der Rechtsanwalt drei Zehnteile der vollen Gebühr. Werden in derselben Angelegenheit mehrere Termine wahrgenommen, so beträgt die Gebühr für den zweiten und für jeden weiteren Termin zwei Zehnteile der vollen Gebühr.

Der Gesamtbetrag der Gebühren in derselben Angelegenheit darf in einer Instanz die volle Gebühr nicht übersteigen.

Artikel 11.

Ein Zehnteil der vollen Gebühr erhält der Rechtsanwalt, falls nicht eine der in den Artikeln 8 bis 10 bestimmten Gebühren anzusetzen ist, für die Erteilung eines Rates sowie für eine Besprechung.

Artikel 12.

Der Gesamtbetrag der in einer Angelegenheit nach den Artikeln 8, 9, 11 anzusetzenden Gebühren darf in einer Instanz die volle Gebühr nicht übersteigen.

Artikel 13.

Auf die Anfertigung des Entwurfes eines Rechtsgeschäfts und die Vermittelung einer Auseinandersetzung sowie auf den Empfang, die Verwahrung und die Auszahlung von Geldern und Wertpapieren in Angelegenheiten, die nicht zur streitigen Rechtspflege gehören, finden die für die Gebühren der Notare geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Der Betrag der Vergütung für die Anfertigung eines Entwurfes kann nur insoweit abweichend durch Vertrag bestimmt werden, als dies nach § 26 der Gebührenordnung für Notare zulässig ist.

Die Vorschriften der §§ 19 bis 25 der Gebührenordnung für Notare finden auf Rechtsanwälte keine Anwendung.

Artikel 14.

Ist für das dem Rechtsanwalt übertragene Geschäft eine Gebühr nicht bestimmt, so erhält er eine unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der Deutschen Gebührenordnung und dieses Gesetzes zu bemessende Gebühr. Das Gleiche gilt, soweit für die begonnene oder verbreitete Ausführung eines vor der vollständigen Ausführung erledigten Auftrags eine Gebühr nicht vorgesehen ist.

Artikel 15.

Die Vorschriften der §§ 2 bis 6, 8, 10 bis 12, 76 bis 86, 88, 93, 94 der Deutschen Gebührenordnung finden, soweit nicht ein Anderes bestimmt ist, in den Fällen der Artikel 4 bis 14 entsprechende Anwendung.

In den Fällen der Artikel 4 bis 7 finden auch die Vorschriften der §§ 7, 25, 26, 29 bis 32, 35, 36, 48 bis 51 der Deutschen Gebührenordnung entsprechende Anwendung. Steht dem Rechtsanwalt in derselben Instanz eine Gebühr für den Antrag auf Eintragung einer Sicherungshypothek zu, so wird diese auf die im Artikel 4 Abs. 1 Nr. 1, im Artikel 5 Abs. 2 und im Artikel 7 Abs. 1 Satz 1 bestimmten Gebühren angerechnet.

Artikel 16.

Allgemeine Vorschriften über die Vergütung für eine Thätigkeit, welche die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft nicht voraussetzt, sind auch für die Rechtsanwälte maßgebend.

Artikel 17.

Die Vorschriften dieses Abschnitts treten gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft. Für die vor diesem Zeitpunkt erteilten Aufträge bewendet es bei den bisherigen Vorschriften.

Zweiter Abschnitt.

Gebühren der Gerichtsvollzieher.

Ueber die Gebühren der Gerichtsvollzieher bestimmt das vorliegende Gesetz hauptsächlich folgendes:

Die Gebühren sind nach der Deutschen Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher zu berechnen bei allen Zwangsvollstreckungen und Zustellungen, die nach den Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen auszuführen sind, z. B. im Verfahren vor den Gewerbegerichten (Art. 19).

Die Gebühren der Gerichtsvollzieher für freiwillige Versteigerungen, für Wechselproteste, Siegelungen und Entsiegelungen, für Aufnahmen von Vermögensverzeichnissen richten sich nach den §§ 19 bis 21, 32, 47, 49 Absatz 2 und 3 und 50 Absatz 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes (Art. 20).

Die Gebühr für Beurkundung der Aufgabe des Geldes zur Post beträgt 80 Pfennige (Art. 21).

Artikel 18.

Die Vergütung für die Berufsthätigkeit der Gerichtsvollzieher bestimmt sich, soweit sie nicht reichsgesetzlich geregelt ist, ausschließlich nach den nachstehenden Vorschriften.

Artikel 19.

Die Deutsche Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher findet Anwendung auf die nach den Vorschriften der Deutschen Prozeßordnungen auszuführenden Zwangsvollstreckungen und Zustellungen in Angelegenheiten, welche vor besondere Gerichte gehören oder durch die Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffen werden.

Artikel 20.

Auf die Gebühren der Gerichtsvollzieher für freiwillige Versteigerungen, für Wechselproteste, für Siegelungen und Entsiegelungen sowie für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen finden die Vorschriften der §§ 19 bis 21, 32, 47, 49, 50 des Preußischen Gerichtskostengesetzes Anwendung; soweit verschiedene Gebührensätze für die Thätigkeit des Richters und die des Gerichtsschreibers bestehen, sind die für Gerichtsschreiber geltenden Vorschriften maßgebend.

Außer den im Abs. 1 bezeichneten Vorschriften findet auch die Vorschrift des § 109 des Preußischen Gerichtskostengesetzes Anwendung, soweit sie sich auf die Gebühr im Falle der Zurücknahme bezieht.

Artikel 21.

Die Gebühr des Gerichtsvollziehers für die Beurkundung der Aufgabe des Geldes zur Post (§ 17 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879, Gesetz-Samml. S. 249) beträgt achtzig Pfennig.

Artikel 22.

Auf die Gebühren der Gerichtsvollzieher, welche nicht durch die Deutsche Gebührenordnung bestimmt sind, finden die §§ 12 bis 23 der Gebührenordnung und der im § 24 Nr. 2 der Gebührenordnung gemachte Vorbehalt entsprechende Anwendung.

Artikel 23.

Die im § 24 der Deutschen Gebührenordnung vorbehaltenen Bestimmungen erfolgen durch den Justizminister.

Soweit den Gerichtsvollziehern Geschäfte übertragen sind oder in Zukunft übertragen werden, für welche die Gebühren nicht durch Gesetz bestimmt sind, erfolgt die Bestimmung durch den Justizminister. Das Gleiche gilt in Ansehung der Gebühren für Zwangsvollstreckungen und Zustellungen im Verwaltungszwangsverfahren.

Artikel 24.

Zu den dem Gerichtsvollzieher zu vergütenden baren Auslagen gehören auch die erforderlichen Stempel.

Artikel 25.

Die Zustellungsurkunden der Gerichtsvollzieher sind stempelfrei.

Artikel 26.

Die Vorschriften dieses Abschnitts treten gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft und finden auf alle zu diesem Zeitpunkte noch nicht beendigten Geschäfte, auch hinsichtlich der bereits geleisteten Arbeiten, Anwendung.

Dritter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

Artikel 27.

Aufgehoben werden vom Zeitpunkte des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs an:

1. das Ausführungsgesetz zur Deutschen Gebührenordnung für Rechtsanwälte vom 2. Februar 1880 (Gesetz-Samml. S. 43);
2. die noch geltenden Vorschriften des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtskostengesetz und zu den Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige vom 10. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 145) mit Ausnahme des § 42;
3. das Gesetz, enthaltend Bestimmungen über Gerichtskosten und Gebühren der Gerichtsvollzieher, vom 21. März 1882 (Gesetz-Samml. S. 129).

Artikel 28.

Im bisherigen Geltungsbereiche des Rheinischen Rechtes bleiben für die Gebühren der Gerichtsvollzieher in einem Verfahren nach der Subhastationsordnung für die Rheinprovinzen vom 1. August 1822 (Gesetz-Samml. S. 195) die bisherigen Vorschriften maßgebend.

Ausführungsgesetz

zum

Deutschen Gerichtskostengesetze

und zu den

Deutschen Gebührenordnungen für Gerichtsvollzieher und für Zeugen und Sachverständige.

Vom 10. März 1879.

Von diesem Gesetz ist nur § 42 noch in Geltung. Derselbe bestimmt, daß die Deutsche Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige in allen gerichtlichen Angelegenheiten Anwendung findet.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§ 42. Die Deutsche Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878 findet Anwendung auf gerichtliche Angelegenheiten, welche vor besondere Gerichte gehören oder durch die Deutschen Prozeßordnungen nicht betroffen werden.

Tabelle I.

(§ 33 des Preußischen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Doppelte Gebühr ℳ	2. 15/10 Gebühr ℳ	3. Einfache (volle) Gebühr ℳ	4. 5/10 Gebühr ℳ	5. 4/10 Gebühr ℳ	6. 3/10 Gebühr ℳ	7. 2/10 Gebühr ℳ	8. 1/10 Gebühr ℳ
1.		20	0,80	0,60	0,40	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
2.	20	60	1,40	1,10	0,70	0,40	0,30	0,30	0,20	0,20
3.	60	120	2,40	1,80	1,20	0,60	0,50	0,40	0,30	0,20
4.	120	200	3,60	2,70	1,80	0,90	0,80	0,60	0,40	0,20
5.	200	300	4,80	3,60	2,40	1,20	1	0,80	0,50	0,30
6.	300	450	6	4,50	3	1,50	1,20	0,90	0,60	0,30
7.	450	650	7,20	5,40	3,60	1,80	1,50	1,10	0,80	0,40
8.	650	900	8,40	6,30	4,20	2,10	1,70	1,30	0,90	0,50
9.	900	1 200	10	7,50	5	2,50	2	1,50	1	0,50
10.	1 200	1 600	12	9	6	3	2,40	1,80	1,20	0,60
11.	1 600	2 100	14	10,50	7	3,50	2,80	2,10	1,40	0,70
12.	2 100	2 700	16	12	8	4	3,20	2,40	1,60	0,80
13.	2 700	3 400	18	13,50	9	4,50	3,60	2,70	1,80	0,90
14.	3 400	4 300	20	15	10	5	4	3	2	1
15.	4 300	5 400	22	16,50	11	5,50	4,40	3,30	2,20	1,10
16.	5 400	6 700	24	18	12	6	4,80	3,60	2,40	1,20
17.	6 700	8 200	26	19,50	13	6,50	5,20	3,90	2,60	1,30
18.	8 200	10 000	28	21	14	7	5,60	4,20	2,80	1,40
19.	10 000	12 000	30	22,50	15	7,50	6	4,50	3	1,50
20.	12 000	14 000	32	24	16	8	6,40	4,80	3,20	1,60
21.	14 000	16 000	34	25,50	17	8,50	6,80	5,10	3,40	1,70
22.	16 000	18 000	36	27	18	9	7,20	5,40	3,60	1,80
23.	18 000	20 000	38	28,50	19	9,50	7,60	5,70	3,80	1,90
24.	20 000	22 000	40	30	20	10	8	6	4	2
25.	22 000	24 000	42	31,50	21	10,50	8,40	6,30	4,20	2,10
26.	24 000	26 000	44	33	22	11	8,80	6,60	4,40	2,20
27.	26 000	28 000	46	34,50	23	11,50	9,20	6,90	4,60	2,30
28.	28 000	30 000	48	36	24	12	9,60	7,20	4,80	2,40
29.	30 000	35 000	52	39	26	13	10,40	7,80	5,20	2,60
30.	35 000	40 000	56	42	28	14	11,20	8,40	5,60	2,80
31.	40 000	50 000	60	45	30	15	12	9	6	3
32.	50 000	60 000	64	48	32	16	12,80	9,60	6,40	3,20
33.	60 000	70 000	68	51	34	17	13,60	10,20	6,80	3,40
34.	70 000	80 000	72	54	36	18	14,40	10,80	7,20	3,60
35.	80 000	90 000	76	57	38	19	15,20	11,40	7,60	3,80
36.	90 000	100 000	80	60	40	20	16	12	8	4

Jede weitere Wertklasse steigt um 10 000 ℳ, die einzelnen Gebühren um je 2 ℳ, 1,50 ℳ, 1 ℳ, 50, 40, 30, 20 oder 10 ₰, z. B.:

37.	100 000	110 000	82	61,50	41	20,50	16,40	12,30	8,20	4,10
38.	110 000	120 000	84	63	42	21	16,80	12,60	8,40	4,20

Tabelle II.

(§ 57 des Preußischen Gerichtskostengesetzes, Satz A.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Volle Gebühr ℳ	2. 6/10 Gebühr ℳ	3. 5/10 Gebühr ℳ	4. 2/10 Gebühr ℳ
1.		20	0,40	0,40	0,20	0.20
2.	20	60	0,70	0,60	0,40	0,20
3.	60	120	1	0,80	0,50	0,20
4.	120	200	1,50	1,20	0,80	0,30
5.	200	300	2	1,60	1	0,40
6.	300	450	2,60	2,10	1,30	0,60
7.	450	650	3,20	2,60	1,60	0,70
8.	650	900	4	3,20	2	0,80
9.	900	1 200	4,80	3,90	2,40	1
10.	1 200	1 600	6	4,80	3	1,20
11.	1 600	2 100	7,20	5,80	3,60	1,50
12.	2 100	2 700	8,40	6,80	4,20	1,70
13.	2 700	3 400	9,60	7,70	4,80	2
14.	3 400	4 300	11	8,80	5,50	2,20
15.	4 300	5 400	12,60	10,10	6,30	2,60
16.	5 400	6 700	14,40	11,60	7,20	2,90
17.	6 700	8 200	16,20	13	8,10	3,30
18.	8 200	10 000	18	14,40	9	3,60
19.	10 000	12 000	20,40	16,40	10,20	4,10
20.	12 000	14 000	22,80	18,30	11,40	4,60
21.	14 000	16 000	25,20	20,20	12,60	5,10
22.	16 000	18 000	27,60	22,10	13,80	5,60
23.	18 000	20 000	30	24	15	6
24.	20 000	22 000	32,40	26	16,20	6,50
25.	22 000	24 000	34,80	27,90	17,40	7
26.	24 000	26 000	37,20	29,80	18,60	7,50
27.	26 000	28 000	39,60	31,70	19,80	8
28.	28 000	30 000	42	33,60	21	8,40
29.	30 000	35 000	47	37,60	23,50	9,40
30.	35 000	40 000	52	41,60	26	10,40
31.	40 000	50 000	60	48	30	12
32.	50 000	60 000	66	52,80	33	13,20
33.	60 000	70 000	72	57,60	36	14,40
34.	70 000	80 000	78	62,40	39	15,60
35.	80 000	90 000	84	67,20	42	16,80
36.	90 000	100 000	90	72	45	18

Jede weitere Wertklasse steigt um je 10 000 ℳ, die einzelnen Gebühren um je 6 ℳ, 4,80 ℳ, 3 ℳ oder 1,20 ℳ, z. B.:

37.	100 000	110 000	96	76,80	48	19,20
38.	110 000	120 000	102	81,60	51	20,40

Tabelle III.

(§ 57 des Preußischen Gerichtskostengesetzes, Satz B.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als	bis einschließlich	1. Dreifache Gebühr	2. Zweifache (doppelte) Gebühr	3. Einfache (volle) Gebühr	4. 5/10 Gebühr	5. 4/10 Gebühr	6. 3/10 Gebühr	7. 1/2 von 5/10 (5/20) Gebühr	8. 2/10 Gebühr	9. 1/2 von 3/10 (3/20) Gebühr	10. 1/2 von 2/10 (2/20) Gebühr	11. 1/10 Gebühr	12. 1/2 von 2/10 (2/20) Gebühr
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1.		20	0,60	0,40	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
2.	20	60	1,20	0,80	0,40	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
3.	60	120	1,80	1,20	0,60	0,30	0,30	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
4.	120	200	3	2	1	0,50	0,40	0,30	0,30	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
5.	200	300	4,20	2,80	1,40	0,70	0,60	0,50	0,40	0,30	0,30	0,20	0,20	0,20
6.	300	450	5,70	3,80	1,90	1	0,80	0,60	0,50	0,40	0,30	0,30	0,20	0,20
7.	450	650	7,20	4,80	2,40	1,20	1	0,80	0,60	0,50	0,40	0,30	0,30	0,20
8.	650	900	8,70	5,80	2,90	1,50	1,20	0,90	0,80	0,60	0,50	0,40	0,30	0,30
9.	900	1 200	10,20	6,80	3,40	1,70	1,40	1,10	0,90	0,70	0,60	0,50	0,40	0,30
10.	1 200	1 600	12	8	4	2	1,60	1,20	1	0,80	0,60	0,50	0,40	0,30
11.	1 600	2 100	13,80	9,20	4,60	2,30	1,90	1,40	1,20	1	0,70	0,60	0,50	0,40
12.	2 100	2 700	16,20	10,80	5,40	2,70	2,20	1,70	1,40	1,10	0,90	0,70	0,60	0,50
13.	2 700	3 400	18,60	12,40	6,20	3,10	2,50	1,90	1,60	1,30	1	0,80	0,70	0,50
14.	3 400	4 300	21,60	14,40	7,20	3,60	2,90	2,20	1,80	1,50	1,10	0,90	0,80	0,60
15.	4 300	5 400	24,60	16,40	8 20	4,10	3,30	2,50	2,10	1,70	1,30	1,10	0,90	0,70
16.	5 400	6 700	28,20	18,80	9,40	4,70	3,80	2,90	2,40	1,90	1,50	1,20	1	0,80
17.	6 700	8 200	31,80	21,20	10,60	5,30	4,30	3,20	2,70	2,20	1.60	1,40	1,10	0,80
18.	8 200	10 000	36	24	12	6	4,80	3,60	3	2,40	1,80	1,50	1,20	0,90
19.	10 000	12 000	41,40	27,60	13,80	6,90	5,60	4,20	3,50	2,80	2,10	1,80	1,40	1,10
20.	12 000	14 000	46,80	31,20	15,60	7,80	6,30	4,70	3,90	3,20	2,40	2	1,60	1,20
21.	14 000	16 000	52,20	34,80	17,40	8,70	7	5,30	4,40	3,50	2,70	2,20	1,80	1,40
22.	16 000	18 000	57,60	38,40	19,20	9,60	7,70	5,80	4,80	3,90	2,90	2,40	2	1,50
23.	18 000	20 000	63	42	21	10,50	8,40	6,30	5,30	4,20	3,20	2,70	2,10	1,60
24.	20 000	22 000	68,40	45,60	22,80	11,40	9,20	6,90	5,70	4,60	3,50	2,90	2,30	1,80
25.	22 000	24 000	73,80	49,20	24,60	12,30	9,90	7,40	6,20	5	3,70	3.10	2,50	1,90
26.	24 000	26 000	79,20	52,80	26,40	13,20	10,60	8	6,60	5,30	4	3,30	2,70	2
27.	26 000	28 000	84,60	56,40	28,20	14,10	11,30	8,50	7,10	5,70	4,30	3,60	2,90	2,20
28.	28 000	30 000	90	60	30	15	12	9	7,50	6	4,50	3,80	3	2,30
29.	30 000	35 000	102	68	34	17	13,60	10,20	8,50	6,80	5,10	4,30	3,40	2,60
30.	35 000	40 000	114	76	38	19	15,20	11,40	9,50	7,60	5,70	4,80	3,80	2,90
31.	40 000	50 000	135	90	45	22,50	18	13,50	11,30	9	6,80	5,70	4,50	3,40
32.	50 000	60 000	153	102	51	25,50	20,40	15,30	12,80	10,20	7,70	6,40	5,10	3,90
33.	60 000	70 000	171	114	57	28,50	22,80	17,10	14,30	11,40	8,60	7,20	5,70	4,30
34	70 000	80 000	189	126	63	31,50	25,20	18,90	15,80	12,60	9,50	7,90	6,30	4,80
35.	80 000	90 000	207	138	69	34,50	27,60	20,70	17,30	13,80	10,40	8,70	6,90	5,20
36.	90 000	100 000	225	150	75	37,50	30	22,50	18,80	15	11,30	9,40	7,50	5,70

Jede weitere Wertklasse steigt um 10 000 ℳ, die einzelnen Gebühren um je 18 ℳ, 12 ℳ, 6 ℳ, 3 ℳ, 2,40 ℳ, 1,80 ℳ, 1,20 ℳ, 90, 70, 60 oder 50 ₰, z. B.:

37.	100 000	110 000	243	162	81	40,50	32,40	24,30	20,30	16,20	12,20	10,20	8,10	6,10
38.	110 000	120 000	261	174	87	43,50	34,80	26,10	21,80	17,40	13,10	10,90	8,70	6,60

Tabelle IV.

(§ 72 Nr. 3a des Preußischen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	Gebühr ℳ	Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	Gebühr ℳ
1.		22 000	20	23.	190 000	200 000	70
2.	22 000	24 000	21	24.	200 000	210 000	73
3.	24 000	26 000	22	25.	210 000	220 000	76
4.	26 000	28 000	23	26.	220 000	230 000	79
5.	28 000	30 000	24	27.	230 000	240 000	82
6.	30 000	35 000	26	28.	240 000	250 000	85
7.	35 000	40 000	28	29.	250 000	260 000	88
8.	40 000	50 000	30	30.	260 000	270 000	91
9.	50 000	60 000	32	31.	270 000	280 000	94
10.	60 000	70 000	34	32.	280 000	290 000	97
11.	70 000	80 000	36	33.	290 000	300 000	100
12.	80 000	90 000	38	34.	300 000	310 000	103
13.	90 000	100 000	40	35.	310 000	320 000	106
14.	100 000	110 000	43	36.	320 000	330 000	109
15.	110 000	120 000	46	37.	330 000	340 000	112
16.	120 000	130 000	49	38.	340 000	350 000	115
17.	130 000	140 000	52	39.	350 000	360 000	118
18.	140 000	150 000	55	40.	360 000	370 000	121
19.	150 000	160 000	58	41.	370 000	380 000	124
20.	160 000	170 000	61	42.	380 000	390 000	127
21.	170 000	180 000	64	43.	390 000	400 000	130
22.	180 000	190 000	67	44.	400 000	410 000	133

Jede weitere Wertklasse steigt um 10 000 ℳ, jede fernere Gebühr um 3 ℳ.

Tabelle V.

(§ 81 Absatz 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	Gebühr ℳ
1.		20	0,20
2.	20	60	0,20
3.	60	120	0,30
4.	120	200	0,40
5.	200	300	0,60
6.	300	450	0,80
7.	450	650	1
8.	650	900	1,20
9.	900	1 200	1,40
10.	1 200	1 600	1,60
11.	1 600	2 100	1,90
12.	2 100	2 700	2,20
13.	2 700	3 400	2,50
14.	3 400	4 300	2,90
15.	4 300	5 400	3,30
16.	5 400	6 700	3,80
17.	6 700	8 200	4,30
18.	8 200	10 000	4,80
19.	10 000	12 000	5,60
20.	12 000	14 000	6,30
21.	14 000	16 000	7
22.	16 000	18 000	7,70
23.	18 000	20 000	8,40
24.	20 000	22 000	9,20
25.	22 000	24 000	9,90
26.	24 000	26 000	10,60
27.	26 000	28 000	11,30
28.	28 000	30 000	12
29.	30 000	35 000	13,60
30.	35 000	40 000	15,20
31.	40 000	50 000	18
32.	50 000	60 000	20,40
33.	60 000	70 000	22,80
34.	70 000	80 000	25,20
35.	80 000	90 000	27,60
36.	90 000	100 000	30
37.	100 000	110 000	32,40
38.	110 000	120 000	34,80
39.	120 000	130 000	37,20
40.	130 000	140 000	39,60
41.	140 000	150 000	42
42.	150 000	160 000	44,40
43.	160 000	170 000	46,80
44.	170 000	180 000	47
45.	180 000	190 000	48
46.	190 000	200 000	49

Jede weitere Wertklasse steigt um 10 000 ℳ, jede Gebühr um 1 ℳ, z. B.:

47.	200 000	210 000	50
48.	210 000	220 000	51
49.	220 000	230 000	52
50.	230 000	240 000	53

Tabelle VI.

(§ 92 des Preußischen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Vermögen von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Einmalige Gebühr ℳ	2. Jährliche Gebühr ℳ
1.		400	1	0,20
2.	400	800	2	0,20
3.	800	1 200	3	0,30
4.	1 200	1 600	4	0,40
5.	1 600	2 000	5	0,50
6.	2 000	2 400	6	0,60
7.	2 400	2 800	7	0,70
8.	2 800	3 200	8	0,80
9.	3 200	3 600	9	0,90
10.	3 600	4 000	10	1
11.	4 000	4 400	11	1,10
12.	4 400	4 800	12	1,20
13.	4 800	5 200	13	1,30
14.	5 200	5 600	14	1,40
15.	5 600	6 000	15	1,50
16.	6 000	6 400	16	1,60
17.	6 400	6 800	17	1,70
18.	6 800	7 200	18	1,80
19.	7 200	7 600	19	1,90
20.	7 600	8 000	20	2
21.	8 000	8 400	21	2,10
22.	8 400	8 800	22	2,20
23.	8 800	9 200	23	2,30
24.	9 200	9 600	24	2,40
25.	9 600	10 000	25	2,50
26.	10 000	10 400	26	2,60
27.	10 400	10 800	27	2,70
28.	10 800	11 200	28	2,80
29.	11 200	11 600	29	2,90
30.	11 600	12 000	30	3
31.	12 000	12 400	31	3,10
32.	12 400	12 800	32	3,20
33.	12 800	13 200	33	3,30
34.	13 200	13 600	34	3,40
35.	13 600	14 000	35	3,50
36.	14 000	14 400	36	3,60
37.	14 400	14 800	37	3,70
38.	14 800	15 200	38	3,80
39.	15 200	15 600	39	3,90
40.	15 600	16 000	40	4
41.	16 000	16 400	41	4,10
42.	16 400	16 800	42	4,20
43.	16 800	17 200	43	4,30
44.	17 200	17 600	44	4,40
45.	17 600	18 000	45	4,50
46.	18 000	18 400	46	4,60
47.	18 400	18 800	47	4,70
48.	18 800	19 200	48	4,80
49.	19 200	19 600	49	4,90
50.	19 600	20 000	50	5
51.	20 000	20 400	51	5,10
52.	20 400	20 800	52	5,20
53.	20 800	21 200	53	5,30
54.	21 200	21 600	54	5,40
55.	21 600	22 000	55	5,50
56.	22 000	22 400	56	5,60
57.	22 400	22 800	57	5,70
58.	22 800	23 200	58	5,80
59.	23 200	23 600	59	5,90
60.	23 600	24 000	60	6
61.	24 000	24 400	61	6,10
62.	24 400	24 800	62	6,20
63.	24 800	25 200	63	6,30
64.	25 200	25 600	64	6,40
65.	25 600	26 000	65	6,50
66.	26 000	26 400	66	6,60
67.	26 400	26 800	67	6,70
68.	26 800	27 200	68	6,80
69.	27 200	27 600	69	6,90
70.	27 600	28 000	70	7

Jede weitere Wertklasse steigt um 400 ℳ, jede fernere Gebühr der ersten Spalte um 1 ℳ, der zweiten Spalte um 10 ₰.

Tabelle VII.

(§ 8 des Deutschen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Doppelte Gebühr ℳ	2. Einfache (volle) Gebühr ℳ	3. 5/10 Gebühr ℳ	4. 3/10 Gebühr ℳ	5. 2/10 Gebühr ℳ	6. 1/10 Gebühr ℳ	7. 1/10 von 3/10 (3/100) Gebühr ℳ	8. 1/10 von 2/10 (2/100) Gebühr ℳ	9. 1/10 von 1/10 (1/100) Gebühr ℳ
1.		20	2	1	0,50	0,30	0,20	0,20	0,20	0,20	0,20
2.	20	60	4,80	2,40	1,20	0,80	0,50	0,30	0,20	0,20	0,20
3.	60	120	9,20	4,60	2,30	1,40	1	0,50	0,20	0,20	0,20
4.	120	200	15	7,50	3,80	2,30	1,50	0,80	0,30	0,20	0,20
5.	200	300	22	11	5,50	3,30	2,20	1,10	0,40	0,30	0,20
6.	300	450	30	15	7,50	4,50	3	1,50	0,50	0,30	0,20
7.	450	650	40	20	10	6	4	2	0,60	0,40	0,20
8.	650	900	52	26	13	7,80	5,20	2,60	0,80	0,60	0,30
9.	900	1 200	64	32	16	9,60	6,40	3,20	1	0,70	0,40
10.	1 200	1 600	76	38	19	11,40	7,60	3,80	1,20	0,80	0,40
11.	1 600	2 100	88	44	22	13,20	8,80	4,40	1,40	0,90	0,50
12.	2 100	2 700	100	50	25	15	10	5	1,50	1	0,50
13.	2 700	3 400	112	56	28	16,80	11,20	5,60	1,70	1,20	0,60
14.	3 400	4 300	124	62	31	18,60	12,40	6,20	1,90	1,30	0,70
15.	4 300	5 400	136	68	34	20,40	13,60	6,80	2,10	1,40	0,70
16.	5 400	6 700	148	74	37	22,20	14,80	7,40	2,30	1,50	0,80
17.	6 700	8 200	162	81	40,50	24,30	16,20	8,10	2,50	1,70	0,90
18.	8 200	10 000	180	90	45	27	18	9	2,70	1,80	0,90

Jede weitere Wertklasse steigt um 2000 ℳ, die einzelnen Gebühren um je 20 ℳ, 10 ℳ, 5 ℳ, 3 ℳ, 2 ℳ, 1 ℳ, 30, 20 oder 10 ₰, z. B.:

19.	10 000	12 000	200	100	50	30	20	10	3	2	1
20.	12 000	14 000	220	110	55	33	22	11	3,30	2,20	1,10
21.	14 000	16 000	240	120	60	36	24	12	3,60	2,40	1,20
22.	16 000	18 000	260	130	65	39	26	13	3,90	2,60	1,30
23.	18 000	20 000	280	140	70	42	28	14	4,20	2,80	1,40
24.	20 000	22 000	300	150	75	45	30	15	4,50	3	1,50
25.	22 000	24 000	320	160	80	48	32	16	4,80	3,20	1,60

Tabelle VIII.

(§ 96 Nr. 2 des Preußischen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Vermögen von mehr als ℳ	Bei einem Vermögen bis einschließlich ℳ	Gebühr ℳ	Wertklasse	Bei einem Vermögen von mehr als ℳ	Bei einem Vermögen bis einschließlich ℳ	Gebühr ℳ
1.		3 000	5	28.	29 000	30 000	30
2.	3 000	4 000	6	29.	30 000	31 000	30,50
3.	4 000	5 000	7,50	30.	31 000	32 000	31
4.	5 000	6 000	9	31.	32 000	33 000	31,50
5.	6 000	7 000	10,50	32.	33 000	34 000	32
6.	7 000	8 000	12	33.	34 000	35 000	32,50
7.	8 000	9 000	13,50	34.	35 000	36 000	33
8.	9 000	10 000	15	35.	36 000	37 000	33,50
9.	10 000	11 000	16	36.	37 000	38 000	34
10.	11 000	12 000	17	37.	38 000	39 000	34,50
11.	12 000	13 000	18	38.	39 000	40 000	35
12.	13 000	14 000	19	39.	40 000	41 000	35,50
13.	14 000	15 000	20	40.	41 000	42 000	36
14.	15 000	16 000	21	41.	42 000	43 000	36,50
15.	16 000	17 000	22	42.	43 000	44 000	37
16.	17 000	18 000	23	43.	44 000	45 000	37,50
17.	18 000	19 000	24	44.	45 000	46 000	38
18.	19 000	20 000	25	45.	46 000	47 000	38,50
19.	20 000	21 000	25,50	46.	47 000	48 000	39
20.	21 000	22 000	26	47.	48 000	49 000	39,50
21.	22 000	23 000	26,50	48.	49 000	50 000	40
22.	23 000	24 000	27	49.	50 000	52 000	40,50
23.	24 000	25 000	27,50	50.	52 000	54 000	41
24.	25 000	26 000	28	51.	54 000	56 000	41,50
25.	26 000	27 000	28,50	52.	56 000	58 000	42
26.	27 000	28 000	29	53.	58 000	60 000	42,50
27.	28 000	29 000	29,50	54.	60 000	62 000	43

Jede weitere Wertklasse steigt um 2000 ℳ, jede fernere Gebühr um 50 ₰.

Tabelle IX.

(§ 125 des Preußischen Gerichtskostengesetzes.)

Wertklasse	Bei einem Werte des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. 10/10 Gebühr ℳ	2. 5/10 Gebühr ℳ	3. 3/10 Gebühr ℳ
1.		20	0,50	0,20	0,20
2.	20	60	1,20	0,50	0,30
3.	60	120	2,30	1	0,50
4	120	200	3,80	1,50	0,80
5.	200	300	5,50	2,20	1,10
6.	300	450	7,50	3	1,50
7.	450	650	10	4	2
8.	650	900	13	5,20	2,60
9.	900	1 200	16	6,40	3,20
10.	1 200	1 600	19	7,60	3,80
11.	1 600	2 100	22	8,80	4,40
12.	2 100	2 700	25	10	5
13.	2 700	3 400	28	11,20	5,60
14.	3 400	4 300	31	12,40	6,20
15.	4 300	5 400	34	13,60	6,80
16.	5 400	6 700	37	14,80	7,40
17.	6 700	8 200	40,50	16,20	8,10
18.	8 200	10 000	45	18	9
19.	10 000	12 000	50	20	10
20.	12 000	14 000	55	22	11
21.	14 000	16 000	60	24	12
22.	16 000	18 000	65	26	13
23.	18 000	20 000	70	28	14
24.	20 000	22 000	75	30	15
25.	22 000	24 000	80	32	16
26.	24 000	26 000	85	34	17
27.	26 000	28 000	90	36	18
28.	28 000	30 000	95	38	19
29.	30 000	32 000	100	40	20
30.	32 000	34 000	105	42	21
31.	34 000	36 000	110	44	22
32.	36 000	38 000	115	46	23
33.	38 000	40 000	120	48	24
34.	40 000	42 000	125	50	25
35.	42 000	44 000	130	52	26
36.	44 000	46 000	135	54	27
37.	46 000	48 000	140	56	28
38.	48 000	50 000	145	58	29
39.	50 000	52 000	150	60	30
40.	52 000	54 000	155	62	31
41.	54 000	56 000	160	64	32
42.	56 000	58 000	165	66	33
43.	58 000	60 000	170	68	34
44	60 000	62 000	175	70	35
45.	62 000	64 000	180	72	36
46.	64 000	66 000	185	74	37
47.	66 000	68 000	190	76	38
48.	68 000	70 000	195	78	39
49.	70 000	72 000	200	80	40
50.	72 000	74 000	205	82	41
51.	74 000	76 000	210	84	42
52.	76 000	78 000	215	86	43
53.	78 000	80 000	220	88	44
54.	80 000	82 000	225	90	45
55.	82 000	84 000	230	92	46
56.	84 000	86 000	235	94	47
57.	86 000	88 000	240	96	48
58.	88 000	90 000	245	98	49
59.	90 000	92 000	250	100	50
60.	92 000	94 000	255	102	51
61.	94 000	96 000	260	104	52
62.	96 000	98 000	265	106	53
63.	98 000	100 000	270	108	54
64.	100 000	103 000	275	110	55
65.	103 000	106 000	280	112	56

Jede weitere Wertklasse steigt um 3000 ℳ, die einzelnen Gebühren um je 5, 2 oder 1 ℳ, z. B.:

66.	106 000	109 000	285	114	57
67.	109 000	112 000	290	116	58
68.	112 000	115 000	295	118	59
69.	115 000	118 000	300	120	60
70.	118 000	121 000	305	122	61

Tabelle X.

(§ 13 der Gebührenordnung für Notare.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstands von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Doppelte Gebühr ℳ	2. Einfache Gebühr ℳ	3. 3/10 Gebühr ℳ
1.		50	0,80	0,40	0,20
2.	50	100	1,20	0,60	0,30
3.	100	150	1,60	0,80	0,40
4.	150	200	2	1	0,50
5.	200	250	2,40	1,20	0,60
6.	250	300	2,80	1,40	0,70
7.	300	350	3,20	1,60	0,80
8.	350	400	3,60	1,80	0,90
9.	400	500	4	2	1
10.	500	600	4,40	2,20	1,10
11.	600	700	4,80	2,40	1,20
12.	700	800	5,20	2,60	1,30
13.	800	900	5,60	2,80	1,40
14.	900	1000	6	3	1,50
15.	1000	1200	6,40	3,20	1,60
16.	1200	1400	6,80	3,40	1,70
17.	1400	1600	7,20	3,60	1,80
18.	1600	1800	7,60	3,80	1,90
19.	1800	2000	8	4	2
20.	2000	2200	8,40	4,20	2,10
21.	2200	2400	8,80	4,40	2,20
22.	2400	2600	9,20	4,60	2,30
23.	2600	2800	9,60	4,80	2,40
24.	2800	3000	10	5	2,50
25.	3000	3200	10,40	5,20	2,60
26.	3200	3400	10,80	5,40	2,70
27.	3400	3600	11,20	5,60	2,80
28.	3600	3800	11,60	5,80	2,90
29.	3800	4000	12	6	3
30.	4000	4200	12,40	6,20	3,10
31.	4200	4400	12,80	6,40	3,20
32.	4400	4600	13,20	6,60	3,30
33.	4600	4800	13,60	6,80	3,40
34.	4800	5000	14	7	3,50
35.	5000	5200	14,40	7,20	3,60
36.	5200	5400	14,80	7,40	3,70
37.	5400	5600	15,20	7,60	3,80
38.	5 600	5 800	15,60	7,80	3,90
39.	5 800	6 000	16	8	4
40.	6 000	6 200	16,40	8,20	4,10
41.	6 200	6 400	16,80	8,40	4,20
42.	6 400	6 600	17,20	8,60	4,30
43.	6 600	6 800	17,60	8,80	4,40
44.	6 800	7 000	18	9	4,50
45.	7 000	7 200	18,40	9,20	4,60
46.	7 200	7 400	18,80	9,40	4,70
47.	7 400	7 600	19,20	9,60	4,80
48.	7 600	7 800	19,60	9,80	4,90
49.	7 800	8 000	20	10	5
50.	8 000	8 200	20,40	10,20	5,10
51.	8 200	8 400	20,80	10,40	5,20
52.	8 400	8 600	21,20	10,60	5,30
53.	8 600	8 800	21,60	10,80	5,40
54.	8 800	9 000	22	11	5,50
55.	9 000	9 200	22,40	11,20	5,60
56.	9 200	9 400	22,80	11,40	5,70
57.	9 400	9 600	23,20	11,60	5,80
58.	9 600	9 800	23,60	11,80	5,90
59.	9 800	10 000	24	12	6
60.	10 000	10 500	24,40	12,20	6,10
61.	10 500	11 000	24,80	12,40	6,20
62.	11 000	11 500	25,20	12,60	6,30
63.	11 500	12 000	25,60	12,80	6,40

Jede weitere Wertklasse steigt um 500 ℳ, die einzelnen Gebühren um 40, 20 und 10 ₰, z. B.:

64.	12 000	12 500	26	13	6,50
65.	12 500	13 000	26,40	13,20	6,60
66.	13 000	13 500	26,80	13,40	6,70
67.	13 500	14 000	27,20	13,60	6,80
68.	14 000	14 500	27,60	13,80	6,90
69.	14 500	15 000	28	14	7

Tabelle XI.

(Art. 3 des Gesetzes betr. die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte ꝛc.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Volle Gebühr ℳ	2. 3/10 Gebühr ℳ	3. 2/10 Gebühr ℳ	4. 1/10 Gebühr ℳ
1.		20	2	1	1	1
2.	20	60	3	1	1	1
3.	60	120	4	1,20	1	1
4.	120	200	7	2,10	1,40	1
5.	200	300	10	3	2	1
6.	300	450	14	4,20	2,80	1,40
7.	450	650	19	5,70	3,80	1,90
8.	650	900	24	7,20	4,80	2,40
9.	900	1 200	28	8,40	5,60	2,80
10.	1 200	1 600	32	9,60	6,40	3,20
11.	1 600	2 100	36	10,80	7,20	3,60
12.	2 100	2 700	40	12	8	4
13.	2 700	3 400	44	13,20	8,80	4,40
14.	3 400	4 300	48	14,40	9,60	4,80
15.	4 300	5 400	52	15,60	10,40	5,20
16.	5 400	6 700	56	16,80	11,20	5,60
17.	6 700	8 200	60	18	12	6
18.	8 200	10 000	64	19,20	12,80	6,40
19.	10 000	12 500	68	20,40	13,60	6,80
20.	12 500	15 000	72	21,60	14,40	7,20
21.	15 000	17 500	76	22,80	15,20	7,60
22.	17 500	20 000	80	24	16	8
23.	20 000	25 000	85	25,50	17	8,50
24.	25 000	30 000	90	27	18	9
25.	30 000	35 000	95	28,50	19	9,50
26.	35 000	40 000	100	30	20	10
27.	40 000	45 000	105	31,50	21	10,50
28.	45 000	50 000	110	33	22	11
29.	50 000	55 000	115	34,50	23	11,50
30.	55 000	60 000	120	36	24	12
31.	60 000	65 000	125	37,50	25	12,50
32.	65 000	70 000	130	39	26	13
33.	70 000	75 000	135	40,50	27	13,50
34.	75 000	80 000	140	42	28	14
35.	80 000	85 000	145	43,50	29	14,50
36.	85 000	90 000	150	45	30	15
37.	90 000	95 000	155	46,50	31	15,50
38.	95 000	100 000	160	48	32	16
39.	100 000	110 000	165	49,50	33	16,50
40	110 000	120 000	170	51	34	17
41.	120 000	130 000	175	52,50	35	17,50
42.	130 000	140 000	180	54	36	18
43.	140 000	150 000	185	55,50	37	18,50
44.	150 000	160 000	190	57	38	19
45.	160 000	170 000	195	58,50	39	19,50
46.	170 000	180 000	200	60	40	20
47.	180 000	190 000	205	61,50	41	20,50
48.	190 000	200 000	210	63	42	21
49.	200 000	210 000	215	64,50	43	21,50
50.	210 000	220 000	220	66	44	22
51.	220 000	230 000	225	67,50	45	22,50
52.	230 000	240 000	230	69	46	23
53.	240 000	250 000	235	70,50	47	23,50
54.	250 000	260 000	240	72	48	24
55.	260 000	270 000	245	73,50	49	24,50
56.	270 000	280 000	250	75	50	25
57.	280 000	290 000	255	76,50	51	25,50
58.	290 000	300 000	260	78	52	26
59.	300 000	325 000	265	79,50	53	26,50
60.	325 000	350 000	270	81	54	27
61.	350 000	375 000	275	82,50	55	27,50
62.	375 000	400 000	280	84	56	28
63.	400 000	425 000	285	85,50	57	28,50
64.	425 000	450 000	290	87	58	29
65.	450 000	475 000	295	88,50	59	29,50
66.	475 000	500 000	300	90	60	30
67.	500 000	525 000	305	91,50	61	30,50
68.	525 000	550 000	310	93	62	31
69.	550 000	575 000	315	94,50	63	31,50
70.	575 000	600 000	320	96	64	32
71.	600 000	625 000	325	97,50	65	32,50
72.	625 000	650 000	330	99	66	33
73.	650 000	675 000	335	100,50	67	33,50
74.	675 000	700 000	340	102	68	34
75.	700 000	725 000	345	103,50	69	34,50
76.	725 000	750 000	350	105	70	35
77.	750 000	775 000	355	106,50	71	35,50
78.	775 000	800 000	360	108	72	36
79.	800 000	825 000	365	109,50	73	36,50
80.	825 000	850 000	370	111	74	37
81.	850 000	875 000	375	112,50	75	37,50
82.	875 000	900 000	380	114	76	38

Tabelle XI. (Art. 3 des Gesetzes betr. die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte ꝛc.)

Wertklasse	Bei einem Wert des Gegenstandes von mehr als ℳ	bis einschließlich ℳ	1. Volle Gebühr ℳ	2. 3/10 Gebühr ℳ	3. 2/10 Gebühr ℳ	4. 1/10 Gebühr ℳ
83.	900 000	925 000	385	115,50	77	38,50
84.	925 000	950 000	390	117	78	39
85.	950 000	975 000	395	118,50	79	39,50
86.	975 000	1 000 000	400	120	80	40
87.	1 000 000	1 050 000	405	121,50	81	40,50
88.	1 050 000	1 100 000	410	123	82	41
89.	1 100 000	1 150 000	415	124,50	83	41,50
90.	1 150 000	1 200 000	420	126	84	42

Jede weitere Wertklasse steigt um 50 000 ℳ, die einzelnen Gebühren um 5 ℳ, 1,50 ℳ, 1 ℳ und 50 ₰, z. B.:

91.	1 200 000	1 250 000	425	127,50	85	42,50
92.	1 250 000	1 300 000	430	129	86	43

Gesetz,

betreffend

die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung.

Vom 16. September 1899.

Vorbemerkung.

Durch das Gesetz vom 16. September 1889 wird die Gerichtsorganisation Berlins und seiner Vororte dadurch geändert, daß neben den in Berlin schon bestehenden Landgerichten I und II ein „Landgericht III in Berlin" mit dem Sitz in Charlottenburg oder Berlin, ferner in Berlin und Umgebung sechs neue Amtsgerichte (Berlin-Wedding, Berlin-Schöneberg, Groß-Lichterfelde, Lichtenberg, Neu-Weißensee, Pankow) errichtet werden.

Demgemäß tritt eine Verkleinerung des Bezirks des Amtsgerichtes I in Berlin (nach Durchführung der Organisation Amtsgericht „Berlin-Mitte" genannt) und eine Aenderung der Bezirke der umliegenden Amtsgerichte ein. Der Stadtkreis Berlin wird zerschlagen: die innere Stadt bildet den Bezirk des Amtsgerichts Berlin-Mitte, der Teil südlich des Schiffahrtskanals und östlich der Anhalter Bahn kommt teils zum neu errichteten Amtsgericht Berlin-Schöneberg, teils zum Amtsgericht Berlin-Tempelhof (bisher Amtsgericht II in Berlin), der nördlich der Ringbahn gelegene Teil kommt teilweise zum Amtsgericht Berlin-Wedding, teilweise zum Amtsgericht Neu-Weißensee. Das Nähere ergeben die Anlagen zu dem Gesetz. Die Grenzen des Amtsgerichts Berlin-Mitte und der umliegenden Amtsgerichte sind leicht erkennbar, allerdings gehören mehrfach Häuser derselben Straße zu verschiedenen Gerichten, zum Beispiel die Häuser Großbeerenstraße 1 bis 9 zum Amtsgericht Berlin-Mitte, 10 bis 85 zum Amtsgericht Berlin-Tempelhof, die Häuser Potsdamerstraße 1 bis 23a und 124 bis 141 zum Amtsgericht Berlin-Mitte, 24 bis 123b zum Amtsgericht Berlin-Tempelhof.

Das Gesetz hat Bedeutung weit über Berlin hinaus. Jeder, der in Berlin und Umgebung einen Prozeß zu führen hat, muß sich mit ihm bekannt machen, und Prozesse werden, besonders in Berlin, von Einwohnern aller Teile Deutschlands geführt, zumal da die Gewohnheit weit verbreitet ist, bei Geschäften aller Art Berlin zum Erfüllungsort zu wählen.

Ueber den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes ist bisher noch nichts bestimmt, die erforderlichen Vorbereitungen werden jedenfalls noch längere Zeit in Anspruch nehmen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. In Berlin—Charlottenburg wird ein Landgericht mit der Bezeichnung Landgericht III in Berlin errichtet. Amtsgerichte werden errichtet in Berlin—Reinickendorf mit der Bezeichnung Berlin—Wedding, in Berlin—Schöneberg, in Groß-Lichterfelde, in Lichtenberg, in Neu-Weißensee und in Pankow.

Die Bildung der Bezirke für diese Gerichte und die damit zusammenhängende Veränderung der Bezirke für die Landgerichte und die Amtsgerichte I und II in Berlin sowie für die Amtsgerichte in Charlottenburg, Oranienburg und Rixdorf erfolgt nach Maßgabe der anliegenden Verzeichnisse. Das Amtsgericht I in Berlin erhält die Bezeichnung Berlin—Mitte, das Amtsgericht II in Berlin die Bezeichnung Berlin—Tempelhof.

§ 2. Zwischen den Amtsgerichtsbezirken Berlin—Mitte, Berlin—Schöneberg, Berlin—Tempelhof, Berlin—Wedding, Charlottenburg, Cöpenick, Groß-Lichterfelde, Lichtenberg, Neu-Weißensee, Pankow und Rixdorf können durch Königliche Verordnung Grenzberichtigungen vorgenommen werden.

Veränderungen derjenigen Grenzen von Wasserläufen und eisenbahnfiskalischem Grundeigentume, welche zugleich die Grenzen der genannten Amtsgerichtsbezirke bilden, ziehen von selbst die Veränderung der letzteren Grenzen nach sich. Auf Veränderungen der die Bezirksgrenzen bildenden Straßenzüge findet diese Vorschrift entsprechende Anwendung.

---

§ 3. Den Präsidenten der Landgerichte II und III in Berlin steht die im § 9 des Gesetzes vom 10. April 1892 (Gesetz-Samml. S. 77) dem Präsidenten des Landgerichts I in Berlin beigelegte Befugnis zu. Auf die ihnen unterstellten Direktoren finden die Vorschriften des § 7 jenes Gesetzes entsprechende Anwendung.

---

§ 4. Der Zeitpunkt, zu welchem dieses Gesetz in Kraft tritt, wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

Anlage 1. Landgerichtsbezirke.

Landgericht I in Berlin:

Amtsgericht Berlin—Mitte.

Landgericht II in Berlin:

Amtsgericht Berlin—Schöneberg,
„ Berlin—Tempelhof,
Amtsgericht Cöpenick,
„ Groß-Lichterfelde,
„ Königs-Wusterhausen,
„ Mittenwalde,
„ Rixdorf,
„ Trebbin,
„ Zossen.

Landgericht III in Berlin:

Amtsgericht Alt-Landsberg,
„ Berlin—Wedding,
„ Bernau,
„ Charlottenburg,
„ Kalkberge—Rüdersdorf,
„ Lichtenberg,
„ Liebenwalde,
„ Nauen,
„ Neu-Weißensee,
„ Oranienburg,
„ Pankow,
„ Spandau,
„ Strausberg.

Anlage 2. Amtsgerichtsbezirke.

I. Amtsgericht Berlin—Mitte.

Aus den Stadtkreisen Berlin und Charlottenburg sowie den Kreisen Nieder-Barnim und Teltow:

diejenigen Teile, welche insgesamt begrenzt werden

im Norden und Osten durch die äußere Grenze der Berliner Ringbahn von dem Charlottenburger Verbindungskanale bis zur Spree bei Treptow,

im Süden durch das linke Spreeufer von der Eisenbahnüberführung bis zum Austritte des oberen Freiarchengrabens, durch das Südufer dieses Grabens und weiterhin durch das Südufer des Schiffahrtskanals bis zu dessen Mündung in die Spree,

im Westen durch das Westufer des Charlottenburger Verbindungskanals.

II. Amtsgericht Berlin—Schöneberg.

Stadtkreis Schöneberg.

Aus dem Stadtkreise Berlin:
der südlich des Schiffahrtskanals belegene Teil, soweit er nicht zu dem Amtsgerichte Berlin-Tempelhof gelegt ist.

Aus dem Kreise Teltow:
Amtsbezirke Friedenau, Steglitz.

III. Amtsgericht Berlin—Tempelhof.

Aus dem Stadtkreise Berlin:
der südlich des Schiffahrtskanals, östlich der Berlin-Anhalter Eisenbahn belegene Teil.

Aus dem Kreise Teltow:
Amtsbezirk Tempelhof;
Amtsbezirk Blankenfelde mit Ausschluß des Gemeinde- und des Gutsbezirkes Rangsdorf;
Amtsbezirk Mahlow mit Ausschluß des Gemeinde- und des Gutsbezirkes Diedersdorf;
Amtsbezirk Mariendorf mit Ausschluß des Gemeindebezirkes Lankwitz.

Aus dem Amtsbezirke Groß-Schulzendorf:
Gemeinde- und Gutsbezirk Jühnsdorf.
Gutsbezirk Hasenhaide.

IV. Amtsgericht Berlin—Wedding.

Aus dem Stadtkreise Berlin:
der nördlich der Ringbahn (Nordring), westlich der Prenzlauer Allee belegene Teil.

Aus dem Kreise Niederbarnim:
Amtsbezirke Dalldorf, Reinickendorf, Tegel.

V. Amtsgericht Charlottenburg.

Stadtkreis Charlottenburg mit Ausschluß des zu dem Amtsgerichte Berlin—Mitte gelegten Teiles.

Aus dem Kreise Teltow:
Amtsbezirke Deutsch-Wilmersdorf, Grunewald, Schmargendorf, Spandauer Forst.

VI. Amtsgericht Groß-Lichterfelde.

Aus dem Kreise Teltow:
Stadtbezirk Teltow;
Amtsbezirke Großbeeren, Groß-Lichterfelde, Osdorf, Zehlendorf.
Aus dem Amtsbezirke Mahlow:
Gemeinde- und Gutsbezirk Diedersdorf.
Aus dem Amtsbezirke Mariendorf:
Gemeindebezirk Lankwitz.
Aus dem Amtsbezirke Stahnsdorf:
Gemeinde- und Gutsbezirk Ruhlsdorf.

VII. Amtsgericht Lichtenberg.

Aus dem Kreise Niederbarnim:
Amtsbezirke Biesdorf, Friedrichsfelde, Hohen-Schönhausen.

Amtsbezirke Borhagen—Rummelsburg, Lichtenberg, Stralau mit Ausschluß der zu dem Amtsgerichte Berlin—Mitte gelegten Teile.

VIII. Amtsgericht Neu-Weißensee.

Aus dem Stadtkreise Berlin:
der nördlich der Ringbahn (Nordring), östlich der Prenzlauer Allee belegene Teil.
Aus dem Kreise Niederbarnim:
Amtsbezirke Falkenberg, Weißensee;
Amtsbezirk Malchow mit Ausschluß des Gemeindebezirkes Karow.
Aus dem Amtsbezirke Arensfelde:
Gemeindebezirk Arensfelde.
Aus dem Amtsbezirke Französisch-Buchholz:
Gemeindebezirk Heinersdorf.

IX. Amtsgericht Oranienburg.

Aus dem Kreise Niederbarnim:
Stadtbezirk Oranienburg;
Amtsbezirke Birkenwerder, Neuholland Forst, Oranienburg Forst, Sachsenhausen, Schönfließ, Wandlitz, Zehlendorf;
Amtsbezirk Freienhagen mit Ausschluß des Gemeindebezirkes Neuholland.
Aus dem Amtsbezirke Liebenwalde Forst:
Gemeindebezirk Bernöwe.
Aus dem Kreise Ost-Havelland:
Aus dem Amtsbezirke Hennigsdorf:
Schutzbezirk Pinnow (Anteil des Gutsbezirkes Oranienburg Forst).
Aus dem Amtsbezirke Velten:
Gutsbezirk Pinnow.

X. Amtsgericht Pankow.

Aus dem Kreise Niederbarnim:
Amtsbezirke Blankenfelde, Nieder-Schönhausen, Pankow, Schönerlinde, Schönwalde;
Amtsbezirk Französisch-Buchholz mit Ausschluß des Gemeindebezirkes Heinersdorf.
Aus dem Amtsbezirke Malchow:
Gemeindebezirk Karow.

XI. Amtsgericht Rixdorf.

Stadtkreis Rixdorf.
Aus dem Kreise Teltow:
Amtsbezirke Britz, Selchow;
Amtsbezirk Rudow mit Ausschluß des Gutsbezirkes Diepensee;
Amtsbezirk Treptow mit Ausschluß des zu dem Amtsgerichte Berlin—Mitte gelegten Teiles.

Wo im vorstehenden eine Straße als Grenze bezeichnet ist, bildet die Mittellinie des Fahrdammes oder, wenn zwei Fahrdämme vorhanden sind, die Mittellinie der zwischen ihnen liegenden Straßenfläche die Grenzlinie. Wo ein Wasserlauf oder eine Eisenbahn als Grenze bezeichnet ist, gehört die Wasserfläche oder das dem Betriebe der genannten Eisenbahn dienende fiskalische Grundeigentum in voller Breite zu einem Bezirke.

Schiedsmannsordnung.

Vom 29. März 1879.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Erster Abschnitt.	
Das Amt der Schiedsmänner . .	1—11
Zweiter Abschnitt.	
Die Sühneverhandlung über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten	12—32
Dritter Abschnitt.	
Die Sühneverhandlung über Beleidigungen und Körperverletzungen	33—39
Vierter Abschnitt.	
Kosten und Stempel	40—46
Fünfter Abschnitt.	
Schlußbestimmungen	47—49

Schiedsmannsordnung.

Vom 29. März 1879.

Einleitung.

Die Einrichtung der Schiedsmänner ist geschaffen, um Privatstreitigkeiten auf friedlichem Wege ohne Weitläufigkeiten und Kosten zu schlichten.

Für jede Gemeinde wird ein Schiedsmann bestellt, doch können größere Gemeinden in mehrere Schiedsmannsbezirke geteilt, und mehrere kleinere Gemeinden und selbständige Gutsbezirke zu einem solchen vereinigt werden. Fällt der Schiedsmannsbezirk nicht mit dem Gemeindebezirk zusammen, so erfolgt die Abgrenzung der Bezirke in Städten durch den Magistrat, und wo ein solcher nicht vorhanden ist, durch den Bürgermeister; in Landgemeinden wird die Abgrenzung durch den Kreistag vorgenommen.

Schiedsmann kann nur werden:

1. wer die preußische Staatsangehörigkeit besitzt;
2. wer das 30. Lebensjahr vollendet hat;
3. wer in dem Schiedsmannsbezirke, für welchen die Berufung erfolgen soll, seinen Wohnsitz hat;
4. wer die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter überhaupt besitzt. Ausgeschlossen sind deswegen alle Personen, denen diese Fähigkeit durch rechtskräftiges strafgerichtliches Urteil aberkannt ist, aber nicht schon diejenigen, gegen welche ein Strafverfahren eingeleitet ist;
5. wer in der Verfügung über sein Vermögen nicht beschränkt ist; Schiedsmann kann daher nicht werden, wer entmündigt oder in Konkurs geraten ist. Arreste und einstweilige Verfügungen gelten jedoch nicht als solche Beschränkungen.

Preußische Staats- und Reichsbeamte (unmittelbare und mittelbare), sowie solche Beamte der Kirchen- und Kommunalverwaltungen,

welche ein festes Gehalt beziehen, bedürfen zur Uebernahme des Amtes eines Schiedsmannes die Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde. Diese Vorschrift findet keine Anwendung auf solche Kirchen- und Kommunalbeamte, welche nur eine Amtsunkostenentschädigung beziehen.

Die Bestellung der Schiedsmänner erfolgt auf die Dauer von drei Jahren durch Wahl seitens der Gemeindevertretung (Versammlung der Stadtverordneten, der Repräsentanten, der Bürgervorsteher, der Gemeindeverordneten, der Bürgerausschußmitglieder, der Gemeindeausschußmitglieder) oder der Gemeindeversammlung, in Gutsbezirken seitens des Gutsvorstehers. Sind mehrere Gemeinden oder selbständige Gutsbezirke zu einem Schiedsmannsbezirke zusammengelegt, so erfolgt die Wahl je nach der Provinz entweder durch die Kreisvertretung (Kreisausschuß) oder durch die Amtsvertretung. Jeder Schiedsmann erhält einen Stellvertreter; die Stellvertretung kann dahin geordnet sein, daß bestimmte Schiedsmänner sich wechselseitig vertreten. Der Stellvertreter tritt ohne weiteres in Thätigkeit, sobald der eigentliche Schiedsmann verhindert ist. Ist auch der Stellvertreter verhindert oder ist gleichzeitig das Amt eines Schiedsmannes und seines Stellvertreters unbesetzt, so kann die Aufsichtsbehörde (siehe unten) die Vertretung einem benachbarten Schiedsmanne oder Stellvertreter übertragen. Die Rechte und Pflichten des Stellvertreters sind im übrigen die gleichen wie die des Schiedsmannes.

Der zum Schiedsmann oder zum Schiedsmannsstellvertreter Gewählte ist zur Annahme der Wahl verpflichtet. Er ist jedoch zur Ablehnung der Wahl oder zur Niederlegung des Amtes befugt, wenn die nachstehend aufgeführten Umstände vorliegen oder, sofern er das Amt bereits verwaltet, eintreten.

Zur Ablehnung oder Niederlegung ist berechtigt:

1. wer 60 Jahre alt ist;
2. wer das Amt schon drei Jahre bekleidet hat;
3. wer durch anhaltende Krankheit verhindert ist;
4. wer in Geschäften häufig und längere Zeit von seinem Wohnsitze abwesend ist;
5. wenn besondere Verhältnisse vorliegen, welche nach billigem Ermessen eine giltige Entschuldigung begründen. Dies wird namentlich dann anzunehmen sein, wenn der Gewählte in solchen Verhältnissen lebt, daß seine Zeit völlig durch seine Erwerbsthätigkeit in Anspruch genommen wird. Außerdem berechtigt die Verwaltung eines unmittelbaren oder mittelbaren Staatsamtes (nicht Gemeindeamtes) zur Ablehnung.

Ueber das Recht der Ablehnung entscheidet endgiltig die Körperschaft, welche die Wahl vollzogen hat. Ueber die Befugnis zur Niederlegung entscheidet das Präsidium des Landgerichtes, in dessen Bezirk der Gewählte seinen Wohnsitz hat. Das Präsidium besteht aus dem Landgerichtspräsidenten als Vorsitzenden und den Direktoren, sowie aus dem nach dem Dienstalter ältesten Mitgliede des Richterkollegiums.

Der Gewählte bedarf der Bestätigung des Präsidiums des Landgerichtes. Wird diese erteilt, so erfolgt vor dem Amtsgerichte seines Wohnortes seine Beeidigung. (Den Wortlaut des zu leistenden Eides siehe § 5 Abs. 2 der Schiedsmannsordnung.) Die Berufung auf einen bereits früher geleisteten Eid, z. B. den allgemeinen Diensteid, ist unstatthaft. Ausgenommen ist der Fall, wenn der zu Vereidigende bereits vorher das Amt eines Schiedsmannes bekleidet hatte, alsdann ist die Berufung auf den schon geleisteten Schiedsmannseid zulässig. Gehört der zu Beeidigende einer Religionsgemeinschaft an, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so ist die Abgabe der Erklärung unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleich zu achten. Die erfolgte Beeidigung ist dem Vorsitzenden der Körperschaft, welche die Wahl vollzogen hatte, mitzuteilen. Daraufhin erhält der Schiedsmann das Dienstsiegel und Protokollbuch ausgehändigt.

Wer sich ohne zureichenden Grund weigert, das Amt eines Schiedsmannes zu übernehmen oder das bereits übernommene während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer nicht versehen will, kann von der Gemeindevertretung oder Gemeindeversammlung für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf die Teilnahme an der Verwaltung seiner Gemeinde für verlustig erklärt und um $^1/_8$ bis $^1/_4$ stärker als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden. Der Beschluß bedarf jedoch der Genehmigung der vorgeschriebenen Behörde, also in Städten der Bestätigung des Regierungspräsidenten und auf dem Lande derjenigen des Kreisausschusses. Der Besitzer eines selbständigen Gutsbezirkes kann im Weigerungsfalle durch den Kreisausschuß mit einer Erhöhung der Kreisabgaben um $^1/_8$ bis $^1/_4$ auf die Dauer von drei bis sechs Jahren bestraft werden.

Das Amt des Schiedsmannes ist ein Ehrenamt. Der Schiedsmann darf nur Barauslagen und Schreibgebühren berechnen. Die Barauslagen sind Kosten der Zustellungen und Ladungen, Botenlohn, Porto, Reisekosten u. dergl. Die Schreibgebühren betragen mindestens fünfundzwanzig Pfennig und bei Schriftstücken von mehr als zwei Seiten für jede folgende, wenn auch nur angefangene Seite zehn Pfennig. Schreib-

gebühren dürfen jedoch nur für Aufnahme von Anträgen, Abschriften und Ausfertigungen der Verhandlungen, sowie Bescheinigungen berechnet werden. Der Schiedsmann kann seine Thätigkeit von der vorherigen Entrichtung der Schreibgebühren und baren Auslagen abhängig machen. Selbstverständlich ist er auch berechtigt, beide zu erlassen. Gebühren und Auslagen fallen derjenigen Partei zur Last, welche dieselben verursacht hat mit Ausnahme der Kosten eines Vergleiches. Erforderlichen Falles kann die Beitreibung auf Antrag des Schiedsmannes im Zwangswege erfolgen. Zu diesem Behufe muß der Schiedsmann eine Berechnung der einzuziehenden Beträge unterschrieben und untersiegelt nebst dem Antrage auf Beitreibung dem Gemeindevorstand einreichen.

Bei Ausübung seines Amtes hat der Schiedsmann die Rechte eines Beamten. Er genießt also in dieser Hinsicht besonderen strafrechtlichen Schutz. Wer es also unternimmt, einen Schiedsmann durch Gewalt oder Drohung zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nötigen, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Bei Beleidigung oder Mißhandlung eines Schiedsmannes während der Ausübung seines Amtes oder in Beziehung auf dasselbe ist außer dem Verletzten die Aufsichtsbehörde zur Stellung des Strafantrages berechtigt. Jedoch erhebt in solchen Fällen regelmäßig der Staatsanwalt die öffentliche Klage, der Schiedsmann wird also nicht genötigt, im Wege der Privatklage Genugthuung zu suchen.

Neben den Rechten eines Beamten hat der Schiedsmann aber auch die Pflichten eines solchen. Er ist verpflichtet, Verschwiegenheit über alle diejenigen Thatsachen zu beobachten, welche vermöge seines Amtes zu seiner Kenntnis gelangen. Auch als Zeuge in Civil- und Strafprozessen, sowie im Verwaltungsstreitverfahren, darf er eine Aussage über solche Thatsachen, bezüglich deren er zur Verschwiegenheit verpflichtet ist, nur mit Genehmigung seiner vorgesetzten Dienstbehörde abgeben.

Ein Schiedsmann, der für Handlungen, welche in sein Amt einschlagen und an sich nicht pflichtwidrig sind, Geschenke oder andere Vorteile annimmt oder fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Wird dagegen durch die Handlung eine Verletzung der Amtspflicht begangen, so macht sich der Schiedsmann der Bestechung schuldig und wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren (bei mildernden Umständen mit Gefängnis) bestraft. Bekundet der Schiedsmann bei der Ausübung seines Amtes eine rechtlich erhebliche Thatsache falsch, so verwirkt er eine Gefängnisstrafe nicht unter einem Monat. Ist die Urkundenfälschung von dem Schiedsmann in der Absicht begangen worden, sich

oder einem andern einen Vermögensvorteil zu verschaffen, so tritt Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren und Geldstrafe von einhundertundfünfzig bis dreitausend Mark ein. Hat ein Schiedsmann Gebühren oder Auslagen erhoben, zu deren Erhebung er überhaupt nicht oder nur zu einem geringeren Betrage befugt war, so wird er mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark bestraft.

Die Schiedsmänner unterliegen nicht dem Disziplinargesetz für Beamte, vielmehr enthält die Schiedsmannsordnung in dieser Hinsicht besondere Bestimmungen. Demnach steht das Recht der Aufsicht zu:

1. dem Justizminister über alle Schiedsmänner; 2. dem Oberlandesgerichtspräsidenten über alle Schiedsmänner, die ihren Wohnsitz in dem Oberlandesgerichtsbezirke haben; 3. dem Landgerichtspräsidenten über alle innerhalb des Landgerichtsbezirkes wohnenden Schiedsmänner. Die Beaufsichtigung der Schiedsmänner geschieht in der Weise, daß der Landgerichtspräsident ein Mitglied des Landgerichtes oder einen Amtsrichter zur Revision des Protokollbuches bestimmt. Diesem Kommissar hat der Schiedsmann auf Ersuchen das Protokollbuch zu übersenden. Das Ergebnis der erfolgten Prüfung wird dem Schiedsmanne abschriftlich vom Landgerichtspräsidenten unter Beifügung der etwa erforderlichen Bemerkungen mitgeteilt. Falls besondere Umstände dies nötig erscheinen lassen, kann der Landgerichtspräsident persönlich oder durch einen Kommissar die gesamte Geschäftsführung des Schiedsmannes einer Revision unterziehen. Außerdem ist der Schiedsmann im Interesse einer genauen Kontrolle seiner Thätigkeit verpflichtet, dem Amtsrichter seines Bezirkes eine summarische Nachweisung über die Geschäfte des Jahres bis zum 1. Februar einzusenden. Diese Nachweisung muß enthalten:

1. die Zahl der Anträge in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und die Zahl der davon durch Vergleich erledigten Fälle; 2. die Zahl der Sühneverhandlungen über Beleidigungen und Körperverletzungen und die Zahl der davon durch Sühneversuch mit Erfolg erledigten Fälle.

Bei ordnungswidriger Führung der Geschäfte hat die Aufsichtsbehörde das Recht der Rüge. Das wird namentlich der Fall sein, wenn der Schiedsmann die Erledigung der bei ihm gestellten Anträge verzögert. Beschwerden, welche gegen die Geschäftsführung gerichtet sind, werden im Aufsichtswege, d. h. durch die Aufsichtsbehörde, erledigt. Das Recht der Beschwerde hat auch der Schiedsmann, nämlich wenn er sich mit dem Bescheide über eine gegen ihn erhobene Beschwerde nicht beruhigen will.

Ist die Geschäftsführung des Schiedsmannes eine solche, daß er nicht in seinem Amte belassen werden kann, so erfolgt seine Enthebung von demselben. Diese findet statt, wenn der Schiedsmann sich grobe Pflichtwidrigkeiten zu schulden kommen läßt, oder sich unfähig erweist,

oder aber wenn solche Umstände eintreten oder bekannt werden, welche einen der obengenannten gesetzlichen Ausschließungsgründe enthalten. Die Enthebung geschieht nach Anhörung des Schiedsmannes durch den ersten Civilsenat desjenigen Oberlandesgerichtes, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz hat.

Die Thätigkeit des Schiedsmannes erstreckt sich auf Civil- und Strafsachen; sie hat die Aufgabe, durch Vermittelung auf gütlichem Wege eine Einigung zwischen streitenden Parteien herbeizuführen und dadurch Prozesse zu vermeiden.

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten findet eine Sühneverhandlung nur über vermögensrechtliche Streitigkeiten statt. Voraussetzung der Thätigkeit des Schiedsmannes ist also zunächst, daß es sich um eine Streitigkeit handelt; ausgeschlossen sind demnach alle Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Aber auch der Kreis der Rechtsstreitigkeiten ist beschränkt, indem nur bei solchen eine Mitwirkung des Schiedsmannes statthaft ist, welche vermögensrechtlicher Natur sind. Die Vermittelung des Schiedsmannes kann infolge dieser beiden Einschränkungen nicht in Anspruch genommen werden z. B. bei Ehesachen, Subhastationen, Vormundschafts-, Konkurs-, Aufgebots- und ähnlichen Sachen. Aber auch bei rein vermögensrechtlichen Streitigkeiten findet eine Thätigkeit des Schiedsmannes nicht statt, wenn dieselben in Verbindung mit Angelegenheiten der vorgenannten Art geregelt werden sollen. Ebenso gehören Gemeinheitsteilungen, Ablösungen von Reallasten und Grundgerechtigkeiten u. dergl., deren Entscheidung den Auseinandersetzungsbehörden unterliegt, nicht vor den Schiedsmann.

Die Thätigkeit des Schiedsmannes ist nicht mit derjenigen des Schiedsrichters zu verwechseln. Der letztere ist durch Vereinbarung der Parteien an Stelle des ordentlichen Richters gesetzt und hat die Aufgabe, den schwebenden Streit zu entscheiden; der Schiedsmann hat niemals ein Recht zu entscheiden, sondern nur die Aufgabe, durch seine Vermittelung Vergleiche herbeizuführen und diese zu beurkunden.

Der Schiedsmann darf seine Thätigkeit nicht verweigern, wenn ihm Ansprüche unterbreitet werden, welche unbegründet oder nicht klagbar sind, z. B. wegen Formmangels oder infolge eingetretener Verjährung. Dagegen ist er zu einer solchen Weigerung berechtigt und sogar verpflichtet, wenn er aus den Umständen die Ueberzeugung gewinnt, daß nur ein Scheinprozeß vorliegt und es den Beteiligten nur darauf ankommt, auf billige Art einen vollstreckbaren Titel zu erlangen.

Der Schiedsmann tritt in Thätigkeit auf Antrag einer oder beider Parteien. Zuständig ist derjenige Schiedsmann, in dessen Bezirk der Gegner des Antragstellers seinen Wohnsitz hat; er ist verpflichtet, sich

dem Sühneversuch zu unterziehen. Dagegen ist nicht ausgeschlossen, daß die Parteien ausdrücklich oder stillschweigend vereinbaren, einen an sich unzuständigen Schiedsmann um seine Vermittelung anzugehen. Doch ist derselbe nicht verpflichtet, diesem Verlangen zu entsprechen.

Von der Ausübung seines Vermittleramtes ist der Schiedsmann kraft Gesetzes ausgeschlossen:

1. in Sachen, in welchen er selbst Partei ist, oder in Ansehung welcher er zu einer Partei in dem Verhältnisse eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen steht;

2. in Sachen seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;

3. in Sachen einer Person, mit welcher er in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;

4. in Sachen, in welchen er als Prozeßbevollmächtigter oder Beistand einer Partei bestellt oder als gesetzlicher Vertreter einer Partei aufzutreten berechtigt ist oder gewesen ist.

Die von ihm geforderte Vermittelung soll der Schiedsmann ablehnen:

1. Wenn er der Sprache der Parteien nicht mächtig ist. Die Zuziehung eines Dolmetschers ist unzulässig. Der Schiedsmann hat selbst zu entscheiden, ob er die Sprache der Parteien soweit beherrscht, um sich mit ihnen verständigen zu können.

2. Der Schiedsmann soll ferner seine Mitwirkung ablehnen, wenn die Giltigkeit der Willenserklärung einer Partei durch die gerichtliche oder notarielle Form bedingt ist. Eine solche ist erforderlich in folgenden Fällen: 1. der Vertrag, durch welchen sich jemand verpflichtet, sein gegenwärtiges Vermögen oder einen Bruchteil desselben auf einen anderen zu übertragen oder mit einem Nießbrauche zu belasten; 2. der Vertrag, den die künftigen gesetzlichen Erben über einen gesetzlichen Erbteil oder Pflichtteil eines von ihnen schließen; 3. der Vertrag, durch welchen das Eigentum an einem Grundstücke übertragen wird; 4. der Vertrag, durch welchen ein Grundstück mit einem Rechte belastet oder ein solches Recht übertragen wird; 5. der Vertrag, durch welchen eine Schenkung versprochen, oder ein Schuldversprechen oder ein Schuldanerkenntnis schenkungsweise gewährt wird; 6. der Ehevertrag; 7. Verträge, betreffend Erbverzichte anteilsberechtigter Abkömmlinge mit dem überlebenden Ehegatten und den übrigen Abkömmlingen im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft; 8. Verträge über Aufhebung einer fortgesetzten Gütergemeinschaft zwischen dem überlebenden Ehegatten und

den Abkömmlingen; 9. bei der Ehelichkeitserklärung eines unehelichen Kindes der Vertrag über die Einwilligung der beteiligten Personen (Vater, Ehefrau des Vaters, Mutter, Kind); 10. Einwilligung der Personen, deren Zustimmung bei Annahme an Kindesstatt erforderlich ist (Ehegatte, Eltern des Kindes, Kind); 11. der Kindesannahmevertrag; 12. der Vertrag, durch welchen ein Erbe über seinen Anteil am Nachlaß verfügt; 13. die Anfechtungserklärung, durch welche ein Erbvertrag angefochten wird; 14. Zustimmung des anderen Teiles zur Aufhebung einer in einem Erbvertrag enthaltenen Verfügung; 15. Erklärung des Rücktrittes vom Erbvertrage; 16. Erbverzicht; 17. der Vertrag, durch welchen ein Erbverzicht aufgehoben wird; 18. der Vertrag, welchen der durch Testament eingesetzte Erbe oder mit einem Vermächtnis Bedachte mit dem Erblasser schließt und durch welchen er auf die Zuwendung verzichtet; 19. der Erbschaftskauf.

3. Der Schiedsmann soll ferner die Ausübung seines Amtes ablehnen, wenn ihm die Parteien nicht von Person bekannt sind und auch nicht nachweisen können, daß sie diejenigen sind, für welche sie sich ausgeben.

4. Ein weiterer Ablehnungsgrund liegt vor, wenn Bedenken gegen die Geschäfts- und Verfügungsfähigkeit der Parteien oder gegen die Legitimation ihrer gesetzlichen Vertreter bestehen.

5. Der Schiedsmann soll von seinem Ablehnungsrechte Gebrauch machen, wenn eine Partei blind oder taubstumm ist, oder wenn

6. eine Partei taub oder stumm ist und mit derselben eine schriftliche Verständigung nicht erfolgen kann.

Hat der Schiedsmann in einem dieser Fälle dem Gesetz zuwider einen Vergleich aufgenommen, so hat derselbe höchstens die Bedeutung einer privaten Willenserklärung; auf Grund der vollstreckbaren Ausfertigung desselben darf niemals eine Zwangsvollstreckung erfolgen.

Die Ausübung seines Amtes darf der Schiedsmann ablehnen, wenn er

1. örtlich nicht zuständig ist, gleichwohl aber die Parteien vereinbart haben, gerade ihn um seine Vermittelung anzugehen;

2. wenn ihm die streitige Angelegenheit zu weitläufig und schwierig erscheint. Dies kann seinen Grund darin haben, daß entweder der Sachverhalt ein sehr verwickelter ist, oder daß zur Beurteilung und Regelung des Rechtsverhältnisses besondere Rechtskenntnisse erforderlich sind. In beiden Fällen ist die Ablehnung eine endgültige, so daß eine Beschwerde gegen dieselbe nicht stattfindet.

Eine Stellvertretung bei den Verhandlungen vor dem Schiedsmanne durch Bevollmächtigte, d. h. durch Personen, welche im Auftrage und

in Abwesenheit der Parteien deren Interessen wahrnehmen, ist unzulässig. Die Parteien müssen vielmehr selbst erscheinen, um dem Schiedsmann Gelegenheit zu geben, durch persönliche Einwirkung und Vermittelung eine gütliche Einigung herbeizuführen. Infolgedessen ist auch eine Stellvertretung durch gesetzliche Vertreter (Vater, Vormund, Ehemann) ausgeschlossen. Eine Ausnahme hiervon besteht zu gunsten von Gemeinden und Korporationen, welche sich durch Bevollmächtigte aus ihrer Mitte vertreten lassen dürfen. In diesem Falle muß jedoch eine den gesetzlichen Anforderungen entsprechende Vollmacht vorgelegt werden. Die Zulassung von Beiständen, d. h. von Personen, welche zugleich mit der Partei erscheinen und derselben während der Verhandlung beistehen, hängt von dem Belieben des Schiedsmannes ab; er ist befugt, solche Beistände in jeder Lage der Verhandlung zurückzuweisen. Dies gilt aber nicht für Beistände derjenigen Personen, welche des Lesens und Schreibens nicht mächtig sind.

Der Antrag auf Vornahme einer Sühneverhandlung kann schriftlich eingereicht oder mündlich bei dem Schiedsmanne zu Protokoll erklärt werden. Der Antrag bezw. das aufzunehmende Protokoll muß Namen, Stand und Wohnort der Parteien, eine allgemeine Angabe des Gegenstandes der Verhandlung sowie die Unterschrift des Antragstellers enthalten. Nachdem der Schiedsmann einen Termin bestimmt und denselben nebst einer Strafandrohung für unentschuldigtes Ausbleiben auf dem Antrage vermerkt hat, läßt er das Schriftstück oder eine besondere Ladung dem Gegner zustellen und den Antragsteller von der Terminsbestimmung benachrichtigen, oder er läßt die Ladung durch den Antragsteller selbst vornehmen. Eine bestimmte Form der Ladung, z. B. durch einen Gerichtsvollzieher ist nicht vorgeschrieben; es genügt, wenn der Nachweis der erfolgten Ladung mit Sicherheit geführt werden kann. Eine Partei, welche zu dem anberaumten Termin nicht erscheinen kann oder will, muß dies spätestens am Tage vor dem Termine dem Schiedsmanne anzeigen. Im Falle des unentschuldigten Ausbleibens ist der Schiedsmann befugt, eine Geldstrafe von fünfzig Pfennig bis zu einer Mark gegen die säumige Partei festzusetzen, sofern eine darauf bezügliche Androhung in die Ladung aufgenommen war. Die Strafe wird in derselben Weise, wie die Gemeindeabgaben beigetrieben. Gegen die Strafsfestsetzung findet Beschwerde bei dem Landgerichtspräsidenten statt, wobei eine Frist nicht vorgeschrieben ist.

Die Verhandlung vor dem Schiedsmann ist eine mündliche, sie kann also nur stattfinden, wenn beide Parteien erschienen sind. Wenn möglich, soll die Verhandlung ohne Unterbrechung zu Ende geführt werden; geht dies nicht an, so hat der Schiedsmann sofort einen neuen Termin zur

weiteren Verhandlung zu bestimmen. Mit Zustimmung beider Parteien kann Beweis durch Augenscheineinnahme, Vorlegung von Urkunden, Vernehmung von freiwillig erschienenen Zeugen und Sachverständigen erhoben werden. Eine Beeidigung der Zeugen und Sachverständigen darf nicht stattfinden; ebensowenig ist zulässig, daß die Parteien die Wahrheit oder Unwahrheit einer Thatsache mit ihrem Eide bekräftigen. Führt die Verhandlung nicht zu einem Vergleich, so muß der Schiedsmann hierüber einen kurzen Vermerk aufnehmen. Kommt dagegen ein Vergleich zu stande, so ist derselbe im Protokollbuche unter der laufenden Nummer einzutragen. Ein Vergleich liegt nur dann vor, wenn jede Partei von ihrem vermeintlichen Rechte etwas nachläßt; wenn also z. B. A. ohne weiteres einräumt, daß B. eine fällige Forderung von zwanzig Mark gegen ihn habe, B. dagegen unter Verzicht auf sofortige Begleichung sich damit einverstanden erklärt, daß A. die Schuld in vier Monatsraten zu je fünf Mark abzahle. Wenn dagegen B. sich nicht zu einem solchen Entgegenkommen versteht, sondern sofortige Zahlung verlangt oder überhaupt nichts erklärt, so liegt kein Vergleich, sondern ein Anerkenntnis vor. Für die Beurkundung eines solchen zum Zwecke und mit der Wirkung zur Zwangsvollstreckung ist nicht der Schiedsmann, sondern das Gericht bezw. der Notar zuständig.

Das Protokoll über den Vergleich muß die in § 52 Abs. 3 der Schiedsmannsordnung näher bezeichneten Angaben enthalten und in der Sprache der Parteien abgefaßt sein. Ist nur eine Partei der deutschen Sprache mächtig, so muß das Protokoll in der deutschen und in der fremden Sprache abgefaßt werden.

Nach der Eintragung in das Protokollbuch muß den Parteien die Durchsicht des Protokolles verstattet oder dasselbe vorgelesen werden. Schließlich ist es von den Parteien, nachdem es dieselben genehmigt haben, und von dem Schiedsmann zu unterschreiben. Ist eine Partei des Schreibens unkundig, so muß sie einen Beistand wählen, welcher an ihrer Stelle unterschreibt und ihr Handzeichen beglaubigt. Können beide Parteien nicht schreiben, so müssen zwei Beistände zugezogen werden. Der Schiedsmann hat zu vermerken, von welcher Partei und aus welchem Grunde die eigenhändige Unterschrift unterblieben ist.

Die Parteien und deren Rechtsnachfolger können Abschriften und Ausfertigungen des Protokolls in beliebiger Anzahl verlangen. Falls eine Ausfertigung erteilt wird, so ist in dem Protokollbuche zu vermerken, wann und für wen dieselbe erfolgt ist. Die Erteilung der Ausfertigungen erfolgt durch den Schiedsmann. Befindet sich das Protokollbuch im Gewahrsam des Amtsgerichtes (vollgeschriebene und unbrauchbar gewordene Protokollbücher hat der Schiedsmann derjenigen Behörde

auszuhändigen, von welcher er sie erhalten hat; diese sendet sie dann dem Amtsgericht des Bezirkes ein), so werden die Ausfertigungen von dem Gerichtsschreiber des Amtsgerichtes erteilt.

Aus den vor einem Schiedsmanne geschlossenen Vergleichen findet die gerichtliche Zwangsvollstreckung statt. Zu diesem Zweck muß die berechtigte Partei dem Schiedsmanne die Ausfertigung des Vergleiches einreichen, damit er dieselbe durch Hinzufügung der Vollstreckungsklausel zu einer vollstreckbaren Ausfertigung, d. h. zu einem Schriftstücke macht, auf Grund dessen die Zwangsvollstreckung vor sich gehen kann. Die Vollstreckungsklausel hat nachstehenden Wortlaut:

„Vorstehende Ausfertigung wird dem — — (Bezeichnung der Partei) — — zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt."

Befindet sich das Protokollbuch im Gewahrsam des Amtsgerichtes, so fügt der Gerichtsschreiber desselben die Vollstreckungsklausel hinzu. Die vollstreckbare Ausfertigung kann die berechtigte Partei alsdann einem Gerichtsvollzieher mit dem Auftrage einhändigen, die Zwangsvollstreckung vorzunehmen. Die Zwangsvollstreckung aus Schiedsmannsvergleichen ist nicht nur auf die Zwangsbeitreibung von Geldbeträgen beschränkt, sondern es kann mittels derselben alles erreicht werden, wozu nicht die Mitwirkung des Gerichtes erforderlich ist (z. B. Erwirkung von Handlungen), also namentlich auch Subhastationen. Hängt die Vollstreckung von einer anderen Thatsache, als einer von dem Gläubiger zu leistenden Sicherheitsleistung ab, so darf der Schiedsmann die Vollstreckungsklausel nur auf Anordnung des Gerichtes erteilen. Dasselbe ist der Fall, wenn die Vollstreckung für die Erben des Gläubigers oder gegen die Erben des Schuldners nachgesucht wird, oder gegen die allgemeinen Rechtsnachfolger des im Vergleiche bezeichneten Schuldners, oder gegen denjenigen, an den eine Sache veräußert worden ist, auf welche sich die Verabredungen der Parteien im Vergleiche beziehen. Eine Vollstreckung aus Schiedsmannsvergleichen findet nur innerhalb Preußens statt.

Eine Frist, binnen der die Vollstreckungsklausel nachgesucht werden muß, ist nicht vorgeschrieben; dies kann noch nach Jahr und Tag erfolgen. Dagegen darf eine zweite vollstreckbare Ausfertigung nur erteilt werden, nachdem die erste dem Schiedsmann zurückgegeben ist. Verlangt der Gläubiger eine zweite vollstreckbare Ausfertigung, ohne die frühere zurückzureichen, so muß ihn der Schiedsmann an das Amtsgericht verweisen. Dieses bescheidet je nach Lage der Sache entweder den Gläubiger abschlägig oder verfügt, daß der Schiedsmann eine weitere vollstreckbare Ausfertigung zu erteilen habe. Gegen die Zurückweisung des Gesuches ist binnen einer Frist von zwei Wochen sofortige Beschwerde zulässig.

In Strafsachen erstreckt sich die Thätigkeit des Schiedsmannes auf Versuche zur Herbeiführung eines gütlichen Ausgleiches und Vermeidung der Privatklage in Fällen der nur auf Antrag zu verfolgenden Beleidigungen und Körperverletzungen. Ausgenommen sind diejenigen Beleidigungen, welche begangen werden gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, in Beziehung auf ihren Beruf oder während sie in Ausübung ihres Berufes begriffen sind. Bei allen übrigen Beleidigungen ist die Erhebung der Klage nur zulässig, wenn gleichzeitig mit der Klageschrift eine von dem Schiedsmanne ausgestellte Bescheinigung eingereicht wird, daß der vorgenommene Sühneversuch erfolglos geblieben sei.

Zur Ausstellung dieser Bescheinigung ist ausschließlich der Schiedsmann zuständig, in dessen Bezirk der Beschuldigte wohnt. Ein Nachweis über einen erfolglosen Sühneversuch ist nicht notwendig, wenn die Parteien nicht in demselben Gemeindebezirk wohnen.

Der Schiedsmann darf hierbei wegen Unbekanntschaft mit den Parteien, wegen Bedenken gegen ihre Geschäftsfähigkeit oder gegen die Legitimation ihrer gesetzlichen Vertreter, wegen Blindheit, Taubstummheit einer Partei oder wegen der Unmöglichkeit, sich mit einer blinden oder tauben Partei zu verständigen, seine Vermittelung nicht verweigern. Jedoch ist das Vorhandensein eines dieser Umstände im Protokoll zu vermerken. Führt die Verhandlung mit einer solchen Partei zu einem Vergleich, so findet aus demselben gegen die Partei keine Zwangsvollstreckung statt. Auch wegen zu großer Weitläufigkeit und Schwierigkeit darf der Schiedsmann nicht ablehnen; jedoch wird hierüber weder eine Bemerkung in das Protokoll aufgenommen, noch steht dieser Umstand der Zwangsvollstreckung entgegen.

Die Ladung der Parteien zum Termine ist denselben in zuverlässiger Weise durch den Schiedsmann zustellen.

Erscheint der Antragsteller im Termine nicht, so findet keine Sühneverhandlung statt, erscheint der Beschuldigte nicht, so wird angenommen, daß er sich nicht auf die Sühneverhandlung einlassen will. Gegen Parteien, welche im Termine ausbleiben, ohne ihr Nichterscheinen rechtzeitig angezeigt zu haben, kann eine Strafe von fünfzig Pfennig bis zu einer Mark von dem Schiedsmanne festgesetzt werden, sofern sie in der Ladung angedroht war.

Eine Bescheinigung über die Erfolglosigkeit des Sühneversuches darf nur ausgestellt werden, wenn der Antragsteller im Termine anwesend war. Die Bescheinigung, welche Angaben über die Zeit der Beleidigung, über das Einbringen des Antrages, sowie über die Zeit der Ausstellung enthalten soll, muß mit der Unterschrift und dem Siegel des Schieds-

mannes versehen sein. Ueber die Verhandlung sowie über die Ausstellung der Bescheinigung ist ein Vermerk im Protokoll aufzunehmen.

Für Privatklagen gegen Studierende ist der Rektor (Prorektor) und in dessen Stellvertretung der Universitätsrichter (Syndikus) der betreffenden Universität oder Hochschule berufen, den erforderlichen Sühneversuch vorzunehmen.

Bei Körperverletzungen, welche nur auf Antrag verfolgt werden, kann ebenfalls ein Sühneversuch vor dem Schiedsmanne stattfinden. Jedoch kann in diesem Falle die Privatklage auch ohne weiteres erhoben werden, ohne daß es der Einreichung einer Bescheinigung über den erfolglos gebliebenen Sühneversuch bedarf.

Für Verhandlungen und Vergleiche, welche bei Fällen der Beleidigung und Körperverletzung vor dem Schiedsmanne stattfinden, gelten im übrigen, von den vorgenannten Abweichungen abgesehen, dieselben Bestimmungen, wie bezüglich der Verhandlungen und Vergleiche in bürgerlichen vermögensrechtlichen Streitigkeiten.

In einer wesentlichen Beziehung unterscheiden sich jedoch die in Fällen der Körperverletzungen vor dem Schiedsmanne aufgenommenen Vergleiche von den übrigen. Da in diesem Falle die Bescheinigung über einen erfolglosen Sühneversuch nicht eine Vorbedingung der Klageerhebung ist, so hat ein solcher Vergleich auch keine Wirkungen in strafrechtlicher Beziehung. Hat also der Verletzte im Vergleiche auf das Recht verzichtet, die Privatklage zu erheben, so ist er an diesen Verzicht nicht gebunden. Auf die trotz dieses Verzichtes erhobene Klage wird das Verfahren ebensogut eingeleitet, als wenn gar kein Verzicht erfolgt ist. Hat der Verletzte sich seines Rechtes nur gegen die Zahlung einer Entschädigung begeben, so ist der andere Teil selbstverständlich zu deren Rückerstattung verpflichtet. Der im Falle einer Beleidigung in einem Schiedsmannsvergleiche aufgenommene Verzicht auf das Recht zur Erhebung der Privatklage ist dagegen für den Verletzten bindend.

Die Verfügungen, Verhandlungen und Ausfertigungen des Schiedsmannes sind stempel- und kostenfrei. Diese Stempelfreiheit erstreckt sich jedoch nicht auf stempelpflichtige Rechtsgeschäfte, welche als Bestandteil des Vergleiches in denselben aufgenommen sind, oder auf Vergleiche, durch welche ein unter den Parteien bisher noch nicht in stempelpflichtiger Form zu stande gekommenes Rechtsgeschäft anerkannt oder im wesentlichen aufrecht erhalten wird.

Der Schiedsmann ist nicht verpflichtet, für die rechtzeitige Herbeibringung des Stempels zu sorgen; aber er hat den von den Parteien beigebrachten Stempel zu der Urschrift des betreffenden Vergleiches zu kassieren.

Die Kosten für die Beschaffung der Protokollbücher und Siegel, sowie die Kosten der Reise des Schiedsmannes an Gerichtsstelle behufs Vereidigung fallen der Gemeinde zur Last.

Besteht der Schiedsmannsbezirk aus mehreren Gemeinden oder Gutsbezirken, so werden diese Kosten nach der Seelenzahl verteilt. Die von dem Schiedsmann festgesetzten Strafen fallen der Gemeinde zu, welche die vorgenannten Kosten zu tragen hat.

Formulare

für

die wichtigsten vorkommenden Fälle.

1. Schriftlicher Antrag auf Anberaumung eines Sühneversuches in einer Beleidigungssache.

(§§ 20 u. 34 Sch.O.)

Schöneberg, Hauptstr. 100/III
1. März 1900.

Am vergangenen Sonntag hat mich der Bierzapfer August Müller, hier Gartenstraße 20 wohnhaft, im Gasthofe „zum Schwarzen Adler" beleidigt, indem er zu mir sagte: „Du hergelaufener Strolch, was willst du denn hier; mach, daß du fortkommst."

Ich bitte um Anberaumung eines Termins zum Sühneversuch.

Otto Stein
Bildhauer.

An
den Schiedsmann Herrn Karl Ebert
hier Hauptstr. 2/II.

2. Protokollarischer Antrag auf Anberaumung eines Sühnetermins in einer bürgerlichen Streitsache.

(§ 20 Sch.O.)

Schöneberg, Hauptstr. 2/II
1. März 1900.

Vor dem unterzeichneten Schiedsmann erschien heute, von Person bekannt und verfügungsfähig:

der Gärtner Robert Schulze aus
Schöneberg, Elsenstr. 34/IV,

derselbe erklärte:

Ich habe dem Kohlenhändler Max Reinhardt hier, Kolonnenstraße 13/III wohnhaft, einen Handwagen für den Preis von 90 Mark verkauft. Auf denselben hat Käufer 60 Mark angezahlt und die Zahlung des Restes von 30 Mark für den 15. Februar dieses Jahres versprochen. Er weigert sich jetzt, diesen Restbetrag zu begleichen, indem er behauptet, ich sei ihm noch 30 Mark für gelieferte Kohlen schuldig, mit welchen er aufrechne.

Ich bitte um Anberaumung eines Termines zur Sühneverhandlung.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben

Robert Schulze.

Geschehen wie oben

Karl Ebert,
Schiedsmann.

3. Vermerk des Schiedsmannes auf den Antrag zu 2.

(§ 21 Sch.O.)

Zur Sühneverhandlung über die nebenstehende Streitsache habe ich einen Termin auf

8. März 1900, mittags 12 Uhr

in meiner Wohnung anberaumt.

Die Parteien werden zu demselben geladen mit der Auflage, etwaiges Nichterscheinen bis spätestens 7. März mir anzuzeigen, widrigenfalls ich gegen den Ausbleibenden eine Strafe von 50 Pfennig bis zu 1 Mark festsetzen werde.

Schöneberg, Hauptstr. 2/II
1. März 1900.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

4. Vorladung auf den Antrag zu 1.

(§ 37 Sch.O.)

I. Ladung des Antragstellers.

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß ich auf Ihren Antrag vom 1. März 1900 einen Termin zum Sühneversuch auf

8. März 1900, mittags $12^1/_2$ Uhr

in meiner Wohnung anberaumt habe.

Sie werden hiermit zu demselben vorgeladen; falls Sie nicht erscheinen oder Ihr Ausbleiben nicht bis spätestens 7. März angezeigt haben, werde ich eine Geldstrafe von 50 Pfennig bis zu 1 Mark gegen Sie festsetzen.

Schöneberg, Hauptstr. 2/II
1. März 1900.
Karl Ebert,
Schiedsmann.

An den
Bildhauer Herrn Otto Stein
hier Hauptstr. 100/III.

II. Ladung des Beschuldigten.

Hierdurch übersende ich Ihnen einen von dem Bildhauer Otto Stein mir heute eingereichten Antrag auf Anberaumung eines Sühnetermins mit der Benachrichtigung, daß ich diesen Termin auf

8. März 1900, mittags $12^1/_2$ Uhr

in meiner Wohnung anberaumt habe.

Sie werden hierdurch zu demselben vorgeladen; falls Sie nicht erscheinen oder Ihr Ausbleiben nicht spätestens bis zum 7. März anzeigen, werde ich eine Geldstrafe von 50 Pfennig bis zu 1 Mark gegen Sie festsetzen.

Schöneberg, Hauptstr. 2/II
1. März 1900.
Karl Ebert,
Schiedsmann.

An den
Bierzapfer Herrn August Müller
hier Gartenstr. 20.

5. Vermerk des Schiedsmannes, wenn der Sühneversuch mißlingt.

(§ 25 Sch.O.)

I. Beide Teile erscheinen nicht.

Schöneberg, 8. März 1900.

Auf den Antrag des Bildhauers Otto Stein hier, auf Anberaumung eines Sühnetermins wegen einer ihm angeblich von dem Bierzapfer August Müller hier zugefügten Beleidigung war auf heute der beantragte Termin anberaumt.

In demselben ist trotz ergangener Ladung keine der Parteien erschienen, auch ist von keiner das Ausbleiben rechtzeitig angezeigt worden; ich setze deshalb gegen

1. den Bildhauer Otto Stein hier, Hauptstr. 100/III,
2. den Bierzapfer August Müller hier, Gartenstr. 20

eine Geldstrafe von je einer Mark fest.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

II. Der Antragsteller erscheint nicht.

Schöneberg, 8. März 1900.

In der Beleidigungssache des Bildhauers Otto Stein gegen den Bierzapfer August Müller, beide von hier, ist in dem auf Antrag des p. Stein auf heute anberaumten Sühnetermin nur der Beschuldigte August Müller erschienen.

Da Antragsteller trotz gehöriger Benachrichtigung nicht erschienen ist, auch sein Ausbleiben nicht entschuldigt hat, setze ich gegen denselben eine Strafe von einer Mark fest.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

III. Der Beschuldigte bleibt aus.

Protokollbuch Nr. 118. Schöneberg, 8. März 1900.

In dem auf Antrag des Bildhauers Otto Stein hier auf heute anberaumten Sühnetermin wegen einer ihm von dem Bierzapfer August Müller angeblich zugefügten Beleidigung war nur der Antragsteller erschienen.

Ein Sühneversuch konnte deshalb nicht vorgenommen werden. Auf sein Verlangen wird dem p. Stein hierüber eine Bescheinigung ausgestellt.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

Kosten:

I. 2 eingeschriebene Briefe zu je 30 Pfennig	60	Pfennig,
II. Schreibgebühren	25	„
zusammen	85	Pfennig,

welche Antragsteller bezahlt hat.

IV. Beide Teile erscheinen.

Protokollbuch Nr. 118. Schöneberg, 8. März 1900.

In dem in der Beleidigungssache des Bildhauers Otto Stein gegen den Bierzapfer August Müller auf heute anberaumten Termin erschienen

beide Teile, welche dem unterzeichneten Schiedsmann von Person bekannt und verfügungsfähig sind.

Der vorgenommene Sühneversuch hatte keinen Erfolg.

Auf sein Verlangen wurde dem p. Stein hierüber eine Bescheinigung ausgestellt.

Kosten:

I. 2 eingeschriebene Briefe zu je 30 Pfennig	60	Pfennig,
II. Schreibgebühren	25	„
zusammen	85	Pfennig,

welche Antragsteller entrichtet hat.

6. Bescheinigung über die Fruchtlosigkeit des Sühneversuchs in einer Beleidigungssache.

(§ 38 Sch.O.)

Protokollbuch Nr. .....

Auf Antrag des Bildhauers Otto Stein, welcher angeblich am 28. Februar durch den Bierzapfer August Müller im Gasthof „zum Schwarzen Adler" durch die Worte beleidigt worden sein will: „Du hergelaufener Strolch, was willst du denn hier; mach, daß du fortkommst," war auf heute Termin zum Sühneversuch anberaumt.

Beide Teile waren erschienen, jedoch konnte eine Einigung nicht erzielt werden, worüber diese Bescheinigung ausgestellt worden ist.

Schöneberg, 8. März 1900.

(Siegel) Karl Ebert, Schiedsmann.

Die Kosten in Höhe von 85 Pfennig hat Antragsteller entrichtet.

7. Straffestsetzung wegen unentschuldigten Ausbleibens.

(§§ 22 u. 46 Sch.O.)

Auf den Antrag des Bildhauers Otto Stein hier war zur Vornahme des Sühneversuches wegen einer ihm von dem Bierzapfer August Müller hier zugefügten Beleidigung Termin auf 8. März 1900 anberaumt.

Da der Beschuldigte August Müller trotz gehöriger, mittels eingeschriebenen Briefes erfolgter Ladung ohne Entschuldigung ausgeblieben ist, wird gegen denselben gemäß der in der Ladung erfolgten Strafandrohung für den Fall des unentschuldigten Ausbleibens, auf Grund des § 22 der Schiedsmannsordnung vom 29. März 1879 eine Geldstrafe von einer Mark festgesetzt.

Schöneberg, 8. März 1900.

(Siegel) Karl Ebert, Schiedsmann.

8. Vergleich in einer Beleidigungssache.

Protokollbuch Nr. .....

Schöneberg, 8. März 1900.

Auf Vorladung erscheinen

1. der Bildhauer Otto Stein,
2. der Bierzapfer August Müller,

beide aus Schöneberg und dem unterzeichneten Schiedsmann von Person bekannt und verfügungsfähig.

Der Erschienene zu 2 erkennt die Behauptung des Bildhauers Otto Stein, wonach er denselben am 28. Februar durch die Worte: „Du hergelaufener Strolch, was willst du denn hier; mach, daß du fortkommst,“ beleidigt haben soll, als richtig an.

Er verpflichtet sich, binnen einer Woche sechs Mark an die Ortsarmenkasse zu Schöneberg zu zahlen, sowie die Kosten des Sühneversuches zu tragen, und nimmt die beleidigenden Worte zurück.

Der Bildhauer Otto Stein erklärt sich hiermit einverstanden und verpflichtet sich, keine Privatklage zu erheben.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Otto Stein. August Müller.

Geschehen wie oben.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

Kosten:

I. Briefporto	. . . . .	60 Pfennig,
II. Schreibgebühren	. . . . .	25 „
	zusammen	85 Pfennig,

hat der Bierzapfer August Müller entrichtet.

9. Vergleich in einer bürgerlichen Streitsache.

Protokollbuch Nr. .....

Schöneberg, 8. März 1900.

Auf ergangene Vorladung erscheinen vor dem unterzeichneten Schiedsmanne:

1. der Gärtner Robert Schulze,
2. der Kohlenhändler Max Reinhardt,

beide von Person bekannt und verfügungsfähig.

Beide Teile sind darüber einig, daß Reinhardt von Schulze einen Handwagen für den Preis von 90 Mark gekauft hat, von denen 60 Mark angezahlt sind, sowie daß die Zahlung des Restes von 30 Mark für den 15. Februar versprochen, aber nicht erfolgt ist. Reinhardt verweigert

die Bezahlung der 30 Mark, weil Schulze ihm noch den gleichen Betrag für gelieferte Kohlen schulde. Schulze bestreitet die Gegenforderung.

Die Parteien schließen folgenden Vergleich:

1. Schulze erkennt an, dem Reinhardt noch 10 Mark für gelieferte Kohlen zu schulden und ist damit einverstanden, daß dieselben auf die 30 Mark, welche Reinhardt noch für den Wagen schuldet, in Anrechnung gebracht werden, sowie daß der verbleibende Rest von 20 Mark am 15. März gezahlt wird.
2. Reinhardt erklärt, dem Schulze noch 20 Mark Restkaufgeld für den Handwagen zu schulden und verpflichtet sich, dieselben am 15. März zu zahlen, sowie die Kosten des Vergleiches zu tragen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Robert Schulze. Max Reinhardt.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

Die Kosten, bestehend in 60 Pfennig Porto und 25 Pfennig Schreibgebühren hat der Kohlenhändler Max Reinhardt mit 85 Pfennig bezahlt.

Vermerk: Dem Gärtner Robert Schulze ist auf sein Verlangen heute eine Ausfertigung des vorstehenden Vergleiches erteilt worden.

Schöneberg, 19. März 1900.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

25 Pfennig Schreibgebühren sind entrichtet.

10. Vollstreckbare Ausfertigung zum Zwecke der Zwangsvollstreckung.

(§ 31 u. 32 Sch.O.)

Ausfertigung:

Zur Urschrift ist ein Stempel von . . . verwendet.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

Ausgehändigt:

20. März 1900.

Karl Ebert,
Schiedsmann.

Hier folgt das ganze Protokoll 8 mit Ausnahme der Kostenquittung.

Alsdann wird folgender Vermerk hinzugefügt:

Vorstehende Ausfertigung wird dem Gärtner Robert Schulze hier zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt.

Schöneberg, 19. März 1900.

(Siegel) Karl Ebert,
Schiedsmann.

11. Auftrag an den Gerichtsvollzieher zur Beitreibung.

Schöneberg, Elsenstraße 34/IV.

Herrn
Gerichtsvollzieher Naumann
Schöneberg, Göbenstr. 4.

Anbei übersende ich Ihnen eine vollstreckbare Ausfertigung des Protokolles des Schiedsmannes Karl Ebert vom 19. März und ersuche Sie, von dem Kohlenhändler Max Reinhardt hier den Betrag von 20,25 Mark beizutreiben, nämlich eine Hauptforderung von 20 Mark und 25 Pfennig Gebühren, die ich nach beiliegender Quittung dem Schiedsmanne Ebert für die vollstreckbare Ausfertigung entrichtet habe.

Robert Schulze,
Gärtner.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Erster Abschnitt.

Das Amt der Schiedsmänner.

§ 1. Zur Sühneverhandlung über streitige Rechtsangelegenheiten ist für jede Gemeinde ein Schiedsmann zu bestellen. Kleinere Gemeinden können mit anderen Gemeinden zu einem Schiedsmannsbezirke vereinigt, größere Gemeinden in mehrere Bezirke geteilt werden.

Selbständige Gutsbezirke werden den Gemeinden gleichgeachtet.

Die Abgrenzung der Bezirke erfolgt:

1. in denjenigen Städten, in welchen ein kollegialischer Gemeindevorstand vorhanden ist, durch diesen, in den übrigen durch den Bürgermeister;
2. für die Landgemeinden durch die Kreisvertretungen, in den Hohenzollernschen Landen durch die Amtsvertretungen.

---

§ 2. Das Amt des Schiedsmanns ist ein Ehrenamt. Zu demselben ist nicht zu berufen:

1. wer das dreißigste Lebensjahr nicht vollendet hat;
2. wer nicht in dem Schiedsmannsbezirke wohnt, für welchen die Berufung erfolgt;
3. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter verloren hat
4. wer infolge gerichtlicher Anordnung

in der Verfügung über sein Vermögen beschränkt ist.

Staatsbeamte und besoldete Beamte der Kommunal- oder Kirchenverwaltung bedürfen zur Uebernahme des Amts der Genehmigung ihrer zunächst vorgesetzten Behörde.

§ 3. In denjenigen Gemeinden, welche für sich Einen Schiedsmannsbezirk oder mehrere Schiedsmannsbezirke bilden, erfolgt die Wahl der Schiedsmänner durch die Gemeindevertretung (Versammlung der Stadtverordneten, der Repräsentanten, der Bürgervorsteher, der Gemeindeverordneten, der Bürgerausschußmitglieder, der Gemeindeausschußmitglieder), wo eine gewählte Gemeindevertretung nicht besteht, durch die Gemeindeversammlung, in selbständigen Gutsbezirken durch den Gutsvorsteher.

Für die aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Schiedsmannsbezirke werden die Schiedsmänner durch die Kreisvertretungen, in den Hohenzollernschen Landen durch die Amtsvertretungen gewählt.

Die Wahl erfolgt auf drei Jahre. Bis zum Amtsantritte des Neugewählten bleibt der bisherige Schiedsmann in Thätigkeit.

§ 4. Die zu Schiedsmännern Gewählten bedürfen der Bestätigung durch das Präsidium des Landgerichts, in dessen Bezirk sie ihren Wohnsitz haben.

§ 5. Die Schiedsmänner werden bei dem Amtsgerichte ihres Wohnsitzes auf die Erfüllung ihrer Obliegenheiten eidlich verpflichtet. Der Eid wird dahin geleistet:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, die Pflichten eines Schiedsmanns getreulich zu erfüllen, so wahr mir Gott helfe."

Ist ein Schiedsmann Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, so wird die Abgabe einer Erklärung unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft der Eidesleistung gleichgeachtet.

Im Falle der Wiederwahl eines Schiedsmanns genügt die Verweisung auf den von ihm bereits geleisteten Eid.

§ 6. Die Schiedsmänner haben bei Ausübung ihres Amts die Rechte der Beamten.

§ 7. Das Recht der Aufsicht über einen Schiedsmann steht zu:

1. dem Justizminister hinsichtlich sämtlicher Schiedsmänner;
2. dem Oberlandesgerichts-Präsidenten hinsichtlich der in dem Oberlandesgerichtsbezirk wohnenden Schiedsmänner;
3. dem Präsidenten des Landgerichts hinsichtlich der in dem Landgerichtsbezirk wohnenden Schiedsmänner.

In dem Rechte der Aufsicht liegt die Befugnis, die ordnungswidrige Ausführung eines Schiedsmannsgeschäftes zu rügen.

Beschwerden, welche den Geschäftsbetrieb oder Verzögerungen betreffen, werden im Aufsichtswege erledigt.

§ 8. Zur Ablehnung oder Niederlegung des Amts eines Schiedsmanns vor Ablauf der Wahlperiode berechtigen folgende Entschuldigungsgründe:

1. das Alter von sechzig Jahren;
2. die Verwaltung des Schiedsmannsamts während der voraufgegangenen drei Jahre;
3. anhaltende Krankheit;
4. Geschäfte, die eine lange oder häufige Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen;
5. die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamts;
6. sonstige besondere Verhältnisse, die nach billigem Ermessen eine gültige Entschuldigung begründen.

Ueber die Befugnis zur Ablehnung wird von der Körperschaft, welche die Wahl des Schiedsmanns bewirkt, und über die Befugnis zur Niederlegung vom Präsidium des Landgerichts endgültig entschieden.

§ 9. Ein Schiedsmann ist seines Amtes zu entheben, wenn Umstände eintreten oder bekannt werden, bei deren Vorhandensein die Berufung nicht erfolgen soll. Er kann auch aus anderen erheblichen Gründen seines Amtes enthoben werden.

Die Enthebung vom Amte erfolgt durch den Ersten Civilsenat des Oberlandes-

gerichts, in dessen Bezirk der Schiedsmann seinen Wohnsitz hat, nach Anhörung des Beteiligten.

§ 10. Wer sich ohne einen der im § 8 enthaltenen Entschuldigungsgründe weigert, das Amt des Schiedsmanns zu übernehmen oder das übernommene Amt während der vorgeschriebenen regelmäßigen Amtsdauer zu versehen, kann für einen Zeitraum von drei bis sechs Jahren der Ausübung seines Rechtes auf Teilnahme an der Vertretung und Verwaltung seiner Gemeinde für verlustig erklärt und um $^1/_8$ bis $^1/_4$ stärker als die übrigen Gemeindeangehörigen zu den Gemeindeabgaben herangezogen werden. Die Beschlußfassung hierüber steht der Gemeindevertretung (§ 3) zu; der Beschluß bedarf der Genehmigung der der Gemeinde vorgesetzten Behörde.

Besitzern selbständiger Gutsbezirke kann in dem vorgedachten Falle durch den Kreisausschuß eine Erhöhung der Kreisabgabe um $^1/_8$ bis $^1/_4$ auf drei bis sechs Jahre auferlegt werden.

§ 11. Jeder Schiedsmann erhält einen Stellvertreter. Die Stellvertretung kann dahin geordnet werden, daß bestimmte Schiedsmänner sich wechselseitig vertreten.

Bei vorübergehender Behinderung oder gleichzeitiger Erledigung des Amtes des Schiedsmanns und des Stellvertreters ist die Aufsichtsbehörde ermächtigt, die einstweilige Wahrnehmung der Geschäfte einem benachbarten Schiedsmanne oder Stellvertreter zu übertragen.

Auf die Stellvertreter finden die §§ 2 bis 10 entsprechende Anwendung.

Zweiter Abschnitt.

Die Sühneverhandlung über bürgerliche Rechtsstreitigkeiten.

§ 12. In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten findet eine Sühneverhandlung nur über vermögensrechtliche Ansprüche statt. Der Schiedsmann hat sich der Sühneverhandlung auf Antrag einer oder beider Parteien zu unterziehen. Zur Stellung dieses Antrages ist keine Partei verpflichtet.

In Rechtsstreitigkeiten, deren Entscheidung den Auseinandersetzungsbehörden zusteht, findet eine Sühneverhandlung durch Schiedsmänner nicht statt.

§ 13. Für die Sühneverhandlung ist der Schiedsmann zuständig, in dessen Bezirk der Gegner des Antragstellers seinen Wohnsitz hat.

Ein an sich unzuständiger Schiedsmann wird jedoch durch ausdrückliche oder stillschweigende Vereinbarung der Parteien zuständig.

§ 14. Zu einer amtlichen Thätigkeit außerhalb seines Amtsbezirks ist der Schiedsmann nur im Falle der Stellvertretung (§ 11) befugt.

§ 15. Der Schiedsmann ist von der Ausübung seines Amtes kraft Gesetzes ausgeschlossen:

1. in Sachen, in welchen er selbst Partei ist oder in Ansehung welcher er zu einer Partei in dem Verhältnis eines Mitberechtigten, Mitverpflichteten oder Regreßverpflichteten steht;
2. in Sachen seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. in Sachen einer Person, mit welcher er in gerader Linie verwandt, verschwägert oder durch Adoption verbunden, in der Seitenlinie bis zum dritten Grade verwandt oder bis zum zweiten Grade verschwägert ist, auch wenn die Ehe, durch welche die Schwägerschaft begründet ist, nicht mehr besteht;
4. in Sachen, in welchen er als Prozeßbevollmächtigter oder Beistand einer Partei bestellt oder als gesetzlicher Vertreter einer Partei aufzutreten berechtigt ist oder gewesen ist.

§ 16. Der Schiedsmann soll die Ausübung seines Amtes ablehnen:

1. wenn er der Sprache der Parteien nicht mächtig ist;

2. wenn zur Gültigkeit der Willenserklärung der Parteien dem Gegenstande nach die gerichtliche oder notarielle Form ausschließlich erfordert wird;
3. wenn die Parteien dem Schiedsmanne nicht bekannt sind und auch nicht nachweisen können, daß sie diejenigen sind, wofür sie sich ausgeben;
4. wenn Bedenken gegen die Geschäfts- oder Verfügungsfähigkeit der Parteien oder gegen die Legitimation der gesetzlichen Vertreter derselben bestehen;
5. wenn eine Partei blind oder taubstumm ist;
6. wenn eine Partei taub oder stumm ist und mit derselben eine schriftliche Verständigung nicht erfolgen kann.

---

§ 17. Der Schiedsmann kann die Ausübung seines Amtes ablehnen:
1. wenn seine Zuständigkeit lediglich auf der Vereinbarung der Parteien beruht;
2. wenn ihm die streitige Angelegenheit zu weitläufig oder zu schwierig erscheint.

Beschwerde gegen die Ablehnung findet nicht statt.

---

§ 18. Die Vertretung der Parteien durch Bevollmächtigte ist unzulässig. Gemeinden und Korporationen dürfen sich jedoch durch Bevollmächtigte aus ihrer Mitte vertreten lassen.

---

§ 19. Beistände der Parteien, mit Ausnahme der Beistände von Personen, welche des Lesens oder Schreibens nicht mächtig sind, können vom Schiedsmanne in jeder Lage der Verhandlung zurückgewiesen werden.

---

§ 20. Der Antrag auf Sühneverhandlung kann bei dem Schiedsmanne schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden. Derselbe muß den Namen, Stand und Wohnort der Parteien, eine allgemeine Angabe des Gegenstandes der Verhandlung und die Unterschrift des Antragstellers enthalten.

---

§ 21. Der Schiedsmann vermerkt auf dem Antrage oder einer Anlage desselben Zeit und Ort des Termins zur Verhandlung unter Androhung der Strafe für unentschuldigtes Ausbleiben (§ 22) und übergiebt das Schriftstück dem Antragsteller zur Behändigung an den Gegner und läßt diesem das Schriftstück — unter entsprechender Benachrichtigung des Antragstellers — in zuverlässiger Weise zustellen.

---

§ 22. Eine Partei, welche vor dem zuständigen Schiedsmanne in dem anberaumten Termine nicht erscheinen will oder kann, muß solches spätestens an dem dem Terminstage vorhergehenden Tage bei dem Schiedsmanne anzeigen.

Ist eine solche Anzeige nicht erstattet, so kann der Schiedsmann gegen die im Termine ausgebliebene Partei eine Geldstrafe von fünfzig Pfennigen bis zu einer Mark festsetzen.

Beschwerden gegen die Festsetzung werden im Aufsichtswege erledigt.

---

§ 23. Die Verhandlung der Parteien vor dem Schiedsmanne ist eine mündliche. Der Schiedsmann hat Sorge zu tragen, daß dieselbe ohne Unterbrechung zu Ende geführt werde; erforderlichenfalls hat er den Termin zur Fortsetzung der Verhandlung sofort zu bestimmen.

---

§ 24. Der Schiedsmann kann im Einverständnisse mit den Parteien Zeugen und Sachverständige, welche freiwillig vor ihm erschienen sind, hören.

Zur Beeidung eines Zeugen oder Sachverständigen und zur Abnahme eines Parteieides ist der Schiedsmann nicht befugt.

---

§ 25. Kommt ein Vergleich zustande, so ist derselbe zu Protokoll festzustellen.

Das Protokoll wird in der Sprache der Parteien, und wenn nur eine Partei der deutschen Sprache mächtig ist, in dieser und der fremden Sprache aufgenommen.

Das Protokoll enthält:
1. den Ort und die Zeit der Verhandlung;
2. die Namen der erschienenen Parteien, gesetzlichen Vertreter, Bevollmächtigten und Beistände, sowie die An-

gabe, wie dieselben ihre Legitimation geführt haben;
3. den Gegenstand des Streits;
4. die Verabredung der Parteien.

Kommt ein Vergleich nicht zustande, so hat der Schiedsmann hierüber einen kurzen Vermerk aufzunehmen.

§ 26. Das Protokoll ist den Parteien vorzulesen oder zur Durchsicht vorzulegen. In dem Protokolle ist zu bemerken, daß dies geschehen und die Genehmigung erfolgt sei.

§ 27. Das Protokoll ist von den Parteien und dem Schiedsmanne durch Namensunterschrift zu vollziehen.

Jede Partei, welche nicht unterschreiben kann, muß einen Beistand wählen, welcher für sie die Verhandlung mit seiner Namensunterschrift vollzieht oder die von ihr beigefügten Handzeichen beglaubigt. Der Schiedsmann hat dabei zu vermerken, von welcher Partei und aus welchem Grunde die eigenhändige Unterschrift unterblieben ist.

§ 28. Die Protokolle werden der Zeitfolge nach in ein ausschließlich dazu bestimmtes Buch (Protokollbuch) eingeschrieben und mit einer fortlaufenden Nummer versehen.

Vollgeschriebene Protokollbücher sind an das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schiedsmann wohnt, zur Aufbewahrung abzugeben.

§ 29. Die Parteien oder deren Rechtsnachfolger erhalten auf Verlangen Abschrift oder Ausfertigung des Protokolls.

§ 30. Die Ausfertigung besteht aus der mit dem Ausfertigungsvermerke versehenen Abschrift des Protokolls.

Der Ausfertigungsvermerk muß die Angabe des Orts und der Zeit der Ausfertigung und die Bezeichnung desjenigen, für welchen die Ausfertigung erteilt wird, enthalten und mit der Unterschrift und dem Amtssiegel des Schiedsmanns versehen sein.

§ 31. Die Ausfertigung wird von dem Schiedsmanne erteilt, welcher die Urschrift des Protokolls verwahrt. Derselbe hat vor der Aushändigung auf der Urschrift des Protokolls zu vermerken, wann und für wen die Ausfertigung erteilt worden ist.

Befindet sich das Protokollbuch in der Verwahrung des Amtsgerichts (§ 28), so wird die Ausfertigung von dem Gerichtsschreiber desselben erteilt.

§ 32. Aus den vor einem Schiedsmanne geschlossenen Vergleichen findet die gerichtliche Zwangsvollstreckung statt.

Die Vorschriften der Deutschen Civilprozeßordnung über die Zwangsvollstreckung aus notariellen Urkunden finden hierbei entsprechende Anwendung.

In den Fällen des § 726 Abs. 1, der §§ 727 bis 729, 738, 742, 744, des § 745 Abs. 2 und des § 749 der Deutschen Civilprozeßordnung ist die vollstreckbare Ausfertigung nur auf Anordnung des Amtsgerichts zu erteilen, in dessen Bezirke der Schiedsmann seinen Wohnsitz hat.

Dritter Abschnitt.

Die Sühneverhandlung über Beleidigungen und Körperverletzungen.

§ 33. Bei den nur auf Antrag zu verfolgenden Beleidigungen und Körperverletzungen ist der Schiedsmann die zum Zwecke der Sühneverhandlung zuständige Vergleichsbehörde.

§ 34. Auf die Sühneverhandlung über Beleidigungen und Körperverletzungen finden die Vorschriften des zweiten Abschnitts mit den in den nachfolgenden Paragraphen enthaltenen Abweichungen entsprechende Anwendung.

§ 35. Soweit nach der Vorschrift des § 420 der Deutschen Strafprozeßordnung vor Erhebung der Privatklage wegen Beleidigungen nachgewiesen werden muß, daß die Sühne erfolglos versucht worden,

ist für diesen Vergleichsversuch der Schiedsmann, in dessen Bezirk der Beschuldigte wohnt, ausschließlich zuständig.

§ 36. Bei der nach § 420 der Deutschen Strafprozeßordnung erforderlichen Sühneverhandlung darf der zuständige Schiedsmann die Ausübung seines Amtes aus den in § 16 Nr. 3 bis 6 und § 17 Nr. 2 angegebenen Gründen nicht ablehnen.

Er hat, wenn bei einer Partei einer der im § 16 Nr. 3 bis 6 angegebenen Umstände vorliegt, dies in dem Protokolle zu vermerken. Gegen eine solche Partei findet die Zwangsvollstreckung aus einem aufgenommenen Vergleiche nicht statt.

§ 37. Die Ladung zu der nach § 420 der Deutschen Strafprozeßordnung erforderlichen Sühneverhandlung ist den Parteien durch den Schiedsmann oder in anderer zuverlässiger Weise zuzustellen.

Erscheint der Antragsteller in dem Termine nicht, so findet eine Sühneverhandlung nicht statt. Erscheint der Beschuldigte nicht, so wird angenommen, daß er sich auf die Sühneverhandlung nicht einlassen wolle.

§ 38. Eine Bescheinigung über die Erfolglosigkeit des Sühneversuchs kann nur erteilt werden, wenn der Antragsteller im Termine erschienen ist.

Die Bescheinigung muß mit der Unterschrift und dem Amtssiegel des Schiedsmanns versehen sein. Sie soll die Angabe der Zeit der Beleidigung und der Anbringung des Antrags, sowie des Orts und der Zeit der Ausstellung enthalten.

Ueber die Verhandlung und die Ausstellung der Bescheinigung hat der Schiedsmann im Protokollbuche einen Vermerk aufzunehmen.

§ 39. Für Privatklagen gegen Studierende kann der Justizminister im Einverständnisse mit dem Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten bestimmen, daß der nach § 420 der Deutschen Strafprozeßordnung erforderliche Sühneversuch nicht von dem Schiedsmanne, sondern von einer anderen Vergleichsbehörde vorzunehmen sei.

Vierter Abschnitt.

Kosten und Stempel.

§ 40. Die Verfügungen, Verhandlungen und Ausfertigungen des Schiedsmanns sind kosten- und stempelfrei.

Die Stempelfreiheit der Verhandlungen erstreckt sich nicht:

1. auf Rechtsgeschäfte, welche an sich stempelpflichtig sind und als ein Bestandteil des Vergleichs in den letzteren aufgenommen werden;
2. auf Vergleiche, durch welche ein unter den Parteien bisher nicht in stempelpflichtiger Form zustande gekommenes Rechtsgeschäft anerkannt oder im Wesentlichen aufrecht erhalten wird.

§ 41. Die Schiedsmänner sind nicht verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die von ihnen aufgenommenen Verhandlungen rechtzeitig mit dem tarifmäßigen Stempel versehen werden. Die Parteien haften für die rechtzeitige Verwendung desselben nach Maßgabe der Stempelgesetze. Der Stempel ist binnen zwei Wochen, vom Tage der Aufnahme der Verhandlung an, zu der Urschrift derselben beizubringen. Die Erteilung von Ausfertigungen der Verhandlung ist von der vorgängigen Verwendung des Stempels nicht abhängig.

Die Schiedsmänner haben auf jeder von ihnen erteilten Ausfertigung der Verhandlung zu vermerken, ob und welcher Stempel zu der Urschrift verwendet ist.

§ 42. Schreibgebühren und bare Auslagen sind dem Schiedsmanne sofort zu entrichten. Derselbe kann seine Thätigkeit von der vorherigen Entrichtung abhängig machen.

§ 43. Die Schreibgebühren sind für die Annahme der Anträge, sowie für die Ausfertigungen und Abschriften der Verhandlungen und Bescheinigungen zu entrichten. Sie betragen mindestens fünf-

undzwanzig Pfennige und bei Schriftstücken von mehr als zwei Seiten für jede folgende Seite zehn Pfennige. Jede angefangene Seite wird voll berechnet.

§ 44. Die Schreibgebühren und baren Auslagen fallen der Partei zur Last, welche dieselben veranlaßt hat. Ist jedoch ein Vergleich zustande gekommen oder die Vermittelung des Schiedsmanns von beiden Parteien nachgesucht, so haftet für die Schreibgebühren und baren Auslagen, welche bis zum Schlusse der Verhandlung entstanden sind, jede Partei.

Erforderlichenfalls werden diese Gebühren und Auslagen auf Antrag des Schiedsmanns von den Beteiligten ebenso beigetrieben, wie die Gemeindeabgaben.

§ 45. Die sächlichen Kosten des Schiedsmannsamts fallen der Gemeinde zur Last.

In Bezirken, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, werden die sächlichen Kosten auf die beteiligten Gemeinden nach dem Maßstabe der Seelenzahl verteilt. Den Gemeinden werden die selbständigen Gutsbezirke gleichgeachtet.

§ 46. Die Geldstrafen, welche in Gemäßheit dieses Gesetzes zur Erhebung gelangen, fließen den Gemeinden zu, welche die sächlichen Kosten zu tragen haben.

Fünfter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

§ 47. Die Vorschriften dieses Gesetzes, welche sich auf die Ausfertigung und Vollstreckung der abgeschlossenen Vergleiche beziehen, finden auch auf solche Vergleiche Anwendung, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes von einem Schiedsmanne zu Protokoll genommen worden sind.

§ 48. Die auf Grund der bisherigen Vorschriften berufenen Schiedsmänner haben bis zum Ablaufe ihrer Amtsperiode ihre Thätigkeit in Gemäßheit des gegenwärtigen Gesetzes fortzusetzen.

In denjenigen Landesteilen, in welchen das Institut der Schiedsmänner bisher nicht eingeführt worden ist, haben bis zum Amtsantritte der infolge dieses Gesetzes zu berufenden Schiedsmänner die Amtsgerichte die Geschäfte der Vergleichsbehörde bei Beleidigungen (§ 420 der Strafprozeßordnung) wahrzunehmen.

§ 49. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft. Mit der Ausführung werden der Justizminister und der Minister des Innern beauftragt.

Hinterlegungsordnung.

Vom 14. März 1879.

Inhaltsverzeichnis.

		Paragraphen
	Erster Abschnitt.	
	Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten.	
1. Titel.	Allgemeine Bestimmungen	1— 6
2. „	Hinterlegung von Geld	7—35
3. „	Hinterlegung von Wertpapieren und Kostbarkeiten	36—52
4. „	Einstellung der Verzinsung und Aufgebot	53—69
	Zweiter Abschnitt.	
	Vorläufige Verwahrung bei den Amtsgerichten	70— 86
	Dritter Abschnitt.	
	Hinterlegung anderer als der im ersten Abschnitte bezeichneten Sachen	87— 89
	Vierter Abschnitt.	
	Schlußbestimmungen	90—110

Hinterlegungsordnung.

Vom 14. März 1879.

Mit den durch Artikel 84 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vorgenommenen Aenderungen.

Vorbemerkung.

Die Hinterlegungsordnung regelt das Verfahren bei der Hinterlegung von Geld, Wertpapieren, Kostbarkeiten und anderen Gegenständen, falls eine solche Hinterlegung auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung stattzufinden hat.

Eine Hinterlegung kann aus verschiedenen Gründen erforderlich werden. Als Beispiele mögen dienen: der Vormund hat nach § 1814 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Inhaberpapiere seines Mündels bei einer Hinterlegungsstelle oder bei der Reichsbank zu hinterlegen, das Gericht kann nach § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuches zur Sicherung eines Nachlasses die Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten anordnen.

Am häufigsten und allgemeinsten wird eine Hinterlegung im Prozeßverfahren erforderlich. Im besonderen hat hier jede durch das Gesetz vorgeschriebene Sicherheitsleistung durch Hinterlegung von Geld oder bestimmten Wertpapieren zu geschehen (§ 108 der Zivilprozeßordnung), zum Beispiel die Sicherheit, welche der klagende Ausländer dem Beklagten wegen der Prozeßkosten zu leisten hat, die Sicherheit, welche geleistet werden muß, damit die Zwangsvollstreckung vorgenommen oder abgewendet werden kann, oder damit sie eingestellt werden muß.

Das Verfahren bei der Hinterlegung, wie es die Hinterlegungsordnung vorschreibt, ist in großen Zügen das folgende:

Für die Hinterlegung von

1. Geld,
2. Wertpapieren auf den Inhaber,

3. Wertpapieren auf Namen, auf welche dem Inhaber die Zahlung geleistet werden kann, z. B. Sparkassenbücher, Wechsel mit Blankogiro oder Grundschuldbriefe mit Blankozession,
4. Kostbarkeiten

sind Hinterlegungsstellen bestimmt. Es sind dies die Bezirksregierungen, in der Provinz Hannover die Regierungen in Hannover, Lüneburg und Osnabrück, in Berlin die Ministerial-, Militär- und Baukommission. Welche Hinterlegungsstelle im einzelnen Falle zuständig sei, das ist nach dem Gesetz zu beurteilen, auf Grund dessen die Hinterlegung zu erfolgen hat (z. B. § 374 des Bürgerlichen Gesetzbuches).

Die Hinterlegung geschieht meist dadurch, daß der Hinterleger die zu hinterlegenden Gelder, Wertpapiere oder Kostbarkeiten unter Beifügung zweier schriftlicher Hinterlegungserklärungen unmittelbar bei der Kasse der Hinterlegungsstelle zu den bestimmten Hinterlegungstagen und Stunden abliefert, oder dadurch, daß er sie portofrei durch die Post einsendet.

Ist der Hinterleger im Zweifel, ob die Hinterlegung in seinem Falle zulässig sei, so kann er auch vor der Hinterlegung ein schriftliches Gesuch um Annahme bei der Hinterlegungsstelle einreichen. Diesem Gesuch sind ebenfalls zwei schriftliche Hinterlegungserklärungen beizufügen.

Die Hinterlegungserklärungen müssen, wenn es sich um die Hinterlegung von Geld handelt, den in § 14 des Gesetzes vorgeschriebenen Inhalt haben, will sich der Hinterlegende durch die Hinterlegung von einer Verpflichtung seinen Gläubigern gegenüber befreien, so müssen die Erklärungen auch dem § 18 des Gesetzes genügen.

Handelt es sich um die Hinterlegung von Wertpapieren oder Kostbarkeiten, so müssen die Hinterlegungserklärungen auch den im § 40 vorgeschriebenen Inhalt haben.

Man benutzt zu den Hinterlegungserklärungen am besten die amtlichen Formulare, welche in Papier- und Buchhandlungen gekauft werden können, und welche folgenden Wortlaut haben:

(Siehe hierzu S. 304, 305 und 306.)

Neben der Hinterlegungserklärung sind in bestimmten Fällen (§§ 15 Absatz 4, 19, 20) bei der Hinterlegung noch weitere Schriftstücke beizubringen.

In Vormundschaftssachen ist in den Fällen des § 48 statt der beiden Hinterlegungserklärungen die Anweisung des Vormundschaftsgerichts an den Vormund und eine Abschrift derselben zu überreichen.

Ueber die erfolgte Hinterlegung wird dem Hinterleger von der Kasse eine Bescheinigung auf der einen Hinterlegungserklärung erteilt, in

I. Erklärung, betreffend die Hinterlegung von Geld.

1. Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort dieser Person.

2. Betrag des hinterlegten Geldes (in Ziffern und Buchstaben).

3. a) Bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung.
   b) Sofern die Rechtsangelegenheit, in welcher die Hinterlegung erfolgt, bei einer Behörde anhängig ist, insbesondere auch die Bezeichnung der Sache und der Behörde.
   c) Bezeichnung der etwa als Anlagen beigefügten Schriftstücke.

4. a) Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Person, an welche der Betrag ausgezahlt werden soll.
   b) Etwaige sonstige Bemerkungen über die spätere Herauszahlung.

, den ten 19

(Unterschrift.)

II. Erklärung, betreffend die Hinterlegung von Wertpapieren.

1. Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort dieser Person.	
2. a) Bezeichnung der Wertpapiere nach Gattung, Nummer und Nennbetrag, sowie nach den etwaigen sonstigen Unterscheidungsmerkmalen. b) Falls mit den Wertpapieren die zu denselben gehörigen Talons oder Zins- oder Dividendenscheine hinterlegt werden, die hierauf bezüglichen Angaben. c) Falls Talons oder Zins- oder Dividendenscheine zu Wertpapieren hinterlegt werden, welche bei der Kasse sich bereits in Verwahrung befinden, eine Bezugnahme auf die in Betreff der Wertpapiere selbst vorgelegte Erklärung.	Nennbetrag
Gesamtbetrag des Nennbetrages (in Ziffern und Buchstaben).	
3. a) Bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung. b) Sofern die Rechtsangelegenheit, in welcher die Hinterlegung erfolgt, bei einer Behörde anhängig ist, insbesondere auch die Bezeichnung der Sache und der Behörde. c) Bezeichnung der etwa als Anlagen beigefügten Schriftstücke.	
4. a) Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Person, an welche die Wertpapiere herausgegeben werden sollen. b) Etwaige sonstige Bestimmungen über die spätere Herausgabe.	

, den ten 19

(Unterschrift.)

III. Erklärung, betreffend die Hinterlegung von Kostbarkeiten.

1. Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort dieser Person.		
2. Bezeichnung der Kostbarkeiten nach Gattung, Stoff und Schätzungswert, sowie nach den etwaigen sonstigen Unterscheidungsmerkmalen und besonderen Eigenschaften. (Der Schätzungswert ist durch einen öffentlich bestellten Sachverständigen feststellen zu lassen, dessen Gutachten beizufügen ist. Andernfalls wird die Abschätzung durch die Hinterlegungskasse auf Kosten des Hinterlegers veranlaßt werden.)		Schätzungswert ℳ ₰
Gesamtbetrag des Schätzungswerts		
3. a) Bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung. b) Sofern die Rechtsangelegenheit, in welcher die Hinterlegung erfolgt, bei einer Behörde anhängig ist, insbesondere auch die Bezeichnung der Sache und der Behörde. c) Bezeichnung der etwa als Anlagen beigefügten Schriftstücke.		
4. a) Name, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Person, an welche die Kostbarkeiten herausgegeben werden sollen. b) Etwaige sonstige Bestimmungen über die spätere Herausgabe.		

, den ten 19

(Unterschrift.)

gewissen Fällen auch ein einstweiliger Empfangsschein (§§ 16 Absatz 3, 41).

Da aber bis zur Erteilung dieser Bescheinigung, wenn die zu hinterlegenden Gegenstände durch die Post eingesendet werden, mehrere Tage vergehen, der Hinterleger aber ein Interesse daran haben kann, eine Bescheinigung über die Aufgabe der Gegenstände zur Post sofort zu erhalten, ist den Gerichtsvollziehern durch § 17 des Gesetzes das Recht erteilt, öffentliche Urkunden über diese Aufgabe zur Post auszustellen. Die Gebühr des Gerichtsvollziehers hierfür beträgt nach § 35 achtzig Pfennige, auch ist die von ihm ausgestellte Urkunde bei einem Wert des Gegenstandes von mindestens einhundertundfünfzig Mark stempelpflichtig. Die Auszahlung hinterlegten Geldes oder die Herausgabe anderer hinterlegter Gegenstände erfordert einen schriftlichen Antrag an die Hinterlegungsstelle oder ein Ersuchen der zuständigen Behörde. Die Herausgabe erfolgt an den zur Empfangnahme Berechtigten, und deshalb müssen dem Antrag auf Herausgabe die Schriftstücke (z. B. ein gerichtliches Urteil oder Einwilligungserklärungen der Beteiligten in die Auszahlung an eine bestimmte Person) beigefügt werden, aus denen sich ergiebt, wer der Empfangsberechtigte ist (§ 22). In den Fällen des § 33 kann die Hinterlegungsstelle die Herausgabe noch von der Beibringung weiteren Nachweises abhängig machen. Sollen an den Vormund hinterlegte Gegenstände herausgegeben werden, so muß er nach § 51 die Genehmigung des Vormundschaftsgerichtes beibringen.

Weist die Hinterlegungsstelle den Antrag auf Herausgabe zurück, so kann der Antragsteller beim Finanzminister Beschwerde dagegen erheben. Ist sie zur Herausgabe bereit, so benachrichtigt sie den Empfangsberechtigten und giebt ihm die Kasse an, bei der er die hinterlegten Gegenstände entgegennehmen kann.

Unter den in den §§ 25, 26, 43 und 45 angegebenen Umständen kann der Empfangsberechtigte beantragen, daß ihm die hinterlegten Gegenstände oder das auszuzahlende Geld durch die Post übersandt werden.

Da hinterlegte Gelder nach § 7 des Gesetzes in das Eigentum des Staates übergehen, der Staat also in der Lage ist, sie in seinem Nutzen zu verwenden, zahlt er auch Hinterlegungszinsen, und zwar $2^1/_2$ Prozent jährlich. Näheres über die Verzinsung bestimmen die §§ 9, 10, 53 bis 57 der Hinterlegungsordnung.

Zur Ueberwachung der Auslosung und Kündigung hinterlegter Wertpapiere, sowie zur Einziehung neuer Zins- oder Dividendenscheine oder der Beträge fälliger Zins- oder Dividendenscheine ist die Hinterlegungskasse nach § 38 des Gesetzes nicht verpflichtet. Wenn sie dies

trotzdem in gewissem Umfange freiwillig übernimmt, so thun die Beteiligten doch gut, ihrerseits die Ueberwachung oder Einziehung nicht zu vernachlässigen, da sie den Schaden, der durch Vernachlässigung der Ueberwachung oder Einziehung entstanden ist, selbst zu tragen haben.

Hinterlegte Gegenstände, die eine bestimmte lange Zeit hindurch von der Hinterlegungsstelle nicht herausgegeben sind, können nach den Vorschriften der §§ 58 bis 69 aufgeboten werden.

Zur Beschleunigung der Hinterlegung ist es in dringenden Fällen (§§ 73, 74) zulässig, Geld, Wertpapiere oder Kostbarkeiten den Amtsgerichten zur vorläufigen Verwahrung zu übergeben: zum Beispiel, wenn von der Hinterlegung Beginn, Abwendung oder Einstellung der Zwangsvollstreckung abhängt. Welch Amtsgericht im einzelnen Falle zuständig sei, besagt der § 76.

Das Gesuch um Annahme zur vorläufigen Verwahrung ist am besten mündlich dem Gerichtsschreiber gegenüber zu erklären, es kann auch schriftlich in zwei Exemplaren eingereicht werden (§ 77). Die zu hinterlegenden Gegenstände können sofort beigefügt werden. Ueber die Annahme wird eine Bescheinigung erteilt (§ 78). Das Amtsgericht kann seinerseits die Hinterlegung bei der Hinterlegungsstelle bewirken (§ 82). Ueber die erfolgte Hinterlegung erhält dann der Hinterleger von der Hinterlegungsstelle eine Bescheinigung (§ 84).

Für die Hinterlegung von anderen als den im § 1 der Hinterlegungsordnung bezeichneten Wertpapieren sowie von sonstigen Urkunden sind nach § 87 die Amtsgerichte als Hinterlegungsstellen zuständig. Das Verfahren ist dem Verfahren bei der Hinterlegungsstelle ganz ähnlich.

Neben den ordentlichen Hinterlegungsstellen sind durch Ministerialerlaß auf Grund der Artikel 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in den Fällen der §§ 1082, 1392, 1667, 1814, 1818 und 2116, also auch bei Hinterlegung von Mündelgeld, verschiedene Anstalten, zum Beispiel die Seehandlung, die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse in Berlin als Hinterlegungsstellen bestimmt worden.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Erster Abschnitt.

Hinterlegung von Geld, Wertpapieren und Kostbarkeiten.

Erster Titel.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1. Für die Hinterlegung:

1. von Geld,
2. von Wertpapieren auf Inhaber,
3. von Wertpapieren auf Namen, auf welche die Zahlung dem Inhaber geleistet werden kann,
4. von Kostbarkeiten

werden als Hinterlegungsstellen die Bezirksregierungen, in der Provinz Hannover die Regierungen in Hannover, Lüneburg und Osnabrück bestimmt.

Als Kassen der Hinterlegungsstellen dienen die Regierungshauptkassen.

§ 2. Außerdem wird in Berlin eine Behörde als Hinterlegungsstelle für die Hinterlegung der im § 1 bezeichneten Gegenstände durch gemeinschaftliche Anordnung des Finanzministers und des Justizministers bestimmt.

§ 3. Die Bezirke der Hinterlegungsstellen sind nach Gerichtsbezirken abzugrenzen.

Die Bestimmung der Bezirke erfolgt durch gemeinschaftliche Anordnung des Finanzministers und des Justizministers. Sie ist durch dauernden Aushang an der Gerichtstafel der Amtsgerichte dieses Bezirks und durch Einrückung in die innerhalb desselben erscheinenden Amtsblätter bekannt zu machen.

§ 4. Die nach den §§ 1, 2 bestimmten Hinterlegungsstellen sind dem Finanzminister untergeordnet.

§ 5. Die Annahme zur Hinterlegung, die Auszahlung hinterlegter Gelder und die Herausgabe von Wertpapieren und Kostbarkeiten erfolgt auf Weisung der Hinterlegungsstelle.

Die Weisung tritt in den Landesteilen, in welchen nach den bisherigen Vorschriften die Depositare durch Verfügung der Gerichte (Depositalmandat) zur Annahme und zur Auszahlung oder Herausgabe angewiesen werden, an Stelle dieser Verfügung.

§ 6. Die nach den bestehenden Vorschriften begründete Zuständigkeit der Gerichte und anderer Behörden, zwischen den Beteiligten über die Berechtigung oder die Verpflichtung zur Hinterlegung oder über den Anspruch auf Auszahlung oder Herausgabe zu entscheiden, sowie den Beteiligten gegenüber eine Hinterlegung oder die Auszahlung oder Herausgabe anzuordnen, wird durch die Bestimmungen des § 5 nicht berührt.

Zweiter Titel.

Hinterlegung von Geld.

§ 7. Das hinterlegte Geld geht in das Eigentum des Staats über.

§ 8. Die Staatskasse haftet dem zum Empfang des Geldes Berechtigten für das Kapital zu dem hinterlegten Betrage und für die Zinsen.

§ 9. Die Bestimmung des Prozentsatzes, zu welchem das hinterlegte Geld verzinst wird, erfolgt durch Königliche Verordnung. In gleicher Weise kann der bestimmte Prozentsatz für die Folgezeit erhöht oder herabgesetzt werden.

§ 10. Beträge unter dreißig Mark werden nicht verzinst, höhere Beträge nur insoweit, als sie mit zehn teilbar sind.

Der Lauf der Zinsen beginnt für alle innerhalb eines Monats bewirkten Hinterlegungen mit dem ersten Tage des nächstfolgenden Monats, und hört in Ansehung des auszuzahlenden Betrages mit dem Ablauf des Monats auf, welcher der Benachrichtigung an den Berechtigten, daß die Kasse zur Auszahlung angewiesen sei, vorhergeht.

Eine Verzinsung der Zinsen findet nicht statt.

§ 11. Geld kann nur in Zahlungsmitteln hinterlegt werden, welche bei den Staatskassen in Zahlung anzunehmen sind.

Anderes als kassenmäßiges Geld ist jedoch anzunehmen, wenn der Schuldner, welcher durch die Hinterlegung von einer Verbindlichkeit sich befreien will, seiner Angabe nach die Verbindlichkeit durch Zahlung solchen Geldes erfüllen darf.

In diesem Fall ist das nicht kassenmäßige Geld in kassenmäßiges umzusetzen und die Staatskasse nur für den bei der Umsetzung als Reinerlös erlangten Betrag verhaftet.

§ 12. Die Einzahlung zur Hinterlegung kann unmittelbar bei der Kasse oder mittels portofreier Einsendung durch die Post geschehen.

Im Fall der Einsendung durch die Post gilt die Einzahlung erst mit dem Eingang bei der Kasse als bewirkt.

§ 13. Für die Einzahlungen unmittelbar bei der Kasse kann die Hinterlegungsstelle bestimmte Tage und Stunden festsetzen. Auf die Bekanntmachung der Festsetzung findet die Vorschrift des § 3 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

In dringenden Fällen ist die Einzahlung während der gewöhnlichen Geschäftsstunden jederzeit zuzulassen.

§ 14. Die Einzahlung oder Einsendung des Geldes kann ohne vorgängiges Gesuch erfolgen. Erfolgt sie ohne vorgängiges Gesuch, so ist eine schriftliche Erklärung in zwei Exemplaren bei der Einzahlung vorzulegen oder bei der Einsendung gleichzeitig einzusenden.

Die Erklärung muß enthalten:

1. Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort dieser Person;
2. den Betrag des hinterlegten Geldes und, wenn anderes als kassenmäßiges Geld hinterlegt wird, die Angabe der Geldsorten;
3. die bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung und, sofern die Rechtsangelegenheit, in welcher die Hinterlegung erfolgt, bei einer Behörde anhängig ist, insbesondere auch die Bezeichnung der Sache und der Behörde.

In der Erklärung ist, soweit es thunlich, die Person, an welche der hinterlegte Betrag ausgezahlt werden soll, nach Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort zu bezeichnen.

§ 15. Ein vorgängiges Gesuch um die Annahme ist bei der Hinterlegungsstelle schriftlich einzureichen. Demselben ist die nach § 14 erforderliche Erklärung in zwei Exemplaren beizufügen.

Der Gesuchsteller ist binnen drei Tagen nach Eingang des Gesuchs zu benachrichtigen, daß die Kasse zur Annahme des Betrages angewiesen sei, oder von dem der Annahme entgegenstehenden Hindernis in Kenntnis zu setzen.

Die Benachrichtigung ist bei der Einzahlung vorzulegen oder bei Einsendung des Geldes in Urschrift oder Abschrift gleichzeitig einzusenden.

§ 16. Die Kasse behält das eine Exemplar der Erklärung (§§ 14, 15) zurück und bescheinigt auf dem anderen die erfolgte Hinterlegung.

Die Bescheinigung ist, falls kassenmäßiges Geld unmittelbar bei der Kasse eingezahlt wird, sofort zu erteilen, dagegen in den Fällen:

1. der Einsendung des Geldes durch die Post,
2. der Einzahlung nicht kassenmäßigen Geldes

dem Hinterleger oder dem, welcher in dessen Vertretung die Hinterlegung bewirkt hat, spätestens binnen drei Tagen zuzusenden.

Im Fall des Abs. 2 Nr. 2 ist, sofern die Einzahlung unmittelbar bei der Kasse geschieht, ein einstweiliger Empfangsschein sofort zu erteilen.

---

§ 17. Die Gerichtsvollzieher sind zuständig, die Aufgabe des Geldes zur Post zu beurkunden.

Die Urkunde soll enthalten:

1. die Angabe, zu welcher Zeit, unter welcher Adresse und bei welcher Postanstalt die Sendung aufgegeben ist;
2. die Bezeichnung der Art des Verschlusses und der Verpackung des Geldes;
3. die Bezeichnung der Summe und der Gattungen desselben;
4. eine Abschrift der in Gemäßheit der §§ 14, 15 der Hinterlegungsstelle eingesandten Erklärung;
5. die Unterschrift des Gerichtsvollziehers.

Erfolgt die Aufgabe des Geldes durch Einzahlung bei der Post zur Auszahlung an die Hinterlegungskasse, so genügt an Stelle der unter Nr. 2, 3 vorgeschriebenen Bezeichnungen die Bezeichnung der Summe.

---

§ 18. Bei der Hinterlegung, welche der Schuldner eines Geldbetrags zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit bewirkt, ist in der nach § 14 erforderlichen Erklärung der Gläubiger, für welchen die Hinterlegung erfolgt, zu bezeichnen oder anzugeben, infolge welcher Umstände der Schuldner seine Verbindlichkeit nicht oder nicht mit Sicherheit erfüllen kann.

Macht der Schuldner das Recht des Gläubigers zum Empfange des hinterlegten Geldes von der Bewirkung einer Gegenleistung abhängig, so ist dies unter Bezeichnung der Gegenleistung in der Erklärung anzugeben.

Die Hinterlegungsstelle hat den Schuldner unter Bezugnahme auf die Vorschrift des § 382 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu dem Nachweis aufzufordern, daß und wann der Gläubiger die im § 374 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgeschriebene Anzeige von der Hinterlegung empfangen hat. Wird der Nachweis nicht vor dem Ablaufe von drei Monaten nach der Aufforderung geführt, so ist die Hinterlegungsstelle ermächtigt, im Namen und auf Kosten des Schuldners dem Gläubiger die Anzeige zu machen; die Aufforderung muß einen Hinweis auf diese Rechtsfolge enthalten.

---

§ 19. In den Fällen des § 1171 und des § 1269 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist der nach § 14 erforderlichen Erklärung der Nachweis beizufügen, daß das Aufgebotsverfahren eingeleitet ist.

---

§ 20. Ist der Hinterleger durch Entscheidung oder Anordnung der zuständigen Behörde zur Hinterlegung für berechtigt oder verpflichtet erklärt, so darf die Annahme nicht auf Grund der Unzulässigkeit einer Hinterlegung abgelehnt werden.

Die Entscheidung oder Anordnung ist der nach § 14 erforderlichen Erklärung in Ausfertigung oder in Abschrift beizufügen. Die Kasse behält das beigefügte Schriftstück zurück.

---

§ 21. Ersucht die für die Rechtsangelegenheit zuständige Behörde um Annahme eines in der Angelegenheit zu hinterlegenden Betrages, so findet die Vorschrift des § 20 Abs. 1 Anwendung.

---

§ 22. Das Gesuch um Auszahlung ist bei der Hinterlegungsstelle schriftlich einzureichen. Demselben ist der Nachweis der Berechtigung zur Empfangnahme beizufügen.

---

§ 23. Der Berechtigte ist binnen zehn Tagen nach Eingang des Gesuchs zu benachrichtigen, daß die Kasse zur Zahlung des Betrages an ihn gewiesen sei, oder von dem der Auszahlung entgegenstehenden Hindernis in Kenntnis zu setzen.

---

§ 24. Die Auszahlung von Beträgen, welche im Wege des Arrestes gepfändet oder nach den bisherigen Vorschriften mit Arrest belegt sind, findet nicht statt, solange der Arrest zwischen den beteiligten Parteien nicht beseitigt ist.

Die vorstehende Bestimmung findet entsprechende Anwendung auf einstweilige Verfügungen, sowie auf die im Bezirk des Apellationsgerichtshofes in Cöln durch einen Gerichtsvollzieher zugestellten Einsprüche.

§ 25. Innerhalb des Gebiets des Deutschen Reichs geschieht, wenn der Berechtigte in dem Gesuche um Auszahlung es beantragt und soweit die Posteinrichtungen es gestatten, die Uebersendung des Betrages durch die Post. Kann die Uebersendung mittels einer Postanweisung geschehen, so ist sie auf diesem Wege zu bewirken.

Uebersteigt der zu übersendende Betrag die Summe von dreitausend Mark, so darf die Uebersendung durch die Post nur geschehen, wenn die Unterschrift des Berechtigten durch eine zur öffentlichen Beglaubigung von Unterschriften zuständige Behörde oder Urkundsperson beglaubigt ist. Der Aufnahme eines Protokolls über die Beglaubigung und der Zuziehung von Zeugen bedarf es nicht.

Die Kosten und die Gefahr der Uebersendung trägt der Berechtigte. Der Betrag des Portos ist von dem zu übersendenden Betrage zu kürzen.

In die im § 23 vorgeschriebene Benachrichtigung ist eine Mitteilung über die Absendung des Geldes aufzunehmen.

Der Postschein dient der Kasse als Rechnungsbeleg.

§ 26. Hat der Empfangsberechtigte im Auslande seinen Wohnort oder Aufenthaltsort, so kann auf seinen Antrag die Uebersendung des Betrages an ihn durch die Post geschehen, sofern das den Antrag enthaltende Gesuch mindestens der Unterschrift nach beglaubigt ist. Ob im Fall der Beglaubigung oder der Aufnahme des Gesuchs durch eine Behörde oder Urkundsperson des Auslandes die Legalisation zu erfordern ist, hat die Hinterlegungsstelle zu ermessen.

Wird dem Verlangen entsprochen, so finden die Vorschriften der drei letzten Absätze des § 25 und die Vorschrift des § 25 Abs. 1 über die Uebersendung mittels Postanweisung entsprechende Anwendung.

§ 27. Findet die Uebersendung durch die Post nicht statt, so erfolgt die Auszahlung, sofern nicht besondere Umstände die Auszahlung unmittelbar bei der Kasse begründen, bei einer dem Wohnort des Empfängers nahe gelegenen oder einer sonstigen in dem Gesuch zu bezeichnenden Hinterlegungskasse oder Spezialkasse.

In der im § 23 vorgeschriebenen Benachrichtigung ist die Kasse, bei welcher die Auszahlung erfolgen soll, zu bezeichnen.

§ 28. Die Hinterlegungsstelle ist zur Berücksichtigung einer durch Heirat des Berechtigten, durch Abtretung der Forderung oder durch sonstige Umstände eingetretenen Aenderung in der Empfangsberechtigung nur verpflichtet, sofern ihr die Aenderung von einem Beteiligten schriftlich angezeigt ist.

§ 29. Wenn die Hinterlegungsstelle von einem der Auszahlung entgegenstehenden Hindernis erst nach Abgang des Auftrages zur Auszahlung an eine andere Hinterlegungskasse oder an eine Spezialkasse in Kenntnis gesetzt wird, so kann die Staatskasse nicht aus dem Grunde in Anspruch genommen werden, weil bei der in Gemäßheit des Auftrages bewirkten Auszahlung das Hindernis nicht berücksichtigt worden ist.

Der Auftrag ist jedoch für den Fall, daß derselbe noch nicht ausgeführt sein sollte, zurückzunehmen.

§ 30. Das Gesuch um Auszahlung darf, unbeschadet der Vorschrift des § 24, nicht zurückgewiesen werden:

1. wenn durch rechtskräftige Entscheidung die Berechtigung zur Empfangnahme festgestellt oder die Auszahlung von der zuständigen Behörde angeordnet ist;
2. wenn der Antrag auf eine von der zuständigen Behörde auf die Hinterlegungsstelle ausgestellte Anweisung sich gründet;
3. wenn die Auszahlung durch Erklärung sämtlicher Beteiligten bewilligt ist.

Geht in den Fällen des Abs. 1 Nr. 1, 2 die Anordnung oder die Anweisung von einem Gericht oder einer Auseinandersetzungsbehörde aus, so ist die Zuständig-

keit von der Hinterlegungsstelle nicht zu prüfen.

§ 31. Ersucht die für die Rechtsangelegenheit zuständige Behörde um Auszahlung des hinterlegten Geldes an sie selbst oder an eine in dem Ersuchen bezeichnete Person, so darf das Ersuchen nicht abgelehnt werden. Die Vorschrift des § 30 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

Wenn gegen die Auszahlung ein Hindernis sich ergiebt, so ist dasselbe unter Aussetzung der Auszahlung der ersuchenden Behörde mitzuteilen. Dem weiteren Ersuchen, die Auszahlung ungeachtet des Hindernisses zu bewirken, hat die Hinterlegungsstelle zu genügen.

§ 32. Ist hinterlegtes Geld nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen ausgezahlt, so kann die Staatskasse auf Grund eines besseren Rechts zum Empfang nicht in Anspruch genommen werden.

§ 33. Wird die Verwaltung eines Vermögens oder eines Vermögensstücks unter Aufsicht eines Gerichts oder einer sonstigen öffentlichen Behörde geführt, so kann die Hinterlegungsstelle die Auszahlung hinterlegten Geldes an den Verwalter (Vormund, Pfleger, Kurator, Konkursverwalter) von der Beibringung einer Bescheinigung der Aufsichtsbehörde über die Legitimation des Verwalters zur Empfangnahme abhängig machen. Die Bescheinigung ist nach dem Ermessen der Aufsichtsbehörde für die Dauer des Amts des Verwalters ein- für allemal oder für den einzelnen Fall zu erteilen.

Die Beibringung der Bescheinigung ist nicht zu verlangen:

1. wenn die Aufsichtsbehörde die Empfangnahme durch den Verwalter genehmigt;
2. bei Auszahlung an einen Vormund (Pfleger):
   a) wenn die hinterlegte Masse nicht mehr als dreihundert Mark beträgt oder der Gegenvormund die Empfangnahme genehmigt,
   b) wenn aus der vorgelegten Bestallung sich ergiebt, daß der Vormund zur Einziehung von Kapitalien der Genehmigung eines Gegenvormundes nicht bedarf,
   c) wenn die Ausfertigung eines die Empfangnahme durch den Vormund genehmigenden Beschlusses des Familienrats vorgelegt wird;
3. bei Auszahlung an den Verwalter eines nach dem Inkrafttreten der Deutschen Konkursordnung eröffneten Konkursverfahrens, wenn das Konkursgericht bescheinigt, daß ein Gläubigerausschuß nicht bestellt ist.

Ist die im ersten Absatz bezeichnete Bescheinigung beigebracht oder nach den Vorschriften des zweiten Absatzes nicht zu verlangen, so kann die Staatskasse auf Grund eines Mangels der Legitimation des Verwalters zum Empfang des ihm ausgezahlten Geldes nicht in Anspruch genommen werden.

§ 34 ist aufgehoben.

§ 35. Die Gebühr des Gerichtsvollziehers für die Beurkundung der Aufgabe des Geldes zur Post (§ 17) beträgt achtzig Pfennig. Die Urkunde unterliegt, wenn der Betrag des Geldes die Summe von hundertundfünfzig Mark erreicht, einer Stempelabgabe von fünfzig Pfennig. Bei einem geringeren Betrage ist dieselbe stempelfrei.

Die Beglaubigung der Unterschriften der Gesuche um Auszahlung im Falle des § 25 Abs. 2 ist stempelfrei. Geschieht die Beglaubigung gerichtlich oder notariell, so ist für dieselbe eine Gebühr von drei Mark zu entrichten.

Dritter Titel.

Hinterlegung von Wertpapieren und Kostbarkeiten.

§ 36. Wertpapiere und Kostbarkeiten werden unverändert verwahrt.

Münzen und Wertzeichen können als Kostbarkeiten hinterlegt werden.

§ 37 ist aufgehoben.

§ 38. Die Hinterlegungskasse ist nicht verpflichtet:

1. die Auslosung oder Kündigung der Wertpapiere zu überwachen;
2. für die Einziehung neuer Zins- oder Dividendenscheine oder der Beträge fälliger Zins- oder Dividendenscheine von Amtswegen zu sorgen.

§ 39. Auf das Verfahren finden die Vorschriften der §§ 12 bis 18, 20 bis 33, 35 entsprechende Anwendung, soweit nicht Abweichungen aus den Bestimmungen dieses Titels sich ergeben.

§ 40. Die nach § 14 erforderliche Erklärung muß an Stelle der in Nr. 2 vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. bei Hinterlegung von Wertpapieren:
   a) die Bezeichnung der Wertpapiere nach Gattung, Nummern und Nennbetrag, sowie nach den etwaigen sonstigen Unterscheidungsmerkmalen;
   b) falls mit den Wertpapieren die zu denselben gehörigen Talons oder Zins- oder Dividendenscheine hinterlegt werden, die hierauf bezüglichen Angaben;
   c) falls Talons oder Zins- oder Dividendenscheine zu Wertpapieren hinterlegt werden, welche bei der Kasse sich bereits in Verwahrung befinden, eine Bezugnahme auf die in betreff der Wertpapiere selbst vorgelegte Erklärung;
2. bei Hinterlegung von Kostbarkeiten die Bezeichnung derselben nach Gattung und Stoff, sowie nach den etwaigen sonstigen Unterscheidungsmerkmalen und besonderen Eigenschaften.

§ 41. Wenn Wertpapiere an einem Hinterlegungstage unmittelbar der Kasse übergeben werden, so ist ein einstweiliger Empfangsschein sofort zu erteilen und die im § 16 vorgeschriebene Bescheinigung dem Hinterleger oder dem, welcher in dessen Vertretung die Hinterlegung bewirkt hat, binnen drei Tagen nach der Uebergabe zuzusenden.

§ 42. Kostbarkeiten kann die Hinterlegungsstelle durch einen Sachverständigen abschätzen oder behufs der Feststellung ihrer Beschaffenheit und ihres Zustandes besichtigen lassen.

Der Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung ist eine Abschrift des Gutachtens beizufügen und, daß dies geschehen, in der Bescheinigung zu vermerken.

Die durch die Abschätzung oder Besichtigung veranlaßten Kosten hat der Hinterleger zu tragen.

Die Einziehung der Kosten geschieht in dem für die Beitreibung der öffentlichen Abgaben vorgeschriebenen Verfahren. Vor Erstattung derselben kann die Herausgabe der hinterlegten Sachen nicht beansprucht werden.

§ 43. Die Vorschriften des § 25 Abs. 2 finden auf die Uebersendung von Wertpapieren und Kostbarkeiten an den Berechtigten Anwendung, wenn der Wert des zu übersendenden Gegenstandes den Betrag von dreitausend Mark übersteigt.

Der Wert von Kostbarkeiten, deren Abschätzung stattgefunden hat, bestimmt sich nach dem Ergebnis der Abschätzung. Im übrigen tritt die Schätzung der Hinterlegungskasse ein. Bei Wertpapieren, welche einen Börsenpreis haben, ist der Kurswert der Schätzung zu Grunde zu legen.

§ 44. Die zum Zweck der Herausgabe an den Berechtigten erfolgende Uebersendung von Wertpapieren und Kostbarkeiten an die Kasse einer anderen Hinterlegungsstelle oder an eine Spezialkasse geschieht auf Kosten und Gefahr des Berechtigten durch die Post.

§ 45. Zur Deckung der Kosten einer Uebersendung durch die Post kann ein Vorschuß verlangt und von der Leistung desselben die Uebersendung abhängig gemacht werden. Auf die Kosten finden die Vorschriften im letzten Absatz des § 42 Anwendung.

§ 46. Die Vorschriften des § 33 Abs. 1, 2 finden auf die Herausgabe von Kostbarkeiten an einen Vormund (Pfleger) keine Anwendung. Die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts oder des Gegenvormundes ist nicht erforderlich.

§ 47. Für die Hinterlegung von Wertpapieren oder Kostbarkeiten des Mündels

durch den Vormund (Pfleger) gelten die besonderen Vorschriften der §§ 47a bis 51.

§ 47a. Zur Hinterlegung von Inhaberpapieren, mit Ausnahme von Zins-, Renten- und Gewinnanteilscheinen, sowie von Orderpapieren, die mit Blankoindossament versehen sind, bedarf es keiner Mitwirkung des Vormundschaftsgerichts, sofern sich nicht aus der vorgelegten Bestallung ergiebt, daß der Vormund zur Hinterlegung nicht verpflichtet ist. Es genügt die Beobachtung der §§ 14, 15 und 40.

Mit einem Inhaberpapiere kann der Erneuerungsschein hinterlegt werden.

§ 48. Die Hinterlegung von Wertpapieren, die nicht nach § 47a hinterlegt werden können, sowie von Kostbarkeiten geschieht auf Grund einer dem Vormunde (Pfleger) von dem Vormundschaftsgerichte zu erteilenden Anweisung.

§ 49. Die Anweisung muß außer den in dem § 40 Nr. 1, 2 vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. den Namen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Vormundes;
2. den Namen, Wohnort und, soweit es thunlich, das Alter und den Stand oder das Gewerbe des Mündels oder die Bezeichnung der Angelegenheit, in welcher die Hinterlegung erfolgen soll;
3. die Angabe des Grundes, aus welchem die Vormundschaft eingeleitet worden ist;
4. die Bezeichnung der Hinterlegungsstelle, bei welcher die Hinterlegung erfolgen soll.

§ 50. Bei der Uebergabe zur Hinterlegung ist die Anweisung nebst einer Abschrift derselben vorzulegen oder mit den zu hinterlegenden Gegenständen einzusenden. Die Kasse behält die Abschrift zurück und bescheinigt auf der Anweisung die erfolgte Hinterlegung.

§ 51. Zur Herausgabe an den Vormund bedarf es der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts.

§ 52. Auf die Hinterlegung von Wertpapieren oder Kostbarkeiten eines unter elterlicher Gewalt stehenden Kindes durch den Vater oder die Mutter finden die Vorschriften der §§ 48 bis 51 entsprechende Anwendung

Vierter Titel.

Einstellung der Verzinsung und Aufgebot.

§ 53. Die Verzinsung hinterlegten Geldes ist mit dem Ablauf von zehn Jahren, vom Beginn der Verzinsung an gerechnet, einzustellen.

§ 54. Wenn ein Beteiligter vor Ablauf der Frist unter dem Nachweis der Fortdauer der Veranlassung zur Hinterlegung die Fortsetzung der Verzinsung beantragt, so beginnt die Einstellung der Verzinsung erst mit dem Ablauf von zehn Jahren, vom Ende des Monats an gerechnet, in welchem das den Antrag enthaltende Gesuch bei der Hinterlegungsstelle angebracht ist.

§ 55. Wird nach Einstellung der Verzinsung ein den Vorschriften des § 54 entsprechendes Gesuch bei der Hinterlegungsstelle angebracht, so tritt die Verzinsung mit dem ersten Tage des nächstfolgenden Monats wieder ein.

§ 56. Im Fall der Zurückweisung eines Gesuchs um Auszahlung des Geldes finden in Ansehung der Fortsetzung der Verzinsung die §§ 54, 55 entsprechende Anwendung, wenn anzunehmen ist, daß zur Zeit der Anbringung des Gesuchs die Veranlassung zur Hinterlegung noch fortdauerte.

§ 57. Spätestens zwei Wochen vor Beginn jedes Kalendervierteljahres ist ein Verzeichnis der Massen, bei welchen im Lauf des Vierteljahres die Einstellung der Verzinsung bevorsteht, durch Anheftung an die Gerichtstafel der Amtsgerichte im Bezirk der Hinterlegungsstelle und durch einmalige Einrückung in den Anzeiger

der innerhalb dieses Bezirks erscheinenden Amtsblätter öffentlich bekannt zu machen.

In das Verzeichnis sind die im § 14 Abs. 2 Nr. 1, 2, Abs. 3, § 19 Abs. 3 bezeichneten Angaben, sowie der wesentliche Inhalt der im § 14 Abs. 2 Nr. 3 bezeichneten Angabe aufzunehmen. Die Angabe des Vertreters des Hinterlegers (§ 14 Abs. 2 Nr. 1) ist nicht erforderlich.

Die anzuheftenden Verzeichnisse sind vor Ablauf von drei Monaten seit der Anheftung von dem Orte derselben nicht zu entfernen.

§ 58. Hat binnen zwanzig Jahren nach der Einstellung oder nach der letzten Einstellung der Verzinsung die Auszahlung des Geldes nicht stattgefunden, so können die Beteiligten im gerichtlichen Aufgebotsverfahren zur Anmeldung ihrer Ansprüche aufgefordert werden.

---

§ 58a. In den Fällen des § 382, des § 1171 Abs. 3 und des § 1269 Satz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs kann der Erlaß des Aufgebots nicht vor dem Ablaufe von einunddreißig Jahren beantragt werden.

Die einunddreißigjährige Frist beginnt:

1. im Falle des § 382 mit dem Ende des Monats, in welchem der Gläubiger die Anzeige des Schuldners von der Hinterlegung empfangen hat;
2. in den Fällen des § 1171 Abs. 3 und des § 1269 Satz 3 mit der Erlassung des Urteils, durch welches der Gläubiger mit seinem Rechte ausgeschlossen ist; das Gericht hat das Ausschlußurteil der Hinterlegungsstelle mitzuteilen.

§ 58b. Ist die Hinterlegung auf Grund des § 117 Abs. 2 oder der §§ 120, 121, 124, 126 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 97) erfolgt, so ist der Aufgebotsantrag nicht vor dem Ablaufe von einunddreißig Jahren zulässig.

Die einunddreißigjährige Frist beginnt:

1. in den Fällen der §§ 120, 121 mit dem Eintritte der Bedingung, unter welcher die Hinterlegung erfolgt ist; die Hinterlegungsstelle hat den Eintritt der Bedingung soweit thunlich zu ermitteln; ist der Eintritt der Bedingung nicht ermittelt, so beginnt die Frist mit der Einstellung oder der letzten Einstellung der Verzinsung;
2. in den übrigen Fällen mit dem Ende des Monats, in welchem die Hinterlegung erfolgt ist.

---

§ 59. Für das Verfahren ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Hinterlegungsstelle ihren Sitz hat.

---

§ 60. Zu dem Antrage auf Erlaß des Aufgebots ist die Hinterlegungsstelle berechtigt.

---

§ 61. Zur Begründung des Antrages sind beizubringen:

1. die Urschrift oder eine Abschrift der bei der Hinterlegung vorgelegten Erklärung;
2. ein Zeugnis der Behörde über den Tag, an welchem die Hinterlegung des Geldes bewirkt, sowie über den Tag, an welchem die Verzinsung des Geldes eingestellt oder zuletzt eingestellt worden ist;
3. die bei der Hinterlegungsstelle angebrachten Gesuche um Fortsetzung der Verzinsung oder um Auszahlung des Geldes oder ein Zeugnis der Behörde, daß solche Gesuche nicht angebracht sind;
4. im Falle des § 58a Abs. 2 Nr. 1 ein Zeugnis der Behörde über den Tag, an welchem der Gläubiger die Anzeige von der Hinterlegung empfangen hat,

   in den Fällen des § 58a Abs. 2 Nr. 2 das der Hinterlegungsstelle mitgeteilte Ausschlußurteil,

   in den Fällen des § 58b Abs. 2 Nr. 1 ein Zeugnis der Behörde über den Tag, an welchem die Bedingung eingetreten ist, oder darüber, daß der Eintritt der Bedingung nicht hat ermittelt werden können.

---

§ 62. Als Rechtsnachteil ist anzudrohen, daß die Ausschließung der Beteiligten mit ihren Ansprüchen gegen die Staatskasse erfolgen werde.

---

§ 63. Die Vorschriften der §§ 58 bis 62 finden auf Geld, dessen Betrag die

Summe von dreißig Mark nicht erreicht, sowie auf Wertpapiere und Kostbarkeiten entsprechende Anwendung, soweit nicht aus den nachfolgenden Bestimmungen sich Abweichungen ergeben.

§ 64. Der Erlaß des Aufgebots kann, unbeschadet der Vorschriften der §§ 58a, 58b, nach dem Ablaufe von dreißig Jahren seit dem Ende des Monats beantragt werden, in welchem die Hinterlegung erfolgt ist.

§ 65. Wenn ein Beteiligter vor Ablauf der Frist unter dem Nachweis der Fortdauer der Veranlassung zur Hinterlegung die Fortsetzung der Verwahrung beantragt, so ist der Antrag auf Erlaß des Aufgebots erst zulässig mit Ablauf von zwanzig Jahren, vom Ende des Monats an gerechnet, in welchem das den Antrag auf Fortsetzung der Verwahrung enthaltende Gesuch bei der Hinterlegungsstelle angebracht ist. Vor Ablauf der im § 64 bestimmten Frist ist der Antrag auf Erlaß des Aufgebots nicht zulässig.

§ 66. Im Fall der Anbringung eines Gesuchs um Herausgabe von Zins- oder Dividendenscheinen oder von Talons hinterlegter Wertpapiere, sowie im Fall der Zurückweisung eines Gesuchs um Auszahlung hinterlegten Geldes (§ 63) oder um Herausgabe hinterlegter Wertpapiere oder Kostbarkeiten finden die Vorschriften des § 65 entsprechende Anwendung, wenn anzunehmen ist, daß zur Zeit der Anbringung des Gesuchs die Veranlassung zur Hinterlegung noch fortdauerte.

§ 67. Die Vorschriften der §§ 64 bis 66 finden keine Anwendung, wenn die Hinterlegung erfolgt ist:

1. nach Inhalt der bei derselben vorgelegten Erklärung oder Anweisung auf Grund des § 1667 Abs. 2 Satz 4, des § 1814 oder des § 1818 des Bürgerlichen Gesetzbuchs;
2. auf Ersuchen der Aufsichtsbehörde in einer Familienfideikommiß-, Lehns- oder Stiftungssache.

Der Erlaß des Aufgebots kann in diesen Fällen beantragt werden nach dem Ablaufe von zwanzig Jahren seit dem Ende des Monats, in welchem die elterliche Gewalt, die Vormundschaft oder die Pflegschaft oder die Eigenschaft des Gegenstandes als Vermögensstück des Familienfideikommisses, des Lehens oder der Stiftung aufgehört hat.

§ 68. Bei Wertpapieren und Kostbarkeiten ist als Rechtsnachteil anzudrohen, daß die Ausschließung der Beteiligten mit ihren Ansprüchen gegen die Staatskasse und mit ihren Rechten an den Gegenständen erfolgen werde.

§ 69. Mit der Verkündung des Ausschlußurteils erlangt die Staatskasse die Befugnis zur freien Verfügung über die Gegenstände.

Zweiter Abschnitt.

Vorläufige Verwahrung bei den Amtsgerichten.

§ 70. Die im § 1 bezeichneten Gegenstände können bei den Amtsgerichten in vorläufige Verwahrung genommen werden.

§ 71. Die Annahme zur vorläufigen Verwahrung und die Herausgabe aus derselben erfolgt auf Anordnung des Amtsgerichts.

§ 72. Die vorläufige Verwahrung bei den Amtsgerichten gilt in dem Verhältnisse zwischen den Beteiligten als Hinterlegung.

§ 73. Die vorläufige Verwahrung ist nur in dringenden Fällen zulässig.

§ 74. Eine Dringlichkeit ist stets als vorhanden anzusehen:

1. wenn das Gericht den Gegenstand von Amtswegen in seinen Gewahrsam zu nehmen hat;
2. wenn eine Hinterlegung in Gemäß-

heit des § 1667 Abs. 2 Satz 4, des § 1814 oder des § 1818 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt und der Vater, die Mutter oder der Vormund die vorläufige Verwahrung verlangt;

3. wenn von der Hinterlegung abhängt:
   a) die Vollstreckbarkeit einer Entscheidung;
   b) der Beginn, die Fortsetzung, die einstweilige Einstellung, die Einstellung, die Beschränkung oder die Abwendung einer Zwangsvollstreckung;
   c) die Aufhebung einer erfolgten Vollstreckungsmaßregel;
   d) die Anordnung, Vollziehung, Bestätigung, Abänderung oder Aufhebung eines Arrestes, einer einstweiligen Verfügung oder einer sonstigen Sicherheitsmaßregel;
   e) die Freilassung des Angeschuldigten;
   f) der Aufschub der Strafvollstreckung.

---

§ 75. Im Falle des § 74 Nr. 1 ist, wenn die Absendung des Gegenstandes an die Hinterlegungsstelle nicht sofort bewirkt wird, die vorläufige Verwahrung von Amtswegen anzuordnen.

In den übrigen Fällen kommen, unbeschadet der Befugnis des Hinterlegers, die Hinterlegung bei der Hinterlegungsstelle zu bewirken, die Vorschriften der §§ 76 bis 78 zur Anwendung.

---

§ 76. Die Verwahrung erfolgt:

1. in Civilprozeßsachen bei dem Amtsgericht, welches als Vollstreckungsgericht zuständig ist, oder in Ermangelung eines Vollstreckungsgerichts bei dem Amtsgericht, welches die Entscheidung erlassen hat, oder in dessen Bezirk das Gericht, von welchem die Entscheidung erlassen ist, seinen Sitz hat;
2. in Strafprozeßsachen bei dem Amtsgericht, welches die Entscheidung erlassen hat, oder in dessen Bezirk die Behörde, von welcher die Entscheidung erlassen ist, ihren Sitz hat;
3. in anderen als den unter Nr. 1, 2 bezeichneten Angelegenheiten bei dem Amtsgericht, welches für die Angelegenheiten zuständig ist, oder in dessen Bezirk das für die Angelegenheit zuständige Gericht seinen Sitz hat.

In den Fällen der Nr. 1, 2 kann in dem die Entscheidung enthaltenden Urteil oder Beschluß oder durch eine nachträgliche Anordnung ein anderes als das unter Nr. 1, 2 bezeichnete Amtsgericht für die Annahme zur vorläufigen Verwahrung bestimmt werden.

§ 77. Das Gesuch um die Annahme ist schriftlich in zwei Exemplaren einzureichen oder zum Protokoll des Gerichtsschreibers anzubringen. Dasselbe muß eine den Vorschriften des § 14 Abs. 2, 3 oder des § 40 entsprechende Erklärung enthalten. Wird die Annahme auf Grund einer Entscheidung oder Anordnung der für die Rechtsangelegenheit zuständigen Behörde beantragt, so ist eine Ausfertigung oder Abschrift der Entscheidung oder Anordnung beizufügen.

Wird die Verwahrung von dem Schuldner zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit nachgesucht, so finden die Vorschriften des § 18 Abs. 1, 2 entsprechende Anwendung.

---

§ 78. Ueber die Annahme ist auf dem einen Exemplar des Gesuchs oder auf einer Abschrift des Protokolls sofort eine Bescheinigung zu erteilen.

Die Bescheinigung ist von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

---

§ 79. Die vorläufig zu verwahrenden Gegenstände werden unter gemeinschaftlichem Verschluß des Amtsrichters und des Gerichtsschreibers aufbewahrt. Die Annahme und die Herausgabe ist von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber gemeinschaftlich zu bewirken. Bei der Buchführung sind die Vermerke über die Annahme und die Herausgabe von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

---

§ 80. Bei den Amtsgerichten, welche der Justizminister bezeichnet, können die durch die Vorschriften der §§ 78 und 79 dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber übertragenen Geschäfte zwei Gerichtsschreibern übertragen werden.

§ 81. Geld wird ohne Vermischung mit anderem Gelde aufbewahrt.

§ 82. Das Amtsgericht kann die Hinterlegung der Gegenstände bei der Hinterlegungsstelle jederzeit bewirken.

Es hat dieselbe zu bewirken, wenn nach seinem Ermessen anzunehmen ist, daß die Herausgabe nicht binnen sechs Monaten erfolgen werde.

§ 83. Der Sendung an die Hinterlegungsstelle ist beizufügen:

1. im Falle des § 74 Nr. 1 eine in Gemäßheit der Vorschriften des § 14 Abs. 2, 3 oder des § 40 aufzustellende Erklärung sowie, falls es sachgemäß erscheint, eine Abschrift der Entscheidung oder Anordnung, auf Grund deren die Hinterlegung erfolgt;
2. in den übrigen Fällen das zurückbehaltene Exemplar des Gesuchs oder das Protokoll unter Beifügung der Ausfertigung oder Abschrift der Entscheidung oder Anordnung.

Die Uebersendung erfolgt auf Kosten und Gefahr der Beteiligten. Eine Kürzung des Portos von dem zu übersendenden Betrage findet nicht statt.

§ 84. Der in der Erklärung als Hinterleger oder als Vertreter des Hinterlegers bezeichneten Person ist eine Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung zu erteilen. Eine Abschrift der Bescheinigung ist dem Amtsgericht mitzuteilen.

§ 85. Geschieht die Herausgabe aus der vorläufigen Verwahrung an den Empfangsberechtigten durch das Amtsgericht, so erfolgt sie unmittelbar bei demselben oder unter entsprechender Anwendung der §§ 25, 26, 43, 45 mittels Uebersendung durch die Post.

§ 86 ist aufgehoben.

Dritter Abschnitt.

Hinterlegung anderer als der im ersten Abschnitte bezeichneten Sachen.

§ 87. Für die Hinterlegung anderer als der im § 1 bezeichneten Wertpapiere sowie sonstiger Urkunden sind die Amtsgerichte als Hinterlegungsstellen zuständig.

§ 87a. Die Vorschriften der §§ 12, 14 bis 18, 20 bis 33, 35, 40, 43 bis 52, 63 bis 69 finden mit folgenden Maßgaben entsprechende Anwendung:

1. Das Gesuch um Annahme oder um Herausgabe der Urkunden kann zum Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden.
2. Bei Urkunden, die nicht Wertpapiere sind, findet ein Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung der Beteiligten nicht statt. Das Recht auf Rückgabe erlischt mit dem Zeitpunkt, in welchem bei Wertpapieren der Aufgebotsantrag zulässig werden würde; die Urkunden sind zu vernichten.

§ 88. Das Amtsgericht kann die Gerichtsschreiberei mit der Verwahrung der Urkunden beauftragen.

§ 89. Andere Sachen als Geld, Wertpapiere, sonstige Urkunden und Kostbarkeiten sind zur Hinterlegung nicht geeignet.

Vierter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

§ 90 ist aufgehoben.

§ 91 ist aufgehoben.

§ 92. Die Hauptdepositenkasse in Cassel, die Depositenkasse in Cöln und die bei den Gerichten bestehenden Depositorien werden aufgehoben.

Die Hinterlegung gerichtlicher Depositen bei der kommunalständischen Sparkasse zu Wiesbaden und bei dem städtischen Rechneiamt in Frankfurt am Main findet nicht mehr statt.

---

§ 93. Die Hinterlegungsstellen (§§ 1, 2) treten für die Hinterlegung (Deposition, Niederlegung, Verwahrung) der im § 1 bezeichneten Gegenstände, sofern dieselbe nach gesetzlicher Vorschrift bei Gericht oder bei einer sonstigen zur Annahme von Depositen bestimmten oder ermächtigten Behörde, Anstalt oder Kasse zu geschehen hat, an Stelle der Gerichte, sowie jener Behörden, Anstalten oder Kassen.

Durch die vorstehende Bestimmung bleiben unberührt:

1. die Vorschriften, durch welche für die Hinterlegung in Abweichung von den allgemeinen Vorschriften eine besondere Hinterlegungsstelle zugelassen ist;
2. die Vorschriften des zweiten Abschnitts dieses Gesetzes.

---

§ 94. Die Absonderung des unter dem Namen Hinterlegungsfonds bestehenden Fonds, sowie der Fonds der Hauptdepositenkasse in Cassel und der Depositenkasse in Cöln von dem übrigen Staatsvermögen wird aufgehoben.

Eine Trennung der Verwaltung dieser Fonds von der Verwaltung des übrigen Staatsvermögens findet nicht mehr statt.

---

§§ 95—100 haben keine Bedeutung mehr.

---

§ 101. Ist nach Abgabe der Masse an die Hinterlegungsstelle die Auszahlung oder Herausgabe an den Empfänger nach Maßgabe des Inhalts der Erklärung bewirkt, so kann bei einer Verschiedenheit zwischen dem Inhalt der Erklärung und dem Inhalt der Gerichtsakten die Staatskasse von einem besser zum Empfang Berechtigten nicht aus dem Grunde in Anspruch genommen werden, weil die Weisung zur Auszahlung oder Herausgabe nicht nach Maßgabe des Inhalts der Gerichtsakten erteilt ist.

---

§ 102. Hat im Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts oder des gemeinen Rechts ein Schuldner vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Geld, Wertpapiere (§ 1 Nr. 2, 3) oder Kostbarkeiten hinterlegt, um von seiner Verbindlichkeit sich zu befreien, so bestimmt sich die Berechtigung des Schuldners zur Zurücknahme nach den bisherigen Vorschriften.

Zur Auszahlung oder Herausgabe an den Schuldner bedarf es einer gerichtlichen Entscheidung oder Anordnung.

Für die Anordnung ist, wenn die Angelegenheit zu der streitigen Gerichtsbarkeit nicht gehört, das Amtsgericht zuständig, auf welches die Angelegenheit übergegangen ist, oder, in Ermangelung eines solchen Amtsgerichts, das Amtsgericht des Orts, an welchem das bisher mit derselben befaßt gewesene Gericht seinen Sitz hatte.

---

§ 103. Im Bezirk des Appellationsgerichts in Cassel, im Bezirk des Appellationsgerichts in Celle mit Ausschluß der Gebietsteile, in welchen die Preußische Depositalordnung vom 15. September 1783 gilt, und in dem Bezirk des Kreisgerichts in Ratzeburg ist, wenn die Hinterlegung vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erfolgt ist, dem Antrage auf Auszahlung oder Herausgabe der Hinterlegungsschein (Depositenschein) oder ein rechtskräftiges Urteil, durch welches der Schein für kraftlos erklärt worden ist, oder eine gerichtliche Entscheidung oder Anordnung, nach welcher die Auszahlung oder Herausgabe von der Zurücklieferung und Kraftloserklärung des Scheins nicht abhängig zu machen ist, beizufügen. Auf die Anordnung findet die Vorschrift des § 102 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

---

§ 104. Die in Verwahrung der aufgehobenen Gerichte befindlichen letztwilligen Verfügungen sind an die Amtsgerichte abzugeben.

Sind in dem Bezirk des mit der Verwahrung bisher befaßt gewesenen Gerichts mehrere Amtsgerichte errichtet, so kann der Testator unter den mehreren Amtsgerichten das Amtsgericht bezeichnen, an welches die letztwillige Verfügung abgegeben werden soll. Die Bezeichnung muß vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes in einem schriftlichen oder zu gerichtlichem Protokoll erklärten Gesuch erfolgen.

In Ermangelung eines solchen Gesuchs geschieht die Abgabe an das Amtsgericht des Orts, an welchem das mit der Verwahrung bisher befaßt gewesene Gericht seinen Sitz hatte.

§ 105. Die in Verwahrung der bisherigen Gerichte befindlichen Wertpapiere auf Namen, auf welche die Zahlung nicht jedem Inhaber geleistet werden kann, sind an die Amtsgerichte abzugeben.

§ 106. Auf die Massen, welche von den bisherigen Hinterlegungsstellen an die auf Grund dieses Gesetzes errichteten Hinterlegungsstellen abgegeben werden, finden die Vorschriften über die Einstellung der Verzinsung und das Aufgebot mit der Maßgabe Anwendung:

1. daß die in den §§ 53, 64 bestimmten Fristen mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes beginnen;
2. daß an Stelle der im § 61 Nr. 1 bezeichneten Erklärung die Urschrift oder eine Abschrift der der Hinterlegungsstelle bei Abgabe der Masse an dieselbe eingesandten Erklärung tritt.

§ 107. Im Bezirk des Appellationsgerichts in Cassel kommen die nachstehenden Bestimmungen zur Anwendung:

Ist auf Grund der bisherigen Vorschriften die Verzinsung hinterlegten Geldes vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingestellt, so tritt die Verzinsung nur nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 55, 56 wieder ein. Die im § 58 bestimmte Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die Einstellung der Verzinsung stattgefunden hat.

Die Verzinsung der von der Civilwitwen- und Waisenanstalt, der Civilwitwen- und Waisengesellschaft und der Militärwitwenkasse an die Hauptdepositenkasse in Cassel zurückgezahlten Depositengelder wird mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eingestellt. In Ansehung dieser Gelder beginnt die im § 58 bestimmte Frist mit dem Tage, an welchem die Ablieferung zur zinsfreien Benutzung an eine jener Witwenkassen stattgefunden hat.

Für das Aufgebot von Geld, welches nach den bisherigen Vorschriften nicht verzinst wird, weil dessen Betrag die Summe von dreißig Mark nicht erreicht, beginnt die im § 64 bestimmte Frist mit dem Tage, an welchem die Hinterlegung bewirkt ist.

In den Fällen der Abs. 3, 4 ist der Antrag auf Erlaß des Aufgebots vor Ablauf eines Jahres, vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an gerechnet, nicht zulässig.

§ 108. Die im § 391 des Anhangs zur Allgemeinen Gerichtsordnung vorgeschriebene öffentliche Bekanntmachung und die Ablieferung von Depositalmassen an die Justizoffizianten-Witwenkasse finden nicht mehr statt. Die Vorschriften des § 108 der Grundbuchordnung treten außer Kraft.

§ 109. Die nach den Vorschriften des § 99 den bisherigen Gerichten zugewiesenen Geschäfte sind vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu erledigen.

Durch Anordnung des Finanzministers und des Justizministers kann bestimmt werden, inwieweit die Vorschriften des § 95 Abs. 1, 2 und der §§ 97, 100 vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zur Ausführung zu bringen sind. In Ansehung der Ausführung des § 104 Abs. 1 und des § 105 ist der Justizminister zum Erlaß einer solchen Anordnung ermächtigt.

§ 110. Dieses Gesetz tritt, unbeschadet der Vorschriften des § 104 Abs. 2 und des § 109 gleichzeitig mit dem Deutschen Gerichtsverfassungsgesetz in Kraft.

Mit der Ausführung desselben werden der Finanzminister und der Justizminister beauftragt.

Die
Preußischen Feld- und Forstgesetze.

Vorbemerkung.

Von den Gesetzen, welche zum Schutz von Wald und Feld gegeben sind, bieten das allgemeinste Interesse das Gesetz betreffend den Forstdiebstahl vom 15. April 1878 und das Feld- und Forstpolizeigesetz vom 1. April 1880.

Das Forstdiebstahlsgesetz setzt für den Forstdiebstahl als Mindeststrafe eine Geldstrafe fest, welche dem fünffachen Werte des Entwendeten gleichkommt, wenigstens aber eine Mark beträgt (§ 2). Für den Fall, daß die Geldstrafe wegen Unvermögens des zur Zahlung Verpflichteten nicht beigetrieben werden kann, tritt Gefängnisstrafe an ihre Stelle (§ 13). Statt der Gefängnisstrafe kann der Verurteilte zu Forst- oder Gemeindearbeiten angehalten werden (§ 147).

Unter Forstdiebstahl versteht das Gesetz den in einem Forst oder auf einem anderen, hauptsächlich zur Holznutzung bestimmten Grundstücke verübten Diebstahl:

1. an Holz, das noch nicht vom Stamm oder vom Boden getrennt ist;
2. an Holz, das durch Zufall abgebrochen oder umgeworfen, und mit dessen Zurichtung noch nicht der Anfang gemacht ist;
3. an Spänen, Abraum oder Borke, sofern dieselben noch nicht in einer umschlossenen Holzablage sich befinden, oder noch nicht geworben oder eingesammelt sind;
4. an anderen Walderzeugnissen, zum Beispiel Holzpflanzen, Gras, Haide, Plaggen, Moos, Laub, Streuwerk, Nadelholzzapfen, Waldsämereien, Baumsaft und Harz, sofern dieselben noch nicht geworben oder eingesammelt sind (§ 1).

Nicht Forstdiebstahl, sondern gemeiner Diebstahl ist also zum Beispiel der Diebstahl schon zugerichteten Holzes. Er wird nach § 242 des Strafgesetzbuches mit Gefängnis bestraft.

Die §§ 3 und 6 bis 8 führen eine Anzahl Gründe für die Verschärfung der Strafe des einfachen Forstdiebstahls auf, die §§ 4 und 5 setzen die Strafe für Versuch, Teilnahme, Begünstigung und Hehlerei beim Forstdiebstahl fest.

Außer zu den in den §§ 2 bis 8 festgesetzten Strafen wird der Schuldige noch zum Ersatz des Wertes des Entwendeten an den Bestohlenen verurteilt (§ 9). Die zur Begehung des Forstdiebstahls geeigneten Gegenstände, welche der Dieb bei der That mit sich führt, zum Beispiel Aexte, Sägen, Messer (nicht aber Hunde und Wagen) werden eingezogen, mögen sie nun dem Thäter selbst oder einem anderen gehören (§ 15). Wird der Dieb auf frischer That ertappt, so werden diese Gegenstände sofort mit Beschlag belegt (§ 16).

Neben dem Thäter selbst wird dessen Gewalthaber (z. B. Vater, Mutter, sein Dienstherr, Ehegatte und die in ähnlichem Verhältnis zu ihm stehenden Personen) wegen der Geldstrafe, des Werterſatzes und der Kosten für haftbar erklärt, und zwar teils nur für den Fall, daß der Thäter selbst zur Zahlung unvermögend ist, teils unmittelbar (§§ 10 bis 12).

Bemerkenswert ist, daß einem wegen Forstdiebstahls rechtskräftig Verurteilten, bei dem innerhalb zweier Jahre nach der Verurteilung frischgefälltes, nicht forstmäßig zugerichtetes Holz gefunden wird, über dessen redlichen Erwerb er sich nicht ausweisen kann, das Holz fortgenommen wird, ohne daß ihm nachgewiesen zu werden braucht, daß das Holz gestohlen sei (§ 17).

Die Forstdiebstahlssachen gehören vor den Amtsrichter, in schweren Fällen vor das Schöffengericht (§ 19). In den vor den Amtsrichter gehörigen Fällen kann der Richter einen Strafbefehl erlassen, gegen den der Einspruch in dem gleichzeitig anberaumten Termin zulässig ist (§ 27).

Auch das Feld- und Forstpolizeigesetz ist in seinem größten Teile Strafgesetz.

Es bedroht in den §§ 9 bis 52 eine Reihe von Handlungen, wie Weide-, Feld- und Forstfrevel verschiedenster Art, mit Geldstrafe oder mit Haft, unter besonders erschwerenden Umständen sogar mit Gefängnis. Doch wird ein großer Teil dieser Handlungen nur auf Antrag des Verletzten strafrechtlich verfolgt. Der Antrag kann zurückgenommen werden (§ 61).

In gleicher Weise wie beim Forstdiebstahl wird auch hier neben dem Thäter selbst dessen Gewalthaber, sein Dienstherr, Ehegatte und die in ähnlichem Verhältnis zu ihm stehenden Personen wegen der Geldstrafe, des Werterſatzes und der Kosten für haftbar erklärt (§ 5).

Als erste Instanz sind für die Zuwiderhandlungen gegen das Feld- und Forstpolizeigesetz die Schöffengerichte zuständig.

Der Schadensersatzanspruch wegen Zuwiderhandlungen gegen das Feld- und Forstpolizeigesetz muß regelmäßig im Wege des Civilprozesses geltend gemacht werden. Doch giebt es hiervon zwei Ausnahmen. Bei Entwendungen zum Beispiel (§§ 18 bis 23) kann der Verletzte im Strafverfahren die Verurteilung des Thäters zum Ersatz des Wertes des Entwendeten beantragen (§ 68). Uebersteigt sein Schaden den Wert des Entwendeten, so kann er außerdem diesen höheren Betrag noch im Civilprozesse fordern.

Bei Weidefreveln (§ 14) und beim Uebertritt von Vieh nach § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuches und § 10 dieses Gesetzes kann der Beschädigte nach seiner Wahl Schadensersatz oder Zahlung von Ersatzgeld fordern (§ 69).

Dieses Ersatzgeld kann nur binnen vier Wochen beansprucht werden (§ 70). Wer Ersatzgeld fordert, braucht nicht nachzuweisen, daß er einen Schaden erlitten habe (§ 69). Doch hat das Ersatzgeld eine bestimmte Höhe (§§ 71 bis 73), und hat der Verletzte einmal Ersatzgeld gefordert, so kann er Schadensersatz nicht mehr verlangen, auch wenn sein Schaden größer ist als das Ersatzgeld. Dagegen kann statt des Schadensersatzes stets bis zur Verkündung des Endurteils erster Instanz Ersatzgeld gefordert werden (§ 69).

Der Anspruch auf das Ersatzgeld ist, mit alleiniger Ausnahme des Falles, daß im Laufe des Prozesses statt des Schadensersatzes Ersatzgeld gefordert wird, bei der Ortspolizeibehörde anzubringen (§ 75). Gegen den Bescheid der Ortspolizeibehörde kann jeder Teil binnen zwei Wochen Klage beim Kreisausschuß, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern beim Bezirksausschuß erheben (§ 76).

Zur Sicherung des Anspruches auf Schadensersatz oder Ersatzgeld kann das Vieh, welches auf einem Grundstück unbefugterweise betroffen wird, auf der Stelle oder in unmittelbarer Verfolgung gepfändet werden. Die Pfändung können vornehmen: der Feld- oder Forsthüter, der Beschädigte oder solche Personen, welche die Aufsicht über das Grundstück führen oder zur Familie, zu den Dienstleuten oder zu den auf dem Grundstück beschäftigten Arbeitsleuten des Beschädigten gehören (§ 77).

Der Pfändende muß dem Gemeinde-, Gutsvorsteher oder der Ortspolizeibehörde binnen vierundzwanzig Stunden von der geschehenen Pfändung Anzeige machen (§ 80); thut er dies nicht, so kann der Gepfändete das gepfändete Stück Vieh zurückverlangen und der Pfändende hat keinen Anspruch auf Ersatz der Kosten, welche durch die Pfändung entstanden sind (§ 81).

Der Gepfändete kann jederzeit die Freigabe der gepfändeten Tiere dadurch erlangen, daß er beim zuständigen Gemeinde- oder Gutsvorstand einen Geldbetrag oder einen anderen Pfandgegenstand hinterlegt, der den Forderungen des Beschädigten entspricht (§ 78).

Die Ortspolizeibehörde, der die Pfändung angezeigt ist, erteilt einen Bescheid darüber, ob die Pfändung ganz oder teilweise aufrecht zu erhalten oder aufzuheben ist oder ob ein anderweit angebotenes Pfand anzunehmen ist (§ 82). Gegen den Bescheid kann jeder Teil binnen zwei Wochen Klage beim Kreisausschuß, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern beim Bezirksausschuß erheben (§ 84).

Wird durch eine rechtskräftige Entscheidung die Pfändung aufrecht erhalten, so werden die Pfandstücke, falls der Gepfändete sie nicht rechtzeitig einlöst, öffentlich versteigert (§ 85), aus dem Erlös werden sämtliche Kosten und Ersatzgelder gezahlt oder der Schadensersatzanspruch befriedigt, falls derselbe binnen drei Monaten nach der Pfändung geltend gemacht ist. Der etwaige Rest wird dem Gepfändeten zurückgegeben (§ 86).

Gesetz,

betreffend

den Forstdiebstahl.

Vom 15. April 1878.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, für den ganzen Umfang derselben, was folgt:

§ 1. Forstdiebstahl im Sinne dieses Gesetzes ist der in einem Forst oder auf einem anderen hauptsächlich zur Holznutzung bestimmten Grundstücke verübte Diebstahl:

1. an Holz, welches noch nicht vom Stamme oder vom Boden getrennt ist;
2. an Holz, welches durch Zufall abgebrochen oder umgeworfen, und mit dessen Zurichtung noch nicht der Anfang gemacht worden ist;
3. an Spänen, Abraum oder Borke, sofern dieselben noch nicht in einer umschlossenen Holzablage sich befinden, oder noch nicht geworben oder eingesammelt sind;
4. an anderen Walderzeugnissen, insbesondere Holzpflanzen, Gras, Haide, Plaggen, Moos, Laub, Streuwerk, Nadelholzzapfen, Waldsämereien, Baumsaft und Harz, sofern dieselben noch nicht geworben oder eingesammelt sind.

Das unbefugte Sammeln von Kräutern, Beeren und Pilzen unterliegt forstpolizeilichen Bestimmungen.

---

§ 2. Der Forstdiebstahl wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünffachen Werte des Entwendeten gleichkommt und niemals unter einer Mark betragen darf.

---

§ 3. Die Strafe soll gleich dem zehnfachen Werte des Entwendeten und niemals unter zwei Mark sein:

1. wenn der Forstdiebstahl an einem Sonn- oder Festtage oder in der Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang begangen ist;
2. wenn der Thäter Mittel angewendet hat, um sich unkenntlich zu machen;
3. wenn der Thäter dem Bestohlenen oder der mit dem Forstschutz betrauten Person seinen Namen oder Wohnort anzugeben sich geweigert hat, oder falsche Angaben über seinen oder seiner Gehülfen Namen oder Wohnort gemacht, oder auf Anrufen des Bestohlenen oder der mit dem Forstschutz betrauten Person, stehen zu bleiben, die Flucht ergriffen oder fortgesetzt hat;
4. wenn der Thäter in den Fällen Nr. 1—3 § 1 zur Begehung des Forstdiebstahls sich eines schneidenden Werkzeuges, insbesondere der Säge, der Schere oder des Messers bedient hat;
5. wenn der Thäter die Ausantwortung der zum Forstdiebstahl bestimmten Werkzeuge verweigert;
6. wenn zum Zwecke des Forstdiebstahls ein bespanntes Fuhrwerk, ein Kahn oder Lasttier mitgebracht ist;
7. wenn der Gegenstand der Entwendung in Holzpflanzen besteht;

8. wenn Kien, Harz, Saft, Wurzeln, Rinde oder die Haupt- (Mittel-) Triebe von stehenden Bäumen entwendet sind;
9. wenn der Forstdiebstahl in einer Schonung, in einem Pflanzgarten oder Saatkampe begangen ist.

§ 4. Der Versuch des Forstdiebstahls und die Teilnahme (Mitthäterschaft, Anstiftung, Beihülfe) an einem Forstdiebstahl oder an einem Versuche desselben werden mit der vollen Strafe des Forstdiebstahls bestraft.

§ 5. Wer sich in Beziehung auf einen Forstdiebstahl der Begünstigung oder der Hehlerei schuldig macht, wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem fünffachen Werte des Entwendeten gleichkommt und niemals unter einer Mark betragen darf.

Die Bestimmungen des § 257 Abs. 2 und 3 des Reichs-Strafgesetzbuchs [1]) finden Anwendung.

§ 6. Neben der Geldstrafe kann auf Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten erkannt werden:

1. wenn der Forstdiebstahl von drei oder mehr Personen in gemeinschaftlicher Ausführung begangen ist;
2. wenn der Forstdiebstahl zum Zwecke der Veräußerung des Entwendeten oder daraus hergestellter Gegenstände begangen ist;
3. wenn die Hehlerei gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betrieben worden ist.

§ 7. Wer, nachdem er wegen Forstdiebstahls oder Versuchs eines solchen, oder wegen Teilnahme (§ 4), Begünstigung oder Hehlerei in Beziehung auf einen Forstdiebstahl von einem Preußischen Gerichte rechtskräftig verurteilt worden ist, innerhalb der nächsten zwei Jahre abermals eine dieser Handlungen begeht, befindet sich im Rückfalle und wird mit einer Geldstrafe bestraft, welche dem zehnfachen Werte des Entwendeten gleichkommt und niemals unter zwei Mark betragen darf.

§ 8. Neben der Geldstrafe ist auf Gefängnis bis zu zwei Jahren zu erkennen, wenn der Thäter sich im dritten oder ferneren Rückfalle befindet. Beträgt die Geldstrafe weniger als zehn Mark, so kann statt der Gefängnisstrafe auf eine Zusatzstrafe bis zu einhundert Mark erkannt werden.

§ 9. In allen Fällen ist neben der Strafe die Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatze des Wertes des Entwendeten an den Bestohlenen auszusprechen. Der Ersatz des außer dem Werte des Entwendeten verursachten Schadens kann nur im Wege des Civilprozesses geltend gemacht werden.

Der Wert des Entwendeten wird sowohl hinsichtlich der Geldstrafe als hinsichtlich des Ersatzes, wenn die Entwendung in einem Königlichen Forste verübt worden, nach der für das betreffende Forstrevier bestehenden Forsttaxe, in anderen Fällen nach den örtlichen Preisen abgeschätzt.

§ 10. Die im § 57 des Strafgesetzbuchs [2]) bei der Verurteilung von Personen, welche zur Zeit der Begehung der That das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten, vorgesehene Strafermäßigung findet bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz keine Anwendung.

---

[1]) § 257 Abs. 2 u. 3. Die Begünstigung ist straflos, wenn dieselbe dem Thäter oder Teilnehmer von einem Angehörigen gewährt worden ist, um ihn der Bestrafung zu entziehen.

Die Begünstigung ist als Beihilfe zu bestrafen, wenn sie vor Begehung der That zugesagt worden ist. Diese Bestimmung leidet auch auf Angehörige Anwendung.

[2]) § 57 Nr. 3. Wenn ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntnis ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß, so kommen gegen ihn folgende Bestimmungen zur Anwendung:

ist die Handlung mit Zuchthaus oder mit einer anderen Strafart bedroht, so ist die Strafe zwischen dem gesetzlichen Mindestbetrage der angedrohten Strafart und der Hälfte des Höchstbetrages der angedrohten Strafe zu bestimmen.

§ 11. Für die Geldstrafe, den Wertersatz und die Kosten, zu denen Personen verurteilt worden, welche unter der Gewalt, der Aufsicht oder im Dienst eines anderen stehen und zu dessen Hausgenossenschaft gehören, ist letzterer im Falle des Unvermögens der Verurteilten für haftbar zu erklären, und zwar unabhängig von der etwaigen Strafe, zu welcher er selbst auf Grund dieses Gesetzes oder des § 361 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs [1]) verurteilt wird.

Wird festgestellt, daß die That nicht mit seinem Wissen verübt ist, oder daß er sie nicht verhindern konnte, so wird die Haftbarkeit nicht ausgesprochen.

§ 12. Hat der Thäter noch nicht das zwölfte Lebensjahr vollendet, so wird derjenige, welcher in Gemäßheit des § 11 haftet, zur Zahlung der Geldstrafe, des Wertersatzes und der Kosten als unmittelbar haftbar verurteilt.

Dasselbe gilt, wenn der Thäter zwar das zwölfte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte und wegen Mangels der zur Erkenntnis der Strafbarkeit erforderlichen Einsicht freizusprechen ist, oder wenn derselbe wegen eines seine freie Willensbestimmung ausschließenden Zustandes straffrei bleibt.

§ 13. An die Stelle einer Geldstrafe, welche wegen Unvermögens des Verurteilten und des für haftbar Erklärten nicht beigetrieben werden kann, tritt Gefängnisstrafe. Dieselbe kann vollstreckt werden, ohne daß der Versuch einer Beitreibung der Geldstrafe gegen den für haftbar Erklärten gemacht ist, sofern dessen Zahlungsunfähigkeit gerichtskundig ist.

Der Betrag von einer bis zu fünf Mark ist einer eintägigen Gefängnisstrafe gleichzuachten.

Der Mindestbetrag der an die Stelle der Geldstrafe tretenden Gefängnisstrafe ist ein Tag, ihr Höchstbetrag sind sechs Monate. Kann nur ein Teil der Geldstrafe beigetrieben werden, so tritt für den Rest derselben nach dem in dem Urteile festgesetzten Verhältnisse die Gefängnisstrafe ein.

Gegen die in Gemäßheit der §§ 11 und 12 als haftbar Erklärten tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Gefängnisstrafe nicht ein.

§ 14. Statt der in dem § 13 vorgesehenen Gefängnisstrafe kann während der für dieselbe bestimmten Dauer der Verurteilte, auch ohne in einer Gefangenanstalt eingeschlossen zu werden, zu Forst- oder Gemeindearbeiten, welche seinen Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, angehalten werden.

Die näheren Bestimmungen wegen der zu leistenden Arbeiten werden mit Rücksicht auf die vorwaltenden Lohn- und örtlichen Verhältnisse von dem Regierungspräsidenten (Landdrosten) in Gemeinschaft mit dem Ersten Staatsanwalt bei dem Oberlandesgerichte erlassen. Dieselben sind ermächtigt, gewisse Tagewerke dergestalt zu bestimmen, daß die Verurteilten, wenn sie durch angestrengte Thätigkeit mit der ihnen zugewiesenen Arbeit früher zu stande kommen, auch früher entlassen werden.

§ 15. Aexte, Sägen, Messer und andere zur Begehung des Forstdiebstahls geeignete Werkzeuge, welche der Thäter bei der Zuwiderhandlung bei sich geführt hat, sind einzuziehen, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht.

Die Tiere und andere zur Wegschaffung des Entwendeten dienenden Gegenstände, welche der Thäter bei sich führt, unterliegen nicht der Einziehung.

§ 16. Wird der Thäter bei Ausführung eines Forstdiebstahls, oder gleich nach derselben betroffen oder verfolgt, so sind die zur Begehung des Forstdiebstahls geeigneten Werkzeuge, welche er bei sich führt (§ 15), in Beschlag zu nehmen.

---

[1]) § 361 Nr. 9. Mit Haft wird bestraft, wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der Zoll- oder Steuergesetze, oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt. Die Vorschriften dieser Gesetze über die Haftbarkeit für die den Thäter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen werden hierdurch nicht berührt.

§ 17. Wird in der Gewahrsam eines innerhalb der letzten zwei Jahre wegen einer Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz rechtskräftig Verurteilten frisch gefälltes, nicht forstmäßig zugerichtetes Holz gefunden, so ist gegen den Inhaber auf Einziehung des gefundenen Holzes zu erkennen, sofern er sich über den redlichen Erwerb des Holzes nicht ausweisen kann. Die Einziehung erfolgt zu Gunsten der Armenkasse des Wohnorts des Verurteilten.

§ 18. Die Strafverfolgung von Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz verjährt, sofern nicht einer der Fälle der §§ 6 und 8 vorliegt, in sechs Monaten.

§ 19. Für die Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sind die Amtsgerichte zuständig. Dieselben verhandeln und entscheiden, sofern nicht einer der Fälle der §§ 6 und 8 vorliegt, ohne die Zuziehung von Schöffen.

Das Amt des Amtsanwalts kann verwaltenden Forstbeamten übertragen werden.

Für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung sind die Strafkammern zuständig; dieselben entscheiden in der Besetzung mit drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden.

§ 20. Für das Verfahren gelten, soweit nicht in diesem Gesetze abändernde Bestimmungen getroffen sind, die Vorschriften der Strafprozeßordnung über das Verfahren vor den Schöffengerichten.

§ 21. Der Gerichtsstand ist nur bei demjenigen Amtsgerichte begründet, in dessen Bezirk die Zuwiderhandlung begangen ist.

Ist der Ort der begangenen Zuwiderhandlung nicht zu ermitteln, oder ist die Zuwiderhandlung außerhalb des Preußischen Staatsgebietes begangen, so bestimmt der Gerichtsstand sich nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung.

Im Falle des § 17 ist der Gerichtsstand bei demjenigen Amtsgerichte begründet, in dessen Bezirke das Holz gefunden worden ist.

§ 22. In dem Verfahren vor dem Amtsgerichte werden sämtliche Zustellungen durch den Amtsrichter unmittelbar veranlaßt. Die Formen für den Nachweis der Zustellungen werden durch die Justizverwaltung bestimmt.

§ 23. Personen, welche mit dem Forstschutze betraut sind, können, sofern dieselben eine Anzeigegebühr nicht empfangen, ein- für allemal gerichtlich beeidigt werden, wenn sie

1. Königliche Beamte sind, oder
2. vom Waldeigentümer auf Lebenszeit, oder nach einer vom Landrat (Oberamtmann) bescheinigten dreijährigen tadellosen Forstdienstzeit auf mindestens drei Jahre mittels schriftlichen Vertrages angestellt sind, oder
3. zu den für den Forstdienst bestimmten, oder mit Forstversorgungsschein entlassenen Militärpersonen gehören.

In den Fällen der Nr. 2 und 3 ist die Genehmigung des Bezirksausschusses erforderlich.

§ 24. Die Beeidigung erfolgt bei dem Amtsgerichte, in dessen Bezirk der zu Beeidigende seinen Wohnsitz hat, dahin:

daß er die Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz, welche den seinem Schutze gegenwärtig anvertrauten oder künftig anzuvertrauenden Bezirk betreffen, gewissenhaft anzeigen, bei seinen gerichtlichen Vernehmungen über dieselben nach bestem Wissen die reine Wahrheit sagen, nichts verschweigen und nichts hinzusetzen, auch die ihm obliegenden Schätzungen unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen bewirken werde.

Eine Ausfertigung des Beeidigungsprotokolls wird den Amtsgerichten mitgeteilt, in deren Bezirke der dem Schutze des Beeidigten anvertraute Bezirk liegt.

§ 25. Ist eine in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen oder nach den bisherigen gesetzlichen Vorschriften zur Ermittelung von Forstdiebstählen beeidigte Person als Zeuge oder Sachverständiger zu vernehmen, so wird es der Eidesleistung gleichgeachtet, wenn der zu Vernehmende die Richtigkeit seiner Aussage unter Berufung auf den ein- für allemal geleisteten Eid versichert.

Diese Wirkung der Beeidigung hört auf, wenn gegen den Beeidigten eine die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher

Aemter nach sich ziehende Verurteilung ergeht, oder die in Gemäßheit des § 23 erteilte Genehmigung zurückgezogen wird.

---

§ 26. Die mit dem Forstschutze betrauten Personen erstatten ihre Anzeigen an den Amtsanwalt schriftlich und periodisch. Sie haben zu diesem Zwecke Verzeichnisse zu führen, in welchen die einzelnen Fälle unter fortlaufenden Nummern zusammenzustellen sind. Die Verzeichnisse werden dem Amtsanwalt in zwei Ausfertigungen eingereicht. In diese Verzeichnisse können von dem Amtsanwalt auch die anderwärts eingehenden Anzeigen eingetragen werden.

Die näheren Vorschriften über die Aufstellung und die Einreichung der Verzeichnisse werden von der Justizverwaltung erlassen.

---

§ 27. Der Amtsanwalt erhebt die öffentliche Klage, indem er bei Uebereichung einer Ausfertigung des Verzeichnisses (§ 26) den Antrag auf Erlaß eines richterlichen Strafbefehls stellt und die beantragten Strafen nebst Wertersatz neben den einzelnen Nummern des Verzeichnisses vermerkt.

Der Erlaß eines Strafbefehls ist für jede Geldstrafe und die dafür im Unvermögensfalle festzusetzende Gefängnisstrafe, sowie für den Wertersatz und die verwirkte Einziehung zulässig.

Der Strafbefehl muß die Eröffnung enthalten, daß er vollstreckbar werde, wenn der Beschuldigte nicht in einem, sogleich in dem Strafbefehle anzuberaumenden, eintretendenfalls zugleich zur Hauptverhandlung bestimmten Termine vor dem Amtsrichter erscheine und Einspruch erhebe.

Die in dem Strafbefehle getroffene Festsetzung ist von dem Amtsrichter neben jeder Nummer des Verzeichnisses einzutragen und dem Angeklagten mit einem Auszuge aus dem Verzeichnisse zuzustellen.

Die mit dem Forstschutz betrauten Personen, welche nach den Anzeigen als Beweiszeugen auftreten sollen, sind durch ihre Vorgesetzten zu veranlassen, in dem anberaumten Termine zu erscheinen. Die sonst erforderlichen Zeugen sind zu denselben zu laden.

---

§ 28. Auf den Einspruch kann vor dem Termine verzichtet werden.

Auf die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung des Termins finden die §§ 44, 45 Abs. 1, 46 und 47 der Strafprozeßordnung [1]) entsprechende Anwendung. Wird dem Gesuche stattgegeben, so ist ein neuer Strafbefehl unter Aufhebung des früheren zu erlassen.

---

§ 29. Ueber alle Einsprüche, sowie über alle Anträge, welche der Amtsrichter unter Ablehnung des Strafbefehls zur Hauptverhandlung gebracht hat, kann in einer Hauptverhandlung verhandelt und entschieden werden. Das Protokoll über dieselbe wird nach den Nummern des Verzeichnisses geführt.

Von einem auf Verwerfung des Einspruchs lautenden Urteile wird dem Verurteilten nur die Urteilsformel zugestellt.

---

[1]) § 44. Gegen die Versäumung einer Frist kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beansprucht werden, wenn der Antragsteller durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle an der Einhaltung der Frist verhindert ist. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntnis erlangt hat.

§ 45. Abs. 1. Das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand muß binnen einer Woche nach Beseitigung des Hindernisses bei demjenigen Gerichte, bei welchem die Frist wahrzunehmen gewesen wäre, unter Angabe und Glaubhaftmachung der Versäumungsgründe angebracht werden.

§ 46. Ueber das Gesuch entscheidet dasjenige Gericht, welches bei rechtzeitig erfolgter Handlung zur Entscheidung in der Sache selbst berufen gewesen wäre.

Die dem Gesuche stattgebende Entscheidung unterliegt keiner Anfechtung.

Gegen die das Gesuch verwerfende Entscheidung findet sofortige Beschwerde statt.

§ 47. Durch das Gesuch um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand wird die Vollstreckung einer gerichtlichen Entscheidung nicht gehemmt.

Das Gericht kann jedoch einen Aufschub der Vollstreckung anordnen.

§ 30. In den Fällen der §§ 6 und 8 findet der Erlaß eines Strafbefehls nicht statt. Der Amtsanwalt erhebt die öffentliche Klage durch Einreichung einer Anklageschrift, welcher ein Auszug aus dem Verzeichnisse (§ 26) beizufügen ist. Die Hauptverhandlung kann ohne Anwesenheit des Angeklagten erfolgen.

§ 31. Wird gegen ein vor dem Amtsrichter ohne die Zuziehung von Schöffen erlassenes Urteil die Berufung eingelegt, so sind zum Zwecke der Bildung besonderer Akten durch den Gerichtsschreiber beglaubigte Auszüge aus den Akten erster Instanz zu fertigen.

§ 32. Die Revision gegen die in der Berufungsinstanz erlassenen Urteile findet nur statt, wenn eine der in den §§ 6 und 8 vorgesehenen strafbaren Handlungen den Gegenstand der Untersuchung bildet.

§ 33. Die Vollstreckung der Strafbefehle und der Urteile erfolgt durch den Amtsrichter.

§ 34. Eine auf Grund dieses Gesetzes ausgesprochene und eingezogene Geldstrafe fließt dem Beschädigten zu. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf eine im Falle des § 8 erkannte Zusatzstrafe.

Weist der Beschädigte im Falle der Nichteinziehbarkeit der Geldstrafe Arbeiten, welche den Erfordernissen des § 14 entsprechen, der Behörde nach, so soll der Verurteilte zu deren Leistung angehalten werden. Diese Nachweisung ist nicht mehr zu berücksichtigen, sobald mit der anderweiten Vollstreckung der Strafe begonnen ist.

§ 35. Der Amtsrichter ist befugt, wenn der Verurteilte zu der Gemeinde gehört, welcher die erkannte Entschädigung und Geldstrafe zufällt, die Beitreibung dieser Entschädigung und Geldstrafe nebst den Kosten der Gemeindebehörde in der Art aufzutragen, daß sie die Einziehung auf dieselbe Weise zu bewirken hat, wie die Einziehung der Gemeindegefälle. Es dürfen jedoch dem Verurteilten keine Mehrkosten erwachsen.

§ 36. Steht mit einer Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz ein nach § 361 Nr. 9 des Strafgesetzbuches[1]) strafbares Nichtabhalten von der Begehung von Forstdiebstählen im Zusammenhange, so findet auch auf diese Uebertretung das in diesem Gesetze vorgeschriebene Verfahren Anwendung.

§ 37. Für das weitere Verfahren in dem am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Sachen finden die Vorschriften der §§ 8 und ff. des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

§ 38. Dieses Gesetz tritt mit dem in dem § 39 bezeichneten Zeitpunkte an die Stelle des Gesetzes vom 2. Juni 1852, den Diebstahl an Holz und anderen Waldprodukten betreffend (Ges.-Samml. 1852 S. 305).

Wo in einem Gesetz auf die bisherigen Bestimmungen über den Holz- (Forst-) Diebstahl verwiesen ist, treten die Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes an deren Stelle.

§ 39. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit dem Gerichtsverfassungsgesetze in Kraft.

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 11.

Feld- und Forſt-Polizeigeſetz.

Vom 1. April 1880.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Erſter Titel.	
Strafbeſtimmungen	1—52
Zweiter Titel.	
Strafverfahren	53—61
Dritter Titel.	
Feld- und Forſthüter	62—66
Vierter Titel.	
Schadenserſatz und Pfändung . .	67—88
Fünfter Titel.	
Uebergangs- und Schlußbeſtimmungen .	§§ 89—97

Feld- und Forst-Polizeigesetz.

Vom 1. April 1880.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, für den ganzen Umfang derselben, was folgt:

Erster Titel.

Strafbestimmungen.

§ 1. Die in diesem Gesetz mit Strafe bedrohten Handlungen unterliegen, soweit dasselbe nicht abweichende Vorschriften enthält, den Bestimmungen des Strafgesetzbuchs.

---

§ 2. Für die Strafzumessung wegen Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz kommen als Schärfungsgründe in Betracht:

1. wenn die Zuwiderhandlung an einem Sonn- oder Festtage oder in der Zeit von Sonnenuntergang bis Sonnenaufgang begangen ist;
2. wenn der Zuwiderhandelnde Mittel angewendet hat, um sich unkenntlich zu machen;
3. wenn der Zuwiderhandelnde dem Feld- oder Forsthüter, oder einem anderen zuständigen Beamten, dem Beschädigten oder dem Pfändungsberechtigten seinen Namen oder Wohnort anzugeben sich geweigert oder falsche Angaben über seinen oder seiner Gehülfen Namen oder Wohnort gemacht, oder auf Anrufen der vorstehend genannten Personen, stehen zu bleiben, die Flucht ergriffen oder fortgesetzt hat;
4. wenn der Thäter die Aushändigung der zu der Zuwiderhandlung bestimmten Werkzeuge oder der mitgeführten Waffen verweigert hat;
5. wenn die Zuwiderhandlung von drei oder mehr Personen in gemeinschaftlicher Ausführung begangen ist;
6. wenn die Zuwiderhandlung im Rückfalle begangen ist.

---

§ 3. Im Rückfalle (§ 2 Nr. 6) befindet sich, wer, nachdem er auf Grund dieses Gesetzes wegen einer in demselben mit Strafe bedrohten Handlung im Königreiche Preußen vom Gerichte oder durch polizeiliche Strafverfügung rechtskräftig verurteilt worden ist, innerhalb der nächsten zwei Jahre dieselbe oder eine gleichartige strafbare Handlung, sei es mit oder ohne erschwerende Umstände, begeht.

Als gleichartig gelten:

1. die in demselben Paragraphen oder, falls ein Paragraph mehrere strafbare Handlungen betrifft, in derselben Paragraphennummer vorgesehenen Handlungen;
2. die Entwendung, der Versuch einer solchen und die Teilnahme (Mitthäterschaft, Anstiftung, Beihülfe), die Begünstigung und die Hehlerei in Beziehung auf eine Entwendung.

§ 4. Die im § 57 Nr. 3 des Strafgesetzbuchs [1]) bei der Verurteilung von Personen, welche zur Zeit der Begehung

---

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 10 des Forstdiebstahlsgesetzes.

der That das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatten, vorgesehene Strafermäßigung findet bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz keine Anwendung.

§ 5. Für die Geldstrafe, den Wertsersatz (§ 68) und die Kosten, zu denen Personen verurteilt werden, welche unter der Gewalt, der Aufsicht oder im Dienste eines anderen stehen und zu dessen Hausgenossenschaft gehören, ist letzterer im Falle des Unvermögens der Verurteilten für haftbar zu erklären, und zwar unabhängig von der etwaigen Strafe, zu welcher er selbst auf Grund dieses Gesetzes oder des § 361 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs [1]) verurteilt wird. Wird festgestellt, daß die That nicht mit seinem Wissen verübt ist, oder daß er sie nicht verhindern konnte, so wird die Haftbarkeit nicht ausgesprochen.

Hat der Thäter noch nicht das zwölfte Lebensjahr vollendet, so wird derjenige, welcher in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmung haftet, zur Zahlung der Geldstrafe, des Wertsersatzes und der Kosten als unmittelbar haftbar verurteilt. Dasselbe gilt, wenn der Thäter zwar das zwölfte, aber noch nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte und wegen Mangels der zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner That erforderlichen Einsicht freizusprechen ist, oder wenn derselbe wegen eines seine freie Willensbestimmung ausschließenden Zustandes straffrei bleibt.

Gegen die in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen als haftbar Erklärten tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Freiheitsstrafe nicht ein.

§ 6. Entwendungen, Begünstigung und Hehlerei in Beziehung auf solche, sowie rechtswidrig und vorsätzlich begangene Beschädigungen (§ 303 des Strafgesetzbuchs) [2]) und Begünstigung in Beziehung auf solche unterliegen den Bestimmungen dieses Gesetzes nur dann, wenn der Wert des Entwendeten oder der angerichtete Schaden zehn Mark nicht übersteigt.

§ 7. Die Beihülfe zu einer nach diesem Gesetze strafbaren Entwendung oder vorsätzlichen Beschädigung wird mit der vollen Strafe der Zuwiderhandlung bestraft.

§ 8. Der Versuch der Entwendung, die Begünstigung und Hehlerei in Beziehung auf eine Entwendung, sowie die Begünstigung in Beziehung auf eine nach diesem Gesetze strafbare vorsätzliche Beschädigung werden mit der vollen Strafe der Entwendung beziehungsweise vorsätzlichen Beschädigung bestraft.

Die Bestimmungen des § 257 Abs. 2 und 3 des Strafgesetzbuchs [3]) finden Anwendung.

§ 9. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 123 des Strafgesetzbuchs, [4]) von einem Grundstücke, auf dem er ohne Befugnis sich befindet, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 10. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs, [5]) unbefugt über Grundstücke reitet,

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 5 des Forstdiebstahlsgesetzes.

[2]) § 303. Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark oder mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

[3]) Man vergleiche Anmerkung zu § 11 des Forstdiebstahlsgesetzes.

[4]) § 123. Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitztum eines Anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugnis darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruches mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark bestraft.

[5]) § 368 Nr. 9. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt über Gärten oder Weinberge, oder vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Aecker, oder über solche Aecker, Wiesen, Weiden oder

karrt, fährt, Vieh treibt, Holz schleift, den Pflug wendet oder über Aecker, deren Bestellung vorbereitet oder in Angriff genommen ist, geht. Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Der Zuwiderhandelnde bleibt straflos, wenn er durch die schlechte Beschaffenheit eines an dem Grundstück vorüber führenden und zum gemeinen Gebrauch bestimmten Weges oder durch ein anderes auf dem Wege befindliches Hindernis zu der Uebertretung genötigt worden ist.

---

§ 11. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer außerhalb eingefriedigter Grundstücke sein Vieh ohne gehörige Aufsicht oder ohne genügende Sicherheit läßt.

Diese Bestimmung kann durch Polizeiverordnung abgeändert werden. Eine höhere als die vorstehend festgesetzte Strafe darf jedoch nicht angedroht werden.

Die Bestrafung tritt nicht ein, wenn nach den Umständen die Gefahr einer Beschädigung Dritter nicht anzunehmen ist.

---

§ 12. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird der Hirt bestraft, welcher das ihm zur Beaufsichtigung anvertraute Vieh ohne Aufsicht oder unter der Aufsicht einer hierzu untüchtigen Person läßt.

---

§ 13. Die Ausübung der Nachtweide, des Einzelhütens, sowie der Weide durch Gemeinde- und Genossenschaftsherden wird durch Polizeiverordnung geregelt.

---

§ 14. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt auf einem Grundstücke Vieh weidet.

Die Strafe ist verwirkt, sobald das Vieh die Grenzen des Grundstücks, auf welchem es nicht geweidet werden darf, überschritten hat, sofern nicht festgestellt wird, daß der Uebertritt von der für die Beaufsichtigung des Viehes verantwortlichen Person nicht verhindert werden konnte.

Die Bestimmung des Absatzes 2 findet, wo eine Verpflichtung zur Einfriedigung von Grundstücken besteht, oder wo die Einfriedigung landesüblich ist, keine Anwendung.

---

§ 15. Geldstrafe von fünf bis zu einhundertundfünfzig Mark oder Haft tritt ein, wenn der Weidefrevel (§ 14) begangen wird:

1. auf Grundstücken, deren Betreten durch Warnungszeichen verboten ist;
2. auf eingefriedigten Grundstücken, sofern nicht eine Verpflichtung zur Einfriedigung der Grundstücke besteht oder die Einfriedigung der Grundstücke landesüblich ist;
3. auf solchen Dämmen und Deichen, welche von dem Besitzer selbst noch mit der Hütung verschont werden;
4. auf bestellten Aeckern oder auf Wiesen, in Gärten, Baumschulen, Weinbergen, auf mit Rohr bewachsenen Flächen, auf Weidenhegern, Dünen, Buhnen, Deckwerken, gedeckten Sandflächen, Graben- oder Kanalböschungen, in Forstkulturen, Schonungen oder Saatkämpen;
5. auf Forstgrundstücken mit Pferden oder Ziegen.

---

§ 16. Ein wegen Wildfrevels rechtskräftig verurteilter Hirt kann von der Dienstherrschaft innerhalb vierzehn Tagen, von der rechtskräftigen Verurteilung an gerechnet, entlassen werden.

---

§ 17. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft:

1. wer eine rechtmäßige Pfändung (§ 77) vereitelt oder zu vereiteln versucht;
2. wer, abgesehen von den Fällen der §§ 113 und 117 des Strafgesetzbuchs,[1]) dem Pfändenden in der recht-

---

Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungszeichen untersagt ist, oder auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege geht, fährt, reitet oder Vieh treibt.

[1]) § 113. Wer einem Beamten, welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden oder von Urteilen und Verfügungen der Gerichte berufen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während

mäßigen Ausübung seines Rechts (§ 77) durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet oder den Pfändenden während der rechtmäßigen Ausübung seines Rechts thätlich angreift;

3. wer, abgesehen von den Fällen der §§ 137 und 289 des Strafgesetzbuchs, [1]) Sachen, welche regelmäßig in Pfand genommen sind (§ 77), dem Pfändenden in rechtswidriger Absicht wegnimmt;
4. wer vorsätzlich eine unrechtmäßige Pfändung (§ 77) bewirkt.

---

§ 18. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer Gartenfrüchte, Feldfrüchte oder andere Bodenerzeugnisse aus Gartenanlagen aller Art, Weinbergen, Obstanlagen, Baumschulen, Saatkämpen, von Aeckern, Wiesen, Weiden, Plätzen, Gewässern, Wegen oder Gräben entwendet.

Liegen die Voraussetzungen des § 370 Nr. 5 des Strafgesetzbuchs [2]) vor, so tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

---

§ 19. Geldstrafe von fünf bis zu einhundertundfünfzig Mark oder Haft tritt ein, wenn die nach § 18 strafbare Entwendung begangen wird:

1. unter Anwendung eines zur Fortschaffung größerer Mengen geeigneten Gerätes, Fahrzeuges oder Lasttieres;
2. unter Benutzung von Aexten, Sägen, Messern, Spaten oder ähnlichen Werkzeugen;
3. aus einem umschlossenen Raume mittelst Einsteigens;
4. gegen die Dienstherrschaft oder den Arbeitgeber;
5. an Kien, Harz, Saft, Wurzeln, Rinde oder Mittel- (Haupt-) Trieben stehender Bäume, sofern die Entwendung nicht als Forstdiebstahl strafbar ist.

---

§ 20. Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten tritt ein, wenn die nach § 18 strafbare Entwendung begangen wird:

1. unter Mitführung von Waffen;
2. aus einem umschlossenen Raume mittelst Einbruchs;
3. dadurch, daß zur Eröffnung der Zugänge eines umschlossenen Raumes falsche Schlüssel oder andere zur ordnungsmäßigen Eröffnung nicht bestimmte Werkzeuge angewendet werden;
4. durch Wegnahme stehender Bäume, Frucht- oder Ziersträucher, sofern die

---

der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes thätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren bestraft.

Dieselben Strafvorschriften treten ein, wenn die Handlung gegen Personen, welche zur Unterstützung des Beamten zugezogen waren, oder gegen Mannschaften der bewaffneten Macht, oder gegen Mannschaften einer Gemeinde-, Schutz- oder Bürgerwehr in Ausübung des Dienstes begangen wird.

§ 117. Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigentümer, Forst- oder Jagdberechtigten, oder einem von diesen bestellten Aufseher in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes thätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu drei Jahren bestraft.

[1]) § 137. Wer Sachen, welche durch die zuständigen Behörden oder Beamten gepfändet oder in Beschlag genommen worden sind, vorsätzlich beiseite schafft, zerstört oder in anderer Weise der Verstrickung ganz oder teilweise entzieht, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 289. Wer seine bewegliche Sache, oder eine fremde bewegliche Sache zu Gunsten des Eigentümers derselben, dem Nutznießer, Pfandgläubiger oder demjenigen, welchem an der Sache ein Gebrauchs- oder Zurückbehaltungsrecht zusteht, in rechtswidriger Absicht wegnimmt, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft.

[2]) § 370 Nr. 5. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer Nahrungs- oder Genußmittel von unbedeutendem Werte oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbrauche entwendet.

Entwendung nicht als Forstdiebstahl strafbar ist;

5. von dem Aufseher in dem seiner Aufsicht unterstellten Grundstücke.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe von fünf bis dreihundert Mark erkannt werden.

§ 21. Auf Gefängnisstrafe von einer Woche bis zu einem Jahre ist zu erkennen:

1. wenn im Falle einer Entwendung der Schuldige sich im dritten oder ferneren Rückfalle befindet;
2. wenn die Hehlerei gewerbs- oder gewohnheitsmäßig begangen ist.

§ 22. Bei Entwendungen (§§ 18 bis 21) finden die Bestimmungen des § 247 des Strafgesetzbuchs [1]) entsprechende Anwendung.

§ 23. In den Fällen der §§ 18 bis 21 sind neben der Geldstrafe oder der Freiheitsstrafe die Waffen (§ 20), welche der Thäter bei der Zuwiderhandlung bei sich geführt hat, einzuziehen, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht.

In denselben Fällen können die zur Begehung der strafbaren Zuwiderhandlung geeigneten Werkzeuge, welche der Thäter bei der Zuwiderhandlung bei sich geführt hat, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht. Die Tiere und andere zur Wegschaffung des Entwendeten dienenden Gegenstände, welche der Thäter bei sich führt, unterliegen nicht der Einziehung.

§ 24. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen der §§ 18 und 30, unbefugt:

1. das auf oder an Grenzrainen, Wegen, Triften oder an oder in Gräben wachsende Gras oder sonstige Viehfutter abschneidet oder abrupft;
2. von Bäumen, Sträuchern oder Hecken Laub abpflückt oder Zweige abbricht, insofern dadurch ein Schaden entsteht.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§ 25. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer unbefugt:

1. Dungstoffe von Aeckern, Wiesen, Weiden, Gärten, Obstanlagen oder Weinbergen aufsammelt;
2. Knochen gräbt oder sammelt;
3. Nachlese hält.

§ 26. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt:

1. abgesehen von den Fällen des § 366 Nr. 7 des Strafgesetzbuchs, [2]) Steine, Scherben, Schutt oder Unrat auf Grundstücke wirft oder in dieselben bringt;
2. Leinwand, Wäsche oder ähnliche Gegenstände zum Bleichen, Trocknen oder anderen derartigen Zwecken ausbreitet oder niederlegt;
3. tote Tiere liegen läßt, vergräbt oder niederlegt;
4. Bienenstöcke aufstellt.

§ 27. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt:

1. abgesehen von den Fällen des § 50

[1]) § 247. Wer einen Diebstahl oder eine Unterschlagung gegen Angehörige, Vormünder oder Erzieher begeht, oder wer einer Person, zu der er im Lehrlingsverhältnisse steht, oder in deren häuslicher Gemeinschaft er als Gesinde sich befindet, Sachen von unbedeutendem Werte stiehlt oder unterschlägt, ist nur auf Antrag zu verfolgen. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

Ein Diebstahl oder eine Unterschlagung, welche von Verwandten aufsteigender Linie oder von einem Ehegatten gegen den anderen begangen worden ist, bleibt straflos.

Diese Bestimmungen finden auf Teilnehmer oder Begünstiger, welche nicht in einem der vorbezeichneten persönlichen Verhältnisse stehen, keine Anwendung.

[2]) § 366 Nr. 7. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer Steine oder andere harte Körper oder Unrat auf Menschen, auf Pferde, oder andere Zug- oder Lasttiere, gegen fremde Häuser, Gebäude oder Einschließungen, oder in Gärten oder eingeschlossene Räume wirft.

Nr. 7 des Fischereigesetzes vom 30. Mai 1874, Flachs oder Hanf rötet.
2. in Gewässern Felle aufweicht oder reinigt oder Schafe wäscht;
3. abgesehen von den Fällen des § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuchs,[1]) Gewässer verunreinigt oder ihre Benutzung in anderer Weise erschwert oder verhindert.

§ 28. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt:
1. fremde auf dem Felde zurückgelassene Ackergeräte gebraucht;
2. die zur Sperrung von Wegen oder Eingängen in eingefriedigte Grundstücke dienenden Vorrichtungen öffnet oder offen stehen läßt;
3. Gruben auf fremden Grundstücken anlegt.

§ 29. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 367 Nr. 12 des Strafgesetzbuchs,[2]) den Anordnungen der Behörde zuwider es unterläßt:
1. Steinbrüche, Lehm-, Sand-, Kies-, Mergel-, Kalk- oder Thongruben, Bergwerksschachte, Schürflöcher oder die durch Stockroden entstandenen Löcher, zu deren Einfriedigung oder Zuwerfung er verpflichtet ist, einzufriedigen oder zuzuwerfen;
2. Oeffnungen, welche er in Eisflächen gemacht hat, durch deutliche Zeichen zur Warnung vor Annäherung zu verwahren.

§ 30. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer unbefugt:
1. abgesehen von den Fällen des § 305 des Strafgesetzbuchs,[3]) fremde Privatwege oder deren Zubehörungen beschädigt oder verunreinigt oder ihre Benutzung in anderer Weise erschwert;
2. auf ausgebauten öffentlichen oder Privatwegen die Banquette befährt, ohne dazu genötigt zu sein (§ 10 Abs. 2), oder die zur Bezeichnung der Fahrbahn gelegten Steine, Faschinen oder sonstigen Zeichen entfernt oder in Unordnung bringt;
3. abgesehen von den Fällen des § 274 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs,[4]) Steine, Pfähle, Tafeln, Stroh- oder Hegewische, Hügel, Gräben oder ähnliche zur Abgrenzung, Absperrung oder Vermessung von Grundstücken oder Wegen dienende Merk- oder Warnungszeichen, desgleichen Merkmale, die zur Bezeichnung eines Wasserstandes bestimmt sind, sowie Wegweiser fortnimmt, vernichtet, umwirft, beschädigt oder unkenntlich macht;
4. Einfriedigungen, Geländer oder die zur Sperrung von Wegen oder Eingängen in eingefriedigte Grundstücke dienenden Vorrichtungen beschädigt oder vernichtet;

---

[1]) § 366 Nr. 10. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit, Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen erlassenen Polizei-Verordnungen übertritt.

[2]) § 367 Nr. 12. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern und überhaupt an Orten, an welchen Menschen verkehren, Brunnen, Keller, Gruben, Oeffnungen oder Abhänge dergestalt unverdeckt oder unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr für Andere entstehen kann.

[3]) § 305. Wer vorsätzlich und rechtswidrig ein Gebäude, ein Schiff, eine Brücke, einen Damm, eine gebaute Straße, eine Eisenbahn oder ein anderes Bauwerk, welche fremdes Eigentum sind, ganz oder teilweise zerstört, wird mit Gefängnis nicht unter Einem Monat bestraft.

[4]) § 274 Nr. 2. Mit Gefängnis, neben welchem auf Geldstrafe bis zu dreihundert Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer einen Grenzstein oder ein anderes zur Bezeichnung einer Grenze oder eines Wasserstandes bestimmtes Merkmal in der Absicht, einem Anderen Nachteile zuzufügen, wegnimmt, vernichtet, unkenntlich macht, verrückt oder fälschlich setzt.

5. abgesehen von den Fällen des § 304 des Strafgesetzbuchs, [1]) stehende Bäume, Sträucher, Pflanzen oder Feldfrüchte, die zum Schutze von Bäumen dienenden Pfähle oder sonstigen Vorrichtungen beschädigt. Sind junge stehende Bäume, Frucht- oder Zierbäume oder Ziersträucher beschädigt, so darf die Geldstrafe nicht unter zehn Mark betragen.

§ 31. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen der §§ 321 und 326 des Strafgesetzbuchs, [2]) unbefugt das zur Bewässerung von Grundstücken dienende Wasser ableitet, oder Gräben, Wälle, Rinnen oder andere zur Ab- und Zuleitung des Wassers dienende Anlagen herstellt, verändert, beschädigt oder beseitigt.

§ 32. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 308 des Strafgesetzbuchs, [3]) eigene Torfmoore, Haidekraut oder Bülten im Freien ohne vorgängige Anzeige bei der Ortspolizeibehörde oder bei dem Ortsvorstande in Brand setzt oder die bezüglich dieses Brennens polizeilich angeordneten Vorsichtsmaßregeln außer acht läßt.

§ 33. Mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 368 Nr. 11 des Strafgesetzbuchs, [4]) auf fremden Grundstücken unbefugt nicht jagdbare Vögel fängt, Sprenkel oder ähnliche Vorrichtungen zum Fangen von Singvögeln aufstellt, Vogelnester zerstört oder Eier oder Junge von Vögeln ausnimmt.

Die Sprenkel oder ähnliche Vorrichtungen sind einzuziehen.

§ 34. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird

[1]) § 304. Wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft, oder Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind, oder Grabmäler, öffentliche Denkmäler, Gegenstände der Kunst, der Wissenschaft oder des Gewerbes, welche in öffentlichen Sammlungen aufbewahrt werden oder öffentlich aufgestellt sind, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen, oder zur Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze oder Anlagen dienen, beschädigt oder zerstört, wird mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark bestraft.

[2]) § 321. Wer vorsätzlich Wasserleitungen, Schleusen, Wehre, Deiche, Dämme oder andere Wasserbauten, oder Brücken, Fähren, Wege oder Schutzwehre, oder dem Bergwerksbetriebe dienende Vorrichtungen zur Wasserhaltung, zur Wetterführung oder zum Ein- und Ausfahren der Arbeiter zerstört oder beschädigt, oder in schiffbaren Strömen, Flüssen oder Kanälen das Fahrwasser stört und durch eine dieser Handlungen Gefahr für das Leben oder die Gesundheit Anderer herbeiführt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 326. Ist eine der in den §§ 321 bis 324 bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden, so ist, wenn durch die Handlung ein Schaden verursacht worden ist, auf Gefängnis bis zu einem Jahre und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren zu erkennen.

[3]) § 308. Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, wer vorsätzlich Gebäude, Schiffe, Hütten, Bergwerke, Magazine, Warenvorräte, welche auf dazu bestimmten öffentlichen Plätzen lagern, Vorräte von landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder von Bau- oder Brennmaterialien, Früchte auf dem Felde, Waldungen oder Torfmoore in Brand setzt, wenn diese Gegenstände entweder fremdes Eigentum sind, oder zwar dem Brandstifter eigentümlich gehören, jedoch ihrer Beschaffenheit und Lage nach geeignet sind, das Feuer einer der im § 306 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Räumlichkeiten oder einem der vorstehend bezeichneten fremden Gegenstände mitzuteilen.

[4]) § 368 Nr. 11. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt Eier oder Junge von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln ausnimmt.

bestraft, wer, abgesehen von den Fällen des § 368 Nr. 2 des Strafgesetzbuchs,[1]) den zum Schutze nützlicher oder zur Vernichtung schädlicher Tiere oder Pflanzen erlassenen Polizeiverordnungen zuwiderhandelt.

---

§ 35. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer unbefugt:

1. an stehenden Bäumen, an Schlaghölzern, an gefällten Stämmen, an aufgeschichteten Stößen von Torf, Holz oder anderen Walderzeugnissen das Zeichen des Waldhammers oder Rissers, die Stamm- oder Stoßnummer oder die Losnummer vernichtet, unkenntlich macht, nachahmt oder verändert;
2. gefällte Stämme oder aufgeschichtete Stöße von Holz, Torf oder Lohrinde beschädigt, umstößt oder der Stützen beraubt.

---

§ 36. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt auf Forstgrundstücken:

1. außerhalb der öffentlichen oder solcher Wege, zu deren Benutzung er berechtigt ist, mit einem Werkzeuge, welches zum Fällen von Holz, oder mit einem Geräte, welches zum Sammeln oder Wegschaffen von Holz, Gras, Streu oder Harz seiner Beschaffenheit nach bestimmt erscheint, sich aufhält;
2. Holz ablagert, bearbeitet, beschält oder bewaldrechtet;
3. Einfriedigungen übersteigt;
4. Forstkulturen betritt;
5. solche Schläge betritt, in welchen die Holzhauer mit dem Einschlagen oder Aufarbeiten der Hölzer beschäftigt, oder welche zur Entnahme des Abraums nicht freigegeben sind.

In den Fällen der Nr. 1 können neben der Geldstrafe oder der Haft die Werkzeuge eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht.

§ 37. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer unbefugt auf Forstgrundstücken:

1. zum Wiederausschlage bestimmte Laubholzstöcke aushaut, abspänt oder zur Verhinderung des Lohdentriebes (Stockausschlages) mit Steinen belegt;
2. Ameisen oder deren Puppen (Ameiseneier) einsammelt oder Ameisenhaufen zerstört oder zerstreut.

---

§ 38. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark wird bestraft, wer aus einem fremden Walde Holz, welches er erworben hat, oder zu dessen Bezuge in bestimmten Maßen er berechtigt ist, unbefugt ohne Genehmigung des Grundeigentümers vor Rückgabe des Verabfolgezettels, oder an anderen als den bestimmten Tagen oder Tageszeiten, oder auf anderen als den bestimmten Wegen fortschafft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

---

§ 39. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer aus einem fremden Torfmoore oder Walde an Stelle der ihm vom Eigentümer durch Verabfolgezettel zugewiesenen Posten von Torf, Holz oder anderen Walderzeugnissen aus Fahrlässigkeit andere als die auf dem Verabfolgezettel bezeichneten Posten oder Teile derselben fortschafft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

---

§ 40. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken oder Torfmooren als Dienstbarkeits- oder Nutzungsberechtigter oder als Pächter:

1. unbefugt seine Berechtigung in nicht geöffneten Distrikten oder in einer Jahreszeit, in welcher die Berechtigung auszuüben nicht gestattet ist, oder an anderen als den bestimmten Tagen oder Tageszeiten ausübt, oder sich anderer als der gestatteten Wer-

---

[1]) § 368 Nr. 2. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer das durch gesetzliche oder polizeiliche Anordnungen gebotene Raupen unterläßt.

bungswerkzeuge oder Fortschaffungsgeräte bedient;
2. den gesetzlichen Vorschriften oder Polizeiverordnungen, oder dem Herkommen, oder dem Inhalte der Berechtigung zuwider ohne Legitimationsschein, oder ohne Ueberweisung von seiten der Forstbehörde oder des Grundeigentümers die Gegenstände der Berechtigung sich aneignet;
3. die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit bei Ausübung von Berechtigungen erlassenen Gesetze oder Polizeiverordnungen übertritt.

In den Fällen der Nr. 1 können neben der Geldstrafe oder der Haft die Werbungswerkzeuge eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Schuldigen gehören oder nicht.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

---

§ 41. Mit Geldstrafe bis zu zehn Mark oder mit Haft bis zu drei Tagen wird bestraft, wer auf Forstgrundstücken bei Ausübung einer Waldnutzung den Legitimationsschein, den er nach den gesetzlichen Vorschriften oder Polizeiverordnungen, nach dem Herkommen oder nach dem Inhalt der Berechtigung lösen muß, nicht bei sich führt.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

---

§ 42. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft bis zu vier Wochen wird bestraft, wer als Dienstbarkeits- oder Nutzungsberechtigter Walderzeugnisse, die er, ohne auf ein bestimmtes Maß beschränkt zu sein, lediglich zum eigenen Bedarf zu entnehmen berechtigt ist, veräußert.

---

§ 43. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer den Gesetzen oder Polizeiverordnungen über den Transport von Brennholz oder unverarbeitetem Bau- oder Nutzholz zuwiderhandelt, oder den Gesetzen oder Polizeiverordnungen zuwider Brennholz oder unverarbeitetes Bau- oder Nutzholz in Ortschaften einbringt. Dies gilt insbesondere auch von Bandstöcken (Reifstäben) jeder Holzart, birkenen Reisern, Korbruten, Faschinen und jungen Nadelhölzern.

Das Holz ist einzuziehen, wenn nicht der rechtmäßige Erwerb desselben nachgewiesen wird.

---

§ 44. Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer:
1. mit unverwahrtem Feuer oder Licht den Wald betritt oder sich demselben in gefahrbringender Weise nähert;
2. im Walde brennende oder glimmende Gegenstände fallen läßt, fortwirft oder unvorsichtig handhabt;
3. abgesehen von den Fällen des § 368 Nr. 6 des Strafgesetzbuchs[1]) im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben im Freien ohne Erlaubnis des Ortsvorstehers, in dessen Bezirk der Wald liegt, in Königlichen Forsten ohne Erlaubnis des zuständigen Forstbeamten Feuer anzündet oder das gestatteter Maßen angezündete Feuer gehörig zu beaufsichtigen oder auszulöschen unterläßt;
4. abgesehen von den Fällen des § 360 Nr. 10 des Strafgesetzbuchs[2]) bei Waldbränden, von der Polizeibehörde, dem Ortsvorsteher oder deren Stellvertreter oder dem Forstbesitzer oder Forstbeamten zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Nachteile genügen konnte.

---

§ 45. Mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer im Walde oder in gefährlicher Nähe desselben:
1. ohne Erlaubnis des Ortsvorstehers,

---

[1]) § 368 Nr. 6. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Haiden, oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen Feuer anzündet.

§ 360 Nr. 10. Mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte.

in dessen Bezirk der Wald liegt, in Königlichen Forsten ohne Erlaubnis des zuständigen Forstbeamten, Kohlenmeiler errichtet;
2. Kohlenmeiler anzündet, ohne dem Ortsvorsteher oder in Königlichen Forsten dem Forstbeamten Anzeige gemacht zu haben;
3. brennende Kohlenmeiler zu beaufsichtigen unterläßt;
4. aus Meilern Kohlen auszieht oder abfährt, ohne dieselben gelöscht zu haben.

§ 46. Mit Geldstrafe von zehn bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft wird bestraft, wer den über das Brennen einer Waldfläche, das Abbrennen von liegenden oder zusammengebrachten Bodendecken und das Sengen von Rotthecken erlassenen polizeilichen Anordnungen zuwiderhandelt.

§ 47. Wer in der Umgegend einer Waldung, welche mehr als einhundert Hektare in räumlichem Zusammenhange umfaßt, innerhalb einer Entfernung von fünfundsiebzig Metern eine Feuerstelle errichten will, bedarf einer Genehmigung derjenigen Behörde, welche für die Erteilung der Genehmigung zur Errichtung von Feuerstellen zuständig ist. Vor der Aushändigung der Genehmigung darf die polizeiliche Bauerlaubnis nicht erteilt werden.

§ 48. Die Genehmigung der Behörde (§ 47) darf versagt oder an Bedingungen, welche die Verhütung von Feuersgefahr bezwecken, geknüpft werden, wenn aus der Errichtung der Feuerstelle eine Feuersgefahr für die Waldung zu besorgen ist.

Die Genehmigung darf nicht versagt werden, wenn die Feuerstelle innerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft, oder vom Waldeigentümer, oder in der Ausführung eines Enteignungsrechts errichtet werden soll; jedoch darf die Genehmigung an Bedingungen geknüpft werden, welche die Verhütung von Feuersgefahr bezwecken.

§ 49. Der Antrag auf Erteilung der Genehmigung ist dem Waldeigentümer, falls dieser nicht der Bauherr ist, mit dem Bemerken bekannt zu machen, daß er innerhalb einer Frist von einundzwanzig Tagen bei der Behörde (§ 47) Einspruch erheben könne.

Der erhobene Einspruch ist von der Behörde (§ 47), geeignetenfalls nach Anhörung des Antragstellers und des Waldeigentümers, sowie nach Aufnahme des Beweises zu prüfen.

§ 50. Die Versagung der Genehmigung, die Erteilung der Genehmigung unter Bedingungen, sowie die Zurückweisung des erhobenen Einspruchs erfolgt durch einen Bescheid der Behörde, welcher mit Gründen zu versehen und dem Antragsteller sowie dem Waldeigentümer zu eröffnen ist.

Gegen den Bescheid steht dem Antragsteller, sowie dem Waldhüter innerhalb einer Frist von zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren offen. Zuständig ist:

a) der Kreisausschuß, wenn der Bescheid von der Ortspolizeibehörde eines Landkreises erteilt worden ist;
b) der Bezirksausschuß, wenn der Bescheid vom Landrate (Oberamtmanne) oder von der Ortspolizeibehörde eines Stadtkreises, in der Provinz Hannover von der Polizeibehörde einer selbständigen Stadt erteilt worden ist.

§ 51. Wer vor Erteilung der vorgeschriebenen Genehmigung mit der Errichtung einer Feuerstelle beginnt, wird mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft bestraft. Auch kann die Behörde (§ 47) die Weiterführung der Anlage verhindern und die Wegschaffung der errichteten Anlage anordnen.

§ 52. Die Bestimmungen des Gesetzes vom 25. August 1876, betreffend die Verteilung der öffentlichen Lasten bei Grundstücksteilungen und die Gründung neuer Ansiedelungen u. s. w. (Gesetz-Samml. S. 405), werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt.

Ist zu der Errichtung der Feuerstelle (§ 47) eine Ansiedelungsgenehmigung erforderlich, so ist in dem Geltungsbereiche des vorstehend genannten Gesetzes das Verfahren nach den §§ 48 bis 50 des gegenwärtigen Gesetzes mit dem Verfahren nach den §§ 13 bis 17 des Gesetzes vom 25. August 1876 zu verbinden.

Zweiter Titel.

Strafverfahren.

§ 53. Für die Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz sind die Schöffengerichte zuständig.

Die gesetzliche Befugnis der Ortspolizeibehörden zur vorläufigen Straffestsetzung beziehungsweise zur Verhängung einer etwa verwirkten Einziehung wird hierdurch nicht berührt.

Das Amt des Amtsanwalts kann verwaltenden Forstbeamten übertragen werden.

§ 54. Die an die Stelle einer nicht beizutreibenden Geldstrafe eintretende Haft kann vollstreckt werden, ohne daß der Versuch der Beitreibung der Geldstrafe gegen den für haftbar Erklärten gemacht worden ist, sofern die Zahlungsunfähigkeit desselben gerichtskundig ist.

§ 55. Für das gerichtliche Verfahren gelten, soweit nicht in diesem Gesetze abändernde Bestimmungen getroffen sind, die Vorschriften der Strafprozeßordnung über das Verfahren vor den Schöffengerichten.

§ 56. Mehrere Strafsachen können, auch wenn ein Zusammenhang (§§ 3 und 236 der Strafprozeßordnung) nicht vorhanden ist, zum Zwecke gleichzeitiger Verhandlung und Entscheidung verbunden werden.

§ 57. Die Hauptverhandlung kann auch in den Fällen der §§ 20 und 21 dieses Gesetzes ohne Anwesenheit des Angeklagten erfolgen.

§ 58. Für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Berufung sind die Strafkammern zuständig; dieselben entscheiden in der Besetzung mit drei Mitgliedern einschließlich des Vorsitzenden.

§ 59. Die Revision gegen die in der Berufungsinstanz erlassenen Urteile findet nur statt, wenn eine der durch die §§ 20 und 21 dieses Gesetzes vorgesehenen strafbaren Handlungen den Gegenstand der Untersuchung bildet.

§ 60. Auf Zuwiderhandlungen gegen die im Interesse des Feld- und Forstschutzes erlassenen Polizeiverordnungen findet das in diesem Gesetze vorgeschriebene Verfahren Anwendung.

Steht mit einer der vorbezeichneten Zuwiderhandlungen oder mit einer Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz ein nach § 361 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs [1]) strafbares Nichtabhalten von der Begehung strafbarer Verletzungen der Gesetze zum Schutze der Feldfrüchte und Forsten im Zusammenhange, so findet auch auf diese Uebertretung das in diesem Gesetze vorgeschriebene Verfahren Anwendung.

§ 61. In Fällen, wo nach diesem Gesetze die Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist die Zurücknahme des Antrags zulässig.

Dritter Titel.

Feld- und Forsthüter.

§ 62. Feldhüter (Forsthüter) im Sinne dieses Gesetzes sind die von einer Stadtgemeinde, von einer Landgemeinde oder von einem Grundbesitzer für den Feldschutz (Forstschutz) angestellten Personen.

Die Anstellung der Feldhüter (Forsthüter) bedarf der Bestätigung nach den für Polizeibeamte gegebenen Vorschriften und, soweit solche nicht bestehen, der Bestätigung des Landrats (Oberamtmanns).

§ 63. Die für den Feldschutz (Forstschutz) im Königlichen Dienst angestellten Personen haben die Befugnisse der Feldhüter (Forsthüter).

[1]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 11 des Gesetzes betreffend den Forstdiebstahl.

§ 64. Den Gemeinden steht es frei, aus der Zahl ihrer Mitglieder Ehrenfeldhüter zu wählen.

Die Wahl bedarf in den Landgemeinden der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Die Ehrenfeldhüter sind zu allen dienstlichen Verrichtungen der Feldhüter befugt.

§ 65. Feldhüter, Ehrenfeldhüter oder Forsthüter müssen ein Dienstabzeichen bei sich führen und bei Ausübung ihres Amtes auf Verlangen vorzeigen.

§ 66. Feldhüter, Ehrenfeldhüter und Forsthüter können für sämtliche in einer Gerichtssitzung zu verhandelnden Feld- und Forstpolizeisachen, in welchen sie als Zeugen vernommen werden sollen, in dieser Sitzung durch einmalige Leistung des Zeugeneides im voraus beeidet werden.

Vierter Titel.

Schadenersatz und Pfändung.

§ 67. Der Anspruch auf Erstattung des durch eine Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz entstandenen Schadens ist im Wege des Civilprozesses geltend zu machen.

§ 68. Erfolgt bei Entwendungen die Entscheidung durch den Richter auf Grund der Hauptverhandlung, so hat der Richter auf den Antrag des Beschädigten neben der Strafe die Verpflichtung des Schuldigen zum Ersatz des nach den örtlichen Preisen abzuschätzenden Wertes des Entwendeten an den Beschädigten auszusprechen.

Für den Antrag kommen die Vorschriften der Strafprozeßordnung über den Antrag auf Zuerkennung einer Buße (§§ 443 bis 445) [1]) zur entsprechenden Anwendung.

Durch den Antrag auf Wertsersatz wird der weitergehende Anspruch auf Schadenersatz nicht ausgeschlossen.

§ 69. Bei Weidefreveln (§ 14) und, sofern es sich um Uebertritt von Tieren handelt, bei Zuwiderhandlungen gegen den § 10 dieses Gesetzes und gegen den § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs [2]) hat der Beschädigte die Wahl, die Erstattung des nachweisbaren Schadens oder die Zahlung eines Ersatzgeldes zu fordern.

Der Anspruch auf Ersatzgeld ist unabhängig von dem Nachweis eines Schadens.

Mit der Geltendmachung des Anspruchs auf Ersatzgeld erlischt das Recht auf Schadenserstattung. Ist aber der Anspruch auf Schadenserstattung erhoben, so kann bis zur Verkündung des Endurteils erster Instanz statt der Schadenserstattung das Ersatzgeld gefordert werden.

---

[1]) § 443. Die Befugnis, sich einer öffentlichen Klage nach den Bestimmungen der §§ 435—442 als Nebenkläger anzuschließen, steht auch demjenigen zu, welcher berechtigt ist, die Zuerkennung einer Buße zu verlangen.

Wer die Zuerkennung einer Buße in einem auf erhobene öffentliche Klage anhängigen Verfahren beantragen will, muß sich zu diesem Zwecke der Klage als Nebenkläger anschließen.

§ 444. Der Antrag auf Zuerkennung einer Buße kann bis zur Verkündung des Urteils erster Instanz gestellt werden.

Der Antrag kann bis zur Verkündung des Urteils zurückgenommen, ein zurückgenommener Antrag nicht erneuert werden.

Wird der Angeklagte freigesprochen oder das Verfahren eingestellt, oder die Sache ohne Urteil erledigt, so gilt auch der Antrag ohne weitere Entscheidung für erledigt.

Der Anspruch auf Buße kann von den Erben des Verletzten nicht erhoben oder fortgesetzt werden.

§ 445. Der Nebenkläger hat den Betrag, welchen er als Buße verlangt, anzugeben.

Auf einen höheren Betrag der Buße als den beantragten darf nicht erkannt werden.

[2]) Man vergleiche Anmerkung zu § 10 dieses Gesetzes.

Treten die Tiere in den Fällen der §§ 10 und 14 dieses Gesetzes oder im Falle des § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs zugleich auf die Grundstücke verschiedener Besitzer über, so wird das Ersatzgeld nur einmal erlegt. Dasselbe gebührt demjenigen Besitzer, welcher den Anspruch zuerst bei der Ortspolizei angebracht hat. Ist die Anbringung von mehreren gleichzeitig erfolgt, so wird das Ersatzgeld zwischen diesen gleichmäßig verteilt, den übrigen Besitzern verbleibt das Recht auf Schadensersatz.

§ 70. Der Anspruch auf Ersatzgeld verjährt in vier Wochen.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem der Uebertritt der Tiere stattgefunden hat.

Die Verjährung wird unterbrochen durch Erhebung der Klage auf Schadensersatz.

§ 71. Das Ersatzgeld beträgt:

1. wenn die Tiere betroffen werden auf bestellten Aeckern vor beendeter Ernte, künstlichen oder auf solchen Wiesen, oder mit Futterkräutern besäten Weiden, welche der Besitzer selbst noch mit der Hütung verschont, oder die derselbe eingefriedigt hat, in Gärten, Baumschulen, Weinbergen, auf mit Rohr bewachsenen Flächen, auf Weidenhegern, Dünen, Dämmen, Teichen, Buhnen, Deckwerken, gedeckten Sandflächen, Graben- oder Kanalböschungen, in Forstkulturen, Schonungen oder Saatkämpen:
   a) für ein Pferd, einen Esel oder ein Stück Rindvieh . . . . 2,00 Mk.,
   b) für ein Schwein, eine Ziege oder ein Schaf 1,00 „
   c) für eine Gans . . 0,30 „
   d) für ein Stück anderes Federvieh . . . . 0,20 „
2. in allen anderen Fällen:
   a) für ein Pferd, einen Esel oder ein Stück Rindvieh . . . . 0,50 Mk.,
   b) für ein Schwein, eine Ziege oder ein Schaf 0,20 „
   c) für ein Stück Federvieh . . . . . 0,20 „

§ 72. Ist gleichzeitig eine Mehrzahl von Tieren übergetreten, so darf der Gesamtbetrag der nach dem § 71 zu entrichtenden Ersatzgelder

1. in den Fällen des § 71 Nr. 1
   für Pferde, Esel, Rindvieh, Schweine, Ziegen und Schafe . . . 60 Mk.,
   für Federvieh . . . . 15 „
2. in den Fällen des § 71 Nr. 2
   für Pferde, Esel, Rindvieh, Schweine, Ziegen und Schafe . . . 15 Mk.,
   für Federvieh . . . . 2 „

nicht übersteigen.

§ 73. Die Ersatzgeldbeträge der §§ 71 und 72 können für ganze Kreise oder für einzelne Feldmarken auf Antrag der Kreisvertretung, in den Hohenzollernschen Landen auf Antrag der Amtsvertretung, durch Beschluß des Bezirksausschusses bis auf das Doppelte erhöht oder bis auf die Hälfte ermäßigt werden.

Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

§ 74. Der Anspruch auf Ersatzgeld kann in allen Fällen gegen den Besitzer der Tiere unmittelbar geltend gemacht werden.

Mehrere Besitzer von Vieh, welches eine gemeinschaftliche Herde bildet, haften für das Ersatzgeld dem Beschädigten gegenüber solidarisch.

§ 75. Der Anspruch auf Ersatzgeld ist im Falle des § 69 Abs. 3 im Civilprozesse zu verfolgen.

In allen anderen Fällen ist der Anspruch bei der Ortspolizeibehörde anzubringen. Diese erteilt nach Anhörung der Beteiligten und Anstellung der erforderlichen Ermittelungen einen Bescheid. Werden dem Anspruche auf Ersatzgeld gegenüber Thatsachen glaubhaft gemacht, aus welchen ein den Anspruch ausschließendes Recht hervorgeht, so ist dem Beschädigten zu überlassen, seinen Anspruch im Wege des Civilprozesses zu verfolgen.

§ 76. Der Bescheid der Ortspolizeibehörde (§ 75) ist den Beteiligten zu eröffnen. Innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach der Eröffnung steht jedem

Teile die Klage bei dem Kreisausschusse, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern bei dem Bezirksausschusse zu. Auch hier findet die Vorschrift des letzten Satzes in § 75 Abs. 2 Anwendung. Die Entscheidungen des Kreisausschusses und des Bezirksausschusses sind endgültig.

§ 77. Wird Vieh auf einem Grundstücke betroffen, auf welchem es nicht geweidet werden darf, so kann dasselbe auf der Stelle oder in unmittelbarer Verfolgung sowohl von dem Feld- oder Forsthüter, als auch von dem Beschädigten oder von solchen Personen gepfändet werden, welche die Aufsicht über das Grundstück führen oder zur Familie, zu den Dienstleuten oder zu den auf dem Grundstücke beschäftigten Arbeitsleuten des Beschädigten gehören.

In gleicher Weise ist bei Zuwiderhandlungen gegen den § 10 dieses Gesetzes und bei Zuwiderhandlungen gegen den § 368 Nr. 9 des Strafgesetzbuchs [1]) die Pfändung der Reit- oder Zugtiere oder des Viehes zulässig.

§ 78. Die gepfändeten Tiere haften für den entstandenen Schaden oder die Ersatzgelder und für alle durch die Pfändung und die Schadensfeststellung verursachten Kosten.

Die gepfändeten Tiere müssen sofort freigegeben werden, wenn bei dem zuständigen Gemeinde- oder Gutsvorstande ein Geldbetrag oder ein anderer Pfandgegenstand hinterlegt wird, welcher den Forderungen des Beschädigten entspricht.

§ 79. Die Kosten für die Einstellung, Wartung und Fütterung der gepfändeten Tiere werden von der Ortspolizeibehörde festgesetzt.

Durch Beschluß des Bezirksausschusses können für die Kreise des Bezirks mit Zustimmung der Kreisvertretungen, in den Hohenzollernschen Landen mit Zustimmung der Amtsvertretungen, allgemeine Wertsätze für die Einstellung, Wartung und Fütterung der gepfändeten Tiere festgesetzt werden. Der Beschluß des Bezirksausschusses ist endgültig.

§ 80. Der Pfändende hat von der geschehenen Pfändung binnen vierundzwanzig Stunden dem Gemeinde-, Gutsvorsteher, oder der Ortspolizeibehörde, in Städten der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

Der Gemeinde- oder Gutsvorsteher oder die Polizeibehörde bestimmt über die vorläufige Verwahrung der gepfändeten Tiere.

Der Gemeinde- oder Gutsvorsteher hat von der erfolgten Pfändung sofort der Ortspolizeibehörde Anzeige zu machen.

§ 81. Ist die Anzeige (§ 80 Abs. 1) unterlassen, so kann der Gepfändete die Pfandstücke zurückverlangen. Der Pfändende hat in diesem Falle keinen Anspruch auf den Ersatz der durch die Pfändung entstandenen Kosten.

§ 82. Wird der Ortspolizeibehörde eine Pfändung angezeigt, so erteilt dieselbe sogleich oder nach einer schleunigst anzustellenden Ermittelung, unter Berücksichtigung der Höhe des Schadens, des Ersatzgeldes und der Kosten, einen Bescheid darüber, ob die Pfändung ganz oder teilweise aufrecht zu erhalten oder aufzuheben, oder ob ein anderweit angebotenes Pfand anzunehmen ist. In dem Bescheide ist über die Art der ferneren Verwahrung der gepfändeten oder in Pfand gegebenen Gegenstände Bestimmung zu treffen.

Ist die Pfändung nur teilweise aufrecht erhalten, so sind die freigegebenen Pfandstücke dem Gepfändeten auf seine Kosten sofort zurückzugeben.

§ 83. Macht der Gepfändete Thatsachen glaubhaft, aus welchen die Unrechtmäßigkeit der Pfändung hervorgeht, so ist dem Beschädigten zu überlassen, seinen Anspruch im Wege des Civilprozesses zu verfolgen.

In diesem Falle hat die Polizeibehörde über die Verwahrung der gepfändeten Tiere oder über die Annahme und Verwahrung eines anderen geeigneten Pfandes vorläufige Festsetzung zu treffen. Gegen diese Festsetzung ist ein Rechtsmittel nicht zulässig.

[1]) Man vergleiche Anmerkung zu § 10 dieses Gesetzes.

§ 84. Der Bescheid der Ortspolizeibehörde (§ 82) ist dem Beteiligten zu eröffnen. Innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach der Eröffnung steht jedem Teile die Klage bei dem Kreisausschusse, in Stadtkreisen und in den zu einem Landkreise gehörigen Städten mit mehr als zehntausend Einwohnern bei dem Bezirksausschusse zu. Auch hier findet die Vorschrift des § 83 Abs. 1 Anwendung. Die Entscheidungen des Kreisausschusses und des Bezirksausschusses sind endgültig.

§ 85. Ist durch eine rechtskräftige Entscheidung die Pfändung aufrecht erhalten, so läßt die Ortspolizeibehörde die gepfändeten oder in Pfand gegebenen Gegenstände nach ortsüblicher Bekanntmachung öffentlich versteigern.

Bis zum Zuschlage kann der Gepfändete gegen Zahlung eines von der Ortspolizei festzusetzenden Geldbetrages, sowie der Versteigerungskosten die gepfändeten oder in Pfand gegebenen Gegenstände einlösen.

§ 86. Der Erlös aus der Versteigerung oder die eingezahlte Summe dient zur Deckung aller entstandenen Kosten, sowie der Ersatzgelder.

Zur Deckung des Schadensersatzes dient der Erlös oder die eingezahlte Summe nur, wenn der Anspruch darauf innerhalb dreier Monate nach der Pfändung geltend gemacht ist.

Der nach Deckung der zu zahlenden Beträge sich ergebende Rest wird dem Gepfändeten zurückgegeben. Ist dieser seiner Person oder seinem Aufenthalte nach unbekannt, so wird der Rest der Armenkasse des Ortes, in welchem die Pfändung geschehen ist, ausgezahlt. Innerhalb dreier Monate nach der Auszahlung kann der Gepfändete den Rest zurückverlangen.

§ 87. Fordert der Beschädigte im Falle der Pfändung Ersatzgeld, so ist über diese Forderung und die Pfändung in demselben Verfahren zu verhandeln und zu entscheiden.

§ 88. Die in §§ 49, 50, 76, 80, 84 erwähnten Fristen sind präklusivisch.

Fünfter Titel.

Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 89. Das gegenwärtige Gesetz findet auf den Stadtkreis Berlin mit der Maßgabe Anwendung, daß die im gegenwärtigen Gesetze dem Bezirksausschusse zugewiesenen Obliegenheiten vom Oberpräsidenten wahrgenommen werden.

§ 90. In den Hohenzollernschen Landen werden die dem Kreisausschusse beigelegten Befugnisse vom Amtsausschuß wahrgenommen.

§ 91 hat keine Bedeutung mehr.

§ 92. Solange in der Provinz Posen die gutsherrliche Polizeigewalt noch besteht, tritt für den Umfang derjenigen Rittergüter, in welchen der Besitzer die Ortspolizei selbst oder durch einen Stellvertreter verwaltet, in den Fällen der §§ 75, 82 und 83 dieses Gesetzes an die Stelle der Ortspolizeibehörde ein vom Landrat zu bestimmender Polizei-Distrikts-Kommissarius.

§ 93. Für das weitere Verfahren in den am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Strafsachen finden die Vorschriften der §§ 8 ff. des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung entsprechende Anwendung.

Auf die Erledigung der am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes anhängigen Sachen finden in Beziehung auf die Zuständigkeit der Behörden, auf das Verfahren und auf die Zulässigkeit der Rechtsmittel die bisherigen gesetzlichen Vorschriften Anwendung.

§ 94. In der Rheinprovinz kann in den zu erlassenden Polizeiverordnungen (§§ 11 und 13)

1. vorgeschrieben werden, wie die Einfriedigung, welche das Eindringen

fremden Viehes zu verhindern geeignet ist, und durch welche ein Grundstück von der Stoppelweide ausgeschlossen wird, beschaffen sein muß;

2. die Ausübung der nicht ablösbaren Stoppelweide
   a) auf solchen Grundstücken, welche durch besondere Bearbeitung des Bodens in Wiesen umgewandelt sind, sowie auf solchen Wiesen, auf welchen zum Zweck ihrer Verbesserung ein künstlicher Umbau oder künstliche Ent- oder Bewässerungs-Anlagen ausgeführt oder in der Ausführung begriffen sind, untersagt,
   b) auf natürlichen Wiesen auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt werden.

---

§ 95. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Juli 1880 in Kraft.

---

§ 96. Mit diesem Zeitpunkte treten alle dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen außer Kraft.

Im besonderen treten außer Kraft alle Strafbestimmungen der Feld- und Forstpolizeigesetze.

In Kraft bleiben:

1. die gesetzlichen Bestimmungen über den Bezug der verhängten Geldstrafen;
2. die gesetzlichen Bestimmungen über Pfändungen, soweit sie nicht durch die Vorschriften dieses Gesetzes betroffen werden;
3. alle das Rechtsverhältnis der Nutzungsberechtigten zu den Waldeigentümern betreffenden Gesetze, ausschließlich der darin enthaltenen Strafbestimmungen und Vorschriften über das Strafverfahren. Die vorläufige Verordnung vom 5. März 1843 über die Ausübung der Waldstreuberechtigung (Gesetz-Samml. S. 105) behält ihre Wirksamkeit mit der Maßgabe, daß an Stelle der darin angedrohten Strafen und des Verfahrens die bezüglichen Vorschriften dieses Gesetzes treten; desgleichen bleibt die Verordnung, betreffend die Kontrolle der Hölzer, welche unverarbeitet transportiert werden, vom 30. Juni 1839 (Gesetz-Samml. S. 223), mit den im § 43 dieses Gesetzes enthaltenen Abänderungen fortbestehen.

Bis zur Verkündung der nach § 13 zu erlassenden Polizeiverordnungen behalten die bisherigen Vorschriften über die Ausübung der Nachtweide, des Einzelhütens, sowie der Weide der Gemeinde- und Genossenschaftsherden Geltung.

§ 97. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Die Preußischen Jagdgesetze.

Vorbemerkung.

Die Artikel 69 bis 72 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmen:

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über Jagd und Fischerei, unbeschadet der Vorschrift des § 958 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Ersatz des Wildschadens. (Art. 69.)

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Grundsätze, nach welchen der Wildschaden festzustellen ist, sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen der Anspruch auf Ersatz des Wildschadens innerhalb einer bestimmten Frist bei der zuständigen Behörde geltend gemacht werden muß. (Art. 70.)

Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, nach welchen

1. die Verpflichtung zum Ersatze des Wildschadens auch dann eintritt, wenn der Schaden durch jagdbare Tiere anderer als der im § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Gattungen angerichtet wird;
2. für den Wildschaden, der durch ein aus einem Gehege ausgetretenes jagdbares Tier angerichtet wird, der Eigentümer oder der Besitzer des Geheges verantwortlich ist;
3. der Eigentümer eines Grundstücks, wenn das Jagdrecht auf einem anderen Grundstücke nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf seinem Grundstück ausgeübt werden darf, für den auf dem anderen Grundstück angerichteten Wildschaden auch dann haftet, wenn er die ihm angebotene Pachtung der Jagd abgelehnt hat;
4. der Wildschaden, der an Gärten, Obstgärten, Weinbergen, Baumschulen und einzeln stehenden Bäumen angerichtet wird,

dann nicht zu ersetzen ist, wenn die Herstellung von Schutzvorrichtungen unterblieben ist, die unter gewöhnlichen Umständen zur Abwendung des Schadens ausreichen;

5. die Verpflichtung zum Schadensersatz im Falle des § 835 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs abweichend bestimmt wird;
6. die Gemeinde an Stelle der Eigentümer der zu einem Jagdbezirke vereinigten Grundstücke zum Ersatze des Wildschadens verpflichtet und zum Rückgriff auf die Eigentümer berechtigt ist, oder an Stelle der Eigentümer oder des Verbandes der Eigentümer oder der Gemeinde oder neben ihnen der Jagdpächter zum Ersatze des Schadens verpflichtet ist;
7. der zum Ersatze des Wildschadens Verpflichtete Erstattung des geleisteten Ersatzes von demjenigen verlangen kann, welcher in einem anderen Bezirke zur Ausübung der Jagd berechtigt ist. (Art. 71.)

Besteht in Ansehung eines Grundstücks ein zeitlich nicht begrenztes Nutzungsrecht, so finden die Vorschriften des § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Verpflichtung zum Ersatze des Wildschadens mit der Maßgabe Anwendung, daß an die Stelle des Eigentümers der Nutzungsberechtigte tritt. (Art. 72.)

Darnach gelten die Preußischen Jagdgesetze noch nach dem 1. Januar 1900 mit einziger Ausnahme der gesetzlichen Bestimmungen über den Ersatz des Wildschadens. Ueber den letzteren enthält das Bürgerliche Gesetzbuch im § 835 eigene Bestimmungen.

Ein großer Teil der Jagdgesetze, welche in Preußen in Wirksamkeit sind, haben nur für eine Provinz oder noch kleinere Teile der Monarchie Geltung. Sie in die vorliegende Sammlung aufzunehmen, entsprach nicht dem Zweck des Werkes. Die unten abgedruckten Gesetze gelten teilweise im ganzen Umfange Preußens, teilweise wenigstens im größten Teile desselben.

Das Geltungsgebiet des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 ist Altpreußen, nämlich die sieben östlichen Provinzen, Rheinland und Westfalen, ferner Schleswig-Holstein mit Ausnahme des Kreises Herzogtum Lauenburg.

Da es die öffentliche Sicherheit und den Bestand des Wildes gefährden würde, wenn jeder Grundeigentümer das uneingeschränkte Recht hätte, auf seinem Grund und Boden zu jagen, beschränkt das Jagdpolizeigesetz das Jagdrecht dadurch, daß es die selbständige Ausübung desselben durch den Grundeigentümer an gewisse Bedingungen knüpft.

Selbst jagen darf nämlich der Grundeigentümer nur:

1. auf einem Grundstück, welches eine zusammenhängende Fläche von mindestens dreihundert Morgen bildet;
2. auf dauernd und vollständig eingefriedeten Grundstücken, auch wenn sie kleiner sind, als dreihundert Morgen;
3. auf Seeen, zur Fischerei eingerichteten Teichen und auf solchen Inseln, welche eine einzige Besitzung bilden, auch wenn sie den Flächeninhalt von dreihundert Morgen nicht erreichen (§ 2).

Hat ein Grundstück der genannten Art mehr als drei Eigentümer, oder gehört es Gemeinden oder Korporationen, so wird die Ausübung des Jagdrechts des ferneren durch § 3 des Gesetzes beschränkt.

Andere Grundstücke eines Gemeindebezirkes, sofern sie nicht Enklaven nach § 7 des Gesetzes sind, werden zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk vereinigt, und es muß auf ihnen die Jagd entweder vollständig ruhen oder durch einen angestellten Jäger verwaltet oder verpachtet werden (§§ 4, 10). Organ der Interessenten eines Jagdbezirks für ihre Jagdangelegenheiten ist der Gemeindevorstand (§ 9). Die Einkünfte der Jagd werden unter die Besitzer der zum Jagdbezirk gehörigen Grundstücke nach Verhältnis des Flächeninhalts dieser Grundstücke verteilt (§ 11).

Besitzer isoliert belegener Höfe dürfen ihre nicht im Gemenge liegenden Grundstücke, wenn sie die Jagdausübung auf denselben ruhen lassen wollen, zeitweise vom Jagdbezirk ausschließen (§§ 5, 6).

Die Ausübung der Jagd auf den sogenannten Waldenklaven regelt § 7 im Interesse des Wildstandes.

Aus demselben Grunde, aus welchem die Selbstausübung des Jagdrechtes durch den Grundstückseigentümer beschränkt ist, ist auch die Zahl der Pächter einer Jagd begrenzt. Weil Schadensersatzansprüche gegen einen Jagdpächter, der Ausländer ist, schwer geltend gemacht werden können, soll die Verpachtung der Jagd an Ausländer der Regel nach nicht gestattet werden (§ 12).

Der § 17 des Gesetzes droht denen, welche die Jagd unbefugt ausüben, Strafen an.

Die §§ 21 bis 25 enthalten Bestimmungen über den Wildschaden. Sie sind durch das Wildschadengesetz vom 11. Juli 1891 teils ergänzt, teils aufgehoben worden.

Das Gesetz über die Schonzeit des Wildes giebt Bestimmungen über Hege- und Schonzeit. Dieselben sind für Elchwild abgeändert durch das unten mitabgedruckte Gesetz vom 13. August 1897.

Der § 1 des Gesetzes stellt die Zeiten fest, in welchen die einzelnen Wildarten mit der Jagd verschont werden sollen. Der § 5 bedroht das Töten und Einfangen von Wild während der vorgeschriebenen

Schonzeiten, der § 7 das Zumverkaufbringen von Wild nach Ablauf von vierzehn Tagen nach eingetretener Hege- oder Schonzeit mit Strafe.

Das Ausnehmen der Eier oder Jungen von jagdbarem Federwild verbietet der § 6 des Gesetzes auch für die zur Jagd berechtigten Personen; nur zum Ausbrütenlassen können sie im Freien liegende Eier an sich nehmen.

Ueber den Ersatz von Wildschaden bestimmt das Bürgerliche Gesetzbuch in § 835:

> Wird durch Schwarz-, Rot-, Elch-, Dam- oder Rehwild oder durch Fasanen ein Grundstück beschädigt, an welchem dem Eigentümer das Jagdrecht nicht zusteht, so ist der Jagdberechtigte verpflichtet, dem Verletzten den Schaden zu ersetzen. Die Ersatzpflicht erstreckt sich auf den Schaden, den die Tiere an den getrennten, aber noch nicht eingeernteten Erzeugnissen des Grundstücks anrichten.
>
> Ist dem Eigentümer die Ausübung des ihm zustehenden Jagdrechts durch das Gesetz entzogen, so hat derjenige den Schaden zu ersetzen, welcher zur Ausübung des Jagdrechts nach dem Gesetze berechtigt ist. Hat der Eigentümer eines Grundstücks auf dem das Jagdrecht wegen der Lage des Grundstücks nur gemeinschaftlich mit dem Jagdrecht auf einem anderen Grundstück ausgeübt werden darf, das Jagdrecht dem Eigentümer dieses Grundstücks verpachtet, so ist der letztere für den Schaden verantwortlich.
>
> Sind die Eigentümer der Grundstücke eines Bezirkes zum Zwecke der gemeinschaftlichen Ausübung des Jagdrechts durch das Gesetz zu einem Verbande vereinigt, der nicht als solcher haftet, so sind sie nach dem Verhältnisse der Größe ihrer Grundstücke ersatzpflichtig.

Hierdurch werden die Bestimmungen des Wildschadengesetzes vom 11. Juli 1891 ergänzt und abgeändert.

Ueber den Ersatz von Wildschaden durch Schwarzwild giebt der § 14 des Wildschadengesetzes Bestimmungen.

Den Weg, den der Verletzte zur Geltendmachung seiner Ersatzforderung einzuschlagen hat, schreiben die §§ 6 bis 11 des Wildschadengesetzes vor: Darnach hat der Beschädigte binnen drei Tagen nach erlangter Kenntnis von der Beschädigung seinen Anspruch bei der zuständigen Ortspolizeibehörde anzumelden (§ 6). Die Ortspolizeibehörde beraumt hierauf einen Termin an Ort und Stelle an, in welchem der Schaden ermittelt und abgeschätzt, sowie eine gütliche Einigung zwischen den Beteiligten versucht wird (§§ 7, 8). Auf Grund der Vorverhand-

lungen erteilt die Ortspolizeibehörde einen Vorbescheid über den Schadensersatzanspruch und die entstandenen Kosten (§ 9). Bei diesem Vorbescheid können die Beteiligten sich beruhigen oder binnen zwei Wochen Klage beim Kreisausschuß, in Stadtkreisen beim Bezirksausschuß erheben (§ 10).

Bei wiederholtem Wildschaden durch Rot- oder Damwild innerhalb eines Kalenderjahres kann die Schonzeit der schädigenden Wildgattung für einen bestimmten Zeitraum aufgehoben und der Jagdberechtigte zum Abschuß aufgefordert und angehalten werden (§ 12). Genügt dies nicht, so kann dem Grundbesitzer oder dem sonstigen Nutzungsberechtigten (z. B. dem Pächter) die Genehmigung zum Einfangen und Erlegen des übertretenden Rot- und Damwildes erteilt werden (§ 13).

Im Interesse einer gedeihlichen Entwicklung des Wildstandes ist es erforderlich, die Person der Jäger zu kontrollieren und ihre Zahl zu beschränken. Daher fordert das Jagdscheingesetz vom 31. Juli 1895 in § 1, daß jeder, der die Jagd ausüben will, einen von dem Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde des Kreises, in dem er wohnt oder in dem er zur Ausübung der Jagd berechtigt ist, auf seinen Namen ausgestellten Jagdschein bei sich führt. Dieser Jagdschein gilt für ganz Preußen.

Es giebt verschiedene Arten von Jagdscheinen: Jahresjagdscheine und Tagesjagdscheine, erstere auf ein Jahr, letztere auf drei aufeinanderfolgende Tage ausgestellt (§ 3). Die Gebühr für einen Jagdschein ist verschieden, je nachdem er als Jahres- oder als Tagesjagdschein, für einen Inländer oder für einen Ausländer ausgestellt ist (§ 4).

Solchen Personen, welche auf Grund des § 23 des Forstdiebstahlsgesetzes beeidigt sind, und solchen, welche sich in der für den Staatsforstdienst vorgeschriebenen Ausbildung befinden, wird ein Jagdschein erteilt, ohne daß sie eine Gebühr dafür zu entrichten brauchen. Doch hat dieser Jagdschein nur eine beschränkte Gültigkeit (§ 5).

Gewissen Personen muß, gewissen anderen kann der Jagdschein versagt werden. Ist aber ein Jagdschein erteilt und die Thatsachen, welche die Versagung rechtfertigen, treten erst nachträglich ein oder werden der Behörde erst nachträglich bekannt, so muß oder kann der Jagdschein für ungültig erklärt und dem Empfänger wieder abgenommen werden (§§ 6 bis 8).

Die §§ 11 und 12 des Jagdscheingesetzes enthalten Strafbestimmungen.

Jagdpolizeigesetz.

Vom 7. März 1850.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., verordnen, mit Zustimmung beider Kammern, was folgt:

§ 1. Die Ausübung des einem jeden Grundbesitzer auf seinem Grund und Boden zustehenden Jagdrechts wird nachstehenden Bestimmungen unterworfen.

---

§ 2. Zur eigenen Ausübung des Jagdrechts auf seinem Grund und Boden ist der Besitzer nur befugt:

a) auf solchen Besitzungen, welche in einem oder mehreren aneinander grenzenden Gemeindebezirken einen land- oder forstwirtschaftlich benutzten Flächenraum von wenigstens dreihundert Morgen einnehmen und in ihrem Zusammenhange durch kein fremdes Grundstück unterbrochen sind; die Trennung, welche Wege oder Gewässer bilden, wird als eine Unterbrechung des Zusammenhanges nicht angesehen; zu den Wegen in vorstehendem Sinne sind auch Schienenwege und Eisenbahnkörper zu rechnen;

b) auf allen dauernd und vollständig eingefriedigten Grundstücken.

Darüber, was für dauernd und vollständig eingefriedigt zu erachten, entscheidet der Landrat;

c) auf Seen, auf zur Fischerei eingerichteten Teichen und auf solchen Inseln, welche ein Besitztum bilden.

---

§ 3. Wenn die im § 2 bezeichneten Grundstücke mehr als dreien Besitzern gemeinschaftlich gehören, so ist die eigene Ausübung des Jagdrechts auf diesen Grundstücken nicht sämtlichen Mitbesitzern gestattet.

Dieselben müssen vielmehr die Ausübung des Jagdrechts einem bis höchstens dreien unter ihnen übertragen. Doch steht ihnen auch frei, das Jagdrecht ruhen oder durch einen angestellten Jäger ausüben zu lassen oder zu verpachten.

Gemeinden oder Korporationen dürfen das Jagdrecht auf solchen ihnen gehörenden Grundstücken (2) nur durch Verpachtung oder durch einen angestellten Jäger ausüben.

---

§ 4. Alle übrigen Grundstücke eines Gemeindebezirks, welche nicht zu den im § 2 gedachten gehören, bilden der Regel nach einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk. Es ist aber den Gemeindebehörden gestattet, nach freier Uebereinkunft mehrere ganze Gemeindebezirke oder einzelne Teile eines Gemeindebezirks mit einem anderen Gemeindebezirke zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke zu vereinigen. Auch soll die Gemeindebehörde befugt sein, mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde [1]) aus dem Bezirke einer Gemeinde mehrere für sich bestehende Jagdbezirke zu bilden, deren jedoch keiner eine geringere Fläche als dreihundert Morgen umfassen darf.

Den Besitzern der im § 2 bezeichneten Grundstücke ist es gestattet, sich mit diesen Grundstücken dem Jagdbezirke ihrer Gemeinden anzuschließen.

[1]) Des Kreisausschusses, in Stadtkreisen des Bezirksausschusses nach § 104 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (man vergleiche Band II).

Die Beschlüsse über alle dergleichen Abänderungen der gewöhnlichen Jagdbezirke dürfen sich auf keinen kürzeren Zeitraum als auf zwölf Jahre erstrecken.

§ 5. Die Besitzer isoliert belegener Höfe sind berechtigt, sich mit denjenigen Grundstücken, welche zusammenhängend den Hof ganz oder teilweise umgeben, also nicht mit fremden Grundstücken im Gemenge liegen, von dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke auszuschließen, wenngleich die Grundstücke nicht zu den im § 2 gedachten gehören.

§ 6. Auf den nach § 5 aus dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke ausgeschiedenen Grundstücken müssen die Grundbesitzer, solange die Ausschließung dauert, die Ausübung des Jagdrechts gänzlich ruhen lassen.

Auch müssen die Grenzen solcher Grundstücke stets erkennbar bezeichnet werden.

§ 7. Grundstücke, welche von einem über dreitausend Morgen im Zusammenhange großen Walde, der eine einzige Besitzung bildet, ganz oder größtenteils eingeschlossen sind, werden, auch wenn sie nicht unter die Bestimmungen des § 2 fallen, dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke der Gemeinde nicht zugeschlagen. Die Besitzer solcher Grundstücke sind verpflichtet, die Ausübung der Jagd auf denselben dem Eigentümer des sie umschließenden Waldes auf dessen Verlangen gegen eine nach dem Jagdertrage zu bemessende Entschädigung zeitpachtweise zu übertragen, oder die Jagdausübung gänzlich ruhen zu lassen. [1])

Macht der Waldeigentümer von seiner Befugnis, die Jagd auf der Enclave zu verpachten, beim Anerbieten des Besitzers nicht Gebrauch, so steht dem letzteren die Ausübung der Jagd auf dem enclavierten Grundstücke zu.

Stoßen mehrere derartige Grundstücke aneinander, so daß sie eine ununterbrochene zusammenhängende Fläche von mindestens dreihundert Morgen umfassen, so bilden dieselben einen für sich bestehenden gemeinschaftlichen Jagdbezirk, für welchen die nämlichen Vorschriften gelten, wie für die gewöhnlichen Jagdbezirke.

§ 8. Die im § 5 des Gesetzes vom 31. Oktober 1848 [2]) (Gesetz-Samml. für 1848 S. 344) enthaltenen Vorschriften über die Ausübung der Jagd in den Festungswerken, in deren Umkreise, sowie in dem der Pulvermagazine und ähnlicher Anstalten, bleiben unverändert in Kraft.

§ 9. Die Besitzer der einen Jagdbezirk bildenden Grundstücke werden in allen Jagdangelegenheiten durch die Gemeindebehörde vertreten. Werden Grundstücke aus verschiedenen Gemeindebezirken zu einem Jagdbezirke vereinigt, so bestimmt die Aufsichtsbehörde diejenige Gemeindebehörde, welche die Vertretung zu übernehmen hat.

§ 10. Nach Maßgabe der Beschlüsse der Gemeindebehörde kann auf dem gemeinschaftlichen Jagdbezirke entweder:

a) die Ausübung der Jagd gänzlich ruhen, oder
b) die Jagd für Rechnung der beteiligten Grundbesitzer durch einen angestellten Jäger beschlossen werden, oder

[1]) Wegen der Festsetzung der Entschädigung bei mangelnder Einigung vergleiche man jetzt § 105 Nr. 3 des Zuständigkeitsgesetzes.

[2]) § 5. In allen Festungswerken ist allein die Militärverwaltung befugt, die Jagd durch besonders dazu ermächtigte Personen ausüben zu lassen.

Außerhalb dieser Werke, desgleichen um die Pulvermagazine und ähnliche Anstalten werden, auf Kosten der Militärverwaltung, Umkreise oder Rayons von zusammenhängender Fläche gebildet und bezeichnet, innerhalb welcher die Jagd mit Feuergewehren nicht ausgeübt werden darf, bei Vermeidung einer Polizeistrafe von fünfzehn bis sechzig Mark oder, im Unvermögensfalle, eines verhältnismäßigen Gefängnisses.

Die weiteste Entfernung der Außenlinie von den ausspringenden Winkeln des Glacis der Pulvermagazine und ähnlicher Anstalten wird auf dreihundert Schritte festgesetzt. Die Abgrenzung erfolgt gemeinschaftlich von der Festungsbehörde, einem Deputierten des Stadtvorstandes und einem der Kreisverwaltung.

c) dieselbe, sei es öffentlich im Wege des Meistgebots, oder aus freier Hand verpachtet werden.

Die Pachtverträge dürfen sich auf keinen kürzeren Zeitraum als auf drei Jahre und auf keinen längeren Zeitraum als auf zwölf Jahre erstrecken.

---

§ 11. Die Pachtgelder und Einnahmen von der durch einen angestellten Jäger beschossenen Jagd werden in die Gemeindekasse gezahlt, und, nach Abzug der etwa entstehenden Verwaltungskosten, durch die Gemeindebehörde unter die Besitzer derjenigen Grundstücke, auf welchen die gemeinschaftliche Ausübung des Jagdrechts stattfindet, nach dem Verhältnisse des Flächeninhalts dieser Grundstücke verteilt.

---

§ 12. Die Verpachtung der Jagd, sowohl auf den im § 2 erwähnten Grundstücken, als auf gemeinschaftlichen Jagdbezirken, darf bei Strafe der Nichtigkeit des Vertrages niemals an mehr als höchstens drei Personen gemeinschaftlich erfolgen.

Ausländer dürfen nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde als Jagdpächter angenommen werden.

Afterverpachtungen sind ohne Einwilligung des Verpächters nicht gestattet.

---

§ 13. Sowohl den Pächtern gemeinschaftlicher Jagdbezirke, als auch den Besitzern der im § 2 bezeichneten Grundstücke, ist die Anstellung von Jägern für ihre Reviere gestattet.

---

§§ 14 bis **16** sind aufgehoben durch das Jagdscheingesetz (siehe unten).

---

§ 17. Wer zwar mit einem Jagdschein versehen, aber ohne Begleitung des Jagdberechtigten, oder ohne dessen schriftlich erteilte Erlaubnis bei sich zu führen, die Jagd auf fremdem Jagdbezirke ausübt, wird mit einer Strafe von sechs bis fünfzehn Mark belegt.

Wer die Jagd auf seinem Grundstücke gänzlich ruhen zu lassen verpflichtet ist, dieselbe dennoch aber darauf ausübt, hat eine Geldstrafe von dreißig bis sechzig Mark und die Konfiskation der dabei gebrauchten Jagdgeräte verwirkt.

Wer auf seinem eigenen Grundstücke, auf dem die Jagd an einen Dritten verpachtet ist, oder auf dem ein Jäger für gemeinschaftliche Rechnung der bei einem Jagdbezirke beteiligten Grundbesitzer die Jagd zu beschießen hat, ohne Einwilligung des Jagdpächters oder der Gemeindebehörde jagt, ebenso derjenige, welcher auf fremden Grundstücken, ohne eine Berechtigung dazu zu haben, die Jagd ausübt, wird wegen Wilddiebstahls oder Jagdkontravention nach den allgemeinen Gesetzen bestraft.

---

§ 18. Die Bestimmung der Hege- und Schonzeit erfolgt nach dem Gesetze über die Schonzeit des Wildes vom 26. Februar 1870 (Gesetz-Samml. S. 120).

Sonstige Uebertretungen der Vorschriften über Hege- und Schonzeit werden mit einer, nach richterlichem Ermessen zu bestimmenden Geldbuße bis zu einhundertundfünfzig Mark geahndet.

---

§ 19. Wer zur Begehung einer Jagdpolizeiübertretung sich seiner Angehörigen, Dienstboten, Lehrlinge oder Tagelöhner als Teilnehmer oder Gehülfen bedient, haftet, wenn diese nicht zahlungsfähig sind, neben der von ihm selbst verwirkten Strafe, für die von denselben zu erlegenden Geldstrafen und den Schadensersatz.

---

§ 20. Wegen einer Jagdpolizeiübertretung soll eine Untersuchung nicht weiter eingeleitet werden, wenn seit dem Tage der begangenen That bis zum Eingange der Anzeige an die Staatsanwaltschaft oder den Richter drei Monate verstrichen sind.

---

§ 21. Durch Klappern, aufgestellte Schreckbilder, sowie durch Zäune kann ein jeder das Wild von seinen Besitzungen abhalten, auch wenn er auf diesen zur Ausübung des Jagdrechts nicht befugt ist. Zur Abwehr des Rot-, Dam- und Schwarzwildes kann er sich auch kleiner oder gemeiner Haushunde bedienen.

---

§ 22. Auf gemeinschaftlichen Jagdbezirken, auf welchen Wildschäden vorkommen, darf die Gemeindebehörde, wenn auch nur ein einzelner Grundbesitzer Widerspruch dagegen erhebt, die Ausübung der Jagd nicht ruhen lassen.

---

§ 23. [1]) Wenn die in der Nähe von Forsten belegenen Grundstücke, welche Teile eines gemeinschaftlichen Jagdbezirkes bilden, oder solche Waldenclaven, auf welchen die Jagdausübung dem Eigentümer des sie umschließenden Waldes überlassen ist (§ 7), erheblichen Wildschäden durch das aus der Forst übertretende Wild ausgesetzt sind, so ist der Landrat befugt, auf Antrag der geschädigten Grundbesitzer nach vorhergegangener Prüfung des Bedürfnisses und für die Dauer desselben, den Jagdpächter selbst während der Schonzeit zum Abschusse des Wildes aufzufordern. Schützt der Jagdpächter, dieser Aufforderung ungeachtet, die beschädigten Grundstücke nicht genügend, so kann der Landrat den Grundbesitzern selbst die Genehmigung erteilen, das auf diese Grundstücke übertretende Wild auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehrs zu töten.

Wird gegen die Verfügung des Landrates bei dem Bezirksausschusse Beschwerde eingelegt, so bleibt erstere bis zur eingehenden höheren Entscheidung interimistisch gültig.

Das von den Grundbesitzern infolge einer solchen Genehmigung des Landrates erlegte oder gefangene Wild muß aber gegen Bezahlung des in der Gegend üblichen Schußgeldes dem Jagdpächter überlassen und die desfallsige Anzeige binnen vierundzwanzig Stunden erstattet werden.

---

§ 24. Auch der Besitzer einer solchen Waldenclave, auf welcher die Jagd nach § 7 gar nicht ausgeübt werden darf, ist, wenn das Grundstück erheblichen Wildschäden ausgesetzt ist und der Besitzer des umgebenden Waldjagdreviers der Aufforderung des Landrates, das vorhandene Wild selbst während der Schonzeit abzuschießen, nicht genügend nachkommt, zu fordern berechtigt, daß ihm der Landrat nach vorhergegangener Prüfung des Bedürfnisses und auf die Dauer desselben die Genehmigung erteile, das auf die Enklave übertretende Wild auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehrs zu töten. [2])

In diesem Falle verbleibt das gefangene oder erlegte Wild Eigentum des Enklavenbesitzers.

In den in den §§ 23 und 24 gedachten Fällen vertritt die von dem Landrate zu erteilende Legitimation die Stelle des Jagdscheins.

---

§ 25 ist aufgehoben durch das Wildschadengesetz (siehe unten).

---

§ 26. Wenn die jetzt bestehenden Jagdpachtkontrakte der Bildung der in den §§ 4 und 7 vorgeschriebenen gemeinschaftlichen Jagdbezirke hinderlich sind, so treten dieselben mit dem 1. Juli 1851 von selbst außer Kraft.

---

§ 27. In denjenigen Städten, welche zu keinem landrätlichen Kreise gehören, werden die in diesem Gesetze den Landräten übertragenen Befugnisse von den Ortspolizeibehörden ausgeübt, und in Stelle der Kreiskommunalkasse tritt die städtische Kasse.

---

§ 28 ist aufgehoben durch das Jagdscheingesetz (siehe unten).

---

§ 29. An die Stelle der in den §§ 17 und 18 angedrohten Geldstrafen tritt für den Fall, daß der Uebertreter zu deren Bezahlung unvermögend ist, eine verhältnismäßige Haftstrafe.

---

§ 30. Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften werden hiermit aufgehoben.

---

§ 31. Unser Minister für landwirtschaftliche Angelegenheiten wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

---

[1]) Man vergleiche jetzt die §§ 12 bis 17 des Wildschadengesetzes vom 11. Juli 1891.

[2]) Man vergleiche jetzt auch § 103 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (Band II).

Gesetz,

betreffend

Ergänzung der gesetzlichen Vorschriften über die Ausübung der Jagd auf eigenem Grundbesitz.

Vom 7. August 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Einziger Artikel.

Die Bildung eines eigenen Jagdbezirkes ist auch dann zulässig, wenn die dafür in Betracht kommenden Grundstücke in mehreren Landesteilen liegen, in denen die gesetzlichen Vorschriften über die Bildung eines eigenen Jagdbezirkes voneinander abweichen. In diesem Falle kommen die für den größeren Teil der Grundstücke geltenden gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung. Bei gleicher Größe ist dasjenige Gesetz maßgebend, welches den größeren Flächeninhalt für die Bildung eines eigenen Jagdbezirkes erfordert.

Gesetz

über

die Schonzeit des Wildes.

Vom 26. Februar 1870.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den ganzen Umfang der Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande, was folgt:

§ 1. Mit der Jagd zu verschonen sind:

1. das Elchwild in der Zeit vom 1. Dezember bis Ende August, [1])
2. männliches Rot- und Damwild in der Zeit vom 1. März bis Ende Juni,
3. weibliches Rotwild, weibliches Damwild und Wildkälber in der Zeit vom 1. Februar bis 15. Oktober,
4. der Rehbock in der Zeit vom 1. März bis Ende April,
5. weibliches Rehwild in der Zeit vom 15. Dezember bis 15. Oktober,
6. Rehkälber das ganze Jahr hindurch,
7. der Dachs vom 1. Dezember bis Ende September,
8. Auer-, Birk-, Fasanenhähne in der Zeit vom 1. Juni bis Ende August,
9. Enten in der Zeit vom 1. April bis Ende Juni; für einzelne Landstriche kann die Schonzeit durch den Bezirksausschuß aufgehoben werden,
10. Trappen, Schnepfen, wilde Schwäne und alles andere Sumpf- und Wassergeflügel, mit Ausnahme der wilden Gänse und der Fischreiher, in der Zeit vom 1. Mai bis Ende Juni,
11. Rebhühner in der Zeit vom 1. Dezember bis Ende August,
12. Auer-, Birk- und Fasanenhennen, Haselwild, Wachteln und Hasen in der Zeit vom 1. Februar bis Ende August,
13. für die Dauer des Jahres ist es verboten, Rebhühner, Hasen und Rehe in Schlingen zu fangen.

Alle übrigen Wildarten, namentlich auch Kormorane, Taucher und Säger dürfen das ganze Jahr hindurch gejagt werden. Beim Rot-, Dam- und Rehwild gilt das Jungwild als Kalb bis zum letzten Tage des auf die Geburt folgenden Dezembermonats.

---

§ 2. Die Bezirksausschüsse sind befugt, für die § 1 unter 7., 11. und 12. genannten Wildarten aus Rücksichten der Landeskultur und der Jagdpflege den Anfang und Schluß der Schonzeit alljährlich durch besondere Verordnung anderweit festzusetzen, so aber, daß Anfang oder Schluß der Schonzeit nicht über vierzehn Tage vor oder nach den § 1 bestimmten Zeitpunkten festgesetzt werden darf.

---

§ 3. Die in den einzelnen Landesteilen zum Schutz gegen Wildschaden in

---

[1]) Man vergleiche jetzt den § 1 des Gesetzes vom 13. August 1897, betreffend Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes.

betreff des Erlegens von Wild auch während der Schonzeit gesetzlich bestehenden Befugnisse werden durch dieses Gesetz nicht geändert.

§ 4. Auf Erlegung von Wild in eingefriedigten Wildgärten findet dieses Gesetz keine Anwendung. Der Verkauf des während der Schonzeit in solchen Wildgärten erlegten Wildes ist jedoch nach Maßgabe der Bestimmungen des § 7 untersagt.

§ 5. Für das Töten oder Einfangen von Wild während der vorgeschriebenen Schonzeiten sowie für das Fangen von Wild in Schlingen (§ 1 Nr. 13) treten folgende Geldbußen ein:

1. für ein Stück Elchwild 150 Mark,
2. für ein Stück Rotwild 90 Mark,
3. für ein Stück Damwild 60 Mark,
4. für ein Stück Rehwild 30 Mark,
5. für einen Dachs 15 Mark,
6. für einen Auerhahn oder Henne 30 Mark,
7. für einen Birkhahn oder Henne 9 Mark,
8. für einen Haselhahn oder Henne 9 Mark,
9. für einen Fasanen 30 Mark,
10. für einen Schwan 30 Mark,
11. für eine Trappe 9 Mark,
12. für einen Hasen 12 Mark,
13. für ein Rebhuhn 6 Mark,
14. für eine Schnepfe, Ente oder sonstiges Stück jagdbares Sumpf- und Wassergeflügel 6 Mark.

Wenn mildernde Umstände vorhanden sind, kann der Richter bei Festsetzung der Geldbuße bis auf ein Strafmaß von drei Mark herabgehen.

An Stelle der Geldbuße, welche wegen Unvermögens des Verurteilten nicht beigetrieben werden kann, tritt Haft nach Maßgabe der §§ 28 und 29 des Reichsstrafgesetzbuchs. [1])

§ 6. Das Ausnehmen der Eier oder Jungen von jagdbarem Federwilde ist auch für die zur Jagd berechtigten Personen verboten; doch sind dieselben (namentlich die Besitzer von Fasanereien) befugt, die Eier, welche im Freien gelegt sind, in Besitz zu nehmen, um sie ausbrüten zu lassen.

Desgleichen ist das Ausnehmen von Kibitz- und Möveneiern nach dem 30. April verboten.

Wer diesen Verboten zuwiderhandelt, verfällt in die § 368 Nr. 11 des Reichsstrafgesetzbuchs [2]) festgesetzte Strafe.

§ 7. Wer nach Ablauf von 14 Tagen

---

[1]) § 28. Eine nicht beizutreibende Geldstrafe ist in Gefängnis und, wenn sie wegen einer Uebertretung erkannt worden ist, in Haft umzuwandeln.

Ist bei einem Vergehen Geldstrafe allein oder an erster Stelle, oder wahlweise neben Haft angedroht, so kann die Geldstrafe in Haft umgewandelt werden, wenn die erkannte Strafe nicht den Betrag von sechshundert Mark und die an ihre Stelle tretende Freiheitsstrafe nicht die Dauer von sechs Wochen übersteigt.

War neben der Geldstrafe auf Zuchthaus erkannt, so ist die an deren Stelle tretende Gefängnisstrafe nach Maßgabe des § 21 in Zuchthausstrafe umzuwandeln.

Der Verurteilte kann sich durch Erlegung des Strafbetrages, soweit dieser durch die erstandene Freiheitsstrafe noch nicht getilgt ist, von der letzteren freimachen.

§ 29. Bei Umwandlung einer wegen eines Verbrechens oder Vergehens erkannten Geldstrafe ist der Betrag von drei bis zu fünfzehn Mark, bei Umwandlung einer wegen einer Uebertretung erkannten Geldstrafe der Betrag von Einer bis zu fünfzehn Mark einer eintägigen Freiheitsstrafe gleich zu achten.

Der Mindestbetrag der an Stelle einer Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe ist Ein Tag, ihr Höchstbetrag bei Haft sechs Wochen, bei Gefängnis Ein Jahr. Wenn jedoch eine neben der Geldstrafe wahlweise angedrohte Freiheitsstrafe ihrer Dauer nach den vorgedachten Höchstbetrag nicht erreicht, so darf die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe den angedrohten Höchstbetrag jener Freiheitsstrafe nicht übersteigen.

[2]) § 368 Nr. 11. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer unbefugt Eier oder Junge von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln ausnimmt.

nach eingetretener Hege- oder Schonzeit, während derselben Wild, rücksichtlich dessen die Jagd in dieser Zeit untersagt ist, in ganzen Stücken oder zerlegt, aber noch nicht zum Genusse fertig zubereitet, zum Verkaufe herumträgt, in Läden, auf Märkten oder sonst auf irgend eine Art zum Verkaufe ausstellt oder feilbietet, oder wer den Verkauf vermittelt, verfällt, zum Besten der Armenkasse derjenigen Gemeinde, in welcher die Uebertretung stattfindet, neben der Konfiskation des Wildes, in eine Geldbuße bis neunzig Mark.

Ist das Wild in den § 3 gedachten Ausnahmefällen erlegt, so hat der Verkäufer oder derjenige, welcher den Verkauf vermittelt, sich durch ein Attest der betreffenden Ortspolizeibehörde über die Befugnis zum Verkaufe zu legitimieren, widrigenfalls derselbe in eine Geldbuße bis zu fünfzehn Mark verfällt.

§ 8. Alle dem gegenwärtigen Gesetze entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen sind aufgehoben.

Gesetz,

betreffend

Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes vom 26. Februar 1870.

Vom 13. August 1897.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den ganzen Umfang Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Mit der Jagd zu verschonen sind:

das männliche Elchwild in der Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. August,

das weibliche Elchwild, sowie Elchkälber das ganze Jahr hindurch.

Als Elchkalb gilt das Jungwild bis zum letzten Tage des auf die Geburt folgenden Dezembermonats.

---

§ 2. Die §§ 12 und 13 des Wildschadengesetzes vom 11. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 307) kommen auch hinsichtlich des durch Elchwild verursachten Wildschadens zur Anwendung.

Wildschadengesetz.

Vom 11. Juli 1892.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß der Provinz Hannover und des vormaligen Kurfürstentums Hessen, was folgt:

§ 1. Der durch Schwarz-, Rot-, Elch- und Damwild, sowie Rehwild und Fasanen auf und an Grundstücken angerichtete Schaden ist dem Nutzungsberechtigten nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen zu ersetzen. [1])

§ 2. Ersatzpflichtig sind in einem gemeinschaftlichen Jagdbezirke die Grundbesitzer des Jagdbezirkes nach Verhältnis der Größe der beteiligten Fläche. [1]) Dieselben werden durch die Gemeindebehörde vertreten.

Hat bei Verpachtung der Jagd in gemeinschaftlichen Jagdbezirken die Gemeindebehörde die vollständige Wiedererstattung der zu zahlenden Wildschadensbeträge durch den Jagdpächter nicht ausbedungen, so müssen solche Jagdpachtverträge nach ortsüblicher Bekanntmachung eine Woche öffentlich ausgelegt werden. Sie bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Kreisausschusses, in Stadtkreisen des Stadtausschusses, wenn seitens auch nur eines Nutzungsberechtigten innerhalb zwei Wochen nach dieser Auslegung Widerspruch erhoben wird.

§ 3. Ersatzpflichtig ist bei Enklaven (§ 7 des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850, Gesetz-Samml. S. 165, § 9 des Gesetzes vom 30. März 1867, Gesetz-Samml. S. 426, und § 11 des Lauenburgischen Gesetzes vom 17. Juli 1872 Offiz. Wochenblatt f. Lauenburg S. 218) der Inhaber des umschließenden Jagdbezirkes, sofern er die Jagd auf der Enklave angepachtet oder die angebotene Anpachtung abgelehnt hat. [2])

§ 4. Ein Ersatz für Wildschaden findet nicht statt, wenn die Umstände ergeben, daß die Bodenerzeugnisse in der Absicht gezogen oder erheblich über die gewöhnliche Erntezeit hinaus auf dem Felde belassen sind, um Schadenersatz zu erzielen.

§ 5. Sofern Bodenerzeugnisse, deren voller Wert sich erst zur Zeit der Ernte bemessen läßt, vor diesem Zeitpunkte beschädigt werden (§ 1), so ist der Schaden in demjenigen Umfange zu erstatten, in welchem er sich zur Zeit der Ernte darstellt.

§ 6. Der Beschädigte, welcher auf Grund der §§ 1 bis 3 Ersatz für Wild-

[1]) Man vergleiche jetzt § 835 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (abgedruckt in der Vorbemerkung).

[2]) Aufrechterhalten durch Artikel 71 Nummer 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (abgedruckt in der Vorbemerkung).

schaden fordern will, hat diesen Anspruch bei der für das geschädigte Grundstück zuständigen Ortspolizeibehörde binnen drei Tagen, nachdem er von der Beschädigung Kenntnis erlangt hat, schriftlich oder zu Protokoll anzumelden. Bei Versäumung dieser Anmeldung findet ein Ersatzanspruch nicht statt. [1])

§ 7. Nach rechtzeitig erfolgter Anmeldung hat die Ortspolizeibehörde zur Ermittelung und Schätzung des behaupteten Schadens und zur Herbeiführung einer gütlichen Einigung unverzüglich einen Termin an Ort und Stelle anzuberaumen und zu demselben die Beteiligten unter der Verwarnung zu laden, daß im Falle des Nichterscheinens mit der Ermittelung und Schätzung des Schadens dennoch vorgegangen wird. Der Jagdpächter ist zu diesem Termine zu laden.

§ 8. Jedem Beteiligten steht das Recht zu, in dem Termine zu beantragen, daß die Schätzung des Schadens erst in einem zweiten kurz vor der Ernte abzuhaltenden Termine erfolge. Diesem Antrage muß stattgegeben werden.

§ 9. Auf Grund des Ergebnisses der Vorverhandlungen hat die Ortspolizeibehörde einen Vorbescheid über den Schadensersatzanspruch und die entstandenen Kosten zu erlassen und den Beteiligten in schriftlicher Ausfertigung zuzustellen.

Die Zustellung erfolgt nach Maßgabe der für Zustellungen des Kreisausschusses geltenden Bestimmungen.

§ 10. Gegen den Vorbescheid findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Kreisausschusse, in Stadtkreisen bei dem Bezirksausschusse statt.

Die Entscheidungen des Kreisausschusses und des Bezirksausschusses sind vorläufig vollstreckbar.

Wird innerhalb der zwei Wochen die Klage nicht erhoben, so wird der Bescheid endgültig und vollstreckbar.

§ 11. Als Kosten des Verfahrens kommen bare Auslagen, insbesondere Reisekosten und Gebühren der Sachverständigen, Botenlöhne und Portokosten in Ansatz. Die Kosten des Vorverfahrens werden als Teil der Kosten des Verwaltungsstreitverfahrens behandelt.

§ 12. [2]) Ist während des Kalenderjahres wiederholt durch Rot- oder Damwild verursachter Wildschaden durch die Ortspolizeibehörde festgestellt worden, so muß auf Antrag des Ersatzpflichtigen oder der Jagdberechtigten die Aufsichtsbehörde sowohl für den betroffenen, als auch nach Bedürfnis für benachbarte Jagdbezirke die Schonzeit der schädigenden Wildgattung für einen bestimmten Zeitraum aufheben und die Jagdberechtigten zum Abschuß auffordern und anhalten.

§ 13. [2]) Genügen diese Maßregeln nicht, so hat die Aufsichtsbehörde den Grundbesitzern und sonstigen Nutzungsberechtigten selbst nach Maßgabe der §§ 23 und 24 des Gesetzes vom 7. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 165) die Genehmigung zu erteilen, das auf ihre Grundstücke übertretende Rot- und Damwild auf jede erlaubte Weise zu fangen, namentlich auch mit Anwendung des Schießgewehres zu erlegen.

§ 14. Schwarzwild darf nur in solchen Einfriedigungen gehegt werden, aus denen es nicht ausbrechen kann. Der Jagdberechtigte, aus dessen Gehege Schwarzwild austritt, haftet für den durch das ausgetretene Schwarzwild verursachten Schaden.

Außer dem Jagdberechtigten darf jeder Grundbesitzer oder Nutzungsberechtigte innerhalb seiner Grundstücke Schwarzwild auf jede erlaubte Weise fangen, töten und behalten.

Die Aufsichtsbehörde kann die Benutzung von Schießwaffen für eine bestimmte Zeit gestatten.

Die Aufsichtsbehörde hat außerdem zur Vertilgung uneingefriedigten Schwarzwildes alles Erforderliche anzuordnen, sei es durch Polizeijagden, sei es durch an-

[1]) Aufrecht erhalten durch Artikel 70 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (abgedruckt in der Vorbemerkung).

[2]) Man vergleiche § 2 des oben abgedruckten Gesetzes vom 13. August 1897, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Schonzeiten des Wildes.

dere geeignete Maßregeln oder Auflagen an die Jagdberechtigten des Bezirks und der Nachbarforsten.

§ 15. Wilde Kaninchen unterliegen dem freien Tierfange, mit Ausschluß des Fangens mit Schlingen.

§ 16. Die Aufsichtsbehörde kann die Besitzer von Obst-, Gemüse-, Blumen- und Baumschulanlagen ermächtigen, Vögel und Wild, welche in den genannten Anlagen Schaden anrichten, zu jeder Zeit mittelst Schußwaffen zu erlegen. Der Jagdberechtigte kann verlangen, daß ihm die erlegten Tiere, soweit sie seinem Jagdrechte unterliegen, gegen das übliche Schußgeld überlassen werden.

Die Ermächtigung vertritt die Stelle des Jagdscheines. Sie darf Personen, welchen der Jagdschein versagt werden muß, nicht erteilt werden und ist widerruflich.

§ 17. Gegen die Anordnung oder Versagung obiger Maßregeln (§ 16) seitens der Aufsichtsbehörde (des Landrats, in Stadtkreisen der Ortspolizeibehörde, in Hohenzollern des Oberamtmanns) ist nur die Beschwerde an den Bezirksausschuß, in Hohenzollern an den Regierungspräsidenten, und gegen deren Entscheidung die Beschwerde zulässig, welche an den Minister des Innern und den Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten geht.

§ 18. Sofern das gegenwärtige Gesetz dem Jagdpächter größere als die bisherigen Verpflichtungen auferlegt, kann er den Pachtvertrag innerhalb drei Monate nach Verkündigung dieses Gesetzes derart kündigen, daß das Pachtverhältnis mit Ende des laufenden Pachtjahres erlischt.

Das gleiche Recht steht dem Verpächter zu, sofern der Pächter nicht für die Zeit bis zum Ablaufe der bestehenden Pachtverträge die Vergütung der durch das Gesetz dem Verpächter auferlegten Wildschäden auf sich nimmt.

§ 19. Der § 25 des Jagdpolizeigesetzes vom 7. März 1850 (Gesetz-Samml. S. 165), § 27 der Verordnung vom 30. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 416) und § 28 des Gesetzes vom 17. Juli 1872 (Lauenb. Offiz. Wochenblatt Nr. 42) werden aufgehoben.

Wildschadenersatz kann nur auf Grund und nach Maßgabe dieses Gesetzes gefordert werden.

§ 20. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1892 in Kraft.

Jagdscheingesetz.

Vom 31. Juli 1895.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie, mit Ausnahme der Insel Helgoland, was folgt:

§ 1. Wer die Jagd ausübt, muß einen auf seinen Namen lautenden Jagdschein bei sich führen. Zuständig für die Erteilung des Jagdscheines ist der Landrat (Oberamtmann), in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde, desjenigen Kreises, in welchem der den Jagdschein Nachsuchende einen Wohnsitz hat oder zur Ausübung der Jagd berechtigt ist.

Personen, welche weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind, noch in Preußen einen Wohnsitz haben, kann der Jagdschein gegen die Bürgschaft einer Person, welche in Preußen einen Wohnsitz hat, erteilt werden. Die Erteilung erfolgt durch die für den Bürgen gemäß Absatz 1 zuständige Behörde. Der Bürge haftet für die Geldstrafen, welche auf Grund dieses Gesetzes oder wegen Uebertretung sonstiger jagdpolizeilicher Vorschriften gegen den Jagdscheinempfänger verhängt werden, sowie für die Untersuchungskosten.

---

§ 2. Eines Jagdscheines bedarf es nicht:

1. zum Ausnehmen von Kiebitz- und Möveneiern;
2. zu Treiber- und ähnlichen, bei der Jagdausübung geleisteten Hülfsdiensten;
3. zur Ausübung der Jagd im Auftrage oder auf Ermächtigung der Aufsichts- oder Jagdpolizeibehörde in den gesetzlich vorgesehenen Fällen. Der Auftrag oder die Ermächtigung vertritt die Stelle des Jagdscheines.

---

§ 3. Der Jagdschein gilt für den ganzen Umfang der Monarchie. Er wird in der Regel auf ein Jahr ausgestellt (Jahresjagdschein). Personen, welche die Jagd nur vorübergehend ausüben wollen, kann jedoch ein auf drei aufeinander folgende Tage gültiger Jagdschein (Tagesjagdschein) ausgestellt werden.

---

§ 4. Für den Jahresjagdschein ist eine Abgabe von 15 Mark, für den Tagesjagdschein von 3 Mark zu entrichten. Personen, welche weder Angehörige eines deutschen Bundesstaates sind, noch in Preußen einen Wohnsitz oder Grundbesitz haben, müssen eine erhöhte Abgabe für den Jahresjagdschein von 40 Mark, für den Tagesjagdschein von 6 Mark entrichten.

Neben der Jagdscheinabgabe werden Ausfertigungs- oder Stempelgebühren nicht erhoben.

Gegen Entrichtung von 1 Mark kann eine Doppelausfertigung des Jagdscheins gewährt werden.

Die Jagdscheinabgabe fließt zur Kreis-Kommunalkasse, in den Stadtkreisen zur Gemeindekasse, in den Hohenzollernschen Landen zur Amts-Kommunalkasse. Ueber die Verwendung der eingegangenen Be-

träge hat die Vertretung des betreffenden Kommunalverbandes zu beschließen.

§ 5. Von der Entrichtung der Jagdscheinabgabe sind befreit:

Die auf Grund des § 23 des Forstdiebstahlgesetzes vom 15. April 1878 (Gesetz-Samml. S. 222) beeidigten sowie diejenigen Personen, welche sich in der für den Staatsforstdienst vorgeschriebenen Ausbildung befinden. Der unentgeltlich erteilte Jagdschein genügt nicht, um die Jagd auf eigenem oder gepachtetem Grund und Boden oder auf solchen Grundstücken auszuüben, auf welchen von dem Jagdscheininhaber außerhalb seines Dienstbezirks die Jagd gepachtet worden ist.

Die Unentgeltlichkeit ist auf dem Jagdschein zu vermerken.

§ 6. Der Jagdschein muß versagt werden:

1. Personen, von denen eine unvorsichtige Führung des Schießgewehrs ohne eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu besorgen ist;
2. Personen, welche sich nicht im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden, oder welche unter polizeilicher Aufsicht stehen;
3. Personen, welche in den letzten zehn Jahren
   a) wegen Diebstahls, Unterschlagung oder Hehlerei wiederholt, oder
   b) wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 117 bis 119 und 294 des Reichsstrafgesetzbuchs [1]) mit mindestens drei Monaten Gefängnis bestraft sind.

§ 7. Der Jagdschein kann versagt werden:

1. Personen, welche in den letzten fünf Jahren
   a) wegen Diebstahls, Unterschlagung oder Hehlerei einmal, oder
   b) wegen Zuwiderhandlung gegen die §§ 117 bis 119 des Reichsstrafgesetzbuchs [2]) mit weniger als drei Monaten Gefängnis bestraft sind;
2. Personen, welche in den letzten fünf Jahren wegen eines Forstdiebstahls, wegen eines Jagdvergehens, wegen einer Zuwiderhandlung gegen den § 113 des Reichsstrafgesetzbuchs, [3]) wegen der Uebertretung einer jagd-

[1]) § 117. Wer einem Forst- oder Jagdbeamten, einem Waldeigentümer oder Jagdberechtigten, oder einem von diesem bestellten Aufseher an der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes thätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu drei Jahren bestraft.

Ist der Widerstand oder der Angriff unter Drohung mit Schießgewehr, Aexten oder anderen gefährlichen Werkzeugen erfolgt, oder mit Gewalt an der Person begangen worden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt in den Fällen des Absatz 1 Gefängnisstrafe bis zu Einem Jahre, in den Fällen des Absatz 2 Gefängnisstrafe nicht unter Einem Monat ein.

§ 118. Ist durch den Widerstand oder den Angriff eine Körperverletzung dessen, gegen welchen die Handlung begangen ist, verursacht worden, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§ 119. Wenn eine der in den §§ 117 und 118 bezeichneten Handlungen von mehreren gemeinschaftlich begangen worden ist, so kann die Strafe bis um die Hälfte des angedrohten Höchstbetrages, die Gefängnisstrafe jedoch nicht über fünf Jahre erhöht werden.

§ 294. Wer unberechtigtes Jagen gewerbsmäßig betreibt, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

[2]) Man vergleiche die Anmerkung zu § 6.

[3]) § 113. Wer einem Beamten, welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden oder von Urteilen und Verfügungen der

polizeilichen Vorschrift oder wegen unbefugten Schießens (§§ 367 Nr. 8 und 368 Nr. 7 des Reichsstrafgesetzbuchs) [1]) bestraft sind.

§ 8. Wenn Thatsachen, welche die Versagung des Jagdscheins rechtfertigen, erst nach Erteilung des Jagdscheins eintreten oder zur Kenntnis der Behörde gelangen, so muß in den Fällen des § 6 und kann in den Fällen des § 7 der Jagdschein von der für die Erteilung zuständigen Behörde für ungültig erklärt und dem Empfänger wieder abgenommen werden.

Eine Rückvergütung der Jagdscheinabgabe oder eines Teilbetrags findet nicht statt.

§ 9. Gegen Verfügungen, durch welche der Jagdschein versagt oder entzogen wird, finden diejenigen Rechtsmittel statt, welche in den §§ 127 bis 129 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) gegen polizeiliche Verfügungen gegeben sind.

§ 10. Wer die Jagd innerhalb der abgesteckten Festungsrayons (§§ 8, 24 des Reichsrayongesetzes vom 31. Dezember 1871, Reichs-Gesetzbl. S. 459) [2]) ausüben will, muß vorher seinen Jagdschein von der Festungsbehörde mit einem Einsichtsvermerk versehen lassen.

§ 11. Mit Geldstrafe bis zu 20 Mk. wird bestraft:

1. wer bei Ausübung der Jagd seinen Jagdschein oder die nach § 2 Nr. 3 an dessen Stelle tretende Bescheinigung nicht bei sich führt;
2. wer die Jagd innerhalb der abgesteckten Festungsrayons ausübt, ohne einen von der Festungsbehörde mit

---

Gerichte berufen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes thätlich angreift, wird mit Gefängnis von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe bis zu Einem Jahre oder Geldstrafe bis zu eintausend Mark ein.

Dieselben Strafvorschriften treten ein, wenn die Handlung gegen Personen, welche zur Unterstützung des Beamten zugezogen waren, oder gegen Mannschaften der bewaffneten Macht, oder gegen Mannschaften einer Gemeinde-, Schutz- oder Bürgerwehr in Ausübung des Dienstes begangen wird.

[1]) § 367 Nr. 8. Mit Geldstrafe bis zu einhundert Mark oder mit Haft wird bestraft, wer ohne polizeiliche Erlaubnis an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten Selbstgeschosse, Schlageisen oder Fußangeln legt, oder an solchen Orten mit Feuergewehr oder anderem Schießwerkzeuge schießt, oder Feuerwerkskörper abbrennt.

§ 368 Nr. 7. Mit Geldstrafe bis zu sechzig Mark oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft, wer in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen mit Feuergewehr schießt oder Feuerwerke abbrennt.

[2]) § 8. Bei Neuanlagen von Befestigungen werden die denselben zunächst gelegenen beiden Rayons, sowie etwaige Esplanaden und Zwischenrayons durch die Kommandanturen unter Mitwirkung der Polizeibehörden und Zuziehung der Ortsvorstände, sowie der Besitzer selbständiger Gutsbezirke abgesteckt und durch feste Marken (Rayonsteine) bezeichnet.

Von diesem Zeitpunkte an treten die gesetzlichen Beschränkungen in der Benutzung des Grundeigentums in Wirksamkeit.

§ 24. Die bisherigen von diesen Bestimmungen abweichenden Rayons bestehender Befestigungen, insbesondere die der vorhandenen detachierten Forts, verbleiben bis zur Ausführung eines Neu- oder Verstärkungsbaues unverändert.

Die vorhandenen Esplanaden bleiben in ihrer bisherigen Ausdehnung unverändert; bei Neubau einer Citadelle wird über den Umfang der Esplanade in jedem Falle besondere Bestimmung durch die Reichs-Rayonkommission getroffen.

Ebenso verbleiben alle übrigen zur Zeit vorhandenen besonderen Rayons, wie die von verschanzten Lägern, Städtebefestigungen, inneren Abschnitten in und bei Festungen unverändert.

dem Einsichtsvermerk versehenen Jagdschein bei sich zu führen (§ 10).

§ 12. Mit Geldstrafe von 15 bis 100 Mark wird bestraft:

wer, ohne den vorgeschriebenen Jagdschein zu besitzen, die Jagd ausübt, oder wer von einem gemäß § 8 für ungültig erklärten Jagdschein Gebrauch macht.

Ist der Thäter in den letzten fünf Jahren wegen der gleichen Uebertretung vorbestraft, so können neben der Geldstrafe die Jagdgeräte sowie die Hunde, welche er bei der Zuwiderhandlung bei sich geführt hat, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob der Schuldige Eigentümer ist oder nicht.

§ 13. Die Fristen im § 6 Ziffer 3, § 7 Ziffer 1 und 2, § 12 Abs. 2 beginnen mit dem Ablauf desjenigen Tages, an welchem die Strafe verbüßt, verjährt oder erlassen ist.

§ 14. Für die Geldstrafen und Kosten, zu denen Personen verurteilt werden, welche unter der Gewalt oder Aufsicht oder im Dienste eines anderen stehen und zu dessen Hausgenossenschaft gehören, ist letzterer für den Fall des Unvermögens des Verurteilten für haftbar zu erklären, und zwar unabhängig von der etwaigen Strafe, zu welcher er selbst auf Grund dieses Gesetzes oder des § 361 zu 9 des Reichsstrafgesetzbuchs [1]) verurteilt wird.

Wird festgestellt, daß die That nicht mit seinem Wissen verübt worden ist, oder daß er sie nicht verhindern konnte, so wird die Haftbarkeit nicht ausgesprochen.

Gegen die in Gemäßheit der vorstehenden Bestimmungen als haftbar Erklärten tritt an die Stelle der Geldstrafe eine Freiheitsstrafe nicht ein.

§ 15. Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgestellten Jagdscheine behalten ihre Gültigkeit für die Zeit, auf welche sie ausgestellt worden sind.

[1]) § 361 Nr. 9. Mit Haft wird bestraft, wer Kinder oder andere unter seiner Gewalt stehende Personen, welche seiner Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der Zoll- oder Steuergesetze, oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt. Die Vorschriften dieser Gesetze über die Haftbarkeit für die den Thäter treffenden Geldstrafen oder anderen Geldleistungen werden hierdurch nicht berührt.

Fischereigesetz für den Preußischen Staat.

Vom 30. Mai 1874

mit den durch Gesetz vom 30. März 1880 festgesetzten Abänderungen.

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Geltungsbereich	1— 4
Einschränkung der Fischereiberechtigungen und Beseitigung der wilden Fischerei	5— 8
Genossenschaften	9—10
Erlaubnisscheine	11—18
Bezeichnung der zum Fischfange ausliegenden Fischerzeuge	19
Beseitigung der Hindernisse für den Wechsel der Fische	20
Verbot schädlicher Fangmittel	21
Fischereipolizeiliche Vorschriften	22
Vorschrift über Schonzeiten und den Schutz der jungen Fische	23—28
Schonreviere	29—34
Fischpässe	35—42
Verunreinigung der Fischwasser	43—44
Berechtigung zum Töten und Fangen schädlicher Tiere	45
Beaufsichtigung der Fischerei	46—48
Strafbestimmungen	49—52
Schlußbestimmungen	53—54

Fischereigesetz

für den

Preußischen Staat.

Vom 30. Mai 1874.

Vorbemerkung.

Das Preußische Fischereigesetz hat die Aufgabe, im öffentlichen Interesse die Fischerei dadurch zu heben, daß es der wilden Fischerei entgegentritt und das Recht zur Ausübung der Fischerei regelt, gewisse Fangarten und Fangmittel verbietet und Bestimmungen über Schonzeiten, Schonreviere und Fischpässe, sowie über Verunreinigung der Fischwasser trifft.

Zum Schutz und zur Vermehrung des Fischbestandes werden die Fischereiberechtigungen eingeschränkt und wird die wilde Fischerei aufgehoben. Der § 5 des Gesetzes giebt sogar dem Staat und den beteiligten Fischereiberechtigten das Recht, die Aufhebung oder die Beschränkung solcher Befugnisse, welche der Erhaltung und Vermehrung des Fischbestandes dauernd nachteilig sein müssen und einem wirtschaftlichen Betriebe der Fischerei entgegenstehen, gegen Entschädigung des Berechtigten zu beanspruchen.

Die Berechtigten eines größeren Fischereigebietes können zu geregelter Aufsichtsführung und gemeinschaftlichen Maßregeln zu Gunsten des Fischbestandes, geeigneten Falles auch zum Zweck gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Nutzung der Fischwasser zu Genossenschaften vereinigt werden (§§ 9, 10).

Jeder, der die Fischerei in den Revieren anderer Berechtigter ausüben will, ist zur Führung eines Erlaubnisscheines verpflichtet (§§ 11 bis 15); wer die Fischerei aus eigenem Recht betreiben will, muß eine Legitimation bei sich führen (§ 16).

Gewisse schädliche Fangarten und Fangmittel sind unbedingt verboten (§§ 20, 21).

Die Schonzeiten für die Fische sind durch landesherrliche Verordnung vorgeschrieben. Ueber die Beschränkungen der Fischerei in den Schonzeiten, über den Verkauf und Versand solcher Fische, die mit Rücksicht auf ihr Maß oder Gewicht nicht gefangen werden dürfen, enthalten die §§ 23 bis 28 Bestimmungen.

Für die Erhaltung des Fischstandes sind Schonreviere hergestellt, in denen jede Art des Fischfanges unterbleiben muß, und zwar entweder Laichschonreviere für ungestörte Verrichtung des Laichgeschäftes und für die Entwicklung der jungen Brut, und Fischschonreviere, die den Eingang der Fische auf dem Meere in die Binnengewässer sichern sollen (§§ 29 bis 34).

Das Fischereigesetz trifft ferner Vorsorge, daß die Hindernisse, welche den Zug der Wanderfische versperren, nach Möglichkeit beseitigt werden, indem es die Beteiligten zur Ausführung und Unterhaltung von Fischpässen oder zur Duldung der Herstellung solcher Fischpässe verpflichtet (§§ 35 bis 42).

Es verbietet ferner die Verunreinigung der Gewässer durch Zuführung solcher Stoffe, welche dem Fischbestande schädlich sind (§§ 43, 44), es berechtigt zum Töten und Fangen schädlicher Tiere (§ 45) und regelt die staatliche Aufsicht über die Fischerei (§§ 46 bis 48).

Den Schluß des Gesetzes bilden Strafandrohungen (§§ 49 bis 52).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. **verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:**

Geltungsbereich.

§ 1. Das nachfolgende Fischereigesetz findet Anwendung auf die Küsten- und Binnenfischerei in allen unter Unserer Hoheit befindlichen Gewässern.

§ 2. Zu dem Fischfange im Sinne dieses Gesetzes gehört auch der Fang von Krebsen, Austern, Muscheln und anderen nutzbaren Wassertieren, soweit sie nicht Gegenstand des Jagdrechts sind.

Wo in diesem Gesetz der Ausdruck „Fische" gebraucht ist, sind darin die vorbezeichneten Tiere mitbegriffen.

§ 3. Unter Küstenfischerei im Sinne dieses Gesetzes ist diejenige Fischerei verstanden, welche in den Unserer Hoheit unterworfenen Teilen der Nord- und Ostsee, in den offenen Meeresbuchten, den Haffen und in den größeren Strömen vor ihrer Einmündung in das Meer betrieben wird.

Binnenfischerei im Sinne dieses Gesetzes ist diejenige Fischerei, welche in den übrigen Gewässern, in den Flüssen bis abwärts zu dem Punkte, wo die Küstenfischerei beginnt, betrieben wird.

Die Grenzen der Küsten- und Binnenfischerei werden für jede der beteiligten Provinzen nach Anhörung der Provinzialvertretung im Wege landesherrlicher Verordnung festgestellt.

§ 4. Geschlossene Gewässer im Sinne dieses Gesetzes sind:

1. alle künstlich angelegten Fischteiche, mögen dieselben mit einem natürlichen Gewässer in Verbindung stehen oder nicht;
2. alle solche Gewässer, denen es an einer für den Wechsel der Fische geeigneten Verbindung fehlt;

wenn in denselben (Nr. 1 und 2) der Fischfang einem Berechtigten zusteht.

Streitigkeiten über die Frage, ob ein Gewässer im Sinne dieser Vorschrift als ein geschlossenes anzusehen ist, werden mit Ausschluß des Rechtsweges durch den Bezirksausschuß entschieden.

Einschränkung der Fischereiberechtigungen und Beseitigung der wilden Fischerei.

§ 5. Die bestehenden Fischereiberechtigungen unterliegen den einschränkenden Vorschriften dieses Gesetzes.

Gegen vollständige Entschädigung der Berechtigten kann in nicht geschlossenen Gewässern eine weitere Beschränkung oder gänzliche Aufhebung solcher Berechtigungen erfolgen, welche auf die Benutzung einzelner bestimmter Fangmittel oder ständiger Fischereivorrichtungen (Wehre, Zäune, Selbstfänge für Lachs und Aal, feststehender Netzvorrichtungen, Sperrnetze u. s. w.) gerichtet sind.

Eine solche weitere Beschränkung oder Aufhebung kann beansprucht werden:

1. vom Staate im öffentlichen Interesse;
2. von Fischereiberechtigten und Fischereigenossenschaften in dem oberen oder unteren Teil der Gewässer, wenn von denselben nachgewiesen wird, daß die Berechtigung der Erhaltung und Verbesserung des Fischbestandes dauernd nachteilig ist und einem wirtschaftlichen Betriebe der Fischerei in den betreffenden Gewässern entgegensteht.

Ueber den Antrag (Ziffer 2) entscheidet der Bezirksausschuß auf Klage der Fischereiberechtigten oder Fischereigenossenschaften.[1])

Die zu gewährende Entschädigung, welche in Ermangelung gütlicher Einigung im Rechtswege festzustellen ist, muß im ersten Falle (oben Nr. 1) vom Staate, im zweiten (oben Nr. 2) von demjenigen geleistet werden, welcher die Aufhebung der Berechtigung beansprucht.

Die bestehenden Vorschriften über die Ablösung von Dienstbarkeiten zur Fischerei werden durch die vorstehenden Bestimmungen nicht berührt.

§ 6. Fischereiberechtigungen, welche, ohne mit einem bestimmten Grundbesitze verbunden zu sein, bisher von allen Einwohnern oder Mitgliedern einer Gemeinde ausgeübt werden konnten, sollen künftig in dem bisherigen Umfang der politischen Gemeinde zustehen.

§ 7. Das Recht zur Ausübung der Binnenfischerei in solchen Gewässern, welche bisher dem freien Fischfang unterlagen, soll den politischen Gemeinden in den innerhalb ihrer Gemarkung belegenen Gewässern zustehen.

Wenn derartige Gewässer die Grenze zweier oder mehrerer Gemeinden bilden, ohne der einen oder der anderen Gemarkung ganz oder zu bestimmten Teilen anzugehören, sollen die Gemeinden in der Erstreckung, auf welcher ihr Bezirk das Gewässer begrenzt, gleichberechtigt sein.

Die im Gebiete des Französischen Rechts jedermann zustehende Befugnis, auf den Strömen und schiffbaren Flüssen die Angelfischerei zu betreiben, wird hierdurch aufgehoben.

§ 8. Gemeinden können die ihnen zustehende Binnenfischerei nur durch besonders angestellte Fischer oder durch Verpachtung nutzen.

Das Freigeben des Fischfanges ist verboten.

Die Dauer der Pachtverträge darf in der Regel nicht unter sechs Jahren bestimmt werden; Ausnahmen von dieser Bestimmung können unter besonderen Um-

[1]) Man vergleiche § 102 Nr. 2 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (Band II).

ständen von der Aufsichtsbehörde zugelassen werden.

Die Trennung der einer Gemeinde zustehenden zusammenhängenden Fischwasser in einzelne Pachtbezirke bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, welche darauf zu sehen hat, daß einer unwirtschaftlichen Zerstückelung der Fischerei vorgebeugt wird.

Die Aufsichtsbehörde ist befugt, zu bestimmen, welche Zahl der zulässigen Fanggeräte in jedem Pachtbezirke nicht überschritten werden darf.

Sind zwei oder mehrere Gemeinden in den ihre Gemarkung begrenzenden Gewässern gemeinsam berechtigt, so können sie die Fischerei nur auf gemeinschaftliche Rechnung nutzen.

Ist eine Einigung der Gemeinden über die Art der Nutzung nicht zu erreichen, so steht die Entscheidung darüber der Aufsichtsbehörde zu.

Genossenschaften.[1])

§ 9. Behufs geregelter Aufsichtsführung und gemeinschaftlicher Maßregeln zum Schutze des Fischbestandes und, sofern die im § 10 bezeichneten Voraussetzungen zutreffen, auch behufs gemeinschaftlicher Bewirtschaftung und Benutzung der Fischwasser können die Berechtigten eines größeren zusammenhängenden Fischereigebiets auf Grund eines landesherrlich zu genehmigenden Statuts zu einer Genossenschaft vereinigt werden, welche durch einen von sämtlichen Berechtigten nach näherer Vorschrift des Statuts zu wählenden Vorstand vertreten wird.

Ueber die Genossenschaftsbildung und das Genossenschaftsstatut sind die Berechtigten und im Falle des Widerspruchs auch nur Eines derselben die Kreisstände des oder der Kreise, in welchen das Genossenschaftsgebiet belegen ist, vor der Genehmigung des Statuts zu hören.

Die Bekanntmachung des landesherrlichen Erlasses erfolgt nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872. (Gesetz-Samml. S. 357.)

Im Falle freiwilliger Uebereinkunft aller Berechtigten genügt die Genehmigung des vereinbarten Statuts durch den Oberpräsidenten der betreffenden Provinz oder, insofern der Bezirk in mehreren Provinzen belegen ist, des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten.

---

§ 10. Eine Ausdehnung des Genossenschaftszweckes auf die gemeinschaftliche Bewirtschaftung und Benutzung der Fischwasser kann nur auf Antrag eines oder mehrerer Beteiligten erfolgen. Dieselbe ist zulässig:

1. wenn die sämtlichen beteiligten Berechtigten zustimmen;
2. bei der Binnenfischerei und zwar in der Beschränkung auf die der Genossenschaft angehörigen nicht geschlossenen Gewässer, wenn die Fischerei in denselben ausschließlich den Besitzern der anliegenden Grundstücke zusteht und der selbständige Fischereibetrieb der einzelnen Anlieger mit einer wirtschaftlichen Fischereinutzung der Gewässer im Ganzen unvereinbar ist. In diesem Fall ist bei dem Widerspruch auch nur Eines Berechtigten die Zustimmung der Kreisstände erforderlich.

Wird über den Maßstab für die Verteilung der Aufkünfte aus der gemeinschaftlichen Fischereinutzung eine Vereinbarung unter den Beteiligten nicht erzielt, so ist derselbe durch Schätzung der einzelnen Anteile am Fischwasser zu ermitteln. Das nähere hierüber bestimmt das Genossenschaftsstatut.

Unter denselben Voraussetzungen (Ziffer 1 und 2) kann innerhalb der größeren Genossenschaft (§ 9) für einen Teil der Berechtigten eine engere Genossenschaft zur gemeinschaftlichen Bewirtschaftung und Benutzung der Fischwasser gebildet werden.

Erlaubnisscheine.

§ 11. Wer die Fischerei in den Revieren anderer Berechtigter oder über die Grenzen der eigenen Berechtigung, beziehungsweise des freien Fischfangs hinaus betreiben will, muß mit einem nach Vorschrift der folgenden Paragraphen aus-

---

[1]) Man vergleiche die §§ 100 und 101 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883.

gestellten und beglaubigten Erlaubnisschein versehen sein, welchen er bei Ausübung der Fischerei zu seiner Legitimation stets mit sich zu führen und auf Verlangen des Aufsichtspersonals und der Lokalpolizeibeamten vorzuzeigen hat.

---

§ 12. Zur Ausstellung eines Erlaubnisscheins sind nur der Fischereiberechtigte und der Fischereipächter innerhalb der Grenzen ihrer Berechtigung befugt.

Soweit in genossenschaftlichen Revieren eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung der Fischwasser stattfindet, tritt der Vorstand der Genossenschaft an die Stelle der einzelnen Berechtigten.

Der Erlaubnisschein muß auf die Person, auf ein oder mehrere bestimmt bezeichnete Gewässer und auf bestimmte Zeit, welche den Zeitraum dreier Jahre nicht überschreiten darf, lauten. Er kann Beschränkungen in Beziehung auf die Art und die Zahl der Fanggeräte und die Zahl der beim Fischfange zu verwendenden Fahrzeuge enthalten.

Die Zahl der auszustellenden Erlaubnisscheine (Legitimationsscheine) kann für nicht geschlossene Gewässer von der Aufsichtsbehörde bestimmt werden.

---

§ 13. Fischerei-Erlaubnisscheine bedürfen der Beglaubigung und zwar:

1. für den Fischereibetrieb in den zu genossenschaftlichen Revieren gehörigen Gewässern durch den zur Handhabung der Fischereiaufsicht berufenen Genossenschaftsvorstand (§ 9);
2. für den Fischereibetrieb in den übrigen Gewässern durch diejenige Ortspolizeibehörde, in deren Bezirke der Aussteller wohnt.

Ausgenommen von dieser Vorschrift sind, soweit nicht für genossenschaftliche Reviere durch das Statut etwas anderes bestimmt wird, diejenigen Fischerei-Erlaubnisscheine, welche von einer öffentlichen Behörde, von einem öffentlichen Beamten innerhalb seiner Amtsbefugnisse, einem Gemeindevorstande oder dem zur Beglaubigung der Erlaubnisscheine berufenen Vorstande einer Fischereigenossenschaft ausgestellt sind.

---

§ 14. Die Beglaubigung des Erlaubnisscheins bezieht sich nur auf die Unterschrift des Ausstellers und enthält keine Anerkenntnis für die Berechtigung desselben.

---

§ 15. Die Beglaubigung der Erlaubnisscheine durch die Ortspolizeibehörde erfolgt stempel- und kostenfrei.

In genossenschaftlichen Revieren kann jedoch für die Beglaubigung der Erlaubnisscheine eine Gebühr bis zu einer Mark zu gunsten der Genossenschaft erhoben werden. Das nähere hierüber bestimmt das Genossenschaftsstatut.

---

§ 16. Wer die Fischerei aus eigenem Rechte oder als Pächter in nicht geschlossenen Gewässern (§ 4) betreiben will, hat davon der Aufsichtsbehörde, in genossenschaftlichen Revieren (§ 9) dem Vorstande derselben vorher Anzeige zu machen, erhält hierüber kosten- und stempelfrei eine Bescheinigung und hat dieselbe beim Fischen stets bei sich zu führen.

---

§ 17. Das bei dem Fischen in Gegenwart des Fischereiberechtigten, des Fischereipächters oder des Inhabers eines Erlaubnisscheins beschäftigte Hülfspersonal bedarf keiner Legitimation.

---

§ 18. An Stelle der vorstehenden §§ 11—17 bleibt der § 41 der Fischereiordnung für die in der Provinz Pommern belegenen Teile der Oder, das Haff und dessen Ausflüsse vom 2. Juli 1859 (Gesetz-Samml. S. 453) und der § 49 der Fischereiordnung für den Regierungsbezirk Stralsund vom 30. August 1865 (Gesetz-Samml. S. 941) für den Geltungsbereich dieser Gesetze in Kraft; es können jedoch die darin bestimmten Obliegenheiten des Königlichen Fischmeisters (Oberfischmeisters) in genossenschaftlichen Revieren auf den zur Handhabung der Fischereiaufsicht berufenen Genossenschaftsvorstand (§ 9) durch das Statut übertragen werden; in diesem Fall findet auf die Ausstellung und Bescheinigung der Legitimationsscheine (Willzettel, Fischzettel) der zweite Absatz des § 15 dieses Gesetzes Anwendung.

Die Zahl der auszustellenden Erlaubnisscheine (Legitimationsscheine) kann für nicht geschlossene Gewässer von der Aufsichtsbehörde bestimmt werden.

Bezeichnung der zum Fischfange ausliegenden Fischerzeuge.

§ 19. Die ohne Beisein des Fischers zum Fischfange ausliegenden Fischerzeuge müssen mit einem Kennzeichen versehen sein, durch welches die Person des Fischers ermittelt werden kann. Ueber die Art der Kennzeichnung sind die näheren Vorschriften für genossenschaftliche Reviere durch das Genossenschaftsstatut, für andere Reviere im Wege der Polizeiverordnung zu erlassen.

Beseitigung der Hindernisse für den Wechsel der Fische.

§ 20. Die Breite der Gewässer darf zum Zwecke des Fischfanges durch ständige Fischereivorrichtungen niemals auf mehr als auf die Hälfte der Wasserfläche, bei gewöhnlichem niedrigen Wasserstande vom Ufer aus gemessen, für den Wechsel der Fische versperrt werden. Solche Vorrichtungen dürfen nicht so nahe aneinander angebracht sein, daß der Zug der Fische dadurch behindert wird.

Diese Vorschriften finden in Grenzgewässern nur soweit Anwendung, als in dem Nachbarlande ein gleiches Vorgehen beobachtet wird; auch ist der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ermächtigt, dieselben zeitweilig für solche Gewässer außer Kraft zu setzen, welche streckenweise Unserer Hoheit nicht unterworfen sind.

Die bereits bestehenden ständigen Fischereivorrichtungen unterliegen diesen Vorschriften nicht, wenn mit denselben eine auf dieses besondere Fangmittel gerichtete Fischereiberechtigung verbunden ist; im anderen Falle müssen dieselben, soweit sie den Vorschriften dieses Paragraphen nicht entsprechen, längstens innerhalb zweier Jahre nach Erlaß dieses Gesetzes von den Besitzern, welche dazu erforderlichenfalls im Verwaltungswege anzuhalten sind, abgeändert werden.

Verbot schädlicher Fangmittel.

§ 21. Beim Fischfange ist die Anwendung schädlicher oder explodierender Stoffe (giftiger Köder oder Mittel zur Betäubung oder Vernichtung der Fische, Sprengpatronen oder anderer Sprengmittel usw.) verboten.

Fischereipolizeiliche Vorschriften.

§ 22. Im Wege landesherrlicher Verordnung wird nach Anhörung der betreffenden Provinzialvertretung vorgeschrieben:

1. welche Fische mit Rücksicht auf ihr Maß oder Gewicht nicht gefangen werden dürfen;
2. zu welchen Tages- und Jahreszeiten die Fischerei überhaupt oder in gewissen Erstreckungen der Gewässer oder bezüglich gewisser Fangarten oder Fischgattungen verboten sein soll;
3. welche Fangarten und welche Arten von Fanggeräten beim Fischfange nicht angewendet werden dürfen.

   Berechtigungen auf die Benutzung ständiger Fischereivorrichtungen (§§ 5 und 20) können durch diese Vorschriften nicht getroffen werden; ebensowenig unterliegen denselben Berechtigungen auf den Gebrauch anderer bestimmter Fangmittel, wenn der Berechtigte nur mit diesem Fangmittel die Fischerei ausüben darf;
4. von welcher Beschaffenheit die erlaubten Fanggeräte sein müssen und mit welchen Beschränkungen die letzteren zum Fischfange gebraucht werden können;
5. welche Ordnung von den Fischern zur Vermeidung gegenseitiger Störungen, ferner im Interesse des öffentlichen Verkehrs und der Schiffahrt, und endlich gegenüber den Aufsichtsbeamten und zur Erleichterung der Aufsichtsführung zu beobachten ist;

6. in welchen Jahreszeiten und an welchen Orten die Werbung der Seegewächse verboten sein soll.

Für Uebertretungen kann eine Geldstrafe bis zu 150 Mark Reichsmünze oder Haft und die Einziehung der bei der Ausübung der Fischerei verwandten unerlaubten Fanggeräte angedroht werden.

Bis zum Erlasse der in diesem Paragraphen vorgesehenen landesherrlichen Verordnungen bleiben die bezüglichen, zur Zeit bestehenden, auf Gesetz oder Verordnung beruhenden Vorschriften in Kraft.

Vorschrift über Schonzeiten und den Schutz der jungen Fische.

§ 23. In den nach § 22 Nr. 2 anzuordnenden Schonzeiten soll die Fischerei nicht über das Maß hinaus beschränkt werden, welches zur Erhaltung des Fischbestandes unter Berücksichtigung der durch dieses Gesetz gegebenen anderweiten Schonungsmittel unbedingt geboten ist.

Insbesondere soll dieselbe in denjenigen Strecken der Gewässer, wo die Rücksicht auf Erhaltung des Fischbestandes es gestattet, außer an den Sonn- und Festtagen, höchstens an drei Tagen in der Woche untersagt werden dürfen.

Der Fang einzelner Fischgattungen und der Gebrauch bestimmter Fangmittel kann auch in diesem Falle für die ganze Dauer der Schonzeit verboten werden.

---

§ 24. Gelangen Fische, deren Fang zur Zeit oder mit Rücksicht auf ihr Maß oder Gewicht überhaupt verboten ist, lebend in die Gewalt des Fischers, so sind dieselben sofort wieder in das Wasser zu setzen.

---

§ 25. Die Vorschriften der §§ 19 bis 24 finden auf geschlossene Gewässer (§ 4) keine Anwendung.

---

§ 26. Ist der Fang von Fischen unter einem bestimmten Maße oder Gewichte verboten, so dürfen solche Fische im Geltungsbereiche des Verbots unter diesem Maße oder Gewichte weder feilgeboten, noch verkauft, noch versandt werden.

---

§ 27. Auf die in den Fischzucht-Anstalten vorhandene junge Fischbrut finden die Vorschriften der §§ 24 und 26 keine Anwendung.

Auch kann die Aufsichtsbehörde im Interesse wissenschaftlicher Untersuchungen oder gemeinnütziger Versuche und für Zwecke der künstlichen Fischzucht, soweit erforderlich, unter geeigneten Kontrollmaßregeln Ausnahmen von den Vorschriften der §§ 24 und 26 gestatten.

Den Besitzern geschlossener Gewässer (§ 4) ist der Verkauf und Versand von jungen Setzlingen zu Zuchtzwecken gestattet.

---

§ 28. Während der Dauer der Schonzeiten müssen die durch dieses Gesetz nicht beseitigten ständigen Fischereivorrichtungen (§§ 5 und 20) in nicht geschlossenen Gewässern hinweggeräumt oder abgestellt sein.

Die Besitzer derselben sind dazu erforderlichenfalls im Verwaltungswege anzuhalten.

Soweit die Rücksicht auf Erhaltung des Fischbestandes es gestattet, kann der Regierungspräsident Ausnahmen von der im ersten Absatz getroffenen Bestimmung zulassen.

Schonreviere.

§ 29. Nach Anhörung der beteiligten Fischereiberechtigten und in genossenschaftlichen Revieren nach Anhörung des Genossenschaftsvorstandes können zu Schonrevieren erklärt werden:

1. solche Strecken der Gewässer, welche nach sachverständigem Ermessen vorzugsweise geeignete Plätze zum Laichen der Fische und zur Entwickelung der jungen Brut bieten (Laichschonreviere);
2. solcher Strecken der Gewässer, welche den Eingang der Fische aus dem Meere in die Binnengewässer beherrschen (Fischschonreviere).

Die Feststellung der Schonreviere er-

folgt durch Verfügung des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten und zwar, wenn solche Strecken der Gewässer zu Schonrevieren erklärt werden sollen, in welchen dem Staate die Fischereigerechtigkeit zusteht, im Einverständnisse mit dem Finanzminister.

Die betreffende Verfügung ist durch öffentliche Bekanntmachung zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen; auch sind die Schonreviere, soweit es die Oertlichkeit gestattet, durch Aufstellung besonderer Zeichen erkennbar zu machen.

---

§ 30. In Schonrevieren ist jede Art des Fischfangs untersagt, welche nicht für Zwecke der Schonung oder andere gemeinnützige oder wirtschaftliche Zwecke von der Aufsichtsbehörde angeordnet oder gestattet wird.

---

§ 31. In Laichschonrevieren (§ 29 Nr. 1) muß die Räumung, das Mähen von Schilf und Gras, die Ausführung von Sand, Steinen, Schlamm u. s. w. und jede anderweite, die Fortpflanzung der Fische gefährdende Störung während der Laichzeit der vorherrschenden Fischgattungen unterbleiben, soweit es die Interessen der Vorflut und der Landeskultur gestatten. Das nähere hierüber, über die Beaufsichtigung und den Schutz der Schonreviere ist erforderlichenfalls durch ein von dem Bezirksausschusse zu erlassendes Regulativ festzustellen.

---

§ 32. Zu Schonrevieren sollen vorzugsweise solche Strecken der Gewässer erklärt werden, welche an sich dem freien Fischfange unterliegen würden, oder in welchem dem Staate die ausschließliche Fischereigerechtigkeit zusteht, oder endlich in welchen den politischen Gemeinden durch den § 7 dieses Gesetzes die Fischereigerechtigkeit übertragen ist.

In diesen Fällen wird eine Entschädigung für die entzogene Ausübung der Fischerei in den Schonrevieren nicht gewährt.

Ist es jedoch zur Erhaltung oder Verbesserung des Fischbestandes notwendig, auch andere Gewässer in die Schonreviere aufzunehmen, so fallen die darauf ruhenden Fischereiberechtigungen hinweg und muß den Berechtigten für die entzogene Nutzung volle Entschädigung aus Staatsmitteln gewährt werden, deren Betrag beim Mangel gütlicher Einigung im Rechtswege festzustellen ist.

Geschlossene Gewässer können wider den Willen des Eigentümers weder zu Schonrevieren erklärt, noch in dieselben aufgenommen werden.

---

§ 33. Die durch frühere Gesetze und Verordnungen jedem Fischfange behufs der Schonung entzogenen Strecken der Gewässer bleiben als Schonreviere im Sinne dieses Gesetzes bestehen und unterliegen den Vorschriften der §§ 29 bis 31.

---

§ 34. Ist die Beibehaltung eines Schonreviers nicht mehr erforderlich, so kann dasselbe durch Verfügung des Ministers für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten wieder aufgehoben werden. In diesem Falle treten rücksichtlich des Fischfangs die früheren Rechtsverhältnisse wieder ein, insoweit jedoch für Aufhebung der Berechtigungen eine Entschädigung aus Staatsmitteln geleistet ist, verbleibt die Fischereiberechtigung dem Staate.

Fischpässe.

§ 35. Wer nach Erlaß dieses Gesetzes in einem der Herrschaft desselben unterworfenen natürlichen Gewässer, Wehre, Schleusen, Dämme oder andere Wasserwerke an Stellen, wo bisher der Zug der Wanderfische unbehindert war, anlegt, ist verpflichtet, auf seine Kosten Fischpässe auszuführen und zu unterhalten.

Ausnahmen von dieser Vorschrift können, jedoch immer nur widerruflich, zugestanden werden, wenn

1. der Zug der Wanderfische in dem betreffenden Gewässer durch bereits bestehende Anlagen oder aus anderen Gründen zur Zeit ausgeschlossen ist, oder
2. die neue Anlage nur einen vorübergehenden Zweck hat und die demnächstige Wiederwegräumung gesichert ist.

Ueber die Art der erforderlichen Einrichtungen und ihre Benutzung, sowie über

die Zulässigkeit von Ausnahmen bestimmt nach vorgängiger sachverständiger Untersuchung diejenige Behörde, deren Genehmigung die auszuführenden Wasserwerke bedürfen, oder, sofern eine Genehmigung nicht erforderlich ist, die Aufsichtsbehörde.

§ 36. Besitzer von Wehren, Schleusen, Dämmen oder anderen Wasserwerken in natürlichen Gewässern, durch welche der Zug der Wanderfische ganz versperrt oder erheblich beeinträchtigt wird, sind verpflichtet, die Herstellung von Fischpässen zu dulden, wenn

1. die Anlage vom Staate im öffentlichen Interesse beabsichtigt wird, oder
2. Personen oder Genossenschaften, welche in dem oberen oder unteren Teile des Gewässers fischereiberechtigt sind, die Anlage auszuführen beabsichtigen und der von ihnen vorgelegte Bauplan von dem Bezirksausschusse nach zuvoriger Anhörung der Stauberechtigten genehmigt ist (§ 39).

§ 37. Die Vorschriften der §§ 35 und 36 finden keine Anwendung:

1. auf geschlossene Gewässer (§ 4);
2. auf künstlich angelegte Wasserzüge. Diese Ausnahme erstreckt sich auch auf natürliche Gewässer, wenn und soweit sie unmittelbare Zubehörungen oder Teile eines künstlichen Wasserzuges bilden;
3. auf diejenigen Wasserwerke (Abwässerungsschleusen, Siele u. s. w.), welche zum Schutze von Niederungen gegen die von außen andringenden Fluten angelegt sind oder angelegt werden.

§ 38. Werden durch die im § 36 bezeichneten Anlagen nutzbare Stauberechtigungen beeinträchtigt, so ist dafür von dem Unternehmer der Anlage volle Entschädigung zu gewähren; dagegen wird für den etwaigen durch Anlegung eines Fischpasses veranlaßten Minderwert der Fischerei keine Entschädigung geleistet.

§ 39. Die Ausführung eines Fischpasses durch Fischereiberechtigte oder Genossenschaften bedarf in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschusses, welcher bei Prüfung des Bauplans nicht allein die ufer-, fluß- und schiffahrtspolizeilichen Rücksichten zu beachten, sondern auch darauf zu sehen hat, daß bei der Anlage des Fischpasses wider den Willen des Stauberechtigten das Maß des Notwendigen nicht überschritten wird.

§ 40. Zu den von Staatswegen oder nach Maßgabe eines von dem Bezirksausschusse genehmigten Bauplans von Fischereiberechtigten auszuführenden Fischpässen muß der erforderliche Grund und Boden von den Eigentümern desselben gegen volle, von dem Unternehmer der Anlage zu gewährende Entschädigung abgetreten werden.

Auf das Enteignungsverfahren und die Ermittelung der Entschädigung finden diejenigen Vorschriften Anwendung, welche in Enteignungsfällen für Zwecke der Vorflut in den einzelnen Landesteilen Platz greifen.

Nach denselben Vorschriften erfolgt auch die Ermittelung der in den Fällen des § 38 zu gewährenden Entschädigung.

§ 41. Der Bezirksausschuß hat unter Abwägung aller Interessen zu bestimmen, in welchen Teilen des Jahres der Fischpaß geschlossen gehalten werden muß.

§ 42. In den für den Durchzug der Fische angelegten Fischpässen ist jede Art des Fischfangs, insbesondere auch das Einhängen oder Einsetzen von Fischkörben, Netzen, Reusen und anderen Fangvorrichtungen verboten. Oberhalb und unterhalb des Fischpasses muß in einer nach den örtlichen Verhältnissen von dem Bezirksausschusse zu bestimmenden angemessenen Ausdehnung für die Zeit, während welcher der Fischpaß geöffnet ist, jede Art des Fischfanges verboten werden. Werden durch dieses Verbot Rechte des Fischereiberechtigten beeinträchtigt, so muß dafür volle Entschädigung geleistet werden.

Verunreinigung der Fischwasser.

§ 43. Es ist verboten, in die Gewässer aus landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben Stoffe von solcher Beschaffenheit und in solchen Mengen ein-

zuwerfen, einzuleiten oder einfließen zu lassen, daß dadurch fremde Fischereirechte geschädigt werden können.

Bei überwiegendem Interesse der Landwirtschaft oder der Industrie kann das Einwerfen oder Einleiten solcher Stoffe in die Gewässer gestattet werden.[1]) Soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, soll dabei dem Inhaber der Anlage die Ausführung solcher Einrichtungen aufgegeben werden, welche geeignet sind, den Schaden für die Fischerei möglichst zu beschränken.

Ergiebt sich, daß durch Ableitungen aus landwirtschaftlichen oder gewerblichen Anlagen, welche bei Erlaß dieses Gesetzes bereits vorhanden waren, oder in Gemäßheit des vorstehenden Absatzes gestattet worden sind, der Fischbestand der Gewässer vernichtet oder erheblich beschädigt wird, so kann dem Inhaber der Anlage auf den Antrag der durch die Ableitung benachteiligten Fischereiberechtigten die Auflage gemacht werden, solche ohne unverhältnismäßige Belästigung seines Betriebes ausführbaren Vorkehrungen zu treffen, welche geeignet sind, den Schaden zu heben oder doch thunlichst zu verringern.[2])

Die Kosten der Herstellung solcher Vorkehrungen sind dem Inhaber der Anlage von den Antragstellern zu erstatten.

Die letzteren sind verpflichtet, auf Verlangen vor der Ausführung Vorschuß oder Sicherheit zu leisten.

Die Entscheidung über die Gestattung von Ableitungen nach Abs. 2, sowie über die in Gemäßheit des Abs. 3 anzuordnenden Vorkehrungen erfolgt, sofern die betreffende Ableitung Zubehör einer der im § 16 der Gewerbe-Ordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869 (BGBl. S. 245) als genehmigungspflichtig bezeichneten Anlagen ist, in dem für die Zulassung dieser Anlagen angeordneten gesetzlichen Verfahren.

---

§ 44. Das Röten von Flachs und Hanf in nichtgeschlossenen Gewässern ist verboten.

Ausnahmen von diesem Verbote kann der Bezirksausschuß, jedoch immer nur widerruflich, für solche Gemeindebezirke oder größere Gebietsteile zulassen, wo die Oertlichkeit für die Anlage zweckdienlicher Rötegruben nicht geeignet ist und die Benutzung nicht geschlossener Gewässer zur Flachs- und Hanfbereitung zur Zeit nicht entbehrt werden kann.

Berechtigung zum Töten und Fangen schädlicher Tiere.

§ 45. Dem Fischereiberechtigten ist gestattet, Fischottern, Taucher, Eisvögel, Reiher, Kormorane und Fischaare ohne Anwendung von Schußwaffen zu töten oder zu fangen und für sich zu behalten.

Wenn in einzelnen Landesteilen durch die bestehende Gesetzgebung den Fischereiberechtigten der Fang jagdbarer, der Fischerei schädlicher Tiere in weiterem Umfange gestattet ist, behält es dabei sein Bewenden.

Beaufsichtigung der Fischerei.

§ 46. Wo in diesem Gesetze die Aufsichtsbehörde erwähnt wird, ist darunter die ordentliche Obrigkeit des Bezirks innerhalb ihrer Zuständigkeit verstanden.

Die Beaufsichtigung der Binnenfischerei, der Schonreviere und der Fischpässe kann durch besondere vom Staate bestellte Beamte ausgeübt werden. Die von Fischereiberechtigten, Fischereigenossenschaften oder Gemeinden bestellten Aufseher sind verpflichtet, den Anordnungen dieser Beamten innerhalb der Vorschriften dieses Gesetzes nachzukommen.

In genossenschaftlichen Revieren liegt die unmittelbare Beaufsichtigung der Fischerei dem Vorstande der Genossenschaft, in allen nicht genossenschaftlichen Binnenfischerei-Revieren der Gemeinde innerhalb

---

[1]) Durch den Bezirksausschuß (§ 99 Nr. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883).

[2]) Ueber das Verfahren vergleiche man jetzt § 110 Abs. 1 und § 109 des Zuständigkeitsgesetzes.

ihrer Gemarkung neben den staatlichen Sicherheits- und Lokalpolizeibeamten ob.

Fischereiaufseher, welche von Fischereiberechtigten, Fischereigenossenschaften oder Gemeinden bestellt werden, sind auf deren Antrag amtlich zu verpflichten, falls gegen ihre Zuverlässigkeit kein Anstand obwaltet.

Die unmittelbare Beaufsichtigung der Küstenfischerei außerhalb genossenschaftlicher Reviere wird von den Organen der Staatsverwaltung geführt.

---

§ 47. Die amtlich verpflichteten Aufsichtsbeamten haben bei der Ermittelung und Verfolgung von Uebertretungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes und die sonst bestehenden fischereipolizeilichen Vorschriften innerhalb ihres Aufsichtsbezirks die Befugnisse und Verpflichtungen der Lokalpolizeibeamten; insbesondere sind dieselben zu jeder Zeit befugt, die beim Fischfange im Gebrauch befindlichen Fanggeräte, sowie die in Fischereifahrzeugen vorhandenen Fanggeräte und Fische einer Untersuchung zu unterziehen.

Auch können von denselben Fischbehälter, welche in nicht geschlossenen Gewässern ausgelegt sind, jederzeit durchsucht werden.

§ 48. Wird jemand bei einer Uebertretung oder gleich nach derselben betroffen oder verfolgt, so sind die der Einziehung unterliegenden Gegenstände, welche er bei sich führt, in Beschlag zu nehmen. In den nämlichen Fällen können die bei der Uebertretung gebrauchten Fischergeräte und Fahrzeuge gepfändet werden.

Diese der Einziehung nicht unterliegenden Gegenstände sind dem nächsten Ortsvorstande auf Gefahr und Kosten des Eigentümers zur Aufbewahrung zu überliefern, jedoch gegen Niederlegung einer der Höhe nach vom Ortsvorstande zu bestimmenden baren Summe, welche dem Geldbetrage der etwa erfolgenden Verurteilung nebst den Kosten der Aufbewahrung oder dem Werte des Pfandstücks gleichkommt, zurückzugeben. Die Niederlegung kann bei dem Ortsvorstande oder gerichtlich erfolgen. Geschieht die Niederlegung nicht innerhalb acht Tagen, so kann der gepfändete Gegenstand auf Verfügung des zuständigen Richters öffentlich versteigert werden.

Strafbestimmungen.[1])

§ 49. Mit Geldstrafe bis zu 30 Mark Reichsmünze oder mit Haft bis zu einer Woche wird bestraft:

1. wer in den Fällen des § 11 bei Ausübung der Fischerei ohne einen nach Vorschrift der §§ 12 und 13 ausgestellten und beglaubigten Erlaubnisschein, oder ohne die im § 16 vorgeschriebene Bescheinigung oder im Geltungsbereiche der Fischereiverordnungen für die in der Provinz Pommern belegenen Teile der Oder, das Haff und dessen Ausflüsse vom 2. Juli 1859 und für den Regierungsbezirk Stralsund vom 30. August 1865 ohne einen vorschriftsmäßig ausgestellten und bescheinigten Legitimationsschein (Willzettel, Fischzettel) betroffen wird (§ 18);
2. wer den Vorschriften im § 19 zuwider Fischerzeuge ohne die vorgeschriebene Kennzeichnung auslegt.

§ 50. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark Reichsmünze oder mit Haft wird bestraft:

1. wer als Pächter einer Gemeindefischerei die von der Aufsichtsbehörde festgestellte Zahl der zulässigen Fanggeräte überschreitet (§ 8);
2. wer einen Erlaubnis- oder Legitimationsschein unberechtigt ausstellt und aus Händen giebt (§§ 12 und 18);
3. wer in Ausübung der Fischerei in nicht geschlossenen Gewässern die im § 21 verbotenen Mittel anwendet;
4. wer den Vorschriften im § 28 zuwider ständige Fischereivorrichtungen nicht rechtzeitig wegräumt oder abstellt oder denselben vorschriftswidrig eine größere als die nach § 20 zulässige Ausdehnung giebt;
5. wer in Schonrevieren verbotswidrig die Fischerei ausübt (§ 30) oder den zum Schutze derselben erlassenen

[1]) Man vergleiche auch §§ 296, 296a und 370 Nr. 4 des Reichsstrafgesetzbuches.

reglementarischen Vorschriften zuwider handelt (§ 31);

6. wer in den für den freien Durchzug der Fische angelegten Fischpässen, sowie in den oberhalb und unterhalb derselben gelegenen, dem Fischfange entzogenen Teilen der Gewässer irgend eine Art des Fischfangs ausübt (§ 42);
7. wer den Vorschriften des § 43 oder den zur Ausführung desselben getroffenen Anordnungen zuwider den Gewässern schädliche, die Fischerei gefährdende Stoffe zuführt oder verbotswidrig Hanf und Flachs in nicht geschlossenen Gewässern rötet (§ 44).

§ 51. Mit Geldstrafe bis zu 90 Mark Reichsmünze oder mit Haft bis zu 4 Wochen werden bestraft:

alle Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der §§ 24 und 26 dieses Gesetzes.

Neben der Strafe ist auf Einziehung aller verbotswidrig feilgebotenen, verkauften oder versandten Fische zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht.

---

§ 52. Wer zur Begehung einer durch dieses Gesetz mit Strafe bedrohten Uebertretung sich seiner Angehörigen, Dienstboten, Lehrlinge oder Arbeiter als Teilnehmer bedient, haftet, wenn diese nicht zahlungsfähig sind, neben der von ihm selbst verwirkten Strafe für die von denselben zu erlegenden Geldstrafen.

Schlußbestimmungen.

§ 53. Alle früher erlassenen, den Bestimmungen dieses Gesetzes entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben.

§ 54. Der Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gesetz, betreffend die Abänderung des Fischereigesetzes für den Preußischen Staat vom 30. Mai 1874.

Vom 30. Mai 1880.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

Art. I bis IV enthalten Aenderungen des Fischereigesetzes und sind bei diesem berücksichtigt. Ein Abdruck an dieser Stelle erübrigt sich also.

Art. V. Die Minister für Handel und für Landwirtschaft sind befugt, zum Schutze der Fische gegen Beschädigung durch Turbinen bei jeder nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgenden Turbinenanlage dem Eigentümer der letzteren jederzeit die Herstellung und Unterhaltung von Vorrichtungen (Gittern ꝛc.), welche das Eindringen der Fische in die Turbinen verhindern, auf seine Kosten aufzuerlegen.

Die wichtigsten Steuergesetze des Preußischen Staates.

Einleitung.

Steuern müssen alle Staatsbürger zahlen — das ist ein Satz, der uns — auch wenn wir uns damit noch nicht befreundet haben sollten — in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Aber dieser allgemeine Satz kann uns wenig helfen. Denn sofort erheben sich mehrere Fragen, die den einzelnen Bürger ebenso wie die Staatsregierung beschäftigen. Was versteht man unter „Steuer"? Was für Steuern giebt es überhaupt? Welche Steuern müssen wir gegenwärtig zahlen? Sind diese Steuern, die wir bezahlen, auch wirklich die — für den Staat, wie für den Einzelnen — vorteilhaftesten und günstigsten? Haben die Menschen immer Steuern gezahlt? Wie ist es in andern Ländern? Das sind die Fragen allgemeiner Natur. Dazu kommen nun die speziellen Fragen. Wie geht die Besteuerung im einzelnen vor sich? Wie muß man sich einschätzen? Welche Mittel giebt es gegen zu hohe Veranlagung? u. s. w. u. s. w.

Die Fragen der letzteren, spezielleren Art werden in den folgenden Gesetzen und deren Erläuterungen, soweit es möglich, beantwortet. Die Fragen der ersteren, allgemeineren Art sollen jedoch hier in der Einleitung eine kurze Erörterung erfahren.

Unter Steuern versteht man Abgaben, die der Staat verlangt als eine Bürgerpflicht, zu öffentlichen Zwecken und nach einheitlichem Maßstabe. Während des ganzen Altertums und Mittelalters zahlten die Freien keine regelmäßigen Personalsteuern. Wohl kam es zuweilen vor, daß bei außerordentlichen Gelegenheiten, namentlich im Kriege, besondere Umlagen erhoben wurden. Aber von dem Grundsatz einer allgemeinen Besteuerung war nicht die Rede. Auch in der Neuzeit rang sich zunächst ein solcher Grundsatz noch nicht durch, obwohl die außerordentliche Erhebung von direkten Steuern allmählich häufiger wurde.

Solche Steuern hatten aber den Charakter einer großen Kalamität, und der Landesherr trug zuweilen ebenfalls dazu bei, um der Not abzuhelfen. Steuern der Unfreien oder einzelner Bevölkerungsklassen waren allerdings gebräuchlich, so z. B die Steuern der unfreien Grundsassen im Mittelalter oder die Kopfsteuer der Juden. Wenn aber einmal direkte Steuern erhoben wurden, so geschah es meist nach ganz willkürlichen und rohen Maßstäben. Im vorigen Jahrhundert wendete man endlich den Steuern größere Aufmerksamkeit zu. In Frankreich wurden allgemeine Personalsteuern eingeführt, aber so schlecht verwaltet, daß die Höhe und Willkürlichkeit der Steuern wesentlich den Ausbruch der französischen Revolution förderten. Eine allgemeine Einkommensteuer wurde dann 1798 in England und am 24. Mai 1812 in Preußen, hier zugleich mit einer Vermögenssteuer eingeführt. Diese ziemlich hohe Steuer wurde jedoch in Preußen bereits 1814 wieder aufgehoben. Erst im Jahre 1820 wurde in Preußen die sogenannte Klassensteuer eingeführt. Man teilte das Volk in 4 Klassen:

1. Reiche,
2. Wohlhabende,
3. Kleinbürger und Bauern,
4. Tagelöhner und Gesinde.

Nun veranlagte man nach Klassen, die bald von 4 auf 18 stiegen, und zwar nach niedrigen Durchschnittssätzen. Während aber die Klassensteuer zuerst nur für das platte Land und die kleinen Städte bestimmt war (in größeren Städten wurde dafür die Mahl- und Schlachtsteuer erhoben), wurde sie im Jahre 1873 überall eingeführt und durch spätere Gesetze verbessert. Diese „Klassensteuer" war eine klassifizierte Einkommensteuer; die Einschätzung geschah von Amtswegen; der Prozentsatz der Steuer steigerte sich bis zu Einkommen von 4200 Mark, von da ab stieg er nicht mehr.

Neben dieser klassifizierten Einkommensteuer gab es aber in Preußen noch andere direkte Staatssteuern, nämlich eine Grund-, eine Gebäude- und eine Gewerbesteuer. Ueberhaupt gab es in Preußen bis zur Mitte dieses Jahrhunderts ein wahres Gewirr der verschiedensten Abgaben.

Bezüglich der Grundsteuer war ein harter Kampf mit dem preußischen Adel erforderlich, der bisher keine Grundsteuer gezahlt hatte. Endlich wurden die Adligen mit dem zwanzigfachen Betrage abgefunden, und es kam das Grundsteuer-Gesetz vom 21. Mai 1861 zu stande. Dieses Gesetz gilt heute noch.

Die Gebäudesteuer wird ebenfalls heute noch nach dem Gesetz vom 21. Mai 1861 erhoben.

Die Gewerbesteuer wurde zuerst in Preußen durch das Edikt vom 2. November 1810 eingeführt. Grundlage der späteren Besteuerung wurde jedoch das „Gesetz vom 30. Mai 1820 wegen Entrichtung der Gewerbesteuer". Dieses Gesetz erfuhr mehrfache Veränderungen. Da es jedoch auch in veränderter Gestalt den Fortschritten der gewerblichen Entwicklung nicht mehr entsprach, wurde es durch ein neues Gesetz vom 24. Juni 1891 ersetzt, wovon noch unten zu sprechen ist.

Die Anforderungen, die an eine gute Steuerverwaltung gestellt werden, sind mehrfacher Art.

Erstens verlangt man, daß auch wirklich alle Staatsbürger Steuern bezahlen, man will Allgemeinheit der Steuerpflicht. Steuerprivilegien widersprechen dem modernen Staatswesen. So selbstverständlich dies uns jetzt erscheint, so harte Kämpfe hat es gekostet, ehe es nach und nach gelang, die Steuerfreiheit des Adels, der Standesherren ꝛc. zu beseitigen. Erst seit der französischen Revolution rang sich der Grundsatz durch, daß auch der Adel Steuern bezahlen müsse. Das preußische Edikt vom 27. Oktober 1810 forderte zwar im Prinzip gleiches Recht für alle, in Wirklichkeit blieben aber die Steuerprivilegien des Adels bestehen. Erst 1861 wurde der niedere Adel und gar erst 1891 der hohe Adel (die „Standesherren") der Steuerpflicht unterworfen, und zwar gegen hohe Entschädigungen.

Eine fernere Ausnahme von der Allgemeinheit der Besteuerung ist die, daß Militär ganz und Beamte bei demjenigen Verband, bei welchem sie angestellt sind (Staat oder Gemeinde) Steuerfreiheit genießen. Aber diese Ausnahme ist gerechtfertigt. Denn es wäre ungereimt, wenn der Staat, dem ja Militär- und Staatsbeamte dienen, mit der einen Hand geben (Gehalt!) und mit der anderen Hand (Steuer!) nehmen wollte! Dagegen besteuert der Staat mit Recht Gemeindebeamte und die Gemeinde Staatsbeamte.

Sodann verlangt man, daß die Steuern gerecht verteilt werden. Aber das ist sehr schwierig. Die einen sagen, jeder solle desto mehr oder weniger Steuern zahlen, je mehr oder weniger Vorteile er vom Staate genießt. Aber es dürfte meist unmöglich sein, zu berechnen, wieviel Vorteil jeder vom Staate hat. Deshalb erscheint es richtiger, jeden nach seiner Leistungsfähigkeit zu besteuern. Und zwar ist gerecht nur die progressive Besteuerung, d. h. je größer das Vermögen ist, desto höher muß auch der Prozentsatz der Steuer sein. Denn je größer das Vermögen ist, ein desto größerer Teil bleibt nach Abzug des zum notdürftigen Leben erforderlichen Einkommens übrig. Hat z. B. ein Arbeiter ein Einkommen von 1000 Mark, so sind davon 900 Mark abzuziehen, weil dies Einkommen zum notdürftigen Lebensunterhalt er-

forderlich, und es bleiben 100 Mark freies Einkommen übrig. Wenn nun der Arbeiter 10% seines ganzen Einkommens zahlt, so macht dies (10% von 1000 Mark) 100 Mark aus, d. h. sein ganzes freies Einkommen wird von der Steuer aufgezehrt. Hat aber z. B. ein Rentier ein Einkommen von 30000 Mark, und man nimmt an, daß zu seinem standesgemäßen Unterhalt 10000 Mark gehören, so bleiben immer noch 20000 Mark freies Einkommen übrig. Wenn er also auch nur 10%, d. h. 3000 Mark zahlt, so hat er immer noch 17000 Mark freies Einkommen übrig. Oder mit anderen Worten: der Arbeiter zahlt 100% seines freien Einkommens, der Rentier nur 15%. Das ist ungerecht. Deshalb fordert die Wissenschaft schon längst eine Progression, d. h. Steigerung des Prozentsatzes der Steuer. Oder man kann auch die sog. Degression nehmen, d. h. man setzt bei einem gewissen hohen Einkommen einen bestimmten Prozentsatz fest und läßt ihn nach unten zu immer mehr abnehmen.

Ferner ist bei der Besteuerung manches einzelne zu berücksichtigen. Es müssen die persönlichen Verhältnisse des Steuerpflichtigen erwogen werden. Zum Beispiel soll ein Vater mehrerer Kinder, ein Kranker u. s. w. Anspruch auf Ermäßigung haben. Börsenspiel soll stärker zur Besteuerung herangezogen werden, als das sauer verdiente Einkommen u. s. w.

Man unterscheidet direkte (z. B. Einkommen-, Grundsteuer ꝛc.) und indirekte Steuern (z. B. Branntwein-, Bier-, Tabaksteuer ꝛc.). Ferner unterscheidet man Personal- oder Subjektssteuern (namentlich die Einkommensteuer) und Real- oder Objekts- oder Ertragssteuern (so die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer). Alle diese Steuern haben ihre Vorzüge und Mängel, die im einzelnen aufzuführen hier zu weit führen würde. Jedenfalls bevorzugt die Wissenschaft neuerdings die progressive Einkommensteuer, unter Berücksichtigung persönlicher Verhältnisse, mit Selbstdeklaration.

Deshalb und weil die Besteuerung in Preußen mit der Zeit recht mangelhaft geworden war, wurde in Preußen unter dem Finanzminister Dr. v. Miquel ein großes Reformwerk in Angriff genommen, das in den Jahren 1890–93 durchgeführt wurde.

Diese Steuerreform gipfelte darin, daß durch das Gesetz vom 14. Juli 1893 die staatlichen Ertragssteuern, nämlich die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, aufgehoben und den Gemeinden überlassen wurden. Dadurch erwuchs dem Staate natürlich ein bedeutender Verlust, nämlich ungefähr 102 Millionen Mark. Aber zunächst konnte man dafür die sog. lex Huene aufheben, wonach diejenigen Ueberschüsse des Reiches, welche bisher an Preußen abgegeben waren, an die Kommunalverbände

überwiesen wurden, damit die Grund- und Gebäudesteuer erniedrigt werden könne. Jetzt, da diese Steuern überhaupt den Gemeinden überwiesen wurden, brauchte man die lex Huene nicht mehr. Durch die Aufhebung der lex Huene ersparte man für den Staat etwa 24 Millionen Mark. Außerdem wurden jetzt die Vergütungen aufgehoben, welche der Staat bisher an die Gemeinden in Höhe von ca. 3 Millionen Mark für Veranlagung und Erhebung von Staatssteuern gezahlt hatte. Es blieb also noch ein Verlust von 75 Millionen Mark. Diese wurden dadurch aufgebracht, daß man einführte:

a) an Stelle der alten Klassensteuer eine neue progressive Einkommensteuer durch Gesetz vom 24. Juni 1891, welche etwa 40 Millionen Mark mehr brachte, als die Klassensteuer,

b) außerdem eine „Ergänzungssteuer", d. h. eine Steuer auf das Vermögen (auf das fundierte Einkommen), durch Gesetz vom 14. Juli 1893, welche 35 Millionen einbrachte.

Damit war der Fehlbetrag von 102 Millionen gedeckt.

Außerdem wurde das neue Gewerbesteuergesetz vom 24. Juni 1891 und das Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1893 erlassen. Damit war das Reformwerk vorläufig beendet.

Das Hauptgesetz ist das Einkommensteuergesetz. Die wichtigsten Grundsätze desselben sind folgende:

I. Die Einkommen bis 900 Mark sind steuerfrei. Es ist zu bedauern, daß man die Steuerfreiheit nicht noch höher erstreckt hat.

II. Abzüge für Kinder bis 3000 Mark (leider sind die Abzüge und die Grenze von 3000 Mark zu niedrig) und bei besonderen Verhältnissen bis 9500 Mark.

III. Bessere Progression, als bisher. Es zahlen:

die Einkommen von	900 – 1050 Mark		0,6%,
dann bis	3500 Mark	bis	2% in 10 Stufen,
bis	10500 Mark	bis	3% in 16 Stufen,
bis	100000 Mark	bis	4% in 58 Stufen.

Darüber hinaus giebt es keine Progression mehr. Ueberhaupt ist die Progression für die höheren Einkommensklassen niedrig angesetzt.

IV. Es ist die Selbsteinschätzung durch eigene Steuererklärung eingeführt, die nur bei einer hochentwickelten Bevölkerung möglich ist. Der Erfolg dieser neuen Einrichtung war ein überraschender: schon die erste Veranlagung brachte einen Mehrbetrag von 45 Millionen Mark, wovon der größte Teil auf Rechnung der Selbstdeklaration zu setzen ist (10 Millionen entfallen allerdings auf die juristischen Personen). Im ganzen bringt die Einkommensteuer ungefähr 120 Millionen Mark ein.

Davon bringen die kleinen Einkommen am meisten auf. Es entfallen nämlich von diesen 120 Millionen

auf die Einkommen von

900	bis	3000	M.	an Steuern	28,6	%	des Gesamtbetrages,
3000	„	6000	„	„	16,3	„	„
6000	„	9500	„	„	9,8	„	„
9500	„	30500	„	„	18,7	„	„
30500	„	100000	„	„	13,6	„	„
100000	„	6760000	„	„	13,0	„	„

Die Ergänzungssteuer ist eine Nebensteuer von geringen Prozentsätzen, welche zweierlei bewirkt: erstens stärkere Belastung des fundierten Einkommens (d. h. des Einkommens aus Vermögen, Kapital) gegenüber dem unfundierten Einkommen, zweitens stärkere Erfassung leistungsfähiger Personen da, wo die Einkommensteuer versagt.

Die Gewerbesteuer endlich hatte insbesondere die Aufgabe zu erfüllen, die größeren Gewerbebetriebe stärker heranzuziehen, die kleineren zu entlasten und eine zeitgemäßere Klasseneinteilung einzuführen.

Mit diesem Reformwerk war ein weiter Schritt vorwärts gethan, wenn auch der Zukunft überlassen bleiben muß, das Werk weiter auszubauen und die ausgleichende Gerechtigkeit auch im Steuerwesen völlig zum Siege zu führen.

Einkommensteuergesetz.

Vom 24. Juni 1891.

(Gesetz-Sammlung von 1891, Nr. 19. S. 175—204. Ausgegeben zu Berlin den 7. Juli 1891.)

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
I. Steuerpflicht.	
1. Subjektive Steuerpflicht	1— 4
2. Objektive Steuerpflicht.	
A. Allgemeine Grundsätze	5—11
B. Besondere Vorschriften.	
a) Einkommen aus Kapitalvermögen	12
b) Einkommen aus Grundvermögen	13
c) Einkommen aus Handel und Gewerbe einschließlich des Bergbaues	14
d) Einkommen aus Gewinn bringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Hebungen ꝛc.	15
e) Einkommen der Aktiengesellschaften ꝛc.	16
II. Steuersätze.	
1. Steuertarif	17
2. Ermäßigung der Steuersätze	18—19
III. Veranlagung.	
1. Ort der Veranlagung	20
2. Vorbereitung der Veranlagung	21—23
3. Steuererklärungen	24—30
4. Organe, Bezirke und Verfahren der Veranlagung	31—39
5. Rechtsmittel.	
a) Berufung	40—43
b) Beschwerde	44—49
6. Geschäftsordnung der Kommissionen	50—54
IV. Oberaufsicht	55
V. Veränderung der veranlagten Steuer innerhalb des Steuerjahres	56—61
VI. Steuererhebung	62—65
VII. Strafbestimmungen	66—70
VIII. Kosten	71—73
IX. Heranziehung zu Kommunalabgaben sowie Regelung des Wahlrechts	74—77
X. Schlußbestimmungen	78—85

Einkommensteuergesetz.

Vom 24. Juni 1891.

(Gesetz-Sammlung von 1891, Nr. 19. S. 175—204. Ausgegeben zu Berlin den 7. Juli 1891.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie, für den Umfang derselben, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

I. Steuerpflicht.

1. Subjektive Steuerpflicht.

§ 1. Einkommensteuerpflichtig sind:

1. die Preußischen Staatsangehörigen, Ausnahme derjenigen,
   a) welche, ohne in Preußen einen Wohnsitz (§ 1 Absatz 2 des Reichsgesetzes wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870, Bundes-Gesetzbl. S. 119) zu haben, in einem anderen Bundesstaate oder in einem Deutschen Schutzgebiete wohnen oder sich aufhalten;
   b) welche neben einem Wohnsitz in Preußen in einem anderen Bundesstaate oder in einem Deutschen Schutzgebiete ihren dienstlichen Wohnsitz (§ 2 Absatz 3 a. a. O.) haben;
   c) welche, ohne in Preußen einen Wohnsitz zu haben, seit mehr als zwei Jahren sich im Auslande dauernd aufhalten.

   Auf Reichs- und Staatsbeamte, welche im Auslande ihren dienstlichen Wohnsitz haben und dort zu entsprechenden direkten Staatssteuern nicht herangezoggen werden, findet die Ausnahme unter c keine Anwendung;
2. diejenigen Angehörigen anderer Bundesstaaten,
   a) welche ohne in ihrem Heimatsstaate einen Wohnsitz zu haben, in Preußen wohnen oder, ohne im Deutschen Reiche einen Wohnsitz zu haben, sich in Preußen aufhalten;
   b) welche in Preußen ihren dienstlichen Wohnsitz (§ 2 Absatz 3 a. a. O.) haben;
3. diejenigen Ausländer, welche in Preußen einen Wohnsitz haben, oder sich daselbst des Erwerbes wegen oder länger als ein Jahr aufhalten;
4. Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien und Berggewerkschaften, welche in Preußen einen Sitz haben, sowie diejenigen einge-

tragenen Genossenschaften, deren Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht;

5. Konsumvereine mit offenem Laden, sofern dieselben die Rechte juristischer Personen haben.

Die §§ 1—4 haben die „subjektive Steuerpflicht" zum Gegenstande; d. h. es wird darin gesagt, wer überhaupt Steuern zahlen muß und wer nicht. Die §§ 1 und 2 unterscheiden sich dadurch, daß der § 1 feststellt, welche Personen steuerpflichtig sind, während der § 2 bestimmt, welche besonderen Arten des Einkommens, außer dem gewöhnlichen Einkommen, der Besteuerung unterliegen.

Das Gesetz gilt nicht in Helgoland und den Hohenzollernschen Landen. Ein Preuße, der aus irgend einem Teile Preußens nach Helgoland übersiedelt, unterliegt der Einkommensteuer nicht mehr von dem auf seinen Umzug folgenden Monat ab.

Die Steuerpflicht ist also davon abhängig, ob man preußischer Staatsangehöriger ist oder nicht. Es fragt sich also: wer ist preußischer Staatsangehöriger? Wodurch wird Erwerb oder Verlust der Staatsangehörigkeit begründet?

Auf diese Frage antwortet das Bundesgesetz vom 1. Juni 1870 (für das ganze Reich) folgendermaßen:

Die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaate (z. B. in Preußen) wird erworben durch:

I. Abstammung, insofern eheliche Kinder (auch wenn sie im Auslande geboren sind) der Staatsangehörigkeit des Vaters, uneheliche Kinder der Staatsangehörigkeit der Mutter folgen.

II. Legitimation. Darunter versteht man die Erklärung des Vaters eines unehelichen Kindes, daß er das Kind als das seine anerkenne und es als sein eheliches Kind gelten lassen wolle, und die daraufhin — sei es nach Heirat der Eltern oder nach Verfügung des Justizministers — erfolgte Anerkennung des Kindes als eines ehelichen (legitimen). Vergleiche §§ 1719 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Wenn nun zwar der Vater, nicht aber die Mutter des ehelichen Kindes deutsch ist, so erwirbt das Kind durch Legitimation die Staatsangehörigkeit des Vaters.

III. Verheiratung, insofern eine Frau, die einen Deutschen heiratet, ebenfalls die Staatsangehörigkeit des Mannes erwirbt.

IV. Aufnahme eines Deutschen. Z. B. einem Sachsen wird die preußische Staatsangehörigkeit verliehen.

V. Naturalisation eines Ausländers. Z. B. Verleihung der preußischen Staatsangehörigkeit an einen Engländer. (In Preußen durch den Regierungspräsidenten bezw. Polizeipräsidenten.) Dieser Akt erstreckt sich auch auf die Ehefrau und die minderjährigen Kinder.

VI. Anstellung als Beamter (auch im Kirchen-, Schul- und Gemeindedienst). Z. B. erhält ein Sachse dadurch, daß er in Preußen ein Amt annimmt, die preußische Staatsangehörigkeit, ohne aber die sächsische zu verlieren.

Der Verlust der Staatsangehörigkeit erfolgt durch:

I. Entlassung auf Antrag. a) Will jemand aus einem Bundesstaat in einen anderen ziehen, z. B. von Bayern nach Preußen, und verlangt seine Entlassung aus der bayerischen Staatsangehörigkeit, so darf ihm dieselbe nicht verweigert werden. b) Will aber ein Deutscher nach dem Auslande auswandern, so hängt die Gewährung der Entlassung von den Umständen ab. Z. B. würde eine solche Entlassung aktiven Militärs, Reservisten, Beamten versagt werden müssen.

II. Aberkennung. Diese erfolgt z. B., wenn ein im Auslande befindlicher Deutscher bei Ausbruch eines Krieges dem Rufe nach Deutschland nicht Folge leistet.

III. Verjährung, d. h. zehnjährigen ununterbrochenen Aufenthalt im Auslande. Doch bestehen gewisse Möglichkeiten, sich die Staatsangehörigkeit zu erhalten.

IV. Legitimation eines unehelichen deutschen Kindes durch einen ausländischen Vater.

V. Verheiratung einer deutschen Frau mit einem Ausländer.

Von Wichtigkeit ist auch das Reichsgesetz wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung, welches hauptsächlich folgendes bestimmt: Ein Deutscher zahlt direkte Steuern in demjenigen Bundesstaate, in welchem er seinen Wohnsitz hat, oder in welchem er sich — falls er keinen Wohnsitz hat — aufhält. Hat er in mehreren Bundesstaaten einen Wohnsitz, so zahlt er die Steuern in seinem Heimatsstaat. Grundbesitz und Gewerbe werden in dem Bundesstaate besteuert, in welchem der Grundbesitz liegt oder das Gewerbe betrieben wird.

Was versteht man hier aber unter dem „Wohnsitz"? Ein Deutscher hat seinen Wohnsitz an dem Orte, „an welchem er eine Wohnung unter Umständen inne hat, welche auf die Absicht der dauernden Beibehaltung einer solchen schließen lassen." Also ein „Absteigequartier" ist kein „Wohnsitz"; ebensowenig begründet die bloße Einrichtung eines Bureaus schon einen Wohnsitz. Vergleiche §§ 7—11 Bürgerl. Gesetzbuchs. Verloren geht der Wohnsitz entweder dadurch, daß die Wohnung thatsächlich nicht mehr bewohnt wird, oder dadurch, daß die Absicht einer dauernden Beibehaltung aufgegeben ist. Minderjährige Schüler, Studenten, Lehrlinge, die sich außerhalb des Wohnsitzes ihrer Eltern aufhalten, begründen für sich keinen besonderen Wohnsitz.

Als Bundesstaat wird auch das Reichsland Elsaß-Lothringen behandelt. Ebenso werden die Kolonien des Deutschen Reiches hinsichtlich des Wohnsitzes, Aufenthalts, der Reichsangehörigkeit als ein Bundesstaat betrachtet.

Unter dem „dienstlichen Wohnsitz" („Amtssitz") versteht man „die dem Beamten zur Ausübung seines Berufes angewiesene Station, gleichviel ob dieselbe mit dem, nach zufälligen Umständen sich bestimmenden Orte, wo er Wohnung genommen, zusammentrifft oder nicht." Ein Beamter also, der ein Amt in Berlin bekleidet, thatsächlich aber in Charlottenburg wohnt, hat seinen „dienstlichen Wohnsitz" in Berlin. Stets handelt es sich aber dabei um dauernde Staatsstellen, nicht nur um vorübergehende Vertretungen ꝛc.

Unter „Ausland" sind stets die Länder außerhalb Deutschlands zu verstehen; die deutschen Kolonien sind natürlich nicht „Ausland", sondern gehören mit zum Deutschen Reiche.

Zu 1c ist zu bemerken, daß die Steuerpflicht sofort wieder auflebt, wenn man nach einigen Jahren wieder dauernd nach Deutschland zurückkehrt; ein bloß vorübergehender Besuch hat jedoch diese Wirkung nicht.

Zu den „Reichs- und Staatsbeamten" gehören auch die Offiziere.

Unter „Erwerb" ist jede gewinnbringende Beschäftigung zu verstehen. Für die Steuerpflicht wird nicht vorausgesetzt, daß der Ausländer wegen des Erwerbes nach Preußen hingekommen ist, sondern es genügt die Feststellung, daß er sich des Erwerbes wegen in Preußen aufhält.

Während der § 1 unter den Ziffern 1–3 die steuerpflichtigen physischen Personen aufzählt — d. h. wirklich existierende Menschen —, erwähnt er unter den Ziffern 4 und 5 die steuerpflichtigen juristischen Personen, d. h. solche Vermögensträger, welche nicht wirklich, sondern nur im Denken existieren; z. B. bei einer „Genossenschaft" existieren in Wirklichkeit nur die einzelnen Genossen, während die „Genossenschaft" als solche nur gedacht, nur in der Vorstellung zusammengefaßt wird.

Steuerpflichtig sind nicht alle juristischen Personen, sondern nur diejenigen, welche unter den Ziffern 4 und 5 des § 1 aufgezählt sind. Steuern müssen also zahlen:

I. Aktiengesellschaften. Ueber Begriff und Wesen einer Aktiengesellschaft siehe § 178 ff. des Handelsgesetzbuchs. Die einzige Aktiengesellschaft, welche keine Steuern zahlt, ist die Reichsbank.

II. Kommanditgesellschaften auf Aktien. Siehe über diese § 320 ff. Handelsgesetzbuchs.

III. Berggewerkschaften. Nach dem Berggesetze vom 24. Juni 1865 bilden zwei oder mehrere Mitbeteiligte eines Bergwerks eine Gewerkschaft.

IV. Eingetragene Genossenschaften dann, wenn ihr Geschäftsbetrieb über den Kreis ihrer Mitglieder hinausgeht, d. h. wenn die Genossenschaft Nichtmitgliedern diejenigen Wohlthaten gewährt, zu deren Erreichung sie überhaupt sich gebildet hat. So z. B. wird eine eingetragene Genossenschaft dann steuerpflichtig, wenn sie, zur Gewährung von Darlehen gegründet, auch an Nichtmitglieder Darlehen gewährt; ein Rohstoffverein, der den billigen Absatz von Rohstoffen an Mitglieder zum Zweck hat, wird steuerpflichtig, wenn er die Rohstoffe auch an Nichtmitglieder liefert u. s. w.

V. Konsumvereine unter 2 Voraussetzungen:

a) wenn sie einen offenen Laden haben, d. h. ein jedermann zugängliches Verkaufslokal für den Kleinverkehr;

b) wenn sie die Rechte juristischer Personen haben. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn ein Konsumverein sich als Eingetragene Genossenschaft darstellt oder wenn ihm Korporationsrechte verliehen sind.

Voraussetzung der Steuerpflicht aller juristischen Personen ist, daß sie ihren Sitz in Preußen haben.

Alle diejenigen juristischen Personen, welche unter I bis V nicht genannt sind, sind steuerfrei. Insbesondere sind also steuerfrei: die offene Handelsgesellschaft — die Gesellschaften mit beschränkter Haftung — solche Konsumvereine, welche die Rechte einer juristischen Person nicht haben u. s. w.

§ 2. Ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt unterliegen der Einkommensteuer alle Personen mit dem Einkommen

a) aus den von der Preußischen Staatskasse gezahlten Besoldungen, Pensionen und Wartegeldern;

b) aus Preußischem Grundbesitz und aus Preußischen Gewerbe- oder Handelsanlagen oder sonstigen gewerblichen Betriebsstätten.

Die Bestimmung zu b findet auch auf Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und die im § 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten eingetragenen Genossenschaften Anwendung.

Es handelt sich hier nur um Gelder aus der Preußischen Staatskasse; der Pensionsfonds der Evangelischen Landeskirche ist kein Staatsfonds; Pensionen, die ein anderer Bundesstaat zahlt, sind nicht in Preußen zur Besteuerung heranzuziehen.

Nicht jeder in Preußen ausgeübte Gewerbebetrieb unterliegt der Einkommensteuer, sondern nur ein solcher Gewerbebetrieb, der sich in Gewerbe- oder Handelsanlagen oder sonstigen Betriebsstätten zeigt;

es muß eine sichtbare Stätte da sein (namentlich ein ständig oder regelmäßig benutztes Lokal). Solche Stätten sind: die Werkstätten und Fabriken, Läden und Warenlager, Zweigniederlassungen u. s. w. Es kann aber auch eine außerpreußische Handlung dadurch, daß sie in Preußen ständige Vertreter unterhält, hier steuerpflichtig werden. Uebrigens hat Steuern nur der Besitzer des Etablissements oder Grundstücks zu zahlen, während die Besoldung seiner Gehülfen oder Arbeiter nicht als Einkommen aus dem Gewerbebetrieb oder Grundstück zu betrachten ist. Erstreckt sich das Grundstück oder der Gewerbebetrieb auf mehrere Bundesstaaten, so erhebt jeder Staat anteilige Steuern.

Da nicht alle Gesellschaften steuerpflichtig sind, sondern nur die in § 1 Nr. 4, 5 genannten, so ist jedesmal zu prüfen, ob die betreffende Gesellschaft zu den letzteren gehört. Bei ausländischen Gesellschaften sind natürlich Zweifel nicht ausgeschlossen.

§ 3. Von der Einkommensteuer sind befreit:

1. die Mitglieder des Königlichen Hauses und des Hohenzollernschen Fürstenhauses;
2. die Mitglieder des vormaligen Hannoverschen Königshauses, des vormaligen Kurhessischen und des vormaligen Herzoglich Nassauischen Fürstenhauses;
3. die bei dem Kaiser und Könige beglaubigten Vertreter fremder Mächte und die Bevollmächtigten anderer Bundesstaaten zum Bundesrate, die ihnen zugewiesenen Beamten, sowie die in ihren und ihrer Beamten Diensten stehenden Personen, soweit sie Ausländer sind;
4. diejenigen Personen, denen sonst nach völkerrechtlichen Grundsätzen oder nach besonderen, mit anderen Staaten getroffenen Vereinbarungen ein Anspruch auf Befreiung von der Einkommensteuer zukommt.

Die Befreiungen zu Nr. 3 und 4 erstrecken sich nicht auf das nach § 2 steuerpflichtige Einkommen und bleiben in denjenigen Fällen ausgeschlossen, in welchen in den betreffenden Staaten Gegenseitigkeit nicht gewährt wird.

Der § 3 behandelt die Ausnahmen, nämlich Steuerbefreiungen einzelner Personen aus besonderen Gründen. Die Steuerfreiheit von Gesandten ꝛc. beruht auf völkerrechtlichen Grundsätzen, wonach ein fremder Gesandter in Preußen der preußischen Staatsgewalt nicht unterliegt, sondern, wie man sich ausdrückt, „exterritorial" ist. Die Mitglieder auswärtiger Regentenhäuser, welche sich in Preußen dauernd aufhalten, sind steuerpflichtig.

§ 4. Die Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbarer Deutscher Reichsstände, welchen das Recht der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern zusteht, werden zu der Einkommensteuer von dem Zeitpunkte ab herangezogen, in welchem durch besonderes Gesetz die Entschädigung für die aufzuhebende Befreiung von der Einkommensteuer geregelt sein wird.

Dieses „besondere Gesetz" ist unter dem 18. Juli 1892 erlassen worden und seit dem 1. April 1893 wirksam; es führt den Titel „Gesetz betreffend die Aufhebung der Befreiung von ordentlichen Personalsteuern

gegen Entschädigung". Früher waren die sog. „Reichsunmittelbaren" steuerfrei. Deutschland zerfiel bekanntlich in unzählige kleine Fürstentümer, Grafschaften, Herrschaften 2c., deren jede vollständig selbständig war und nur dem Kaiser und Reiche unmittelbar unterstand. Als diese Standesherren, namentlich zu Anfang unseres Jahrhunderts, ihre Herrschaften verloren und ihre Besitzungen den größeren Staaten einverleibt wurden, wurden ihnen in mehrfacher Beziehung Vorrechte zugestanden, wie sie nur selbständigen Fürsten zustehen. Dazu gehört vor allem die Steuerfreiheit, die erst durch obiges Gesetz, und zwar gegen Entschädigung, aufgehoben wurde. Geblieben ist die Steuerfreiheit der früheren Herrscher von Hannover, Kur-Hessen und Hessen-Nassau — vgl. § 3².

2. Objektive Steuerpflicht.

A. Allgemeine Grundsätze.

§ 5. Die Steuerpflicht beginnt mit einem Einkommen von mehr als 900 Mk.

Wer gerade 900 Mark Jahreseinkommen hat, braucht also keine Steuern zu zahlen.

Man hat die Einkommen bis zu 900 Mark deshalb steuerfrei gelassen, weil man annimmt, daß diese Beträge das Geringste, wovon ein Mensch leben kann, das sogenannte Existenzminimum, darstellen, daß es also unbillig wäre, von diesen geringen Einkommen noch einen Teil als Steuer fortzunehmen.

§ 6. Von der Besteuerung sind ausgeschlossen:

1. das Einkommen aus den in anderen deutschen Bundesstaaten oder in einem deutschen Schutzgebiete belegenen Grundstücken, den daselbst betriebenen Gewerben, sowie aus Besoldungen, Pensionen und Wartegeldern, welche deutsche Militärpersonen und Civilbeamte, sowie deren Hinterbliebene aus der Kasse eines anderen Bundesstaates beziehen (§ 4 des Gesetzes vom 13. Mai 1870, Bundes-Gesetzbl. S. 119);
2. das Einkommen der nach § 1 Nr. 3 steuerpflichtigen Ausländer aus ausländischem Grundbesitz oder Gewerbebetrieb, sofern dieselben nicht des Erwerbes wegen in Preußen einen Wohnsitz haben oder sich daselbst aufhalten;
3. das Militäreinkommen der Personen des Unteroffizier- und Gemeinenstandes, sowie während der Zugehörigkeit zu einem in der Kriegsformation befindlichen Teile des Heeres oder der Marine das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres und der aktiven Marine;
4. der das persönliche pensionsberechtigende Gehalt übersteigende Teil des dienstlichen Einkommens derjenigen Staats- und Reichsbeamten und Offiziere, welche ihren dienstlichen Wohnsitz im Auslande haben. Sofern dieselben im Auslande zu entsprechenden direkten Staatssteuern herangezogen werden, bleibt auch das persönliche pensionsberechtigende Gehalt frei;
5. die auf Grund gesetzlicher Vorschrift den Kriegsinvaliden gewährten Pensionserhöhungen und Verstümmelungszulagen, sowie die mit Kriegsdekorationen verbundenen Ehrensolde.

Wie gemäß § 2 Preußen die in seinem Gebiet belegenen oder betriebenen Grundstücke, Gewerbe ꝛc. besteuert, so muß es sich auch gefallen lassen, daß jeder andere Bundesstaat die Grundstücke und Gewerbe seines Gebiets, auch wenn sie von Preußen betrieben ꝛc. werden, zur Besteuerung heranzieht. Deshalb läßt Preußen, um jede Doppelbesteuerung zu vermeiden, die Grundstücke und Gewerbe in anderen Bundesstaaten und die von letzteren gezahlten Pensionen unversteuert.

Die früher geltende Bestimmung, daß das Einkommen von preußischen Staatsangehörigen aus ausländischem Grundbesitze dann steuerfrei sein sollte, wenn dieser Grundbesitz bereits einer Steuer im Auslande unterlag, ist aufgehoben.

Von Steuern befreit ist das Militäreinkommen, und zwar:

1. der Personen des Unteroffizier- und Gemeinenstandes. Hierzu gehören auch die Feldwebel, Feldjäger, Roßärzte, Unterroßärzte ꝛc., nicht die unteren Militärbeamten. Ferner werden hierher gerechnet die Wachtmeister und Gendarmen der Landgendarmerie;
2. der Angehörigen von Heer und Marine während ihrer Zugehörigkeit. Hierher gehören in Friedenszeiten die Offiziere, Aerzte, Militärbeamte, Kapitulanten, Rekruten, Einjährig-Freiwillige:1, Reservisten, in Kriegszeiten alle aufgebotenen oder freiwillig eingetretenen Offiziere, Mannschaften, Aerzte, Militärbeamte, außerdem die Civilbeamten der Militärverwaltung.

Ehrensolde haben erhalten die Inhaber des eisernen Kreuzes aus den Jahren 1813–15, die Inhaber des Militär-Ehrenzeichens I. Klasse und des Militär-Verdienstkreuzes, sowie gewisse Inhaber des eisernen Kreuzes aus dem Kriege von 1870/71.

§ 7. Als Einkommen gelten die gesamten Jahreseinkünfte der Steuerpflichtigen in Geld und Geldeswert aus:

1. Kapitalvermögen,
2. Grundvermögen, Pachtungen und Mieten, einschließlich des Mietswertes der Wohnung im eigenen Hause,
3. Handel und Gewerbe einschließlich des Bergbaues,
4. Gewinn bringender Beschäftigung, sowie aus Rechten auf periodische Hebungen und Vorteile irgend welcher Art, soweit diese Einkünfte nicht schon unter Nr. 1 bis 3 begriffen sind.

In diesem Paragraphen ist der Begriff des Einkommens, als steuerrechtliche Grundlage, gegeben. Danach ist die Quelle alles Einkommens eine vierfache. Es ist jedoch hierzu zweierlei zu bemerken. Einmal ist die hier gegebene Begriffsbestimmung eine durchaus selbständige, steuerrechtlich praktische, und hat mit der Begriffsbestimmung des Einkommens, wie sie in der Volkswirtschaftslehre gegeben zu werden pflegt, nichts zu thun. Sodann stellt das hier gemeinte Einkommen nur das

sog. Roh- oder Brutto-Einkommen dar, aus welchem sich erst durch gewisse Abzüge das Rein- oder Netto-Einkommen ergiebt. Ueber diese Abzüge vgl. § 9. Nur das Reineinkommen wird versteuert.

Der Steuer unterliegen also nur die „Einkünfte" oder „Erträge" aus irgendwelchem Vermögen oder Arbeit. Daraus folgt, daß die Vermehrung des Vermögens als solche — z. B. wenn sich der Wert eines Grundstücks infolge einer günstigen Konjunktur erhöht — keine erhöhte Steuerpflicht mit sich bringt, sondern nur dann, wenn auch die Einkünfte, Erträge wachsen. Dies besagt auch der § 8. Im übrigen ist nur solches Einkommen zu versteuern, welches aus einer jener vier Quellen fließt. Jedoch muß bei jedem Steuerpflichtigen das gesamte, hiernach vorhandene Einkommen in Berücksichtigung gezogen werden: daraus folgt, daß, wenn sich bei dem Einkommen aus einer Quelle ein Verlust ergiebt, dieser von dem Ertrag aus einer anderen Quelle abzuziehen ist. Wenn z. B. ein Arzt aus seiner Praxis eine gewisse Summe gewonnen, aus seinem Kapitalvermögen aber, z. B. wegen Niederganges der Kurse, Verluste gehabt hat, so ist dieser Verlust von jenem Gewinn abzuziehen. Zur Besteuerung können nur solche Erträge herangezogen werden, auf deren Bezug der Steuerpflichtige ein wirkliches Recht hat. Die Einkünfte aus einer Erbschaft hat der wahre Erbe schon dann zu versteuern, wenn er ein Recht auf diese Einkünfte hat, auch wenn er thatsächlich noch aus irgendwelchen Gründen nicht in den wirklichen Besitz der Erbschaft gelangt ist. Voraussetzung aller Besteuerung ist jedoch, daß die Einkünfte auf erlaubte Weise gewonnen sind: der Gewinn aus Verbrechen oder Vergehen ist nicht zu versteuern.

§ 8. Außerordentliche Einnahmen aus Erbschaften, Schenkungen, Lebensversicherungen, aus dem nicht gewerbsmäßig oder zu Spekulationszwecken unternommenen Verkauf von Grundstücken und ähnliche Erwerbungen gelten nicht als steuerpflichtiges Einkommen, sondern als Vermehrung des Stammvermögens und kommen ebenso wie Verminderungen des Stammvermögens nur insofern in Betracht, als die Erträge des letzteren dadurch vermehrt oder vermindert werden.

Die hier ausgesprochene Regel ist bereits in den Bemerkungen zum § 7 erwähnt. Von dem Einkommen ist das Stammvermögen streng zu scheiden. Insbesondere ist jedoch hier der Grundsatz aufgestellt, daß Spekulationsgewinne zu den steuerpflichtigen Einnahmen gehören; damit sollen namentlich die bei Verkäufen erzielten Konjunkturgewinne u. s. w. getroffen werden; hierher gehören auch die Differenzgeschäfte.

Zu den in § 8 erwähnten „ähnlichen Erwerbungen" sind z. B. Lotteriegewinne zu rechnen.

§ 9. I. Von dem Einkommen (§ 7) sind in Abzug zu bringen:

1. die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens verwen-

beten Ausgaben, einschließlich auch der unter den Kommunalabgaben begriffenen Deichlasten;

2. die von den Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldenzinsen und Renten, soweit dieselben nicht auf Einnahmequellen haften, welche bei der Veranlagung außer Betracht zu lassen sind (§ 6 Nr. 1 und 2).

Erstreckt sich die Besteuerung lediglich auf das im § 2 bezeichnete Einkommen, so sind nur die Zinsen solcher Schulden abzugsfähig, welche auf den inländischen Einkommensquellen haften oder für deren Erwerb aufgenommen sind;

3. die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden dauernden Lasten;

4. die von dem Grundeigentume, dem Bergbau und dem Gewerbebetriebe zu entrichtenden direkten Staatssteuern, sowie solche indirekte Abgaben, welche zu den Geschäftsunkosten zu rechnen sind;

5. die regelmäßigen jährlichen Absetzungen für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen, Betriebsgerätschaften u. s. w., soweit solche nicht bereits unter den Betriebsausgaben verrechnet sind;

6. die von den Steuerpflichtigen gesetz- oder vertragsmäßig zu entrichtenden Beiträge zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen;

7. Versicherungsprämien, welche für Versicherung des Steuerpflichtigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden, soweit dieselben den Betrag von 600 Mark jährlich nicht übersteigen.

II. Nicht abzugsfähig sind dagegen insbesondere:

1. Verwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens, zu Geschäftserweiterungen, Kapitalanlagen oder Kapitalabtragungen, welche nicht lediglich als durch eine gute Wirtschaft gebotene und aus den Betriebseinnahmen zu deckende Ausgaben anzusehen sind;

2. die zur Bestreitung des Haushalts der Steuerpflichtigen und zum Unterhalte ihrer Angehörigen gemachten Ausgaben, einschließlich des Geldwertes der zu diesen Zwecken verbrauchten Erzeugnisse und Waren des eigenen landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebes.

Es ist bereits oben in den Erläuterungen zu § 7 bemerkt, daß nicht das Roh-Einkommen überhaupt, sondern nur das Rein-Einkommen durch die Steuer getroffen werden soll. Dies hat seinen Grund darin, daß die Einkommensteuer nach der allgemeinen steuerlichen Leistungsfähigkeit eines jeden bemessen ist, und entspricht dem Gerechtigkeitsgefühl. Denn es erscheint höchst ungerecht, daß jemand, der hohe Spesen hat und große Abzahlungen leisten muß, ebensoviel Steuern zahlen sollte, wie etwa ein anderer, der ein ebenso großes Roh-Einkommen aus sicheren Kapitalien hat, der aber gar keine Spesen oder Schulden zu bezahlen braucht, sodaß das wirkliche reine Einkommen des letzteren weit höher ist, als das des ersteren.

Es fragt sich aber, welche Beträge vom Roh-Einkommen abzuziehen sind, damit das reine Einkommen herauskommt. Diese Abzüge sind eben in § 9 bestimmt.

I. Unter den Ausgaben zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des Einkommens sind nur solche zu verstehen, welche sich unmittelbar auf das Einkommen beziehen, die sogenannten „Betriebskosten", nicht aber solche, welche den Zweck haben, dem Steuerpflichtigen überhaupt

seine Einkommensquelle, die Grundlage seines Einkommens, zu erhalten. Wenn z. B. ein Arzt sich fachwissenschaftliche Bücher kauft oder Zeitschriften hält, so thut er dies zu dem Zwecke, sich auf der Höhe der Zeit in seinem Fache zu halten, sich die Fähigkeit zur Verwaltung seiner Praxis zu bewahren, das heißt, sich seine Einkommensquelle zu erhalten: aber zu den Betriebskosten gehören diese Ausgaben nicht, und deshalb sind sie auch nicht abzugsfähig.

Dagegen sind bei Grundstücken von der Einnahme die „Bewirtschaftungskosten" in Abzug zu bringen. Hierher gehören folgende Ausgaben:

a) für Unterhaltung der Wirtschaftsgebäude, Arbeiterwohnungen und sonstigen Betriebsanlagen. Nicht aber die Ausgaben für einen Neubau;

b) für Erhaltung und Ergänzung des Wirtschaftsinventars. Nicht aber die Ausgaben z. B. für Vermehrung oder Verbesserung des Viehes;

c) für Versicherung der Gebäude, Anlagen, Vorräte, des Inventars. Nicht aber für Versicherung des Haushaltungsmobiliars;

d) für Heizung und Beleuchtung der Wirtschaftsräume;

e) für Samen, Futter- und Dungmittel und die für den laufenden Wirtschaftsbetrieb nötigen Rohstoffe, Materialien ꝛc.;

f) Gehalt und Lohn an das Wirtschaftspersonal (nicht an die Dienstboten ꝛc.);

g) Kranken- und andere Kassenbeiträge für das Wirtschaftspersonal;

h) indirekte Abgaben, wie Zucker- oder Branntweinsteuer;

i) der Geldwert der aus den vorgegangenen in die gegenwärtige Wirtschaftsperiode übernommenen Bestände an Wirtschaftserzeugnissen, soweit diese zum Verbrauch im Haushalt oder zum Verkauf bestimmt sind;

k) ferner kann für die Abnutzung der Wirtschaftsgebäude, Maschinen, Geräte ein angemessener Prozentsatz des Substanzwertes in Abzug gebracht werden. Bei den vom Eigentümer selbst benutzten Gebäuden sind abzuziehen:

   a) die Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur — nicht auch für Umbau, Ausbau, Verschönerung ꝛc.;
   b) Versicherungsbeiträge;
   c) für die Abnutzung ein Prozentsatz des Bauwertes.

Immer ist zu beachten, daß es darauf ankommt, welche Ausgaben der Steuerpflichtige thatsächlich geleistet hat, nicht, welche Ausgaben er hätte leisten können oder müssen.

Abzugsfähig sind z. B. das Honorar des Vormundes, die Kosten für Aufbewahrung von Wertpapieren bei einer Bank; nicht abzugsfähig die Kosten von Badereisen, Erbschaftssteuern, Meliorationen (Verbesserungen), Immobiliarkauf-Stempel, Gas- und Wasserverbrauch im Hause, Amtskleidung ꝛc. Die Deichlasten sind stets abzugsfähig.

II. Bei dem Abzug von Schuldenzinsen ist folgendes zu bemerken:

a) Nur solche Schulden dürfen berücksichtigt werden, deren Bestehen keinem Zweifel unterliegt. Der Steuerpflichtige muß eventuell hierüber Näheres angeben;

b) nur Zinsen sind abzugsfähig, nicht aber Kapitalabtragungen (Amortisationsgelder);

c) Zinsen von Schulden aus dem kaufmännischen oder gewerblichen Verkehr dürfen insoweit nicht nochmals abgezogen werden, als sie bei Ermittelung des Gewinns aus dem betreffenden Geschäft schon berücksichtigt sind;

d) die Schuldenzinsen dürfen auch dann abgezogen werden, wenn das Kapital zu Spekulationszwecken oder zur Vermögensverbesserung verwendet ist;

e) Nur die in dem Steuerjahr zu entrichtenden, nicht auch aus früheren Jahren rückständigen Zinsen werden abgezogen.

III. Nur solche dauernde Lasten sind abzugsfähig, die auf einem besonderen Rechtsmittel, d. h. Vertrag, Testament ꝛc., beruhen. Nicht abzugsfähig sind daher solche Lasten, welche auf einer allgemeinen gesetzlichen Verpflichtung (Alimente für uneheliche Kinder, Geschwister ꝛc.) oder auf freiem Willen beruhen. Eltern sind den Kindern, Kinder den Eltern zum standesgemäßen Unterhalt verpflichtet, und zwar kraft allgemeinen Gesetzes, nicht auf Grund eines „besonderen" Rechtstitels; solche Alimente fallen daher nicht unter Nr. 3. Schenkungen dagegen beruhen auf einem solchen „besonderen" Rechtstitel und bewirken Abzugsfähigkeit. Außerdem muß aber die Last eine „dauernde", d. h. sich häufig wiederholende sein, nicht z. B. eine einmalige Schenkung. Besonders sind daher gewisse Reallasten abzugsfähig, nämlich das Altenteil u. a. Dagegen können die an öffentliche Verbände zu zahlenden Abgaben nicht abgezogen werden, soweit sie nicht ausdrücklich hier erwähnt sind (§ 9 I Nr. 1 und 4), weil sie auf allgemeinen Sätzen des öffentlichen Rechts beruhen. Die Steuern aller Art mit Ausnahme der in diesem Gesetz erwähnten sind daher nicht abzugsfähig, ebensowenig Kirchen-, Schul-, Armenlasten ꝛc.

IV. Abzugsfähig sind ferner die direkten Staatssteuern aus Grundeigentum, Bergbau und Gewerbebetrieb. Nun sind aber seit dem Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 solche

direkten Staatssteuern gar nicht mehr vorhanden; die Grundsteuer ꝛc. werden nur noch als Gemeindeabgaben erhoben. Daraus folgt, daß dieser Teil von Nr. 4 keine praktische Gültigkeit mehr hat.

Von den indirekten Abgaben sind nur solche abzugsfähig, — wobei es ganz gleichgültig, ob es Staats- oder Gemeindeabgaben sind — welche zu den Geschäftsunkosten zu rechnen sind. Dazu gehören vor allem die Bier-, Branntwein-, Zuckersteuer u. dergl.

V. Für Abnutzung der Gebäude, Maschinen, Geräte werden nur dann Abzüge gemacht, wenn es sich um regelmäßige, jährlich wiederkehrende Abschreibungen handelt. Dadurch, daß für die regelmäßige Abnutzung jährlich eine Absetzung gemacht wird, bleibt also in jedem Jahre der verbrauchte, abgenutzte Teil des Gebäudes ꝛc. steuerfrei, sodaß mit der Zeit Steuerfreiheit für den vollen Wert des Gebäudes eingetreten ist. Deshalb würde, wenn auch die Ausgaben für einen Neubau steuerfrei blieben, dies eine doppelte Wohlthat sein, und deshalb sind die Aufwendungen für Neubauten nicht abzugsfähig.

Selbstverständlich darf man nicht zu gleicher Zeit Abzüge machen sowohl für Abnutzung eines Gegenstandes und auch für Ankauf einer zum Ersatz dieses Gegenstandes bestimmten Sache. Die Höhe der Abzüge kann übrigens von der Kommission nach freiem Ermessen geschätzt werden.

VI. Die Kassenbeiträge unter Nr. 6 sind nur dann als solche abzugsfähig, wenn sie sich auf die eigene Person des Steuerpflichtigen beziehen. Solche Beiträge, welche ein Gewerbetreibender für seine Arbeiter und Gehülfen entrichtet, sind nur unter der Rubrik der Betriebskosten (§ 9 Nr. 1) zu berücksichtigen.

VII. Lebensversicherungsprämien sind bis zur Höhe von 600 Mark stets abzuziehen, aber nur, wenn sie auf das Leben des Steuerpflichtigen selbst gestellt sind. Beiträge zu Sterbe- oder Begräbniskassen werden in der Regel auch hierher gehören.

VIII. Nicht abzugsfähig sind solche Verwendungen, welche Verbesserung und Vermehrung des Vermögens betreffen. Ebensowenig Kapitalanlagen, wozu auch jährliche Ersparnisse gehören, und Kapitalabtragungen, z. B. die an Rentenbanken zu entrichtenden Amortisationsquoten ($^1/_2$% oder dergl.). Bei der Besteuerung von Beamten werden die etwa durch das Gericht wegen Schulden veranlaßten Gehaltsabzüge (Verteilungsverfahren) nicht berücksichtigt, sondern mitversteuert.

Ebensowenig dürfen die Ausgaben für Haushalt und Familie, in Geld oder Naturalien, abgezogen werden. Deshalb sind nicht abzugsfähig die Ausgaben für Gas, Wasserleitung, Schornsteinfeger und Müllabfuhr, soweit sie auf die eigene Wohnung des Steuerpflichtigen ent-

fallen, auch nicht die Ausgaben für die Anlage und Pflege eines Hausgartens, der nur zur Annehmlichkeit des Eigentümers dienen soll. Ausgaben für Kuren und Badereisen sind ebenfalls nicht abzugsfähig, niemals die Kosten für eine Dienstmagd. Auch Vermögens- und Kapitalverluste werden nicht berücksichtigt.

§ 10. Feststehende Einnahmen sind nach ihrem Betrage für das Steuerjahr, ihrem Betrage nach unbestimmte oder schwankende Einnahmen, sowie das steuerpflichtige Einkommen der Aktiengesellschaften u. s. w. (§ 16), nach dem Durchschnitte der drei der Veranlagung unmittelbar vorangegangenen Jahre, jedoch bei der nach diesem Gesetze stattfindenden erstmaligen Veranlagung nach dem Durchschnitte zweier Jahre zu berechnen.

Wenn Einnahmen der letztgedachten Art noch nicht so lange bestehen, so sind sie nach dem Durchschnitte des Zeitraumes ihres Bestehens, nötigenfalls nach dem mutmaßlichen Jahresertrage in Ansatz zu bringen.

Die gleichen Grundsätze gelten für die Berechnung der abzugsfähigen Ausgaben.

Als feststehende Einnahmen sind z. B. zu betrachten: Löhne, Besoldungen, welche nach Tages-, Wochen-, Monats-, Jahressätzen bedungen sind, ferner die in bestimmter Höhe zugesicherten Zinsen. Diese Einnahmen sind soweit, als sie zur Zeit der Veranlagung bezw. Steuererklärung bekannt sind, für das Steuerjahr zu berechnen. Unbestimmte oder schwankende Einnahmen sind z. B. Dividenden, Erträge der Landwirtschaft, Erträge aus Handel, Gewerbe, liberalen Berufen, Tantièmen, Gebühren. Diese sind nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre zu berechnen. Betrug z. B. die Einnahme im ersten Jahre 4000 Mark, im zweiten Jahre 4200 Mark, im dritten Jahre 4100 Mark, so beträgt die durchschnittliche Einnahme 4100 Mark. Ein Landwirt, welcher sein Wirtschaftsjahr mit dem 1. Juli beginnt, hat den Durchschnitt, wenn er seine Steuererklärung im Januar 1900 abgeben soll, nach den 3 Wirtschaftsjahren vom 1. Juli 1896 bis 30. Juni 1899 zu berechnen. Dies ist in ähnlicher Weise auf andere Betriebe (Handel) anzuwenden, sodaß jedenfalls immer drei vollendete Wirtschaftsjahre vorliegen. Bei Trinkgeldern ist die thatsächlich bezogene Einnahme der drei Durchschnittsjahre entscheidend. In Absatz des § 10 wird Schätzung des mutmaßlichen Jahresertrags gefordert. Die Schätzung greift natürlich nur da Platz, wo eine wirkliche Berechnung auf sicheren thatsächlichen Unterlagen nicht möglich ist. Wenn ein Steuerpflichtiger sein mutmaßliches, d. h. zukünftiges Einkommen geschätzt und angegeben hat, die Veranlagung jedoch bei Ablauf des Steuerjahres noch nicht endgültig, rechtskräftig geworden ist, so ist er berechtigt, falls das wirkliche Einkommen des nunmehr abgelaufenen Steuerjahres seiner Schätzung nicht entspricht (indem es z. B. nur 4000 Mark betrug, während er es auf 5000 Mark geschätzt hatte), die Veranlagung nach dem wirklichen Ergebnisse (also 4000 Mark) zu beanspruchen.

Die Zeit, während welcher ein Konkursverfahren über das Vermögen eines Steuerpflichtigen geschwebt hat, bleibt nach seiner Beendigung bei der Durchschnittsberechnung außer Ansatz.

§ 11. Behufs der Steuerveranlagung ist dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes das Einkommen der Angehörigen der Haushaltung zuzurechnen.

Personen, welche mit Gehalt oder Lohn zu Dienstleistungen angenommen sind, sowie Kostgänger, Untermieter und Schlafstellenmieter werden nicht zu den Angehörigen einer Haushaltung gezählt.

Selbständig zu veranlagen sind:

1) Ehefrauen, wenn sie dauernd von dem Ehemanne getrennt leben;

2) Kinder und andere Angehörige der Haushaltung, wenn sie ein der Verfügung des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen aus eigenem Erwerb — mit Ausschluß der Beihilfe in dem Geschäft des Haushaltungsvorstandes — oder aus anderen Quellen beziehen.

Auf die lediglich nach § 2 dieses Gesetzes zu veranlagenden Steuerpflichtigen finden vorstehende Bestimmungen keine Anwendung.

Wer ist Haushaltungsvorstand? Zunächst der Vater und Ehemann. Wenn dieser jedoch tot ist und die Mutter mit den Kindern zusammen lebt, so gilt die Mutter (Ehefrau) als Haushaltungsvorstand. Aber es giebt viele Abweichungen von dieser Regel. Wenn z. B. der erwachsene, wirtschaftlich selbständige Sohn die Eltern, die nichts mehr verdienen, bei sich aufnimmt, so ist der Sohn als Haushaltungsvorstand zu betrachten. In erster Linie kommt es also darauf an, wer der wirtschaftliche Leiter des Haushalts ist und ob die übrigen Familienmitglieder von diesem wirtschaftlich abhängig sind. Der Haushalt muß ferner in einer gemeinschaftlichen Wohnung (wenigstens der Regel nach) geführt werden; doch können auch Kinder wegen ihrer Ausbildung außerhalb wohnen usw.

Geschwister, Eltern, Schwiegereltern, entferntere Verwandte und Verschwägerte, welche mit dem Steuerpflichtigen einen Hausstand bilden, werden in der Regel selbständig veranlagt. Nur wenn sie kein zur Bestreitung des notdürftigen Unterhalts ausreichendes eigenes Einkommen oder eigene Bezüge (Altenteil u. dergl.) haben, sondern von dem Steuerpflichtigen hauptsächlich unterhalten werden und ihr etwaiges besonderes Einkommen seiner Verfügung unterliegt, wird dasselbe dem Einkommen des Haushaltungsvorstandes zugerechnet.

Es ist also zuzurechnen:

1. das Einkommen der noch unselbständigen Kinder, d. h. derjenigen Kinder, welche noch von ihren Eltern unterhalten werden. Hierher gehören insbesondere Erbschaften oder Schenkungen, welche den Kindern zugefallen sind und von deren Nießbrauch der Vater nicht ausgeschlossen ist;
2. Das Einkommen der Ehefrau, welche bei ihrem Manne lebt. Hierher gehört alles Einkommen aus ihrem eigenen Vermögen

oder eigenen Geschäft ꝛc., ganz gleichgültig, ob der Ehemann einen Nießbrauch daran hat oder nicht;

3. das Einkommen aller sonstigen Verwandten und Verschwägerten, welche im Haushalt des Steuerpflichtigen leben, unter den oben erwähnten Voraussetzungen. Es sei bemerkt, daß alles Einkommen zuzurechnen ist, ob dasselbe nun 900 Mark übersteigt oder nicht.

Dagegen sind selbständig zu veranlagen:

1. Das Einkommen der Ehefrau dann, wenn diese von ihrem Manne dauernd getrennt lebt. Dies bezieht sich nicht etwa bloß auf gerichtlich geschiedene Ehen, sondern auf jedes thatsächliche Getrennt-leben;
2. das Einkommen der Kinder — auch Stief-, Pflege- und Adoptivkinder — dann, wenn sie ein der Verfügung des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegendes Einkommen beziehen. Hierher gehört insbesondere das Einkommen:
   a) aus Gewerbebetrieb, aus Arbeit oder aus anderer Gewinn bringender Thätigkeit außerhalb der Wirtschaft oder des Gewerbes des Haushaltungsvorstandes;
   b) aus Thätigkeit in der Wirtschaft oder in dem Gewerbe des Haushaltungsvorstandes, sofern dafür Gehalt oder Lohn in barem Gelde — nicht nur ein Taschengeld — gewährt wird;
   c) aus Vermögen, dessen Genuß dem Haushaltungsvorstande nicht zusteht.

Es ist unerheblich, ob das Einkommen 900 Mark übersteigt oder nicht; aber wenn es 900 Mark übersteigt, muß es selbständig versteuert werden.

3. Das Einkommen sonstiger Verwandter, wenn diese ein zu ihrer Ernährung ausreichendes Einkommen haben, z. B. Zinsen, Pension ꝛc.

Wenn ein Vormund seine Mündel in seinen Haushalt aufgenommen hat und aus ihrem Vermögen gewisse Beträge als Beihülfe zu ihrer Erziehung entnimmt, so sind ihm diese Beträge nicht anzurechnen, sondern die Kinder sind selbständig zu veranlagen.

Wenn ein Sohn im Haushalt seiner Mutter lebt und diese für ihn einen bestimmten Betrag als Erziehungsbeihülfe erhält, so ist dieser Betrag ihrem Einkommen zuzurechnen. Wenn eine Tochter als Fabrikarbeiterin Geld verdient, darf dieser Verdienst dem Einkommen des Vaters nicht zugerechnet werden, auch wenn die Tochter ihm ihren Verdienst als Kostgeld giebt.

B. Besondere Vorschriften.

a) Einkommen aus Kapitalvermögen.

§ 12. Als Einkommen aus Kapitalvermögen gelten: Zinsen, Renten und geldwerte Vorteile aus Kapitalforderungen jeder Art, soweit solche Bezüge nicht bei Landwirtschaft-, Handel- und Gewerbetreibenden behufs Ausmittelung des steuerpflichtigen Einkommens aus Grundvermögen, Pachtungen, Handel oder Gewerbe (§§ 13, 14) als Teile des Geschäftsertrages in Rechnung zu bringen sind.

Mit dieser Maßgabe gelten als Einkommen aus Kapitalvermögen insbesondere:

a) Zinsen aus Anleihen und sonstigen verzinslichen Kapitalforderungen, sowie aus verzinslich gewordenen Zins- und anderen Ausständen;

b) Dividenden und Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinnanteile von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gewerkschaften, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, und von einer stillen Gesellschaft (Artikel 250 ff. des Handelsgesetzbuchs;

c) Zinsen, welche in unverzinslichen Kapitalforderungen, bei denen ein höheres als das ursprünglich gegebene Kapital zurückgewährt wird, einbegriffen sind;

d) vereinnahmte Gewinne aus der zu Spekulationszwecken unternommenen Veräußerung von Wertpapieren, Forderungen, Renten u. s. w., abzüglich etwaiger Verluste bei derartigen Geschäften.

Als Teile des Geschäftsertrages sind namentlich in Rechnung zu bringen die zum Betriebskapitale eines kaufmännischen Geschäfts oder eines landwirtschaftlichen oder sonstigen gewerblichen Betriebes gehörigen Wertpapiere, sowie die Forderungen, welche im Geschäftsverkehr der Gewerbetreibenden bestehen. Es macht keinen Unterschied, ob das Kapital, aus welchem die Einnahmen fließen, in Preußen, in einem anderen deutschen Bundesstaat oder im Auslande angelegt ist.

Sodann werden im Gesetz die einzelnen Arten der Einnahmen aus Kapitalvermögen aufgezählt.

I. Zinsen aus Anleihen oder aus öffentlichen und privaten Schuldverschreibungen, Hypotheken, Pfandbriefen, Renten, Leibrenten oder ähnlichen Verträgen, sowie aus verzinslich gewordenen Zins- und anderen Ausständen. Und zwar gelangt zur Anrechnung der für das Steuerjahr zugesicherte Jahresbetrag der Zinsen.

Wenn eine Forderung zwar rechtlich besteht, aber weder sie selbst noch die Zinsen beizutreiben sind, die Zwangsvollstreckung also fruchtlos ausfällt, dürfen die Zinsen nicht mehr als Einkommen aus Kapitalvermögen zugerechnet werden.

II. Dividenden und Zinsen, Ausbeuten und sonstige Gewinnanteile von Aktiengesellschaften u. s. w. „Sonstige Gewinnanteile" sind die sämtlichen Vorteile außer Geld, welche dem Aktionär noch gewährt werden. Die Berechnung erfolgt auch hier nach dem Stand zur Zeit der Steuererklärung und nach dem Durchschnitt der in den letzten drei Jahren verteilten Dividenden ꝛc.

III. Wenn jemand einem anderen ein unverzinsliches Darlehn von 1000 Mark giebt unter der Bedingung, daß dieser ihm 1050 Mark zurückgebe, so sollen die überschießenden 50 Mark wie Zinsen behandelt werden.

IV. Ob einer Veräußerung Spekulationszwecke zu Grunde liegen, ist nach den begleitenden Umständen des einzelnen Falles zu beurteilen. Ein Spekulationszweck ist z. B. nicht schon deshalb anzunehmen, weil ein Landwirt seinen langjährig selbstbewirtschafteten Grundbesitz unter Benutzung einer günstigen Konjunktur vorteilhaft verkauft, wohl aber z. B. dann, wenn jemand das in der Nähe einer großen Stadt im Hinblick auf deren Ausdehnung erworbene, ertraglos oder einstweilen in landwirtschaftlicher Benutzung liegende Grundstück wieder veräußert, nachdem dasselbe als Bauplatz verwertbar geworden ist.

Der Gewinn des einzelnen Geschäfts ergiebt sich aus der Gegenüberstellung einerseits des Anschaffungspreises — unter Hinzurechnung der Kosten, welche etwa auf die Erhöhung des Kapitalwertes, die Erhaltung und Bewirtschaftung des Grundstückes verwendet sind, mit Ausschluß der Zinsen des eignen Kapitals — andererseits des erzielten Erlöses. Von dem Gewinne sind die bei anderen derartigen Geschäften erlittenen Verluste abzurechnen.

Wird der Kaufpreis des verkauften Grundstücks kreditiert, so gilt er als bereits vereinnahmt.

Das Einkommen, welches aus der Spekulation herstammt, wird nach dem Durchschnitt der drei letzten Jahre versteuert, also auch dann, wenn zur Zeit der Veranlagung selbst nicht mehr spekuliert wird.

b) Einkommen aus Grundvermögen.

§ 13. Das Einkommen aus Grundvermögen umfaßt die Erträge sämtlicher Grundstücke, welche dem Steuerpflichtigen eigentümlich gehören, oder aus denen ihm infolge von Berechtigungen irgend welcher Art ein Einkommen zufließt.

Von Grundstücken, welche verpachtet oder vermietet sind, ist der Pacht- oder Mietszins, einerseits unter Hinzurechnung der dem Pächter beziehungsweise Mieter obliegenden Natural- und sonstigen Nebenleistungen sowie der dem Verpächter beziehungsweise Vermieter vorbehaltenen Nutzungen, andererseits unter Abrechnung der dem letzteren verbliebenen abzugsfähigen Lasten, als Einkommen zu berechnen.

Für nicht vermietete, sondern von dem Eigentümer beziehungsweise Nutznießer selbst bewohnte oder sonst benutzte Gebäude ist das Einkommen nach dem Mietswerte zu bemessen; außer Ansatz bleibt der Mietswert solcher von dem Eigentümer beziehungsweise Nutznießer zu seinem landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe benutzten Gebäude oder Gebäudeteile, deren Nutzungswert in dem Einkommen aus Landwirtschafts- oder Gewerbebetrieb enthalten ist.

Bei Schätzung des Einkommens aus nicht verpachteten Besitzungen ist der durch die eigene Bewirtschaftung erzielte Reinertrag zu Grunde zu legen. Die Veranlagung solcher Betriebe, bei welchen die Erträgnisse der Substanz des Bodens entnommen werden, sowie die Veranlagung

ländlicher Fabrikationszweige erfolgen nach den Grundsätzen des § 14, soweit diese Betriebe und Fabrikationszweige nicht bei der Ertragsermittelung des Hauptbetriebes, zu welchem sie gehören, berücksichtigt werden.

Der Gewinn beim pachtweisen Betriebe der Landwirtschaft ist in gleicher Weise zu veranschlagen, wie beim Betriebe auf eigenen Grundstücken, unter Hinzurechnung des Mietswerts der mitverpachteten Wohnung.

Der Pachtzins einschließlich des Werts der etwa dem Pächter obliegenden Natural- und sonstigen Nebenleistungen ist davon in Abzug zu bringen.

Ausgeschlossen von der Besteuerung ist jedoch das Einkommen aus den, in anderen deutschen Bundesstaaten oder in einem deutschen Schutzgebiete belegenen Grundstücken, sowie das Einkommen derjenigen Ausländer, die nicht des Erwerbes wegen in Preußen ihren Wohnsitz oder Aufenthalt haben, aus den im Auslande belegenen Grundstücken.

Bei Ermittelung des Einkommens aus nicht verpachteten Besitzungen ist der durch die eigene Bewirtschaftung erzielte Reinertrag nach dem dreijährigen Durchschnitte zu Grunde zu legen. Als Reinertrag gilt die gesamte Roheinnahme der betreffenden Wirtschaftsperiode nach Abzug der Bewirtschaftungskosten und unter Berücksichtigung des bei Beginn und am Schlusse der Periode vorhandenen Bestandes an Vorräten.

A. In Einnahme sind zu stellen:

1. Der erzielte Preis für alle gegen Barzahlung oder auf Kredit veräußerten Erzeugnisse aus allen Wirtschaftszweigen, sowie für die Verleihung von Zugkraft und anderen Wirtschaftsmitteln;
2. der Geldwert aller Erzeugnisse, welche zum Unterhalt der Angehörigen, sowie der nicht zum Wirtschaftsbetrieb gehaltenen Hausgenossen verbraucht oder sonst zu ihrem Nutzen oder ihrer Annehmlichkeit verwendet sind; hierher gehört namentlich auch der Aufwand an Naturalien für die Beköstigung des zur persönlichen Bedienung gehaltenen Gesindes, für die Unterhaltung von Luxuspferden u. dergl.;
3. der Mietswert der von dem Eigentümer und seinen Angehörigen selbstbewohnten oder zur Führung des Haushalts benutzten Gebäude;
4. der Geldwert des am Schlusse der Periode vorhandenen Bestandes an Wirtschaftserzeugnissen, soweit dieselben zur Verwertung durch Verkauf oder zum Verbrauche im Haushalt bestimmt sind;
5. der Geldwert der Nutzung von etwaigen Gerechtsamen gegen andere Grundstücke und andere Zubehörungen.

B. Als Bewirtschaftungskosten sind in Abzug zu bringen: s. hierüber die Erläuterungen oben zu § 9 unter I a—k.

Werden Brennereien, Brauereien, Stärke- und Krautfabriken, Mühlen, Ziegeleien oder andere ländliche Fabrikationszweige in Verbindung mit der landwirtschaftlichen Benutzung eines Grundstücks betrieben, so kann der gesamte Betrieb bei der Ermittelung des Reinertrages als ein Ganzes behandelt werden. Ebenso bei Sand-, Lehm-, Thongruben, Stein-, Schiefer-, Kalk- oder Kreidebrüchen, Torfstichen und anderen Nebenbetrieben.

Stehen jedoch solche Betriebe nicht in unmittelbarer Verbindung mit einem Landwirtschaftsbetriebe, so ist ihr Ertrag anderweitig, nämlich nach den für das Einkommen aus Handel und Gewerbe maßgebenden Bestimmungen, zu ermitteln.

Liegenschaften, welche keinen landwirtschaftlichen Ertrag abwerfen, sondern als Bau-, Zimmer-, Holzplätze, Schlacken-, Schutt- oder ähnliche Anlagen oder zur Gemüse-, Obst-, Blumenzucht und dergl. vom Eigentümer selbst benutzt werden, sind bei der Ermittelung des Einkommens aus dem Gewerbebetriebe, welchem sie dienen, zu berücksichtigen. Hofräume und Hausgärten werden bei Einschätzung der Gebäude, zu welchen sie gehören, in Anschlag gebracht.

Für Gebäude oder Gebäudeteile, welche vom Eigentümer ausschließlich zu seinem Landwirtschafts- oder Gewerbebetriebe oder zu anderen Erwerbszweigen verwendet werden, z. B. als Arbeiterwohnungen, Scheunen, Stallungen für Zug- und Nutzvieh, Lagerräume, Speicher, Fabrik- oder Maschinenräume, zur Schankwirtschaft oder als Schul- und Heilanstalten, — ist ein besonderes Einkommen nicht in Ansatz zu bringen.

Als Einkommen aus einem solchen Gebäude (oder Gebäudeteile, Stockwerk), welches dem Eigentümer und seinen Angehörigen zu Wohnungs- und hauswirtschaftlichen Zwecken dient, gilt sein Jahres-Mietswert. Welche Ausgaben von dem Mietswert in Abzug zu bringen sind, s. oben in den Erläuterungen zu § 9 unter I gegen Ende.

Bei vermieteten Gebäuden gilt als Einkommen des Vermieters der bedungene Jahres-Mietzins unter Hinzurechnung etwaiger Nebenleistungen. Stellen sich die Einnahmen des Vermieters nach den Umständen des Falles nicht als feststehende, sondern als unbestimmte und schwankende dar, so sind sie nach dem Durchschnitt der letzten drei Jahre in Ansatz zu bringen, eventuell muß der mutmaßliche künftige Jahresertrag zu Grunde gelegt werden.

Die Abzüge für Abnutzung können bei massiven Wohngebäuden in gutem Zustande $^1/_4$%, bei anderen Wohngebäuden je nach der baulichen Beschaffenheit bis zu $^1/_2$% des Bauwertes betragen. Doch kommt es stets auf die Umstände des Falles an. Die Jagdnutzung ist als Teil des

Einkommens aus dem Grundstück zu versteuern, wenn sie nicht als bloße Liebhaberei betrieben und auf dieselbe so hohe Kosten verwendet werden, daß ihr Ertrag in gar keinem Verhältnis zu den hohen Ausgaben steht; im letzteren Falle kommt die Jagd für die Steuer nicht in Betracht.

Für Abnutzung des lebenden Wirtschaftsinventars sind keine Abzüge zulässig.

c) Einkommen aus Handel und Gewerbe einschließlich des Bergbaues.

§ 14. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe einschließlich des Bergbaues besteht in dem in Gemäßheit der allgemeinen Grundsätze (§§ 6 bis 11) ermittelten Geschäftsgewinne. Mit dieser Maßgabe ist der Reingewinn aus dem Handel und Gewerbebetriebe nach den Grundsätzen zu berechnen, wie solche für die Inventur und Bilanz durch das Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch vorgeschrieben sind und sonst dem Gebrauche eines ordentlichen Kaufmannes entsprechen. Insbesondere gilt dieses einerseits von dem Zuwachs des Anlagekapitals und andererseits von den regelmäßigen jährlichen Abschreibungen, welche einer angemessenen Berücksichtigung der Wertverminderung entsprechen.

Im übrigen gilt für die Berechnung und Schätzung des Einkommens aus Gewerbe und Handel folgendes:

1. Die Zinsen des im Handels- oder Gewerbebetrieb angelegten eigenen Kapitals des Steuerpflichtigen sind als Teile des Geschäftsgewinnes zu betrachten.
2. Der von einer nicht nach § 1 Nr. 4 und 5 steuerpflichtigen Erwerbsgesellschaft erzielte Geschäftsgewinn ist den einzelnen Teilhabern nach Maßgabe ihres Anteils anzurechnen.
3. Der Gewinn aus den zu Spekulationszwecken abgeschlossenen Geschäften, abzüglich etwaiger Verluste bei derartigen Geschäften, und aus der Beteiligung an derartigen Geschäften ist auch bei solchen Steuerpflichtigen, welche nicht zu den Handel- und Gewerbetreibenden gehören, nach den für das Einkommen aus Handel und Gewerbe maßgebenden Grundsätzen zu berechnen.

Der § 14 behandelt das Einkommen aus Handel und Gewerbe. Dieses umfaßt den Gewinn aus gewerblichen oder Handelsunternehmungen jeder Art, mögen dieselben in großem oder geringem Umfange, fabrikmäßig oder handwerksmäßig betrieben werden. Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Die Zinsen des Kapitals, welches dem Steuerpflichtigen selbst gehört und welches dieser im Handels- oder Gewerbebetrieb angelegt hat, sind als Teile des Geschäftsgewinnes zu betrachten.
2. Der von einer offenen Handelsgesellschaft oder einer anderen nicht steuerpflichtigen Gesellschaft erzielte Geschäftsgewinn ist den einzelnen Teilhabern nach Maßgabe ihres Anteils abzurechnen.
3. Der Gewinn aus Spekulationsgeschäften — abzüglich etwaiger Verluste bei derartigen Geschäften — ist auch bei solchen Steuerpflichtigen, welche nicht zu den Handel- und Gewerbetreibenden gehören, nach den für das Einkommen aus Handel und Gewerbe maßgebenden Grundsätzen zu berechnen.

4. Als steuerpflichtiges Einkommen aus Handel und Gewerbe gilt der im Durchschnitt der drei letzten Geschäftsjahre erzielte Gewinn. Der Geschäftsgewinn ergiebt sich aus der Gegenüberstellung der jährlichen Betriebseinnahmen und Ausgaben.

A. In Einnahmen sind zu stellen:

a) Die Provisionen für geschäftliche oder gewerbliche Leistungen jeder Art, ebenso Zinsen oder sonstige Gegenleistungen;
b) die Kosten für Versicherung der zu a) erwähnten Gegenstände,
c) der Geldwert derjenigen Waren und Produkte, welche zum Gebrauche oder Verbrauche des Steuerpflichtigen, seiner Angehörigen und Dienstboten aus dem Betriebe des Steuerpflichtigen entnommen und verwendet worden sind.

B. Dagegen sind als Betriebskosten in Abzug zu bringen:

a) die Kosten der Unterhaltung der Betriebsgebäude und der Ergänzung und Erhaltung des Betriebs-Inventars;
b) die Kosten der Versicherung der zu a) erwähnten Gegenstände, sowie der Warenvorräte gegen Brand ꝛc.;
c) Pacht- und Mietzins für die zum Geschäftsbetriebe gepachteten und gemieteten Grundstücke, Gebäude und Geräte;
d) Heizung und Beleuchtung im Betriebe;
e) Anschaffungskosten für Roh- und Hilfsstoffe und Materialien des Betriebes;
f) Löhne der Angestellten, Gesellen, Gehilfen, Arbeiter, einschließlich des Geldwertes von Naturalien;
g) Kassenbeiträge für das Betriebspersonal;
h) die im Geschäftsbetriebe zu entrichtenden indirekten Abgaben (Zölle u. s. w.), sowie die Grund- und Gebäudesteuer, die auf den Betriebs-Grundstücken und -Gebäuden ruhen.

Bei Kaufleuten sind die Bücherabschlüsse der drei letzten Geschäftsjahre nebst den vorschriftsmäßig angefertigten Bilanzen der Gewinnberechnung zu Grunde zu legen. Zur Führung von Büchern sind die Kaufleute bekanntlich nach dem Handelsgesetzbuch verpflichtet.

Die entgeltliche Verleihung von Maschinenkraft bildet ohne weiteres eine gewerbliche Thätigkeit.

Bezüglich ihres Einkommens aus z. B. Grundstücken oder Kapitalien sind Handel- und Gewerbetreibende denselben Veranlagungsvorschriften unterworfen, wie alle anderen Kapital- und Grundbesitzer (s. darüber §§ 12 und 13). Bei den regelmäßigen jährlichen Abschreibungen ist jede Wertverminderung zu berücksichtigen; dagegen war in § 9 I Nr 5 nur der Abzüge für Abnutzung gedacht. Zu bemerken ist auch hier, daß

für die Abnutzung der im Gewerbebetriebe notwendigen Gebäude, Maschinen und Geräte ein angemessener Prozentsatz in Abzug gebracht werden kann.

d) Einkommen aus Gewinn bringender Beschäftigung und aus Rechten auf periodische Hebungen u. s. w.

§ 15. Das Einkommen aus Gewinn bringender Beschäftigung, sowie aus Rechten auf periodische Hebungen und Vorteile irgend welcher Art umfaßt insbesondere den Verdienst der Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen, die Besoldung der Militärpersonen und Beamten jeder Art, ferner den Gewinn aus schriftstellerischer, künstlerischer, wissenschaftlicher, unterrichtender oder erziehender Thätigkeit, sowie Wartegelder, Pensionen und sonstige fortlaufende Einnahmen, welche nicht als Jahresrenten eines beweglichen oder unbeweglichen Vermögens anzusehen sind, endlich solche Rentenbezüge, welche an die Person des Empfangsberechtigten geknüpft sind.

Das Einkommen aus Dienstwohnungen ist nach dem ortsüblichen Mietswerte, jedoch nicht höher als mit fünfzehn vom Hundert des baren Gehalts des Berechtigten in Ansatz zu bringen. Soweit Dienstwohnungen vermietet sind, ist der Mietszins nach Maßgabe der Bestimmungen im § 13 Abs. 2 anzurechnen.

Bei Militärpersonen, Reichsbeamten, unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, Geistlichen und Lehrern an öffentlichen Unterrichtsanstalten ist der zur Bestreitung des Dienstaufwandes bestimmte Teil des Diensteinkommens außer Ansatz zu lassen.

Hierher gehören insbesondere:

a) Die Besoldung der Militärpersonen, aller öffentlichen Beamten, der Geistlichen, Lehrer, sowie der in privaten Dienstverhältnissen stehenden Personen;

b) der Lohn und Verdienst der Handlungs- und Gewerbegehülfen, Arbeiter, Dienstboten;

c) der Gewinn der sog. „liberalen Berufe", wie Schriftsteller, Gelehrter, Künstler, Privatlehrer, Erzieher, Arzt, Rechtsanwalt und Notar, sowie aus jeder persönlichen Thätigkeit, welche nicht unter die bisher genannten Berufe und Einkommenszweige fällt.

Dabei ist folgendes zu beachten:

1. Unbestimmte und schwankende Bezüge sind nach dem bisherigen Durchschnitt, sonst nach dem mutmaßlichen Jahresertrage zu berechnen;
2. Gratifikationen, Remunerationen, Zuschüsse aller Art sind mitzurechnen;
3. Außer den baren Einnahmen ist auch der Geldwert der etwaigen Naturalbezüge einschließlich des Mietswertes der freien Wohnung zu berücksichtigen. Dienstwohnungen, für welche ein Abzug an der Besoldung stattfindet, sind dem steuerpflichtigen Einkommen nicht hinzuzurechnen; dafür darf aber der entsprechende

Besoldungsabzug nicht vom Einkommen abgerechnet werden. Nicht zum steuerpflichtigen Einkommen gehört der zur Bestreitung des Dienstaufwandes bestimmte Teil des Diensteinkommens der Beamten (auch Repräsentationskosten, Reisekostenvergütungen ꝛc.).

Von den Einnahmen sind abzuziehen:

a) die etwaigen Geschäftsunkosten. Hierher gehören die laufenden Ausgaben der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher für die Unterhaltung des Bureaus, die Ausgaben der Aerzte für das zur Besorgung der Praxis gehaltene Fuhrwerk, der Künstler, Gelehrten, Journalisten für die Besoldung von Mitarbeitern oder Gehilfen, für die Beschaffung nötiger Materialien ꝛc.;

b) diejenigen Ausgaben für den Dienstherrn, für welche die Entschädigung in der für die übernommene Thätigkeit gewährten Gegenleistung (Gehalt, Lohn) mit enthalten ist. Unter „Rechten auf periodische Hebungen und Vorteile" sind zu verstehen:

   a) Die Wartegelder und Pensionen der Beamten und ihrer Hinterbliebenen (Witwen- und Waisengelder);

   b) Unfall-, Alters-, Invalidenrenten, Altenteils- und andere Renten, welche an die Person des Empfangsberechtigten geknüpft sind, und sonstige fortlaufende Einnahmen, welche nicht als Jahresrenten eines beweglichen oder unbeweglichen Vermögens anzusehen sind.

Die Beträge, welche dem Tantièmenfonds der Reichsbankbeamten jährlich zugehen, sind ebenso steuerpflichtig, wie der den Angestellten einer Aktiengesellschaft vertragsmäßig zugesicherte Gewinnanteil an dem Ertrage des Gewerbebetriebes der Gesellschaft. Weihnachtsgratifikationen sind auch dann anzurechnen, wenn sie nicht ausdrücklich ausgemacht sind. Trinkgelder sind nur dann als steuerpflichtig zu betrachten, wenn der Steuerpflichtige wirklich und thatsächlich auf dieselben als sein Einkommen angewiesen ist, wie dies z. B. vielfach bei Kellnern, Kellnerinnen, Portiers, Badewärtern u. s. w. der Fall ist; dagegen sind bei Pferdebahnschaffnern die Trinkgelder eben deshalb nicht zu versteuern. Die „Spesen" des Geschäftsreisenden (d. h. seine Reise- und Repräsentationskosten) gehören nur dann zum steuerpflichtigen Einkommen, wenn sich dabei Ueberschüsse ergeben. (Bei den sog. „Vertrauensspesen" sind grundsätzlich Ueberschüsse ausgeschlossen.) Bei Forstbeamten ist nicht nur das bare Geld, sondern auch der Geldwert aller Naturalbezüge anzurechnen. Nur solche fortlaufende Hebungen sind zu versteuern, welche

auf einem besonderen Rechtstitel, d. h. Vertrag, Testament, Verleihung ꝛc. beruhen. Freiwillige Unterstützungen werden nicht angerechnet, auch wenn dieselben fortlaufend gewährt werden.

e) Einkommen der Aktiengesellschaften u. s. w.

§ 16. Als steuerpflichtiges Einkommen der im § 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten Steuerpflichtigen gelten unbeschadet der Vorschrift im § 6 Nr. 1 die Ueberschüsse, welche als Aktienzinsen oder Dividenden, gleichviel unter welcher Benennung, unter die Mitglieder verteilt werden, und zwar

unter Hinzurechnung der zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung von Reservefonds — soweit solche nicht bei den Versicherungsgesellschaften zur Rücklage für die Versicherungssummen bestimmt sind — verwendeten Beträge,

jedoch nach Abzug von $3^1/_2$ Prozent des eingezahlten Aktienkapitals. An Stelle des letzteren tritt bei eingetragenen Genossenschaften die Summe der eingezahlten Geschäftsanteile der Mitglieder, bei Berggewerkschaften das aus dem Erwerbspreise und den Kosten der Anlage und Einrichtung beziehungsweise Erweiterung des Bergwerks sich zusammensetzende Grundkapital oder, soweit diese Kosten vor dem 1. April 1892 aufgewendet sind, nach Wahl der Pflichtigen der zwanzigfache Betrag der im Durchschnitt der letzten vier Jahre vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes verteilten Ausbeute.

Im Falle des § 2b gilt als steuerpflichtiges Einkommen derjenige Teil der vorbezeichneten Ueberschüsse, welcher auf den Geschäftsbetrieb in Preußen bezw. auf das Einkommen aus Preußischem Grundbesitz entfällt.

Der Kommunalbesteuerung ist das ermittelte Einkommen ohne den Abzug von $3^1/_2$ Prozent zu Grunde zu legen.

Dieser Paragraph behandelt die juristischen Personen, welche in § 1 unter Nr. 4 und 5 aufgezählt sind, wie Aktiengesellschaften ꝛc. Dabei ist folgendes zu beachten. Es sind als steuerpflichtiges Einkommen nur anzurechnen:

a) Ueberschüsse (Dividenden und dergl.), welche an die Mitglieder verteilt werden, nicht auch die, welche an den Aufsichtsrat oder Verwaltungsrat, an Direktoren und andere Beamte unter dem Namen „Tantièmen" verteilt werden. Dagegen macht es keinen Unterschied, ob die Dividende bar ausgezahlt oder dem Geschäftsguthaben zugeschrieben wird;

b) diejenigen Beträge, welche aus den Ueberschüssen zur Tilgung der Schulden oder des Grundkapitals, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, sowie zur Bildung von Reservefonds verwendet werden.

Ausgaben zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung sind diejenigen, welche weder zur Deckung von laufenden Betriebsunkosten, noch zur Erhaltung und Fortführung des Betriebes in dem bisherigen Umfange dienen, mit welchem vielmehr Einrichtungen oder Anlagen zur Erzielung eines höheren Ertrages oder zur Ausdehnung des Betriebsumfanges bestritten werden.

Die Feststellung des steuerpflichtigen Einkommens erfolgt auf Grund der für die maßgebenden Betriebsjahre angefertigten Bilanzen, Jahresabschlüsse und dergl. Die Veranlagung juristischer Personen, welche neu gebildet sind, kann jedoch erst dann erfolgen, wenn ein das Vorhandensein von Ueberschüssen ergebender Abschluß vorliegt.

Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und Eingetragene Genossenschaften sind verpflichtet, ihre Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse und die darauf bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlungen alljährlich dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzureichen.

Niemals ist das steuerpflichtige Einkommen juristischer Personen nach dem mutmaßlichen künftigen Jahresertrage in Ansatz zu bringen. Dies und die oben erwähnte Bestimmung, daß die Steuerpflicht erst bei wirklichen Ueberschüssen beginnt, sind die Hauptunterschiede in der Besteuerung der physischen und der nicht-physischen Personen. Im übrigen ist aller Gewinn anzurechnen, auch der bei der Ausgabe neuer Schuldtitel entstandene (Agio). Dagegen sind steuerpflichtig nur solche Ueberschüsse, welche wirklich verteilt oder zu einem der oben angegebenen Zwecke verwendet sind; die zu wohlthätigen Zwecken oder zur Deckung einer vorjährigen Unterbilanz verwendeten Beträge sind nicht zu versteuern. Aber die zu einem „Fonds für Pensionszwecke" gesammelten Ueberschüsse sind im allgemeinen nicht steuerfrei.

Der Abzug von $3^1/_2$% wird nur von dem wirklich eingezahlten, nicht von dem noch ausstehenden Teile des Grundkapitals berechnet, wenn auch für letzteren Wechsel und dergl. hinterlegt sein sollten.

Unter den „Dividenden" sind zu verstehen verhältnismäßige Anteile am Reingewinn, welche den Mitgliedern — einschließlich der persönlich haftenden Gesellschafter einer Kommanditgesellschaft auf Aktien — zufließen.

II. Steuersätze.

1. Steuertarif.

§ 17. Die Einkommensteuer beträgt jährlich bei einem Einkommen

von mehr als: Mark	bis einschließlich: Mark	Mark
900	1 050	6
1 050	1 200	9
1 200	1 350	12
1 350	1 500	16
1 500	1 650	21
1 650	1 800	26
1 800	2 100	31
2 100	2 400	36
2 400	2 700	44
2 700	3 000	52
3 000	3 300	60
3 300	3 600	70
3 600	3 900	80
3 900	4 200	92
4 200	4 500	104

von mehr als: Mark	bis einschließlich: Mark	Mark
4 500	5 000	118
5 000	5 500	132
5 500	6 000	146
6 000	6 500	160
6 500	7 000	176
7 000	7 500	192
7 500	8 000	212
8 000	8 500	232
8 500	9 000	252
9 000	9 500	276
9 500	10 500	300

Sie steigt bei höheren Einkommen

von mehr als Mark	bis einschließlich Mark	in Stufen von Mark	um je Mark
10 500	30 500	1 000	30
30 500	32 000	1 500	60
32 000	78 000	2 000	80
78 000	100 000	2 000	100

Bei Einkommen von mehr als 100 000 Mark bis einschließlich 105 000 Mark beträgt die Steuer 4 000 Mark und steigt bei höheren Einkommen in Stufen von 5 000 Mark um je 200 Mark.

Die Steuer beträgt also beispielsweise:

bei einem	Einkommen	von	mehr als	10 500	Mk.	bis	11 500	Mk.:	330	Mk.
„	„	„	„	20 500	„	„	21 500	„	630	„
„	„	„	„	100 000	„	„	105 000	„	4 000	„
„	„	„	„	195 200	„	„	200 000	„	7 800	„

2. Ermäßigung der Steuersätze.

§ 18. Für jedes, nicht nach § 11 selbständig zu veranlagende Familienglied unter 14 Jahren wird von dem steuerpflichtigen Einkommen des Haushaltungsvorstandes, sofern dasselbe den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt, der Betrag von 50 Mark in Abzug gebracht, mit der Maßgabe, daß bei Vorhandensein von drei oder mehr Familienmitgliedern dieser Art auf jeden Fall eine Ermäßigung um eine Stufe stattfindet.

Diese Bestimmung ist neu. Das Alter von 14 Jahren erscheint deshalb zweckentsprechend, weil bei den Volksklassen, deren Einkommen sich auf 900—3000 Mark beläuft, die Kinder mit 14 Jahren bereits anfangen, selbst etwas zu verdienen oder im Haushalt auszuhelfen. Angehörige, welche das 14. Lebensjahr vollendet haben, kommen nicht mehr für einen Abzug in Betracht, auch wenn sie thatsächlich noch erwerbsunfähig sind. Die Bestimmung, daß bei 3 oder mehr Familiengliedern unter 14 Jahren mindestens eine Ermäßigung um eine Stufe eintritt, ist von praktischer Bedeutung nur für die Einkommen von mehr als 1800—3000 Mark, da bis zum Einkommen von 1800 Mark die Stufen nur um je 150 Mark steigen.

§ 19. Bei der Veranlagung ist es gestattet, besondere, die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse in der Art zu berücksichtigen, daß bei einem steuerpflichtigen Einkommen von nicht mehr als 9500 Mark eine Ermäßigung der im § 17 vorgeschriebenen Steuersätze um höchstens drei Stufen gewährt wird.

Als Verhältnisse dieser Art kommen lediglich außergewöhnliche Belastungen durch Unterhalt und Erziehung der Kinder, Verpflichtung zum Unterhalte mittelloser Angehöriger, andauernde Krankheit, Verschuldung und besondere Unglücksfälle in Betracht.

Dieser Paragraph hat eine große steuerpolitische Bedeutung. Zum erstenmal tritt hier das Bestreben auf, die Roheit einer allgemeinen schablonenhaften Veranlagung zu mildern und eine gerechtere Verteilung nach der wahren wirtschaftlichen Stärke herbeizuführen. Darum tritt hier zuerst der Begriff der „Leistungsfähigkeit" auf. Leistungsfähigkeit ist hier nicht soviel wie die Fähigkeit, Arbeiten zu leisten oder Resultate aus der Arbeit zu erzielen, sondern es ist ein steuerrechtlicher Begriff, nämlich die Fähigkeit, aus seinem Einkommen bestimmte Teile als Steuer hergeben zu können. Ist das Einkommen mit notwendigen Ausgaben stark belastet, so ist natürlich nur ein geringer Teil als Steuer verwendbar, oder mit anderen Worten: die steuerliche Leistungsfähigkeit ist geringer. Eine Beeinträchtigung dieser Leistungsfähigkeit kann bei jeder Art von Einkommen eintreten. Man hat jedoch hauptsächlich den kleineren Mittelstand entlasten wollen: deshalb bezieht sich § 19 nur auf Einkommen bis zu 9500 Mark. Außerdem ist der Kreis derjenigen Verhältnisse, welche eine Ermäßigung der Steuer herbeiführen, ein geschlossener; andere Verhältnisse, als die oben aufgeführten, berechtigen nicht zu einer Ermäßigung.

Im übrigen muß die Kommission diejenigen, unter § 19 fallenden Verhältnisse, welche der Steuerpflichtige geltend macht, gewissenhaft prüfen. Ihre Entscheidung ist durch Berufung anfechtbar.

III. Veranlagung.

1. Ort der Veranlagung.

§ 20. Die Veranlagung erfolgt in der Regel an dem Orte, wo der Steuerpflichtige zur Zeit der Aufnahme des Personenstandes (§ 21) seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen seinen Aufenthalt hat.

Im Falle eines mehrfachen Wohnsitzes steht dem Steuerpflichtigen die Wahl des Ortes der Veranlagung zu. Hat er von diesem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, und ist die Veranlagung an mehreren Orten erfolgt, so gilt nur die Veranlagung an demjenigen Orte, an welchem die Einschätzung zu dem höchsten Steuerbetrage stattgefunden hat.

Preußische Staatsangehörige, welche im Inlande weder Wohnsitz noch Aufenthalt haben, sind an dem letzten Orte ihres Wohnsitzes oder Aufenthaltes in Preußen zu veranlagen.

Die Veranlagung der im § 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten Gesellschaften und Genossenschaften erfolgt an dem Orte, wo dieselben in Preußen ihren Sitz haben.

Die Veranlagung der im § 2 bezeichneten Steuerpflichtigen geschieht an dem Orte, wo der Grundbesitz, beziehungsweise die gewerbliche oder Handelsanlage oder die Betriebsstätte liegt, oder der bei der Steuerverwaltung etwa bestellte Vertreter seinen Wohnsitz hat, oder wo sich der Sitz der Kasse befindet, von welcher die Besoldungen, Pensionen oder Wartegelder ausgezahlt werden.

Die bezüglich des Veranlagungsortes weiter erforderlichen Anordnungen erläßt der Finanzminister.

Ueber Wohnsitz und Aufenthalt s. die Erläuterungen zu § 1. Das Wahlrecht steht auch Beamten und Militärpersonen zu, welche neben

einem dienstlichen Wohnsitz in Preußen einen zweiten persönlichen Wohnsitz, z. B. auf dem eignen Landgute, haben. Die Veranlagung der Gesellschaften und Genossenschaften erfolgt an dem Orte, wo dieselben in Preußen ihren Sitz haben. Dieser wird gewöhnlich an dem Orte liegen, von welchem aus die Hauptverwaltung geführt wird.

2. Vorbereitung der Veranlagung.

§ 21. Vor Beginn des Veranlagungsgeschäftes hat jeder Gemeinde- (Guts-) Vorstand eine vollständige Nachweisung aller in dem Gemeinde- (Guts-) bezirke vorhandenen, in diesem Gesetze als steuerpflichtig bezeichneten Personen, Gesellschaften und Genossenschaften, sowie der nach § 2 die Steuerpflicht bedingenden Grundbesitzungen und gewerblichen Unternehmungen aufzunehmen.

§ 22. Jeder Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder dessen Vertreter ist verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstücke vorhandenen Personen mit Namen, Berufs- oder Erwerbsart anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschließlich der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen.

Die Aufnahme der „Hauslisten" und ihre Ablieferung an die Behörde ist also Pflicht der Hausbesitzer. Unter „Besitzer" ist hier nicht nur der Eigentümer zu verstehen, sondern auch der Nießbraucher, eventuell der Mieter, Pächter. Diese Hauslisten beziehen sich zunächst nur auf Namen und Beruf, nicht aber auf das Einkommen der auf dem Grundstück vorhandenen Personen.

§ 23. Jeder Gemeinde- (Guts-) vorstand hat über die Besitz-, Vermögens- und sonstigen Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen des Gemeinde- (Guts-) bezirkes, sowie über etwaige besondere, die Leistungsfähigkeit derselben bedingende wirtschaftliche Verhältnisse (§§ 18, 19) möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen, überhaupt alle Merkmale, welche ein Urteil über die Besteuerung zu begründen vermögen, zu sammeln.

Auf Grund der von ihm angestellten Ermittelungen hat der Gemeinde- (Guts-) vorstand das mutmaßliche Einkommen der Steuerpflichtigen, getrennt nach den verschiedenen Einnahmequellen (§ 7), in eine Einkommensnachweisung einzutragen.

Die auf den Gemeinde- (Guts-) vorstand selbst bezüglichen Eintragungen sind von den seitens der Regierung hierfür bestimmten Personen zu bewirken.

Die Thätigkeit der Gemeinde- und Gutsvorstände ist nur vorbereitender Art. Man nimmt an, daß sie am besten in der Lage sind, sich nach den Einkommensverhältnissen der Gemeindeeingesessenen zu erkundigen und ihre Leistungsfähigkeit zu beurteilen. Auf Grund ihrer Angaben ergehen dann die Feststellungen der Steuerbehörden; aber diese letzteren haben die Pflicht selbständiger Prüfung, sodaß den Angaben der Gemeinde- und Gutsvorstände nur die Bedeutung von Vorschlägen zukommt.

3. Steuererklärungen.

§ 24. Jeder bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark zur Einkommensteuer veranlagte Steuerpflichtige ist auf die jährlich durch öffentliche Bekanntmachung ergehende Aufforderung zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Letztere ist innerhalb der auf mindestens vierzehn Tage zu bemessenden Frist nach den vom Finanzminister vorgeschriebenen, kostenlos zu verabfolgenden Formularen, bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission (§ 34) schriftlich oder zu Protokoll, unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und eingetragene Genossenschaften sind außerdem verpflichtet, ihre Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse sowie die darauf bezüglichen Beschlüsse der Generalversammlungen nach den näheren Bestimmungen des Finanzministers alljährlich dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzureichen.

Die Verpflichtung zur Selbstanzeige des steuerpflichtigen Einkommens ist eine sehr wesentliche Neuerung dieses Gesetzes gegenüber dem früheren Recht, welches eine solche Selbstdeklaration der Steuerpflichtigen überhaupt nicht kannte. Diese Steuererklärung ist eine öffentliche Pflicht. Ihre Unterlassung zeitigt die im § 30 angedrohten Nachteile.

Diese Pflicht trifft jedoch nur die bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagten Personen. Ausnahmen erwähnt der § 25. Zur Angabe seines Einkommens ist jeder selbst verpflichtet; doch läßt der § 29 Ausnahmen zu. Als Frist zur Abgabe der Steuererklärungen ist die Zeit vom 4. bis einschließlich 20. Januar festgesetzt; ist letzterer Tag ein Sonn- oder Feiertag, so endigt die Frist erst mit dem 21. Januar. Bezüglich Abwesender s. § 79. Die Steuererklärung muß unterschrieben sein.

Die Steuererklärung ist jedoch keine „Selbsteinschätzung", d. h. die Kommission ist nicht etwa an diese Erklärung gebunden, wenn sich Zweifel an der Richtigkeit der Erklärung einstellen und der Steuerpflichtige diese Zweifel nicht in zufriedenstellender Weise beseitigt. Die Steuererklärung bildet ein wesentliches Mittel, nicht aber die alleinige Grundlage für die Veranlagung. Der Vorsitzende der Kommission betreibt auch die anderweite Erforschung der Einkommensverhältnisse, damit eine Kontrolle von Amtswegen möglich ist, hierbei wird er eben gemäß § 23 von den Gemeinde- und Gutsvorständen unterstützt.

§ 25. Andere Steuerpflichtige sind zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet, sobald eine besondere Aufforderung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission (§§ 34, 35) an sie ergeht. Sie sind, falls letzteres nicht geschieht, auf ihr Verlangen zur Abgabe einer Steuererklärung innerhalb der im § 24 bestimmten Frist zuzulassen.

Unter den „anderen Steuerpflichtigen" sind alle diejenigen Steuerpflichtigen zu verstehen, welche noch nicht mit einem Einkommen von über 3000 Mark veranlagt sind. Hierher gehören insbesondere:

a) diejenigen, welche ein Einkommen nicht über 3000 Mark haben,

b) diejenigen, welche bisher noch nicht veranlagt gewesen sind.

Diese sind also nur auf besondere Aufforderung hin zur Abgabe einer Steuererklärung verpflichtet. Es werden z. B. Aufforderungen zur Abgabe der Steuererklärung an alle diejenigen erlassen, welche im vorigen Jahre nur zu einem Einkommen bis zu 3000 Mark veranlagt worden sind, bei der folgenden Veranlagung aber zu einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagt werden sollen.

§ 26. 1) In der Steuererklärung ist der Gesamtbetrag des Einkommens (§ 10) getrennt nach den im § 7 vorgesehenen Einkommensquellen anzugeben.

2) Das Einkommen von dem außerhalb des Veranlagungsbezirkes belegenen Grundbesitze oder Gewerbebetriebe ist besonders aufzuführen.

3) Schuldenzinsen, Lasten u. s. w., deren Abzug beansprucht wird, sind anzugeben.

Die Steuererklärung ist unter der Versicherung abzugeben, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, zu datieren und von dem Steuerpflichtigen durch Namensunterschrift zu vollziehen. Die Frist zur Abgabe der Steuererklärung kann angemessen verlängert werden, soll es aber nicht über den 1. März hinaus.

§ 27. Dem Steuerpflichtigen soll auf seinen Antrag, soweit es sich um nur durch Schätzung zu ermittelndes Einkommen handelt, gestattet werden, in die Steuererklärung statt der ziffermäßigen Angabe des Einkommens diejenigen Nachweisungen aufzunehmen, deren die Veranlagungskommission zur Schätzung desselben bedarf.

Es sind Fälle denkbar, namentlich wenn es sich um Schätzung handelt, wo gerade für den gewissenhaften Steuerpflichtigen die zutreffende Angabe seines Einkommens schwierig ist. Da man aber billigerweise von dem Steuerpflichtigen nur die Anzeige von Thatsachen, nicht aber die Vornahme einer Schätzung unter Androhung von Strafen verlangen kann, so ist zur Aushülfe die Vorschrift des § 27 aufgenommen worden. Es muß aber festgehalten werden, daß § 27 sich nur auf solche Einkommen bezieht, welche durch Schätzung ermittelt werden müssen.

§ 28. Die Aufforderungen zur Abgabe der Steuererklärung müssen den Hinweis auf die im § 30 angedrohten Rechtsnachteile, sowie auf die Strafbestimmungen des § 66 enthalten.

§ 29. Die Steuererklärungen sind für Personen, welche unter väterlicher Gewalt, Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, sowie für die im § 1 Nr. 4 und 5 bezeichneten Steuerpflichtigen von deren Vertretern, für Ehefrauen, sofern sie nicht

selbständig veranlagt sind, von deren Ehemännern abzugeben.

Für Personen, welche abwesend oder sonst verhindert sind, die Steuererklärungen selbst abzugeben, können solche durch Bevollmächtigte erfolgen.

Die Erfüllung der Steuererklärungspflicht seitens eines von mehreren Vertretern befreit die übrigen Verpflichteten von ihrer Verbindlichkeit.

---

§ 30. Wer die ihm obliegende Steuererklärung nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgiebt, verliert die gesetzlichen Rechtsmittel gegen seine Einschätzung für das betreffende Steuerjahr, insofern nicht Umstände dargethan werden, welche die Versäumnis entschuldbar machen.

Wer die Steuererklärung, zu deren Einreichung er gesetzlich verpflichtet ist, nicht längstens innerhalb 4 Wochen nach einer nochmaligen an ihn zu richtenden besonderen Aufforderung, welche auch nach geschehener Veranlagung ergehen kann, abgiebt, hat neben der veranlagten Steuer einen Zuschlag von 25 Prozent zu derselben zu zahlen und außerdem die durch seine Unterlassung dem Staate entzogene Steuer zu entrichten.

Die Festsetzung des mit der veranlagten Steuer zu entrichtenden Zuschlages von 25 Prozent steht der Regierung zu, gegen deren Entscheidung nur die Beschwerde an den Finanzminister zulässig ist.

Wenn der die Steuererklärung enthaltende Brief rechtzeitig zur Abholung bei dem Postamt bereit gestellt war, so ist die Frist gewahrt, auch wenn der Brief in Wirklichkeit nicht abgeholt worden ist. Die unentschuldigte Versäumnis der Steuererklärungsfrist hat stets den Verlust der Berufung zur Folge. Der Zuschlag von 25% ist keine Strafe, sondern nur ein sog. Rechtsnachteil; er darf nicht etwa bei den Kommunalsteuerzuschlägen mitgerechnet werden. Die nochmaligen Aufforderungen an den Steuerpflichtigen werden möglichst unmittelbar nach dem fruchtlosen Ablauf der ersten Frist erlassen, damit die darauf etwa eingehenden Steuererklärungen womöglich bei der Veranlagung berücksichtigt werden können.

Wenn jemand wirklich zur Zeit nicht fähig ist, sein Einkommen genau zu berechnen, so kann er dem Vorsitzenden der Kommission ruhig die Umstände darlegen, die ihn an einer genauen Berechnung hindern; er hat dann nicht ohne weiteres zu fürchten, daß ihm der Zuschlag von 25% auferlegt wird. Auch bei Naturereignissen oder anderen unabweisbaren Zufällen wird der Zuschlag nicht auferlegt.

4. Organe, Bezirke und Verfahren der Veranlagung.

§ 31. Der Veranlagung der Steuerpflichtigen geht eine Voreinschätzung durch besondere Kommissionen voraus.

Die Voreinschätzungskommissionen bestehen aus dem Gemeindevorstande als Vorsitzenden und aus einer von der Regierung zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern, welche unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Arten des Einkommens teils von der Regierung ernannt, teils von der Gemeindeversammlung beziehungsweise Gemeindevertretung gewählt werden. Die Zahl der ernannten Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden muß hinter der Zahl der gewählten Mitglieder zurückbleiben. Die Regierung kann von der Ernennung von Mitgliedern absehen.

Gemeinden und selbständige Gutsbezirke können nach Anhörung der Beteiligten im Einvernehmen mit dem Bezirksausschusse

durch die Regierung und, falls ein Einvernehmen beider Behörden nicht erreicht wird, durch den Oberpräsidenten mit benachbarten Gemeinden zu einem Voreinschätzungsbezirke vereinigt werden.

Wo Landgemeinden oder Gutsbezirke nach Maßgabe der Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen zum Zwecke der gemeinsamen Wahrnehmung einzelner zu ihrem Wirkungskreise gehöriger Kommunalangelegenheiten zu besonderen Verbänden vereinigt sind oder vereinigt werden, können dieselben zu einem Voreinschätzungsbezirke verbunden werden.

Für jeden solchen Bezirk (Absatz 3 und 4) wird nur eine Voreinschätzungskommission gebildet, deren Vorsitz der von der Regierung zu bestimmende Gemeinde- oder Gutsvorsteher, Bürgermeister, Amtmann oder Amtsvorsteher zu übernehmen hat.

Die Zahl der zu wählenden Mitglieder einer solchen Voreinschätzungskommission wird auf die einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke nach Verhältnis der Einwohnerzahl mit der Maßgabe verteilt, daß mindestens ein Mitglied auf jede Gemeinde und jeden Gutsbezirk entfällt.

Für Gutsbezirke treten die Vorsteher beziehungsweise deren Stellvertreter oder die von ihnen zu ernennenden Einwohner des Voreinschätzungsbezirkes als Mitglieder in die Kommission ein.

Die Mitglieder und Stellvertreter der Voreinschätzungskommission werden auf 3 Jahre gewählt und ernannt. Wählbar sind nur Einwohner des Gemeinde- oder Gutsbezirks, welche die preußische Staatsangehörigkeit besitzen, das 25. Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Der Vorsitzende der Voreinschätzungskommission soll nicht zugleich Vorsitzender der Veranlagungskommission sein. Die Gemeindeangehörigen sind verpflichtet, das Amt eines gewählten oder ernannten Mitgliedes der Voreinschätzungskommission oder eines Stellvertreters zu übernehmen. Zur Ablehnung berechtigen folgende Gründe:

a) anhaltende Krankheit;
b) Geschäfte, die eine häufige oder lange andauernde Abwesenheit vom Wohnorte mit sich bringen;
c) das Alter von 60 Jahren;
d) die Verwaltung eines unmittelbaren Staatsamtes;
e) sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen der Gemeindevertretung oder, wo eine solche nicht besteht, des Gemeindevorstandes eine gültige Entschuldigung begründen;
f) wer bereits das Amt als Mitglied der Voreinschätzungskommission während der Dauer von 3 Jahren versehen hat, kann die Uebernahme desselben für die nächsten 3 Jahre ablehnen.

Wer die Uebernahme des Amtes ohne einen der zu a)—f) aufgeführten Gründe verweigert, kann durch Beschluß der Gemeindevertretung bezw. des Gemeindevorstandes für 3—6 Jahre jeder Teilnahme an der Vertretung und Verwaltung der Gemeinde für verlustig erklärt und um $^1/_8$ bis $^1/_4$ stärker, als die übrigen Gemeindeangehörigen, zu

den Gemeindeabgaben herangezogen werden. (Dagegen Rechtsmittel: innerhalb 2 Wochen Klage bei dem Kreisausschusse.)

§ 32. Die Voreinschätzungskommission unterwirft die gemäß §§ 21, 23 von dem Gemeinde- (Guts-) vorsteher aufgestellten Nachweisungen einer genauen Prüfung und trägt die für die einzelnen Steuerpflichtigen ermittelten Einkommensbeträge bis zu 3000 Mark, sowie die von ihr für diese vorzuschlagenden Steuersätze in die Nachweisungen ein.

Sofort nach der Beendigung der Vorarbeiten beruft der Gemeinde- oder Gutsvorstand die Voreinschätzungskommission. Diese prüft nun die Vorarbeiten und vervollständigt und berichtigt nötigenfalls die Steuerliste. Die Schätzung des Einkommens ist nicht ohne Schwierigkeiten; hierüber existieren eine Reihe von Vorschriften des Finanzministers. Nach Beendigung dieser Arbeit schlägt die Voreinschätzungskommission die Steuersätze für jeden einzelnen vor, sofern sein Einkommen 3000 Mark nicht übersteigt; dabei sind Ermäßigungsgesuche nach § 19 zu prüfen. Bei Steuerpflichtigen mit mehr als 3000 Mark Einkommen hat die Voreinschätzungskommission nur ein Prüfungs-, kein Vorschlagsrecht. Die Voreinschätzung soll spätestens am 20. Dezember beendet sein.

§ 33. Behufs Veranlagung der Steuerpflichtigen bildet jeder Kreis einen Veranlagungsbezirk. Der Regierung steht die Befugnis zu, innerhalb desselben Kreises die Bildung mehrerer Veranlagungsbezirke anzuordnen.

§ 34. Für jeden Veranlagungsbezirk ist unter dem Vorsitze des Landrats oder eines von der Regierung zu ernennenden Kommissars eine Veranlagungskommission zu bilden, deren Mitglieder teils von der Regierung ernannt, teils von der Kreisvertretung und in den Stadtkreisen von der Gemeindevertretung aus den Einwohnern des Veranlagungsbezirks, unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Arten des Einkommens, auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden.

Die Zahl der ernannten und der gewählten Mitglieder wird für die einzelnen Veranlagungsbezirke mit Rücksicht auf deren Größe und auf die Einkommensverhältnisse der Einwohner von der Regierung in der Art bestimmt, daß die Zahl der ernannten Mitglieder einschließlich des Vorsitzenden die Hälfte der gewählten Mitglieder nicht überschreitet.

Alle drei Jahre scheidet je die Hälfte der ernannten und der gewählten Mitglieder, und zwar bei ungerader Zahl das erste Mal die größere Hälfte aus und wird durch neue Ernennungen beziehungsweise Wahlen ersetzt. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt; die Ausscheidenden können wieder ernannt beziehungsweise gewählt werden.

Zur Veranlagung der Steuerpflichtigen bildet jeder Stadt- und jeder Landkreis einen Veranlagungsbezirk. Hinsichtlich der Wählbarkeit der Mitglieder, sowie hinsichtlich der Ablehnungsgründe finden hier dieselben Vorschriften Anwendung, wie bei der Voreinschätzungskommission. Darüber siehe oben die Erläuterungen zu § 31. Nur tritt an Stelle der Gemeindevertretung der Kreistag.

In Städten, welche einen Kreis für sich bilden, tritt an Stelle des Landrats der (erste) Bürgermeister.

§ 35. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission, welcher zugleich die Interessen des Staates vertritt, hat innerhalb seines Veranlagungsbezirks die Geschäftsführung der Vorsitzenden der Voreinschätzungskommissionen zu beaufsichtigen und das Veranlagungsgeschäft zu leiten. Er ist dafür verantwortlich, daß die gesamte Veranlagung in seinem Bezirke nach den bestehenden Vorschriften zur Ausführung gelangt.

Der Vorsitzende hat insbesondere die Personenstands- und Einkommensnachweisungen (§§ 21, 23) zu prüfen, die öffentlichen Bekanntmachungen wegen Abgabe der Steuererklärungen zu erlassen (§ 24) und diejenigen nicht bereits mit einem Einkommen von mehr als 3000 Mark veranlagten Steuerpflichtigen, bei welchen ein diesen Betrag übersteigendes Einkommen anzunehmen ist, zur Abgabe beziehungsweise Erneuerung der Steuererklärung besonders aufzufordern. Die sämtlichen eingegangenen Steuererklärungen sind von ihm zu prüfen.

Zum Zwecke der richtigen Veranlagung der Steuerpflichtigen, insbesondere behufs Prüfung der Steuererklärungen hat der Vorsitzende über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen.

Hierbei kann er sich nach seinem Ermessen der Mitwirkung der Gemeinde- (Guts-) vorstände und der Verwaltungsbehörden bedienen, welche seinen Aufforderungen Folge zu leisten schuldig sind. Er ist befugt, die Voreinschätzungskommissionen zu einer besonderen Aeußerung über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse einzelner Steuerpflichtiger zu veranlassen.

Der Vorsitzende kann den Steuerpflichtigen auf Antrag oder von Amtswegen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung über die für die Veranlagung erheblichen Thatsachen und Verhältnisse gewähren.

Sämtliche Staats- und Kommunalbehörden haben die Einsicht aller die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen betreffenden Bücher, Akten, Urkunden u. s. w. zu gestatten und auf Ersuchen Abschriften aus denselben zu erteilen, sofern nicht besondere gesetzliche Bestimmungen oder dienstliche Rücksichten entgegenstehen. Die Einsicht der Bücher, Akten u. s. w. der Sparkassen ist nicht gestattet.

Der Vorsitzende der Veranlagungskommission ist innerhalb seines Bezirks der Vertreter des Staatsinteresses bei Veranlagung der Einkommensteuer und dafür verantwortlich, daß die gesamte Veranlagung in seinem Bezirk nach den bestehenden Vorschriften zur Ausführung gelangt. Die Mittel, die der Vorsitzende in der Hand hat, um die Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen zu erfahren, sind folgende:

1. Ersuchen an alle Behörden und Beamten um Erteilung amtlicher Auskunft über Gehälter, Gebühren, Einkünfte, Grundstücksverhältnisse, Abgaben ꝛc.;
2. Erkundigung bei Vertrauenspersonen und Sachverständigen;
3. Befragung der Steuerpflichtigen selbst über einzelne Thatsachen (Formulare);
4. persönliche Verhandlung mit dem Steuerpflichtigen, wenn dieser darum nachsucht;
5. Sammlung von Nachrichten über die landesüblichen Löhne, Grundstückserträge, Miets- und Pachtpreise ꝛc.;
6. Einsicht aller Akten und Bücher bei Behörden, z. B. Grundbücher, Grundakten, Testaments-, Nachlaß-, Vormundschaftsakten, Steuerrollen aller Art, Register.

Mit diesen Hülfsmitteln prüft der Vorsitzende die eingegangenen Steuererklärungen und fordert dann die Steuerpflichtigen auf, die Zweifel, welche sich herausgestellt haben, zu beseitigen.

Eine Ausnahme ist bei Sparkassen gemacht. Diese sind nicht verpflichtet, über die Höhe der Spareinlagen Auskunft zu erteilen.

§ 36. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat die von der Voreinschätzungskommission vorgeschlagenen Steuersätze (§ 32) zu prüfen und, soweit dieselben nicht von ihm beanstandet werden, festzusetzen.

In betreff derjenigen Steuerpflichtigen, bezüglich welcher ein Vorschlag der Voreinschätzungskommission nicht vorliegt, oder der Vorschlag von ihm beanstandet wird, hat er die Verhandlungen der Veranlagungskommission zur Beschlußfassung vorzulegen und zu diesem Behufe das nach seinem Ermessen für jeden Steuerpflichtigen zutreffende Einkommen, getrennt nach den verschiedenen Quellen, in die Einkommensnachweisung einzutragen und den nach Vorschrift dieses Gesetzes zu entrichtenden Steuersatz vorzuschlagen.

---

§ 37. Dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission können zur Bearbeitung der Einkommensteuersachen von der Regierung Hilfsbeamte zugeordnet werden. Dieselben können an den Kommissionssitzungen als Stellvertreter des Vorsitzenden oder mit beratender Stimme teilnehmen; ihre sonstigen Rechte und Pflichten werden nach den hierüber von dem Finanzminister zu erlassenden allgemeinen Anweisungen von der Regierung festgesetzt.

---

§ 38. Die Veranlagungskommission unterwirft die eingegangenen Steuererklärungen sowie die Personenstands- und Einkommensnachweisungen einer genauen Prüfung. Hierbei hat sie das Recht, von den nach § 35 Absatz 4, 5 und 6 dem Vorsitzenden zustehenden Hilfsmitteln auch ihrerseits Gebrauch zu machen.

Wird eine Steuererklärung durch die Veranlagungskommission oder den Vorsitzenden beanstandet, so ist dem Steuerpflichtigen hiervon unter Mitteilung der Gründe mit der Aufforderung Kenntnis zu geben, sich binnen einer Frist von zwei Wochen, welche vom Vorsitzenden im Bedürfnisfalle auf vier Wochen verlängert werden kann, über dieselben oder bestimmte an ihn gestellte Fragen zu erklären. Unterläßt dies der Steuerpflichtige, oder werden die Bedenken gegen die Richtigkeit der Steuererklärung durch die Erläuterung oder Ergänzung seitens desselben nicht behoben, so ist die Veranlagungskommission befugt, die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen und sonstige, zur Feststellung der Thatsachen erforderliche Erhebungen zu veranlassen. Die zu vernehmenden Personen dürfen die Auskunftserteilung nur unter den Voraussetzungen ablehnen, welche nach der Civilprozeßordnung zur Ablehnung eines Zeugnisses beziehungsweise Gutachtens berechtigen.

Bleiben trotzdem die Zweifel an der Richtigkeit der Steuererklärung bestehen, so ist die Kommission bei Schätzung des Einkommens an die Angaben des Steuerpflichtigen nicht gebunden.

Die Kommission setzt den nach ihrem Ermessen zutreffenden Steuersatz auf Grund der stattgehabten Ermittelungen fest.

Eingaben, welche in formeller Hinsicht wesentliche Vorschriften des Gesetzes nicht beachten, indem z. B. die Einnahmequellen nicht auseinandergehalten sind, oder die vorgeschriebene Versicherung oder die Unterschrift fehlt, gelten überhaupt nicht als vorschriftsmäßige Steuererklärungen und werden entweder zurückgeschickt oder der Steuerpflichtige erhält eine neue Aufforderung gemäß § 30 Absatz 2.

Die korrekten Steuererklärungen werden sodann mit den Ergebnissen der Vorjahre und allen sonstigen Nachrichten über die Ein-

kommensverhältnisse verglichen. Zur Beseitigung von Bedenken kann der Vorsitzende auch dem Steuerpflichtigen Gelegenheit zur mündlichen Verhandlung gewähren.

Es ist Sache des Steuerpflichtigen, der Veranlagungskommission die Ueberzeugung von der Richtigkeit der beanstandeten Angaben zu verschaffen, und die zu diesem Zwecke dienlichen Bescheinigungen und Beweise (Bücher, Quittungen, Beläge, Auskunftspersonen u. s. w.) anzuführen. Der Vorsitzende hat nicht das Recht, die Vorlegung von Büchern und dergl. zu verlangen. Wohl aber kann der Vorsitzende dem Steuerpflichtigen in der Aufforderung die zur Hebung der vorliegenden Bedenken geeigneten Beweismittel an die Hand geben.

Die vom Steuerpflichtigen angebotenen Beweise müssen erhoben werden, wenn sie gesetzlich zulässig und wenn die unter Beweis gestellten Thatsachen nicht schon ohnehin unbestritten oder unerheblich sind.

Dienstboten und Gewerbegehülfen des Steuerpflichtigen sollen zur Aufklärung der Einkommensverhältnisse des eigenen Dienstherrn niemals vernommen werden, außer wenn der Steuerpflichtige selbst damit einverstanden ist oder die Kommission ausdrücklich ihre Vernehmung beschließt. Stets zulässig ist aber ihre Vernehmung, wenn das Vergehen der Steuerhinterziehung (Steuerkontravention) festgestellt werden soll.

Jedenfalls darf von der Steuererklärung erst dann abgewichen werden, wenn sie vorher beanstandet worden ist.

§ 39. Das Ergebnis der Veranlagung hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission jedem Steuerpflichtigen mittelst einer, zugleich eine Belehrung über das Rechtsmittel der Berufung enthaltenden Zuschrift bekannt zu machen.

5. Rechtsmittel.

a) Berufung.

§ 40. Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht sowohl dem Steuerpflichtigen als auch dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission das Rechtsmittel der Berufung an die Berufungskommission zu.

Die Berufung ist seitens des Vorsitzenden der Veranlagungskommission bei dem Vorsitzenden der Berufungskommission, seitens der Steuerpflichtigen bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen einzulegen, welche für den Vorsitzenden der letzteren vom Tage des angefochtenen Beschlusses, für den Steuerpflichtigen von dem auf die Zustellung der Benachrichtigung (§ 39) folgenden Tage ab läuft.

---

4 Wochen sind nicht etwa dasselbe, wie ein Monat, sondern es sind genau 28 Tage. Die Ausschlußfrist rechnet von dem auf die Zustellung der Benachrichtigung folgenden Tage ab. Fällt der letzte Tag der Frist auf einen Sonn- oder Feiertag, so endigt die Frist erst mit Ablauf des nächstfolgenden Werktages. Allgemeine Feiertage sind: der erste und

zweite Feiertag von Weihnachten, Ostern, Pfingsten; ferner der Charfreitag, Neujahrstag, Bußtag und Himmelfahrtstag.

Die Berufungsfrist gilt dann als gewahrt, wenn der Steuerpflichtige noch so zeitig Berufung einlegt, daß er bei geordnetem Geschäftsgange mit Bestimmtheit darauf rechnen konnte, die Berufungsschrift werde noch zur Zeit in die Hände des zuständigen Beamten gelangen. Hat die betreffende Behörde einen Briefkasten, so ist die Frist gewahrt, wenn die Zuschrift bis 12 Uhr nachts am letzten Tage in den Briefkasten gelegt worden ist. Den Beweis hat jedoch stets der Steuerpflichtige zu führen.

Verspätete Berufungen werden vom Vorsitzenden der Veranlagungskommission ohne weiteres zurückgewiesen. Auf Verlangen des Steuerpflichtigen entscheidet jedoch die Berufungskommission darüber, ob die Berufung verspätet ist oder nicht.

Ueber Beschwerden gegen die Veranlagungskommission resp. deren Vorsitzenden entscheidet die Berufungskommission resp. deren Vorsitzender.

Wer durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, die Frist innezuhalten, kann die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand verlangen. Ein unabwendbarer Zufall ist es z. B., wenn der Steuerpflichtige ohne seine Schuld von einer Zustellung keine Kenntnis erlangt hat. Handelt es sich um eine versäumte Berufungsfrist, so wird über den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand von der Berufungskommission entschieden. Der Steuerpflichtige muß innerhalb 14 Tagen, seitdem das Hindernis fortgefallen ist, diesen Antrag nebst Beweismitteln stellen und gleichzeitig das Versäumte (die Einlegung der Berufung) nachholen. Der Antrag ist zu richten:

a) wenn es sich um Versäumung der Berufungsfrist handelt: an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission (dieser giebt es dann weiter);

b) wenn es sich um Versäumung der Beschwerdefrist handelt: an den Vorsitzenden der Berufungskommission,

und zwar stets schriftlich oder zu Protokoll.

§ 41. Für jeden Regierungsbezirk wird unter dem Vorsitze eines von dem Finanzminister zu ernennenden Regierungskommissars eine Berufungskommission gebildet, deren Mitglieder teils von der Regierung ernannt, teils von dem Provinzialausschusse aus den Einwohnern des Regierungsbezirks, unter möglichster Berücksichtigung der verschiedenen Arten des Einkommens, auf die Dauer von sechs Jahren gewählt werden.

Die Mitglieder der für die Haupt- und Residenzstadt Berlin zu bildenden Berufungskommission werden teils von dem Finanzminister ernannt, teils von dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung in gemeinschaftlicher Sitzung unter dem Vorsitz des Bürgermeisters gewählt.

Die Zahl der Mitglieder der Berufungskommission wird für jeden Bezirk von dem Finanzminister nach Maßgabe der

Vorschrift im § 34 Absatz 2 festgesetzt. Die Bestimmungen im § 34 Absatz 3 finden entsprechende Anwendung.

§ 42. Der Vorsitzende der Berufungskommission ist in Bezug auf die richtige Feststellung der Steuer der Vertreter der Staatsinteressen für seinen Bezirk. Ihm liegt die obere Leitung des gesamten Veranlagungsgeschäftes im Bezirke ob. Er hat die gleichmäßige Anwendung der Veranlagungsgrundsätze zu überwachen, die Geschäftsführung der Vorsitzenden der Veranlagungskommissionen zu beaufsichtigen und für die rechtzeitige Vollendung des Veranlagungsgeschäfts zu sorgen.

§ 43. Die Berufungskommission entscheidet über alle gegen das Verfahren und die Entscheidungen der Veranlagungskommissionen angebrachten Beschwerden und Berufungen.

Behufs Prüfung der Berufungen können die Berufungskommission und deren Vorsitzender eine genaue Feststellung der Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen veranlassen. Dabei sind sie befugt, von den zu diesem Zweck den Veranlagungskommissionen und deren Vorsitzenden zustehenden Hilfsmitteln (§ 35 Absatz 4, 5 und 6, § 38) Gebrauch zu machen.

Die Berufungskommission und deren Vorsitzender können ferner die eidliche Bekräftigung des Zeugnisses oder Gutachtens der vernommenen Zeugen beziehungsweise Sachverständigen vor dem zuständigen Amtsgericht erfordern.

Die Berufungskommission hat die Personenstands- und Einkommensnachweisungen sorgfältig zu prüfen; die von ihr gezogenen Erinnerungen sind bei der Veranlagung für das nächste Steuerjahr zu beachten.

Die Entscheidung der Berufungskommission muß klar und begründet sein; es muß aus den Gründen hervorgehen, weshalb von den Angaben der Steuererklärung abgewichen ist, welche Einnahmequellen zu Grunde gelegt sind, und die Behauptungen des Steuerpflichtigen müssen genügend gewürdigt sein.

Grundsatz für die Berufungsentscheidungen ist, daß, wenn der Steuerpflichtige Berufung eingelegt hat, wegen zu hoher Veranlagung, die Berufungskommission nicht etwa die Steuer noch höher ansetzen darf, als die erste Instanz. Uebrigens kann man auch wegen zu niedriger Veranlagung Berufung einlegen. Wenn es nicht gelingt, das Einkommen eines Steuerpflichtigen mit einiger Sicherheit aus den einzelnen Einnahmequellen festzustellen, so bleibt häufig nur das eine Mittel, daß man das Einkommen nach seinem Aufwande, d. h. danach, wie viel er nach seiner ganzen Lebenshaltung jährlich ungefähr verbraucht. Dieses Mittel soll aber nur Notbehelf sein.

Sehr wichtig ist in der Berufungsinstanz die Beweisfrage. Der Steuerpflichtige ist verpflichtet, Beweis anzutreten, d. h. bestimmte Beweismittel zu nennen. Solche Beweismittel sind: Zeugen, Sachverständige, Bücher, Akten, Urkunden u. s. w. Eidesstattliche Versicherungen sind unzulässig. Besonders wichtig ist der Beweis durch Vorlegung der Geschäftsbücher. Es schadet nichts, wenn die Bücher der Handwerker und kleinen Gewerbetreibenden nicht immer mit kaufmännischer Korrektheit geführt sind, wenn nur der Inhalt der Geschäftsbücher glaubwürdig erscheint und eine genügende Uebersicht über Einnahmen und Ausgaben

bietet oder wenigstens geeignete Anhaltspunkte für die Ermittelung des gewerblichen Einkommens gewährt; dasselbe gilt von Gutswirtschaftsbüchern. Der Steuerpflichtige hat auf Verlangen einen Auszug vorzulegen, welcher die erheblichen Einnahme- und Ausgabe-Positionen enthält; sodann wird dieser Auszug mit den Büchern verglichen. Der Steuerpflichtige darf beanspruchen, daß seine Bücher sachgemäß und zweckentsprechend geprüft werden. Er kann nicht verlangen, daß die Einsicht der Bücher in seiner eigenen Wohnung (oder Geschäftslokalität) vorgenommen wird, sondern hat sie selbst der Steuerbehörde vorzulegen; dagegen hängt es von ihm ab, ob er die Bücher der Behörde durch die Post ꝛc. einsenden will.

Weigert sich aber der Steuerpflichtige, die Bücher vorzulegen, so wird er beweisfällig, d. h. er muß andere Beweise für seine Behauptungen beibringen; sonst wird er nach Lage der Umstände veranlagt. Er kann jedoch zur Vorlegung seiner Bücher nicht gezwungen werden.

Wenn die Zeugen oder Sachverständigen vor der Berufungskommission nicht aussagen wollen, so kann die letztere gar keinen direkten Zwang gegen sie ausüben, aber sie kann das Gericht um Vernehmung derselben ersuchen, welches Strafen gegen die Zeugen oder Sachverständigen festsetzen kann.

Eine Steuererklärung kann der Vorsitzende der Veranlagungskommission in der Berufungsinstanz nicht mehr fordern.

b) Beschwerde.

§ 44. Gegen die Entscheidung der Berufungskommission steht sowohl den Steuerpflichtigen, als auch dem Vorsitzenden der Berufungskommission die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu. Die Beschwerde ist innerhalb der im § 40 bestimmten Frist, seitens des Vorsitzenden der Berufungskommission bei dem Oberverwaltungsgericht, seitens der Steuerpflichtigen bei dem Vorsitzenden der Berufungskommission anzubringen und kann nur darauf gestützt werden:

1) daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe;

2) daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide.

In der Beschwerde ist anzugeben, worin die behauptete Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechts, oder worin die behaupteten Mängel des Verfahrens gefunden werden.

Als dritte Instanz dient das Ober-Verwaltungsgericht. Dabei ist jedoch genau zu beachten, daß in der Beschwerde neue Thatsachen oder Beweismittel nicht mehr anzuführen sind resp. unbeachtet bleiben, denn die Prüfung des Ober-Verwaltungsgerichts erstreckt sich nur auf diejenigen Thatsachen und Beweise, welche bereits in der Berufungsinstanz vorgelegen haben. In dieser Beziehung hat hier das Rechts-

mittel der Beschwerde Aehnlichkeit mit der Revision in Strafsachen. Wenn auch wirklich Fehler im Verfahren stattgefunden haben, das Resultat aber trotzdem dasselbe bleibt, so ist die Beschwerde erfolglos.

§ 45. Der Vorsitzende der Berufungskommission überreicht die bei ihm eingegangene Beschwerde des Steuerpflichtigen mit seiner Gegenerklärung, soweit er solche für erforderlich erachtet, dem Oberverwaltungsgericht. Die Beschwerde des Vorsitzenden der Berufungskommission wird dem Steuerpflichtigen zur schriftlichen Gegenerklärung innerhalb einer bestimmten, von einer bis zu vier Wochen zu bemessenden Frist zugefertigt.

§ 46. Das Oberverwaltungsgericht erläßt seine Entscheidungen in nicht öffentlicher Sitzung, der Regel nach ohne vorherige mündliche Anhörung des Steuerpflichtigen.

Es kann jedoch dem Steuerpflichtigen von Amtswegen oder auf Antrag Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung über den Gegenstand der Beschwerde gewähren.

Bei seiner Entscheidung ist es an diejenigen Gründe nicht gebunden, welche zur Rechtfertigung der gestellten Anträge geltend gemacht worden sind.

§ 47. Erachtet das Oberverwaltungsgericht die Beschwerde für begründet, so kann es die Angelegenheit zur anderweiten Entscheidung an die Berufungskommission zurückgeben oder selbst die Steuerfestsetzung berichtigen. Im ersteren Falle sind die von dem Gerichtshofe über die Auslegung und Anwendung der gesetzlichen Vorschriften gegebenen Weisungen zu befolgen.

§ 48. Ueber Beschwerden, welche das Verfahren des Vorsitzenden der Berufungskommission aus Anlaß der nach § 44 eingereichten Beschwerden betreffen, beschließt das Oberverwaltungsgericht.

§ 49. Im übrigen finden auf das Verfahren zum Zwecke der Entscheidung über die Beschwerden (§ 44) die über das Verwaltungsstreitverfahren auf Klagen vor dem Oberverwaltungsgerichte bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere diejenigen des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195), des Gesetzes, betreffend die Verfassung der Verwaltungsgerichte 2c., vom 3. Juli 1875 / 2. August 1880 (Gesetz-Samml. 1880 S. 328) und des Gesetzes zur Abänderung des § 29 des letzteren vom 27. Mai 1888 (Gesetz-Samml. S. 226) mit der Maßgabe sinngemäße Anwendung, daß die Erhebung eines Pauschquantums auch dann stattfindet, wenn die Entscheidung ohne vorgängige mündliche Verhandlung erfolgt ist, und daß ein Anspruch auf Ersatz der Anwaltsgebühren nicht stattfindet.

6. Geschäftsordnung der Kommissionen.

§ 50. Für sämtliche Vorsitzende und Mitglieder der Voreinschätzungs-, Veranlagungs- und Berufungskommissionen sind Stellvertreter in gleicher Weise wie die Vorsitzenden oder Mitglieder zu ernennen beziehungsweise zu wählen. Die Bestimmungen im § 34 Absatz 3 finden auf die Stellvertreter entsprechende Anwendung.

Wegen Annahme und Ablehnung der nach den Vorschriften dieses Gesetzes stattfindenden Ernennungen und Wahlen finden die Bestimmungen der §§ 8, 25 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. S. 661) sinngemäße Anwendung.

Als Mitglieder der Kommissionen sind, abgesehen von den durch die bezüglichen Bestimmungen vorgeschriebenen besonderen Voraussetzungen, nur solche Personen wählbar, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

§ 51. Die Vorsitzenden der Kommissionen haben die letzteren zusammenzuberufen, deren Geschäfte vorzubereiten und zu leiten, sowie die nicht von ihnen durch Einlegung von Rechtsmitteln angefochtenen Kommissionsbeschlüsse auszuführen.

Nach Bedürfnis können zur Erledigung der den Kommissionen obliegenden Geschäfte Unterkommissionen gebildet werden.

Die Kommissionen beziehungsweise Unterkommissionen fassen ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Dem Vorsitzenden steht volles Stimmrecht zu. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

So lange über die Einschätzung oder Berufung eines Kommissionsmitgliedes oder seiner Verwandten oder Verschwägerten in auf- und absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinien beraten und abgestimmt wird, hat dasselbe abzutreten.

Ergeben sich diese Voraussetzungen hinsichtlich der Person des Vorsitzenden, so hat derselbe die Führung des Vorsitzes einem der Kommissionsmitglieder zu übertragen.

Die Ausfertigung der Kommissionsbeschlüsse und Entscheidungen sind von dem Vorsitzenden zu vollziehen.

Ein Kommissionsmitglied hat abzutreten bei Sachen, welche betreffen:

a) die eigenen Ascendenten (d. h. Eltern, Großeltern u. s. w.) und Descendenten (d. h. Kinder, Enkel u. s. w.), sowie die Ascendenten und Descendenten seiner Ehefrau;

b) die eigenen Geschwister nebst Kindern und die Geschwister der eigenen Eltern, sowie die Geschwister der Ehefrau nebst Kindern und die Geschwister der Eltern der Ehefrau. Ob die Ehe noch besteht oder nicht, ist gleichgültig;

c) die Ehefrau.

Außerdem darf ein Mitglied der Veranlagungs- bezw. Berufungskommission an der Beratung und Beschlußfassung in denjenigen Sachen nicht teilnehmen, in denen es als Mitglied der Voreinschätzungs- bezw. Veranlagungskommission mitgewirkt hat.

§ 52. Die Mitglieder der Kommissionen haben dem Vorsitzenden mittelst Handschlages an Eidesstatt zu geloben, daß sie bei den Kommissionsverhandlungen ohne Ansehen der Person, nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Verhandlungen sowie die hierbei zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim halten werden.

Das gleiche Gelöbnis haben vor einem von der Regierung zu ernennenden Kommissar diejenigen Vorsitzenden abzulegen, welche nicht schon als Beamte vereidigt sind.

Die bei der Steuerveranlagung beteiligten Beamten sind zur Geheimhaltung der Kommissionsverhandlungen sowie der zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen kraft des von ihnen geleisteten Amtseides verpflichtet. Die Steuererklärungen sind unter Verschluß aufzubewahren und dürfen, ebenso wie die Kommissionsverhandlungen über dieselben nur zur Kenntnis durch ihren Amtseid zur Geheimhaltung verpflichteter Beamten gelangen.

---

§ 53. Die von den Vorsitzenden der Kommissionen zu bewirkenden Zustellungen an Steuerpflichtige sind durch einen öffentlichen Beamten unter Bescheinigung der Behändigung auszuführen. Die Post kann um die Bewirkung der Zustellung ersucht werden. In beiden Fällen gilt die Zustellung für vollzogen, auch wenn die Annahme verweigert wird.

Sind Wohnsitz und Aufenthalt eines Steuerpflichtigen unbekannt, so kann die Zustellung an denselben durch Anheftung des zuzustellenden Schriftstückes an der zu Aushängen der Gemeinde des Veranlagungsortes bestimmten Stelle erfolgen. Die Zustellung gilt für vollzogen, wenn seit der Anheftung zwei Wochen verstrichen sind. Auf die Gültigkeit der Zustellung hat es keinen Einfluß, wenn das Schrift-

stück von dem Orte der Anheftung zu früh entfernt wird.

Die außerhalb Preußens zu bewirkenden Zustellungen können mittelst eingeschriebener Briefe erfolgen. Die Zustellung gilt mit der Aufgabe zur Post für vollzogen.

§ 54. Unterläßt der berechtigte Kommunalverband, ungeachtet gehöriger Aufforderung, die Wahl der Kommissionsmitglieder, oder verweigert eine Kommission die Erledigung der ihr übertragenen Geschäfte, so sind diese für die betreffende Veranlagungsperiode auf Verfügung der Aufsichtsbehörde von dem Vorsitzenden wahrzunehmen. Vor Beginn des nächsten Veranlagungsgeschäfts hat eine Neuwahl der wählbaren Kommissionsmitglieder zu erfolgen.

IV. Oberaufsicht.

§ 55. Die oberste Leitung des Veranlagungsgeschäfts im Staate gebührt dem Finanzminister, welcher zugleich über Beschwerden gegen das Verfahren der Berufungskommissionen und der Vorsitzenden derselben, mit Ausnahme der Rechtsmittel (§ 44) zu entscheiden hat.

V. Veränderung der veranlagten Steuer innerhalb des Steuerjahres.

§ 56. Die Veranlagung der Einkommensteuer erfolgt für jedes Rechnungsjahr (Steuerjahr).

§ 57. Die Vermehrung des Einkommens während des laufenden Steuerjahres begründet keine Veränderung in der schon erfolgten Veranlagung. Tritt die Vermehrung infolge eines Erbanfalles ein, so sind die Erben entsprechend der Vermehrung ihres Einkommens anderweit zu veranlagen und zur Entrichtung der Steuer von dem Beginne des auf den Anfall der Erbschaft folgenden Monats ab verpflichtet.

Das Steuerjahr (Etatsjahr) läuft vom 1. April bis 31. März.

Vermehrungen oder Verminderungen des Einkommens während des Steuerjahrs begründen grundsätzlich keine Veränderung, wenn die Veranlagung schon erfolgt ist. Ausnahmen finden statt:

A. Bei Vermehrungen:

Ein veranlagter Steuerpflichtiger, dessen Einkommen während des laufenden Steuerjahres infolge Erbanfalls einen Zuwachs erfährt, ist dementsprechend anderweitig zu veranlagen. Dies trifft aber nur den Erben, nicht den Vermächtnisnehmer.

B. Bei Verminderungen: hierüber s. die Erläuterung zu § 58.

Im Falle einer Verheiratung während des Steuerjahres werden die Steuern beider Ehegatten bis zum Ablauf des Steuerjahres forterhoben.

Wenn eine Nachveranlagung infolge Erbfalles stattfindet, ist der Betrag der Einkommensvermehrung auf das ganze Steuerjahr zu berechnen, und danach ist die Steuer zu veranlagen. Ob eine formelle Erbschaftsregulierung schon erfolgt ist oder nicht, ist für die Veranlagung gleichgültig.

§ 58. Wird nachgewiesen, daß während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalles einer Einnahmequelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den vierten Teil vermindert worden ist oder das wegfallende Einkommen anderweit zur Einkommensteuer herangezogen wird (§ 57), so kann vom Beginne des auf den Eintritt der Einkommensverminderung folgenden Monats ab eine dem verbliebenen Einkommen entsprechende Ermäßigung der Einkommensteuer beansprucht werden.

Der Paragraph 58 ist nicht auf juristische Personen anzuwenden.

Die Voraussetzungen dieses Ermäßigungsanspruchs sind für alle Steuerpflichtigen ohne Rücksicht auf die Höhe des Einkommens die gleichen. Zur Begründung ist der Nachweis erforderlich:

1. daß im Laufe des Steuerjahres
   a) entweder eine Einnahmequelle weggefallen,
   b) oder ein außergewöhnlicher Unglücksfall eingetreten;
2. daß infolge eines Ereignisses der zu a) oder b) gedachten Art das Einkommen um mehr als den vierten Teil vermindert ist. Hiervon giebt es nur eine Ausnahme: wenn nämlich das wegfallende Einkommen infolge Erbanfalles auf einen anderen Steuerpflichtigen übergeht und bei diesem letzteren gemäß § 57 anderweit zur Einkommensteuer herangezogen wird. Dieser Fall ist bereits erwähnt.

Es muß die Einnahmequelle, nicht nur das Einkommen selbst aus einer solchen weggefallen sein. Dies ist z. B. der Fall, wenn ein Gebäude eingestürzt ist: damit ist die Einnahmequelle versiegt. Es genügt aber nicht, wenn die Zinsen eines Kapitals rückständig bleiben oder das angelegte Kapital zur Zeit keinen Ertrag liefert oder wenn keine Pacht oder Miete mehr aus einem Grundstück bezogen wird, weil der Miet- oder Pachtvertrag abgelaufen ist ꝛc. Dagegen ist es gleichgültig, ob die Einnahmequelle durch Konkurs, Versteigerung, Entlassung aus dem Amte, also unfreiwillig verloren gegangen oder ob sie freiwillig aufgegeben ist.

Als außergewöhnliche Unglücksfälle kommen namentlich in Betracht: Krankheiten oder Todesfälle unter den erwerbenden Mitgliedern der Familie, Viehseuchen, Schaden durch Feuer, Hagelschlag, Ueberschwemmung und ähnliche Naturereignisse, welche sich auf einen Ort oder bestimmte Personen beschränken.

Die Minderung des Einkommens muß aber auch wirklich eine Folge des Unglücksfalls oder des Verlustes der Einnahmequelle sein und muß mehr als $^1/_4$ des bisherigen Einkommens betragen. Tritt z. B. ein Beamter, der nur mit seinem Gehalt von 3000 Mark veranlagt ist, mit Ablauf des 30. September gegen Bewilligung einer Pension von 2200 Mark in den Ruhestand, ohne weiteres Einkommen zu beziehen,

so muß auf sein Verlangen die Steuer ermäßigt werden, da der Unterschied zwischen Gehalt und Pension 800 Mark, also mehr als ein Viertel (750 Mark) des bisherigen Einkommens von 3000 Mark beträgt.

Wenn ein Gebäude infolge Umbaues in keinem Teile nutzbar gemacht werden kann, liegt Wegfall der Einnahmequelle vor. Eine definitiv ausgefallene Hypothekenforderung kann schon von dem Augenblicke an als „weggefallen" angesehen werden, wo die Zwangsverwaltung des belasteten Grundstücks eingeleitet worden und der Zinsgenuß mithin verloren gegangen ist. Bei einem Agenten, der in einen anderen Ort verzieht und dort sein Gewerbe weiter betreibt, ist der Wegfall einer Einnahmequelle nicht eingetreten. Dagegen liegt bei einem Arzt dann der Verlust einer Einnahmequelle vor, wenn er durch den Umzug in eine andere Stadt seine ärztliche Praxis fast ganz verloren hat.

Wenn eine Ehefrau stirbt, werden die Kinder derselben mit dem Einkommen aus ihren mütterlichen Erbteilen nach § 57 für den Rest des Steuerjahrs veranlagt.

Wenn zwischen dem Tag der Veranlagung und dem Beginn des Steuerjahres (1. April) Aenderungen in der vorausgesetzten Einnahme eintreten, so können diese nur durch Berufung, nicht aber gemäß § 58 geltend gemacht werden. Dagegen werden solche Veränderungen, welche unmittelbar mit Beginn des Steuerjahres (also z. B. am 1. April), aber nicht vor Beginn desselben eintreten, im Wege der Ermäßigung nach § 58 berücksichtigt.

§ 59. Im übrigen tritt innerhalb des Steuerjahres eine Veränderung in den Steuerjahren nur ein entweder infolge von Zugängen, indem Personen durch Zuzug aus anderen Bundesstaaten und aus dem Auslande, durch Austritt aus einer besteuerten Haushaltung, durch Ausscheiden aus dem Militärdienst u. s. w. steuerpflichtig werden, oder infolge von Abgängen, indem bei Steuerpflichtigen die Voraussetzungen, an welche die Steuerpflicht geknüpft ist, erlöschen.

Die Zu- und Abgangstellung erfolgt von dem Beginne des auf den Eintritt beziehungsweise das Erlöschen der Steuerpflicht folgenden Monats ab.

---

§ 60. Ueber die Steuerermäßigung (§ 58) hat die Regierung auf den bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission zu stellenden Antrag zu befinden. Gegen ihre Entscheidung steht dem Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen die bei der Regierung einzulegende Beschwerde an den Finanzminister offen.

In den Fällen der §§ 57 und 59 trifft der Vorsitzende der Veranlagungskommission die vorläufige Entscheidung über den zu entrichtenden Steuersatz und den Zeitpunkt der Zu- oder Abgangstellung.

Die Feststellung der Abgangslisten, welche in den vom Finanzminister zu bestimmenden Fristen einzureichen sind, steht der Regierung zu. Gegen die Entscheidung der Regierung ist die Beschwerde nach Maßgabe der Bestimmungen im Absatz 1 gestattet.

Die Veranlagung bei Zugangstellungen und Steuererhöhungen erfolgt halbjährlich.

Die Steuerpflichtigen sind nach Maßgabe des § 25 zur Abgabe von Steuererklärungen berechtigt beziehungsweise verpflichtet.

---

§ 61. Steuerpflichtige, welche im Laufe des Steuerjahres ihren Wohnsitz verändern,

haben sich bei dem Gemeinde-(Guts-)vorstande des Abzugsortes ab- und bei dem des Anzugsortes, binnen vierzehn Tagen nach erfolgtem Anzuge, anzumelden und gleichzeitig über ihre erfolgte Veranlagung zur Einkommensteuer auszuweisen.

Insofern die polizeiliche Ab- und Anmeldung nicht bei dem Gemeinde-(Guts-)vorstande, sondern bei einer anderen Behörde stattzufinden hat, vertritt die Abbeziehungsweise Anmeldung bei der letzteren die Ab- beziehungsweise Anmeldung bei dem Gemeinde-(Guts-)vorstande.

Den Gemeinde-(Guts-)vorständen liegt nach den vom Finanzminister hierüber zu treffenden Anordnungen die Führung der Zu- und Abgangslisten ob.

VI. Steuererhebung.

§ 62. Die veranlagte Steuer ist in vierteljährlichen Beträgen in der ersten Hälfte des zweiten Monats eines jeden Vierteljahres an die von der Steuerbehörde zu bezeichnende Empfangsstelle abzuführen.

Es steht dem Steuerpflichtigen frei, die ihm auferlegte Steuer auf mehrere Vierteljahre bis zum ganzen Jahresbetrage im voraus zu zahlen.

---

§ 63. Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einlegung von Rechtsmitteln nicht aufgehalten, muß vielmehr, mit Vorbehalt späterer Erstattung, in den vorgeschriebenen Fristen erfolgen.

---

§ 64. Veranlagte Einkommensteuerbeträge können in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden, oder wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.

---

§ 65. Die veranlagte Steuer ist nicht zu erheben:

1) von den Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, welche mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark veranlagt sind, für diejenigen Monate, in denen sie sich im aktiven Dienste befinden;
2) von dem Diensteinkommen der Reichs- und Staatsbeamten und Offiziere während der Zugehörigkeit derselben zur Besatzung eines zum auswärtigen Dienst bestimmten Schiffes oder Fahrzeuges der Kaiserlichen Marine, und zwar vom Ersten desjenigen Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die heimischen Gewässer verlassen werden, bis zum Ablauf des Monats, in welchem die Rückkehr in dieselben erfolgt.

VII. Strafbestimmungen.

§ 66. Wer wissentlich in der Steuererklärung oder bei Beantwortung der von zuständiger Seite an ihn gerichteten Fragen, oder zur Begründung eines Rechtsmittels

a) über sein steuerpflichtiges Einkommen oder über das Einkommen der von ihm zu vertretenden Steuerpflichtigen unrichtige oder unvollständige Angaben macht, welche geeignet sind, zur Verkürzung der Steuer zu führen,
b) steuerpflichtiges Einkommen, welches er nach den Vorschriften dieses Gesetzes anzugeben verpflichtet ist, verschweigt,

wird, wenn eine Verkürzung des Staates stattgefunden hat, mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der Verkürzung, andernfalls mit dem vier- bis zehnfachen Betrage der Jahressteuer, um welche der Staat verkürzt werden sollte, mindestens aber mit einer Geldstrafe von einhundert Mark, bestraft.

An die Stelle dieser Strafe tritt eine Geldstrafe von zwanzig bis einhundert Mark, wenn aus den Umständen zu entnehmen ist, daß die unrichtige oder unvollständige Angabe oder die Verschweigung steuerpflichtigen Einkommens zwar wissentlich, aber nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung erfolgt ist.

Derjenige Steuerpflichtige, welcher, bevor eine Anzeige erfolgt oder eine Untersuchung eingeleitet ist, seine Angabe an zuständiger Stelle berichtigt oder ergänzt,

beziehungsweise das verschwiegene Einkommen angiebt und die vorenthaltene Steuer in der ihm gesetzten Frist entrichtet, bleibt straffrei.

Wird die fällige Steuer nicht rechtzeitig gezahlt, so ergeht eine Mahnung an den Säumigen. Ist die darin gestellte Frist abermals fruchtlos verlaufen, so erfolgt die Zwangsvollstreckung.

Eine Stundung der Steuer darf nur in außerordentlichen Fällen gewährt werden, wenn es sich ergiebt, daß der Rückstand der Steuer durch unverschuldeten und vorübergehenden Notstand des Pflichtigen veranlaßt wird. Doch darf diese Stundung sich niemals über den zum Rechnungsabschluß jedes Jahres bestimmten Termin hinaus erstrecken, wenn dies nicht vom Finanzminister ausdrücklich genehmigt wird. Außerdem kann, wenn der Steuerpflichtige rechtzeitig Berufung eingelegt hat, auf seinen Antrag der Vorsitzende der Berufungskommission die vorläufige Stundung der Steuer anordnen, wenn die Berufung begründet zu sein scheint und die Zahlung der zu hohen Steuer bis zur Entscheidung über die Berufung dem Steuerpflichtigen nach Ueberzeugung des Vorsitzenden aus eigenen Mitteln nicht möglich ist.

Bestraft wird nur, wer die falschen oder unvollständigen Angaben wider besseres Wissen gemacht hat. Aber die Strafe ist dann eine geringere, wenn die Angaben zwar wissentlich falsch, aber nicht in der Absicht einer Steuerhinterziehung gemacht sind. Hierher gehört namentlich der Fall, daß jemand sich im Rechtsirrtum befindet, z. B. wissentlich solches Einkommen verschweigt, welches er irrtümlicherweise für steuerfrei gehalten hatte.

§ 67. Die Einziehung der hinterzogenen Steuer erfolgt neben und unabhängig von der Strafe.

Die Verbindlichkeit zur Nachzahlung der Steuer verjährt in zehn Jahren und geht auf die Erben, jedoch für diese mit einer Verjährungsfrist von fünf Jahren und nur auf Höhe ihres Erbanteils, über. Die Verjährungsfrist beginnt mit Ablauf des Steuerjahres, in welchem die Hinterziehung begangen wurde.

Die Festsetzung der Nachsteuer steht der Regierung zu, gegen deren Entscheidung nur Beschwerde an den Finanzminister zulässig ist.

---

§ 68. Wer die in Gemäßheit des § 22 von ihm erforderte Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird mit einer Geldstrafe bis dreihundert Mark bestraft.

Wer der im § 61 vorgeschriebenen Verpflichtung zur An- und Abmeldung nicht rechtzeitig nachkommt, wird mit Geldstrafe bis zu zwanzig Mark bestraft.

---

§ 69. Die bei der Steuerveranlagung beteiligten Beamten sowie die Mitglieder der Kommission werden, wenn sie die zu ihrer Kenntnis gelangten Erwerbs-, Vermögens- oder Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen, insbesondere auch den Inhalt einer Steuererklärung oder der darüber gepflogenen Verhandlungen unbefugt offenbaren, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung findet nur auf Antrag der Regierung oder des betroffenen Steuerpflichtigen statt.

---

§ 70. Die auf Grund der §§ 66, 68 und 69 festzusetzenden, aber unbeitreiblichen Geldstrafen sind nach Maßgabe der für

Uebertretungen geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich (§§ 28 und 29) in Haft umzuwandeln.

Die Untersuchung und Entscheidung in betreff der in den §§ 66 und 68 bezeichneten strafbaren Handlungen steht dem Gericht zu, wenn nicht der Beschuldigte die von der Regierung vorläufig festgesetzte Geldstrafe nebst den durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten binnen einer ihm bekannt gemachten Frist freiwillig zahlt.

Die Regierungen sind ermächtigt, hierbei eine mildere als die im § 66 vorgeschriebene Strafe in Anwendung zu bringen.

Hat der Beschuldigte in Preußen keinen Wohnsitz, so erfolgt das Einschreiten des Gerichts ohne vorläufige Festsetzung der Strafe durch die Regierung. Dasselbe findet statt, wenn die Regierung aus sonstigen Gründen von der vorläufigen Festsetzung der Strafe Abstand zu nehmen erklärt oder der Angeschuldigte hierauf verzichtet.

Die Entscheidung wegen der hinterzogenen Steuer verbleibt in allen Fällen den Verwaltungsbehörden.

In Betreff der Zuwiderhandlungen wegen der Verpflichtung zur Geheimhaltung (§ 69) findet nur das gerichtliche Strafverfahren statt.

VIII. Kosten.

§ 71. Die Kosten der Steuerveranlagung und Erhebung fallen der Staatskasse zur Last. Jedoch sind diejenigen Kosten, welche durch die gelegentlich der eingelegten Rechtsmittel erfolgenden Ermittelungen veranlaßt werden, von dem Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn sich seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen. Die Festsetzung der zu erstattenden Kosten erfolgt durch die Regierung, gegen deren Entscheidung nach Maßgabe des § 60 Absatz 1 die Beschwerde an den Finanzminister gestattet ist.

---

§ 72. Die Mitglieder der Kommissionen erhalten Reise- und Tagegelder nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend die Deklaration der Vorschriften im § 72 des Einkommensteuergesetzes vom 22. April 1892 (Gesetz-Samml. S. 93) und der Verordnung vom 4. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 201).

Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige (§ 38) werden nach den in Civilprozessen zur Anwendung kommenden Vorschriften berechnet.

---

§ 73 ist aufgehoben.

Die Steuerbeamten, Kommissionsmitglieder ꝛc. werden auch dann gemäß § 69 bestraft, wenn sie nur fahrlässigerweise das Geheimnis verletzt haben.

Dem Vorsitzenden und Mitgliedern von Voreinschätzungskommissionen, welche keinen Anspruch auf Reisekosten und Tagegelder haben, können auf ihren Antrag Versäumnisgebühren bewilligt werden (pro Tag höchstens 2,50 Mark).

Der § 73 ist aufgehoben durch § 16 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893.

IX. Heranziehung zu Kommunalabgaben sowie Regelung des Wahlrechts.

§ 74.[1])

---

§ 75. Die Veranlagung (§ 74) geschieht durch die Voreinschätzungskommissionen (§ 31) unter Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes.

[1]) Gilt nicht mehr. Man vergleiche jetzt über die Veranlagung von Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von nicht mehr als 900 Mark zu der Einkommensteuer § 31 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (abgedruckt in Band II).

Die Beschlüsse der Voreinschätzungskommission unterliegen der Prüfung des Vorsitzenden der Veranlagungskommission; beanstandet derselbe einen Beschluß, so erfolgt die Festsetzung des Steuersatzes durch die Veranlagungskommission.

Die festgesetzte Steuerliste ist vierzehn Tage lang öffentlich auszulegen und der Beginn der Auslegung in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

Gegen die Veranlagung steht dem Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist die Berufung zu, und zwar

a) wenn die Veranlagung durch die Voreinschätzungskommission ohne Beanstandung erfolgt ist, an die Veranlagungskommission,
b) wenn die Festsetzung des Steuersatzes durch die Veranlagungskommission stattgefunden hat, an die Berufungskommission.

---

§ 76. Für die Feststellung der nach dem Maßstabe der Besteuerung geregelten Wahl-, Stimm- und sonstigen Berechtigungen in den öffentlichen Verbänden (§ 74) treten an die Stelle der bisherigen Klassensteuersätze die in den §§ 17, 74 vorgesehenen entsprechenden Steuersätze, falls aber die Veranlagung in Gemäßheit des § 75 nicht stattgefunden hat, die den betreffenden Klassensteuerstufen entsprechenden Einkommensbezüge.

---

§ 77. Soweit nach den bestehenden Bestimmungen in Stadt- und Landgemeinden das Bürgerrecht, beziehungsweise das Stimm- und Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten an die Bedingung eines jährlichen Klassensteuerbetrages von 6 Mark geknüpft ist, tritt bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung des Gemeindewahlrechts an die Stelle des genannten Satzes der Steuersatz von 4 Mark, beziehungsweise ein Einkommen von mehr als 660 Mark bis 900 Mark.

In denjenigen Landesteilen, in welchen für die Gemeindevertreterwahlen die Wähler nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Steuern in Abteilungen geteilt werden, tritt an Stelle eines 6 Mark Einkommensteuer übersteigenden Steuersatzes, an welchen durch Ortsstatut das Wahlrecht geknüpft wird, der Steuersatz von 6 Mark.

Wo solche Ortsstatuten nach bestehenden Kommunalordnungen zulässig sind, kann das Wahlrecht von einem niedrigeren Steuersatze beziehungsweise von einem Einkommen bis 900 Mark abhängig gemacht werden. Eine Erhöhung ist nicht zulässig.

X. Schlußbestimmungen.

§ 78. Die in diesem Gesetze den Regierungen zugewiesenen Befugnisse und Obliegenheiten werden für die Haupt- und Residenzstadt Berlin von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin wahrgenommen.

---

§ 79. Die in diesem Gesetz bestimmten Ausschlußfristen sowie die Frist zur Einreichung der Steuererklärungen werden für die in außereuropäischen Ländern und Gewässern Abwesenden auf sechs Monate, für andere außerhalb des Deutschen Reiches Abwesende auf sechs Wochen, für die übrigen Abwesenden auf drei Wochen verlängert.

---

§ 80. Steuerpflichtige, welche, entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes, bei der Veranlagung übergangen, oder steuerfrei oder zu einer ihrem wirklichen Einkommen nicht entsprechenden niedrigeren Steuerstufe veranlagt worden sind, ohne daß eine strafbare Hinterziehung der Steuer stattgefunden hätte (§§ 66, 67) sind zur Entrichtung des der Staatskasse entzogenen Betrages verpflichtet. Die Verpflichtung erstreckt sich auf die drei Steuerjahre zurück, welche dem Steuerjahr, in welchem die Verkürzung festgestellt worden, vorausgegangen sind.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Nachsteuer geht auf die Erben, jedoch nur bis zur Höhe ihres Erbteils, über.

Die Veranlagung der Nachsteuer erfolgt einheitlich für den ganzen Zeitraum, auf welchen sich die Verpflichtung erstreckt, nach den Vorschriften dieses Gesetzes.

---

§ 81. Soweit das gegenwärtige Gesetz

abweichende Bestimmungen nicht enthält, finden die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetz-Samml. S. 140) auf die Einkommensteuer Anwendung.

---

§§ 82 bis 84 sind aufgehoben.

---

§ 85. Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Dasselbe kommt zunächst bei der Veranlagung für das Jahr 1892/93 zur Anwendung, jedoch nur gleichzeitig mit dem Gesetze, betreffend die Aenderung des Wahlverfahrens.

Kommunalverbände, welche für das Jahr 1892/93 nach Maßgabe der neuen Veranlagung die bestehenden Zuschläge zur Staatseinkommensteuer herabsetzen, bedürfen hierzu keiner Genehmigung der Aufsichtsbehörden.

Mit dieser Maßgabe und vorbehaltlich der Anwendung auf frühere Fälle treten die auf die Einrichtung und Veranlagung der Klassen und klassifizierten Einkommensteuer bezüglichen Vorschriften, insbesondere

das Gesetz vom 1. Mai 1851 (Gesetz-Samml. S. 193),
das Gesetz vom 25. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 213),
das Gesetz vom 2. Januar 1874 (Gesetz-Samml. S. 9),
das Gesetz vom 16. Juni 1875 (Gesetz-Samml. S. 234),
§ 9 Nr. 1 und § 9 Absatz 3 des Gesetzes vom 23. Juni 1876 (Gesetz-Samml. S. 169),
Artikel III und IV des Gesetzes vom 12. März 1877 (Gesetz-Samml. S. 19),

am 1. April 1892 außer Kraft.

Ein Mindesteinkommen von 900 Mark auch für die Kommunaleinkommensteuer vorzuschreiben, erschien im Hinblick auf die Lage der Gemeindefinanzen nicht angängig, da es Gemeinden giebt, wo beinahe alle Einwohner kein höheres Einkommen haben, als 900 Mark. Immerhin sind die in § 74 bestimmten Steuersätze niedrig angesetzt.

Nachforderung von Steuern war früher nur im Falle gänzlicher Uebergehung und nur für das laufende Rechnungsjahr zulässig. Jetzt hat § 80 schärfere Bestimmungen getroffen. Eine Steuererklärung kann jedoch für die nachträgliche Besteuerung nicht gefordert werden.

Der § 82 ist nicht mehr in Kraft.

Dasselbe gilt für die §§ 83 und 84.

Ergänzungssteuergesetz.

Vom 14. Juli 1893.

(Gesetz-Sammlung von 1893, Nr. 21. Seite 134—151. Ausgegeben zu Berlin den 28. Juli 1893.)

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
I. Steuerpflicht	2— 3
II. Maßstab der Besteuerung.	
1. Steuerbares Vermögen	4— 8
2. Wertbestimmung	9—16
3. Besteuerungsgrenze	17
III. Steuersätze.	
1. Steuertarif	18
2. Berücksichtigung besonderer Verhältnisse	19
IV. Veranlagung.	
1. Ort und Vorbereitung der Veranlagung	20—21
2. Veranlagungsverfahren	22—32
3. Rechtsmittel.	
a) Berufung	33—35
b) Beschwerde	36
V. Veranlagungsperiode und Veränderung der veranlagten Steuer innerhalb derselben	37—41
VI. Steuererhebung	42
VII. Strafbestimmung	43—44
VIII. Schlußbestimmungen	45—53

Ergänzungssteuergesetz.

Vom 14. Juli 1893.

(Gesetz-Sammlung von 1893, Nr. 21. Seite 134—151. Ausgegeben zu Berlin den 28. Juli 1894.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie für den Umfang derselben, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

§ 1. Vom 1. April 1895 ab wird eine Ergänzungssteuer nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhoben.

I. Steuerpflicht.

§ 2. Der Ergänzungssteuer unterliegen:

I. die im § 1 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 (Gesetz-Samml. S. 175) zu Nr. 1 bis 3 bezeichneten physischen Personen nach dem Gesamtwerte ihres steuerbaren Vermögens (§ 4);

II. ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt alle physischen Personen nach dem Werte
a) ihres Preußischen Grundbesitzes,
b) ihres dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, einschließlich der Viehzucht, des Wein-, Obst- und Gartenbaues, dem Betriebe des Bergbaues oder eines stehenden Gewerbes in Preußen dienenden Anlage- und Betriebskapitals.

Die „Ergänzungssteuer" hat den Charakter einer Vermögenssteuer; jene Bezeichnung hat sie nur deshalb erhalten, weil dadurch ihre Stellung im preußischen Steuersystem gekennzeichnet werden soll. Sie ist nämlich dazu bestimmt, die Einkommensteuer in dreifacher Beziehung zu ergänzen:

1. sie trifft das Vermögen, das fundierte Einkommen besonders, während die Einkommensteuer das fundierte und unfundierte Einkommen in gleicher Höhe heranzieht;
2. Sie greift da ein, wo die Einkommensteuer versagt, wo näm-

lich während der letzten drei Jahre ein Einkommen nicht vorhanden war;

3. sie dient in finanzpolitischer Hinsicht dazu, wie in der Einleitung bereits bemerkt ist, den Fehlbetrag in dem Miquelschen Reformwerke zu decken.

Die Ergänzungssteuer wird nur von physischen Personen entrichtet; Aktiengesellschaften und dergleichen juristische Personen werden von der Ergänzungssteuer nicht getroffen. Das ist grundsätzlich nicht gerechtfertigt. Aber man wollte die Gesellschaft nicht mit zu hohen Steuern belasten und beließ es deshalb bei den Bestimmungen des § 16 des Einkommensteuergesetzes (s. d.). Ob diese Beschränkung gerecht ist, soll hier nicht erörtert werden. Während die unter Nr. I genannten Personen mit ihrem gesamten steuerbaren Vermögen der Ergänzungssteuer unterliegen, werden unter II. diejenigen Personen aufgeführt, welche nur mit bestimmten Teilen ihres Vermögens von der Steuer betroffen werden. Der Ausdruck „stehendes Gewerbe" unter IIb steht im Gegensatz zu dem Gewerbebetrieb im Umherziehen. Die im Hausiersteuergesetz vom 3. Juli 1876 erwähnten Gewerbebetriebe gehören also nicht hierher.

Es kommt darauf an, daß das Gewerbe, der Berg-, Obst-, Wein- oder Gartenbau in Preußen betrieben wird; alles für solche Betriebe dienende Anlage- und Betriebskapital ist zu versteuern. Ob der Betrieb auf eigenen oder fremden Grundstücken (z. B. pachtweise) stattfindet, ist gleichgültig.

§ 3. Befreit von der Ergänzungssteuer sind die gemäß § 3 des Einkommensteuergesetzes zu Nr. 1 bis 4 von der Einkommensteuer befreiten Personen.

Die Befreiungen zu Nr. 3 und 4 daselbst erstrecken sich nicht auf das im § 2 zu II bezeichnete Vermögen und bleiben in denjenigen Fällen ausgeschlossen, in welchen in den betreffenden Staaten Gegenseitigkeit nicht gewährt wird.

II. Maßstab der Besteuerung.

1. Steuerbares Vermögen.

§ 4. Der Besteuerung unterliegt das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden (§ 8).

I. Als steuerbares Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gelten insbesondere:

1. Grundstücke (Liegenschaften und Gebäude) nebst allem Zubehör, Bergwerkseigentum, Nießbrauchs- und andere selbständige Rechte und Gerechtigkeiten, welche einen in Geld schätzbaren Wert haben;
2. das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, einschließlich der Viehzucht, des Wein-, Obst- und Gartenbaues, dem Betriebe des Bergbaues oder eines Gewerbes dienende Anlage und Betriebskapital (§ 6);
3. das sonstige Kapitalvermögen (§ 7).

II. Von der Besteuerung sind jedoch ausgeschlossen:

1. die außerhalb Preußens belegenen Grundstücke:

2. das dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines stehenden Gewerbes außerhalb Preußens dienende Anlage- und Betriebskapital.

III. Als steuerbares Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gelten nicht: Möbel, Hausrat und andere bewegliche körperliche Sachen, insofern dieselben nicht als Zubehör eines Grundstücks (I Nr. 1) oder als Bestandteil eines Anlage- und Betriebskapitals (I Nr. 2) anzusehen sind.

Zu steuerbarem Vermögen gehören insbesondere:

1. Grundstücke nebst allem Zubehör. Darunter fallen jedoch nur die in Preußen belegenen Grundstücke, Gebäude, Wasserstücke ꝛc. Dagegen gehören nicht hierher die etwa in Bayern oder Württemberg oder in den Kolonien gelegenen Grundstücke.

2. Bergwerkseigentum, Nießbrauchs- und andere selbständige Rechte und Gerechtigkeiten. Hierher gehören z. B. die Urheberrechte, Patentrechte, Apothekerprivilegien, Fähr- und Fischereigerechtigkeit, sonstige Nutzungsrechte an fremdem Vermögen. Dagegen gehören nicht hierher polizeiliche oder obrigkeitliche Konzessionen, Approbationen, Familien-, Standes-, Ehrenrechte, die nicht Vermögensrechte sind. Wenn der Wert solcher Rechte, die zu versteuern sind, durch Schätzung ermittelt werden soll, so ist ihr ungefährer jetziger Wert zu bestimmen, dagegen bleiben bloße Hoffnungen auf künftige Gewinne außer Betracht. Z. B. wird bei Verlagsrechten die Aussicht auf künftige Auflagen nicht berücksichtigt werden.

3. Das Anlage- und Betriebskapital für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues oder eines Gewerbes.

4. Das sonstige Kapitalvermögen.

Ob die einzelnen Vermögensgegenstände dem Steuerpflichtigen einen Ertrag gewähren oder nicht, ist gleichgültig. Dagegen gelten nicht als steuerbares Vermögen:

1. Möbel, Hausrat, Kleidungsstücke, Schmucksachen und andere Kostbarkeiten, Bücher, Reit- und Wagenpferde, Equipagen, Sammlungen und Vorräte, soweit diese Dinge nur zum persönlichen Ge- oder Verbrauch dienen.

2. Instrumente der Aerzte und Musiker, Bibliotheken der Gelehrten und Beamten, Arbeitsmittel der Künstler, Bureaueinrichtungen der Rechtsanwälte und dergleichen mehr. Diese an sich zum Vermögen gehörigen Gegenstände (wie z. B. kostbare Schmucksachen) hat man deshalb freigelassen, weil eine amtliche Schätzung des Mobiliarvermögens auf eine Weise ausgeführt werden müßte, die man mit Recht als sehr lästig empfinden würde.

§ 5. Behufs der Steuerveranlagung werden hinzugerechnet:

1. die zu einer Fideikommißstiftung § 3 des Erbschaftssteuergesetzes in der Fassung vom 24. Mai 1891, Gesetz-Samml. S. 78) gehörigen Vermögen oder Vermögensteile dem jeweiligen Fideikommißbesitzer;
2. das zu einer ungeteilten Nachlaßmasse gehörige Vermögen den Erben nach Verhältnis ihres Erbteils;
3. die zum Anlage- und Betriebskapital einer nicht gemäß § 1 Nr. 4, 5 des Einkommensteuergesetzes der Einkommensteuer unterliegenden Erwerbsgesellschaft gehörigen Werte den einzelnen Teilhabern nach Maßgabe ihres Anteils;
4. dem Haushaltungsvorstande das Vermögen derjenigen Haushaltungsangehörigen, deren Einkommen ihm gemäß § 11 des Einkommensteuergesetzes bei der Veranlagung zur Einkommensteuer hinzuzurechnen ist.

Den Teilhabern einer offenen Handelsgesellschaft, einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung oder anderer Erwerbsgesellschaften sind die zum Anlage- und Betriebskapital der Gesellschaft gehörigen Werte nach Maßgabe ihres Anteils an der Gesellschaft hinzuzurechnen. Keine Zurechnung findet jedoch statt bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Berggewerkschaften und die gemäß § 1 Nr. 4, 5 des Einkommensteuergesetzes steuerpflichtigen eingetragenen Genossenschaften und Konsumvereine, weil hier schon die Gesellschaften selbst Steuer zahlen; dagegen wird den Aktionären, Gewerken und Genossenschaftern der Wert ihres Besitzes an Aktien, Kuxen u. s. w. als Kapitalvermögen angerechnet. — Bezieht ein Haushaltungsangehöriger nur aus einem Kapitalvermögen von 21 000 Mark ein Zinseinkommen von 840 Mark, das der Verfügung des Haushaltungsvorstandes nicht unterliegt, so bleibt der Haushaltungsangehörige zwar von der Einkommensteuer frei, weil sein Einkommen nicht die Höhe von 900 Mark erreicht: er wird aber nach dem Vermögen von 21 000 Mark mit dem Ergänzungssteuersatze von 3 Mark zur Ergänzungssteuer veranlagt. Wenn übrigens sein Vermögen nur 20 000 Mark betrüge, so würde er nach § 17 Nr. 2 dieses Gesetzes ganz steuerfrei bleiben.

§ 6. Das Anlage- und Betriebskapital (§ 4 I Nr. 2) umfaßt die sämtlichen dem betreffenden Betriebe gewidmeten Gegenstände und Rechte, welche einen in Geld schätzbaren Wert haben.

Bei Steuerpflichtigen, welche außerhalb Preußens einen stehenden Betrieb durch Errichtung von Zweigniederlassungen, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstätten oder in sonstiger Weise unterhalten, bleibt derjenige Teil des Anlage- und Betriebskapitals, welcher auf den außerhalb Preußens unterhaltenen Betrieb entfällt, außer Ansatz.

Zu dem steuerbaren Anlage- und Betriebskapital gehören insbesondere:

1. die dem Betriebe dienenden Grundstücke, Gebäude, baulichen Anlagen, Wasserkräfte, Maschinen, Gerätschaften, Werkzeuge, Tiere, Futtervorräte, Vorräte an Erzeugnissen des Betriebes, fertigen Waren, Roh- und Hülfsstoffen einschließlich der in der Bearbeitung, auf dem Transport, auf Niederlagen oder auswärtigen Lagern befindlichen;

2. die Vorräte an Geld, Gold und Silber, Papiergeld, Banknoten, Wechseln, Schuldscheinen und sonstigen Wertpapieren, die aus dem Betriebe herrührenden Außenstände, einschließlich der laufenden Guthaben;

3. Gewerbeberechtigungen, Rechte auf Gebrauch oder Nutzung fremder Grundstücke, Wege, Kanäle, Privatflüsse, Seen und dergl. und sonstige selbständige Rechte.

Von dem Gesamtbetrage dieser Werte (zu 1—3) werden in Abzug gebracht diejenigen Schulden, welche zur Begründung, Verbesserung, Erweiterung und Fortführung des Betriebes aufgenommen worden, einschließlich der laufenden Betriebs- und Geschäftsschulden. „Außerhalb Preußens" heißt nicht nur im Ausland, sondern auch in einem anderen Bundesstaate oder in den Kolonien.

§ 7. Das sonstige Kapitalvermögen (§ 4 I Nr. 3) umfaßt:

a) verzinsliche und unverzinsliche, verbriefte und unverbriefte Kapitalforderungen jeder Art einschließlich des Wertes von Aktien oder Anteilscheinen, Kommanditanteilen, Kuxen, Geschäftsguthaben bei Genossenschaften, Geschäftsanteilen und anderen Geschäftseinlagen;

b) bares Geld deutscher Währung, fremde Geldsorten, Banknoten und Kassenscheine, mit Ausschluß der aus den laufenden Jahreseinkünften des Steuerpflichtigen (§ 7 des Einkommensteuergesetzes) vorhandenen Bestände, sowie Gold und Silber in Barren,

insoweit die Werte zu a und b nicht als Teile eines Anlage- und Betriebskapitals (§ 6) anzusehen sind;

c) den Kapitalwert der Rechte auf Apanagen, Renten, Leibrenten, Altenteilsbezüge und auf andere periodische geldwerte Hebungen, welche dem Steuerpflichtigen auf seine Lebenszeit oder auf die Lebenszeit eines anderen, auf unbestimmte Zeit oder auf die Dauer von mindestens zehn Jahren entweder vertragsmäßig als Gegenleistung für die Hingabe von Vermögenswerten oder aus letztwilligen Verfügungen oder Familienstiftungen oder vermöge hausgesetzlicher Bestimmung zustehen.

Die Bestimmung zu c findet keine Anwendung auf Ansprüche an Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, auf Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfall- oder der gesetzlichen Invaliditäts- und Altersversicherung, auf Pensionen, welche mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gezahlt werden, sowie auf Renten, welche in letztwilligen Verfügungen Personen zugewendet sind, die zum Hausstande des Erblassers gehört und in einem Dienstverhältnis zu demselben gestanden haben.

Auf Staatsangehörigkeit, Wohnsitz oder Aufenthalt des Schuldners kommt es nicht an, ebensowenig darauf, wo die etwa für die Forderung verpfändeten Vermögensstücke belegen sind.

Der Besitz von Aktien, Kommanditanteilen u. s. w. gilt in jedem Falle als Kapitalvermögen. Der Wert derselben ist daher dem steuerbaren Vermögen hinzuzurechnen, auch wenn das betreffende Aktienunternehmen außerhalb Preußens seinen Sitz hat.

Die unter c) erwähnten periodischen Hebungen gehören, einzeln betrachtet, nur zum Einkommen; sie können erst dann zur Ergänzungssteuer herangezogen werden, wenn sie als Vermögen, als fundiertes Einkommen anzusehen sind, d. h. grundsätzlich Bezüge dauernder Art, welche nicht Entgelt für bestimmte persönliche Arbeitsleistungen bilden, auch möglichst nicht an die Person des Berechtigten gebunden, sondern vererblich und übertragbar sind. Nicht also können Gehalt, Besoldung, Lohn, Pensionen, Witwen- und Waisengelder zur Ergänzungssteuer herangezogen werden. Allerdings hat das Gesetz auch solche Hebungen als steuerbar aufgenommen, welche nur dem Steuerpflichtigen selbst auf Lebenszeit zustehen: hier ist also der soeben erwähnte Grundsatz nicht streng durchgeführt. Merkwürdigerweise sind aber, wenn man die Bestimmungen unter c) genau ansieht, Renten ꝛc., welche auf einer Schenkung unter Lebenden beruhen, nicht steuerpflichtig, was kaum als gerecht erscheinen kann. Frei bleiben Renten, die in letztwilligen Verfügungen an solche Hausangehörige vermacht sind, welche in einem Dienstverhältnis zum Erblasser gestanden haben. Hierher gehören jedoch nur die Dienstboten und die im zweiten Teil (5. Titel) des Allgemeinen Landrechts sogenannten „Hausoffizianten", d. h. zum Beispiel Wirtschaftsbeamte unter Leitung des Gutseigentümers, Förster, welche die technische Verwaltung der Forsten haben. Nicht jedoch haben einen derartigen Anspruch auf Steuerfreiheit der Rente: Gesellschafterinnen, selbständige Verwalter, Haushaltungsvorsteherinnen, Handlungsgehülfen, Handwerksgesellen, Lehrlinge, Buchhalter, Werkführer, Aufwärterinnen.

§ 8. Von dem Aktivvermögen sind in Abzug zu bringen:

1. die dinglichen und persönlichen Kapitalschulden des Steuerpflichtigen mit Ausschluß derjenigen Verbindlichkeiten, welche zur Bestreitung der laufenden Haushaltungskosten eingegangen sind (Haushaltungsschulden),
2. der Kapitalwert der vom Steuerpflichtigen oder aus einer Fideikommißstiftung zu entrichtenden Apanagen, Renten, Altenteile und sonstigen periodischen, geldwerten Leistungen, auf welche die Voraussetzungen im § 7 zu c Absatz 1 zutreffen,

insoweit diese Verbindlichkeiten (Nr. 1 und 2) nicht auf Vermögensteilen haften, welche bei der Veranlagung außer Betracht zu lassen sind (§ 4 II).

Erstreckt sich die Besteuerung lediglich auf die in § 2 II zu a und b bezeichneten Vermögensteile, so sind nur diejenigen Schulden u. s. w. abzugsfähig, welche auf diesen Vermögensteilen haften oder für deren Erwerb aufgenommen sind.

Verbindlichkeiten, welche ungeteilt zugleich auf steuerbaren und nicht steuerbaren Vermögensteilen haften, kommen von dem ersteren nur nach dem Verhältnisse dieses Teiles zu dem Gesamtvermögen in Abzug.

Die schwebenden Verbindlichkeiten, welche zur Bestreitung der laufenden „Haushaltungskosten" eingegangen sind (Haushaltungsschulden), bleiben bei der Feststellung des Vermögens außer Betracht; ebenso bei der Berechnung der Aktiva diejenigen baren Gelder, welche

aus den laufenden Jahreseinkünften herrühren. Je nach den Umständen des Falles werden zuweilen auch Rückstände an derartigen Schulden aus früheren Wirtschaftsjahren ebenso wie Kapitalschulden abzuziehen sein.

Wenn nur Grundbesitz oder das einem Betriebe dienende Anlage- und Betriebskapital besteuert wird, so sind nur solche Schulden und Lasten abzugsfähig, welche sich auf das Grundstück oder das Kapital direkt beziehen, darauf haften.

Die Kapitalschulden sind in Abzug zu bringen, ohne Unterschied, ob sie persönlicher oder dinglicher Natur sind, oder ob sie aus dem geschäftlichen Verkehr stammen oder nicht.

2. Wertbestimmung.

§ 9. Bei Berechnung und Schätzung des steuerbaren Vermögens wird der Bestand und gemeine Wert der einzelnen Teile desselben zur Zeit der Veranlagung (Vermögensanzeige) zu Grunde gelegt, soweit nicht im Nachstehenden etwas anderes bestimmt ist.

Der gemeine Wert einer Sache ist derjenige, den sie für jeden Besitzer haben kann. Der Wert solcher Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten, die einem jeden Besitzer schätzbar sind, wird dem gemeinen Werte beigerechnet. Im Gegensatz zum gemeinen Wert steht der außerordentliche Wert und der Wert der besonderen Vorliebe, wie z. B. ein Andenken an einen Verstorbenen ꝛc. Dieser letztere Wert wird durch besondere Umstände bedingt und entsteht aus zufälligen Eigenschaften oder Verhältnissen, die dem betreffenden Gegenstande in der Meinung oder nach den persönlichen Verhältnissen des Besitzers einen Vorzug vor anderen Gegenständen gleicher Art verleihen. Bei Berechnung der Ergänzungssteuer wird jedoch nur der gemeine, nicht der außerordentliche Wert berücksichtigt, z. B. bei einem, von einem Verstorbenen hinterlassenen Goldring nur der wirkliche Wert des Goldes u. s. w. Man kann auch als gemeinen Wert eines Gegenstandes denjenigen Betrag bezeichnen, welchen jeder Eigentümer jederzeit für den betreffenden Gegenstand bekommen kann, ohne daß dabei besondere Konjunkturverhältnisse oder besondere Liebhabereien im einzelnen für den betreffenden Gegenstand in Betracht kommen.

Maßgebend für die Feststellung des Vermögensbestandes und -wertes ist die Zeit der Veranlagung. Ist bei Abgabe der Vermögensanzeige oder bei der Beschlußfassung über die Veranlagung bereits bekannt, daß vor oder mit dem 1. April Aenderungen im Bestande des Vermögens eintreten werden, so sind diese zu berücksichtigen; werden sie

nicht berücksichtigt, so kann deswegen das Rechtsmittel (Berufung, Beschwerde) eingelegt werden. Auf Aenderungen, die erst nach dem 1. April eintreten, beziehen sich die §§ 38, 39 dieses Gesetzes. Landwirte und Gewerbetreibende, welche beispielsweise ihr Wirtschafts- oder Geschäftsjahr mit dem 30. Juni oder 30. September abschließen, sind berechtigt, der Vermögensanzeige im Januar den Abschluß des letztvergangenen 30. Juni bezw. 30. September zu Grunde zu legen.

Rechte und Lasten, die von einer — noch nicht eingetretenen — aufschiebenden Bedingung oder von einer Befristung abhängen, bleiben außer Betracht.

§ 10. Bei Landwirtschafts- und Gewerbebetrieben, bei denen regelmäßige jährliche Abschlüsse stattfinden, kann bei der Berechnung und Schätzung des steuerbaren Vermögens der Vermögensstand am Schlusse des letzten Wirtschafts- oder Rechnungsjahres zu Grunde gelegt werden.

Diese Vorschrift ist bereits in der Erläuterung zum vorhergehenden Paragraphen erwähnt. Der § 10 stellt eine Abweichung von § 9 dar, insofern nach letzterem das Vermögen zur Zeit der Veranlagung berechnet werden soll.

§ 11. Bei der Veranschlagung des Wertes von Grundstücken, welche dem Betriebe der Land- oder Forstwirtschaft, der Viehzucht, dem Wein-, Obst- oder Gartenbau dienen, sind auch das lebende und tote Wirtschaftsinventar sowie die sonst zum Anlage- und Betriebskapital (§ 6) gehörigen Werte — einschließlich der den gewerblichen Nebenbetrieben dienenden Gegenstände — mit der Maßgabe zu berücksichtigen, daß Mehr- oder Minderwerte des Inventars gegenüber einem wirtschaftlich normalen Bestande in Zu- oder Abrechnung zu bringen sind. Aus den wirtschaftlichen Vorjahren noch vorhandene, zum Verkauf bestimmte Vorräte kommen als selbständige Vermögensstücke in Anrechnung.

Der Wert derjenigen Grundstücke, welche einem bergbaulichen, einem Handels- oder Gewerbebetriebe gewidmet sind, ist bei der Ermittelung des dem betreffenden Betriebe dienenden Anlage- und Betriebskapitals zu berücksichtigen.

Die aus früheren Wirtschaftsjahren noch vorhandenen, zum Verkauf bestimmten Vorräte an Erzeugnissen des Betriebes kommen als selbständige Vermögensstücke besonders in Ansatz. Behufs Schätzung des Wertes der Vorräte sind die Marktpreise aus der Zeit der Veranlagung zu Grunde zu legen.

Stehendes Holz ist Zubehör des Grundstücks. Forsten sind als einheitliches Ganzes zu schätzen, nicht etwa Grund und Boden und Holz besonders.

Der gemeine Wert des einem bergbaulichen oder einem Gewerbebetriebe dienenden Anlage- und Betriebskapitals, einschließlich eines etwaigen Grundstücks, ist durch Schätzung zu ermitteln. Solche Grundstücke sind: Comptoirs, Verkaufsstätten, Fabrik- oder Arbeitsräume, Speicher, Stallungen, Lagerplätze und dergleichen. Dient ein Gebäude

nur zum Teil dem Gewerbebetriebe, zu einem anderen Teile aber anderen Zwecken, z. B. als Wohngebäude, so muß der Wert des letzteren dem Grundvermögen hinzugerechnet werden. Stehen beide Teile dergestalt in baulichem Zusammenhange, daß eine getrennte Schätzung nicht möglich ist, so ist der Wert im ganzen zu ermitteln und nach Verhältnis des Umfanges der betreffenden Räumlichkeiten dem Grundvermögen bezw. dem gewerblichen Betriebskapitale zuzuteilen.

§ 12. Bares Geld deutscher Währung, Reichskassenscheine und Reichsbanknoten gelangen mit dem Nennwert, Silber und Gold in Barren, sowie fremde Geldsorten mit dem Verkaufswert in Ansatz.

Im übrigen sind Wertpapiere, wenn dieselben in Deutschland einen Börsenkurs haben, nach diesem, anderenfalls nach ihrem Verkaufswerte zu veranschlagen.

Alle sonstigen Kapitalforderungen und Schulden sind mit dem Nennwert in Ansatz zu bringen, insofern nicht die Voraussetzungen des § 16 Abs. 4 oder andere Umstände vorliegen, welche die Annahme eines von dem Nennwerte abweichenden Verkaufswertes begründen.

Welcher Tag für den Börsenkurs maßgebend sein soll, sagt das Gesetz nicht. Ebensowenig sagt das Gesetz, welche Börse maßgebend ist. Man wird wohl annehmen dürfen, daß die dem Veranlagungsort nächstgelegene Börse zu wählen ist. Papiere, die in eine kaufmännische Bilanz aufgenommen sind, müssen zu demjenigen Kurse angesetzt werden, mit welchem sie in die Bilanz eingestellt sind.

Zu den sonstigen Kapitalforderungen gehören auch die Stammeinlagen bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die Geschäftsguthaben bei eingetragenen Genossenschaften, die Sparkasseneinlagen, die Amortisationsfonds und die Geschäftseinlagen von stillen Gesellschaftern.

Nach § 16 Abs. 4 sind Forderungen, welche nicht beizutreiben sind, ganz außer Ansatz zu lassen.

„Andere Umstände, welche die Annahme eines von dem Stammwerte abweichenden Verkaufswertes" begründen, sind z. B. Insolvenz des Schuldners, wenn dieser sich z. B. im Konkurse befindet oder sich in das Ausland geflüchtet hat und dergleichen.

§ 13. Behufs Ermittelung des Kapitalwertes von Nießbrauchsrechten, Apanagen, Renten, Leibrenten, Altenteilsbezügen und anderen periodischen Nutzungen und Leistungen ist, sofern nicht der im § 5 Nr. 1 vorgesehene Fall vorliegt, der Geldwert der einjährigen Nutzung oder Leistung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu Grunde zu legen:

I. Bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen wird das Fünfundzwanzigfache des einjährigen Betrages, bei Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer, falls nicht die Vorschriften unter II und III Anwendung finden, oder anderweite die längste Dauer begrenzende Umstände nachgewiesen werden, das Zwölfeinhalbfache des einjährigen Betrages als Kapitalwert angenommen.

II. Ist das Recht auf die Lebenszeit des Berechtigten oder einer anderen Person beschränkt, so bestimmt sich der Kapitalwert nach dem zur Zeit der

Veranlagung (Vermögensanzeige) erreichten Lebensalter der Person, bei deren Tode das Recht erlischt, und wird bei einem Lebensalter derselben

von	15	Jahren	oder	weniger	auf	das	18	fache
über	15	Jahre	bis	zu 25	Jahren	auf	das	17 „
„	25	„	„	„ 35	„	„	„	16 „
„	35	„	„	„ 45	„	„	„	14 „
„	45	„	„	„ 55	„	„	„	12 „
„	55	„	„	„ 65	„	„	„	8½ „
„	65	„	„	„ 75	„	„	„	5 „
„	75	„	„	„ 80	„	„	„	3 „
„	80	„	auf	das				2 „

der einjährigen Nutzung oder Leistung angenommen.

III. Ist die Dauer des Rechts von der Lebenszeit mehrerer Personen dergestalt abhängig, daß beim Tode der zuerst versterbenden die Nutzung oder Leistung erlischt, so ist für die nach der Bestimmung zu II vorzunehmende Wertermittelung das Lebensalter der ältesten Person maßgebend. Wenn das Bezugsrecht bis zum Tode der letztversterbenden Person fortdauert, erfolgt die Berechnung nach dem Lebensalter der jüngsten Person.

IV. Der Kapitalwert der auf bestimmte Zeit eingeschränkten Nutzungen oder Leistungen ist für den Zeitpunkt der Veranlagung (Vermögensanzeige) unter Zugrundelegung eines vierprozentigen Zinsfußes nach der beigefügten Hülfstabelle zu ermitteln. Ist jedoch die Dauer des Rechts noch außerdem durch die Lebenszeit einer oder mehrerer Personen bedingt, so darf der nach den Bestimmungen zu II und III zu berechnende Kapitalwert nicht überschritten werden.

V. Bei Nutzungen oder Leistungen, welche ihrem Betrage oder ihrem Geldwerte nach nicht feststehen, wird der Geldwert des im letzten Leistungsjahre entrichteten Betrages, und wenn eine volle Jahresleistung noch nicht stattgefunden hat, der Geldwert des mutmaßlich für das laufende Jahr zu entrichtenden Betrages zu Grunde gelegt.

§ 14. Vom Kapitalwert unverzinslicher befristeter Forderungen und Schulden werden für die Zeit bis zur Fälligkeit vier Prozent Jahreszinsen in Abzug gebracht.

§ 15. Noch nicht fällige Ansprüche aus Lebens-, Kapital- und Rentenversicherungen kommen mit zwei Dritteln der Summe der eingezahlten Prämien oder Kapitalbeiträge, falls aber der Betrag nachgewiesen wird, für welchen die Versicherungsanstalt die Police zurückkaufen würde, mit diesem Rückkaufswerte in Anrechnung.

Als Zeit der Veranlagung zu II. und IV. ist der 1. April des betreffenden Steuerjahres anzusehen. Bereits fällige Ansprüche aus Versicherungen aller Art kommen nach § 12 Abs. 3 als Kapitalforderungen in Ansatz und, wenn es sich um eine Rente handelt, nach § 13 dieses Gesetzes (wenn die Rente nicht nach § 7c dieses Gesetzes überhaupt steuerfrei ist).

Die Bestimmungen des § 15 erstrecken sich jedoch nur auf solche Versicherungsansprüche, die noch nicht fällig sind. Sie setzen also voraus, daß der Termin oder das Ereignis, von dessen Eintritt der Anspruch auf die Zahlung des Kapitals oder der ersten Rente abhängt, noch nicht eingetreten ist. Sie finden keine Anwendung auf Ansprüche aus einer Unfall- oder Krankenversicherung, sowie aus Versicherungen gegen Sachbeschädigung (Feuer-, Vieh-, Hagelversicherung u. s. w.); die noch nicht fälligen Ansprüche aus der Versicherung gegen Sachbeschädigung können deshalb nicht in Betracht kommen, weil man

überhaupt nicht wissen kann, ob und wieweit derartige Ansprüche zur Existenz gelangen (man weiß ja nicht, ob ein Feuer ausbrechen wird u. s. w.).

Die Anrechnung der noch nicht fälligen Ansprüche erstreckt sich auf alle Arten der Lebens-, Kapital- und Rentenversicherung, also auch die Versicherungen „auf den Erlebensfall", die sogenannte „abgekürzte" oder die „kurze" Versicherung u. s. w. Es macht keinen Unterschied, ob die Versicherung auf das Leben des Versicherungsnehmers selbst oder einer anderen Person gestellt, ob sie zu Gunsten eines Dritten abgeschlossen ist oder nicht: herangezogen wird derjenige Steuerpflichtige, dem das Verfügungsrecht über die Police zusteht.

Unter dem „Rückkaufswert" im Sinne der Bestimmung zu 5b ist nicht jeder zwischen den Beteiligten willkürlich vereinbarte Scheinpreis, sondern nur der wirkliche, nach den Regeln der Versicherungstechnik berechnete Rückkaufswert zu verstehen, welchen die Versicherungsanstalt nach Maßgabe ihrer Statuten 2c. im einzelnen Falle gewährt. Die Nachweisung des Rückkaufswertes steht sowohl dem Steuerpflichtigen, als auch dem Vertreter des Staatsinteresses offen. Ein Scheingeschäft liegt z. B. vor, wenn die Versicherungsanstalt in ihren Statuten 2c. sich zum Rückkauf ihrer Policen nicht verpflichtet hat und später sich zum Rückkauf für einen unverhältnismäßig niedrigen Preis bereit erklärt, da in diesem Falle offenbar die Steuer umgangen werden soll.

§ 16. Außer im Falle des § 15 bleiben die von einer noch nicht eingetretenen aufschiebenden Bedingung abhängigen Rechte und Lasten außer Betracht.

Rechte und Lasten, deren Fortdauer von einer noch nicht eingetretenen auflösenden Bedingung abhängt, werden wie unbedingte behandelt.

Die in den Abs. 1 und 2 enthaltenen Bestimmungen sind gleichmäßig auch auf die von einem Ereignis, welches nur hinsichtlich des Zeitpunktes seines Eintritts ungewiß ist, abhängigen Rechte und Lasten anzuwenden.

Unbeitreibliche Forderungen bleiben außer Ansatz.

Als unbeitreiblich gilt eine Forderung, wenn die Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner fruchtlos ausgefallen ist oder das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde. Es ist Sache des Steuerpflichtigen, die Unbeitreiblichkeit glaubhaft zu machen.

3. Besteuerungsgrenze.

§ 17. Zur Ergänzungssteuer werden nicht herangezogen:

1. diejenigen Personen, deren steuerbares Vermögen den Gesamtwert von 6000 Mark nicht übersteigt;
2. diejenigen Personen, deren nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes zu berechnendes Jahreseinkommen den Betrag von 900 Mark nicht übersteigt, insofern der Gesamtwert ihres steuerbaren Vermögens nicht mehr als 20000 Mark beträgt;
3. weibliche Personen, welche minderjährige Familienangehörige zu unter-

halten haben, vaterlose minderjährige Waisen und Erwerbsunfähige, insofern das steuerbare Vermögen der bezeichneten Personen den Betrag von 20000 Mark und das nach Maßgabe des Einkommensteuergesetzes zu berechnende Jahreseinkommen derselben den Betrag von 1200 Mark nicht übersteigt.

Die Freilassung nach Nr. 3c tritt z. B. nicht ein, wenn der betreffende Angehörige selbst genügende Mittel besitzt, um sich zu ernähren.

Voraussetzung der Befreiung zu 1. ist, daß der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens 6000 Mark nicht übersteigt. Voraussetzung der Befreiung zu 2. ist: a) daß das Jahreseinkommen 900 Mark nicht übersteigt, b) daß das steuerbare Vermögen höchstens 20000 Mark beträgt. Zu Nr. 3 sind drei Voraussetzungen erforderlich, nämlich:

a) der Steuerpflichtige muß
   1. eine weibliche Person sein, welche minderjährige Familienangehörige zu unterhalten hat, oder
   2. eine vaterlose minderjährige Waise sein oder
   3. erwerbsunfähig sein. Teilweise Erwerbsunfähigkeit genügt nicht;

b) das steuerbare Vermögen darf 20000 Mark nicht übersteigen;

c) das Jahreseinkommen — das nach dem Einkommensteuergesetz zu berechnen ist — darf 1200 Mark nicht übersteigen.

III. Steuersätze.

1. Steuertarif.

§ 18. Die Ergänzungssteuer beträgt bei einem steuerbaren Vermögen von

mehr als Mark	bis einschließlich Mark	jährlich Mark
6000	8000	3
8000	10000	4
10000	12000	5
12000	14000	6
14000	16000	7
16000	18000	8
18000	20000	9
20000	22000	10
22000	24000	11
24000	28000	12
28000	32000	14
32000	36000	16
36000	40000	18
40000	44000	20
44000	48000	22
48000	52000	24
52000	56000	26
56000	60000	28
60000	70000	30

und steigt bei höherem Vermögen bis einschließlich 200000 Mark für jede angefangenen 10000 Mark um je 5 Mark.

Bei Vermögen von mehr als 200000 Mark bis einschließlich 220000 Mark beträgt die Steuer 100 Mark und steigt bei höherem Vermögen für jede angefangenen 20000 Mark um je 10 Mark.

Nach diesem Tarif betragen die Steuersätze nicht ganz $^1/_2$ vom Tausend, sind also sehr gering. Die Steuer ist demnach weder progressiv noch degressiv (vgl. die Einleitung), d. h. sie nimmt von allen Vermögen den gleichen Prozentsatz.

2. Berücksichtigung besonderer Verhältnisse.

§ 19. Personen, deren Vermögen 32000 Mark nicht übersteigt, werden, wenn sie nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind, mit höchstens drei Mark jährlich, wenn sie zu den ersten vier Stufen derselben veranlagt sind, höchstens mit einem um zwei Mark unter der von ihnen zu zahlenden Einkommensteuer verbleibenden Betrage zur Ergänzungssteuer herangezogen.

Steuerpflichtigen, welchen auf Grund des § 19 des Einkommensteuergesetzes eine Ermäßigung der Einkommensteuer gewährt wird, kann bei der Veranlagung auch eine Ermäßigung der Ergänzungssteuer um höchstens zwei Stufen gewährt werden, sofern das steuerpflichtige Vermögen nicht mehr als 52000 Mark beträgt.

Maßgebend für die Berechnung der ermäßigten Steuersätze ist die zu zahlende Einkommensteuer, nicht das steuerpflichtige Einkommen selbst.

Die Ermäßigung des § 19 Abs. 2 hat der Steuerpflichtige an sich nicht zu beanspruchen; aber die Veranlagungsbehörde hat den Fall genau zu prüfen, und wenn die Voraussetzungen des § 19 Abs. 2 gegeben sind, ist es ihre Pflicht, dem Gesuch stattzugeben. Vorbedingung ist die Gewährung einer Ermäßigung der Einkommensteuer auf Grund des § 19 des Einkommensteuergesetzes.

Der Satz der Ergänzungssteuer beträgt in den Fällen des Absatz I höchstens:

bei einem Vermögen von mehr als Mark	bis Mark	und einer Einkommensteuer-Veranlagung zur	1.	2.	3.	4. Stufe	anstatt Mark
6 000	8 000		3	3	3	3 Mark	3
8 000	10 000		4	4	4	4 „	4
10 000	12 000		4	5	5	5 „	5
12 000	14 000		4	6	6	6 „	6
14 000	16 000		4	7	7	7 „	7
16 000	18 000		4	7	8	8 „	8
18 000	20 000		4	7	9	9 „	9
20 000	22 000		4	7	10	10 „	10
22 000	24 000		4	7	10	11 „	11
24 000	28 000		4	7	10	12 „	12
28 000	32 000		4	7	10	13 „	14

Eine wirkliche Vergünstigung giebt sich darnach nur für die zur 1. Stufe veranlagten Steuerpflichtigen, bei einem Vermögen von mehr als 10000 Mark bis 32000 Mark, für die zur 2. Stufe Veranlagten

bei einem Vermögen von 16000 Mark bis 32000 Mark, für die zur 3. Stufe Veranlagten nur bei einem Vermögen von mehr als 22000 Mark bis 32000 Mark; für die zur 4. Stufe der Einkommensteuer Veranlagten ergiebt sich eine wirkliche Vergünstigung überhaupt nicht. Für diejenigen, welche von der Einkommensteuer befreit sind, tritt die Vergünstigung bei allen Vermögen von mehr als 8000 Mark ein.

Wird die Ermäßigung auf Grund des § 19 des Einkommensteuergesetzes nicht gewährt, so ist dagegen die Berufung zulässig. Eine Ermäßigung der Vermögenssteuer allein ist nicht angängig. Im übrigen findet eine Ermäßigung statt:

1. weder bei der Einkommen- noch Ergänzungssteuer, wenn das steuerpflichtige Einkommen mehr als 9500 Mark beträgt;

2. nur bei der Einkommen-, nicht aber bei der Ergänzungssteuer, wenn das steuerpflichtige Einkommen zwar nicht mehr als 9500 Mark, das steuerpflichtige Vermögen aber mehr als 52000 Mark beträgt.

In keinem Falle erfolgt eine Ermäßigung um mehr als zwei Stufen.

IV. Veranlagung.

1. Ort und Vorbereitung der Veranlagung.

§ 20. Die Veranlagung erfolgt an demjenigen Orte, an welchem der Steuerpflichtige gemäß § 20 des Einkommensteuergesetzes zur Einkommensteuer zu veranlagen ist oder im Falle seiner Einkommensteuerpflicht zu veranlagen sein würde.

Die bezüglich des Veranlagungsortes weiter erforderlichen Anordnungen erläßt der Finanzminister.

---

§ 21. Die Personenstandsaufnahme (§ 21 des Einkommensteuergesetzes) bildet zugleich die Grundlage für die Veranlagung der Ergänzungssteuer.

Jeder Gemeinde- (Guts-) Vorstand hat die im § 23 des Einkommensteuergesetzes vorgeschriebenen Ermittelungen auch auf alle diejenigen Merkmale zu erstrecken, welche ein Urteil über den Umfang und Wert des steuerpflichtigen Vermögens begründen können, und das Ergebnis in eine nach näherer Bestimmung des Finanzministers einzurichtende Nachweisung einzutragen.

---

2. Veranlagungsverfahren.

§ 22. Die Veranlagung der Steuerpflichtigen erfolgt gleichzeitig mit der Veranlagung der Einkommensteuer durch die gemäß §§ 33, 34, 50 des Einkommensteuergesetzes gebildeten Veranlagungskommissionen.

Eine Voreinschätzung durch die Voreinschätzungskommission findet nicht statt.

---

§ 23. Für jeden Veranlagungsbezirk wird ein Schätzungsausschuß gebildet, zu welchem gehören:

1. der Vorsitzende der Veranlagungskommission oder der von demselben zu bezeichnende Stellvertreter,
2. mindestens vier Mitglieder, von welchen zwei ständige durch die Regierung ernannt, die übrigen aus der Zahl der gewählten Mitglieder (stellvertretenden Mitglieder) der Veranlagungskommission durch dieselbe abgeordnet werden. Die Zahl der Mitglieder bestimmt der Finanzminister.

Für die ernannten und für die gewähl-

ten Mitglieder wird in gleicher Weise die erforderliche Zahl von Stellvertretern ernannt und abgeordnet.

Das Ausscheiden aus der Veranlagungskommission hat für die durch die Kommission abgeordneten Mitglieder und Stellvertreter auch das Ausscheiden aus dem Schätzungsausschusse zur Folge.

Die Veranlagung erfolgt in der Regel am Orte des Wohnsitzes, eventuell des Aufenthaltes.

Jeder Gemeinde- (Guts-)Vorstand hat, soweit es nicht bereits zum Zwecke der Einkommensteuer- und der Gewerbesteuer-Veranlagung geschehen ist, möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen über alle Thatsachen, Verhältnisse und sonstigen Merkmale, welche ein Urteil über Umfang und Wert des steuerbaren Vermögens der betreffenden Steuerpflichtigen begründen können.

Bei jedem Steuerpflichtigen erfolgt zuerst die Veranlagung zur Einkommensteuer und dann erst die Veranlagung zur Ergänzungssteuer. Als Veranlagungsbezirke dienen die Kreise; doch kann die Regierung innerhalb desselben Kreises die Bildung mehrerer Veranlagungsbezirke anordnen.

§ 24. Der Schätzungsausschuß hat die behufs Veranlagung der Steuerpflichtigen erforderlichen Wertermittelungen vorzunehmen und den Wert der steuerbaren Vermögen, insbesondere die Werte der im Veranlagungsbezirke belegenen Grundstücke, sowie die Werte der gewerblichen Anlage- und Betriebskapitalien zu begutachten.

Der Ausschuß erhält zu diesem Zwecke Kenntnis von allen durch den Vorsitzenden der Veranlagungskommission gesammelten Nachrichten (§ 25), den behufs Veranlagung zur Einkommensteuer eingereichten Steuererklärungen, den auf letztere bezüglichen Schriftstücken, sowie dem Ergebnis der Einkommensteuerveranlagung, und ist befugt, Auskunftspersonen zu vernehmen oder mit beratender Stimme bei seinen Verhandlungen zuzuziehen.

Die Geschäftsordnung des Schätzungsausschusses wird durch den Finanzminister festgestellt.

---

§ 25. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission, welcher zugleich die Interessen des Staates vertritt, hat das Veranlagungsgeschäft zu leiten und ist dafür verantwortlich, daß die gesamte Veranlagung in seinem Bezirk nach den bestehenden Vorschriften zur Ausführung gelangt.

Zum Zwecke der richtigen Veranlagung der Steuerpflichtigen hat der Vorsitzende, soweit dies nicht bereits zum Zwecke der Einkommensteuerveranlagung (§ 35 Absatz 3 des Einkommensteuergesetzes) geschehen ist, möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen, auch die für die Wertbestimmung der steuerbaren Vermögensteile erforderlichen Unterlagen zu beschaffen.

Hierbei kann er sich nach seinem Ermessen der Mitwirkung der Gemeinde- (Guts-) Vorstände bedienen, welche seinen Aufforderungen Folge zu leisten schuldig sind. Er ist befugt, die Voreinschätzungskommissionen (§ 31 des Einkommensteuergesetzes) zu einer besonderen Aeußerung über die Vermögensverhältnisse einzelner Steuerpflichtiger zu veranlassen.

Der Vorsitzende kann den Steuerpflichtigen auf Antrag oder von Amtswegen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung über die für die Veranlagung erheblichen Thatsachen und Verhältnisse gewähren.

Sämtliche Staats- und Kommunalbehörden und Beamte, mit Ausnahme der Notare, haben die Einsicht aller die Vermögensverhältnisse der Steuerpflichtigen betreffenden Bücher, Akten, Urkunden ꝛc. zu gestatten und auf Ersuchen Abschriften aus denselben zu erteilen, sofern nicht besondere gesetzliche Bestimmungen oder

dienstliche Rücksichten entgegenstehen. Die Einsicht der Bücher, Akten ꝛc. der Sparkassen ist nicht gestattet.

§ 26. Die Steuerpflichtigen sind berechtigt, behufs der Veranlagung dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission ihr steuerbares Vermögen anzugeben oder diejenigen thatsächlichen Mitteilungen zu machen, deren die Veranlagungskommission zur Schätzung des Vermögens bedarf (Vermögensanzeige).

Zu Vermögensanzeigen für Personen, welche unter väterlicher Gewalt, Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, sind deren gesetzliche Vertreter befugt.

Für Personen, welche abwesend oder sonst verhindert sind, die Vermögensanzeigen selbst abzugeben, können solche durch Bevollmächtigte erfolgen.

Die Vermögensanzeigen sind unter der Versicherung zu erstatten, daß die Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind.

Die Fristen und Formen, welche bei den Vermögensanzeigen zu beobachten sind, werden von dem Finanzminister bestimmt. Die erforderlichen Formulare werden kostenlos verabfolgt.

§ 27. Die dem Vorsitzenden zur Bearbeitung der Einkommensteuersachen zugeordneten Hülfsbeamten (§ 37 des Einkommensteuergesetzes) können nach den hierüber vom Finanzminister zu erlassenden allgemeinen Anweisungen auch bei der Bearbeitung der auf die Ergänzungssteuer bezüglichen Angelegenheiten beteiligt werden.

§ 28. Der Vorsitzende der Veranlagungskommission hat nach Einholung des Gutachtens des Schätzungsausschusses das nach seinem Ermessen für jeden Steuerpflichtigen zutreffende Vermögen, getrennt nach den verschiedenen Bestandteilen (§ 4), in die Nachweisung oder Steuerliste einzutragen, den nach Vorschrift dieses Gesetzes zu entrichtenden Steuersatz vorzuschlagen und die Verhandlungen der Veranlagungskommission zur Beschlußfassung vorzulegen.

§ 29. Die Veranlagungskommission unterwirft die Gutachten des Schätzungsausschusses, die eingegangenen Vermögensanzeigen und die Nachweisungen einer genauen Prüfung. Hierbei hat sie das Recht, von den nach § 24 dem Schätzungsausschusse und nach § 25 Absatz 3 bis 5 dem Vorsitzenden zustehenden Hülfsmitteln auch ihrerseits Gebrauch zu machen und sonstige zur Feststellung erheblicher Thatsachen erforderliche Ermittelungen vorzunehmen.

§ 30. Werden die Angaben einer Vermögensanzeige über Größe und Wert steuerbaren Vermögens durch die Veranlagungskommission oder deren Vorsitzenden beanstandet, so ist dem Steuerpflichtigen mitzuteilen, auf welche Vermögensteile oder Werte die Beanstandung sich bezieht. Soweit es sich um thatsächliche Angaben handelt, sind zugleich die Gründe der Beanstandung mitzuteilen.

Mit der Mitteilung ist die Aufforderung zu verbinden, sich binnen einer bestimmten Frist über die beanstandeten Angaben zu erklären.

Erst wenn der Steuerpflichtige dies unterläßt, oder wenn die Bedenken gegen die Richtigkeit der Vermögensanzeige nicht gehoben werden, ist die Kommission bei Schätzung des Vermögens auch an die thatsächlichen Angaben des Steuerpflichtigen nicht gebunden.

§ 31. Die Kommission setzt den nach ihrem Ermessen zutreffenden Steuersatz auf Grund der stattgehabten Ermittelungen fest.

§ 32. Das Ergebnis der Veranlagung hat der Vorsitzende der Veranlagungskommission dem Steuerpflichtigen mittelst einer zugleich eine Belehrung über das Rechtsmittel der Berufung enthaltenden Zuschrift bekannt zu machen, welche, sofern auch die Veranlagung zur Einkommensteuer stattgefunden hat, mit der Benachrichtigung über dieselbe (§ 39 des Einkommensteuergesetzes) verbunden werden kann.

Die Thätigkeit des Schätzungs-Ausschusses beschränkt sich auf die Vorbereitung und Begutachtung; eine beschließende Körperschaft ist er

nicht. Die zugezogenen Auskunftspersonen können die Auskunftserteilung ablehnen; ein Zwangsmittel steht dem Schätzungsausschusse nicht zu.

Eine Verpflichtung, zum Zwecke der Veranlagung der Ergänzungssteuer Angaben über ihre Vermögensverhältnisse zu machen, hat das Gesetz den Steuerpflichtigen nicht auferlegt. Dieses wichtige Mittel bleibt daher der Veranlagungskommission versagt, soweit die Steuerpflichtigen sich nicht freiwillig zu dergleichen Angaben bereit finden oder der Inhalt ihrer Steuererklärungen zugleich Schlüsse auf den Umfang und Wert des Vermögens gestattet.

Die Erteilung von Auskunft über den Inhalt des Reichsschuldbuches oder des Staatsschuldbuches oder die Vernehmung der Beamten darüber ist unzulässig. Die Sparkassen sind auch nicht verpflichtet, über die Höhe der Einlagen Auskunft zu erteilen.

Die Vermögensanzeige ist, wie bereits erwähnt wurde, durchaus eine freiwillige. Wer sein Vermögen nicht anzeigen will, braucht es nicht; er muß es sich dann aber gefallen lassen, daß sein Vermögen von Amtswegen eingeschätzt wird. Die Vermögensanzeige muß von dem Steuerpflichtigen selbst abgegeben und von ihm unterschrieben werden. Eingaben, welche nicht unterschrieben sind oder sonstige formelle Mängel aufweisen, werden dem Einsender zur Abänderung zurückgeschickt. Ergeben sich jedoch bei der Prüfung gegen den Inhalt einer Vermögensanzeige Bedenken, so kann der Vorsitzende zur Beseitigung derselben dem Steuerpflichtigen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung gewähren. Wenn die persönliche Verhandlung nicht zweckmäßig erscheint oder nicht zum Ziele führt, so wird die Vermögensanzeige beanstandet. Alsdann wird dem Steuerpflichtigen mitgeteilt, worauf sich die Beanstandung bezieht, und daran die Aufforderung geknüpft, sich binnen einer bestimmten Frist darüber zu erklären. Es ist Sache des Steuerpflichtigen, den Beweis der Richtigkeit seiner Angaben zu führen und zu diesem Zwecke Bücher, Quittungen, Beläge, Auskunftspersonen u. s. w. anzuführen. Die von ihm angebotenen Beweise müssen erhoben werden, soweit sie für die Beurteilung der Sache von Wichtigkeit sind. Im Uebrigen sind die Vorschriften über die Abgabe der Vermögensanzeige ganz ähnlich den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes über die Steuererklärung. Es sind also die Erläuterungen zu § 24 ff. des Einkommensteuergesetzes nachzusehen.

3. Rechtsmittel.

a) Berufung.

§ 33. Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht sowohl dem Steuerpflichtigen, als auch dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission binnen einer Aus-

schlußfrist von vier Wochen das Rechtsmittel der Berufung an die gemäß §§ 41, 50 des Einkommensteuergesetzes gebildete Berufungskommission zu.

Die Vorschrift im § 40 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes findet sinngemäße Anwendung.

Die Berufung kann mit der etwaigen Berufung gegen die Einkommensteuerveranlagung in demselben Schriftsatze angebracht werden.

Die Berufung ist bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission schriftlich oder zu Protokoll anzubringen. Es sind alle zur Begründung des Rechtsmittels erforderlichen Thatsachen und Beweismittel anzuführen. Ein und derselbe Schriftsatz kann sowohl die Berufung gegen die Veranlagung zur Ergänzungssteuer, als auch die Berufung gegen die Veranlagung zur Einkommensteuer enthalten. Die Berufung ist zu adressieren: „An den Herrn Vorsitzenden der Einkommensteuer-Veranlagungskommission in X." Die Berufungsschrift könnte etwa folgendermaßen anfangen:

„Für das Steuerjahr 1899/1900 bin ich unter Steuernummer 3000 veranlagt worden:

a) zur Einkommensteuer mit ..... Mk.,

b) zur Ergänzungssteuer mit ..... Mk.

Gegen die Veranlagung zur Einkommen- und Ergänzungssteuer (resp. nur zur Einkommensteuer oder nur zur Ergänzungssteuer) lege ich hiermit Berufung ein und begründe diese folgendermaßen ....." Die Steuerart, gegen welche sich die Berufung richtet, ist speziell zu bezeichnen. Es trägt wesentlich zur Abkürzung des Berufungsverfahrens bei, wenn die Gründe gleich angegeben und die Beweismittel sofort beigefügt werden. Im Uebrigen gelten dieselben Vorschriften wie bei dem Einkommensteuergesetz. Es sind deshalb die Erläuterungen zu § 40 ff. des Einkommensteuergesetzes einzusehen.

§ 34. Der Vorsitzende der Berufungskommission hat die ihm im § 42 des Einkommensteuergesetzes zugewiesenen Obliegenheiten und Befugnisse auch mit Bezug auf die Ergänzungssteuer wahrzunehmen.

---

§ 35. Die Berufungskommission entscheidet über alle gegen das Verfahren und die Entscheidungen der Veranlagungskommissionen und der Schätzungsausschüsse angebrachten Beschwerden und Berufungen.

Behufs Prüfung der Berufungen können die Berufungskommission und deren Vorsitzender eine genaue Feststellung der Vermögensverhältnisse des Steuerpflichtigen veranlassen. Dabei sind sie befugt, von den zu diesem Zwecke den Veranlagungskommissionen und deren Vorsitzenden zustehenden Hülfsmitteln (§ 25 Abs. 3 bis 5, § 29) Gebrauch zu machen.

Die Berufungskommission und deren Vorsitzender sind ferner befugt, die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu veranlassen, sowie die eidliche Bekräftigung des Zeugnisses oder Gutachtens der vernommenen Zeugen oder Sachverständigen vor dem zuständigen Amtsgericht zu fordern. Die zu vernehmenden Personen dürfen die Auskunftserteilung nur unter den Voraussetzungen ablehnen, welche nach der Civilprozeßordnung zur Ablehnung eines Zeugnisses beziehungsweise Gutachtens berechtigen.

Die Berufungskommission hat die Ver-

mögensnachweisungen sorgfältig zu prüfen: die von ihr gezogenen Erinnerungen sind bei der nächsten Veranlagung (§ 37) zu beachten.

Ist gegen die Veranlagung desselben Steuerpflichtigen sowohl wegen der Einkommensteuer als auch wegen der Ergänzungssteuer Berufung eingelegt, so kann der Vorsitzende die Erörterung und Entscheidung der Rechtsmittel in einem Verfahren herbeiführen.

b) Beschwerde.

§ 36. Gegen die Entscheidung der Berufungskommission steht sowohl dem Steuerpflichtigen als auch dem Vorsitzenden der Berufungskommission die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht in Gemäßheit der Vorschriften im § 44 des Einkommensteuergesetzes zu.

Die Beschwerde kann mit der etwaigen Beschwerde bezüglich der Einkommensteuerveranlagung desselben Pflichtigen in dem nämlichen Schriftsatze angebracht werden.

Ist mit Bezug auf die Veranlagung desselben Pflichtigen sowohl wegen der Einkommensteuer als auch wegen der Ergänzungssteuer Beschwerde eingelegt, so kann das Oberverwaltungsgericht diese Rechtsmittel in einem Verfahren erörtern und entscheiden.

Im übrigen finden auf die Beschwerden und auf das Verfahren zum Zwecke der Entscheidung derselben die §§ 44 bis 49 des Einkommensteuergesetzes Anwendung.

V. Veranlagungsperiode und Veränderung der veranlagten Steuer innerhalb derselben.

§ 37. Die Veranlagung der Ergänzungssteuer erfolgt für eine Periode von drei Steuerjahren, zum erstenmale jedoch für die Zeit vom 1. April 1895 bis zum 31. März 1896.

Für die Zeit vom 1. April 1896 bis zum 31. März 1899 erfolgt die Festsetzung der Veranlagungsperiode durch Königliche Verordnung.

Zu diesen Bestimmungen sind die Erläuterungen zu den entsprechenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes einzusehen.

§ 38. Tritt im Laufe eines Steuerjahres eine Vermehrung des steuerbaren Vermögens infolge Erb- oder Fideikommißanfalles, Abteilungs- oder Ueberlassungsvertrages zwischen Eltern und Kindern, Schenkung oder Verheiratung ein, so ist der Erwerber entsprechend der Vermehrung seines Vermögens anderweit zur Ergänzungssteuer zu veranlagen und zur Entrichtung derselben von dem Beginne des auf den Vermögenszuwachs folgenden Monats ab verpflichtet.

§ 39. Wird nachgewiesen, daß im Laufe eines Steuerjahres infolge Wegfalles eines Vermögensteiles der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens eines Pflichtigen um mehr als den vierten Teil vermindert worden ist, oder daß der wegfallende Teil des Vermögens anderweit zur Ergänzungssteuer herangezogen wird, so kann vom Beginn des auf den Eintritt der Vermögensverminderung folgenden Monats ab die Ermäßigung der Ergänzungssteuer auf den dem verbliebenen Vermögen entsprechenden Steuersatz beansprucht werden.

„Abteilungsverträge" sind Verträge zwischen Eltern und Kindern zur Abfindung der Kinder für ihr elterliches Erbteil. „Ueberlassungsverträge" sind solche Verträge, durch welche die Eltern ihr Gut schon zu Lebzeiten an ihre Kinder oder eines ihrer Kinder abtreten.

Zur Begründung des Ermäßigungsanspruchs ist der Nachweis erforderlich, daß:

I. im Laufe der Veranlagungsperiode ein Vermögensteil weggefallen (z. B. ein Gebäude verbrannt, ein Kapital durch unglückliche Spekulation verloren) und außerdem

II. 1. entweder in Folge des Wegfalles der Gesamtwert des steuerbaren Vermögens um mehr als $^1/_4$ vermindert worden ist;

2. oder der wegfallende Vermögensteil anderweitig zur Ergänzungssteuer herangezogen wird. Ist der weggefallene Teil des Vermögens bei einer anderen Person bereits zur Ergänzungssteuer herangezogen, so tritt eine Ermäßigung stets ein, auch wenn die Vermögensminderung noch nicht $^1/_4$ beträgt. Man nehme z. B. an, ein Haushaltungsvorstand ist mit einem Vermögen von 125 000 Mark, d. h. mit 60 Mark Steuer veranlagt; dabei ist das Vermögen seines Sohnes mit 20 000 Mark mit einbegriffen. Im Laufe des Jahres scheidet der Sohn aus dem Haushalte aus und wird nunmehr selbständig besteuert; dann kann der Vater beanspruchen, daß er nur noch mit 105 000 Mark herangezogen und daß seine Steuer auf 50 Mark ermäßigt wird. Die Ermäßigung erfolgt jedoch nur auf Antrag.

§ 40. Außer in den Fällen der §§ 38, 39 begründet die im Laufe der Veranlagungsperiode eintretende Vermehrung oder Verminderung des Vermögens in seinem Bestande oder Werte keine Veränderung in der schon erfolgten Veranlagung; vielmehr tritt eine Veränderung in den Steuerrollen innerhalb der Veranlagungsperiode nur ein entweder infolge von Zugängen, indem Personen durch Zuzug aus anderen Bundesstaaten oder aus anderen Gründen steuerpflichtig werden, oder infolge von Abgängen, indem bei Steuerpflichtigen die Voraussetzungen, an welche die Steuerpflicht geknüpft ist, erlöschen.

Die Zu- und Abgangsstellung erfolgt von dem Beginn des auf den Eintritt oder das Erlöschen der Steuerpflicht folgenden Monats ab.

§ 41. Wegen des Verfahrens bei den Steuerermäßigungen (§ 39) und bei den Abgangsstellen finden die Vorschriften § 60 Abs. 1 bis 3 des Einkommensteuergesetzes sinngemäße Anwendung.

In den Fällen der §§ 38, 40 bestimmt an Stelle der Veranlagungskommission der Vorsitzende derselben den zu entrichtenden Steuersatz sowie den Zeitpunkt der Zugangsstellung. Im übrigen finden wegen des Verfahrens bei der Veranlagung in Zugangsfällen sowie wegen der Rechtsmittel die Vorschriften §§ 20 bis 36 Anwendung.

Den Gemeinde- (Guts-) Vorständen liegt nach den vom Finanzminister hierüber zu treffenden Anordnungen die Führung der Zu- und Abgangslisten ob.

VI. Steuererhebung.

§ 42. Die Ergänzungssteuer wird gleichzeitig mit der Einkommensteuer erhoben.

Die zur örtlichen Erhebung der Einkommensteuer vom Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark verpflichteten Gemeinden (Gutsbezirke) haben auch die Ergänzungssteuer der mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 Mark veranlagten oder einkommensteuerfrei gebliebenen Personen zu erheben und erhalten hierfür, solange nicht der im § 16 Abs. 2

des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vorgesehene Fall eingetreten ist, eine vom Finanzminister festzusetzende Gebühr, welche zwei Prozent der Isteinnahme der erhobenen Ergänzungssteuer nicht übersteigen darf.

Die Vorschriften §§ 62 bis 64 des Einkommensteuergesetzes finden auf die Ergänzungssteuer gleichmäßig Anwendung.

Außer dem Veranlagten haften diejenigen Personen, deren Vermögen demselben bei der Veranlagung gemäß § 5 zugerechnet ist, für den auf dasselbe nach dem Verhältnis zum veranlagten Gesamtvermögen entfallenden Teil der veranlagten Ergänzungssteuer solidarisch.

VII. Strafbestimmung.

§ 43. Wer in der Absicht der Steuerhinterziehung an zuständiger Stelle über das ihm zuzurechnende steuerbare Vermögen oder über das Vermögen der von ihm zu vertretenden Steuerpflichtigen unrichtige oder unvollständige thatsächliche Angaben macht, wird mit dem zehn- bis fünfundzwanzigfachen Betrage der Jahressteuer, um welche der Staat verkürzt worden ist oder verkürzt werden sollte, mindestens aber mit einer Geldstrafe von hundert Mark bestraft.

Ist eine unrichtige Angabe, welche geeignet ist, eine Verkürzung der Steuer herbeizuführen, zwar wissentlich, aber nicht in der Absicht der Steuerhinterziehung erfolgt, so tritt Geldstrafe von zwanzig bis hundert Mark ein.

Straffrei bleibt, wer seine unrichtige oder unvollständige Angabe, bevor Anzeige erfolgt oder eine Untersuchung eingeleitet ist, an zuständiger Stelle berichtigt oder ergänzt und die vorenthaltene Steuer in der ihm festgesetzten Frist entrichtet.

---

§ 44. Die Einziehung der hinterzogenen Steuer erfolgt neben und unabhängig von der Strafe.

Die Vorschriften § 67 Abs. 2 und 3 des Einkommensteuergesetzes finden sinngemäße Anwendung.

Eine Verkürzung des Staates liegt vor, wenn infolge der wissentlich unrichtigen oder unvollständigen Angabe bei der Veranlagung endgültig ein geringerer Steuersatz festgesetzt worden ist, als bei richtiger Angabe hätte festgesetzt werden müssen.

Strafbar sind nur falsche „thatsächliche" Angaben; nicht strafbar sind also unrichtige Urteile, z. B. unrichtige Schätzungen.

Wissentlich unrichtig, aber nicht in der Absicht der Steuerentziehung gemacht sind z. B. diejenigen Angaben, welche auf einem Rechtsirrtum beruhen, wenn z. B. jemand Vermögensteile nicht angiebt, die er irrtümlich nicht für steuerpflichtig hält, die aber in Wirklichkeit steuerpflichtig sind.

VIII. Schlußbestimmungen.

§ 45. Die Gemeinden (Gutsbezirke) tragen die Kosten für die bei der Veranlagung der Ergänzungssteuer ihnen übertragenen Geschäfte.

Im übrigen fallen die Kosten der Veranlagung und Erhebung der Staatskasse zur Last. Jedoch sind diejenigen Kosten, welche durch die gelegentlich der eingelegten Rechtsmittel erfolgenden Ermittelungen veranlaßt werden, von dem Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn sich seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen.

Die Festsetzung der zu erstattenden

Kosten erfolgt durch die Regierung, gegen deren Entscheidung dem Steuerpflichtigen binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen die bei der Regierung einzulegende Beschwerde an den Finanzminister offen steht.

Die Mitglieder der Kommissionen und Schätzungsausschüsse erhalten aus der Staatskasse Reisekosten und Tagegelder, deren Sätze im Wege der Königlichen Verordnung gemäß § 12 des Gesetzes, betreffend die Tagegelder und die Reisekosten der Staatsbeamten, vom 24. März 1873, Gesetz-Samml. S. 122 (Artikel 1 der Verordnung vom 15. April 1876, Gesetz-Samml. S. 107) bestimmt werden.

Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige (§§ 24, 29) werden nach den in Civilprozessen zur Anwendung kommenden Vorschriften berechnet.

---

§ 46. Die folgenden Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes:

§§ 51 bis 54 (Geschäftsordnung der Kommissionen und Zustellungen),
§ 55 (Oberaufsicht des Finanzministers),
§ 61 Abs. 1 und 2 (Ab- und Anmeldung),
§ 68 Abs. 2 und § 69 (Bestrafung der Zuwiderhandlungen gegen die Melde- und die Geheimhaltungspflicht),
§ 70 (Strafumwandlung und Strafverfahren),
§ 78 (Zuständigkeit der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin),
§ 79 (Verlängerung der Ausschlußfristen),
§ 80 (Nachbesteuerung),
§ 81 (Verjährung),

finden sinngemäße Anwendung,

die §§ 52, 69, 80 mit der Maßgabe, daß der Steuererklärung die Vermögensanzeige, dem Einkommen das steuerbare Vermögen im Sinne dieses Gesetzes gleichsteht, daß ferner die Vorschriften § 52 Abs. 1 und § 69 auch auf die Mitglieder des Schätzungsausschusses (§ 23) Anwendung finden.

§ 47. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand kann beantragen, wer durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verhindert worden ist, die in dem gegenwärtigen Gesetze oder in dem Einkommensteuergesetze zur Einlegung von Rechtsmitteln vorgeschriebenen Ausschlußfristen einzuhalten. Als unabwendbarer Zufall ist es anzusehen, wenn der Antragsteller von einer Zustellung ohne sein Verschulden keine Kenntnis erlangt hat.

Ueber den Antrag entscheidet die Kommission oder Behörde, welcher die Entscheidung über das versäumte Rechtsmittel zusteht.

Das versäumte Rechtsmittel ist unter Anführung der Thatsachen, durch welche der Antrag auf Wiedereinsetzung begründet werden soll, sowie der Beweismittel innerhalb zwei Wochen nach dem Ablauf des Tages, mit welchem das Hindernis gehoben ist, nachzuholen.

Nach Ablauf eines Jahres, von dem Ende der versäumten Frist an gerechnet, findet die Nachholung und der Antrag auf Wiedereinsetzung nicht mehr statt.

Die durch Erörterung des Antrages auf Wiedereinsetzung entstehenden baren Auslagen trägt in allen Fällen der Antragsteller.

§ 48. Uebersteigt das Veranlagungssoll des Jahres 1895/96 den Betrag von 35000000 Mark um mehr als 5 Prozent, so findet in dem Verhältnis des Mehrbetrages zu der genannten Summe eine Herabsetzung der sämtlichen im § 18 bestimmten Steuersätze statt.

Diese Herabsetzung wird in angemessener Abrundung durch Königliche Verordnung festgestellt. Die in der letzteren bestimmten Sätze sind für das Steuerjahr 1895/96 und die folgenden Jahre maßgebend.

In gleicher Weise findet, wenn das Veranlagungssoll des Jahres 1895/96 hinter dem Betrage von 35000000 Mark um mehr als 5 Prozent zurückbleibt, eine entsprechende Erhöhung der im § 18 dieses Gesetzes bestimmten Steuersätze statt, insoweit der Ausfall nicht durch einen Mehrertrag der Einkommensteuer für das Jahr 1895/96 über die Summe von 135000000 Mark und durch die Zinsen der im § 49 bezeichneten Ueberschüsse gedeckt wird. Diese Erhöhung wird durch Königliche Verordnung für die Folgezeit wieder außer Kraft gesetzt, wenn das Veranlagungssoll der Ergänzungs-

steuer den Betrag von 35000000 Mark zuzüglich einer Steigerung von 4 Prozent für jedes auf 1895/96 folgende Steuerjahr erreicht.

---

§ 49. Uebersteigt die Einnahme an Einkommensteuer für das Jahr 1892/93 den Betrag von 80000000 Mark, und für die folgenden Jahre einen um je 4 Prozent erhöhten Betrag, so sind die Ueberschüsse und deren Zinsen bis zum Etatsjahre 1894/95 einschließlich zu einem besonderen, von dem Finanzminister zu verwaltenden Fonds abzuführen, soweit darüber nicht durch Gesetz anderweit Verfügung getroffen ist.

Soweit die mit $3^1/_2$ Prozent zu berechnenden Zinsen dieses Fonds nach dem Bestande vom 1. April 1895 zu dem im § 48 Abs. 3 dieses Gesetzes bezeichneten Zwecke keine Verwendung finden, ist über dieselben zu Beihülfen für Volksschulbauten oder zu anderweiten Beihülfen an unvermögende Schulverbände durch den Staatshaushalts-Etat Bestimmung zu treffen.

Der Fonds selbst ist am 1. April 1895 zu den allgemeinen Staatsfonds zu vereinnahmen.

Die §§ 82 bis 84 des Einkommensteuergesetzes treten mit der Verkündigung dieses Gesetzes außer Kraft.

---

§ 50. Abgesehen von der Bestimmung im § 48 ist eine Veränderung der Ergänzungssteuersätze nur bei gleichzeitiger und verhältnismäßiger Abänderung der Einkommensteuersätze zulässig.

---

§ 51. Bei der Verteilung und Aufbringung öffentlicher Lasten nach dem Maßstabe direkter Staatssteuern kommt die Ergänzungssteuer nicht in Ansatz.

---

§ 52. Dieses Gesetz tritt nur gleichzeitig mit dem Gesetz wegen Aufhebung direkter Staatssteuern in Kraft.

---

§ 53. Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Anträge auf Wiedereinsetzung gemäß § 47 gegen die Versäumung der Berufungsfrist sind bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission, diejenigen gegen Versäumung der Beschwerdefrist bei dem Vorsitzenden der Berufungskommission schriftlich oder zu Protokoll anzubringen.

Gewerbesteuergesetz.

Vom 24. Juni 1891.

(Gesetz-Samml. Nr. 20 S. 205—226. Ausgegeben zu Berlin, den 10. Juli 1891.)

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Gegenstand der Besteuerung	1 — 2
Befreiungen	3 — 5
Steuerklassen	6 — 8
Veranlagung in Klasse I	9 — 10
Veranlagung in Klasse II—IV	11 — 12
Steuergesellschaften	13
Steuersätze	14
Steuerausschüsse	15 — 16
Ort der Veranlagung und Veranlagungsgrundsätze	17 — 24
Befugnisse des Steuerausschusses bezw. des Vorsitzenden	25 — 27
Besondere Verpflichtung der Aktiengesellschaften	28
Namentliche Nachweisungen für die Klasse II—IV	29
Berufungsrecht des Vorsitzenden in Klasse I	30
Gewerbesteuerrolle	31
Benachrichtigung des Steuerpflichtigen	32
Begrenzung der Steuerpflicht	33
Zugang im Laufe des Jahres	34
Rechtsmittel	35 — 37
Verteilung des Steuersatzes auf mehrere Kommunalbezirke	38
Steuererhebung	39 — 43
Ermäßigung im Laufes des Steuerjahres	44 — 45
Bildung und Geschäftsführung der Steuerausschüsse	46 — 51
An- und Abmeldung des Gewerbes	52 — 58
Betriebssteuer	59 — 69
Strafbestimmungen	70 — 73
Kosten	74 — 75
Oberaufsicht	76 — 77
Nachsteuer	78
Schlußbestimmungen	79 — 84

Gewerbesteuergesetz.

Vom 24. Juni 1891.

(Gesetz-Samml. Nr. 20 S. 205—226. Ausgegeben zu Berlin, den 10. Juli 1891.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags Unserer Monarchie, für den Umfang derselben, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

Gegenstand der Besteuerung.

§ 1. Der Besteuerung nach diesem Gesetze unterliegen die in Preußen betriebenen stehenden Gewerbe.

Hinsichtlich der Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen und des Wanderlagerbetriebes bewendet es bei den bestehenden Vorschriften mit der Maßgabe, daß im Sinne der §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 27. Februar 1880 (Gesetz-Samml. S. 174) Städte mit mehr als 50000 Einwohnern als Orte der ersten Gewerbesteuerabteilung, Städte mit mehr als 10000 bis 50000 Einwohnern als Orte der zweiten Gewerbesteuerabteilung, Städte mit mehr als 2000 bis 10000 Einwohnern als Orte der dritten und alle übrigen Orte als solche der vierten Gewerbesteuerabteilung gelten.

Vorstehende Einteilung findet auch Anwendung, wo in anderen Gesetzen auf die bisherigen Gewerbesteuerabteilungen Bezug genommen ist.

Die Einwohnerzahl bestimmt sich nach dem Ergebnis der zuletzt vorangegangenen Volkszählung.

Zum stehenden Gewerbe gehört in steuerlicher Hinsicht jeder Gewerbebetrieb, welcher nicht nach den bestehenden Bestimmungen als Gewerbebetrieb im Umherziehen zu behandeln ist. Der Begriff des „Gewerbes" oder der Begriff des „stehenden Gewerbes" ist in dem Gesetz nicht näher erläutert, weil es sehr schwierig wäre, diese Begriffe festzulegen. Der Besteuerung sind nicht mehr, wie es früher war, nur einige bestimmte Arten des Gewerbes unterworfen, sondern es werden alle Gewerbe getroffen. Allgemein befreit von der Gewerbesteuer bleiben diejenigen Gewerbe, deren jährlicher Ertrag 1500 Mk. und deren Anlage- und Betriebskapital 3000 Mk. nicht erreicht. Außerdem sind im einzelnen gewisse Betriebe befreit, wie dies noch später sich ergeben wird.

Steuerpflichtig sind also auch die Gewerbe, welche früher nicht zur Steuer herangezogen wurden. Hierher gehören z. B.:

Straßenbahn-Unternehmungen;

die Unternehmer von Bauten auch wenn sie weder selbst Lieferungen übernehmen, noch sich bei der Ausführung handwerksmäßiger Arbeiten oder als Fuhrleute beteiligen;

die gewerbsmäßige Veranstaltung von Schaustellungen und Lustbarkeiten aller Art, wie z. B. Menagerien, Karussels, Schießbuden und dergleichen; Unternehmer von Konzerten und Theatern, Aussteller von Gemälden, Panoramen und sonstigen Kunstwerken;

Versicherungs-Agenten;

die nicht landwirtschaftlichen Brennereien;

Vermieter von Zimmern in Bade- oder Brunnenorten

Eisbahnpächter;

die dem Handwerke ähnlichen, bisher aber nicht dazu gerechneten Gewerbe, wie die der Kammerjäger, Barbiere u. s. w.;

Volksanwälte, Rechtskonsulenten und dergleichen;

Naturärzte und Heilgehilfen;

das gewerbsmäßige Verleihen von Dreschmaschinen, Dampfpflügen und anderen Gegenständen;

Wasch- und Plättanstalten, Fenster- und Teppich-Reinigungsanstalten, auch wenn sie nicht fabrikmäßig betrieben werden.

Es werden also, um es nochmals zu wiederholen, alle Gewerbe von der Besteuerung getroffen, welche nicht allgemein oder ausdrücklich in diesem Gesetz von der Besteuerung ausgenommen sind. Vorausgesetzt wird aber stets eine gewerbsmäßige Veranstaltung, also eine solche, welche entgeltlich und berufsmäßig betrieben wird. Der Begriff des „Gewerbebetriebes" ist von dem Oberverwaltungs-Gericht erläutert worden als „jede mit der Absicht der Gewinnerzielung unternommene, berufsmäßige Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehre." Steuerpflichtig sind z. B. auch der Betrieb der Posthalterei, der des Schornsteinfeger-Gewerbes, Makler, Lotsen, die Ausübung des Fährbetriebes. Von den Versicherungs-Agenten unterliegen jedoch der Gewerbesteuer nur diejenigen, welche die Vermittelung von Versicherung als selbständiges Gewerbe betreiben. Steuerpflichtig sind daher die Spezial-Agenten, welche für die Gesellschaft im Publikum werben und die Aufträge des Publikums entgegennehmen. Dagegen erscheinen diejenigen General-Agenten, welche die Gesellschaft in einem bestimmten Bezirke vertreten, die den Spezial-Agenten zugegangenen Aufträge entgegennehmen und den Abschluß der Verträge bewirken, insoweit nicht als Gewerbetreibende, sondern als nicht selbständige Beamte der

Gesellschaft. General-Agenten sind daher nicht der Gewerbesteuer unterworfen.

Die Lotterie-Einnehmer sind als solche nicht Gewerbetreibende. Steuerpflichtig ist der Verlag oder die Herausgabe, nicht aber die hiervon getrennte Redaktion einer Zeitung. Dagegen kann die Nutzung des Grundbesitzes durch Vermietung, die an sich keinen Gewerbebetrieb darstellt, unter besonderen Umständen den Charakter eines solchen annehmen. Die längere Fortsetzung oder regelmäßige Wiederholung der Vermietung möblierter Zimmer oder Wohnungen ist ein steuerpflichtiger Gewerbebetrieb, ohne Rücksicht darauf, ob dieser Erwerbszweig die Mittel zum Lebensunterhalte oder nur Nebeneinnahmen gewähren sollen. Dagegen ist der Ankauf bezw. die Erbauung von Häusern zum Zwecke der Vermietung kein steuerpflichtiges Gewerbe, sondern eine freie Nutzung des Grundbesitzes. Bauunternehmer im Sinne dieses Gesetzes ist nur derjenige, welcher gegen Entgelt Bauten für fremde Rechnung unternimmt, niemals der für eigne Rechnung arbeitende Bauherr.

Die Versicherung auf Gegenseitigkeit ist kein Gewerbebetrieb, kann es jedoch unter besonderen Umständen werden.

Nicht steuerpflichtig ist auch ein solcher Betrieb, der nur die Befriedigung des eigenen Bedarfs bezweckt.

Notwendig für den Begriff des steuerpflichtigen Gewerbebetriebes ist die Selbständigkeit des Gewerbetreibenden. Notwendig ist also zunächst der Betrieb auf eigene Rechnung und unter eigener Verantwortlichkeit. Es unterliegen also nicht der Gewerbesteuer das Gesinde, die Haus- und Wirtschafts-Beamten, die Mitglieder des Vorstandes, des Aufsichtsrates, die Direktoren und sonstigen Beamten der Gesellschaften, die Prokuristen, Handlungsgehilfen und die gewerblichen Arbeiter. Außerdem aber ist erforderlich der Bestand des Betriebes als eines selbständigen, in sich abgeschlossenen Unternehmens. Sobald also ein Betrieb nur als Teil eines anderen Gewerbes dient, ist er kein selbständiges Steuerobjekt.

Ferner unterliegen nur erlaubte Betriebe der Gewerbesteuer. Kuppelei, gewerbsmäßiges Glücksspiel und dergl. sind nicht steuerpflichtig.

§ 2. Gewerbliche Unternehmen, welche außerhalb Preußens ihren Sitz haben, aber in Preußen durch Errichtung einer Zweigniederlassung, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstätte oder in sonstiger Weise einen oder mehrere stehende Betriebe unterhalten, sind nach Maßgabe derselben der Gewerbesteuer in Preußen unterworfen. Dieselben sind verpflichtet, auf Erfordern bei der Steuerverwaltung einen in Preußen wohnhaften Vertreter zu bestellen, welcher für die Erfüllung aller dem Inhaber des Unternehmens obliegenden Verpflichtungen solidarisch haftet.

Als stehende Betriebe gelten nicht nur die dem Gewerbe dienenden sichtbaren Anstalten, wie Zweigniederlassungen, Fabrikationsräume, Ein- oder Verkaufsstätten, Speicher, Warenlager, Kontore, sondern auch alle sonstigen Geschäftseinrichtungen, welche sich als Ausübung eines stehenden Gewerbes in Preußen darstellen. Es genügt auch die Ausübung des stehenden Gewerbebetriebes durch dauernd sich zu diesem Zwecke in Preußen aufhaltende Geschäftsteilnehmer, Prokuristen, Agenten oder andere ständige Vertreter, welche entweder in einem Dienstverhältnisse zu dem Inhaber des Gewerbes stehen, oder ohne solches Geschäfte in seinem Namen und für seine Rechnung auf Grund allgemeiner oder besonderer Ermächtigung abschließen. Handlungsreisende gehören jedoch nicht hierher. Ist ein und derselbe stehende Betrieb teils in Preußen, teils in einem anderen Staate belegen, (indem z. B. einzelne Teile derselben Fabrik oder die Fabrik und das zugehörige Kontor sich zum Teil außerhalb Preußens befinden oder umgekehrt) so ist die Gewerbesteuer nach Maßgabe des in Preußen befindlichen Betriebes und des schätzungsweise auf denselben zu rechnenden Anteils des Ertrages bezw. Betriebs- und Anlage-Kapitals zu veranlagen.

So ist z. B. in dem Falle ein selbständiger Gewerbebetrieb angenommen worden, da jemand in Preußen für eine württembergische Firma nach deren Preislisten Aufträge sammelt und diese der Firma zur Ausführung übersendet.

Der Sitz eines Gewerbebetriebes ist der Ort der Geschäftsleitung. Findet ein einheitlicher Gewerbebetrieb an mehreren Orten statt, so ist die Hauptniederlassung maßgebend.

Automatische Verkaufsapparate, welche als besondere Einrichtung für den Absatz von Waren an die Herantretenden gegen Erlegung des festen Preises aufgestellt sind, gelten als Verkaufsstätte.

Der Begriff des Transportgewerbes oder Frachtgeschäfts ist der eines stehenden Gewerbes und beschränkt sich begrifflich nicht nur auf die Fortbewegung von Gütern, sondern erstreckt sich auch auf eine Reihe von vorbereitenden, gleichzeitigen und nachfolgenden Maßnahmen rein thatsächlicher und rechtsgeschäftlicher Natur, wie z. B. Abschluß der Frachtverträge, Einziehung der Frachtgelder u. s. w. Der Betrieb des Frachtgewerbes kann sonach an mehreren Orten gleichzeitig stattfinden. Eine Betriebsstätte ist überall da anzunehmen, wo ein zur selbständigen Erledigung dieser Rechtsgeschäfte ermächtigter Vertreter bestellt ist. Ob der Vertreter in einem dem Gewerbetreibenden gehörenden oder in eigenem Lokale, mit Kräften die jenem oder ihm selbst dienstbar sind, arbeitet, ist unerheblich.

Ebenso sind die Dampferanlegestellen eines Transportunterneh-

mers, welcher den Fährbetrieb unterhält, als Betriebsstätten anzusehen. Ein Frachtführer, welcher Waren von Ort zu Ort befördert, betreibt an jedem dieser Orte, wo er eine ständige Vertretung zur Empfangnahme und Ausführung von Frachtaufträgen hat, ein stehendes Gewerbe.

Auch das Schiffergewerbe ist ein stehendes Gewerbe. Die Frage an welchem Orte dasselbe betrieben wird, ist je nach den thatsächlichen Umständen zu beantworten.

Bei denjenigen Automaten, welche nicht den Verkauf bestimmter Gegenstände, sondern die Darbietung von Leistungen bezwecken, wie z. B. Wiegemesser, Kraftmesser, Mutoskope und dergleichen, bildet jeder Ort, wo sie zur Benutzung aufgestellt sind, eine besondere Betriebsstätte.

Befreiungen.

§ 3. Von der Gewerbesteuer sind befreit:

1. das Deutsche Reich;
2. [1];
3. die landwirtschaftlichen Kreditverbände, sowie die öffentlichen Versicherungsanstalten;
4. die Kommunalverbände wegen folgender von ihnen betriebenen gewerblichen Unternehmungen:
   a) der zu gemeinnützigen Zwecken dienenden Geld- und Kreditanstalten, als Sparkassen, Landesdarlehnskassen, Landeskultur-Rentenbanken, Bezirks- und Provinzial-Hilfs- und Darlehnskassen u. s. w.;
   b) der Kanalisations- und Wasserwerke, letzterer jedoch nur, soweit sich der Betrieb auf den Bezirk der unternehmenden Gemeinde beschränkt;
   c) der Schlachthäuser und Viehhöfe;
   d) der Markthallen;
   e) der Volksbäder;
   f) der Anstalten zur Beleihung von Pfandstücken.

Der Finanzminister ist ermächtigt, auch für andere im öffentlichen Interesse unternommene gewerbliche Betriebe der Kommunalverbände Steuerfreiheit zu gewähren. Solange solche Betriebe ertraglos sind, muß auf Antrag vom Finanzminister die Steuerfreiheit gewährt werden.

Der Finanzminister ist ermächtigt, vorstehende Bestimmungen auch auf Unternehmungen anderer Korporationen, Vereine und Personen, welche nur wohlthätige oder gemeinnützige Zwecke unter Ausschluß eines Gewinnes für die Unternehmer verfolgen (z. B. öffentliche Volksküchen, Kaffeeschänken, Volksbibliotheken und dergleichen), zu erstrecken, und finden dieselben zugleich in betreff der Betriebssteuer (§§ 59 ff.) Anwendung.

Die §§ 3 und 4 sind zum Teil abgeändert durch § 28 des Kommunal-Abgabengesetzes, welcher folgendermaßen lautet:

„Den Gewerbesteuern unterliegen in den Gemeinden, in denen der Betrieb stattfindet:

1. die nach dem Gewerbesteuer-Gesetz vom 24. Juni 1891 zu veranlagenden stehenden Gewerbe;
2. die landwirtschaftlichen Branntweinbrennereien;
3. der Bergbau;

[1]) Ist fortgefallen.

4. die gewerbsmäßige Gewinnung von Bernstein, Ausbeutung von Torfstichen, von Sand-, Kies-, Lehm-, Mergel-, Thon- und dergleichen Gruben, von Stein-, Schiefer-, Kalk-, Kreide- und dergleichen Brüchen;
5. die Gewerbebetriebe kommunaler und anderer öffentlicher Verbände;
6. die Gewerbebetriebe des Staates und der Reichsbank. Diejenigen zu Nr. 2—6 bezeichneten Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 Mk., noch das Anlage- und Betriebs-Kapital 3000 Mk. erreicht, ingleichen die nach § 3 Nr. 4 des Gewerbesteuer-Gesetzes vom 24. Juni 1891 steuerfreien Gewerbebetriebe der Kommunalverbände bleiben von der Gewerbesteuer befreit. Auf die Betriebssteuer findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Der Betrieb der Staatseisenbahn und der der Eisenbahnabgabe unterliegenden Privateisenbahnen ist gewerbesteuerfrei. Der Gewerbebetrieb im Umherziehen ist der Gewerbesteuer in den Gemeinden unterworfen."

Von der Gewerbesteuer sind ferner auf Grund der Ausführungsanweisung des Finanzministers vom 10. April 1892 noch folgende gewerbliche Unternehmungen befreit, welche von Korporationen, Vereinen oder Privatpersonen lediglich zu wohlthätigen oder gemeinnützigen Zwecken betrieben werden, ohne daß der Unternehmer daraus irgend einen Gewinn zieht:

1. öffentliche Volksküchen, Suppenanstalten, Kaffeeschenken und ähnliche Anstalten, welche dazu bestimmt und eingerichtet sind, den unbemittelten Volksklassen unentgeltlich oder gegen billige Vergütung zum sofortigen Genusse zubereitete Speisen oder Getränke — letztere jedoch unter gänzlichem Ausschluß geistiger Getränke — zu liefern;
2. öffentliche Volksbibliotheken, welche dazu bestimmt und eingerichtet sind, den weniger bemittelten Volksklassen unentgeltlich oder gegen billige Vergütung durch leihweise Ueberlassung von Büchern und Schriften einen guten und angemessenen Lesestoff zu bieten;
3. Wohlthätigkeitsbazare, Vorstellungen und Konzerte. Außerdem kann der Finanzminister auch anderen Unternehmungen, welche einen ähnlichen Zweck verfolgen, auf Antrag Steuerfreiheit gewähren.

Städtische Gas- und Lichtanstalten sind nicht steuerfrei wegen ihres vorwiegend privatwirtschaftlichen und gewerblichen Charakters.

Nur soweit der Betrieb dieser städtischen Anstalten lediglich der Fabrikation des Gases für den Stadtbedarf dient, ist er steuerfrei.

§ 4. Der Gewerbesteuer unterliegen nicht:

1. die Land- und Forstwirtschaft, die Viehzucht, die Jagd, die Fischzucht, der Obst- und Weinbau, der Gartenbau — mit Ausnahme der Kunst- und Handelsgärtnerei — einschließlich des Absatzes der selbstgewonnenen Erzeugnisse in rohem Zustande oder nach einer Verarbeitung, welche in dem Bereich des betreffenden Erwerbszweiges liegt.

   Diese Bestimmung findet jedoch keine Anwendung auf diejenigen, welche gewerbsweise Vieh von erkauftem Futter unterhalten, um es zum Verkauf zu mästen oder mit der Milch zu handeln, sowie auf diejenigen, welche die Milch einer Herde, das Obst eines Gartens, den Fischfang in geschlossenen Gewässern und ähnliche Nutzungen abgesondert zum Gewerbebetriebe pachten;

2. bis 4. sind aufgehoben;

5. der Handel außerpreußischer Gewerbetreibender
   a) auf Messen und Jahrmärkten,
   b) mit Verzehrungsgegenständen des Wochenmarktverkehrs auf Wochenmärkten;

6. der Betrieb der Eisenbahnen, welche der Eisenbahnabgabe nach Maßgabe der Gesetze vom 30. Mai 1853 (Gesetz-Samml. S. 449) und vom 16. März 1867 (Gesetz-Samml. S. 465) unterliegen;

7. die Ausübung eines amtlichen Berufes, der Kunst, einer wissenschaftlichen, schriftstellerischen, unterrichtenden oder erziehenden Thätigkeit, insbesondere auch des Berufes als Arzt, als Rechtsanwalt, als vereideter Land- und Feldmesser, sowie als Markscheider.

Es macht keinen Unterschied, ob die genannten Erwerbszweige einzeln für sich oder in Verbindung miteinander ausgeübt werden; ebensowenig, ob die Ausübung auf eigenem oder gepachtetem u. s. w. Grund und Boden geschieht.

Befreit sind selbstgewonnene Erzeugnisse. Bei der Verarbeitung der selbstgewonnenen Erzeugnisse ist die Steuerfreiheit dadurch bedingt, daß sich der Gesamtbetrieb doch nur als Betrieb der Land- und Forstwirtschaft u. s. w. darstellt. Deshalb sind Fabriken und sonstige gewerblichen Anlagen, welche nicht dem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe u. s. w. untergeordnet sind und im Verhältnis zu diesem nur eine nebensächliche Bedeutung haben, sondern regelmäßig auch als selbständige Unternehmungen von anderen, als Land- und Forstwirten u. s. w. des Fabrikationsgewinnes wegen behufs Verarbeitung angekaufter Stoffe betrieben werden, als solche zur Gewerbesteuer auch dann heranzuziehen, wenn die Verarbeitung sich auf selbstgewonnene Erzeugnisse beschränkt. Dies gilt beispielsweise von Zucker-, Stärke-, Konserven-, Krautfabriken, Brennereien, Holzschleifereien, Cellulose-, Papierfabriken, Fournier- und Parkettfußbodenfabriken. Auf den Ort und die Einrichtung des Betriebes kommt es nicht an. Die Steuerfreiheit des Absatzes selbstgewonnener Erzeugnisse erstreckt sich nicht auf die gewerbsmäßige Verabreichung von Getränken und Nahrungs-

mitteln zum Genusse auf der Stelle, vielmehr unterliegen die Schank- und Speisewirtschaften stets der Steuerpflicht.

Der Gartenbau (Blumenzucht, Gemüsebau, Betrieb von Baumschulen) unterliegt schon nach den vorhergehenden Bestimmungen der Steuerpflicht, insofern ein gewerbsmäßiger Zukauf fremder Erzeugnisse des Gartenbaues zum weiteren Vertriebe im rohen Zustande oder nach einer Verarbeitung stattfindet. Die Steuerpflicht trifft aber auch denjenigen Gartenbau, welcher sich auch auf die selbstgewonnenen Erzeugnisse beschränkt, die sog. Handels- und Kunstgärtnerei.

Zu Nr. 5—7 ist noch folgendes hervorzuheben:

Wenn Erzeugnisse der bildenden Kunst vervielfältigt und in den Handel gebracht werden, so tritt die Steuerpflicht ein. Die gewerbsmäßige Verwertung fremder, künstlerischer oder wissenschaftlicher Erzeugnisse oder Leistungen, wie der Handel mit Kunstwerken, die Veranstaltung von Konzerten, Theater- und Cirkus-Vorstellungen, Kunstausstellungen und Schaustellungen jeder Art begründet für den Unternehmer die Steuerpflicht.

Die Steuerfreiheit der Lehrer erstreckt sich auf jede Art der unterrichtenden und erziehenden Thätigkeit in Wissenschaften, Künsten und Fertigkeiten, auch wenn diese Thätigkeit nicht mit einem Amte verbunden ist (selbständige Sprach-, Musik-, Tanz-, Fecht-, Turn-, Schwimmlehrer u. s. w.

Durch die mit der Ausübung einer solchen Thätigkeit verbundene Unterbringung oder Beköstigung von Schülern wird die Steuerfreiheit der Lehrer nicht aufgehoben. Pensionate sind jedoch nur dann steuerfrei, wenn die Erziehung oder Beaufsichtigung den Hauptzweck bilden. Pensionate, für welche dies nicht zutrifft, sind steuerpflichtig.

Die Steuerfreiheit der approbierten Aerzte umfaßt auch die Verabreichung von Heilmitteln und Arzeneien. Wenn aber solche Aerzte Heilmittel oder andere Gegenstände gewerbsmäßig verkaufen, z. B. wenn Zahnärzte Zähne, Zahntinkturen, Bürsten und dergl. an andere als ihre Patienten vertreiben, so unterliegt dieser Erwerbszweig der Steuerpflicht.

Inwieweit die Unterhaltung von Heilanstalten (Privat-, Kranken- oder Irrenanstalten, Sanatorien und dergl.) als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb anzusehen, ist nach den thatsächlichen Umständen des einzelnen Falles zu beurteilen.

Im einzelnen ist noch folgendes zu bemerken:

Der Anbau landwirtschaftlichen Saatgutes ist an sich steuerfrei und wird nur unter besonderen Umständen steuerpflichtig.

Der Fischfang, welcher pachtweise in geschlossenen Gewässern betrieben wird, ist steuerpflichtig, sonst jedoch steuerfrei.

Die Handelsgärtnerei für sich allein ist noch nicht steuerpflichtig, sondern nur der Gesamtbetrieb der Kunst- und Handelsgärtnerei. Wann aber Kunst- und Handelsgärtnerei vorliegt, muß jedesmal nach den Umständen des Falles beurteilt werden. Jedenfalls darf ein Handelsgärtner, der nur eigene Erzeugnisse verkauft, aber nicht zugleich Kunstgärtner ist, zur Besteuerung nicht herangezogen werden, dagegen wird ein Kunstgärtner regelmäßig auch zugleich Handelsgärtner sein. Die Baumschulen gehören zur Kunst- und Handelsgärtnerei, ebenso in der Regel die Zucht von Obstbäumen und Rosen. Im übrigen hat das Oberverwaltungs-Gericht gerade für die Beurteilung der Steuerpflicht von Gärtnern ausführliche Erörterungen angestellt, deren Wiedergabe hier zu weit führen würde.

Auch wenn nur selbstgewonnene Erzeugnisse abgesetzt werden, muß es sich stets um einen landwirtschaftlichen Betrieb handeln, damit Steuerfreiheit eintritt. Aus diesem Grundsatz rechtfertigen sich verschiedene Entscheidungen des Oberverwaltungs-Gerichts. Ein Holzhändler, welcher einen Forst zum Zwecke des Abtriebes angekauft hat, ist deshalb noch nicht Forstwirt, und selbst dann steuerpflichtig, wenn er auch nur selbstgewonnenes Holz verkauft.

Ein Landwirt, welcher Speisen und Getränke, die aus selbstgewonnenen Erzeugnissen zubereitet sind, gewerbsmäßig zum Genuß auf der Stelle verabreicht, betreibt mit diesem Erwerbszweige nicht Landwirtschaft, sondern steuerpflichtige Schank- und Speisewirtschaft.

Ein Gutsbesitzer, welcher fabrikmäßig selbstgewonnene Erzeugnisse zu feineren Handelswaren verarbeitet, ist insoweit nicht Landwirt, sondern Fabrikant. Das gewerbsmäßig betriebene Einschlachten von Vieh, das Pökeln und Räuchern des Fleisches für den Verkauf liegt nicht im Bereiche der Landwirtschaft bezw. der Viehzucht.

Der mit eigener Wasserkraft stattfindende Betrieb einer Bretschneidemühle, welche zur Verarbeitung der in einem Forstwirtschaftsbetriebe gewonnenen Hölzer bestimmt ist, gehört zur Forstwirtschaft und ist steuerfrei.

Die Kleinbahnen sind steuerfrei.

Bei einzelnen Betrieben wie z. B. in der Glasmalerei und in der Architektur, kann es zweifelhaft sein, ob hier nur die steuerfreie Ausübung der Kunst oder ein steuerpflichtiges Gewerbe vorliegt. Die Beurteilung richtet sich nach den Umständen des Falles; je nachdem der gewerbliche Charakter überwiegt, liegt Steuerpflicht vor oder nicht.

Steuerfrei sind die Hebammen.

Steuerfrei sind ferner die Gerichtsvollzieher und die gerichtlichen Auktionskommissarien, welche sich auf die Abhaltung gerichtlicher Auktionen beschränken.

§ 5. Der Gewerbesteuer sind ferner nicht unterworfen: Vereine, eingetragene Genossenschaften und Korporationen, welche nur die eigenen Bedürfnisse ihrer Mitglieder an Geld, Lebensmitteln und anderen Gegenständen zu beschaffen bezwecken, wenn sie satzungsgemäß und thatsächlich ihren Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken und keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinne angesammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen.

Konsumvereine mit offenem Laden unterliegen der Besteuerung; ebenso unter derselben Voraussetzung Konsumanstalten, welche von gewerblichen Unternehmern im Nebenbetriebe unterhalten werden.

Molkereigenossenschaften, Winzervereine und andere Vereinigungen zur Bearbeitung und Verwertung der selbstgewonnenen Erzeugnisse der Teilnehmer unterliegen der Gewerbesteuer nur unter denselben Voraussetzungen, unter welchen auch der gleiche Geschäftsbetrieb des einzelnen Mitgliedes hinsichtlich seiner selbstgewonnenen Erzeugnisse der Gewerbesteuer unterworfen ist.

Die Voraussetzungen für die Steuerfreiheit der Vereine, Genossenschaften und Korporationen sind also dreifacher Art; sie müssen:

1. ihren Verkehr auf ihre Mitglieder beschränken;
2. keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen;
3. durch ihre Satzungen eine Verteilung des aus dem Gewinne angesammelten Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen.

Eine Ausdehnung des Verkehrs über den Kreis der Mitglieder hinaus ist nicht schon dann anzunehmen, wenn der Verein mit Nichtmitgliedern überhaupt in Geschäftsverkehr tritt, sondern erst dann, wenn der Verein Nichtmitglieder an denjenigen Zwecken teilnehmen läßt, zu deren Erreichung er gebildet worden ist.

Selbst wenn jedoch diese Voraussetzungen zutreffen, unterliegen doch Konsumvereine mit offenem Laden unbedingt der Besteuerung. Als offener Laden ist nicht nur ein solches Geschäft anzusehen, welches mit Warenauslagen, Schaufenstern und dergl. versehen ist, sondern überhaupt jedes Lokal, welches zum Verkaufe von vorhandenen Warenvorräten im Kleinverkehr an das Publikum dient.

Steuerklassen.

§ 6. Die Besteuerung erfolgt in vier Gewerbesteuerklassen.

In Klasse I sind diejenigen Betriebe zu besteuern, deren jährlicher Ertrag 50000 Mark oder mehr, oder bei denen der Wert des Anlage- und Betriebskapitals 1000000 Mark oder mehr beträgt.

Die Gewerbesteuerklasse II umfaßt die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 20000 bis ausschließlich 50000 Mark, oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale im Werte von 150000 bis ausschließlich 1000000 Mark.

Zur Gewerbesteuerklasse III gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 4000 bis ausschließlich 20000 Mark, oder

mit einem Anlage- und Betriebskapitale im Werte von 30000 bis ausschließlich 150000 Mark.

Zur Gewerbesteuerklasse IV gehören die Betriebe mit einem jährlichen Ertrage von 1500 bis einschließlich 4000 Mark, oder mit einem Anlage- und Betriebskapitale von 3000 bis ausschließlich 30000 Mark.

---

§ 7. Betriebe, bei denen weder der jährliche Ertrag 1500 Mark noch das Anlage- und Betriebskapital 3000 Mark erreicht, bleiben von der Gewerbesteuer befreit.

Auf die Betriebssteuer (§§ 59 ff. dieses Gesetzes) findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§ 8. Betriebe, deren Zugehörigkeit zu einer der Steuerklassen I, II, III lediglich durch die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals besorgt ist, sind auf Antrag des Steuerpflichtigen in die dem Ertrage entsprechende Steuerklasse zu versetzen, wenn der erzielte Vertrag nachweislich zwei Jahre lang die Höhe von 30000 Mark in Klasse I, 15000 Mark in Klasse II und von 3000 Mark in Klasse III nicht erreicht hat.

Auf Konsumvereine und Konsumanstalten, welche nach § 5 gewerbesteuerpflichtig sind, findet diese Bestimmung keine Anwendung.

Veranlagung in Klasse I.

§ 9. Die Steuer ist in Klasse I von jedem Gewerbebetriebe mit einem vom Hundert des jährlichen Ertrages mit der Maßgabe zu entrichten, daß bei einem Ertrage von 50000 bis 54800 Mark (ausschließlich) die Steuer = 524 Mark beträgt, und für die höheren, in Stufen von je 4800 Mark steigenden Erträge die Steuersätze in Stufen von je 48 Mark steigen. Für Erträge unter 50000 Mark können geringere Steuersätze als 524 Mark, jedoch nicht unter 300 Mark unter Beachtung der Vorschrift im letzten Absatze des § 14 angesetzt werden.

---

§ 10. Veranlagungsbezirke für die Klasse I sind die einzelnen Provinzen und die Stadt Berlin. Die Veranlagung erfolgt durch den für jeden Veranlagungsbezirk zu bildenden Steuerausschuß, dessen Mitgliederzahl vom Finanzminister zu bestimmen ist, jedoch wenigstens aus sechs Personen bestehen muß. Zwei Drittel derselben werden für drei Jahre von dem Provinzialausschusse, in Berlin vom Magistrate und der Stadtverordnetenversammlung in gemeinschaftlicher Sitzung aus den Gewerbetreibenden des Bezirks gewählt. Ein Drittel der Mitglieder und den Vorsitzenden des Steuerausschusses ernennt der Finanzminister.

Der Vorsitzende und die ernannten Mitglieder können den Steuerausschüssen mehrerer Provinzen angehören.

Veranlagung in Klasse II bis IV.

§ 11. Veranlagungsbezirke bilden
für Klasse II die Regierungsbezirke,
für Klassen III und IV die Kreise.

Die Stadt Berlin bildet für jede Klasse einen Veranlagungsbezirk.

---

§ 12. Durch Bestimmung des Finanzministers können innerhalb der Provinz für Klasse I, des Regierungsbezirks für Klasse II und des Kreises für die Klassen III und IV, sowie innerhalb der Stadt Berlin für jede Klasse mehrere Veranlagungsbezirke gebildet werden. In gleicher Weise können für die Klassen III und IV mehrere Kreise zu einem Veranlagungsbezirke vereinigt werden.

Im Gegensatz zu der bisherigen Gewerbesteuer-Einrichtung ist der Umsatz und Betriebsumfang, sowie das Vorhandensein gewisser äußerer Merkmale (Zahl der Pferde, Tragfähigkeit der Schiffe) nicht mehr von entscheidender Bedeutung für die Bildung der Klasse oder für die Bemessung des Steuersatzes. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß solche

äußeren Merkmale einen Anhalt für die Schätzung des Ertrages gewähren. Das entscheidende Moment, wonach die Klassen gebildet sind, ist zunächst die Höhe des Ertrages oder aber die Höhe des Anlage- und Betriebs-Kapitals.

Die Versetzung in eine andere Klasse erfolgt nur dann, wenn der Steuerpflichtige sie beantragt. Bestimmte Formen oder Fristen sind für diesen Antrag nicht vorgesehen.

Steuergesellschaften.

§ 13. Die Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks werden in jeder der Klassen II bis IV zu einer Steuergesellschaft vereinigt, welche für das Veranlagungsjahr die Summe der für jeden Betrieb in Ansatz kommenden Mittelsätze — abzüglich beziehungsweise zusätzlich des durch Entscheidungen über eingelegte Rechtsmittel (§§ 35 ff.) verursachten Zubeziehungsweise Abgangs gegen die Veranlagung des Vorjahres — aufzubringen hat. Die aufzubringende Steuersumme wird auf den durch die zulässigen Steuersätze darstellbaren Betrag abgerundet.

Steuersätze.

§ 14. Die Mittelsätze betragen:

in Klasse II	300	Mark,
in Klasse III	80	„
in Klasse IV	16	„

Die bei der Steuerverteilung zulässigen geringsten und höchsten Steuersätze betragen:

in Klasse II . .	156	bis 480	Mark,
in Klasse III . .	32	bis 192	Mark,
in Klasse IV . .	4	bis 36	„

Die Steuersätze sollen bis zu 40 Mark um je 4 Mark, von da ab bis 96 Mark um je 8 Mark, weiter bis 192 Mark um je 12 Mark und weiter bis zu 480 Mark um je 36 Mark steigend abgestuft werden.

Steuerausschüsse.

§ 15. 1. Behufs Veranlagung der Gewerbesteuer der Klassen II, III und IV wird für jede Klasse und jeden Bezirk (§§ 6, 11 und 12) ein Steuerausschuß gebildet, welcher aus einem Kommissar der Bezirksregierung als Vorsitzenden und von den Steuerpflichtigen der betreffenden Klasse (Steuergesellschaft) aus ihrer Mitte für drei Jahre gewählten Abgeordneten besteht.

Letztere, deren Anzahl vom Finanzminister bestimmt wird, haben die Steuersumme nach ihrer Kenntnis oder Schätzung des Ertragsverhältnisses unter die einzelnen Mitglieder der Steuergesellschaft zu verteilen. Dem Kommissar der Regierung steht die Befugnis zu, hierbei den Vorsitz zu übernehmen; er hat jedoch nur im Falle der Gleichheit der Stimmen der Abgeordneten ein Stimmrecht.

2. Mit Ausnahme derjenigen Betriebe, welche bei geringerem als dem für die betreffende Klasse maßgebenden Ertrage (§ 6) wegen der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals der Steuergesellschaft zugehören, soll die Steuer der einzelnen Gewerbebetriebe den für Klasse I vorgeschriebenen Prozentsatz des Ertrages unter Berücksichtigung der zulässigen Steuersätze (§ 14) nicht übersteigen.

Ermäßigung bis auf den diesem Prozentsatz entsprechenden Steuersatz kann von den Steuerpflichtigen im Wege des Einspruchs und der Berufung (§§ 35 ff.) beansprucht werden.

3. Sollte die Steuersumme einer Gesellschaft bei vorschriftsmäßiger Steuerverteilung nicht aufgebracht werden können, ohne die Gewerbebetriebe, deren Ertrag die für die betreffende Klasse maßgebende Höhe erreicht (§ 6), mit Steuersätzen zu belegen, welche das vorstehend (Nr. 2) be-

stimmte Maß übersteigen, so hat der Finanzminister die erforderliche Herabsetzung der Steuersumme zu verfügen.

§ 16. Die erstmaligen Wahlen nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes werden für Klasse II von den Steuerpflichtigen der bisherigen Klasse A I bewirkt, für Klasse III von den übrigen Steuerpflichtigen, deren bisheriger Gewerbesteuersatz 36 Mark oder mehr beträgt, für Klasse IV von den Steuerpflichtigen mit einem bisherigen Steuersatze von weniger als 36 Mark nach Ausscheidung derjenigen, deren Befreiung von der Gewerbesteuer auf Grund des § 7 nach der Feststellung der bisherigen Veranlagungsbehörde keinem Zweifel unterliegt.

Ort der Veranlagung und Veranlagungsgrundsätze.

§ 17. Mehrere Betriebe derselben Person werden als ein steuerpflichtiges Gewerbe zur Steuer veranlagt. Die auf Grund des § 5 steuerpflichtigen Konsumanstalten gewerblicher Unternehmer sind jedoch von den sonstigen Betrieben der Unternehmer getrennt zur Steuer heranzuziehen.

Die Versteuerung erfolgt in dem Veranlagungsbezirke, in welchem das Gewerbe betrieben wird.

Findet der Betrieb in mehreren Veranlagungsbezirken statt, so erfolgt die Besteuerung in dem Bezirke, in welchem die Geschäftsleitung des Unternehmens ihren Sitz oder der in § 2 Absatz 2 erwähnte Vertreter seinen Wohnsitz hat.

Dasselbe gilt, wenn mehrere Gewerbe von derselben Person betrieben werden.

Erforderlichenfalls bestimmt der Finanzminister endgültig den Veranlagungsbezirk, in welchem die Besteuerung stattzufinden hat.

§ 18. Gewerbe, welche von mehreren Personen gemeinschaftlich betrieben werden, sind ebenso zu besteuern, als wenn sie nur von einer Person betrieben würden.

Für die Erfüllung der nach diesem Gesetz den Steuerpflichtigen obliegenden Verpflichtungen haften die Teilnehmer (Gesellschafter) solidarisch.

§ 19. Der Gewerbebetrieb der juristischen Personen und Vereine wird wie derjenige physischer Personen besteuert.

Für die Erfüllung der nach diesem Gesetz den Steuerpflichtigen obliegenden Verpflichtungen haftet bei Aktiengesellschaften und sonstigen durch einen Vorstand vertretenen Gesellschaften, Genossenschaften u. s. w. und bei juristischen Personen der Vorsitzende und jedes Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, bei Kommanditgesellschaften auf Aktien die persönlich haftenden Gesellschafter.

Die Erfüllung der Verpflichtung seitens eines der dafür Haftenden befreit die übrigen von ihrer Verbindlichkeit.

§ 20. Betreibt die Ehefrau eines Gewerbetreibenden, welche nicht dauernd von demselben getrennt lebt, ein eigenes Gewerbe, so ist der Ertrag beziehungsweise das Anlage- und Betriebskapital dieses Gewerbes demjenigen des Ehemannes zuzurechnen und findet eine gesonderte Besteuerung des ersteren nicht statt.

§ 21. Bei inländischen Gewerben, welche außerhalb Preußens einen stehenden Betrieb durch Errichtung einer Zweigniederlassung, Fabrikations-, Ein- oder Verkaufsstätte oder in sonstiger Weise unterhalten, bleibt derjenige Betrag des Ertrages beziehungsweise des Anlage- und Betriebskapitals, welcher auf den in anderen Bundesstaaten unterhaltenen Betrieb entfällt, für die Besteuerung außer Ansatz, jedoch nach Abzug des auf die in Preußen befindliche Geschäftsleitung zu rechnenden Anteils von einem Zehntel des Ertrages, soweit nicht das Reichsgesetz wegen Beseitigung der Doppelbesteuerung vom 13. Mai 1870 (Bundes-Gesetzbl. S. 119) entgegensteht.

§ 22. Bei Ausmittelung des Ertrages kommen alle Betriebskosten und die Abschreibungen, welche einer angemessenen Berücksichtigung der Wertsverminderung entsprechen, in Abzug. Insbesondere kann auch die Wertsverminderung derjenigen Gegenstände, welche aus dem Betriebe ausscheiden, nach Maßgabe ihres Buchwertes abgeschrieben werden. Dem Ertrage zuzurechnen sind die aus den Betriebsen-

nahmen bestrittenen Ausgaben für Verbesserungen und Geschäftserweiterungen, sowie für den Unterhalt des Gewerbetreibenden und seiner Angehörigen. Nicht abzugsfähig sind Zinsen für das Anlage- und Betriebskapital, dasselbe mag dem Gewerbetreibenden selbst oder Dritten gehören und für Schulden, welche behufs Anlage oder Erweiterung des Geschäfts, Verstärkung des Betriebskapitals oder zu sonstigen Verbesserungen aufgenommen sind.

Der der Besteuerung zu Grunde zu legende Ertrag wird gefunden durch Abzug der Betriebskosten und Abschreibungen von der gesamten Betriebseinnahme, der sog. „Roheinnahme".

Zur Roheinnahme gehören insbesondere:

1. Provisionen für geschäftliche oder gewerbliche Leistungen, Zinsen und sonstige Gegenleistungen;
2. der erzielte Preis für alle verkauften Waren und Erzeugnisse, nicht nur die bar bezahlten;
3. der Geldwert derjenigen aus dem Betriebe unternommenen Erzeugnisse und Waren, welche zum Gebrauch oder Verbrauch des Steuerpflichtigen, seiner Angehörigen, Dienstboten und sonstigen Genossen dienen.

Der Begriff der Betriebskosten ist bereits in dem Einkommensteuer-Gesetz erläutert.

Von der Roheinnahme gehen gewisse Abschreibungen ab für Abnutzung von Gebäuden, Maschinen und Geräten, für unsichere Forderungen und dergl.

§ 23. Das Anlage- und Betriebskapital umfaßt sämtliche dem betreffenden Gewerbebetriebe dauernd gewidmeten Werte.

---

§ 24. Die Veranlagung der Gewerbesteuer erfolgt für jedes Steuerjahr.

Für die Steuerveranlagung maßgebend ist der Ertrag des bei Vornahme derselben abgelaufenen Jahres, beziehungsweise das Anlage- und Betriebskapital nach seinem mittleren Stande im abgelaufenen Jahre.

Besteht der Gewerbebetrieb noch nicht ein Jahr lang, so ist der Ertrag und das Betriebskapital nach dem zur Zeit der Veranlagung vorliegenden Anhalt zu schätzen.

Während des Steuerjahres eintretende Aenderungen sind erst bei der Besteuerung für das folgende Jahr zu berücksichtigen.

Befugnisse des Steuerausschusses beziehungsweise des Vorsitzenden.

§ 25. Der Vorsitzende des Steuerausschusses, welcher zugleich das Interesse des Staates vertritt, hat die Geschäfte des Steuerausschusses vorzubereiten, zu leiten und dessen Beschlüsse auszuführen.

Zum Zwecke der richtigen Veranlagung der Steuerpflichtigen hat er die erforderlichen Nachrichten über ihren Gewerbebetrieb einzuziehen.

Hierbei kann er sich nach seinem Ermessen der Mitwirkung der Gemeinde- (Guts-) vorstände und der Verwaltungsbehörden bedienen, welche seinen Aufforderungen Folge zu leisten schuldig sind.

Der Vorsitzende kann den Steuerpflichtigen auf Antrag oder von Amtswegen Gelegenheit zur persönlichen Verhandlung über die für die Veranlagung erheblichen Thatsachen und Verhältnisse gewähren, auch eine Besichtigung der gewerblichen Anlagen, Betriebsstätten und Vorräte während der Arbeitsstunden veranlassen.

Sämtliche Staats- und Kommunalbehörden haben dem Vorsitzenden die Ein-

sicht aller, die Gewerbsverhältnisse der Steuerpflichtigen betreffenden Bücher, Akten, Urkunden u. s. w. zu gestatten, sofern nicht besondere gesetzliche Bestimmungen oder dienstliche Rücksichten entgegenstehen.

§ 26. Der Steuerausschuß ist berechtigt, Sachverständige und Auskunftspersonen zu vernehmen, nötigenfalls auch dieselben zu beeidigen oder deren eidliche Vernehmung zu veranlassen.

Dieselben können die Auskunfterteilung auf die ihnen vorgelegten Fragen nur aus den nach Bestimmung der Civilprozeßordnung zur Verweigerung des Zeugnisses berechtigenden Gründen ablehnen. Personen, welche bei dem Steuerpflichtigen bedienstet sind oder waren, bleiben von der Vernehmung ausgeschlossen, insofern der Steuerpflichtige damit nicht einverstanden ist.

§ 27. Eine Vorlegung der Geschäftsbücher des Gewerbetreibenden findet nur statt, wenn dieser selbst dazu bereit ist.

Zur Offenbarung von Geschäftsgeheimnissen ist der Gewerbetreibende in keinem Falle verpflichtet.

Mit der Besichtigung der Anlagen, Betriebsstätten und Vorräte (§ 25 Absatz 4) können ohne Zustimmung des Gewerbetreibenden andere Personen als Staatsbeamte nicht beauftragt werden.

Besondere Verpflichtung der Aktiengesellschaften.

§ 28. Juristische Personen, Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften und alle zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichteten gewerblichen Unternehmungen sind verpflichtet, ihre Geschäftsberichte und Jahresabschlüsse, sowie darauf bezügliche Beschlüsse der Generalversammlungen nach den näheren Bestimmungen des Finanzministers alljährlich der Bezirksregierung einzureichen.

Namentliche Nachweisungen für die Klasse II bis IV.

§ 29. Die der Veranlagung zu Grunde zu legende namentliche Nachweisung der Steuerpflichtigen wird für die Klassen II, III und IV durch die Steuerausschüsse festgestellt. Dem Vorsitzenden steht das Recht der Berufung an die Bezirksregierung zu. Er hat von der Ausübung dieses Rechts dem Steuerausschusse Mitteilung zu machen, auch dessen Erklärung darüber zu erfordern und der Berufungsschrift beizufügen.

Gegen die Entscheidung der Bezirksregierung steht nur dem Steuerausschusse binnen zehntägiger Ausschlußfrist nach erfolgter Mitteilung an die Mitglieder die Beschwerde an den Finanzminister zu.

Berufungsrecht des Vorsitzenden in Klasse I.

§ 30. Gegen die Veranlagungsbeschlüsse des Steuerausschusses der Klasse I steht dem Vorsitzenden die Berufung an die Bezirksregierung am Sitz des Steuerausschusses zu. Dem Steuerausschuß ist davon Mitteilung zu machen und Gelegenheit zu geben, den angefochtenen Beschluß zu begründen.

Gewerbesteuerrolle.

§ 31. Die aus den Steuerlisten der einzelnen Steuerklassen zusammenzustellenden Gewerbesteuerrollen für die Erhebungsbezirke werden von der Bezirksregierung festgesetzt.[1]) Dieselbe ist befugt Rechnungsfehler zu berichtigen. Die Gewerbesteuerrolle ist zur Einsicht der Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirkes während einer Woche öffentlich auszulegen. Diese Auslegung ist eine Woche vorher bekannt zu machen.

[1]) Eine Mitwirkung der Bezirksregierung findet jetzt nicht mehr statt.

Benachrichtigung des Steuerpflichtigen.

§ 32. Das Ergebnis der Veranlagung hat der Vorsitzende des Steuerausschusses jedem Steuerpflichtigen mittelst einer, zugleich eine Belehrung über die Rechtsmittel enthaltenden Zuschrift bekannt zu machen.

Auf die von dem Vorsitzenden des Steuerausschusses zu bewirkenden Zustellungen an Steuerpflichtige finden die Bestimmungen im § 53 des Einkommensteuergesetzes Anwendung.

Begrenzung der Steuerpflicht.

§ 33. Die Steuerpflicht beginnt mit dem Anfange des auf die Eröffnung des Betriebes folgenden Kalendervierteljahres und dauert bis zum Ende desjenigen Kalendervierteljahres, in welchem das Gewerbe abgemeldet wird. Erfolgt die Abmeldung in demselben Vierteljahr, in welchem der Betrieb begann, so ist der Gewerbetreibende für ein Vierteljahr steuerpflichtig. Zeitweilige durch die Natur des Gewerbes bedingte Unterbrechung befreit nicht von der Steuerverpflichtung für die Zwischenzeit bis zur Wiederaufnahme des Betriebes im Laufe desselben oder des nächstfolgenden Jahres.

Zugang im Laufe des Jahres.

§ 34. Gewerbetreibende, welche nach Beginn der jährlichen Veranlagung einen Betrieb anfangen, sind durch den Vorsitzenden des Steuerausschusses der Klasse IV nach der Höhe des mutmaßlichen Ertrages beziehungsweise Anlage- und Betriebskapitals der entsprechenden Steuerklasse zuzuweisen. Dieselben werden in Klasse II bis IV mit dem Mittelsatze (§ 14), in Klasse I, vorbehaltlich der Feststellung des Steuersatzes durch den Steuerausschuß bei dem Zusammentreten desselben, vorläufig mit dem vom Vorsitzenden bestimmten Steuersatze in Zugang gestellt.

Die Feststellung durch den Steuerausschuß der Klasse I hat — auch wenn sie erst im nächstfolgenden Steuerjahre stattfindet — die Wirkung, daß der Steuerpflichtige zur Nachentrichtung des infolge der vorläufigen Bestimmung des Steuersatzes durch den Vorsitzenden zu wenig Gezahlten verbunden ist und ein zuviel gezahlter Betrag erstattet wird.

Die Bekanntmachung an den Steuerpflichtigen erfolgt nach Vorschrift des § 32.

Den Steuerpflichtigen der Klasse I stehen gegen die Festsetzung des Steuerausschusses die Rechtsmittel nach Maßgabe der §§ 35 ff. offen. Die Steuerpflichtigen der Klasse II, III, IV können dieselben Rechtsmittel nur wegen vermeintlich unrichtiger Bestimmung der Steuerklasse einlegen.

Rechtsmittel.

§ 35. Gegen das Ergebnis der Veranlagung steht dem Steuerpflichtigen das Rechtsmittel des Einspruchs bei dem Steuerausschusse zu. Dasselbe ist bei dem Vorsitzenden des Ausschusses binnen einer Ausschlußfrist von 4 Wochen einzulegen, welche von dem auf die Zustellung der Steuerzuschrift (§§ 32 und 34) folgenden Tage ab läuft.

§ 36. Gegen die Entscheidung des Steuerausschusses über den Einspruch steht sowohl dem Vorsitzenden als dem Steuerpflichtigen binnen der im § 35 bestimmten Ausschlußfrist das Rechtsmittel der Berufung an die Bezirksregierung (§§ 29 und 30) zu. Der Steuerpflichtige hat das Rechtsmittel beim Vorsitzenden des Steuerausschusses einzulegen.

Für den Vorsitzenden läuft diese Frist vom Tage der Entscheidung.

Das Anlage- und Betriebs-Kapital umfaßt alle geldwerten Sachen und Rechte, welche dem Gewerbe dauernd gewidmet sind. Hierher gehören insbesondere:

1. die dem Gewerbe dienenden Grundstücke, Gebäude, bauliche Anlagen, Wasserkräfte, Maschinen, Gerätschaften, Werkzeuge, Tiere, Futtervorräte, Vorräte an fertigen Waren, Roh- und Hilfsstoffen;
2. die Vorräte an Geld, Gold und Silber, Papiergeld, Banknoten, Wechseln, Schuldscheinen und sonstigen Wertpapieren, die aus dem Gewerbebetrieb herrührenden Außenstände, einschließlich der laufenden Guthaben;
3. Gewerbeberechtigungen und Rechte auf Gebrauch und Nutzung fremder Grundstücke und dergl.

Die Steuerpflicht beginnt mit dem Anfange des auf die Betriebseröffnung folgenden Kalendervierteljahres. Ein Gewerbe, das am 1. April begonnen ist, wird am 1. Juli steuerpflichtig. Das nach § 35 zulässige Rechtsmittel des Einspruches ist an eine Frist von 4 Wochen gleich 28 Tagen gebunden; 4 Wochen sind nicht etwa gleich einem Monat.

§ 37. Gegen die Entscheidung über die Berufung steht dem Steuerpflichtigen die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu, welche innerhalb der im § 35 bestimmten Ausschlußfrist bei der Bezirksregierung (§§ 29 und 30) einzulegen ist, und nur darauf gestützt werden kann:

1. daß die angefochtene Entscheidung auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts, insbesondere auch der von den Behörden innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verordnungen beruhe;
2. daß das Verfahren an wesentlichen Mängeln leide.

In der Beschwerde ist anzugeben, worin die behauptete Nichtanwendung oder unrichtige Anwendung des bestehenden Rechts, oder worin die behaupteten Mängel des Verfahrens gefunden werden.

Die Bestimmungen in §§ 45 bis 49 des Einkommensteuergesetzes finden sinngemäße Anwendung.

Verteilung des Steuersatzes auf mehrere Kommunalbezirke.

§ 38. Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Kommunalbezirke und wird für die Zwecke der kommunalen Besteuerung oder kommunaler Wahlen die Zerlegung des Steuersatzes in die auf die einzelnen Betriebsorte entfallenden Teilbeträge erforderlich, so ist diese von dem veranlagenden Steuerausschusse zu bewirken.

Der Beschluß ist sowohl den beteiligten Kommunen als dem Steuerpflichtigen zuzustellen.

Denselben steht binnen einer Ausschlußfrist von vier Wochen die Berufung an die Bezirksregierung (§ 29 und § 30) und gegen die Berufungsentscheidung in gleicher Frist die Beschwerde an das Oberverwaltungsgericht zu.

Steuererhebung.

§ 39.[1])

§ 40. Die Zahlung der veranlagten Steuer wird durch die Einlegung von Rechtsmitteln nicht aufgehalten, muß vielmehr, mit Vorbehalt späterer Erstattung, in den vorgeschriebenen Fristen erfolgen.

[1]) Die Hebeperioden setzt jetzt § 66 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 fest (abgedruckt im Band II).

§ 41. Wird ein Gewerbebetrieb von einer anderen Person unverändert fortgesetzt (z. B. im Falle der Vererbung, Verpachtung, Veräußerung), so ist die veranlagte Steuer bis zum Ablauf des Steuerjahres fortzuentrichten, und findet nur eine Umschreibung des Namens statt.

Der Verpächter eines Gewerbes haftet für die Jahressteuer solidarisch mit dem Pächter desselben.

§ 42. Bei Verlegung des Betriebsortes oder des Sitzes der Geschäftsleitung, beziehungsweise des Wohnortes des Gewerbetreibenden tritt die erforderliche Uebertragung der Steuer für den Rest des Jahres ohne neue Veranlagung ein.

§ 43. Im übrigen wird das Verfahren bei Zu- und Abgängen durch Bestimmung des Finanzministers geregelt.

Ermäßigung im Laufe des Steuerjahres.

§ 44. Wird ein Betrieb durch Tod oder Krankheit des Inhabers, Brandunglück, Ueberschwemmung oder sonstige Ereignisse wesentlich geschädigt, so kann die Steuer für die folgenden Vierteljahre ermäßigt oder erlassen werden.[1])

§ 45. Veranlagte Gewerbesteuerbeträge können in einzelnen Fällen niedergeschlagen werden, wenn deren zwangsweise Beitreibung die Steuerpflichtigen in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährden, oder wenn das Beitreibungsverfahren voraussichtlich ohne Erfolg sein würde.

Bildung und Geschäftsführung der Steuerausschüsse.

§ 46. Die Wahl der Mitglieder der Steuerausschüsse und einer gleichen Anzahl Vertreter findet alle drei Jahre statt. Die Wahlen erfolgen nach relativer Stimmenmehrheit. Das Wahlverfahren wird für die Steuerklassen II bis IV durch Bestimmung des Finanzministers geregelt.

§ 47. Wählbar sind nur solche männliche Mitglieder der betreffenden Klasse, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Von mehreren Inhabern eines Geschäfts ist nur einer wählbar und zur Ausübung der Wahlbefugnis zu verstatten. Aktien- und ähnliche Gesellschaften üben die Wahlbefugnis durch einen von dem geschäftsführenden Vorstande zu bezeichnenden Beauftragten aus; wählbar ist von den Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes nur eines. Minderjährige und Frauen können die Wahlbefugnis durch Bevollmächtigte ausüben, wählbar sind letztere nicht.

Niemand darf mehr als eine Stimme abgeben; die Uebertragung des Stimmrechts ist unzulässig. Die Wahl darf nur aus den im § 8 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 (Gesetz-Samml. S. 661) angegebenen Gründen abgelehnt werden. Ueber die Zulässigkeit der Ablehnung entscheidet der Vorsitzende des Steuerausschusses.

§ 48. Wird die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter seitens einer Steuergesellschaft verweigert oder nicht ordnungsmäßig bewirkt, oder verweigern die Gewählten die ordnungsmäßige Mitwirkung, so gehen die dem Steuerausschusse zustehenden Befugnisse für das betreffende Steuerjahr auf den Vorsitzenden über.

§ 49. Die Mitglieder der Steuerausschüsse und deren Stellvertreter haben dem Vorsitzenden mittels Handschlags an Eidesstatt zu geloben, daß sie bei den Ausschußverhandlungen ohne Ansehen der Person, nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Verhandlungen, sowie die hierbei zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen strengstens geheim gehalten werden.

Das gleiche Gelöbnis haben vor einem Kommissar der Bezirksregierung diejenigen Vorsitzenden abzulegen, welche nicht schon als Beamte beeidigt sind.

Die bei der Steuerveranlagung betei-

[1]) Die Entscheidung steht jetzt den Gemeinden zu (§ 11 Abs. 2 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern, siehe Bd. II).

ligten Beamten sind zur Geheimhaltung der Ausschußverhandlungen sowie der zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen kraft des von ihnen geleisteten Amtseides verpflichtet.

---

§ 50. Solange über die Veranlagung oder den Einspruch eines Ausschußmitgliedes oder seiner Verwandten oder Verschwägerten in auf- und absteigender Linie oder bis zum dritten Grade der Seitenlinien beraten und abgestimmt wird, hat dasselbe abzutreten. Der Vorsitzende hat in gleichem Falle den Vorsitz an ein Mitglied abzugeben.

---

§ 51. Die Bestimmung der §§ 1 b und c, 2 I und II, 2 der Verordnung vom 4. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 201). findet auf die Mitglieder der Steuerausschüsse entsprechende Anwendung.

Die Gebühren für Zeugen und Sachverständige (§ 26) werden nach den in Civilprozessen zur Anwendung kommenden Vorschriften berechnet.

An- und Abmeldung des Gewerbes.

§ 52. Wer den Betrieb eines stehenden Gewerbes anfängt, muß der Gemeindebehörde des Ortes, wo solches geschieht, vorher oder gleichzeitig Anzeige davon machen.

Dieser Verpflichtung wird, soweit nicht im folgenden etwas anderes bestimmt ist, durch die nach Vorschrift der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich zu machende Anzeige genügt.

In der Stadt Berlin ist die vorgeschriebene Anzeige bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern zu bewirken.

---

§ 53. Die Vorstände der Gemeinden (Gutsbezirke) sind verpflichtet, von allen bei ihnen eingehenden Gewerbeanmeldungen in der von der Bezirksregierung anzuordnenden Frist der ihnen bezeichneten Veranlagungsstelle Mitteilung zu machen, auch nach Anstellung der erforderlichen Erkundigungen über die Steuerpflichtigkeit, beziehungsweise darüber, in welcher Klasse die Besteuerung zu erfolgen hat, sich gutachtlich zu äußern.

---

§ 54. Jeder Gewerbetreibende ist verpflichtet, auf Aufforderung des Gemeindevorstandes oder des Vorsitzenden des zuständigen Steuerausschusses, innerhab der zu bestimmenden, mindestens einwöchentlichen Frist schriftlich zu erklären,

welches oder welche Gewerbe er treibt oder zu treiben beginnt,

welche Betriebsstätten er unterhält,

welche Gattungen und wie viele Hilfspersonen, Gehilfen und Arbeiter und

welche Gattung und wie viele Maschinen einschließlich der Motoren im Gewerbebetriebe verwendet werden.

Auch andere auf die äußerlich erkennbaren Merkmale des Betriebes gerichtete Fragen ist der Gewerbetreibende wahrheitsgemäß zu beantworten verpflichtet.

---

§ 55. Auf besondere Aufforderung des Vorsitzenden eines zuständigen Steuerausschusses des Veranlagungsbezirks ist jeder Gewerbetreibende verpflichtet, in verschlossenem Schreiben oder mündlich zu Protokoll zu erklären, ob der jährliche Ertrag seines Gewerbebetriebes

1 500 bis ausschl. 4 000 Mark,
oder 4 000 bis ausschl. 20 000 „
oder 20 000 bis ausschl. 50 000 „
oder 50 000 Mark oder mehr beträgt,

und ob der Wert des Anlage- und Betriebskapitals

3 000 bis ausschl. 30 000 Mark,
oder 30 000 bis ausschl. 150 000 „
oder 150 000 bis ausschl. 1 000 000 „
oder 1 000 000 Mark oder mehr beträgt.

Solche Erklärungen sind geheim aufzubewahren.

Weitergehende Auskunftserteilung über die Höhe des Ertrages, sowie den Wert des Anlage- und Betriebskapitals ist der Gewerbetreibende abzulehnen berechtigt. Die im vorstehenden vorgeschriebene Auskunft über die Höhe des Anlage- und Betriebskapitals zu erteilen, sind auch diejenigen verpflichtet, welche einen Betrieb neu beginnen.

Dem Steuerpflichtigen ist auf seinen Antrag, in Fällen, in welchen es sich um einen nur durch Schätzung zu ermittelnden Ertrag handelt, gestattet, statt der im Absatz 1 erwähnten Erklärung diejenigen Nachweisungen zu geben, deren

der Steuerausschuß zur Schätzung des Ertrages bedarf.

§ 56. Die nach den §§ 52 bis 55 den Gewerbetreibenden obliegenden Verpflichtungen sind:

1. für Personen, welche unter väterlicher Gewalt, Pflegschaft oder Vormundschaft stehen, von deren Vertretern,
2. für Gewerbebetriebe der Gesellschaften, Genossenschaften, juristischen Personen, Vereine u. s. w. von den in §§ 18 und 19 beziehungsweise § 2 Absatz 2 bezeichneten Personen

zu erfüllen.

§ 57. Zum Zwecke der erstmaligen Veranlagung der Gewerbesteuer nach diesem Gesetze haben:

1. für die Orte der bisherigen ersten, zweiten und dritten Gewerbesteuerabteilung die Gemeindevorstände, für die Orte der bisherigen vierten Gewerbesteuerabteilung des Kreises die Landräte ein Verzeichnis sämtlicher daselbst vorhandener Gewerbebetriebe, welche nicht bereits in der letzten Gewerbesteuerrolle und den Zugangslisten des letzten Jahres aufgeführt sind, aufzustellen und mit gutachtlicher Aeußerung über deren Besteuerung der Bezirksregierung vorzulegen.
2. die Gewerbetreibenden, welche in mehreren Orten einen stehenden Betrieb unterhalten, haben in der durch öffentliche Aufforderung bestimmten Frist eine schriftliche Erklärung über Ort und Art der einzelnen Betriebe und über den Sitz der Geschäftsleitung an die in der Bekanntmachung bestimmten Stellen einzureichen.

In der Folgezeit eintretende Aenderungen des in der Erklärung angegebenen Zustandes sind dem Vorsitzenden des Steuerausschusses, von welchem die Steuer veranlagt wird, schriftlich anzuzeigen.

§ 58. Das Aufhören eines steuerpflichtigen Gewerbes ist dem Vorsitzenden des für die Veranlagung zuständigen Steuerausschusses — in der Stadt Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern daselbst —, schriftlich anzuzeigen.

Die Bezirksregierung kann die Steuer vom Beginne des auf die Betriebsbeendigung folgenden Vierteljahres an in Abgang stellen lassen, wenn der Zeitpunkt der letzteren feststeht, namentlich im Falle des Todes des Steuerpflichtigen, sofern das Gewerbe von den Erben nicht fortgesetzt ist, im Falle der Konkurseröffnung und in ähnlichen Fällen einer unfreiwilligen Einstellung des Betriebes, sowie im Falle der Uebertragung des Gewerbes auf einen anderen, wenn letzterer die Steuer fortentrichtet hat.

Für die Beschwerde gelten die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften über das Verfahren vor dem Oberverwaltungs-Gericht in Verwaltungsstreitsachen.

Auf die nach § 44 zulässige Ermäßigung hat der Steuerpflichtige keinen Rechtsanspruch, da im Gesetz ausdrücklich gesagt ist: die Steuer „kann" ermäßigt oder erlassen werden.

Betriebssteuer.[1])

§ 59. Für den Betrieb der Gastwirtschaft, der Schankwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus ist jährlich eine besondere Betriebssteuer zu entrichten.

§ 60. Die Betriebssteuer beträgt für jeden, welcher eines oder mehrere dieser Gewerbe allein oder in Verbindung mit anderen Gewerben betreibt,

1. wenn er von der Gewerbesteuer wegen eines hinter der Grenze der Steuerpflicht zurückbleibenden Ertrages und Anlage- und Betriebskapitals befreit ist (§ 7), 10 Mark;

[1]) Man vergleiche §§ 12 und 13 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (siehe Bd. II).

2. wenn er zur Gewerbesteuer veranlagt ist:
   a) in der Klasse IV . . 15 Mk.,
   b) in der Klasse III . . 25 „
   c) in der Klasse II . . 50 „
   d) in der Klasse I . . 100 „

Die Steuer wird bei allen Betrieben, welche geistige Getränke verabfolgen, für jede Betriebsstätte besonders erhoben.

---

§ 61. Wenn die Heranziehung zur Betriebssteuer lediglich durch einen vorübergehenden, bei außergewöhnlichen Gelegenheiten (Festen, Truppenzusammenziehungen und dergleichen) stattfindenden Gewerbebetrieb bedingt ist, so kann in den Landkreisen der Landrat, in den Stadtkreisen der Gemeindevorstand, in Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern auf Antrag des Steuerpflichtigen den Betrag der Steuer bis auf den Satz von 5 Mark herabsetzen.

---

§ 62. Die Feststellung der Betriebssteuer erfolgt von dem Vorsitzenden des Steuerausschusses für alle von dem letzteren zur Gewerbesteuer Veranlagten, welche ein der Betriebssteuer unterliegendes Gewerbe betreiben.

Der Vorsitzende des Steuerausschusses der Klasse IV hat außerdem die Betriebssteuer für alle im § 60 Nr. 1 bezeichneten Steuerpflichtigen des Veranlagungsbezirks festzustellen.

---

§ 63. Der festgestellte Steuersatz ist einem jeden Steuerpflichtigen in Gemäßheit des § 32 bekannt zu machen.

Nach fruchtloser Zwangsvollstreckung kann bis zur vollständigen Entrichtung des Rückstandes die fernere Ausübung des steuerpflichtigen Betriebes untersagt und die Einstellung desselben durch Schließung und Versiegelung der Geschäftsräume erzwungen werden.

---

§ 64. Eine Erstattung der Betriebssteuer wegen Einstellung des Betriebes im Laufe des Steuerjahres findet nicht statt.

---

§ 65. Ueber Beschwerden wegen Verpflichtung zur Entrichtung der Betriebssteuer oder wegen der Höhe derselben entscheidet die Bezirksregierung (§§ 29 und 30), und in weiterer Instanz der Finanzminister. Die Entscheidungen des letzteren sind endgültig.

Soweit durch die Entscheidungen, welche bezüglich der Gewerbesteuer im Wege der Rechtsmittel ergehen, Abänderungen der festgestellten Betriebssteuersätze bedingt werden, hat in den Landkreisen der Landrat, in den Stadtkreisen der Gemeindevorstand, in Berlin die Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern die anderweite Feststellung zu bewirken.

---

§ 66. Die zur Erteilung der Erlaubnis für die im § 59 bezeichneten Betriebe oder für die Eröffnung einer neuen Betriebsstätte zuständigen Behörden haben von jeder Erlaubniserteilung der ihnen bezeichneten Veranlagungsstelle Mitteilung zu machen.

---

§ 67. Weinbauer, welche selbstgewonnenen Most oder Wein im Polizeibezirke ihres Weingutes oder Wohnortes nicht über drei Monate lang zum Genusse auf der Stelle verkaufen, haben hierfür weder Gewerbe- noch Betriebssteuer zu entrichten.

---

§ 68. Behufs erstmaliger Erhebung der Betriebssteuer für das Steuerjahr 1893/94 haben für die Städte die Gemeindebehörden, für die Landgemeinden und Gutsbezirke des Kreises der Landrat eine Nachweisung aller daselbst vorhandenen, im § 59 bezeichneten Gewerbebetriebe unter Angabe der einzelnen Betriebsstätten und der Art des Betriebes aufzustellen und bis zum 1. Februar 1893 der Bezirksregierung vorzulegen.

Auf Anordnung der Bezirksregierung ist nach Bedürfnis auch in den folgenden Jahren die vorstehend vorgeschriebene Nachweisung von den genannten Behörden aufzustellen und vorzulegen.

---

§ 69. Die Veranlagungsgrundsätze der §§ 18, 19 finden auf die Betriebssteuer Anwendung.

Während des jährlichen Zu- und Abganges wird das Erforderliche von dem Finanzminister geregelt.

Die Betriebssteuer fließt nicht mehr dem Staate, sondern den Kreisen zu.

Als Schankwirtschaft gelten die gewerblichen Betriebe, in welchem Getränke irgend welcher Art zum Genusse auf der Stelle verabfolgt werden.

Die Beschwerde aus § 65 ist binnen 3 Monaten bei der Veranlagungsbehörde schriftlich oder zu Protokoll einzulegen.

Strafbestimmungen.

§ 70. Wer die gesetzliche Verpflichtung zur Anmeldung eines steuerpflichtigen Gewerbes innerhalb der vorgeschriebenen Frist nicht erfüllt, verfällt in eine dem doppelten Betrage der einjährigen Steuer gleiche Geldstrafe. Daneben ist die vorenthaltene Steuer zu entrichten.

Die Festsetzung der Nachsteuer steht der Regierung zu, gegen deren Entscheidung nur Beschwerde an den Finanzminister zulässig ist.

---

§ 71. Mit Geldstrafe bis zu dreihundert Mark wird bestraft:

1. wer die nach den Bestimmungen der §§ 28, 54, 55 und 56 dieses Gesetzes ihm obliegende Verpflichtung nicht erfüllt; insbesondere auch wer die erforderte Erklärung, zu welcher er nach Vorschrift der §§ 54 bis 56 verpflichtet ist, wissentlich unvollständig oder unrichtig abgiebt;
2. wer dem nach § 25 Absatz 4 Zuständigen die Einsicht der gewerblichen Anlagen, Betriebsstätten oder Vorräte verweigert.

---

§ 72. Die bei der Steuerveranlagung beteiligten Beamten, sowie die Mitglieder der Steuerausschüsse und deren Stellvertreter werden, wenn sie die zu ihrer Kenntnis gelangten Erwerbs-, Vermögens- oder Einkommensverhältnisse oder die Geschäftsgeheimnisse eines Steuerpflichtigen, insbesondere auch den Inhalt der im § 55 bezeichneten Erklärungen oder der darüber gepflogenen Verhandlungen unbefugt offenbaren, mit Geldstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein und muß stattfinden, insofern der durch die Verletzung des Geheimnisses betroffene Steuerpflichtige dieselbe unter Darlegung des Sachverhalts beansprucht und nicht Rücksichten des öffentlichen Wohles entgegenstehen. Für die Stellung des Antrages gegen Vorsitzende und Mitglieder der Steuerausschüsse der Klasse I und gegen deren Stellvertreter ist der Finanzminister, im übrigen die Bezirksregierung zuständig.

---

§ 73. Die auf Grund der §§ 70 und 71 festzusetzenden, aber unbeitreiblichen Geldstrafen sind nach Maßgabe der für Uebertretungen geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich (§§ 28 und 29) in Haft umzuwandeln.

Die Untersuchung und Entscheidung in betreff der in den §§ 70 und 71 bezeichneten strafbaren Handlungen steht dem Gerichte zu, wenn nicht der Beschuldigte die von der Regierung vorläufig festgesetzte Geldstrafe nebst den durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten binnen einer ihm bekannt gemachten Frist freiwillig zahlt.

Die Regierungen sind ermächtigt, hierbei eine mildere als die im § 70 vorgeschriebene Strafe in Anwendung zu bringen.

Hat der Beschuldigte in Preußen keinen Wohnsitz, so erfolgt das Einschreiten des Gerichts ohne vorläufige Festsetzung der Strafe durch die Regierung. Dasselbe findet statt, wenn die Regierung aus sonstigen Gründen von der vorläufigen Festsetzung der Strafe Abstand zu nehmen erklärt oder der Angeschuldigte hierauf verzichtet.

Bei den gerichtlichen Entscheidungen ist hinsichtlich der Höhe der im § 70 vor-

geschriebenen Geldstrafe die von der Regierung festzusetzende Jahressteuer zu Grunde zu legen.

Die Entscheidung wegen der hinterzogenen Steuer verbleibt in allen Fällen den Verwaltungsbehörden.

In betreff der Zuwiderhandlungen wegen der Verpflichtung zur Geheimhaltung (§ 72) findet nur das gerichtliche Strafverfahren statt.

Kosten.

§ 74. Die Kosten der Steuerveranlagung fallen der Staatskasse zur Last.[1]) Jedoch sind diejenigen Kosten, welche durch die gelegentlich der eingelegten Rechtsmittel erfolgenden Ermittelungen veranlaßt werden, von dem Steuerpflichtigen zu erstatten, wenn sich seine Angaben in wesentlichen Punkten als unrichtig erweisen. Die Festsetzung der zu erstattenden Kosten erfolgt durch die Regierung, gegen deren Entscheidung die Beschwerde an den Finanzminister gestattet ist.

§ 75 ist aufgehoben.

Oberaufsicht.

§ 76. Die oberste Leitung des Veranlagungsgeschäfts im Staat gebührt dem Finanzminister. Ueber Beschwerden gegen das Verfahren der Steuerausschüsse und der Vorsitzenden derselben entscheidet die Bezirksregierung §§ 29 und 30) und in weiterer Instanz der Finanzminister. Die Entscheidungen des letzteren sind endgültig.

§ 77. Die in diesem Gesetze den Bezirksregierungen zugewiesenen Befugnisse und Obliegenheiten werden für die Haupt- und Residenzstadt Berlin von der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin wahrgenommen.

Nachsteuer.[2])

§ 78. Steuerpflichtige, welche, entgegen den Vorschriften dieses Gesetzes, bei der Veranlagung übergangen oder steuerfrei geblieben sind, ohne daß eine strafbare Hinterziehung der Steuer stattgefunden hat (§§ 70 ff.), sind zur Entrichtung des entzogenen Betrages verpflichtet. Die Verpflichtung erstreckt sich auf die drei Steuerjahre zurück, welche dem Steuerjahre, in welchem die Verkürzung festgestellt worden, vorausgegangen sind.

Die Verpflichtung zur Zahlung der Nachsteuer geht auf die Erben, jedoch nur bis zur Höhe ihres Erbteils, über.

Die Veranlagung der Nachsteuer erfolgt einheitlich für den ganzen Zeitraum, auf welchen sich die Verpflichtung erstreckt, nach den Vorschriften dieses Gesetzes durch die Bezirksregierung.

Schlußbestimmungen.

§ 79. Soweit das gegenwärtige Gesetz abweichende Bestimmungen nicht enthält, finden die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetz-Samml. S. 140) auf die Steuern vom stehenden Gewerbe und die Betriebssteuer Anwendung.

§ 80. Wo in den Gesetzen auf die bisherigen Steuerklassen Bezug genommen ist, treten an die Stelle der bisherigen Klasse A I die Klassen I und II; an Stelle der bisherigen Klasse A II die Klasse III, und an die Stelle der bisherigen Klasse B die Klasse IV dieses Gesetzes; imgleichen an Stelle des Mittelsatzes der bisherigen

[1]) Man vergleiche §§ 11, 14 und 15 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern vom 14. Juli 1893 (abgedruckt im Bd. II).

[2]) Man vergleiche § 9 des Gesetzes wegen Aufhebung direkter Staatssteuern.

Klasse A I ein Steuerbetrag von 300 Mark.

---

§ 81 ist aufgehoben.

---

§ 82. Dieses Gesetz kommt zunächst bei der Veranlagung für das Jahr 1893/94 zur Anwendung.

Mit dieser Maßgabe und vorbehaltlich der Anwendung auf frühere Fälle treten die auf die Veranlagung und Entrichtung der Gewerbesteuer bezüglichen Vorschriften, insbesondere die Gesetze vom

30. Mai 1820 (Gesetz-Samml. S. 147),
19. Juli 1861 (Gesetz-Samml. S. 697),
20. März 1872 (Gesetz-Samml. S. 285),
5. Juni 1874 (Gesetz-Samml. S. 219)

am 1. April 1893 außer Kraft.

---

§ 83. Der Finanzminister wird mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Die nach § 70 Absatz 2 zulässige Beschwerde an den Finanzminister ist an keine Frist gebunden.

Gesetz,

betreffend

die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen und einige Abänderungen des Gesetzes wegen Entrichtung der Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820.

Vom 3. Juli 1876.

Wir Wilhelm ꝛc. verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie, was folgt:

§ 1. Wer außerhalb seines Wohnortes, ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung und ohne vorgängige Bestellung, in eigener Person

1. Waren irgend einer Art, mit Ausschluß der selbstgewonnenen Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Jagd und des Fischfanges, feilbieten,
2. Waren irgend einer Art bei anderen Orten, als bei Kaufleuten, oder an anderen Orten, als in offenen Verkaufsstellen zum Wiederverkauf ankaufen,
3. Warenbestellungen aufsuchen,
4. gewerbliche oder künstlerische Leistungen oder Schaustellungen, bei welchen ein höheres wissenschaftliches oder Kunstinteresse nicht obwaltet, feilbieten

will, unterliegt der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen.

---

§ 2. Der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen nicht unterworfen sind:

1. Kaufleute, Fabrikanten und andere Personen, welche ein stehendes Gewerbe betreiben, sowie die in deren Diensten stehenden Reisenden, welche außerhalb des Ortes ihrer gewerblichen Niederlassung, beziehungsweise der gewerblichen Niederlassung ihrer Geschäftsherren,

a) Warenbestellungen suchen, wenn sie von den Waren, auf welche sie Bestellungen suchen, nur Proben oder Muster mit sich führen,

b) Waren aufkaufen, wenn sie die aufgekauften Waren nur behufs deren Beförderung nach dem Bestimmungsorte mit sich führen.

Die vorstehenden Bestimmungen finden auf diejenigen keine Anwendung, welche nach den reichsgesetzlichen Vorschriften zum Aufsuchen von Bestellungen oder zum Ankauf von Waren eines Wandergewerbescheines bedürfen.

Die Gewerbescheine für Reisende zu den vorstehend zu a und b bezeichneten Zwecken sind, wenn im Laufe des Jahres ein Wechsel in der Per-

son des Reisenden eintritt, für den Rest ihrer Gültigkeitsdauer steuerfrei auf die Person des Nachfolgers durch Umschreibung oder anderweitige Ausfertigung zu übertragen.

2. Diejenigen, welche ausschließlich im Meß- und Marktverkehr die im § 1 unter 1 bis 3 bezeichneten Arten des Gewerbebetriebes ausüben;
3. diejenigen, welche selbstgewonnene Waren, hinsichtlich deren dies nach Landesgebrauch hergebracht ist, zu Wasser verfahren und vom Fahrzeuge aus feilbieten;
4. Gewerbetreibende, welche außerhalb ihres Wohnortes bei öffentlichen Festen, Truppenzusammenziehungen und anderen außergewöhnlichen Gelegenheiten solche Waren, hinsichtlich deren dies von den zuständigen Behörden gestattet ist, feilbieten;
5. Gewerbetreibende, welche in nicht größerer Entfernung als 15 Kilometer vom Wohnorte
   a) selbstverfertigte Waren, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, feilbieten,
   b) gewerbliche Leistungen, hinsichtlich deren dies nach dem Landesgebrauch hergebracht ist, anbieten,
   c) das Mustergewerbe ausüben;
6. Gewerbetreibende, welche außerhalb ihres Wohnortes, aber innerhalb des Gemeindebezirks und der etwa durch besondere Anordnung der Regierung dem Gemeindebezirk des Wohnortes in dieser Hinsicht gleichgestellten nächsten Umgebung desselben Waren aufkaufen, Waren oder Leistungen feilbieten oder Warenbestellungen suchen.

---

§ 3. In betreff der Angehörigen außerdeutscher Staaten, welche weder ihren Wohnsitz noch eine gewerbliche Niederlassung in einem Deutschen Staate haben, treten, sofern nicht durch Verträge oder Vereinbarungen oder durch Anordnungen des Finanzministers anderweite Festsetzungen getroffen sind, nachstehende besondere Bestimmungen ein:

1. Dieselben sind der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen auch dann unterworfen, wenn sie selbstgewonnene Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft, des Garten- und Obstbaues, der Jagd und des Fischfanges ohne vorgängige Bestellung in eigener Person feilbieten wollen (§ 1 Nr. 1).

2. Die Bestimmungen des § 2 finden auf dieselben und auf die in ihren Diensten stehenden Reisenden, welche für deren im Auslande betriebenes Geschäft Waren aufkaufen oder Warenbestellungen suchen (§ 2 Nr. 1), keine Anwendung.

3. Aller Handel (Verkauf und Ankauf von Waren und Suchen von Warenbestellungen) der Ausländer auf Messen und Jahrmärkten bleibt von der Gewerbesteuer frei.

4. Desgleichen ist ihnen das Feilbieten von Verzehrungsgegenständen, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, und der Warenankauf auf Wochenmärkten gewerbesteuerfrei gestattet.

5. Die Regierungen sind ferner ermächtigt, ihnen das Feilbieten solcher selbstgewonnenen Erzeugnisse und selbstverfertigten Waren, welche zu den Gegenständen des Wochenmarktverkehrs gehören, im Umherziehen innerhalb eines näher zu bestimmenden, nicht über 15 Kilometer von der Grenze zu erstreckenden Bezirks gewerbesteuerfrei zu gestatten.

---

§ 4. Die im § 2 aufgeführten, sowie alle anderen der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen nicht unterliegenden Arten der Ausübung des Gewerbebetriebes außerhalb des Wohnortes und ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung werden hinsichtlich der Besteuerung der Preußischen und der einem anderen Deutschen Staate angehörigen Gewerbetreibenden, sowie derjenigen ausländischen Gewerbetreibenden (§ 3), welche ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung in Deutschland haben, dem stehenden Gewerbebetriebe derselben zugerechnet. Preußische Gewerbetreibende, welche die vorbezeichneten Arten des Gewerbebetriebes ausüben oder durch Stellvertreter ausüben lassen, ohne dasselbe Gewerbe als stehendes zu betreiben, sind verpflichtet, dieses Gewerbe vor dessen Beginn, sofern sie einen Wohnsitz in Preußen haben, bei der Kommunalbehörde ihres Wohnortes — in Ermangelung eines solchen bei der Kommunalbehörde des Ortes, wo der Gewerbebetrieb begonnen werden soll — anzumelden und unterliegen der Besteuerung vom stehenden Ge-

werbe in der entsprechenden Steuerklasse nach Maßgabe der für dieselbe bestehenden Vorschriften (§§ 52 und 70 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891, Gesetz-Samml. S. 205).

Die gleiche Anmeldungsverpflichtung und Besteuerung trifft die einem anderen Deutschen Staate angehörigen Gewerbetreibenden nur dann, wenn sie nicht dasselbe Gewerbe in einem anderen Deutschen Staate als stehendes betreiben.

Ausländische Gewerbetreibende, welche ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung in Deutschland haben (§ 3), werden in dieser Hinsicht den Gewerbetreibenden desjenigen Staates gleich gestellt, in welchem sie ihren Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung haben.

---

§ 5. Wer ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterworfenes Gewerbe nach Entrichtung dieser Steuer auch an seinem Wohnorte ohne Begründung einer gewerblichen Niederlassung vorübergehend ausübt, unterliegt dieserhalb nicht der Steuer vom stehenden Gewerbebetriebe.

---

§ 6. Wer ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterliegendes Gewerbe (§§ 1 und 3) ausüben will, ist verpflichtet, dasselbe für jedes Jahr, in welchem der Gewerbebetrieb stattfinden soll, behufs Entrichtung der Steuer anzumelden und einen die Bezeichnung der Person, der Art und des Gegenstandes des Gewerbebetriebes, der Anzahl der mitzuführenden Begleiter, Fuhrwerke oder Wasserfahrzeuge, sowie die Festsetzung der Steuer und die Quittung über deren Entrichtung oder die Bescheinigung der Steuerfreiheit (§ 13) enthaltenden Gewerbeschein für das betreffende Jahr vor Beginn des Gewerbebetriebes einzulösen. Der Gewerbeschein ist nur für die Person und das Kalenderjahr gültig, für welche derselbe ausgefertigt ist.

Die Anmeldung ist, insofern es zu dem beabsichtigten Gewerbebetriebe nach den Vorschriften der Reichs-Gewerbeordnung des Wandergewerbescheins einer Preußischen Behörde bedarf, mit dem Antrage auf Erteilung des letzteren zu verbinden und wird alsdann regelmäßig auch der Gewerbeschein mit dem Wandergewerbeschein verbunden.

Anderenfalls ist die Anmeldung bei der Polizeibehörde des Wohnortes des Gewerbetreibenden, und wenn derselbe innerhalb des Preußischen Staates keinen Wohnsitz hat, bei der Polizeibehörde des Ortes, an welchem er den Gewerbebetrieb in Preußen beginnen will, — in Berlin stets bei der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern — schriftlich oder zu Protokoll zu bewirken. Für Ortschaften der vierten Gewerbesteuer-Abteilung erfolgt die Anmeldung bei der Polizeibehörde des Kreises (Landrat ꝛc.). Bei der Anmeldung muß der Gegenstand des Gewerbetriebes, die Anzahl der mitzuführenden Begleiter, Fuhrwerke oder Wasserfahrzeuge angegeben, auch auf Erfordern über die Verrichtungen der Begleiter, die Beschaffenheit und Bestimmung der Transportmittel Auskunft erteilt werden. Nach Maßgabe der Anmeldung fertigt diejenige Behörde, welcher die Festsetzung der Steuer obliegt, den Gewerbeschein aus und überweist denselben der mit der Einziehung der Steuer beauftragten Kasse zur Aushändigung gegen Erlegung der Steuer.

Die Festsetzung der Steuer erfolgt durch die Regierung, kann jedoch für einzelne Gattungen des Gewerbebetriebes im Umherziehen den der Regierung nachgeordneten Verwaltungsbehörden von dem Finanzminister übertragen werden.

Wegen der Form der Gewerbescheine, wegen der Verbindung derselben mit den Wandergewerbescheinen und wegen des sonstigen Verfahrens hat der Finanzminister die erforderlichen Anordnungen zu erlassen. In die mit einem Wandergewerbescheine nicht verbundenen Gewerbescheine kann auch das Signalement des Inhabers aufgenommen werden.

---

§ 7. Will der Gewerbetreibende nach Einlösung des Gewerbescheines im Laufe des Jahres ein anderes als das darin bezeichnete Gewerbe im Umherziehen beginnen oder letzteres auf andere als die im Gewerbescheine bezeichneten Gegenstände, Waren oder Leistungen ausdehnen, oder Begleiter, Fuhrwerk oder Wasserfahrzeuge mitführen, ohne daß dies im Gewerbescheine vermerkt ist, oder in größerer als der darin angegebenen Anzahl, so ist er verpflichtet, hiervon vorherige Anmeldung behufs Aenderung be-

ziehungsweise Ergänzung des eingelösten oder Erteilung eines anderen Gewerbescheines zu machen. Die Bestimmungen des § 6 finden hierbei gleichmäßige Anwendung.

Insofern die beabsichtigte Aenderung des Gewerbebetriebes eine Erhöhung der Steuer (§ 9) oder die Entziehung der Steuerfreiheit (§ 13) bedingt, hat die Regierung zugleich den zu entrichtenden Steuersatz, auf welchen jedoch der für das betreffende Jahr bereits entrichtete Steuerbetrag in Anrechnung gebracht wird, anderweit festzusetzen und die Aushändigung des Gewerbescheines gegen Erlegung des Mehrbetrags zu veranlassen.

---

§ 8. Der Inhaber eines Gewerbescheines ist verpflichtet, diesen während der thatsächlichen Ausübung des Gewerbebetriebes bei sich zu führen und auf Erfordern den zuständigen Behörden und Beamten vorzuzeigen; er darf weder den Gewerbeschein an einen anderen überlassen, noch Begleiter in größerer als der in dem Gewerbescheine angegebenen Anzahl mitführen.

---

§ 9. Die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen beträgt in der Regel 48 Mark für jedes Kalenderjahr.

Die Regierungen sind jedoch ermächtigt, nach näherer Anweisung des Finanzministers

1. für Gewerbe geringerer Art (vergl. nachstehend unter a und b), sofern solche nicht in einem für dieselben ungewöhnlichen Umfange betrieben werden, sowie auch für andere Gewerbe, wenn sie in erheblich geringerem als dem gewöhnlichen Umfange betrieben werden, oder der Gewerbebetrieb durch besondere Umstände (körperliche Gebrechen, hohes Alter des Gewerbetreibenden u. dergl. m.) beeinträchtigt wird, ermäßigte Jahressteuersätze von 36, 24, 18, 12 und 6 Mark,
2. für Gewerbetreibende von bedeutendem Umfange, wie diejenigen der Vorsteher großer Schauspieler-, Musiker-, Kunstreiter- und ähnlicher Gesellschaften, der Pferde- und Viehhändler mit erheblichem Betriebskapital und Umsatz, der mit größeren Warenlagern umherziehenden Handeltreibenden ꝛc. erhöhte Jahressteuersätze von 72, 96 oder 144 Mark festzusetzen. Insbesondere kann zufolge der Bestimmung unter 1 die Steuer
   a) für das Sammeln geringwertiger Erzeugnisse und Abgänge der Haus- und Landwirtschaft und für das Anbieten gewerblicher Leistungen von untergeordneter Beschaffenheit (Ausbessern grober Geräte ꝛc.) und diesen gleichzustellende Gewerbebetriebe bis auf 6 Mark,
   b) für das Feilbieten von Lebensmitteln, Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnissen und anderen Waren von geringem Werte (groben Holz-, Eisen-, Thon-, Bürstenbinderwaren u. dergl.) und diesen gleichzustellende Gewerbebetriebe bis auf 12 Mark, ausnahmsweise auch bis auf 6 Mark

   ermäßigt werden und soll, falls nicht aus der Art und Weise der Ausübung des Gewerbes (Anzahl der Begleiter u. dergl.) oder sonstigen Umständen auf einen größeren als den bei diesen Gewerben gewöhnlichen Umfang zu schließen ist, für die Gewerbebetriebe zu a und b den Steuersatz von 24 Mark nicht überschreiten.

---

§ 10. Den Mitgliedern von Musiker-, Schauspieler-, Kunstreiter- und ähnlichen Gesellschaften, welche aus mindestens vier Personen bestehen und unter einem Vorsteher ihr Gewerbe betreiben, können ermäßigte Steuersätze in gleicher Weise, wie den im § 9 unter b bezeichneten Gewerbetreibenden bewilligt werden. Die Gewerbescheine für die Vorsteher und die Mitglieder solcher Gesellschaften können in einen Gewerbeschein zusammengefaßt werden.

---

§ 11. Die Steuer für den ausschließlich auf die Hohenzollernschen Lande beschränkten Gewerbebetrieb im Umherziehen beträgt in der Regel 10 Mark für jedes Jahr. Die Regierung in Sigmaringen ist jedoch ermächtigt, nach näherer Anweisung des Finanzministers unter den im § 9 zu 1 bezeichneten Voraussetzungen ermäßigte Steuersätze von 7, 5, 4 oder 2 Mark festzusetzen und für Mitglieder von Musiker-, Schauspieler-, Kunstreiter- und ähnlichen Gesellschaften, welche nur während einer Zeit von höchstens vier Wochen in den Hohenzollernschen Landen

ihr Gewerbe ausüben, noch niedrigere Sätze anzuwenden.

Wer nach Entrichtung der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen in den Hohenzollernschen Landen seinen Gewerbebetrieb in einem anderen Teile der Monarchie im Umherziehen ausüben will, ist verpflichtet, zuvor die Ausdehnung des Gewerbescheines durch diejenige Regierung, in deren Bezirk das Gewerbe zuerst betrieben werden soll, zu beantragen und die nach den Vorschriften im § 9 zu bestimmende Steuer, jedoch unter Anrechnung des in den Hohenzollernschen Landen erlegten Betrages, zu entrichten.

---

§ 12. Die Angehörigen solcher außerdeutschen Staaten (§ 3), mit denen kein Uebereinkommen dieserhalb getroffen ist, haben auf eine Ermäßigung des Steuersatzes nach Maßgabe der Bestimmungen im § 9 unter 1 und im § 11 keinen Anspruch.

---

§ 13. Der Finanzminister kann ausnahmsweise für gewisse Gewerbsarten oder in einzelnen Fällen den Gewerbebetrieb steuerfrei gestatten und demgemäß die Regierungen zur Erteilung steuerfreier Gewerbescheine ermächtigen.

---

§ 14. Insoweit nach der Verfassung und den Gesetzen des Deutschen Reichs oder nach besonderen Verträgen und Vereinbarungen nichtpreußische Gewerbetreibende auf Befreiung von der Gewerbesteuer oder auf Ermäßigung derselben für Ausübung des Gewerbebetriebes in Preußen Anspruch haben, wird hieran durch dieses Gesetz nichts geändert.

Ingleichen bewendet es bei der dem Finanzminister erteilten Ermächtigung für die Angehörigen solcher Länder, in welchen die diesseitigen Staatsangehörigen minder günstig als die eigenen Angehörigen behandelt und außer Verhältnis zu den von den Angehörigen anderer Länder in Preußen zu entrichtenden Steuern belastet werden, wie für diejenigen, welche für Rechnung der Angehörigen solcher Länder ein Gewerbe im Umherziehen in Preußen betreiben wollen, die Steuer bis auf das Achtfache zu erhöhen.

---

§ 15. Wegen Abstandnahme vom Beginn des Gewerbebetriebes, sowie wegen Einstellung, Unterbrechung oder Verminderung des Betriebes im Laufe des Jahres findet eine Erstattung der Steuer für den eingelösten Gewerbeschein oder eines Teiles derselben in der Regel nicht statt.

Ist jedoch wegen unvorhergesehener, von dem Willen des Inhabers des Gewerbescheines unabhängiger Ereignisse der Beginn des Gewerbebetriebes unterblieben oder der Betrieb eingestellt worden und wird der Gewerbeschein innerhalb einer Frist von 6 Monaten nach der Einlösung zurückgegeben, so kann die entrichtete Steuer ersteren Falls ganz, im letzteren Falle zu einem verhältnismäßigen Teile erstattet werden.

In Fällen solcher Art sind die Regierungen auch ermächtigt, auf Antrag des Inhabers des Gewerbescheines oder seiner Hinterbliebenen behufs Fortsetzung des Gewerbebetriebes für deren Rechnung einen neuen Gewerbeschein für den Rest des Jahres zu ermäßigtem Steuersatze oder steuerfrei zu erteilen.

Tritt infolge unvorhergesehener Ereignisse eine allgemeine Unterbrechung der Ausübung des Gewerbebetriebes im Umherziehen oder einzelner Gattungen desselben, wenn auch nur in einem Teile der Monarchie, ein, so ist der Finanzminister ermächtigt, den davon betroffenen Gewerbetreibenden die erlegte Gewerbesteuer ganz oder teilweise erstatten zu lassen.

---

§ 16. Ist es glaubhaft gemacht, daß ein Gewerbeschein verloren, vernichtet oder unbrauchbar geworden, so kann die Erteilung einer neuen Ausfertigung desselben gegen Erstattung der Auslagen einschließlich der etwaigen Amortisationskosten verlangt werden. Durch das Vorzeigen beglaubigter Abschriften kann den Vorschriften des § 8 nicht genügt werden.

---

§ 17 ist aufgehoben. Dafür jetzt § 70 des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891.

---

§ 18. Wer, ohne einen Gewerbeschein eingelöst zu haben, ein der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterworfenes Gewerbe betreibt, wird mit einer dem doppelten Betrage der Jahressteuer für das betriebene Gewerbe gleichen Geldstrafe bestraft.

---

§ 19. Wer nach Einlösung eines Gewerbescheines für das betreffende Jahr ein anderes der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen unterliegendes Gewerbe betreibt, als das in dem Gewerbeschein bezeichnete, oder den Gewerbebetrieb im Umherziehen auf andere als die darin bezeichneten Gegenstände (Waren oder Leistungen) ausdehnt, verfällt in eine Geldstrafe, die dem Doppelten desjenigen Betrages gleichkommt, um welchen die entrichtete Steuer geringer ist, als die dem thatsächlich ausgeübten Gewerbebetriebe entsprechende Steuer.

§ 20. Die Bestimmungen der §§ 18 und 19 finden, wenn die Gegenstände des Gewerbebetriebes zu denjenigen gehören, welche vom An- und Verkauf im Umherziehen ausgeschlossen sind (§§ 56—56c der Reichs-Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869), ebenfalls, jedoch mit der Maßgabe Anwendung, daß stets, auch in den Fällen des § 19, auf eine dem doppelten Betrage des Jahressteuersatzes von 48 Mark, in den Hohenzollernschen Landen von 10 Mark, gleichkommende Geldstrafe zu erkennen ist.

§ 21. Wer nach Entrichtung der Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen in den Hohenzollernschen Landen sein Gewerbe den Vorschriften im § 11 entgegen in einem anderen Teile der Monarchie im Umherziehen betreibt, ohne vorherige Einlösung des ausgedehnten Gewerbescheines, hat eine dem doppelten Betrage der für die Ausdehnung des Gewerbescheines zu erlegenden Steuer gleiche Geldstrafe verwirkt.

§ 22. Neben den in den §§ 17, 18, 19 und 21 vorgeschriebenen Geldstrafen ist die vorenthaltene Steuer zu entrichten.

§ 23. Wird festgestellt, daß die in den §§ 18 bis 21 bezeichneten strafbaren Handlungen im Auftrage und für Rechnung einer anderen Person ausgeübt sind, so ist gegen den Auftraggeber auf die gleiche Strafe, wie gegen den Beauftragten zu erkennen, und haften beide solidarisch für die Strafbeträge, die Kosten und die vorenthaltene Steuer.

§ 24. Wird festgestellt, daß in den Fällen der §§ 18, 19 und 21 der thatsächlich ausgeübte Gewerbebetrieb bei rechtzeitiger Beobachtung der Vorschriften in den §§ 6, 7 und 11 steuerfrei, beziehungsweise ohne Erhöhung des schon entrichteten Steuersatzes hätte stattfinden dürfen, so tritt an die Stelle der in den §§ 18 bis 21 bestimmten Geldstrafen eine solche zum Betrage von 1 bis 30 Mark.

§ 25. Für jede Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften des § 8 trifft den Inhaber eines Gewerbescheines eine Geldstrafe von 1 bis 30 Mark, sofern nicht wegen Verbindung des Wandergewerbescheins mit dem Gewerbescheine auf dieselbe Handlung oder Unterlassung schon die Strafbestimmungen im § 149 unter Nr. 2, 4, 5 der Reichs-Gewerbeordnung Anwendung finden.

§ 26. Die auf dieses Gesetzes festzusetzenden, aber nicht beizutreibenden Geldstrafen sind nach Maßgabe der für Uebertretungen geltenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich (§§ 28 und 29) in Haft umzuwandeln.

§ 27. Die Untersuchung und Entscheidung in betreff der in den §§ 17 bis 24 bezeichneten strafbaren Handlungen steht dem Gerichte zu, wenn nicht der Beschuldigte die von der Regierung vorläufig festzusetzende Geldstrafe nebst den durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten binnen einer ihm bekannt gemachten Frist freiwillig zahlt.

Die Regierungen sind ermächtigt, hierbei eine mildere als die in den §§ 17 bis 21 vorgeschriebene Strafe in Anwendung zu bringen.

Ist der Beschuldigte in Haft oder hat derselbe in Preußen keinen Wohnsitz, so erfolgt das Einschreiten des Gerichts ohne vorläufige Festsetzung der Strafe durch die Regierung. Dasselbe findet statt, wenn die Regierung aus sonstigen Gründen von der vorläufigen Festsetzung der Strafe Abstand zu nehmen erklärt oder der Angeschuldigte hierauf verzichtet.

Bei den gerichtlichen Untersuchungen kommen auch ferner die bestehenden Vorschriften in Anwendung, welche ein administratives Strafverfahren voraussetzen.

§ 28. Bei den gerichtlichen Entscheidungen ist hinsichtlich der Höhe der in

den §§ 17, 18, 19 und 21 vorgeschriebenen Geldstrafen die von der Regierung festzusetzende Jahressteuer zum Grunde zu legen.

Ingleichen ist für die im § 24 bezeichnete Feststellung im gerichtlichen Verfahren die einzuholende Erklärung der Regierung maßgebend.

Die Entscheidung wegen der vorenthaltenen Steuer (§ 22) verbleibt in allen Fällen der Regierung.

---

§ 29. In den in den §§ 18 bis 21 gedachten Fällen können die zum Gewerbebetriebe im Umherziehen mitgeführten Gegenstände, soweit es zur Sicherstellung der Steuer, Strafe und der Kosten oder zum Beweise der strafbaren Handlung erforderlich ist, in Beschlag genommen werden.

---

§ 30. Bei der Untersuchung und Entscheidung wegen der im § 25 dieses Gesetzes bezeichneten strafbaren Handlungen findet eine Festsetzung der Strafe durch die Regierung (§ 27) nicht statt.

---

§ 31. Die in diesem Gesetze den Regierungen zugewiesenen Befugnisse und Obliegenheiten kommen gleichmäßig der Direktion für die Verwaltung der direkten Steuern in Berlin für deren Geschäftsbezirk zu.

---

§ 32. Die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (GS. S. 140) finden, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz etwas anderes bestimmt, auch auf die Steuer vom Gewerbebetriebe im Umherziehen Anwendung.

---

§ 33. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Oktober 1876 in Kraft. Die bisherigen Vorschriften über die Besteuerung des Gewerbebetriebes im Umherziehen, insbesondere die §§ 7, 8, 20 bis 24, 34 unter b, 40 und 42 unter a des Gewerbesteuergesetzes vom 30. Mai 1820 (GS. S. 147), die Bestimmungen der Beilage B. zu demselben Gesetze unter Littr. L., der § 20 und der § 21 unter 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1861, betreffend einige Abänderungen des Gesetzes wegen Entrichtung der Gewerbesteuer vom 30. Mai 1820 (GS. S. 697), das Regulativ über den Gewerbebetrieb im Umherziehen vom 28. April 1839 / 21. Mai 1844 (GS. S. 125), das Regulativ vom 4. Dezember 1836, den Gewerbebetrieb im Umherziehen betreffend (GS. für 1837 S. 14), die Allerhöchsten Kabinets-Ordres vom 6. Oktober 1829 (GS. für 1830 S. 1), vom 30. Juni 1833 (GS. S. 81), vom 14. Oktober 1833 (GS. S. 126), vom 31. Dezember 1836 (GS. 1837 S. 13), der § 4 des Gesetzes vom 5. Juni 1874, betreffend einige Abänderungen der Vorschriften über die Besteuerung der Gewerbe der Bäcker, Fleischer, Brauer, der Agenten der Versicherungsgesellschaften, der Kleiderhändler und des Gewerbebetriebes im Umherziehen (GS. S. 219), das Gesetz, betreffend den Gewerbebetrieb im Umherziehen in den Hohenzollernschen Landen vom 14. September 1857 (GS. für 1858 S. 9) und die §§ 4 und 5 des Gesetzes vom 25. März 1875, betreffend einige Aenderungen der direkten Steuern in den Hohenzollernschen Landen (GS. S. 181), werden vom 1. Oktober 1876 ab, vorbehaltlich der Anwendung auf frühere Fälle, außer Kraft gesetzt.

---

§ 34. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Gesetz,

betreffend

die anderweite Regelung der Grundsteuer.

Vom 21. Mai 1861.

Inhaltsverzeichnis.

		Paragraphen
I.	Einteilung der Grundsteuer . . .	1
II.	Gebäudesteuer	2
III.	Gleichstellung der Grundsteuer in den verschiedenen Provinzen des Staats	3
IV.	Beizubehaltende Grundsteuerfreiheiten	4
V.	Veranlagung zur Grundsteuer und Entschädigung der bisher befreiten und bevorzugten Grundstücke . .	5
VI.	Ermittelung des Reinertrages behufs Feststellung der Grundsteuer-Hauptsummen	6—7
VII.	Unterverteilung der Grundsteuer-Hauptsummen	8—9
VIII.	Uebergang steuerfreier Grundstücke in die Klasse der steuerpflichtigen und umgekehrt . .	10
IX.	Allgemeine Bestimmungen . .	11

Gesetz,

betreffend

die anderweite Regelung der Grundsteuer.

Vom 21. Mai 1861.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, zur Erledigung der in den Finanz-Edikten vom 27. Oktober 1810 und vom 7. September 1811 wegen der Grundsteuer erteilten Verheißungen, des darauf bezüglichen, im Eingange des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabenwesens vom 30. Mai 1820 enthaltenen Vorbehalts, sowie der Bestimmung im Artikel 101 der Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850, endlich zur Ausführung des Gesetzes vom 24. Februar 1850, die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen betreffend, für den Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

I. Einteilung der Grundsteuer.

§ 1. Die Grundsteuer zerfällt fortan:

a) in die von den Gebäuden und den dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten unter dem Namen „Gebäudesteuer" zu entrichtende Staatsabgabe und

b) in die eigentliche Grundsteuer, welche, mit Ausschluß der zu a bezeichneten, von den ertragfähigen Grundstücken — von den Liegenschaften — zu entrichten ist.

Von der Gebäudesteuer (zu a) werden nur solche Hausgärten betroffen, deren Flächeninhalt einen Morgen nicht übersteigt. Größere Hausgärten unterliegen mit ihrem ganzen Flächeninhalte der Grundsteuer von den Liegenschaften (zu b).

In den neuen Provinzen, nämlich in Hannover, Hessen-Nassau, Kurfürstentum Hessen, Schleswig-Holstein und Frankfurt a. M. ist die Grundsteuer durch Verordnung vom 24. Juni 1867 eingeführt worden; außerdem ist für diese Provinzen das Gesetz vom 11. Februar 1870 ergangen unter dem Titel „Gesetz, betr. die Ausführung der an-

derweiten Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie in dem Kreise Meisenheim."

II. Gebäudesteuer.

§ 2. Die Gebäudesteuer (§ 1 zu a) wird nach den Bestimmungen des über dieselbe erlassenen Gesetzes vom heutigen Tage erhoben.

Die Grundsteuer gehört ebenso wie die Gebäudesteuer zu den sogenannten Ertragssteuern, im Gegensatz zu den sogenannten Personalsteuern, wie bereits in der Einleitung zu den Steuergesetzen erwähnt ist. Diese Ertragssteuern sind, wie ebenfalls in der Einleitung dargelegt ist, keine staatlichen Steuern mehr, sondern sind den Gemeinden überwiesen und werden von diesen erhoben. Als Staatssteuern haben die Ertragssteuern erhebliche Mängel und stellen eine höchst unzureichende Besteuerung dar. Will man z. B., wie die Gerechtigkeit es eigentlich verlangt, die Schuldzinsen vom Ertrag abziehen, so läge darin ein Anreiz, recht viel Schulden zu machen bis zur vollen Höhe des Ertrages, sodaß dann eine Steuer überhaupt nicht mehr erhoben werden könnte. Zieht man aber die Schuldzinsen nicht ab, so wird dadurch wiederum die größte Ungleichheit in der Besteuerung verursacht, da selbstverständlich in Wirklichkeit die Schuldzinsen vom Ertrage bezahlt werden müssen und ein tiefverschuldetes Grundstück ebensoviel Steuern zahlen muß, wie etwa ein anderes schuldenfreies. Ferner hat die Ertragssteuer den Fehler, daß sie durch den Verkehr schnell abgewälzt wird und auch in dieser Richtung ganz den Charakter einer Reallast trägt. Derjenige, der das Grundstück kauft, kauft es um einen Preis, welcher den Wert des Grundstückes abzüglich der darauf ruhenden Lasten darstellt; zu diesen Lasten gehört aber auch die Grundsteuer. Die Grundsteuer trägt also garnicht der Käufer, der jetzige wirkliche Eigentümer, sondern der Vorbesitzer, das heißt, die Grundsteuer ist von dem wahren Eigentümer auf den Vorbesitzer abgewälzt. Diese Abwälzung tritt aber nur beim Kauf ein, nicht hingegen beim Erwerb durch Vererbung u. s. w.; also auch hier entsteht wieder Ungleichheit in der Verteilung der Grundsteuer.

Alle diese Mängel fallen aber fort, wenn man die Ertragssteuer von den Gemeinden erheben läßt. Denn in der Gemeinde sind die Verhältnisse des einzelnen Besitzers bekannt, und die Steuern können individuell geregelt werden. Als Gemeindesteuern sind sie z. B. das einzige Mittel, die außerhalb Wohnenden zur Steuer heranzuziehen. Hier endlich nehmen sie den Charakter von Gebühren an; denn meist spielt der Grundbesitz eine so bedeutende Rolle in der Gemeinde, daß

das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung zwischen dem zahlenden Besitzer und der Gemeinde klar hervortritt. Deshalb dürften sich die Ertragssteuern als Gemeindesteuern vortrefflich bewähren.

III. Gleichstellung der Grundsteuer in den verschiedenen Provinzen des Staats.

§ 3. Die Grundsteuer von den Liegenschaften (§ 1 zu b) wird für die gesamte Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande vom 1. Januar 1865 ab auf einen Jahresbetrag von zehn Millionen Thalern festgestellt. Dieser Betrag ist nach Verhältnis des zu ermittelnden Reinertrages der steuerpflichtigen Liegenschaften auf die einzelnen Provinzen, beziehungsweise die einzelnen, einem besonderen Grundsteuersystem unterliegenden ständischen Verbände gleichmäßig zu verteilen. Die hiernach jeder Provinz beziehungsweise jedem der bezeichneten Verbände zufallende Grundsteuerhauptsumme ist als ein Kontingent zu behandeln, welches der Staatskasse gegenüber nur durch den Zugang steuerpflichtig werdender oder den Abgang steuerfrei zu stellender Grundstücke (§§ 4 und 10), sonst aber nur im Wege der Gesetzgebung und nur in dem Falle erhöht oder vermindert werden kann, wenn die Bedürfnisse des Staats eine allgemeine Erhöhung der Grundsteuer notwendig machen, oder eine allgemeine Herabsetzung derselben gestatten. Innerhalb der Provinzen, beziehungsweise innerhalb der erwähnten ständischen Verbände, sind die festgestellten Grundsteuerhauptsummen auf die einzelnen Kreise, innerhalb dieser auf die Gemeinden und selbständigen Gutsbezirke, und innerhalb der Gemeinden auf die steuerpflichtigen Liegenschaften nach Verhältnis des Reinertrages gleichmäßig zu verteilen.

Die Grundsteuer ist eine sogenannte Repartitionssteuer oder kontingentierte Steuer; d. h. es ist ein bestimmter Sollbetrag festgesetzt, der durch die Steuer aufgebracht werden soll und entsprechend auf die einzelnen Provinzen verteilt wird. Der Sollbetrag der Grundsteuer ist für die alten Provinzen auf 30000000 Mk., für die neuen Provinzen auf 9600000 Mk. festgestellt. Es mag hier bemerkt werden, daß in anderen deutschen Staaten, so in Bayern, Baden, Württemberg und Hessen, die Grundsteuer nicht eine Repartitionssteuer, sondern eine Quotitätssteuer ist, d. h. eine solche Steuer, welche ohne vorherige Feststellung des Sollbetrages in bestimmten Quoten vom einzelnen erhoben wird.

IV. Beizubehaltende Grundsteuerfreiheiten.

§ 4.[1])

V. Veranlagung zur Grundsteuer und Entschädigung der bisher befreiten und bevorzugten Grundstücke.

§ 5. Alle übrigen bisher von der Grundsteuer befreiten oder hinsichtlich derselben bevorzugten Grundstücke sind vom 1. Januar 1865 ab mit dem nach Ausführung der Vorschrift im § 3 sich ergebenden Prozentsatze, dem für sie er-

[1]) Ueber Befreiung von der Grundsteuer vergleiche man jetzt § 24 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (abgedruckt im Bd. II).

mittelten Reinertrage entsprechend, zur Grundsteuer heranzuziehen.

Die Gewährung einer Entschädigung für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen erfolgt nach Maßgabe des dieserhalb erlassenen Gesetzes vom heutigen Tage.

VI. Ermittelung des Reinertrages behufs Feststellung der Grundsteuer-Hauptsummen.

§ 6. Die Ermittelung des Reinertrages der Liegenschaften zum Zwecke der Grundsteuerverteilung (§ 3) erfolgt nach den Vorschriften der beiliegenden Ausführungsanweisung.[1])

§ 7. Die Feststellung der den einzelnen Provinzen beziehungsweise ständischen Verbänden (§ 3) nach den Ergebnissen der stattgefundenen Ermittelung des Reinertrages der Liegenschaften (§ 6) aufzuerlegenden Grundsteuerhauptsummen geschieht durch eine Königliche Verordnung, mittels deren zugleich für die sechs östlichen Provinzen wegen der Unterverteilung und Erhebung der festgestellten Grundsteuerhauptsummen provisorisch das Erforderliche bestimmt wird.

Voraussetzung für eine befriedigende Regelung der Grundsteuer war eine gehörige Ordnung des Vermessungswesens, die Anlegung eines Katasters. Für die alten Provinzen wurde denn auch in den Jahren 1861—1864 mit außerordentlicher Schnelligkeit ein Kataster angelegt. Für die neuen Provinzen geschah die Anlegung des Katasters in den siebziger Jahren.

Was die in § 7 erwähnte Königliche Verordnung anbetrifft, so kommen hier in Betracht die Verordnung vom 12. Dezember 1864 betr. die Feststellung der den Provinzen und ständischen Verbänden aufzuerlegenden Grundsteuerhauptsummen und die provisorische Unterverteilung und Erhebung der letzteren in den 6 östlichen Provinzen sowie das Gesetz, betr. die definitive Unterverteilung und Erhebung der Grundsteuer in den 6 östlichen Provinzen und die Beschwerden wegen Grundsteuerüberbürdung vom 8. Februar 1867.

Gegenstand der Besteuerung bildet der nachhaltige Reinertrag bei gemeingewöhnlicher Bewirtschaftung, ohne Rücksicht auf die Lage und etwaige gewerbliche Anlagen. Bei Berechnung des Ertrages kommen drei Punkte in Betracht, nämlich:

1. der Flächeninhalt;
2. die Kulturart;
3. die Bodenqualität, bezüglich deren 8 Klassen unterschieden werden. Z. B. nimmt man an „Acker 3. Klasse 3 a groß".

VII. Unterverteilung der Grundsteuer-Hauptsummen.

§ 8. Ueber die definitive Unterverteilung und Erhebung der nach § 3 festgestellten Grundsteuerhauptsummen ergeht für die sechs östlichen Provinzen ein besonderes Gesetz, in welchem namentlich auch hinsichtlich der den Steuerpflichtigen

[1]) Die durch die Ausführung entstehenden Kosten fallen jetzt der Staatskasse zur Last.

bei Unglücksfällen zu bewilligenden Remissionen und darüber Bestimmung getroffen werden wird, ob und in welcher Weise die zu Reallasten und Servituten Berechtigten zu der Grundsteuer der verpflichteten Grundstücke beizutragen haben.

---

§ 9. Die Unterverteilung der festgestellten Grundsteuerhauptsummen auf die einzelnen steuerpflichtigen Liegenschaften erfolgt in den beiden westlichen Provinzen nach den Unterlagen des bestehenden Grundsteuerkatasters mit den durch Königliche Verordnung nach Anhörung der Provinziallandtage zu bestimmenden Maßgaben.

Das nach § 8 in Aussicht gestellte Gesetz ist bereits in der Anmerkung zu § 7 erwähnt.

VIII. Uebergang steuerfreier Grundstücke in die Klasse der steuerpflichtigen und umgekehrt.

§ 10. Wenn steuerfreie Grundstücke (§ 4) diejenige Eigenschaft verlieren, welche die Befreiung von der Grundsteuer bedingt, so sind sie vom ersten Tage des Monats ab, welcher auf den Monat folgt, in welchem die Veränderung eingetreten ist, zu dem nach Ausführung der Vorschrift in § 3 sich ergebenden Prozentsatze ihrem Reinertrage entsprechend mit Grundsteuer zu belegen.

Andererseits werden besteuerte Grundstücke, welche in die Klasse der im § 24 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (Gesetz-Samml. S. 152) bezeichneten steuerfreien Grundstücke übergehen, von der Fortentrichtung der auf ihnen haftenden Grundsteuer vom ersten Tage des Monats ob entbunden, welcher auf den Monat folgt, in welchem die die Steuerfreiheit begründende Veränderung eingetreten ist.

Werden Grundstücke mit Gebäuden besetzt, oder als Hofräume oder Hausgärten mit Gebäuden verbunden und dadurch gebäudesteuerpflichtig (§ 1), so hört ihre Grundsteuerpflichtigkeit mit dem Zeitpunkte auf, von welchem ab sie von der Gebäudesteuer betroffen werden; sowie umgekehrt die bis dahin der Gebäudesteuer unterworfenen Grundstücke von dem Zeitpunkte ab, wo sie aufhören gebäudesteuerpflichtig zu sein, zur Grundsteuer heranzuziehen sind.

Außerdem hört die Steuerpflichtigkeit besteuerter Grundstücke nur mit deren Untergange oder durch das Eintreten bleibender Ertragsunfähigkeit auf.

IX. Allgemeine Bestimmungen.

§ 11. Vom 1. Januar 1865 ab treten alle hinsichtlich der Grundsteuer bestehenden Vorschriften außer Kraft, welche den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes entgegenstehen oder sich mit denselben nicht vereinigen lassen.

§ 12. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und hat behufs derselben die erforderlichen Anweisungen zu erlassen.

Gesetz,

betreffend

die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer.

Vom 21. Mai 1861.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, für den Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und des Jade-Gebiets, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, was folgt:

§ 1. Die im § 2 des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer, angeordnete Gebäudesteuer tritt gleichzeitig mit der Steuer für die Liegenschaften § 1 b des gedachten Gesetzes in Hebung.

---

§ 2. Von dem in § 1 bestimmten Zeitpunkte ab werden außer Hebung gesetzt:

1. die zur Zeit in den ländlichen Ortschaften mehrerer Teile der östlichen Provinzen des Staates auf den Wohn- und sonstigen Gebäuden unter verschiedenen Benennungen ruhenden Grund- und Haussteuern und grundsteuerartigen Abgaben, soweit dieselben zur Staatskasse fließen;
2. diejenigen Grundsteuern und grundsteuerartigen Abgaben, welche in mehreren Teilen der östlichen Provinzen auf den Städten im ganzen oder auf den in den Städten und deren Feldmarken befindlichen Gebäuden ruhen, soweit dieselben zur Staatskasse fließen;
3. der nach § 6 des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabenwesens vom 30. Mai 1820 zu entrichtende städtische Servis;
4. die nach dem Gesetze vom 1. August 1855 (Gesetz-Samml. für 1855, S. 579) oder nach früheren Spezial-Verträgen den Städten an Stelle der Verpflichtung zur Tragung der Kriminalkosten auferlegten Renten;
5. der bisher an die Kämmereikasse in der Stadt Erfurt entrichtete sogenannte Realgeschoß (Gesamtbetrag der jetzigen städtischen Grundsteuer);
6. in den beiden westlichen Provinzen die Grundsteuer, welche nach Maßgabe der Katastral-Erträge auf die Gebäude und auf die zu denselben gehörigen Hofräume und Hausgärten (§ 1 des im § 1 erwähnten Gesetzes) veranlagt ist.

---

§ 3.[1])

---

§ 4. Die Veranlagung der Gebäudesteuer erfolgt dergestalt, daß jedes der

---

[1]) Ueber Befreiung von der Gebäudesteuer vergleiche man jetzt §§ 24, 26 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (abgedruckt im Bd. II).

Steuer unterliegende Gebäude nach Maßgabe seines jährlichen Nutzungswertes zu einer der in dem anliegenden Tarif bestimmten Steuerstufen eingeschätzt wird.

Trifft der ermittelte Nutzungswert zwischen zwei Stufen, so wird das Gebäude zu der geringeren eingeschätzt.

---

§ 5. Die Steuer beträgt jährlich:

1. für Gebäude, welche vorzugsweise zum Bewohnen und nur in Ansehung einzelner Räume zu gewerblichen Zwecken, z. B. zu Kauf- und Kramläden, Werkstätten u. s. w. benutzt werden; ferner für Schauspiel-, Ball-, Bade-, Gesellschaftshäuser und ähnliche Gebäude, vier vom Hundert des Nutzungswertes;
2. für solche Gebäude, welche ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe dienen, namentlich für Fabriken und Manufakturgebäude, Ziegel-, Kalk- und Gipsbrennereien, für Brauereien und Branntweinbrennereien, für Hammer- und Hüttenwerke, Schmieden und Schmelzöfen, Dampf-, Wasser- und Windmühlen, desgleichen für solche nicht zur Benutzung für die Landwirtschaft und Fabriken (§ 3 Nr. 7) bestimmte Keller, Speicher, Remisen, Scheunen und Ställe, welche als selbständige Gebäude betrachtet werden müssen, zwei vom Hundert des Nutzungswertes. Bei den genannten Gebäuden kommt jedoch nur der Mietswert des räumlichen Gelasses ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Triebwerke oder die darin befindlichen Maschinen oder Gerätschaften in Betracht.

---

§ 6. In den Städten, sowie in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen eine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird, ist der Nutzungswert (§ 4) der steuerpflichtigen Gebäude mit Einschluß der zu diesen gehörigen Hofräume und Hausgärten (§ 1 des im § 1 erwähnten Gesetzes) nach dem mittleren jährlichen Mietswert derselben festzustellen und letzterer nach den durchschnittlichen Mietspreisen abzumessen, welche innerhalb der dem Veranlagungsjahr unmittelbar vorangegangenen zehn Jahre in der Stadt oder Ortschaft bedungen worden sind.

§ 7. In den übrigen ländlichen Ortschaften sind, insoweit aus wirklichen Mietspreisen ein zureichender Anhalt für die Feststellung des Nutzungswertes der Gebäude nicht zu gewinnen ist, zu diesem Behuf neben der Größe, Bauart und Beschaffenheit der Gebäude und neben der Größe und Beschaffenheit der zu den Gebäuden gehörigen Hofräume und Hausgärten (§ 1 des im § 1 erwähnten Gesetzes), auch die Gesamtverhältnisse der zu denselben gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke zu berücksichtigen.

In der Regel sind

1. die Wohngebäude, welche zu ländlichen Grundstücken von so geringem Ertrage gehören, daß deren Besitzer zu ihrem Unterhalt noch anderweiten Verdienst durch Tagelohn oder diesem ähnliche Lohnarbeit suchen müssen, ingleichen die Wohngebäude der kleinen Handwerker, Fabrikarbeiter u. s. w. in eine der Stufen 1 bis 6 einzuschätzen;
2. die Wohngebäude, welche zu solchen selbständigen ländlichen Besitzungen gehören, deren wirtschaftlicher Reinertrag nach ungefährer Schätzung durchschnittlich weniger als 1000 Rthlr. jährlich beträgt, zu den Stufen von 7 bis 22;
3. die Wohngebäude, welche zu solchen größeren ländlichen Besitzungen gehören, deren wirtschaftlicher Reinertrag auf 1000 Rthlr. jährlich oder darüber geschätzt wird, zu den Stufen 17 bis 37 des Tarifs zu veranlagen.

Diese Wohngebäude dürfen niemals in eine höhere Stufe eingeschätzt werden, als Wohngebäude von gleicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in den nächstbelegenen Landstädten.

---

§ 8. Bei der Veranlagung der Gebäude in den im § 7 gedachten Ortschaften sind außerdem nachstehende Vorschriften zu beachten:

1. zu der ersten Stufe des Tarifs sind in der Regel die Wohngebäude von geringem Werte einzuschätzen, zu welchen gar keine oder nur kleine Grundstücke von geringem Ertrage gehören, und welche nur für eine Familie Wohnungsräume darbieten;

2. gehören zu einer ländlichen Besitzung mehrere Wohngebäude, so wird nur das Hauptwohngebäude zu der den Gesamtverhältnissen der Besitzung entsprechenden Stufe des Tarifs eingeschätzt. Die übrigen zu derselben Besitzung gehörenden Wohngebäude, wie Pächter-, Inspektoren-, Hofmeister-, Försterwohnungen, Gesinde-, Tagelöhner-, Drescherhäuser u. s. w. sind mit Berücksichtigung ihres Umfangs und ihrer Wohnungsräume zu einer Stufe von 1 bis 6 einzuschätzen. Eine über diese Sätze hinausgehende Besteuerung nach dem Mietswerte ist bei solchen Gebäuden nur dann zulässig, wenn dieselben an Personen vermietet werden, welche weder zur Bewirtschaftung der Besitzung bestimmt sind, noch im Dienste des Besitzers derselben stehen;
3. solche Land- und Gartenhäuser, welche nur zum Sommeraufenthalt bestimmt sind, werden ohne Rücksicht auf den Umfang und Ertragswert der dazu gehörigen nutzbaren Ländereien nach Maßgabe ihrer Größe, Bauart und Einrichtung eingeschätzt;
4. die außer den Wohngebäuden der Steuer unterliegenden, im § 5 zu 1 und 2 bezeichneten Gebäude, imgleichen die zu andern als den in Verbindung mit Landwirtschaft betriebenen Fabriken und ähnlichen Anlagen gehörigen Wohngebäude werden in diejenige Stufe eingeschätzt, in welche die Gebäude von derselben Art und von gleichem oder ähnlichem Umfange in denjenigen Städten eingeschätzt sind, welche zum Zwecke der Vergleichung nach Anhörung des Provinzial-Landtages für jenen Kreis bezeichnet werden;
5. für jede Provinz sind nach Vernehmung des Provinzial-Landtages die Merkmale zusammenzustellen, nach welchen die steuerpflichtigen Gebäude mit Berücksichtigung der in der Provinz obwaltenden Verhältnisse in die verschiedenen Stufen des Tarifs eingeschätzt werden sollen.

---

§ 9. Die Veranlagung der Gebäudesteuer geschieht unter der Leitung der Bezirksregierung innerhalb zu bildender Veranlagungsbezirke durch Kommissionen unter dem Vorsitz besonderer Ausführungskommissarien. Die Zahl der Mitglieder dieser Kommissionen wird mit Rücksicht auf den Umfang des Veranlagungsbezirks und die Anzahl der dazu gehörigen Städte von der Bezirksregierung bestimmt.

Die Mitglieder werden von der kreisständischen Versammlung, für solche Städte jedoch, welche einen Veranlagungsbezirk für sich bilden, von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Bei der Wahl durch die kreisständische Versammlung ist darauf zu sehen, daß die dem Veranlagungsbezirke angehörigen Städte angemessen vertreten werden, auch kann einzelnen dieser Städte von der Bezirksregierung das Recht beigelegt werden, durch die Stadtverordnetenversammlung ein Mitglied der Veranlagungskommission wählen zu lassen.

---

§ 10. Die Beschlüsse der Veranlagungskommission werden nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Im Fall einer Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Dem letzteren steht auch das Recht zu, gegen die Beschlüsse der Veranlagungskommission die Berufung an die Bezirksregierung einzulegen, welche die Veranlagungskommission nochmals zu hören und demnächst die Entscheidung zu treffen hat, an welche sodann die Kommission gebunden ist.

Das Ergebnis der Veranlagung wird den Gebäudeeigentümern durch Offenlegung der Veranlagungsnachweisung und durch Zufertigung von Auszügen aus derselben bekannt gemacht.

Die gedachten Auszüge müssen unter spezieller Bezeichnung der zur Veranlagung gekommenen Gebäude die für diese in Ansatz gebrachten Mietswerte und die den Gebäuden auferlegten Gebäudesteuerbeträge enthalten. Die Veranlagungsnachweisungen sind während eines Zeitraums von mindestens vierzehn Tagen offen zu legen.

Reklamationen gegen die geschehene Veranlagung dürfen nur binnen einer Präklusivfrist von vier Wochen, vom Empfang des Auszugs aus der Veranlagungsnachweisung an gerechnet, bei dem Ausführungskommissar des Veranlagungsbezirks angebracht werden, was den Beteiligten besonders zu eröffnen ist.

---

§ 11. Ueber die Reklamationen (§ 10) entscheidet nach Vernehmung des Gutachtens der Veranlagungskommission die Regierung. Gegen die Entscheidung derselben steht dem Reklamanten innerhalb einer Präklusivfrist von sechs Wochen nach dem Empfange der Entscheidung der Rekurs an den Finanzminister offen.

Die durch die Untersuchung unbegründeter Reklamationen entstandenen Kosten sind von dem Reklamanten zu erstatten.

§ 12. Der Finanzminister, welchem die oberste Leitung des gesamten Veranlagungsgeschäfts zusteht, ist befugt, von den Veranlagungsarbeiten durch besondere Kommissarien an Ort und Stelle Einsicht nehmen zu lassen, die zur Herstellung der erforderlichen Gleichmäßigkeit notwendigen Anordnungen zu treffen, auch etwaige Irrtümer und Verstöße gegen die Veranlagungsvorschriften von Amtswegen zu berichtigen.

§ 13. Die Kosten der Gebäudesteuerveranlagung fallen der Staatskasse zur Last. Jedoch sind von den Gemeinden, beziehungsweise den Besitzern selbständiger Gutsbezirke ꝛc., auf deren Kosten die zur Ausführung des Veranlagungsgeschäfts erforderlichen Vorarbeiten, insbesondere Nachweisungen und Beschreibungen von Gebäuden zu beschaffen.

Alle Behörden, Gemeinden und Privatpersonen sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen Zeichnungen, Risse, Pläne, Taxen und sonstigen Schriftstücke, welche bei der Ausführung des Veranlagungsgeschäfts von Nutzen sein können, den damit beauftragten Kommissarien auf deren Erfordern zur Einsicht und Benutzung vorzulegen.

Die Mitglieder der Kommissionen erhalten für Geschäfte außerhalb ihres Wohnorts Reise- und Tagegelder, welche nach §§ 1b und 2 der Verordnung vom 4. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 201) festgesetzt werden.

§ 14. Die Gebäudesteuer wird überall nach Maßgabe der für die Grundsteuer bestehenden Bestimmungen erhoben.

§ 15. Um die aufzustellenden Gebäudesteuerrollen bei der Gegenwart zu erhalten, müssen darin alle Veränderungen nachgetragen werden, welche dadurch entstehen, daß

1. in dem Eigentumsverhältnis der Gebäude ein Wechsel eintritt;
2. bisher steuerpflichtige Gebäude in die Klasse der steuerfreien oder bisher steuerfreie Gebäude in die Klasse der steuerpflichtigen übergehen;
3. Gebäude durch Veränderung ihrer Bestimmung aus der § 5 Nr. 2 bezeichneten Klasse in die § 5 Nr. 1 bezeichnete Gebäudeklasse übergehen und umgekehrt;
4. Gebäude neu entstehen oder gänzlich eingehen;
5. besteuerte Gebäude durch Veränderung in ihrer Substanz, namentlich durch das Aufsetzen oder Abnehmen eines Stockwerks, oder durch das Anbauen oder Abbrechen eines Gebäudeteils, durch Vergrößerung oder durch gänzliche oder teilweise Abtrennung der dazu gehörigen Hofräume und Gärten an Nutzungswert gewinnen oder verlieren.

§ 16. Die Eigentümer oder Nutznießer der Gebäude sind verpflichtet, die im § 15 gedachten Veränderungen den mit der Fortführung der Gebäudesteuerrollen beauftragten Beamten schriftlich oder protokollarisch anzuzeigen und die zur Berichtigung der Rolle erforderlichen Nachrichten beizubringen.

§ 17. Ist die Anzeige von dem Wechsel in dem Eigentum (§ 15 zu 1) nicht erfolgt, so wird die veranlagte Gebäudesteuer von dem in der Rolle eingetragenen Eigentümer bis für den Monat einschließlich forterhoben, in welchem die zur Fortschreibung und Berichtigung der Rolle erforderliche Anzeige geschieht, ohne daß dadurch der neue Besitzer von der auch ihm gesetzlich obliegenden Verhaftung für die Gebäudesteuer entbunden wird.

Ist die Anzeige von einer Aenderung unterlassen, welche eine Steuerverminderung oder die Freiheit von der Steuer begründet (§ 15 zu 2 bis 5), so wird die Steuer ebenfalls bis für den Monat einschließlich forterhoben, in welchem die Anzeige erfolgt.

Neu entstandene Gebäude (§ 15 zu 4), desgleichen wesentliche Verbesserungen von Gebäuden, sowie Vergrößerungen der zu

ihnen gehörigen Hofräume u. s. w. (§ 15 zu 5) sind spätestens drei Monate nach Ablauf des Rechnungsjahres anzumelden, in welchen die Veränderungen eingetreten ist; Veränderungen in der Einrichtung oder Benutzung der im § 5 Nr. 2 gedachten Gebäude, wodurch dieselben in die § 5 Nr. 1 erwähnte Gebäudeklasse übertreten, sind binnen drei Monaten nach Ablauf des Jahres, in welchem die Veränderung eingetreten ist, anzumelden. Wer die Anmeldung unterläßt, verfällt, wenn dadurch Steuer vorenthalten ist, in eine dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer gleichkommende Geldbuße, in den übrigen Fällen in eine Geldbuße von zehn Silbergroschen bis fünf Thaler.

Die Untersuchung und Entscheidung steht dem Gerichte zu, wenn nicht derjenige, welcher der Verletzung einer der vorstehenden Vorschriften beschuldigt wird, binnen einer von dem Landrat beziehungsweise Gemeindevorstand zu bestimmenden Frist den ihm bekannt gemachten Strafbetrag nebst der etwa zu erlegenden Steuer und die durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten freiwillig zahlt.

---

§ 18. Als Beitrag zu den Fortschreibungskosten haben die Eigentümer der Gebäude, in deren Eigentumsverhältnis ein Wechsel eintritt (§ 15 Nr. 1), nach der näheren Bestimmung des Finanzministers, eine Gebühr zu entrichten, welche den Betrag von 5 Sgr. für eine zu bewirkende Fortschreibung in keinem Falle übersteigen darf.

---

§ 19.[1])

3. Für solche Gebäude, welche durch Brand, Ueberschwemmung oder sonstige Naturereignisse vollständig zerstört oder von ihrem Eigentümer gänzlich abgebrochen worden sind, wird die Gebäudesteuer von dem ersten Tage desjenigen Monats ab, in welchem die Zerstörung erfolgt oder der Abbruch vollendet ist, abgesetzt.
4. Geht durch Ereignisse der zu 3 gedachten Art der Jahresertrag eines solchen Gebäudes ganz oder teilweise verloren, so ist, sofern der erlittene Verlust den dritten Teil des jährlichen Nutzungswerts des Gebäudes erreicht oder übersteigt, ein dem Verhältnis des stattgefundenen Verlustes entsprechender Teil, nach Umständen der ganze Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu erlassen.
5. Dieser ganze Betrag ist auch dann zu erlassen, wenn ein Gebäude erweislich während eines ganzen Jahres unbenutzt geblieben ist.

---

§ 20. Die Gebäudesteuerveranlagung wird alle fünfzehn Jahre einer Revision unterworfen, bei deren Ausführung die im gegenwärtigen Gesetze enthaltenen Vorschriften ebenfalls zur Anwendung kommen.

---

§ 21. 1. Denjenigen Städten und den Besitzern derjenigen städtischen Grundstücke, deren grundsteuerartige Abgaben (Orbeeden, Fundschoß) innerhalb der letzten zwanzig Jahre abgelöst worden sind, sollen die an die Staatskasse bezahlten Ablösungskapitalien aus dieser erstattet werden.

2. Der Stadt Erfurt wird an Stelle des bisher an die Kämmereikasse entrichteten Realgeschosses (§ 2 zu 5) der für das Jahr 1861 zur Solleinnahme gestellt gewesene Gesamtbetrag des letzteren und der bis zur Aufhebung des Realgeschosses ohne Veränderung in dem System der jetzigen Steuerveranlagung oder des Prozentsatzes der Steuer sich ergebende Zuwachs als eine auf Verlangen des Fiskus mit dem zwanzigfachen Betrage in barem Gelde ablösliche Staatsrente gezahlt.
3. Ist in Gemäßheit des § 6 des Abgabengesetzes vom 30. Mai 1820 der von einer Stadt an die Staatskasse abzuführende Servisbeitrag den städtischen Grundstücken als Grundsteuer auferlegt, so wird den Eigentümern der vom Realservise freige-

---

[1]) Ueber den Beginn der Heranziehung neu erbauter oder vom Grunde aus wieder aufgebauter Gebäude, sowie der Steuererhebung infolge von Verbesserungen der Gebäude vergleiche man jetzt § 26 Abs. 4 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 (abgedruckt im Bd. II).

bliebenen Gebäude, sofern die Freiheit sich auf einen speziellen Rechtstitel gründet, als Entschädigung für die Aufhebung dieser Freiheit aus der Staatskasse der zwanzigfache Betrag desjenigen Beitrags bezahlt, mit welchem die betreffenden Gebäude, wenn ihnen nicht die Freiheit vom Realservise zugestanden hätte, zu letzterem jährlich herangezogen sein würden. Bleibt jedoch die neu auferlegte Gebäudesteuer (§ 4) hinter diesem Beitrag zurück, so wird nur der zwanzigfache Betrag der neuen Gebäudesteuer in barem Gelde als Entschädigung aus der Staatskasse gewährt.

4. In derselben Art werden in allen übrigen Ortschaften die Eigentümer von Gebäuden entschädigt, deren seitherige Haus- oder Grundsteuerfreiheit auf einem speziellen Rechtstitel beruht.

---

§ 22. Die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetz-Samml. für 1840, S. 140) nebst den dazu ergangenen Erläuterungen und Abänderungen finden, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz etwas anderes bestimmt, auch auf die Gebäudesteuer Anwendung.

---

§ 23. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und hat behufs derselben die erforderlichen Anweisungen zu erlassen.

Tarif zur Veranlagung der Gebäudesteuer.

(Zu § 4.)

Steuerstufe	Jährlicher Nutzungswert der Gebäude bis Mark	Jahressteuer nach § 5 zu 1 ℳ	₰	nach § 5 zu 2 ℳ	₰
1.	12		40		20
2.	18		60		30
3.	24		80		40
4.	36	1	20		60
5.	45	1	80		90
6.	60	2	40	1	20
7.	75	3		1	50
8.	90	3	60	1	80
9.	105	4	20	2	10
10.	120	4	80	2	40
11.	135	5	40	2	70
12.	150	6		3	
13.	180	7	20	3	60
14.	210	8	40	4	20
15.	240	9	60	4	80
16.	270	10	80	5	40
17.	300	12		6	
18.	360	14	40	7	20
19.	420	16	80	8	40
20.	480	19	20	9	60
21.	540	21	60	10	80
22.	600	24		12	
23.	675	27		13	50
24.	750	30		15	
25.	825	33		16	50
26.	900	36		18	
27.	975	39		19	50
28.	1050	42		21	
29.	1125	45		22	50
30.	1200	48		24	
31.	1350	54		27	
32.	1500	60		30	
33.	1650	66		33	
34.	1800	72		36	
35.	1950	78		39	
36.	2100	84		42	
37.	2250	90		45	
38.	2400	96		48	
39.	2550	102		51	
40.	2700	108		54	
41.	2850	114		57	
42.	3000	120		60	
43.	3300	132		66	

Bis 6000 Mark steigt jede Stufe um je 3000 Mark, von 6000 Mark und weiter um je 600 Mark.

Stempelsteuergesetz.

Vom 31. Juli 1895.

(Gesetz-Sammlung von 1895, Nr. 33 S. 413—474. Ausgegeben zu Berlin, den 24. August 1895.)

Inhaltsverzeichnis.

Paragraphen

I. Abschnitt.

Von der Pflicht zur Entrichtung der Stempelsteuer.

Gegenstand der Stempelsteuer 1
Verhältnis des Auslandes zum Inlande 2
Allgemeine Grundsätze über die Stempelpflichtigkeit 3
Sachliche Stempelsteuerbefreiungen . . 4
Persönliche Stempelsteuerbefreiungen . 5
Wertermittelung 6
Verpflichtung der Privatpersonen, Behörden und Beamten zur Auskunfterteilung; amtliches Ermittelungsverfahren 7
Unbestimmtheit des Wertes des Gegenstandes 8
Versteuerung mehrerer über denselben Gegenstand ausgestellter Urkunden . 9
Versteuerung mehrerer in derselben Urkunde enthaltener Gegenstände . . . 10
Mindestbetrag der Stempelsteuer und Abstufungen derselben 11
Verpflichtung zur Zahlung der Stempelsteuer 12
Haftbarkeit für die Stempelsteuer . . 13

II. Abschnitt.

Von der Erfüllung der Stempelpflicht und den Folgen der Nichterfüllung.

Art der Erfüllung der Stempelpflicht . 14
Zeit der Stempelverwendung bei den von Behörden und Beamten aufgenommenen Verhandlungen 15
Zeit der Stempelverwendung bei Verhandlungen der Privatpersonen . . 16

Paragraphen

Festsetzung von Geldstrafen gegen Privatpersonen 17
Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Privatpersonen 18
Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Beamte und Notare 19
Straffreiheit 20
Strafverfahren 21
Strafvollstreckung 22
Verjährung der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung 23

III. Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

Ersatz für die vor dem Verbrauch verdorbenen Stempelzeichen 24
Erstattung bereits verwendeter Stempel 25
Rechtsweg 26
Verjährung der Stempelsteuer 27
Berechnung der Fristen 28
Kosten 29
Verwaltung der Stempelsteuer 30
Aufsichtsführung 31
Anfertigung, Verkauf und Verwendung von Stempelzeichen und Anlegung von Verzeichnissen 32
Unbefugter Handel mit Stempelzeichen 33
Uebergangsbestimmungen 34
Aufrechterhaltung und Aufhebung älterer Bestimmungen 35
Schlußbestimmung 36

Anlage zum Stempelsteuergesetz.
Tarif.

Stempelsteuergesetz.

Vom 31. Juli 1895.

(Gesetz-Sammlung von 1895, Nr. 33 S. 413—474. Ausgegeben zu Berlin, den 24. August 1895.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtages, für den Umfang der Monarchie mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und der Insel Helgoland, was folgt:

I. Abschnitt.

Von der Pflicht zur Entrichtung der Stempelsteuer.

Gegenstand der Stempelsteuer.

§ 1. Die in dem anliegenden Tarif aufgeführten Urkunden unterliegen den darin bezeichneten Stempelabgaben.

Stempelpflichtig sind Urkunden, welche mit dem Namen oder der Firma des Ausstellers unterzeichnet sind, insoweit nicht dieses Gesetz oder der Tarif entgegenstehende Bestimmungen enthält. Den unterschriftlich vollzogenen Urkunden stehen diejenigen gleich, unter welchen der Name oder die Firma des Ausstellers in seinem Auftrage unterschrieben oder mit seinem Wissen oder Willen durch Stempelaufdruck, Lithographie oder in irgend einer anderen Art mechanisch hergestellt ist.

Ergiebt sich die Einigung über ein Geschäft aus einem Briefwechsel oder einem Austausch sonstiger schriftlicher Mitteilungen, so wird in der Regel ein Stempel hierfür nicht erhoben. In einem solchen Falle tritt aber die Verpflichtung zur Entrichtung des betreffenden Stempels dann ein, wenn nach der Verkehrssitte über das Geschäft ein förmlicher schriftlicher Vertrag errichtet zu werden pflegt, diese Errichtung indessen nicht stattgefunden hat und von den Beteiligten beabsichtigt ist, durch den Briefwechsel oder den Austausch der sonstigen schriftlichen Mitteilungen die Aufnahme eines solchen Vertrages zu ersetzen.

Verhältnis des Auslandes zum Inlande.

§ 2. Der Stempelsteuer unterliegen auch die von Inländern oder von Ausländern im Auslande errichteten Urkunden über Geschäfte, welche im Inlande befindliche Gegenstände betreffen oder welche im Inlande zu erfüllen sind.

Inland im Sinne dieses Gesetzes und des Tarifs ist der Geltungsbereich dieses Gesetzes.

Bei den Tarifstellen 53 und 55 ist eine Unterschrift nicht notwendig. Auch das Handzeichen ist als Unterschrift anzusehen.

Nicht stempelpflichtig ist z. B. eine Cessions-Urkunde, welche im Ausland über eine inländische Hypothekenforderung ausgestellt ist.

Allgemeine Grundsätze über die Stempelpflichtigkeit.

§ 3. Die Stempelpflichtigkeit einer Urkunde richtet sich nach ihrem Inhalt.

Für die Stempelpflichtigkeit ist die Hinzufügung von Bedingungen, die Wiederaufhebung und die unterbliebene Ausführung des Geschäfts — vorbehaltlich entgegenstehender Bestimmungen des Gesetzes oder des Tarifs — sowie die Vernichtung der Urkunde ohne Bedeutung.

Urkunden, in denen ein Geschäft nur in der Form der Verdeutlichung oder Begründung einer anderen Erklärung erwähnt wird, sind in Ansehung jenes Geschäfts stempelpflichtig, wenn die Absicht auf die Beurkundung desselben gerichtet gewesen ist.

Wenn ein Vertrag irrtümlich nicht so beurkundet worden ist, wie es nach dem erklärten Willen der Parteien hätte geschehen müssen, so ist der Stempel nicht auf Grund der irrigen Beurkundung, sondern auf Grund des wirklichen Parteiwillens zu berechnen.

Sachliche Stempelsteuerbefreiungen.

§ 4. Von der Stempelsteuer sind befreit:

a) Urkunden über Gegenstände, deren Wert nach Geld geschätzt werden kann, wenn dieser Wert 150 Mark nicht übersteigt, insoweit nicht der Tarif entgegenstehende Bestimmungen enthält;

b) Urkunden, welche wegen Bestimmung des Betrages öffentlicher Abgaben und Einziehung derselben und überhaupt wegen Leistungen an den Fiskus des Deutschen Reiches oder des Preußischen Staates infolge allgemeiner Vorschriften aufgenommen oder beigebracht werden müssen, sofern sie allein zu diesem Zwecke dienen;

c) die auf die Heeresergänzung und die Befreiung von dem Heeresdienste sowie von den Reserve- und Landwehrübungen bezüglichen amtlichen Urkunden;

d) die von der Auseinandersetzungsbehörde und deren Abgeordneten oder im Auftrage und auf Ersuchen derselben von anderen Behörden, wie auch in den vorgesetzten Instanzen gepflogenen Verhandlungen und zwar sowohl über den Hauptgegenstand der Auseinandersetzung, als auch über die damit verbundenen Nebenpunkte, einschließlich aller hierzu gehöriger Urkunden, desgleichen Urkunden, die von anderen Behörden auf Antrag der Parteien ausgestellt werden, sofern sich letztere über die ihnen von der Auseinandersetzungsbehörde oder einem Abgeordneten derselben gemachte Auflage zur Beibringung solcher Urkunden ausweisen;

e) Urkunden wegen Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohls zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind (Enteignungen), ohne Unterschied, ob die Besitzveränderung selbst durch Enteignungsbeschluß oder durch freiwillige Veräußerungsgeschäfte bewirkt wird;

f) Abschriften, Auszüge und Bescheinigungen jeder Art aus den bei der Katasterverwaltung geführten beziehungsweise aufbewahrten Karten und sonstigen Schriftstücken;

g) Verfügungen und Verhandlungen der Schiedsmänner, soweit die Stempelpflichtigkeit derselben in der Tarifstelle „Vergleiche“ nicht ausdrücklich

angeordnet ist (vergleiche auch § 13 Buchstaben a und § 15);

h) alle Urkunden über Gegenstände, denen durch frühere Gesetze oder landesherrliche Privilegien Stempelfreiheit bewilligt worden ist.

Die Befreiung zu a findet auch auf diejenigen Vollmachten Anwendung, aus deren Inhalt der Wert des Gegenstandes nicht ersichtlich ist, sofern nachgewiesen wird, daß der Wert den Betrag von 150 Mark nicht übersteigt.

Persönliche Stempelsteuerbefreiungen.

§ 5. Von der Entrichtung der Stempelsteuer sind befreit:

a) der König, die Königin und die Königlichen Witwen;

b) der Fiskus des Deutschen Reiches und des Preußischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Reiches oder des Preußischen Staates verwaltet werden oder diesem gleichgestellt sind;

c) deutsche Kirchen und andere deutsche Religionsgesellschaften, denen die Rechte juristischer Personen zustehen;

d) öffentliche Armen-, Kranken-, Arbeits- und Besserungsanstalten, ferner öffentliche Waisenhäuser, vom Staate genehmigte Hospitäler und andere Versorgungsanstalten, ferner vom Staate genehmigte Vereine für die Kleinkinderbewahranstalten, sowie Stiftungen, welche als milde ausdrücklich anerkannt sind;

e) öffentliche Schulen und Universitäten;

f) Gemeinden (Gutsbezirke) und Verbände von solchen in Armen-, Schul- und Kirchenangelegenheiten;

g) Aktiengesellschaften, Genossenschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung, deren durch Statut bestimmter Zweck ausschließlich darauf gerichtet ist, unbemittelten Familien gesunde und zweckmäßig eingerichtete Wohnungen in eigens erbauten oder angekauften Häusern zu billigen Preisen zu verschaffen und deren Statut die an die Gesellschafter zu verteilende Dividende auf höchstens vier Prozent ihrer Anteile beschränkt, auch den Gesellschaftern für den Fall der Auflösung der Gesellschaft nicht mehr als den Nennwert ihrer Anteile zusichert, den etwaigen Rest des Gesellschaftsvermögens aber für gemeinnützige Zwecke bestimmt.

Dem Staatsoberhaupte und dem Fiskus anderer Staaten als des Deutschen Reiches und des Preußischen Staates sowie den öffentlichen Anstalten und Kassen, die für Rechnung eines solchen anderen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, und den Chefs der bei dem Deutschen Reiche oder bei Preußen beglaubigten Missionen kann die Stempelsteuerbefreiung gewährt werden, wenn der betreffende Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

In den Fällen zu d bis g erstreckt sich die Stempelsteuerbefreiung nur auf inländische Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w. Diese Befreiung kann jedoch auch ausländischen Anstalten, Stiftungen, Vereinen u. s. w. gewährt werden, wenn der betreffende Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

Die außerdem gewissen Personen, Behörden, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereinen u. s. w. durch frühere Gesetze oder landesherrlichen Privilegien bewilligten Steuerbefreiungen bleiben auch fernerhin in Kraft.

Die nach den vorstehenden Bestimmungen von der Stempelsteuer befreiten Personen, Behörden, Gesellschaften, Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w. sind nicht befugt, diese Befreiung den Privatpersonen, mit welchen sie Verträge eingehen, einzuräumen, wenn diese Personen an sich nach gesetzlicher Vorschrift zur Entrichtung des Stempels verbunden sind.

Bei allen zweiseitigen Verträgen mit solchen Personen muß für den Vertrag die Hälfte des Stempels und für die Nebenausfertigungen außerdem der vorgeschriebene Stempel (§ 9) entrichtet werden.

Bei Verträgen über Lieferungen an den Fiskus des Deutschen Reiches oder des Preußischen Staates und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Reiches oder des Preußischen Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind, hat der Lieferungsübernehmer den vollen Betrag des Stempels zu entrichten.

Ueber die Zulässigkeit der im zweiten und dritten Absatz erwähnten Stempelsteuerbefreiungen entscheidet der Finanzminister. Die Stempelfreiheit, welche die königlichen Prinzen genießen, gründet sich auf eine Kabinetsordre.

Wertermittelung.

§ 6. Die Ermittelung des Wertes eines Gegenstandes zum Zwecke der Berechnung der Stempelsteuer ist auf den gemeinen Wert desselben zur Zeit der Beurkundung des Geschäfts zu richten.

Ist einem der Vertragschließenden ein Wahlrecht oder die Befugnis eingeräumt, innerhalb bestimmter Grenzen den Umfang der Leistung zu bestimmen, so wird die Stempelsteuer nach dem höchstmöglichen Werte des Gegenstandes des Geschäfts berechnet. Ist die Leistung nicht bis zu den bestimmten Grenzen erfolgt, so wird nach Ausführung des Geschäfts die gezahlte Stempelsteuer bis auf den der wirklichen Leistung entsprechenden Betrag erstattet.

Bei Geldforderungen ist der aus der stempelpflichtigen Urkunde ersichtliche Geldbetrag, bei Kurs habenden Wertpapieren der Tageskurs als Wert anzusehen.

Die Umrechnung der in anderer als Reichswährung angegebenen Summen erfolgt nach den für die Erhebung des Wechselstempels vom Bundesrat festgesetzten Mittelwerten und, insoweit solche nicht bestimmt worden sind, nach dem laufenden Kurse.

Der Wert des Besitzes einer Sache ist in der Regel dem Werte der Sache gleich zu achten.

Der Wert eines Pfandrechts oder der Sicherstellung einer Forderung richtet sich nach dem Betrage der Forderung; hat der Gegenstand des Pfandrechts einen geringeren Wert, so ist dieser maßgebend.

Der Wert einer Grunddienstbarkeit wird durch den Wert, welchen dieselbe für das herrschende Grundstück hat, und wenn der Betrag, um welchen sich der Wert des dienenden Grundstücks durch die Dienstbarkeit mindert, größer ist, durch diesen Betrag bestimmt.

Der einjährige Wert von Nutzungen wird, wenn nicht aus der Urkunde ein höherer oder niederer Prozentsatz hervorgeht oder sonst festgestellt werden kann, zu vier vom Hundert des Wertes des Gegenstandes, welcher die Nutzung gewährt, angenommen.

Bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen ist das Fünfundzwanzigfache ihres einjährigen Betrages, bei Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer, sofern nicht die Vorschriften in den beiden nächstfolgenden Absätzen Anwendung finden oder anderweite die längste Dauer begrenzende Umstände in der Urkunde angegeben sind, das Zwölfeinhalbfache des einjährigen Betrages als Wert anzusehen.

Der Wert von Nutzungen oder Leistungen auf Lebenszeit bestimmt sich nach dem zur Zeit ihres Anfanges erreichten Lebensalter der Person, bei deren Tode die Nutzung oder Leistung erlischt, und wird bei einem Lebensalter derselben

von 15 Jahren oder weniger							auf das	18fache
über 15	Jahre	bis zu	25	Jahren			auf das	17 „
„ 25	„	„	„ 35	„			„	16 „
„ 35	„	„	„ 45	„			„	14 „
„ 45	„	„	„ 55	„			„	12 „
„ 55	„	„	„ 65	„			„	8½ „
„ 65	„	„	„ 75	„			„	5 „
„ 75	„	„	„ 80	„			„	3 „
„ 80	„						auf das	2 „

des Wertes der einjährigen Nutzung oder Leistung angenommen.

Ist die Dauer der Nutzungen oder Leistungen von der Lebenszeit mehrerer Personen dergestalt abhängig, daß beim Tode der zuerst versterbenden die Nutzung oder Leistung erlischt, so ist für die nach den Bestimmungen im vorigen Absatz vorzunehmende Wertermittelung das Lebensalter der ältesten Person maßgebend. Wenn die Nutzung oder Leistung bis zum Tode der letztversterbenden Person fortdauert, erfolgt die Berechnung nach dem Lebensalter der jüngsten Person.

Der Gesamtwert der auf bestimmte Zeit eingeschränkten Nutzungen oder Leistungen ist unter Zugrundelegung eines vierprozentigen Zinsfußes nach der beigefügten Hilfstabelle zu ermitteln. Ist jedoch die Dauer der Nutzung oder Leistung noch außerdem durch die Lebenszeit einer oder

mehrerer Personen bedingt, so darf der nach den Bestimmungen der beiden vorhergehenden Absätze zu berechnende Wert nicht überschritten werden.

Die in einer anderen, als der Reichswährung ausgedrückten Summen werden nach den für die Erhebung des Wechselstempels vom Bundesrat festgesetzten Mittelwerten umgerechnet.

Wenn z. B. nach einem Vertrage an den Verkäufer, welcher 68 Jahre alt ist, eine Rente von 1800 Mk. und nach dessen Tode an die Ehefrau, welche 43 Jahre alt ist, eine Rente von 1000 Mk. zu entrichten ist, so erlischt die Rente mit dem Tode des Ehemannes in Höhe von 800 Mk. und ist alsdann in Höhe von 1000 Mk. bis zum Tode der Ehefrau weiter zu gewähren. Der Kapitalbetrag berechnet sich also auf 800 Mk. × 5 = 4000 Mk. und 1000 Mk. × 14 = 14000 Mk., zusammen 18000 Mk.

Verpflichtung der Privatpersonen, Behörden und Beamten zur Auskunfterteilung; amtliches Ermittelungsverfahren.

§ 7. Die Steuerpflichtigen sind zur Erteilung der von den Steuerbehörden oder den zur Einziehung oder Verwendung des Stempels noch sonst verpflichteten Behörden oder Beamten erforderten Auskunft über den Wert des Gegenstandes, soweit dazu nicht die Kenntnisse eines Sachverständigen oder besondere Ermittelungen erforderlich sind, verbunden.

Wird in den vorgedachten Fällen der Aufforderung der Behörden oder Beamten nicht genügt, so kann die Steuerbehörde die Säumigen durch Festsetzung und Einziehung von Ordnungsstrafen bis zu einem Gesamtbetrage von 60 Mark zur Befolgung der getroffenen Anordnungen anhalten, auch das zur Erledigung derselben Nötige auf Kosten der Säumigen beschaffen. Der Festsetzung einer Ordnungsstrafe hat die Androhung derselben vorherzugehen.

Tragen die Behörden oder Beamten Bedenken, die Angaben der Steuerpflichtigen als richtig anzunehmen, und findet eine Einigung mit den letzteren nicht statt, so sind die Behörden oder Beamten befugt, unter Zuziehung Sachverständiger, bei deren Auswahl etwaige Vorschläge der Steuerpflichtigen mit zu berücksichtigen sind, die für die Berechnung der Steuer erforderlichen Grundlagen zu ermitteln und danach die Steuer zu erheben. Die Kosten der Ermittelung fallen dem Steuerpflichtigen zur Last, wenn der ermittelte Wert den von dem Steuerpflichtigen angegebenen Wert um 10 Prozent oder mehr übersteigt. Die gezahlten Kosten werden erstattet, wenn im Verwaltungswege oder im Rechtswege die Ermäßigung des Wertes auf einen nicht zum Kostenersatz verpflichtenden Betrag erfolgt.

Wird von den Steuerpflichtigen gegen die Entscheidung der Steuerbehörde der Rechtsweg beschritten, so bleibt die Zahlung des streitig gebliebenen Stempels bis zur Rechtskraft des Urteils ausgesetzt.

Alle unmittelbaren und mittelbaren Behörden und Beamten sind verbunden, der Steuerbehörde oder den zur Einziehung oder Verwendung des Stempels noch sonst verpflichteten Behörden oder Beamten Auskunft über die für die Festsetzung der Stempelsteuer in Betracht kommenden thatsächlichen Verhältnisse zu erteilen.

Wenn der Wert des Gegenstandes einer Urkunde sich nach dem Lebensalter einer Person berechnet, so müssen die Betreffenden den Behörden ihr Lebensalter angeben.

Gegen die Festsetzung der Ordnungsstrafen des 2. Absatzes findet Beschwerde an den Provinzial-Steuer-Direktor statt. Die Aussetzung

der Einziehung des Stempels gemäß dem vorletzten Absatz tritt nur dann ein, wenn der Steuerpflichtige nachweisen kann, daß die Klage bereits zugestellt ist.

Unbestimmtheit des Wertes des Gegenstandes.

§ 8. Wenn bei einem Geschäft der Wert des Gegenstandes dergestalt unbestimmt ist, daß er von vornherein nicht festgestellt oder geschätzt werden kann, so hat der zur Entrichtung der Abgabe Verpflichtete die Urkunde innerhalb der in den §§ 15 und 16 angegebenen Fristen der Steuerbehörde vorzulegen, welche das Erforderliche wegen der Ueberwachung, Sicherstellung und nachträglichen Zahlung der Stempelsteuer anordnen wird.

Diese Bestimmung findet auch auf diejenigen Urkunden Anwendung, zu welchen Privatpersonen ohne amtliche Ueberwachung Stempelmarken verwenden dürfen.

Eine Aussetzung der Versteuerung wegen Unbestimmtheit des Wertes des Gegenstandes tritt dann nicht ein, wenn es möglich ist, wenigstens den annähernden Wert des Gegenstandes des Geschäfts sofort festzustellen.

Versteuerung mehrerer über denselben Gegenstand ausgestellter Urkunden.

§ 9. Werden über denselben Gegenstand mehrere Urkunden gleichen Inhalts ausgefertigt, so wird die auf dem Gegenstande ruhende Steuer nur zu einer derselben, und zwar in der Regel zu derjenigen Urkunde, welche als Hauptausfertigung bezeichnet ist, verwendet; die übrigen Ausfertigungen sind mit demjenigen Stempel zu versehen, welcher nach der Tarifstelle „Duplikate" beizubringen ist. Eine Ausfertigung einer Verhandlung darf nur dann als Nebenausfertigung versteuert werden, wenn das Vorhandensein einer als Hauptausfertigung versteuerten Urkunde nachgewiesen wird.

Bei Notariatsverhandlungen ist der Stempel zu der Urschrift zu verwenden. Die erste Ausfertigung ist stempelfrei, wenn die Ausfertigung als erste bezeichnet und auf derselben bescheinigt ist, welcher Stempel zu der Urschrift verwendet worden ist.

Auf jeder zweiten und weiteren Ausfertigung oder amtlich beglaubigten Abschrift oder jedem amtlich beglaubigten Auszuge aus einer stempelpflichtigen Urkunde muß bescheinigt werden, welcher Stempel zu der Hauptausfertigung oder Urschrift verwendet worden ist. Alle unmittelbaren und mittelbaren Beamten sind verpflichtet, auch die von ihnen gefertigten einfachen Abschriften stempelpflichtiger Urkunden mit dieser Bescheinigung zu versehen.

Versteuerung mehrerer in derselben Urkunde enthaltener Gegenstände.

§ 10. Wenn bei Rechtsgeschäften über mehrere, verschiedenen Steuersätzen unterliegende Gegenstände das Entgelt ohne Angabe der Einzelwerte ungetrennt in einer Summe oder Leistung verabredet ist, so kommt für die Berechnung des Stempels der höchste Steuersatz zur Anwendung, sofern nicht von den Ausstellern der Urkunde auf derselben die Werte für die einzelnen Gegenstände innerhalb der im § 16 angegebenen Fristen noch nachträglich angegeben werden. Trägt die Steuerbehörde Bedenken, die ursprünglichen oder nachträglichen Angaben der Steuerpflichtigen über die Einzelwerte als richtig anzunehmen, so kommen die Vorschriften des dritten Absatzes des § 7 zur Anwendung.

Enthält eine Urkunde verschiedene steuerpflichtige Geschäfte, so ist der Betrag des Stempels für jedes Geschäft besonders zu berechnen und die Urkunde mit der Summe dieser Stempelbeträge zu belegen.

Sofern die einzelnen in einer Urkunde

enthaltenen Geschäfte sich als Bestandteile eines einheitlichen, nach dem Tarife steuerpflichtigen Rechtsgeschäftes darstellen, ist nur der für das letztere vorgesehene Stempelbetrag zu entrichten.

Diese Trennung dürfte besonders wichtig sein bei Kaufgeschäften über Grundstücke nebst beweglichem Beilaß und bei Werkverdingungsverträgen. Die Steuerpflichtigen können aber verlangen, daß die Steuerbehörden die Werte der einzelnen Gegenstände auf der Urkunde vermerken; der bezügliche Vermerk ist von dem Antragsteller zu unterschreiben.

Mindestbetrag der Stempelsteuer und Abstufungen derselben.

§ 11. Die Stempelabgabe beträgt, insoweit der Tarif nicht abweichende Bestimmungen enthält, mindestens 0,50 Mark und steigt in Abstufungen von je 0,50 Mark, wobei überschießende Stempelbeträge auf 0,50 Mark abgerundet werden.

Verpflichtung zur Zahlung der Stempelsteuer.

§ 12. Zur Zahlung der Stempelsteuer sind verpflichtet:

a) bei den von Behörden und Beamten, einschließlich der Notare, aufgenommenen Verhandlungen oder erteilten Ausfertigungen, Abschriften, Bescheinigungen, Auszügen und Genehmigungen aller Art diejenigen, auf deren Veranlassung die Schriftstücke aufgenommen oder erteilt sind;

b) bei einseitigen Verpflichtungen und Erklärungen diejenigen, welche die Schriftstücke ausgestellt haben;

c) bei Verträgen einschließlich Punktationen alle Teilnehmer, insoweit der Tarif nicht abweichende Bestimmungen enthält.

Von mehreren zur Zahlung der Stempelsteuer verpflichteten Personen haftet jede einzelne als Gesamtschuldner.

Haftbarkeit für die Stempelsteuer.

§ 13. Für die Entrichtung der Stempelsteuer haften unter Vorbehalt des Rückgriffs gegen die eigentlich Verpflichteten:

a) Beamte, einschließlich der Notare, jedoch ausschließlich der Schiedsmänner, welche die von ihnen aufgenommenen Urkunden vor erfolgter oder nicht ausreichend erfolgter Stempelverwendung aushändigen oder Ausfertigungen oder Abschriften erteilen oder wegen der Einziehung des Stempels die ihnen nach § 15 obliegenden Pflichten verabsäumen.

Diese Bestimmung kommt auch dann zur Anwendung, wenn ein Notar den Entwurf einer Urkunde anfertigt und nach Vollziehung durch die Beteiligten die Unterschriften oder Handzeichen beglaubigt;

b) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften, Gewerkschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung für die Stempel, welchen die von ihren Vorständen oder Geschäftsführern in ihrem Auftrage oder Namen errichteten Verhandlungen unterliegen;

c) bei Auktionen diejenigen, für deren Rechnung oder auf deren Veranlassung die Versteigerung stattgefunden hat, und die von diesen Personen zur Abhaltung der Auktionen Beauftragten;

d) jeder Inhaber oder Vorzeiger einer mit dem gesetzlichen Stempel nicht oder nicht ausreichend versehenen Urkunde, welcher ein rechtliches Interesse an dem Gegenstande derselben hat.

II. Abschnitt.

Von der Erfüllung der Stempelpflicht und den Folgen der Nichterfüllung.

Art der Erfüllung der Stempelpflicht.

§ 14. Die Stempelpflicht wird erfüllt durch:

a) Niederschreiben der stempelpflichtigen Erklärung auf gestempeltes Papier;

b) Verwendung von Stempelmarken auf denjenigen Schriftstücken, zu welchen Stempelmarken ohne amtliche Ueberwachung verwendet werden dürfen;

c) Einreichung der stempelpflichtigen Urkunde oder, wenn diese nicht vorgelegt werden kann, einer den wesentlichen Inhalt der Urkunde enthaltenden Anzeige und Einzahlung des erforderlichen Geldbetrages bei einer zur Entwertung von Stempelzeichen befugten Amtsstelle;

d) Verwendung von Stempelmarken durch zur Entwertung derselben befugte Amtsstellen;

e) Barzahlung der Stempelabgabe in denjenigen Fällen, in welchen dieselbe nach den Bestimmungen des Preußischen Gerichtskostengesetzes vom 25. Juni 1895 (Gesetz-Samml. S. 203) bei den Gerichtskosten zu vereinnahmen ist.

Der Finanzminister ist ermächtigt, für den Verkehr bestimmter Personen statt der Erhebung des Stempels im einzelnen die Zahlung einer jährlichen Abfindungssumme zu gestatten. Die in diesem Verkehr errichteten Urkunden sind mit einem Hinweise darüber zu versehen, daß die Stempelpflicht durch die Vereinbarung einer Abfindungssumme erfüllt ist.

Zeit der Stempelverwendung bei den von Behörden und Beamten aufgenommenen Verhandlungen.

§ 15. Behörden und Beamte, einschließlich der Notare, jedoch ausschließlich der Schiedsmänner, haben zu allen von ihnen aufgenommenen Verhandlungen oder erteilten Ausfertigungen, Abschriften, Bescheinigungen, Auszügen und Genehmigungen aller Art den Stempel vor deren Aushändigung, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Urkunden zu verwenden. Ist der Stempel innerhalb dieser Frist von den Verpflichteten nicht beigebracht, so ist die zwangsweise Einziehung des Stempels binnen einer Woche bei der zuständigen Steuerstelle von den vorbezeichneten Behörden und Beamten zu beantragen oder, wenn sie selbst zur zwangsweisen Einziehung von Geldern befugt sind, die zwangsweise Einziehung innerhalb der gleichen Frist anzuordnen. Dieser Bestimmung unterliegen auch diejenigen Urkunden, bei denen ein Notar den Entwurf anfertigt und nach Vollziehung durch die Beteiligten die Unterschriften oder Handzeichen beglaubigt.

Insoweit die in der Tarifstelle „Erlaubniserteilungen" unter c und m aufgeführten Urkunden einen den Betrag von 1 Mark 50 Pf., beziehungsweise 3 Mark übersteigenden Stempel erfordern, ist der Mehrbetrag von den Steuerpflichtigen erst binnen zwei Wochen nach dem Tage der Rechtskraft der Zuschrift über das Ergebnis der Veranlagung zur Gewerbesteuer oder der auf das eingelegte Rechtsmittel ergangenen Entscheidung beizubringen (§§ 32 und 35 ff. des Gewerbesteuergesetzes vom 24. Juni 1891 — Gesetz-Samml. S. 205 —).

Für die Versteuerung der stempelpflichtigen Verhandlungen der Schiedsmänner haben die Parteien den Stempel binnen zwei Wochen nach dem Tage der Aufnahme zu der Urschrift der Verhandlung beizubringen und dem Schiedsmann zuzustellen. Die Schiedsmänner haben auf jeder von ihnen erteilten Vergleichsausfertigung zu vermerken, welcher Stempel zu der Urschrift verwendet oder daß ein solcher nicht beigebracht worden ist.

Der Verkauf von Stempelmaterialien (Marken, Papier, Formulare u. s. w.) erfolgt durch die Hauptsteuerämter, die Hauptzollämter, die Unterämter und die Stempelverteiler. Diese Steuerstellen sind auch verpflichtet, je nach den Wünschen der Steuerpflichtigen zu schriftlichen Urkunden jeder Art das erforderliche Stempelpapier oder statt dessen Stempelmarken zu entwerten. Außerdem sind alle anderen Behörden und Beamten einschließlich der Notare verpflichtet, zu den von ihnen aufgenommenen Verhandlungen, erteilten Ausfertigungen u. s. w. Stempelpapier oder Stempelmarken zu entwerten.

Zeit der Stempelverwendung bei Verhandlungen der Privatpersonen.

§ 16. Bei den nicht auf Stempelpapier niedergeschriebenen Verhandlungen der Privatpersonen muß die Versteuerung bewirkt sein:

a) bei Urkunden, zu welchen die Aussteller Stempelmarken ohne amtliche Ueberwachung verwenden dürfen, vor der Aushändigung, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung, vorbehaltlich der Bestimmung im § 14 Absatz 2;

b) bei Schriftstücken über die Uebertragung eines Kuxes (vergl. Tarifstelle „Kuxe") vom Aussteller vor der Umschreibung im Gewerkenbuche, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung;

c) bei Pacht-, Miet- und antichretischen Verträgen über unbewegliche Sachen innerhalb der in der Tarifstelle „Pachtverträge" angegebenen Frist;

d) bei Gesellschaftsverträgen, die der Eintragung in das Handels- oder Genossenschaftsregister bedürfen, vor der Eintragung in die Register, spätestens aber binnen zwei Wochen nach dem Tage der Errichtung;

e) bei den von der Heeresverwaltung mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträgen und Verhandlungen über Lieferungen, Werkverdingungen und sonstige Leistungen, die erst im Falle einer Mobilmachung zur Ausführung kommen sollen, binnen zwei Wochen nach Eintritt der Mobilmachung;

f) bei im Auslande errichteten Urkunden, bei denen Inländer beteiligt sind, binnen zwei Wochen nach dem Tage der Rückkehr der Inländer in das Inland, bei sonstigen im Auslande errichteten Urkunden, von denen im Inlande Gebrauch gemacht werden soll, vor dem Gebrauch;

g) in allen übrigen Fällen vom Aussteller binnen zwei Wochen nach dem Tage der Ausstellung.

Von jedem Inhaber oder Vorzeiger einer stempelpflichtigen Urkunde, welcher ein rechtliches Interesse an dem Gegenstande derselben hat, ist die Versteuerung der Urkunde binnen zwei Wochen nach dem Tage des Empfanges zu bewirken.

Bei Urkunden über Rechtsgeschäfte, welche erst durch die Genehmigung oder den Beitritt einer Behörde oder eines Dritten Rechtswirksamkeit erlangen, beginnt den Ausstellern gegenüber die Frist für die Verwendung des Stempels mit dem Ablaufe desjenigen Tages, an welchem sie von der Genehmigung oder dem Beitritt Kenntnis erhalten haben.

Festsetzung von Geldstrafen gegen Privatpersonen.

§ 17. Wer den Vorschriften bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer zuwiderhandelt, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem vierfachen Betrage des hinterzogenen Stempels gleichkommt, mindestens aber drei Mark beträgt.

Betreffen die gedachten Zuwiderhandlungen die in der Tarifstelle „Pachtverträge" aufgeführten Verzeichnisse oder Urkunden, zu welchen Privatpersonen Stempelmarken ohne amtliche Ueberwachung verwenden dürfen, so ist eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zehnfachen Betrage

des hinterzogenen Stempels gleichkommt, mindestens aber dreißig Mark beträgt.

Die gleiche Geldstrafe tritt ein, wenn:

a) bei Auflassungserklärungen und Umschreibungsanträgen ein geringerer Wert angegeben wird, als der nach den Vorschriften der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge" bei der Versteuerung der Kaufverträge berechnete Betrag der von dem Erwerber übernommenen Lasten und Leistungen mit Einschluß des Preises und unter Zurechnung der vorbehaltenen Nutzungen;

b) bei Auflassungserklärungen und Umschreibungsanträgen eine Urkunde über das Rechtsgeschäft vorgelegt wird, welche dasselbe nicht so enthält, wie es unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist, und einem geringeren Stempel unterliegt, als die Beurkundung des wirklich verabredeten Rechtsgeschäftes erfordern würde.

Kann der Betrag des hinterzogenen Stempels nicht festgestellt werden, so tritt eine Geldstrafe bis zu dreitausend Mark ein.

Die verwirkten Geldstrafen treffen jeden Unterzeichner oder Aussteller einer Urkunde besonders und in vollem Betrage.

Bei Genossenschaften und Aktiengesellschaften gegen die persönlich haftenden Gewerkschaften gegen die persönlich haftenden Vorstandsmitglieder, bei Kommanditgesellschaften gegen die persönlich haftenden Gesellschafter, bei offenen Handelsgesellschaften gegen die Gesellschafter, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung gegen die Geschäftsführer, bei Gewerkschaften gegen die Repräsentanten oder Grubenvorstände nur im einmaligen Betrage, jedoch unter Haftbarkeit jedes einzelnen als Gesamtschuldners festzusetzen. Ebenso ist zu verfahren, wenn mehrere Urkundenaussteller bei einem Geschäft als gemeinschaftliche Kontrahenten beteiligt sind.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften bezüglich der Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelsteuer unter a der Tarifstelle „Pachtverträge" trifft die Geldstrafe nur den Verpächter, Vermieter oder Verpfänder.

Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Privatpersonen.

§ 18. Wenn in den Fällen des vorhergehenden Paragraphen aus den Umständen sich ergiebt, daß eine Steuerhinterziehung nicht hat verübt werden können oder nicht beabsichtigt worden ist, so tritt statt der vorgedachten Geldstrafen eine Ordnungsstrafe bis zu dreihundert Mark ein.

Diese Strafe haben auch Repräsentanten oder Grubenvorstände von Gewerkschaften verwirkt, wenn sie die Umschreibung von Kuxen im Gewerkenbuche vor erfolgter Versteuerung der Uebertragungsurkunden vornehmen.

Dieselbe Strafe ziehen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes oder gegen die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften, die im Gesetze mit keiner besonderen Strafe belegt sind, nach sich.

Festsetzung von Ordnungsstrafen gegen Beamte und Notare.

§ 19. Unmittelbare oder mittelbare Staatsbeamte, einschließlich der Notare, welche bei ihren amtlichen Verhandlungen oder bei den im Auftrage oder namens einer unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörde mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträgen die ihnen durch dieses Gesetz oder die zu dessen Ausführung erlassenen Vorschriften hinsichtlich der Versteuerung auferlegten Pflichten versäumen, sind, sofern nicht nach der Art des Vergehens wegen verletzter Amtspflicht eine höhere Strafe eintritt, mit einer Ordnungsstrafe bis zum Betrage des nicht verwendeten Stempels, jedoch nicht über einhundertfünfzig Mark zu belegen.

Die Privatpersonen, mit welchen die Verträge abgeschlossen sind, desgleichen die Inhaber oder Vorzeiger bleiben von Strafe frei.

Die Festsetzung der Strafen gegen Beamte und Notare erfolgt durch die ihnen vorgesetzte Aufsichtsbehörde; die Ermäßigung oder Niederschlagung der Strafe kann durch dasjenige Ministerium angeordnet werden, zu dessen Verwaltung der Beamte gehört.

Straffreiheit.

§ 20. Wenn der Stempel entsprechend der Auskunft der zur Verwaltung des Stempelwesens bestellten Behörde verwendet worden ist, so treten die Strafen der §§ 17 bis 19 nicht ein.

Strafverfahren.

§ 21. Bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz kommen hinsichtlich des Verwaltungsstrafverfahrens und der Voraussetzungen für die Zulässigkeit des gerichtlichen Strafverfahrens dieselben Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Vergehen gegen die Zollgesetze bestimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß die Strafbescheide, wenn durch dieselben Strafen bis zum Betrage von dreihundert Mark festgesetzt werden, von den Hauptsteuer- oder Hauptzollämtern, sonst aber von den Provinzialsteuerbehörden erlassen werden.

Strafvollstreckung.

§ 22. Die Umwandlung einer Geldstrafe, zu deren Zahlung der Verpflichtete unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Auch darf zur Beitreibung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurteilten, wenn dieser ein Preuße ist, kein Grundstück im Wege der Zwangsvollstreckung verweigert werden.

Verjährung der Strafverfolgung und der Strafvollstreckung.

§ 23. Die Strafverfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes und die zu dessen Ausführung erlassenen Bestimmungen sowie die Vollstreckung der dieserhalb rechtskräftig festgesetzten und rechtskräftig erkannten Strafen verjährt in fünf Jahren.

III. Abschnitt.

Besondere Bestimmungen.

Ersatz für die vor dem Verbrauch verdorbenen Stempelzeichen.

§ 24. Für Stempelzeichen, welche vor dem Verbrauche durch Zufall oder Versehen verdorben worden sind, kann Ersatz beansprucht werden.

Die Strafverfolgung gegen eine Firma gemäß § 21 ist unzulässig, weil nur eine bestimmte Person (der Firmeninhaber) eine strafbare Handlung begehen kann.

Der Antrag auf Ersatz gemäß § 24 für verdorbene Stempelzeichen ist bei dem Hauptamt des Bezirkes anzumelden.

Erstattung bereits verwendeter Stempel.

§ 25. Die entrichtete Stempelsteuer wird erstattet:

a) wenn ein gesetzlich nicht erforderlicher Stempel verwendet und der Erstattungsantrag innerhalb zweier Jahre nach der Entrichtung des Stempels angebracht worden ist;

b) wenn der von Behörden oder Beamten, einschließlich der Notare, in der Erwartung der Zahlung verwen-

dete Stempel von den zur Entrichtung desselben Verpflichteten nicht beigetrieben werden kann;

c) wenn ein beurkundetes Geschäft nichtig ist oder durch rechtskräftiges gerichtliches Urteil für ungültig oder nichtig erklärt und die Erstattung innerhalb zweier Jahre nach der Beurkundung des nichtigen Geschäfts oder binnen Jahresfrist nach Eintritt der Rechtskraft des gerichtlichen Erkenntnisses nachgesucht wird.

Außerdem kann der Finanzminister die Erstattung bereits verwendeter Stempel aus Billigkeitsgründen anordnen, wenn die Ausführung eines Geschäfts unterblieben und die Erstattung innerhalb zweier Jahre nach der Beurkundung des Geschäfts beantragt worden ist.

Der Steuerverwaltung bleibt jedoch im Falle zu c und im Falle des vorhergehenden Absatzes das Recht vorbehalten, den Stempel von demjenigen Vertragschließenden wieder einzuziehen, welcher bei der Beurkundung des Geschäfts von den die Nichtigkeit oder Ungültigkeit desselben bedingenden Umständen Kenntnis gehabt oder die unterbliebene Ausführung des Geschäfts verschuldet hat.

Rechtsweg.

§ 26. In Beziehung auf die Verpflichtung zur Entrichtung einer Stempelabgabe ist der Rechtsweg zulässig. Die Klage ist bei Verlust des Klagerechts binnen sechs Monaten nach erfolgter Beitreibung oder geleisteter Zahlung gegen diejenige Provinzialsteuerbehörde zu richten, in deren Verwaltungsbezirk die Steuer erfordert worden ist. Wenn es sich um Stempelbeträge handelt, welche nach den für Gerichtskosten geltenden Vorschriften einzuziehen sind, ist die Klage gegen die zur Vertretung des Fiskus in Angelegenheiten der Justizverwaltung bestimmte Behörde zu richten.

Verjährung der Stempelsteuer.

§ 27. Die Stempelsteuer verjährt, wenn sie auf einen Bruchteil des Wertes des Gegenstandes zu bemessen ist, in zehn, sonst in fünf Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die Zahlung der Abgabe hätte erfolgen müssen.

Die Verjährung wird unterbrochen durch eine an den Zahlungspflichtigen erlassene Aufforderung zur Zahlung, durch Handlungen der Zwangsvollstreckung oder durch Bewilligung einer Stundung. Mit dem Ablauf desjenigen Kalenderjahres, in welchem die letzte Aufforderung zugestellt, die letzte Vollstreckungshandlung vorgenommen oder die bewilligte Frist abgelaufen ist, beginnt eine neue Verjährung.

Die Beanstandung der Angaben der Steuerpflichtigen über den Wert des Gegenstandes eines Geschäfts ist binnen einer dreijährigen Frist nach der Beurkundung zulässig.

Berechnung der Fristen.

§ 28. Für die Berechnung der in diesem Gesetz und dem Tarif erwähnten Fristen sind die Bestimmungen der Deutschen Civilprozeßordnung maßgebend.

Kosten.

§ 29. Die Verhandlungen in Stempelsteuerangelegenheiten — mit Ausnahme derjenigen im Strafverfahren, hinsichtlich deren die für das Strafzollverfahren bestehenden Vorschriften zur Anwendung kommen — sind kostenfrei.

Die Steuerpflichtigen sind zur Tragung des durch die Verhandlungen mit ihnen erwachsenden Portos verbunden.

Verwaltung der Stempelsteuer.

§ 30. Die Verwaltung des gesamten Stempelwesens wird unter Leitung des Finanzministers von den Provinzialsteuerbehörden durch die Stempelsteuerämter, Zoll- und Steuerbehörden geführt.

Die Hauptsteuer- und Hauptzollämter

sowie Stempelsteuerämter sind verpflichtet, gegen Erstattung der ihnen an Schreibgebühren und Porto erwachsenden Kosten den zur Verwendung des Stempels verpflichteten Personen Auskunft über die Höhe des Stempels zu erteilen.

Außer den Steuerbehörden haben alle diejenigen Staats- oder Kommunalbehörden und Beamten, welchen eine richterliche oder Polizeigewalt anvertraut ist, die besondere Verpflichtung, auf Befolgung der Stempelgesetze zu halten und alle bei ihrer Amtsverwaltung zu ihrer Kenntnis kommenden Zuwiderhandlungen gegen dieses Gesetz behufs Einleitung des Strafverfahrens von Amtswegen zur Anzeige zu bringen.

Aufsichtsführung.

§ 31. Die nähere Aufsicht über die gehörige Beobachtung dieses Gesetzes führen die Vorstände der Stempelsteuerämter, welche mit besonderer Anweisung vom Finanzminister versehen werden.

Alle Behörden und Beamten, einschließlich der Notare, ferner Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften, Gewerkschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit und diejenigen Personen, welche gewerbsmäßig Auktionen abhalten, sind verpflichtet, den vorbezeichneten Vorständen behufs Prüfung der gehörigen Abgabenentrichtung die Einsicht ihrer Akten, Bücher und Schriftstücke zu gestatten.

Ferner sind alle Verpächter, Vermieter und Verpfänder verbunden, die von ihnen zu führenden Verzeichnisse den Vorständen auf Verlangen einzureichen.

Privatpersonen sind auf Erfordern der Vorstände der Stempelsteuerämter verpflichtet, sich über die gehörige Beobachtung der Stempelgesetze auszuweisen, wenn Thatsachen vorliegen, welche den dringenden Verdacht rechtfertigen, daß von ihnen ein Stempelgesetz verletzt ist. Bei dringendem Verdacht einer Stempelsteuerhinterziehung hat auf einen durch Angabe und Glaubhaftmachung der vorliegenden Thatsachen zu begründenden Antrag des Vorstandes des Stempelsteueramtes das Amtsgericht, in dessen Bezirk die Privatperson ihren Wohnsitz oder in Ermangelung dessen ihren gewöhnlichen Aufenthaltsort hat, über die Anordnung einer Beschlagnahme oder Durchsuchung Entscheidung zu treffen. Der Ausführung der Beschlagnahme oder Durchsuchung hat eine Aufforderung zum Ausweis über die gehörige Beobachtung der Stempelsteuergesetze unmittelbar vorauszugehen. Auf das Verfahren finden im übrigen die Vorschriften der Strafprozeßordnung mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der Beschlagnahme oder Durchsuchung der Vorstand des Stempelsteueramtes beziehungsweise ein mit seiner Vertretung beauftragter Beamter beiwohnen kann.

Anfertigung, Verkauf und Verwendung von Stempelzeichen und Anlegung von Verzeichnissen.

§ 32. Der Finanzminister erläßt die Anordnungen wegen der Anfertigung, des Verkaufs und der Verwendung des Stempelpapiers und der Stempelmarken, wegen der Zulässigkeit der Verwendung von Stempelmarken ohne amtliche Ueberwachung, wegen der in § 14 bezeichneten Abfindungen und wegen Anlegung der in der Tarifstelle „Pachtverträge“ vorgeschriebenen Verzeichnisse.

Stempelmarken, welche von Privatpersonen nicht in der vorgeschriebenen Weise verwendet worden sind, werden als nicht verwendet angesehen.

Unbefugter Handel mit Stempelzeichen.

§ 33. Der unbefugte Handel mit Stempelzeichen wird unter Einziehung der Vorräte mit einer Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark bestraft.

Uebergangsbestimmungen.

§ 34. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. April 1896 in Kraft.

Auf die vor diesem Tage abgegebenen Auflassungserklärungen und gestellten Anträge auf Eintragung einer Hypothek oder Grundschuld oder der Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld sowie auf diejenigen Urkunden, welche vor diesem Tage Stempelpflichtigkeit erlangt haben, finden die bisherigen gesetzlichen Vorschriften Anwendung.

Die Vorschriften unter a der Tarifstelle „Pachtverträge" kommen für denjenigen Zeitraum nicht zur Anwendung, hinsichtlich dessen eine Versteuerung der vor dem 1. April 1896 geschlossenen Pacht-, Miet- und antichretischen Verträge bereits stattgefunden hat.

Aufrechterhaltung und Aufhebung älterer Bestimmungen.

§ 35. Vom 1. April 1896 ab sind alle auf die Stempelsteuer bezüglichen Gesetzesvorschriften, soweit sie nicht in diesem Gesetz und dem anliegenden Tarif aufrechterhalten sind, aufgehoben.

Die in dem Preußischen Gerichtskostengesetz vom 25. Juni 1895 über das Stempelwesen getroffenen Bestimmungen bleiben unberührt.

Soweit in anderen Gesetzen auf Bestimmungen der durch diesen Paragraphen aufgehobenen Gesetze verwiesen ist, treten die entsprechenden Vorschriften dieses Gesetzes an die Stelle.

Schlußbestimmung.

§ 36. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt.

Anträge auf Erstattung verwendeter, gesetzlich nicht erforderlicher Stempel gemäß § 25 sind innerhalb der vorgeschriebenen Frist an den Vorstand desjenigen Stempelsteueramtes zu richten, in dessen Bezirk der Stempel verwendet worden ist, möglichst unter Beifügung der abgestempelten Urkunden.

In Stempelsteuersachen sind die im Verwaltungswege eingelegten Beschwerden gegen Verfügungen und Anordnungen

a) der Unterämter sowie der Stempelverteiler an das vorgesetzte Hauptamt;

b) der Stempelsteuer-, sowie der Haupt-Aemter an den Provinzial-Steuer-Direktor;

c) der Provinzial-Steuer-Direktoren an den Finanzminister zu richten.

Stempeltarif.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Abschriften, beglaubigte,[1]) unter denselben Voraussetzungen wie Zeugnisse, amtliche in Privatsachen, s. diese. Befreit sind Beglaubigungen der Rechtsanwälte im Prozeßverfahren.			
Abtretung von Rechten.[2]) Beurkundungen über die Abtretung von Rechten sowie Indossamente, sofern nicht nach § 5 zweiter Absatz des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (RGBl. S. 381) Stempelfreiheit eintritt, oder die Bestimmungen der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge" fünfter bis einschließlich zehnter Absatz zur Anwendung kommen	1/50	—	—
mindestens aber	—	1	—
ist der Wert des abgetretenen Rechtes nicht schätzbar	—	5	—
Befreit sind Beurkundungen der Uebertragungen der Konnossemente der Seeschiffer, Ladescheine der Frachtführer und Auslieferungsscheine (Lagerscheine, warrants) über Waren oder andere bewegliche Sachen durch Indossament.			
Schriftliche Benachrichtigungen an den Verpflichteten über die erfolgte Abtrennung eines Rechtes sind, wenn nicht eine mit dem tarifmäßigen Stempel versehene Abtretungsurkunde vorliegt, wie Beurkundungen der Abtretung zu versteuern, sofern nach der Verkehrssitte über die Abtretung eine förmliche Urkunde errichtet zu werden pflegt und beabsichtigt ist, durch die schriftliche Benachrichtigung die Aufnahme einer solchen Urkunde zu ersetzen. Dem Stempel für Abtretungen unterliegen auch Anträge auf Umschreibung vor dem 1. Oktober 1881 ausgestellter Namenaktien im Aktienbuche, falls nicht eine mit dem tarifmäßigen Stempel versehene Abtretungsurkunde errichtet ist.			
Der Antrag auf Eintragung der Abtretung einer Hypothek oder Grundschuld im Grundbuche oder in einem für solche Eintragungen bestimmten öffentlichen Buche	1/50	—	—
mindestens aber	—	1	—
Die Abgabe wird nur erhoben, falls die beantragte Eintragung in den Grund- oder öffentlichen Büchern vermerkt worden ist.			
Die Abgabe wird nicht erhoben, wenn bei der Anbringung des Antrages oder innerhalb einer mit dem Tage der Zustellung der Aufforderung zur Zahlung der Gerichtskosten beginnenden Frist von zwei Wochen die Urkunde über die dem Antrage zu Grunde liegende Abtretung in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Abschrift vorgelegt wird. Als eine solche Urkunde ist nur diejenige anzusehen, welche die Abtretung so enthält, wie sie unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist.			

[1]) Eine vom Gemeindevorstand abgegebene Bescheinigung der Uebereinstimmung der Urschrift mit der Abschrift ist nicht stempelpflichtig.

[2]) Die Cession öffentlicher Papiere ist nicht mehr stempelfrei. Abtretungen in Schenkungsabsicht von Eltern an Kinder u. s. w. müssen mit dem Cessionsstempel versehen werden.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	Steuersatz ℳ ₰
Betrifft der Antrag eine Hypothek oder Grundschuld, für welche mehrere Grundstücke haften, so wird die Abgabe nur einmal erhoben. Wird nach Entrichtung der Abgabe die Urkunde über das der Eintragung zu Grunde liegende Geschäft errichtet, so ist auf den zu dieser Urkunde erforderlichen Stempel der für den Eintragungsantrag gezahlte Stempel anzurechnen. Ausgeschlossen von der Anrechnung bleibt derjenige Stempelbetrag, welcher zu dem Eintragungsantrage erforderlich gewesen sein würde, wenn derselbe nicht dem Wertstempel unterlegen hätte. Die Anrechnung ist innerhalb der im § 16 angegebenen Fristen auf der Urkunde amtlich zu vermerken. Befreit sind: Urkunden, wodurch eine Forderung einem Kommunalverbande, einer Kommune oder einer Korporation ländlicher oder städtischer Grundbesitzer oder einer Grund-, Kredit- und Hypothekenbank abgetreten wird, falls auf Grund der Abtretung reichsstempelpflichtige Renten- oder Schuldverschreibungen demnächst ausgereicht werden.		
Aftermiet- oder Afterpachtverträge, s. Pachtverträge.		
Annahme an Kindesstatt, Verträge darüber	—	50 —
Bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann der Stempel auf 5 Mark ermäßigt werden.		
Antichretische Verträge, s. Pachtverträge.		
Apotheken, s. Erlaubniserteilungen, Buchstaben a.		
Approbationsscheine, s. Erlaubniserteilungen, Buchstaben b.		
Auflassungen von inländischen Grundstücken, Bergwerken, unbeweglichen Bergwerksanteilen oder selbständigen Gerechtigkeiten im Geltungsgebiet der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 sowie Umschreibungen von inländischen Immobilien in öffentlichen Büchern (Transskriptions-, Stockbücher, Schuld- und Pfandprotokolle u. s. w.) auf den Namen eines neuen Eigentümers in denjenigen Landesteilen, in welchen die Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 nicht eingeführt ist, in Fällen der freiwilligen Veräußerung	1	— —
Die Abgabe wird nur erhoben, falls der Eigentumsübergang in den Grund- oder öffentlichen Büchern vermerkt worden ist. Einem anderen Stempel unterliegen die Auflassungserklärungen oder Umschreibungsanträge nicht. Die Auflassungserklärung und der Umschreibungsantrag sind dem Wertstempel nicht unterworfen, wenn mit der Verlautbarung oder mit der Einreichung derselben oder innerhalb einer mit dem Tage der Zustellung der Aufforderung zur Zahlung der Gerichtskosten beginnenden Frist von zwei Wochen die das Veräußerungsgeschäft enthaltende, in an sich stempelpflichtiger Form ausgestellte Urkunde in Urschrift, Ausfertigung oder beglaubigter Abschrift vorgelegt wird. Wenn jedoch diese Urkunde auf Grund des § 18 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 (RGBl. S. 381) der in der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge" verordneten Stempelabgabe nicht unterliegt, so ist der Wertstempel für Auflassungen oder Umschreibungen zu entrichten, insoweit nicht die Voraussetzungen der Ziffer 1 und 2 der Ermäßigungen und Befreiungen der genannten Tarifstelle vorhanden sind. Als eine das Veräußerungsgeschäft enthaltende Urkunde ist nur eine solche anzusehen, welche das Rechtsgeschäft so enthält, wie es unter den Beteiligten hinsichtlich des Wertes der Gegenleistung verabredet ist. Wird nach der Zahlung der für Auflassungen und Umschreibungen		

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
vorgeschriebenen Abgabe die Urkunde über das der Auflassung oder der Umschreibung zu Grunde liegende Veräußerungsgeschäft errichtet, so ist auf den zu dieser Urkunde erforderlichen Wertstempel der von der Auflassungserklärung oder dem Umschreibungsantrage gezahlte Stempelbetrag anzurechnen. Die Anrechnung ist innerhalb der im § 16 angegebenen Fristen auf der Urkunde amtlich zu vermerken.			
Auktionen, d. h. Beurkundungen von Versteigerungen nicht zu den unbeweglichen Sachen gehöriger Gegenstände durch öffentliche Beamte, sofern diese nicht als Vertreter der Korporation, in deren Dienst sie angestellt sind, handeln, oder durch gewerbsmäßige Auktionatoren (§ 36 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 1. Juli 1883 (RGBl. S. 177).	1/3	—	—
Ausfertigungen von Schriftstücken der Behörden und Beamten, einschließlich der Notare, jedoch mit Ausnahme der Ausfertigungen der Schiedsmänner, sofern für die Schriftstücke nicht ein durch diesen Tarif bestimmter Stempel zu entrichten ist	—	1	50
Befreit sind Ausfertigungen:			
a) von Bescheiden auf Gesuche, Anfragen und Anträge in Privatangelegenheiten, sie mögen in Form eines Antwortschreibens, einer Verfügung, Verfügungsabschrift oder einer auf die zurückgehende Bittschrift selbst gesetzten Verfügung erlassen werden;			
b) von Genehmigungen der zuständigen Behörden in Bausachen.			
Auszüge aus den Akten, öffentlichen Verhandlungen, amtlich geführtern Büchern, Registern und Rechnungen, wenn sie für Privatpersonen auf ihr Ansuchen ausgefertigt werden	—	1	50
Befreit sind die auf den Personenstand (Geburten, Heiraten Sterbefälle u. s. w.) bezüglichen Auszüge aus amtlich geführten Büchern und Standesregistern.			
Bestallungen für besoldete Beamte	—	1	50
für unbesoldete Beamte	frei.		
Bürgschaften, s. Sicherstellung von Rechten.			
Cessions-Instrumente, s. Abtretung von Rechten.			
Duplikate von stempelpflichtigen Urkunden	—	1	50
jedoch nicht über den zu der stempelpflichtigen Urkunde selbst erforderlichen Stempel hinaus.			
Eheversprechen	—	1	50
Eheverträge	—	5	—
wird durch dieselben über Vermögensgegenstände von mehr als 6000 Mk. verfügt	—	1	50
Entlassungen aus der väterlichen Gewalt,[1]) Beurkundungen derselben (Emanzipationserklärungen)	—	10	—
Erbrezesse (Erbteilungsverträge), durch welche die Verteilung einer erbschaftssteuerpflichtigen Erbschaft beurkundet wird	1/25	—	—
jedoch mindestens	—	1	50
Erbrezesse über erbschaftssteuerfreie Erbschaften	—	1	50
Erbverträge	—	1	50
Erlaubniserteilungen (Approbationen, Konzessionen, Genehmigungen u. s. w.) der Behörden in gewerbepolizeilichen Angelegenheiten:			

[1]) Großjährigkeitserklärungen fallen nicht hierunter.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
a) Konzessionen:			
zum Betriebe einer Apotheke,			
wenn die Konzession vererblich und veräußerlich ist	1/2	—	—
mindestens aber	—	50	—
sonst	—	50	—
zur Errichtung einer Zweig-(Filial-)Apotheke	—	5	—
zur Verlegung einer Apotheke auf Antrag des Besitzers	—	10	—
Befreit sind die vererblichen und veräußerlichen Konzessionen für diejenigen, welche dieselben erbschaftssteuerfrei ererbt haben.			
Außerdem findet die Bestimmung unter Ziffer 2 Ermäßigungen und Befreiungen der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge" sinngemäße Anwendung.			
b) Approbationen für:			
Apotheker	—	1	50
diejenigen Personen, welche sich als Aerzte (Wundärzte, Augenärzte, Geburtshelfer, Zahnärzte und Tierärzte) oder mit gleichbedeutenden Titeln bezeichnen oder seitens des Staates oder einer Gemeinde als solche anerkannt oder mit amtlichen Funktionen betraut werden sollen (§ 29 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich vom 1. Juli 1883 — RGBl. S. 177);	—	1	50
c) Erlaubniserteilungen			
für Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten § 30 der Reichs-Gewerbeordnung);			
zum Betriebe des Gewerbes als Schauspielunternehmer (§ 32 der Reichsgewerbeordnung);			
zum ständigen Betriebe der Gastwirtschaft, Schankwirtschaft oder des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus (§ 33 der Reichs-Gewerbeordnung);			
zur gewerbsmäßigen öffentlichen Veranstaltung von Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, Schaustellungen von Personen oder theatralischen Vorstellungen ohne höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft in Wirtschafts- oder sonstigen Räumen oder zur Ueberlassung dieser Räume zu gewerbsmäßigen öffentlichen Veranstaltungen der bezeichneten Art (§ 33a der Reichs-Gewerbeordnung),[1])			
wenn der Gewerbebetrieb			
wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist	—	1	50
in die vierte Gewerbesteuerklasse gehört	—	5	—
in die dritte Gewerbesteuerklasse gehört	—	15	—
in die zweite Gewerbesteuerklasse gehört	—	50	—
in die erste Gewerbesteuerklasse gehört	—	100	—
Für Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen (§ 49 der Reichs-Gewerbeordnung)			
ein Viertel der vorstehenden Sätze.			
Befreit sind Erlaubniserteilungen für Unternehmer von Privat-Kranken-, Privat-Entbindungs- und Privat-Irrenanstalten, welche zu gemeinnützigen Zwecken dienen;			
d) Genehmigungen zur Errichtung der in § 16 der Reichs-Gewerbeord-			

[1]) Wenn einem Schankwirt, der bereits zur 1. Klasse veranlagt ist, die Erlaubnis zur Erweiterung um ein Zimmer gewährt wird, so sind 100 Mk. Stempel zu entrichten, auch wenn der neu hinzukommende Betrieb ein ganz geringfügiger ist.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
nung und den dazu ergangenen und ferner ergehenden Beschlüssen des Bundesrats bezeichneten Anlagen, wenn die Kosten der Anlage			
1000 Mark nicht übersteigen	—	1	—
5000 „ „ „	—	5	—
10000 „ „ „	—	10	—
20000 „ „ „	—	20	—
50000 „ „ „	—	50	—
75000 „ „ „	—	75	—
100000 „ „ „	—	100	—
bei einem höheren Kostenbetrage für je 50000 Mark mehr 50 Mark.			
Genehmigungen zu Veränderungen in der Betriebsstätte oder zu wesentlichen Veränderungen in dem Betriebe der Anlagen (§ 25 der Reichs-Gewerbeordnung)			
die Hälfte der vorstehenden Sätze;			
Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen (§ 49 der Reichs-Gewerbeordnung)			
ein Viertel der vorstehenden Sätze;			
e) Genehmigungen zur Anlegung von Dampfkesseln (§ 24 der Reichs-Gewerbeordnung oder Aenderung der Dampfkesselanlagen sowie Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen, soweit nicht die Bestimmungen zu d zur Anwendung kommen (§§ 25 und 49 der Reichs-Gewerbeordnung)	—	1	50
f) Erlaubniserteilungen zum Betriebe des Pfandleihgeschäfts (§ 34 der Reichs-Gewerbeordnung)	—	15	—
g) Genehmigungen für Unternehmer von Versicherungsanstalten, wenn ihr Geschäftsgebiet nicht über den Umfang einer Provinz hinausgeht	—	20	—
sonst	—	100	—
Befreit sind Genehmigungen für Versicherungsanstalten, deren Geschäftsgebiet über den Umfang eines Kreises nicht hinausgeht, sowie für solche Anstalten, welche auf Gegenseitigkeit gegründet und deren Zwecke nicht auf die Erzielung von Gewinn gerichtet sind;			
h) Erlaubnisscheine zur Bestellung von Agenten im Inlande seitens ausländischer Unternehmer von Versicherungsanstalten	—	100	—
i) Genehmigungen zum Gewerbebetriebe der Auswanderungsunternehmer und Auswanderungsagenten	—	100	—
Genehmigungen auf die Dauer eines Jahres sowie Verlängerungen dieser Genehmigungen	—	25	—
k) Erlaubniserteilungen für ausländische Auswanderungsunternehmer zur Bestellung von Agenten im Inlande	—	100	—
l) Genehmigungen zum Betriebe von Privatanschlußbahnen, wenn die Kosten der Anlage			
1000 Mark nicht übersteigen	—	1	—
5000 „ „ „	—	5	—
10000 „ „ „	—	10	—
20000 „ „ „	—	20	—
50000 „ „ „	—	50	—
75000 „ „ „	—	75	—
100000 „ „ „	—	100	—
bei einem höheren Kostenbetrage für je 50000 Mark mehr 50 Mark;			
Genehmigungen zu Veränderungen in dem Betriebe			
die Hälfte der vorstehenden Sätze;			
m) Genehmigungen zum Betriebe eines Eisenbahnunternehmens	—	100	—

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Genehmigungen zum Betriebe eines Dampfschiffahrts- oder Kleinbahnunternehmens, wenn der Gewerbebetrieb wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist	—	3	—
in die vierte Gewerbesteuerklasse gehört	—	10	—
in die dritte Gewerbesteuerklasse gehört	—	25	—
in die zweite Gewerbesteuerklasse gehört	—	60	—
in die erste Gewerbesteuerklasse gehört	—	100	—
Genehmigungen zu Veränderungen in dem Betriebe die Hälfte der vorstehenden Sätze; Bewilligungen von Fristverlängerungen und Fristungen ein Viertel der vorstehenden Sätze.			
Die Bewilligung von Fristverlängerungen und Fristungen, welche durch Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle verursacht sind, ist stempelfrei;			
n) Genehmigungen der Ortspolizeibehörden zum Betriebe von Gewerben, welche dem öffentlichen Personen- und Güterverkehr innerhalb der Orte durch sonstige Transportmittel aller Art (Wagen, Gondeln, Sänften, Pferde u. s. w.) dienen (§ 37 der Reichs-Gewerbeordnung)	—	3 bis 20	—
Werden Genehmigungen der bezeichneten Art Personen erteilt, deren Gewerbebetrieb wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist, so beträgt die Stempelabgabe	—	—	50
Familienstiftungen, wie Fideikommißstiftungen, s. diese.			
Fideikommißstiftungen, d. h. alle von Todeswegen oder unter Lebenden getroffenen Anordnungen, kraft deren gewisse Vermögensgegenstände der Familie für immer oder für mehr als zwei Generationen erhalten bleiben sollen	3	—	—
Bei Stiftungen unter Lebenden ist der Stempel in der durch § 16 Buchstaben g dieses Gesetzes vorgeschriebenen Frist von zwei Wochen beizubringen, bei Stiftungen von Todeswegen binnen sechs Monaten nach dem Todesfall.			
Wegen der Verhaftung für die Entrichtung des Stempels für Stiftungen von Todeswegen kommen die Bestimmungen der §§ 29 und 30 des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer vom 30. Mai 1873 / 19. Mai 1891 zur Anwendung.			
Bei Fideikommißstiftungen, für welche von dem Stifter ein weiteres Anwachsen des Grundvermögens, sei es durch in Aussicht genommene Zuwendungen freigebiger Art, sei es durch eine angeordnete Zuschlagung von Zinsen zum Kapital vorgesehen worden ist, wird der Wertstempel rücksichtlich des sich nach und nach ansammelnden Teiles des Stiftungsvermögens nur allmählich von dem Zuwachse nach näherer Bestimmung der Provinzialsteuerbehörde oder, wenn der Stiftungsstempel bei den Gerichtskosten zu vereinbaren ist, der zuständigen Gerichtsbehörde erhoben.			
Fideikommißstiftungen, welche ausländische Grundstücke betreffen, sind dem Wertstempel nicht unterworfen.			
In betreff der Erhebung des Fideikommißstempels aus Anlaß der Auflösung der Lehnverbände bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.			
Gesellschaftsverträge, wenn sie betreffen:			
a) die Errichtung von Aktiengesellschaften oder Kommanditgesellschaften			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
auf Aktien sowie die Erhöhung des Aktien- oder Grundkapitals solcher Gesellschaften	1/50	—	—
die Errichtung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, falls das Stammkapital			
1. 100000 Mark oder weniger beträgt	1/50	—	—
2. mehr als 100000 Mark, aber nicht mehr als 300000 Mark beträgt	1/10	—	—
3. mehr als 300000 Mark, aber nicht mehr als 500000 Mark beträgt	1/2	—	—
4. mehr als 500000 Mark beträgt	1	—	—
die Erhöhung des Stammkapitals von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, falls dasselbe nach der Erhöhung			
1. nicht mehr als 100000 Mark beträgt	1/50	—	—
2. mehr als 100000 Mark, aber nicht mehr als 300000 Mark beträgt	1/10	—	—
3. mehr als 300000 Mark, aber nicht mehr als 500000 Mark beträgt	1/2	—	—
4. mehr als 500000 Mark beträgt	1	—	—
Wenn jedoch die Zwecke der vorbezeichneten Gesellschaften nicht auf den Gewinn der Teilnehmer gerichtet sind	—	1	50
Beschlüsse über die Erhöhung des Aktien-, Grund- oder Stammkapitals (Nachschüsse) sind wie Verträge hierüber zu versteuern.			
Wird das Kapital nicht sofort voll eingezahlt, so ist der Wertstempel von der jedesmaligen Teilzahlung zu entrichten;			
b) die Errichtung einer Kommanditgesellschaft oder offenen Handelsgesellschaft sowie Verabredungen über den Eintritt eines neuen Kommanditisten oder Gesellschafters in diese Gesellschaften oder über die Erhöhung der gemachten Einlage	—	1	50
c) das Einbringen von nicht in Geld bestehendem Vermögen in eine Gesellschaft der unter a bezeichneten Art bei Errichtung derselben oder in eine bereits bestehende Gesellschaft dieser Art, insoweit zu dem eingebrachten Vermögen unbewegliche im Inlande belegene Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte gehören	1	—	—
insoweit zu dem eingebrachten Vermögen unbewegliche außerhalb Landes belegene Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte gehören	—	1	50
insoweit das eingebrachte Vermögen aus beweglichen Vermögensgegenständen besteht	1/2	—	—
insoweit das eingebrachte Vermögen aus Forderungsrechten besteht	1/50	—	—
Auf den Wertstempel kommt der nach den Vorschriften unter a dieser Tarifstelle zu berechnende Wertstempel in Anrechnung, wenn das Einbringen des Vermögens in die Gesellschaft zugleich mit deren Errichtung oder mit der Erhöhung des Gesellschaftsvermögens beurkundet wird.			
Befreit ist das Einbringen von Nachlaßgegenständen in eine ausschließlich von den Teilnehmern an einer Erbschaft gebildete Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zu den Teilnehmern einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit den Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat;			
d) die Ueberlassung der Rechte an dem Gesellschaftsvermögen seitens eines Gesellschafters oder dessen Erben an einen anderen Gesellschafter, die Gesellschaft oder einen Dritten oder die Abfindung eines Gesellschafters bei Auflösung der Gesellschaft	1/50	—	—
die Ueberlassung von Sachen oder Rechten seitens der Gesellschaft zum Sondereigentum an einen Gesellschafter oder dessen Erben,			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
insoweit zu dem überlassenen Gesellschaftsvermögen unbewegliche im Inlande belegene Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte gehören	1	—	—
insoweit zu dem überlassenen Gesellschaftsvermögen unbewegliche außerhalb Landes belegene Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte gehören	—	1	50
insoweit das überlassene Gesellschaftsvermögen aus beweglichen Vermögensgegenständen besteht	1/2	—	—
insoweit das überlassene Gesellschaftsvermögen aus Forderungsrechten besteht	1/50	—	—
Bei Berechnung des Stempels bleibt derjenige Teil der zum Sondereigentum überlassenen Vermögensgegenstände außer Betracht, welcher der Beteiligung des erwerbenden Gesellschafters an der Gesellschaft entspricht.			
Befreit sind:			
1. Verträge über Ueberlassung von Rechten an dem Gesellschaftsvermögen an Personen, welche nach den Vorschriften des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer vom 30. Mai 1873 / 19. Mai 1891, von der Zahlung der Erbschaftssteuer befreit sind;			
2. die Rückgewähr der von einem Gesellschafter eingebrachten unbeweglichen Sachen oder diesen gleichgeachteten Rechte oder beweglichen Vermögensgegenstände an diesen Gesellschafter oder dessen Erben oder dessen Ehefrau, welche mit demselben in Gütergemeinschaft gestanden hat;			
e) die erstmalige Feststellung des Statuts von Gesellschaften aller Art, Gewerkschaften, Genossenschaften, Korporationen, Stiftungen, Vereinen und Anstalten in der Form von Verträgen oder Beschlüssen, sofern nicht nach den vorstehenden Bestimmungen ein höherer Stempel zu entrichten ist	—	1	50
Befreit sind Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherungs- und Unterstützungskassen, denen die Versicherungsnehmer auf Grund gesetzlicher Bestimmungen beizutreten verpflichtet sind, und eingetragene Genossenschaften, welche die Gewinnverteilung ausgeschlossen haben.			
Gewerbelegitimationskarten (§ 44a der Reichs-Gewerbeordnung)	—	1	—
Gnadenerweise, s. Standeserhöhungen.			
Heiratsgenehmigungen für Beamte und Militärpersonen frei.			
Hingabe an Zahlungsstatt, Verträge darüber, s. Kaufverträge.			
Indossamente, s. Abtretung von Rechten.			
Inventarien, welche zum Gebrauch bei stempelpflichtigen Urkunden dienen	—	1	50
Kauf-[1]) und Tauschverträge und andere lästige Veräußerungsgeschäfte enthaltende Verträge einschließlich der gerichtlichen Zwangs-			

[1]) Als Kauf ist z. B. zu versteuern die Uebertragung eines Patentes, die Abtretung eines Verlagsrechtes u. drgl.

Kauf- und Lieferungs-Geschäfte über land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, wie Getreide, Heu, Stroh, Holz, ferner Vieh, künstlicher Dünger und Futtermittel sind stempelfrei. Ebenso sind stempelfrei Verträge über Lieferung von Rüben zwischen den Produzenten der Rüben und den Abnehmern.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
versteigerungen, insoweit nicht besondere Tarifstellen zur Anwendung kommen, wenn sie betreffen:			
a) im Inlande befindliche unbewegliche Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte	1	—	—
b) außerhalb des Landes befindliche unbewegliche Sachen	—	1	50
c) andere Gegenstände aller Art (auch Lieferungsverträge), falls die Verträge nicht auf Grund der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 der Reichsstempelabgabe unterliegen oder von dieser befreit sind	1/8	—	—
Der Stempel berechnet sich bei Tauschverträgen nach dem Werte der von einem der Vertragschließenden in Tausch gegebenen Gegenstände und zwar derjenigen, welche den höheren Wert haben, bei dem Tausche inländischer gegen ausländische Grundstücke nur nach dem Werte der ersteren; bei Zwangsversteigerungen nach dem Betrage des Meistgebots, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung der von dem Ersteher übernommenen Leistungen; bei Verträgen über Hingabe an Zahlungsstatt nach dem Werte, zu welchem die Gegenstände an Zahlungsstatt angenommen werden. Wird in einem Kaufvertrage hinsichtlich des Kaufpreises eine Hingabe an Zahlungsstatt vereinbart, so ist der Vertrag wie ein Tauschvertrag zu versteuern.			
Wird bei einer Versteigerung, welche zum Zwecke der Auseinandersetzung unter Miteigentümern erfolgt, der Zuschlag einem Miteigentümer erteilt, so bleibt bei Berechnung des Stempels derjenige Teil des Meistgebots außer Betracht, welcher auf den dem Ersteher bereits zustehenden Anteil an den versteigerten Gegenständen fällt. Im Falle der Gemeinschaft unter Miterben gilt im Sinne dieser Vorschrift jeder Miterbe als Miteigentümer nach Verhältnis seines ideellen Anteiles am Nachlaß.			
Wird ein Zuschlagsurteil aufgehoben, so werden die angesetzten Beträge nicht erhoben oder, wenn sie bezahlt sind, erstattet.			
Beurkundungen von Uebertragungen der Rechte der Erwerber aus Veräußerungsgeschäften über unbewegliche Sachen und diesen gleichgestellte Rechte oder über bewegliche Sachen, sowie Beurkundungen nachträglicher Erklärungen der aus einem Veräußerungsgeschäft der vorbezeichneten Art berechtigten Erwerber, die Rechte für einen Dritten erworben bezw. die Pflichten für einen Dritten übernommen zu haben, werden in betreff der Stempelpflichtigkeit wie Beurkundungen der Veräußerungen der Sachen und Rechte behandelt.			
Wenn jedoch der erste Erwerber das Veräußerungsgeschäft erweislich auf Grund eines Vollmachtsauftrages oder einer Geschäftsführung ohne Auftrag für einen Dritten abgeschlossen hat, so bedürfen Beurkundungen von Uebertragungen der Rechte dieses ersten Erwerbers an den Dritten nur eines Stempels von	—	1	50
In den Fällen des vorhergehenden Absatzes ist die Erstattung des bereits verwendeten Wertstempels anzuordnen. Auch muß die Abstandnahme von der Einziehung des Wertstempels angeordnet werden, falls dies innerhalb zweier Wochen nach erfolgter Beurkundung der Uebertragung beantragt wird.			
Außerdem kann der Finanzminister bei sonstigen Beurkundungen der erwähnten Art in denjenigen Fällen die gleichen Anordnungen treffen, in denen besondere Billigkeitsgründe vorhanden sind.			
In den Fällen des § 25 der Subhastationsordnung für die Rheinprovinzen vom 1. August 1822 (Gesetz-Samml. S. 195), sowie des § 39			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
des Gesetzes, betreffend das Teilungsverfahren und den gerichtlichen Verkauf von Immobilien im Geltungsbereich des Rheinischen Rechts, vom 22. Mai 1887 (Gesetz-Samml. S. 136), bedarf die nachträgliche Erklärung des Ansteigerers nur eines Stempels von	—	1	50
Demselben Stempel unterliegen Beurkundungen von Abtretungen der Rechte aus dem Meistgebot an einen anderen im Sinne des § 83 Absatz 2 des Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, vom 13. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 131).			
Ermäßigungen und Befreiungen:			
1. Kauf- und Tauschverhandlungen zwischen Teilnehmern an einer Erbschaft zum Zwecke der Teilung der zu letzterer gehörigen Gegenstände	—	1	50
Zu den Teilnehmern an einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit den Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat.			
2. Befreit sind Verträge, durch welche unbewegliche Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte oder bewegliche Sachen allein oder im Zusammenhange mit anderem Vermögen von Aszendenten an Deszendenten übertragen werden.			
Auf Beurkundungen von Uebertragungen der Rechte des Erwerbers aus Verträgen der vorbezeichneten Art an andere Personen als an Deszendenten des ursprünglich übertragenden Aszendenten finden die Bestimmungen des sechsten und siebenten Absatzes dieser Tarifstelle keine Anwendung.			
3. Befreit sind Kauf- und Lieferungsverträge über Mengen von Sachen oder Waren, sofern dieselben entweder zum unmittelbaren Verbrauch in einem Gewerbe oder zur Wiederveräußerung in derselben Beschaffenheit oder nach vorgängiger Bearbeitung oder Verarbeitung dienen sollen oder im Inlande in dem Betriebe eines der Vertragschließenden erzeugt oder hergestellt sind.			
4. Gerichtliche oder notarielle Aufnahmen oder Beglaubigungen der nach der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894 reichsstempelpflichtigen oder von der Reichsstempelsteuer befreiten Kauf- und Anschaffungsgeschäfte	—	1	50
Konsense zur Uebernahme einer Vormundschaft seitens eines Beamten oder einer Militärperson		frei.	
Konsolidationen von Bergwerkseigentum (Vereinigung zweier oder mehrerer Bergwerke zu einem einheitlichen Ganzen), Bestätigungsurkunden darüber	—	100	—
Erreicht der Gesamtwert des konsolidierten Bergwerkseigentums nicht 10000 Mark	—	10	—
Kuxe (§ 101 des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 — Gesetz-Samml. S. 705).			
Kuxscheine	—	1	50
Schriftstücke über Uebertragungen von Kuxen der bezeichneten Art	1/10	—	—
Schriftstücke über Verpfändungen von Kuxen wie Sicherstellung von Rechten, s. diese.			
Legalisation von Urkunden, sofern sie nicht auf der Urkunde selbst stattfindet	—	1	50
sonst		frei.	
Leibrenten- und Rentenverträge, wodurch zu gewissen Zeiten wiederkehrende Zahlungen von Geld für eine oder mehrere bestimmte Personen während der Lebensdauer derselben oder auf bestimmte oder			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
unbestimmte Zeit gegen Entgelt erworben werden, mag die Gegenleistung in einer bestimmten Geldsumme oder in der Hingabe von Sachen oder in der Uebernahme von Leistungen oder Verpflichtungen, oder aber in dem Aufgeben von Rechten bestehen, falls nicht die Tarifstelle „Versicherungsverträge" zur Anwendung kommt	1	—	—
Leichenpässe, s. Pässe.			
Lieferungsverträge, s. Kaufverträge.			
Lustbarkeiten, Genehmigungen der Ortspolizeibehörden zur Veranstaltung von Musikaufführungen, Singspielen, Gesangs- und deklamatorischen Vorträgen, theatralischen Vorstellungen oder sonstigen Lustbarkeiten aller Art und zwar sowohl von öffentlichen Gesellschaften als von Privat- oder von geschlossenen Gesellschaften dargebotenen . . .	—	1	50
bei Lustbarkeiten geringfügiger Art	—	—	50
Mäkler, vereidigte, Urkunden über die Bestätigung oder Anstellung derselben	—	25	—
Miet- und Aftermietverträge, s. Pacht- und Afterpachtverträge.			
Namensänderungen, Genehmigung zur Aenderung des Familiennamens	—	30	—
Bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann der Stempel auf	—	5	—
ermäßigt werden.			
Namensvermehrung und Namenswechsel bei adligen Namen ein Viertel der Sätze der Tarifstelle 60, Buchstabe a.			
Erfolgt die Namensvermehrung und der Namenswechsel in Verbindung mit einer Standeserhöhung, so kommt außerdem der für letztere in der vorerwähnten Tarifstelle verordnete Stempelbetrag zur Erhebung.			
Naturalisationsurkunden, mit Ausnahme derjenigen, welche für im Reichsdienst angestellte Ausländer ausgestellt werden	—	50	—
bei nachgewiesener Bedürftigkeit des zu Naturalisierenden kann der Stempel bis auf	—	5	—
ermäßigt werden.			
Nebenausfertigungen von Verträgen, wie Duplikate, s. diese.			
Notariatsurkunden, welche die Stelle einer in diesem Tarif versteuerten Verhandlung vertreten, wie diese;			
sonst und in allen Fällen mindestens	—	1	50
Notarielle Zeugnisse, wie amtliche Zeugnisse, s. Zeugnisse.			
Offizierpatente, wie Bestallungen, s. diese.			
Pacht- und Afterpachtverträge, Miet- und Aftermietverträge, sowie antichretische Verträge:[1])			
a) über unbewegliche Sachen, sofern der verabredete nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Pachtzins (Mietzins, antichretische Nutzung) mehr als 300 Mark beträgt	1/10	—	—
Der Verpächter und Afterverpächter (Vermieter, Aftervermieter, Verpfänder) hat die vorbezeichneten, während der Dauer des Kalenderjahres in Geltung gewesenen Verträge bis zum Ablauf des Januar des darauf folgenden Jahres in ein Verzeichnis (Pacht-, Miet-, Antichrese-Verzeichnis), welches die Bezeichnung des Grundstückes, den Namen des Pächters (Mieters, Pfandinhabers), die Dauer des Ver-			

[1]) Gegenstand der Stempelpflicht bilden die schriftlichen Mietsverträge. Für den Stempel haftet der Mieter in gleicher Weise wie der Vermieter, wenn auch nur der Vermieter sich event. strafbar macht.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
tragsverhältnisses während des betreffenden Kalenderjahres, den Zins (Nutzung), den erforderlichen Stempelbetrag und seine Namensunterschrift enthalten muß, einzeln einzutragen, das Verzeichnis mit der Versicherung, daß er andere unter die vorstehende Bestimmung fallende Verträge nicht abgeschlossen habe, zu versehen und die Versteuerung spätestens innerhalb der vorerwähnten Frist bei einer Steuerstelle zu bewirken. Vorausbezahlung für mehrere Jahre ist zulässig. Die in diesem Verzeichnisse zu machenden Angaben können bei der Steuerbehörde zu Protokoll erklärt werden. Die Verzeichnisse sind von den zur Führung derselben verpflichteten Personen 5 Jahre lang aufzubewahren. Auf Verlangen derselben erfolgt die Aufbewahrung durch die Steuerbehörde. Im Dezember jeden Jahres ist von den Hauptsteuer- und Hauptzollämtern auf die Bestimmungen über die Führung der Verzeichnisse und die Versteuerung durch Bekanntmachung in öffentlichen Blättern aufmerksam zu machen. Außerdem können diejenigen Verpächter und Afterverpächter (Vermieter, Aftervermieter, Verpfänder), von welchen Verzeichnisse nicht eingereicht sind, von der Steuerbehörde zur Anzeige darüber angehalten werden, ob von ihnen während des vorangegangenen Kalenderjahres Verträge der vorbezeichneten Art errichtet worden sind. Behörden sind berechtigt, die Versteuerung der von ihnen zu führenden Verzeichnisse selbst zu bewirken. Wenn Verträge dieser Tarifstelle vor Ablauf der vertragsmäßig festgesetzten Zeit ihr Ende erreichen, so ist der Stempel nur für die Zeit bis zur Beendigung der Verträge zu entrichten. Die Vorschrift des § 4 Buchstabe a dieses Gesetzes findet auf die Verträge dieser Tarifstelle keine Anwendung. Die Beurkundungen von Abtretungen der Rechte aus Verträgen dieser Tarifstelle unterliegen einer anderen als der nach den obigen Bestimmungen zu entrichtenden Stempelsteuer nicht. Wenn in einem unter diese Tarifstelle fallenden Vertrage bestimmt ist, daß das Rechtsverhältnis unter gewissen Voraussetzungen als verlängert gelten soll, so kommen für die hiernach eintretenden Verlängerungen die vorstehenden Bestimmungen zur Anwendung. Die durch Briefwechsel zu stande gekommenen Verträge sind hinsichtlich der Stempelpflicht wie förmliche schriftliche Verträge zu behandeln;			
b) über bewegliche Sachen	1/10	—	—
Der Stempel berechnet sich nach der Dauer der bedungenen Vertragszeit; bei Verträgen auf unbestimmte Zeit ist der Versteuerung eine einjährige Dauer zu Grunde zu legen;			
c) über ausländische Grundstücke	—	1	50
Pässe (Paßkarten) zu Reisen in der Regel	—	1	50
für Handwerksburschen, Dienstboten, Lohnarbeiter und andere Personen ähnlichen Standes jedoch nur	—	—	50
zum Transport von Leichen wegen deren Beerdigung außer dem Kirchsprengel, worin der Todesfall sich ereignet hat	—	5	—
bei nachgewiesener Bedürftigkeit kann der Stempel bis auf . . . . . ermäßigt werden.	—	1	50
Polizen, s. Versicherungsverträge.			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Polizeistunde, Genehmigungen der Verlängerung der Polizeistunde für einzelne Wirtshäuser und öffentliche Vergnügungsorte . . . Befreit sind Genehmigungen auf die Dauer bis zu zwei Wochen.	—	1	—
Proteste, Wechselproteste und Proteste anderer Art	—	1	50
Protokolle, auch von den Parteien nicht unterschriebene, welche in Privatangelegenheiten von Behörden und Beamten aufgenommen sind und die Stelle einer im gegenwärtigen Tarif besteuerten Verhandlung vertreten, wie diese, mindestens aber	—	1	50
Protokolle, welche nicht die Stelle einer im Tarif besteuerten Verhandlung vertreten, sind stempelfrei. Bei Protokollen, welche von Notaren aufgenommen sind, kommt die Tarifstelle „Notariatsurkunden" zur Anwendung.			
Punktationen über einen zu errichtenden Vertrag, welche die Kraft eines Vertrages haben und demnach eine Klage auf Erfüllung begründen, sind wie Verträge über denselben Gegenstand und zwar auch dann zu versteuern, wenn darin die Aufnahme einer förmlichen Vertragsurkunde vorbehalten ist. Zu einer Vertragsurkunde, welche auf Grund einer mit dem Wertstempel belegten Punktation demnächst aufgenommen wird und im wesentlichen denselben Inhalt hat, wie diese, kommt der zur Punktation verwendete Wertstempel in Anrechnung.			
Registraturen, wenn sie die Stelle der Protokolle vertreten, wie diese.			
Schenkungen unter Lebenden, insbesondere auch die belohnenden und die mit einer Auflage belasteten Schenkungen, insofern sie schriftlich beurkundet sind, unterliegen von dem Betrage der Schenkung einer Wertstempelabgabe, welche sich nach den Vorschriften der §§ 6 bis 25 sowie des § 27 erster Absatz des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer, vom $\frac{\text{30. Mai 1873}}{\text{19. Mai 1891}}$ und des demselben anliegenden Tarifs bestimmt, jedoch mit der Maßgabe, daß bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen das Fünfundzwanzigfache ihres einjährigen Betrages als Kapitalwert angenommen wird. An Stelle der Verhältnisse des Erblassers und des Erwerbers des Anfalles sind die Verhältnisse des Gebers, beziehungsweise des Beschenkten zu berücksichtigen. Als Beurkundungen von Schenkungen sind alle Schriftstücke über solche Geschäfte anzusehen, bei welchen die Absicht auf Bereicherung des einen Teils gerichtet war, auch wenn das Geschäft in der Form eines lästigen Vertrages abgeschlossen ist. Bei Beurteilung der Frage, ob die Absicht der Bereicherung des einen Teils anzunehmen ist, sind auch solche Umstände in Betracht zu ziehen, welche aus der Urkunde nicht ersichtlich sind. In denjenigen Fällen, in welchen die Versteuerung der Schenkung über die für die Verwendung des Urkundenstempels sonst vorgeschriebene Frist hinaus ausgesetzt bleibt (§§ 22 bis 25 und § 27 erster Absatz des Gesetzes, betreffend die Erbschaftssteuer, vom $\frac{\text{30. Mai 1873}}{\text{19. Mai 1891}}$), muß die Urkunde vor Ablauf dieser Frist der von dem Finanzminister zu bestimmenden Steuerbehörde vorgelegt werden, welche die erforderlichen Anordnungen wegen späterer Verwendung des Stempels zu treffen hat und welcher hierfür auf Verlangen Sicherheit zu bestellen ist. Diese			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Bestimmung findet auch auf die bei den Gerichtskosten zu verrechnenden Schenkungsstempel Anwendung. Befreit sind Beurkundungen von Schenkungen der Arbeitgeber an Kassen oder Anstalten, welche die Unterstützung ihrer Arbeitnehmer oder Bediensteten, sowie der Angehörigen derselben bezwecken.			
Schiedssprüche und zwar sowohl der ständigen Schiedsgerichte als auch der zur Entscheidung für den einzelnen Fall berufenen Schiedsrichter	1/10	—	—
jedoch mindestens	—	2	—
höchstens	—	100	—
ist der Wert des Streitgegenstandes unschätzbar	—	10	—
Schuldverschreibungen.			
I. Schuldverschreibungen,[1]) hypothekarische und persönliche aller Art, insoweit es sich nicht um der Reichsstempelabgabe unterworfene Wertpapiere handelt	1/12	—	—
Ermäßigungen:			
a) Schuldverschreibungen über Kaufgelder, Erbgelder oder sonstige Forderungen aus zweiseitigen Verträgen, falls diese Verträge gehörig versteuert sind und alle wesentlichen Bedingungen des Schuldverhältnisses enthalten, wie Nebenausfertigungen derselben (vergl. die Tarifstelle „Nebenausfertigungen");			
b) Schuldverschreibungen über Darlehen, welche innerhalb Jahresfrist oder in einem kürzerem Zeitraume zurückzuzahlen sind	1/50	—	—
So oft die Rückzahlungsfrist durch schriftliche Verabredungen über die Verlängerung der Darlehen, oder durch Ausstellung neuer Schuldverschreibungen bis zu einem Zeitraum von einem Jahre erweitert wird, je	1/50	—	—
jedoch für die ursprüngliche Verschreibung und sämtliche Verlängerungen nicht mehr wie	1/12	—	—
Beurkundungen der Verlängerung der Rückzahlungsfrist über den Zeitraum von einem Jahre hinaus	1/12	—	—
jedoch unter Anrechnung der für die Beurkundungen der ursprünglichen Verschreibung und der früheren Verlängerungen bereits entrichteten Stempel. Die Anrechnung der früher gezahlten Stempel ist nur zulässig, wenn auf den Schriftstücken über die Verlängerung vom Aussteller vermerkt ist, zu welchen Urkunden und zu welchen Beträgen die früher gezahlten Stempel verwendet sind.			
Befreiungen:			
a) Beurkundungen über die Verlängerung der Rückzahlungsfrist, wenn es sich um Schuldverschreibungen handelt, die mit einem Zwölftel vom Hundert des Kapitalbetrages bereits versteuert sind;			
b) Beurkundungen von zinsbaren Darlehen, welche gegen spezielle Verpfändung oder Hinterlegung von edlen Metallen, Waren, Wechseln oder Wertpapieren gegeben werden (Lombarddarlehen) und innerhalb Jahresfrist oder in einem kürzeren Zeitraum zurück-			

[1]) Die einseitige Verpflichtungsurkunde über Zahlung einer Rente auf Lebenszeit ist steuerpflichtig.

Bei Umwandlung einer Grundschuld in eine Hypothek ist der Wertstempel von 1/12 Prozent von neuem fällig.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
zuzahlen sind, vorausgesetzt, daß der Wert des hinterlegten Pfandes dem gewährten Darlehen mindestens gleichkommt;			
c) Sparkassenbücher und Bescheinigungen über einzelne Einlagen seitens öffentlicher und solcher Sparkassen, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen, insbesondere solcher, welche die Gewinnverteilung ausgeschlossen haben, sowie der Sparkassen derjenigen eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (Reichsgesetz vom 1. Mai 1889, Reichs-Gesetzbl. S. 55), welche die Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits bezwecken;			
d) für Kommunalverbände, Kommunen oder Korporationen ländlicher oder städtischer Grundbesitzer oder Grundkredit- und Hypothekenbanken ausgestellte Schuldverschreibungen, auf Grund deren reichsstempelpflichtige Renten- und Schuldverschreibungen demnächst ausgereicht werden.			
II. Kaufmännische, nicht auf Order ausgestellte Verpflichtungsscheine über Leistungen von Geld	1/50	—	—
Für die Verlängerung der Rückzahlungsfrist gelten die Bestimmungen zu I unter Ermäßigungen zu b und Befreiungen zu a.			
III. Der Antrag auf Eintragung einer Hypothek oder Grundschuld oder einer wiederkehrenden Geldleistung im Grundbuche oder in einem für solche Eintragungen bestimmten öffentlichen Buche	1/12	—	—
sowie der Antrag auf Eintragung der Verpfändung einer Hypothek oder Grundschuld oder einer wiederkehrenden Geldleistung durch den eingetragenen Gläubiger in Büchern der bezeichneten Art	1/12	—	—
Die Vorschriften der Tarifstelle „Abtretung von Rechten" fünfter bis einschließlich achter Absatz finden sinngemäße Anwendung.			
Sicherstellung von Rechten, Beurkundungen darüber, wenn der Wert der sichergestellten Rechte			
600 Mark nicht übersteigt	—	—	50
1200 „ „ „	—	1	—
10000 „ „ „	—	1	50
bei einem höheren Betrage	—	5	—
Der Stempel darf in keinem Falle den für die Beurkundung des sicherzustellenden Rechtes zur Erhebung gelangenden Stempel übersteigen.			
Ist der Wert der sichergestellten Rechte nicht schätzbar	—	1	50
Befreit sind:			
a) Urkunden über Dienstkautionen der Beamten öffentlicher Behörden;			
b) in Schuldverschreibungen zur Sicherheit der Schuldverpflichtung vom Schuldner abgegebene Erklärungen;			
c) Urkunden über Sicherstellungen der Vormünder (§ 58 der Vormundschaftsordnung vom 5. Juli 1875, Gesetz-Samml. S. 431).			
Standeserhöhungen und Gnadenerweise, landesherrliche.			
a) Standeserhöhungen			
für die Verleihung der Herzogwürde	—	5000	—
für die Verleihung der Fürstenwürde	—	3000	—
für die Verleihung der Grafenwürde	—	1800	—
für die Verleihung der Freiherrnwürde	—	1200	—
für die Verleihung des Adels	—	600	—

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Wenn in obigen Verleihungen mehrere Seitenverwandte mit aufgenommen werden, so wird für jeden Seitenverwandten die volle Taxe besonders erhoben.			
Die vorstehend festgesetzten Beträge werden auch erhoben, wenn eine Standeserhöhung aus Anlaß oder bei Gelegenheit einer Adoption oder Legitimation stattfindet.			
Für Anerkennung und Bestätigung einer von einem auswärtigen Fürsten verliehenen Standeserhöhung eines Inländers werden die obigen Sätze erhoben.			
Für die Verleihung des preußischen Adels an einen ausländischen Adligen kommt die Hälfte des für die Verleihung der betreffenden Adelsstufe vorgeschriebenen Stempels in Ansatz.			
Für sonstige nachträgliche Aenderungen oder Ergänzungen der bezüglich einer Standeserhöhung getroffenen Bestimmungen wird, sofern keine andere Vorschriften Anwendung finden, ein Fünftel des Steuersatzes für die betreffende Standeserhöhung in Ansatz gebracht;			
b) Wappenvermehrungen und Wappenänderungen ein Achtel der Sätze zu a.			
Erfolgt die Wappenvermehrung und Wappenveränderung in Verbindung mit einer Standeserhöhung, so kommt außerdem der für letztere vorgesehene Stempelbetrag zur Erhebung;			
c) Erhebung eines Inbegriffs von Gütern zu einer Standesherrschaft, einem Herzogtum oder Fürstentum	—	6000	—
d) Verleihung des Patents			—
für einen Kammerjunker	—	400	—
für einen Kammerherrn	—	1200	—
sofern letzterer vorher Kammerjunker war	—	800	—
e) für die Verleihung von Titeln an Privatpersonen	—	300	—
Statuten von Gesellschaften, Vereinen u. s. w., s. Gesellschaftsverträge, Buchstabe c.			
Strafbescheide der Finanzbehörden, sofern die Strafe einschließlich des Wertes der eingezogenen Gegenstände 15 Mark übersteigt	—	1	50
Tauschverträge, s. Kaufverträge.			
Taxen von Grundstücken, insofern sie wegen eines Privatinteresses unter Aufsicht einer öffentlichen Behörde aufgenommen werden	—	1	50
Testamente, s. Verfügungen von Todeswegen.			
Verfügungen von Todeswegen aller Art,[1]) auch in Form von Verträgen	—	1	50
Vergleiche	—	1	50
Ist jedoch durch den Vergleich ein unter den Parteien bisher nicht in stempelpflichtiger Form zu stande gekommenes Rechtsgeschäft anerkannt oder im wesentlichen aufrecht erhalten oder ein anderweites Rechtsgeschäft neu begründet worden, so ist zu dem Vergleiche, wenn diese Geschäfte nach dem gegenwärtigen Tarif einem höheren als dem für Vergleiche verordneten Stempel unterworfen sind, dieser höhere Stempel zu verwenden.			
Befreit sind die von Schiedsmännern und Gewerbegerichten aufgenommenen Vergleiche, sofern nicht die Voraussetzungen des vorhergehenden Absatzes Anwendung finden.			

[1]) Auch die eigenhändigen Testamente, Nachzettel und Kodizille sind stempelpflichtig.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Verleihungen des Bergwerkseigentums, Urkunden darüber §§ 22 ff. des Allgemeinen Berggesetzes für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 — Gesetz-Samml. S. 705)	—	50	—
Verpflichtungsscheine, kaufmännische, s. Schuldverschreibungen, II.			
Versicherungsverträge, auch in der Form von Polizen und deren Verlängerungen, wenn sie betreffen:			
a) Lebens- und Rentenversicherungen einschließlich der Versicherungen auf den Lebensfall (Altersversorgung, Aussteuer, Militärdienst und dergl.)	1/20	—	—
Bei Rentenversicherungen wird der Kaufpreis und in Ermangelung eines solchen der zehnfache Betrag der Rente als Versicherungssumme angesehen.			
Werden bei Versicherungen gleicher Art von demselben Versicherer mehrere Urkunden für dieselbe Person ausgestellt, so berechnet sich die Stempelabgabe nach dem Gesamtbetrage der versicherten Summe.			
Befreit sind Versicherungen, bei denen die verabredeten Jahresprämien den Betrag von 40 Mark nicht übersteien;			
b) Unfall- und Haftversicherungen	1/2	—	—
Befreit sind Versicherungen, bei den die verabredeten Jahresprämien den Betrag von 40 Mark nicht übersteigen;			
c) Versicherungen gegen andere Gefahren (Feuer-, Hagel-, Viehversicherungen u. s. w.) für jedes Jahr der Versicherungsdauer	1/1000	—	—
Jeder Bruchteil eines Versicherungsjahres kommt bei der Versteuerung als ein volles Jahr in Betracht.			
Die den öffentlichen Feuerversicherungsanstalten reglementsmäßig zustehenden Stempelsteuerprivilegien finden Anwendung auf alle Schriftstücke, welche sich auf den Eintritt der Versicherungsnehmer in diese Anstalten oder spätere Abänderungen der Versicherungen beziehen.			
Befreit sind:			
1. Versicherungen, bei welchen die versicherte Summe den Betrag von 3000 Mark nicht übersteigt.			
2. Versicherungen bei den auf Gegenseitigkeit gegründeten und nicht die Erzielung von Gewinn bezweckenden Versicherungsanstalten, deren Versicherungsbeträge durch Umlage erhoben werden und deren Geschäftsbetrieb über den Umfang einer Provinz nicht hinausgeht.			
Befreit sind Verträge über Rückversicherungen und Transportversicherungen.			
Verträge,			
1. durch welche ein früherer stempelpflichtiger[1]) Vertrag lediglich aufgehoben wird	—	1	50
Wenn jedoch die Verabredung über die Aufhebung oder Beseitigung des früheren Vertrages sich als eine in diesem Tarif besonders aufgeführte Verhandlung darstellt, so kommt derjenige Steuersatz zur			

[1]) Korrespondenzverträge, d. h. solche Geschäfte, die im Wege des Briefwechsels zustande gekommen sind, sind dann stempelfrei, wenn es sich bei ihnen um die Anschaffung von Waren handelt, die unverändert weiter veräußert werden sollen. Diese Stempelfreiheit tritt jedoch nur dann ein, wenn der Inhalt der Korrespondenz sich streng auf den Kaufvertrag selbst beschränkt. Sobald jedoch irgend welche Nebenbestimmungen, die nicht Bestandteil des Kaufkontraktes selbst sind, in die Korrespondenz aufgenommen sind, wird diese sogleich stempelpflichtig.

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Anwendung, welchem die Verabredung nach den Vorschriften dieses Tarifs unterliegt. Der Finanzminister kann in besonderen Fällen den zu entrichtenden Wertstempel aus Billigkeitsrücksichten bis auf . . . . . ermäßigen;	1/20	—	—
2. über sonstige vermögensrechtliche Gegenstände, wenn keine andere Tarifstelle zur Anwendung kommt	—	1	50
Ein auf unbestimmte Zeit oder auf Kündigung abgeschlossener Vertrag gilt in betreff der Stempelpflichtigkeit als ein auf ein Jahr abgeschlossener.			
Befreiungen:			
a) Lehrverträge,			
b) Verträge, durch welche Arbeits- und Dienstleistungen auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen zu gewissen Zeiten wiederkehrendes Entgelt (Lohn, Gehalt und dergl.) versprochen werden, wenn der Jahresbetrag der Gegenleistung 1500 Mark nicht übersteigt.			
Vokationen der Geistlichen und Schullehrer, wie Bestallungen, s. diese.			
Vollmachten, Ermächtigungen und Aufträge zur Vornahme von Geschäften rechtlicher Natur für den Vollmachtgeber, wenn der Wert des Gegenstandes der Vollmacht			
500 Mark nicht übersteigt	—	—	50
1000 „ „ „	—	1	—
3000 „ „ „	—	1	50
6000 „ „ „	—	3	—
10000 „ „ „	—	5	—
15000 „ „ „	—	7	50
bei einem höheren Betrage	—	10	—
wenn die Vollmacht zur Vornahme aller oder gewisser Gattungen von Geschäften für den Vollmachtgeber ermächtigt (Generalvollmacht) und der Wert des Gegenstandes 50000 Mark übersteigt	—	20	—
Steht der Bevollmächtigte in einem Dienstverhältnisse zu dem Vollmachtgeber, höchstens	—	1	50
Wenn der Wert des Gegenstandes der Vollmacht nicht schätzbar ist, wenn es sich insbesondere um Vollmachten zur Ausübung des Stimmrechts in Gesellschaften aller Art handelt	—	1	50
Bei Prozeßvollmachten treten an Stelle der Steuersätze des ersten Absatzes von 3, 5, 7,50, 10 die Steuersätze von 2, 3, 4, 5 Mark.			
Schriftstücke, in welchen jemand einem Dritten gegenüber erklärt, daß er einem anderen die Vornahme einer Angelegenheit rechtlicher Natur aufgetragen habe, sind dem Stempel nicht unterworfen, sofern nicht die Verkehrssitte eine Vollmacht in diesen Fällen erfordert und durch das Schriftstück die förmliche Vollmacht ersetzt werden soll.			
Zu Vollmachten, in denen mehrere, nicht in einer Erb- oder sonstigen Rechtsgemeinschaft stehende Personen einen Bevollmächtigten bestellen, ist der Vollmachtstempel so oft zu verwenden, als Vollmachtgeber vorhanden sind.			
Wenn bei einer gerichtlichen oder notariellen Versteigerung durch die Kaufbedingungen oder durch besondere Erklärungen bestimmte Personen bevollmächtigt werden, nach erfolgtem Zuschlage für die Versteiglasser oder für die Ansteigerer die Auflassungserklärung abzugeben und für die Ansteigerer die Eintragung der Steigpreise zu bewirken, so ist der Voll-			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
machtstempel ohne Rücksicht auf die Zahl der Beteiligten und der abzugebenden Erklärungen nur einmal in Ansatz zu bringen, sofern nach Inhalt des Protokolls die Vollmacht auf einen Zeitraum von längstens drei Tagen nach Ablauf des Tages, an welchem der Zuschlag erfolgt, beschränkt wird.			
Substitutionen bei einer Prozeßvollmacht, welche nicht in einer nach diesem Tarif einem besonderen Stempel unterliegenden Verhandlung ausgestellt werden, sind stempelfrei, sofern über die ursprüngliche Vollmacht eine vorschriftsmäßig versteuerte Urkunde vorhanden und dies entweder auf der Substitutionsvollmacht vermerkt ist, oder die ursprüngliche Vollmacht sich bei den Gerichtsakten befindet.			
Vorrechtseinräumungen (Prioritätszessionen)	—	1	50
Werkverdingungsverträge, inhalts deren der Uebernehmer auch das Material für das übernommene Werk ganz oder teilweise anzuschaffen hat, sind, falls letzteres in der Herstellung beweglicher Sachen besteht, wie Lieferungsverträge unter Zugrundelegung des für das Werk bedungenen Gesamtpreises zu versteuern.			
Handelt es sich bei dem verdungenen Werk um eine nicht bewegliche Sache, so ist der Werkverdingungsvertrag so zu versteuern, als wenn über die zu dem Werk erforderlichen, von dem Unternehmer anzuschaffenden beweglichen Gegenstände in demjenigen Zustande, in welchem sie mit dem Grund und Boden in dauernde Verbindung gebracht werden sollen, ein dem Steuersatz der Tarifstelle „Kauf- und Tauschverträge" Buchstabe c oder der Ziffer 3 der „Ermäßigungen und Befreiungen" dieser Tarifstelle unterliegender Lieferungsvertrag und außerdem hinsichtlich des Wertes der Arbeitsleistung ein dem Steuersatz der Tarifstelle „Verträge" Ziffer 2 unterworfener Arbeitsvertrag abgeschlossen wäre.			
Die Vorschrift des § 10 dieses Gesetzes findet entsprechende Anwendung dergestalt, daß, insoweit eine Trennung des Gesamtpreises nicht vorgenommen ist, der höchste Steuersatz zu entrichten ist.			
Wiederaufhebung von Verträgen, s. Verträge, Ziffer 1.			
Zeugnisse, amtliche in Privatsachen, innerhalb der Zuständigkeit der ausstellenden Behörde oder des ausstellenden Beamten erteilte	—	1	50
Beurkundungen der Gerichtsvollzieher nach § 17 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 249)	—	—	50
Befreit sind:			
a) Zeugnisse, auf Grund deren ein anderes amtliches Zeugnis oder ein Paß (Reise- oder Leichenpaß, Paßkarte) ausgestellt werden soll;			
b) Zeugnisse aller Art, welche von Geistlichen in Bezug auf kirchliche Handlungen erteilt werden, insbesondere Geburts-, Tauf-, Aufgebots-, Ehe-, Trau-, Toten- und Beerdigungsscheine;			
c) Zeugnisse, welche zum Nachweise der Berechtigung zum Genusse von Wohlthaten, Stiftungen und anderen Bezügen für hilfsbedürftige Personen dienen sollen oder welche wegen Zahlung von Wartegeldern, Pensionen, Unterstützungsgeldern, Krankengeldern, Beerdigungskosten, Witwen- und Waisengeldern und ähnlichen Kosten und Geldern als Rechnungsbeläge bei öffentlichen und privaten Kassen und Anstalten eingereicht werden müssen:			
d) Führungszeugnisse, insoweit sie nicht zur Erlangung der in den Tarifstellen „Erlaubniserteilungen" und „Lustbarkeiten" aufgeführten Genehmigungen u. s. w. erforderlich sind.			

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz v. H.	ℳ	₰
Den Führungszeugnissen stehen gleich Zeugnisse über geleistete Arbeiten in Anstalten, welche von unmittelbaren oder mittelbaren Staatsbehörden betrieben werden;			
e) Beglaubigungen von Unterschriften unter Anträgen und Verhandlungen, die nach ihrem Inhalt ausschließlich zu einer Eintragung oder Löschung in öffentlichen, das Eigentum und die Belastung von Grundstücken und selbständigen Gerechtigkeiten feststellenden Büchern erforderlich sind, sowie die mit solchen Beglaubigungen verbundenen Zeugnisse über die Vertretungsbefugnis der Beteiligten;			
f) Beglaubigungen von Unterschriften der Gesuche um Auszahlung hinterlegter Gelder nach § 25 Absatz 2 der Hinterlegungsordnung vom 14. März 1879 (Gesetz-Samml. S. 249).			
In den unter a und c bezeichneten Fällen tritt die Stempelfreiheit nur dann ein, wenn der dieselbe begründende Zweck aus der Urkunde hervorgeht. Wird von den Attesten zu anderen Zwecken nachträglich Gebrauch gemacht, so ist der Stempel nachzuverwenden.			
Zuschlagsbescheide, wie Kaufverträge, s. diese.			

Geſetz,

betreffend

die Erbſchaftsſteuer.

Vom 19./24. Mai 1891 (GS. S. 78)

unter Berückſichtigung der dazu ergangenen Novelle vom 31. Juli 1895 (GS. S. 412).

Inhaltsverzeichnis.

	Paragraphen
Gegenſtand der Erbſchaftsſteuer	1
Fideikommiß- und Familienſtiftungen	2— 3
Schenkungen unter Lebenden	4
Erbſchaftsſteuerpflichtige Maſſe	5
Zuwendungen zur Vergeltung übernommener Leiſtungen	6
Stiftungen	7
Zuwendungen zu milden ꝛc. Zwecken	8
Unbewegliches Vermögen	9
Bewegliches Vermögen	10—11
Beſondere Fälle der Verſteuerung	12
Verteilung der Schulden und Laſten	13
Ermittelung des Wertes der Maſſe	14—21
Bedingter Erwerb	22
Bedingte Belaſtung	23—24
Unſichere Forderungen	25
Betrag der Lehns- und Fideikommißanfälle	26
Erwerb der Subſtanz ohne die Nutzung	27
Berechnung der Steuer	28
Haftung für die Steuer	29—30
Verwaltung der Steuer	31
Anmeldung des Anfalles	32—34
Verzeichnis und Deklaration	35—37
Fernere Ermittelungen	38
Eidesſtattliche Verſicherungen	39
Averſionalverſteuerung	40
Feſtſtellung der Steuer	41
Zuläſſigkeit des Rechtsweges	42
Strafbeſtimmungen	43—48
Koſten	49
Verjährung	50

Gesetz

betreffend

die Erbschaftssteuer.

Vom 19./24. Mai 1891 (GS. S. 78)

unter Berücksichtigung der dazu ergangenen Novelle vom 31. Juli 1895 (GS. S. 412).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung beider Häuser des Landtags, für den Umfang der Monarchie mit Ausschluß der Insel Helgoland, was folgt:

Gegenstand der Erbschaftssteuer.

§ 1. Der Erbschaftssteuer sind nach Vorschrift dieses Gesetzes und des anliegenden, von Uns vollzogenen Tarifes (folgt unten) unterworfen, ohne Unterschied, ob der Anfall Inländern oder Ausländern zukommt:

1. Erbschaften, Vermächtnisse und Schenkungen von Todeswegen (mit Einschluß der remuneratorischen und der mit einer Auflage belasteten Schenkungen);
2. Lehns- und Fideikommißanfälle;
3. die Anfälle von Hebungen aus Familienstiftungen, welche infolge Todesfalles auf den vermöge stiftungsmäßiger oder gesetzlicher Successionsordnung Berufenen übergehen;
4. Vermögen Verschollener bei vorläufiger Ausfolgung an die mutmaßlichen Erbberechtigten.

Eine Ausnahme gilt für diejenigen Personen, welche aus einer Erbschaft, die dem Fiskus zugefallen ist, durch Allerhöchste Bestimmung Gnadengeschenke erhalten; solche Personen brauchen nämlich davon weder Erbschafts- noch Schenkungsstempelsteuer zu entrichten.

Wenn der Besitzer eines Familienfideikommisses noch bei Lebzeiten auf seinen Nachfolger überträgt und später stirbt, so muß doch der Nachfolger die Erbschaftssteuer bezahlen, sobald er in den Besitz des Fideikommisses gelangt.

Wenn ein Verschollener zurückkehrt, so ist die gezahlte Steuer bis auf einen solchen Betrag, welcher der wirklichen Bereicherung entspricht, zurückzuzahlen.

Fideikommiß- und Familienstiftungen.

§ 2. In betreff der von Fideikommiß- und von Familienstiftungen zu entrichtenden Wertstempelabgabe bewendet es bei den bestehenden Vorschriften mit folgenden Maßgaben:

1. die Ermittelung des stempelpflichtigen Wertes erfolgt nach den Bestimmungen in den §§ 14 bis 21 dieses Gesetzes, jedoch ohne Abzug der Schulden;
2. bei Fideikommiß- und Familienstiftungen von Todeswegen ist der Wertstempel binnen 6 Monaten nach dem Todesfall beizubringen und kommen wegen der Verhaftung für die Entrichtung desselben die Bestimmungen der §§ 29 und 30 dieses Gesetzes zur Anwendung.

---

§ 3. Als Fideikommißstiftungen im Sinne dieses Gesetzes sind alle von Todeswegen oder unter Lebenden getroffene Anordnungen anzusehen, kraft deren gewisse Vermögensgegenstände der Familie für immer oder für mehr als zwei Generationen erhalten bleiben sollen.

Schenkungen unter Lebenden.

§ 4. Schenkungen unter Lebenden — insbesondere auch die remuneratorischen und die mit einer Auflage belasteten Schenkungen — unterliegen, wenn eine schriftliche Beurkundung derselben stattfindet, einer Wertstempelabgabe von dem Betrage der Schenkung. Als Beurkundung von Schenkungen im Sinne dieser Bestimmung sind alle Schriftstücke über solche Geschäfte anzusehen, bei welchen die Absicht auf Bereicherung des einen Teils gerichtet war, auch wenn das Geschäft in der Form eines lästigen Vertrags abgeschlossen ist. Bei Beurteilung der Frage, ob die Absicht der Bereicherung des einen Teils anzunehmen ist, sind auch solche Umstände in Betracht zu ziehen, welche aus der Urkunde nicht ersichtlich sind.

Der erforderliche Wertstempel bestimmt sich nach den Vorschriften des anliegenden Tarifs und der §§ 6 bis 25, sowie des § 27 erster Absatz dieses Gesetzes, indem an Stelle der Verhältnisse des Erblassers und des Erwerbers des Anfalls die Verhältnisse des Gebers, beziehungsweise des Beschenkten berücksichtigt werden.

Im übrigen finden auf diese Wertstempelabgabe die Bestimmungen wegen des Urkundenstempels Anwendung. In denjenigen Fällen, in welchen die Versteuerung der Schenkung über die für die Verwendung des Urkundenstempels sonst vorgeschriebene Frist hinaus ausgesetzt bleibt (§§ 22 bis 25 und § 27 erster Absatz), muß die Urkunde vor Ablauf dieser Frist der von dem Finanzminister zu bestimmenden Steuerbehörde vorgelegt werden, welche die erforderlichen Anordnungen wegen späterer Verwendung des Stempels zu treffen hat und welcher hierfür auf Verlangen Sicherheit zu bestellen hat.

Wenn jemand einem anderen eine Summe oder einen Gegenstand schenkt, sich aber die Nutzung dieses Kapitals oder Gegenstandes auf Lebzeiten vorbehält, so wird der Stempel für eine solche Schenkung in der Weise berechnet, daß man den Wert der geschenkten Sache um den Wert der Nutzung, welcher nach § 16 berechnet wird, geringer anschlägt.

Unter einer renumeratorischen Schenkung versteht man eine solche Schenkung, welche zur Belohnung für einen Dienst oder einen Gefallen oder eine Wohlthat geleistet wird. In der Schenkungsurkunde muß, damit man eine renumeratorische Schenkung annehmen kann, der betreffende Dienst oder die betr. Handlung angeführt, wenn auch nicht

im einzelnen beschrieben sein. Häufig ist z. B. eine renumeratorische Schenkung derart, daß jemand einer Person, die ihn jahrelang gepflegt hat, eine bestimmte Summe dafür im Testament aussetzt.

Mit einer Auflage belastet ist eine Schenkung dann, wenn die Schenkung mit der Maßgabe erfolgt, daß der Beschenkte verpflichtet sein soll, dafür irgend eine Leistung zu bewirken, z. B. einem Dritten etwas davon zu geben u. s. w.

Schenkungen und letztwillige Zuwendungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Königs, wenn sie einer inländischen Korporation oder anderen juristischen Person zu anderen als ihren genehmigten Zwecken gewidmet werden sollen oder sofern dadurch im Inlande eine neue juristische Person in das Leben gerufen werden soll (Stiftung). Außerdem bedürfen Schenkungen und andere Zuwendungen an inländische oder ausländische Korporationen und andere juristische Personen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Königs oder der durch königl. Verordnung ein für alle Mal zu bestimmenden Behörde, wenn ihr Wert die Summe von 1000 Thlr. übersteigt. Fortlaufende Leistungen werden hierbei mit 5 vom 100 zu Kapital berechnet (Amortisations-Gesetz vom 23. Februar 1870 zur Beschränkung der „toten Hand").

Unter der „Beurkundung" einer Schenkung im Sinne des § 4 wird auch die Bestätigung oder Anerkennung der bereits mündlich erklärten und durch Uebergabe vollzogenen Schenkung verstanden, auch wenn diese Erklärung nur den Zweck eines Beweismittels für die Schenkung verfolgt. Auch ein einseitiges Schenkungsversprechen, welches schriftlich beurkundet ist, muß verstempelt werden, auch wenn die schriftliche Form nur deshalb gewählt worden ist, damit ein Beweismittel für die Schenkung existiere.

Die Urkunde über eine Schenkung bleibt stempelpflichtig auch dann, wenn der Schenker berechtigt ist, die Schenkung anzufechten.

Bei solchen Schenkungen, welche unter einer aufschiebenden Bedingung gemacht sind, wenn z. B. ein Kapital dem Beschenkten erst nach Eintritt eines gewissen Ereignisses zufallen soll, braucht der Stempel nicht, wie sonst, bereits 14 Tage nach Errichtung der Schenkungsurkunde und ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des wirklichen Anfalls gezahlt zu werden, sondern erst dann, wenn die Bedingung wirklich eingetreten und die Schenkungssumme dem Beschenkten wirklich zugefallen ist. Für die Höhe des Schenkungsstempels ist der Augenblick des Vertragsschlusses maßgebend.

Zu solchen Verträgen, in welchen sich jemand verpflichtet, einem

Offizier oder dessen Braut behufs Erlangung des Heiratskonsenses eine jährliche Rente zu gewähren, ist nur ein Stempel von Mk. 1,50 zu verwenden.

Als Schenkungen sind alle Akte einer bloßen Freigebigkeit zu betrachten. So ist z. B. mit Recht angenommen worden, daß die nur zu Gunsten einzelner Miterben erfolgende Entsagung einer Erbschaft dann, wenn sie ohne Entgelt, eine steuerpflichtige Schenkung ist.

Wenn auf Grund einer nicht beurkundeten Schenkung Auflassungserklärungen erfolgen, sind diese nicht mit dem Schenkungsstempel zu belegen.

Erbschaftssteuerpflichtige Masse.

§ 5. Die Erbschaftssteuer wird von dem Betrage entrichtet, um welchen diejenigen, denen der Anfall zukommt, durch denselben reicher werden.

Es sind daher der steuerpflichtigen Masse alle zu derselben gehörige ausstehende Forderungen, auch die, welche der Erwerber selbst zur Masse schuldet, oder die ihm erst mit dem Anfall erlassen werden, hinzuzurechnen.

Dagegen kommen von der steuerpflichtigen Masse in Abzug alle Schulden und Lasten, welche mit und wegen derselben übernommen werden. Hierzu werden bei Erbschaften auch gerechnet die Kosten der letzten Krankheit und des Begräbnisses des Erblassers, die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten der Nachlaßregulierung und der im Interesse der Masse geführten Prozesse, nicht aber der Betrag der Erbschaftssteuer selbst und nicht die Kosten der zwischen den Erbinteressenten in deren besonderem Interesse geführten Prozesse.

Eine Erbschaft, welche durch Testament erworben ist, unterliegt dann dem Erbschaftsstempel, wenn das Testament von den eingesetzten Erben anerkannt worden ist. Es ist alsdann ganz gleichgiltig, ob die Erben an sich berechtigt gewesen wären, das Testament anzufechten.

Auch mündliche Vermächtnisse unterliegen dann dem Erbschaftsstempel, wenn sie von den Erben anerkannt werden. Es ist immer der Grundsatz maßgebend, daß durch den Stempel die wirklich durch Erbschaft befolgten Bereicherung getroffen werden soll.

Von der steuerpflichtigen Masse werden nur diejenigen Schulden und Vermächtnisse abgezogen, zu deren Bezahlung der Erbe rechtlich verpflichtet ist. Nicht abgezogen werden daher solche Zahlungen, zu denen der Erbe sich nur deshalb entschließt, weil er weiß, daß der Erblasser sie gewollt hat, und weil er sich moralisch für verpflichtet hält, diesen Willen zu erfüllen.

Zu den Schulden des Nachlasses gehören z. B. die Kosten des Leichensteines, auch ohne ausdrückliche Anordnung des Erblassers, ferner die Kosten der Nachlaßregulierung, nicht aber die Kosten der Trauerkleider oder die Kurkosten bei dem Nachlasse einer Ehefrau.

Zuwendung zur Vergeltung übernommener Leistungen.

§ 6. Insoweit eine Zuwendung zur Vergeltung für Leistungen bestimmt ist, welche mit dem Anfall übernommen werden und welche im Geldwert zu veranschlagen sind, kommt der Wert dieser Leistungen von der Zuwendung in Abzug.

Stiftungen.

§ 7. Vermögen, welches zur Begründung einer angeordneten oder einem Erben, Vermächtnisnehmer u. s. w. aufgetragenen Stiftung — mit Ausschluß der Fideikommiß- und der Familienstiftungen (§ 2) — gewidmet ist, wird hinsichtlich der Versteuerung ebenso behandelt, als ob dasselbe der schon begründeten Stiftung angefallen wäre, vorbehaltlich der anderweiten Feststellung und Nachforderung oder Erstattung der Steuer, falls die Stiftung nicht oder nicht in der angeordneten Weise zur Ausführung gelangt. Für die eintretendenfalls nachzuerhebenden Steuerbeträge kann Sicherheitsbestellung gefordert werden.

Der § 7 bezieht sich auf die Erhebung der Erbschaftssteuer von letztwillig verordneten Stiftungen, daß heißt von solchen Stiftungen, welche zur Zeit des Erblasses noch nicht existieren, sondern erst durch das Testament in das Leben gerufen werden. Auch eine solche testamentarisch errichtete Stiftung wird also zur Erbschaftssteuer herangezogen.

Zuwendungen zu milden ꝛc. Zwecken.

§ 8. Sind ohne Begründung einer Stiftung Zuwendungen zu milden, gemeinnützigen oder öffentlichen Zwecken angeordnet oder einem Erben, Vermächtnisnehmer ꝛc. Leistungen zu gleichen Zwecken aufgetragen, so werden dieselben hinsichtlich der Versteuerung ebenso behandelt, als ob zu demselben Zwecke eine Stiftung im Betrage der Zuwendung beziehungsweise Leistung angeordnet wäre.

Die auf solche Zuwendungen entfallende Steuer ist von den mit der Zuwendung Belasteten zu entrichten und kann, wenn dieserhalb keine andere Anordnung getroffen ist, auf die Zuwendung beziehungsweise Leistung selbst angerechnet werden.

Es muß in jedem Falle geprüft werden, ob wirklich eine Zuwendung zu milden, gemeinnützigen oder öffentlichen Zwecken vorliegt. Das dem Magistrat hinterlassene Vermächtnis enthält eine Bereicherung der Stadt und ist deshalb steuerpflichtig.

Unbewegliches Vermögen.

§ 9. Grundstücke und Grundgerechtigkeiten, welche außerhalb Landes liegen, gehören nicht zur steuerpflichtigen Masse. Von dem Anfall inländischer Grundstücke oder Grundgerechtigkeiten oder deren Nutzungen ist die Erbschaftssteuer zu erheben, ohne Unterschied, ob der Erblasser Inländer oder Ausländer war und ob derselbe seinen Wohnsitz im Inlande hatte oder nicht.

Bewegliches Vermögen.

§ 10. Anderes als das im § 9 bezeichnete Vermögen ist der Erbschaftssteuer unterworfen, wenn der Erblasser bei seinem Ableben seinen Wohnsitz in

Preußen hatte oder die vorläufige Ausfolgung des Nachlasses (§ 1 Ziffer 4) von einem Preußischen Gericht verfügt ist, das außerhalb Preußens belegene Vermögen indessen nur dann, wenn davon in dem auswärtigen Staate keine, oder eine geringere Abgabe als nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu entrichten ist. Im letzteren Fall wird die in dem auswärtigen Staate erweislich gezahlte Abgabe auf die diesseitige Steuer angerechnet.

Hatte der Erblasser bei seinem Ableben keinen Wohnsitz, so unterliegt das Vermögen der diesseitigen Erbschaftssteuer, insoweit es bei seinem Ableben in Preußen sich befindet.

---

§ 11. In Bezug auf den Nachlaß von Personen, welche in solchen Staaten ihren Wohnsitz gehabt haben oder Angehörige solcher Staaten gewesen sind, in welchen die Erbschaftssteuer nach anderen als den im § 10 angegebenen Grundsätzen erhoben wird, kann der Finanzminister zum Zweck der Ausgleichung und thunlichster Vermeidung von Doppelbesteuerungen Abweichungen von der Vorschrift des § 10 in der Art anordnen,

1. daß die Erhebung der Preußischen Erbschaftssteuer für das nicht in Grundstücken oder Grundgerechtigkeiten bestehende Vermögen, unabhängig von dem Wohnsitz des Erblassers, zu erfolgen hat, sofern derselbe Preußischer Staatsangehöriger war;
2. daß die Erhebung der Preußischen Erbschaftssteuer für das nicht in Grundstücken oder Grundgerechtigkeiten bestehende Vermögen, unabhängig von dem Wohnsitz und der Staatsangehörigkeit des Erblassers, zu erfolgen hat, falls das Vermögen in Preußen sich befindet.

Der in Preußen befindliche Mobiliarnachlaß eines ausländischen Erblassers unterliegt der Erbschaftssteuer nicht, wenn die Nachlaßgegenstände einem inländischen Erben angefallen sind.

In Rußland sind die Nachlässe fremder Staatsangehöriger ohne Unterschied derselben Steuer unterworfen, wie diejenigen russischer Unterthanen, folglich sind umgekehrt die beweglichen Nachlaßgegenstände russischer Erblasser in Preußen der preußischen Erbschaftssteuer unterworfen.

In Italien wird die Erbschaftssteuer von allen Nachlaßgegenständen, welche sich in Italien befinden, erhoben, gleichgültig, welche Staatsangehörigkeit der Erblasser besessen hat.

Besondere Fälle der Versteuerung.

§ 12. In denjenigen Fällen, in welchen bei Genehmigung von Schenkungen und letztwilligen Zuwendungen an Korporationen und andere juristische Personen diese die Verpflichtung übernehmen, einen Teil des Empfangenen oder des Wertes derselben an Angehörige des Schenkgebers oder Erblassers herauszugeben, haben letztere das auf diese Weise ihnen Zufließende so zu versteuern, als ob es ihnen von dem Schenkgeber oder Erblasser selbst zugewandt worden wäre.

Verteilung der Schulden und Lasten.

§ 13. Schulden und Lasten, welche nur auf einem nach §§ 9, 10 und 11 steuerfreien oder steuerpflichtigen Teile der Masse haften, kommen bei Berechnung der Steuer nur bei demjenigen Teile in Abzug, auf welchem sie haften.

Schulden und Lasten, welche sowohl auf dem steuerfreien als auf dem steuerpflichtigen Teile der Masse haften, kommen von letzterem nur nach dem Verhältnis dieses Teiles zur gesamten Masse in Abzug.

Hypothekarische Schulden, für welche der Eigentümer zugleich persönlich haftet, gelten als zunächst das Grundstück belastend und kommen nur rücksichtlich des durch das Grundstück nicht gedeckten Betrages bei der übrigen Masse in Anrechnung.

Ermittelung des Wertes der Masse.

§ 14. Die Ermittelung des Betrages der Masse ist, ohne Rücksicht auf die für andere Zwecke vorgeschriebenen Abschätzungsgrundsätze, auf den gemeinen Wert zur Zeit des Anfalles zu richten.

Vor Erteilung der Genehmigung wird geprüft, ob der Schenker oder Erblasser auch vielleicht durch übertriebene Freigebigkeit seine sittliche Pflicht gegen hilfsbedürftige Angehörige verletzt hat. Um einer solchen Unbilligkeit entgegenzutreten, kann nach § 12 die Genehmigung auf einen Teil der Zuwendung beschränkt werden, während der übrige Teil den Angehörigen zufällt.

Für die Berechnung des Erbschaftsstempels ist allein der Wert der Gegenstände zur Zeit des Erbfalles maßgebend.

§ 15. Bei immerwährenden Nutzungen und Leistungen wird das Fünfundzwanzigfache ihres einjährigen Betrages, bei Nutzungen und Leistungen von unbestimmter Dauer, sofern nicht die Vorschriften in den §§ 16 und 17 Anwendung finden, oder anderweite die längste Dauer begrenzende Umstände nachgewiesen werden, das Zwölfundeinhalbfache des einjährigen Betrages als Kapitalwert angenommen.

§ 16. Der Wert von Leibrenten, Nießbrauchsrechten auf Lebenszeit und anderen auf die Lebenszeit des Berechtigten oder einer anderen Person beschränkten Nutzungen oder Leistungen bestimmt sich nach dem zur Zeit des Anfalles erreichten Lebensalter der Person, bei deren Tode die Nutzung oder Leistung erlischt, und wird bei einem Lebensalter derselben

von 15 Jahren oder weniger							auf das	18fache
über 15 Jahre	bis zu	25	Jahren				auf das	17 „
„ 25	„	„	„	35	„	„	„	16 „
„ 35	„	„	„	45	„	„	„	14 „
„ 45	„	„	„	55	„	„	„	12 „
„ 55	„	„	„	65	„	„	„	8½ „
„ 65	„	„	„	75	„	„	„	5 „
„ 75	„	„	„	80	„	„	„	3 „
„ 80	„	auf das	.	.	.	.	.	2 „

des Wertes der einjährigen Nutzung beziehungsweise Leistung angenommen.

Ist jedoch die Nutzung oder Leistung schon innerhalb eines Jahres nach dem Anfalle erloschen, so wird der Wert derselben nur nach Maßgabe ihrer wirklichen Dauer bestimmt und das Zuviel gezahlte erstattet.

§ 17. Ist die Dauer der Nutzungen oder Leistungen von der Lebenszeit mehrerer Personen dergestalt abhängig, daß beim Tode der zuerst versterbenden die Nutzung oder Leistung erlischt, so ist für die nach § 16 vorzunehmende Wertermittelung das Lebensalter der ältesten Person maßgebend. Wenn die Nutzung oder Leistung bis zum Tode der letztversterbenden Person fortdauert, erfolgt die Berechnung nach dem Lebensalter der jüngsten Person.

§ 18. Bei auf bestimmte Zeit eingeschränkten Nutzungen oder Leistungen ist der Kapitalwert der gesamten Nutzungen beziehungsweise Leistungen für den Zeitpunkt des Anfalls unter Zugrundelegung eines vierprozentigen Zinsfußes nach der beigefügten Hilfstabelle (folgt unten) zu ermitteln. Ist jedoch die Dauer der Nutzung oder Leistung noch außerdem durch die Lebenszeit einer oder mehrerer Personen bedingt, so darf der nach §§ 16 und 17 zu berechnende Kapitalwert nicht überschritten werden.

§ 19. Der einjährige Betrag der Nutzung eines Geldkapitals ist, wenn er

nicht anderweitig feststeht, zu vier vom Hundert anzunehmen.

---

§ 20. Den Wert aller anderen Gegenstände anzugeben, liegt den Steuerpflichtigen beziehungsweise den im § 37 bezeichneten Verpflichteten ob. Wer der Verpflichtung zur Angabe des Wertes auf ergangene Aufforderung der Steuerbehörde nicht genügt, hat die durch amtliche Ermittelung desselben entstehenden und mit der Steuer einzuziehenden Kosten zu tragen.

---

§ 21. Trägt die Steuerbehörde Bedenken, die Wertangabe (§ 20) als richtig anzunehmen, und findet eine Einigung hierüber mit den Steuerpflichtigen nicht statt, so ist die Steuerbehörde befugt, selbständig den Wert zu ermitteln und danach die Steuer zu erheben. Die Kosten der Wertsermittelung fallen dem Steuerpflichtigen zur Last, wenn der ermittelte Wert den von dem Steuerpflichtigen angegebenen Wert um mehr als 10 Prozent übersteigt. Die etwa gezahlten Kosten werden erstattet, wenn im Verwaltungswege oder im Rechtswege (§ 42) die Ermäßigung des Wertes auf einen nicht zum Kostenersatz verpflichtenden Betrag erfolgt.

Bedingter Erwerb.

§ 22. Vermögen, dessen Erwerb von dem Eintritt einer aufschiebenden Bedingung abhängt, unterliegt der Besteuerung erst bei dem Eintritt der Bedingung. Die Steuerbehörde kann jedoch Sicherstellung der alsdann zu entrichtenden Steuer fordern. Unter einer auflösenden Bedingung erworbenes Vermögen — mit Ausnahme der Nutzungen von unbestimmter Dauer, welche lediglich nach den Bestimmungen in den §§ 15 bis 17 zu behandeln sind — ist wie unbedingt erworbenes zu versteuern. Beim Eintritt der Bedingung wird aber die gezahlte Steuer bis auf den der wirklichen Bereicherung entsprechenden Betrag erstattet.

Bedingte Belastung.

§ 23. Den Wert der steuerpflichtigen Masse vermindernde Lasten und Leistungen werden, soweit sie vom Eintritt einer aufschiebenden Bedingung abhängen, nicht berücksichtigt. Beim Eintritt der Bedingung ist das Zuvielgezahlte von der Steuerbehörde zu erstatten.

Lasten, deren Fortdauer von einer auflösenden Bedingung abhängt — mit Ausnahme der Leistungen von unbestimmter Dauer, deren abzuziehender Wert nach den Bestimmungen in den §§ 15 bis 18 sich berechnet — werden wie unbedingte in Abzug gebracht. Beim Eintritt der Bedingung ist derjenige Steuerbetrag nachzuerheben, welcher mehr zu entrichten gewesen sein würde, wenn der Zeitpunkt des Eintritts der Bedingung bei Berechnung der Steuer bekannt gewesen wäre. Die Steuerbehörde kann Sicherstellung dieses Anspruchs fordern.

Bedingte Vermächtnisse fallen erst mit dem Eintritte der Bedingung den Bedachten zu.

Eine Leistung von unbestimmter Dauer liegt z. B. vor, wenn einem Nachlasse die Verpflichtung auferlegt ist, jemanden bis zu einem bestimmten Lebensalter eine Rente zu gewähren; denn die Dauer dieser Leistung ist ja davon abhängig, wie lange der Bedachte lebt und ob er das betreffende Alter erlebt.

§ 24. Die in den §§ 22 und 23 enthaltenen Bestimmungen sind gleichmäßig auch auf die von einem Ereignis, welches nur hinsichtlich des Zeitpunktes seines Eintrittes ungewiß ist, abhängigen Erwerbungen, Lasten und Leistungen anzuwenden.

Unsichere Forderungen.

§ 25. Unsichere Forderungen und andere zur sofortigen Wertermittelung nicht geeignete Gegenstände kommen mit einem mutmaßlichen Werte in Rechnung, den der Steuerpflichtige in Vorschlag bringt. Findet keine Einigung statt, so kann die Steuerbehörde von dem angegebenen Wert die Steuer einziehen und die Berichtigung des Wertansatzes, sowie die entsprechende Nachforderung oder Erstattung der Steuer bis zum Ausgange derjenigen Verhandlungen vorbehalten, von welchen die Bezahlung der Forderung beziehungsweise die Wertsermittelung abhängt.

Sind bei Berechnung der Steuer ungewisse oder noch unbekannte Ansprüche an die Masse außer Berücksichtigung geblieben, so wird, wenn dieselben später zur Verwirklichung gelangen, das Zuviel-gezahlte von der Steuerbehörde zurückerstattet.

Betrag der Lehns- und Fideikommißanfälle.

§ 26. Lehns- und Fideikommißanfälle, sie mögen in Gütern oder Kapitalien bestehen, sowie Anfälle aus Familienstiftungen werden nach Maßgabe des Werts der einjährigen Nutzung und des Lebensalters des Erwerbenden nach Vorschrift des § 16 versteuert.

Erwerb der Substanz ohne die Nutzung.

§ 27. Ist einem Erben, Vermächtnisnehmer u. s. w. Vermögen angefallen, dessen Nutzung einem Dritten zusteht, so wird dasselbe um den nach Vorschrift der §§ 15 ff. berechneten Wert der Nutzung geringer angeschlagen, wenn der Erwerber der Substanz die Versteuerung bei dem Anfall bewirkt. Wird die Aussetzung der Versteuerung der Substanz bis zur Vereinigung der Nutzung mit der Substanz beantragt, so findet der vorstehend angeordnete Abzug nicht statt. Vielmehr erfolgt alsdann die Besteuerung nach Maßgabe der bei Beendigung der Nutznießung des Dritten obwaltenden Verhältnisse, und wenn inzwischen eine weitere Vererbung der Substanz eingetreten sein sollte, ohne Entrichtung einer Steuer für die dazwischen liegenden Anfälle dergestalt, als ob der in die Nutzung eintretende Erwerber der Substanz das Eigentum unmittelbar von dem ursprünglichen Erblasser erworben hätte. Bei Aussetzung der Versteuerung ist die Steuer auf Verlangen der Steuerbehörde aus der Masse auf Kosten des Erwerbers der Substanz sicherzustellen.

Bei fideikommissarischen Substitutionen Ist jedoch das Fideikommiß auf dasjenige wird der Fiduziar als Nießbraucher und der Fideikommissar als Substanzerbe des herauszugebenden Vermögens behandelt. Ist jedoch das Fideikommiß auf dasjenige beschränkt, was beim Tode des Fiduziars noch vorhanden sein werde (quidquid supererit), so haben sowohl der Fiduziar von dem vollen Betrage des Anfalles, als der Fideikommissar von dem vollen Betrage des an ihn herausgegebenen Vermögens, nach ihrem Verwandtschaftsverhältnis zum Erblasser die Erbschaftssteuer zu entrichten.

Berechnung der Steuer.

§ 28. Die Erbschaftssteuer wird nach dem ganzen Anteile jedes einzelnen Erwerbers eines Anfalles für diesen besonders berechnet. Haben Ehegatten in einer gemeinschaftlichen letztwilligen Verfügung Verwandte des einen oder beider Ehegatten zu Erben eingesetzt oder mit Zuwendungen bedacht, und bleibt zweifelhaft, von welchem der beiden Ehegatten der Anfall erfolgt ist, so wird angenommen, daß der Anfall von dem dem Steuerpflichtigen am nächsten verwandten Ehegatten erfolgt sei, soweit der Nachlaß des letzteren reicht. Kann der Betrag des Nachlasses des zuerst verstorbenen Ehegatten nicht ermittelt werden, so ist derselbe behufs

Berechnung der Steuer auf die Hälfte des beim Tode des letztlebenden Gatten vorhandenen Vermögens anzunehmen. Bleibt jedoch nur in betreff einzelner Vermögensgegenstände zweifelhaft, zu welchem Nachlaß sie gehören, so wird angenommen, daß dieselben zum Nachlaß jedes Ehegatten zur Hälfte gehören.

Unsichere Forderungen liegen dann vor, wenn der Erbe glaubt, von gewissen Schuldnern keine oder keine vollständige Befriedigung erlangen zu können. Es könne von dem Erben nur verlangt werden, daß er bestimmt angebe, welche Aktiva er für unsicher hält. Wenn der Erbe behauptet, er könne gar keinen Wert angeben, so wird der Fall in der Erbschaftsstempeltabelle fortgeführt und es werden von Zeit zu Zeit von den Erben Manifestationen an Eidesstatt erfordert, woraus sich dann Näheres ergeben wird.

Bei der Berechnung des Erbschaftsstempels wird lediglich der Gesamtwert der bei dem Tode des Erblassers vorhanden gewesenen Vermögensmasse im ganzen in Betracht gezogen.

Haftung für die Steuer.

§ 29. Die Erbschaftssteuer trifft den Erwerber des steuerpflichtigen Anfalles. Für dieselbe haftet die ganze steuerpflichtige Masse (§ 5), aus welcher auch auf Erfordern für die Versteuerung bedingter Anfälle Sicherheit bestellt werden muß (§§ 22 und 23).

Erben und Miterben sind bis auf Höhe des aus der Erbschaft Empfangenen für die von allen den Nachlaß betreffenden Anfällen zu entrichtende Erbschaftssteuer solidarisch verpflichtet.

Hinsichtlich der in diesem Gesetze den Erben und Miterben aufgelegten Verpflichtungen werden Erwerber eines Universalvermächtnisses oder eines Vermächtnisses unter einem Universaltitel den Erben und Miterben gleichgeachtet.

---

§ 30. Gesetzliche Vertreter und Bevollmächtigte der Erbinteressenten, Testamentsexekutoren und Nachlaßverwalter, sowie die Verwalter von Familienstiftungen, dürfen die Erbschaft, einzelne Erbteile, Vermächtnisse oder Schenkungen, beziehungsweise die Hebungen aus der Familienstiftung, nur nach Berichtigung oder Sicherstellung der darauf treffenden Erbschaftssteuer ausantworten und bleiben im entgegengesetzten Falle für die Steuer verhaftet.

Verwaltung der Steuer.

§ 31. Die Verwaltung des Erbschaftssteuerwesens wird unter Leitung des Finanzministers von den Provinzialsteuerbehörden durch die Erbschaftssteuerämter geführt, welchen innerhalb der ihnen von dem Finanzminister anzuweisenden Geschäftsbezirke die Feststellung und Einziehung der zu erhebenden Erbschaftssteuerbeträge und die Aufsicht über die Beobachtung der Vorschriften dieses Gesetzes obliegt. Dieselben erhalten nach Vorschrift der betreffenden Ministerien von denjenigen, welchen die Führung der Totenlisten obliegt, periodische Auszüge aus letzteren nach Maßgabe der für diesen Zweck anzuordnenden Formulare, ingleichen von den Gerichten beglaubigte Abschriften der eröffneten letztwilligen Verfügungen und der Todeserklärungen.

Anmeldung des Anfalles.

§ 32. Jeder, dem ein Anfall der im § 1 bezeichneten Art zukommt, ist verpflichtet, denselben binnen drei Monaten, nachdem er davon Kenntnis erlangt hat,

dem zuständigen Erbschaftssteueramte schriftlich anzumelden, ohne Unterschied, ob die Erwerbung des Anfalles bereits stattgefunden hat oder nicht. Ist der Verpflichtete in außereuropäischen Ländern oder Gewässern abwesend, so werden die vorstehende und die im § 35 bestimmte zweimonatliche Frist auf sechs Monate verlängert.

Es wird vermutet, daß spätestens am dreißigsten Tage nach dem Eintritt des Anfalles der zur Anmeldung Verpflichtete, wenn er in Europa sich aufhält, Kenntnis von dem Anfall erlangt hat, vorbehaltlich des der Steuerbehörde obliegenden Beweises eines früheren und des dem Steuerpflichtigen obliegenden Beweises eines späteren Zeitpunktes.

---

§ 33. Teilnehmer an einer Erbschaft, sowie die zu Hebungen aus einer Familienstiftung Berufenen werden von der Anmeldungspflicht (§ 32) befreit, wenn die ihnen zukommenden Anfälle von einer der im § 30 bezeichneten Personen oder einem Mitberechtigten rechtzeitig angemeldet werden.

---

§ 34. Der Empfang der Anmeldung ist von dem Erbschaftssteueramt auf Verlangen auf einem vorzulegenden Duplikate kosten- und stempelfrei zu bescheinigen.

Verzeichnis und Deklaration.

§ 35. Innerhalb einer ferneren zweimonatlichen Frist nach Ablauf der Anmeldungsfrist (§ 32) muß dem zuständigen Erbschaftssteueramte ein vollständiges und richtiges, zugleich die erforderlichen Wertangaben enthaltendes Verzeichnis (Inventarium) über die gesamte steuerpflichtige Masse und alle derselben zuzurechnende oder davon in Abzug zu bringende Gegenstände vorgelegt werden. Hiermit ist eine schriftliche Deklaration der die Festsetzung der Erbschaftssteuer bedingenden Verhältnisse zu verbinden und einzureichen.

Eine Verlängerung der Frist ist auf Antrag zu bewilligen, sofern besondere Gründe es erforderlich machen, und muß insbesondere gewährt werden, wenn der Berufene den Anfall noch nicht erworben hat und dies anzeigt.

Hinsichtlich der Einrichtung des Verzeichnisses und der Deklaration sind die nach Bedürfnis von dem Finanzminister zu erlassenden näheren Vorschriften zu beobachten.

---

§ 36. Bei Erbschaften, an denen kein steuerpflichtiger Erbe teilnimmt, sondern bei denen nur steuerpflichtige Vermächtnisse, Schenkungen u. s. w. vorkommen, kann das Verzeichnis und die Deklaration (§ 35) auf die, steuerpflichtige Anfälle betreffenden, Gegenstände und Verhältnisse beschränkt werden.

---

§ 37. Die Verpflichtung zur Vorlegung des Verzeichnisses und der Deklaration liegt ob:

1. bei Erbschaften in Bezug auf alle den Nachlaß betreffenden steuerpflichtigen Anfälle, — wenn ein Testamentsvollzieher oder Nachlaßverwalter vorhanden ist, diesem, sonst den Erben, ohne Unterschied, ob sie selbst von den ihnen zukommenden Anfällen Erbschaftssteuer zu entrichten haben oder nicht. Andere Teilnehmer (Vermächtnisnehmer u. s. w.) sind in betreff des ihnen zukommenden Anfalles zur Vorlegung des Verzeichnisses und der Deklaration nur auf Aufforderung des Erbschaftssteueramts innerhalb der ihnen bekannt zu machenden Frist verpflichtet;
2. bei den in § 1 unter 2 und 3 bezeichneten Anfällen — jedem Steuerpflichtigen hinsichtlich des ihm zukommenden Anfalles.

Für Bevormundete, unter Kuratel oder väterlicher Gewalt stehende oder juristische Personen und für Konkursmassen ist die vorerwähnte Verpflichtung und die Verpflichtung zur Anmeldung (§§ 32 ff.) von deren gesetzlichen Vertretern zu erfüllen.

Fernere Ermittelungen.

§ 38. Das Erbschaftssteueramt hat die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorgelegten Verzeichnisse und Deklarationen zu prüfen und die Verpflichteten (§ 37) zur Erledigung der ihnen bekannt gemachten Erinnerungen innerhalb der zu

bestimmenden Frist anzuhalten. Jeder, dem ein der Erbschaftssteuer unterworfener Anfall (§ 1) zukommt, ist zur Erteilung der von dem Erbschaftssteueramt erforderten Auskunft über die auf den Anfall bezüglichen thatsächlichen Verhältnisse, soweit sie auf die Festsetzung der Steuer für den an ihn selbst oder an andere Teilnehmer an der Erbschaft u. s. w. gelangenden Anfall von Einfluß sein können, verpflichtet.

Auf Verlangen müssen dem Erbschaftssteueramte die den Anfall betreffenden Urkunden zur Einsicht vorgelegt werden, insbesondere letztwillige Verfügungen, Erwerbsdokumente und die Beweismittel über die von der Masse abzuziehenden Schulden und andere Ansprüche, auf Grund deren Abzüge von der Masse gemacht oder Teile derselben ausgeschieden werden sollen.

Wird in den vorgedachten Fällen den Aufforderungen des Erbschaftssteueramts nicht genügt, so kann dasselbe die Säumigen durch Festsetzung und Einziehung von Ordnungsstrafen bis zu dem Betrage von sechzig Mark zur Befolgung seiner Anordnungen anhalten, auch das zur Erledigung derselben Nötige auf Kosten der Säumigen beschaffen.

Eidesstattliche Versicherungen.

§ 39. Das Erbschaftssteueramt ist berechtigt, denjenigen, welchen ein nach § 1 der Erbschaftssteuer unterworfener Anfall zukommt, eine Versicherung an Eidesstatt über die Richtigkeit und Vollständigkeit des vorgelegten Verzeichnisses und der Deklaration oder einzelner Teile derselben (§§ 35 und 36), und der erforderten ferneren Angaben (§ 37), abzunehmen. Die eidesstattliche Versicherung ist nach näherer Bestimmung des Erbschaftssteueramts vor ihm selbst oder der deshalb requirierten Behörde schriftlich oder mündlich abzugeben.

Aversionalversteuerung.

§ 40. Der Finanzminister ist ermächtigt, ausnahmsweise von der Vorlegung des Verzeichnisses (§ 35) auf Antrag der Steuerpflichtigen ganz oder zum Teil abzusehen und ein Aversionalquantum für die Erbschaftssteuer anzunehmen; auch die Aversionalversteuerung solcher Anfälle, deren Versteuerung sonst noch ausgesetzt bleiben müßte, zu gestatten.

Wenn ein überlebender Ehegatte mit mehreren Kindern die eheliche Gütergemeinschaft fortsetzt, so wird die Versteuerung des beim Tode eines Kindes an dessen Geschwister oder deren Deszendenten gelangenden Anfalles bis zur Auflösung der Gütergemeinschaft ausgesetzt und erfolgt nach Maßgabe des alsdann vorhandenen Vermögens.

Die Sicherstellung ist nach den §§ 27 und 29 dieses Gesetzes aus der Masse zu leisten.

Die Erben haften für die von den Vermächtnisnehmern zu entrichtende Erbschaftssteuer selbständig neben den letzteren.

Wenn in einem Erbschaftskaufvertrage Bestimmungen über die Entrichtung des Erbschaftsstempels nicht getroffen sind, so muß der Käufer den Stempel bezahlen und der Verkäufer, der etwa schon den Stempel gezahlt hat, kann die Erstattung desselben von dem Käufer verlangen.

Feststellung der Steuer.

§ 41. Ist die Erbschaftssteuer berechnet, so erteilt das Erbschaftssteueramt eine kosten- und stempelfreie Bescheinigung, welche den Betrag der steuerpflichtigen Masse, die einzelnen Anfälle, das Verwandtschaftsverhältnis, die Beträge der

von den einzelnen Steuerpflichtigen zu entrichtenden Steuer angiebt und zugleich die Anweisung zur Entrichtung der Steuer enthält. Die Verzögerung der Auseinandersetzung der Erben darf die Entrichtung der Steuer nicht aufhalten, soweit der Nachlaß zu deren Zahlung liquid ist.

Zulässigkeit des Rechtsweges.

§ 42. Die Bestimmungen in den §§ 11 und 12 des Gesetzes, betreffend die Erweiterung des Rechtswegs, vom 24. Mai 1861 (Gesetz-Samml. S. 241) finden auch auf die nach Vorschrift dieses Gesetzes zu entrichtende Erbschaftssteuer Anwendung. Eines Vorbehaltes bei Zahlung der Erbschaftssteuer (§ 12 des Gesetzes vom 24. Mai 1861) bedarf es nicht.

Insoweit die gänzliche oder teilweise Erstattung der erlegten Steuer wegen eines nach deren Festsetzung eingetretenen Ereignisses verlangt werden kann, ist die Klage bei Verlust des Klagerechts binnen Jahresfrist nach dem Eintritt des Ereignisses anzubringen.

Strafbestimmungen.

§ 43. Wer die gesetzliche Verpflichtung zur Anmeldung eines steuerpflichtigen Anfalles, oder zur Vorlegung des Verzeichnisses und der Deklaration (§ 35) innerhalb der vorgeschriebenen, beziehungsweise auf Antrag verlängerten Frist nicht erfüllt, hat die durch die amtlichen Ermittelungen entstehenden Kosten zu tragen, die infolge seiner Säumigkeit etwa ausfallenden Steuerbeträge zu ersetzen und verfällt außerdem in eine dem doppelten Betrage der Erbschaftssteuer von dem betreffenden Anfalle gleiche Geldstrafe, wenn aber der Betrag der Erbschaftssteuer nicht ermittelt werden kann, in eine Geldstrafe bis zu dreitausend Mark.

Ist jedoch nach den obwaltenden Umständen anzunehmen, oder kann der Angeschuldigte nachweisen, daß die rechtzeitige Erfüllung der Verpflichtung nicht in der Absicht, die Erbschaftssteuer zu hinterziehen, unterlassen sei, so tritt statt der vorgedachten Geldstrafe nur eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark ein.

Diese Ordnungsstrafe kann ohne vorgängige Einleitung eines Strafverfahrens von dem zuständigen Erbschaftssteueramte bis auf Höhe von sechzig Mark durch besonderen, die Entscheidungsgründe enthaltenden Bescheid festgesetzt werden, gegen welchen dem Angeschuldigten der Rekurs oder die Berufung auf den Rechtsweg wie gegen ein Strafresolut der Steuerbehörden (§ 48) zustehen. Die Einziehung der Steuer erfolgt unabhängig von der Bestrafung.

§ 44. Die Bestimmungen des § 43 finden gleichmäßig Anwendung auf denjenigen, welcher wissentlich zu einem steuerpflichtigen Anfalle gehörige Gegenstände, zu deren Angabe er verpflichtet ist, verschweigt, oder über die Thatsachen, welche die Steuerpflichtigkeit, die Höhe des Steuersatzes oder des Steuerbetrages bestimmen, wissentlich unrichtige Angaben macht.

Eine Bestrafung findet jedoch nicht statt, wenn der Pflichtige auf erforderte eidesstattliche Versicherung seine Angaben berichtigt. Auch fällt die hier vorgeschriebene Bestrafung hinweg, wenn die Täuschung mittels Urkundenfälschung oder eidesstattlicher Versicherung unternommen ist und wegen dieser Vergehen Bestrafung eintritt.

§ 45. Wer der Verpflichtung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung auf wiederholte Aufforderung (§ 39) innerhalb der zu bestimmenden Frist nicht genügt, wird mit einer Geldstrafe von fünfundsiebenzig bis dreitausend Mark bestraft.

§ 46. Wer es unterläßt, Schenkungsurkunden, deren Versteuerung über die für die Verwendung des Urkundenstempels sonst vorgeschriebene Frist hinaus ausgesetzt bleiben soll (§ 4 dritter Absatz), vor Ablauf dieser Frist der Steuerbehörde vorzulegen oder die von der Steuerbehörde getroffenen Anordnungen wegen nachträglicher Versteuerung der vorgelegten Urkunden unbefolgt läßt, verfällt in die Strafe des Viersachen des später zu ver-

wendenden Stempels, oder, falls dieser noch nicht feststeht, in eine Geldstrafe bis zu dreitausend Mark. An die Stelle dieser Strafe tritt eine Ordnungsstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark, wenn aus den Umständen hervorgeht, daß eine Hinterziehung der Abgabe nicht erfolgen konnte oder nicht beabsichtigt war.

§ 47. Die Umwandlung der in den §§ 43, 44, 45 und 46 bestimmten Geldstrafen, zu deren Zahlung der Verurteilte unvermögend ist, in eine Freiheitsstrafe findet nicht statt. Auch darf zur Beitreibung von Geldstrafen ohne Zustimmung des Verurteilten, insofern dieser ein Inländer ist, kein Grundstück subhastiert werden.

§ 48. In betreff des administrativen und gerichtlichen Strafverfahrens kommen — vorbehaltlich der Bestimmung im dritten Absatze des § 43 — dieselben Vorschriften zur Anwendung, nach welchen sich das Verfahren wegen Zollvergehen bestimmt.

Kosten.

§ 49. Die Verhandlungen in Erbschaftssteuerangelegenheiten — mit Ausnahme derjenigen in Strafprozessen, hinsichtlich deren es bei den bestehenden Vorschriften bewendet — sind kosten- und stempelfrei.

Die Steuerpflichtigen und die in den §§ 37 und 38 bezeichneten sonstigen Verpflichteten sind zur Tragung des durch die Verhandlungen mit ihnen erwachsenden Porto verbunden.

Verjährung.

§ 50. Die Erbschaftssteuer — mit Ausnahme der bereits zur Hebung gestellten Steuerbeträge — verjährt in zehn Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem der steuerpflichtige Anfall erworben, oder, wenn schon amtliche, auf die Ermittelung der Steuer gerichtete Handlungen vorgenommen sind, nach Ablauf des Kalenderjahres, in welchem die letzte derartige Handlung vorgenommen ist.

Zur Hebung gestellte Steuerbeträge verjähren in vier Jahren nach Ablauf desjenigen Kalenderjahres, in welches der letzte Tag der Zahlungs- oder Stundungsfrist fällt, beziehungsweise in welchem die letzte auf die Beitreibung des Rückstandes gerichtete amtliche Handlung vorgenommen ist.

Die Verjährung sichergestellter Steuerforderungen kann nicht vor Ablauf desjenigen Jahres, in welchem die Sicherheit erloschen ist, beginnen.

Die Strafverfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieses Gesetzes verjährt in drei Jahren, die Vollstreckung der rechtskräftig dieserhalb erkannten Strafen verjährt in fünf Jahren.

Bezüglich derjenigen Beträge der Nachlaßmasse, auf welche noch dritte Personen Ansprüche erheben, kann der Erbschaftsstempel nicht eher erhoben werden, als bis diese Ansprüche erledigt sind. Im übrigen aber stehen Verkauf oder Subhastation des Nachlaßgrundstückes oder dergleichen, der Erhebung des Erbschaftsstempels nicht entgegen, da dem Stempel der Wert des Grundstückes zur Zeit des Todes zu Grunde zu legen ist.

Tarif,

nach welchem die Erbschaftssteuer zu erheben ist.

Allgemeine Vorschriften.

1. Die Steuer beträgt mindestens fünfzig Pfennig und steigt von fünfzig Pfennig zu fünfzig Pfennig.
2. Bei Bestimmung des Steuersatzes kann nicht auf ein Verhältnis zurückgegangen werden, welches durch richterliches Erkenntnis oder Vertrag schon vor dem Eintritte des Anfalles zu bestehen aufgehört hat, namentlich werden Anfälle, die nach erfolgter Trennung einer Ehe oder nach aufgehobener Einkindschaft eintreten, lediglich nach demjenigen Steuersatze versteuert, welcher ohne Rücksicht auf das aufgehobene Verhältnis anwendbar ist.
3. Der Steuersatz von Lehns- und Fideikommißanfällen, ingleichen von Hebungen aus Familienstiftungen (§ 1 Nr. 2 und 3 des Gesetzes) wird nach dem Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem letzten Inhaber des Lehns oder Fideikommisses, beziehungsweise der Hebungen aus der Familienstiftung und dem Steuerpflichtigen bestimmt.
4. Zu den Deszendenten einer Frau werden auch uneheliche Kinder derselben und deren Deszendenten gerechnet.
5. Vor der Ehe geborene und uneheliche Kinder einer Frau werden — außer im Falle der Legitimation durch nachfolgende Ehe — zu den Stiefkindern des Ehemannes derselben gerechnet.
6. Den legitimierten Kindern eines Mannes werden diejenigen außer der Ehe erzeugten Kinder gleichgeachtet, welche erweislich gegen denselben die Rechte ehelicher Kinder in anderer Art als durch nachfolgende Ehe erworben haben.
7. Eheliche und uneheliche Kinder derselben Mutter, ingleichen eheliche und legitimierte Kinder desselben Vaters werden als halbbürtige Geschwister angesehen.

Der Anfall wird versteuert:

A. mit einem vom Hundert des Betrages, wenn er gelangt an Personen, welche dem Hausstande des Erblassers angehört und in demselben in einem Dienstverhältnis gestanden haben, sofern der Anfall in Pensionen, Renten oder anderen auf die Lebenszeit der Bedachten beschränkten Nutzungen besteht, die ihnen mit Rücksicht auf dem Erblasser geleistete Dienste zugewendet werden;

B. mit zwei vom Hundert des Betrages, wenn er gelangt an:
   a) adoptierte oder infolge der Einkindschaft zur Erbschaft berufene Kinder und deren Deszendenten,
   b) voll- und halbbürtige Geschwister und deren Deszendenten;

C. mit vier vom Hundert des Betrages, wenn er gelangt an:
   a) vorstehend nicht benannte Verwandte bis einschließlich zum sechsten Grade der Verwandtschaft,
   b) Stiefkinder und deren Deszendenten und Stiefeltern,
   c) Schwiegerkinder und Schwiegereltern,
   d) natürliche, aber von dem Erzeuger erweislich anerkannte Kinder,
   e) außerdem sind mit vier vom Hundert des Betrages zu versteuern alle Anfälle und Zuwendungen, welche ausschließlich zu wohlthätigen, gemeinnützigen oder Unterrichtszwecken bestimmt sind, insofern solche nicht einzelne Familien oder bestimmte Personen betreffen

und die wirkliche Verwendung zu dem bestimmten Zwecke gesichert ist;	D. mit acht vom Hundert des Betrages: in allen anderen Fällen.

Befreiungen.

Von der Erbschaftssteuer befreit ist:

1. jeder Anfall, welcher den Betrag von einhundertfünfzig Mark nicht übersteigt mit Ausnahme des Falles, daß lediglich infolge des Abzuges des Wertes der einem Dritten zustehenden Nutzung (§ 27 des Gesetzes) der Wert der Substanz sich auf den Betrag von einhundertfünfzig Mark vermindert;
2. jeder Anfall, welcher gelangt an:
   a) Aszendenten,
   b) Deszendenten, sofern dieselben aus gültigen Ehen abstammen oder legitimiert sind. Auch uneheliche Kinder haben von dem Nachlasse ihrer Mutter oder deren Aszendenten keine Erbschaftssteuer zu entrichten,
   c) Ehegatten,
   d) Personen, welche dem Hausstande des Erblassers angehört und in demselben in einem Dienstverhältnis gestanden haben, sofern der Anfall den Betrag von neunhundert Mark nicht übersteigt. Bei einem höheren Betrage ist die von dem ganzen Betrage zu berechnende Steuer nur soweit zu entrichten, als dieselbe aus dem die Summe von neunhundert Mark übersteigenden Betrage entnommen werden kann,
   e) den Fiskus und alle öffentlichen Anstalten und Kassen, welche für Rechnung des Staates verwaltet werden oder diesen gleichgestellt sind,
   f) Orts- oder Landarmenverbände zur Verwendung für Hilfsbedürftige,
   g) öffentliche Armen-, Kranken-, Arbeits-, Straf- und Besserungsanstalten; ferner öffentliche Waisenhäuser, vom Staate genehmigte Hospitäler und andere Versorgungsanstalten, ferner vom Staate genehmigte Vereine für die Kleinkinderbewahranstalten, sowie Stiftungen, welche als milde ausdrücklich anerkannt sind,
   h) öffentliche Schulen und Universitäten, öffentliche Sammlungen für Kunst oder Wissenschaft,
   i) Deutsche Kirchen und andere Deutsche Religionsgesellschaften, denen die Rechte juristischer Personen zustehen,
   k) Kassen und Anstalten, welche die Unterstützung der Arbeitnehmer oder Bediensteten des Erblassers, sowie der Angehörigen derselben bezwecken.
   l) Insoweit noch außerdem nach den bestehenden Bestimmungen subjektive Befreiungen vom Erbschaftsstempel, beziehungsweise von der Erbschaftsabgabe bestehen, welche nach den Landesgesetzen nur gegen Entschädigung aufgehoben werden können oder auf besonderem landesherrlich verliehenen Privilegium beruhen, finden dieselben gleichmäßig auch auf die fernerhin zu entrichtende Erbschaftssteuer Anwendung.

In den Fällen zu f, g und h erstreckt sich die Befreiung nur auf inländische Anstalten, Stiftungen, Vereine u. s. w., kann jedoch auch ausländischen Anstalten, Stiftungen, Vereinen u. s. w. gewährt werden, wenn der auswärtige Staat Preußen gegenüber die gleiche Rücksicht übt.

Tabelle

über den gegenwärtigen Kapitalwert einer Rente oder Nutzung im Werte von 1 Mark auf eine bestimmte Anzahl von Jahren behufs Berechnung der davon zu entrichtenden Erbschaftssteuer.

(Zu § 18 des Gesetzes.)

Anzahl der Jahre	Kapitalwert ℳ	₰	Anzahl der Jahre	Kapitalwert ℳ	₰
1	1	0,00	43	21	18,6
2	1	96,2	44	21	37,1
3	2	88,6	45	21	54,9
4	3	77,5	46	21	72,0
5	4	63,0	47	21	88,5
6	5	45,1	48	22	04,3
7	6	24,2	49	22	19,5
8	7	00,2	50	22	34,2
9	7	73,3	51	22	48,2
10	8	43,5	52	22	61,8
11	9	11,1	53	22	74,8
12	9	76,0	54	22	87,3
13	10	38,5	55	22	99,3
14	10	98,6	56	23	10,9
15	11	56,3	57	23	22,0
16	12	11,8	58	23	32,7
17	12	65,2	59	23	43,0
18	13	16,6	60	23	52,8
19	13	65,9	61	23	62,4
20	14	13,4	62	23	71,5
21	14	59,0	63	23	80,3
22	15	02,9	64	23	88,7
23	15	45,1	65	23	96,9
24	15	85,7	66	24	04,7
25	16	24,7	67	24	12,2
26	16	62,2	68	24	19,4
27	16	98,3	69	24	26,4
28	17	33,0	70	24	33,0
29	17	66,3	71	24	39 5
30	17	98,4	72	24	45,6
31	18	29,0	73	24	51,6
32	18	58,9	74	24	57,3
33	18	87,4	75	24	62,8
34	19	14,8	76	24	68,0
35	19	41,1	77	24	73,1
36	19	66,5	78	24	78,0
37	19	90,8	79	24	82,7
38	20	14,3	80	24	87,2
39	20	36,8	81	24	91,5
40	20	58,5	82	24	95,7
41	20	79,3	83	24	99,7
42	20	99,3	84 und mehr.	25	00,0

Das Gesinderecht in Preußen.

Einleitung.

Nach Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften, welche dem Gesinderecht angehören, durch das neue Recht im wesentlichen unberührt. Aenderungen treten nur insoweit ein, als der genannte Artikel 95 und das Preußische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Art. 14) abweichende Bestimmungen enthalten.

In Preußen gelten infolgedessen nach wie vor die Gesindeordnung für die sämtlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 8. November 1810 und deren Nebengesetze.

Dem Gesinderecht ist nur das Gesinde unterworfen, also solche Personen, welche durch Abschluß eines Vertrages — des Dienst- oder Gesindevertrages — sich einem anderen — nämlich der Dienstherrschaft, dem Dienst- oder Brotherrn — gegenüber für einen längeren ununterbrochenen Zeitraum zur Leistung häuslicher oder wirtschaftlicher Dienste sowie zur Unterwerfung unter die hausherrliche Gewalt der Dienstherrschaft verpflichtet haben. Zum Gesinde zählen demnach Hausmädchen, Kindermädchen, Ammen, Wirtschafterinnen, Köchinnen, Knechte, Reitknechte, Kutscher, Diener, Leibjäger, Revierjäger, Forsthüter, Kunstgärtner, Schäfer, Hirten, Schiffsknechte auf Stromschiffen, Postillone in ihrem Verhältnis zum Posthalter.

Abgesehen von diesen Personen, welche als gemeines Gesinde bezeichnet werden, rechnet man noch die sogenannten Hausoffizianten, d. h. Leute, welche nur für bestimmte spezielle Geschäfte der Wirtschaft oder zur Aufsicht über das gemeine Gesinde bestellt sind, zum Gesinde. Hierher gehören Wirtschaftsinspektoren, Haushofmeister, Wirtschaftsschreiber, Wirtschaftsführer, Privatförster, Hegemeister, Fasanenmeister, Brenner auf Landgütern u. a. m. Trotz ihrer Zugehörigkeit zum Gesinde unterliegen die Hausoffizianten nicht der Gesindeordnung,

ebensowenig wie andere in die häusliche Gemeinschaft aufgenommene Personen, z. B. Erzieher, Erzieherinnen, Hauslehrer, Hausgeistliche und dergl. Auch die Rechtsverhältnisse von Handlungsgehülfen, Gewerbegehülfen, Fabrikarbeitern, Tagelöhnern, Komptoirboten, Laufburschen, Markthelfern, Stiefelputzern, Aufwartefrauen und dergl. werden nicht durch die Gesindeordnung geregelt, sondern durch das Handelsgesetzbuch, die Gewerbeordnung und das allgemeine bürgerliche Recht.

In manchen Fällen wird die Entscheidung der Frage, ob ein Gesindeverhältnis vorliegt oder nicht, schwierig sein. In der Regel wird man sich darüber Klarheit verschaffen können, wenn man sich vergegenwärtigt, ob die in Frage kommenden Personen 1. für einen längeren ununterbrochenen Zeitraum, 2. zur Leistung häuslicher oder landwirtschaftlicher Dienste, 3. gegen Entschädigung in barem Gelde, sowie in Kost und Wohnung gedungen sind, und ob sie schließlich 4. unter Aufnahme in die Hausgemeinschaft des Dienstherrn dessen hausherrlicher Gewalt unterworfen sind. Wenn alle diese Voraussetzungen erfüllt sind, so liegt zweifellos ein Gesindeverhältnis vor. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Wege der Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines dieser Merkmale weggefallen ist, trotzdem aber ein Gesindeverhältnis als vorliegend anzunehmen ist.

Das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde wird begründet durch den Abschluß des Mietsvertrages.

Berechtigt, einen solchen abzuschließen, ist seitens der Herrschaft der Ehemann. Weibliches Gesinde kann auch die Ehefrau annehmen; sagt die Persönlichkeit desselben aber dem Ehemann nicht zu, so kann er zum gesetzlichen Beendigungstermin der Dienstzeit kündigen, ohne an anderweite Verabredungen, die zwischen der Ehefrau und dem Gesinde stattgefunden haben, gebunden zu sein.

Als Gesinde kann sich nur verdingen, wer unbeschränkt geschäftsfähig ist, also wer das 21. Lebensjahr vollendet hat. Minderjährige bedürfen der Genehmigung des Vaters oder Vormundes; verheiratete Frauen der Einwilligung des Ehemannes. Hat der Vater oder Vormund dem Minderjährigen die Erlaubnis gegeben, in ein Dienstverhältnis einzutreten, so bedarf der Minderjährige der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters nicht mehr, um Arbeitsverhältnisse der gleichen Art einzugehen und zu lösen. Das gilt aber nicht, wenn ein Minderjähriger, der unter Vormundschaft steht, sich auf länger als ein Jahr verpflichten will. In diesem Falle darf der Vormund seine Genehmigung nur mit Zustimmung des Vormundschaftsgerichtes geben. Hat ein Minderjähriger einen Dienstvertrag ohne die Genehmigung des Vaters oder Vormundes geschlossen, so hängt die Gültigkeit von der einzuholenden Genehmigung

ab. Die Dienstherrschaft ist jedoch gebunden, wenn sie die Minderjährigkeit des Gesindes kannte, oder wenn sie trotz einer gegenteiligen Behauptung desselben wußte, daß der gesetzliche Vertreter seine Einwilligung nicht gegeben habe. Nicht gebunden ist die Herrschaft, wenn ihr die Minderjährigkeit des Gesindes bekannt war, von demselben aber der Wahrheit zuwider versichert worden war, daß der Vater oder Vormund seine Einwilligung erklärt habe. Die einmal erteilte Genehmigung gilt ein für allemal; sie kann aber zurückgenommen oder beschränkt werden. Wenn einem Bevormundeten seitens seines Vormundes die nachgesuchte Ermächtigung verweigert wird, so kann dieselbe auf Ansuchen des Minderjährigen durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden, aber nur dann, wenn dies im Interesse des Mündels liegt.

Hat eine Ehefrau ohne Zustimmung ihres Ehemannes einen Dienstvertrag abgeschlossen, so kann derselbe auf seinen Antrag vom Vormundschaftsgericht ermächtigt werden, das Arbeitsverhältnis ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, wenn durch die Thätigkeit der Frau die ehelichen Interessen beeinträchtigt werden. Anderseits kann die Frau beantragen, daß die fehlende oder verweigerte Zustimmung des Mannes seitens des Vormundschaftsgerichtes ersetzt wird, wenn der Mann durch Abwesenheit oder Krankheit an der Abgabe seiner Zustimmung verhindert, oder wenn mit dem Aufschub Gefahr verbunden ist, oder schließlich, wenn sich die Verweigerung der Zustimmung seitens des Mannes als Mißbrauch seines Rechtes darstellt. Das Kündigungsrecht steht dem Manne nicht zu, wenn die eheliche Gemeinschaft aufgehoben ist.

Personen, welche noch nicht im Gesindeverhältnis gestanden haben, müssen sich von der Ortspolizeibehörde ein Dienstbuch ausfertigen lassen, welches die notwendigen persönlichen Angaben enthält. Die Ausstellung des Buches erfolgt erst dann, nachdem die Polizeibehörde die persönlichen Verhältnisse des Antragstellers geprüft und sich insbesondere auch Gewißheit darüber verschafft hat, ob der Betreffende auch befugt ist, sich zu vermieten. Beim Antritt des Dienstes (nicht schon beim Abschluß des Mietsvertrages) muß das Dienstbuch vorgelegt werden; verweigert das Gesinde die Vorlegung, so ist die Herrschaft berechtigt, dasselbe zu entlassen oder der Polizeibehörde zur Bestrafung anzuzeigen.

Die Dienstherrschaft, welche Gesinde ohne Dienstbuch aufgenommen hat, wird mit einer Geldstrafe bis zu dreißig Mark bestraft; außerdem ist der mit einem solchen Gesinde geschlossene Dienstvertrag ungültig, wenn ein etwa früher geschlossener nicht rechtsgültig gelöst ist.

Der Abschluß des Mietsvertrages geschieht mündlich, in der Regel durch Geben und Nehmen des Mietsgeldes, dessen Höhe von der freien

Vereinbarung der beiden Parteien abhängig ist. Ist keine besondere Verabredung getroffen, so ist die Herrschaft befugt, dasselbe auf den Lohn in Anrechnung zu bringen. Sie ist hierzu auch trotz ausdrücklicher Abmachung des Gegenteils berechtigt, wenn das Gesinde infolge eigenen Verschuldens die ausbedungene Dienstzeit nicht einhält. Hat sich ein Dienstbote zugleich bei mehreren Herrschaften vermietet, so verdient diejenige den Vorzug, welche zuerst das Mietsgeld gegeben hat. Die übrigen Herrschaften haben Anspruch auf Rückzahlung desselben, ebenso die bevorzugte, wenn sie freiwillig zurücktritt. Bei mehrfachen Vermietungen muß der Dienstbote denjenigen Herrschaften, in deren Dienst er nicht eintritt, außerdem den entstandenen Schaden ersetzen, insbesondere den, welcher durch das Mieten eines anderen Dienstboten an seiner Stelle um höheren Lohn verursacht worden ist. Auf Verlangen der geschädigten Herrschaft muß diejenige, bei der sich der Betreffende in Dienst befindet, den Betrag des Schadens vom Lohne abziehen und der ersteren einhändigen. Das Gesinde, welches sich mehrfach verdungen hat, muß außerdem den Gesamtbetrag des zu Unrecht erhaltenen Mietsgeldes, mit Ausnahme desjenigen, welches es von seiner nunmehrigen Herrschaft erhalten hat, als Strafe in die Armenkasse des Ortes zahlen.

Durch den Abschluß des Mietsvertrages entstehen für Herrschaft und Gesinde gegenseitige Rechte und Pflichten. Dieselben werden durch den Vertrag bestimmt, und wo dessen Bestimmungen nicht ausreichen, durch die Vorschriften des Gesetzes.

Zunächst ist die Herrschaft verpflichtet, das anziehende Gesinde aufzunehmen, und dieses hat die Verpflichtung, seinen Dienst anzutreten. Weigert sich die Herrschaft ohne gesetzlichen Grund, das Gesinde aufzunehmen, so verliert sie den Anspruch auf Erstattung des Mietsgeldes und ist außerdem zum Schadensersatz verpflichtet. Beides ist nicht der Fall, wenn sich das Gesinde zuerst geweigert hat, den Dienst anzutreten, oder wenn ein Grund vorliegt, welcher zur Entlassung desselben vor Ablauf der Dienstzeit berechtigen würde.

Das Gesinde hat die Verpflichtung, zu der verabredeten Zeit seinen Dienst anzutreten. Ist hierüber keine besondere Abmachung getroffen worden, so ist zu unterscheiden zwischen städtischem und Landgesinde.

Städtisches Gesinde, d. h. solches, welches in einer Stadt bedienstet ist (auch wenn es daselbst landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet), muß am zweiten Tage jeden Quartals anziehen; fällt dieser Tag auf einen Sonn- oder Festtag, dann muß der Antritt schon am vorhergehenden Werktage erfolgen. Eine bestimmte Tageszeit ist nicht festgesetzt.

Landgesinde, d. h. solches, welches auf dem Lande in Diensten ist (selbst wenn es keine landwirtschaftlichen Arbeiten verrichtet), muß

mangels besonderer Verabredung zu der in der Gegend üblichen Zeit anziehen. Fehlt es an einem solchen Gewohnheitsrecht, dann ist der 2. April der Antrittstag mit Ausnahme der Mark Brandenburg, der Niederlausitz und der Provinzen Schlesien und Sachsen, wo durch besondere Verordnungen der 2. Januar festgesetzt ist.

Weigert sich das Gesinde ohne gesetzlichen Grund, seinen Dienst rechtzeitig anzutreten, so wird dasselbe auf Antrag durch die Polizei im Zwangswege seiner Herrschaft zugeführt. Außerdem muß es das empfangene Mietsgeld zurückgeben und haftet der Herrschaft für etwa entstandenen Schaden, beides aber nur, wenn die Zwangsmaßregeln der Polizei erfolglos geblieben sind. Ist das Gesinde durch Zufall an dem Antritte des Dienstes verhindert worden, so muß sich die Herrschaft mit der Rückgabe des Mietsgeldes begnügen. Wenn weibliches Gesinde vor dem Dienstantritt Gelegenheit sich zu verheiraten hat, so muß die Herrschaft zufrieden sein, wenn ihr anstatt des gemieteten Gesindes eine andere taugliche Person gestellt wird. Ist eine solche Stellvertretung nicht zu ermöglichen, so braucht der weibliche Dienstbote auf dem Lande nur ein halbes Jahr und in der Stadt nur ein Vierteljahr in dem Dienste zu verbleiben.

Wird bis zum Antritte des Dienstes der Vertrag nicht durch beiderseitiges Einverständnis gelöst, so ist, wenn nicht etwa einer der später zu behandelnden gesetzlichen Aufhebungsgründe vorliegt, jeder der beiden Teile gehalten, seinerseits den Vertrag zu erfüllen, also das Gesinde durch Antritt des Dienstes und die Herrschaft durch Aufnahme des Gesindes. Die vielfach verbreitete Meinung, daß durch Verzicht auf das Mietsgeld bezw. durch Rückerstattung desselben der Vertrag einseitig gelöst werden kann, beruht auf Irrtum.

Die Dauer des Mietsverhältnisses hängt in erster Linie von der getroffenen Verabredung ab; fehlt eine solche, so treten die gesetzlichen Vorschriften in Kraft. Das Verhältnis muß der Natur der Sache entsprechend auf eine längere ununterbrochene Dauer berechnet sein.

Ist eine lebenslängliche oder auf länger als fünf Jahre bestimmte Dienstzeit vereinbart, so kann der Verpflichtete nach Ablauf von fünf Jahren kündigen, sofern nicht der andere Teil unverzüglich widerspricht. War zwischen beiden Teilen überhaupt nichts verabredet, so gilt der Dienstvertrag bei Landgesinde auf ein Jahr, bei städtischem Gesinde auf ein halbes Jahr geschlossen. In beiden Fällen endigt das Dienstverhältnis aber nicht ohne weiteres mit dem Ablauf der gesetzlichen Dienstzeit, sondern erst nach erfolgter rechtzeitiger Aufkündigung. Dieselbe beträgt in Ermangelung besonderer Vereinbarungen bei städtischem Gesinde sechs Wochen, bei Landgesinde drei Monate vor Ablauf der Dienst-

zeit; bei monatlich gemietetem Gesinde kann die Kündigung bis zum 15. des Monates erfolgen. Schäfer und Schäferknechte müssen spätestens am 31. März kündigen und am letzten Werktage des Juni ziehen. Erfolgt innerhalb der genannten Fristen keine Aufkündigung, so gilt bei Landgesinde der Vertrag auf ein Jahr, bei städtischem Gesinde auf ein Vierteljahr und bei monatweise gemietetem Gesinde auf einen Monat verlängert. Außerdem findet eine vorzeitige Lösung, abgesehen von den besonderen sich aus der Natur des Dienstverhältnisses ergebenden Gründen (siehe unten) nur statt, wenn einer der beiden Teile stirbt oder die Herrschaft in Konkurs gerät. Stirbt der Dienstbote, so ist der Vertrag ohne weiteres aufgehoben. Stirbt das Familienhaupt der Herrschaft oder dasjenige Familienmitglied, zu dessen Bedienung das Gesinde besonders angenommen war, so brauchen die Erben ohne Rücksicht auf entgegenstehende Vereinbarungen das Gesinde nur bis zur nächsten gesetzlichen Ziehzeit zu behalten. War jedoch der Dienstvertrag auf die ganze Lebenszeit des Dienstboten geschlossen, dann müssen die Erben denselben entweder erfüllen oder Entschädigung gewähren. Kündigen die Erben den Vertrag nicht, so muß das Gesinde bis zum gesetzlichen bezw. vertragsmäßigen Endtermin aushalten. Falls über das Vermögen der Herrschaft der Konkurs verhängt wird, so kann das Dienstverhältnis von jedem Teile aufgekündigt werden. Die Frist und Zeit für die Kündigung ist, falls eine kürzere Frist oder nähere Zeit nicht ausbedungen war, die gesetzliche oder ortsübliche. In Ermangelung einer solchen wird Kündigungszeit und -Frist auf Antrag des Kündigenden vom Konkursgericht festgesetzt.

Während der Dienstzeit hat das Gesinde die vertragsmäßig ausbedungenen wirtschaftlichen und häuslichen Arbeiten zu verrichten. Der Dienstvertrag wird in der Regel nur die wesentlichsten dieser Pflichten normieren, da bei Abschluß desselben meist nur über die Höhe des Lohnes, die gewährte freie Zeit, sowie über diejenigen Dienstleistungen gesprochen wird, von denen der Dienstbote befreit sein soll. Selbstverständlich ist das Gesinde verpflichtet, die ausdrücklich im Vertrage übernommenen Arbeiten auszuführen; aus der Natur des ganzen Dienstverhältnisses ergiebt sich aber, daß hiervon abgesehen eine allgeneine und unbedingte Arbeitspflicht für das Gesinde besteht. Auf Verlangen der Herrschaft muß deshalb das gemeine Gesinde jede Arbeit übernehmen, welche Hauswesen und Wirtschaft mit sich bringen; aber auch das Gesinde, welches nur zu bestimmten Dienstleistungen angenommen ist, muß sich zu solchen Arbeiten verstehen, wenn das für dieselben angestellte gemeine Gesinde durch Krankheit oder andere Gründe zeitweise verhindert ist. Die Dienstboten haben nicht allein den Anordnungen des

Dienstherrn, sondern auf dessen Anweisung auch seinen Stellvertretern, den Familienmitgliedern, Gästen und allen übrigen in das Hauswesen aufgenommenen Personen Folge zu leisten. Seine Dienstobliegenheiten muß das Gesinde selbst erfüllen, eine Stellvertretung bei denselben ist nur mit Genehmigung der Herrschaft zulässig. Die ihm aufgetragenen Arbeiten soll das Gesinde treu, fleißig und aufmerksam verrichten.

Abgesehen von diesen speziellen Dienstpflichten sollen die Dienstboten nach jeder Richtung hin auf das Wohl der Herrschaft bedacht sein und sich bemühen, Schaden und Nachteil abzuwenden. Insbesondere sind sie verbunden, der Herrschaft Anzeige zu erstatten, wenn sie wahrnehmen, daß sich das Nebengesinde der Untreue schuldig macht.

In seinem Verhalten der Herrschaft und deren Angehörigen gegenüber soll sich das Gesinde der Ehrerbietung und Bescheidenheit befleißigen. Es darf sich keines Ungehorsams und nicht der Widerspenstigkeit schuldig machen, sondern muß die ihm erteilten Aufträge willig und ohne Widerstreben ausführen. Verweise muß es ruhig annehmen, und selbst für Scheltworte und geringe Thätlichkeiten kann es keine gerichtliche Sühne verlangen, wenn es die Herrschaft hierzu durch ungebührliches Betragen gereizt hat.

Dagegen steht der Herrschaft kein Züchtigungsrecht zu.

Das Privatleben des Gesindes ist in weitgehender Weise dem Aufsichtsrecht der Herrschaft unterworfen. Die Dienstboten haben sich nach der Hausordnung und den häuslichen Einrichtungen zu richten. Sie dürfen sich insbesondere nicht ohne Vorwissen und Genehmigung der Herrschaft aus dem Hause entfernen (auch nicht in eigenen Angelegenheiten) und den hierzu erteilten Urlaub nicht überschreiten.

Die Pflichten der Herrschaft dem Gesinde gegenüber bestehen zunächst in der Zahlung des versprochenen Lohnes und Gewährung der übrigen vereinbarten Gebührnisse: Wohnung, Kost (Kostgeld), Kleidung. Ist über die Höhe des Lohnes keine ausdrückliche Vereinbarung getroffen, so muß der ortsübliche Betrag gezahlt werden. Weihnachts-, Neujahrs- und andere bei besonderen Gelegenheiten übliche Geschenke können, auch wenn sie ausdrücklich versprochen sind, vom Gesinde nicht eingeklagt werden. Auch wenn dieselben schon gegeben sind, können sie auf den Lohn angerechnet werden, wenn nämlich das Dienstverhältnis vorzeitig durch die Schuld des Gesindes aufgelöst wird. Geschenke, welche das Gesinde von anderen Personen erhält (Trinkgelder) gehören demselben; die Herrschaft ist nicht befugt, die Herausgabe derselben zu fordern oder sie auf den Lohn anzurechnen.

Die Kleidung ist bei männlichen Dienstboten ein Teil des Lohnes und geht nach Ablauf der Dienstzeit in das Eigentum derselben über;

sie kann also von ihnen verkauft werden. Dies gilt aber nicht für Pracht- und Galalivreen, Mäntel, Kutscherpelze und dergl.

Die Kost darf nicht aus ekelhaften und der Gesundheit nachteiligen Speisen bestehen und muß zur Sättigung des Gesindes ausreichend sein.

Beim Tode des Familienoberhauptes der Herrschaft oder desjenigen Familiengliedes, zu dessen besonderer Bedienung das Gesinde angenommen war, hat gemeines zu blos häuslichen Diensten bestimmtes Gesinde Anspruch auf den baren Lohn, jedoch ohne Kost und Kostgeld, für das nächste Vierteljahr, wenn der Tod nach der Kündigungszeit erfolgt und die Erben von dem ihnen zustehenden Kündigungsrechte Gebrauch machen. In diesem Falle behalten männliche Dienstboten die ganze gewöhnliche Livree, wenn sie mindestens ein halbes Jahr gedient haben. Gesinde, welches nur monatweise gemietet ist, erhält für den vollen laufenden Monat Lohn und Kostgeld, wenn der Tod vor dem 15. des Monates erfolgt; tritt der Todesfall nach dem 15. ein, so muß Lohn und Kostgeld auch für den folgenden Monat gezahlt werden.

Die Arbeitskraft des Gesindes darf von der Herrschaft nicht über Gebühr ausgenutzt werden, insbesondere dürfen ihm seitens der Herrschaft keine Arbeiten zugemutet werden, welche seine Kräfte übersteigen oder seiner Gesundheit nachteilig sind.

Dem Gesinde soll Zeit zum Besuche des öffentlichen Gottesdienstes gelassen werden; die Herrschaft soll ihre Dienstboten hierzu sogar anhalten.

Zieht sich das Gesinde im Dienste oder bei Gelegenheit desselben eine Krankheit zu, so ist die Herrschaft verpflichtet, für ärztliche Behandlung und Verpflegung zu sorgen, so lange das Dienstverhältnis dauert. Die entstandenen Unkosten dürfen auf den Lohn angerechnet werden. Die Behandlung und Verpflegung des Gesindes kann auch gegen dessen Willen in einem Krankenhause erfolgen. Besitzt das Gesinde unterstützungspflichtige und -fähige Verwandte (Großeltern, Eltern, Kinder, Enkel), so kann die Herrschaft von diesen Ersatz der gemachten Aufwendungen verlangen. Jedoch muß die Herrschaft in erster Linie für die Heilung und Verpflegung des erkrankten Gesindes Sorge tragen, sie kann sich dieser Verpflichtung nicht etwa entziehen, indem sie das Gesinde auf etwaige Verwandte der obengenannten Art verweist. Ueber die Dauer der Dienstzeit ist die Herrschaft nicht gesetzlich (wohl aber moralisch) verpflichtet, für ihre kranken Dienstboten Sorge zu tragen; will sie sich dieser moralischen Verpflichtung entledigen, so muß sie der Polizei Anzeige machen, damit sich diese des erkrankten Gesindes annimmt. Alsdann tritt die Unterstützungspflicht des Ortsarmenverbandes des Dienstortes ein, gleichgültig, ob derselbe der Unterstützungswohnsitz ist

oder nicht. Diese Pflicht erstreckt sich auf die Dauer von 13 Wochen, nach deren Beendigung der Unterstützungswohnsitz unterstützungspflichtig wird. Abgesehen davon ist das Gesinde berechtigt, aber nicht verpflichtet, der Gemeindekrankenversicherung, in deren Bezirk es angestellt ist, freiwillig beizutreten. Doch sind in diesem Falle die gesetzlichen Beiträge von dem Gesinde allein aufzubringen. Auf Grund der Versicherung wird Verpflegung auf die Dauer von 13 Wochen gewährt.

Das landwirtschaftliche Gesinde unterliegt der Unfallversicherung. Doch hat hier nicht das Gesinde, sondern der Arbeitgeber die Lasten zu tragen. Bei Tötung werden die Beerdigungskosten erstattet und den Hinterbliebenen eine Rente gewährt; bei einer Verletzung wird der Betrag der Kosten des Heilverfahrens gewährt, welche vom Beginne der 14. Woche nach Eintritt des Unfalles entstehen, und eine Rente, welche vom gleichen Zeitpunkte an für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit gezahlt wird. Dieselbe beträgt je nachdem die Erwerbsunfähigkeit eine völlige oder teilweise ist, $^2/_3$ oder weniger des Durchschnittsverdienstes, welchen der Verletzte hatte. Während der ersten 13 Wochen liegt die Unterstützungspflicht dem Arbeitgeber oder der Krankenkasse ob.

Für alle Dienstboten besteht die Pflicht zur Alters- und Invaliditätsversicherung, und zwar vom vollendeten 16. Lebensjahre an.

Die Beiträge sind zur Hälfte von der Herrschaft, zur Hälfte von den Dienstboten zu leisten. Nach erlangtem 70. Lebensjahre hat das Gesinde einen Anspruch auf Altersrente und vorher bei eingetretener dauernder Erwerbsunfähigkeit auf eine Invalidenrente. Voraussetzungen für die Altersrente sind außer dem erforderlichen Alter die Zahlung der gesetzmäßigen Beiträge und die Innehaltung einer Wartezeit von 30×47 Beitragswochen. Voraussetzungen der Invaliditätsrente sind der Nachweis der Erwerbsunfähigkeit, die Leistung der gesetzlichen Beiträge und die Innehaltung einer Wartefrist von 5×47 Beitragswochen.

Der Herrschaft liegt die Verpflichtung ob, die Arbeitsräume, -Vorrichtungen oder -Gerätschaften so herzustellen oder zu beschaffen, daß das Gesinde die ihm aufgetragenen Arbeiten ohne Gefahr für Leben und Gesundheit ausführen kann.

Die Wohn- und Schlafräume des Gesindes müssen so beschaffen sein, daß sie den Anforderungen entsprechen, welche Gesundheit, Sittlichkeit und Religion der Dienstboten stellen. Die Arbeits- und Erholungszeit müssen so geregelt sein, daß die Gesundheit des Gesindes nicht gefährdet wird und ihm ausreichende Zeit zur Ruhe bleibt.

Nach Beendigung des Dienstverhältnisses muß die Herrschaft in das Dienstbuch ein wahrheitsgetreues Zeugnis eintragen. Nimmt sie in dasselbe Angaben auf, welche nicht den Thatsachen entsprechen, ver-

schweigt sie insbesondere wider besseres Wissen Fehler und Vergehen des Gesindes, so kann sie für den Schaden haftbar gemacht werden, den eine spätere Herrschaft dadurch erleidet, daß sie auf Grund des unrichtigen Zeugnisses das Gesinde annimmt und durch dasselbe zu Schaden kommt.

Das Dienstverhältnis kann vor Ablauf der gesetzlichen oder vertragsmäßigen Zeit von beiden Teilen aus besonderen Gründen gekündigt werden.

Die Herrschaft ist hierzu berechtigt, wenn sich ihre Vermögensverhältnisse derart verschlechtern, daß sie sich entweder ganz ohne Gesinde behelfen oder wenigstens dessen Zahl einschränken muß.

Ferner ist die Herrschaft zu einer vorzeitigen Kündigung befugt aus Gründen, die in der Person des Gesindes liegen, wenn nämlich dem Gesinde die nötige Geschicklichkeit fehlt.

Das Gesinde ist zu einer vorzeitigen Kündigung berechtigt:

1. Wenn es Gelegenheit zur Verheiratung oder Gründung einer eigenen Existenz hat, welche ihm durch Aushalten in seinem Dienste entgehen würde;

2. wenn der Dienstbote in seinen eigenen Angelegenheiten eine größere Reise unternehmen muß, oder wenn seine Anwesenheit in der elterlichen Wirtschaft nötig wird;

3. wenn die Herrschaft das Gesinde einer öffentlichen Beschimpfung aussetzt;

4. wenn die Herrschaft dem Gesinde den Lohn nicht pünktlich zahlt.

In einer Reihe von Fällen sind beide Teile zur sofortigen Aufhebung des Vertrages berechtigt, wenn der andere Teil sich eines vertragswidrigen Verhaltens schuldig macht, oder mit Fehlern behaftet ist, welche die Erfüllung der vertragsmäßigen Pflichten in Frage stellen oder unmöglich machen.

Diese Berechtigung steht der Herrschaft zu:

1. Wenn das Gesinde sich durch liederliche Aufführung ansteckende und ekelhafte Krankheiten zugezogen hat;

2. wenn weibliches Gesinde schwanger wird oder die Schwangerschaft bei Antritt des Dienstes verheimlicht hat;

3. wenn es die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt;

4. wenn es seinen Dienst mutwillig vernachlässigt;

5. wenn es sich beharrlichen Ungehorsam gegen die Befehle der Herrschaft zu schulden kommen läßt;

6. wenn es die zur Aufsicht bestellten Personen beleidigt und sich ihnen widersetzt;

7. wenn es die Herrschaft oder deren Angehörige beleidigt oder mißhandelt, oder Unfrieden in der herrschaftlichen Familie zu stiften versucht;

8. wenn es sich dem Trunke oder Spiele ergiebt oder trotz ergangener Mahnung durch Zank und Schlägereien mit seinem Nebengesinde den Hausfrieden stört;

9. wenn es ohne Erlaubnis ausgeht oder über die gestattete Zeit ausbleibt;

10. wenn es wiederholt und ohne Vorwissen der Herrschaft über Nacht aus dem Hause bleibt;

11. wenn es fortgesetzt allen Ermahnungen zuwider unvorsichtig mit Feuer und Licht umgeht, oder wenn durch seine Unvorsichtigkeit Feuer entstanden ist;

12. wenn es die Herrschaft bestiehlt oder derselben gehörige Gegenstände veruntreut;

13. wenn es sein Nebengesinde zu solchen Vergehen verleitet;

14. wenn es auf den Namen der Herrschaft Schulden macht oder Waren entnimmt;

15. wenn es die ihm nicht gehörige Livree verkauft oder versetzt;

16. wenn ihm die Geschicklichkeit fehlt, welche es bei der Vermietung ausdrücklich zu besitzen versicherte;

17. wenn es die Herrschaft durch Vorlegung falscher Zeugnisse täuschte;

18. wenn es bei Abschluß des Dienstvertrages verschwiegen hatte, daß es sich seiner früheren Herrschaft gegenüber solche Vergehen hatte zu schulden kommen lassen, welche dieselbe zur sofortigen Auflösung des Dienstvertrages berechtigten;

19. wenn es verhaftet wird und die Verhaftung länger als 8 Tage dauert;

20. wenn das Gesinde ohne Grund den Dienst verlassen hatte und denselben wieder antreten will.

Das Gesinde ist zum sofortigen Verlassen des Dienstes ohne vorherige Kündigung berechtigt:

1. wenn es von der Herrschaft in lebens- und gesundheitsgefährdender Weise mißhandelt und mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte behandelt wird;

2. wenn die Herrschaft das Gesinde zu Handlungen verleiten will, welche den Gesetzen oder den guten Sitten zuwiderlaufen;

3. wenn die Herrschaft das Gesinde gegen unerlaubte Zumutungen seitens der Hausgenossen nicht hinreichend in Schutz nimmt;

4. wenn die Herrschaft dem Gesinde die notdürftige Kost verweigert oder ihm das Kostgeld vorenthält;

5. wenn die Herrschaft ihren Wohnsitz nach einem Ort verlegt, welcher über sechs Meilen von dem bisherigen entfernt ist, und sich nicht verpflichten will, die Kosten für die Rückreise des Gesindes zu tragen;

6. wenn das Gesinde durch schwere Erkrankung zur Fortsetzung des Dienstes untauglich wird.

Bei allen Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde sind zwar in letzter Linie die ordentlichen Gerichte (Amtsgerichte) zuständig; in den meisten Fällen muß aber zuvor die Hilfe der Polizei nachgesucht werden.

Dieselbe hat auf Antrag eines Teiles eine Entscheidung zu treffen und dieselbe nötigenfalls im Zwangswege zu vollstrecken. Es ist jedem Teile unbenommen, diese Entscheidung im Rechtswege anzufechten. In einigen Fällen ist jedoch die Polizei letzte Instanz. Wenn es sich nämlich um einen Streit über die Höhe des Kostgeldes oder über die Menge und Beschaffenheit der zu gewährenden Kost handelt, so trifft die Polizei eine endgültige Festsetzung hierüber.

Die Reichsgesetzgebung enthält noch eine Reihe von Einzelbestimmungen, welche auf das Gesindewesen Bezug haben.

Der Lohn und das Kostgeld eines Dienstboten darf zum Zwecke der Befriedigung oder Sicherstellung eines Gläubigers erst dann mit Beschlag belegt werden, nachdem die Leistung der Dienste erfolgt und nachdem der Tag, an welchem die Vergütung gesetzlich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, abgelaufen war, ohne daß der Dienstbote dieselbe eingefordert hat.

Diebstahl und Unterschlagung des Gesindes, welche gegen Hausgenossen begangen werden, sind nur noch auf Antrag strafbar, sofern es sich um Gegenstände von unbedeutendem Werte handelt. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig.

Die Herrschaft, welche ihr Gesinde von der Begehung von Diebstählen, sowie von der Begehung strafbarer Verletzungen der Zoll- und Steuergesetze oder der Gesetze zum Schutze der Forsten, der Feldfrüchte, der Jagd oder der Fischerei abzuhalten unterläßt, hat eine Haftstrafe verwirkt.

Wer Dienstbücher oder -Zeugnisse verfälscht oder falsch anfertigt, oder wissentlich von solchen falschen oder verfälschten Gebrauch macht, oder wer echte, aber für einen anderen ausgestellte Dienstbücher oder -Zeugnisse verwendet, um Behörden oder Privatpersonen zum Zwecke des besseren

Fortkommens für sich oder einen anderen zu täuschen, wird mit Haft oder Geldstrafe bis zu 150 Mark bestraft.

Dienstboten sind von dem Amte eines Schöffen oder Geschworenen ausgeschlossen.

Im Falle des Konkurses der Dienstherrschaft sind die Forderungen des Gesindes an Lohn, Kostgeld und anderen Dienstbezügen vor den Forderungen aller übrigen Konkursgläubiger bevorrechtigt, sofern sie nicht länger als ein Jahr rückständig sind.

Gesinde-Ordnung

für

sämtliche Provinzen der Preußischen Monarchie.

Vom 8. November 1810.

Inhaltsverzeichnis.

Von den Rechten und Pflichten der Herrschaften und des Gesindes.

	Paragraphen
Vom gemeinen Gesinde	1
Wer Gesinde mieten kann	2 — 4
Wer als Gesinde sich vermieten kann	5 — 12
Gesinde-Mäkler	14 — 21
Schließung des Mietsvertrages	22 — 31
Lohn und Kost des Gesindes	32 — 39
Dauer der Dienstzeit	40 — 41
Antritt des Dienstes	42 — 55
Pflichten des Gesindes in seinen Diensten	56 — 69
Pflichten des Gesindes außer seinen Diensten	70 — 81
Pflichten der Herrschaft	82 — 98
Aufhebung des Vertrages durch den Tod	99 — 109
Aufhebung des Vertrages nach vorhergegangener Aufkündigung	110 — 116
Aufhebung des Vertrages ohne Aufkündigung von seiten der Herrschaft	117 — 135
Aufhebung des Vertrages ohne Aufkündigung von seiten des Gesindes	136 — 142
Aufhebung des Vertrages unter der Zeit, jedoch nach vorhergegangener Aufkündigung von seiten der Herrschaft	143 — 144
Von seiten des Gesindes	145 — 149
Was alsdann wegen Lohn, Kost und Livree Rechtens ist	150 — 159
Rechtliche Folgen einer ohne Grund geschehenen Entlassung	160 — 166
Verlassung des Dienstes	167 — 170
Abschied	171 — 176

Gesinde-Ordnung

für

sämtliche Provinzen der Preußischen Monarchie.[1])

Vom 8. November 1810.

Von den Rechten und Pflichten der Herrschaften und des Gesindes.

Vom gemeinen Gesinde.

§ 1. Das Verhältnis zwischen Herrschaft und Gesinde gründet sich auf einem Vertrage, wodurch der eine Teil zur Leistung gewisser häuslicher oder wirtschaftlicher Dienste auf eine bestimmte Zeit, sowie der andere zu einer dafür zu gebenden bestimmten Belohnung sich verpflichtet.

Wer Gesinde mieten kann.

§ 2. In der ehelichen Gesellschaft kommt es dem Manne zu, das nötige Gesinde zum Gebrauch der Familie zu mieten.

§ 3. Weibliche Dienstboten kann die Frau annehmen, ohne daß es dazu der ausdrücklichen Einwilligung des Mannes bedarf.

§ 4. Doch kann der Mann, wenn ihm das angenommene Gesinde nicht anständig ist, dessen Wegschaffung nach verflossener gesetzmäßiger Dienstzeit, ohne Rücksicht auf die vertragsmäßig bestimmte, nach vorgängiger Aufkündigung verfügen.

Wer als Gesinde sich vermieten kann.

§ 5. Wer sich als Gesinde vermieten will, muß über seine Person frei zu schalten berechtigt sein.

§ 6. Kinder, die unter väterlicher Gewalt stehen, dürfen ohne Einwilligung des Vaters, und Minderjährige ohne Genehmigung ihres Vormundes sich nicht vermieten.

§ 7. Verheiratete Frauen dürfen nur mit Einwilligung ihrer Männer als Ammen oder sonst in Dienste gehen.

§ 8. Nur wenn die Einwilligung in den Fällen der §§ 6 und 7 auf gewisse Zeit, oder zu einer bestimmten Dienstherrschaft ausdrücklich eingeschränkt worden, ist die Erneuerung derselben zur Verlängerung der Zeit, oder bei einer Veränderung der Herrschaft erforderlich.

---

[1]) Gilt in allen Preußischen Landesteilen, die zum Geltungsgebiet des Allgemeinen Landrechts gehören.

§ 9. Dienstboten, welche schon vermietet gewesen, müssen bei dem Antritte eines neuen Dienstes die rechtmäßige Verlassung der vorherigen Herrschaft nachweisen.

§ 10. Leute, die bisher noch nicht gedient zu haben angeben, müssen durch ein Zeugnis ihrer Obrigkeit darthun, daß bei ihrer Annehmung als Gesinde kein Bedenken obwaltet.

§ 11. Hat jemand mit Verabsäumung der Vorschriften §§ 9, 10 ein Gesinde angenommen, so muß, wenn ein anderer, dem ein Recht über die Person oder auf die Dienste des Angenommenen zusteht, sich meldet, der Mietskontrakt als ungültig sofort wieder aufgehoben werden.

§ 12. Außerdem hat der Annehmende durch Uebertretung dieser Vorschriften eine Geldbuße von einem bis zehn Thaler an die Armenkasse des Orts verwirkt.

§ 13 ist aufgehoben durch die Gewerbeordnung.

Gesinde-Mäkler.

§ 14. Dergleichen Gesindemäkler müssen sich nach den Personen, die durch ihre Vermittelung in Dienste kommen wollen, sorgfältig erkundigen.

§ 15. Insonderheit müssen sie nachforschen, ob dieselben nach den gesetzlichen Vorschriften sich zu vermieten berechtigt sind.

§ 16. Gesinde, welches schon in Diensten steht, müssen sie unter keinerlei Vorwande zu deren Verlassung und Annehmung anderer Dienste anreizen.

§ 17. Thun sie dieses, so müssen sie dafür das erste Mal mit fünf bis zehn Thaler Geld- oder mit verhältnismäßiger Haftstrafe angesehen, im Wiederholungsfalle aber noch außerdem von fernerer Treibung des Mäklergewerbes ausgeschlossen werden.

§ 18. Sie müssen den Herrschaften, die durch ihre Vermittelung Gesinde annehmen wollen, die Eigenschaften der vorgeschlagenen Person getreulich und nach ihrem besten Wissen anzeigen.

§ 19. Wenn sie untaugliches oder untreues Gesinde wider besseres Wissen als brauchbar oder zuverlässig empfehlen, so müssen sie für den durch dergleichen Gesinde verursachten Schaden selbst haften.

§ 20. Außerdem verwirken sie dadurch, es mag Schaden geschehen sein oder nicht, für das erste Mal 5—10 Thaler Geld- oder verhältnismäßige Haftstrafe, und werden im Wiederholungsfalle von dem ferneren Betriebe des Mäklergewerbes ausgeschlossen. Diese Ausschließung findet selbst bei dem ersten Male statt, wenn sie den Schaden zu ersetzen unvermögend sind.

§ 21 ist aufgehoben durch die Gewerbeordnung.

Schließung des Mietsvertrages.

§ 22. Zur Annehmung des gemeinen Gesindes bedarf es keines schriftlichen Vertrages.

§ 23. Die Gebung und Annehmung des Mietsgeldes vertritt die Stelle desselben.

§ 24. Der Betrag des Mietsgeldes hängt von freier Uebereinkunft zwischen der Herrschaft und dem Gesinde ab.

§ 25. Das Mietsgeld wird der Regel nach auf den Lohn abgerechnet, insofern ein anderes bei der Vermietung nicht ausdrücklich ausbedungen wird.

§ 26. Auch da, wo die Herrschaft sich der Abrechnung des Mietsgeldes durch ausdrückliche Verabredung begeben hat, ist sie dennoch dazu berechtigt, wenn das Gesinde aus eigener Schuld die verabredete Dienstzeit nicht aushält.

§ 27. Hat sich ein Dienstbote bei mehreren Herrschaften zugleich vermiet, so

gebührt derjenigen, von welcher er das Mietsgeld zuerst angenommen hat, der Vorzug.

§ 28. Die Herrschaft, welche nachstehen muß, oder sich ihres Anspruchs freiwillig begiebt, kann das Mietsgeld und Mäklerlohn von den Dienstboten zurückfordern.

§ 29. Auch muß ihr, wenn sie die frühere Vermietung nicht gewußt hat, der Dienstbote den Schaden ersetzen, welcher daraus entsteht, daß sie ein anderes Gesinde für höheren Lohn mieten muß.

§ 30. Die Herrschaft, bei welcher der Dienstbote bleibt, muß auf Verlangen diesen Betrag (§§ 28, 29) von seinem Lohn abziehen und der andern Herrschaft zustellen.

§ 31. Außerdem muß der Dienstbote, der sich solchergestalt an mehrere Herrschaften zugleich vermietet hat, den einfachen Betrag des von der zweiten und folgenden erhaltenen Mietsgeldes als Strafe zur Armenkasse des Orts entrichten.

Lohn und Kost des Gesindes.

§ 32. Der Lohn, das Kostgeld oder die Beköstigung des städtischen und ländlichen Gesindes ohne Ausnahme hängt bloß von freier Uebereinkunft bei der Vermietung ab.

§ 33. Insofern bei der Vermietung nichts Bestimmtes darüber abgemacht ist, muß dasjenige an Lohn, Kostgeld oder Beköstigung gewährt werden, was einem Gesinde derselben Klasse an dem Orte zur Zeit der Vermietung der Regel nach gegeben wurde; was in dieser Rücksicht Regel sei, bestimmt die Polizei-Obrigkeit des Orts.

§ 34. Weihnachts-, Neujahrs- und andere dergleichen Geschenke kann das Gesinde auch auf den Grund eines Versprechens niemals gerichtlich einklagen.

§ 35 ist bedeutungslos geworden.

§ 36. In allen Fällen, wo Weihnachts- oder Neujahrs-Geschenke während eines Dienstjahres schon wirklich gegeben worden, kann die Herrschaft dieselben auf den Lohn anrechnen, wenn der Dienstvertrag im Laufe des Jahres durch Schuld des Gesindes wieder aufgehoben wird.

§ 37. Bei männlichen Bedienten ist die Livree ein Teil des Lohnes und fällt nach Ablauf der durch Vertrag bestimmten Zeit denselben eigentümlich zu. In Ermangelung einer solchen Bestimmung entscheidet die Polizei-Obrigkeit, wie § 33, über die Zeit, binnen welcher die Livree verdient ist.

§ 38. Wird außer derselben noch besondere Staats-Livree gegeben, so hat auf diese der Bediente keinen Anspruch.

§ 39. Mäntel, Kutscherpelze und dergleichen gehören nicht zur gewöhnlichen Livree.

Dauer der Dienstzeit.

§ 40. Die Dauer der Dienstzeit hängt von freier gegenseitiger Uebereinkunft bei der Vermietung ab, doch kann niemand sich zu einer Dienstzeit verpflichten, die nicht entweder durch eine gewisse Anzahl von Jahren oder Monaten, Wochen, Tagen ausgedrückt, oder doch so bestimmt ist, daß jedem Teile freisteht, nach vorgängiger Kündigung von dem Vertrage abzugehen. Wo dies dennoch geschehen sein sollte, muß der Dienende nach vorgängiger einjähriger Aufkündigung jederzeit entlassen werden. Dienstkontrakte, welche Eltern oder Vormünder für ihre Kinder oder Pflegebefohlenen abschließen, können von denselben nach erlangter Volljährigkeit unbedingt nach § 112 aufgekündigt werden.

§ 41. Ist nichts Besonderes verabredet worden, so wird die Miete bei städtischem Gesinde auf ein Vierteljahr, bei Landgesinde aber auf ein ganzes Jahr für geschlossen angenommen.

Antritt des Dienstes.

§ 42. Die Antrittszeit ist in Ansehung des städtischen Gesindes der zweite Januar, April, Juli und Oktober jedes Jahres, insofern nicht ein Anderes bei der Vermietung ausdrücklich ausbedungen worden ist. Fällt jedoch die Antrittszeit hiernach auf einen Sonn- oder Festtag, so zieht das Gesinde den nächsten Werkeltag vorher an.

§ 43. Bei dem Landgesinde beruht die Antrittszeit desselben zunächst auf ausdrücklicher Uebereinkunft bei der Vermietung; wo diese nicht stattfindet, vorläufig auf der in der Gegend üblichen Gewohnheit. Wo diese vor jetzt nicht bestimmt entscheidet, und nach Verlauf von 5 Jahren allgemein, ist der zweite April mit den im vorigen Paragraph angenommenen Bestimmungen wegen der Sonn- und Festtage die gesetzliche Anziehzeit.

§ 44. Die gesetzlichen oder nach § 43 auf landesüblichen Gewohnheiten beruhenden Antrittstage für das neue Gesinde sind zugleich die Abzugstage für das alte. Kein Gesinde darf den Dienst wider Willen der Herrschaft früher verlassen, es sei denn, daß seine Dienstzeit nach ausdrücklicher gegenseitiger Uebereinkunft früher beendigt wäre.

§ 45. Nach einmal gegebenem und genommenen Mietsgelde ist die Herrschaft schuldig, das Gesinde anzunehmen, und letzteres, den Dienst zur bestimmten Zeit anzutreten.

§ 46. Weder der eine noch der andere Teil kann sich davon durch Ueberlassung oder Zurückgabe des Mietsgeldes losmachen.

§ 47. Weigert sich die Herrschaft, das Gesinde anzunehmen, so verliert sie das Mietsgeld und muß das Gesinde ebenso schadlos halten, wie auf den Fall, wenn das Gesinde unter der Zeit ohne rechtlichen Grund entlassen worden, unten verordnet wird. (§§ 160 ff.)

§ 48. Doch kann die Herrschaft von dem Vertrage vor Antritt des Dienstes aus eben den Gründen abgehen, aus welchen sie berechtigt sein würde, das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit zu entlassen. (§§ 117 ff.)

§ 49. Auch ist sie dazu berechtigt, wenn das Gesinde zuerst den Dienst anzutreten sich geweigert hat.

§ 50. In beiderlei Fällen kann die Herrschaft das gegebene Mietsgeld zurückfordern.

§ 51. Weigert sich das Gesinde, den Dienst anzutreten, so muß es dazu von der Obrigkeit durch Zwangsmittel angehalten werden. Bleiben diese fruchtlos, und ist die Herrschaft deshalb genötigt, einen andern Dienstboten zu mieten, so muß das Gesinde nicht allein den Schaden, welcher der Dienstherrschaft hierdurch erwächst, ersetzen und das Mietsgeld zurückgeben, sondern es verfällt noch überdies in eine Strafe, die nach Maßgabe der Verschuldung auf 2 bis 10 Thaler oder bei Unvermögenden auf verhältnismäßige Haft festzusetzen ist.

§ 52. Kann jedoch das Gesinde nachweisen, daß die Herrschaft im letztverflossenen Dienstjahre sich solche Handlungen habe zu Schulden kommen lassen, wodurch es nach §§ 136—140 zur Verlassung des Dienstes ohne Aufkündigung berechtigt werden würde, so kann dasselbe zum Antritt des Dienstes nicht gezwungen werden, sondern ist nur gehalten, das Mietsgeld zurückzuzahlen.

§ 53. Wird das Gesinde durch Zufall ohne seine Schuld den Dienst anzutreten verhindert, so muß die Herrschaft mit Zurückgabe des Mietsgeldes sich begnügen.

§ 54. Erhält weibliches Gesinde vor dem Antritte der Dienstzeit Gelegenheit zu heiraten, so steht demselben frei, eine andere taugliche Person zur Versehung des Dienstes an seiner Statt zu stellen.

§ 55. Ist es dazu nicht imstande, so muß auch dergleichen Gesinde den Dienst in Städten auf ein Viertel- und bei Landwirtschaften auf ein halbes Jahr antreten.

Pflichten des Gesindes in seinen Diensten.

§ 56. Nur zu erlaubten Geschäften können Dienstboten gemietet werden.

§ 57. Gemeines Gesinde, welches nicht ausschließend zu gewissen bestimmten Geschäften gemietet worden, muß sich allen häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrschaft unterziehen.

§ 58. Allen zur herrschaftlichen Familie gehörenden oder darin in bestimmten Verhältnissen oder bloß gastweise aufgenommenen Personen ist es diese Dienste zu leisten schuldig.

§ 59. Dem Haupte der Familie kommt es zu, die Art und Ordnung zu bestimmen, in welcher die zur Familie Gehörigen, oder nach § 58 in ihr Aufgenommenen, diese Dienste gebrauchen sollen.

§ 60. Auch Gesinde, welches zu gewissen Arbeiten oder Diensten angenommen ist, muß dennoch auf Verlangen der Herrschaft andere häusliche Verrichtungen mit übernehmen, wenn das dazu bestimmte Nebengesinde durch Krankheit oder sonst auf eine Zeitlang daran verhindert wird.

§ 61. Wenn unter den Dienstboten Streit entsteht, welcher von ihnen diese oder jene Arbeit nach seiner Bestimmung zu verrichten schuldig sei, so entscheidet allein der Wille der Herrschaft.

§ 62. Das Gesinde ist ohne Erlaubnis der Herrschaft nicht berechtigt, sich in den ihm aufgetragenen Geschäften von anderen vertreten zu lassen.

§ 63. Hat das Gesinde der Herrschaft eine untaugliche oder verdächtige Person zu seiner Vertretung wissentlich vorgeschlagen, so muß es für den durch selbige verursachten Schaden haften.

§ 64. Das Gesinde ist schuldig, seine Dienste treu, fleißig und aufmerksam zu verrichten.

§ 65. Fügt das Gesinde der Herrschaft vorsätzlich oder aus grobem oder mäßigem Versehen Schaden zu, so muß es denselben ersetzen.

§ 66. Wegen geringer Versehen ist ein Dienstbote nur alsdann zum Schadenersatze verpflichtet, wenn er wider den ausdrücklichen Befehl der Herrschaft gehandelt hat.

§ 67. Desgleichen, wenn er sich zu solchen Arten der Geschäfte hat annehmen lassen, die einen vorzüglichen Grad von Aufmerksamkeit oder Geschicklichkeit voraussetzen.

§ 68. Wegen der Entschädigung, zu welcher ein Dienstbote verpflichtet ist, kann die Herrschaft an den Lohn desselben sich halten.

§ 69. Kann der Schaden weder aus rückständigem Lohne, noch aus anderen Habseligkeiten des Dienstboten ersetzt werden, so muß er denselben durch unentgeltliche Dienstleistung auf eine verhältnismäßige Zeit vergüten.

Pflichten des Gesindes außer seinen Diensten.

§ 70. Auch außer seinen Diensten ist das Gesinde schuldig, der Herrschaft Bestes zu befördern, Schaden und Nachteil aber, soviel an ihm ist, abzuwenden.

§ 71. Bemerkte Untreue des Nebengesindes ist es der Herrschaft anzuzeigen verbunden.

§ 72. Verschweigt es dieselbe, so muß es für allen Schaden, welcher durch die Anzeige hätte verhütet werden können, bei dem Unvermögen des Hauptschuldners selbst haften.

§ 73. Allen häuslichen Einrichtungen und Anordnungen der Herrschaft muß das Gesinde sich unterwerfen.

§ 74. Ohne Vorwissen und Geneh-

migung der Herrschaft darf es sich auch in eigenen Angelegenheiten vom Hause nicht entfernen.

§ 75. Die dazu von der Herrschaft gegebene Erlaubnis darf nicht überschritten werden.

§ 76. Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gesinde mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen.

§ 77. Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern.[1])

§ 78. Auch solche Ausdrücke oder Handlungen, die zwischen anderen Personen als Zeichen der Geringschätzung anerkannt sind, begründen gegen die Herrschaft noch nicht die Vermutung, daß sie die Ehre des Gesindes dadurch habe kränken wollen.

§ 79. Außer dem Falle, wo das Leben oder die Gesundheit des Dienstboten durch Mißhandlungen der Herrschaft in gegenwärtige und unvermeidliche Gefahr gerät, darf er sich der Herrschaft nicht thätlich widersetzen.

§ 80. Vergehungen des Gesindes gegen die Herrschaft müssen durch Gefängnis oder öffentliche Strafarbeit nach den Grundsätzen des Kriminalrechts geahndet werden.

§ 81. Auf die Zeit, durch welche das Gesinde wegen Erleidung solcher Strafen seine Dienste nicht verrichten kann, ist die Herrschaft befugt, dieselben durch andere auf dessen Kosten besorgen zu lassen.

Pflichten der Herrschaft.

§ 82. Die Herrschaft ist schuldig, dem Gesinde Lohn und Kleidung zu den bestimmten Zeiten ungesäumt zu entrichten.

§ 83. Ist auch Kost versprochen worden, so muß selbige bis zur Sättigung gegeben werden. Offenbar der Gesundheit nachteilige und ekelhafte Speisen kann das Gesinde anzunehmen nicht gezwungen werden. In Fällen, wo über die Beköstigung Streit entsteht, entscheidet in Ermangelung bestimmter Verabredung die Polizei-Obrigkeit wie § 33 über die Menge und Beschaffenheit derselben.

§ 84. Die Herrschaft muß dem Gesinde die nötige Zeit zur Abwartung des öffentlichen Gottesdienstes lassen und dasselbe dazu fleißig anhalten.

§ 85. Sie muß ihm nicht mehrere noch schwerere Dienste zumuten, als das Gesinde nach seiner Leibesbeschaffenheit und seinen Kräften ohne Verlust seiner Gesundheit bestreiten kann.

§ 86. Zieht ein Dienstbote sich durch den Dienst oder bei Gelegenheit desselben eine Krankheit zu, so ist die Herrschaft schuldig, für seine Kur und Verpflegung zu sorgen.

§ 87. Dafür darf dem Gesinde an seinem Lohne nichts abgezogen werden.

§ 88. Außerdem ist die Herrschaft zur Vorsorge für kranke Dienstboten nur alsdann verpflichtet, wenn dieselben keine Verwandten in der Nähe haben, die sich ihrer anzunehmen vermögend und nach den Gesetzen schuldig sind.

§ 89. Weigern sich die Verwandten dieser Pflicht, so muß die Herrschaft dieselbe einstweilen und bis zum Austrage der Sache mit Vorbehalt ihres Rechts übernehmen.

§ 90. Sind öffentliche Anstalten vorhanden, wo dergleichen Kranke aufgenommen werden, so muß das Gesinde es sich gefallen lassen, wenn die Herrschaft seine Unterbringung daselbst veranstaltet.

§ 91. In dem in § 88 bestimmten Falle kann die Herrschaft die Kurkosten von dem auf diesen Zeitraum fallenden Lohne des kranken Dienstboten abziehen.

[1]) Vergl. jedoch Art. 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

§ 92. Dauert eine solche Krankheit über die Dienstzeit hinaus, so hört mit dieser die äußere Verbindlichkeit der Herrschaft auf, für die Kur und Pflege des kranken Dienstboten zu sorgen.

§ 93. Doch muß sie davon der Obrigkeit des Orts in Zeiten Anzeige machen, damit diese für das Unterkommen eines dergleichen verlassenen Kranken sorgen könne.

§ 94. Unter den Umständen, wo ein Machtgeber einen dem Bevollmächtigten bei Ausrichtung der Geschäfte durch Zufall zugestoßenen Schaden vergüten muß, ist auch die Herrschaft schuldig, für das in ihrem Dienste oder bei Gelegenheit desselben zu Schaden gekommene Gesinde auch über die Dienstzeit hinaus zu sorgen.

§ 95. Diese Pflicht erstreckt sich jedoch nur auf die Kurkosten und auf den notdürftigen Unterhalt des Gesindes, solange bis dasselbe sich sein Brot selbst zu verdienen wieder in den Stand kommt.

§ 96. Ist aber der Dienstbote durch Mißhandlungen der Herrschaft, ohne sein grobes Verschulden, an seiner Gesundheit geschädigt worden, so hat er von ihr vollständige Schadloshaltung nach den allgemeinen Vorschriften der Gesetze zu fordern.

§ 97. Auch für solche Beschimpfungen und üble Nachreden, wodurch dem Gesinde sein künftiges Fortkommen erschwert wird, gebührt demselben gerichtliche Genugthuung.

§ 98. Inwiefern eine Herrschaft durch Handlungen des Gesindes in oder außer seinem Dienste verantwortlich werde, ist gehörigen Orts bestimmt.

Aufhebung des Vertrages durch den Tod.

§ 99. Stirbt ein Dienstbote, so können seine Erben Lohn und Kostgeld nur soweit fordern, als selbiges nach Verhältnis der Zeit bis zum Krankenlager rückständig ist.

§ 100. Begräbniskosten ist die Herrschaft für das Gesinde zu bezahlen in keinem Falle schuldig.

§ 101. Stirbt das Haupt der Familie, so sind die Erben nicht gehalten, das Gesinde länger, als bis zur nächsten gesetzlichen Ziehzeit (§§ 42, 43, 44) zu behalten, wenn auch durch besonderen Vertrag eine längere Dienstzeit festgesetzt wäre.

§ 102. Erfolgt jedoch der Todesfall nach der Kündigungsfrist, so muß Gesinde, welches bloß zu häuslichen Verrichtungen bestimmt ist, das bare Lohn, doch ohne Kost oder Kostgeld, für das nächstfolgende Vierteljahr noch überdies, statt Entschädigung für die verspätete Kündigung erhalten; Gesinde aber, das zur Landwirtschaft gebraucht wird, noch für das nächstfolgende Jahr beibehalten werden, falls keine andere freiwillige Abkunft getroffen werden kann.

§ 103. Sind Dienstboten zur besonderen Bedienung einzelner Mitglieder der Familie angenommen, so können bei dem Absterben derselben die Bestimmungen des vorstehenden Paragraphen auch auf sie angewendet werden.

§ 104. Männliche Dienstboten behalten die ganze gewöhnliche Livree, wenn sie der verstorbenen Herrschaft schon ein halbes Jahr oder länger gedient haben.

§ 105. Sind sie noch nicht so lange in ihren Diensten gewesen, so müssen sie Rock, Weste und Hut zurücklassen.

§ 106. War der Bediente nur monatweise gemietet, so erhält er Lohn und Kostgeld, wenn die Herrschaft vor dem fünfzehnten Monatstage stirbt, nur auf den laufenden, sonst aber auch auf den folgenden Monat.

§§ 107, 108 gelten nicht mehr.[1])

§ 109. Wegen des alsdann rückständigen Gesindelohnes bleibt es bei den Vorschriften der Konkurs-Ordnung.

[1]) Ueber die Rechtsverhältnisse beim Konkurs der Herrschaft vergleiche man jetzt §§ 22 und 61 Nr. 1 der Konkursordnung in der Fassung vom 17. Mai 1898.

Aufhebung des Vertrages nach vorhergegangener Aufkündigung.

§ 110. Außer diesen Fällen kann der Mietsvertrag während der Dienstzeit einseitig nicht aufgehoben werden.

§ 111. Welcher Teil denselben nach Ablauf der Dienstzeit nicht fortsetzen will, muß innerhalb der gehörigen Frist aufkündigen.

§ 112. Die Aufkündigungsfrist wird bei dem städtischen Gesinde auf sechs Wochen und bei dem Landgesinde auf drei Monate vor dem Ablaufe der Dienstzeit angenommen, insofern ein Anderes bei der Vermietung nicht ausdrücklich verabredet ist.

§ 113. Bei monatweise gemietetem Dienstboten findet die Aufkündigung noch am Fünfzehnten eines jeden Monats statt.

§ 114. Ist keine Aufkündigung erfolgt, so wird der Vertrag als stillschweigend verlängert angesehen.

§ 115. Bei städtischem Gesinde wird die Verlängerung auf ein Viertel- und bei Landgesinde auf ein ganzes Jahr gerechnet.

§ 116. Bei monatweise gemietetem Gesinde versteht sich die Verlängerung immer nur auf einen Monat.

Aufhebung des Vertrages ohne Aufkündigung von seiten der Herrschaft.

§ 117. Ohne Aufkündigung kann die Herrschaft ein Gesinde sofort entlassen:

1. Wenn dasselbe die Herrschaft oder deren Familie durch Thätlichkeiten, Schimpf- und Schmähworte oder ehrenrührige Nachreden beleidigt oder durch boshafte Verhetzungen Zwistigkeiten in der Familie anzurichten sucht.

§ 118. 2. Wenn es sich beharrlichen Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft zu schulden kommen läßt.

§ 119. 3. Wenn es sich den zur Aufsicht über das gemeine Gesinde bestellten Hausofficianten mit Thätlichkeiten oder groben Schimpf- und Schmähreden in ihrem Amte widersetzt.

§ 120. Wenn es die Kinder der Herrschaft zum Bösen verleitet oder verdächtigen Umgang mit ihnen pflegt.

§ 121. 5. Wenn es sich des Diebstahls oder der Veruntreuung gegen die Herrschaft schuldig macht.

§ 122. 6. Wenn es sein Nebengesinde zu dergleichen Lastern verleitet.

§ 123. 7. Wenn es auf der Herrschaft Namen ohne deren Vorwissen Geld oder Waren auf Borg nimmt.

§ 124. 8. Wenn es die noch nicht verdiente Livree ganz oder zum Teil verkauft oder versetzt.

§ 125. 9. Wenn es wiederholentlich ohne Vorwissen und Erlaubnis der Herrschaft über Nacht aus dem Hause geblieben ist.

§ 126. 10. Wenn es mit Feuer und Licht gegen vorhergegangene Warnungen unvorsichtig umgeht.

§ 127. 11. Wenn auch ohne vorhergegangene Warnung aus dergleichen unvorsichtigem Betragen wirklich schon Feuer entstanden ist.

§ 128. 12. Wenn das Gesinde sich durch lüderliche Aufführung ansteckende oder ekelhafte Krankheiten zugezogen hat.

§ 129. 13. Wenn das Gesinde ohne Erlaubnis der Herrschaft seines Vergnügens wegen ausläuft oder ohne Not über die erlaubte oder zu dem Geschäfte erforderliche Zeit ausbleibt oder sonst den Dienst mutwillig vernachlässigt und von allen diesen Fehlern auf wiederholte Verwarnung nicht absteht.

§ 130. 14. Wenn der Dienstbote dem Trunk oder Spiel ergeben ist oder durch Zänkereien und Schlägereien mit seinem Nebengesinde den Hausfrieden stört und von solchem Betragen auf geschehene Vermahnung nicht abläßt.

§ 131. 15. Wenn dem Dienstboten diejenige Geschicklichkeit gänzlich ermangelt, die er auf Befragen bei der Vermietung zu besitzen ausdrücklich angegeben hat.

§ 132. 16. Wenn ein Dienstbote von der Obrigkeit auf längere Zeit als acht Tage gefänglich eingezogen wird.

§ 133. 17. Wenn ein Gesinde weiblichen Geschlechts schwanger wird, in welchem Falle jedoch der Obrigkeit Anzeige geschehen und die wirkliche Entlassung nicht eher, als bis von dieser die gesetzmäßigen Anstalten zur Verhütung alles Unglücks getroffen worden, erfolgen muß.

§ 134. 18. Wenn die Herrschaft von dem Gesinde bei der Annahme durch Vorzeigung falscher Zeugnisse hintergangen worden.

§ 135. 19. Wenn das Gesinde in seinem nächst vorhergehenden Dienste sich eines solchen Betragens, weshalb dasselbe nach §§ 117—128 hätte entlassen werden können, schuldig gemacht und die vorherige Herrschaft dieses in dem ausgestellten Zeugnisse verschwiegen, auch das Gesinde selbst es der neuen Herrschaft bei der Annahme nicht offenherzig bekannt hat.

Aufhebung des Vertrages ohne Aufkündigung von seiten des Gesindes.

§ 136. Das Gesinde kann den Dienst ohne vorhergehende Aufkündigung verlassen:

1. Wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden.

§ 137. 2. Wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte behandelt hat.

§ 138. 3. Wenn die Herrschaft dasselbe zu Handlungen, welche wider die Gesetze oder wider die guten Sitten laufen, hat verleiten wollen.

§ 139. 4. Wenn dieselbe das Gesinde vor dergleichen unerlaubten Zumutungen gegen Personen, die zur Familie gehören oder sonst im Hause aus- und eingehen, nicht hat schützen wollen.

§ 140. 5. Wenn die Herrschaft dem Gesinde das Kostgeld gänzlich vorenthält, oder ihm selbst die notdürftige Kost verweigert.

§ 141. 6. Wenn die Herrschaft auf eine Zeit, welche die laufende Dienstzeit übersteigt und in eine Entfernung, die mehr als sechs Meilen beträgt, eine Reise vornimmt oder überhaupt in diese Entfernung ihren bisher gewöhnlichen Wohnsitz verlegt und es nicht übernehmen will, den Dienstboten zum Ablaufe der Dienstzeit kostenfrei zurückzusenden. Hat die Herrschaft mehrere gleich gewöhnliche Wohnsitze, so wird die Entfernung von sechs Meilen nach demjenigen berechnet, den sie zuletzt wirklich bewohnt hat.

§ 142. 7. Wenn der Dienstbote durch schwere Krankheit zur Fortsetzung des Dienstes unvermögend wird.

Aufhebung des Vertrages unter der Zeit, jedoch nach vorhergegangener Aufkündigung von seiten der Herrschaft.

§ 143. Vor Ablauf der Dienstzeit, aber doch nach vorhergegangener Aufkündigung, kann die Herrschaft einen Dienstboten entlassen:

1. Wenn demselben die nötige Geschicklichkeit zu den nach seiner Bestimmung ihm obliegenden Geschäften ermangelt.

§ 144. 2. Wenn nach geschlossenem Mietsvertrage die Vermögens-Umstände der Herrschaft dergestalt in Abnahme geraten, daß sie sich entweder ganz ohne Gesinde behelfen, oder doch dessen Zahl einschränken muß.

Aufhebung des Vertrages unter der Zeit, jedoch nach vorhergegangener Aufkündigung von seiten des Gesindes.

§ 145. Dienstboten können vor Ablauf der Dienstzeit, jedoch nach vorhergegangener Aufkündigung, den Dienst verlassen:

1. Wenn die Herrschaft den bedungenen Lohn in den festgesetzten Terminen nicht richtig bezahlt.

§ 146. 2. Wenn die Herrschaft das Gesinde einer öffentlichen Beschimpfung eigenmächtig aussetzt.

§ 147. 3. Wenn der Dienstbote durch Heirat oder auf andere Art zur Anstellung einer eigenen Wirtschaft vorteilhafte Gelegenheit erhält, die er durch Ausdauerung der Mietszeit versäumen müßte.

§ 148. In allen Fällen, wo der Mietsvertrag innerhalb der Dienstzeit, jedoch nur nach vorhergegangener Aufkündigung, aufgehoben werden kann, muß dennoch das laufende Vierteljahr und bei monatweise gemietetem Gesinde der laufende Monat ausgehalten werden.

§ 149. Wenn die Eltern der Dienstboten wegen einer erst nach der Vermietung vorgefallenen Veränderung ihrer Umstände ihn in ihrer Wirtschaft nicht entbehren können oder der Dienstbote in eigenen Angelegenheiten eine weite Reise zu unternehmen genötigt wird, so kann er zwar ebenfalls seine Entlassung fordern, er muß aber alsdann einen andern tauglichen Dienstboten statt seiner stellen und sich mit demselben wegen Lohn, Kost und Livree ohne Schaden der Herrschaft abfinden.

Was alsdann wegen Lohn, Kost und Livree Rechtens ist.

§ 150. In allen Fällen, wo die Herrschaft einen Dienstboten während der Dienstzeit mit oder ohne Aufkündigung zu entlassen berechtigt ist (§§ 117—135, 143, 144), kann der Dienstbote Lohn und Kost oder Kostgeld nur nach Verhältnis der Zeit fordern, wo er wirklich gedient hat.

§ 151. Ein Gleiches gilt von denjenigen Fällen, wo der Dienstbote zwar vor Ablauf der Dienstzeit, aber doch nach vorhergängiger Aufkündigung den Dienst verlassen kann. (§§ 145, 146, 147.)

§ 152. In Fällen, wo der Dienstbote sofort und ohne Aufkündigung den Dienst zu verlassen berechtigt ist (§§ 136—142), muß ihm Lohn und Kost auf das laufende Vierteljahr, und wenn er monatweise gemietet worden, auf den laufenden Monat vergütet werden.

§ 153. Hat die Ursache zum gesetzmäßigen Austritte erst nach Ablauf der Aufkündigungsfrist sich ereignet, so muß die Herrschaft diese Vergütung auch für das folgende Vierteljahr oder für den folgenden Monat leisten.

§ 154. In der Regel behält der Dienstbote die als einen Teil des Lohnes anzusehende Livree vollständig, wenn er aus den §§ 136—142 bestimmten Ursachen den Dienst verläßt.

§ 155. Geschieht der Austritt nur aus den in §§ 143 und 144 enthaltenen Gründen, und hat der Bediente noch kein halbes Jahr gedient, so muß er Rock und Hut zurücklassen.

§ 156. In allen Fällen, wo das Gesinde nach §§ 117—135, 143 und 144 von der Herrschaft entlassen wird, kann letztere der Regel nach die ganze Livree zurückbehalten.

§ 157. Doch gebühren dem Bedienten die kleinen Montierungsstücke, wenn er schon ein halbes Jahr gedient hat und nur aus den §§ 143, 144 angeführten Gründen entlassen wird.

§ 158. Wenn das Gesinde aus den §§ 145 und 146 angeführten Gründen nach vorhergegangener Aufkündigung seinen Abschied nimmt, so finden die Vorschriften §§ 154 und 155 Anwendung.

§ 159. Erfolgt aber der Austritt nur aus der § 147 bestimmten Ursache, so muß der Dienstbote mit den kleinen Montierungsstücken sich begnügen.

Rechtliche Folgen einer ohne Grund geschehenen Entlassung.

§ 160. Eine Herrschaft, die aus anderen als gesetzmäßigen Ursachen das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit entläßt, muß von der Obrigkeit dasselbe wieder anzunehmen und den Dienstvertrag fortzusetzen angehalten werden.

§ 161. Weigert sie sich dessen beharrlich, so muß sie dem Dienstboten Lohn und Livree auf die noch rückständige Dienstzeit entrichten.

§ 162. Auch für die Kost muß die Herrschaft bis dahin sorgen.

§ 163. Kann aber das Gesinde noch vor Ablauf der Dienstzeit ein anderweitiges Unterkommen erhalten, so erstreckt sich die Vergütungs-Verbindlichkeit der Herrschaft nur bis zu diesem Zeitpunkte, und weiter hinaus nur insofern, als das Gesinde sich in dem neuen Dienste mit einem geringeren Lohn hat begnügen müssen.

§ 164. Ist die Herrschaft das entlassene Gesinde wieder anzunehmen bereit, das Gesinde hingegen weigert sich, den Dienst wieder anzutreten, so kann letzteres in der Regel gar keine Vergütung fordern.

§ 165. Weist aber das Gesinde einen solchen Grund seiner Weigerung nach, weswegen es seinesorts den Dienst zu verlassen berechtigt sein würde, so gebührt demselben die §§ 152 ff. bestimmte Vergütung.

§ 166. Kann das Gesinde den vorigen Dienst wegen eines inzwischen erhaltenen anderweitigen Unterkommens nicht wieder antreten, so findet die Vorschrift § 163 Anwendung.

Verlassung des Dienstes.

§ 167. Gesinde, welches vor Ablauf der Dienstzeit ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst verläßt, muß durch Zwangsmittel zu dessen Fortsetzung angehalten werden.

§ 168. Will aber die Herrschaft ein solches Gesinde nicht wieder annehmen, so ist sie berechtigt, ein anderes an seine Stelle zu mieten, und der ausgetretene Dienstbote ist nicht allein schuldig, die dadurch verursachten mehreren Kosten zu erstatten, sondern verfällt überdies in eine Strafe, die nach Maßgabe des Grades der Verschuldung auf 6—30 Mark oder bei Unvermögen auf verhältnismäßige Haft festzusetzen ist.

§ 169. Das abziehende Gesinde ist schuldig, alles, was ihm zum Gebrauche in seinen Geschäften oder sonst zu seiner Aufbewahrung anvertraut worden, der Herrschaft richtig zurückzuliefern.

§ 170. Den daran durch seine Schuld entstandenen Schaden muß es der Herrschaft ersetzen. (§§ 65—69.)

Abschied.

§ 171. Bei dem Abzuge ist die Herrschaft dem Gesinde einen schriftlichen Abschied und ein der Wahrheit gemäßes Zeugnis über seine geleisteten Dienste zu erteilen schuldig.

§ 172. Werden dem Gesinde in diesem Abschiede Beschuldigungen zur Last gelegt, die sein weiteres Fortkommen hindern werden, so kann es auf polizeiliche Untersuchung antragen.

§ 173. Wird dabei die Beschuldigung unbegründet befunden, so muß die Obrigkeit dem Gesinde den Abschied auf Kosten der Herrschaft ausfertigen lassen, und letzterer fernere üble Nachreden bei namhafter Geldstrafe untersagen.

§ 174. Hat hingegen die Herrschaft einem Gesinde, welches sich grober Laster und Veruntreuungen schuldig gemacht hat, das Gegenteil wider besseres Wissen bezeugt, so muß sie für allen einem Dritten daraus entstehenden Schaden haften.

§ 175. Die folgende Herrschaft kann sich also an sie wegen des derselben durch solche Laster oder Veruntreuungen des Dienstboten verursachten Nachteils halten.

§ 176. Auch soll eine solche Herrschaft mit einer Geldstrafe von einem bis fünf Thalern zum Besten der Armenkasse des Ortes belegt werden.

Gesetz, betr. die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter.

Vom 24. April 1854.

§ 1. Gesinde, welches hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen sich zu schulden kommen läßt, oder ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst versagt oder verläßt, hat auf den Antrag der Herrschaft, unbeschadet deren Rechts zu seiner Entlassung der Beibehaltung, Geldstrafe bis zu fünfzehn Mark oder Haft bis zu drei Tagen verwirkt.

Dieser Antrag kann nur innerhalb vierzehn Tagen seit Verübung der Uebertretung, oder falls die Herrschaft wegen der letzteren das Gesinde vor Ablauf der Dienstzeit entläßt, vor dieser Entlassung gemacht werden.

Den Antrag auf Grund des Gesetzes vom 23. April 1883[1]) bei der Lokal-Polizeibehörde anzubringen, ist nur dann zulässig, wenn weder die Herrschaft noch ein von ihr bestellter Stellvertreter oder ein Beamter der Herrschaft die Lokalpolizei verwaltet. An Stelle der Lokalpolizei tritt in diesem Falle der Landrat.[2])

Bis zum Anfang der Vollstreckung der Strafe ist die Zurücknahme des Antrags zulässig.

§ 2. Die Bestimmungen des § 1 finden auch Anwendung:

a) auf die bei Stromschiffern in Dienst stehenden Schiffsknechte (Ges. vom 23. September 1835, G.S. S. 222);
b) auf das Verhältnis zwischen den Personen, welche von den zu Diensten verpflichteten bäuerlichen Besitzern zur Verrichtung dieser Dienste bestellt werden, und den Dienstberechtigten oder den von ihnen bestellten Aufsehern;
c) auf das Verhältnis zwischen dem Besitzer eines Landgutes oder einer anderen Acker- oder Forstwirtschaft, sowie den von ihm zur Aufsicht über die Wirtschaftsarbeiten bestellten Personen und solchen Dienstleuten, welche gegen Gewährung einer Wohnung in den ihm gehörigen oder auf dem Gute befindlichen Gebäuden und gegen einen im voraus bestimmten Lohn behufs der Bewirtschaftung angenommen sind (Instleute, herrschaftliche Tagelöhner, Einlieger, Kathenleute u. dergl.);
d) auf das Verhältnis zwischen solchen Handarbeitern, welche sich zu bestimmten land- oder forstwirtschaftlichen Arbeiten, wie z. B. Erntearbeiten auf Acker und Wiese, Meliorationsarbeiten, Holzschlagen u. s. w. verdungen haben, und dem Arbeit-

[1]) Gesetz, betreffend den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen wegen Uebertretungen (abgedruckt in Bd. II).

[2]) Im Gebiete der Kreisordnung der Amtsvorsteher, oder, wenn dieser behindert ist, sein Stellvertreter (§ 57 der Kreisordnung vom 13. Dezember 1872, abgedruckt in Bd. II).

geber oder den von ihm bestellten Aufsehern.

§ 3. Gesinde, Schiffsknechte, Dienstleute oder Handarbeiter der § 2a, b, c, 1 bezeichneten Art, welche die Arbeitgeber oder die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden, oder zu einer solchen Verabredung andere auffordern, haben Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verwirkt.

§ 4. Hausoffizianten (s. § 177 u. ff. Titel 5 Teil II des Allgemeinen Landrechts) sind den Strafvorschriften dieses Gesetzes nicht unterworfen.

§ 5. Die festgesetzten Geldstrafen fließen zur Orts-Armenkasse.

Schlesischer Landtags-Abschied.

Vom 2. Juni 1827.

Auf die Anträge wegen Modifikation der Gesindeordnung vom 8. November 1870 wollen wir hiermit genehmigen, daß, da man in Schlesien auch nach Publikation des Gesetzes der Bestimmung des § 43 desselben ungeachtet, allgemein bei dem früher üblichen Abzugstermine für das ländliche Gesinde, nämlich dem 2. Januar, verblieben ist, es daselbst noch ferner, sobald ein anderes im Mietskontrakte nicht verabredet worden, sein Bewenden haben soll.

Allerhöchste Kabinetsorder

vom 28. Juni 1842,

den Umzug des Landgesindes in den zum ständischen Verbande der Marken Brandenburg und Niederlausitz gehörenden Landesteilen betreffend.

Infolge des Landtagsabschiedes an die ꝛc. bestimme ich hierdurch, daß in Ermangelung besonderer Verabredung die gesetzliche Anziehezeit für das Landgesinde in den zum ständischen Verbande der Marken Brandenburg und Niederlausitz gehörenden Landesteilen der 2. Januar sein soll anstatt der 2. April, welche die Gesindeordnung vom 8. November 1810 vorschreibt.

Allerhöchste Kabinetsorder

vom 20. Februar 1846,

die Anziehezeit für das Landgesinde in der Provinz Sachsen betreffend.

In Berücksichtigung des Wunsches ꝛc. bestimme ich hierdurch, daß in Ermangelung besonderer Verabredung die Anziehezeit für das Landgesinde in den zum ständischen Verbande der Provinz Sachsen gehörenden Landesteilen mit Ausschluß derjenigen Teile, welche vom Auslande umschlossen sind, der 2. Januar anstatt des 2. April ist, welchen die Gesindeordnung vom 8. November 1810 § 43 vorschreibt.

Verordnung wegen Einführung von Gesindedienstbüchern.

Vom 29. September 1846.

§ 1. Jeder Dienstbote, welcher nach Publikation dieser Verordnung in Gesindedienste tritt oder die Dienstherrschaft wechselt, ist verpflichtet, sich mit einem Gesindebuche zu versehen.

§ 2 ist aufgehoben.

§ 3. Vor Antritt des Dienstes hat der Dienstbote das Gesindebuch der Polizeibehörde des Aufenthaltsortes zur Ausfertigung vorzulegen. An solchen Orten, wo keine Polizeibehörde ihren Sitz hat, kann die Ausfertigung der Gesindedienstbücher den Dorfgerichten (in den westlichen Provinzen den Gemeindevorstehern) durch den Landrat übertragen werden, welcher auch befugt ist, diese Ermächtigung zurückzunehmen.

§ 4. Beim Dienstantritt ist das Gesindebuch der Dienstherrschaft zur Einsicht vorzulegen. Sollte das Gesinde die Vorlegung des Gesindebuchs verweigern, so steht es bei der Dienstherrschaft, entweder dasselbe seines Dienstes zu entlassen oder die Weigerung der Polizeibehörde anzuzeigen, welche alsdann gegen das Gesinde eine Ordnungsstrafe bis zu sechs Mark, oder verhältnismäßige Haftstrafe festzusetzen hat.

§ 5. Bei Entlassung des Gesindes ist von der Dienstherrschaft ein vollständiges Zeugnis über die Führung und das Benehmen desselben in das Gesindebuch einzutragen. Schreibensunkundige haben mit dieser Eintragung eine glaubhafte Person zu beauftragen, welche diesen Auftrag mit ihrer Namensunterschrift bescheinigen muß. Weigert sich eine Dienstherrschaft, dieser Verpflichtung zu genügen, so ist sie dazu von der Polizeibehörde durch eine ihr vorher anzudrohende Geldstrafe von 3 bis 15 Mark anzuhalten.

§ 6. Wird ein Dienstbote wegen eines Verbrechens bestraft, so hat die Untersuchungsbehörde das Gesindebuch von demselben einzufordern und darin die erfolgte Bestrafung aktenmäßig einzutragen.

§ 7. Geht ein Gesindebuch verloren, so wird die Polizeibehörde des Ortes, wo das Gesinde dient, oder, wenn es zur Zeit dienstlos ist, die Polizeibehörde des Ortes, wo es zuletzt gedient hat, auf geschehene Anzeige und nähere Ermittelung der obwaltenden Umstände die Ausfertigung eines neuen Gesindebuchs veranlassen, in welchem der Verlust des früheren jedesmal ausdrücklich vermerkt werden muß. Die dadurch entstehenden Kosten sind von demjenigen einzuziehen, welcher den Verlust verschuldet hat.

§ 8. Der Dienstbote, welchem ein ungünstiges Zeugnis erteilt worden ist, kann auf die Ausfertigung eines neuen Gesindebuchs antragen, wenn er nachweist, daß er sich während zweier Jahre nachher adellos und vorwurfsfrei geführt habe.

§ 9. Ist die Ausfertigung eines neuen Gesindebuchs notwendig, weil in dem bisherigen bereits sechs Zeugnisse eingetragen sind, so kann das Gesinde verlangen, daß das bisherige Gesindebuch dem neuen vorgeheftet werde.

Gesetz,

betreffend

das Pfandleihgewerbe.

Vom 17. März 1881.

Vorbemerkung.

Der Artikel 94 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmt, daß die landesgesetzlichen Vorschriften, welche den Geschäftsbetrieb der gewerbsmäßigen Pfandleiher und der Pfandleihanstalten betreffen, durch das neue bürgerliche Recht unberührt bleiben. In Preußen hat daher das Gesetz vom 17. März 1881, betreffend das Pfandleihgewerbe, auch fernerhin Geltung.

Als Pfandleiher gilt derjenige, welcher gewerbsmäßig verzinsliche Darlehn gegen Verpfändung von Wertgegenständen giebt. Dem Pfandleiher ist gleichgestellt, wer gewerbsmäßig Rückkaufgeschäfte betreibt, also wer Wertgegenstände kauft, sich aber gleichzeitig verpflichtet, dieselben gegen Zahlung eines im Voraus vereinbarten Preises dem Verkäufer zurückzugeben. In diesem Falle gilt die Zahlung des Kaufpreises als Hingabe eines Darlehns, die Differenz zwischen dem Kaufpreise und dem Rückkaufpreise als Vergütung für dasselbe und die Hingabe der Sache als Verpfändung.

Zum Betriebe des Pfandleihgewerbes ist die Erlaubnis der Polizeibehörde erforderlich. Dieselbe kann versagt werden, wenn Thatsachen vorliegen, aus denen sich die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden ergiebt.

Der Pfandleiher ist berechtigt höhere Zinsen zu nehmen, als im gewöhnlichen Leben üblich sind, nämlich bei Beträgen bis zu dreißig Mark zwei Pfennig monatlich für jede Mark; für den dreißig Mark überschießenden Betrag einen Pfennig monatlich für jede Mark. Ein Darlehn von vierzig Mark ist demnach verzinslich mit je zwei Pfennig für jede Mark bis zu dreißig Mark monatlich, also sechzig Pfennig

und mit je einem Pfennig für jede weitere Mark, zusammen siebzig Pfennig für den Monat, und 8.40 Mark jährlich. Die Zinsen können für mindestens zwei Monate gefordert werden, auch wenn eine frühere Einlösung des Pfandes erfolgt. Höhere Zinsen, als die gesetzlich gestatteten, sowie Vergütungen anderer Art oder unter einem anderen Namen zu nehmen (z. B. Gebühren für Versicherung des verpfändeten Gegenstandes gegen Feuersgefahr), ist den Pfandleihern verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu einhundertundfünfzig Mark bestraft. Hat der Pfandleiher trotzdem höhere Zinsen genommen oder sich andere gesetzwidrige Vergütungen gewähren lassen, so ist der geschädigte Verpfänder berechtigt, die Differenz nebst Zinsen innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren zurückzufordern.

Für die Berechnung der Zinsen gilt folgendes:

1. die Verzinsung beginnt mit dem Tage nach der Verpfändung;
2. die Monate werden von dem auf den Darlehnstage folgenden Tage bis zu dem ziffermäßig dem Darlehnstage entsprechenden Tage des letzten (sechsten) Darlehnsmonates, bei dem Fehlen dieses Tages bis zum letzten Tage des letzten Monates gerechnet;
3. jeder auch nur angefangene Monat wird als voller Monat gerechnet;
4. läuft der Gesamtbetrag der Zinsen auf den Bruchteil eines Pfennigs aus, so wird dieser auf den vollen Pfennig abgerundet.

Das Pfandgeschäft ist in dem Augenblicke abgeschlossen, in welchem der Pfandleiher folgende Eintragungen in das von ihm zu führende Pfandbuch gemacht hat:

1. laufende Nummer des Pfandgeschäftes;
2. Ort und Zeit desselben;
3. Vor- und Zuname des Verpfänders;
4. Betrag des Darlehns;
5. Betrag der monatlichen Zinsen;
6. Bezeichnung des Pfandes;
7. die Zeit der Fälligkeit des Pfandes.

Der Verpfänder erhält von dem Pfandleiher einen Pfandschein, welcher eine wörtliche Abschrift der Eintragung in das Pfandbuch enthält und von dem Pfandleiher unterschrieben sein muß. Wenn zwischen der Eintragung in das Pfandbuch und dem Inhalte des Pfandscheines Verschiedenheiten bestehen, so gilt das dem Pfandleiher Nach-

teiligere. Geringfügige Abweichungen, welche zu Bedenken keinen Anlaß geben, werden jedoch nicht berücksichtigt, wenn nur der Wille beider Teile aus sonstigen Umständen ersichtlich ist.

Besteht die verpfändete Sache in einer Forderung, so ist Schriftlichkeit des Pfandgeschäftes erforderlich; d. h. der Verpfänder muß außer der Uebergabe der Schuldurkunde dem Pfandleiher eine schriftliche Erklärung aushändigen, durch welche er demselben den Besitz des Dokumentes überträgt.

Unterläßt der Pfandleiher die vorgeschriebenen Eintragungen in das Pfandbuch, so ist kein Pfandgeschäft zustande gekommen. Der Pfandleiher ist zwar selbstverständlich berechtigt, das gegebene Darlehn gegen Aushändigung der Pfandsache zurückzufordern. Erlangt er jedoch in Güte keine Zahlung, so muß er im Wege der Klage ein Urteil gegen den Verpfänder erwirken. Auf Grund desselben kann er die Pfandsache bei sich durch einen Gerichtsvollzieher pfänden und öffentlich versteigern lassen. Dagegen ist bei ordnungsmäßiger Eintragung der Pfandleiher nach Ablauf der gesetzlichen Frist ohne weiteres d. h. ohne Klage befugt, unter Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten seine Befriedigung zu suchen.

Die Fälligkeit des Pfandes tritt frühestens mit dem sechsten Monat nach Abschluß des Pfandgeschäftes ein. Bis dahin ist der Verpfänder jederzeit berechtigt, dasselbe gegen Zahlung des gewährten Darlehns und der aufgelaufenen Zinsen einzulösen. Die Herausgabe der Pfandsache erfolgt jedoch innerhalb der Fälligkeit und bis drei Wochen nach derselben nur gegen Rückgabe des Pfandscheines. Sind wenigstens drei Wochen seit der Fälligkeit verflossen, so erfolgt die Herausgabe des Pfandes auch ohne Pfandschein.

Frühestens sechs Monate nach eingetretener Fälligkeit darf der Pfandleiher die Pfandsache öffentlich versteigern lassen. Privatpfandleiher müssen sich hierbei der Vermittelung eines Gerichtsvollziehers oder einer nach § 36 der Gewerbeordnung hierzu befugten Person bedienen. Pfandleihanstalten, welche von Gemeinden oder Kommunalverbänden errichtet worden sind, dürfen die Versteigerung auch von einem ihrer vereidigten Beamten vornehmen lassen.

Die Versteigerung muß in der Gemeinde erfolgen, wo das Pfandleihgewerbe bei Abschluß der Verpfändung betrieben wurde. Zwischen dem Tage der Versteigerung und dem Tage der Fälligkeit müssen mindestens vier Wochen liegen; außerdem muß die Versteigerung frühestens vier und spätestens zwei Wochen vorher in den von der Behörde hierzu bestimmten Blättern öffentlich bekannt gemacht sein. Der Erlös haftet für das gewährte Darlehn, die Zinsen, sowie für die Kosten

der Zwangsversteigerung. Sind mehrere Gegenstände für eün und dieselbe Forderung verpfändet, so ist der Verpfänder zu dem Verlangen berechtigt, daß dieselben in einer von ihm zu bestimmenden Reihenfolge ausgeboten werden. Wenn der Erlös eines oder mehrerer Gegenstände zur Befriedigung des Pfandleihers, sowie zur Deckung der anteiligen Versteigerungskosten geführt hat, so ist der Verkauf der übrigen einzustellen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- und Silberwert zugeschlagen werden. Falls ein genügendes Gebot nicht abgegeben wird, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person erfolgen. Doch muß auch hierbei der Gold- bezw. Silberwert erreicht werden.

Ebenso können Pfandsachen, die einen Markt- oder Börsenwert haben, aus freier Hand durch eine Person der vorgedachten Art oder durch einen Handelsmäkler verkauft werden, doch muß der Markt- oder Börsenwert erreicht werden.

Der Pfandleiher ist befugt, bei der Versteigerung mitzubieten, erhält er den Zuschlag, so gilt der Kaufpreis als von ihm berichtigt. Stellt sich ein Ueberschuß heraus, nachdem Darlehn, Zinsen und anteilige Versteigerungskosten in Anrechnung gebracht worden sind, so muß der Pfandleiher denselben dem Verpfänder herausgeben. Ist dies nicht angängig, so hinterlegt er diesen Ueberschuß nebst einem entsprechenden Auszug aus dem Pfandbuch bei der Ortsarmenkasse. In gleicher Weise werden diejenigen Pfandsachen hinterlegt, die mit anderen gemeinsam für eine Forderung hafteten, aber durch den Verkauf derselben frei geworden sind. Die erfolgte Hinterlegung muß von dem Pfandleiher auf seine Kosten bekannt gemacht werden. Sind die hinterlegten Beträge innerhalb eines Jahres von den Berechtigten nicht abgehoben worden, so fallen sie der Ortsarmenkasse zu.

Hat der Pfandleiher die über die Versteigerung bestehenden Vorschriften nicht beobachtet, so ist er den Verpfändern für den entstandenen Schaden haftbar und zwar muß er ihnen den Betrag nebst Zinsen ersetzen, um welchen sie durch den vorschriftswidrigen Verkauf geschädigt sind. Die Kosten der neuen Versteigerung sind in diesem Falle von dem Pfandleiher zu tragen.

Jeder Inhaber des Pfandscheines ist berechtigt, gegen Rückgabe desselben, sowie gegen Zahlung des Darlehns nebst Zinsen die Herausgabe der Pfandsache von dem Pfandleiher zu fordern. Er ist nicht verpflichtet, nachzuweisen, wie er in den Besitz des Scheines gelangt ist. Besitzt der Verpfänder den Pfandschein nicht mehr, so kann er die Herausgabe der Pfandsache nicht früher verlangen, als drei Wochen

nach Eintritt der Fälligkeit. Alsdann wird angenommen, daß der Schein verloren gegangen oder vernichtet ist.

Verlangt der Verpfänder nach Ablauf dieses Zeitraumes die Herausgabe der Pfandsache, ohne im Besitze des Scheines zu sein, auf Grund seines Eigentumsrechtes, und fordert gleichzeitig ein anderer die verpfändete Sache unter Vorlegung des Scheines, so muß der Berechtigte die Feststellung seines Rechtes im Wege der Klage nachsuchen. Bis zur Entscheidung dieses Rechtsstreites ist die Herausgabe der Pfandsache durch ein gerichtliches Verbot zu verhindern.

Zum Schutze der Verpfänder gegen widerrechtliche Benutzung der Pfandsachen seitens der Pfandleiher enthält das Reichsstrafgesetzbuch eine Bestimmung, nach welcher öffentliche Pfandleiher, welche die von ihnen in Pfand genommenen Gegenstände unbefugt in Gebrauch nehmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, neben welchem auf Geldstrafe bis zu neunhundert Mark erkannt werden kann, bestraft werden.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen, unter Zustimmung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie, was folgt:

§ 1. Der Pfandleiher (§§ 34, 38 der Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869)[1] darf sich an Zinsen nicht mehr ausbedingen oder zahlen lassen als:

a) zwei Pfennig für jeden Monat und jede Mark von Darlehnsbeträgen bis zu dreißig Mark,
b) einen Pfennig für jeden Monat und jede den Betrag von dreißig Mark übersteigende Mark.

Der Pfandleiher kann zugleich ausbedingen, daß an Zinsen mindestens der Betrag für zwei Monate gezahlt werden müsse.

§ 2. Bei der Berechnung der Zinsen kommen folgende Vorschriften zur Anwendung:

1. der Tag der Hingabe des Darlehns wird nicht mitgerechnet;

[1]) § 34. Wer das Geschäft eines Pfandleihers betreiben will, bedarf dazu der Erlaubnis. Diese ist zu versagen, wenn Thatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in Bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb darthun. Die Landesregierungen sind befugt, außerdem zu bestimmen, daß in Ortschaften, für welche dies durch Ortsstatut festgesetzt wird, die Erlaubnis von dem Nachweis eines vorhandenen Erfordernisses abhängig sein solle.

Als Pfandleihgewerbe gilt auch der gewerbsmäßige Ankauf beweglicher Sachen mit Gewährung des Rückkaufsrechtes.

§ 38. Die Centralbehörden sind befugt, über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb der Pfandleiher, soweit darüber die Landesgesetze nicht Bestimmungen treffen, Vorschriften zu erlassen. Die in dieser Beziehung bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen finden auf den im § 34 Absatz 2 bezeichneten Geschäftsbetrieb Anwendung. Soweit es sich um diesen Geschäftsbetrieb handelt, gilt die Zahlung des Kaufpreises als Hingabe des Darlehns, der Unterschied zwischen dem Kaufpreise und dem verabredeten Rückkaufspreise als bedungene Vergütung für das Darlehn und die Uebergabe der Sache als Verpfändung derselben für das Darlehn.

2. die Monate werden von dem auf den Darlehnstag (zu 1) folgenden Tage bis zu dem ziffermäßig dem Darlehnstage entsprechenden Tage des letzten Darlehnsmonats, bei dem Fehlen dieses Tages bis zum letzten Tage des letzten Monats berechnet;
3. jeder auch nur angefangene Monat wird als ein voller Monat berechnet;
4. läuft der Gesamtbetrag der Zinsen in einen Bruchpfennig aus, so wird dieser auf einen vollen Pfennig abgerundet.

§ 3. Das Ausbedingen oder Annehmen jeder weiteren Vergütung für das Darlehn oder für die Aufbewahrung und Erhaltung des Pfandes, sowie das Vorausnehmen der Zinsen ist verboten.

§ 4. Die Fälligkeit des von einem Pfandleiher gegebenen Darlehns tritt nicht vor Ablauf von sechs Monaten seit dessen Hingabe ein. Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig.

§ 5. Der Pfandleiher erwirbt ein Pfandrecht an den ihm übergebenen Gegenständen erst dadurch, daß er das Geschäft in ein über alle solche Geschäfte nach der Zeitfolge derselben zu führendes Pfandbuch einträgt.

Die Eintragung muß enthalten:
1. eine laufende Nummer,
2. Ort und Tag des Geschäfts,
3. Vor- und Zunamen des Verpfänders,
4. den Betrag des Darlehns,
5. den Betrag der monatlichen Zinsen,
6. die Bezeichnung des Pfandes,
7. die Zeit der Fälligkeit des Darlehns.

§ 6. Der Pfandleiher ist verpflichtet, dem Verpfänder einen Pfandschein zu geben, welcher eine wörtliche Abschrift der auf das Geschäft bezüglichen Eintragung im Pfandbuch enthält und mit der Namensunterschrift des Pfandleihers versehen ist.

Weicht der Inhalt des Pfandscheins von dem Inhalte des Pfandbuchs ab, so gilt die dem Pfandleiher nachteiligere Feststellung.

§ 7. Der Verpfänder ist berechtigt, das Pfand jederzeit bis zum Abschlusse des Verkaufs einzulösen.

Die Zinsen sind nur bis zur Einlösung zu berechnen.

Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig.

§ 8. Bis zum Ablaufe von drei Wochen nach der Fälligkeit des Darlehns erfolgt die Einlösung des Pfandes nur gegen Rückgabe des Pfandscheins.

Sind seit der Fälligkeit des Darlehns drei Wochen verflossen, so kann der Verpfänder das bis dahin nicht eingelöste Pfand auch ohne Vorlegung des Pfandscheins einlösen.

§ 9. Der Pfandleiher ist berechtigt, das Pfand zum Zwecke der Befriedigung wegen seiner Forderung an Kapital und Zinsen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns zu verkaufen.

§ 10. Der Verkauf des Pfandes ist im Wege öffentlicher Versteigerung zu bewirken.

Der Pfandleiher kann bei der Versteigerung mitbieten. Erhält er den Zuschlag, so ist der Kaufpreis als von ihm empfangen anzusehen.

§ 10a. Hat das Pfand einen Börsen- oder Marktpreis, so kann der Pfandleiher den Verkauf aus freier Hand durch einen zu solchen Verkäufen öffentlich ermächtigten Handelsmäkler oder durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person zum laufenden Preise bewirken.

§ 10b. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerte zugeschlagen werden.

Wird ein genügendes Gebot nicht abgegeben, so kann der Verkauf durch eine zur öffentlichen Versteigerung befugte Person aus freier Hand zu einem den Gold- oder Silberwert erreichenden Preise erfolgen.

§ 11. Die Versteigerung muß in der Gemeinde, in welcher das Pfandleihgewerbe zur Zeit des Geschäftsabschlusses betrieben worden ist, erfolgen. Sie darf nicht früher als vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns ausgeführt werden.

§ 12. Ort und Zeit der Versteigerung sind unter allgemeiner Bezeichnung der zu versteigernden Sachen in einem von der Ortspolizeibehörde für solche Bekanntmachungen zu bestimmenden Blatte bekannt zu machen.

In der Bekanntmachung ist zugleich der Name des Pfandleihers und die laufende Nummer des Pfandbuchs anzugeben.

Die Bekanntmachung muß wenigstens zwei Wochen und höchstens vier Wochen vor dem Tage der Versteigerung und darf frühestens am Tage nach der eingetretenen Fälligkeit des Darlehns erfolgen.

---

§ 13. Sind mehrere Gegenstände durch dasselbe Geschäft zum Pfande bestellt, so ist der Verpfänder berechtigt, die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher dieselben zum Verkaufe auszustellen sind.

Der Verkauf ist einzustellen, sobald ein Betrag erlöst ist, welcher hinreicht, die Forderung des Pfandleihers an Kapital, Zinsen und Kosten zu decken.

---

§ 14. Das Pfand haftet auch für die Kosten des Verkaufs.

Von den gemeinschaftlichen Kosten mehrerer Verkäufe sind diejenigen der Bekanntmachung nach der Zahl der Pfandnummern, die der Versteigerung nach Verhältnis des Erlöses zu verteilen.

---

§ 15. Der Pfandleiher hat unverzüglich nach erfolgtem Verkaufe des Pfandes den für den Verpfänder nach Abzug der Pfandschuld und der Kosten des Pfandverkaufs etwa verbleibenden Ueberschuß des Erlöses an den Verpfänder zu zahlen oder für denselben nach Ablauf einer vierzehntägigen Frist die nicht abgehobenen Beträge bei der Ortsarmenkasse, unter Beifügung eines betreffenden Auszuges aus dem Pfandbuche, zu hinterlegen. Diejenigen Geldbeträge, welche nicht binnen Jahresfrist von den Berechtigten in Anspruch genommen sind, gehen in das Eigentum der Ortsarmenkasse über. Auf die gemäß § 13 Abs. 2 freigewordenen Pfänder finden vorstehende Bestimmungen gleiche Anwendung.

Auf diese Hinterlegung ist in der Bekanntmachung der Versteigerung hinzuweisen. Ist dies unterblieben, so hat der Pfandleiher die erfolgte Hinterlegung in dem nach § 12 bestimmten Blatte auf seine Kosten bekannt zu machen.

---

§ 16. Sind bei dem Verkaufe des Pfandes die Vorschriften der §§ 9, 10, 11, 12 nicht befolgt worden, so hat der Pfandleiher die Kosten des Verkaufs selbst zu tragen und dem Verpfänder den durch den Verkauf verursachten Schaden zu ersetzen, insbesondere denjenigen Betrag mit Zinsen zu fünf vom Hundert vom Verkaufstage ab zu zahlen, um welchen der Verkaufspreis des Pfandes hinter dessen Wert zurückgeblieben ist. Entgegenstehende Verabredungen sind nichtig.

Der Anspruch des Verpfänders verjährt in fünf Jahren. Der Lauf der Verjährung beginnt vier Wochen nach eingetretener Fälligkeit des Darlehns, oder, wenn der Verkauf des Pfandes später stattgefunden hat, mit dem Tage des Verkaufs.

---

§ 17. Der Inhaber des Pfandscheins ist dritten Personen, insbesondere dem Pfandleiher gegenüber, zur Ausübung der Rechte des Verpfänders berechtigt, ohne die Uebertragung dieser Rechte nachweisen zu müssen.

---

§ 18. Auf Pfandgeschäfte, welche vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen sind, finden die Bestimmungen desselben nicht Anwendung.

---

§ 19. Die Bestimmungen über den Betrieb des Pfandleihgewerbes seitens staatlicher Anstalten werden durch dieses Gesetz nicht berührt.

---

§ 20. Die Errichtung von Pfandleihanstalten seitens der Gemeinden oder weiteren kommunalen Verbände bedarf der Genehmigung. Die Reglements dieser Anstalten bedürfen der Bestätigung.

Ueber die Genehmigung beziehungsweise Bestätigung beschließt der Regierungspräsident, in Berlin, und soweit es sich um Pfandleihanstalten der Provinzialverbände handelt, der Oberpräsident. Im Geltungsbereiche des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetz-Samml. S. 195) darf die Genehmigung des Regierungs-, beziehungs-

weise Oberpräsidenten nur mit Zustimmung des Bezirksausschusses, beziehungsweise Provinzialrats versagt werden.

Die beteiligten Gemeinden, beziehungsweise weiteren kommunalen Verbände haften für alle Verbindlichkeiten der von ihnen errichteten Anstalten. Die bei der Verwaltung der letzteren sich ergebenden Ueberschüsse sind zu Zwecken der Armenpflege zu verwenden.

---

§ 21. Die §§ 1 bis 18 des gegenwärtigen Gesetzes gelten auch für die von Gemeinden oder von weiteren kommunalen Verbänden zu errichtenden Anstalten.

Dieselben sind berechtigt, die Versteigerung der Pfänder durch einen ihrer vereidigten Beamten bewirken zu lassen.

---

§ 22. Auf die bereits bestehenden Pfandleihanstalten der Gemeinden oder der weiteren kommunalen Verbände finden die Vorschriften der §§ 1 bis 18 und des § 21 Abs. 2 vorläufig nicht Anwendung.

Der Minister des Innern wird jedoch ermächtigt, die Anwendung der §§ 1 bis 18 und des § 21 Abs. 2 auf die bezüglichen Anstalten anzuordnen und zugleich die bestehenden Ordnungen, Reglements und Statuten derselben zu ändern.

---

§ 23. Alle bisherigen, den Gegenstand dieses Gesetzes betreffenden gesetzlichen Vorschriften, insbesondere das Pfand- und Leihreglement vom 13. März 1787, die Deklaration desselben vom 4. April 1803, die Allerhöchste Kabinetsorder vom 28. Juni 1826 und die Hannoversche Ministerialbekanntmachung vom 15. Oktober 1847, sind aufgehoben.

Gesetz,

betreffend

das Spiel in außerpreußischen Lotterien.

Vom 29. Juli 1885.

---

§ 1. Wer in außerpreußischen Lotterien, die nicht mit Königlicher Genehmigung in Preußen zugelassen sind, spielt, wird mit Geldstrafe bis 600 Mark bestraft.

---

§ 2. Wer sich dem Verkaufe von Losen zu dergleichen Lotterien unterzieht oder einen solchen Verkauf als Mittelsperson befördert, wird mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

§ 3. Die Veröffentlichung der Gewinnresultate von dergleichen Lotterien in den in Preußen erscheinenden Zeitungen wird mit Geldstrafe bis zu 50 Mark bestraft.

---

§ 4. Den Lotterien sind alle außerhalb Preußens öffentlich veranstaltete Ausspielungen beweglicher oder unbeweglicher Sachen gleich zu achten.

Gesetz,

betreffend

das Verbot des Privathandels mit Staatslotterielosen.

Vom 18. August 1891.

Einziger Paragraph

Wer ohne staatliche Ermächtigung gewerbsmäßig Lose oder Losabschnitte der Königlich Preußischen Staatslotterie oder Urkunden, durch welche Anteile an solchen Losen oder Losabschnitten zum Eigentum oder zum Gewinnbezug übertragen werden, feilbietet oder veräußert oder zeitweise an einen andern überläßt, wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 1500 Mark bestraft.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher ein solches Geschäft als Mittelsperson befördert.

Gesetz,

betreffend

den Handel mit Anteilen und Abschnitten von Losen zu Privatlotterien und Ausspielungen.

Vom 19. April 1894.

Einziger Paragraph.

Wer gewerbsmäßig geringere als die genehmigten Anteile oder Abschnitte von Losen zu Privatlotterien und Ausspielungen oder Urkunden, durch welche solche Anteile oder Abschnitte zum Eigentum oder zum Gewinnbezuge übertragen werden, feilbietet oder veräußert, wird mit einer Geldstrafe von 100 bis 1500 Mark bestraft.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher ein solches Geschäft als Mittelsperson befördert.

Die neuen
Preußischen Verordnungen, Allgemeinen Verfügungen etc.
zu den
Reichs- und Landesgesetzen.

Königliche Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Vom 16. November 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 18. August 1896, des zugehörigen Einführungsgesetzes und des Ausführungsgesetzes vom 20. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 177), was folgt:

Artikel 1.

Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an einen Verein, dessen Zweck auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb gerichtet ist, sowie die Erteilung der zu einer Aenderung der Satzung eines solchen Vereins erforderlichen Genehmigung (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 22, 33) erfolgt durch die zuständigen Minister.

Artikel 2.

In den Fällen des § 43 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entscheidet über die Entziehung der Rechtsfähigkeit eines Vereins im Verwaltungsstreitverfahren der Bezirksausschuß. Für die Erhebung der Klage ist der Landrat, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde zuständig.

Artikel 3.

Für die Erhebung des Einspruchs gegen die Eintragung eines Vereins in das Vereinsregister oder gegen die Eintragung einer Aenderung der Satzung eines eingetragenen Vereins (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 61, 71) ist der Landrat, in Stadtkreisen die Ortspolizeibehörde zuständig.

Ueber die Rechtmäßigkeit des Einspruchs entscheidet im Verwaltungsstreitverfahren der Bezirksausschuß.

Artikel 4.

Zur Entstehung einer rechtsfähigen Stiftung (Bürgerliches Gesetzbuch § 80) ist, unbeschadet der für Familienstiftungen geltenden Vorschriften des Artikels 1 § 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen

Gesetzbuche, die Genehmigung des Königs erforderlich.

Das Gesuch um die Genehmigung ist bei dem Regierungspräsidenten einzureichen, in dessen Bezirke die Stiftung ihren Sitz haben soll.

Artikel 5.

In den Fällen des Artikel 4 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch ist die Genehmigung des Königs erforderlich, wenn durch den Beschluß des Vorstandes der Stiftung die Verfassung in Ansehung des Zweckes geändert oder die Stiftung aufgehoben werden soll. Sonstige Aenderungen der Verfassung bedürfen der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

In den Fällen des § 87 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entscheidet über die Umwandlung des Zweckes, die Aenderung der Verfassung und die Aufhebung der Stiftung der König, bei Familienstiftungen der Justizminister.

Artikel 6.

Die zum Erwerbe von Grundstücken nach Artikel 7 § 2 Abs. 1 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch erforderliche Genehmigung wird Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, eingetragene Genossenschaften, eingeschriebenen Hilfskassen, rechtsfähigen gegenseitigen Versicherungsgesellschaften und Gewerkschaften, die außerhalb Preußens in einem deutschen Bundesstaat ihren Sitz haben, von den zuständigen Ministern erteilt.

Artikel 7.

In den Fällen des § 525 Abs. 2 und des § 2194 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist für die Geltendmachung des Anspruchs auf Vollziehung der Auflage, wenn die Wahrnehmung des öffentlichen Interesses einer preußischen Behörde obliegt, der Minister zuständig, dessen Geschäftsbereich nach dem Zwecke der Auflage betroffen wird. Er kann mit der Geltendmachung des Anspruchs eine nachgeordnete Behörde beauftragen.

Artikel 8.

Die nach § 795 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber erforderliche Genehmigung wird auf Grund eingeholter Königlicher Ermächtigung von den zuständigen Ministern erteilt.

Der Ermächtigung bedarf es nicht für die Genehmigung von Aenderungen der Höhe des Zinssatzes und von sonstigen Aenderungen der Ausgabebedingungen.

Artikel 9.

Nicht eingetragene Miet- und Pachtrechte, die zu der Zeit, zu welcher das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, als Rechte an einem Grundstücke bestehen (Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch Artikel 188 Abs. 2), bedürfen zur Erhaltung der Wirksamkeit gegenüber dem öffentlichen Glauben des Grundbuchs nicht der Eintragung.

Artikel 10.

Die Befreiung von der Vorschrift, daß eine Frau nicht vor der Vollendung des sechzehnten Lebensjahrs eine Ehe eingehen darf, sowie von dem Verbote der Eheschließung zwischen einem wegen Ehebruchs geschiedenen Ehegatten und demjenigen, mit welchem er den Ehebruch begangen hat (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1303, 1312, 1322), erteilt der Justizminister.

Artikel 11.

Die Befreiung von der Vorschrift, daß eine Frau erst zehn Monate nach der Auflösung oder Nichtigkeitserklärung ihrer früheren Ehe eine neue Ehe eingehen darf (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1313, 1322), erteilt das Amtsgericht, in dessen Bezirke die Frau ihren Wohnsitz oder in Ermangelung eines in Preußen begründeten Wohnsitzes ihren Aufenthalt hat.

In Ermangelung eines nach Abs. 1 zuständigen Gerichts erteilt das Amtsgericht, in dessen Bezirke die Eheschließung erfolgen soll, und, wenn die Ehe nicht in Preußen geschlossen werden soll, das Amtsgericht I Berlin die Befreiung.

Artikel 12.

Die Befreiung von dem vor der Eheschließung erforderlichen Aufgebot (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1316, 1322) erteilt der Minister des Innern.

Die Aufsichtsbehörde kann in dringenden Fällen eine Abkürzung der für die Bekanntmachung des Aufgebots bestimmten Fristen (Reichsgesetz vom 6. Februar 1875 §§ 46, 47) gestatten.

Artikel 13.

Zu einer Ehelichkeitserklärung (Bürgerliches Gesetzbuch § 1723) ist, wenn es sich um die Annahme eines adeligen Namens handelt, die Genehmigung des Königs einzuholen.

In anderen Fällen wird die Ehelichkeitserklärung von dem Justizminister erteilt.

Artikel 14.

Die Befreiung von dem für die Annahme an Kindesstatt erforderlichen Alter des Annehmenden (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1744, 1745) wird von dem Justizminister erteilt.

Artikel 15.

Diese Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

Allgemeine Verfügung vom 14. Dezember 1899, betreffend die geschäftliche Behandlung der in den Artikeln 10, 13, 14 der Königlichen Verordnung zur Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs vom 16. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 562) bezeichneten Angelegenheiten.

§ 1. Bei Gesuchen um Befreiung einer Frau von dem Ehehindernisse der mangelnden Ehemündigkeit (B.G.B. § 1303) liegt die Vorbereitung der Entscheidung dem Amtsgericht ob, in dessen Bezirke die Nachsuchende ihren Wohnsitz und in Ermangelung eines in Preußen begründeten Wohnsitzes ihren Aufenthalt hat.

Das Amtsgericht hat, sobald ein Gesuch dieser Art bei ihm eingereicht oder ihm aus dem Justizministerium übermittelt wird, mit thunlichster Beschleunigung alle bei der Entscheidung zu berücksichtigenden Verhältnisse, besonders das Alter beider Nupturienten, ihren Leumund und ihre Erwerbs- und Vermögensverhältnisse festzustellen. Das Gesuch ist alsdann unter Beifügung der etwa erforderlichen Urkunden mit einem gutachtlichen Berichte dem Justizminister unmittelbar einzureichen.

Bei Gesuchen preußischer Staatsangehörigen, welche in Preußen weder ihren Wohnsitz noch ihren Aufenthalt haben, wird der Justizminister das Amtsgericht bezeichnen, welches sich der Vorbereitung der Entscheidung zu unterziehen hat.

---

§ 2. Bei Gesuchen um Befreiung von dem Ehehindernisse des Ehebruchs (B.G.B. § 1312) liegt die Vorbereitung der Entscheidung dem Landgericht ob, bei welchem der Ehescheidungsprozeß des Nachsuchenden in erster Instanz anhängig gewesen ist.

Die Bestimmung des § 1 Abs. 2 findet mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß auch die Akten des Ehescheidungsprozesses dem Berichte beizufügen sind.

Erachtet das Landgericht die Ablehnung eines ihm von dem Justizminister zur Prüfung und weiteren Veranlassung zugefertigten Befreiungsgesuchs für angezeigt, so hat es den Nachsuchenden zu bescheiden, ohne daß es einer Berichterstattung bedarf.

Ist der Ehescheidungsprozeß nicht bei einem preußischen Gericht anhängig gewesen, so wird der Justizminister das Landgericht bezeichnen, welches sich der Erledigung des Gesuchs zu unterziehen hat.

---

§ 3. Bei Gesuchen um Ehelichkeits-Erklärungen (B.G.B. § 1723) liegt die Vorbereitung der Entscheidung dem Amtsgericht ob, in dessen Bezirke der Vater seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines in Preußen begründeten Wohnsitzes seinen Aufenthalt hat.

Die Bestimmung des § 1 Abs. 2 findet mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß der gutachtliche Bericht durch Vermittelung des Landgerichtspräsidenten an den Oberlandesgerichtspräsidenten zu

erstatten ist, der seinerseits, gegebenenfalls nach Anordnung weiterer Ermittelungen, eine Aeußerung hinzufügen wird.

Bei Gesuchen preußischer Staatsangehörigen, die in Preußen weder ihren Wohnsitz noch ihren Aufenthalt haben, wird der Justizminister oder der von diesem mit der Begutachtung beauftragte Oberlandesgerichtspräsident das Amtsgericht bezeichnen, welches sich der Vorbereitung der Entscheidung zu unterziehen hat.

§ 4. Bei Gesuchen um Befreiung von dem zur Annahme an Kindesstatt erforderlichen Alter (B.G.B. § 1745) liegt die Vorbereitung der Entscheidung dem Amtsgericht ob, welches nach § 66 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für die Bestätigung des Annahmevertrags zuständig ist.

Für die Berichterstattung, welche der erst nach Erteilung der Befreiung zulässigen Bestätigung des Annahmevertrags voranzugehen hat, sind die Bestimmungen des § 3 Abs. 2 maßgebend.

Ist für die Bestätigung des Annahmevertrags kein Preußisches Amtsgericht zuständig, so findet die Bestimmung des § 3 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

§ 5. Bei der Vorbereitung der Entscheidung bezüglich aller in den §§ 1 bis 4 aufgeführten Gesuche ist zu beachten, daß die diesseitige Zuständigkeit fortan nur dann begründet ist, wenn die Gesuchsteller die Preußische Staatsangehörigkeit besitzen. Es ist daher dieser Frage (vergl. Gesetz über den Erwerb und Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juli 1870 — Bundes-Gesetzbl. S. 355 § 2ff.) in jedem Falle besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und es sind die für die Beurteilung derselben maßgebenden Thatsachen in dem Berichte zu erörtern. Sofern nicht die Preußische Staatsangehörigkeit des Nachsuchenden bei dem Gericht offenkundig oder anderweit zweifelsfrei festgestellt ist, wird der Regel nach eine einfache Auskunft der Ortspolizeibehörde genügen, um diese Staatsangehörigkeit für dargethan zu erachten; nur wenn sich nach den Angaben der Beteiligten oder nach sonstigen Ermittelungen Bedenken ergeben, wird die Vorlegung einer förmlichen, von der zuständigen Behörde auszustellenden Urkunde zu erfordern sein.

Allgemeine Verfügung vom 6. November 1899 über die Führung des Vereinsregisters und des Güterrechtsregisters.

Für die Führung des Vereinsregisters und des Güterrechtsregisters sind die nachstehenden, vom Bundesrate durch Beschluß vom 3. November 1898 genehmigten und vom Reichskanzler durch Bekanntmachung vom 12. November 1898 (Reichs-Centralbl. S. 438) veröffentlichten Bestimmungen maßgebend:

I. Allgemeines.

§ 1. Die Eintragungen in die Register erfolgen auf Grund einer Verfügung des Amtsgerichts. Werden die Geschäfte des Registerführers nicht von einem Richter wahrgenommen, so soll die Verfügung den Wortlaut der Eintragung feststellen.

§ 2. Die Register werden nach den anliegenden Formularen[1]) geführt. Jede Eintragung ist mit einer laufenden Nummer zu versehen und mittels eines alle Spalten des Formulars durchschneidenden Querstrichs von der folgenden Eintragung zu trennen.

[1]) Hier seien nur die Köpfe der Formulare wiedergegeben (s. folg. Seite):

§ 3. Vor oder unter einer jeden Eintragung ist der Tag der Eintragung zu vermerken. Die Eintragung ist von dem Registerführer zu unterschreiben.

§ 4. Bei jeder Eintragung ist am Schlusse auf die Stelle der Registerakten zu verweisen, wo sich die zu Grunde liegende gerichtliche Verfügung befindet.

Jede Eintragung ist in den Registerakten bei der gerichtlichen Verfügung zu vermerken.

§ 5. Aenderungen des Inhalts einer Eintragung sowie Löschungen sind unter einer neuen laufenden Nummer in derjenigen Spalte des Registers einzutragen, in welcher sich die zu ändernde oder zu löschende Eintragung befindet. Eine Eintragung, die durch eine spätere Eintragung ihre Bedeutung verloren hat, ist rot zu unterstreichen oder in einer ihre Leserlichkeit nicht beeinträchtigenden Weise zu durchstreichen.[1])

Schreibfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten, die in einer Eintragung vorkommen, sind neben dieser Eintragung in der Spalte „Bemerkungen" zu berichtigen.

§ 6. Die Register sind mit laufenden Seitenzahlen zu versehen.

§ 7. Der Gebrauch der Formulare wird durch die beiden mit Eintragungen versehenen Muster erläutert.[2])

II. Vereinsregister.

§ 8. Für die einen Verein betreffenden Eintragungen sind zwei gegenüberstehende Seiten des Vereinsregisters zu verwenden.

§ 9. In der ersten Spalte ist die laufende Nummer der Eintragung, in der zweiten Spalte sind neben dem Namen und dem Sitze des Vereins die darauf sich beziehenden Aenderungen (zu vergl. §§ 57, 64, 71 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) zu vermerken.

In der dritten Spalte sind einzutragen:

der Tag der Errichtung der Satzung;

solche Bestimmungen der Satzung, die den Umfang der Vertretungsmacht des Vorstandes beschränken oder die Beschlußfassung des Vorstandes und der Liquidatoren abweichend von den Vorschriften des § 28 Absatz 1 und des § 48 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs regeln (zu vergl. § 64, § 76 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs);

ferner der Tag einer Aenderung der Satzung und, sofern die Aenderung eine der vorbezeichneten Bestimmungen betrifft, der Inhalt, andernfalls aber nur eine allgemeine Bezeichnung des Gegenstandes der Aenderung (zu vergl. § 71 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

a) Formular für das Vereinsregister.

Nummer des Vereinsregisters

1.	2.	3.	4.	5.	6.
Nummer der Eintragung	Name und Sitz des Vereins	Satzung	Vorstand	Auflösung; Entziehung der Rechtsfähigkeit; Konkurs; Liquidation	Bemerkungen

b) Formular für das Güterrechtsregister.

Bezeichnung der Ehegatten:

Nummer der Eintragung	Rechtsverhältnis	Bemerkungen

[1]) S. jedoch unten Artikel 7.

[2]) Hier nicht mit abgedruckt.

In der vierten Spalte sind die Mitglieder des Vorstandes nach Familiennamen, Vornamen, Beruf und Wohnort sowie die Aenderungen des Vorstandes und die erneute Bestellung eines Vorstandsmitglieds anzugeben (vergl. §§ 64, 67 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

In der fünften Spalte sind einzutragen:

die Auflösung, die Entziehung der Rechtsfähigkeit, die Eröffnung des Konkurses und die Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses;

ferner, unter Angabe des Familiennamens, Vornamens, Berufs und Wohnorts, die Personen der Liquidatoren und die sie betreffenden Aenderungen;

endlich Bestimmungen, welche die Beschlußfassung der Liquidatoren abweichend von der Vorschrift des § 48 Abs. 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs regeln und nicht schon in der Satzung enthalten sind (zu vergl. §§ 74 bis 76 des Bürgerlichen Gesetzbuchs).

Die sechste Spalte dient auch zu etwaigen Verweisungen auf spätere Eintragungen, insbesondere für den Fall, daß der Inhalt einer Eintragung durch eine spätere Eintragung nur teilweise geändert wird und deshalb seine Bedeutung nicht verliert (zu vergl. § 5 Abs. 1).

---

§ 10. Für jeden eingetragenen Verein werden besondere Akten gehalten. Die Akten sind mit dem Namen des Vereins und mit der Nummer zu versehen, welche der Verein im Register führt.

In die Registerakten sind aufzunehmen:

die zur Eintragung bestimmten Anmeldungen nebst den ihnen beigefügten Schriftstücken, die gerichtlichen Verfügungen, die Mitteilungen anderer Behörden und die Nachweise über die Bekanntmachungen.

---

§ 11. Zu dem Register ist ein alphabetisches Verzeichnis der Vereine zu führen; haben mehrere Vereine den gleichen Namen, so ist die Bezeichnung des Sitzes beizufügen. Bei jedem Vereine sind außer der laufenden Nummer die Seiten anzugeben, wo er im Register eingetragen ist.

III. Güterrechtsregister.

§ 12. Für die ein Ehepaar betreffenden Eintragungen ist eine Seite des Güterrechtsregisters zu verwenden.

---

§ 13. Die Ehegatten sind nach Familiennamen und Vornamen, der Mann unter Bezeichnung seines Berufs und Wohnsitzes, die Frau unter Beifügung ihres Geburtsnamens, über den Spalten des Formulars anzugeben. Ist bei dem Gericht offenkundig, daß sich am Wohnorte des Ehemannes mehrere Personen mit gleichem Vornamen und Familiennamen und von gleichem Berufe befinden, so ist die Bezeichnung des Mannes durch die Angabe der Zeit und des Ortes seiner Geburt der durch die Angabe seiner Eltern oder in sonstiger Weise zu ergänzen.

In der ersten Spalte ist die laufende Nummer der Eintragung zu vermerken.

In der zweiten Spalte sind einzutragen:

die Beschränkung oder Ausschließung des der Frau nach § 1357 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zustehenden Rechtes sowie die Aufhebung einer solchen Beschränkung oder Ausschließung;

die Ausschließung oder Aenderung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes sowie die Aufhebung oder Aenderung einer in dem Güterrechtsregister eingetragenen Regelung der güterrechtlichen Verhältnisse (zu vergl. §§ 1371, 1431, 1435, 1441, 1470, 1526, 1545, 1548, 1549, 1587 des Bürgerlichen Gesetzbuchs; Artikel 16 des zugehörigen Einführungsgesetzes);

der Einspruch des Mannes gegen den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts der Frau oder der Widerruf seiner Einwilligung, sowie die Zurücknahme des Einspruchs oder des Widerrufs (zu vergl. §§ 1405, 1452, § 1519 Absatz 2, § 1525 Abs. 2, § 1549 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Artikel 16,

Artikel 36 Nr. I des zugehörigen Einführungsgesetzes).

Bei der Eintragung von Vorbehaltsgut kann zur näheren Bezeichnung der einzelnen dazu gehörenden Gegenstände auf ein bei den Registerakten befindliches Verzeichnis Bezug genommen werden.

Die dritte Spalte dient auch zu etwaigen Verweisungen auf spätere Eintragungen (zu vergl. § 9 Abs. 5).

Erfolgt eine Eintragung im Register eines anderen als des für den Wohnsitz des Mannes zuständigen Gerichts, weil einer der Ehegatten im Bezirke des anderen Gerichts ein Handelsgewerbe oder ein sonstiges Gewerbe betreibt (vergl. Artikel 4 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch, Artikel 36 Nr. I des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch), so ist bei der Eintragung dieser Grund in der dritten Spalte zu vermerken.

§ 14. Die Erteilung der beglaubigten Abschrift einer Eintragung zum Zwecke der Wiederholung der Eintragung in dem Register eines anderen Bezirkes nach Aufhebung des bisherigen Wohnsitzes des Mannes (§ 1561 Abs. 3 Nr. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs) ist in der dritten Spalte zu vermerken.

---

§ 15. Zu dem Register werden besondere Akten gehalten. In diese Akten sind aufzunehmen: die Eintragungsanträge nebst den ihnen beigefügten Schriftstücken, die gerichtlichen Verfügungen und die Nachweise über die Bekanntmachungen.

---

§ 16. Zu dem Register ist ein alphabetisches Verzeichnis der Eintragungen nach dem Namen des Ehemannes unter Angabe der Seite des Registers zu führen.

In Ergänzung der vorstehenden Bestimmungen des Bundesrats wird folgendes angeordnet:

Artikel 1.

Die Register werden in dauerhaft gebundenen Bänden geführt. Es ist dazu Papier der Verwendungsklasse 2a (vergl. die Allgemeine Verfügung vom 2. Januar 1892, betreffend das für den Amtsgebrauch anzuschaffende Papier, Just.-Minist.-Bl. S. 9) zu verwenden. Die Bogengröße beträgt bei dem Vereinsregister 46 × 56 cm, bei dem Güterrechtsregister 40,5 × 51 cm.

Jeder Band enthält entsprechend der Reihenfolge der Anlegung eine römische Ziffer.

Artikel 2.

Werden Anmeldungen zur Eintragung in das Vereinsregister oder Anträge auf Eintragungen in das Güterrechtsregister persönlich bei Gericht erklärt, so ist das Protokoll in der Regel von dem Gerichtsschreiber des Registergerichts aufzunehmen. Der Richter hat sich der Aufnahme zu unterziehen, wenn bei dem Gerichtsschreiber die zur Beurteilung der Verhältnisse erforderliche Rechtskenntnis nicht zu erwarten ist.

Artikel 3.

Die Verfügung auf die Anmeldungen und auf alle das Register betreffenden Gesuche und Anträge liegt dem Richter ob. Er hat insbesondere die Eintragungen in das Register und die erforderlichen Bekanntmachungen zu verfügen, sowie die im § 69 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, im § 34 der Grundbuchordnung und im § 162 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit erwähnten Bescheinigungen und Zeugnisse auszustellen. Die Ausfertigung der Bescheinigungen und Zeugnisse erfolgt nach Artikel 18 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die Eintragung ist von dem Richter auch dann anzuordnen, wenn sie von dem Beschwerdegericht oder gemäß § 143 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verfügt ist.

Artikel 4.

Wird eine Eintragung abgelehnt, so sind die Gründe der Ablehnung mitzuteilen

Artikel 5.

Der Gerichtsschreiber hat die Eintragung in das Register zu bewirken und die verfügten Bekanntmachungen herbeizuführen.

Artikel 6.

Die Eintragungen sind deutlich und ohne Abkürzungen zu schreiben; in dem Register darf nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden.

Artikel 7.

Eine Eintragung, die durch eine spätere Eintragung ihre Bedeutung verloren hat (Bestimmungen des Bundesrats § 5 Abs. 1 Satz 2), ist nicht zu durchstreichen, sondern, nach Maßgabe der Anordnung des Richters, rot zu unterstreichen.

In die Abschriften aus den Registern sind die rot unterstrichenen Eintragungen nur aufzunehmen, soweit dies beantragt oder nach den Umständen angemessen ist.

Artikel 8.

Schreibfehler oder ähnliche offenbare Unrichtigkeiten, die in einer Eintragung vorkommen (Bestimmungen des Bundesrats § 5 Abs. 2), dürfen nur auf Grund einer Verfügung des Richters berichtigt werden. Die Berichtigung des Vereinsregisters ist dem Vorstande, den Liquidatoren oder dem Konkursverwalter des Vereins, die Berichtigung des Güterrechtsregisters den Ehegatten bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung kann unterbleiben, wenn die Berichtigung einen offenbar unwesentlichen Punkt der Eintragung betrifft

Artikel 9.

In dem Vermerk über die Eintragung, den der Gerichtsschreiber in die Registerakten aufzunehmen hat (Bundesratsbestimmungen § 4 Abs. 2), ist der Tag anzugeben, an welchem die Eintragung erfolgt ist.

Artikel 10.

Die gesetzlich vorgeschriebene Veröffentlichung einer Eintragung ist zu veranlassen, sobald die Eintragung erfolgt ist und ohne daß eine andere Eintragung abgewartet werden darf.

Artikel 11.

Auf eine leicht verständliche und knappe Fassung der öffentlichen Bekanntmachungen ist Bedacht zu nehmen.

Erfolgen mehrere Bekanntmachungen desselben Gerichts gleichzeitig, so sind sie thunlichst zusammenzufassen.

Der Bezeichnung des Gerichts ist eine Namensunterschrift nicht beizufügen. Ueberflüssige Absätze sind zu vermeiden. Die Spaltenüberschriften des Registers, die Unterschrift des Registerführers (Bestimmungen des Bundesrats § 3 Satz 2), die Verfügung, durch welche die Eintragung angeordnet ist, die Geschäftsnummer sowie etwaige bei der Eintragung erfolgte Verweisungen auf andere Stellen des Registers oder auf Aktenstellen (vergl. Bestimmungen des Bundesrats § 4 Satz 1) sind nicht zu veröffentlichen.

Die Bekanntmachung ist nur einmal zu bewirken; ihr Wortlaut ist vor der Absendung an das für die Bekanntmachungen des Gerichts bestimmte Blatt dem Richter zur Genehmigung vorzulegen. Weicht der Inhalt der Bekanntmachung von dem der Eintragung ab (Bürgerliches Gesetzbuch § 1562 Abs. 2), so hat der Richter den Inhalt der Bekanntmachung wörtlich anzugeben.

Artikel 12.

Die in den §§ 130, 159, 161 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vorgeschriebene Bekanntmachung der Eintragung an den Antragsteller sowie an den Ehegatten des Antragstellers hat, soweit thunlich, unter Benutzung von Formularen zu erfolgen; die Ausfüllung der Formulare ist in der Regel von dem Gerichtsschreiber zu bewirken (Allg. Verf. vom 5. April 1895 Nr. I, Just.-Minist.-Bl. S. 125).

Soweit nach den bestehenden Vorschriften die Zusendung durch die Post zu bewirken ist, sind zu den Bekanntmachungen, die eine Eintragung in das Vereinsregister betreffen, regelmäßig Postkarten zu verwenden, auf deren Rückseite sich das Formular befindet. Zu Bekanntmachungen, die eine Eintragung in das Güterrechtsregister betreffen, sollen Postkarten nicht verwendet werden.

Der Gerichtsschreiber hat die Bekanntmachungen zu unterschreiben und in den Akten bei der gerichtlichen Verfügung zu vermerken, wem die Bekanntmachung zur Beförderung übergeben und wann die Uebergabe erfolgt ist.

Artikel 13.

Die Beglaubigung von Abschriften der Eintragungen und der zum Register ein-

gereichten Schriftstücke liegt dem Gerichtsschreiber ob.

Wird eine auszugsweise Abschrift erteilt, so sind bei der Beglaubigung die Vorschriften des Artikel 47, des Artikel 57 Abs. 3 und des Artikel 59 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit zu beobachten.

Artikel 14.

Der Gerichtsschreiber hat das Vereinsregister nebst den von dem Vereine zum Register eingereichten Schriftstücken sowie das Güterrechtsregister nebst denjenigen Schriftstücken, auf welche bei den Eintragungen in das Güterrechtsregister Bezug genommen ist (Bestimmungen des Bundesrats § 13 Abs. 3 a. E.), während der gewöhnlichen Dienststunden einem Jeden auf Ersuchen zur Einsicht vorzulegen, ohne daß es einer richterlichen Anordnung bedarf.

Artikel 15.

Gehört ein Ort oder eine Gemeinde (Bürgerliches Gesetzbuch § 57) zu den Bezirken verschiedener Registergerichte, so hat jedes Registergericht die Namen der an dem Orte oder in der Gemeinde errichteten Vereine, die in das Vereinsregister eingetragen werden, sowie die Namensänderungen und Löschungen, die bei solchen Vereinen eingetragen werden, den andern beteiligten Registergerichten unverzüglich mitzuteilen. Dies gilt auch dann, wenn der betreffende Ort zu mehreren Bundesstaaten gehört.

Artikel 16.

In dem Vereinsregister sind außer den zwei gegenüberstehenden Seiten, die nach § 8 der Bestimmungen des Bundesrats für jeden Verein zu verwenden sind, geeignetenfalls für spätere Eintragungen die erforderlichen Seiten freizulassen.

Artikel 17.

Wird der Sitz eines eingetragenen Vereins aus dem Bezirke des Registergerichts verlegt, so sind bei der Eintragung der Verlegung in die Spalte 2 des Registers alle den Verein betreffenden Eintragungen rot zu unterstreichen.

Artikel 18.

Sind bei den einen Verein betreffenden Eintragungen so zahlreiche Aenderungen eingetreten, daß durch die Eintragung der Aenderungen die Uebersichtlichkeit des Registers erheblich beeinträchtigt wird, so sind die noch gültigen Eintragungen unter einer neuen Nummer an eine andere Stelle des Registers zu übertragen; dabei ist an dieser auf die bisherige Nummer und Stelle und an der letzteren auf die neue Stelle zu verweisen.

Die Uebertragung ist dem Vorstande des Vereins, den Liquidatoren oder dem Konkursverwalter unter Mitteilung von dem Inhalte der neuen Eintragung bekannt zu machen.

Bestehen Zweifel über die Art oder den Umfang der Uebertragung, so sind die im Abs. 2 bezeichneten Personen vorher zu hören.

Artikel 19.

Das Güterrechtsregister dient auch zur Aufnahme derjenigen Eintragungen, welche nach Artikel 59 § 9 Abs. 2, Artikel 61 § 3, Artikel 62 Abs. 1, Artikel 63 bis 65 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch in Ansehung der zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden Ehen zu erfolgen haben.

Artikel 20.

Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Dienstanweisung (des Ministers des Innern) vom 27. Oktober 1899, betreffend die polizeiliche Behandlung der Fundsachen.

(§§ 965 bis 977 B.G.B.)

---

§ 1. Wird einer Ortspolizeibehörde ein Fund von dem Finder angezeigt, so hat sie die Anzeige entgegenzunehmen und den Finder über die Umstände, welche für die Ermittelung des Verlierers, des Eigentümers oder eines sonstigen Empfangs-

berechtigten erheblich sein können, insbesondere über die Zeit und den Ort des Fundes, zu hören. Dies gilt auch dann, wenn die gefundene Sache nicht mehr als drei Mark wert ist.

§ 1a. Wird einer Ortspolizeibehörde von dem Finder angezeigt, daß er die gefundene Sache öffentlich versteigern lassen wolle, so hat sie die Anzeige entgegenzunehmen und nötigenfalls (§ 2) die Ablieferung des Erlöses anzuordnen.

§ 2. Die Ortspolizeibehörden sind verpflichtet, auf Verlangen des Finders die gefundene Sache oder deren Erlös anzunehmen und zu verwahren. Sie haben die Ablieferung der Sache oder des Erlöses anzuordnen, wenn nach ihrem Ermessen die polizeiliche Verwahrung im Interesse der Empfangsberechtigten liegt, insbesondere wenn eine Unterschlagung zu besorgen ist.

§ 3. Die Polizeibehörde hat bei der Ablieferung der Sache oder des Erlöses an sie den Finder darüber zu hören, ob er auf das Recht zum Erwerbe des Eigentums verzichtet.

Der Verzicht des Finders ist von der Polizeibehörde auch dann entgegenzunehmen, wenn er nicht bei der Ablieferung der Sache oder des Erlöses erklärt wird.

§ 4. Die Polizeibehörde hat die an sie abgelieferte Sache öffentlich versteigern zu lassen, wenn der Verderb der Sache zu besorgen oder die Aufbewahrung mit unverhältnißmäßigen Kosten verbunden ist.

§ 5. Ist die nach den §§ 1 bis 4 mit dem Funde befaßte Polizeibehörde nicht die Polizeibehörde des Fundorts, so hat sie dieser die Anzeigen und die Erklärungen des Finders mitzuteilen und die Sache oder den Erlös zu übersenden. In den Fällen des § 4 ist der Erlös zu übersenden. Die Uebersendung der Sache unterbleibt, wenn sie mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist.

Die weitere Bearbeitung der Fundsache liegt der Polizeibehörde des Fundortes ob.

§ 6. Die Ortspolizeibehörden haben über die Funde, die nach dem Inhalte der Anzeigen innerhalb ihres Amtsbezirkes gemacht sind, ein Verzeichnis nach dem anliegenden Muster[1]) zu führen.

Ueber mündliche Erklärungen der Beteiligten sind schriftliche Vermerke aufzunehmen.

Alle auf einen Fund bezüglichen Schriftstücke sind mit der Nummer des Verzeichnisses zu versehen und nach der Nummerfolge geordnet aufzubewahren.

Die verwahrten Sachen und Erlöse sind gleichfalls mit der Nummer des Verzeichnisses zu versehen.

§ 6a. Ein den Gegenstand des Fundes bezeichnender Auszug aus dem Verzeichnis ist in den Geschäftsräumen der Polizeibehörde während eines Zeitraums von vier Wochen auszuhängen.

Uebersteigt der Wert der gefundenen Sache drei Mark, so ist der Auszug auch in den für die polizeilichen Bekanntmachungen bestimmten Blättern und bei Gegenständen von besonderem Werte nach den Umständen wiederholt und noch in anderen Blättern bekannt zu machen.

Geben die Merkmale der Sache oder die Umstände des Fundes einen Anhalt für die Ermittelung eines Empfangsberechtigten, so hat sich die Polizeibehörde die Ermittelung auch auf anderem Wege angelegen sein zu lassen.

§ 7. Die Ortspolizeibehörden haben die Anmeldung von Rechten an Sachen,

[1]) Hier sei nur der Kopf des Formulars wiedergegeben.

Laufende Nummer	Zeit		Gegenstand	Finder	Versteigerung		Verzicht des Finders	Bekanntmachung		Aufwendungen		Bemerkungen
	der Anzeige	des Fundes			Zeit	Erlös		Aushang	Blätter	des Finders einschließlich Finderlohn	der Behörde	

die nach der Angabe des Anmeldenden innerhalb ihres Amtsbezirkes verloren gegangen sind, entgegenzunehmen und dem Anmeldenden über den Verbleib der Sache, den Finder und die von diesem etwa angemeldeten Ansprüche sowie über die etwaigen Aufwendungen der Polizeibehörde Auskunft zu erteilen, ihn auch zu belehren, daß, wenn die Sache nicht mehr als drei Mark wert ist, die Anmeldung bei der Polizeibehörde dem Erwerbe des Eigentums durch den Finder nicht entgegensteht.

§ 8. Für die Herausgabe der in der Verwahrung der Polizeibehörde befindlichen Sachen oder Erlöse gelten, unbeschadet der Vorschrift des § 10, folgende Bestimmungen:

1. Die Herausgabe erfolgt an den Verlierer oder einen sonstigen Empfangsberechtigten, wenn der Finder der Herausgabe zustimmt.

   Die Zustimmung des Finders ist auch im Falle seines Verzichts auf das Recht zum Erwerbe des Eigentums erforderlich, wenn er sich bei dem Verzichte seine Ansprüche auf Ersatz von Aufwendungen und auf Finderlohn vorbehalten hat. Die Zustimmung wird ersetzt durch die Vorlegung eines rechtskräftigen Urteils, durch welches der Finder zur Herausgabe oder zur Erteilung der Zustimmung verurteilt ist.

   Die Herausgabe erfolgt nicht vor dem Ablaufe der unter Nr. 2 bezeichneten einjährigen Frist, wenn eine Unterschlagung der Sache oder des Erlöses zu besorgen sein würde.

2. Die Herausgabe erfolgt an den Finder:

a) bei Gegenständen, die nicht mehr als drei Mark wert sind, nach dem Ablauf eines Jahres seit dem Funde;

b) bei anderen Gegenständen nach dem Ablauf eines Jahres seit der Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde, wenn entweder kein Recht an der Sache vorher bei ihr angemeldet worden ist oder derjenige, welcher ein Recht angemeldet hat, der Herausgabe an den Finder zustimmt. Die Zustimmung wird ersetzt durch die Vorlegung eines rechtskräftigen Urteils, durch welches der Anmeldende zur Erteilung der Zustimmung verurteilt ist.

3. Die Herausgabe erfolgt in den Fällen der Nr. 2 an die Gemeinde des Fundortes:

a) wenn der Finder der Polizeibehörde gegenüber auf das Recht zum Erwerbe des Eigentums verzichtet hat; die Vorschriften unter Nr. 1 Abs. 2 finden Anwendung;

b) wenn sich der Finder nicht zur Empfangnahme der Sache oder des Erlöses meldet und auch bis zum Ablauf einer ihm von der Polizeibehörde bestimmten Frist nicht die Herausgabe verlangt.

§ 9. Verlangt in den Fällen des § 8 Nr. 1 der Empfangsberechtigte nicht nach ergangener Aufforderung die Herausgabe, so ist die Sache oder der Erlös für ihn zu hinterlegen; ist die Sache zur Hinterlegung nicht geeignet, so hat die Polizeibehörde sie nach Maßgabe der §§ 383 bis 385 des Bürgerlichen Gesetzbuchs veräußern zu lassen und den Erlös zu hinterlegen.

§ 9a. Kann bis zum Ablaufe von zwei Jahren nach der Ablieferung der Sache die Herausgabe nicht nach § 8 erfolgen, weil der Polizeibehörde der Empfangsberechtigte oder dessen Aufenthalt unbekannt ist, so hat die Polizeibehörde die Sache nach Maßgabe der §§ 979, 980, 983 des Bürgerlichen Gesetzbuchs versteigern zu lassen. Abgeliefertes Geld sowie der Erlös einer Sache ist nach § 981 an die Gemeinde und, wenn die Polizeibehörde eine Königliche ist, an die Staatskasse abzuführen.

Die in den §§ 980, 981 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgeschriebene Bekanntmachung erfolgt nach den Vorschriften des § 6a Abs. 1, 2.

§ 10. Die von der Polizeibehörde für die Verwahrung, Erhaltung oder Versteigerung der Sache oder für die Ermittelung des Empfangsberechtigten aufgewendeten Kosten sind, wenn Geld herauszugeben ist, von dem herauszugebenden Betrag abzuziehen; andere Sachen sind nur gegen Erstattung der Kosten herauszugeben.

§ 11. Diese Anweisung tritt mit dem 1. Januar 1900 in Kraft.

Sie gilt auch für die Behandlung früher gemachter Funde. Die im § 8 Nr. 2 bezeichneten Fristen beginnen frühestens mit dem 1. Januar 1900.

Im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts finden jedoch die Vorschriften dieser Anweisung auf solche Fälle keine Anwendung, in welchen schon vor dem 1. Januar 1900 ein Ausschlußurteil erlassen worden ist; diese Fälle sind nach den bisher geltenden Vorschriften zu erledigen.

Im übrigen tritt das für den Geltungsbereich des Allgemeinen Landrechts unterm 21. April 1882 erlassene Reglement (Minist.-Bl. f. d. i. Verw. 1882 S. 88) mit dem Tage des Inkrafttretens dieser Anweisung außer Geltung.

Gemeinschaftlicher Erlaß (sämtlicher Minister), betreffend Ausführungsbestimmungen zu den §§ 980, 981, 983 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Vom 18. November 1899.

Auf Grund der §§ 982, 983 des Bürgerlichen Gesetzbuches wird folgendes angeordnet:

§ 1. Die nach den §§ 980, 981, 983 des Bürgerlichen Gesetzbuchs von Preußischen Behörden oder Verkehrsanstalten zu erlassenden Bekanntmachungen erfolgen durch Aushang an der Amtsstelle oder, wenn für Bekanntmachungen der bezeichneten Art eine andere Stelle bestimmt ist, durch Aushang an dieser Stelle. Zwischen dem Tage, an welchem der Aushang bewirkt, und dem Tage, an welchem das ausgehängte Schriftstück wieder abgenommen wird, soll ein Zeitraum von mindestens sechs Wochen liegen; auf die Gültigkeit der Bekanntmachung hat es keinen Einfluß, wenn das Schriftstück von dem Orte des Aushanges zu früh entfernt wird.

Die Behörde oder die Anstalt kann weitere Bekanntmachungen, insbesondere durch Einrückung in öffentliche Blätter, veranlassen.

---

§ 2. Die in der Bekanntmachung zu bestimmende Frist zur Anmeldung von Rechten muß mindestens sechs Wochen betragen. Die Frist beginnt mit dem Aushange, falls aber die Bekanntmachung auch durch Einrückung in öffentliche Blätter erfolgt, mit der letzten Einrückung.

Allgemeine Verfügung vom 30. Dezember 1899, betreffend Ausführungsbestimmungen zu Artikel 18 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Zur Ausführung des Artikel 18 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 177) wird auf Grund des § 7 daselbst folgendes angeordnet:

§ 1. Anträge auf Umschreibung einer auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibung auf den Namen des Inhabers oder eines von ihm bezeichneten Dritten sind unter Einreichung der Schuldverschreibung bei dem Aussteller oder bei einer von diesem zur Entgegennahme der Anträge ermächtigten Stelle mündlich zu Protokoll oder in schriftlicher Form zu stellen.

In dem Antrag ist derjenige, auf dessen Namen die Umschreibung erfolgen soll, durch Angabe des Namens (Vorname, Familienname), des Standes, des Berufs oder anderer unterscheidender Merkmale sowie des Wohnorts genau zu bezeichnen;

bei Handelsgesellschaften, bei eingetragenen Genossenschaften und juristischen Personen anderer Art ist die Firma oder der Name sowie der Sitz anzugeben.

§ 2. Für Anträge auf weitere Umschreibung einer bereits auf den Namen umgeschriebenen Schuldverschreibung, auf Rückverwandlung der Schuldverschreibung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber und auf Erteilung einer neuen Schuldverschreibung auf den Inhaber sind die Vorschriften der §§ 3 bis 7 maßgebend. Für den Antrag auf Erteilung einer neuen Schuldverschreibung gilt dies jedoch dann nicht, wenn er gestellt wird, nachdem bereits die Rückverwandlung der bisherigen Schuldverschreibung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber erfolgt ist; in diesem Falle findet auf Antrag die Vorschrift des § 1 Abs. 1 Anwendung.

§ 3. Die Anträge sind unter Einreichung der Schuldverschreibung mündlich zu Protokoll oder in schriftlicher Form zu stellen. In letzterem Falle muß die Unterschrift des Antragstellers durch eine ein Dienstsiegel führende öffentliche Behörde (Beamten) beglaubigt sein, es sei denn, daß der Antrag in Form einer öffentlichen Urkunde eingereicht wird.

Anträge von Behörden müssen ordnungsmäßig unterschrieben und mit Siegel oder Stempel versehen sein.

Betrifft der Antrag die weitere Umschreibung einer bereits auf den Namen umgeschriebenen Schuldverschreibung, so findet die Vorschrift des § 1 Abs. 2 Anwendung.

§ 4. Der in der Schuldverschreibung genannte Gläubiger muß sich, wenn nach der Umschreibung auf seinen Namen eine Aenderung in seiner Person (Verheiratung einer Frau, Aenderung des Namens, Standes, Berufs, Wohnorts u. s. w.) eingetreten ist, auf Verlangen durch öffentliche Urkunden als der Gläubiger ausweisen.

§ 5. Ist der Antragsteller nicht der in der Schuldverschreibung genannte Gläubiger, so hat er seine Berechtigung zur Verfügung über die Schuldverschreibung durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachzuweisen.

Rechtsnachfolger von Todeswegen haben auf Verlangen des Ausstellers durch einen Erbschein oder durch eine Bescheinigung des Nachlaßgerichts nachzuweisen, daß sie über die eingetragene Forderung zu verfügen berechtigt sind.

§ 6. Wird der Antrag durch einen Vertreter gestellt, so hat dieser seine Befugnis zur Vertretung durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachzuweisen.

§ 7. Kann der Antragsteller über die Schuldverschreibung nur mit Zustimmung eines Dritten oder einer Behörde verfügen, so ist die Zustimmung durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachzuweisen.

§ 8. Wird auf Grund einer auf Namen umgeschriebenen Schuldverschreibung Zahlung verlangt, so finden auf den Empfänger der Zahlung die Vorschriften der §§ 4 bis 7 entsprechende Anwendung.

§ 9. Die Umschreibung auf den Namen erfolgt durch den auf die Urkunde zu setzenden Vermerk:

„Umgeschrieben auf"

mit genauer Bezeichnung des Gläubigers (§ 1 Abs. 2). In den Fällen des § 1667 Abs. 2, des § 1815 und des § 2117 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist dem Vermerke die gesetzlich vorgeschriebene Bestimmung hinzuzufügen.

Der Vermerk muß den Ort und den Tag seiner Vollziehung angeben; er ist von dem Aussteller zu unterzeichnen und mit dem Aufdrucke des dem Aussteller zustehenden Stempels zu versehen. Wird der Aussteller durch eine Behörde vertreten, so erfolgt die Unterzeichnung durch die Angabe der amtlichen Bezeichnung der Behörde nebst dem Aufdrucke des der Behörde zustehenden Stempels und der eigenhändigen Unterschrift des von der Behörde damit beauftragten Beamten.

§ 10. Die Rückverwandlung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber erfolgt durch den auf die Urkunde zu setzenden Vermerk:

„Wieder an den Inhaber zahlbar."

Die Vorschrift des § 9 Abs. 2 findet Anwendung.

§ 11. An Kosten kann der Aussteller außer den ihm entstandenen Auslagen für Porti, Stempelbeträge, Neuausfertigung der Urkunde u. s. w. erheben:

1. für die erste sowie jede weitere Umschreibung auf den Namen eines Berechtigten oder für die Rückverwandlung in eine Schuldverschreibung auf den Inhaber 25 Pfennig für jede angefangenen 1000 Mark des Nennwerts der eingereichten Schuldverschreibungen, mindestens 50 Pfennig;
2. für die Erteilung einer neuen Schuldverschreibung auf den Inhaber 50 Pfennig für jede angefangenen 1000 Mark des Nennwerts der eingereichten Schuldverschreibungen, mindestens 1 Mark.

Königliche Verordnung, betreffend den Güterstand bestehender Ehen.

Vom 20. Dezember 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund des Artikel 61 § 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 177), was folgt:

Artikel 1.

Bestimmt sich der Güterstand einer zur Zeit des Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestehenden Ehe nach einem der in dieser Verordnung genannten Rechte eines anderen Deutschen Bundesstaats und haben die Ehegatten zu der bezeichneten Zeit in Preußen ihren Wohnsitz, so treten für den Güterstand von dieser Zeit an, unbeschadet der Vorschrift des Artikel 61 § 3 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, nach Maßgabe dieser Verordnung an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Bayerische Güterrechte.

Artikel 2.

Bestimmt sich der Güterstand nach einem der in den rechtsrheinischen Landesteilen des Königreichs Bayern geltenden Rechte, so finden die Vorschriften der Artikel 3 bis 6 Anwendung.

Artikel 3.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft, so treten, unbeschadet der für den Güterstand des Fuldischen und des Würzburgischen Rechtes geltenden Vorschrift des Artikel 57 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch, an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

Soweit der Eintritt der allgemeinen Gütergemeinschaft nach den bisherigen Vorschriften von der ehelichen Beiwohnung oder nach dem Rechte des Fürstentums Hohenlohe von dem Ablauf einer Frist abhängt, gilt er mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs als erfolgt.

Tritt die allgemeine Gütergemeinschaft nach den Vorschriften des Preußischen Landrechts erst zu einer späteren Zeit ein, so gilt die Vorschrift des Abs. 1 von dieser Zeit an.

---

§ 2. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte des Fürstentums Bayreuth, so behält jeder Ehegatte das Recht, sie innerhalb einer Frist von drei Monaten nach der Eingehung der Ehe aufzuheben.

Mit der Aufhebung der Gütergemeinschaft tritt der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung ein.

---

§ 3. Soweit nach den bisherigen Vorschriften ein Ehegatte berechtigt ist, wegen Verbindlichkeiten des anderen Ehegatten auf Aufhebung der Gütergemeinschaft mit der Wirkung zu klagen, daß das Gesamtgut für diese Verbindlichkeiten nicht haftet, bleibt das Recht in Ansehung der Verbindlichkeiten bestehen, die vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs entstanden sind.

Die Vorschriften der §§ 1470, 1479 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.

---

§ 4. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Castell oder Schweinfurt, so können im Falle der Beendigung der Gütergemeinschaft die Abkömmlinge die Erstattung des Wertes ihres in das Gesamtgut gefallenen Vermögens verlangen, jedoch nur bis zu dem Betrage von zwei Dritteln des Wertes des Gesamtguts. Tritt fortgesetzte Gütergemeinschaft ein, so kann die Erstattung erst bei der Beendigung der fortgesetzten Gütergemeinschaft und, falls der überlebende Ehegatte bei der Beendigung noch am Leben ist, diesem gegenüber nur bis zu dem Betrag eines Sechstels des Wertes des Gesamtguts der fortgesetzten Gütergemeinschaft verlangt werden. Der Wert des zu erstattenden Vermögens bestimmt sich nach der Zeit, zu welcher das Vermögen in das Gesamtgut gefallen ist.

Sind gemeinschaftliche Abkömmlinge nicht vorhanden, so steht jedem der Ehegatten bei der Aufhebung der Gütergemeinschaft das im § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmte Recht zu.

---

§ 5. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte des Fürstentums Hohenlohe, so verbleibt es für die Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts bei der Vorschrift, daß dem Manne zwei Drittel, der Frau ein Drittel des Ueberschusses gebühren. Im Falle der fortgesetzten Gütergemeinschaft bestimmt sich der Anteil der Abkömmlinge nach dem Anteile des verstorbenen Ehegatten.

---

§ 6. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Bamberg, Nördlingen, Kaufbeuren, der Stadt Kempten, von Dinkelsbühl, Windsheim, Bayreuth, Ulm, Pappenheim, Thurnau, Erbach, Lindau, Mindelheim, Eichstätt, Ingolstadt, Oettingen, Wallerstein oder nach der Mönchsrother Observanz, so geht im Falle des Todes des einen Ehegatten, wenn Abkömmlinge dieses Ehegatten nicht vorhanden sind, dessen Anteil an dem Gesamtgut auf den überlebenden Ehegatten über. Die Vorschriften des § 1483 Abs. 1 Satz 2, des § 1484, des § 1488, des § 1489 Abs. 1, 2 und der §§ 1506 bis 1508 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.

Der Uebergang auf den überlebenden Ehegatten kann durch letztwillige Verfügung ausgeschlossen werden. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Bamberg, Nördlingen, Kaufbeuren, der Stadt Kempten, von Dinkelsbühl, Windsheim, Ulm, Pappenheim, Thurnau, Erbach, Oettingen, Wallerstein oder der Mönchsrother Observanz, so finden auf die Ausschließung die Vorschriften der §§ 1509, 1516 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Bayreuth, so steht dem ausgeschlossenen Ehegatten das im § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichnete Recht sowie ein Pflichtteilsrecht zu. Macht der ausgeschlossene Ehegatte von dem im § 1478 bezeichneten Rechte Gebrauch, so gilt das Gesamtgut insoweit, als es nicht zur Erstattung des Wertes des von der Frau in die Gütergemeinschaft Eingebrachten zu verwenden ist, als Anteil des Mannes; auf das Pflichtteilsrecht finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Pflichtteil entsprechende Anwendung.

---

§ 7. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte des Fürstentums Hohenlohe oder des Fürstentums Kempten, so steht, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten nicht vorhanden sind, dem überlebenden Ehegatten das im § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmte Recht zu. Macht er von diesem Rechte Gebrauch, so gehört das Gesamtgut, soweit es nicht zur Erstattung des Wertes des in die Gütergemeinschaft Eingebrachten erforderlich ist, zum Nachlasse des verstorbenen Ehegatten.

Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte des Fürstentums Kemp-

ten, so bestimmt sich das Recht des überlebenden Ehegatten in Ansehung des Nachlasses des verstorbenen Ehegatten nach den bisherigen Vorschriften. Verzichtet der überlebende Ehegatte auf das Recht der Verwaltung und Nutznießung, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung der Erbschaft geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

---

§ 8. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte des Fürstentums Bayreuth, des Fürstentums Kempten oder der Stadt Kempten oder nach dem Rechte von Dinkelsbühl oder Lindau, so steht, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind, dem überlebenden Ehegatten das im § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichnete Recht zu, sofern er die Fortsetzung der Gütergemeinschaft ablehnt. Macht er von diesem Rechte Gebrauch, so gehört, wenn die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte der Stadt Kempten besteht, das Gesamtgut, soweit es nicht zur Erstattung des Wertes des in die Gütergemeinschaft Eingebrachten erforderlich ist, zum Nachlasse des verstorbenen Ehegatten. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte des Fürstentums Bayreuth, so gilt das Gleiche, wenn die Frau überlebt oder wenn bei dem Tode der Frau ein aus einer früheren Ehe der Frau stammender Abkömmling vorhanden ist, andernfalls gebührt das Gesamtgut insoweit dem überlebenden Manne.

Lehnt der überlebende Ehegatte die Fortsetzung der Gütergemeinschaft ab, so bestimmt sich sein Recht in Ansehung des Nachlasses des verstorbenen Ehegatten nach den bisherigen Vorschriften. Verzichtet er auf das Recht des Beisitzes, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit diese ihm günstiger sind. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

---

§ 9. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach einem der im § 8 genannten Rechte, so steht, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten andere Abkömmlinge dieses Ehegatten als gemeinschaftliche vorhanden sind, das im § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichnete Recht sowohl dem überlebenden Ehegatten als den Abkömmlingen zu. Die Vorschriften des § 8 Abs. 1 Satz 2, 3 finden entsprechende Anwendung. Das Erbrecht des überlebenden Ehegatten bestimmt sich nach den bisherigen Vorschriften, der gesetzliche Erbteil beträgt jedoch mindestens ein Viertel.

Treffen gemeinschaftliche Abkömmlinge mit nicht gemeinschaftlichen Abkömmlingen des verstorbenen Ehegatten zusammen, so bestimmen sich die Rechte des überlebenden Ehegatten gegenüber diesen nach den Vorschriften des Abs. 1, auch wenn der überlebende Ehegatte die Fortsetzung der Gütergemeinschaft nicht ablehnt oder auf den Besitz nicht verzichtet.

---

§ 10. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Kaufbeuren, so erhält, wenn die fortgesetzte Gütergemeinschaft bei Lebzeiten des überlebenden Ehegatten aufgehoben wird, dieser den Wert des von ihm eingebrachten Vermögens als Voraus. Die Vorschriften des § 1478 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden Anwendung.

Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Nördlingen, so kann der überlebende Ehegatte bei der Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft verlangen, daß die anteilsberechtigten Abkömmlinge an Stelle der Hälfte des Gesamtguts den Wert des von dem verstorbenen Ehegatten eingebrachten Vermögens erhalten. Die Vorschriften des § 1478 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden Anwendung.

Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Weißenburg, so kann der überlebende Ehegatte bei der Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft verlangen, daß die anteilsberechtigten Abkömmlinge an Stelle der Hälfte des Gesamtguts den Wert der Hälfte des im Abs. 2 bezeichneten Vermögens erhalten.

Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Windsheim, so erhält, wenn die fortgesetzte Gütergemeinschaft bei Lebzeiten des überlebenden Ehegatten aufgehoben wird, dieser von der den anteilsberechtigten Abkömmlingen zu-

fallenden Hälfte des Gesamtguts einen Kopfteil.

---

§ 11. Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Castell, Schweinfurt, Bamberg oder Lindau, so finden, wenn vereinkindschaftete Abkömmlinge vorhanden sind, nur die Vorschriften der §§ 1438 bis 1467, 1473 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung. Wird die Ehe durch den Tod des Ehegatten aufgelöst, der die vereinkindschafteten Abkömmlinge in die Ehe gebracht hat, so gelten nach der Abschichtung der vereinkindschafteten Abkömmlinge für das Verhältnis zwischen dem überlebenden Ehegatten und dessen Abkömmlingen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die fortgesetzte Gütergemeinschaft und der §§ 4, 8.

Im übrigen bleiben die bisherigen Gesetze, insbesondere in Ansehung der rechtlichen Stellung der vereinkindschafteten Kinder, maßgebend. Die Vorschrift des § 4 findet außer dem Falle des Abs. 1 Satz 2 keine Anwendung.

Artikel 4.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft, so treten, unbeschadet der für den Güterstand des Würzburgischen Rechtes geltenden Vorschrift des Artikel 57 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und vorbehaltlich der Vorschriften des § 9 dieses Artikels, an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Errungenschaftsgemeinschaft.

Die Vorschriften des Artikel 3 § 1 Abs. 2, 3 finden entsprechende Anwendung.

---

§ 2. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Castell oder Schweinfurt, so tritt mit der Geburt eines Kindes die allgemeine Gütergemeinschaft nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Castell, so finden die Vorschriften des Artikel 3 § 3 Anwendung.

Inwieweit das Vermögen der Frau Vorbehaltsgut und die Verbindlichkeiten der Ehegatten Gesamtgutsverbindlichkeiten werden, bestimmt sich nach den bisherigen Vorschriften über die allgemeine Gütergemeinschaft; die Gesamtgutsverbindlichkeiten der Errungenschaftsgemeinschaft werden jedoch im Verhältnisse zu den Gläubigern Gesamtgutsverbindlichkeiten der allgemeinen Gütergemeinschaft, auch soweit sie es nach diesen Vorschriften nicht sein würden.

Im Falle der Aufhebung der allgemeinen Gütergemeinschaft steht, wenn gemeinschaftliche Abkömmlinge nicht vorhanden sind, jedem der Ehegatten das im § 1478 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmte Recht zu.

---

§ 3. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte des Deutschordens an der Tauber, so verbleibt es für die Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts bei der Vorschrift, daß dem Manne zwei Drittel, der Frau ein Drittel des Ueberschusses gebühren.

---

§ 4. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Memmingen, Rothenburg oder Coburg, so ist, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten nicht vorhanden sind, der überlebende Ehegatte der gesetzliche Erbe. Das Erbrecht ist im Falle des § 1933 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschlossen. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Memmingen, so finden auf das Erbrecht die Vorschriften der §§ 2335 bis 2337 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Rothenburg oder Coburg, so kann das Erbrecht durch letztwillige Verfügung ausgeschlossen werden; der Pflichtteil des überlebenden Ehegatten bestimmt sich ausschließlich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach der Rettenbergischen Landesordnung oder dem Rothenfelser Landesbrauche, so bestimmt sich, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten nicht vorhanden sind, das Recht des überlebenden Ehegatten in Ansehung des Nachlasses des verstorbenen Ehegatten nach den bisherigen Vorschriften; an die Stelle der nach dem Rothenfelser Landesbrauche dem überlebenden Ehegatten gebührenden Ausfahrt, Ausfertigung und Fahrnis tritt jedoch der im § 1932 des Bürgerlichen Gesetzbuchs

bestimmte Voraus. Verzichtet der überlebende Ehegatte auf den ihm nach den bisherigen Vorschriften zustehenden Nießbrauch, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung der Erbschaft geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Regensburg, so gebührt bei dem Tode der Frau, wenn Abkömmlinge der Frau nicht vorhanden sind, die ganze Errungenschaft dem Manne.

Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Württembergischen Landrechte, so steht, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten nicht vorhanden sind, dem überlebenden Ehegatten die in den bisherigen Vorschriften bestimmte Nutznießung an den Erbteilen der Seitenverwandten der zweiten Ordnung zu.

---

§ 5. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach der Rettenbergischen Landesordnung oder nach dem Rechte von Regensburg, Rothenburg, Rothenfels oder Coburg, so verbleibt es für den Fall, daß bei dem Tode des einen Ehegatten gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind, in Ansehung der Rechte des überlebenden Ehegatten bei den bisherigen Vorschriften. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Coburgischen Rechte, so bestimmen sich die Rechte des überlebenden Ehegatten so, wie wenn die Ehe Jahr und Tag gedauert hätte, auch wenn die Auflösung früher erfolgt. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach der Rettenbergischen Landesordnung oder nach dem Rechte von Regensburg, Rothenfels oder Coburg, so bestimmt sich, wenn der überlebende Ehegatte auf das Recht des Beisitzes verzichtet, sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, soweit diese ihm günstiger sind. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung der Erbschaft geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach der Rettenbergischen Landesordnung oder nach dem Rechte von Regensburg oder Coburg, so verbleibt es im Falle des Verzichts auch in Ansehung der Anteile an der Errungenschaft sowie des eingebrachten Gutes des überlebenden Ehegatten bei den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Württembergischen Landrechte, so steht dem überlebenden Ehegatten an den Erbteilen der gemeinschaftlichen Abkömmlinge die Nutznießung nach den bisherigen Vorschriften zu.

---

§ 6. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach der Rettenbergischen Landesordnung oder nach dem Rechte von Rothenburg, Rothenfels oder Coburg, so verbleibt es für den Fall, daß bei dem Tode des einen Ehegatten andere Abkömmlinge dieses Ehegatten als gemeinschaftliche vorhanden sind, in Ansehung der Rechte des überlebenden Ehegatten bei den bisherigen Vorschriften; der Erbteil des überlebenden Ehegatten beträgt jedoch mindestens ein Viertel.

Die im Abs. 1 bestimmte Erhöhung des Erbteils des überlebenden Ehegatten tritt, soweit diesem ein Recht des Beisitzes zusteht nur ein, wenn er auf den Beisitz in Gemäßheit des § 5 Abs. 2 Satz 2 verzichtet.

Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Coburg, so findet die Vorschrift des § 5 Abs. 1 Satz 2 Anwendung. In Ansehung des eingebrachten Vermögens des überlebenden Ehegatten verbleibt es bei den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs, bei dem Vorhandensein von weniger als drei Abkömmlingen des verstorbenen Ehegatten aber nur, wenn der überlebende Ehegatte auf den ihm nach den bisherigen Vorschriften zustehenden Erbteil, soweit dieser mehr als ein Viertel beträgt, in Gemäßheit des § 5 Abs. 2 Satz 2 verzichtet.

Treffen gemeinschaftliche Abkömmlinge mit nicht gemeinschaftlichen zusammen, so stehen dem überlebenden Ehegatten gegenüber den nicht gemeinschaftlichen Abkömmlingen die in den Abs. 1 bis 3 bestimmten Rechte zu, auch wenn es im Verhältnisse zwischen dem überlebenden Ehegatten und den gemeinschaftlichen Abkömmlingen bei den bisherigen Vorschriften verbleibt.

Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Regensburger Rechte, so verbleibt es für den Fall, daß bei dem Tode der Frau lediglich nicht gemeinschaftliche Abkömmlinge der Frau vorhanden sind, in Ansehung der Rechte des

überlebenden Ehemanns bei den bisherigen Vorschriften. Verzichtet der überlebende Ehemann auf den die Hälfte übersteigenden Anteil an der Errungenschaft, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf den Verzicht findet die Vorschrift des § 5 Abs. 2 Satz 2 Anwendung.

---

§ 7. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte von Memmingen, so bestimmt sich, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten vorhanden sind, der Erbteil des überlebenden Ehegatten nach den bisherigen Vorschriften, soweit diese für den überlebenden Ehegatten günstiger sind.

---

§ 8. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Bamberger Landrechte, so verbleibt es für den Fall, daß bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten vorhanden sind, in Ansehung des Rechtes des überlebenden Ehegatten bei den bisherigen Vorschriften. Verzichtet der überlebende Ehegatte auf das ihm nach diesen Vorschriften zustehende Recht, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

---

§ 9. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Bayerischen oder dem Mainzer Landrechte, nach dem Rechte von Ansbach, Nürnberg, Solms oder der Stadt Augsburg oder nach den domprobsteilich Bambergischen Observanzen, so tritt an ihre Stelle der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Endigt die Verwaltung und Nutznießung des Mannes auf andere Weise als durch Ehevertrag, so kann jeder Ehegatte von dem anderen Ausgleichung des Ehegewinns nach den bisherigen Vorschriften verlangen, wie wenn eine Aenderung des Güterstandes nicht eingetreten wäre. Der Anspruch ist nicht übertragbar. Er verjährt in einem Jahre; die Vorschrift des § 204 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet keine Anwendung. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Mainzer Landrechte, so gebühren von dem Ehegewinne dem Manne zwei Drittel, der Frau ein Drittel.

Ist nach den Vorschriften des Bayerischen Landrechts wegen Gefährdung des Vermögens der Frau für die Frau eine Pflegschaft angeordnet, so tritt Gütertrennung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs ein. Die Frau kann auf Herstellung der Verwaltung und Nutznießung des Mannes klagen. Mit der Herstellung der Verwaltung und Nutznießung treten die im Abs. 2 bestimmten Wirkungen ein; die Vorschriften des § 1425 Abs. 2, 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden Anwendung.

---

§ 10. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Bayerischen Landrechte, so stehen im Falle des Todes des einen Ehegatten dem überlebenden Ehegatten die in den bisherigen Vorschriften bestimmten Rechte zu, wenn der überlebende Ehegatte die im Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmte Erbfolge ausschlägt.

Gelten für die Ehe die besonderen Vorschriften des Oberpfälzischen Rechtes, so verbleibt es, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind, in Ansehung der Rechte des überlebenden Ehegatten bei den bisherigen Vorschriften. Verzichtet der überlebende Ehegatte auf den Beisitz und, sofern ihm nach den bisherigen Vorschriften auch der Anteil des verstorbenen Ehegatten aus der Hausfahrnis und der Errungenschaft zufällt, auch auf diesen Anteil, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Die überlebende Frau behält die Hälfte der Hausfahrnis und der Errungenschaft, auch wenn Abkömmlinge des verstorbenen Mannes vorhanden sind. Im Falle des Abs. 2 verbleibt es jedoch auch in Ansehung der Hausfahrnis und der Errungenschaft bei den bisherigen Vorschriften, sofern nicht die Frau auf den Beisitz verzichtet.

---

§ 11. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Ansbacher Rechte oder nach den domprobsteilich Bambergischen Observanzen, so ist, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses

Ehegatten nicht vorhanden sind, der überlebende Ehegatte auch zu den Erbteilen berufen, die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Seitenverwandten zufallen würden. Die Vorschriften des § 4 Abs. 1 Satz 3 finden entsprechende Anwendung.

Sind Abkömmlinge des verstorbenen Ehegatten vorhanden, so bestimmt sich der Erbteil des überlebenden Ehegatten nach den bisherigen Vorschriften, soweit diese für den überlebenden Ehegatten günstiger sind. Der überlebende Ehegatte behält die Hälfte der Errungenschaft, auch wenn andere als gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind.

---

§ 12. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Nürnberger Rechte, so verbleibt es für den Fall, daß bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten vorhanden sind, in Ansehung der Rechte des überlebenden Ehegatten bei den bisherigen Vorschriften; der Erbteil des überlebenden Ehegatten beträgt jedoch mindestens ein Viertel.

Gemeinschaftlichen Abkömmlingen gegenüber tritt die Erhöhung des Erbteils des überlebenden Ehegatten nur ein, wenn der überlebende Ehegatte auf das ihm nach den bisherigen Vorschriften zustehende Recht des Beisitzes verzichtet. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

---

§ 13. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte der Stadt Augsburg, so verbleibt es, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten Abkömmlinge dieses Ehegatten vorhanden sind, in Ansehung des Erbteils des überlebenden Ehegatten bei den bisherigen Vorschriften, soweit diese dem überlebenden Ehegatten günstiger sind.

---

§ 14. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Mainzer Landrecht, so bestimmt sich, wenn bei dem Tode des einen Ehegatten gemeinschaftliche Abkömmlinge vorhanden sind, das Recht des überlebenden Ehegatten in Ansehung des Nachlasses nach den bisherigen Vorschriften. Verzichtet der überlebende Ehegatte auf das ihm nach diesen Vorschriften zustehende Recht, so bestimmt sich sein Erbrecht nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

Sind vereinkindschaftete Abkömmlinge vorhanden, so verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften über die Vereinigung des Vermögens der beiden Ehegatten und über die Rechte des überlebenden Ehegatten und der Abkömmlinge an dem vereinigten Vermögen.

---

§ 15. Besteht die Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Solmser Rechte, so steht im Falle des Todes des einen Ehegatten dem überlebenden Ehegatten der Nießbrauch an dem Nachlasse zu. Die Vorschriften des § 1933 des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des § 14 Abs. 1 Satz 2, 3 finden entsprechende Anwendung. Der Nießbrauch kann für den Fall, daß gemeinschaftliche Abkömmlinge nicht vorhanden sind, durch letztwillige Verfügung ausgeschlossen werden.

Sind andere Abkömmlinge des verstorbenen Ehegatten als gemeinschaftliche vorhanden, so erstreckt sich der Nießbrauch des überlebenden Ehegatten auf deren Erbteile nicht; ihnen gegenüber steht dem überlebenden Ehegatten das im Bürgerlichen Gesetzbuche bestimmte Erbrecht zu, auch wenn er den übrigen Erben gegenüber auf den Nießbrauch nicht verzichtet.

Artikel 5.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand des vorderösterreichischen oder des österreichischen Rechtes, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

Die Vorschriften des Artikel 49 § 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche finden Anwendung.

---

§ 2. Bei dem Güterstande des vorderösterreichischen Rechtes bleiben, wenn die Frau stirbt, für die Rechte des überlebenden Mannes die bisherigen Gesetze maßgebend. Die Vorschriften des Artikel 4 § 13 Abs. 1 Satz 2, 3 finden entsprechende Anwendung.

Artikel 6.

§ 1. Die Vorschriften der Artikel 3 bis 5 finden auch Anwendung, wenn für

eine Ehe einer der dort genannten Güterstände kraft Ehevertrags gilt.

§ 2. Besteht der Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach dem Rechte von Castell oder Schweinfurt kraft einer Kondonation, oder würde er bei dem Wegfallen der Kinder kraft einer Kondonation fortbestehen, so finden die Vorschriften des Artikel 3 § 6 Anwendung.

§ 3. Besteht kraft Ehevertrags die allgemeine Gütergemeinschaft des gemeinen Rechtes, des Bayerischen Landrechts oder des Preußischen Landrechts, so tritt an deren Stelle die allgemeine Gütergemeinschaft nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft des Bayerischen oder des Preußischen Landrechts, so tritt fortgesetzte Gütergemeinschaft nur ein, wenn sie vereinbart ist.

Besteht die allgemeine Gütergemeinschaft des Preußischen Landrechts, so finden die Vorschriften des Artikel 3 § 3 Anwendung.

Hessische Güterrechte.

Artikel 7.

Bestimmt sich der Güterstand nach einem der in den Großherzoglich Hessischen Provinzen Starkenburg und Oberhessen geltenden Rechte, die in den Artikeln 8, 9 genannt sind, so finden die Vorschriften dieser Artikel Anwendung.

Artikel 8.

§ 1. Besteht für eine Ehe kraft Gesetzes oder Ehevertrags der Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach dem Rechte der Grafschaft Erbach oder der Stadt Wimpfen, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

Die Vorschriften, nach welchen der Eintritt des gesetzlichen Güterstandes von anderen Voraussetzungen als der Eheschließung abhängt, treten auch für die bestehenden Ehen außer Kraft.

§ 2. Soweit ein Ehegatte nach dem bisherigen Rechte befugt ist, wegen Verheimlichung vorehelicher Schulden des anderen Ehegatten die Aufhebung der Gütergemeinschaft zu verlangen, kann er bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Zeitpunkt, in welchem er von der verheimlichten Schuld Kenntnis erhalten hat, auf Aufhebung der Gütergemeinschaft klagen. Ist die Klage erhoben, so kann für eine vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs entstandene Verbindlichkeit eines Ehegatten Befriedigung aus dem Gesamtgute nur so lange nach Maßgabe der bisherigen Gesetze verlangt werden, als der Klaganspruch nicht rechtskräftig abgewiesen ist. Wird die Gütergemeinschaft auf Grund der Klage aufgehoben, so finden die Vorschriften der §§ 1470, 1478, 1479 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

§ 3. Wird eine Ehe, für die allgemeine Gütergemeinschaft nach dem Rechte der Grafschaft Erbach gilt, durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst und ist ein unabgefundener Abkömmling des verstorbenen Ehegatten nicht vorhanden, so ist der überlebende Ehegatte zur Erbschaft allein berufen.

Das Erbrecht kann dem überlebenden Ehegatten nur aus den Gründen entzogen werden, welche zur Entziehung des Pflichtteilsanspruchs des Ehegatten berechtigen. Die Vorschrift des § 2335 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet Anwendung.

§ 4. Bei einer allgemeinen Gütergemeinschaft, die sich nach dem Rechte der Stadt Wimpfen bestimmt, steht dem überlebenden Ehegatten, sofern ein gemeinschaftlicher Abkömmling nicht vorhanden ist, der lebenslängliche Nießbrauch an dem Nachlasse des verstorbenen Ehegatten zu.

Als Nachlaß gilt, ohne Rücksicht auf die Dauer der Ehe, das Vorbehaltsgut des Verstorbenen, sowie die Hälfte des zur Zeit seines Todes vorhandenen Gesamtguts.

Die Vorschrift des § 3 Abs. 2 findet Anwendung.

Der überlebende Ehegatte kann den ihm zufallenden Nießbrauch ablehnen; auf die Ablehnung finden die Vorschriften des § 1484 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

Lehnt der Ehegatte den Nießbrauch ab, so erhält er dasjenige, was ihm nach den Vorschriften der §§ 1931, 1932 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zufallen würde.

§ 5. Für die rechtliche Stellung des überlebenden Ehegatten, der nach den §§ 3, 4 zur güterrechtlichen Erbfolge berufen ist, sind, soweit in diesen Paragraphen nicht ein anderes bestimmt ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs maßgebend.

Artikel 9.

§ 1. Besteht für eine Ehe kraft Gesetzes oder Ehevertrags der Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft nach der althessischen Verordnung vom 2. März 1795, dem Solmser Landrechte, dem Pfälzer Landrechte, dem Kurhessischen Rechte, dem Butzbacher Stadtrechte, dem Nassauischen Rechte, der Frankfurter Reformation oder dem Württembergischen Landrechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Errungenschaftsgemeinschaft.

Die Vorschrift des Artikel 8 § 1 Abs. 2 findet Anwendung.

§ 2. Bei einer Errungenschaftsgemeinschaft, die sich nach dem Mainzer Landrecht oder nach dem Pfälzer Landrechte bestimmt, gebühren bei der Auseinandersetzung von dem nach der Berichtigung der Gesamtgutsverbindlichkeiten verbleibenden Ueberschusse dem Manne zwei Drittel, der Frau ein Drittel.

§ 3. Ist auf Grund des § 1 Abs. 1 eine Gesamtgutsverbindlichkeit aus dem eingebrachten Gute des Mannes allein befriedigt worden, so muß dem Gute des Mannes aus dem der Frau insoweit Ersatz geleistet werden, als nach den bisherigen Gesetzen die Verrungenschaft von den beiden Ehegatten gemeinsam zu tragen war.

§ 4. Bei einer Errungenschaftsgemeinschaft, die sich nach dem Solmser Landrechte, nach dem Nassauischen Rechte, oder nach dem Butzbacher Stadtrechte bestimmt oder auf welche die Ilsenburger Verordnung vom 15. November 1769 oder der Grünberger Stadt- und Amtsbrauch Anwendung findet, steht dem überlebenden Ehegatten der lebenslängliche Nießbrauch an dem Nachlasse des verstorbenen Ehegatten zu, soweit der Nachlaß nicht an einseitige Abkömmlinge des Verstorbenen fällt. Das Gleiche gilt bei einer Errungenschaftsgemeinschaft, die, sich nach dem Mainzer Landrecht oder nach dem Pfälzer Landrechte bestimmt, insoweit, als der Nachlaß gemeinschaftlichen Abkömmlingen zufällt.

Die Vorschrift des Mainzer Landrechts, nach welcher der überlebende Ehegatte im Falle des Uebertritts zur weiteren Ehe den Kindern, wenn sie volljährig werden oder einen eigenen Hausstand begründen oder in den geistlichen Stand eintreten, ihren Anteil auszuliefern hat, bleibt unberührt.

Die Vorschrift des Artikel 8 § 4 Absatz 4, 5 findet in den Fällen des Abs. 1 entsprechende Anwendung.

§ 5. Bei einer Errungenschaftsgemeinschaft, die sich nach der Frankfurter Reformation oder nach dem Württembergischen Landrechte bestimmt, fällt dem überlebenden Ehegatten derjenige Teil der Erbschaft, der ihm nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zustehen würde, sowie der im § 4 Abs. 1 Satz 1 bezeichnete Nießbrauch an dem übrigen Nachlasse zu.

Das Gleiche gilt bei einer Errungenschaftsgemeinschaft, die sich nach dem Pfälzer Landrechte bestimmt, insoweit, als Abkömmlinge des erstverstorbenen Ehegatten nicht zu Erben berufen sind.

§ 6. Bei einer Errungenschaftsgemeinschaft, die sich nach dem Nassauischen Rechte oder nach der Frankfurter Reformation bestimmt, kann dem überlebenden Ehegatten das ihm zustehende Erbrecht nur nach dem Artikel 8 § 3 Abs. 2 entzogen werden.

In den im Abs. 1 nicht bezeichneten Fällen kann das dem überlebenden Ehegatten nach den §§ 4, 5 zustehende Recht durch Verfügung von Todeswegen aufgehoben oder beschränkt werden.

Wird in den Fällen des Abs. 2 dem überlebenden Ehegatten das Erbrecht entzogen, so kann der Ehegatte, falls nicht in einer letztwilligen Verfügung ein Grund für die Entziehung angegeben ist, der nach dem § 2335 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Entziehung des Pflichtteils berechtigt,

von dem Erben des verstorbenen Ehegatten die Herausgabe des Betrags verlangen, den er nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs als Pflichtteil beanspruchen könnte. Im Falle einer Beschränkung seines Rechtes steht ihm ein Anspruch auf Ergänzung dieses Betrags zu.

§ 7. Ein Ehegatte, dem nach den §§ 4, 5 der Nießbrauch an dem Vermögen von Abkömmlingen zusteht, hat, soweit er nicht nach dem § 1620 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Aussteuer verpflichtet ist, aus dem seinem Nießbrauch unterliegenden Vermögen den Abkömmlingen im Falle ihrer Verheiratung eine angemessene Aussteuer zu gewähren, falls diese ein zur Beschaffung der Aussteuer ausreichendes Vermögen nicht haben und nicht ein anderer zur Gewährung der Aussteuer verpflichtet und im stande ist. Unter den gleichen Voraussetzungen ist der Ehegatte verpflichtet, den Abkömmlingen aus dem seinem Nießbrauch unterliegenden Vermögen eine angemessene Ausstattung zur Erlangung einer selbständigen Lebensstellung zu gewähren.

§ 8. Für die rechtliche Stellung des überlebenden Ehegatten, der nach den §§ 4, 5 zur güterrechtlichen Erbfolge berufen ist, sind, soweit nicht in den §§ 4 bis 7 ein anderes bestimmt ist, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs maßgebend.

Oldenburgische Güterrechte.

Artikel 10.

Ist für eine Ehe das gesetzliche Güterrecht nach den Großherzoglich Oldenburgischen Gesetzen, betreffend das eheliche Güterrecht, vom 24. April 1873 und vom 10. Januar 1879 maßgebend, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

Sachsen-Meiningische Güterrechte.

Artikel 11.

Bestimmt sich der Güterstand nach einem der in dem Herzogtume Sachsen-Meiningen geltenden Rechte, die in den Artikeln 12, 13 genannt sind, so finden die Vorschriften dieser Artikel Anwendung.

Artikel 12.

§ 1. Besteht für eine Ehe kraft Gesetzes oder Ehevertrags der Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach dem Rechte der zur ehemaligen Pflege Coburg gehörig gewesenen Landesteile, so treten ohne Rücksicht auf die bisherige Dauer der Ehe an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

§ 2. Besteht für eine Ehe kraft Gesetzes oder Ehevertrags der Güterstand der Errungenschaftsgemeinschaft nach dem Rechte der im § 1 bezeichneten Landesteile, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

§ 3. Im Falle des § 2 wird das vorhandene Vermögen der Frau, das nach den Vorschriften der §§ 1366 bis 1370 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Vorbehaltsgut geworden sein würde, Vorbehaltsgut der Frau; das sonstige vorhandene Vermögen der Frau, wird eingebrachtes Gut der Frau.

Ist bei einer Ehe von längerer als einjähriger Dauer Errungenschaftsvermögen vorhanden, so wird es zum halben Anteil eingebrachtes Gut der Frau, zum halben Anteile Vermögen des Mannes. Als Errungenschaftsvermögen im Sinne dieses Absatzes ist anzusehen, was nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs Gesamtgut der Errungenschaftsgemeinschaft geworden sein würde. Die Vorschriften der §§ 1527, 1539, 1540 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden auf das vorhandene Vermögen Anwendung.

Jedem Ehegatten stehen in Ansehung des vorhandenen eingebrachten Gutes, mit Einschluß des nach Abs. 2 hierzu gehörenden Vermögens, die im § 1528 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmten Rechte zu.

§ 4. Wird in den Fällen der §§ 1, 2 die Ehe durch den Tod eines Ehegatten

aufgelöst und hinterläßt der Verstorbene keine Abkömmlinge, so ist der überlebende Ehegatte alleiniger gesetzlicher Erbe des Verstorbenen.

Hinterläßt der Verstorbene jedoch Verwandte aufsteigender Linie, so sind diese neben dem überlebenden Ehegatten zu einem Drittel der Erbschaft als gesetzliche Erben berufen. Verwandte näheren Grades schließen hierbei alle Verwandte entfernterer Grade aus. Sind erbberechtigte Verwandte sowohl aus der väterlichen als auch aus der mütterlichen Linie vorhanden, so fällt auf jede dieser Linien je die Hälfte des Drittels; Verwandte derselben Linie und gleichen Grades haben Anteil nach Köpfen.

Bei allgemeiner Gütergemeinschaft bestimmt sich der Nachlaß nach der Vorschrift des § 1482 Satz 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

---

§ 5. Die im § 4 bestimmten Erbrechte können durch die in den §§ 1937 bis 1941 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugelassenen Verfügungen des Erblassers auch ohne Zustimmung des anderen Ehegatten entzogen, beschränkt oder beschwert werden.

Auf das Erbrecht des überlebenden Ehegatten finden jedoch die Vorschriften des § 2303 Abs. 2 und die übrigen Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Pflichtteilsrecht entsprechende Anwendung.

---

§ 6. War in dem im § 4 bezeichneten Falle für den Güterstand der Ehe das statutarische Recht der Stadt Eisfeld maßgebend, so ist der überlebende Ehegatte als Erbe mit der Verpflichtung beschwert, daß im Falle seiner Wiederverheiratung die Hälfte der Erbschaft, nach seinem Tode die ganze Erbschaft an diejenigen Verwandten des Verstorbenen, welche bei dessen Tode ohne das Vorhandensein des überlebenden Ehegatten erbberechtigt gewesen sein würden, oder deren Erben herausgegeben werde. Die Anteile mehrerer Empfangsberechtigter bestimmen sich nach Maßgabe der Anteile, zu welchen bei dem Tode des erstverstorbenen Ehegatten dessen Verwandten die Erbschaft angefallen sein würde.

Zur Erbschaft ist auch dasjenige zu rechnen, was der überlebende Ehegatte auf Grund eines zur Erbschaft gehörenden Rechtes oder als Ersatz für die Zerstörung, Beschädigung oder Entziehung eines Erbschaftsgegenstandes oder durch ein Rechtsgeschäft mit Mitteln der Erbschaft erworben hat, sofern nicht der Erwerb zu den Nutzungen der Erbschaft im Sinne des § 100 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gehört.

Hat der überlebende Ehegatte einen Erbschaftsgegenstand unentgeltlich veräußert oder unentgeltlich belastet oder in der Absicht, die Verwandten des Verstorbenen zu benachteiligen, veräußert, verpfändet, zerstört, beiseite geschafft, oder beschädigt, so hat er bei der Vermögensauseinandersetzung den Wert des veräußerten, zerstörten oder beiseite geschafften Gegenstandes, im Falle der Belastung oder Beschädigung die Wertminderung zu ersetzen. die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn die Veräußerung oder Belastung auf einer Schenkung beruhte, die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprach. Im übrigen sind die Verwandten des verstorbenen Ehegatten nicht berechtigt, wegen Veräußerung, Belastung, Verschlechterung, Unterganges, Verbrauchs oder wegen einer aus einem anderen Grunde eingetretenen Unmöglichkeit der Herausgabe eines Erbschaftsgegenstandes Ersatz zu fordern.

---

§ 7. In dem im § 6 bezeichneten Falle kann der überlebende Ehegatte statt des ihm nach § 6 zustehenden Erbrechts die Erbfolge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche wählen.

Die Wahl kann nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten erfolgen; die Frist ist nach den Vorschriften des § 1944 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu berechnen.

Die Wahl erfolgt durch Erklärung gegenüber dem Nachlaßgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben.

---

§ 8. Wird im Falle des § 2 die Ehe durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst und hinterläßt der Verstorbene Abkömmlinge, so hat der überlebende Ehegatte bis zu dem Ablaufe der im Bürgerlichen Gesetzbuche vorgeschriebenen Ausschlagungsfrist die Wahl, den Verstorbenen zu einem Kindesteil oder nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu beerben.

Die Wahl erfolgt durch Erklärung

gegenüber dem Nachlaßgerichte; die Erklärung ist in öffentlich beglaubigter Form abzugeben. Erfolgt die Wahl nicht innerhalb der Ausschlagungsfrist, so ist der überlebende Ehegatte Erbe des Verstorbenen zu einem Kindesteile.

Auf das Erbrecht zu einem Kindesteile finden die Vorschriften des § 5 Anwendung.

---

§ 9. Der überlebende Ehegatte hat im Falle des § 8 an dem auf die gemeinschaftlichen Abkömmlinge vererbten Teile des Vermögens des Verstorbenen bis zu seiner Wiederverheiratung und, falls diese nicht erfolgt, auf Lebenszeit das Recht der Verwaltung und Nutznießung in gleicher Weise wie während der Ehe der Mann in Ansehung des eingebrachten Gutes der Frau; die Vorschriften der §§ 1372 bis 1404, des § 1406 Nr. 3, des § 1407 Nr. 2 bis 4 und der §§ 1408 bis 1425 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden auf das Verhältnis zwischen dem überlebenden Ehegatten und den gemeinschaftlichen Abkömmlingen in der Art Anwendung, daß der überlebende Ehegatte die rechtliche Stellung des Mannes, die Abkömmlinge die rechtliche Stellung der Frau erhalten, und an die Stelle der Eingehung der Ehe der Tod des verstorbenen Ehegatten tritt. Soweit hiernach die Zustimmung der Abkömmlinge zu Rechtsgeschäften des überlebenden Ehegatten erforderlich ist, gilt sie nur dann als erteilt, wenn sie seitens sämtlicher Abkömmlinge erfolgt oder in Gemäßheit der Vorschrift des § 1379 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ersetzt ist.

---

§ 10. Ein Ehegatte kann das im § 9 bestimmte Verwaltungs- und Nutznießungsrecht des überlebenden Ehegatten ohne dessen Zustimmung durch letztwillige Verfügung nur dann ausschließen, wenn er berechtigt ist, dem anderen Ehegatten den Pflichtteil zu entziehen oder auf Aufhebung der ehemännlichen Verwaltung und Nutznießung zu klagen. Auf die Ausschließung finden die Vorschriften über die Entziehung des Pflichtteils entsprechende Anwendung.

---

§ 11. Verheiratet sich der die Gütergemeinschaft mit den Abkömmlingen fortsetzende überlebende Ehegatte wieder, so finden die Vorschriften der §§ 1493, 1497 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung. Der überlebende Ehegatte und die Abkömmlinge sind sich in diesem Falle gegenseitig zur Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts nach dem Maßstabe verpflichtet, daß der Ehegatte die Hälfte des Gesamtguts und von der anderen Hälfte nach seiner Wahl entweder das im § 1931 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmte Viertel oder einen Kindesteil, die Abkömmlinge den hiernach verbleibenden Teil der anderen Hälfte erhalten. Der Bestand des Gesamtguts und die Anzahl der Kindesstämme sind nach dem Zeitpunkte der Wiederverheiratung zu bemessen.

Für das Recht zu einem Kindesteile gelten die Bestimmungen des § 5.

Auf die Auseinandersetzung finden die Vorschriften des § 1498 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nebst den dort angezogenen Vorschriften mit Ausnahme des § 1476 Abs. 1 und des § 1479, ferner die Vorschriften der §§ 1499 bis 1501, des § 1502 Abs. 1 und der §§ 1503 bis 1506, 1515, 1516 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung, die Vorschrift des § 1501 Abs. 1 mit der Abänderung, daß die Abfindung auf den den Abkömmlingen gebührenden Anteil angerechnet wird.

---

§ 12. Durch die Wiederverheiratung des überlebenden Ehegatten endigt das im § 9 bestimmte Verwaltungs- und Nutznießungsrecht. Die Vorschriften der §§ 1421, 1423 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden Anwendung.

---

§ 13. Die in diesem Artikel bestimmten Erbrechte des überlebenden Ehegatten sowie das im § 11 Abs. 1 bestimmte Recht zu einem Kindesteile sind in den Fällen des § 1933 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ausgeschlossen.

---

§ 14. Auf die in diesem Artikel bestimmten Erbrechte des überlebenden Ehegatten und der Verwandten aufsteigender Linie finden die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Artikel 13.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand nach der Hennebergischen Landesordnung oder nach dem im Bezirke des früheren Amtes Römhild gelten-

den Rechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

---

§ 2. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand nach dem Rechte der Städte Salzungen, Gräfenthal oder Pößneck, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze nach Maßgabe der §§ 3 bis 6 die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

---

§ 3. Ist bisher das Recht der Stadt Salzungen maßgebend, so finden die Vorschriften des Artikel 12 § 3 Abs. 1, §§ 4, 5, 9, 10, 12 Anwendung.

Wird die Ehe durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst und hinterläßt der Verstorbene Abkömmlinge, so sind dessen gesetzliche Erben, falls nur Grund- oder Kapitalvermögen im Nachlasse vorhanden ist, die Abkömmlinge, falls Grund- oder Kapitalvermögen im Nachlasse nicht vorhanden ist, der überlebende Ehegatte mit Ausschluß der Abkömmlinge, falls außer Grund- oder Kapitalvermögen noch Vermögen anderer Art im Nachlasse vorhanden ist, der überlebende Ehegatte und die Abkömmlinge. Im letzteren Falle sind sich die Erben gegenseitig zur Auseinandersetzung in der Weise verpflichtet, daß die Abkömmlinge das Grund- und Kapitalvermögen, der überlebende Ehegatte den übrigen Nachlaß erhält, und jeder Erbe zur Bestreitung der Nachlaßverbindlichkeiten den Anteil beiträgt, der dem Verhältnisse des Wertes des Erhaltenen zum Werte des ganzen Nachlasses entspricht.

Als Grundvermögen werden die im § 1551 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Gegenstände, als zum Kapitalvermögen gehörend auch Grundstückskaufgeldforderungen angesehen.

Auf das Erbrecht des überlebenden Ehegatten finden die Vorschriften des Artikel 12 §§ 5, 7 entsprechende Anwendung.

---

§ 4. Ist bisher das Recht der Stadt Gräfenthal maßgebend, so finden die Vorschriften des Artikel 12 §§ 3, 8 bis 10, 12 Anwendung.

Wird die Ehe durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst und hinterläßt der Verstorbene keine Abkömmlinge, so ist

1. der überlebende Ehegatte neben den durch das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmten Erben gesetzlicher Miterbe des Verstorbenen und sind die Erben sich gegenseitig zur Auseinandersetzung in der Weise verpflichtet, daß der überlebende Ehegatte diejenigen Gegenstände, welche, wenn in der Ehe Errungenschaftsgemeinschaft bestanden hätte, nach Maßgabe des § 1519 Absatz 1 und der §§ 1520 bis 1524, 1527, 1539 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Errungenschaft gehören würden, die anderen Erben nach Maßgabe ihrer Erbanteile den übrigen Nachlaß erhalten, und daß von den Nachlaßverbindlichkeiten der überlebende Ehegatte diejenigen, für welche, wenn in der Ehe Errungenschaftsgemeinschaft bestanden hätte, nach den Bestimmungen der §§ 1529 bis 1534 des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Gesamtgut haften würde, die anderen Erben die übrigen übernehmen.
2. Der überlebende Ehegatte hat an den nicht auf ihn vererbten Teilen des Vermögens des Verstorbenen auf Lebenszeit das Recht des Nießbrauchs.
3. Auf die unter 1 und 2 bestimmten Rechte des überlebenden Ehegatten finden die Vorschriften des Artikel 12 § 10 Anwendung.
4. Der überlebende Ehegatte kann an Stelle der ihm nach den Vorschriften unter 1 und 2 zustehenden Rechte die Erbfolge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche wählen. Die Vorschriften des Artikel 12 § 7 Abs. 2, 3 finden auf die Wahl Anwendung.

---

§ 5. Ist bisher das Recht der Stadt Pößneck maßgebend, so finden die Vorschrift des Artikel 12 § 3 Abs. 1 Anwendung.

Wird die Ehe durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst und hinterläßt der Verstorbene keine Abkömmlinge, so sind

1. bei dem Tode des Mannes dessen gesetzliche Erben, falls nur errungenes Vermögen im Sinne des § 1519 Absatz 1 und der §§ 1520 bis 1524, 1527 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Nachlasse vorhanden ist, die Frau, falls nur eingebrachtes Vermögen im Nachlasse vorhanden ist, die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetz-

buchs erbberechtigten Verwandten des Mannes, falls beide Vermögensarten im Nachlasse vorhanden sind, die Frau und die bezeichneten Verwandten. Im letzteren Falle sind die Erben sich gegenseitig zur Auseinandersetzung in der im § 4 Abs. 2 Nr. 1 bezeichneten Weise verpflichtet.

Auf die Erbrechte der Frau finden die Vorschriften des Artikel 12 § 5 Anwendung.

2. Der überlebende Ehegatte hat an dem auf die Verwandten des Verstorbenen vererbten Vermögen auf Lebenszeit das Recht der Verwaltung und Nutznießung; auf das Recht finden die Vorschriften des Artikel 12 §§ 9, 10 Anwendung.
3. Der überlebende Ehegatte kann statt der ihm nach den Vorschriften unter 1 und 2 zustehenden Rechte die Erbfolge nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche wählen. Die Vorschriften des Artikel 12 § 7 Abs. 2, 3 finden auf die Wahl Anwendung.

Wird die Ehe durch den Tod eines Ehegatten aufgelöst und hinterläßt der Verstorbene Abkömmlinge, so sind

1. gesetzliche Erben des Verstorbenen der überlebende Ehegatte zu einem Drittel, die Abkömmlinge des Verstorbenen zu zwei Dritteln.
2. Ist im Nachlasse des Mannes errungenes Vermögen im Sinne der Vorschrift des Abs. 2 Nr. 1 vorhanden, so sind sich die Erben gegenseitig zur Auseinandersetzung in der Weise verpflichtet, daß die Witwe den halben Anteil desjenigen Vermögens, welches im Falle bestehender Errungenschaftsgemeinschaft nach Maßgabe des § 1519 Abs. 1 und der §§ 1520 bis 1524, 1527, 1539 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zur Errungenschaft gehören würde, im voraus erhält und diejenigen Nachlaßverbindlichkeiten, welche nach den Vorschriften der §§ 1535 bis 1538 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bei der Auseinandersetzung ihr zur Last fallen würden, sowie die Hälfte derjenigen übrigen Verbindlichkeiten, für welche nach den Vorschriften der §§ 1529 bis 1534 des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Gesamtgut haften würde, zur ausschließlichen Tragung übernimmt und erst der übrige Nachlaß sowie die übrigen Nachlaßverbindlichkeiten nach Maßgabe der Erbteile verteilt werden.
3. Die Vorschriften des Artikel 12 § 5 finden auf dieses Erbrecht der Ehegatten Anwendung.
4. Der überlebende Ehegatte hat an den auf die gemeinschaftlichen Abkömmlinge vererbten Teilen des Vermögens des Verstorbenen je bis zur Begründung der wirtschaftlichen Selbständigkeit eines Abkömmlinges die im Artikel 12 § 9 bezeichneten Rechte. Auf diese Rechte finden die Vorschriften des Artikel 12 § 10 Anwendung.

---

§ 6. Die Vorschriften des Artikel 12 §§ 13, 14 finden entsprechende Anwendung.

---

§ 7. Die Vorschriften dieses Artikels gelten auch für Ehen, für die eines der in den §§ 1, 2 genannten Güterrechte kraft Ehevertrags besteht.

Sachsen-Coburgische Güterrechte.

Artikel 14.

Besteht für eine Ehe kraft Gesetzes oder Ehevertrags der Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft oder der Errungenschaftsgemeinschaft nach dem im Herzogtume Coburg geltenden Rechte, so finden die Vorschriften des Artikel 12 Anwendung.

Schwarzburg-Rudolstädtische Güterrechte.

Artikel 15.

Besteht für eine Ehe kraft Gesetzes oder Ehevertrags der Güterstand nach den im Fürstentume Schwarzburg-Rudolstadt geltenden Rechten der Städte Rudolstadt, Blankenburg, Frankenhausen und Heringen, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht.

Lübeckisches Güterrecht.

Artikel 16.

Ist für eine Ehe das Lübeckische gesetzliche Güterrecht maßgebend, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das gesetzliche Güterrecht mit Ausnahme der Vorschrift des § 1364.

Bremisches Güterrecht.

Artikel 17.

§ 1. Besteht für eine Ehe der Güterstand der ehelichen Gütergemeinschaft nach Bremischem Rechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

Die bisherigen Gesetze bleiben insoweit in Kraft, als in diesem Artikel ausdrücklich auf sie verwiesen wird. Nach dem bisherigen Rechte bestimmt sich insbesondere, was unter Kopfteil und Kopfteilsrecht zu verstehen ist.

§ 2. Beteiligte Abkömmlinge im Sinne dieses Artikels sind die gemeinschaftlichen Abkömmlinge beider Ehegatten und, sofern für den Güterstand einer früheren Ehe des Mannes das Bremische Recht der Gütergemeinschaft maßgebend gewesen ist, auch die Abkömmlinge aus dieser früheren Ehe.

Unter den gemeinschaftlichen Abkömmlingen beider Ehegatten sind die von dem Manne nach bisherigem Rechte in Einkindschaft aufgenommenen Abkömmlinge der Frau, sowie diejenigen mitzuverstehen, welche von beiden Ehegatten an Kindesstatt angenommen sind oder aus anderen Gründen die rechtliche Stellung ehelicher Abkömmlinge beider Ehegatten erlangt haben.

Unter den beteiligten Abkömmlingen aus einer früheren Ehe des Mannes ist mitzuverstehen, wer nach der Vorschrift des Abs. 2 zu den gemeinschaftlichen Abkömmlingen der früheren Ehe gehört hatte.

Ein Abkömmling entfernteren Grades gilt nicht als Beteiligter, so lange der Abkömmling näheren Grades, von welchem er abstammt, noch lebt.

§ 3. Die Vorschriften der §§ 1445, 1446 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden keine Anwendung.

§ 4. Der Anteil, der einem Ehegatten nach bisherigem Rechte an einer Beisitzmasse zusteht, gehört zum Gesamtgute, sofern durch Ehevertrag nicht ein anderes bestimmt ist.

§ 5. Schenkungen, die der Mann mit Zustimmung der Frau aus Mitteln des Gesamtguts macht, gelten als von jedem Ehegatten zur Hälfte gemacht.

Für Schenkungen und Schenkungsversprechen, die der Mann ohne Zustimmung der Frau aus Mitteln des Gesamtguts macht oder aus solchen Mitteln erfüllt, hat der Mann für den Fall, daß die Gütergemeinschaft bei Lebzeiten der Ehegatten aufgehoben wird, zum Gesamtgut Ersatz zu leisten. Ausgenommen sind die üblichen Gelegenheitsgeschenke, sowie Schenkungen, durch die einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wird.

§ 6. Wird die Gütergemeinschaft bei Lebzeiten beider Ehegatten aufgehoben, so erlöschen mit dem Zeitpunkte der Aufhebung die Wirkungen der Gütergemeinschaft auch bezüglich der beteiligten Abkömmlinge.

Beteiligte Abkömmlinge aus einer früheren Ehe des Mannes sind jedoch bei der Auseinandersetzung von der Frau aus deren Anteil am Gesamtgut abzufinden.

Die Abfindung besteht in der Hälfte des Betrags, der diesen Abkömmlingen bei einer Abschichtung vom Gesamtgut als Kopfteil gebühren würde. Wird die Auseinandersetzung in Ansehung des Gesamtguts auf andere Weise als durch Halbteilung bewirkt und erhält die Frau infolgedessen mehr als die Hälfte des Gesamtguts, so sind die Abkömmlinge von ihr statt mit der Hälfte des ihnen gebührenden Kopfteils mit demjenigen Bruchteil ihres Kopfteils abzufinden, welcher dem Wertverhältnisse zwischen dem der Frau aus dem Gesamtgute Zugewiesenen und dem ganzen Gesamtgut entspricht. Erhält

die Frau dagegen weniger als die Hälfte des Gesamtguts, so sind gleichwohl die Abkömmlinge mit der Hälfte ihres Kopfteils abzufinden; die Abfindung fällt jedoch im Verhältnisse der Ehegatten zu einander zu demjenigen Bruchteile dem Manne zur Last, um den der ihm bei der Auseinandersetzung zufallende Anteil die Hälfte des Gesamtguts übersteigt.

Erfolgt in den Fällen der §§ 1478, 1345 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Auseinandersetzung der Ehegatten derart, daß jedem sein eingebrachtes Vermögen zurückerstattet und nur ein nach der Zurückerstattung verbleibender Ueberschuß nach Hälften geteilt wird, so beschränkt sich der Abfindungsanspruch der Abkömmlinge auf die Hälfte desjenigen, was ihnen bei einer Abschichtung von diesem Ueberschuß als Kopfteil gebühren würde.

An dem nach den vorstehenden Vorschriften den Abkömmlingen als Abfindung gebührenden Betrage, welcher auszusondern und mündelsicher anzulegen ist, steht der Frau bis zum Tode des Mannes, wenn aber die Ehe bei Lebzeiten der Ehegatten aufgelöst wird, nicht über den Zeitpunkt ihrer etwaigen Wiederverheiratung hinaus, der Nießbrauch zu. Das Nießbrauchsrecht steht nicht der Frau, sondern bis zu seinem Tode dem Manne zu, wenn die Aufhebung der Gütergemeinschaft aus Gründen erfolgt ist, die ein Verschulden der Frau einschließen.

---

§ 7. Sind bei Beendigung der ehelichen Gütergemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten keine beteiligten Abkömmlinge vorhanden (unbeerbte Ehe), so verwandelt sich das Gesamtgut in Vermögen des überlebenden Ehegatten.

---

§ 8. Sind bei Beendigung der ehelichen Gütergemeinschaft durch den Tod eines Ehegatten beteiligte Abkömmlinge vorhanden (beerbte Ehe), so gelten folgende Bestimmungen:

1. Ist der Mann der überlebende Teil, so verwandelt sich das Gesamtgut in Vermögen des Mannes; jedoch behalten die beteiligten Abkömmlinge ihr Kopfteilsrecht; dieses Recht ergreift auch den künftigen Erwerb des Mannes, sowie sein bisheriges Vorbehaltsgut (Gesamtgut des beerbten Witwers).
2. Ist die Frau der überlebende Teil, so gehört das Gesamtgut ihr und den beteiligten Abkömmlingen nach Kopfteilsrecht gemeinschaftlich.

   Die Witwe bleibt mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen im Besitze; beteiligte Abkömmlinge aus einer früheren Ehe des Mannes sind von ihr abzuschichten.

---

§ 9. Hinterläßt der zuerst verstorbene Ehegatte erbberechtigte Abkömmlinge, die nicht zu den beteiligten gehören, so bestimmen sich ihre Erbteile so, wie wenn der Anteil, der ihrem Erblasser am ehelichen Gesamtgute zustand, zu seinem Nachlasse gehörte. Soweit diese Abkömmlinge bei der Erbteilung nicht aus dem sonstigen Nachlasse befriedigt werden, sind sie wegen des Fehlbetrags aus dem Gesamtgut abzufinden.

Die Anwendung dieser Vorschrift ist ausgeschlossen, wenn sich der verstorbene Ehegatte sein ganzes Vermögen einschließlich des nach Eingehung der Ehe erworbenen, dem Eigentume nach als Sondergut vorbehalten hatte.

Auf abgeschichtete Abkömmlinge des verstorbenen Ehegatten sowie auf Abkömmlinge aus einer früheren Gesamtgutsehe der Frau findet die Vorschrift des Abs. 1 keine Anwendung.

---

§ 10. Der überlebende Ehegatte haftet für Gesamtgutsverbindlichkeiten, für die er bis zur Beendigung der ehelichen Gütergemeinschaft nicht persönlich haftete oder die Verhältnisse der Ehegatten zu einander dem verstorbenen Ehegatten zur Last fielen, nur insoweit persönlich und nur insoweit unbeschränkt mit seinem ganzen Vermögen, als ein Erbe nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs für Nachlaßverbindlichkeiten haftet; an die Stelle des Nachlasses tritt das Gesamtgut in dem Bestande, den es beim Tode des verstorbenen Ehegatten hatte. Die Vorschriften des § 780 Abs. 1 und der §§ 781 bis 785 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

---

§ 11. Die Witwe hat das besondere Recht, sich durch Verzicht auf das Gesamtgut der Haftung für die Gesamtgutsverbindlichkeiten, für die sie während der ehelichen Gütergemeinschaft nicht persön-

lich haftete, gänzlich zu entschlagen. Auf den Verzicht finden die für die Ausschlagung einer Erbschaft geltenden Vorschriften der §§ 1943 bis 1945, 1947, 1950, 1952, des § 1953 Abs. 3 und der §§ 1954 bis 1966 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

Das Gesamtgut fällt denjenigen an, die zur Erbfolge berufen sein würden, wenn die Frau vor ihrem Manne gestorben wäre; der Anfall gilt als mit dem Tode des Mannes erfolgt. Für die im § 9 bezeichneten Abkömmlinge des Mannes tritt an die Stelle des dort vorgesehenen Abfindungsanspruchs das Erbrecht des § 21 Abs. 2.

Die Witwe ist berechtigt, den Verhältnissen angemessen für Rechnung des Gesamtguts die Beerdigung zu besorgen, für sich und ihre Hausgenossen Trauerkleider anzuschaffen und, soweit ihr dafür nicht andere Mittel zur Verfügung stehen, bis zur Erklärung des Verzichts die Kosten des Haushalts zu bestreiten. Sie behält von dem Gesamtgute diejenigen Kleidungsstücke, die zum Bedarfe für sie und die von ihr zu unterhaltenden Abkömmlinge erforderlich sind. Auf ihre Verpflichtung, Auskunft zu erteilen und den Offenbarungseid zu leisten, findet auch zu gunsten der Gesamtgutsgläubiger die Vorschrift des § 2028 des Bürgerlichen Gesetzbuchs Anwendung.

Die Vorschriften des bisherigen Rechtes über das Abdikationsrecht der Witwe werden aufgehoben.

---

§ 12. Der Beisitz der Witwe und die bei beerbter Ehe mit dem Tode der Frau eintretenden rechtlichen Verhältnisse (Gesamtgute des beerbten Witwers) bestimmen sich nach dem bisherigen Rechte, soweit sich aus diesem Artikel nicht ein anderes ergiebt.

---

§ 13. Eine persönliche Haftung der beteiligten Abkömmlinge für die Verbindlichkeiten des verstorbenen Mannes oder der Witwe wird durch das Beisitzverhältnis nicht begründet. Die beteiligten Abkömmlinge aus einer früheren Ehe des Mannes haften den Gläubigern für die Verbindlichkeiten des Mannes persönlich nach Verhältnis ihrer Anteile. Ihre Haftung beschränkt sich auf ihren Anteil an dem gemeinschaftlichen Vermögen und im Falle der Abschichtung auf die ihnen bei derselben zugeteilten Gegenstände. Die für die Haftung des Erben geltenden Vorschriften der §§ 1990, 1991 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung. In derselben Weise bestimmt sich, wenn das Beisitzverhältnis durch Abschichtung sämtlicher Abkömmlinge oder durch den Tod der Witwe aufgelöst ist, auch die Haftung der bis dahin im Beisitze verbliebenen Abkömmlinge für die Verbindlichkeiten der Beisitzmasse, sofern die Abkömmlinge nicht als Erben der Witwe in weiterem Umfange haften. Die Vorschriften des § 780 Abs. 1 und der §§ 781, 785 der Civilprozeßordnung finden entsprechende Anwendung.

---

§ 14. Die Beisitzmasse besteht aus dem ehelichen Gesamtgute, soweit es nicht durch Abschichtung beteiligter Abkömmlinge aus einer früheren Ehe des Mannes, durch Abfindung nicht beteiligter Abkömmlinge oder durch Verfügungen des Mannes von Todeswegen vermindert ist, und aus dem Vermögen, das die Witwe auf Grund eines zur Beisitzmasse gehörenden Rechtes oder als Ersatz für die Zerstörung, Beschädigung oder Entziehung eines zur Beisitzmasse gehörenden Gegenstandes oder durch ein Rechtsgeschäft erwirbt, das sich auf die Beisitzmasse bezieht. Zur Beisitzmasse gehört insbesondere, was die Witwe durch Fortsetzung eines von dem Manne betriebenen Erwerbsgeschäfts oder durch ein aus Mitteln der Beisitzmasse von ihr begründetes Erwerbsgeschäft erwirbt.

Im Zweifel ist anzunehmen, daß ein Erwerb, den die Witwe durch entgeltliches Rechtsgeschäft erzielt, zur Beisitzmasse gehört; vorbehaltlich ihres Anspruchs aus Verwendung von Vorbehaltsgut für solchen Erwerb.

---

§ 15. Stirbt während des Beisitzes ein anteilsberechtigter Abkömmling, so gehört sein Anteil an der Beisitzmasse, unbeschadet des Beisitzrechts der Witwe, zu seinem Nachlasse, sofern sich aus der Vorschrift des § 4 nicht ein anderes ergiebt.

---

§ 16. Ein an der Beisitzmasse anteilsberechtigter Abkömmling kann unter denselben Voraussetzungen auf Abschichtung von der Beisitzmasse klagen, unter denen nach § 1495 Nr. 2 bis 5 des Bürgerlichen

Gesetzbuchs gegen den überlebenden Ehegatten auf Aufhebung der fortgesetzten Gütergemeinschaft geklagt werden kann.

§ 17. Auf die Anzeige- und Abschichtungspflicht der Witwe im Falle ihrer Wiederverheiratung finden die Vorschriften des § 1314 Abs. 2 und des § 1493 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechende Anwendung.

§ 18. Im Falle seiner Wiederverheiratung hat der Witwer die beteiligten Abkömmlinge wegen ihrer Kopfteilsrechte vorab dadurch abzufinden, daß er ihnen nach seiner Wahl entweder den halben Wert ihrer Kopfteile oder den Wert des von ihrer verstorbenen Mutter in das Gesamtgut etwa eingebrachten Vermögens erstattet.

Wenn beteiligte Abkömmlinge minderjährig sind oder bevormundet werden, hat der Witwer die Absicht seiner Wiederverheiratung dem Vormundschaftsgericht anzuzeigen und je nach seiner Wahl entweder ein Verzeichnis des Gesamtguts oder des von der verstorbenen Frau eingebrachten Vermögens einzureichen. Das Vormundschaftsgericht kann gestatten, daß die Feststellung der Abfindung bis zur Eheschließung unterbleibt und daß die Abfindung in anderer Weise als durch Barzahlung oder erst später erfolgt. Die Vorschrift des § 1314 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs findet entsprechende Anwendung.

Mit der Wiederverheiratung des Witwers erlischt, vorbehaltlich des Abfindungsanspruchs, das Kopfteilsrecht der beteiligten Abkömmlinge; an seine Stelle treten das gesetzliche Erbrecht und das Pflichtteilsrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

§ 19. Will der Witwer im Falle des § 18 die beteiligten Abkömmlinge dadurch abfinden, daß er ihnen den Wert des von ihrer Mutter in das Gesamtgut Eingebrachten erstattet, so hat er den beteiligten Abkömmlingen gegenüber diesen Wert festzustellen. In Ermangelung anderer genügender Beweismittel hat er auf Antrag die Richtigkeit seiner Angaben und daß ihm außer den etwa beigebrachten keine anderen urkundlichen Belege zur Verfügung stehen, eidlich zu erhärten. Für die Abnahme des Eides ist, wenn der Eid nicht vor dem Prozeßgerichte zu leisten ist, das Amtsgericht des Ortes zuständig, an welchem der Witwer seinen Wohnsitz hat. Die Vorschrift des § 79 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit findet entsprechende Anwendung.

Sollen Abkömmlinge aus verschiedenen Ehen des Mannes durch Herausgabe des Eingebrachten abgefunden werden, so ist für jede Ehe der Wert des Eingebrachten besonders nachzuweisen.

Als eingebracht ist anzusehen, was eingebrachtes Gut gewesen wäre, wenn Errungenschaftsgemeinschaft bestanden hätte. Der Wert des Eingebrachten bestimmt sich für das noch Vorhandene nach dem Zeitpunkte der Auseinandersetzung, im übrigen nach der Zeit der Einbringung.

Würde dem Witwer nach Erstattung des Eingebrachten vom Gesamtgute weniger verbleiben, als er selbst nachweislich während oder nach Auflösung der Ehe eingebracht hat, so ist die den Abkömmlingen gebührende Abfindung um die Hälfte des Fehlbetrags zu kürzen.

Mehrere beteiligte Abkömmlinge teilen die Abfindung nach dem Verhältnisse der Anteile, zu denen sie als Erben ihrer verstorbenen Mutter berufen wären, wenn diese erst zur Zeit der Wiederverheiratung des Witwers gestorben wäre.

§ 20. Der Witwer ist im Falle seiner Wiederverheiratung zur Abfindung der beteiligten Abkömmlinge nicht verpflichtet, wenn er nachweist, daß von ihrer verstorbenen Mutter in das Gesamtgut im Sinne des § 19 Abs. 3 nichts eingebracht worden ist. Für den Nachweis gelten die Vorschriften des § 19 Abs. 1, 2.

§ 21. Die Beerbung des Witwers richtet sich nach den allgemeinen erbrechtlichen Vorschriften, soweit sich nicht aus diesem Artikel, insbesondere aus den §§ 21 bis 24, 26, 27, ein anderes ergiebt.

Treffen bei der Beerbung des Witwers mit beteiligten Abkömmlingen andere Abkömmlinge des Witwers zusammen, so haben sie gleiches Erbrecht mit den beteiligten. Wenn aber bei gleichmäßiger Teilung des Gesamtguts den beteiligten Abkömmlingen weniger verbleiben würde, als unmittelbar vor dem Tode des Witwers ihr Kopfteil betrug, so mindert sich der

Erbteil der nicht beteiligten Abkömmlinge entsprechend, jedoch höchstens bis auf die Hälfte. Für die Berechnung des Pflichtteilsanspruchs der nicht beteiligten Abkömmlinge ist in allen Fällen der Wert ihres unverminderten Erbteils maßgebend.

Diese Vorschriften finden auf abgeschichtete Abkömmlinge des Witwers keine Anwendung.

---

§ 22. Die für die Abschichtung beteiligter Abkömmlinge und ihre Wirkung geltenden Vorschriften des bisherigen Rechtes bleiben nach Maßgabe dieses Artikels in Kraft; insbesondere wird auch das Recht der Ehegatten, während oder nach Auflösung der Ehe beteiligte Abkömmlinge vom Gesamtgut oder der Beisitzmasse abzuschichten, durch die Vorschriften dieses Artikels nicht berührt.

Die Abschichtung kann in allen Fällen in Geld geschehen.

Ist die Abschichtung während der Ehe erfolgt und wird die Gütergemeinschaft bei Lebzeiten der Ehegatten aufgehoben, so verliert die Abschichtung ihre Wirkung. Die dem abgeschichteten Abkömmlinge gewährte Abfindung gilt in diesem Falle wie eine Zuwendung aus dem Gesamtgute, die von jedem Ehegatten zur Hälfte gemacht ist.

---

§ 23. Für die Ausgleichungspflicht der Ehegatten und der beteiligten Abkömmlinge bei Feststellung der Kopfteile gelten folgende Vorschriften:

1. Jeder Ehegatte hat sich auf seinen Kopfteil anrechnen zu lassen, was er dem Gesamtgut oder der Beisitzmasse durch Schenkungen entzogen hat.

   Schenkungen an Abkömmlinge werden dem Ehegatten nur insoweit angerechnet, als sie nicht durch Verrechnung mit diesen Abkömmlingen oder ihren Rechtsnachfolgern zur Ausgleichung kommen.

   Die Frau hat sich im Falle des § 6, sowie bei einer von ihr als Witwe vorzunehmenden Abschichtung beteiligter Abkömmlinge aus einer früheren Ehe des Mannes außerdem auf ihren Kopfteil anrechnen zu lassen, was ihr von dem Manne aus Mitteln des Gesamtguts geschenkt oder als Vorbehaltsgut überwiesen ist, soweit der Mann durch die Zuwendung seinen Kopfteil überschritten hat.
2. Abkömmlinge oder bei der Auseinandersetzung über eine Beisitzmasse auch deren Erben haben sich anrechnen zu lassen, was sie selbst oder Abkömmlinge, von denen sie abstammen oder die sie beerbt haben, als Ausstattung oder sonstige unentgeltliche Zuwendung aus dem Gesamtgut oder der Beisitzmasse erhalten haben. Zuwendungen der im § 2050 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Art sind nur insoweit anzurechnen, als sie das Gesamtgut oder der Beisitzmasse entsprechende Maß überstiegen haben.

Von der Ausgleichungspflicht sind ausgenommen die üblichen Gelegenheitsgeschenke, sowie Schenkungen, durch welche einer sittlichen Pflicht oder einer auf den Anstand zu nehmenden Rücksicht entsprochen wurde.

Uebersteigt der einem Ehegatten oder einem Abkömmling anzurechnende Betrag den Wert seines Kopfteils, so bleibt sein Kopfteil und der anzurechnende Betrag für die Berechnung der Kopfteile außer Ansatz.

Was nach den vorstehenden Vorschriften zur wirksamen Anrechnung gelangt, vergrößert die Teilungsmasse.

---

§ 24. Die Vorschriften des § 23 über die Ausgleichungspflicht der beteiligten Abkömmlinge finden bei einer nach dem Tode des Witwers oder der Witwe in Ansehung des Gesamtguts oder der Beisitzmasse erfolgenden Auseinandersetzung, auch auf das Verhältnis der Abkömmlinge zu einander, Anwendung. Das Gleiche gilt bei der Auseinandersetzung über eine Beisitzmasse für die Erben eines während des Beisitzes verstorbenen Abkömmlinges.

---

§ 25. Während der Ehe sowie, wenn beteiligte Abkömmlinge vorhanden sind, auch nach Beendigung der ehelichen Gütergemeinschaft durch den Tod der Frau kann der Ehemann nur über seinen Kopfteil vom Gesamtgute von Todeswegen verfügen. Der Frau steht ein entsprechendes Verfügungsrecht während der Ehe nur mit Zustimmung des Mannes zu. Die Größe des Kopfteils bestimmt sich nach dem Zeitpunkt, in dem der Erbfall eintritt.

Sind nicht beteiligte Abkömmlinge eines Ehegatten nach Maßgabe des § 9 vom Gesamtgut abzufinden, so berechnet sich der Kopfteil dieses Ehegatten nach dem um den Betrag der Abfindung verminderten Bestand des Gesamtguts. Im Falle des § 21 Abs. 2 ist der Wert des den nicht beteiligten Abkömmlingen zufallenden Erbteils oder Pflichtteils von dem Gesamtgut abzusetzen und der Kopfteil des Witwers nach dem so verminderten Gesamtgutsbestande zu berechnen.

Die Verfügungen eines Ehegatten können bestimmte Bestandteile des Gesamtguts nur insoweit zum Gegenstande haben, als diese von ihm im Sinne des § 19 Abs. 3 in die Gütergemeinschaft eingebracht sind oder zu seinem persönlichen Gebrauche dienen oder den Bestand eines von ihm betriebenen, nicht von dem anderen Ehegatten herrührenden Erwerbsgeschäfts bilden; übersteigt der Wert dieser Gegenstände seinen Kopfteil, so ist die Erfüllung der Verfügung von der Erstattung des Mehrwertes durch den Bedachten abhängig.

Wird durch den Tod des verfügenden Ehegatten die eheliche Gütergemeinschaft beendigt, so gelten seine den vorstehenden Vorschriften entsprechenden Verfügungen als Vermächtnisse und sind, soweit der Erblasser nicht anderes angeordnet hat, nach seinem Tode aus dem Gesamtgute zu erfüllen; doch sind Verfügungen des Mannes zu gunsten seiner Frau oder eines gemeinschaftlichen Abkömmlinges im Zweifel dahin auszulegen, daß dadurch ihr Anteil an der Beisitzmasse entsprechend vergrößert werden soll.

---

§ 26. Die im Beisitzverhältnisse lebende Witwe kann über ihren Anteil an der Beisitzmasse einschließlich dessen, was der Mann ihr zur Vergrößerung ihres Anteils zugewandt hat, von Todeswegen verfügen. Auf den Inhalt der Verfügung findet die Vorschrift des § 25 Abs. 3 Anwendung.

Die Pflichtteilsrechte erbberechtigter Abkömmlinge der Witwe, welche nicht zu den Beteiligten gehören, werden durch diese Vorschrift nicht berührt.

---

§ 27. Der Ehemann ist berechtigt, durch letztwillige Verfügung den Kopfteil eines beteiligten Abkömmlinges einer der Beschränkung des Pflichtteilsrechts entsprechenden Beschränkung zu unterwerfen, wenn er nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs berechtigt ist, dem Abkömmlinge den Pflichtteil zu entziehen oder das Pflichtteilsrecht des Abkömmlinges zu beschränken; die Vorschriften des § 2336 Abs. 2 bis 4 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung. Die Beschränkung des Kopfteils hat für den Fall, daß nach dem Tode des Mannes zwischen dem beteiligten Abkömmling und der Witwe das Beisitzerverhältnis eintritt, eine entsprechende Beschränkung des dem Abkömmlinge nach der Beendigung des Beisitzes gebührenden Anteils an der Beisitzmasse zufolge.

---

§ 28. Hat ein Ehegatte durch Schenkungen aus dem Gesamtgut oder aus der Beisitzmasse den seiner letztwilligen Verfügung unterliegenden Kopfteil überschritten, so haftet der Beschenkte den überlebenden Beteiligten nach den für das Recht auf Ergänzung des Pflichtteils geltenden Vorschriften der §§ 2325, 2329 und 2330 des Bürgerlichen Gesetzbuchs; der den überlebenden Beteiligten gebührende Kopfteil gilt als Pflichtteil.

Hamburgisches Güterrecht.

Artikel 18.

§ 1. Besteht für eine Ehe der gesetzliche Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft nach Hamburgischem Rechte, so treten an die Stelle der bisherigen Gesetze die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die allgemeine Gütergemeinschaft.

---

§ 2. Die Vorschriften, nach welchen in der ehelichen Gütergemeinschaft zu einem Rechtsgeschäfte des Mannes die Zustimmung der Frau oder in der fortgesetzten Gütergemeinschaft zu einem Rechtsgeschäfte des überlebenden Mannes die Zustimmung der anteilsberechtigten Abkömmlinge erforderlich ist, bleiben von der Anwendung ausgeschlossen.

In dem auf Antrag des überlebenden Mannes zu erteilenden Zeugnis über die

Fortsetzung der Gütergemeinschaft (Bürgerliches Gesetzbuch § 1507) ist der Wegfall der Verfügungsbeschränkungen anzugeben.

§ 3. Vermögen, welches vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch Ehevertrag als Sondergut der Frau der Verwaltung des Mannes entzogen ist, wird Vorbehaltsgut der Frau.

§ 4. Die zum gewöhnlichen Gebrauche der Frau bestimmten Sachen, insbesondere Kleider, Schmucksachen und Arbeitsgeräte, sind Vorbehaltsgut der Frau.

§ 5. Vorbehaltsgut der Frau ist ferner alles, was sie nach dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch ihre Arbeit oder durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts erwirbt.

§ 6. Vorbehaltsgut der Frau wird auch, was die Frau

1. vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs nach der Eröffnung eines Konkursverfahrens über das Vermögen des Mannes erworben hat (Hamburgisches Gesetz, betreffend Ausführung der Konkursordnung, vom 25. Juli 1879 § 7 zu 1),
2. aus einem innerhalb fünf Jahre nach der Eingehung der Ehe eröffneten Konkurse des Mannes oder aus einem in solchem Konkurse geschlossenen Zwangsvergleich auf Grund des § 1 des Hamburgischen Gesetzes, betreffend Ausführung der Konkursordnung, vom 25. Juli 1879 erhalten hat oder noch erhält.

§ 7. Den gemeinschaftlichen Abkömmlingen im Sinne der Vorschriften über allgemeine Gütergemeinschaft stehen diejenigen Abkömmlinge aus früheren Ehen gleich, mit denen die Ehegatten einen Einkindschaftsvertrag geschlossen haben.

Die Vorschriften der §§ 1465, 1505, 2054, 2331 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über Zuwendungen aus dem Gesamtgut an einen nur von einem der Ehegatten abstammenden Abkömmling werden durch diese Gleichstellung nicht berührt.

Ein in einem Einkindschaftsvertrag ausbedungener Voraus vererbt sich nach bisherigem Rechte (Hamburgische Vormundschaftsordnung vom 14. Dezember 1883 Artikel 33 zu 4).

§ 8. Wird die nach dem Tode der Frau von dem Manne fortgesetzte Gütergemeinschaft durch die Wiederverheiratung des Mannes beendigt, so hat dieser die Wahl, ob er die Auseinandersetzung nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs vornehmen oder ob er den anteilsberechtigten Abkömmlingen den Wert desjenigen zurückerstatten will, was die verstorbene Frau in die Gütergemeinschaft eingebracht hat. Der Umfang und der Wert des Eingebrachten bestimmen sich nach § 1478 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Mann hat in der vor der Wiederverheiratung dem Vormundschaftsgerichte zu erstattenden Anzeige (Bürgerliches Gesetzbuch § 1493 Abs. 2) anzugeben, für welche Art der Auseinandersetzung er sich entscheidet.

Gehören zu den anteilsberechtigten Abkömmlingen solche, welche aus einer früheren Ehe des Mannes abstammen oder mit welchen der Mann bereits bei Eingehung einer früheren Ehe einen Einkindschaftsvertrag geschlossen hat, so hat der Mann, wenn er sich für die Rückerstattung des von der Frau Eingebrachten entscheidet, auch den Wert desjenigen zurückzuerstatten, was die frühere Frau in die Gütergemeinschaft eingebracht hat.

Der Gesamtbetrag desjenigen, was der Mann zurückzuerstatten hat, wird unter mehrere anteilsberechtigte Abkömmlinge auch dann, wenn sie aus verschiedenen Ehen abstammen, in Gemäßheit des § 1503 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verteilt. Ein Voraus, den ein Abkömmling auf Grund eines Einkindschaftsvertrags empfangen hat, kommt bei der Teilung nicht zur Ausgleichung.

§ 9. Der Mann kann für den Fall, daß die Ehe durch seinen Tod aufgelöst wird, die Fortsetzung der Gütergemeinschaft durch letztwillige Verfügung ausschließen, auch wenn die Voraussetzungen des § 1509 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht vorliegen.

Der Mann kann für den Fall, daß mit seinem Tode die fortgesetzte Gütergemeinschaft eintritt, die Frau durch letztwillige Verfügung in der Verwaltung des Gesamtguts und in der Verfügung über das

Gesamtgut beschränken, auch anordnen, daß die Verwaltung und das Verfügungsrecht auf einen oder mehrere Verwalter des Gesamtguts übergehen sollen. Der Verwalter hat die Rechte und Pflichten, die nach dem bisherigen Hamburgischen Rechte für einen Testamentsvollstrecker bestanden, soweit nicht in der letztwilligen Verfügung abweichende Bestimmungen getroffen sind. In dem der Frau auf deren Antrag zu erteilenden Zeugnis über die Fortsetzung der Gütergemeinschaft ist die Beschränkung oder die Ernennung eines Verwalters zu vermerken.

Zur Wirksamkeit der in den §§ 1511 bis 1514 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Verfügungen ist, wenn diese von dem Manne errichtet werden, die Zustimmung der Frau nicht erforderlich.

---

§ 10. Sind in einem von dem Ehemann oder den Ehegatten gemeinschaftlich errichteten Testamente für die Dauer der fortgesetzten Gütergemeinschaft Testamentsvollstrecker zur Verwaltung des Gesamtguts ernannt, so gilt die Ernennung des Testamentsvollstreckers als Bestellung eines Verwalters in Gemäßheit der Bestimmung des § 9 Abs. 2.

---

§ 11. Die Ernennung der im § 9 Abs. 2 und im § 10 bezeichneten Verwalter erfolgt auf Antrag eines Beteiligten durch das Nachlaßgericht:

1. wenn der Erblasser einen bestimmten Verwalter nicht ernannt hat;
2. wenn der vom Erblasser ernannte Verwalter verstorben ist oder die Annahme des Amtes ablehnt oder wenn die von dem Erblasser mit der Ernennung betraute Stelle die Ernennung nicht vornimmt, sofern nicht ein von dem Erblasser für diesen Fall ernannter Ersatzmann eintritt;
3. sofern ein Verwalter stirbt oder sein Amt niederlegt und die den Verwaltern von dem Erblasser übertragenen Geschäfte noch nicht beendet sind, sofern nicht ein von dem Erblasser ernannter Ersatzmann eintritt;
4. wenn ein Verwalter nach den Vorschriften des Abs. 3 und des § 2227 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entlassen wird.

Vor der Ernennung sollen die etwa im Amte befindlichen Verwalter und die übrigen Beteiligten soweit thunlich gehört werden. Wird von den Beteiligten eine bestimmte Person in Vorschlag gebracht, so ist diese zu ernennen, wenn keine Bedenken entgegenstehen.

Die Vorschriften des § 2216 Abs. 1, des § 2224 Satz 1, 3, des § 2227 und des § 2368 des Bürgerlichen Gesetzbuchs finden entsprechende Anwendung.

Gemeinschaftlicher Erlaß

(des Finanz-, Landwirtschafts-, Justiz-Ministers und des Ministers des Innern) vom 17. Dezember 1899 zur Ausführung des Artikel 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Auf Grund des Artikel 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 177) werden für die Hinterlegung von Wertpapieren in den Fällen der §§ 1082, 1392, 1667, 1814, 1818, 2116 des Bürgerlichen Gesetzbuchs folgende Anstalten als Hinterlegungsstellen bestimmt:

1. die Seehandlung in Berlin,
2. die Preußische Central-Genossenschafts-Kasse in Berlin,
3. die Ostpreußische landschaftliche Darlehnskasse in Königsberg,
4. die Westpreußische landschaftliche Darlehnskasse in Danzig,
5. die Kur- und Neumärkische Ritterschaftliche Darlehnskasse in Berlin,
6. die Pommersche landschaftliche Darlehnskasse in Stettin,
7. die Posener landschaftliche Bank in Posen,
8. die Schlesische landschaftliche Bank in Breslau,

9. die Städtische Bank in Breslau,
10. die Communalständische Bank für die Preußische Oberlausitz in Görlitz,
11. die Landschaftliche Bank der Provinz Sachsen in Halle a. S.,
12. die Nassauische Landesbank in Wiesbaden,
13. die Landeskreditkasse in Kassel,
14. die Landesbank der Rheinprovinz in Düsseldorf sowie
15. die Spar- und Leihkasse für die Hohenzollernschen Lande in Sigmaringen.

Gemeinschaftlicher Erlaß

(des Finanz-, Justiz- und Handels-Ministers) vom 18. Dezember 1899 zur Ausführung des Artikel 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche.

Auf Grund des Artikels 85 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 20. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 177) wird für die Hinterlegung von Wertpapieren in den Fällen der §§ 1082, 1392, 1667, 1814, 1818, 2116 des Bürgerlichen Gesetzbuchs die Frankfurter Bank in Frankfurt am Main als Hinterlegungsstelle bestimmt.

Allgemeine Verfügung vom 7. November 1899 über die Führung des Handelsregisters.

I. Allgemeines.

§ 1. Die Anmeldungen zur Eintragung in das Handelsregister sowie die zur Aufbewahrung bei dem Gerichte bestimmten Zeichnungen sind, wenn sie persönlich bei Gericht bewirkt werden, in der Regel von dem Gerichtsschreiber des Registergerichts zu Protokoll zu nehmen. Der Richter hat sich der Aufnahme zu unterziehen, wenn bei dem Gerichtsschreiber die zur Beurteilung der Verhältnisse erforderliche Rechtskenntnis nicht zu erwarten ist.

§ 2. Die Verfügung auf die Anmeldungen zur Eintragung und auf alle das Register betreffende Gesuche und Anträge liegt dem Richter ob. Er hat insbesondere die Eintragungen in das Register und die erforderlichen Bekanntmachungen zu verfügen sowie die im § 9 Abs. 3 des Handelsgesetzbuchs und im § 33 der Grundbuchordnung erwähnten Bescheinigungen und Zeugnisse auszustellen. Die Ausfertigung der Bescheinigungen und Zeugnisse erfolgt nach Artikel 18 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit.

Die Eintragung ist von dem Richter auch dann anzuordnen, wenn sie von dem Beschwerdegericht oder gemäß § 143 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verfügt ist.

§ 3. Der Richter hat dafür Sorge zu tragen, daß die gesetzlich vorgeschriebenen Eintragungen in das Register erfolgen. Zu diesem Zwecke und zur Vermeidung unzulässiger Eintragungen hat er in zweifelhaften Fällen, soweit der Bezirk des Registergerichts zu dem Bezirk einer Handelskammer oder einer der im § 44 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 / 19. August 1897 (Gesetz-Samml. 1897 S. 355) bezeichneten kaufmännischen Korporationen gehört und die erforderliche Auskunft nicht auf andere Weise einfacher und schneller beschafft werden kann, in der Regel das Gutachten der genannten Organe des Handelsstandes einzuholen.

§ 4. Wird eine Eintragung abgelehnt, so sind die Gründe der Ablehnung mitzuteilen.

§ 5. Die Eintragungsverfügung hat den Wortlaut der Eintragung festzustellen; der Wortlaut der öffentlichen Bekanntmachung ist insoweit anzugeben, als ihr Inhalt von dem der Eintragung verschieden ist.

§ 6. Der Gerichtsschreiber hat die Eintragung in das Register zu bewirken und die verfügten Bekanntmachungen herbeizuführen.

§ 7. Die Beglaubigung von Abschriften der Eintragungen und der zum Register eingereichten Schriftstücke liegt dem Gerichtsschreiber ob.

Wird eine auszugsweise Abschrift erteilt, so sind bei der Beglaubigung die Vorschriften des Artikel 47, des Artikel 57 Abs. 3 und des Artikel 59 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit zu beobachten.

§ 8. Der Gerichtsschreiber hat das Register sowie die zum Register eingereichten Schriftstücke während der gewöhnlichen Dienststunden einem jeden auf Ersuchen zur Einsicht vorzulegen, ohne daß es einer richterlichen Anordnung bedarf.

---

§ 9. Für jede Firma werden nach den Vorschriften der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte besondere Akten gehalten.

Werden Urkunden, die zu dem Register einzureichen waren, zurückgegeben, so ist eine beglaubigte Abschrift zurückzubehalten. In der Abschrift können diejenigen Teile der Urkunde, welche für die Führung des Handelsregisters ohne Bedeutung sind, weggelassen werden; der Richter bestimmt den Umfang der Abschrift.

Ist die Urkunde in anderen der Vernichtung nicht unterliegenden Akten des Amtsgerichts enthalten, so genügt eine Verweisung auf die anderen Akten.

---

§ 10. Von dem Registergerichte sind bis zum 6. Dezember jeden Jahres das Blatt oder die Blätter zu bezeichnen, in denen außer im Reichsanzeiger während des nächsten Jahres die Bekanntmachung der Eintragungen in das Register erfolgen soll.

Der Gerichtsschreiber des Registergerichts hat von der erfolgten Bezeichnung bis zum 8. Dezember der Gerichtsschreiberei des Oberlandesgerichts unter Benutzung eines der Anlage I entsprechenden Formulars [1]) eine Anzeige zu erstatten. Dabei sind die einzelnen für die Bekanntmachungen bestimmten Blätter, außer bei der erstmaligen Erstattung der Anzeige, nur insoweit anzugeben, als in der Auswahl der Blätter gegenüber dem Vorjahr eine Aenderung eintritt. Soweit dies nicht der Fall ist, hat der Gerichtsschreiber einen entsprechenden Vermerk in das Formular aufzunehmen.

Der Gerichtsschreiber des Oberlandesgerichts hat die eingegangenen Anzeigen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit zu prüfen, die Beseitigung etwaiger Fehler und Lücken schleunigst herbeizuführen und die Anzeigen, in denen gemäß dem Abs. 2 einzelne für die Bekanntmachungen bestimmte Blätter angegeben sind, — im Jahre 1900 also die sämtlichen Anzeigen — bis zum 16. Dezember dem Reichs-Justizamte zu übermitteln. Damit hat er vom Dezember 1901 an die Anzeige zu verbinden, daß bezüglich der übrigen Registergerichte des Oberlandesgerichtsbezirkes eine Aenderung in der Wahl der Blätter nicht eingetreten ist.

---

§ 11. Die Veröffentlichung einer Eintragung ist zu veranlassen, sobald die Eintragung erfolgt ist und ohne daß eine andere Eintragung abgewartet werden darf.

§ 12. Auf eine leicht verständliche und knappe Fassung der öffentlichen Bekanntmachungen ist Bedacht zu nehmen.

Erfolgen mehrere Bekanntmachungen desselben Gerichts gleichzeitig, so sind sie thunlichst zusammenzufassen.

Der Bezeichnung des Gerichts ist eine Namensunterschrift nicht beizufügen. Ueberflüssige Absätze sind zu vermeiden. Die Spaltenüberschriften des Registers, die Unterschrift des Gerichtsschreibers, die Verfügung, durch welche die Eintragung angeordnet ist, die Geschäftsnummer sowie etwaige bei der Eintragung erfolgte Verweisungen auf andere Stellen des Registers oder auf Aktenstellen sind nicht zu veröffentlichen.

Die Bekanntmachung ist in jedem Blatte (§ 10) nur einmal zu bewirken; ihr Wortlaut ist vor der Absendung an die Blätter dem Richter zur Genehmigung vorzulegen.

---

§ 13. Die Bekanntmachung der Eintragung an den Antragsteller hat, soweit thunlich, unter Benutzung von Formularen zu erfolgen; die Ausfüllung der Formulare ist in der Regel von dem Gerichtsschreiber zu bewirken (Allg. Verfügung vom 5. April 1895 Nr. I — Just.-Minist.-Bl. S. 125).

Soweit nach den bestehenden Vorschriften die Zusendung durch die Post zu bewirken ist, sind zu den Bekanntmachungen regelmäßig Postkarten, auf deren Rückseite sich das Formular befindet, zu verwenden.

Der Gerichtsschreiber hat die Bekanntmachungen zu unterschreiben und in den Akten bei der gerichtlichen Verfügung zu vermerken, wem die Bekanntmachung zur Beförderung übergeben und wann die Uebergabe erfolgt ist.

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

§ 14. Gehört der Bezirk des Registergerichts zu dem Bezirk einer Handelskammer oder einer der im § 44 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 / 19. August 1897 (Gesetz-Samml. 1897 S. 355) bezeichneten kaufmännischen Korporationen, so ist diesen

1. von der Eintragung einer neuen Firma in das Register unter Bezeichnung des Ortes der Niederlassung oder des Sitzes der Gesellschaft und bei Einzelkaufleuten, offenen Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien unter Bezeichnung der Inhaber oder der persönlich haftenden Gesellschafter,
2. von der Aenderung einer eingetragenen Firma, der Inhaber oder der persönlich haftenden Gesellschafter sowie des Ortes der Niederlassung oder des Sitzes der Gesellschaft,
3. von dem Erlöschen einer Firma

durch den Gerichtsschreiber Mitteilung zu machen.

Die Mitteilung erfolgt nach dem Schlusse jedes Kalendervierteljahrs mittels Uebersendung von Listen nach den anliegenden Formularen.[1]) Gegebenenfalls ist eine Fehlanzeige zu übersenden.

Im unmittelbaren Anschluß an die Eintragung in das Register ist von dem Gerichtsschreiber ein Vermerk in den Listen zu machen.

Gehört der Bezirk des Registergerichts nur teilweise zu dem Bezirk einer Handelskammer oder einer der im Abs. 1 bezeichneten Korporationen, so ist der Umfang der Mitteilungen entsprechend zu beschränken.

---

§ 15. Gehört ein Ort oder eine Gemeinde (§ 30 des Handelsgesetzbuchs) zu den Bezirken verschiedener Registergerichte, so hat jedes Registergericht die an dem Orte oder in der Gemeinde bestehenden, in das Register eingetragenen Firmen, soweit es noch nicht geschehen ist, den anderen beteiligten Registergerichten mitzuteilen und diese von jeder entsprechenden neuen Eintragung sowie von jeder Aenderung und Löschung der Firmen unverzüglich zu benachrichtigen. Dies gilt auch dann, wenn der betreffende Ort zu mehreren Bundesstaaten gehört.

---

§ 16. Das Handelsregister besteht aus zwei Abteilungen.

In die Abteilung A werden eingetragen die Firmen der Einzelkaufleute, die offenen Handelsgesellschaften und die Kommanditgesellschaften.

In die Abteilung B werden eingetragen die Aktiengesellschaften, die Kommanditgesellschaften auf Aktien, die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und die in den §§ 33, 36 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten juristischen Personen.

---

§ 17. Für jede Abteilung wird ein besonderes Register nach den anliegenden Formularen[2]) angelegt.

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

[2]) Hier seien nur die Köpfe der Formulare wiedergegeben:

a) Formular für Abteilung A.

1.	2.	3.	4.
Nummer der Eintragung	Firma; Ort der Niederlassung; Sitz der Gesellschaft	Bezeichnung des Einzelkaufmanns oder der persönlich haftenden Gesellschafter	Prokura

Nummer der Firma			
5.	6.	7.	8.
Rechtsverhältnisse bei Einzelkaufleuten	Rechtsverhältnisse bei Handelsgesellschaften	Geschäftsnummer; Tag der Eintragung; Unterschrift	Bemerkungen

§ 18. Die Register werden in mehreren dauerhaft gebundenen Bänden geführt. Es ist dazu Papier der Verwendungsklasse 2a (vergl. die Allgemeine Verfügung vom 2. Januar 1892, betreffend das für den Amtsgebrauch anzuschaffende Papier — Just.-Minist.-Bl. S. 9) von einer Bogengröße von 46 × 56 cm zu verwenden.

Jeder Band einer Abteilung erhält entsprechend der Reihenfolge der Anlegung eine römische Ziffer und ist mit laufenden Seitenzahlen zu versehen.

§ 19. Die Eintragungen sind deutlich und ohne Abkürzungen zu schreiben; in dem Register darf nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden.

§ 20. Jede Firma ist unter einer in derselben Abteilung fortlaufenden Nummer in das Register einzutragen.

Für die eine Firma betreffenden Eintragungen sind zwei gegenüberstehende Seiten des Registers zu verwenden. Für spätere Eintragungen sind geeignetenfalls, insbesondere bei den in Abteilung B des Registers eingetragenen Gesellschaften und juristischen Personen, die erforderlichen Seiten freizulassen.

Wird die Firma geändert, ohne daß die übrigen Eintragungen eine wesentliche Aenderung erfahren, so ist dies in der Spalte, wo die bisherige Firma eingetragen war, zu vermerken. Andernfalls ist die neue Firma unter einer neuen Nummer an einer anderen Stelle des Registers einzutragen; dabei ist an dieser auf die bisherige Stelle und an der letzteren auf die neue Stelle zu verweisen.

§ 21. Jede Eintragung ist mit einer laufenden Nummer zu versehen und mittelst eines alle Spalten des Formulars durchschneidenden Querstrichs von der folgenden Eintragung zu trennen.

Erfolgen mehrere Eintragungen gleichzeitig, so erhalten sie nur eine laufende Nummer.

§ 22. Jeder Eintragung ist außer der Angabe des Tages der Eintragung und außer der Unterschrift des Gerichtsschreibers eine Verweisung auf die Stelle der Registerakten beizufügen, wo sich die zu Grunde liegende gerichtliche Verfügung befindet.

Die Eintragung ist unter Bezeichnung des Tages, an dem sie erfolgt ist, von dem Gerichtsschreiber in den Registerakten bei der gerichtlichen Verfügung zu vermerken.

§ 23. Aenderungen des Inhalts einer Eintragung, sowie Löschungen sind unter einer neuen laufenden Nummer in diejenige Spalte des Registers einzutragen, in welcher sich die zu ändernde oder zu löschende Eintragung befindet. Eine Eintragung, die durch eine spätere Eintragung ihre Bedeutung verloren hat, ist nach Maßgabe der Anordnung des Richters rot zu unterstreichen.

In die Abschriften aus dem Register sind die rot unterstrichenen Eintragungen

b) Formular für Abteilung B.

1.	2.	3.	4.	5.
Nummer der Eintragung	Firma und Sitz	Gegenstand des Unternehmens	Grund- oder Stamm-Kapital	Vorstand; persönlich haftende Gesellschafter; Geschäftsführer; Liquidatoren

Nummer der Firma

6.	7.	8.	9.	10.
Prokura	Gesellschaftsvertrag oder Satzung; Vertretungsbefugnis.	Auflösung; Konkurs; Fortsetzung; Nichtigkeit; Erlöschen der Firma	Geschäftsnummer; Tag der Eintragung; Unterschrift	Bemerkungen

nur aufzunehmen, soweit dies beantragt oder nach den Umständen angemessen ist.

§ 24. Schreibfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten, die in einer Eintragung vorkommen, sind neben dieser Eintragung in der Spalte „Bemerkungen" nach Maßgabe der Anordnung des Richters zu berichtigen. Die Berichtigung ist den Beteiligten bekannt zu machen. Die öffentliche Bekanntmachung kann unterbleiben, wenn die Berichtigung einen offenbar unwesentlichen Punkt der Eintragung betrifft.

§ 25. Erfolgt eine Eintragung auf Grund einer rechtskräftigen oder vollstreckbaren Entscheidung des Prozeßgerichts, so ist dies bei der Eintragung im Register zu vermerken. Wird die Entscheidung, auf Grund deren die Eintragung erfolgt ist, aufgehoben, so ist die Aufhebung in dieselbe Spalte des Registers einzutragen.

§ 26. Soll eine Eintragung von Amtswegen gelöscht werden, weil sie wegen Mangels einer wesentlichen Voraussetzung unzulässig war, so erfolgt die Löschung durch Eintragung des Vermerks „Von Amtswegen gelöscht".

§ 27. Wird die Hauptniederlassung eines Einzelkaufmanns oder der Sitz einer Handelsgesellschaft oder juristischen Person aus dem Bezirke des Registergerichts verlegt und besteht im Bezirke dieses Gerichts auch keine Zweigniederlassung, so sind bei der Eintragung der Verlegung in die Spalte 2 des Registers alle die Firma betreffenden Eintragungen rot zu unterstreichen.

§ 28. Sind bei den eine Firma betreffenden Eintragungen so zahlreiche Aenderungen eingetreten, daß durch die Eintragung der Aenderungen die Uebersichtlichkeit des Registers erheblich beeinträchtigt wird, so sind die noch gültigen Eintragungen unter einer neuen Nummer an eine andere Stelle des Registers zu übertragen; dabei ist an dieser auf die bisherige Nummer und Stelle und an der letzteren auf die neue Stelle zu verweisen.

Die Uebertragung ist den Beteiligten unter Mitteilung von dem Inhalte der neuen Eintragung bekannt zu machen.

Bestehen Zweifel über die Art oder den Umfang der Uebertragung, so sind die Beteiligten vorher zu hören.

II. Abteilung A des Registers.

§ 29. 1. In Spalte 1 ist die laufende Nummer der die Firma betreffenden Eintragungen anzugeben.

2. In Spalte 2 sind die Firma, der Ort der Niederlassung, der Sitz der Gesellschaft und die darauf sich beziehenden Aenderungen einzutragen. Ebendort finden die Vermerke über Zweigniederlassungen, auch wenn diese sich im Bezirke des Registergerichts befinden oder eine andere Firma als die Hauptniederlassung haben, sowie die Vermerke über das Vorhandensein einer Hauptniederlassung ihren Platz.

3. In Spalte 3 sind der Name, Vorname, Stand und Wohnort des Einzelkaufmanns oder der persönlich haftenden Gesellschafter anzugeben.

4. Die Spalte 4 dient zur Aufnahme aller die Prokura betreffenden Eintragungen; Name, Vorname und Wohnort der Prokuristen sind anzugeben.

5. In Spalte 5 sind die der Eintragung unterliegenden Rechtsverhältnisse bei Einzelkaufleuten, z. B. die Eröffnung des Konkurses sowie das Erlöschen ihrer Firma einzutragen.

Ebendort ist bei dem Erwerbe eines Handelsgeschäfts durch einen Einzelkaufmann im Falle der Fortführung der bisherigen Firma eine von den Vorschriften des § 25 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs abweichende Vereinbarung einzutragen.

6. In Spalte 6 ist zunächst zu vermerken, ob die eingetragene Gesellschaft eine offene Handelsgesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft ist.

Sodann sind hier die der Eintragung unterliegenden Rechtsverhältnisse bei den genannten Gesellschaften, z. B. der Zeitpunkt ihres Beginns, die Eröffnung des Konkurses, die Auflösung und Fortsetzung, das Erlöschen der Firma, der Eintritt und das Ausscheiden von Gesellschaftern, sowie die in § 125 Abs. 4 des Handelsgesetzbuchs erwähnten, die Vertretungsmacht der Gesellschafter betreffenden Verhältnisse und bei Kommanditgesellschaften der Name,

Vorname, Stand und Wohnort der Kommanditisten und der Betrag der Einlage eines jeden von ihnen nebst den darauf sich beziehenden Aenderungen einzutragen. Die Auflösung der Gesellschaft ist in dieser Spalte auch dann zu vermerken, wenn gleichzeitig ein Einzelkaufmann als neuer Inhaber der Firma eingetragen wird.

In Spalte 6 ist ferner bei dem Erwerb eines Handelsgeschäfts durch eine offene Handelsgesellschaft oder durch eine Kommanditgesellschaft im Falle der Fortführung der bisherigen Firma eine von den Vorschriften des § 25 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs abweichende Vereinbarung und bei Eintritt eines persönlich haftenden Gesellschafters oder eines Kommanditisten in das Geschäft eines Einzelkaufmanns im Falle der Fortführung der bisherigen Firma eine von den Vorschriften des § 28 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs abweichende Vereinbarung einzutragen.

In dieselbe Spalte sind die Personen der Liquidatoren unter der Bezeichnung als solche und unter Angabe des Namens, Vornamens, Standes und Wohnorts, die Bestimmung, daß sie einzeln handeln können, sowie die hierauf oder auf ihre Personen sich beziehenden Aenderungen einzutragen.

7. Die Spalte 7 ist zur Aufnahme der Verweisung auf die Registerakten, zur Angabe des Tages der Eintragung und für die Unterschrift des Gerichtsschreibers bestimmt.

8. Die Spalte 8 dient auch zu etwaigen Verweisungen auf spätere Eintragungen. Den Vermerken in dieser Spalte ist, wenn in keiner anderen Spalte gleichzeitig eine Eintragung erfolgt, das Datum und die Unterschrift des Gerichtsschreibers beizufügen.

---

§ 30. Wird bei dem Eintritt eines persönlich haftenden Gesellschafters oder eines Kommanditisten in das Geschäft eines Einzelkaufmanns oder bei dem Eintritt eines Gesellschafters in eine bestehende Gesellschaft die bisherige Firma nicht fortgeführt, so ist der Eintritt im Register bei der bisherigen Firma zu vermerken. Ebendort ist gegebenenfalls eine von den Vorschriften des § 28 Abs. 1 des Handelsgesetzbuchs abweichende Vereinbarung einzutragen.

Bei der neuen Firma ist der Eintritt in Spalte 6 des Registers zu vermerken.

An der bisherigen Stelle ist auf die neue Stelle und an dieser auf die bisherige Stelle in der Spalte „Bemerkungen" zu verweisen.

---

§ 31. Geht die Firma eines Einzelkaufmanns, einer offenen Handelsgesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf eine Handelsgesellschaft anderer Art oder auf eine juristische Person über, so ist die Firma in der Abteilung A des Registers zu löschen und in die Abteilung B des Registers einzutragen.

An der bisherigen Stelle ist auf die neue Stelle und an dieser auf die bisherige Stelle in der Spalte „Bemerkungen" zu verweisen.

III. Abteilung B des Registers.

§ 32. 1. Die Spalten 1, 2 der Abteilung B sind zu denselben Eintragungen wie die Spalten 1, 2 der Abteilung A zu verwenden.

2. In Spalte 3 sind der Gegenstand des Unternehmens und die darauf sich beziehenden Aenderungen anzugeben.

3. In Spalte 4 ist bei Aktiengesellschaften und bei Kommanditgesellschaften auf Aktien die Höhe des Grundkapitals, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Höhe des Stammkapitals anzugeben. Ebendort sind die Erhöhung oder die Herabsetzung des Grund- oder Stammkapitals und, soweit die Eintragung der darauf gerichteten Beschlüsse gesetzlich vorgeschrieben ist, auch diese einzutragen.

4. In Spalte 5 sind bei Aktiengesellschaften und juristischen Personen die Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter, bei Kommanditgesellschaften auf Aktien die persönlich haftenden Gesellschafter, bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Geschäftsführer und deren Stellvertreter mit Namen, Vornamen, Stand und Wohnort einzutragen. Ebendort und in gleicher Weise sind die Liquidatoren unter der Bezeichnung als solche einzutragen.

5. Die Spalte 6 dient zur Aufnahme

aller die Prokura betreffenden Eintragungen; Name, Vorname und Wohnort der Prokuristen sind anzugeben.

6. In Spalte 7 sind einzutragen:

a) die Art der eingetragenen Gesellschaft oder juristischen Person;

b) der Tag der Feststellung oder des Abschlusses des Gesellschaftsvertrags;

c) die besonderen Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung über die Zeitdauer der Gesellschaft oder des Unternehmens;

d) die Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung, welche die Befugnis der Mitglieder des Vorstandes, der persönlich haftenden Gesellschafter, der Geschäftsführer oder der Liquidatoren zur Vertretung der Gesellschaft oder juristischen Person abweichend von den gesetzlichen Vorschriften regeln;

e) die bei der Bestellung der Liquidatoren über ihre Vertretungsbefugnis getroffenen Bestimmungen, soweit diese von den gesetzlichen Vorschriften oder von den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung abweichen;

f) jede Aenderung in den Personen des Vorstandes, der persönlich haftenden Gesellschafter, der Geschäftsführer oder Liquidatoren, sowie jede Aenderung oder Beendigung der Vertretungsbefugnis einer dieser Personen, bei Aktiengesellschaften außerdem die von dem Aufsichtsrat auf Grund des § 232 Abs. 2 Satz 2 des Handelsgesetzbuchs getroffenen Anordnungen;

g) jede Aenderung des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung, soweit sie nicht die in den Spalten 2 bis 4 eingetragenen Angaben betrifft. Bei der Eintragung genügt, soweit nicht die Abänderung die einzutragenden Angaben betrifft, eine allgemeine Bezeichnung des Gegenstandes der Aenderung; dabei ist in der Spalte „Bemerkungen" auf die bei dem Gericht eingereichten Urkunden, sowie auf die Stelle der Registerakten, wo die Urkunden sich befinden, zu verweisen.

7. In Spalte 8 sind einzutragen:

die Auflösung;

die Eröffnung, Einstellung und Aufhebung des Konkurses, sowie die Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses;

die Fortsetzung der Gesellschaft;

die Beschlüsse über den Ausschluß der Liquidation in den Fällen der §§ 304, 306 des Handelsgesetzbuchs;

die Nichtigkeit der Gesellschaft;

das Erlöschen der Firma.

8. Die Verwendung der Spalten 9 und 10 richtet sich nach den Vorschriften über die Benutzung der Spalten 7 und 8 der Abteilung A.

---

§ 33. Urteile, durch die ein in das Register eingetragener Beschluß der Generalversammlung rechtskräftig für nichtig erklärt ist, sowie die gemäß § 144 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verfügte Löschung eines Beschlusses sind mittels eines Vermerkes, der den Beschluß als nichtig bezeichnet, in diejenigen Spalten des Registers einzutragen, in welche der Beschluß eingetragen war.

---

§ 34. Soll eine Aktiengesellschaft, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien oder eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung als nichtig gelöscht werden, so ist in der nach § 142 Abs. 2, § 144 Abs. 1 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit ergehenden Benachrichtigung, sofern der Mangel bis zur Löschung geheilt werden kann, auf diese Möglichkeit ausdrücklich hinzuweisen.

Die Löschung erfolgt durch Eintragung eines Vermerkes, der die Gesellschaft als nichtig bezeichnet. Das Gleiche gilt, wenn die Gesellschaft durch rechtskräftiges Urteil für nichtig erklärt ist.

---

§ 35. Bei dem Uebergang einer in Abteilung B eingetragenen Firma auf einen Einzelkaufmann, eine Handelsgesellschaft oder eine juristische Person ist die Firma an der bisherigen Stelle im Register zu löschen und unter einer anderen Nummer an einer neuen Stelle — und zwar im Falle des Ueberganges auf einen Einzelkaufmann, eine offene Handelsgesellschaft oder eine Kommanditgesellschaft in Abteilung A — einzutragen; dabei ist an jeder der beiden Stellen in der Spalte „Bemerkungen" auf die andere Stelle zu verweisen.

IV. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 36. Für die Firmen, welche vor dem 1. Januar 1900 eingetragen sind, werden die bisherigen Register bis auf weiteres fortgeführt. Neue Eintragungen bei diesen Firmen erhalten, wenn sie in den bisherigen Registern erfolgen, an der nach den bisherigen Vorschriften dafür bestimmten Stelle ihren Platz.

Im Falle der Löschung einer in die bisherigen Register eingetragenen Firma ist von den Registergerichten, bei denen bisher ein besonderes Prokurenregister geführt wurde, in diesem zugleich das Erlöschen der für die erloschene Firma eingetragenen Prokuren zu vermerken.

§ 37. Auf eine allmähliche Uebertragung der vor dem 1. Januar 1900 eingetragenen Firmen in die neuen Register ist thunlichst Bedacht zu nehmen. In diese sind die bisherigen Eintragungen nur insoweit aufzunehmen, als es zur Darstellung des bei der Vornahme der Uebertragung vorhandenen Rechtszustandes erforderlich ist. Ist von dem Inhaber des Handelsgeschäfts eine Prokura erteilt, so ist diese, auch wenn sie in eine besondere Abteilung des bisherigen Registers eingetragen war, bei Uebertragung der Firma in die neuen Register mit zu übertragen.

In dem bisherigen Register ist auf die Stelle des neuen Registers, wohin die Uebertragung erfolgt ist, und an dieser Stelle in der Spalte „Bemerkungen" auf die Nummer und Stelle der bisherigen Eintragung zu verweisen. Diese ist in allen Spalten rot zu unterstreichen.

§ 38. Die Uebertragung ist mit der Angabe, in welcher Art und in welchem Umfange sie bewirkt werden soll, von dem Richter zu verfügen und von dem Gerichtsschreiber zu bewirken. Dieser hat den Uebertragungsvermerk in der Spalte „Bemerkungen" unter Angabe des Tages der Uebertragung zu unterschreiben.

§ 39. Die Uebertragung in die neuen Register muß erfolgen, wo nach den bisherigen Vorschriften eine Uebertragung an eine andere Stelle des Registers zu bewirken war. Sie ist in der Regel auch dann zu veranlassen, wenn bei einer vor dem 1. Januar 1900 eingetragenen Firma eine neue Eintragung erfolgen soll.

§ 40. Eine öffentliche Bekanntmachung der Uebertragung findet nicht statt. Ist gleichzeitig eine neue Eintragung bewirkt, so bewendet es hinsichtlich ihrer bei den allgemeinen Vorschriften über die öffentliche Bekanntmachung.

Die Uebertragung ist den Beteiligten unter Mitteilung von dem Inhalte der neuen Eintragung bekannt zu machen.

Bestehen Zweifel über die Art oder den Umfang der Uebertragung, so sind die Beteiligten vorher zu hören.

§ 41. Wird im Geltungsbereiche des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche für das vormalige Königreich Hannover vom 5. Oktober 1864 eine vor dem 1. Januar 1900 eingetragene Firma, bei der eine Abweichung von dem ehelichen Güterrecht im Register vermerkt war, in das neue Register übertragen oder eine derartige Firma als solche eines Minderkaufmanns im bisherigen Register gelöscht, so ist in diesem bei der Uebertragung oder Löschung anzugeben, daß dadurch der Vermerk über die Abweichung von dem ehelichen Güterrechte nicht betroffen ist. Dieser Vermerk ist nicht rot zu unterstreichen.

§ 42. Eintragungen, die den Güterstand einer vor dem 1. Januar 1900 geschlossenen Ehe betreffen, sind nach Anhörung der Beteiligten von Amtswegen zu löschen, wenn das Registergericht von der Auflösung der Ehe zuverlässige Kenntnis erhält.

§ 43. Nach dem 1. Januar 1900 ist unverzüglich auf die Anmeldung derjenigen Firmen hinzuwirken, die abweichend von dem bisherigen Rechte künftig in das Register einzutragen sind.

Ebenso ist die alsbaldige Löschung derjenigen Eintragungen herbeizuführen, die auf Grund des bisherigen Landrechts bewirkt, in Zukunft aber unzulässig sind.

Endlich ist alsbald zu veranlassen, daß die bestehenden Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien, deren

Firma aus Personennamen zusammengesetzt ist und nicht erkennen läßt, daß eine Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien die Inhaberin ist, eine dem § 20 des Handelsgesetzbuchs entsprechende Bezeichnung in die Firma aufnehmen.

§ 44. Dem Registergerichte der Hauptniederlassung ist die Eintragung einer Zweigniederlassung, auch wenn sie vor dem 1. Januar 1900 erfolgt ist, behufs Eintragung eines entsprechenden Vermerkes mitzuteilen. Die Mitteilung unterbleibt, wenn die Errichtung der Zweigniederlassung bereits in dem Register der Hauptniederlassung vermerkt und dies dem Registergerichte der Zweigniederlassung bekannt ist.

§ 45. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Allgemeine Verfügung vom 8. November 1899 über die Führung des Genossenschaftsregisters.

In Ergänzung der vom Bundesrate beschlossenen, vom Reichskanzler durch Bekanntmachung vom 1. Juli 1899 (Reichs-Gesetzbl. S. 347) veröffentlichten Bestimmungen über die Führung des Genossenschaftsregisters wird folgendes angeordnet:

Artikel 1.

Die Obliegenheiten des Richters und des Gerichtsschreibers bei der Führung des Genossenschaftsregisters bestimmen sich nach den Vorschriften der §§ 1, 2, des § 3 Satz 1, der §§ 6 bis 8, des § 12 Absatz 4, des § 13 der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899 über die Führung des Handelsregisters (Just.-Minist.-Bl. S. 313).

Diese Vorschriften finden auf die Führung der Liste der Genossen entsprechende Anwendung.

Artikel 2.

Das Genossenschaftsregister wird nach dem nachstehend abgedruckten Formulare[1])

[1]) Hier sei nur der Kopf des Formulars wiedergegeben.

1.	2.	3.	4.	5.
Nummer der Eintragung	Firma und Sitz	Gegenstand des Unternehmens	Bei Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht; Haftsumme; höchste Zahl der Geschäftsanteile	Vorstand; Liquidatoren

Nummer der Genossenschaft .....

6.	7.	8.	9.
a) Statut; b) Form der Bekanntmachungen; c) Zeitdauer; d) Geschäftsjahr; e) Form für die Willenserklärungen des Vorstandes und der Liqui- f) Vertretungsbefugnis [datoren;	Auflösung; Konkurs; Fortsetzung; Nichtigkeit	Geschäftsnummer; Tag der Eintragung; Unterschrift des Gerichtsschreibers	Bemerkungen

geführt. Als Blatt (§ 12 Abs. 2 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899) gelten zwei gegenüberstehende Seiten des Registers.

Auf die Führung finden die §§ 18 bis 21, der § 22 Abs. 2 und die §§ 23, 25, 28 der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899 entsprechende Anwendung.

Artikel 3.

1. In Spalte 1 ist die laufende Nummer der die Genossenschaft betreffenden Eintragungen anzugeben.

2. In Spalte 2 sind die Firma (einschließlich der voll auszuschreibenden zusätzlichen Bezeichnung über die Art der Haftung), der Sitz der Genossenschaft und die darauf sich beziehenden Aenderungen einzutragen. Ebendort finden die Vermerke über die Zweigniederlassungen sowie die Vermerke über das Vorhandensein einer Hauptniederlassung (§ 19 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899) ihren Platz.

3. In Spalte 3 sind der Gegenstand des Unternehmens und die darauf sich beziehenden Aenderungen anzugeben.

4. In Spalte 4, die nur bei Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht zur Ausfüllung kommen kann, sind die Höhe der Haftsumme und im Falle des § 134 des Genossenschaftsgesetzes die höchste Zahl der Geschäftsanteile aufzunehmen, auf welche ein Genosse sich beteiligen kann. Eine Erhöhung oder Herabsetzung der Haftsumme ist gleichfalls hier einzutragen.

5. In Spalte 5 sind die Mitglieder des Vorstandes und deren Stellvertreter unter Angabe des Familiennamens, Vornamens, Berufs und Wohnorts einzutragen. Ebendort und in gleicher Weise sind die Liquidatoren unter der Bezeichnung als solche einzutragen.

6. In Spalte 6 sind einzutragen:

a) das Datum des Statuts;

b) die Form, in welcher die von der Genossenschaft ausgehenden Bekanntmachungen erfolgen, sowie die öffentlichen Blätter, in welche dieselben aufzunehmen sind;

c) die Zeitdauer der Genossenschaft, falls dieselbe auf eine bestimmte Zeit beschränkt ist;

d) das Geschäftsjahr, falls es, abgesehen von dem ersten, auf ein mit dem Kalenderjahre nicht zusammenfallendes Jahr oder auf eine kürzere Dauer als auf ein Jahr bemessen ist;

e) die etwaige Bestimmung des Statuts über die Form, in welcher der Vorstand seine Willenserklärung kundgiebt und für die Genossenschaft zeichnet, sowie die bei der Bestellung von Liquidatoren getroffene Bestimmung über die Form der Willenserklärung und die Zeichnung (§ 20 Abs. 3 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899), desgleichen etwaige Aenderungen dieser Bestimmungen;

f) jede Aenderung in den Personen des Vorstandes oder der Liquidatoren, sowie die Beendigung der Vertretungsbefugnis des Vorstandes oder der Liquidatoren.

Ferner ist in Spalte 6 einzutragen jede Aenderung des Statuts (§§ 16, 17 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899), soweit sie nicht in den Spalten 2 bis 4 eingetragenen Angaben betrifft.

Jeder Eintragung in Spalte 6 ist derjenige kleine lateinische Buchstabe voranzustellen, mit welchem vorstehend, sowie in der Ueberschrift der Spalte der Gegenstand bezeichnet ist, auf den die Aenderung sich bezieht.

7. In Spalte 7 sind einzutragen:

die Auflösung;

die Eröffnung, Einstellung und Aufhebung des Konkursverfahrens, sowie die Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses;

die Fortsetzung der Genossenschaft;

die Nichtigkeit der Genossenschaft.

8. Die Spalte 8 ist zur Aufnahme der Verweisung auf die Registerakten, zur Angabe des Tages der Eintragung und für die Unterschrift des Gerichtsschreibers bestimmt (§ 14 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899).

9. Die Spalte 9 dient auch zu etwaigen Verweisungen auf spätere Eintragungen. Den Vermerken in dieser Spalte ist, wenn in keiner anderen Spalte gleichzeitig eine Eintragung erfolgt, das Datum sowie die Unterschrift des Gerichtsschreibers beizufügen.

10. Soll ein Beschluß der Generalversammlung als nichtig gelöscht werden (§ 23 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899), so erfolgt die Eintragung des den Beschluß als nichtig bezeichnenden Vermerkes

in derselben Spalte, in welcher der Beschluß eingetragen ist.

Artikel 4.

Von der Bestimmung der Blätter für die Bekanntmachungen aus dem Genossenschaftsregister (§ 5 der Bekanntmachung vom 1. Juli 1899) ist dem Reichs-Justizamt in der im § 10 der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899 bezeichneten Weise Mitteilung zu machen.

Artikel 5.

Bei der Fassung der Bekanntmachungen sind die im § 12 Abs. 1 bis 3 der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899 gegebenen Anweisungen zu beachten.

Artikel 6.

Gehört ein Ort oder eine Gemeinde (§ 3 Abs. 2 des Genossenschaftsgesetzes) zu den Bezirken verschiedener Registergerichte, so hat jedes Registergericht die Firmen der an dem Orte oder in der Gemeinde bestehenden eingetragenen Genossenschaften, soweit dies noch nicht geschehen ist, den anderen beteiligten Registergerichten mitzuteilen und diese von jeder entsprechenden neuen Eintragung sowie von jeder Aenderung und Löschung der Genossenschaften unverzüglich zu benachrichtigen. Dies gilt auch dann, wenn der betreffende Ort zu mehreren Bundesstaaten gehört.

Artikel 7.

Für die Genossenschaften, welche vor dem 1. Januar 1900 eingetragen sind, werden die bisherigen Register bis auf weiteres fortgeführt. Neue Eintragungen bei diesen Genossenschaften erhalten, wenn sie in den bisherigen Registern erfolgen, an der nach den bisherigen Vorschriften dafür bestimmten Stelle ihren Platz.

Die Uebertragung der vor dem 1. Januar 1900 eingetragenen Genossenschaften in die neuen Register erfolgt unter entsprechender Anwendung der §§ 37 bis 40 der Allgemeinen Verfügung vom 7. November 1899.

Artikel 8.

Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Allgemeine Verfügung vom 11. Dezember 1899 über die Führung des Schiffsregisters.

I. Allgemeines.

§ 1. Die Anzeigen, welche sich auf die Eintragung des Schiffes in das Schiffsregister, die Veränderungen in den eingetragenen Thatsachen und Rechtsverhältnissen (§ 13 des Flaggengesetzes vom 22. Juni 1899, § 126 des Gesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt) oder die Löschung des Schiffes im Register beziehen, bedürfen keiner besonderen Form; sie können zum Protokolle des Gerichtsschreibers erfolgen.

§ 2. Die Bearbeitung der Registersachen, insbesondere die Eintragung des Schiffes in das Register, die Ausstellung und Erteilung der Schiffs-Certifikate und der Schiffsbriefe sowie die Aushändigung der Schiffsmeßbriefe ist zu beschleunigen.

§ 3. Die Obliegenheiten des Richters und des Gerichtsschreibers bei der Führung des Schiffsregisters und bei den auf die Eintragungen bezüglichen Verhandlungen sowie in betreff der Vorlegung des Registers bestimmen sich, soweit nicht durch Reichsgesetz oder durch Artikel 29 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit besondere Anordnungen getroffen sind, nach den für das Handelsregister geltenden Vorschriften.

Der Richter hat die im § 8 dieser Verfügung und im § 164 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung erwähnten Bescheinigungen und Zeugnisse auszustellen.

Wird eine Erklärung, welche der im § 107 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbar-

keit vorgeschriebenen Form bedarf, vor dem Registergericht abgegeben, so ist das Protokoll von dem Richter aufzunehmen.

§ 4. Die Entgegennahme eines auf eine Eintragung gerichteten Antrags oder Ersuchens, sowie die Beurkundung des Zeitpunkts, in welchem der Antrag oder das Ersuchen bei dem Registergericht eingeht, sollen, wenn der Antrag oder das Ersuchen in Ansehung eines Pfandrechts an einem Schiffe gestellt wird, nur durch die mit der Führung des Registers über das betreffende Schiff beauftragten Beamten, und zwar entweder durch den Richter oder durch den Gerichtsschreiber, erfolgen.

Bezieht sich der Antrag oder das Ersuchen auf mehrere Schiffe, in Ansehung deren die Führung des Registers verschiedenen Beamten obliegt, so kann die Entgegennahme oder die Beurkundung durch jeden dieser Beamten erfolgen.

§ 5. Der nach § 120 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf eine Urkunde über die Pfandforderung zu setzende Vermerk ist von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

§ 6. Die Eintragungen in das Register sind, auch soweit sie sich nicht auf Pfandrechte beziehen, den im § 121 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit bezeichneten Personen bekannt zu machen. Auf die Bekanntmachung kann verzichtet werden.

Die Bekanntmachung ist von dem Richter zu verfügen und von dem Gerichtsschreiber unter seiner Unterschrift herbeizuführen. Der Gerichtsschreiber hat bei der gerichtlichen Verfügung zu vermerken, wem die Bekanntmachung zur Beförderung übergeben und wann die Uebergabe erfolgt ist.

Eine öffentliche Bekanntmachung der Eintragungen findet nicht statt.

§ 7. Wird eine Eintragung abgelehnt, so sind die Gründe der Ablehnung mitzuteilen.

§ 8. Das Gericht hat auf Verlangen eine Bescheinigung darüber zu erteilen, daß bezüglich des Gegenstandes einer Eintragung weitere Eintragungen nicht vorhanden sind, oder daß eine bestimmte Eintragung nicht erfolgt ist.

§ 9. In die Abschriften aus dem Register sind die rot unterstrichenen Eintragungen nur aufzunehmen, soweit dies beantragt oder nach den Umständen angemessen ist.

Soll eine beglaubigte Abschrift nur von einem Teile des Registerblatts erteilt werden, so sind in die Abschrift diejenigen Eintragungen aufzunehmen, welche den Gegenstand betreffen, auf den sich die Abschrift beziehen soll. In dem Beglaubigungsvermerk ist der Gegenstand anzugeben und zu bezeugen, daß weitere den Gegenstand betreffende Eintragungen in dem Register nicht enthalten sind.

§ 10. Für jedes Schiff werden nach den Vorschriften der Geschäftsordnung für die Gerichtsschreibereien der Amtsgerichte besondere Akten gehalten.

Werden Urkunden, auf die eine Eintragung sich gründet oder Bezug nimmt, zurückgegeben, so ist eine beglaubigte Abschrift zurückzubehalten. In der Abschrift können diejenigen Teile der Urkunde, welche für die Führung des Schiffsregisters ohne Bedeutung sind, weggelassen werden; der Richter bestimmt den Umfang der Abschrift.

Ist die Urkunde in anderen, der Vernichtung nicht unterliegenden Akten des Amtsgerichts enthalten, so genügt eine Verweisung auf die anderen Akten.

§ 11. Im Falle der Verlegung des Heimatshafens oder des Heimatsorts aus dem Registerbezirke sind der neuen Registerbehörde außer dem Schiffs-Certifikat oder dem Schiffsbrief und außer einer beglaubigten Abschrift des Registerinhalts auch die Registerakten zu übersenden.

Ist mit der Verlegung des Heimatshafens oder des Heimatsorts ein Eigentumswechsel verbunden, so hat das bisherige Registergericht die Eintragung des neuen Eigentümers zu bewirken und diese nicht der neuen Registerbehörde zu überlassen.

§ 12. Die Schiffsregister werden in einem oder mehreren dauerhaft gebundenen Bänden geführt. Es ist dazu Papier der Verwendungsklasse 2a (vergl. die Allge-

meine Verfügung vom 2. Januar 1892, betreffend das für den Amtsgebrauch anzuschaffende Papier, — Just.-Minist.-Bl. S. 9) von einer Bogengröße von 46 × 56 cm zu verwenden.

Jeder Band des Seeschiffsregisters und des Binnenschiffsregisters erhält entsprechend der Reihenfolge der Anlegung eine römische Ziffer und ist mit laufenden Seitenzahlen zu versehen.

---

§ 13. Jedes Schiff erhält ein besonderes Blatt, jedes Blatt eine besondere Ordnungsnummer. Diese bestimmt sich nach der Reihenfolge der unter fortlaufender Zahl zu bewirkenden Eintragungen.

---

§ 14. Die Eintragungen sind deutlich und ohne Abkürzungen zu schreiben; in dem Register darf nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden.

Eine Eintragung, die durch eine spätere Eintragung ihre Bedeutung verloren hat, ist nach Maßgabe der Anordnung des Richters rot zu unterstreichen.

---

§ 15. Schreibfehler und ähnliche offenbare Unrichtigkeiten, die in einer Eintragung vorkommen, sind nach Maßgabe der Anordnung des Richters in derselben Spalte zu berichtigen. Die Berichtigung ist den Beteiligten bekannt zu machen und baldthunlichst auf den Schiffsurkunden zu vermerken.

---

§ 16. Jeder Eintragung ist außer der Angabe des Tages der Eintragung und außer der Unterschrift des Richters und des Gerichtsschreibers eine Verweisung auf die Stelle der Registerakten beizufügen, wo sich die zu Grunde liegende Verfügung befindet.

Die Eintragung ist unter Bezeichnung des Tages, an dem sie erfolgt ist, von dem Gerichtsschreiber in den Registerakten bei der gerichtlichen Verfügung zu vermerken.

---

§ 17. Zur Bezeichnung der Berechtigten sind im Register anzugeben:

1. bei natürlichen Personen der Name (Vorname, Familienname), der Stand, der Beruf sowie der Wohnort und, soweit diese Angaben nicht thunlich oder nicht ausreichend sind, andere die Berechtigten deutlich kennzeichnende Merkmale;
2. bei Handelsgesellschaften, bei eingetragenen Genossenschaften und juristischen Personen anderer Art die Firma oder der Name und der Sitz.

Außerdem sind bei der Eintragung der Reeder in das Seeschiffsregister die Vorschriften des § 7 Nr. 5 des Flaggengesetzes zu beachten.

II. Seeschiffsregister.

§ 18. Die Führung des Seeschiffsregisters wird den Amtsgerichten in Memel, Königsberg i. Pr., Elbing, Danzig, Stettin, Kiel, Altona, Itzehoe, Schleswig, Flensburg, Harburg, Geestemünde und Emden für diejenigen Amtsgerichtsbezirke übertragen, für welche das Schiffsregister bisher bei ihnen geführt wurde.

Außerdem wird die Führung des Seeschiffsregisters

für den Bezirk des Amtsgerichts in Bergen a. Rügen dem Amtsgericht in Stralsund,

für die an dem Dortmund-Ems-Kanale belegenen Amtsgerichtsbezirke dem Amtsgericht in Emden,

für die am Rheine belegenen, zu den Landgerichtsbezirken Cleve, Düsseldorf und Duisburg gehörigen Amtsgerichtsbezirke dem Amtsgericht in Düsseldorf,

für die übrigen am Rheine belegenen Amtsgerichtsbezirke dem Amtsgericht in Köln

übertragen.

Im übrigen wird das Seeschiffsregister, unbeschadet der Vorschrift des § 6 Abs. 2 Satz 1 des Flaggengesetzes, von dem Amtsgerichte geführt, zu dessen Bezirke der Hafen gehört, von welchem aus, als dem Heimatshafen, die Seefahrt mit dem Schiffe betrieben werden soll.

---

§ 19. Das Seeschiffsregister wird nach dem anliegenden Formular[1]) eingerichtet.

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

§ 20. In Spalte 1 ist außer dem Namen, den das Schiff zur Zeit der Eintragung führt, auch der etwaige frühere Name anzugeben, wenn das Schiff unter diesem Namen vorher in das Register einer deutschen Registerbehörde eingetragen war. Erhält das Schiff nach seiner Eintragung einen anderen Namen, so ist auch dieser Name in Spalte 1 zu vermerken.

Die das Unterscheidungssignal bildenden vier Buchstaben sind unmittelbar unter dem Worte „Unterscheidungssignal" einzutragen.

§ 21. In Spalte 2 ist die Gattung des Schiffes mit den für die Bezeichnung üblichen Ausdrücken anzugeben. Erfährt die Gattung des Schiffs eine Veränderung, so ist auch die neue Gattung in Spalte 2 zu vermerken.

§ 22. In Spalte 3 sind die Ergebnisse der Vermessung auf Grund des Schiffsmeßbriefs nach Maßgabe der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. November 1899, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum § 25 des Flaggengesetzes (Just.-Minist.-Bl. S. 741) einzutragen. Das Datum des Meßbriefs und die Behörde, die ihn ausgestellt hat, sind anzugeben.

Hat die Vermessung im Inlande noch nicht stattfinden können, so ist das Wort „amtlichen" in der Spaltenübersicht zu streichen.

Wird das Schiff demnächst einer amtlichen Vermessung im Inland unterzogen, so ist auf ihr in Spalte 10 einzutragendes Ergebnis durch einen Vermerk in Spalte 3 hinzuweisen.

Ein entsprechender Vermerk ist in Spalte 3 aufzunehmen, wenn eine wiederholte amtliche Vermessung zu einem von der früheren amtlichen Vermessung abweichenden Ergebnisse geführt hat.

§ 23. In Spalte 4 ist auch die Werft, auf der das Schiff gebaut ist, anzugeben.

Sind Zeit und Ort der Erbauung nicht ohne unverhältnismäßige Weiterungen zu ermitteln, so genügt eine allgemeine Angabe mit der Bemerkung, daß die betreffende Thatsache nicht festgestellt sei.

§ 24. In Spalte 5 ist der Hafen einzutragen, von welchem aus, als dem Heimatshafen, die Seefahrt mit dem Schiffe betrieben werden soll.

Erhält das Schiff später einen anderen im Bezirke des Registergerichts belegenen Heimatshafen, so ist auch dieser in Spalte 5 anzugeben.

Liegt der neue Heimatshafen in einem anderen Registerbezirke, so ist bei der neuen Eintragung auch der frühere Heimatshafen in Spalte 5 zu vermerken; die neue Eintragung erfolgt von Amtswegen.

§ 25. In Spalte 6 ist der Korrespondentreeder gemäß § 17 zu bezeichnen. Ist ein Korrespondentreeder nicht vorhanden, so ist der obere Teil der Spalte durch einen wagerechten Strich auszufüllen. Wird später ein Korrespondentreeder bestellt, so ist er in dem unteren Teile der Spalte einzutragen. Tritt ein Wechsel in der Person des Korrespondentreeders ein oder erfahren die zur Bezeichnung des Korrespondentreeders eingetragenen Angaben eine Veränderung, so ist ein entsprechender Vermerk in Spalte 6 aufzunehmen.

§ 26. Die Spalte 7 ist außer zur Angabe des Tages der Eintragung auch zur Aufnahme der Verweisung auf die Registerakten bei der Eintragung des Schiffes bestimmt. War das Schiff schon vorher in das Register einer deutschen Registerbehörde eingetragen, so ist in Spalte 7 auch die frühere Eintragung zu vermerken.

§ 27. Die Spalte 8 dient zur Darstellung der zur Zeit der Eintragung des Schiffes vorhandenen Eigentumsverhältnisse und ist für die Unterschriften des Richters und des Gerichtsschreibers bei der Eintragung des Schiffes bestimmt.

Die Unterspalte a ist nur auszufüllen, wenn eine Reederei besteht. In diesem Falle erhält jeder Mitreeder eine fortlaufende Nummer. Gehören zu den Mitreedern offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften oder Kommanditgesellschaften auf Aktien, so ist den Namen der persönlich haftenden Gesellschafter eine besondere Nummer nicht beizufügen.

In der Unterspalte b ist der Name und die nähere Bezeichnung der Reeder gemäß den Vorschriften des § 17 einzutragen. Dem Namen der natürlichen Per-

sonen ist die Bezeichnung als „deutscher Reichsangehöriger" beizufügen.

In Unterspalte c ist bei einer Reederei die Größe der den einzelnen Mitreedern gehörenden Schiffsparten in Form eines Bruches zu vermerken. Verringert sich später die Größe einer Schiffspart, so ist unter der bisherigen Eintragung die dem Mitreeder noch gehörende Schiffspart anzugeben.

In Unterspalte d ist der Rechtsgrund, auf welchem die Erwerbung des Schiffes beruht, und bei einer Reederei neben der in der Unterspalte b erfolgten Bezeichnung jedes Mitreeders der Rechtsgrund, auf welchem die Erwerbung seiner Schiffspart beruht, unter Bezeichnung der darüber beigebrachten Urkunden einzutragen.

---

§ 28. In Spalte 9 sind die Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen einzutragen. Jede Eintragung erhält eine fortlaufende Nummer. In Unterspalte b ist auf die Stelle der durch die Aenderung betroffenen früheren Eintragung hinzuweisen. Die Ausfüllung der Unterspalten c bis e hat bei dem Uebergange des Eigentums an einem Schiffe oder an einer Schiffspart nach den Vorschriften über die Ausfüllung der Spalte 8 zu erfolgen. Andere Aenderungen in den die Eigentumsverhältnisse betreffenden eingetragenen Thatsachen, z. B. Aenderungen des Namens oder des Wohnorts eines Reeders, sind in Unterspalte c einzutragen.

Verliert der Eigentümer einer Schiffspart die Reichsangehörigkeit oder geht eine im Eigentum eines Reichsangehörigen stehende Schiffspart in anderer Weise als durch Veräußerung (Handelsgesetzbuch § 503) auf einen Ausländer über, so ist, wenn die Schiffsparten der übrigen Mitreeder wenigstens zwei Dritteile des Schiffes umfassen, der Zeitpunkt des Verlustes oder des Ueberganges sowie die nunmehrige Staatsangehörigkeit des Eigentümers der Schiffspart in Spalte 9 bei der Eintragung der Veränderung zu vermerken.

---

§ 29. In Spalte 10 sind die Veränderungen der in den Spalten 1 bis 3, 5 und 6 eingetragenen Thatsachen, auch wenn in diesen Spalten selbst die Veränderungen vermerkt werden, einzutragen. Jede Eintragung erhält eine fortlaufende Nummer. In der Unterspalte b ist auf die Stelle der durch die Aenderung betroffenen früheren Eintragung hinzuweisen. Bei der Eintragung einer amtlichen Vermessung ist die Vorschrift des § 2 Abs. 3 der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum § 25 des Flaggengesetzes, zu beachten.

---

§ 30. In Spalte 11 ist bei der Löschung des Schiffes im Register auch deren Grund anzugeben. In dieselbe Spalte ist bei der Verlegung des Heimatshafens aus dem Registerbezirk außer der Verlegung ein Vermerk, durch den das Registerblatt geschlossen wird, einzutragen.

Sind Pfandrechte eingetragen, so sind die Pfandgläubiger, deren Aufenthalt bekannt ist, von der beabsichtigten Löschung unter Bestimmung einer angemessenen Frist zur Geltendmachung eines Widerspruchs zu benachrichtigen. Die Löschung darf erst nach dem Ablaufe der Frist erfolgen.

---

§ 31. In Spalte 12 werden die Pfandrechte an dem Schiffe eingetragen; die Vorschriften über die Eintragungen in die dritte Abteilung des Grundbuchs finden entsprechende Anwendung.

In Unterspalte c ist, wenn eine Reederei besteht, bei jeder Eintragung anzugeben, ob sich das Pfandrecht auf das ganze Schiff oder nur auf eine Schiffspart erstreckt; im letzteren Falle ist die Schiffspart zu bezeichnen.

In Unterspalte d ist auch die Löschung der eingetragenen Veränderungen durch Eintragung eines entsprechenden Vermerkes zu bewirken.

Ueber jeder Eintragung in den Unterspalten d und e ist anzugeben, auf welche andere Eintragung sie sich bezieht.

Die Unterspalte c dient auch zur Eintragung des Versteigerungsvermerkes, die Unterspalte e auch zur Löschung dieses Vermerkes.

---

§ 32. Die Oberlandesgerichtspräsidenten bestimmen für die Registergerichte des Oberlandesgerichtsbezirkes, wie viele Seiten bei der Einrichtung des Seeschiffsregisters je für die Spalten 8, 9, 10 und 11, 12 des Registers zu verwenden sind.

---

§ 33. Auf Antrag des Reeders kann, wenn gleichzeitig eine Veränderung in den Spalten 9 oder 10 des Registers eingetragen werden soll, das Schiff auf ein anderes Blatt unter einer neuen Ordnungsnummer übertragen werden. Die Uebertragung ist von Amtswegen zu bewirken, wenn das bisherige Registerblatt unübersichtlich geworden ist. Sie darf immer nur dann erfolgen, wenn das Schiffs-Certifikat eingereicht oder die Einreichung behufs Ausstellung eines neuen Certifikats nicht erforderlich ist (§ 43).

Bei der Uebertragung ist das bisherige Registerblatt unter Hinweis auf die Ordnungsnummer, unter der das Schiff von neuem eingetragen wird, durch Eintragung eines Vermerkes in Spalte 11 zu schließen. In Spalte 7 des neuen Blattes ist auf die frühere Eintragung zu verweisen und die Uebereinstimmung des Inhalts des neuen Blattes mit dem Inhalte des bisherigen Blattes zu bescheinigen.

Gelöschte Eintragungen werden in das neue Blatt insoweit übernommen, als dies zum Verständnisse der noch gültigen Eintragungen erforderlich erscheint; im übrigen sind aus der Spalte 12 nur die Nummern der Eintragungen, mit dem Vermerke „Gelöscht" zu übernehmen. Ein früherer Name und ein früherer Heimatshafen des Schiffes sind mit zu übertragen.

III. Binnenschiffsregister.

§ 34. Das Binnenschiffsregister wird nach dem anliegenden Formular[1]) eingerichtet.

---

§ 35. In Spalte 1 sind der Name, die Nummer oder sonstige Merkzeichen des Schiffes, sowie dessen Gattung und Material einzutragen. In Ansehung des Namens und der Nummer finden die Vorschriften des § 20 Abs. 1, in Ansehung der Gattung die Vorschriften des § 21 Anwendung.

Die Eintragung des Namens ist nur für den Fall vorgeschrieben, daß das Schiff einen solchen führt; eine Verpflichtung zur Beilegung eines Namens besteht nicht.

---

§ 36. In Spalte 2 sind die Tragfähigkeit des Schiffes und bei Dampfschiffen und sonstigen Schiffen mit eigener Triebkraft die Stärke des Motors einzutragen. Der Inhalt der Eintragung ist aus den bei der Anmeldung des Schiffes glaubhaft zu machenden Angaben der Beteiligten, insbesondere aus den Meßbriefen, Aichscheinen oder Dampfkessel-Revisions-Attesten sowie aus sonstigen Bescheinigungen der zuständigen Behörden oder auch der Erbauer zu entnehmen. Bei der Eintragung ist auf die ihr zu Grunde liegende Urkunde unter Angabe ihres Ausstellers und ihres Datums Bezug zu nehmen.

Bei Veränderungen in der Tragfähigkeit des Schiffes oder in der Stärke des Motors ist durch einen Vermerk in Spalte 2 auf die betreffende Eintragung in Spalte 8 hinzuweisen.

---

§ 37. Die Verwendung der Spalte 3 richtet sich nach den Vorschriften des § 23.

---

§ 38. In Spalte 4 ist der Ort, von dem aus die Schiffahrt mit dem Schiffe betrieben wird, einzutragen. Die Vorschriften des § 24 Abs. 2, 3 finden entsprechende Anwendung.

---

§ 39. Die Spalte 5 ist zu den im § 26 bestimmten Eintragungen zu verwenden.

---

§ 40. Auf die Eintragungen in Spalte 6 finden die Vorschriften des § 27 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1, 2, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 5, auf die Eintragungen in die Spalten 7 bis 10 finden die Vorschriften des § 28 Abs. 1, des § 29 Satz 1 bis 3, sowie der §§ 30, 31, auf die Uebertragung des Schiffes auf ein anderes Blatt finden die Vorschriften des § 33 entsprechende Anwendung.

---

§ 41. Die Oberlandesgerichtspräsidenten bestimmen für die Registergerichte des Oberlandesgerichtsbezirkes, wie viele Seiten bei der Einrichtung des Binnenschiffsregisters je für die Spalten 6, 7, 8 und 9, 10 des Registers zu verwenden sind.

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

IV. Schiffsurkunden.

§ 42. Die Einrichtung des Schiffs-Certifikats, des beglaubigten Auszugs aus dem Schiffs-Certifikat und der Flaggenzeugnisse ergiebt sich aus der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum § 25 des Flaggengesetzes.

Bei Binnenschiffen erfolgt die Einrichtung des Schiffsbriefs nach dem anliegenden Formular.[1])

Die Urkunden sind unter dem Siegel oder dem Stempel des Amtsgerichts und unter der Unterschrift des Richters auszufertigen: Lack ist zu dem Siegel nicht zu verwenden. Werden mehrere Bogen zu einem Schiffs-Certifikate verwendet, so sind sie mit schwarz-weiß-roter Seide zu heften und sind die Enden mit dem Ausfertigungssiegel festzulegen.

Ist nach der Erteilung des Schiffs-Certifikats oder des Schiffsbriefs eine Eintragung in die Spalten 9, 10 oder 12 des Seeschiffsregisters oder in die Spalten 7, 8 oder 10 des Binnenschiffsregisters erfolgt, so ist die Eintragung in dem Certifikat oder in dem Schiffsbrief auf den darin für die betreffenden Eintragungen freigelassenen Seiten unter dem Siegel oder dem Stempel des Amtsgerichts und unter der Unterschrift des Richters zu vermerken. Die Vermerke sind hinter einander in der Weise einzutragen, daß die Urkunde nirgends eine Lücke aufweist.

---

§ 43. Ein neues Schiffs-Certifikat, ein neuer Auszug aus dem Schiffs-Certifikat oder ein neuer Schiffsbrief darf außer im Falle des § 15 Abs. 3 des Flaggengesetzes nur dann ausgestellt werden, wenn das frühere Certifikat, der frühere Auszug oder der frühere Schiffsbrief eingereicht oder der Verlust glaubhaft gemacht ist. Die eingereichten Urkunden sind unbrauchbar zu machen; der Verlust ist bei der Erteilung des neuen Certifikats, des neuen Auszugs oder des neuen Schiffsbriefs in dem Ausfertigungsvermerke kurz zu erwähnen.

In den neu auszustellenden Urkunden sind nur die zur Zeit der Ausfertigung vorhandenen thatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse zur Darstellung zu bringen.

Wird das Schiff auf ein anderes Blatt unter einer neuen Ordnungsnummer übertragen (§§ 33, 40), so ist ein neues Certifikat oder ein neuer Schiffsbrief und gegebenenfalls ein neuer Auszug aus dem Schiffs-Certifikate nach Maßgabe der Vorschrift des Abs. 2 auszustellen.

Die Erteilung eines neuen Certifikats oder Schiffsbriefs und die Erteilung eines Auszugs aus dem Certifikat ist auf dem Deckel der Registerakten unter Hinweis auf die betreffende Stelle der Akten zu vermerken.

Wird ein Schiff in dem Binnenschiffsregister gelöscht, so ist der Schiffsbrief unbrauchbar zu machen.

---

§ 44. Ist das Schiffs-Certifikat, der Auszug aus dem Certifikat oder der Schiffsbrief unbrauchbar zu machen, so geschieht dies in der Weise, daß die Urkunden mit Einschnitten versehen werden.

Die unbrauchbar gemachten Urkunden sind bei den Registerakten aufzubewahren.

---

§ 45. Die den Registergerichten von dem Kaiserlichen Schiffsvermessungsamte zugehenden Schiffsmeßbriefe sind mit den von dem Schiffsvermessungsamte gleichfalls übersandten beglaubigten Abschriften der Meßbriefe zu vergleichen und nach Feststellung der Uebereinstimmung dem Reeder oder dessen Vertreter auszuhändigen.

Fehlt die Uebereinstimmung, so hat das Registergericht zunächst je nach der Verschiedenheit der Fälle entweder mit dem Schiffsvermessungsamt in Verbindung zu treten oder selbst die Abschrift mit einem Berichtigungsvermerke zu versehen.

---

§ 46. Das Registergericht hat auf den von dem Kaiserlichen Schiffsvermessungsamt übersandten Schiffsmeßbriefen und bei Binnenschiffen auf den von den Beteiligten eingereichten Meßbriefen oder Aichscheinen vor der Aushändigung der Urkunden die Eintragung des Schiffes in das Register zu bescheinigen. In der Bescheinigung

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

sind außer der Ordnungsnummer und dem Datum der Eintragung bei Seeschiffen das Unterscheidungssignal und der Heimatshafen, bei Binnenschiffen der Heimatsort anzugeben.

Die Bescheinigung ist von dem Richter zu unterschreiben; der Unterschrift ist der Stempel des Amtsgerichts beizufügen.

§ 47. Ist außer dem Schiffs-Certifikat ein Auszug aus dem Schiffs-Certifikat erteilt, und hat die Einreichung dieser Urkunden zu erfolgen, so empfiehlt es sich, beide Urkunden nicht gleichzeitig von den Beteiligten zu erfordern, sondern mit der Einforderung des Auszugs zu warten, bis das Certifikat wieder ausgehändigt ist.

V. Uebergangs- und Schlußbestimmungen.

§ 48. Für die Schiffe, welche vor dem 1. Januar 1900 in das Register eingetragen sind, werden die bisherigen Register fortgeführt.

Soweit diese Register für weitere Eintragungen Raum gewähren, sind sie auch nach dem 1. Januar 1900 zu Eintragungen zu verwenden. Bei dem Seeschiffsregister können die Oberlandesgerichtspräsidenten Ausnahmen hiervon für die Registergerichte des Oberlandesgerichtsbezirkes gestatten.

---

§ 49. Bei den Eintragungen in die bisherigen Register sind deren Spalten unter entsprechender Anwendung der Vorschriften der §§ 20 bis 31, des § 33 und der §§ 35 bis 40 auszufüllen. Zur Aufnahme der im § 25 bezeichneten Eintragungen dient die Spalte 6 des bisherigen Seeschiffsregisters.

In dem Falle des § 48 Abs. 2 Satz 1 sind in der Ueberschrift der Spalte 3 des bisherigen Seeschiffsregisters die Worte „und Bauart des Schiffes" zu streichen, und es ist die Ueberschrift der Spalte 4 je nach Lage des Falles durch die Ueberschrift „Ergebnisse der amtlichen Vermessung" oder „Ergebnisse der Vermessung" zu ersetzen. In der bisherigen Spalte 1 sind die das Unterscheidungssignal bildenden vier Buchstaben unter dem Namen des Schiffes mit der Ueberschrift „Unterscheidungssignal" zu vermerken.

---

§ 50. Die bisherigen Bände des Seeschiffsregisters und des Binnenschiffsregisters sind je nach der Reihenfolge ihrer Anlegung mit Ziffern zu bezeichnen; die nach dem 1. Januar 1900 neu angelegten Bände sind mit den entsprechenden folgenden Ziffern zu versehen.

Bei der ersten nach dem 1. Januar 1900 erfolgenden Eintragung eines Schiffes erhält das Blatt die auf die letzte vorher eingetragene Ordnungsnummer folgende Zahl als Ordnungsnummer.

---

§ 51. Die bisher in der Provinz Hannover von den Amtsgerichten der Heimatshäfen geführten Duplikate des Seeschiffsregisters sind nicht weiter zu führen. Der § 2 der Allgemeinen Verfügung vom 14. August 1879, betreffend die Führung des Schiffsregisters in der Provinz Hannover (Just.-Minist.-Bl. S. 241), wird aufgehoben.

---

§ 52. Die bei den Amtsgerichten vorhandenen älteren Schiffsbriefsformulare sind zunächst aufzubrauchen.

---

§ 53. Die Gerichte haben den Bedarf an Formularen der Schiffs-Certifikate, der beglaubigten Auszüge aus dem Schiffs-Certifikat und der Schiffsbriefe von der Reichsdruckerei gegen Erstattung der Kosten unmittelbar zu beziehen.

Für das Schiffs-Certifikat werden in der Reichsdruckerei fünf verschiedene Formularbogen A, B, C, D und E hergestellt.

Der Bogen A entspricht der in der Bekanntmachung des Reichskanzlers, betreffend die Ausführungsbestimmungen zum § 25 des Flaggengesetzes, vorgeschriebenen Form.

Der Bogen B unterscheidet sich von dem Bogen A dadurch, daß auf der zweiten Seite das Schlußattest der ausfertigenden Behörde fehlt und daß die letzten beiden Seiten zur Eintragung von Pfandrechten bestimmt sind. Die erste Seite des Bogens C entspricht der zweiten Seite des Bogens A, die übrigen Seiten des Bogens C sind zu der Eintragung von Veränderungen bestimmt. Die Bogen B und C sind hiernach stets gemeinschaftlich und zwar der Bogen C als Einlagebogen zum Bogen B zu verwenden; sie sind zu benutzen, wenn der auf der zweiten Seite

des Bogens A vorhandene Raum zur Aufführung aller Mitreeder nicht ausreicht.

Gewähren auch die zweite Seite des Bogens B und die erste Seite des Bogens C zusammen für die Eintragung der Mitreeder nicht genügenden Raum, so ist der Bogen D als Einlagebogen zwischen den Bogen B und C zu verwenden. Der Bogen D ist auf den beiden ersten Seiten zur Eintragung der Mitreeder, auf den beiden letzten Seiten zur Eintragung von Veränderungen bestimmt.

Der Bogen E dient lediglich zur Eintragung von Pfandrechten und ist, wenn zu deren Eintragung auf den Bogen A oder B nicht genügender Raum vorhanden ist, als Anhängebogen zu benutzen.

---

§ 54. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Allgemeine Verfügung vom 5. Februar 1900 über die allgemeine Beeidigung von Sachverständigen für gerichtliche Angelegenheiten.

Auf Grund des § 86 des Ausführungsgesetzes zum Deutschen Gerichtsverfassungsgesetze (Gesetz-Samml. von 1899 S. 277) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Auswahl der als Sachverständige für gerichtliche Angelegenheiten im allgemeinen zu beeidigenden Personen geschieht durch den Landgerichtspräsidenten.

Die Beeidigung auch für solche Gutachten, welche von anderen Gerichten als denen des Landgerichtsbezirkes gefordert werden, bedarf der Genehmigung des Oberlandesgerichtspräsidenten. Soll sich die Beeidigung auf die von Gerichten mehrerer Oberlandesgerichtsbezirke zu fordernden Gutachten erstrecken, so hat der Oberlandesgerichtspräsident die Entscheidung des Justizministers einzuholen.

Der Oberlandesgerichtspräsident kann die Auswahl von Sachverständigen für einen beschränkten Kreis von Angelegenheiten, zu deren Beurteilung eine besondere Kenntnis der örtlichen Verhältnisse erforderlich ist, insbesondere für Schätzungen und Begutachtungen in landwirtschaftlichen Angelegenheiten, dem aufsichtführenden Richter eines Amtsgerichts übertragen.

---

§ 2. Die Auswahl (§ 1) erfolgt von Amtswegen ohne Rücksicht auf etwaige Anträge. Vor der Auswahl sind Erkundigungen nach der Zuverlässigkeit und Sachkunde der zu beeidigenden Person einzuziehen.

Besteht für die Interessenten an den Angelegenheiten, für welche die Beeidigung erfolgen soll, eine staatlich geordnete Vertretung (Handelskammer oder sonstige kaufmännische Korporation, Landwirtschaftskammer, Gewerbekammer, Aerztekammer u. dergl.), so ist diese zu hören. Inwieweit freie Vereinigungen der Interessenten zu hören sind, bleibt dem Ermessen des Landgerichtspräsidenten überlassen. Im Falle eines Bedürfnisses nach der allgemeinen Beeidigung von Sachverständigen sind die bezeichneten Vertretungen, geeignetenfalls auch die Vereinigungen, um den Vorschlag befähigter Personen zu ersuchen.

Die Vorschriften des Abs. 2 finden im Falle des § 1 Abs. 3 keine Anwendung.

Unmittelbare Staatsbeamte dürfen nur mit Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde als Sachverständige im allgemeinen beeidigt werden.

---

§ 3. Die Beeidigung erfolgt in der Regel für die von den Gerichten des Landgerichtsbezirkes zu fordernden Gutachten. Im Falle des Bedürfnisses kann sie auch für Gutachten vor den Gerichten eines weiteren oder eines engeren Bezirkes erfolgen.

Die Beeidigung kann von dem Landgerichtspräsidenten einem Mitgliede des Landgerichts oder des Amtsgerichts, in dessen Bezirke der Sachverständige seinen Wohnsitz hat, übertragen werden.

Im Falle des § 1 Abs. 3 erfolgt die Beeidigung durch den aufsichtführenden Amtsrichter und nur für die von dem Amtsgerichte zu fordernden Gutachten.

---

§ 4. Der Eid ist von dem Sachverständigen dahin zu leisten:

> daß er die von einem Gericht im Bezirke des Landgerichts in ..... von ihm zu fordernden Gutachten über ..... unparteiisch und nach bestem Wissen und Gewissen erstatten werde.

In der Eidesformel ist hinter dem Worte „über" der Kreis der Angelegenheiten, für welche die Beeidigung erfolgt, zu bezeichnen. Erfolgt die Beeidigung nicht für die Gutachten vor den Gerichten eines Landgerichtsbezirkes, so ist die Formel entsprechend abzuändern.

§ 5. Vor der Beeidigung ist dem Sachverständigen zu eröffnen:

daß er durch die Beeidigung die Eigenschaft eines öffentlich bestellten Sachverständigen nicht erlange, daß vielmehr nur bei seiner Vernehmung im Einzelfalle nach dem Ermessen des Gerichts statt der Eidesleistung die Berufung auf den allgemeinen Eid genüge;

daß es ihm freistehe, sich „für die Gerichte des Landgerichtsbezirkes .... (oder für die sonstigen der Beeidigung entsprechenden Gerichte) beeidigter Sachverständiger" zu nennen.

Ferner hat sich der Sachverständige vor der Beeidigung zu verpflichten:

daß er sich der Bezeichnung als gerichtlicher oder als gerichtlich bestellter oder beeidigter Sachverständiger ohne Angabe des Bezirkes, für den die Beeidigung erfolgt ist, nicht bedienen,

daß er etwaige Veränderungen seines Wohnsitzes zu den Akten unverzüglich anzeigen,

und

daß er im Falle seiner Streichung in der Sachverständigenliste den ihm erteilten Ausweis über seine Beeidigung unverzüglich zu den Akten zurückreichen und die ihm nach Abs. 1 gestattete Bezeichnung unterlassen werde.

§ 6. Ueber die Beeidigung ist ein Protokoll aufzunehmen, welches die Eidesformel (§ 4), die Eröffnung (§ 5 Abs. 1) und die Verpflichtung (§ 5 Abs. 2) ihrem Wortlaute nach zu enthalten hat.

Der Sachverständige erhält eine beglaubigte Abschrift des Protokolls als Ausweis über seine Beeidigung.

§ 7. Bei jedem Gerichte wird ein nach den einzelnen Angelegenheiten geordnetes Verzeichnis der im allgemeinen beeidigten Sachverständigen geführt. Aenderungen, welche die Person des Sachverständigen betreffen, insbesondere eine Verlegung der Wohnung oder des Wohnsitzes, sind nachzutragen. Der Landgerichtspräsident hat von der Beeidigung sowie von jeder in dem Verzeichnisse des Landgerichts vorgenommenen Nachtragung oder Streichung den Gerichten, für welche die Beeidigung erfolgt ist, Kenntnis zu geben.

Die Einsicht des Verzeichnisses ist jedem gestattet eine Veröffentlichung der Eintragungen findet nicht statt.

§ 8. Der Name des Sachverständigen ist in den Verzeichnissen zu streichen:

1. im Falle des Todes des Sachverständigen;
2. auf Antrag des Sachverständigen;
3. wenn sich der Sachverständige als unzuverlässig erweist oder wenn sich erhebliche Bedenken gegen seine Sachkunde ergeben.

Die Streichung kann erfolgen, wenn der Sachverständige den Wohnsitz an einen Ort außerhalb des Bezirkes verlegt, für den er beeidigt ist, oder wenn er sich eine ihm nicht gestattete Bezeichnung (§ 5) beilegt.

Die Streichung erfolgt auf Anordnung des Landgerichtspräsidenten, im Falle des § 1 Abs. 3 des aufsichtführenden Amtsrichters.

Die Streichung auf Grund des Abs. 1 Nr. 3 sowie auf Grund des Abs. 2 soll nur nach Anhörung des Sachverständigen erfolgen.

Die Richter und die Staatsanwälte haben Wahrnehmungen, welche eine Streichung zu begründen geeignet sind, der zuständigen Stelle (Abs. 3) mitzuteilen.

§ 9. Nach Streichung des Sachverständigen ist dessen Ausweis (§ 6 Abs. 2) zurückzufordern. Wird der Ausweis nicht zurückgegeben, so ist die Streichung durch Aushang und, abgesehen von dem Falle des § 8 Abs. 1 Nr. 1, durch Einrückung in öffentliche Blätter bekannt zu machen. Im übrigen findet eine Veröffentlichung der Streichung nicht statt.

§ 10. Auf die allgemeine Beeidigung eines Dolmetschers (§ 191 Abs. 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes) finden, sofern er nicht auf Grund der Dolmetscherordnung vom 18. Dezember 1899 (Just.-Minist.-Bl. S. 856) ernannt oder bestellt wird,

der § 1 Abs. 1, 2, der § 2 Abs. 1, 4, der § 3 Abs. 1, 2 und die §§ 4 bis 9 entsprechende Anwendung.

Der Eid ist von dem Dolmetscher dahin zu leisten:

> daß er, wenn er als Dolmetscher von einem Gericht im Bezirke des Landgerichts in ..... zugezogen werde, die Verhandlungen und Schriftstücke aus der ..... Sprache oder in diese Sprache treu und gewissenhaft übertragen werde.

Für die Beeidigung eines Dolmetschers zur Verhandlung mit tauben oder stummen Personen ist die Eidesformel entsprechend zu ändern.

Vor der allgemeinen Beeidigung eines Dolmetschers hat der Landgerichtspräsident an den Regierungspräsidenten (für den Stadtkreis Berlin an den Oberpräsidenten) die Anfrage zu richten, ob gewünscht werde, daß die Beeidigung gemäß den §§ 10, 11 der Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung (Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 25. März 1899, Reichs-Gesetzbl. S. 225) auf die Standesämter erstreckt werde, und für den Fall der Bejahung und Bezeichnung der betreffenden Standesämter zu ersuchen. In diesem Falle sind, wenn der zu beeidigende Sachverständige einverstanden ist, die Standesämter in die Eidesformel mit aufzunehmen. Beglaubigte Abschrift des Beeidigungsprotokolls ist dem Regierungspräsidenten (für den Stadtkreis Berlin dem Oberpräsidenten) mit dem Ersuchen um Benachrichtigung der betreffenden Standesämter zu übersenden.

---

§ 11. Eine Bestellung oder Ernennung von Sachverständigen durch die Justizbehörde findet nicht mehr statt.

Auf die zur Zeit vorhandenen, von Justizbehörden bestellten, ernannten oder im allgemeinen beeidigten Sachverständigen finden die §§ 7 bis 9 dieser Verfügung entsprechende Anwendung.

---

§ 12. Diese Verfügung tritt am 1. April 1900 in Kraft.

---

§ 13. Die Vorschriften, nach welchen andere Behörden zuständig sind, Sachverständige im allgemeinen zu beeidigen (vgl. z. B. § 42 Abs. 1 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 / 19. August 1897, Gesetz-Samml. 1897 S. 355), bleiben unberührt.

Allgemeine Verfügung vom 25. September 1899, betreffend die Gestattung des mündlichen Verhandelns vor Gericht in Gemäßheit des § 157 Abs. 4 der C.P.O.

Auf Grund des § 157 Abs. 4 der Civilprozeßordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Erlaubnis zum mündlichen Verhandeln vor Gericht ist von der Justizverwaltung nur zu erteilen, soweit ein Bedürfnis vorliegt.

Die Erteilung erfolgt für ein Amtsgericht, ausnahmsweise auch für zwei oder mehrere benachbarte Amtsgerichte desselben Landgerichtsbezirkes.

Zuständig für die Erteilung der Erlaubnis ist der Landgerichtspräsident.

---

§ 2. Gesuche um Gestattung des mündlichen Verhandelns sind mit einem selbstverfaßten und selbstgeschriebenen Lebenslaufe bei dem aufsichtführenden Richter des Amtsgerichtes einzureichen. Dieser

übersendet das Gesuch, nach Anhörung der Ortspolizeibehörde und geeignetenfalls nach Anstellung weiterer Ermittelungen, mit einer gutachtlichen Aeußerung über die Bedürfnisfrage und über die Person des Gesuchstellers dem Landgerichtspräsidenten. Ist der aufsichtführende Richter nicht Prozeßrichter, so ist eine Aeußerung des letzteren beizufügen.

§ 3. Personen, denen das mündliche Verhandeln vor Gericht gestattet ist, sind im dienstlichen Verkehr als Prozeßagenten zu bezeichnen.

§ 4. Macht ein Richter des Amtsgerichts Wahrnehmungen, die geeignet sind, Zweifel an der Befähigung oder an der Zuverlässigkeit eines Prozeßagenten zu begründen, so hat er hiervon durch Vermittelung des aufsichtführenden Amtsrichters dem Landgerichtspräsidenten Anzeige zu machen.

§ 5. Die Erlaubnis kann jederzeit zurückgenommen werden. Die Zurücknahme darf nicht aus dem Grunde erfolgen, weil das bei der Erteilung der Erlaubnis vorhandene Bedürfnis später weggefallen ist.

Zuständig für die Zurücknahme der Erlaubnis ist der Landgerichtspräsident.

Die Untersagung des Gewerbebetriebs (§ 35 Abs. 2 der Gewerbeordnung) hat den Wegfall der Erlaubnis von selbst zur Folge.

§ 6. Gegen die Entscheidung des Landgerichtspräsidenten (§ 1 Abs. 3, § 5 Abs. 2) findet Beschwerde im Aufsichtswege an den Oberlandesgerichtspräsidenten statt; dieser entscheidet endgültig.

§ 7. Die Erteilung der Erlaubnis (§ 1) und ihre Zurücknahme (§ 5) sind durch das Regierungs-Amtsblatt bekannt zu machen und der Ortspolizeibehörde mitzuteilen.

§ 8. Die im § 2 bezeichneten Gesuche können vom 1. Oktober d. J. ab gestellt werden.

Allgemeine Verfügung vom 28. November 1899 über das Verfahren bei Entmündigungen wegen Geisteskrankheiten oder wegen Geistesschwäche.

B.G.B. § 6 Nr. 1. — C.P.O. §§ 645 bis 679.

I. Thätigkeit der Staatsanwaltschaft.

§ 1. Die Staatsanwaltschaft hat darüber zu wachen, daß beim Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen (§ 2) die Entmündigung eines der Fürsorge bedürftigen Geisteskranken oder Geistesschwachen erfolgt, und daß Personen, bezüglich deren die bezeichneten Voraussetzungen nicht gegeben sind, nicht entmündigt werden, daß auch eine Entmündigung beim Wegfall ihres Grundes wieder aufgehoben wird.

Zu diesem Zwecke hat die Staatsanwaltschaft selbständig die geeigneten Anträge zu stellen und von einem auf Antrag eines anderen Berechtigten eingeleiteten Verfahren fortlaufend Kenntnis zu nehmen.

§ 2. Entmündigt kann werden, wer infolge von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag (Bürgerliches Gesetzbuch § 6 Nr. 1). Unter Angelegenheiten sind nicht nur Vermögensangelegenheiten, sondern die gesamten Lebensverhältnisse, z. B. auch die Sorge für die eigene Person, die Sorge für Angehörige, die Erziehung der Kinder u. dgl., zu verstehen.

Aus einem anderen als dem bezeichneten Grunde darf die Entmündigung nicht erfolgen, insbesondere nicht lediglich aus polizeilichen Rücksichten oder im ausschließlichen Interesse anderer Personen.

§ 3. Die von den Vorstehern öffentlicher und privater Irrenanstalten eingehenden Anzeigen über die Aufnahme Geisteskranker und Geistesschwacher sind einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen. Auch eine solche Anzeige hat die Staats-

anwaltschaft in den etwa zu ihrer Kenntnis gelangenden Fällen von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche zu erwägen, ob Anlaß zu einer Entmündigung vorliegt.

Sämtliche Justizbehörden werden angewiesen, in den zu ihrer Kenntnis gelangenden Fällen von Geisteskrankheit oder von Geistesschwäche, in welchen sie den Anlaß zu einer Entmündigung als gegeben erachten, dem zuständigen Ersten Staatsanwalte Mitteilung zu machen.

Die Staatsanwaltschaft hat nötigenfalls die zur Entschließung über die Stellung des Entmündigungsantrags erforderlichen Ermittelungen ihrerseits anzustellen.

---

§ 4. Die Stellung des Antrags auf Entmündigung kann ausgesetzt werden, wenn der Geisteskranke oder Geistesschwache noch nicht als unheilbar erkannt ist, insbesondere wenn eine baldige Genesung zu erwarten steht. Dies gilt auch von den in Irrenanstalten untergebrachten Personen. Jedoch darf der Antrag nicht verzögert werden, wenn die Besorgnis einer sachlich nicht gerechtfertigten Beschränkung der persönlichen Freiheit durch Unterbringung in einer Anstalt obwaltet.

---

§ 5. Sind andere Antragsberechtigte (Civilprozeßordnung § 646 Abs. 1) im Inlande vorhanden, so hat die Staatsanwaltschaft, wenn nicht Gefahr im Verzuge obwaltet, zunächst zu ermitteln, ob einer von diesen zur Stellung des Antrags bereit ist, und nur, wenn dies der Fall ist oder die Antragstellung ungebührlich verzögert wird, selbst den Antrag zu stellen.

---

§ 6. Ist die Entmündigung von der Staatsanwaltschaft beantragt, so hat diese das Verfahren zu betreiben, sich fortlaufend von dem Gange der Sache in Kenntnis zu erhalten, die der Sachlage entsprechenden Anträge zu stellen und nötigenfalls von den zulässigen Rechtsmitteln Gebrauch zu machen. Sie hat auch thunlichst den Terminen, insbesondere dem Termine zur Vernehmung des zu Entmündigenden beizuwohnen, sofern es sich nicht um die Entmündigung einer in einer öffentlichen Anstalt untergebrachten Person handelt, deren Geisteskrankheit oder Geistesschwäche unbedenklich als vorhanden angenommen werden kann.

---

§ 7. Ist die Entmündigung von einem anderen Berechtigten beantragt, so hat die Staatsanwaltschaft, sobald sie davon, sei es durch Mitteilung des Gerichts (§ 11), sei es auf andere Weise Kenntnis erhält, die Sachlage, nötigenfalls unter Einsicht der Akten, zu prüfen und sachdienliche Anträge, insbesondere über Art und Umfang der Beweisaufnahme, zu stellen, wenn dies nach ihrer im § 1 bezeichneten Aufgabe angemessen erscheint.

Ob es zweckmäßig ist, daß ein Vertreter der Staatsanwaltschaft den Terminen beiwohnt, ist nach Lage des Einzelfalls und unter Rücksichtnahme auf die etwa dadurch den Parteien zur Last fallenden Reisekosten zu entscheiden.

Vor der Beschlußfassung des Gerichts über die Entmündigung hat die Staatsanwaltschaft sich in jedem Falle gutachtlich zu äußern; die Aeußerung ist binnen einer Woche nach Vorlegung der Akten (§ 13) zu erstatten.

Wird der Antrag zurückgenommen, so hat die Staatsanwaltschaft nötigenfalls durch Stellung eines neuen Antrags dem Verfahren Fortgang zu geben, falls sie die Voraussetzungen der Entmündigung als gegeben erachtet.

---

§ 8. Erachtet die Staatsanwaltschaft die Anordnung einer vorläufigen Vormundschaft (Bürgerliches Gesetzbuch § 1906) im Interesse des zu Entmündigenden für geboten, so hat diese bei dem Vormundschaftsgericht in Anregung zu bringen und im Falle einer ablehnenden Entscheidung geeignetenfalls die Beschwerde einzulegen (Reichsgesetz über die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarkeit § 57 Nr. 2).

---

§ 9. Von jedem über eine Entmündigung ergehenden Beschlusse hat die Staatsanwaltschaft sofort nach der Zustellung (Civilprozeßordnung § 659) dem Vorsteher der Anstalt, in welcher der zu Entmündigende untergebracht ist, Nachricht zu geben und ihm den Namen des etwa bestellten vorläufigen Vormundes zu bezeichnen.

---

§ 10. Erfolgt in einer Entmündigungssache die Ueberweisung der Ver-

handlung und Entscheidung an ein Amtsgericht, dessen Sitz in einem anderen Landgerichtsbezirke liegt (Civilprozeßordnung §§ 650, 651), so sind die Akten an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben.

II. Thätigkeit des Gerichts.

§ 11. Das Gericht hat der Staatsanwaltschaft Mitteilung zu machen:

1. von der Einleitung des Entmündigungsverfahrens;
2. von einer nach §§ 650, 651 der Civilprozeßordnung erfolgten Ueberweisung der Verhandlung und Entscheidung an ein anderes Gericht;
3. von allen Terminen und zwar so zeitig, daß die Teilnahme eines Vertreters der Staatsanwaltschaft in dem Termine möglich ist.

Auch von wichtigen Vorkommnissen im Laufe eines Entmündigungsverfahrens ist der Staatsanwaltschaft Kenntnis zu geben.

Außerdem muß nach § 656 Abs. 1 der Civilprozeßordnung die Staatsanwaltschaft gehört werden, bevor über die Unterbringung des zu Entmündigenden in einer Heilanstalt Entscheidung getroffen wird.

§ 12. Die Mitteilungen (§ 11) erfolgen, wenn die Staatsanwaltschaft sich am Sitze des Amtsgerichts befindet, in allen Fällen, im übrigen, soweit es ohne Verzögerung der Sache möglich ist, durch Vorlegung der Akten, sonst durch Benachrichtigungsschreiben des Richters.

Die Staatsanwaltschaft kann auch in anderen als den im § 11 bezeichneten Fällen von den Akten Einsicht nehmen und aus ihnen Abschriften erteilen lassen.

§ 13. Erachtet das Gericht die Ermittelungen für abgeschlossen, so hat es vor der Beschlußfassung über den Antrag auf Entmündigung die Akten der Staatsanwaltschaft zur Aeußerung (§ 7 Abs. 3) vorzulegen.

§ 14. Bei den Ermittelungen in Entmündigungssachen wird den Amtsgerichten die Beachtung nachstehender Punkte empfohlen:

1. mündlich von Sachverständigen abgegebene Gutachten sind vollständig, nicht bloß ihrem Ergebnisse nach und nicht bloß insoweit, als der Richter dies für die Erlangung seiner persönlichen Ueberzeugung erforderlich hält, zu den Akten festzustellen;
2. die Wahl der Sachverständigen ist in erster Linie auf solche Personen zu richten, welche auf dem Gebiete der Irrenheilkunde den Ruf besonderer Erfahrung besitzen. Sind solche Personen nicht zu erreichen, so ist die Wahl, wenn möglich, auf einen Kreisphysikus (Kreisarzt) oder wenigstens auf einen zu diesem Amte geprüften Arzt zu richten;
3. den Sachverständigen ist die Ladung zu dem Termine so zeitig zuzustellen, daß sie sich, wenn nötig, schon vorher durch Besuche, Nachfragen oder sonst über den Geisteszustand des zu Entmündigenden ein sicheres Urteil bilden können. Eine Frist von sechs Wochen wird in den meisten Fällen hierzu ausreichen. Zu demselben Zwecke ist den Sachverständigen auch, soweit dies angängig, Einsicht in die Akten zu gestatten;
4. die Vernehmung des zu Entmündigenden erfolgt in der Regel an seinem Wohnort oder seinem Aufenthaltsorte, geeignetenfalls in der Wohnung oder der Anstalt;
5. unterbleibt die persönliche Vernehmung des zu Entmündigenden (Civilprozeßordnung § 654 Abs. 3), so ist der Grund hierfür aktenkundig zu machen.

§ 15. Abschrift eines jeden in einer Entmündigungssache erstatteten schriftlichen oder mündlich abgegebenen und zu den Akten festgestellten Gutachtens ist mit möglichster Beschleunigung dem Regierungspräsidenten einzusenden. Dem Gutachten ist eine Abschrift des Protokolls über die persönliche Vernehmung des zu Entmündigenden oder des Vermerkes über die Gründe, aus denen die Vernehmung unterblieben ist (§ 14 Nr. 5), beizufügen.

§ 16. Wegen der Teilnahme eines Abgeordneten oder Bevollmächtigten der Russischen Botschaft oder eines Russischen

Konsulats an den Terminen in Sachen, welche die Entmündigung russischer Staatsangehöriger betreffen, bewendet es bei der Allgemeinen Verfügung vom 11. Dezember 1860 (Just.-Minist.-Bl. S. 459).

§ 17. In dem Verfahren wegen Entmündigung einer Militärperson des aktiven Dienststandes ist der vorgesetzten Militärbehörde des zu Entmündigenden von der Einleitung des Verfahrens und von der Entscheidung über den Antrag auf Entmündigung Mitteilung zu machen.

III. Allgemeine Vorschriften.

§ 18. Auf schleunige Erledigung der Anträge auf Entmündigung ist thunlichst Bedacht zu nehmen.

§ 19. Die §§ 1, 2, 3 Abs. 3, die §§ 5 bis 7, 9 bis 18 finden in dem Verfahren, betreffend die Wiederaufhebung einer Entmündigung, entsprechende Anwendung.

§ 20. Wegen der Behandlung der in Entmündigungssachen der Staatskasse zur Last fallenden Kosten bewendet es bei der Allgemeinen Verfügung vom 18. November 1893 (Just.-Minist.-Bl. S. 330).

§ 21. Die Verfügung vom 16. Oktober 1826 (v. Kamptz, Jahrb. Bd. 28 S. 296) sowie die Allgemeinen Verfügungen vom 4. März 1839 (Just.-Minist.-Bl. S. 102), 3. Februar 1840 (Just.-Minist.-Bl. S. 69), 10. Februar 1880 (Just.-Minist.-Bl. S. 28), 27. November 1882 (Just.-Minist.-Bl. S. 372), 10. Mai 1887 (Just.-Minist.-Bl. S. 129) und 8. August 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 241) werden aufgehoben.

§ 22. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Allgemeine Verfügung vom 12. Dezember 1899 über den Erlaß einer neuen Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher.

Allgemeine Verfügung vom 24. Juli 1879 (Just.-Minist.-Bl. S. 206).

1. Die nachstehend abgedruckte Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher tritt vom 1. Januar 1900 ab mit der sich aus der Nr. 3 ergebenden Einschränkung an die Stelle der Geschäftsanweisung vom 24. Juli 1879. Die neuen Vorschriften sind auch bei der Erledigung solcher Aufträge zu befolgen, die dem Gerichtsvollzieher vor dem 1. Januar 1900 erteilt worden sind.

2. Die Gerichtsvollzieherordnung vom 23. Februar 1885 (Just.-Minist.-Bl. S. 56) und die Allgemeine Verfügung vom 23. Februar 1885 (Just.-Minist.-Bl. S. 68) sowie die zu ihrer Ergänzung oder Aenderung erlassenen Vorschriften bleiben bis auf weiteres in Kraft. Das Gleiche gilt von den Allgemeinen Verfügungen vom 29. September 1880 (Just.-Minist.-Bl. S. 222), vom 16. Juli 1883 (Just.-Minist.-Bl. S. 243) und vom 6. März 1885 (Just.-Minist.-Bl. S. 99).

3. Für den geschäftlichen Verkehr des Gerichtsvollziehers mit den Gerichtsschreibereien der an seinem amtlichen Wohnsitze befindlichen Gerichte bewendet es einstweilen bei den bisherigen Vorschriften (§ 5 Abs. 2, 3 der Geschäftsanweisung vom 24. Juli 1879). Soweit ein geschäftlicher Verkehr des Gerichtsvollziehers mit dem Sekretariate der Staatsanwaltschaft noch stattfindet, hat der Gerichtsvollzieher sich nach den hierüber erlassenen allgemeinen oder besonderen Weisungen des Oberstaatsanwalts oder des Ersten Staatsanwalts zu richten.

Geschäftsanweisung für die Gerichtsvollzieher vom 1. Dezember 1899.

Inhalt.

Erster Abschnitt. Allgemeine Vorschriften §§ 1—16. Zweiter Abschnitt. Einzelne Geschäftszweige. I. Zustellungen. 1. Allgemeine Vorschriften §§ 17—18. 2. Zustellungen auf Betreiben der Parteien in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten §§ 19—38. 3. Zustellungen auf Betreiben der Parteien in Strafsachen § 39. 4. Zustellung von Willenserklärungen § 40. 5. Zustellungen von Amtswegen und Behändigungen § 41. II. Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. 1. Allgemeine Vorschriften §§ 42—55. 2. Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen §§ 56—73. 3. Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte §§ 74—78. 4. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen §§ 79—80. 5. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Personen § 81. 6. Beseitigung des Widerstandes, den der Schuldner gegen die Vornahme einer von ihm zu duldenden Handlung leistet § 82. 7. Zwangsvollstreckung durch Haft §§ 83—85. 8. Vollziehung von Arrestbefehlen und einstweiligen Verfügungen § 86. 9. Hinterlegung § 87. III. Mitwirkung im Strafverfahren. Beitreibung von Geldstrafen. 1. Verhaftung und Festnahme § 88. 2. Durchsuchung und Beschlagnahme § 89. 3. Vollstreckung von Geldstrafen § 90. 4. Vollstreckung von Bußen § 91. 5. Wegnahme von Sachen, auf deren Einziehung erkannt ist § 92. IV. Vollstreckung gerichtlicher Anordnungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit § 93. V. Wechselproteste §§ 94—96. VI. Oeffentliche Versteigerung und freihändiger Verkauf außerhalb der Zwangsvollstreckung §§ 97—101. VII. Siegelungen, Entsiegelungen, Vermögensverzeichnisse §§ 102—105. VIII. Beurkundung des thatsächlichen Angebots einer Leistung § 106. IX. Beurkundung einer Hinterlegung § 107. X. Verwaltungszwangsverfahren § 108.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

§ 1. 1. Die dem Gerichtsvollzieher obliegenden Dienstverrichtungen und das bei ihrer Vornahme zu beobachtende Verfahren sind durch die Reichs- und Landesgesetze sowie durch die Gerichtsvollzieherordnung bestimmt und werden durch diese Anweisung näher geregelt.

2. Die Anweisung soll dem Gerichtsvollzieher das Eindringen in das Verständnis der gesetzlichen Vorschriften erleichtern; sie entbindet ihn aber nicht von der Verpflichtung, sich eine genaue Kenntnis dieser Vorschriften aus den Gesetzen selbst anzueignen. Insbesondere muß der Gerichtsvollzieher mit den Vorschriften der Civilprozeßordnung über Zustellungen und Zwangsvollstreckungen sowie des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Besitz und über den Erwerb und Verlust von Rechten, insbesondere Pfandrechten an beweglichen Sachen und an Forderungen, genau vertraut sein. Jeder Verstoß gegen eine gesetzliche Vorschrift kann den Gerichtsvollzieher seinem Auftraggeber oder dem Schuldner gegenüber zum Schadensersatz verpflichten.

3. Zur Vornahme von Amtshandlungen gegen Personen, welche von der inländischen Gerichtsbarkeit befreit sind (G.V.G. §§ 18, 19), ist der Gerichtsvollzieher nicht befugt. In den Wohnungen solcher Personen dürfen Amtshandlungen, welche eine Ausübung der Gerichtsbarkeit enthalten, nur nach Maßgabe der Allgemeinen Verfügung vom 20. Januar 1893 (Just.-Minist.-Bl. S. 37) vorgenommen werden.

§ 2. Der Amtsbezirk des Gerichtsvollziehers und, wenn bei einem Amtsgerichte mehrere Gerichtsvollzieher angestellt sind, die Verteilung der Geschäfte unter diese wird durch die Gerichtsvollzieherordnung bestimmt.

---

§ 3. Die Fälle, in denen der Gerichtsvollzieher kraft Gesetzes von der Ausübung seines Amtes ausgeschlossen ist, ergeben sich aus dem § 156 des Gerichtsverfassungsgesetzes und dem § 76 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze. Ob der Auftrag von einer Behörde, von einem Beamten oder von einer Privatperson erteilt ist, macht dabei keinen Unterschied.

---

§ 4. Das Verhalten des Gerichtsvollziehers bei Aufträgen, an deren Erledigung er aus rechtlichen oder thatsächlichen Gründen behindert ist, regelt die Gerichtsvollzieherordnung.

---

§ 5. 1. Die mündliche Erteilung des Auftrags unter Aushändigung der zu dessen Ausführung erforderlichen Schriftstücke durch den Auftraggeber oder durch den Gerichtsschreiber, der den Auftrag vermittelt, genügt, um den Gerichtsvollzieher zur Vornahme der aufgetragenen Amtshandlung zu ermächtigen.

2. Die Niederlegung der auf den Auftrag bezüglichen Schriftstücke in das für den Gerichtsvollzieher bestimmte Fach steht einem ausdrücklichen Auftrage gleich.

3. Bei den von dem Gericht oder der Staatsanwaltschaft angeordneten Geschäften ist auch der Gerichtsschreiber oder der Sekretär der Staatsanwaltschaft zur Beauftragung des Gerichtsvollziehers befugt. Der geschäftliche Verkehr zwischen diesen Beamten und dem Gerichtsvollzieher wird durch die Gerichtsvollzieherordnung geregelt.

---

§ 6. 1. Die Erledigung der erteilten Aufträge darf nicht verzögert werden. Ist für die Ausführung des Auftrags eine bestimmte Frist gestellt, so hat der Gerichtsvollzieher den Auftrag innerhalb dieser Frist zu erledigen und im Falle der Behinderung nach den Vorschriften der Gerichtsvollzieherordnung die Bestellung eines Vertreters bei dem Amtsgerichte rechtzeitig zu beantragen. Im übrigen hat der Gerichtsvollzieher nach den Umständen pflichtgemäß zu ermessen, in welcher Reihenfolge, je nach der größeren oder geringeren Dringlichkeit der Aufträge, ihre Erledigung zu bewirken ist. In der Regel sollen die im § 99 d. Anw. bezeichneten Versteigerungen für Rechnung des Auftraggebers (§ 100 d. Anw.) den übrigen Geschäften nachstehen.

2. Alle Zustellungen, durch die eine Notfrist gewahrt werden soll, z. B. die Frist zur Einlegung der Berufung, der Revision oder des Einspruchs (C.P.O. §§ 223, 516, 552, 339) sind als Eilsachen zu behandeln, gleichviel ob der Zustellungsauftrag von der Partei unmittelbar erteilt oder durch den Gerichtsschreiber vermittelt worden ist.

3. Bei Zwangsvollstreckungsaufträgen ist zu beachten, daß, wenn derselbe Gegenstand mehrfach gepfändet wird, das durch die frühere Pfändung begründete Pfandrecht dem durch eine spätere Pfändung begründeten vorgeht und bei gleichzeitiger Pfändung die Pfandrechte den gleichen Rang haben, daß also Verzögerungen erhebliche Nachteile zur Folge haben können.

---

§ 7. 1. Der Gerichtsvollzieher darf folgende Amtshandlungen auch an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen vornehmen:

Verhaftungen in Strafsachen, Vorführungen und vorläufige Festnahmen,
Zustellung durch Aufgabe zur Post,
Durchsuchungen,
Uebergaben an die Post zum Zwecke der Zustellung.

2. Andere Amtshandlungen dürfen an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen nur mit richterlicher Erlaubnis oder auf Anweisung der Staatsanwaltschaft, welche das Geschäft aufgetragen hat, vorgenommen werden. Für Zustellungen wird die richterliche Erlaubnis von dem Vorsitzenden des Prozeßgerichts erteilt; sie kann auch von dem Amtsgericht, in dessen Bezirke die Zustellung erfolgen soll, und in Angelegenheiten, die durch einen beauftragten oder ersuchten Richter zu erledigen sind, von diesem erteilt werden. Für Zwangsvollstreckungen wird die richterliche Erlaubnis von dem Amtsgericht erteilt, in dessen Bezirke die Vollstreckungshandlung vorgenommen werden soll.

3. Die Erlaubnis oder Anweisung ist

bei der Vornahme der Amtshandlung vorzuzeigen, in der über sie aufzunehmenden Urkunde zu erwähnen und bei Zustellungen abschriftlich mitzuteilen.

4. Wechselproteste dürfen an Sonntagen und allgemeinen Feiertagen nicht erhoben werden.

§ 8. 1. Zur Nachtzeit dürfen Zustellungen und Zwangsvollstreckungen nur mit richterlicher Erlaubnis (§ 7 Abs. 2) vorgenommen werden, andere Amtshandlungen, welche das Betreten einer Wohnung erforderlich machen, nur mit Genehmigung des Richters oder auf ausdrückliche Anweisung der Staatsanwaltschaft, von denen der Auftrag erteilt ist, es sei denn, daß es sich um die Wiederergreifung eines entwichenen Gefangenen handelt. Die Vorschrift des § 7 Abs. 3 findet Anwendung.

2. Die Nachtzeit im gesetzlichen Sinne umfaßt in dem Zeitraume vom 1. April bis 30. September die Stunden von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens und in dem Zeitraume vom 1. Oktober bis 31. März die Stunden von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens.

§ 9. Die Gerichtsferien sind ohne Einfluß auf die Verpflichtung des Gerichtsvollziehers, die ihm erteilten Aufträge zu erledigen.

§ 10. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, die vermöge des Dienstes in seinen Besitz kommenden fremden Gelder getrennt von seinen eigenen Geldern unter genügendem Verschluß aufzubewahren.

§ 11. Ueber den Empfang von Geldern, Schriftstücken und anderen Gegenständen, welche aus Veranlassung eines Dienstgeschäfts in den Besitz des Gerichtsvollziehers kommen, hat er der Behörde oder der Privatperson auf Verlangen eine Bescheinigung zu erteilen. In den Fällen des § 50 Abs. 3 und des § 95 Abs. 7 d. Anw. ist die Bescheinigung auch ohne Verlangen zu erteilen.

§ 12. 1. Bei der Aufnahme von Urkunden haben die Gerichtsvollzieher neben den besonderen für die einzelnen Arten der Urkunden getroffenen Vorschriften die nachstehenden allgemeinen Regeln zu beachten:

a) Jede Urkunde muß die Zeit und den Ort der Abfassung enthalten und von dem Gerichtsvollzieher unter Beifügung seiner Amtseigenschaft (Gerichtsvollzieher) und seines amtlichen Wohnsitzes unterschrieben werden.

b) Die Urkunden sollen deutlich und bestimmt abgefaßt und leserlich geschrieben sein. Der Gebrauch der Bleischrift oder einer anderen Trockenschrift ist unstatthaft, die Verwendung von Stempeln dagegen zulässig.

c) Die Urkunden (Urschriften wie Abschriften) sind ohne Lücken anzufertigen. Radierungen sind untersagt. Etwa nötige Durchstreichungen müssen in der Art geschehen, daß das Durchstrichene noch leserlich bleibt. Werden Formulare verwendet, so sind die zur Ausfüllung bestimmten Zwischenräume, insoweit sie durch die erforderlichen Eintragungen nicht ausgefüllt werden, zu weiteren Eintragungen durch Striche ungeeignet zu machen.

d) In dem Protokoll über ein Geschäft, welches nach der verwendeten Zeit vergütet wird, ist deren Dauer anzugeben. Zu diesem Zwecke ist insbesondere auch die Zeit des Anfanges und des Endes des Geschäfts, sowie die Dauer einer etwaigen Unterbrechung zu vermerken.

e) Die Abschriften sind stets als solche zu bezeichnen. Die dem Gerichtsvollzieher obliegende Beglaubigung erfolgt durch den Vermerk „Beglaubigt" unter Beifügung der Unterschrift (oben zu a). Die Beglaubigung darf erst erfolgen, nachdem der Gerichtsvollzieher sich von der wörtlichen Uebereinstimmung der Abschrift mit der Urschrift (Ausfertigung) überzeugt hat.

f) Auf den Urschriften und Abschriften der Urkunden hat der Gerichtsvollzieher eine Berechnung seiner Gebühren und Auslagen aufzustellen.

2. Der Gerichtsvollzieher muß sich beständig gegenwärtig halten, daß die von ihm aufgenommenen Urkunden öffentlichen Glauben haben, er soll daher die höchste Gewissenhaftigkeit auf deren Abfassung verwenden. Die Urkunde muß in jedem einzelnen Punkte dem thatsächlichen Her-

gang entsprechen, in den etwa benutzten Formularen ist jedes nicht zutreffende Wort zu durchstreichen. Die Verletzung der Wahrheit selbst in nebensächlichen Umständen hat disziplinarische, unter Umständen strafrechtliche Ahndung zur Folge. Die nachträgliche Ausfüllung eines von den Beteiligten unterschriebenen Protokollformulars und jede eigenmächtige Aenderung eines vollzogenen Protokolls, auch wenn sie nur die Dauer der Amtshandlung betrifft, ist schlechthin unstatthaft.

---

§ 13. 1. Das Dienstsiegel ist in einer jeden Mißbrauch ausschließenden Weise zu verwahren und bei dem Ausscheiden aus der Dienststelle dem Amtsgerichte zurückzugeben.

2. Das Dienstsiegel darf nur zu dienstlichen Zwecken, nicht bei außerdienstlichen Geschäften und Schreiben verwendet werden.

§ 14. 1. Die dienstlichen Sendungen des Gerichtsvollziehers sind, soweit deren Verschluß erforderlich ist, mit dem Dienstsiegel oder mit Siegelmarken zu verschließen.

2. Postsendungen in dienstlichen Angelegenheiten sind mit dem Vermerke „Portopflichtige Dienstsache" zu versehen.

---

§ 15. Der Gerichtsvollzieher hat die sich auf die Entrichtung der Stempelabgaben beziehenden Vorschriften und die zu ihrer Ausführung erlassenen Verfügungen und Anweisungen sorgfältig zu beachten und zu seinen Protokollen oder sonstigen Urkunden den erforderlichen Stempel rechtzeitig und ordnungsmäßig zu verwenden.

---

§ 16. Der Gerichtsvollzieher hat bei der Vornahme von Dienstverrichtungen außerhalb seiner Wohnung oder seiner Geschäftsräume die vorgeschriebene Dienstkleidung zu tragen.

Zweiter Abschnitt.

Einzelne Geschäftszweige.

I. Zustellungen.

1. Allgemeine Vorschriften.

§ 17. 1. Der Gerichtsvollzieher ist zuständig, Zustellungen auf Betreiben der Parteien in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten (§§ 19 ff. d. Anw.) und in Strafsachen (§ 39 d. Anw.) sowie Zustellungen in nicht gerichtlichen Angelegenheiten (§ 40 d. Anw.) im Auftrag eines Beteiligten auszuführen. Zustellungen von Amtswegen sind dem Gerichtsvollzieher durch gesetzliche Vorschrift nur für den Fall übertragen, daß der Notar, dem die Vermittelung einer Auseinandersetzung vom Gericht überwiesen ist, eine Zustellung von Amtswegen veranlaßt (Artikel 26 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit [Pr. F.G.G.]; vgl. § 41 Abs. 2 d. Anw.).

2. Die Zustellung besteht in der Uebergabe einer Ausfertigung oder einer beglaubigten Abschrift des zuzustellenden Schriftstücks.

3. Auf den Inhalt des Schriftstücks kommt es für das bei dessen Zustellung zu beobachtende Verfahren nicht an. Auch ein Schriftstück, welches nur die Ladung einer Person vor das Gericht enthält, ist in derselben Weise wie andere Schriftstücke zuzustellen.

4. Eine Zustellung an mehrere Empfänger ist durch die Uebergabe je einer besonderen Ausfertigung oder beglaubigten Abschrift an jeden einzelnen zu bewirken. Dies gilt auch dann, wenn die mehreren Zustellungsempfänger, z. B. als Ehegatten oder als Eltern und Kinder, in häuslicher Gemeinschaft miteinander leben.

5. Bei der Zustellung an den Vertreter mehrerer Beteiligter oder an einen von mehreren Vertretern genügt die Uebergabe nur einer Ausfertigung oder Abschrift. Ist der Empfänger der Zustellung für seine eigene Person und zugleich als Vertreter beteiligt, so muß die Zustellung an ihn in seiner Eigenschaft als Vertreter besonders erfolgen. Einem Zustellungsbevollmächtigten mehrerer Beteiligter sind so viele

Ausfertigungen oder Abschriften zu übergeben, als Beteiligte vorhanden sind.

§ 18. 1. Für die Thätigkeit des Gerichtsvollziehers kommen drei Arten von Zustellungen in Betracht:

a) Zustellungen, welche von den Gerichtsvollziehern selbst ohne Mitwirkung der Post ausgeführt werden (gewöhnliche Zustellung, §§ 24—34 d. Anw.).

b) Zustellungen durch die Post (§ 35 d. Anw.).

c) Zustellungen durch Aufgabe zur Post (§ 36 d. Anw.).

2. Bei gewöhnlichen Zustellungen ist der Gerichtsvollzieher auf den ihm durch die Gerichtsvollzieherordnung zugewiesenen Amtsbezirk beschränkt. Zustellungen durch die Post kann er dagegen nach jedem Orte des Deutschen Reichs, Zustellungen durch Aufgabe zur Post auch nach Orten außerhalb des Deutschen Reichs bewirken.

3. Ob der Gerichtsvollzieher einen Zustellungsauftrag im Wege der gewöhnlichen Zustellung oder im Wege der Zustellung durch die Post auszuführen hat, richtet sich nach der Anweisung des Auftraggebers. In Ermangelung einer Anweisung hat der Gerichtsvollzieher nach seinem pflichtmäßigen Ermessen die Zustellung in der einen oder in der anderen Weise (Abs. 1a, b) zu besorgen. Wählt er in einem solchen Falle die gewöhnliche Zustellung, obgleich die Zustellung mit geringeren Kosten durch die Post hätte erfolgen können, so dürfen nur die für den Fall der Zustellung durch die Post zulässigen Gebühren und Auslagen erhoben werden.

4. Von der Zustellung durch die Post sind ausgeschlossen:

a) Einschreib-, Wert- und Nachnahmesendungen;

b) durch Eilboten zu bestellende Sendungen;

c) Sendungen mit dem Vermerke „postlagernd";

d) Sendungen an Gefangene;

e) gerichtliche Pfändungsbeschlüsse im Falle des § 75 Abs. 2 der Anw.

Ferner sollen Sendungen an einen Gemeinschuldner nicht durch die Post zugestellt werden, wenn vom Konkursgerichte die Aushändigung der für den Gemeinschuldner eingehenden Briefe an den Konkursverwalter angeordnet ist (Konk. O. § 121).

5. Bei Schriftstücken, deren Gewicht 250 g übersteigt, ist die Zustellung durch die Post ausgeschlossen, weil derartige Sendungen von der Post zur Beförderung als Brief nicht angenommen werden.

6. Zustellungen durch Aufgabe zur Post (Abs. 1, c) sind nur in den gesetzlich bestimmten Fällen zulässig.

2. Zustellungen auf Betreiben der Parteien in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

§ 19. Der Gerichtsvollzieher hat die von den Parteien zu betreibenden Zustellungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten unter Beachtung der §§ 166—195 der Civilprozeßordnung zu besorgen.

§ 20. 1. Der Auftrag einer Partei zur Vornahme einer Zustellung wird dem Gerichtsvollzieher von der Partei oder von ihren Bevollmächtigten entweder unmittelbar oder durch Vermittelung des Gerichtsschreibers erteilt. In Anwaltsprozessen (C.P.O. § 78) wird der Auftrag von dem Gerichtsschreiber nur in Ansehung solcher Zustellungen vermittelt, durch die eine Notfrist gewahrt werden soll.

2. Der unter Vermittelung des Gerichtsschreibers beauftragte Gerichtsvollzieher gilt in jeder Beziehung als unmittelbar von der Partei beauftragt.

§ 21. 1. Bei der Empfangnahme der zuzustellenden Schriftstücke hat der Gerichtsvollzieher auf den Urschriften und allen ihm mitübergebenen Abschriften die Zeit der Uebergabe zu vermerken und bei unmittelbar erteilten Aufträgen der Partei auf Verlangen zu bescheinigen.

2. Sind die zur Ausführung des Zustellungsauftrags erforderlichen Abschriften nicht mitübergeben, so hat sie der Gerichtsvollzieher anzufertigen und dafür die gesetzlichen Schreibgebühren in Rechnung zu stellen.

3. Die Abschriften der zuzustellenden Schriftstücke sind von dem Gerichtsvollzieher zu beglaubigen, soweit sie nicht bereits beglaubigt sind. Sind die Schriftstücke erst nach ihrer Beglaubigung mit dem Terminsvermerke versehen, sodaß dieser durch die Beglaubigung nicht mitgetroffen wird, so hat der Gerichtsvoll-

zieher den Terminsvermerk noch besonders zu beglaubigen. Die Beglaubigung erfolgt in der im § 12 Abs. 1e d. Anw. vorgeschriebenen Weise.

---

§ 22. 1. Der Gerichtsvollzieher hat die Zustellung gehörig vorzubereiten, damit bei der Ausführung sich keine Anstände ergeben und keine Verzögerungen verursacht werden, auch die Wirksamkeit der Zustellung nicht beeinträchtigt wird.

2. Insbesondere ist zu prüfen, ob die Schriftstücke unterschrieben, die Abschriften gehörig beglaubigt und in der erforderlichen Anzahl vorhanden sind, ob in den Ladungen die Zeit und der Ort des Termins angegeben sind und ob die Person, an welche zuzustellen ist, nach Namen, Stand oder Beruf und Aufenthaltsort hinreichend bezeichnet ist, sodaß danach, insbesondere bei Zustellungen durch die Post, der Empfänger in der Aufschrift sicher angegeben werden kann. Etwaige Anstände müssen auf dem kürzesten Wege in der Regel sofort bei der Entgegennahme des Auftrags oder in sonst geeigneter Weise, soweit thunlich durch den Gerichtsvollzieher selbst, beseitigt werden.

---

§ 23. Der Gerichtsvollzieher hat die Zustellungsaufträge, vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung des Auftraggebers, wenn die Zustellung an seinem Wohnort oder unter seiner Vermittelung durch die Post zu erfolgen hat, spätestens am Tage nach dem Empfange des Auftrags, wenn die Zustellung außerhalb seines Wohnorts durch ihn selbst zu bewirken ist, auf der ersten Reise und spätestens binnen fünf Tagen zu erledigen, falls nicht die Eilbedürftigkeit der Sache eine noch frühere Zustellung erfordert. Sonntage und allgemeine Feiertage werden nicht mitgerechnet.

---

§ 24. 1. Die Zustellung kann an jedem Orte erfolgen, wo die Person, welcher zugestellt werden soll, angetroffen wird. Bei der Bewirkung der Zustellung ist auf die Auswahl eines angemessenen Ortes und einer passenden Gelegenheit, bei der die Uebergabe und die Annahme der Schriftstücke gesichert erscheint, Bedacht zu nehmen.

2. Hat die Person, welcher zugestellt werden soll, an demselben Orte eine Wohnung oder ein Geschäftslokal, so ist eine außerhalb der Wohnung oder des Geschäftslokals bewirkte Zustellung nur gültig, wenn die Annahme nicht verweigert wird. Der Gerichtsvollzieher wird daher regelmäßig zur Vornahme der Zustellung die Wohnung oder das Geschäftslokal des bezeichneten Empfängers aufzusuchen haben, weil nur unter dieser Voraussetzung die Zustellung auch bei Abwesenheit des Empfängers oder bei Verweigerung der Annahme wirksam durchgeführt werden kann.

3. Wird aus Anlaß von Zustellungen ein Verkehr mit Gefangenen notwendig, so hat der Gerichtsvollzieher sich nach den Vorschriften der Gefängnisordnung und der Hausordnung zu richten.

---

§ 25. 1. Die Zustellung erfolgt an den bezeichneten Empfänger in Person.

2. Handelt es sich um eine Zustellung an einen Unteroffizier oder Gemeinen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine, so muß die Zustellung an den Chef der zunächst vorgesetzten Kommandobehörde (Chef der Kompagnie, Eskadron, Batterie u. s. w.) erfolgen (C.P.O. § 172). Zu den Unteroffizieren gehören in dieser Beziehung auch die Feldwebel, Wachtmeister und die ihnen gleich- oder nachstehenden Avancierten.

3. Die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Körperschaften und Stiftungen sowie an eingetragene Genossenschaften, Gesellschaften und Vereine erfolgt an ihre Vorsteher oder Vertreter. Sind mehrere Vorsteher oder Vertreter vorhanden, so genügt die Zustellung an einen von ihnen (C.P.O. § 171).

---

§ 26. Kann eine Zustellung an den bezeichneten Empfänger in Person nicht erfolgen, so ist sie unter Beachtung der §§ 181—185 der Civilprozeßordnung an eine andere Person oder durch Niederlegung bei einer Behörde zu bewirken. Dabei sind die folgenden Fälle zu unterscheiden.

---

§ 27. 1. Soll die Zustellung an einen Gewerbetreibenden erfolgen, der ein besonderes Geschäftslokal hat, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach zunächst in das Geschäftslokal (Laden, Kontor u. s. w.) zu begeben. Wird der bezeichnete Empfänger dort nicht angetroffen,

so kann die Zustellung in dem Geschäftslokal an einen darin anwesenden Gewerbegehilfen (Commis, Buchhalter, Gesellen u. s. w.) erfolgen.

2. Ist die Zustellung in dem Geschäftslokale nicht ausführbar, so hat sich der Gerichtsvollzieher in die Wohnung des bezeichneten Empfängers zu begeben und, wenn er diesen auch dort nicht antrifft, nach den §§ 30—32 d. Anw. zu verfahren.

3. Bei Zustellung an Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben, oder die eine Gast- oder Schankwirtschaft betreiben, hat der Gerichtsvollzieher, den zur Bezeichnung des Geschäftsinhabers an dem Laden oder an der Wirtschaft angebrachten Namen zu beachten. Bei Handelsfirmen hat er sich zu vergewissern, ob ihr Inhaber ein Einzelkaufmann oder eine Gesellschaft ist. Im letzten Falle ist nach § 29 d. Anw. zu verfahren.

---

§ 28. 1. Soll die Zustellung an einen Rechtsanwalt, an einen Notar, oder an einen Gerichtsvollzieher erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach zunächst in das Geschäftslokal (Bureau) des bezeichneten Empfängers zu begeben. Wird dieser dort nicht angetroffen, so kann die Zustellung in dem Geschäftslokal an einen darin anwesenden Gehilfen (Bureauvorsteher, Expedienten u. s. w.) oder Schreiber des bezeichneten Empfängers erfolgen.

2. Ist die Zustellung in dieser Weise nicht ausführbar, so hat sich der Gerichtsvollzieher in die Wohnung des Rechtsanwalts, Notars oder Gerichtsvollziehers zu begeben und demnächst, wenn er diesen auch dort antrifft, nach den §§ 30—32 d. Anw. zu verfahren.

---

§ 29. 1. Soll die Zustellung an den Vorsteher oder Vertreter einer Behörde, einer Gemeinde, einer Korporation oder eines Vereins (insbesondere einer offenen Handelsgesellschaft, Aktiengesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragenen Genossenschaft und dergl.) erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach zunächst während der gewöhnlichen Geschäftsstunden der Behörde u. s. w. in ihr Geschäftslokal zu begeben. Wird in diesen Stunden die Person, an welche die Zustellung erfolgen soll, dort nicht angetroffen oder ist sie an der Annahme verhindert, so darf die Zustellung in dem Geschäftslokal an einen andern dort anwesenden Beamten oder Bediensteten der Behörde u. s. w. erfolgen.

2. Ist die Zustellung in dieser Weise nicht ausführbar, so hat sich der Gerichtsvollzieher in die Wohnung des Empfängers zu begeben und, wenn er diesen auch dort nicht antrifft, nach den §§ 30—32 d. Anw. zu verfahren. Hat jedoch die Behörde u. s. w. ein besonderes Geschäftslokal, so kann die Zustellung außerhalb dieses Lokals auch in der Wohnung des Vorstehers oder Vertreters nur an diesen in Person unter Ausschluß der Ersatzzustellung erfolgen.

3. Wird das Geschäftslokal während der gewöhnlichen Geschäftsstunden verschlossen gefunden oder niemand darin angetroffen, so ist die Thatsache zu beurkunden und die Zustellung in der Wohnung des Vorstehers oder Vertreters so zu bewirken, als wenn ein besonderes Geschäftslokal nicht vorhanden wäre.

4. Die Zustellung an einen Einzelkaufmann, der eine Gesellschaftsfirma führt, erfolgt nach den Vorschriften über die Zustellung an Gewerbetreibende (§ 27 d. Anw.).

---

§ 30. 1. Soll die Zustellung an eine andere als eine der in den §§ 27—29 d. Anw. bezeichneten Personen erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher der Regel nach in die Wohnung des bezeichneten Empfängers zu begeben. Wird dieser dort nicht angetroffen, so kann die Zustellung in der Wohnung an einen zu der Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person erfolgen. Daß die dienende Person in demselben Hause wohne, ist nicht erforderlich.

2. Wird in der Wohnung eine solche Person nicht angetroffen, so kann die Zustellung an den in demselben Hause wohnenden Hauswirt oder Vermieter erfolgen, wenn dieser zur Annahme des Schriftstücks bereit ist. An Angehörige und Hausgenossen des Hauswirts oder des Vermieters darf hingegen nicht zugestellt werden.

---

§ 31. 1. Wird der bezeichnete Empfänger in seiner Wohnung nicht ange-

troffen und kann die Zustellung auch nicht nach den Vorschriften des § 30 d. Anw. erfolgen, so hat sie der Gerichtsvollzieher nach Maßgabe des § 182 der Civilprozeßordnung durch Niederlegung zu bewirken.

2. Der Gerichtsvollzieher hat unter den dort bezeichneten Niederlegungsstellen thunlichst diejenige zu wählen, welche dem Empfänger am bequemsten zugänglich ist.

3. Die Nachbarn, denen die Niederlegung des Schriftstücks mitgeteilt wird, sind zu ersuchen, den Empfänger davon alsbald in Kenntnis zu setzen. In die an der Wohnungsthür zu befestigende schriftliche Anzeige ist neben dem Orte der Niederlegung auch die Bemerkung aufzunehmen, daß die Niederlegung zum Zwecke der Zustellung erfolgt und das niedergelegte Schriftstück von dem Orte der Niederlegung abzuholen sei.

---

§ 32. 1. Bevor der Gerichtsvollzieher die Zustellung an eine der in den vorstehenden §§ 27—30 bezeichneten Personen oder durch Niederlegung (§ 31) bewirkt, hat er sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Wohnung oder das Geschäftslokal, wo die Zustellung vorgenommen oder vergeblich versucht wird, auch wirklich die Wohnung oder das Geschäftslokal des bezeichneten Empfängers ist und daß die Personen, mit denen er verhandelt, auch wirklich diejenigen sind, für welche sie sich ausgeben.

2. Bei jeder Zustellung, die nicht an den bezeichneten Empfänger in Person, sondern entweder durch Uebergabe an einen Ersatzempfänger oder durch Niederlegung geschieht, hat der Gerichtsvollzieher das zu übergebende Schriftstück vor der Uebergabe oder Niederlegung zu verschließen. Der Verschluß ist, nachdem die beglaubigte Abschrift der Zustellungsurkunde auf das Schriftstück gesetzt oder mit ihm verbunden ist (C.P.O. § 190; § 34 d. Anw.), in der Art zu bewirken, daß die Schriftstücke in Briefform zusammengefaltet oder in einen Briefumschlag gelegt und mit dem Dienstsiegel oder mit einer Siegelmarke verschlossen werden. Die Außenseite des Schriftstücks oder Briefumschlags ist mit der Adresse derjenigen Person, an welche die Zustellung erfolgen soll, sowie mit dem Namen und der Amtsbezeichnung des Gerichtsvollziehers zu versehen. In den Fällen des § 29 Abs. 1 d. Anw. kann der Verschluß des zuzustellenden Schriftstücks unterbleiben. Das Gleiche gilt in den Fällen des § 28 Abs. 1 d. Anw., es sei denn, daß das zuzustellende Schriftstück eine persönliche Angelegenheit des bezeichneten Empfängers betrifft.

3. Die Person, an welche an Stelle des bezeichneten Empfängers die Zustellung erfolgt (Ersatzempfänger), ist von dem Gerichtsvollzieher zu bedeuten, daß sie verpflichtet ist, die Schriftstücke dem bezeichneten Empfänger alsbald auszuhändigen.

4. An unerwachsene Personen, an Mieter oder an Fremde darf eine Ersatzzustellung niemals geschehen.

5. An eine Person, die als Gegner der Partei, an welche zugestellt werden soll, an dem Rechtsstreite beteiligt ist, z. B. an den Hauswirt, der die zuzustellende Klage erhebt, oder in einer Ehescheidungssache an den anderen Ehegatten, darf die Ersatzzustellung nicht bewirkt werden, wenn dieser Umstand aus dem zuzustellenden Schriftstücke hervorgeht oder dem Gerichtsvollzieher sonst bekannt geworden ist (C.P.O. § 185).

6. Zu beachten ist bei der Ersatzzustellung ferner, daß die Personen, welche bei Zustellungen in der Wohnung als Ersatzempfänger in Betracht kommen würden, dann als Ersatzempfänger nicht geeignet sind, wenn sie in einem von der Wohnung getrennten Geschäftslokal angetroffen werden, und daß an den Vermieter oder Hauswirt des Geschäftslokals eine Ersatzzustellung nicht bewirkt werden darf.

---

§ 33. 1. Wird von dem bezeichneten Empfänger oder von dem Ersatzempfänger, an den der Gerichtsvollzieher nach den §§ 27, 28, 29, 30 Abs. 1 d. Anw. die Zustellung bewirken will, die Annahme verweigert, so hat der Gerichtsvollzieher das zu übergebende Schriftstück am Orte der Zustellung zurückzulassen. Die Wirksamkeit einer derartigen Zustellung hängt davon ab, daß die Zustellung durch Uebergabe des Schriftstücks an die Person, welche die Annahme verweigert hat, mit rechtlicher Wirkung hätte erfolgen können.

2. Verweigert der Hauswirt oder der Vermieter die Annahme der Zustellung, so kann diese nicht durch Zurücklassung, sondern nur durch Niederlegung der

Schriftstücke gemäß § 31 d. Anw. bewirkt werden.

---

§ 34. 1. Der Gerichtsvollzieher hat über jede von ihm bewirkte Zustellung eine Urkunde aufzunehmen, welche den in den §§ 190, 191 der Civilprozeßordnung vorgesehenen Erfordernissen entsprechen muß.

2. Der Gerichtsvollzieher hat der Unterschrift der Zustellungsurkunde das Dienstsiegel beizufügen.

3. Die Zustellungsurkunde oder die für den Empfänger bestimmte Abschrift auf einen besonderen Bogen geschrieben, so ist auf die Haltbarkeit der herzustellenden Verbindung besonders zu achten; auf der Urkunde ist in diesem Falle auch die Geschäftsnummer anzugeben, welche das zuzustellende Schriftstück trägt.

4. Die Urschrift der Zustellungsurkunde ist dem Auftraggeber ohne Verzug und spätestens am Tage nach der Zustellung zu übergeben oder zu übersenden. War der Auftrag von mehreren Personen erteilt, so ist die Zustellungsurkunde einer von ihnen, entsprechend der mit dem Auftrag erteilten Anweisung, in deren Ermangelung nach dem Ermessen des Gerichtsvollziehers zu übersenden.

5. War der Auftrag durch den Gerichtsschreiber vermittelt, so erfolgt die Uebersendung unmittelbar an die Behörde, die Partei oder ihren Bevollmächtigten, welche die Vermittelung des Gerichtsschreibers in Anspruch genommen hatten. Kommt in diesem Falle die Sendung als unbestellbar zurück, so ist dem Gerichtsschreiber, welcher den Auftrag vermittelt hatte, Mitteilung davon zu machen.

---

§ 35. 1. Das bei der Zustellung durch die Post zu beachtende Verfahren ergiebt sich aus den §§ 194, 195 der Civilprozeßordnung und den folgenden ergänzenden Vorschriften.

2. Auf dem bei der Zustellung zu übergebenden Schriftstück ist zu vermerken, in wessen Auftrag es zur Post gegeben worden ist. Auf der Urschrift des zuzustellenden Schriftstücks oder auf einem mit ihr zu verbindenden Bogen ist unter Bezeichnung des Auftraggebers, für den die Zustellung erfolgt, zu bezeugen, daß die bei der Zustellung zu übergebende Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift in der im § 194 Abs. 1 der Civilprozeßordnung bezeichneten Weise der Post übergeben worden ist. Der Uebergabe an die Post steht das Einwerfen der Sendung in einen Postbriefkasten gleich.

3. In der Aufschrift ist die Person, welcher zugestellt werden soll, nach Namen, Stand oder Beruf und Aufenthaltsort so genau zu bezeichnen, daß der Empfänger leicht und sicher aufgefunden werden kann und Verwechselungen ausgeschlossen sind. Besondere Sorgfalt ist bei den häufig vorkommenden Familiennamen (Müller, Schulze u. s. w.) und den gleich oder ähnlich lautenden Ortsnamen auf eine genaue Bezeichnung zu verwenden. Bei Sendungen nach größeren Städten ist, soweit thunlich, die Wohnung näher anzugeben.

4. Bei Zustellungen an Unteroffiziere und Gemeine des aktiven Heeres oder der aktiven Marine (C.P.O. § 172) muß die Aufschrift an diese selbst gerichtet sein unter genauer Bezeichnung des Truppenteils (Kompagnie, Eskadron oder Batterie des zu bezeichnenden Regiments u. s. w.), zu welchem sie gehören, und mit dem Zusatze: „zu Händen des Chefs" der genau zu bezeichnenden zunächst vorgesetzten Kommandobehörde (Chef der Kompagnie, Eskadron, Batterie u. s. w.).

5. Bei Zustellungen an Behörden, Gemeinden u. s. w. (C.P.O. § 171 Abs. 2) ist die Aufschrift ebenfalls an diese selbst zu richten mit dem Zusatze „zu Händen des Vorstehers". Ist dem Gerichtsvollzieher der Vorsteher näher bezeichnet, so ist dem Zusatze diese Bezeichnung hinzuzufügen.

6. Auf die Aufschriftseite des Briefumschlags ist die Nummer zu setzen, unter welcher der Zustellungsauftrag im Dienstregister eingetragen steht. Ferner muß auf der Aufschriftseite der Gerichtsvollzieher mit dem Namen, dem Wohnort und der Amtseigenschaft als Absender bezeichnet sein.

7. Liegen die Voraussetzungen des § 185 der Civilprozeßordnung vor (§ 32 Abs. 5 d. Anw.), so hat der Gerichtsvollzieher auf der Aufschriftseite des Briefes und auf dem Formular zur Postzustellungsurkunde unmittelbar unter dem Namen u. s. w. des Empfängers mit roter Tinte die Personen genau zu bezeichnen, an die eine Ersatzzustellung den Umständen nach

in Frage kommen könnte, aber nach der bezeichneten Vorschrift nicht stattfinden darf. Der Vermerk ist in folgender Fassung hervortretend niederzuschreiben: „Eine Zustellung an ..... (z. B. die Ehefrau, den Vermieter N., das Dienstmädchen N. N.) darf nicht stattfinden."

8. Dem Briefe ist der Entwurf zu der von dem Postboten aufzunehmenden Zustellungsurkunde und zu einer beglaubigten Abschrift dieser Urkunde offen beizufügen und daß dies geschehen ist, auf der Aufschriftseite des Briefumschlags, durch die Worte: „Hierbei ein Formular zur Zustellungsurkunde nebst Abschrift" zu vermerken.

9. Zu den Entwürfen für die Urschrift und Abschrift der Zustellungsurkunde sind die von der Postverwaltung unentgeltlich nach deren näherer Anweisung zu beziehenden Formulare zu verwenden, nötigenfalls unter Vornahme der erforderlichen Aenderungen. Es sind insbesondere bestimmt zu Zustellungen an Gewerbetreibende, einschließlich der Einzelkaufleute, welche eine Gesellschaftsfirma führen, das Formular C. 87 b, zu Zustellungen an Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher das Formular C. 87 c, zu Zustellungen an Behörden, Gemeinden, Korporationen und Vereine (einschließlich der Handelsgesellschaften) das Formular C. 87 d.

10. Vor der Uebergabe der Sendung an die Post hat der Gerichtsvollzieher den Kopf des Formulars sowohl zur Urschrift als zur Abschrift vollständig auszufüllen und gleichzeitig auf der Rückseite des Formulars zur Urschrift seine für die Rücksendung der Urkunde erforderliche Adresse anzugeben.

11. Die Uebergabe des vorschriftsmäßig überschriebenen und verschlossenen Briefes mit dem Entwurfe zur Urschrift und Abschrift der Zustellungsurkunde an die Postanstalt oder das Einwerfen einer solchen Sendung in den Postbriefkasten ersetzt das Ersuchen des Gerichtsvollziehers um Zustellung (C.P.O. § 194). Eines besonderen Anschreibens oder eines sonstigen ausdrücklichen Ersuchens bedarf es nicht.

12. Die rechtzeitige Erledigung der Zustellung ist durch das Dienstregister zu kontrollieren; in diesem ist sowohl der Tag der Uebergabe der Sendung, als auch der Tag der Rücklieferung der Zustellungsurkunde zu vermerken.

13. Der Gerichtsvollzieher hat nach der von der Postanstalt ihm überlieferten Zustellungsurkunde zu prüfen, ob die Zustellung gehörig erfolgt ist, und etwaige Mängel durch Vermittelung der Postanstalt abstellen zu lassen. Alsdann ist die Postzustellungsurkunde unverzüglich und spätestens am Tage nach ihrem Eingange mit der Urschrift des zugestellten Schriftstücks und mit der nach § 194 Abs. 2 der Civilprozeßordnung ausgestellten Bescheinigung dem Auftraggeber zu übergeben oder zu übersenden. Die Vorschriften im § 34 Abs. 4 Satz 2 und Abs. 5 d. Anw. finden Anwendung.

14. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, die zum Zwecke der Zustellung der Postanstalt zu übergebende Sendung für Rechnung des Auftraggebers zu frankieren und die Postgebühr auszulegen. Einer armen Partei oder dem ihr zugeordneten Rechtsanwalt ist die Zustellungsurkunde portofrei zu übersenden.

---

§ 36. 1. Der Gerichtsvollzieher hat Zustellungen, welche durch Aufgabe zur Post zu bewirken sind, von solchen Zustellungen, welche durch die Post erfolgen sollen (vergl. § 18 Abs. 1 b, c d. Anw.), genau zu unterscheiden. Der wesentliche Unterschied besteht darin, daß die Zustellung durch Aufgabe zur Post mit der persönlichen Uebergabe des Briefes an die Postanstalt für vollzogen angesehen wird, während bei der Zustellung durch die Post die Uebergabe des Briefes an die Postanstalt nur das Ersuchen um Zustellung enthält und diese dadurch bewirkt werden muß, daß der Brief durch einen Postboten in derselben Weise, als wenn der Gerichtsvollzieher den Akt selbst vornähme, dem bezeichneten Empfänger zugestellt wird.

2. Das bei der Zustellung durch Aufgabe zur Post zu beobachtende Verfahren sowie die Form und der Inhalt der Zustellungsurkunde sind in den §§ 175, 190, 192 der Civilprozeßordnung vorgeschrieben. Die Abschrift der Zustellungsurkunde ist, verbunden mit der zu übergebenden Schrift, in den Briefumschlag mit einzuschließen.

3. Der Gerichtsvollzieher muß die Aufgabe zur Post an dem in der Zustellungsurkunde bezeichneten Tage ausführen.

4. Bei der Aufschrift sind die Vor-

schriften des § 35 d. Anw. zu beachten. Der dort erwähnte Vermerk, daß der Sendung ein Formular zur Zustellungsurkunde beigefügt sei, fällt fort.

5. Ist die Postsendung eingeschrieben, so ist der Postschein mit der Zustellungsurkunde zu verbinden. Eine als unbestellbar zurückkommende Sendung ist dem Auftraggeber zu übermitteln.

---

§ 37. 1. Wird der Gerichtsvollzieher beauftragt, die Zustellung eines Anwalts an den Gegenanwalt oder dessen Zustellungsbevollmächtigten gemäß § 198 Absatz 2 der Civilprozeßordnung (vergl. auch § 19 der Rechtsanwaltsordnung) zu vermitteln, so hat er lediglich ein mit dem Datum und der Unterschrift zu versehendes Empfangsbekenntnis des Zustellungsempfängers einzuholen und seinem Auftraggeber zu übersenden. Die Bescheinigung des zustellenden Anwalts über die Zustellung ist dem andern Anwalte, wenn er sie verlangt, Zug um Zug gegen Aushändigung des vorbezeichneten Empfangsbekenntnisses zu übergeben. Eine Beurkundung des Vorganges durch den Gerichtsvollzieher findet nicht statt.

2. Ist das Empfangsbekenntnis nicht zu erlangen oder hat der Auftraggeber eine Zustellung in der Form des § 198 der Civilprozeßordnung nicht ausdrücklich verlangt, so ist die Zustellung gemäß § 28 d. Anw. oder durch die Post zu bewirken. Im Falle des § 19 Abs. 3 der Rechtsanwaltsordnung muß jedoch auf Anweisung des Auftraggebers die Zustellung durch Aufgabe zur Post erfolgen.

---

§ 38. Für die Zustellung der Protokolle über Vollstreckungshandlungen, der Beschlüsse über die Pfändung und Ueberweisung von Forderungen und der Benachrichtigung, daß die Pfändung einer Forderung bevorsteht, sind die Vorschriften der §§ 763, 829, 835, 845, 846 der Civilprozeßordnung und der §§ 52, 75, 77, 78 d. Anw. maßgebend.

3. Zustellungen auf Betreiben der Parteien in Strafsachen.

§ 39. 1. Die unmittelbare Ladung eines Zeugen oder Sachverständigen auf Betreiben des Angeklagten, Privatklägers, Nebenklägers u. s. w. geschieht durch Zustellung einer Ladungsschrift des Auftraggebers unter entsprechender Anwendung der §§ 21—35 d. Anw. Die unmittelbare Ladung einer dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörenden Person des Soldatenstandes ist ausgeschlossen. Mit der Ladung zugleich ist die Bescheinigung des Gerichtsschreibers über die gemäß § 219 Abs. 2 der Strafprozeßordnung bei ihm bewirkte Hinterlegung des zur Entschädigung des Zeugen oder Sachverständigen bestimmten Betrags zuzustellen.

2. Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Gerichtsvollzieher den erwähnten Betrag, wenn er ihm eingehändigt wird, an die geladene Person bei der Zustellung auszuzahlen. Wird der bezeichnete Empfänger nicht in Person angetroffen oder wird die Ladung durch die Post zugestellt, so ist der Betrag mittels Postanweisung besonders zu übersenden.

3. Die Quittung des Empfängers oder der Postschein sind dem Auftraggeber zu übermitteln. Wird die dargebotene Entschädigung von dem Empfänger der Zustellung nicht angenommen, so ist der Hergang in der Zustellungsurkunde oder einem Nachtrage zu ihr zu vermerken.

4. Die Zustellung ist auch dann zu bewirken, wenn der Auftraggeber die Entschädigung weder hinterlegt noch dem Gerichtsvollzieher zur Auszahlung übergeben hat; der Sachverhalt ist alsdann in der Zustellungsurkunde, bei einer Zustellung durch die Post neben dem Vermerke, welcher auf das zu übergebende Schriftstück gesetzt wird (§ 35 Abs. 2 Satz 1 d. Anw.), ersichtlich zu machen.

---

4. Zustellungen von Willenserklärungen.

§ 40. Der Gerichtsvollzieher hat auch außerhalb einer anhängigen Rechtsangelegenheit die ihm von einem Beteiligten aufgetragene Zustellung von schriftlichen Willenserklärungen zu bewirken. Als solche Erklärungen kommen z. B. in Betracht: eine Kündigung oder Mahnung, die Erklärung einer Anfechtung oder Aufrechnung, ein Vertragsantrag oder die Annahme eines solchen, die Erklärung des

Rücktritts von einem Vertrage, die Bestimmung einer Frist, in welcher der Gegner eine Handlung vornehmen oder eine Erklärung abgeben soll, die Androhungen und Mitteilungen, welche beim Pfandverkauf und bei sonstigen kraft gesetzlicher Ermächtigung stattfindenden Verkäufen vorkommen. Auf die Zustellung solcher Erklärungen finden die Vorschriften der Civilprozeßordnung und der §§ 21—35 d. Anw. entsprechende Anwendung. Eine Zustellung durch Aufgabe zur Post ist jedoch ausgeschlossen.

5. Zustellungen von Amtswegen und Behändigungen.

§ 41. 1. Sind dem Gerichtsvollzieher gleichzeitig Gerichtsdienergeschäfte, sei es allgemein, sei es für einzelne Verrichtungen, übertragen, so hat er die ihm obliegenden Zustellungen von Amtswegen und Behändigungen nach den für diese bestehenden besonderen Vorschriften zu bewirken.

2. Wird von einem Notar im Falle des Artikel 26 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit eine Zustellung von Amtswegen veranlaßt, so finden die Vorschriften über Zustellungen von Amtswegen mit der Maßgabe Anwendung, daß der Notar an die Stelle des Gerichtsschreibers und der Gerichtsvollzieher an die Stelle des Gerichtsdieners tritt.

3. Veranlaßt der Gerichtsschreiber eines Gewerbegerichts eine Zustellung, so finden die Vorschriften im § 32 des Reichsgesetzes über die Gewerbegerichte Anwendung.

II. Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

1. Allgemeine Vorschriften.

§ 42. 1. Der Gerichtsvollzieher hat die Zwangsvollstreckung in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zu bewirken, soweit diese nicht den Gerichten vorbehalten ist (§ 44 Abs. 2 d. Anw.). Bei der ihm zugewiesenen Zwangsvollstreckung hat der Gerichtsvollzieher eine selbständige Thätigkeit zu entwickeln. Er unterliegt dabei der Aufsicht, nicht aber der unmittelbaren Leitung des Gerichts. Bei der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen gegen den Fiskus, eine Körperschaft, Stiftung oder Anstalt des öffentlichen Rechtes oder eine unter der Verwaltung einer öffentlichen Behörde stehende Körperschaft oder Stiftung (Einf.-Ges. z. C.P.O. § 15 Nr. 3) hat der Gerichtsvollzieher die für die einzelnen Landesteile ergangenen besonderen Vorschriften zu beachten.

2. Unter bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten werden bei der Zwangsvollstreckung nicht nur die eigentlichen Prozesse, sondern auch die Fälle verstanden, in denen ein Anspruch des Gläubigers ohne voraufgegangenen Prozeß von dem Schuldner, z. B. auf Grund einer vollstreckbaren Urkunde (C.P.O. § 794 Nr. 5), eines gerichtlich bestätigten Auseinandersetzungsvertrags oder einer bestätigten Dispache (F.G.G. § 98, § 158 Abs. 2), eines vollstreckbaren Auszugs aus der Konkurstabelle oder aus dem Zwangsvergleiche (Konk.O. §§ 164, 194, 206), eines mit der Vollstreckungsklausel versehenen Zuschlagsbeschlusses im Zwangsversteigerungsverfahren (§§ 132, 118 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung), aus einer für vollstreckbar erklärten Vorschuß- oder Nachschußberechnung (§§ 109, 115 des Genossenschaftsgesetzes) und aus anderen, im § 46 Abs. 2 d. Anw. erwähnten Schuldtiteln zwangsweise beigetrieben werden kann.

3. Bei der Zwangsvollstreckung heißt derjenige, für welchen die Vollstreckung erfolgt, der Gläubiger, derjenige, gegen welchen sie erfolgt, der Schuldner, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um die Beitreibung einer Geldforderung oder um die Herausgabe einer beweglichen oder unbeweglichen Sache handelt, oder ob die Vollstreckung auf die Erzwingung einer Handlung oder einer Unterlassung gerichtet ist. Die Urkunde, auf Grund deren die Vollstreckung bewirkt wird, heißt der Schuldtitel.

§ 43. 1. Als Vollstreckungsgericht ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirke das Vollstreckungsverfahren statt-

finden soll oder stattgefunden hat, soweit nicht ausnahmsweise (z. B. für die Pfändung einer Forderung, für die Abnahme eines Offenbarungseids, für die Anlegung eines Arrestes) ein anderes Amtsgericht für zuständig erklärt ist.

2. Die den Gerichten zugewiesene Anordnung von Vollstreckungshandlungen und die Mitwirkung bei solchen geschieht durch das Vollstreckungsgericht. Dieses entscheidet ferner über Anträge, Einwendungen und Erinnerungen, welche die Art und Weise der Zwangsvollstreckung oder das Verfahren des Gerichtsvollziehers betreffen, z. B. über Beschwerden wegen Verzögerung, wegen zu weit gehender Ausdehnung oder wegen ungerechtfertigter Beschränkung der Pfändung.

3. Dem Vollstreckungsgerichte steht auch die Entscheidung zu, wenn ein Gerichtsvollzieher sich weigert, einen Vollstreckungsauftrag zu übernehmen oder eine Vollstreckungshandlung dem Auftrage gemäß auszuführen, oder wenn in Ansehung der von dem Gerichtsvollzieher berechneten Kosten Erinnerungen erhoben werden.

---

§ 44. 1. Zum Geschäftsbereiche des Gerichtsvollziehers gehören folgende Zwangsvollstreckungen:

a) die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen, soweit sie in bewegliche körperliche Sachen zu bewirken ist (C.P.O. §§ 803—827).

Zu den beweglichen körperlichen Sachen gehören in dieser Beziehung auch Wertpapiere, wie Aktien, Staatsschuldscheine, Pfand- und Rentenbriefe, Grundschuldbriefe auf den Inhaber u. s. w. (§ 67 d. Anw.). Auch die Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können (§ 76 d. Anw.), werden durch Wegnahme des Papiers nach den für bewegliche körperliche Sachen geltenden Vorschriften gepfändet (C.P.O. § 831);

b) die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von beweglichen Sachen und der Herausgabe, Ueberlassung oder Räumung von unbeweglichen Sachen und bewohnten Schiffen (C.P.O. §§ 883 bis 885);

c) die Zwangsvollstreckung zur Beseitigung des von dem Schuldner gegen die Vornahme einer von ihm zu dulbenden Handlung geleisteten Widerstandes (C.P.O. § 892);

d) die Zwangsvollstreckung durch Haft (C.P.O. §§ 899—914);

e) die Vollziehung von Arrestbefehlen und einstweiligen Verfügungen in dem Umfang, in welchem dem Gerichtsvollzieher die Zwangsvollstreckung (a bis d) zusteht (C.P.O. §§ 916—945).

Außerdem steht dem Gerichtsvollzieher bei der Zwangsvollstreckung in Forderungen eine in den §§ 74—78 d. Anw. näher angegebene Mitwirkung zu.

2. Auf die den Gerichten vorbehaltenen Zwangsvollstreckungen dürfen sich die Gerichtsvollzieher nicht einlassen. Parteien, welche sich mit derartigen Anträgen an sie wenden, sind an das Gericht zu verweisen. Den Gerichten sind folgende Zwangsvollstreckungen vorbehalten:

a) die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen, soweit sie

aa) in das unbewegliche Vermögen (C.P.O. §§ 864—871; Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung),

bb) in andere als die oben im Abs. 1 zu a bezeichneten Forderungen und in sonstige Vermögensrechte des Schuldners (C.P.O. §§ 828—863),

zu bewirken ist;

b) die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen (C.P.O. §§ 887—891).

---

§ 45. 1. Der Auftrag zur Zwangsvollstreckung wird dem Gerichtsvollzieher von dem Gläubiger (nicht durch das Gericht) erteilt. Dem Gläubiger steht es frei, wegen Erteilung des Auftrags die Vermittelung des Gerichtsschreibers in Anspruch zu nehmen. Der unter Vermittelung des Gerichtsschreibers beauftragte Gerichtsvollzieher hat sich in jeder Beziehung insbesondere auch bei der Ablieferung der beigetriebenen Gelder, als unmittelbar von dem Gläubiger beauftragt anzusehen.

2. Der Prozeßbevollmächtigte des Gläubigers ist auf Grund seiner Vollmacht befugt, den Auftrag zur Zwangsvollstreckung an den Gerichtsvollzieher zu erteilen. Die beigetriebenen Gelder und sonstigen Gegenstände dürfen jedoch an den Bevollmächtigten nicht abgeliefert werden, es sei denn, daß er zum Empfange durch eine an den Gerichtsvollzieher gerichtete Er-

klärung des Gläubigers oder nach dem Inhalte der vorzulegenden Vollmachtsurkunde besonders ermächtigt ist. Eine Ausnahme besteht nur für die von dem Gegner zu erstattenden Prozeßkosten, zu deren Empfangnahme der Bevollmächtigte schon durch die bloße Prozeßmacht ermächtigt wird (C.P.O. § 81).

3. In dem schriftlichen oder mündlichen Auftrage zur Zwangsvollstreckung in Verbindung mit der Uebergabe der vollstreckbaren Ausfertigung liegt die Beauftragung des Gerichtsvollziehers, die Zahlungen oder die sonstigen Leistungen in Empfang zu nehmen, über das Empfangene wirksam zu quittieren und dem Schuldner, wenn dieser seiner Verbindlichkeit vollständig genügt hat, die vollstreckbare Ausfertigung auszuliefern (C.P.O. §§ 754—757).

4. Demnach ist der Besitz der vollstreckbaren Ausfertigung dem Schuldner und Dritten gegenüber der unerläßliche, aber auch ausreichende Ausweis zur Bewirkung der Zwangsvollstreckung und aller zu deren Ausführung erforderlichen Handlungen. Der Gerichtsvollzieher hat deshalb bei der Vornahme von Vollstreckungshandlungen die vollstreckbare Ausfertigung stets bei sich zu führen und auf Verlangen vorzuzeigen.

5. Verlangt der Gläubiger seine Zuziehung zur Zwangsvollstreckung, so hat der Gerichtsvollzieher nur in dessen Anwesenheit zur Zwangsvollstreckung zu schreiten.

---

§ 46. 1. Die Zwangsvollstreckung ist nur auf Grund einer vollstreckbaren Ausfertigung des Schuldtitels zulässig; diese wird regelmäßig von dem Gerichtsschreiber, bei gewissen Schuldtiteln (Abs. 4, 5) jedoch von anderen Beamten oder Behörden erteilt. Eine vollstreckbare Ausfertigung muß am Schlusse die Vollstreckungsklausel,

> daß die Ausfertigung dem u. s. w. (Bezeichnung der Person, für welche vollstreckt werden soll) zum Zwecke der Zwangsvollstreckung erteilt wird,

enthalten und mit dem Amtssiegel und der Unterschrift des Gerichtsschreibers, des sonstigen Beamten oder der Behörde, welche sie erteilen, versehen sein.

2. die Person, gegen die sich die Zwangsvollstreckung zu richten hat, wird regelmäßig in der Vollstreckungsklausel nicht erwähnt, sie ist dann aus dem Schuldtitel selbst zu entnehmen. Sie wird jedoch in der Vollstreckungsklausel benannt, wenn die vollstreckbare Ausfertigung gegen einen Rechtsnachfolger des Schuldners oder einen sonstigen Dritten erteilt wird, dem gegenüber der Schuldtitel nach den Vorschriften des bürgerlichen Rechtes oder des Prozeßrechts wirksam ist. In diesen Fällen darf zwar der Gerichtsschreiber die vollstreckbare Ausfertigung nur auf Anordnung des Vorsitzenden erteilen, der Gerichtsvollzieher hat aber, wenn ihm die äußerlich ordnungsmäßige Vollstreckungsklausel eines deutschen Gerichtsschreibers vorgelegt wird, nicht zu prüfen, ob die Erteilung der Klausel zulässig war.

3. Ausländische Schuldtitel sind zur Zwangsvollstreckung nicht geeignet; an ihrer Stelle hat der Gläubiger die vollstreckbare Ausfertigung des von einem deutschen Gericht erlassenen Vollstreckungsurteils beizubringen. Das Gleiche gilt von allen im schiedsrichterlichen Verfahren (Buch X der Civilprozeßordnung) erlassenen Entscheidungen (Schiedssprüchen).

4. Außer den Gerichtsschreibern der ordentlichen Gerichte sind zur Erteilung vollstreckbarer Ausfertigungen befugt:

a) der Gerichtsschreiber eines deutschen Gewerbegerichts in Ansehung der von dem Gewerbegericht erlassenen Entscheidungen und der vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vergleiche (§ 56 d. R.Ges. über die Gewerbegerichte);
b) der Gerichtsschreiber eines deutschen Konsulargerichts oder eines Gerichts eines deutschen Schutzgebiets in betreff der von dem Konsulargericht oder dem Gerichte des Schutzgebiets erlassenen Entscheidungen und aufgenommenen Urkunden (§ 15 des Gesetzes über die Konsulargerichtsbarkeit vom 10. Juli 1879, § 2 des Gesetzes, betreffend die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten in der Fassung vom 19. März 1888);
c) ein deutscher Notar in Ansehung der von ihm verwahrten notariellen Urkunden, in denen der Schuldner sich der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat (C.P.O. § 797 Absatz 2);
d) ein preußischer Schiedsmann in Ansehung der von ihm selbst innerhalb

seiner Zuständigkeit aufgenommenen schiedsmännischen Vergleiche, deren Urschrift er verwahrt (§ 31 der Schiedsmanns-Ordnung);

e) eine preußische Generalkommission in Ansehung der im Auseinandersetzungsverfahren erlassenen Urteile, der Auseinandersetzungsrezesse und der sonst im Auseinandersetzungsverfahren errichteten Urkunden (§§ 84, 85 des Gesetzes über das Verfahren in Auseinandersetzungsangelegenheiten in der Fassung vom 10. Oktober 1899);

f) ein zur Aufnahme von Urkunden befugter Beamter einer öffentlichen landschaftlichen (ritterschaftlichen) Kreditanstalt in Ansehung dieser Urkunden (§ 1 Abs. 2, § 10 d. G. vom 3. Aug. 1897).

5. Ausnahmsweise liegt die Erteilung einer Vollstreckungsklausel dem Gericht ob, und zwar:

a) dem Amtsgerichte hinsichtlich solcher notarieller Urkunden oder schiedsmännischer Vergleiche, die sich in der Verwahrung des Gerichts befinden (C.P.O. § 797 Abs 2 in Verbindung mit Pr. J.G.G. Artikel 102; § 32 Abs. 2 der Schiedsmanns-Ordnung);

b) den Landgerichten, in deren Bezirke sich ein Elbzollgericht befindet, in Ansehung der Entscheidungen eines außerdeutschen Elbzollgerichts (§ 9 des Gesetzes vom 9. März 1879);

c) dem Oberlandesgericht in Köln bei Entscheidungen außerdeutscher Rheinschiffahrtsgerichte (§ 12 des Gesetzes vom 8. März 1879).

6. Die Vollstreckungsklausel bildet die Grundlage für die Vollstreckungsthätigkeit des Gerichtsvollziehers. Er hat deshalb in jedem einzelnen Falle das Vorhandensein und den Wortlaut der Vollstreckungsklausel sorgfältig zu prüfen. Sind in dem Schuldtitel oder in der Vollstreckungsklausel Beschränkungen ausgesprochen, sei es in betreff des Gegenstandes der Zwangsvollstreckung, sei es in Ansehung des beizutreibenden Betrags, so darf der Gerichtsvollzieher bei seiner Vollstreckungsthätigkeit die ihm hierdurch gezogenen Grenzen nicht überschreiten.

7. Sind Erben oder andere nur beschränkt haftende Personen unter dem Vorbehalte der Beschränkung ihrer Haftung verurteilt (C.P.O. §§ 780 ff., § 786), so kann der Schuldtitel ohne Rücksicht auf diese Beschränkung vollstreckt werden. Der Gerichtsvollzieher darf jedoch die Pfändung solcher Sachen, deren Pfändung der Schuldner unter Berufung auf die ihm vorbehaltene Beschränkung seiner Haftung widerspricht, dann unterlassen, wenn die im Gewahrsame des Schuldners sonst noch vorhandenen, von dem Widerspruche nicht betroffenen beweglichen Sachen bereits zur Deckung des Gläubigers ausreichen. Ist das nicht der Fall, so hat der Gerichtsvollzieher die Pfändung ohne Rücksicht auf den Widerspruch durchzuführen und den Schuldner mit seinen Einwendungen an das Gericht zu verweisen.

8. Gewisse Schuldtitel sind ohne Vollstreckungsklausel zur Zwangsvollstreckung geeignet, so die Arrestbefehle und die einstweiligen Verfügungen, ferner die im Mahnverfahren erlassenen Vollstreckungsbefehle. Diese Urkunden müssen jedoch dann mit einer besonderen Vollstreckungsklausel versehen werden, wenn die Zwangsvollstreckung für einen anderen als den in dem Befehle bezeichneten Gläubiger oder gegen einen anderen als den in dem Befehle bezeichneten Schuldner erfolgen soll. (C.P.O. §§ 796, 929, 936.)

9. Nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung sind häufig Urteile nicht nur unter den Parteien, die den Rechtsstreit miteinander geführt haben, sondern zugleich für und gegen andere Personen, z. B. für und gegen die Rechtsnachfolger der ursprünglichen Parteien, einen Nacherben, den Uebernehmer eines Handelsgeschäfts oder eines ganzen Vermögens (C.P.O. §§ 727 ff.) wirksam. Die Prüfung, ob ein derartiger Fall vorliegt, ist nicht Sache des Gerichtsvollziehers. Er hat vielmehr, wenn ihm eine Vollstreckungshandlung für oder gegen eine andere als die in dem Schuldtitel oder in der Klausel bezeichnete Person angesonnen wird, den Auftrag abzulehnen und den Beteiligten die Beschaffung einer anderweitigen Vollstreckungsklausel zu überlassen. Eine Ausnahme hiervon findet nur in den Fällen des § 48 Abs. 2c d. Anw. statt.

10. Dies gilt auch in dem Falle, wenn der Schuldner nach Erteilung des Auftrags aber vor dem thatsächlichen Beginne der Zwangsvollstreckung stirbt. Eine noch bei Lebzeiten des Schuldners begonnene Zwangsvollstreckung kann jedoch

nach seinem Tode ohne weiteres in den Nachlaß fortgesetzt werden (C.P.O. § 779 Abs. 1). Ist die Zuziehung des Schuldners notwendig, aber die Person des Erben oder die Annahme der Erbschaft nicht gewiß, so kann die Zwangsvollstreckung erst fortgesetzt werden, nachdem das Gericht einen Vertreter für den Erben bestellt hat.

---

§ 47. 1. Während in der Regel die Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung von denjenigen Amtsstellen zu prüfen sind, welchen die Erteilung der vollstreckbaren Ausfertigung oder die Anordnung ihrer Erbteilung obliegt, und somit durch die Erteilung der Vollstreckungsklausel das Vorhandensein jener Voraussetzungen dargethan wird, hat das Gesetz ausnahmsweise in einer Reihe von Fällen dem Gerichtsvollzieher die Verpflichtung auferlegt, solche Voraussetzungen der Zwangsvollstreckung selbständig festzustellen, vor deren Eintritte zwar die vollstreckbare Ausfertigung erteilt, die Zwangsvollstreckung aber nicht begonnen werden darf. In diesen Fällen hat der Gerichtsvollzieher über die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung nach Feststellung des Sachverhalts selbständig zu entscheiden.

2. In dem Schuldtitel kann die dem Schuldner obliegende Leistung von dem Eintritt eines Kalendertags abhängig gemacht sein, z. B. der Schuldner ist verurteilt, am 15. Mai 300 Mark zu zahlen. Hier darf der Gerichtsvollzieher mit der Zwangsvollstreckung erst beginnen, wenn der für die Leistung bestimmte Kalendertag abgelaufen ist, in dem vorerwähnten Beispiele würde mithin eine Vollstreckungshandlung frühestens am 16. Mai zulässig sein (C.P.O. § 751 Abs. 1). Ebenso muß, wenn dem Schuldner eine Frist zur Leistung im Urteile bestimmt ist, der Ablauf der Frist abgewartet werden (z. B. C.P.O. § 721).

3. Die Vollstreckbarkeit des Schuldtitels kann von einer durch den Gläubiger zu leistenden Sicherheit abhängig gemacht sein. Hier darf die Zwangsvollstreckung nur beginnen, wenn die Sicherheitsleistung durch eine öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde nachgewiesen wird. Aus der Urkunde muß sich ergeben, daß die in dem Schuldtitel bezeichnete Sicherheit bei dem Amtsgerichte zur vorläufigen Verwahrung angenommen oder bei der ordentlichen Hinterlegungsstelle hinterlegt oder unter Mitwirkung eines Gerichtsvollziehers behufs Beförderung an die Hinterlegungsstelle zur Post gegeben worden ist (C.P.O. § 751 Abs. 2).

4. Der Gerichtsvollzieher hat zu prüfen, ob die Person, gegen welche er vollstrecken soll, etwa eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Person des Soldatenstandes ist. Müßte die Vollstreckung gegen eine solche Person in einem militärischen Dienstgebäude, in einer Kaserne oder auf einem Kriegsfahrzeuge erfolgen, so hat sich der Gerichtsvollzieher mit der Vollstreckung nicht zu befassen, sie erfolgt in diesem Falle auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts durch die Militärbehörde (C.P.O. § 790; vergl. § 71 d. Anw.).

5. Gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson (z. B. gegen einen Unteroffizier oder gegen einen Militärbeamten) darf zwar der Gerichtsvollzieher, sofern der Fall des Abs. 4 nicht vorliegt, zur Zwangsvollstreckung schreiten. Diese darf jedoch erst beginnen, nachdem die vorgesetzte Militärbehörde von ihrem Bevorstehen Anzeige erhalten hat. Die Anzeige hat der Gerichtsvollzieher selbst zu bewirken, wenn ihm nicht eine Bescheinigung der Militärbehörde über den Eingang der Anzeige des Gläubigers vorgelegt wird (C.P.O. § 752).

6. die dem Schuldner obliegende Leistung kann im Schuldtitel von einer Zug um Zug zu bewirkenden Gegenleistung des Gläubigers abhängig gemacht sein, z. B. kann das Urteil dahin lauten, daß der Beklagte schuldig, gegen Uebergabe eines näher bezeichneten Pferdes an den Kläger 500 Mark zu zahlen. Hier wird die vollstreckbare Ausfertigung von dem Gerichtsschreiber ohne Rücksicht auf die Gegenleistung erteilt; der Gerichtsvollzieher darf aber mit der Zwangsvollstreckung erst beginnen, nachdem der Schuldner wegen der ihm gebührenden Gegenleistung befriedigt oder in deren Ansehung in Annahmeverzug geraten ist (C.P.O. § 756).

7. In Annahmeverzug kommt der Schuldner hinsichtlich der Gegenleistung dadurch, daß er die ihm gehörig angebotene Gegenleistung nicht annimmt; ein nur wörtliches Angebot genügt, wenn zur Bewirkung der Gegenleistung eine Hand-

lung des Schuldners erforderlich ist, insbesondere wenn er die geschuldete Sache abzuholen hat, ingleichen, wenn er bereits erklärt hat, die Gegenleistung nicht annehmen zu wollen. Dem Angebote der Leistung steht die Aufforderung gleich, die erforderliche Handlung vorzunehmen (B.G.B. §§ 293—296.)

8. Wird dem Gerichtsvollzieher der Nachweis, daß der Schuldner wegen der Gegenleistung befriedigt oder in Annahmeverzug versetzt ist, nicht durch Vorlegung öffentlicher oder öffentlich beglaubigter Urkunden, z. B. eines Gerichtsvollzieherprotokolls oder einer notariell beglaubigten Quittung, erbracht, deren Zustellung bereits bewirkt ist oder sogleich erfolgen kann (§ 49 d. Anw.), so muß der Gerichtsvollzieher selbst, bevor er mit der Vollstreckung beginnen darf, dem Schuldner die Gegenleistung in einer den Verzug der Annahme begründenden Weise anbieten. Er müßte also in dem obigen Beispiele das Pferd zu dem Schuldner bringen oder, wenn nach dem Inhalte des Schuldtitels der Schuldner zur Abholung verpflichtet ist, ihn zur Abholung auffordern. Das Angebot und die Erklärungen des Schuldners sind in dem Pfändungsprotokolle oder in einem gesonderten Protokolle zu beurkunden (C.P.O. §§ 756, 762, 763).

9. Hat der Schuldner nur gegen Aushändigung einer Urkunde, z. B. des Wechsels, zu leisten, so muß sich der Gerichtsvollzieher vor dem Beginne der Vollstreckung außer dem Schuldtitel auch diese Urkunde aushändigen lassen.

10. Ist der Schuldtitel auf mehrere Leistungen des Schuldners in der Art gerichtet, daß die eine **oder** die andere zu bewirken ist (Wahlschuld), so kann der Gläubiger die Zwangsvollstreckung nach seinem Belieben auf die eine oder die andere Leistung richten. Der Schuldner kann sich jedoch, wenn nach dem Schuldtitel das Wahlrecht dem Schuldner zusteht, durch eine der übrigen zur Wahl gestellten Leistungen von seiner Verbindlichkeit befreien, solange nicht der Gläubiger die Leistung, wegen deren er die Zwangsvollstreckung betreibt, ganz oder zum Teil empfangen hat (B.G.B. § 264 Abs. 1).

---

§ 48. 1. In den §§ 735 bis 749 der Civilprozeßordnung und in den §§ 124, 129 des Handelsgesetzbuchs werden die Voraussetzungen näher geregelt, unter denen eine Vollstreckung in gewisse Vermögensmassen, wie Vereins- und Gesellschaftsvermögen, Vermögen, das einem Nießbrauch unterliegt, Vermögen der Ehegatten und der Teilnehmer an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft, Vermögen der unter elterlicher Gewalt stehenden Kinder, Nachlaßvermögen bei dem Vorhandensein mehrerer Miterben oder eines Testamentsvollstreckers, statthaft ist.

2. In diesen Vorschriften, die der Gerichtsvollzieher genau zu beachten hat, ist bestimmt:

a) welche Schuldtitel zur Vollstreckung in gewisse Vermögensmassen der bezeichneten Art erforderlich sind, z. B. zur Vollstreckung in das Vermögen einer offenen Handelsgesellschaft (H.-G.-B. § 124 Abs. 2) oder einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (C.P.O. § 736), sowie zur Vollstreckung in einen ungeteilten Nachlaß beim Vorhandensein mehrerer Miterben (C.P.O. § 747) oder zur Vollstreckung eines Pflichtteilsanspruchs beim Vorhandensein eines Testamentsvollstreckers (C.P.O. § 748 Abs. 3);

b) in welchen Fällen zur Vollstreckung in gewisse Vermögensstücke des zu der Leistung verurteilten Schuldners außerdem noch ein vollstreckbarer Titel gegen eine andere Person erforderlich ist, in welchem die Verpflichtung dieser anderen Person zur Duldung der Zwangsvollstreckung in jene Vermögensstücke des eigentlichen Schuldners ausgesprochen wird, z. B. zur Vollstreckung in das eingebrachte Gut einer Ehefrau, wenn der Güterstand der Verwaltung und Nutznießung, der Errungenschaftsgemeinschaft oder der Fahrnisgemeinschaft unter den Eheleuten besteht und der Ausnahmefall des § 741 der Civilprozeßordnung nicht vorliegt (C.P.O. § 739, § 742 Abs. 1), zur Vollstreckung in ein Vermögen, das dem Nießbrauch eines anderen unterliegt (C.P.O. §§ 737, 738) sowie im Falle des § 748 Absatz 2 der Civilprozeßordnung zur Vollstreckung in einzelne Nachlaßgegenstände, welche der Verwaltung eines Testamentsvollstreckers unterliegen:

c) in welchen Fällen die Vollstreckung in eine gewisse Vermögensmasse auch

bei einer Person zulässig ist, welche weder in dem Schuldtitel noch in der Vollstreckungsklausel genannt ist, z. B. die Vollstreckung in das Vermögen eines nicht rechtsfähigen Vereins bei den Mitgliedern des Vereins (C.P.O. § 735), die Vollstreckung in das eheliche Gesamtgut, wenn unter den Eheleuten der Güterstand der allgemeinen Gütergemeinschaft, der Errungenschaftsgemeinschaft oder der Fahrnisgemeinschaft besteht, bei der Ehefrau (C.P.O. § 740) oder im Falle des § 741 der Civilprozeßordnung bei dem Ehemanne, die Vollstreckung in das Gesamtgut einer fortgesetzten Gütergemeinschaft bei den anteilsberechtigten Abkömmlingen (C.P.O. § 745 Abs. 1), die Vollstreckung in das der elterlichen Nutznießung unterliegende Kindesvermögen, bei dem nutzungsberechtigten Elternteile (C.P.O. § 746) sowie die Vollstreckung in einen Nachlaß, der im ganzen der Verwaltung eines Testamentsvollstreckers unterliegt, bei dem Erben (C.P.O. § 748 Abs. 1).

3. In den Fällen des Abs. 2b ist die Vollstreckung in solche Sachen, welche zu dem Vermögen des zur Leistung verurteilten Schuldners gehören, auch dann zulässig, wenn sich diese Sachen in dem Gewahrsame des anderen, z. B. des Ehemanns oder des Nießbrauchers, befinden, welcher zur Duldung der Zwangsvollstreckung verurteilt ist. In den Fällen des Abs. 2b, c findet § 63 d. Anw. keine Anwendung.

4. Die erforderliche Verurteilung eines Mitbeteiligten zur Duldung der Zwangsvollstreckung kann dadurch ersetzt werden, daß dieser in einer gerichtlichen oder notariellen Urkunde die Zwangsvollstreckung in das seiner Verwaltung oder Nutzung unterworfene Vermögen bewilligt (C.P.O. § 794 Abs. 2), oder in den Fällen, wo ein vor dem Eintritte seiner Verwaltung oder Nutzung ergangenes Urteil gegen ihn mit wirksam ist, dadurch, daß die Vollstreckungsklausel aus dem gegen den anderen Beteiligten ergangenen Urteil zugleich gegen ihn erteilt wird (C.P.O. §§ 738, 742, 744, 749).

5. Während der Dauer eines Konkursverfahrens finden Arreste und Zwangsvollstreckungen zu Gunsten einzelner Konkursgläubiger weder in das zur Konkursmasse gehörige, noch in das sonstige Vermögen des Gemeinschuldners statt (Konk.O. § 14).

---

§ 49. 1. Vor dem Beginn einer jeden Zwangsvollstreckung hat der Gerichtsvollzieher zu prüfen, ob dem Schuldner die sämtlichen Urkunden zugestellt sind, welche die rechtliche Grundlage für die Zwangsvollstreckung bilden, er hat nötigenfalls deren Zustellung selbst zu bewirken. Die Zustellung auf Betreiben des Gläubigers ist entbehrlich, wenn die bezeichneten Urkunden, z. B. eine nicht verkündete vollstreckbare Entscheidung des Gerichts (C.P.O. §§ 329, 794 Nr. 3), bereits von Amtswegen zugestellt sind.

2. In jedem Falle muß das Urteil oder der sonstige Schuldtitel dem Schuldner und den zur Duldung der Zwangsvollstreckung verurteilten Personen vor dem Beginne der Zwangsvollstreckung zugestellt worden sein. Einer Zustellung auch der Vollstreckungsklausel bedarf es nur in denjenigen Fällen, in welchen die Vollstreckungsklausel für oder gegen einen Rechtsnachfolger oder für oder gegen eine von den ursprünglichen Parteien verschiedene Person (Nacherben, Testamentsvollstrecker, Uebernehmer eines Vermögens oder eines Handelsgeschäfts, Nießbraucher, Ehegatten) erteilt worden ist, und ferner bei Urteilen, deren Vollstreckung von dem durch den Gläubiger zu beweisenden Eintritt einer Thatsache abhängt, so daß die Vollstreckungsklausel erst nach der Führung dieses Nachweises erteilt werden konnte.

3. Außer dem Schuldtitel und der Vollstreckungsklausel sind dem Schuldner ferner die in der Vollstreckungsklausel erwähnten öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunden, auf Grund deren die Vollstreckungsklausel erteilt oder umgeschrieben worden ist, in Abschrift zuzustellen. Hängt die Vollstreckung von einer Sicherheitsleistung des Gläubigers ab, so muß die öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunde, aus der sich die Sicherheitsleistung ergiebt (z. B. die Hinterlegungsquittung), ebenfalls zugestellt werden.

4. Hat der Schuldner Zug um Zug gegen eine von dem Gläubiger zu bewirkende Gegenleistung zu erfüllen, so müssen, wenn der Gerichtsvollzieher nicht selbst das Angebot der Gegenleistung bewirkt,

die öffentlichen oder öffentlich beglaubigten Urkunden gleichfalls zugestellt werden, aus denen sich die Befriedigung des Schuldners wegen der Gegenleistung oder sein Annahmeverzug ergiebt (§ 47 Abs. 6 ff. d. Anw.).

5. Die Zustellungen müssen, wenn der Schuldner einen Prozeßbevollmächtigten bestellt hat, an den Prozeßbevollmächtigten, nicht an den Schuldner selbst, bewirkt werden.

6. Regelmäßig genügt es, wenn der Schuldtitel und die vorbezeichneten Urkunden spätestens bis zum Beginne der Zwangsvollstreckung zugestellt werden. Die Zwangsvollstreckung aus Kostenfestsetzungsbeschlüssen und aus den im § 794 Nr. 5 der Civilprozeßordnung bezeichneten vollstreckbaren Urkunden darf jedoch nur dann beginnen, wenn der Schuldtitel dem Schuldner mindestens einen Tag vorher zugestellt worden ist (C.P.O. § 798).

7. Einer Zustellung der das Rechtsnachfolgeverhältnis beweisenden Urkunden bedarf es ausnahmsweise nicht, wenn der Eigentümer eines Grundstücks sich wegen einer auf diesem lastenden Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld der sofortigen Zwangsvollstreckung unterworfen hat und der Rechtsnachfolger des Gläubigers, dem eine vollstreckbare Ausfertigung der Urkunde auf Grund der Rechtsnachfolge erteilt ist, im Grundbuch als Gläubiger eingetragen steht. Das Gleiche gilt, wenn der Eigentümer sich in Ansehung der Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld der sofortigen Zwangsvollstreckung in der Weise unterworfen hat, daß die Zwangsvollstreckung gegen den jeweiligen Eigentümer des Grundstücks zulässig sein soll, sofern die Unterwerfung im Grundbuche vermerkt ist und der Rechtsnachfolger, gegen den die Vollstreckungsklausel erteilt ist, im Grundbuche als Eigentümer eingetragen steht (C.P.O. §§ 799, 800).

8. Bei Urteilen eines Gewerbegerichts werden die für den Beginn der Zwangsvollstreckung erforderlichen Zustellungen nicht durch den Gerichtsvollzieher, sondern durch das Gewerbegericht bewirkt (§ 56 des Reichsgesetzes für die Gewerbegerichte).

---

§ 50. 1. Der Gerichtsvollzieher hat die Zwangsvollstreckung ohne Verzug zu beginnen und durchzuführen. Er hat neben dem Interesse des Gläubigers auch das des Schuldners insoweit zu wahren, als es ohne Gefährdung des Erfolgs der Zwangsvollstreckung geschehen kann. Jede unnötige Schädigung oder Ehrenkränkung des Schuldners, sowie die Erregung überflüssigen Aufsehens sind zu vermeiden, insbesondere sind ihm alle nicht unbedingt gebotenen Kosten und Aufwendungen zu ersparen.

2. Vor dem Beginne der Vollstreckung hat der Gerichtsvollzieher den Schuldner, sofern er ihn antrifft, zur Leistung aufzufordern. Wird nicht der Schuldner, wohl aber ein Angehöriger des Schuldners angetroffen, so ist die Aufforderung an diesen zu richten.

3. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, die ihm angebotene Leistung oder Teilleistung anzunehmen und eine Quittung über den Empfang zu erteilen. Leistungen, die unter einer Bedingung oder unter einem Vorbehalt angeboten werden, sind zurückzuweisen. Wird der Anspruch aus dem Schuldtitel einschließlich aller Nebenforderungen und Kosten durch die Leistung vollständig gedeckt, so ist gegen den Empfang der Leistung der Schuldtitel auszuhändigen. Eine nur teilweise Leistung ist auf dem Schuldtitel zu vermerken; dieser verbleibt in der Hand des Gerichtsvollziehers und behält in Höhe des Ueberrestes seine Wirksamkeit.

4. Der Gerichtsvollzieher hat die empfangene Leistung unverzüglich an den Gläubiger abzuliefern, sofern nicht der Gläubiger ausdrücklich ein anderes bestimmt.

5. Insoweit die Leistung nicht bewirkt wird, hat der Gerichtsvollzieher zur Zwangsvollstreckung zu schreiten. Er ist befugt, die Wohnung und die Behältnisse des Schuldners zu durchsuchen. Zur Ueberwindung eines Widerstandes kann Gewalt gegen Person oder Sachen angewendet werden. Das dabei zu beobachtende Verfahren ist in den §§ 758, 759 der Civilprozeßordnung genauer bestimmt. Als Zeugen sollen im Falle des § 759 der Civilprozeßordnung thunlichst nur solche einwandfreie und unbeteiligte Personen zugezogen werden, die am Orte der Vollstreckung oder in dessen Nähe wohnen.

6. Bei der gewaltsamen Oeffnung der verschlossenen Hausthüren, Zimmerthüren

und Behältnisse des Schuldners hat der Gerichtsvollzieher, wenn es notwendig oder zweckmäßig erscheint, einen geeigneten Handwerker zuzuziehen. Ingleichen soll der Gerichtsvollzieher eine zuverlässige weibliche Hilfsperson zuziehen, wenn die körperliche Durchsuchung einer Frau notwendig wird.

---

§ 51. 1. Der Gerichtsvollzieher hat die Kosten der Zwangsvollstreckung gleichzeitig mit dem zur Vollstreckung stehenden Anspruch einzuziehen oder durch Pfändung beweglicher Sachen des Schuldners beizutreiben, ohne daß es eines besonderen Schuldtitels über diese Kosten bedarf. Zu den Kosten der Zwangsvollstreckung gehören insbesondere die Gebühren und die baren Auslagen des Gerichtsvollziehers, die Kosten der vollstreckbaren Ausfertigung und die sonstigen notwendigen Kosten, die dem Gläubiger durch den Betrieb der Zwangsvollstreckung erwachsen, einschließlich der Anwaltsgebühren. Der Gerichtsvollzieher hat sich von der Angemessenheit des Ansatzes der außergerichtlichen Kosten zu überzeugen.

2. Für die Anwendung des Abs. 1 macht es keinen Unterschied, ob es sich um die Zwangsvollstreckung wegen einer Geldforderung oder um eine andere Zwangsvollstreckung handelt.

---

§ 52. 1. Der Gerichtsvollzieher hat über jede Vollstreckungshandlung ein den Vorschriften der §§ 762, 763 der Civilprozeßordnung entsprechendes Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll soll den Gang der Vollstreckungshandlung unter Hervorhebung aller wesentlichen Vorgänge angeben. Die Aufforderungen und Mitteilungen des Gerichtsvollziehers und die Erklärungen des Schuldners oder eines anderen Beteiligten sind ihrem wesentlichen Inhalte nach in das Protokoll aufzunehmen. Der Schuldtitel, auf Grund dessen die Vollstreckung erfolgt, ist genau zu bezeichnen.

2. Bleibt die Vollstreckung ganz oder teilweise ohne Erfolg, so soll das Protokoll erkennen lassen, daß alle zulässigen Mittel versucht worden sind, ein anderes Ergebnis aber nicht zu erreichen war. Die Zeitdauer des Vollstreckungsgeschäfts muß aus dem Protokolle hervorgehen, sofern die Vergütung nach der verwendeten Zeit berechnet wird. Auf das Protokoll und dessen Abschriften ist eine Berechnung der Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers zu setzen (§ 12 Abs. 1 zu d und f d. Anw.).

3. Das Protokoll soll im unmittelbaren Anschluß an die Vollstreckungshandlung und, soweit dies irgend ausführbar ist, an Ort und Stelle aufgenommen werden.

4. Zu beachten ist, daß es bei der Uebersendung einer Abschrift des Pfändungsprotokolls durch die Post in dem Falle des § 763 Abs. 2 der Civilprozeßordnung einer weiteren Beurkundung als der dort angeordneten Bemerkung zum Protokolle nicht bedarf.

---

§ 53. 1. Der Gerichtsvollzieher darf sich von der Durchführung der Vollstreckung durch den Widerspruch des Schuldners oder dritter Personen nicht abhalten lassen. In welchen Fällen die Vollstreckung ausnahmsweise ohne Anweisung des Gläubigers einzustellen oder zu beschränken ist und inwieweit dabei die bereits getroffenen Vollstreckungsmaßregeln aufzuheben oder einstweilen aufrecht zu erhalten sind, wird durch die §§ 775, 776 der Civilprozeßordnung näher geregelt.

2. Ueber den Vorgang ist, auch wenn es nicht zu einer Vollstreckung kommt, ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll soll eine Darstellung des Herganges unter Hervorhebung aller wesentlichen Umstände und der von dem Gerichtsvollzieher getroffenen Maßnahmen sowie eine genaue Bezeichnung der Urkunden enthalten, auf Grund deren die Vollstreckung eingestellt oder beschränkt worden ist. Eine Abschrift des Protokolls ist ohne Verzug dem Gläubiger, im Falle des § 763 Abs. 2 der Civilprozeßordnung auch dem Schuldner, zu übersenden.

3. Bei der Prüfung der Urkunden, auf Grund deren die Zwangsvollstreckung eingestellt oder beschränkt werden soll, hat der Gerichtsvollzieher folgendes zu beachten:

a) Verlangt der Schuldner oder ein anderer für ihn die Einstellung oder die Beschränkung der Zwangsvollstreckung auf Grund einer vorgelegten Entscheidung gemäß § 775 Nr. 1 der Civilprozeßordnung, so hat der Gerichtsvollzieher die Vollstreckbarkeit der vorgelegten Entscheidung zu prüfen.

Vollstreckbar ist eine Entscheidung, wenn sie für vorläufig vollstreckbar erklärt oder wenn sie mit dem Zeugnisse der Rechtskraft versehen ist (C. P.O. § 706). Urteile, die in der Revisionsinstanz oder von den Landgerichten in der Berufungsinstanz erlassen sind, sind auch ohne Zeugnis als rechtskräftig anzusehen, es sei denn, daß es sich um ein Versäumnisurteil handelt. Eine in der Beschwerdeinstanz erlassene Entscheidung, ingleichen eine Entscheidung, durch welche ein vorläufig vollstreckbares Urteil oder dessen vorläufige Vollstreckbarkeit aufgehoben wird, ist in jedem Falle geeignet, die Einstellung der Zwangsvollstreckung zu begründen.

b) Im Falle der Nr. 2 des § 775 der Civilprozeßordnung ist es nicht erforderlich, daß die gerichtliche Entscheidung rechtskräftig oder vorläufig vollstreckbar ist. War in der Entscheidung die Einstellung nur für eine bestimmte Zeit angeordnet, so ist die Zwangsvollstreckung nach Ablauf der bestimmten Frist ohne weiteres fortzusetzen.

c) Im Falle der Nr. 4 des § 775 der Civilprozeßordnung ist eine Privaturkunde nur zu berücksichtigen, wenn ein Verdacht gegen ihre Echtheit nicht obwaltet.

d) Aus Postscheinen muß sich die bare Einzahlung des Schuldbetrags, nicht bloß die Aufgabe eines Geldbriefs, zur Post ergeben.

e) In den Fällen der Nr. 4 und 5 des § 775 der Civilprozeßordnung ist die Zwangsvollstreckung wieder aufzunehmen, falls der von der Einstellung benachrichtigte Gläubiger dies verlangt.

---

§ 54. 1. Der Gerichtsvollzieher hat ferner die getroffenen Zwangsvollstreckungsmaßregeln aufzuheben oder die Zwangsvollstreckung einzustellen oder zu beschränken, wenn ihn der Gläubiger dazu anweist. Die Anweisung ist aktenkundig zu machen; sie ist entweder schriftlich oder zum Protokolle des Gerichtsvollziehers zu erklären oder vom Gerichtsvollzieher in seinen Handakten zu vermerken.

2. Gewährt der Gläubiger dem Schuldner eine Frist von unbestimmter Dauer oder auf länger als sechs Monate, so bleiben die getroffenen Vollstreckungsmaßregeln zwar bestehen, für die Akten- und Listenführung des Gerichtsvollziehers gilt aber der Auftrag als erledigt. Der Schuldtitel und die sonst dem Gerichtsvollzieher ausgehändigten Urkunden sind dem Gläubiger zurückzugeben. Zur Fortsetzung der Zwangsvollstreckung ist ein besonderer Auftrag des Gläubigers erforderlich.

3. Bei Pfandstücken, die nicht im Gewahrsame des Schuldners belassen worden sind, gilt der Auftrag erst dann als erledigt, wenn für die weitere Aufbewahrung durch eine Einigung der Beteiligten eine gerichtliche Anordnung Vorsorge getroffen ist.

4. Auf die Berechnung der Gebühren, welche dem Gerichtsvollzieher für die Zwangsvollstreckung zustehen, sind die im Vorstehenden über die Erledigung des Auftrags getroffenen Vorschriften ohne Einfluß.

5. Bei bestimmten Fristen von nicht mehr als sechsmonatiger Dauer, gilt der Auftrag als fortbestehend. Nach dem Ablaufe der Frist hat der Gerichtsvollzieher die Vollstreckung ohne weiteres fortzusetzen.

---

§ 55. 1. Der Gerichtsvollzieher hat über den Verlauf der Zwangsvollstreckung dem Gläubiger und dem Schuldner die zur Wahrung ihrer Interessen erforderlichen Mitteilungen zu machen und die Absendung in seinen Akten zu vermerken, insofern nicht für den Nachweis der Absendung eine besondere Form vorgeschrieben ist.

2. Die Benachrichtigung unterbleibt, wenn sie unthunlich ist, insbesondere, wenn der Aufenthalt der zu benachrichtigenden Person dem Gerichtsvollzieher unbekannt ist.

---

2. Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen.

§ 56. 1. Die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen in bewegliche körperliche Sachen wird von dem Gerichtsvollzieher durch Pfändung und Veräußerung bewirkt.

2. Durch die gehörig vollzogene Pfän-

dung erlangt der Gläubiger ein Pfandrecht an den gepfändeten Sachen, daß ihm im Verhältnisse zu anderen Gläubigern die gleichen Rechte gewährt, wie ein durch Vertrag erworbenes Pfandrecht (B.G.B. §§ 1204—1257). Für den Rang dieses Pfandrechts ist der Zeitpunkt der Pfändung in der Art maßgebend, daß das durch eine frühere wirksame Pfändung begründete Pfandrecht allen später entstandenen Pfandrechten vorgeht und den Gläubiger, für den diese bewirkt ist, zur vorzugsweisen Befriedigung aus dem Erlöse der Pfandstücke berechtigt. Der Erfolg der Pfändung hängt von der genauen Beobachtung aller Formvorschriften und von ihrer rechtzeitigen Ausführung ab (§ 6 Abs. 3 d. Anw.).

---

§ 57. 1. Bleibt die Aufforderung zur Leistung (§ 50 Abs. 2 d. Anw.) ohne Erfolg, so hat der Gerichtsvollzieher den Schuldner oder eine sonst in der Wohnung angetroffene, zur Familie des Schuldners gehörige oder in der Familie dienende erwachsene Person anzuweisen, ihm die bewegliche Habe des Schuldners vorzuzeigen und, soweit der Zweck der Vollstreckung es erfordert, seine Zimmer, Keller, Böden und anderen Gelasse sowie die darin befindlichen Kästen, Schränke und sonstigen Behältnisse zu öffnen. Muß die Oeffnung mit Gewalt bewirkt werden, weil sie verweigert wird oder weil keine von den vorbezeichneten Personen anwesend ist, so hat der Gerichtsvollzieher nach den §§ 758, 759 der Civilprozeßordnung und dem § 50 Abs. 5, 6 d. Anw. zu verfahren.

2. Der Pfändung unterliegen die beweglichen Sachen des Schuldners, die sich in der thatsächlichen Gewalt (dem Gewahrsame) des Schuldners befinden (C.P.O. § 808 Abs. 1). Sachen, die sich im Gewahrsame des Schuldners befinden, kann der Gerichtsvollzieher als dem Schuldner gehörend pfänden, wenn ihm nicht das Gegenteil bekannt ist. Diese Vorschriften finden jedoch keine Anwendung, sofern sich aus den im § 48 d. Anw. bezeichneten gesetzlichen Sondervorschriften ein anderes ergiebt.

3. Der Gerichtsvollzieher hat zunächst die dem Schuldner entbehrlichsten Sachen und, wenn es thunlich ist, in erster Linie bares Geld, Kostbarkeiten oder solche Wertpapiere zu pfänden, die den Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in bewegliche körperliche Sachen unterliegen (§ 67 d. Anw.). Ist es zweifelhaft, ob die Pfändung eines im Besitze des Schuldners vorgefundenen Wertpapiers durch den Gerichtsvollzieher bewirkt werden darf, so hat der Gerichtsvollzieher in Ermangelung anderer geeigneter Pfandstücke das Papier einstweilen zu pfänden und dem Gläubiger zu überlassen, den erforderlichen Gerichtsbeschluß herbeizuführen.

4. Die Pfändung körperlicher Sachen und der im § 67 d. Anw. bezeichneten Wertpapiere, sowie die Pfändung von Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können (§ 76 d. Anw.) wird dadurch bewirkt, daß der Gerichtsvollzieher sie in Besitz nimmt. Geld, Kostbarkeiten und Wertpapiere hat der Gerichtsvollzieher sogleich an sich zu nehmen; andere Pfandstücke sind hingegen im Gewahrsame des Schuldners zu belassen, sofern nicht hierdurch die Befriedigung des Gläubigers gefährdet wird (C.P.O. § 808 Abs. 2). Ob eine solche Gefährdung vorliegt oder ob nach der Pfändung eine solche einzutreten droht, hat der Gerichtsvollzieher nach Prüfung aller Umstände selbständig zu beurteilen.

5. Werden die Pfandstücke im Gewahrsame des Schuldners belassen, so hängt die Wirksamkeit der Pfändung davon ab, daß sie auch für Dritte hinreichend erkennbar gemacht ist. Zu diesem Zwecke ist, wenn irgend möglich, jedes einzelne Pfandstück an einer in die Augen fallenden Stelle mit einer Siegelmarke, einem Siegelabdruck oder einem sonst geeigneten Pfandzeichen zu versehen. Das Pfandzeichen ist so anzubringen, daß die Sache dadurch nicht beschädigt wird. Für eine Mehrzahl von Pfandstücken, insbesondere eine Menge von Waren oder anderen vertretbaren Sachen, die sich in einem Behältnisse oder in einer Umhüllung befinden oder mit Zustimmung des Schuldners in einem abgesonderten Raum untergebracht werden, genügt ein gemeinschaftliches Pfandzeichen nur dann, wenn es in der Art angelegt wird, daß ohne dessen Zerstörung kein Stück aus dem Behältnisse, der Umhüllung oder dem Raume entfernt werden kann.

6. Läßt sich wegen der Beschaffenheit

der Pfandstücke ein Pfandzeichen nicht anlegen oder reicht ein solches nicht aus, um die Pfändung erkennbar zu machen, so ist ein auf die Pfändung hinweisendes Schriftstück (Pfandanzeige) in der unmittelbaren Nähe des Aufbewahrungsraums (Lagerboden, Speicher, Viehstall) in der Art anzubringen, daß jedermann davon Kenntnis nehmen kann. Die Pfandanzeige soll die Pfandstücke genau bezeichnen, sie ist mit der Unterschrift und dem Siegel des Gerichtsvollziehers zu versehen. Werden Vorräte gepfändet, so ist der dem Schuldner belassene Teil des Vorrats (C. P.O. § 811 Nr. 2, 3, 4) von dem gepfändeten Teile äußerlich zu trennen. Wenn es die Umstände erfordern, ist für die Pfandstücke ein Hüter zu bestellen; zum Hüter kann auch eine bei dem Schuldner im Dienste stehende Person bestellt werden.

7. Werden gepfändete Tiere in dem Gewahrsame des Schuldners belassen, so kann der Gerichtsvollzieher mit dem Schuldner vereinbaren, daß dieser befugt sein solle, als Entgelt für die Fütterung und Pflege des Tieres, dessen gewöhnliche Nutzungen zu ziehen, z. B. die Milch einer gepfändeten Kuh im Haushalte zu verbrauchen.

8. Dem Schuldner ist zu eröffnen, daß der Besitz der Pfandstücke auf den Gerichtsvollzieher übergegangen sei und der Schuldner deshalb bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe jede diesen Besitz beeinträchtigende Handlung, wie die Veräußerung, die Wegschaffung oder den Verbrauch der gepfändeten Sachen, ingleichen auch jede Beschädigung oder Zerstörung der Pfandzeichen zu unterlassen habe.

9. Die Pfändung darf nicht weiter ausgedehnt werden, als es zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung erforderlich ist. Der Gerichtsvollzieher hat deshalb bei der Aufzeichnung der Pfandstücke ihre von ihm zu schätzenden Verkaufswerte anzugeben und, um eine Ueberpfändung zu vermeiden, diese Werte zusammenzurechnen.

10. Das Pfändungsprotokoll (§ 52 d. Anw.) muß ein Verzeichnis der Pfandstücke unter fortlaufender Nummer, geeignetenfalls mit Angabe der Zahl, des Maßes oder des Gewichts nebst den von dem Gerichtsvollzieher geschätzten Werten, ferner eine Beschreibung der angelegten Pfandzeichen nach ihrer Art und Zahl, sowie den wesentlichen Inhalt der dem Schuldner gemachten Eröffnung enthalten. Es soll ferner den Inhalt der etwa angebrachten Pfandanzeigen und der mit einem etwaigen Hüter getroffenen Vereinbarung ergeben.

11. Werden Pfandstücke entgegen der im § 808 Abs. 2 der Civilprozeßordnung aufgestellten Regel sogleich aus dem Gewahrsame des Schuldners entfernt, so ist dies im Protokoll zu begründen. Das Protokoll muß ergeben, welche Maßregeln für die Verwahrung der Pfandstücke getroffen worden sind. In dem Protokoll ist in der Regel sogleich der Versteigerungstermin nach Ort und Zeit zu bestimmen, außer wenn die sofortige Bestimmung nicht thunlich oder nicht zweckmäßig erscheint, z. B. wenn von dem Boden noch nicht getrennte Früchte vor der Reife gepfändet sind (§ 68 d. Anw.) oder wenn voraussichtlich ein anderer Ort für die Versteigerung bestimmt werden wird. Ist der Termin nicht sofort bestimmt, so soll in dem Protokolle der Grund angegeben werden, aus dem die Bestimmung einstweilen unterbleiben mußte.

12. Eine Abschrift des Pfändungsprotokolls ist dem Schuldner zu übersenden, wenn er es verlangt, oder wenn die Vollstreckung in seiner Abwesenheit stattgefunden hat. Die Absendung ist auf dem Protokolle zu vermerken.

---

§ 58. 1. Im § 811 der Civilprozeßordnung sind diejenigen Sachen bezeichnet, welche der Pfändung nicht unterworfen sind. Außerdem sind der Pfändung nicht unterworfen: ein der Dienstprämie der aus dem Dienste scheidenden Unteroffiziere gleichkommender Geldbetrag während der ersten drei Monate nach der Auszahlung der Prämie (Artikel 18 Absatz 3 des Reichsgesetzes v. 22. Mai 1893), das Inventar der Posthaltereien (§ 20 des Reichsgesetzes v. 28. Oktober 1871) und die Fahrbetriebsmittel einer Eisenbahn (Reichsgesetz v. 3. Mai 1886; Artikel 23 Abs. 5 des internationalen Uebereinkommens über den Eisenbahnfrachtverkehr vom 14. Oktober 1890, R.G.Bl. von 1892, S. 793). Gegenstände der vorbezeichneten Art (Satz 1, 2) darf der Gerichtsvollzieher niemals, auch nicht mit Zustimmung des Schuldners pfänden.

2. Eine an sich zulässige Pfändung soll

unterbleiben, wenn sich von der Verwertung der zu pfändenden Gegenstände ein Ueberschuß über die Kosten der Zwangsvollstreckung nicht erwarten läßt (C.P.O. § 803 Abs. 2). Gegenstände, welche zum gewöhnlichen Hausrate gehören und im Haushalte des Schuldners gebraucht werden, sollen, auch wenn sie an sich der Pfändung unterliegen würden, gleichwohl nicht gepfändet werden, wenn ohne weiteres ersichtlich ist, daß durch ihre Verwertung nur ein Erlös erzielt werden würde, welcher zu dem Werte außer allem Verhältnisse steht (C.P.O. § 812).

3. Der Gerichtsvollzieher hat selbständig zu prüfen, welche von den Sachen des Schuldners hiernach von der Pfändung auszuschließen sind. Soweit die Befriedigung des Gläubigers nicht gefährdet wird, sind Sachen, deren Pfändbarkeit zweifelhaft ist, zu übergehen.

4. Der Gerichtsvollzieher ist nicht befugt, Sachen, die er gepfändet hat, vor der Durchführung des Vollstreckungsverfahrens wieder freizugeben, es sei denn, daß er durch eine Anordnung des Gerichts oder durch eine Anweisung des Gläubigers dazu ermächtigt wird.

5. Führt die Pfändung nicht zur vollen Deckung des Gläubigers oder unterbleibt die Pfändung, weil nur Sachen vorgefunden werden, die nicht gepfändet werden dürfen oder nicht gepfändet werden sollen (Abs. 1, 2), so muß das Protokoll ergeben, welche anderen Sachen in dem Gewahrsame des Schuldners vorgefunden sind, und aus welchem Grunde ihre Pfändung unterlassen ist. Die Beschaffenheit und der Wert dieser Sachen sind insoweit zu bezeichnen, daß ein Anhalt zu der Nachprüfung gegeben wird, ob sie mit Recht von der Pfändung ausgeschlossen worden sind.

6. Bei Vorräten, von denen das Gesetz eine bestimmte Menge dem Schuldner freiläßt (C.P.O. § 811 Nr. 2, 3, 4), ist im Protokolle festzustellen, daß ein größerer als der im Gesetze bezeichnete Vorrat nicht vorhanden war. Wertvollere Gegenstände, deren Pfändung unterblieben ist, sind einzeln aufzuführen.

---

§ 59. 1. Die Gerichtsvollzieher haben sich der Pfändung derjenigen beweglichen Gegenstände zu enthalten, welche von der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen (§ 44 Abs. 2 d. Anw.) mit umfaßt werden. In dieser Hinsicht ist folgendes zu beachten:

2. Das Bürgerliche Gesetzbuch bestimmt in den §§ 1120 bis 1122, auf welche Gegenstände außer dem Grundstücke sich die Hypothek erstreckt. Insbesondere gehören hierzu die von dem Boden getrennten Erzeugnisse, die sonstigen Bestandteile sowie die Zubehörstücke eines Grundstücks, sofern diese Sachen in das Eigentum des Eigentümers des Grundstücks gelangt und nicht wieder veräußert und von dem Grundstücke entfernt worden sind. Bezüglich dieser Gegenstände ist zu unterscheiden:

a) Zubehörstücke eines Grundstücks können niemals gepfändet werden. Was Zubehör ist, bestimmen die §§ 97, 98 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Der Gerichtsvollzieher hat sich daher z. B. bei der Zwangsvollstreckung gegen den Eigentümer eines Landguts der Pfändung des zum Wirtschaftsbetriebe bestimmten Viehs, bei der Zwangsvollstreckung gegen den Eigentümer einer Fabrik der Pfändung der zum Betriebe bestimmten Maschinen zu enthalten.

b) Im übrigen unterliegen die Gegenstände, auf welche sich die Hypothek erstreckt (z. B. Getreidevorräte auf einem Landgute, die nicht zur Fortführung der Wirtschaft, sondern zum Verkaufe bestimmt sind), der Pfändung, so lange nicht ihre Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgt ist.

3. Die im Abs. 2 erwähnten Vorschriften finden entsprechende Anwendung auf die Zwangsvollstreckung in Erzeugnisse oder Zubehörstücke einer Berechtigung, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten. Welche Berechtigungen dies sind, ergiebt sich aus § 1017 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, aus den Artikeln 67, 68, 196 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und aus Artikel 40 des Preußischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche. Wegen der Zwangsvollstreckung in eine Bahneinheit ist § 47 des preußischen Gesetzes, betreffend das Pfandrecht an Kleinbahnen und Privatanschlußbahnen vom 19. August 1895 maßgebend.

4. Das Pfandrecht an einem im Schiffs-

register eingetragenen Schiffe erstreckt sich auf das Zubehör des Schiffes mit Ausnahme der Zubehörstücke, die nicht in das Eigentum des Eigentümers des Schiffes gelangt. oder wieder veräußert oder getrennt sind (B.G.B. § 1265; Binnenschiffahrtsgesetz § 103 Abs. 1; Handelsgesetzbuch § 478). Diese Gegenstände können daher nicht gepfändet werden.

---

§ 60. 1. Ist der Gerichtsvollzieher mit der Pfändung bei einer Person, welche Landwirtschaft betreibt, beauftragt und werden voraussichtlich Gegenstände der im § 811 Nr. 4 der Civilprozeßordnung bezeichneten Art zu pfänden sein, so hat der Gerichtsvollzieher einen landwirtschaftlichen Sachverständigen zuzuziehen, sofern anzunehmen ist, daß der Wert der zu pfändenden Gegenstände den Betrag von dreihundert Mark übersteigt. Bei einem geringeren Betrage muß die Zuziehung erfolgen, wenn der Schuldner sie verlangt und dadurch weder eine Verzögerung der Zwangsvollstreckung eintritt, noch unverhältnismäßige Kosten entstehen.

2. Der Sachverständige hat zu begutachten, ob die zu pfändenden Sachen zu den Gegenständen gehören, welche im § 811 Nr. 4 C.P.O. bezeichnet sind oder auf welche sich die Hypothek ꝛc. erstreckt (§ 59 Abs. 2 d. Anw.). Das Gutachten des Sachverständigen ist für den Gerichtsvollzieher nicht bindend, doch soll er von ihm nur aus besonderen und gewichtigen Gründen abweichen.

3. Der Gerichtsvollzieher hat sich wegen Bezeichnung eines Sachverständigen an den Gemeindevorsteher, in den selbständigen Gutsbezirken an den Gutsvorsteher, zu wenden und, falls dieser nicht selbst die Verrichtungen als Sachverständiger übernimmt, die von ihm bezeichnete Person zuzuziehen. Insoweit für gewisse Grundstücke (größere Güter, bepfandbriefte Grundstücke) Sachverständige von der Aufsichtsbehörde im voraus bestimmt sind, hat der Gerichtsvollzieher hiernach zu verfahren. Im Falle der Behinderung oder des Ausbleibens des Sachverständigen ist eine andere geeignete Person zuzuziehen, sofern eine Verzögerung der Zwangsvollstreckung nicht eintritt. Personen, welche mit dem Gläubiger oder dem Schuldner nahe verwandt oder verschwägert, oder welche an der Sache beteiligt sind, dürfen nicht zugezogen werden. Ist die Zuziehung nach Maßgabe dieser Vorschriften vergeblich versucht, so kann die Pfändung auch ohne Beteiligung eines Sachverständigen erfolgen.

4. Die Anfrage bei dem Gemeindevorsteher (Gutsvorsteher) und die Bestellung des Sachverständigen an den Ort der Pfändung kann auf jede nach dem Ermessen des Gerichtsvollziehers geeignete Art (mündlich, durch Brief, durch Boten), jedoch nicht durch Postkarte, erfolgen.

5. Das Ergebnis des Gutachtens ist, sofern der Sachverständige es nicht sofort schriftlich in einer Anlage zum Pfändungsprotokolle niederlegt, nebst den wesentlichen Gründen in dieses Protokoll aufzunehmen. Ist der Gerichtsvollzieher bei der Pfändung dem Gutachten nicht gefolgt, so sind auch die Gründe hierfür in dem Protokoll ersichtlich zu machen.

6. Dem Gerichtsvollzieher stehen Zwangsmittel im Falle des Nichterscheinens des Sachverständigen oder der Verweigerung des Gutachtens nicht zu. Er ist nicht befugt, von dem Sachverständigen eine Beeidigung des Gutachtens oder eine sonstige Versicherung der Richtigkeit zu fordern.

7. Dem Sachverständigen ist eine Vergütung nach dem ortsüblichen Preise seiner Leistung zu gewähren. Der Gerichtsvollzieher hat diese Vergütung sofort bei der Pfändung gegen Empfangsbescheinigung auszuzahlen; geeignetenfalls kann er hierzu von seinem Auftraggeber einen Vorschuß gemäß § 18 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher fordern. Soweit nicht ein anderer ortsüblicher Preis feststeht, sind für die Bemessung die Sätze des nach Nr. 3 der Allgemeinen Verfügung vom 15. Juni 1883 (Just.-Minist.-Bl. S. 190) für das Amtsgericht festgestellten Tarifs, der den Gerichtsvollziehern mitgeteilt wird, maßgebend. Die Vergütung umfaßt sowohl den Wert der Leistung als die Aufwandsentschädigung. An Reisekosten sind dem Sachverständigen nur die thatsächlich erforderlichen Auslagen zu erstatten. Ist der Sachverständige mit der Bemessung seiner Entschädigung nicht einverstanden, so ist er mit seinen Einwendungen gemäß § 766 der Civilprozeßordnung an das Vollstreckungsgericht zu verweisen.

8. Verlangt ein Sachverständiger, der

Beamter einer öffentlichen Grundkreditanstalt ist, daß die Vergütung an die von ihm zu bezeichnende Behörde der Anstalt übersandt werde, so ist diesem Verlangen stattzugeben, das Verlangen ist in dem Protokolle zu vermerken.

---

§ 61. 1. Nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung kann ein Dritter der Zwangsvollstreckung widersprechen und ihre Einstellung durch Gerichtsbeschluß herbeiführen, wenn ihm an dem Gegenstande der Zwangsvollstreckung ein die Veräußerung hinderndes Recht zusteht (C.P.O. § 771), ingleichen, wenn eine ihm nachteilige Verfügung über den Gegenstand auf Grund eines zu seinem Schutze bestehenden Veräußerungsverbots (C.P.O. § 772) oder vermöge seiner Stellung als Nacherbe des Schuldners (C.P.O. § 773) oder als Ehemann der Schuldnerin (C.P.O. § 774) ihm gegenüber unwirksam sein würde. Wird ein solcher Widerspruch dem Gerichtsvollzieher gegenüber von dem Dritten geltend gemacht, oder von dem Schuldner angekündigt, so hat er diese Erklärungen, um sie zur Kenntnis des Gläubigers zu bringen, im Protokolle zu beurkunden. Dem Dritten ist auf Verlangen eine Abschrift des Protokolls zu erteilen.

2. Der Gerichtsvollzieher darf jedoch die Pfändung solcher Sachen, auf die sich der Widerspruch erstreckt, dann unterlassen, wenn die sonst noch vorhandene, von einem Widerspruche nicht betroffene bewegliche Habe des Schuldners bereits zur Deckung des Gläubigers ausreicht. Ist das nicht der Fall, so hat der Gerichtsvollzieher die Pfändung ohne Rücksicht auf den Widerspruch durchzuführen und die Beteiligten mit der Geltendmachung ihrer Ansprüche an das Gericht zu verweisen. Da sich hierbei im voraus nicht übersehen läßt, welcher Teil der Pfandstücke nach Durchführung des Widerspruchs zur Befriedigung des Gläubigers verwendbar bleiben wird, so kann in diesem Falle die Pfändung auch über die im § 57 Abs. 9 d. Anw. bezeichnete Wertgrenze hinaus erstreckt und die Entschließung des Gläubigers über die Freigabe einzelner Stücke abgewartet werden.

3. Gepfändetes Geld hat der Gerichtsvollzieher bei dem Amtsgericht in vorläufige Verwahrung zu geben, wenn ihm vor der Ablieferung an den Gläubiger (z. B. durch eine eidesstattliche Versicherung) glaubhaft gemacht wird, daß einem Dritten ein die Veräußerung hinderndes Recht an dem Gelde zusteht. Wird ihm nicht binnen 2 Wochen nach der Pfändung eine gerichtliche Entscheidung über die Einstellung der Zwangsvollstreckung vorgelegt, so hat er die Rückgabe des Geldes behufs Aushändigung an den Gläubiger zu veranlassen.

---

§ 62. 1. Gepfändetes Geld hat der Gerichtsvollzieher unverzüglich an den Gläubiger abzuliefern, oder, insofern die Hinterlegung des Geldes erfolgen muß (§ 61 Abs. 3, § 87 d. Anw.), zu hinterlegen. Gepfändete Kostbarkeiten und Wertpapiere, ingleichen gepfändetes Geld bis zu dessen Auszahlung oder Hinterlegung, sind gemäß § 10 d. Anw. von dem Gerichtsvollzieher besonders zu verwahren.

2. Bei anderen Pfandstücken hat der Gerichtsvollzieher, wenn sie aus dem Gewahrsame des Schuldners entfernt werden, für die sichere Unterbringung und Verwahrung zu sorgen sowie die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Vorkehrungen zu treffen. Er hat darauf Bedacht zu nehmen, daß durch die Fortschaffung und Verwahrung der Pfandstücke, sowie durch die Bestellung eines Verwahrers oder Hüters nicht mehr als die angemessenen und durchaus notwendigen Unkosten entstehen.

3. Im Pfändungsprotokoll oder in einem unter dieses zu setzenden Nachtrage ist zu vermerken, welche Maßnahmen zur Unterbringung der Pfandstücke getroffen sind.

4. Der Gerichtsvollzieher hat, soweit es nach Lage der Verhältnisse erforderlich ist, zur Unterbringung gepfändeter Sachen eine Pfandkammer zu halten. Für die Aufbewahrung der Sachen in der Pfandkammer kann er einen angemessenen Betrag als bare Auslage in Ansatz bringen. Für die Verwahrung von Geld, Kostbarkeiten und Wertpapieren dürfen Auslagen nicht berechnet werden, es sei denn, daß durch den außergewöhnlich hohen Wert solcher Gegenstände im einzelnen Falle besondere Schutzmaßregeln erforderlich werden.

5. Die in der Pfandkammer verwahrten Sachen sind mit der Nummer, unter welcher die Angelegenheit im Dienstregister

eingetragen steht, zu bezeichnen und von anderen Sachen getrennt zu halten.

6. Die Pfandkammer ist zur Verwahrung nicht zu benutzen, wenn die Versteigerung der Pfandstücke an einem anderen Orte erforderlich oder zweckmäßig ist, wenn die Pfandstücke ihrer Beschaffenheit nach zur Verwahrung in ihr nicht geeignet sind oder wenn die Beförderung zur Pfandkammer mit besonderen Schwierigkeiten oder außergewöhnlich hohen Kosten verbunden sein würde.

7. Werden gepfändete Tiere nicht in dem Gewahrsame des Schuldners belassen, so ist der Gerichtsvollzieher verpflichtet, die für die ordnungsmäßige Pflege und Fütterung der Tiere erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Werden ihm die dazu erforderlichen Geldmittel nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt, so ist das Tier unverzüglich zu versteigern, selbst wenn dabei die gesetzliche Frist (§ 65 Abs. 3 d. Anw.) nicht innegehalten werden kann (C. P.O. § 816 Abs. 1).

8. Pfandstücke, die der Gerichtsvollzieher aus dem Gewahrsame des Schuldners entfernt oder deren Verwahrung nicht in der in den Abs. 1 bis 7 bezeichneten Art erfolgen kann, sind einem besonders bestellten Verwahrer zu übergeben. Zum Verwahrer soll thunlichst nur eine am Orte der Pfändung ansässige, zuverlässige und zahlungsfähige Person bestellt werden; bei ihrer Auswahl ist in Landgemeinden die Mitwirkung des Gemeindevorstehers zu erbitten. Die für die Verwahrung und Beaufsichtigung zu gewährende Vergütung ist bei der Uebergabe der Pfandstücke zu vereinbaren. Der Verwahrer hat unter einem Verzeichnisse der ihm übergebenen Sachen ihren Empfang zu bescheinigen; eine Abschrift dieses Verzeichnisses nebst der Bescheinigung ist dem Verwahrer auf sein Verlangen auszuhändigen.

9. Die Bestellung des Verwahrers und die mit ihm getroffene Vereinbarung ist in dem Pfändungsprotokoll oder einem darunter zu setzenden Nachtrage zu vermerken; die Bescheinigung ist mit dem Pfändungsprotokoll zu verbinden oder in das Protokoll mitaufzunehmen.

---

§ 63. 1. Sachen, die sich nicht im Gewahrsame des Schuldners befinden, können von dem Gerichtsvollzieher nur dann gepfändet werden, wenn der Besitzer der Sachen zu ihrer Herausgabe bereit ist oder wenn der Gläubiger selbst der Besitzer ist (C.P.O. § 809). Ihre Pfändung geschieht unter entsprechender Anwendung des § 57 d. Anw. Der Sachverhalt ist im Protokolle darzulegen.

2. Lehnt die Person, bei welcher Sachen des Schuldners gepfändet werden sollen, die Herausgabe ab oder bestreitet sie, solche Sachen im Gewahrsame zu haben, so ist diese Erklärung im Protokolle zu beurkunden und von der Pfändung abzusehen. Dem Gläubiger bleibt es dann überlassen, die Pfändung des Anspruchs, welcher dem Schuldner in Ansehung der Sachen zusteht, bei dem Gerichte zu beantragen. In den Fällen des § 48 Abs. 2b, c d. Anw. findet diese Vorschrift keine Anwendung, sofern der Besitzer der Sachen zur Duldung der Zwangsvollstreckung verurteilt oder die Vollstreckung auf Grund des gegen den Schuldner erlassenen Urteils auch bei dem Besitzer zulässig ist.

3. Soweit die Pfandstücke in dem Gewahrsame des Besitzers zu belassen sind (§ 57 Abs. 4 d. Anw.), ist die Pfändung in der gleichen Weise erkennbar zu machen, wie dies für Pfandstücke vorgeschrieben ist, die in dem Gewahrsame des Schuldners belassen werden. Verlangt der Besitzer die Fortschaffung der Pfandstücke, so ist dem Verlangen stattzugeben.

4. Von einer nach den Vorschriften dieses Paragraphen geschehenen Pfändung ist der Schuldner durch Mitteilung einer Protokollabschrift in Kenntnis zu setzen. Dem Dritten ist auf Verlangen eine Abschrift des Protokolls zu erteilen.

---

§ 64. 1. Die Veräußerung der Pfandstücke hat der Gerichtsvollzieher, ohne einen weiteren Antrag des Gläubigers abzuwarten, nach den §§ 814—825 der Civilprozeßordnung zu bewirken. Die Veräußerung geschieht in der Regel durch öffentliche Versteigerung, ausnahmsweise durch freihändigen Verkauf (§ 66 d. Anw.).

2. Den Wert von Kostbarkeiten sowie den Gold- oder Silberwert von Gold- oder Silbersachen hat der Gerichtsvollzieher vor der Versteigerung durch einen Sachverständigen abschätzen zu lassen. Der Sachverständige hat die Schätzung schriftlich oder zum Protokolle des Gerichtsvollziehers zu erklären.

3. Bei der Versteigerung, wie bei einem

Verkauf aus freier Hand dürfen der Gerichtsvollzieher und die von ihm zugezogenen Gehilfen (Ausrufer, Schreiber, Protokollführer u. s. w.) den zum Verkaufe gestellten Gegenstand weder für sich persönlich oder durch einen anderen noch als Vertreter eines anderen kaufen (B.G.B. §§ 456—458). Der Gerichtsvollzieher darf auch seinen Angehörigen das Mitbieten nicht gestatten.

---

§ 65. 1. Die Versteigerung erfolgt in der Gemeinde, in welcher die Pfändung geschehen ist, sofern nicht der Gläubiger und der Schuldner sich über einen anderen Ort einigen oder das Vollstreckungsgericht auf den Antrag des Gläubigers oder des Schuldners einen anderen Ort für die Versteigerung bestimmt (C.P.O. § 816 Abs. 2, § 825). Wenn nach den Umständen anzunehmen ist, daß bei der Versteigerung an einem anderen Orte als dem der Pfändung ein besserer Erlös zu erzielen oder Unkosten zu ersparen sein werden, so soll der Gerichtsvollzieher die Beteiligten auf die vorbezeichnete Vorschrift aufmerksam machen.

2. Von dem Versteigerungstermine sind der Gläubiger und der Schuldner besonders zu benachrichtigen, wenn er ihnen nicht bereits anderweit, z. B. durch die übersandte Abschrift des Pfändungsprotokolls, bekannt gegeben worden ist. Die Vorschrift in § 55 Abs. 2 findet Anwendung.

3. Die Versteigerung darf nicht vor dem Ablauf einer Woche seit dem Tage der Pfändung geschehen, es sei denn, daß der Gläubiger und der Schuldner sich über eine frühere Versteigerung einigen oder daß die frühere Versteigerung nach der pflichtmäßigen Ueberzeugung des Gerichtsvollziehers erforderlich ist, um die Gefahr einer beträchtlichen Wertminderung oder eines unverhältnismäßigen Kostenaufwandes abzuwenden. Die Einigung der Parteien oder die sonstigen Gründe für die vorzeitige Versteigerung sind aktenkundig zu machen. In der Regel soll jedoch die Versteigerung nicht früher als zwei Wochen und nicht später als einen Monat nach der Pfändung stattfinden; eine weitere Verzögerung ist in den Akten zu begründen.

4. Der Versteigerung muß eine öffentliche Bekanntmachung vorausgehen. Sie ist in ortsüblicher Weise (durch Aufruf, Anschlag, Einrücken in geeignete Zeitungen u. dergl.) unter besonderer Berücksichtigung der geringeren oder größeren Wichtigkeit des Gegenstandes spätestens am Tage vor der Versteigerung zu bewirken. Die Bekanntmachung muß insbesondere enthalten:

a) eine allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Gegenstände (Möbel, Betten, Kleidungsstücke u. dergl.), unter Hervorhebung besonders wertvoller Sachen;

b) die Angabe des Ortes, des Tages und der Stunde der Versteigerung.

In der Bekanntmachung ist ersichtlich zu machen, daß es sich um eine Zwangsversteigerung handelt; die Namen des Gläubigers und des Schuldners sind fortzulassen. Bei gedruckten Bekanntmachungen ist auf eine sachgemäße Kürze Bedacht zu nehmen. Die Bekanntmachung ist aktenkundig zu machen. Ist sie in öffentliche Blätter eingerückt, so ist ein Abdruck beizubringen. Bei Sammelbekanntmachungen ist der Abdruck zu einem der Handaktenstücke zu bringen; in den Akten über die anderen Angelegenheiten, auf die sich der Abdruck bezieht, ist der Verbleib zu bemerken.

5. Wird der Versteigerungstermin wieder aufgehoben, so sind die Aushänge und Anschläge sofort zu entfernen; die Aufhebung ist, wenn noch thunlich, öffentlich bekannt zu machen.

6. Vor dem Beginne des Termins sind die zu versteigernden Sachen zum Verkaufe bereit zu stellen und dabei mit dem Pfändungsprotokolle zu vergleichen. War ein Verwahrer oder ein Hüter bestellt, so ist über die Rückgewähr der Sachen mit diesem ein Protokoll aufzunehmen, auf Verlangen ist ihm eine Bescheinigung über die Rückgabe zu erteilen. Ergiebt es sich, daß Pfandstücke fehlen oder beschädigt sind, so ist dies in das Protokoll aufzunehmen oder zu den Akten zu vermerken und zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen.

7. Bei der Eröffnung des Termins sind zunächst die Versteigerungsbedingungen bekannt zu machen. Die Bedingungen müssen den Vorschriften im § 817 der Civilprozeßordnung entsprechen, es sei denn, daß das Vollstreckungsgericht einen abweichenden Inhalt der Versteigerungsbedingungen gestattet hat.

8. Demnächst ist zum Bieten aufzu-

fordern; die einzelnen Pfandstücke sind thunlichst nach ihrer Reihenfolge im Pfändungsprotokoll auszurufen und den Kauflustigen zur Besichtigung vorzuzeigen, gleichzeitig ist bei Kostbarkeiten der Schätzungswert, bei Gold- und Silbersachen auch der Gold- oder Silberwert anzugeben. Dem Gläubiger und dem Schuldner ist das Mitbieten zu gestatten. Ein Gebot des Schuldners ist zurückzuweisen, wenn er nicht den Betrag sofort bar erlegt. Bei Gold- und Silbersachen ist jedes Gebot zurückzuweisen, das den Gold- oder Silberwert (der vom Schätzungswerte verschieden sein wird) nicht erreicht.

9. Dem Zuschlag an den Meistbietenden soll ein dreimaliger Aufruf vorausgehen. Durch den Zuschlag kommt der Vertrag mit dem Meistbietenden zu stande; die Verpflichtung jedes einzelnen Bieters erlischt, sobald ein Uebergebot abgegeben oder wenn die Versteigerung ohne Erteilung des Zuschlags geschlossen wird (B.G.B. § 156).

10. Die Sache ist dem Ersteher nur gegen bare Zahlung des Kaufpreises zu überliefern. Hat er bis zum Schlusse des Versteigerungstermins oder zu der in den Versteigerungsbedingungen bestimmten Zeit die Ablieferung nicht verlangt, so ist gemäß § 817 Abs. 3 der Civilprozeßordnung zur Wiederversteigerung der Sache zu schreiten, sofern nicht das Vollstreckungsgericht auf Grund des § 825 der Civilprozeßordnung abweichende Anordnung getroffen hat.

11. Ist der Zuschlag dem Gläubiger erteilt, so ist dieser von der Verpflichtung zur Barzahlung insoweit befreit, als der Erlös zu seiner Befriedigung zu verwenden ist. Der Gläubiger hat mithin nur diejenigen Beträge bar zu zahlen, welche zur Deckung der Zwangsvollstreckungskosten erforderlich sind oder sich nach seiner Befriedigung als Ueberschuß ergeben. Insoweit dem Schuldner nachgelassen ist, die Vollstreckung durch Sicherheitsleistung oder Hinterlegung abzuwenden (§ 87 Abs. 1a d. Anw.), hat auch der Gläubiger den Preis für die von ihm erstandene Sache bar zu entrichten (C.P.O. § 817 Abs. 4).

12. Die Versteigerung ist einzustellen, sobald der Erlös zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten der Zwangsvollstreckung hinreicht (C.P.O. § 818). Der Gerichtsvollzieher hat deshalb die bereits erzielten Erlöse von Zeit zu Zeit aufzurechnen.

13. Das Protokoll über die Versteigerung (§ 52 d. Anw.) muß insbesondere enthalten:

a) den Betrag der beizutreibenden Forderung und der Zwangsvollstreckungskosten;
b) den Hinweis auf die gesetzlichen Versteigerungsbedingungen, oder den Wortlaut der Versteigerungsbedingungen, insoweit sie von den gesetzlichen abweichen;
c) die Bezeichnung der ausgebotenen Sachen, sowie ihre Nummern nach dem Pfändungsprotokolle, die abgegebenen Meistgebote und die Namen der Bieter, denen der Zuschlag erteilt ist;
d) die Angabe, daß der Kaufpreis gezahlt oder daß die Zahlung und die Ablieferung der Sache unterblieben ist.

14. Ein zurückgewiesenes Gebot ist im Protokolle gleichfalls zu vermerken, aber nicht in die für das Meistgebot bestimmte Spalte aufzunehmen. Bei Gold- und Silbersachen ist zutreffendenfalls zu beurkunden, daß, des wiederholten Aufrufs ungeachtet, ein den Gold- oder Silberwert deckendes Gebot nicht abgegeben worden ist.

15. Das Protokoll ist den Meistbietenden zur Mitunterzeichnung vorzulegen, wenn sie beim Schlusse des Versteigerungstermins noch anwesend sind. Haben sie sich vorher entfernt, so ist dies im Protokolle zu vermerken. Der Gerichtsvollzieher hat den Betrag des zu dem Protokoll erforderlichen Stempels aus dem Erlöse zu entnehmen.

---

§ 66. 1. Ein freihändiger Verkauf der Pfandstücke findet statt:

a) bei Gold- und Silbersachen, für die bei der Versteigerung ein den Gold- oder Silberwert deckendes Gebot nicht abgegeben worden ist (C.P.O. § 820);
b) bei Wertpapieren, die einen Börsen- oder Marktpreis haben (C.P.O. § 821);
c) bei Sachen anderer Art auf Anordnung des Vollstreckungsgerichts (C.P.O. § 825).

2. Bei dem freihändigen Verkaufe muß der Gerichtsvollzieher auf die Erzielung eines möglichst hohen Preises bedacht sein. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter

dem abgeschätzten Gold- oder Silberwerte, Wertpapiere nicht unter dem für den Ort des Verkaufs maßgebenden Tageskurse verkauft werden. Die Uebergabe an den Käufer darf nur gegen bare Zahlung geschehen. Bei einem durch das Vollstreckungsgericht angeordneten Verkaufe sind die etwaigen besonderen Anordnungen des Gerichts zu beachten.

3. Das über den Verkauf aufzunehmende Protokoll muß insbesondere enthalten:

a) den Grund des freihändigen Verkaufs;

b) die genaue Bezeichnung des verkauften Gegenstandes mit der Angabe des abgeschätzten Gold- oder Silberwerts, des Tageskurses oder des von dem Vollstreckungsgerichte bestimmten Preises;

c) die mit dem Käufer getroffenen Abreden und den Nachweis der Preiszahlung.

4. Beim Verkaufe von Wertpapieren (§ 67 d. Anw.) ist der Schlußschein (§ 10 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1894) dem Gläubiger auszuhändigen. Der Tageskurs ist durch den Kurszettel oder durch die Bescheinigung eines Kaufmanns, der Bankier- oder Geldwechslergeschäfte betreibt, festzustellen.

---

§ 67. 1. Bei der Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen werden Wertpapiere wie körperliche Sachen behandelt und wie diese von dem Gerichtsvollzieher durch Besitzergreifung gepfändet; die Veräußerung der gepfändeten Wertpapiere erfolgt, wenn sie einen Börsen- oder Marktpreis haben, durch freihändigen Verkauf (§ 66 d. Anw.), andernfalls durch öffentliche Versteigerung (§ 65 d. Anw.).

2. Zu den Wertpapieren, die bei der Zwangsvollstreckung wie körperliche Sachen behandelt werden, gehören alle Inhaberpapiere, auch wenn sie auf den Namen eines bestimmten Berechtigten umgeschrieben sind, alle Aktien, auch wenn sie auf den Namen eines bestimmten Berechtigten lauten, Reichsbankanteilscheine, Kuxscheine und dergl. Dagegen gehören dazu nicht Sparkassenbücher, Pfandscheine und Lebensversicherungspolicen. Für die Pfändung von Wechseln und anderen auf den Namen lautenden aber durch Indossament übertragbaren Forderungspapieren gelten besondere Vorschriften (§ 76 d. Anw.).

3. Zur Veräußerung von Inhaberpapieren genügt die Uebertragung des Eigentums wie bei beweglichen Sachen. Papiere, die durch Indossament übertragen werden können, aber nicht Forderungspapiere (§ 76 d. Anw.) sind (z. B. Namenaktien, H.G.B. § 222), zum Zwecke der Uebertragung mit dem Indossament, andere Papiere, die auf den Namen lauten, einschließlich der auf den Namen umgeschriebenen Inhaberpapiere, sofern nicht deren Rückverwandlung beauftragt wird (Abs. 4), sind mit der Abtretungserklärung zu versehen.

4. Die Abtretungserklärung oder das Indossament hat der Gerichtsvollzieher nach vorgängiger Ermächtigung durch das Vollstreckungsgericht an Stelle des Schuldners auszustellen (C.P.O. § 822). Ingleichen bedarf der Gerichtsvollzieher der Ermächtigung des Vollstreckungsgerichts, wenn er die Rückverwandlung einer auf den Namen umgeschriebenen Schuldverschreibung in eine Inhaberschuldverschreibung an Stelle des Schuldners beantragen will (A.G. z. B.G.B. Artikel 18 § 5; C.P.O. § 823).

Dem Antrage, durch den der Gerichtsvollzieher die vorbezeichnete Ermächtigung erbittet, ist das Pfändungsprotokoll beizufügen.

5. Inländische Banknoten und Reichskassenscheine sind bei der Zwangsvollstreckung nicht als Wertpapiere, sondern als bares Geld zu behandeln (§ 62 Abs. 1 d. Anw.).

6. Hypothekenbriefe, ingleichen Grundschuld- und Rentenschuldbriefe, die nicht auf den Inhaber lauten, können nicht nach den Vorschriften über die Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen gepfändet werden. Der Gerichtsvollzieher hat jedoch, wenn er solche Urkunden bei dem Schuldner vorfindet und die Zwangsvollstreckung nicht zur vollen Deckung des Gläubigers führt, deren Vorhandensein unter genauer Bezeichnung der Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld im Pfändungsprotokolle zu vermerken.

---

§ 68. 1. Früchte, die von dem Boden noch nicht getrennt sind, können gepfändet werden, so lange nicht ihre Beschlagnahme im Wege der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erfolgt ist, und soweit sie nicht zu den im § 811 Nr. 4

der Civilprozeßordnung bezeichneten Erzeugnissen gehören (§ 59 d. Anw.).

2. Die Pfändung erfolgt nach den Vorschriften über die Pfändung beweglicher Sachen. Sie ist in geeigneter Weise durch Aufrichtung von Pfandtafeln oder Pfandwischen mit einer von dem Gerichtsvollzieher unterschriebenen Pfandanzeige oder durch andere zweckentsprechende Vorrichtungen, thunlichst unter Verwendung des Dienstsiegels, für jedermann kenntlich zu machen. Der Gerichtsvollzieher hat in den dazu geeigneten Fällen einen Hüter zu bestellen, wenn nicht der Gemeindevorsteher sich zur Beaufsichtigung der Früchte bereit erklärt. Zum Hüter ist vorzugsweise der Feldhüter zu wählen.

3. Die Pfändung darf nicht früher als einen Monat vor der gewöhnlichen Zeit der Reife erfolgen. Auf den Eintritt dieses Zeitpunkts hat der Gerichtsvollzieher besonders zu achten, damit der Versteigerungstermin unter Wahrung der hierfür vorgeschriebenen Frist angesetzt werden kann. Der Gemeindevorsteher und der etwa bestellte Hüter sind zu verpflichten, dem Gerichtsvollzieher von der herannahenden Ernte rechtzeitig Kenntnis zu geben.

4. Werden bei der Zwangsvollstreckung gegen eine Person, welche Landwirtschaft betreibt, voraussichtlich Früchte zu pfänden sein, die vom Boden noch nicht getrennt sind, so ist von dem Gerichtsvollzieher ein landwirtschaftlicher Sachverständiger zuzuziehen, sofern anzunehmen ist, daß der Wert der zu pfändenden Gegenstände den Betrag von eintausend Mark übersteigt. Bei einem geringeren Betrage soll die Zuziehung erfolgen, wenn nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Gerichtsvollziehers mit Rücksicht auf die Art und den Umfang des landwirtschaftlichen Betriebs eine sachgemäße Entscheidung der im Abs. 5 bezeichneten Frage nur auf Grund eines sachverständigen Gutachtens erfolgen kann. Auf Verlangen des Schuldners kann der Gerichtsvollzieher auch ohne diese Voraussetzungen einen Sachverständigen zuziehen, wenn dadurch weder eine Verzögerung der Zwangsvollstreckung eintritt, noch unverhältnismäßige Kosten entstehen.

5. Der Sachverständige hat zu begutachten, ob die gewöhnliche Zeit der Reife binnen einem Monate zu erwarten ist (C. P.O. § 810 Abs. 1 Satz 2) und ob die Früchte ganz oder zum Teil zur Fortführung der Wirtschaft bis zu der Zeit erforderlich sind, zu welcher gleiche oder ähnliche Erzeugnisse voraussichtlich gewonnen werden (C.P.O. § 811 Nr. 4). Im übrigen findet auf die Zuziehung des Sachverständigen der § 60 Abs. 2 bis 7 der Anw. entsprechende Anwendung.

6. Das Pfändungsprotokoll hat insbesondere zu enthalten:

a) die Bezeichnung des Grundstücks nach Lage, ungefährem Flächeninhalt und aufstehender Fruchtart;
b) die Angabe, welcher Erlös aus der Verwertung der gepfändeten Früchte voraussichtlich zu erwarten ist;
c) die Angabe, in welcher Weise die Pfändung erkennbar gemacht und wer als Hüter bestellt, oder aus welchen Gründen die Bestellung eines Hüters unterblieben ist;
d) die Angabe, wann der Eintritt der Ernte zu erwarten ist;
e) im Falle der Zuziehung eines landwirtschaftlichen Sachverständigen die im § 60 Abs. 5 d. Anw. bezeichneten Angaben.

7. Die Versteigerung ist erst nach der Reife zulässig. Sie kann vor oder nach der Trennung der Früchte erfolgen. Der Gerichtsvollzieher hat dies mit Rücksicht darauf zu bestimmen, ob auf die eine oder die andere Weise voraussichtlich ein höherer Erlös zu erzielen ist. Hiernach hat er auch zu entscheiden, ob die Versteigerung im ganzen oder in einzelnen Teilen geschehen soll.

8. Soll die Versteigerung nach der Trennung der Früchte erfolgen, so hat der Gerichtsvollzieher die Aberntung bewirken zu lassen. Hierfür ist eine zuverlässige Person zu bestellen, mit der die zu gewährende Entschädigung thunlichst im voraus zu vereinbaren ist. Der Gerichtsvollzieher hat die Aberntung soweit zu beaufsichtigen, als erforderlich ist, um den Ertrag der Ernte mit Sicherheit festzustellen; er hat auch für die sichere Unterbringung und Verwahrung der Ernte bis zur Versteigerung Sorge zu tragen.

---

§ 69. 1. Die Pfändung bereits gepfändeter Sachen kann gültig in den gleichen Formen wie eine Erstpfändung bewirkt werden. Zur Bewirkung der Anschlußpfändung genügt aber auch die Er-

klärung des Gerichtsvollziehers, daß er die schon gepfändeten Sachen für seinen Auftraggeber gleichfalls pfände. Die Erklärung ist unter genauer Bezeichnung der Zeit, zu der sie abgegeben wird, in das Pfändungsprotokoll aufzunehmen. Eine Abschrift des Protokolls ist dem Schuldner zu übersenden, wenn er es verlangt, oder wenn die Anschlußpfändung in seiner Abwesenheit stattgefunden hat.

2. War die erste Pfändung von einem anderen Gerichtsvollzieher bewirkt, so ist diesem in jedem Falle eine Abschrift des Pfändungsprotokolls förmlich zuzustellen. Hat derselbe Gerichtsvollzieher die erste Pfändung und die Abschlußpfändung bewirkt, so ist das Protokoll über die Anschlußpfändung zu den Akten über die erste Pfändung zu nehmen.

3. Der Gerichtsvollzieher soll die Pfändung schon gepfändeter Sachen regelmäßig durch die im Abs. 1 Satz 2 bezeichnete Erklärung und nicht in den Formen einer Erstpfändung vornehmen, es sei denn, daß die Rechtsgültigkeit oder das Fortbestehen der vorausgegangenen Pfändung zweifelhaft oder die Wirksamkeit einer durch bloße Erklärung bewirkten Anschlußpfändung aus sonstigen Gründen fraglich erscheint.

4. Die Anschlußpfändung ist ohne Rücksicht darauf vorzunehmen, ob sich nach der Deckung des Gläubigers der ersten Pfändung und der Kosten der ersten Vollstreckung noch ein Ueberschuß über die Kosten der späteren Vollstreckung erwarten läßt. Eine Anschlußpfändung ist jedoch nur zu bewirken, wenn die Befriedigung des Gläubigers aus anderen Pfandstücken nicht erlangt werden kann, oder wenn entweder der Gläubiger die Anschlußpfändung ausdrücklich verlangt oder aus besonderen Umständen die Anschlußpfändung zweckentsprechender erscheint als die Pfändung anderer, noch nicht gepfändeter Sachen.

5. Da der Auftrag des Gläubigers, für den die Anschlußpfändung bewirkt ist, kraft Gesetzes auf den erstpfändenden Gerichtsvollzieher übergeht (C.P.O. § 827 Abs. 1), so ist diesem Gerichtsvollzieher der Schuldtitel nebst den sonstigen für die Vollstreckung erforderlichen Urkunden auszuhändigen, sofern nicht das Vollstreckungsgericht die Verrichtungen dieses Gerichtsvollziehers einem anderen Gerichtsvollzieher übertragen hat.

6. Die Versteigerung erfolgt durch den hiernach zuständigen Gerichtsvollzieher für alle beteiligten Gläubiger. Der Erlös ist nach der Reihenfolge der Pfändungen zu verteilen. Reicht er zur Deckung sämtlicher Forderungen nicht aus und verlangt ein Gläubiger ohne Zustimmung der übrigen Gläubiger eine andere Art der Verteilung, so ist nach § 827 Abs. 2 der Civilprozeßordnung zu verfahren.

7. Für den Fall, daß eine mehrfache Pfändung desselben Gegenstandes im Verwaltungszwangsverfahren und durch Gerichtsvollzieher stattfindet, sind die Vorschriften in den §§ 34, 35 der Verordnung v. 15. November 1899 zu befolgen.

---

§ 70. 1. Ein Gerichtsvollzieher, welcher vor Ausführung einer aufgetragenen Pfändung von anderen Gläubigern mit der Pfändung gegen denselben Schuldner beauftragt wird, muß alle Aufträge als gleichzeitige behandeln und deshalb die Pfändung für alle beteiligten Gläubiger gleichzeitig bewirken. Auf die Reihenfolge, in der die Vollstreckungsaufträge an den Gerichtsvollzieher gelangt sind, kommt es nicht an, sofern nicht auf Grund eines früheren Auftrags die Pfändung schon vollzogen ist, da der Eingang des Vollstreckungsauftrags für sich allein ein Vorzugsrecht des Gläubigers vor anderen Gläubigern nicht begründet.

2. Ueber die gleichzeitige Pfändung für mehrere Gläubiger ist nur ein Pfändungsprotokoll aufzunehmen, dieses muß die beteiligten Gläubiger und ihre Schuldtitel bezeichnen und die Erklärung enthalten, daß die Pfändung gleichzeitig für alle bewirkt ist. Alle zu pfändenden Sachen sind für alle beteiligten Gläubiger zu pfänden, sofern nicht ein Gläubiger bestimmte Sachen ausgeschlossen hat.

3. Die Versteigerung erfolgt für alle beteiligten Gläubiger. Der Erlös ist, wenn er zur Deckung aller Forderungen nicht ausreicht, nach dem Verhältnisse der beizutreibenden Forderungen zu verteilen. Verlangt ein Gläubiger ohne Zustimmung der übrigen Gläubiger eine andere Art der Verteilung, so ist nach § 827 Abs. 2 der Civilprozeßordnung zu verfahren.

4. Liegt es dem Gerichtsvollzieher ob, eine Pfändung im Verwaltungszwangsverfahren und im Auftrage eines Gläubigers vorzunehmen, so finden die Vorschriften der Abs. 1 bis 3 entsprechende Anwendung

(§ 35 Abs. 5 der Verordnung vom 15. November 1899).

---

§ 71. 1. Zur Vornahme einer Pfändung gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Person des Soldatenstandes ist der Gerichtsvollzieher dann nicht befugt, wenn die Pfändung in Kasernen oder in anderen militärischen Dienstgebäuden oder auf Kriegsfahrzeugen stattfinden soll (§ 47 Abs. 4 d. Anw.). In einem solchen Falle erfolgt die Pfändung auf Ersuchen des Vollstreckungsgerichts durch die Militärbehörde. Die Veräußerung geschieht hingegen auch in diesem Falle durch einen Gerichtsvollzieher, den der Gläubiger beauftragt.

2. Der Gerichtsvollzieher hat den Schuldtitel und die von der Militärbehörde errichtete Urkunde bei dem Vollstreckungsgericht in Empfang zu nehmen und der Militärbehörde, wenn sie nicht bereits durch das Vollstreckungsgericht benachrichtigt ist, seinen Auftrag anzuzeigen.

3. Ueber die Uebernahme der von der Militärbehörde gepfändeten Sachen ist ein Protokoll aufzunehmen und mit der Urschrift oder einer Abschrift der von der Militärbehörde über die Pfändung errichteten Urkunde zu verbinden. Ergiebt es sich, daß Pfandstücke fehlen oder beschädigt sind, so hat dies der Gerichtsvollzieher im Protokolle zu vermerken. Die Verwertung der Pfandstücke erfolgt nach den Vorschriften der §§ 64 bis 67 d. Anw. Insofern nicht ein freihändiger Verkauf stattzufinden hat, ist der Versteigerungstermin sogleich zu bestimmen.

---

§ 72. 1. Der Gerichtsvollzieher hat über die Geldbeträge, welche infolge der Zwangsvollstreckung in seine Hände gelangt sind, eine Berechnung aufzustellen.

2. Die Kosten des Verkaufs oder der Versteigerung sowie der etwa erforderlichen Stempel sind aus der Masse vorweg zu entnehmen. Darauf ist der dem Gläubiger gebührende Betrag mit Einschluß der Kosten und Zinsen anzusetzen und der für den Schuldner verbleibende Ueberschuß festzustellen. Reicht die Masse zur Deckung des Gläubigers nicht aus, so ist sie zunächst auf die Kosten der Zwangsvollstreckung, sodann auf die übrigen Kosten des Gläubigers, ferner auf die Zinsen der beizutreibenden Forderung, endlich der Rest auf die Hauptleistung zu verrechnen (B.G.B. § 367). Wird der Gläubiger nicht voll befriedigt, so muß die Berechnung ergeben, welche von diesen Forderungsarten ungetilgt bleibt.

3. Sind mehrere Gläubiger an der Masse beteiligt, so sind zunächst die Kosten des Verkaufs (Abs. 2 Satz 1) aus der Masse zu entnehmen und sodann die beteiligten Gläubiger nach der Reihenfolge der Pfändungen zu befriedigen. Ist für mehrere Gläubiger gleichzeitig gepfändet, so sind auch die Kosten der Pfändung vorweg aus der Masse zu entnehmen. Die Verteilung der Masse ist sodann gemäß § 70 Abs. 3 der Anw. zu bewirken.

4. Wird eine gerichtliche Verteilung erforderlich (§§ 69, 70 d. Anw.), so hat der Gerichtsvollzieher den Erlös, der nach Abzug der vorweg zu entnehmenden Kosten (Abs. 3) verbleibt, zu hinterlegen und die Sachlage dem Vollstreckungsgericht, unter Beifügung der sich auf das Verfahren beziehenden Schriftstücke, anzuzeigen.

5. Die auf den Gläubiger entfallenden Beträge, soweit sie nicht zu hinterlegen sind (§ 87 d. Anw.) oder gemäß § 817 Abs. 4 der Civilprozeßordnung deren Barzahlung unterbleibt, weil ein beteiligter Gläubiger der Ersteher des Pfandstücks ist (§ 65 Abs. 11 d. Anw.), ingleichen der für den Schuldner verbleibende Ueberschuß sind unverzüglich an die Empfangsberechtigten abzuführen. Ueber die Ermächtigung eines Prozeßbevollmächtigten zum Geldempfang ist § 45 Abs. 2 d. Anw. zu vergleichen.

6 Die Auszahlung ist durch Quittungen oder durch Postscheine zu belegen, aus denen sich die Einzahlung der Beträge zu Auszahlung an den Empfangsberechtigten bei der Post ergiebt.

7. Dem Schuldner ist eine Abschrift der Berechnung zu erteilen, sofern nicht deren wesentlicher Inhalt bereits in die dem Schuldner erteilte Quittung (C.P.O. § 757) aufgenommen ist.

---

§ 73. Pfandstücke, deren Veräußerung nicht erforderlich gewesen ist, oder die entweder auf Anweisung des Gläubigers oder auf Grund einer gerichtlichen Entscheidung freigegeben sind, hat der Gerichtsvollzieher ohne Verzug dem Schuldner oder dem sonst Empfangsberechtigten schriftlich zur Verfügung zu stellen und, wenn sie aus dem Gewahrsame des Schuldners entfernt

waren, gegen Empfangsbescheinigung herauszugeben. Die Kosten der Zurückschaffung hat der Empfangsberechtigte zu tragen. Bei Bekanntmachung der Freigabe ist der Schuldner zur Entfernung der Pfandzeichen ausdrücklich zu ermächtigen.

3. Zwangsvollstreckung in Forderungen und andere Vermögensrechte.

§ 74. 1. Die Pfändung von Forderungen, welche dem Schuldner gegen einen Dritten (Drittschuldner) zustehen, erfolgt regelmäßig durch einen Beschluß des Vollstreckungsgerichts, auf dessen Zustellung sich die Mitwirkung des Gerichtsvollziehers beschränkt. Die Pfändung von Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, welche durch Indossament übertragen werden können (H.G.B. § 363) wird jedoch nicht durch Gerichtsbeschluß, sondern dadurch bewirkt, daß der Gerichtsvollzieher diese Papiere in Besitz nimmt (C.P.O. § 831).

2. In beiden Fällen wird eine gepfändete Geldforderung durch einen Ueberweisungsbeschluß des Vollstreckungsgerichts dem Gläubiger nach seiner Wahl zur Einziehung oder zu ihrem Nennwert an Zahlungsstatt überwiesen, sofern nicht das Gericht aus besonderen Gründen eine andere Art der Verwertung auf Antrag anordnet (C.P.O. §§ 835, 844).

3. Ist ein Anspruch gepfändet, der nicht auf Geld gerichtet ist, sondern eine bewegliche körperliche Sache betrifft, so ist die Sache von dem Drittschuldner auf Anordnung des Gerichts an einen von dem Gläubiger beauftragten Gerichtsvollzieher herauszugeben; sie wird alsdann nach den über die Veräußerung gepfändeter Sachen bestehenden Vorschriften verwertet (C.P.O. § 847). Wird von dem Gerichte die Versteigerung der Forderung angeordnet, so geschieht diese nach § 65 d. Anw.

4. Bei der Pfändung einer Forderung, für welche eine Hypothek besteht, ingleichen bei der Pfändung einer Grundschuld oder Rentenschuld, hat der Gerichtsvollzieher erforderlichenfalls den Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbrief dem Schuldner behufs Ablieferung an den Gläubiger wegzunehmen (C.P.O. § 830). Das Gleiche gilt im Falle der Ueberweisung (Abs. 2) einer anderen Forderung in Ansehung der über die Forderung vorhandenen Urkunden, z. B. des Schuldscheins, des Sparkassenbuchs, des Pfandscheins, der Versicherungspolice (C.P.O. § 836 Absatz 3).

5. Dem Gerichtsvollzieher liegt hiernach bei der Pfändung von Forderungen und sonstigen Vermögensrechten nicht die selbständige Durchführung, sondern nur eine mehr oder weniger beschränkte Mitwirkung bei der Zwangsvollstreckung ob.

---

§ 75. 1. Die Pfändung einer Forderung ist mit der Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Drittschuldner als bewirkt anzusehen (C.P.O. § 829 Abs. 3). Der Zeitpunkt der Zustellung ist deshalb in der Zustellungsurkunde genau anzugeben. Ist der Gerichtsvollzieher mit der Zustellung mehrerer Pfändungsbeschlüsse an denselben Drittschuldner beauftragt, so hat er sie alle in dem gleichen Zeitpunkte zuzustellen.

2. Verlangt der Gläubiger, daß der Drittschuldner zur Abgabe der im § 840 der Civilprozeßordnung bezeichneten Erklärungen aufgefordert werde, so muß die Aufforderung in der Zustellungsurkunde enthalten sein. Hat der Gläubiger ein solches Verlangen gestellt, so kann die Zustellung des Pfändungsbeschlusses nur im Wege der gewöhnlichen Zustellung (§ 24 d. Anw.), nicht durch die Post, bewirkt werden. Eine Erklärung, die der Drittschuldner bei der Zustellung abgiebt, ist in die Zustellungsurkunde aufzunehmen, und von dem Drittschuldner zu unterschreiben. Wird eine Erklärung nicht abgegeben oder die Unterschrift verweigert, so ist dies in der Zustellungsurkunde zu bemerken. Eine Erklärung, die der Drittschuldner später dem Gerichtsvollzieher gegenüber abgiebt, ist ohne Verzug dem Gläubiger zu übermitteln und, wenn sie mündlich erfolgt, zu diesem Zwecke durch ein Protokoll festzustellen.

3. Sodann ist der Pfändungsbeschluß nebst einer Abschrift der Urkunden, welche die Zustellung an den Drittschuldner ergeben, auch ohne besonderen Auftrag sofort dem Schuldner zuzustellen, und zwar durch Aufgabe zur Post, falls die Zustellung im Auslande bewirkt werden muß. Diese Zustellung ist auch dann zu bewirken, wenn

der Beschluß dem Schuldner schon vorher zugestellt sein sollte (vgl. Abs. 5). Die Zustellung unterbleibt, wenn eine öffentliche Zustellung erforderlich sein würde.

4. Wird neben dem Pfändungsbeschluß ein besonderer Ueberweisungsbeschluß erlassen, so ist dies ebenfalls zunächst dem Drittschuldner und sodann unter entsprechender Anwendung der im Abs. 2 gegebenen Vorschriften dem Schuldner zuzustellen (C.P.O. § 835 Abs. 3).

5. Die Wegnahme des Briefes über eine gepfändete Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld (§ 74 Abs. 4 d. Anw.) hat der Gerichtsvollzieher im Wege der Zwangsvollstreckung nach den Vorschriften über die Wegnahme beweglicher körperlicher Sachen zu bewirken (§ 79 d. Anw.). Er wird zu der Wegnahme durch den Besitz des Schuldtitels und einer Ausfertigung des Pfändungsbeschlusses ermächtigt; der Pfändungsbeschluß ist dem Schuldner spätestens bis zum Beginne der auf die Wegnahme des Briefes gerichteten Vollstreckungsthätigkeit zuzustellen.

6. Die Wegnahme von Schuldscheinen und anderen Urkunden über die Forderung, welche dem Gläubiger überwiesen ist (§ 74 Abs. 4 Satz 2 d. Anw.), erfolgt in der gleichen Weise, jedoch mit der Maßgabe, daß der Ueberweisungsbeschluß (Abs. 4) an die Stelle des Pfändungsbeschlusses tritt.

7. Auf die Zwangsvollstreckung in andere Vermögensrechte, die nicht Gegenstand der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen sind, finden die Vorschriften über die Pfändung von Forderungen entsprechende Anwendung. Wenn bei solchen Rechten ein Drittschuldner nicht vorhanden ist (z. B. bei Urheber- und Patentrechten), so wird die Pfändung mit der Zustellung des Pfändungsbeschlusses an den Schuldner bewirkt (C.P.O. § 857).

---

§ 76. 1. Die Zwangsvollstreckung in Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren, die durch Indossament übertragen werden können, z. B. kaufmännischen Anweisungen und Verpflichtungsscheinen, Konnossementen, Ladescheinen, Lagerscheinen u. dergl., welche an Order gestellt sind (vergl. H.G.B. § 363), erfolgt abweichend von den im § 75 d. Anw. bezeichneten Vorschriften durch ein Zusammenwirken des Gerichtsvollziehers und des Vollstreckungsgerichtes. Die Pfändung geschieht durch die Wegnahme der Urkunde nach den Vorschriften über die Pfändung von Wertpapieren (§ 67 d. Anw.), dagegen die Verwertung der gepfändeten Forderung nach den auch sonst für gepfändete Forderungen geltenden Vorschriften (§ 47 Abs. 2, 3 d. Anw.).

2. Forderungen aus Wechseln und anderen Papieren der bezeichneten Art sind, wenn die Zahlungsfähigkeit des Drittschuldners nicht unzweifelhaft feststeht, Vermögensstücke von ungewissem Werte. Der Gerichtsvollzieher soll daher nur dann zu ihrer Pfändung schreiten, wenn ihn der Gläubiger ausdrücklich dazu angewiesen hat oder wenn die sonst vorhandenen Pfandstücke zur Befriedigung des Gläubigers nicht ausreichen.

3. Die Pfändung der Forderung geschieht dadurch, daß der Gerichtsvollzieher den Wechsel oder das indossable Papier, in dem sie verbrieft ist, in Besitz nimmt. In dem Pfändungsprotokoll ist die weggenommene Urkunde genau zu bezeichnen; der Fälligkeitstag ist anzugeben, wenn er aus der Urkunde ersichtlich ist. Von der Pfändung sind der Schuldner gemäß § 55 d. Anw. und der Gläubiger durch Uebersendung einer Abschrift des Pfändungsprotokolls zu benachrichtigen. Der Schuldtitel ist dem Gläubiger zurückzugeben, weil dieser ihn behufs Erwirkung des Ueberweisungsbeschlusses dem Vollstreckungsgericht einzureichen hat.

4. Der Gerichtsvollzieher hat die weggenommenen Urkunden so lange zu verwahren, bis sie das Gericht einfordert oder bis ihm ein Beschluß des Vollstreckungsgerichts vorgelegt wird, durch den die Ueberweisung der Forderung an den Gläubiger ausgesprochen oder eine andere Art der Verwertung der Forderung, z. B. deren Veräußerung oder die Herausgabe der geschuldeten körperlichen Sachen an einen Gerichtsvollzieher (§ 77 d. Anw.), angeordnet wird.

5. Der Gerichtsvollzieher darf die Urkunde über die gepfändete Forderung nur gegen eine Empfangsbescheinigung des Gläubigers oder, wenn die Forderung wieder freigegeben wird (§ 73 d. Anw.), des Schuldners herausgeben.

---

§ 77. 1. Bei der Zwangsvollstreckung in solche Forderungen, welche auf die Her-

ausgabe oder Leistung von beweglichen körperlichen Sachen gerichtet sind, geschieht die Pfändung nach den Vorschriften über die Pfändung von Geldforderungen, also regelmäßig durch die Zustellung eines gerichtlichen Pfändungsbeschlusses (§ 75 d. Anw.), ausnahmsweise, wenn die Forderung in einem indossablen Papiere verbrieft ist (z. B. bei kaufmännischen Anweisungen über die Leistung von Wertpapieren oder anderen vertretbaren Sachen, bei Lagerscheinen, Ladescheinen, Konnossementen u. s. w.), durch den Gerichtsvollzieher (§ 76 d. Anw.). In dem gerichtlichen Pfändungsbeschlusse oder im Falle des § 76 d. Anw. durch einen besonderen Beschluß wird angeordnet, daß die geschuldeten Sachen an einen von dem Gläubiger zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben sind (C.P.O. § 847).

2. Der Pfändungsbeschluß als solcher ermächtigt jedoch den Gerichtsvollzieher nicht, die Herausgabe der Sache gegen den Willen des Drittschuldners zu erzwingen. Der Gläubiger müßte vielmehr, wenn der Drittschuldner die Herausgabe verweigert, sich den Anspruch zur Einziehung überweisen lassen und sodann die Klage gegen den Drittschuldner erheben. Der Gerichtsvollzieher hat deshalb in diesem Falle die Weigerung des Drittschuldners zu beurkunden und dem Gläubiger das Weitere zu überlassen.

3. Ist der Drittschuldner zur Herausgabe oder zur Leistung bereit, so hat der Gerichtsvollzieher, dessen Ermächtigung durch den Besitz des Schuldtitels und einer Ausfertigung des Beschlusses dargethan wird, die Sachen bei ihm gegen Quittung oder gegen Herausgabe des indossablen Papiers in Empfang zu nehmen und sie in dem aufzunehmenden Protokolle zu verzeichnen. Die Verwertung der übernommenen Sachen richtet sich nach den Vorschriften, welche für die Verwertung gepfändeter Sachen gelten (C.P.O. § 847 Abs. 2).

4. Von der Uebernahme und von dem anberaumten Versteigerungstermine sind der Gläubiger und der Schuldner durch Uebersendung einer Protokollabschrift zu benachrichtigen.

5. Hat der Gläubiger gegen den Drittschuldner einen vollstreckbaren Titel erlangt, nach dessen Inhalte der Drittschuldner die Sachen zum Zwecke der Zwangsvollstreckung an einen Gerichtsvollzieher herauszugeben hat, so hat der Gerichtsvollzieher auf Grund dieses Titels die Sachen dem Drittschuldner nach den Vorschriften über die Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen (§ 79 d. Anw.) wegzunehmen. Das weitere Verfahren richtet sich nach den Vorschriften in den Abs. 3, 4, 6.

6. Das bei einer Pfändung des gleichen Anspruchs für mehrere Gläubiger zu beobachtende Verfahren ist im § 854 der Civilprozeßordnung näher geregelt. Für die Reihenfolge der Pfändungen, ist die Zeit entscheidend, zu der die einzelnen Pfändungsbeschlüsse dem Drittschuldner zugestellt sind.

---

§ 78. 1. Der Gläubiger kann schon vor der Pfändung einer Forderung dem Drittschuldner und dem Schuldner die Benachrichtigung zustellen lassen, daß die Pfändung der Forderung bevorsteht. Die Benachrichtigung an den Drittschuldner hat die Wirkung eines Arrestes, wenn binnen 3 Wochen seit ihrer Zustellung die angekündigte Pfändung (C.P.O. § 845) erfolgt.

2. Der Gerichtsvollzieher hat deshalb die Zustellung zu beschleunigen und den Zeitpunkt, zu dem die Benachrichtigung dem Drittschuldner zugestellt worden ist, in der Zustellungsurkunde genau zu bezeichnen. Er hat nicht zu prüfen, ob dem Gläubiger eine vollstreckbare Ausfertigung erteilt und ob der Schuldtitel bereits zugestellt ist.

---

4. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Sachen.

§ 79. 1. Hat der Schuldner eine bestimmte bewegliche Sache oder eine Menge bestimmter beweglicher Sachen (z. B. seine fünfjährige Fuchsstute mit Stern oder die in seiner Scheune lagernden 5 Sack Roggen) herauszugeben, so wird die Zwangsvollstreckung dadurch bewirkt, daß der Gerichtsvollzieher die Sachen dem Schuldner wegnimmt und sie dem Gläubiger übergiebt. Hat der Schuldner eine nur der Gattung nach bestimmte Sache oder eine Menge von vertretbaren Sachen

oder von Wertpapieren zu leisten, so ist in der gleichen Weise zu verfahren, sofern der Gerichtsvollzieher Sachen der geschuldeten Gattung (z. B. Saatkartoffeln „König der Frühen", 1893. Trabener Moselwein, böhmische Braunkohlen oder Wertpapiere der im Schuldtitel bezeichneten Art) im Gewahrsame des Schuldners vorfindet. Die weggenommenen Sachen sind im Protokolle genau zu bezeichnen, bei vertretbaren Sachen ist deren Maß, Zahl oder Gewicht, bei Wertpapieren sind der Nennwert, die Nummer oder die sonstigen Unterscheidungsmerkmale sowie die bei dem Stammpapiere vorgefundenen Zins- oder Gewinnanteil- oder Erneuerungsscheine anzugeben.

2. Die weggenommenen Sachen sind ohne Verzug dem Gläubiger, wenn thunlich an Ort und Stelle, gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen oder an den Gläubiger abzusenden. Damit der Gläubiger sich zur Empfangnahme der Sachen an dem Orte der Vollstreckung einfinden oder einen Vertreter entsenden und die zu ihrer Fortschaffung nötigen Maßregeln treffen kann, hat ihm der Gerichtsvollzieher den Tag und die Stunde der beabsichtigten Vollstreckung rechtzeitig anzuzeigen. Wird aus besonderen Gründen eine Verwahrung der weggenommenen Sachen erforderlich, so erfolgt sie nach den Vorschriften, die über die Verwahrung von Pfandstücken gelten. Das Protokoll muß ergeben, ob die Sachen dem Gläubiger ausgehändigt, an ihn abgesandt oder in welcher Weise sie untergebracht sind.

3. Werden die geschuldeten Sachen nicht oder nur zum Teil vorgefunden, so ist dies im Protokoll ersichtlich zu machen. Ingleichen ist es im Protokolle zu vermerken, wenn der Schuldner bestreitet, daß die weggenommenen Sachen die geschuldeten sind, oder wenn ein Dritter Rechte auf den Besitz der Sachen geltend macht.

4. Ist der Schuldner zur Uebertragung des Eigentums oder zur Bestellung eines solchen Rechtes an einer beweglichen Sache, vermöge dessen der Gläubiger die Besitzeinräumung verlangen kann, rechtskräftig verurteilt, so hat der Gerichtsvollzieher unter Beachtung der vorstehenden Vorschriften die Sache dem Schuldner wegzunehmen und sie dem Gläubiger auszuhändigen. Das Gleiche gilt in Ansehung des Hypotheken-, Grundschuld- oder Rentenschuldbriefs, wenn der Schuldner zur Bestellung, zur Abtretung oder zur Belastung der durch diese Urkunde verbrieften Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld verurteilt ist (C.P.O. § 897).

---

§ 80. 1. Hat der Schuldner ein Grundstück, einen Teil eines Grundstücks, Wohnräume oder sonstige Räume oder ein bewohntes Schiff herauszugeben, zu überlassen oder zu räumen, so wird die Zwangsvollstreckung dadurch vollzogen, daß der Gerichtsvollzieher den Schuldner aus dem Besitze setzt und den Gläubiger in den Besitz einweist (C.P.O. § 885). Die Entsetzung erstreckt sich auch auf die Familienangehörigen des Schuldners, auf etwaige Untermieter (B.G.B. § 556 Abs. 3) jedoch nur dann, wenn auch gegen den Untermieter ein vollstreckbarer Titel vorliegt. Ist eine von den zu entsetzenden Personen schwer erkrankt, so hat der Gerichtsvollzieher wegen deren Unterbringung die Mitwirkung der Ortspolizeibehörde zu erbitten.

2. Ist auf die Räumung einer Wohnung erkannt, so darf die Zwangsvollstreckung erst beginnen, wenn die dem Schuldner im Urteile gewährte Frist zur Räumung abgelaufen ist (C.P.O. § 721).

3. Damit der Gläubiger zum Zwecke der Besitzergreifung sich am Orte der Vollstreckung einfinden oder einen Vertreter entsenden kann, hat der Gerichtsvollzieher den Tag und die Stunde der beabsichtigten Vollstreckung ihm rechtzeitig anzuzeigen. Die Herausgabe der Räume kann indessen auch in Abwesenheit des Gläubigers bewirkt werden, wenn der Gläubiger durch die von dem Gerichtsvollzieher getroffenen Maßregeln (z. B. Uebergabe der Schlüssel oder Bestellung eines Hüters) in die Lage versetzt wird, die thatsächliche Gewalt über das Grundstück, die Wohnräume u. s. w. auszuüben.

4. Zubehörstücke (B.G.B. §§ 97, 98), die der Schuldner mit herauszugeben hat, werden dem Gläubiger bei der Besitzeinweisung mit der Hauptsache zugleich übergeben.

5. Bewegliche Sachen, welche weder mit herauszugeben noch wegen einer gleichzeitig beizutreibenden Forderung oder wegen der Kosten zu pfänden sind, werden von dem Gerichtsvollzieher aus dem Grundstück oder den Wohnräumen ent-

fernt, falls nicht der Gläubiger wegen eines von ihm in Anspruch genommenen Pfand- oder Zurückbehaltungsrechts der Entfernung widerspricht. Sie sind dem Schuldner oder wenn er abwesend ist, einem Bevollmächtigten des Schuldners oder einer zu der Familie des Schuldners gehörenden oder in der Familie dienenden erwachsenen Person zu übergeben oder zur Verfügung zu stellen. Der Gerichtsvollzieher hat bei der Wegschaffung der Sachen die über die Ordnung des Straßenverkehrs erlassenen polizeilichen Vorschriften zu befolgen.

6. Ist weder der Schuldner noch eine der im Abs. 5 bezeichneten Personen anwesend, so hat der Gerichtsvollzieher die Sachen auf Kosten des Schuldners in die Pfandkammer zu schaffen oder sonst für deren Verwahrung Sorge zu tragen; sie sind dem Schuldner auf Verlangen gegen Erstattung der Transport- und Verwahrungskosten jederzeit zurückzugeben. Wird die Abforderung verzögert, so kann der Gerichtsvollzieher bei dem Vollstreckungsgerichte beantragen, daß der Verkauf der Sachen und die Hinterlegung des Erlöses angeordnet werde (C.P.O. § 885 Abs. 4).

7. In dem über die Vollstreckungshandlung aufzunehmenden Protokoll ist das Grundstück, die Wohnung u. s. w. oder das Schiff, deren Herausgabe oder Räumung erzwungen werden soll, genau zu bezeichnen; das Protokoll muß ferner ergeben, welche Personen der Vollstreckungshandlung beigewohnt haben, welche Maßregeln getroffen sind, um den Schuldner aus dem Besitze zu entsetzen und den Gläubiger in den Besitz einzuweisen, und welche Zubehörstücke dem Gläubiger mit übergeben sind. Nimmt der Gerichtsvollzieher Sachen des Schuldners in Verwahrung, so sind die Sachen und der Grund ihrer Verwahrung im Protokoll anzugeben.

8. Im Falle des § 93 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung findet aus dem Beschlusse, durch welchen der Zuschlag erteilt wird (vergl. § 42 Abs. 2 d. Anw.), gegen den Besitzer des versteigerten Grundstücks die Zwangsvollstreckung auf Räumung statt. Diese Zwangsvollstreckung geschieht im Auftrage des Erstehers nach den Vorschriften der Abs. 1 bis 7.

9. In den Fällen des § 94 Abs. 2 und des § 150 Abs. 1 des Gesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung kann der Gerichtsvollzieher von dem Vollstreckungsgerichte beauftragt werden, ein Grundstück dem Zwangsverwalter zu übergeben. Der Gerichtsvollzieher hat alsdann den Schuldner aus dem Besitze zu entsetzen und den Zwangsverwalter in den Besitz einzuweisen. Er wird zur Vornahme dieser Handlungen durch den gerichtlichen Auftrag ermächtigt. Der Auftrag ist dem Schuldner oder der an Stelle des Schuldners angetroffenen Person vorzuzeigen und auf Verlangen in Abschrift mitzuteilen; einer Zustellung des Auftrags bedarf es nicht. Wohnt der Schuldner auf dem Grundstücke, so sind ihm die für seinen Hausstand unentbehrlichen Räume zu belassen, sofern das Vollstreckungsgericht nicht ein anderes bestimmt hat.

5. Zwangsvollstreckung zur Erwirkung der Herausgabe von Personen.

§ 81. Hat der Schuldner auf Grund einer vollstreckbaren gerichtlichen Entscheidung ein Kind oder eine andere unselbständige Person herauszugeben, so ist die Zwangsvollstreckung unter entsprechender Anwendung der Vorschriften zu bewirken, welche für die Herausgabe beweglicher Sachen gelten (§ 79 d. Anw.).

6. Beseitigung des Widerstandes, den der Schuldner gegen die Vornahme einer von ihm zu duldenden Handlung leistet.

§ 82. 1. Leistet der Schuldner Widerstand gegen die Vornahme einer Handlung, die er nach dem Inhalte des Schuldtitels zu dulden verpflichtet ist oder zu deren Vornahme an Stelle des Schuldners der Gläubiger durch einen Beschluß des Prozeßgerichts erster Instanz ermächtigt ist (C.P.O. § 887 Abs. 1), so kann der Gläubiger zur Beseitigung des Widerstandes einen Gerichtsvollzieher zuziehen.

2. Zur Beseitigung des Widerstandes wird der Gerichtsvollzieher durch den Besitz des Schuldtitels und einer Ausfertigung des etwa erlassenen Beschlusses ermächtigt. Er hat nach dem Inhalte dieser Urkunden selbständig zu prüfen, ob und

inwieweit das Verlangen des Gläubigers oder der Widerspruch des Schuldners gerechtfertigt erscheinen. Der Gerichtsvollzieher hat einen unberechtigten Widerstand des Schuldners unter Beachtung der §§ 758, 759 der Civilprozeßordnung nötigenfalls mit Gewalt, jedoch unter Vermeidung unnötiger Härte zu überwinden.

3. Das über die Vollstreckung aufzunehmende Protokoll muß die vorzunehmende Handlung, die bei der Vollstreckung anwesenden Personen und die von dem Gerichtsvollzieher angewendeten Zwangsmaßregeln bezeichnen.

---

7. Zwangsvollstreckung durch Haft.

§ 83. 1. Ist gegen den Schuldner die Haft angeordnet, um ihn zur Leistung des in den §§ 807, 833 der Civilprozeßordnung bezeichneten Offenbarungseids zu zwingen (C.P.O. § 901) oder um die Vornahme einer Handlung, zu der der Schuldner verurteilt ist, herbeizuführen (C.P.O. §§ 888, 889), so ist die Verhaftung im Auftrage des Gläubigers nach den folgenden Vorschriften zu bewirken. Zur Vornahme der Verhaftung wird der Gerichtsvollzieher durch den Besitz des Schuldtitels und einer Ausfertigung des gerichtlichen Haftbefehls ermächtigt, in dem der Gläubiger, der Schuldner und der Grund der Verhaftung bezeichnet sind (C.P.O. § 908). Der Haftbefehl ist dem Schuldner vorzulegen und auf Verlangen abschriftlich mitzuteilen.

2. Ist die Haft aus einem der in den §§ 904, 905 der Civilprozeßordnung bezeichneten Gründe unstatthaft oder ist der Schuldner eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson, so darf sich der Gerichtsvollzieher mit der Verhaftung nicht befassen. Bei der Verhaftung von Beamten, Geistlichen oder Lehrern an öffentlichen Unterrichtsanstalten ist die Vorschrift im § 910 der Civilprozeßordnung zu beachten.

3. Die Verhaftung unterbleibt, wenn der Schuldner infolge der Aufforderung des Gerichtsvollziehers die ihm nach dem Schuldtitel obliegende Leistung bewirkt (§ 50 Abs. 2 d. Anw.) oder wenn der Gerichtsvollzieher auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses oder durch eigene Wahrnehmung die Ueberzeugung erlangt, daß die Gesundheit des Schuldners durch die Vollstreckung der Haft einer nahen und erheblichen Gefahr ausgesetzt werden würde.

4. Die Verhaftung ist nötigenfalls mit Gewalt unter Beachtung der §§ 758, 759 der Civilprozeßordnung, aber unter Vermeidung unnötigen Aufsehens und jeder durch den Zweck der Vollstreckung nicht gebotenen Härte durchzuführen; der Verhaftete ist in das nächste zur Aufnahme von Schuldgefangenen bestimmte Gefängnis des Bezirkes abzuliefern. Der Haftbefehl ist dem zuständigen Gefängnisbeamten zu übergeben; eines besonderen Annahmebefehls bedarf es nicht. Bei der Ablieferung des Schuldners hat der Gerichtsvollzieher zugleich den Betrag der Haftkosten für einen Monat einzuzahlen, die dazu erforderlichen Geldmittel hat er sich von dem Gläubiger aushändigen zu lassen. Ohne diese Zahlung wird der Schuldner in das Gefangnis nicht aufgenommen.

5. Das Protokoll muß die genaue Bezeichnung des Haftbefehls und die Bemerkung enthalten, daß dieser dem Schuldner vorgezeigt ist, es muß ferner ergeben, ob und zu welcher Zeit der Schuldner verhaftet oder aus welchem Grunde die Verhaftung unterblieben ist. Die Ablieferung des Schuldners in das Gefängnis ist unter Angabe der Stunde von dem zuständigen Beamten unter dem Protokolle zu bescheinigen.

6. Ist der Schuldner zu Eidesleistung bereit, so kann der Gerichtsvollzieher ihn, wenn es thunlich ist, sogleich dem Vollstreckungsgerichte vorzuführen. In dem Protokoll ist anzugeben, daß der Schuldner dem Gerichte vorgeführt ist und zutreffendenfalls, daß das Gericht seine Freilassung angeordnet hat.

7. Ist der Schuldner gemäß § 890 der Civilprozeßordnung zu einer Haftstrafe verurteilt, so finden die vorstehenden Vorschriften keine Anwendung. Die Verhaftung erfolgt im Auftrage des Gerichts nach den im § 88 d. Anw. enthaltenen Vorschriften.

---

§ 84. 1. Ist der Schuldner bereits gemäß § 83 d. Anw. in Zwangshaft ge-

nommen, so ist ein fernerer Haftbefehl gegen ihn dadurch zu vollstrecken, daß der Gerichtsvollzieher sich in das Gefängnis zu dem Schuldner begiebt und unter Vorzeigung des Haftbefehls den Schuldner für nachverhaftet erklärt. Der Haftbefehl ist dem zuständigen Gefängnisbeamten mit dem Ersuchen auszuhändigen, die fernere Haft nach Beendigung der zuerst verhängten Haft an dem Schuldner zu vollstrecken. Die rechtzeitige Einzahlung der Haftkosten bleibt in diesem Falle dem Gläubiger überlassen.

2. Das Protokoll muß die Bezeichnung des Haftbefehls und die von dem Gerichtsvollzieher abgegebenen Erklärungen enthalten. Die Aushändigung des Haftbefehls ist von dem Gefängnisbeamten unter dem Protokolle zu bescheinigen. Im übrigen finden die Vorschriften des § 83 d. Anw. entsprechende Anwendung.

3. Die Vollziehung der Schuldhaft gegen eine in Untersuchungshaft oder in Strafhaft befindliche Person kann erst nach Beendigung der Untersuchungshaft oder der Strafhaft erfolgen. Der Gerichtsvollzieher hat sich nötigenfalls mit dem Vorstande des Gefängnisses in Verbindung zu setzen.

---

§ 85. 1. Ist gegen einen Zeugen zur Erzwingung des Zeugnisses die Haft angeordnet (C.P.O. § 390 Abs. 2), so finden die Vorschriften über die Zwangshaft im Vollstreckungsverfahren (§ 83 d. Anw.) entsprechende Anwendung. Der Auftrag zur Verhaftung des Zeugen wird von der Partei erteilt, die den Antrag auf Erlaß des Haftbefehls gestellt hat. Der Gerichtsvollzieher wird zu der Verhaftung durch den Besitz des gerichtlichen Haftbefehls ermächtigt.

2. Ist ein Zeuge wegen unentschuldigten Ausbleibens oder unberechtigter Verweigerung des Zeugnisses für den Fall, daß die ihm auferlegte Geldstrafe nicht beigetrieben werden kann, zu einer Haftstrafe verurteilt (C.P.O. § 380 Abs. 1, § 390 Abs. 1), so geschieht deren Vollstreckung von Amtswegen nach den für Strafsachen geltenden Vorschriften.

---

8. Vollziehung von Arrestbefehlen und einstweiligen Verfügungen.

§ 86. 1. Arrestbefehle und einstweilige Verfügungen sind Schuldtitel, die nicht eine Befriedigung des Gläubigers, sondern nur eine Sicherung seines Anspruchs oder die einstweilige Regelung eines rechtlichen Zustandes bezwecken. Der dingliche Arrest wird durch Beschlagnahme des gesamten Vermögens oder der in dem Befehle bezeichneten Vermögensstücke des Schuldners, der persönliche Sicherheitsarrest je nach dem Inhalte des Befehls durch Verhaftung des Schuldners oder eine sonstige Beschränkung seiner persönlichen Freiheit vollzogen. Bei der einstweiligen Verfügung trifft das Gericht in dem Befehle die zur Erreichung des Zweckes erforderlichen Anordnungen, die z. B. auch darin bestehen können, daß dem Schuldner eine Handlung geboten oder verboten, unter Umständen auch die Herausgabe einer beweglichen Sache oder eines Grundstücks oder eine Leistung an den Gläubiger aufgegeben wird.

2. Der Arrestbefehl oder die einstweilige Verfügung wird dem Gläubiger von dem Gerichte durch Verkündung oder durch Zustellung von Amtswegen bekannt gemacht. Dem Schuldner ist hingegen der Befehl auf Betreiben und im Auftrage des Gläubigers durch einen Gerichtsvollzieher zuzustellen (C.P.O. § 922). Die Vollziehung des Arrestes oder der einstweiligen Verfügung ist aber nur innerhalb einer zweiwöchigen Anschlußfrist zulässig, die mit der Verkündung des Befehls oder dessen von Amtswegen bewirkter Zustellung an den Gläubiger beginnt (C.P.O. § 929 Abs. 2). Eine Vollstreckungsklausel ist bei Arrestbefehlen und einstweiligen Verfügungen nur ausnahmsweise erforderlich, nämlich nur dann, wenn die Vollziehung für einen anderen als den in dem Befehle bezeichneten Schuldner erfolgen soll (C.P.O. § 929 Abs. 1; vergl. § 46 Abs. 8 d. Anw.).

3. Abweichend von der Regel des § 49 d. Anw. ist jedoch die Vollziehung des Arrestes oder der einstweiligen Verfügung auch zulässig, bevor der Befehl oder, falls eine Vollstreckungsklausel erteilt ist, bevor die Klausel und die in ihr erwähnten, die Rechtsnachfolge beweisenden Urkunden dem Schuldner zugestellt sind. Die Wirksamkeit der Vollziehung ist aber dadurch

bedingt, daß die Zustellung innerhalb einer Woche nach der Vollziehung und zugleich vor dem Ablaufe der zweiwöchigen Ausschlußfrist (Abs. 2 Satz 2) nachgeholt wird (C.P.O. § 929 Abs. 3). Die Berechnung der Fristen richtet sich nach § 188 Abs. 2 in Verbindung mit § 187 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Ist z. B. der Arrest am Montag den 20. November vollzogen, so muß die Zustellung des Befehls spätestens am Montag den 27. November nachgeholt sein.

4. Bei der Vollziehung des dinglichen Sicherheitsarrestes hat der Gerichtsvollzieher in der gleichen Weise mitzuwirken, wie bei einer sonstigen Zwangsvollstreckung. In bewegliche körperliche Sachen wird der Arrest durch Pfändung nach den für die Zwangsvollstreckung geltenden Vorschriften (C.P.O. § 928) vollzogen. Der Gerichtsvollzieher hat so viele Vermögensstücke des Schuldners zu pfänden, daß durch ihren Schätzungswert die in dem Befehle bezeichneten Beträge der Hauptforderung sowie der Zinsen und Kosten gedeckt erscheinen. Ist jedoch der Arrest auf das im Bezirke des Gerichts befindliche Vermögen oder auf einzelne bestimmt bezeichnete Vermögensstücke des Schuldners beschränkt, so ist die Pfändung nur innerhalb der hierdurch gezogenen Grenzen zulässig.

5. Die Unterbringung der Pfandstücke geschieht nach den für gepfändete Sachen geltenden Vorschriften; jedoch ist gepfändetes Geld und der in einem etwaigen Verteilungsverfahren auf den Arrestgläubiger entfallende Betrag zu hinterlegen. Eine Veräußerung der Pfandstücke findet auf Grund des Arrestbefehls nicht statt. Das Vollstreckungsgericht kann jedoch die Versteigerung und die Hinterlegung des Erlöses anordnen, wenn eine im Arrestwege gepfändete Sache der Gefahr einer beträchtlichen Wertminderung ausgesetzt ist oder wenn ihre Aufbewahrung unverhältnismäßige Kosten verursachen würde (C. P.O. § 930). Erscheint die Stellung eines dahin gerichteten Antrags erforderlich, so hat der Gerichtsvollzieher den Gläubiger darauf aufmerksam zu machen.

6. Die Vollziehung des Arrestes unterbleibt, wenn der Schuldner dem Gerichtsvollzieher die Hinterlegung des Geldbetrags nachweist, durch die nach dem Inhalte des Befehls die Vollziehung des Arrestes abgewendet werden kann (C.P.O. § 923). Geschieht die Hinterlegung erst nach der Vollziehung des Arrestes, so ist der Schuldner mit dem Antrag auf dessen Wiederaufhebung an das Gericht zu verweisen.

7. Die Vollziehung des persönlichen Sicherheitsarrestes richtet sich, wenn die Verhaftung des Schuldners angeordnet ist, nach den für die Haft im Zwangsvollstreckungsverfahren geltenden Vorschriften (§§ 83, 84 d. Anw.). Ist der Arrestbefehl noch nicht zugestellt, so wird der Gerichtsvollzieher durch den Besitz des Haftbefehls zu der Verhaftung des Schuldners ermächtigt. Die Verhaftung ist unzulässig, wenn der Schuldner die Hinterlegung des in dem Haftbefehle bezeichneten Geldbetrags dem Gerichtsvollzieher nachweist. Besteht die in dem Befehl angeordnete Sicherungsmaßregel in einer anderen Beschränkung der persönlichen Freiheit, so sind die in dem Befehle getroffenen besonderen Anordnungen des Arrestgerichts maßgebend; die für die Haft geltenden gesetzlichen Beschränkungen (§ 83 d. Anw.) finden Anwendung.

8. Die Vollziehung einer einstweiligen Verfügung geschieht nach den in dem Befehle getroffenen Anordnungen und unter Anwendung derjenigen Art des Vollstreckungsverfahrens, welche zur Durchführung dieser Anordnungen erforderlich ist, z. B. durch Wegnahme beweglicher Sachen, Entsetzung aus dem Besitz eines Grundstücks, unter Umständen durch Beitreibung eines Geldbetrags, etwa von Unterhaltsgeldern, deren Leistung dem Schuldner aufgegeben ist.

9. Wegen der Gebühren und Auslagen, die durch die Vollziehung eines Arrestes oder einer einstweiligen Verfügung entstehen, hat sich der Gerichtsvollzieher an seinen Auftraggeber zu halten; ihre Beitreibung von dem Schuldner ist auf Grund des Befehls nicht zulässig.

9. Hinterlegung.

§ 87. 1. Der Gerichtsvollzieher hat das gepfändete Geld sowie den durch die Verwertung der Pfandstücke erzielten Erlös nach Abzug der Zwangsvollstreckungskosten in den folgenden Fällen zu hinterlegen:

a) wenn dem Schuldner im Urteile nach-

gelassen ist, die Zwangsvollstreckung durch Sicherheitsleistung oder durch Hinterlegung abzuwenden (C.P.O. § 720);

b) wenn ein gerichtliches Verteilungsverfahren erforderlich wird (C.P.O. § 827 Abs. 2, 3, § 854 Abs. 2, 3, § 872; §§ 69, 70, 77 d. Anw.);

c) wenn dem Gerichtsvollzieher glaubhaft gemacht wird, daß an dem gepfändeten Gelde ein die Veräußerung hinderndes Recht eines Dritten bestehe (C.P.O. § 815 Abs. 2; § 61 Abs. 3 d. Anw.);

d) wenn auf Grund eines Arrestbefehls Geld gepfändet oder in einem anhängig gewordenen Verteilungsverfahren auf den Arrestgläubiger ein Betrag von dem Erlöse der Pfandstücke entfallen ist (C.P.O. § 930 Abs. 2; § 86 d. Anw.);

e) wenn das Gericht die Hinterlegung angeordnet hat;

f) wenn die Auszahlung aus Gründen, die in der Person des Empfangsberechtigten liegen, nicht bewirkt werden kann (B.G.B. § 372);

2. Die Hinterlegung ist nach der Hinterlegungsordnung und den zu ihrer Ergänzung ergangenen Vorschriften bei der zuständigen Hinterlegungsstelle, und zwar entweder durch Einzahlung bei der Hinterlegungskasse oder mittelst portofreier Einsendung durch die Post zu bewirken. In dem zu c) bezeichneten Falle ist jedoch bei der Verwahrungsstelle des als Vollstreckungsgericht zuständigen Amtsgerichts in vorläufige Verwahrung zu geben (§ 61 Abs. 3 d. Anw.). Die Hinterlegung ist, sobald ihre Notwendigkeit feststeht, ohne Aufschub zu bewirken.

3. Ist die Hinterlegung behufs Herbeiführung eines gerichtlichen Verteilungsverfahrens erfolgt, so hat der Gerichtsvollzieher unter Beifügung seiner Handakten, der Schuldtitel und der sonstigen das Verfahren betreffenden Urkunden dem Vollstreckungsgericht Anzeige zu erstatten (C.P.O. § 827 Abs. 2, § 854 Abs. 2).

III. Mitwirkung im Strafverfahren. Beitreibung von Geldstrafen.

1. Verhaftung und Festnahme.

§ 88. 1. Wird der Gerichtsvollzieher von dem Richter oder von der Staatsanwaltschaft beauftragt, eine Person zu verhaften, vorzuführen oder vorläufig festzunehmen (festzuhalten), so genügt ein mündlicher Befehl, wenn er dem Gerichtsvollzieher in Gegenwart der zu verhaftenden oder festzunehmenden Person erteilt wird. In allen anderen Fällen darf die Verhaftung oder die Festnahme nur bewirkt werden, wenn sie durch einen schriftlichen, dem Gerichtsvollzieher ausgehändigten Befehl angeordnet ist. Der Befehl ist der Person, gegen die er sich richtet, von dem Gerichtsvollzieher vorzuzeigen und auf Verlangen vorzulesen.

2. Der Befehl ist sobald als möglich nach den dem Gerichtsvollzieher etwa erteilten Weisungen, nötigenfalls mit Gewalt, auszuführen, wobei jedoch ein überflüssiges Aufsehen und jede unnötige Härte zu vermeiden ist. Vor der Verhaftung oder Festnahme hat der Gerichtsvollzieher festzustellen, daß die betroffene Person die in dem Befehle bezeichnete ist. Zur Ueberwindung von Widerstand kann er polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen.

3. Die verhaftete oder festgenommene Person ist in das Gefängnis abzuliefern oder dem in dem Befehle bezeichneten Richter vorzuführen. Der Befehl ist nach der Erledigung mit einem daraufzusetzenden kurzen Bericht an die Behörde zurückzureichen. Kann der Befehl nicht alsbald ausgeführt werden, z. B. weil die in ihm bezeichnete Person abwesend oder nicht reisefähig ist oder sich in einem Zustande befindet, der ihre Aufnahme in das Gefängnis unstatthaft macht (§§ 26, 28 der Gefängnisordnung v. 21. Dezember 1898), so ist ein vorläufiger Bericht zu erstatten, der Befehl aber bis zu der Erledigung oder einer anderweitigen Anordnung der Behörde zurückzubehalten.

2. Durchsuchung und Beschlagnahme.

§ 89. 1. Eine Durchsuchung darf der Gerichtsvollzieher nur auf Grund einer schriftlichen Anordnung des Richters oder der Staatsanwaltschaft vornehmen. Be-

zweckt die Durchsuchung die Verhaftung oder die Vorführung einer Person oder die Vollziehung einer Beschlagnahme (St. P.O. die §§ 94, 103), so hat sich der Gerichtsvollzieher auch den Haftbefehl, den Vorführungsbefehl oder die Beschlagnahmeverfügung aushändigen zu lassen.

2. Die Durchsuchung ist unter Beachtung der §§ 105 bis 110 der Strafprozeßordnung und der etwa erteilten Weisungen zu bewirken. Wird der Durchsuchung Widerstand entgegengesetzt, so kann der Gerichtsvollzieher polizeiliche Hilfe in Anspruch nehmen.

3. Ueber die Durchsuchung ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll soll außer einer Darstellung des Herganges insbesondere enthalten:

a) die Bezugnahme auf die schriftliche Anordnung des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft;

b) die Namen der bei der Durchsuchung beteiligten oder zugezogenen Personen;

c) die Angabe, in welcher Weise die Durchsuchung vorgenommen ist und welche Ergebnisse sie gehabt hat.

Insbesondere sind die vorgefundenen Spuren der strafbaren Handlung und die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände mit Angabe ihrer Merkmale genau zu verzeichnen. Sind Gegenstände oder Räume, um eine Verdunkelung des Thatbestandes zu verhüten, unter Verschluß, insbesondere unter Siegel gebracht, so ist die Art des Verschlusses im Protokoll anzugeben.

4. Das Protokoll sowie die in Verwahrung oder in Beschlag genommenen Gegenstände sind der auftraggebenden Behörde unter Rückreichung des Durchsuchungsbefehls zu übergeben.

3. Vollstreckung von Geldstrafen.

§ 90. 1. Die Vollstreckung einer Geldstrafe erfolgt im amtlichen Auftrage des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung über die Zwangsvollstreckung wegen Geldforderungen. Jedoch wird die vollstreckbare Ausfertigung der die Strafe festsetzenden Entscheidung hier durch den schriftlichen Vollstreckungsauftrag der Behörde ersetzt, einer vorgängigen Zustellung der Entscheidung bedarf es nicht.

2. Diese Vorschriften gelten, soweit das Verfahren des Gerichtsvollziehers in Frage kommt, sowohl für diejenigen Geldstrafen, die in einem förmlichen Strafverfahren durch Urteil oder durch richterlichen Strafbefehl verhängt sind, wie auch für alle anderen Arten von Geldstrafen, die im Laufe eines gerichtlichen Verfahrens (Strafprozesses, Civilprozesses, Ordnungsstrafverfahrens oder sonstigen Verfahrens der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Disziplinaruntersuchung u. s. w.) gegen eine Partei, einen Rechtsanwalt, Verteidiger, Zeugen, Sachverständigen, Schöffen, Geschworenen oder im Falle des § 179 des Gerichtsverfassungsgesetzes gegen eine unbeteiligte Person festgesetzt werden.

3. Insbesondere ist auch eine Geldstrafe, die gegen den Schuldner im Zwangsvollstreckungsverfahren zur Erzwingung einer Handlung festgesetzt ist (C.P.O. § 888 Abs. 1), ingleichen eine Geldstrafe, die gemäß § 890 Abs. 1 der Civilprozeßordnung aus dem Grunde verhängt ist, weil der Schuldner die Verpflichtung, eine Handlung zu unterlassen oder die Vornahme einer Handlung zu dulden, zuwidergehandelt hat, nicht im Auftrage des Gläubigers, sondern auf Grund eines von dem Prozeßgerichte zu erteilenden amtlichen Auftrags zu vollstrecken. Der Gerichtsvollzieher hat nicht zu prüfen, ob der im Falle des § 888 Abs. 1 der Civilprozeßordnung erforderliche Antrag des Gläubigers zur Beitreibung der Strafe bei dem Prozeßgerichte gestellt ist.

4. Ueber die Beitreibung, Ablieferung und Verrechnung der Strafgelder sowie über den zu erstattenden Bericht ist in den für die Verwaltung der Gerichtskassen geltenden Vorschriften das Nähere bestimmt.

5. Bei der Beitreibung einer Geldstrafe, welche gegen einen Rechtsanwalt im ehrengerichtlichen Verfahren erkannt ist, sind die Vorschriften des § 97 der Rechtsanwaltsordnung zu beachten.

4. Vollstreckung von Bußen.

§ 91. 1. Die Beitreibung einer Buße, die im Strafurteile dem Verletzten als Entschädigung für die ihm durch die Strafthat erwachsenen Nachteile zugesprochen ist,

geschieht auf Betreiben des Berechtigten nach den Vorschriften der Civilprozeßordnung, welche für die Beitreibung einer Geldforderung im Auftrage des Gläubigers gelten. Der Auftrag ist dem Gerichtsvollzieher von dem Berechtigten unmittelbar oder durch Vermittelung des Gerichtsschreibers zu erteilen.

2. Die vollstreckbare Ausfertigung des Schuldtitels wird durch eine von dem Gerichtsschreiber erteilte, mit der Bescheinigung der Vollstreckbarkeit versehene beglaubigte Abschrift der Urteilsformel ersetzt. Der Zustellung der Entscheidung vor dem Beginne der Zwangsvollstreckung bedarf es nicht.

5. Wegnahme von Sachen, auf deren Einziehung erkannt ist.

§ 92. 1. Ist in einer Strafsache auf Einziehung von Sachen erkannt, so ist die Entscheidung im amtlichen Auftrage des Gerichts oder der Staatsanwaltschaft zu vollstrecken. Die Vorschriften im § 90 d. Anw. finden entsprechende Anwendung; die Wegnahme der Sachen geschieht jedoch nach den Vorschriften über die Erzwingung der Herausgabe bestimmter beweglicher Sachen (§ 79 d. Anw.).

2. Die eingezogenen Sachen sind an die Behörde abzuliefern, die den Auftrag erteilt hat, es sei denn, daß diese ein anderes bestimmt.

IV. Vollstreckung gerichtlicher Anordnungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

§ 93. Dem Gerichtsvollzieher kann von dem Gerichte der Auftrag erteilt werden, die Herausgabe einer Sache oder einer Person, die Vorlegung einer Sache oder die Durchführung einer gerichtlichen Anordnung mit Gewalt zu erzwingen. Er muß in diesem Falle durch eine besondere Verfügung des Gerichts zur Anwendung von Gewalt ermächtigt oder angewiesen werden (Pr. F.G.G. Artikel 17). Die gerichtliche Verfügung ist der von der Amtshandlung betroffenen Person vorzuzeigen. Richtet sich die Amtshandlung gegen eine dem aktiven Heere oder der aktiven Marine angehörende Militärperson, so finden die §§ 752, 790 der Civilprozeßordnung (vergl. § 47 Abs. 4, 5 d. Anw.) entsprechende Anwendung.

V. Wechselproteste.

§ 94. 1. Außer dem Notar, dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber ist auch der Gerichtsvollzieher zuständig, Wechselproteste aufzunehmen (Ausf.-G. z. G. V.G. § 74). Bei der Aufnahme sind die Vorschriften der Artikel 87 bis 93 der Wechselordnung und die besonderen Vorschriften der für die einzelnen Landesteile ergangenen Einführungsgesetze zur Wechselordnung zu beachten.

2. Der Auftrag zur Protesterhebung wird dem Gerichtsvollzieher von dem Berechtigten oder dessen Vertreter unmittelbar oder durch Vermittelung einer Postanstalt (§ 22 der Postordnung vom 11. Juni 1892) erteilt. Die Protesterhebung kann indessen dem Gerichtsvollzieher auch durch das Amtsgericht übertragen werden, bei dem der Berechtigte die Erhebung des Protestes beantragt hat (Pr. F.G.G. Artikel 38).

3. Nach den Vorschriften der Wechselordnung können folgende Arten von Protesten vorkommen:

a) der Protest mangels Zahlung, wenn der Bezogene, der Domiziliat, der Notadressat, der Acceptant, der Ehrenacceptant oder beim eigenen Wechsel der Aussteller bei der Vorlegung des Wechsels die Zahlung nicht bewirkt (W.O. Artikel 41, 43, 98 Nr. 6, Artikel 99);

b) der Protest mangels Annahme, wenn von dem Bezogenen die Annahme des Wechsels (der Acceptvermerk) oder bei einem auf bestimmte Zeit nach Sicht gestellten Wechsel die Datierung des Accepts nicht zu erlangen ist (W.O. Artikel 18, 20);

c) der Protest mangels Sicherheitsleistung, wenn der Acceptant oder beim eigenen Wechsel der Aussteller der ihm wegen Vermögensverfall obliegenden Verpflichtung zur Sicherheits-

leistung nicht nachkommt (W.O. Artikel 29, 98 Nr. 4);

d) der Protest mangels Herausgabe des Originalwechsels oder des zum Accept versandten Wechselexemplars, wenn sie verweigert wird und der Berechtigte auf das in seinen Händen befindliche Wechselduplikat oder auf eine Wechselkopie die Annahme oder die Zahlung nicht erlangen kann (W.O. Artikel 69, 72, 98 Nr. 8).

4. Befinden sich Notadressen oder ein Ehrenacceptant auf dem nicht eingelösten Wechsel oder auf dessen Kopie, so muß der Protest mangels Zahlung oder ein Anhang zu ihm auch ergeben, daß der Wechsel den sämtlichen Notadressen und dem Ehrenacceptanten, soweit sie sich an dem Protestorte befinden, zur Zahlung vorgelegt ist und welchen Erfolg die Vorlegung gehabt hat (W.O. Artikel 62).

5. Der Protest liefert den urkundlichen und unter Umständen ausschließlich zulässigen Beweis für die in ihm bezeugten Thatsachen, welche für die Erhaltung oder die Geltendmachung des Wechselrechts, insbesondere für den Rückgriff des Wechselinhabers gegen seine Vormänner, erheblich sind. Jeder formelle Verstoß, wie jede Verzögerung bei der Aufnahme des Protestes können zu Rechtsnachteilen für den Auftraggeber führen und den Gerichtsvollzieher zum Schadenersatze verpflichten.

6. In den folgenden Fällen ist für die Erhebung des Protestes eine gesetzliche Ausschlußfrist (Protestfrist) bestimmt:

a) der Protest mangels Zahlung ist am Zahlungstage oder spätestens am zweiten Werktage nach dem Zahlungstage zu erheben, widrigenfalls der Inhaber des Wechsels den wechselmäßigen Anspruch gegen die Indossanten, beim gezogenen Wechsel und beim domizilierten eigenen Wechsel auch gegen den Aussteller und beim gezogenen domizilierten Wechsel auch gegen den Acceptanten verliert (W.O. Artikel 41, 43, 98 Nr. 6, Artikel 99).

b) in der gleichen Frist ist der Protest mangels Zahlung gegen die Notadressen und den Ehrenacceptanten, die sich am Protestorte befinden, zu erheben, widrigenfalls der Wechselinhaber den wechselmäßigen Anspruch gegen die im Artikel 62 der Wechselordnung bezeichneten Personen verliert;

c) der Protest mangels Annahme ist bei einem Wechsel, der auf eine bestimmte Zeit nach Sicht lautet, nach den besonderen, im Wechsel enthaltenen Bestimmungen, in Ermangelung solcher binnen zwei Jahren nach der Ausstellung zu erheben, widrigenfalls der Wechselinhaber den wechselmäßigen Anspruch gegen die Indossanten und den Aussteller verliert (W.O. Artikel 19).

7. Proteste dürfen nur in den Stunden von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags (im Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt a. M. jedoch nur in den Stunden von 9 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 5 Uhr nachmittags) aufgenommen werden. Zu einer früheren oder späteren Tageszeit ist die Aufnahme nur mit der ausdrücklichen Zustimmung der Person, gegen welche der Protest erhoben wird, zulässig.

8. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, von Amtswegen zu prüfen, ob zu den bei ihm vorkommenden Wechseln der erforderliche Stempel ordnungsmäßig verwendet ist, und die zu seiner Kenntnis kommenden Zuwiderhandlungen gegen die Stempelpflicht der zuständigen Behörde anzuzeigen; er hat in dem Protest und in jeder Abschrift des Wechsels anzugeben, mit welchem Stempel der Wechsel versehen oder daß ein Stempel zu ihm nicht verwendet ist (§ 21 des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer vom 10. Juni 1869).

---

§ 95. 1. Der Gerichtsvollzieher hat sich an den Ort zu begeben, an welchem der Protest erhoben werden muß. Dies ist bei einem Proteste mangels Zahlung der Zahlungsort, bei Protesten mangels Annahme oder mangels Sicherheitsleistung der Wohnort des Bezogenen oder beim eigenen Wechsel der Wohnort des Ausstellers, bei einem Proteste mangels Herausgabe des Originalwechsels oder des versandten Wechselexemplars der Wohnort des Beteiligten, der die herauszugebende Urkunde in den Händen haben soll. Dabei gilt, wenn der Wechsel nicht ein anderes ergiebt, der bei dem Namen oder bei der Firma des Bezogenen angegebene Ort als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Bezogenen, ingleichen gilt beim eige-

nen Wechsel der Ort der Ausstellung als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Bezogenen (W.O. Artikel 4 Nr. 8, Artikel 97). Der Umstand, daß über das Vermögen des Bezogenen oder des Ausstellers der Konkurs eröffnet ist, macht die Protesterhebung gegenüber diesem selbst nicht entbehrlich.

2. Ist in dem Wechsel ein von dem Wohnorte des Bezogenen oder von dem Wohnorte des Ausstellers eines eigenen Wechsels verschiedener Zahlungsort angegeben (eigentlicher Domizilwechsel, W.O. Artikel 24), so ist der Protest gegen den in dem Wechsel benannten Domiziliaten, wenn aber ein Domiziliat nicht benannt ist, an dem Domizilorte gegen den Bezogenen (Acceptanten), beim eigenen Wechsel gegen den Aussteller zu erheben.

3. An dem bezeichneten Orte (Abs. 1, 2) hat der Gerichtsvollzieher den Protestaten (Acceptanten, Aussteller, Domiziliaten, Bezogenen, Notadressaten u. s. w.) in seinem Geschäftslokal oder, wenn ein solches nicht vorhanden ist, in seiner Wohnung aufzusuchen und ihm den Wechsel je nach dem Inhalte des Auftrags zur Zahlung, Annahme, Sicherheitsleistung u. s. w. vorzulegen.

4. Außerhalb des Geschäftslokals oder der Wohnung kann der Wechsel dem Protestaten zum Zwecke der Protesterhebung nur mit dessen Einwilligung vorgelegt werden. Wird in dem Geschäftslokal oder in der Wohnung anstatt des Protestaten eine andere Person angetroffen, so hat der Gerichtsvollzieher deren Namen und Beruf zu erfragen und die erforderliche Aufforderung unter Vorlegung des Wechsels an diese zu richten. Wird niemand angetroffen, so wird der Protest durch die Feststellung dieser Thatsache erhoben.

5. Hat nach dem Inhalte des Wechsels der Protestat zwar an seinem Wohnorte, aber an einer von seiner Wohnung oder seinem Geschäftslokale verschiedenen Stelle die Zahlung zu leisten (uneigentlicher Domizilwechsel), so ist ihm der Wechsel an der bezeichneten Zahlstelle zum Zwecke der Protesterhebung vorzulegen. Wird der Protestat dort nicht angetroffen, so genügt es, diese Thatsache in dem Proteste festzustellen.

6. Läßt sich in den Fällen der Abs. 1, 2, 3 das Geschäftslokal oder die Wohnung des Protestaten oder in den Fällen des Abs. 5 die angegebene besondere Zahlstelle an dem Orte, an welchem der Protest zu erheben ist, nicht ermitteln, so muß der Protest die Feststellung enthalten, daß eine deswegen bei der Polizeibehörde des Protestorts gehaltene Nachfrage fruchtlos geblieben ist (W.O. Artikel 91). Diese Nachfrage darf auch dann nicht unterbleiben, wenn der Gerichtsvollzieher weiß, daß der Protestat am Orte der Protesterhebung weder eine Wohnung noch ein Geschäftslokal hat.

7. Ist die Zahlung, Annahme, Sicherheitsleistung u. s. w. teilweise bewirkt, so ist der Protest wegen des Restes zu erheben. Hat der Gerichtsvollzieher mit Ermächtigung des Auftraggebers eine ihm angebotene Wechselzahlung angenommen, so hat er gegen Empfang der vollständigen Leistung und der Kosten den Wechsel auszuhändigen. Eine Teilzahlung ist im Protest und auf dem Wechsel zu vermerken; dem Wechselschuldner ist über sie auf einer Abschrift des Wechsels Quittung zu erteilen (W.O. Artikel 39). Das empfangene Geld ist ohne Verzug an den Berechtigten abzuführen.

8. Die Erfordernisse der über den Hergang bei der Protesterhebung aufzunehmenden Urkunde sind in den Artikeln 88, 91 der Wechselordnung genau bestimmt. Nach dieser Vorschrift muß der Protest enthalten:

a) eine wörtliche Abschrift des Wechsels oder der Kopie und aller darauf befindlichen Indossamente und Bemerkungen (vergl. § 94 Abs. 8);

b) den Namen oder die Firma der Personen, für welche und gegen welche der Protest erhoben wird, ferner, wenn der Protestat nicht angetroffen wird, die Feststellung dieses Umstandes und die Bezeichnung der an Stelle des Protestaten etwa angetroffenen Person;

c) das an den Protestaten oder an die statt seiner angetroffene Person gestellte Begehren, ihre Antwort oder die Bemerkung, daß keine Antwort gegeben ist, oder die Feststellung, daß in dem Geschäftslokal oder in der Wohnung des Protestaten niemand anzutreffen oder daß das Geschäftslokal, die Wohnung oder die angegebene Zahlstelle durch die Nachfrage bei der Polizeibehörde des Pro-

testorts (Abs. 4) nicht zu ermitteln gewesen ist;

d) die Angabe des Ortes sowie des Kalendertags, Monats und Jahres, an welchem die Aufforderung (c) geschehen oder erfolglos versucht worden ist;

e) im Falle einer Ehrenannahme oder einer Ehrenzahlung die Erwähnung, von wem, für wen und wie sie angeboten und geleistet wird;

f) die Tageszeit der Protesterhebung;

g) die Unterschrift des Gerichtsvollziehers unter Beifügung des Dienstsiegels.

9. Wird mit Zustimmung des Protestaten der Protest außerhalb der vorgeschriebenen Stunden oder außerhalb des Geschäftslokals oder der Wohnung erhoben, so ist diese Zustimmung in die Protesturkunde aufzunehmen und außerdem anzugeben, wie der Gerichtsvollzieher die Identität der Person festgestellt hat. Muß der Protest gleichzeitig gegen mehrere Personen erhoben werden, so ist gleichwohl nur eine Protesturkunde erforderlich (W.O. Artikel 89).

10. Die Urkunde ist thunlichst im unmittelbaren Anschluß an den zu beurkundenden Vorgang, jedenfalls aber noch vor Ablauf der gesetzlichen Protestfrist, fertigzustellen. Der Protest ist nach der Eintragung in das Wechselprotestregister (§ 96 d. Anw.) mit dem Wechsel dem Auftraggeber in Urschrift auszuhändigen oder mittelst eingeschriebenen Briefs zu übersenden, auch wenn der Auftrag durch eine Postanstalt vermittelt war. Hatte das Amtsgericht dem Gerichtsvollzieher die Aufnahme des Protestes übertragen, so ist der Protest dem Berechtigten gleichfalls unmittelbar auszuhändigen, sofern nicht das Gericht sich die Vermittelung der Aushändigung vorbehalten hat. Für die Abschrift des Wechsels im Proteste werden Schreibgebühren nicht erhoben.

11. Wird der Auftrag ohne Protesterhebung erledigt, so ist ein Protokoll aufzunehmen. Eine Abschrift dieses Protokolls ist dem Auftraggeber zu übersenden, oder, wenn dem Gerichtsvollzieher die Protesterhebung durch das Amtsgericht übertragen war, unter Beifügung aller entstandenen Schriftstücke dem Gericht einzureichen.

---

§ 96. 1. Der Gerichtsvollzieher hat alle von ihm aufgenommenen Wechselproteste nach ihrem ganzen Inhalte Tag für Tag und nach Ordnung des Datums in das Wechselprotestregister einzutragen (W. O. Artikel 90). Die Eintragung geschieht in der Form einer beglaubigten Abschrift, in die insbesondere auch die Bemerkung über die Verwendung des Wechselstempels (§ 21 des Gesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer, vom 10. Juni 1869 — Bundes-Gesetzbl. S. 193) mit aufzunehmen ist. Diese Abschrift ist stempelfrei (Pr. F.G.G. Artikel 62).

2. Das Register ist von starkem Papier und mit dauerhaftem Einbande herzustellen, es erhält von Blatt zu Blatt fortlaufende Zahlen. Das Register darf erst in Gebrauch genommen werden, nachdem der aufsichtführende Amtsrichter die Zahl der Blätter beglaubigt hat.

VI. Oeffentliche Versteigerung und freihändiger Verkauf außerhalb der Zwangsvollstreckung.

§ 97. 1. Eine Versteigerung von beweglichen Sachen oder von Wertpapieren, die der Gerichtsvollzieher innerhalb des Bezirkes, für den er angestellt ist, öffentlich bewirkt, hat auch dann die Kraft einer öffentlichen Versteigerung, wenn sie außerhalb eines Zwangsvollstreckungsverfahrens erfolgt (B.G.B. § 383 Abs. 3 Satz 1). Die Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers ist mithin in allen denjenigen Fällen begründet, in denen das Gesetz einen Berechtigten ermächtigt, bewegliche Sachen oder Wertpapiere zum Zwecke seiner Befriedigung oder sonst für Rechnung eines anderen öffentlich versteigern oder durch eine zu öffentlichen Versteigerungen befugte Person aus freier Hand verkaufen zu lassen (§§ 98, 99 d. Anw.). Außerdem ist der Gerichtsvollzieher nach landesgesetzlicher Vorschrift zuständig, freiwillige Versteigerungen von beweglichen Sachen sowie von Früchten, die von dem Boden noch nicht getrennt sind (von Früchten auf dem Halme und von Holz auf dem Stamme) für Rechnung des Auftraggebers auszuführen (A.-G. z. G.B.G. § 74 Nr. 2; vergl. § 100 d. Anw.).

2. Die Versteigerung oder der freihän-

dige Verkauf geschieht in diesen Fällen auf Betreiben des Berechtigten, ohne daß es eines Schuldtitels oder einer gerichtlichen Ermächtigung bedarf. Der Auftrag wird dem Gerichtsvollzieher von dem Auftraggeber unmittelbar erteilt, jedoch kann auch das Amtsgericht dem Gerichtsvollzieher eine Versteigerung übertragen, um deren Vornahme das Gericht von den Beteiligten ersucht worden ist (Pr. F.G.G. Artikel 38). Im Auftrage des Gerichts, nicht aber im unmittelbaren Auftrag eines Beteiligten, ist der Gerichtsvollzieher ferner befugt, eine öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden vorzunehmen (A.-G. z. G.B.G. § 74 Nr. 5; vergl. § 101 d. Anw.).

3. Bei der Versteigerung beweglicher Sachen wie bei dem Verkauf aus freier Hand dürfen der Gerichtsvollzieher und die von ihm zugezogenen Gehilfen (Ausrufer, Schreiber, Protokollführer u. s. w.) den zum Verkaufe gestellten Gegenstand weder für sich persönlich oder durch einen anderen noch als Vertreter eines anderen kaufen (B.G.B. §§ 456—458); der Gerichtsvollzieher darf auch seinen Angehörigen das Mitbieten nicht gestatten. Bei der öffentlichen Verpachtung findet diese Vorschrift entsprechende Anwendung.

4. Der Gerichtsvollzieher darf weder eine Gewähr für den Eingang der Kaufgelder übernehmen noch sich für den Empfang des Erlöses und dessen Ablieferung eine Vergütung ausbedingen.

5. In Wirtshäusern sollen Versteigerungen thunlichst nicht stattfinden; der Gerichtsvollzieher hat darauf zu sehen, daß während des Versteigerungsgeschäft geistige Getränke nicht verabfolgt werden.

---

§ 98. 1. Aus einem Pfande, das in beweglichen Sachen oder in Inhaberpapieren besteht, kann sich der Pfandgläubiger ohne gerichtliches Verfahren nach den Vorschriften der §§ 1228—1248 des Bürgerlichen Gesetzbuchs im Wege des Pfandverkaufs befriedigen. Für den Verkauf ist die Anweisung des Auftraggebers maßgebend. Dieser ist dem Eigentümer des Pfandes dafür verantwortlich, daß das Pfand unter den gesetzlichen Voraussetzungen und in den gesetzlichen Formen veräußert wird. Der Gerichtsvollzieher soll jedoch den Auftraggeber auf die Folgen aufmerksam machen, wenn dieser ohne die erforderliche Einwilligung des Eigentümers und der Personen, denen sonstige Rechte an dem Pfande zustehen, oder ohne die erforderliche Anordnung des Gerichts einen Pfandverkauf unter anderen als den gesetzlichen Formen verlangt.

2. Der Verkauf darf nicht vor dem Ablauf eines Monats nach der Androhung oder, wenn die Androhung als unthunlich unterblieben ist, nach dem Eintritte der Verkaufsberechtigung erfolgen. Er ist durch öffentliche Versteigerung oder, wenn das Pfand einen Markt- oder Börsenpreis hat, aus freier Hand zum laufenden Preise zu bewirken. Bei der Versteigerung oder bei dem freihändigen Verkauf ist der zu veräußernde Gegenstand ausdrücklich als Pfand zu bezeichnen.

3. Der Gerichtsvollzieher hat die zum Verkaufe gestellten Gegenstände unter laufender Nummer, geeignetenfalls auch unter Angabe des Maßes, des Gewichts oder der Zahl, in ein Verzeichnis einzutragen. Das Verzeichnis ist dem Auftraggeber zur Anerkennung vorzulegen und von diesem zu unterschreiben. Hat der Auftraggeber ein solches Verzeichnis bereits übergeben, so hat es der Gerichtsvollzieher zu prüfen und durch Namensunterschrift als richtig zu bestätigen. Nimmt der Gerichtsvollzieher auf Verlangen die Pfänder bis zum Versteigerungstermin in Verwahrung, so ist das Uebernahmeprotokoll mit dem Verzeichnisse zu verbinden. Schätzungswerte sind nur auf besonderes Verlangen in das Verzeichnis aufzunehmen; bei Gold- und Silbersachen muß das Verzeichnis den Gold- oder Silberwert erforderlichenfalls nach der Schätzung eines Sachverständigen ergeben. Der Beeidigung des Sachverständigen bedarf es nicht.

4. Die Versteigerung erfolgt an dem Orte, an dem das Pfand aufbewahrt wird oder, wenn dort ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten ist, an einem geeigneten anderen Orte. Die Zeit und der Ort der Versteigerung werden unter allgemeiner Bezeichnung des Pfandes in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Anschlag, Einrücken in Zeitungen) unter Berücksichtigung der größeren oder geringeren Wichtigkeit des Gegenstandes öffentlich bekannt gemacht. In der Bekanntmachung ist ersichtlich zu machen, daß es sich um einen Pfandverkauf handelt. Die Namen des Pfandgläubigers und des Verpfänders sind wegzulassen.

Die Bekanntmachung ist aktenkundig zu machen, war sie in öffentliche Blätter eingerückt, so ist ein Abdruck beizubringen.

5. Der Eigentümer des Pfandes und die von dem Pfandgläubiger etwa bezeichneten dritten Personen, denen Rechte an dem Pfande zustehen, sind, wenn es thunlich ist, von dem Versteigerungstermine besonders zu benachrichtigen; die Benachrichtigung des Eigentümers kann mit der Androhung des Pfandverkaufs verbunden werden. Die erforderlichen Benachrichtigungen sind durch eingeschriebene Briefe zu bewirken, sofern nicht der Auftraggeber ein anderes bestimmt.

6. Vor dem Beginne des Versteigerungstermins sind die zu versteigernden Sachen bereitzustellen und mit dem Verzeichnisse zu vergleichen. Sollten Sachen fehlen oder beschädigt sein, so ist dies unter dem Verzeichnisse zu bemerken.

7. Die Versteigerungsbedingungen müssen dem § 1238 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entsprechen; verlangt der Pfandgläubiger die Versteigerung unter anderen Bedingungen, so soll er darauf hingewiesen werden, daß er den daraus für den Eigentümer des Pfandes entstehenden Schaden zu vertreten hat.

8. Im Termine sind zunächst die Kaufbedingungen bekannt zu machen. Demnächst ist zum Bieten aufzufordern; die einzelnen Stücke sind thunlichst in der Reihenfolge des Verzeichnisses auszurufen und den Kauflustigen zur Besichtigung vorzuzeigen. Dem Auftraggeber und dem Eigentümer des Pfandes ist das Mitbieten zu gestatten. Das Gebot des Eigentümers, ingleichen, wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, das Gebot des Schuldners, ist, sofern nicht der Auftraggeber ein anderes bestimmt, zurückzuweisen, wenn nicht der gebotene Betrag sogleich bar erlegt wird. Dem Zuschlag an den Meistbietenden soll ein dreimaliger Aufruf vorangehen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerte zugeschlagen werden.

9. Wenn die Versteigerungsbedingungen nicht ein anderes ergeben oder der anwesende Auftraggeber nicht ein anderes bestimmt, hat der Ersteher den zugeschlagenen Gegenstand gegen Zahlung des Kaufgeldes sogleich in Empfang zu nehmen. Unterbleibt die Zahlung bis zum Schlusse des Termins oder bis zu dem in den Versteigerungsbedingungen bestimmten Zeitpunkte, so kann die Wiederversteigerung zu Lasten des Erstehers sofort vorgenommen werden.

10. Die Zahlung des Kaufgeldes unterbleibt, wenn der Zuschlag dem Pfandgläubiger erteilt ist; der Gerichtsvollzieher ist zur Herausgabe der Sachen an ihn nur verpflichtet, wenn der Betrag seiner Gebühren und Auslagen einschließlich des erforderlichen Stempels bar erlegt wird.

11. Die Versteigerung ist einzustellen, sobald der Erlös zur Befriedigung des Gläubigers und zur Deckung der Kosten hinreicht. Der Gerichtsvollzieher hat deshalb die bereits erzielten Erlöse von Zeit zu Zeit zusammenzurechnen.

12. Ueber die Versteigerung ist ein Protokoll aufzunehmen. Das Protokoll muß insbesondere enthalten:

a) den Namen des Pfandgläubigers und des Eigentümers der Pfänder; wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, auch den Namen des Schuldners;

b) den Betrag der Forderung und der Kosten, wegen deren der Gläubiger aus dem Pfande seine Befriedigung sucht;

c) den Hinweis auf die gesetzlichen Versteigerungsbedingungen oder den Wortlaut der Bedingungen, insoweit sie von den gesetzlichen abweichen, und die Bemerkung, daß die Gegenstände als Pfand verkauft werden;

d) die Bezeichnung der ausgebotenen Gegenstände, die abgegebenen Meistgebote und die Namen der Bieter, denen der Zuschlag erteilt ist;

e) die Angabe, daß der Kaufpreis gezahlt oder daß die Zahlung und die Uebergabe der Sache unterblieben ist.

Ein zurückgewiesenes Gebot ist im Protokolle gleichfalls zu vermerken, aber nicht in die für das Meistgebot bestimmte Spalte aufzunehmen. Bei Gold- und Silbersachen ist zutreffendenfalls zu beurkunden, daß des wiederholten Aufrufs ungeachtet ein genügendes Gebot nicht abgegeben worden ist.

13. Das Protokoll braucht nicht im Ganzen vorgelesen zu werden. Von den Bietern brauchen nur diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, und in dem Falle, daß der Zuschlag im Termine nicht erteilt ist, diejenigen, die an ihr Gebot gebunden

bleiben, in oder unter dem Protokolle zu unterzeichnen oder ihr Handzeichen beizufügen. Entfernt sich ein Beteiligter, bevor er unterschrieben oder ein Handzeichen gemacht hat, oder kann ein Beteiligter nicht schreiben und auch kein Handzeichen beifügen oder wird die Unterzeichnung verweigert, so ist der Grund anzugeben, aus welchem die Unterzeichnung unterblieben ist.

14. Ein freihändiger Verkauf findet statt:

a) bei Wertpapieren, Waren und anderen Pfändern, die einen Börsen- oder Marktpreis haben;

b) bei Gold- und Silbersachen, deren Versteigerung fruchtlos versucht worden ist;

c) bei Sachen anderer Art auf Anordnung des Amtsgerichts.

Der Verkauf ist unter entsprechender Anwendung der Vorschriften im § 66 d. Anw., bei den zu a) bezeichneten Sachen jedoch zum laufenden Preise und unter Beizeichnung der Sache als Pfand vorzunehmen. Der Pfandgläubiger kann solche Pfänder, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, statt durch freihändigen Verkauf auch durch Versteigerung veräußern lassen, sofern es sich nicht um die im § 1295 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten indossablen Papiere handelt.

15. Der Erlös der Versteigerung oder des freihändigen Verkaufs ist nach Abzug der Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers unverzüglich an den Auftraggeber abzuführen. Dies gilt auch dann, wenn der Erlös den Betrag der Forderung und der Kosten übersteigt, es sei denn, daß der Gläubiger den Gerichtsvollzieher beauftragt hat, den verbleibenden Ueberschuß an den Eigentümer des Pfandes abzuführen oder für diesen zu hinterlegen. Die Benachrichtigung des Eigentümers über das Ergebnis des Pfandverkaufs ist dem Pfandgläubiger zu überlassen.

16. Ist der Pfandgläubiger ein gewerbsmäßiger Pfandleiher, so sind die zum Teil abweichenden Vorschriften der §§ 9 bis 16 des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881 (vergl. A.-G. z. B.G.B. Artikel 41) zu beachten.

17. Die Vorschriften über den Pfandverkauf finden nach gesetzlicher Vorschrift auch Anwendung auf eine Versteigerung, die zwecks Auseinandersetzung unter den Teilnehmern an einer Gemeinschaft oder unter Miterben vorgenommen wird, oder die der Besitzer einer beweglichen Sache veranlaßt, um sich wegen seiner Verwendungen aus der Sache zu befriedigen (B. G.B. §§ 753, 2042, 1003).

18. Hat der Pfandgläubiger einen vollstreckbaren Titel gegen den Eigentümer erlangt, aus dem sein Recht zum Verkaufe des Pfandes hervorgeht, so kann er seine Befriedigung aus dem Pfande statt durch Pfandverkauf auch durch die Veräußerung des Pfandes nach den für gepfändete Sachen geltenden Vorschriften betreiben (B.G.B. § 1233 Abs. 2). Er hat alsdann das Pfand an einen von ihm zu beauftragenden Gerichtsvollzieher herauszugeben. In dem Uebernahmeprotokolle sind die einzelnen Stücke in der für das Pfändungsprotokoll vorgeschriebenen Art aufzuführen. Die Unterbringung und Verwertung der Gegenstände sowie die Verrechnung und Abführung des Erlöses geschieht nach den Regeln des Zwangsvollstreckungsverfahrens.

19. Bei der Geltendmachung des kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts bedarf der Gläubiger eines vollstreckbaren Titels über sein Recht zur Befriedigung aus den zurückbehaltenen Gegenständen auch dann, wenn die Geltendmachung im Wege des Pfandverkaufs erfolgen soll (H.G.B. § 371). Bei einem Pfandverkaufe, der auf Grund eines kaufmännischen Zurückbehaltungsrechts oder auf Grund eines Pfandrechts der im § 368 des Handelsgesetzbuchs bezeichneten Art vorgenommen wird, verkürzt sich die nach der Androhung des Verkaufs zu beobachtende Frist auf eine Woche. Bei einem Pfandverkauf im Auftrage eines Frachtführers oder Verfrachters sind die Androhung und die Benachrichtigungen an den Empfänger des Gutes und nur, wenn dieser die Annahme des Gutes verweigert oder wenn er nicht zu ermitteln ist, an den Absender zu richten (H.G.B. §§ 440, 623). Der Kommissär kann auch dann in Ansehung des Kommissionsguts zum Pfandverkaufe schreiten, wenn er dessen Eigentümer ist; der Pfandverkauf geschieht alsdann für Rechnung des Kommittenten.

---

§ 99. 1. Gründet der Auftraggeber seine gesetzliche Ermächtigung zur Versteigerung auf andere als die im § 98 d. Anw. bezeichneten Vorschriften, läßt er

insbesondere Sachen versteigern, weil sie dem Verderben ausgesetzt sind (B.G.B. §§ 966, 1219; H.G.B. §§ 379, 388, 391, 437), weil er sich durch Hinterlegung des Erlöses von einer Schuld befreien will (B.G.B. § 383), weil er als Pfandgläubiger durch eine zu besorgende Wertminderung des Pfandes seine Sicherheit für gefährdet erachtet (B.G.B. §§ 1219, 1220) oder weil er gemäß § 373 des Handelsgesetzbuchs zum Selbsthilfeverkaufe schreitet, so finden die Vorschriften über den Pfandverkauf keine Anwendung. Die nach den gesetzlichen Vorschriften etwa erforderliche Androhung des Verkaufs, ingleichen die im Fall des § 966 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erforderliche Anzeige bei der Polizeibehörde bleibt dem Auftraggeber überlassen.

2. Die zum Verkaufe gestellten Sachen sind in ein dem § 98 Abs. 3 d. Anw. entsprechendes Verzeichnis einzutragen. Die Versteigerungsbedingungen, die Zeit und den Ort der Versteigerung sowie die Art der Bekanntmachung hat der Auftraggeber zu bestimmen. Der Gerichtsvollzieher hat den Auftraggeber nötigenfalls darauf hinzuweisen, daß der Gegner den Verkauf als für seine Rechnung geschehen nicht anzuerkennen brauche, wenn er zu ungewöhnlichen oder den Umständen des Falles nicht angemessenen Bedingungen, z. B. unter Ausschluß der Gewährleistung, vorgenommen worden ist. Bleibt die Bestimmung dem Gerichtsvollzieher überlassen, so erfolgt die Versteigerung ohne besondere Bedingungen nach den für den Kauf geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die Bekanntmachung, wenn sie erforderlich oder ohne Gefährdung des Versteigerungszwecks ausführbar ist, in der üblichen und der Wichtigkeit der Gegenstände entsprechenden Art.

3. Von dem Versteigerungstermine sind der Auftraggeber und nach dessen näherer Bestimmung die Personen, für deren Rechnung der Verkauf erfolgt, zu benachrichtigen. Bei Gold- und Silbersachen findet die Vorschrift des § 1240 des Bürgerlichen Gesetzbuchs keine Anwendung. Die Versteigerung ist so lange fortzusetzen, bis alle zum Verkaufe stehenden Sachen ausgeboten sind, wenn nicht der Auftraggeber den früheren Schluß verlangt.

4. Das Protokoll muß den gesetzlichen Grund der Versteigerung angeben. Die Vorschriften des § 98 Abs. 12 zu a bis e finden entsprechende Anwendung. Die Bemerkung, daß die Sache als Pfand ausgeboten werde, ist nur aufzunehmen, wenn der Fall des § 1219 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorliegt. Der Erlös ist nach Abzug der Gebühren und Auslagen des Gerichtsvollziehers an den Auftraggeber abzuführen oder auf sein Verlangen für die von ihm bestimmten Personen zu hinterlegen.

5. Wird der Gerichtsvollzieher in den vorbezeichneten Fällen beauftragt, Sachen, die einen Börsen- oder Marktpreis haben, aus freier Hand zu veräußern, so ist der Verkauf unter entsprechender Anwendung des § 66 d. Anw., jedoch, wenn der Auftraggeber nicht ein anderes bestimmt hat, zum laufenden Preise vorzunehmen.

6. Nach den vorstehenden Vorschriften ist auch die Veräußerung einer Aktie oder eines Anteilsrechts im Auftrage einer Aktiengesellschaft in den Fällen der §§ 290, 220 des Handelsgesetzbuchs zu bewirken. Dagegen geschieht die Veräußerung eines Bergwerksanteils im Auftrage der Gewerkschaft im Falle des § 131 des Preußischen Berggesetzes ausschließlich im Wege der Zwangsvollstreckung.

---

§ 100. 1. Der Gerichtsvollzieher soll Aufträge zu freiwilligen Versteigerungen nicht aufsuchen, er ist zu deren Ablehnung ohne Angabe von Gründen befugt. Er ist zur Ablehnung verpflichtet, wenn gegen die Befugnis des Auftraggebers, über die zu versteigernden Sachen zu verfügen, Bedenken obwalten, wenn der Verdacht besteht, daß die Form der Versteigerung zur Verdeckung unlauterer Absichten, insbesondere zur Umgehung der den Gewerbebetrieb oder die Gewerbesteuer betreffenden Vorschriften, z. B. des Gesetzes vom 27. Februar 1880 betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs oder der Vorschriften über den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus (§ 33 der Gewerbeordnung) benutzt werden soll oder wenn bei Ausverkäufen der Verdacht einer unrichtigen Angabe über den Anlaß und den Zweck des Verkaufs besteht (§ 1 Abs. 1 des Reichsgesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896).

2. Bei der Bekanntmachung, der Versteigerung und den mit ihr zusammenhängenden Verrichtungen ist deutlich er-

kennbar zu machen, daß es sich um eine freiwillige Versteigerung handelt.

3. Die zum Verkaufe gestellten Sachen sind in ein dem § 98 Abs. 3 Satz 1 bis 3 d. Anw. entsprechendes Verzeichnis einzutragen. Erfolgt eine Abschätzung, so ist in dem Verzeichnisse bei den einzelnen Sachen der Schätzungswert zu vermerken; das Gleiche gilt von dem Gold- oder Silberwerte, wenn er festgestellt ist. Die Aufstellung des Verzeichnisses kann unterbleiben, wenn der Auftraggeber die Sachen im Besitze behält und auf die Anfertigung des Verzeichnisses verzichtet. Der Verzicht ist aktenkundig zu machen.

4. Die Versteigerungsbedingungen, die Zeit und den Ort der Versteigerung, sowie die Art der Bekanntmachung hat der Auftraggeber zu bestimmen. Bleibt die Bestimmung dem Gerichtsvollzieher überlassen, so hat er die Versteigerungsbedingungen nach seinem Ermessen festzusetzen und die Bekanntmachung in der ortsüblichen Weise zu bewirken.

5. Die Versteigerungsbedingungen sind dem Auftraggeber, wenn er es verlangt, vor dem Termine mitzuteilen und, insoweit sie von den für den Kauf geltenden Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs abweichen, in das Protokoll aufzunehmen. Der Auftraggeber ist von dem Versteigerungstermin und von dessen Ergebnis rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

6. Der Auftraggeber kann sich den Zuschlag vorbehalten. Ist dies nicht geschehen, so erfolgt der Zuschlag durch den Gerichtsvollzieher nach dreimaligem Aufrufe. Der Gerichtsvollzieher hat die zugeschlagene Sache dem Ersteher abzuliefern und den Kaufpreis in Empfang zu nehmen, sofern nicht der Auftraggeber ein anderes bestimmt.

7. Das Protokoll über die freiwillige Versteigerung muß enthalten:

a) den Namen des Auftraggebers;
b) eine genaue Bezeichnung der zum Verkaufe gestellten Gegenstände und den Wortlaut der Versteigerungsbedingungen, insoweit sie von den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über den Kauf abweichen;
c) den Betrag des Meistgebots und den Namen des Meistbietenden, ferner dessen Unterschrift oder die Bemerkung, aus welchem Grunde sie fehlt;
d) die Angabe, ob die Uebergabe der Sache und die Zahlung geschehen oder der Zuschlag nicht erteilt ist;
e) die Maßnahmen, die beim Ausbleiben der Zahlung getroffen sind.

Ist der Zuschlag an einen anderen als den Meistbietenden erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen zu verzeichnen, der den Zuschlag erhält. Wird der Zuschlag nicht im Termin erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen anzugeben, welcher an sein Gebot gebunden bleibt.

8. In einem Rechtsstreite, der zwischen dem Auftraggeber und dem Ersteher einer versteigerten Sache anhängig wird, darf der Gerichtsvollzieher, der die freiwillige Versteigerung vorgenommen hat, amtliche Verrichtungen, wie Zustellungen, Zwangsvollstreckungen und dergleichen nicht vornehmen.

§ 101. 1. Wird dem Gerichtsvollzieher vom Amtsgerichte die öffentliche Verpachtung eines Grundstücks, einer Fruchtnutzung, eines nutzbaren Rechtes u. s. w. übertragen, so hat er sich wegen Festsetzung der Pachtbedingungen mit dem Verpächter in Verbindung zu setzen, wenn nicht das Gericht ihm die Pachtbedingungen bereits mitgeteilt hat. Für die Erledigung des Auftrags, insbesondere die Zeit und den Ort sowie die Bekanntmachung des Termins und das in dem Termine zu beobachtende Verfahren sind die Weisungen des Verpächters maßgebend. Bleibt die Bestimmung dem Gerichtsvollzieher überlassen, so hat er nach seinem Ermessen zu verfahren, jedoch die örtlichen Gewohnheiten, z. B. bei der Bekanntgabe des Pachttermins, thunlichst zu berücksichtigen. Es empfiehlt sich, den Zuschlag in der Regel dem Verpächter vorzubehalten, diesem auch die Einweisung des Meistbietenden in die Pachtung sowie die Erhebung des Pachtzinses zu überlassen.

2. Ueber den Hergang bei der Verpachtung ist ein Protokoll aufzunehmen; dieses muß insbesondere enthalten:

a) den Namen des Verpächters und einen Hinweis auf den gerichtlichen Auftrag;
b) eine genaue Bezeichnung des zu verpachtenden Gegenstandes und den Wortlaut der Pachtbedingungen, falls diese nicht dem Protokoll als Anlage beigefügt werden;

c) den Betrag des Meistgebots und den Namen des Meistbietenden, ferner dessen Unterschrift oder die Bemerkung, aus welchem Grunde sie fehlt;
d) die Bemerkung, ob der Zuschlag erteilt oder die Entscheidung über den Zuschlag dem Verpächter vorbehalten worden ist.

Bleiben nach den Pachtbedingungen außer dem Meistbietenden noch andere Bieter bis zur Entscheidung des Verpächters an ihre Gebote gebunden, so muß das Protokoll auch die Namen dieser Bieter und den Betrag ihrer Gebote ergeben.

3. Von dem Termin und von dessen Ergebnis ist der Verpächter rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

4. Wenn der Auftrag vollständig erledigt ist, insbesondere die von den Beteiligten erbetenen Abschriften erteilt sind, hat der Gerichtsvollzieher das Protokoll nebst allen entstandenen Schriftstücken mit einem kurzen Bericht über die Erledigung dem Amtsgericht einzureichen.

VII. Siegelungen, Entsiegelungen, Vermögensverzeichnisse.

§ 102. 1. Der Gerichtsvollzieher ist zuständig, im Auftrage des Gerichts oder bei einem Konkurse im Auftrage des Konkursverwalters Siegelungen und Entsiegelungen zu bewirken sowie Vermögensverzeichnisse, insbesondere Nachlaßinventare (B.G.B. § 1993) aufzunehmen. Zur Aufnahme eines Inventars ist der Gerichtsvollzieher auch im Auftrage der Generalkommission zuständig (vergl. Gesetz, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1895, § 20).

2. Aufträge der Beteiligten zu einem der im Abs. 1 bezeichneten Geschäfte darf der Gerichtsvollzieher nicht entgegennehmen. Der Antragsteller ist an das Gericht zu verweisen.

---

§ 103. 1. Insoweit von dem Gerichte nicht ein anderes bestimmt ist, hat der Gerichtsvollzieher nach den Vorschriften der Abs. 2 bis 15 zu verfahren.

2. Bei der Siegelung zur Sicherung eines Nachlasses sind die am Orte anwesenden Erben und Verwandten des Erblassers und, falls keine Verwandten oder Erben anwesend sind, andere geeignete Auskunftspersonen zuzuziehen.

3. Verfügungen von Todeswegen, die im Nachlasse vorgefunden werden, hat der Gerichtsvollzieher in jedem Falle an sich zu nehmen und unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

4. In gleicher Weise ist mit vorgefundenem Gelde, mit Wertpapieren und anderen wertvollen oder wichtigen Urkunden sowie mit Kostbarkeiten zu verfahren. Nur aus besonderen Gründen und wenn die Sicherheit eine genügende ist, können sie unter gehöriger Aufsicht in der Sterbewohnung belassen werden.

5. Die in den Absätzen 3, 4 bezeichneten Urkunden und Gegenstände sind in dem Protokoll einzeln zu verzeichnen, die Wertpapiere mit Angabe des Nennwerts. Sind die Wertpapiere mit Buchstaben und Nummern versehen, so sind auch diese zu vermerken. Sind Erneuerungsscheine vorhanden, so ist dies anzugeben. Auch ist anzugeben, von welcher Zeit an die vorhandenen Zins- und Gewinnanteilscheine laufen.

6. Bewegliche lebloſe Sachen sind, soweit sie nicht unter die Abs. 2 bis 4 fallen, thunlichst in verschließbaren Räumen oder Behältnissen unterzubringen. Die Thüren dieser Räume sowie die Behältnisse sind zu verschließen und unter Verwendung von Papierstreifen, Leinwandstreifen, Bindfaden oder in anderer Weise mit dem Dienstsiegel so zu versiegeln, daß sie ohne Verletzung des Verschlusses nicht eröffnet werden können; Fenster sind zu schließen und nötigenfalls in gleicher Weise zu versiegeln. Die Zahl der Siegel und die Stellen, wo sie angelegt sind, sind im Protokoll anzugeben. Die Schlüssel hat der Gerichtsvollzieher mit Merkzeichen zu versehen und entweder an sich zu nehmen oder sonst sicher unterzubringen; ihre Zahl sowie die Art ihrer Verwahrung ist im Protokolle zu vermerken. Die Anwesenden sind darauf hinzuweisen, daß sie sich jeder Beschädigung und der Ablösung der Siegel bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen zu enthalten haben. Räume, deren Weiterbenutzung nicht entbehrt werden kann, sind offen zu halten.

7. Den Erben, den Verwandten des Erblassers oder einer geeigneten anderen

Person kann vorgefundenes Geld zur Besorgung des Begräbnisses und zur einstweiligen Fortführung des Haushalts, der Landwirtschaft oder des Gewerbes gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt werden. Auch können ihnen sonstige zu diesen Zwecken notwendige Sachen übergeben werden.

8. Hat der Erblasser Landwirtschaft oder ein Gewerbe betrieben, so ist die Siegelung insoweit zu beschränken, daß der weitere Betrieb stattfinden kann, es sei denn, daß die Schließung des Betriebs von dem Amtsgericht angeordnet worden ist.

9. Die außer Siegelung gelassenen Gegenstände sind zu verzeichnen, es sei denn, daß bei einzelnen von ihnen eine Sicherung aus besonderen Gründen entbehrlich ist. In dem Verzeichnisse ist der Wert der einzelnen Gegenstände anzugeben, soweit dies zur Feststellung angemessen erscheint.

10. Einzelne Nachlaßsachen, insbesondere Tiere, können einem Dritten zur Obhut anvertraut oder bei dringender Gefahr des Verderbens veräußert werden; der Erlös ist unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

11. Nötigenfalls ist zur Sicherung des Nachlasses ein Aufseher zu bestellen.

12. Werden in dem Nachlaß eines Beamten bei der Ausführung der Siegelung amtliche Akten oder sonstige Sachen, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, vorgefunden, so ist dies im Protokolle besonders zu vermerken. Der Gerichtsvollzieher hat für die sichere Verwahrung dieser Sachen zu sorgen, wenn nicht die Behörde, welcher der Verstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde für die Sicherung der Sachen sorgt. Die Vorschriften über den Nachlaß von Beamten finden auch Anwendung auf den Nachlaß von Offizieren des Heeres und der Marine.

13. Das Protokoll soll den Hergang bei der Siegelung beschreiben. Es soll außer den Angaben, die in den vorhergehenden Absätzen vorgeschrieben sind, namentlich enthalten:

a) den Ort und die Zeit der Verhandlung;
b) die Bezeichnung des Erblassers und der bei der Verhandlung zugegen gewesenen Personen;
c) die Bezeichnung des Auftrags;
d) die Unterschrift des bestellten Aufsehers und derjenigen Personen, welchen Nachlaßsachen, die außer Siegelung geblieben sind, anvertraut sind, sowie die Angabe, in welcher Weise der Gerichtsvollzieher deren Persönlichkeit festgestellt hat;
e) die Unterschrift des Gerichtsvollziehers.

14. Das Protokoll ist unverzüglich dem Amtsgericht einzureichen.

15. Die Vorschriften dieses Paragraphen finden entsprechende Anwendung, wenn der Gerichtsvollzieher von dem Konkursverwalter mit der Siegelung einer Konkursmasse beauftragt ist. Statt der im Abs. 1 bezeichneten Personen ist der Gemeinschuldner und, wenn er es verlangt, der Konkursverwalter zuzuziehen. Das Protokoll ist dem Konkursverwalter zu übersenden.

---

§ 104. 1. Die Abnahme der Siegel geschieht auf Anordnung des Amtsgerichts oder im Auftrage des Konkursverwalters, der die Siegelung veranlaßt hatte.

2. Bei der Abnahme der Siegel ist zu untersuchen, ob die in dem Siegelungsprotokoll angegebenen Siegel noch vorhanden und unverletzt sind. Der Befund ist in einem Protokolle festzustellen. Das Protokoll ist unverzüglich dem Amtsgericht oder dem Konkursverwalter zu übersenden.

---

§ 105. 1. Bei der Erteilung des Auftrags zur Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses, insbesondere eines Nachlaßinventars, bestimmt das Gericht, bei der Aufzeichnung einer Konkursmasse der Konkursverwalter, in welcher Art und in welchem Umfange das Verzeichnis aufzunehmen ist und welche Personen bei der Aufnahme zuzuziehen sind. Im übrigen sind, sofern nicht in dem Auftrag, insbesondere in Bezug auf die Angabe des Wertes und der Verbindlichkeiten, abweichende Bestimmungen getroffen sind, die nachstehenden Vorschriften zu beobachten.

2. Der Gerichtsvollzieher hat die Vermögensgegenstände und die Verbindlichkeiten nach folgenden Titeln zu verzeichnen:

1. Grundstücke;
2. Geld, mit Einschluß des Papiergeldes, Banknoten;
3. Wertpapiere;

4. Forderungen, mit Einschluß der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen;
5. Gegenstände aus Edelmetall, Juwelen und sonstige Kostbarkeiten;
6. Kunstgegenstände, soweit sie nicht unter Titel 5 fallen, Bilder, Uhren;
7. Möbel, Vorhänge, Teppiche, Decken;
8. Porzellan, Steingut, Glassachen;
9. zur Hauswirtschaft bestimmte Geräte aus unedlem Metall, Holz, Stein und anderen Stoffen;
10. Leinen, Wäsche mit Ausnahme der Leibwäsche, und Betten;
11. Leibwäsche und Kleidungsstücke;
12. Bücher, Landkarten, Schriften;
13. Instrumente, Waffen;
14. Handwerkszeug, Maschinen und sonstige zu landwirtschaftlichem oder gewerblichem Betriebe bestimmte Geräte;
15. Fahrzeuge und Geschirr;
16. Tiere;
17. Vorräte zum Verbrauch in der Hauswirtschaft;
18. Warenvorräte, landwirtschaftliche oder gewerbliche Vorräte;
19. sonstige Sachen und Rechte;
20. Verbindlichkeiten.

3. Ob in Ansehung der Titel 1, 2, 3, 4 und 18 etwas vorhanden ist oder nicht, ist immer zu vermerken. Im übrigen können die Titel, bei denen nichts zu verzeichnen ist, ausgelassen werden.

4. Die Verzeichnung der Wertpapiere erfolgt nach Maßgabe des § 103 Abs. 4 der Anw. Bei verzinslichen Forderungen sind der Zinssatz, die Zinstermine und der Betrag der Zinsrückstände anzugeben. Urkunden, durch welche Vermögensrechte nachgewiesen werden, z. B. Sparkassenbücher, Schuldscheine, Versicherungspolicen, Pfandscheine, sind bei den Posten aufzuführen, zu welchen sie gehören.

5. In einer besonderen Spalte ist der Wert der Gegenstände anzugeben. Soweit es zur Bestimmung des Wertes erforderlich ist, sind die Gegenstände zu beschreiben. Ist eine besondere Taxe aufgenommen, so ist der Taxwert anzugeben.

6. Die Gesamtsumme der einzelnen Titel 1 bis 19 sind zusammenzuzählen; von dem Betrage ist die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten (Titel 20) abzuziehen.

7. Der Gerichtsvollzieher hat bei der Aufnahme des Verzeichnisses darauf hinzuwirken, daß die Beteiligten über das Vermögen, insbesondere über die Forderungen und Verbindlichkeiten, richtige und vollständige Erklärungen abgeben. Die beweglichen Sachen hat er sich vorzeigen zu lassen.

8. Wird von den Beteiligten eine Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Verzeichnisses abgegeben, so ist diese Erklärung in dem Protokoll (Abs. 9) zu beurkunden.

9. Ueber die Aufnahme des Verzeichnisses ist ein Protokoll zu errichten. Ein etwa beschaffter Auszug aus den öffentlichen Büchern und, falls ein Beteiligter den Zustand oder den Wert einer Sache durch Sachverständige hat feststellen lassen, die darüber aufgenommene Urkunde ist dem Protokoll als Anlage beizufügen.

10. Im Protokolle brauchen die vorgefundenen Vermögensgegenstände nicht nach den im Abs. 2 angegebenen Titeln aufgeführt zu werden. Es genügt die Angabe, welche Gegenstände in den einzelnen Räumen und Behältnissen vorgefunden sind; auf Grund des Protokolls ist alsdann das Verzeichnis gemäß Abs. 2 aufzustellen.

11. Das Protokoll sowie das Verzeichnis ist unverzüglich dem Gericht oder dem Konkursverwalter, falls dieser den Auftrag erteilt hatte, einzureichen.

12. Wird ein Nachlaßinventar aufgenommen, so ist für die Verzeichnung der Bestand sowie der Wert zur Zeit des Todes des Erblassers maßgebend. Inzwischen eingetretene Veränderungen sind nachrichtlich zu vermerken.

VIII. Beurkundung des thatsächlichen Angebots einer Leistung.

§ 106. 1. Der Gerichtsvollzieher ist zuständig, im Auftrag eines Beteiligten das thatsächliche Angebot einer Leistung zu beurkunden (A.-G. z. G.V.G. § 74 Nr. 4). Wird das Angebot der Leistung in Gegenwart des Gerichtsvollziehers von dem Schuldner oder einem anderen bewirkt, so hat sich der Gerichtsvollzieher auf die Feststellung des Herganges zu beschränken. Der Gerichtsvollzieher kann je-

doch an Stelle seines Auftraggebers und nach dessen Weisungen das zu beurkundende Angebot selbst vornehmen.

2. Nimmt der Gläubiger die Leistung so, wie sie angeboten ist, an, so hat sie der Gerichtsvollzieher gegen Empfangsbescheinigung auszuliefern. Nimmt der Gläubiger die Leistung nicht an, unterläßt er es, die etwa verlangte Gegenleistung anzubieten, oder wird er nicht angetroffen, so hat der Gerichtsvollzieher diese Thatsache festzustellen.

3. Das aufzunehmende Protokoll muß enthalten:

a) den Namen des Auftraggebers und der Person, der die Leistung angeboten werden soll;

b) eine genaue Bezeichnung der angebotenen Leistung und der etwa verlangten Gegenleistung;

c) die Angabe, an welchem Orte, zu welcher Zeit und in welcher Art das Angebot geschehen ist;

d) die Erklärungen des Schuldners oder des Gerichtsvollziehers und die Antwort des Gläubigers oder die Feststellung, daß der Gläubiger nicht angetroffen ist. Im letzten Falle ist, wenn der Schuldner vor dem Angebote die Leistung angekündigt hatte, auf die Ankündigung und die sie beweisenden Urkunden Bezug zu nehmen.

4. Das Protokoll ist dem Auftraggeber in der Urschrift auszuhändigen, eine Abschrift ist bei den Handakten des Gerichtsvollziehers zu verwahren.

IX. Beurkundung einer Hinterlegung.

§ 107. 1. Der Gerichtsvollzieher ist zuständig, zu beurkunden, daß Geld, Wertpapiere oder Kostbarkeiten behufs Einsendung an die Hinterlegungskasse zur Post gegeben sind (§§ 17, 39 der Hinterlegungsordnung). Er hat die abzusendenden Gegenstände mit der Hinterlegungserklärung genau zu vergleichen und sich durch eigene Wahrnehmung zu überzeugen, daß die verzeichneten Gegenstände verpackt und der Post übergeben werden.

2. Die Form und der Inhalt der aufzunehmenden Urkunde sind in den §§ 17, 39 der Hinterlegungsordnung bestimmt. Der Unterschrift ist das Dienstsiegel hinzuzufügen. Die Urkunde ist dem Auftraggeber in der Urschrift auszuhändigen.

X. Verwaltungszwangsverfahren.

§ 108. 1. Nach § 6 der Königlichen Verordnung vom 15. November 1899, betreffend das Verwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, findet die Ausführung der Zwangsvollstreckung wegen der in Angelegenheiten der Justizverwaltung beizutreibenden Geldbeträge durch den Gerichtsvollzieher statt; den Gerichtsvollziehern kann ferner nach Maßgabe der Anordnungen der Ressortminister die Ausführung einer Zwangsvollstreckung im Verwaltungszwangsverfahren auch in anderen Fällen übertragen werden. Bei der Ausführung der Zwangsvollstreckung hat der Gerichtsvollzieher nach den für das ordentliche Zwangsvollstreckungsverfahren geltenden Vorschriften zu verfahren. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Zwangsvollstreckung bestimmen sich aber nicht nach der Civilprozeßordnung, sondern nach der Verordnung vom 15. November 1899.

2. Für das Verfahren des Gerichtsvollziehers bei der Beitreibung von Gerichtskosten sind die für die Verwaltung der Gerichtskassen geltenden Vorschriften maßgebend. Im übrigen hat der Gerichtsvollzieher bei Zwangsvollstreckungen im Verwaltungszwangsverfahren nachstehende Vorschriften zu beachten.

3. Im Verwaltungszwangsverfahren wird der vollstreckbare Schuldtitel durch den von der Vollstreckungsbehörde erteilten Auftrag zur Zwangsvollstreckung ersetzt; dem Schuldner und Dritten gegenüber wird der Gerichtsvollzieher zur Vornahme der Zwangsvollstreckung durch den ihm erteilten und auf Verlangen einer beteiligten Person vorzuzeigenden schriftlichen Auftrag der Vollstreckungsbehörde ermächtigt (§ 13 der Verordnung vom 15. November 1899). Welche Behörde als Vollstreckungsbehörde anzusehen ist, bestimmt sich nach den Vorschriften der Verordnung

vom 15. November 1899 und den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften. Aufträge, welche dem Gerichtsvollzieher durch den Rendanten der Gerichtskasse erteilt werden, sind im Verwaltungszwangsverfahren auszuführen, sofern nicht in dem Auftrag ersichtlich gemacht ist, daß die Zwangsvollstreckung nicht im Verwaltungszwangsverfahren erfolgt. Andere Justizbehörden müssen bei der Anordnung von Zwangsvollstreckungen, welche im Verwaltungszwangsverfahren auszuführen sind, in dem Auftrag ersichtlich machen, daß er im Verwaltungszwangsverfahren zu erledigen ist.

4. Der Zwangsvollstreckung soll in der Regel eine Mahnung desjenigen, gegen welchen die Zwangsvollstreckung vorzunehmen ist, mit dreitägiger Zahlungsfrist vorhergehen (§ 7 der Verordnung vom 15. November 1899). Ob hiernach die Zwangsvollstreckung zulässig ist, hat lediglich die Vollstreckungsbehörde bei Erteilung des Auftrags zur Zwangsvollstreckung, nicht der Gerichtsvollzieher zu prüfen.

5. Soweit es nach § 48 d. Anw. eines vollstreckbaren Titels gegen einen an einer Vermögensmasse Beteiligten bedarf, ist im Verwaltungszwangsverfahren ein gegen diesen Beteiligten erteilter Auftrag zur Zwangsvollstreckung erforderlich (§ 3 der Verordnung vom 15. November 1899).

6. Zu den bei der Zwangsvollstreckung miteinzuziehenden Kosten gehören auch die Kosten der Mahnung (§ 15 der Verordnung vom 15. November 1899).

7. Gegen die Pfändung kann sich der Schuldner nur schützen, wenn er entweder eine Fristbewilligung vorzeigt oder die vollständige Berichtigung des beizutreibenden Geldbetrags durch Quittung oder durch Vorlegung eines Postscheins nachweist, aus welchem sich ergiebt, daß der beizutreibende Geldbetrag an die für die Einziehung zuständige Stelle eingezahlt ist. Zur Empfangnahme von Geldbeträgen ist der Gerichtsvollzieher nur nach Maßgabe des ihm erteilten schriftlichen Auftrags ermächtigt (§ 17 der Verordnung vom 15. November 1899).

8. Auf die Abnahme des Offenbarungseids im Verwaltungszwangsverfahren finden nach § 21 der Verordnung vom 15. November 1899 die Vorschriften der Civilprozeßordnung Anwendung. Der Gerichtsvollzieher hat demgemäß bei Verhaftungen nach den Vorschriften der §§ 83, 84 d. Anw. zu verfahren. Die Vorauszahlung von Verpflegungskosten ist nicht erforderlich, wenn die Leistung des Offenbarungseids wegen solcher Geldbeträge beantragt ist, welche an den Staat zu entrichten sind (§ 21 der Verordnung vom 15. November 1899).

Allgemeine Verfügung vom 8. Dezember 1899,

betreffend die nicht durch Gesetz bestimmten Gebühren der Gerichtsvollzieher, sowie die Gebühren der Gerichtsvollzieher im Verwaltungszwangsverfahren.

Auf Grund der durch Artikel 23 Abs. 2 des Gesetzes vom 27. September 1899, enthaltend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwälte und der Gerichtsvollzieher (Gesetz-Samml. S. 381), dem Justizminister erteilten Ermächtigung bestimme ich, was folgt:

§ 1. Für eine im Auftrag eines Notars oder des Gerichtsschreibers eines Gewerbegerichts nach den Vorschriften über Zustellungen von Amtswegen vorzunehmende Zustellung (Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher § 41 Abs. 2, 3) erhält der Gerichtsvollzieher 25 Pfennig.

§ 2. Für die Uebergabe unbeweglicher Sachen an den Verwalter im Falle der Zwangsversteigerung oder der Zwangsverwaltung (Geschäftsanweisung § 80 Abs. 9) erhält der Gerichtsvollzieher die für die Entsetzung aus dem Besitz unbeweglicher Sachen oder bewohnter Schiffe

und die Einweisung in denselben in den §§ 8 Nr. 1, 10 der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher bestimmte Gebühr.

§ 3. Auf die Gebühren des Gerichtsvollziehers für die Vollstreckung gerichtlicher Anordnungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Geschäftsanweisung § 93) finden die für Zwangsvollstreckungen nach Maßgabe der Civilprozeßordnung geltenden Gebührenvorschriften entsprechende Anwendung.

§ 4. Die Vorschriften über die Gebühren der Gerichtsvollzieher für freiwillige Versteigerungen (Artikel 20 des Gesetzes vom 27. September 1899) finden auf alle Fälle Anwendung, in denen die Gerichtsvollzieher außerhalb der Zwangsvollstreckung zu öffentlichen Versteigerungen oder freihändigen Verkäufen befugt sind, insbesondere auch im Falle der öffentlichen Verpachtung an den Meistbietenden (Geschäftsanweisung §§ 97 bis 101).

§ 5. Auf die Gebühren des Gerichtsvollziehers für die Beurkundung des thatsächlichen Angebots einer Leistung (Geschäftsanweisung § 106) finden die für Wechselproteste nach Artikel 20 des Gesetzes vom 27. September 1899 geltenden Gebührenvorschriften entsprechende Anwendung.

§ 6. Für die Gebühren der Gerichtsvollzieher im Verwaltungszwangsverfahren (Geschäftsanweisung § 108) ist der Tarif zur Königlichen Verordnung vom 15. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 545)[1]) maßgebend, sofern dem Gerichtsvollzieher der Auftrag zur Zwangsvollstreckung von einer preußischen Justizbehörde oder einer anderen preußischen staatlichen Behörde, insbesondere einem Verwaltungsgericht oder einer Auseinandersetzungsbehörde erteilt wird. In anderen Fällen kommen die für gerichtliche Zwangsvollstreckungen bestehenden Gebührenvorschriften zur Anwendung. Auf die im Verwaltungszwangsverfahren durch Gerichtsvollzieher bewirkten Ladungen zur Leistung des Offenbarungseids und die Verhaftungen zum Zwecke der Erzwingung dieses Eides finden die Vorschriften der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher in allen Fällen Anwendung.

[1]) Abgedruckt im Bd. II.

Königliche Verordnung, betr. das Grundbuchwesen.

Vom 13. November 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund des Artikel 186 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und der §§ 2, 86, 87, 90, 91 der Grundbuchordnung, was folgt:

Artikel 1.

Die Grundstücke des Reichs, die Domänen und die sonstigen Grundstücke des Staates, die Grundstücke der Gemeinden und anderer Kommunalverbände, der Kirchen, Klöster und Schulen, die öffentlichen Wege und Gewässer sowie die Grundstücke, welche einem dem öffentlichen Verkehre dienenden Bahnunternehmen gewidmet sind, erhalten ein Grundbuchblatt nur auf Antrag eines Eigentümers oder eines Berechtigten.

Artikel 2.

Als amtliche Verzeichnisse der Grundstücke im Sinne des § 2 Abs. 2 der Grundbuchordnung dienen die Grund- und Gebäudesteuerbücher.

Artikel 3.

Für die aus der Anlage ersichtlichen Grundbuchbezirke und zur Anlegung des Grundbuchs gebildeten Teile von Grundbuchbezirken (Anlegungsbezirke) ist das Grundbuch mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuches als angelegt anzusehen; die bisher geführten Bücher gelten als Grundbücher im Sinne der Reichsgesetze.

Artikel 4.

In den Landesteilen, in welchen die Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 (Gesetz-Samml. S. 446) durch besondere Gesetze eingeführt ist, finden die Vorschriften des Artikels 3 auch auf diejenigen in der Anlage nicht aufgeführten Grundbuchbezirke und Anlegungsbezirke Anwendung, in Ansehung deren vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs durch das Amtsblatt bekannt gemacht ist, daß das Grundbuch als angelegt anzusehen sei. Ausgenommen sind jedoch die zu dem Bezirke gehörenden Grundstücke, die ein Grundbuchblatt von Amtswegen erhalten müssen, aber noch nicht erhalten haben; diese Grundstücke sind in der Bekanntmachung zu bezeichnen.

Die Bekanntmachung erfolgt nach der Anweisung des Justizministers.

Artikel 5.

Für die übrigen Bezirke der im Artikel 4 bezeichneten Landesteile bestimmt sich das Verfahren zur Anlegung der Grundbücher nach den für die einzelnen Landesteile erlassenen bisherigen Vorschriften, soweit nicht in den Artikeln 6 bis 14 Aenderungen vorgesehen sind.

Artikel 6.

Soweit in den bisherigen Gesetzen auf die Bestimmungen der durch sie eingeführten Gesetze über das Grundbuchwesen verwiesen ist, treten an deren Stelle die entsprechenden Vorschriften des Bürger-

lichen Gesetzbuchs, des zugehörigen Einführungsgesetzes und der Grundbuchordnung sowie die entsprechenden zur Ausführung und Ergänzung dieser Gesetze erlassenen Vorschriften.

Artikel 7.

Wer die ihm obliegende Anmeldung versäumt, verliert nach Maßgabe der bisherigen Gesetze sein Vorzugsrecht vor anderen Berechtigten. Im übrigen erleidet er den Rechtsnachteil, daß das Grundbuch ohne Rücksicht auf sein Recht angelegt wird.

Der Wiederholung einer vor der Verkündigung dieser Verordnung erfolgten Bekanntmachung der Ausschlußfrist bedarf es nicht.

Artikel 8.

In den Fällen, in denen nach den bisherigen Gesetzen eine Vormerkung einzutragen ist, wird ein Widerspruch eingetragen.

Artikel 9.

Soweit nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Grundbuchordnung im Grundbuch auf die Eintragungsbewilligung Bezug genommen werden kann, kann bei der Anlegung des Grundbuchs auf die der Eintragung zu Grunde liegende Urkunde Bezug genommen werden.

Artikel 10.

Ist nach den bisherigen Gesetzen auf Grund einer Anmeldung weder das angemeldete Recht noch eine Vormerkung einzutragen, so hat der Anmeldende dem Grundbuchamt innerhalb einer von diesem zu bestimmenden Frist die Erhebung der Klage zur Feststellung seines Rechtes nachzuweisen, widrigenfalls das Recht bei der Anlegung des Grundbuchs nicht berücksichtigt wird.

Ist bei der Anlegung des Grundbuchblatts die Frist noch nicht abgelaufen oder im Falle rechtzeitigen Nachweises der Klageerhebung der Rechtsstreit noch anhängig, so ist zu Gunsten des Anmeldenden ein Widerspruch einzutragen. Der Widerspruch wird auf Antrag gelöscht, wenn die Klage nicht rechtzeitig erhoben oder zurückgenommen oder rechtskräftig zurückgewiesen wird; die Kosten der Löschung hat der Anmeldende zu tragen.

Die Vorschriften der Abs. 1, 2 finden entsprechende Aenderung, wenn ein angemeldetes Recht nicht in vollem Umfange nach Maßgabe der Anmeldung eingetragen wird.

Artikel 11.

Soweit zur Eintragung des Eigentümers nach den bisherigen Gesetzen die Bescheinigung oder Glaubhaftmachung des Eigentumsbesitzes genügt, muß bei juristischen Personen der Eigenbesitz durch Zeugnisse staatlicher Behörden oder rechtskräftige Entscheidungen nachgewiesen werden. Dies gilt auch dann, wenn die Eintragung auf Grund der Ersitzung erfolgen soll.

Die Vorschriften des Abs. 1 finden insoweit keine Anwendung, als vor der Verkündigung dieser Verordnung der Beginn der Ausschlußfrist schon bestimmt ist.

Artikel 12.

Das Grundbuchblatt wird auch dann angelegt, wenn nach den bisherigen Gesetzen wegen eines Streites um das Eigentum oder ein das Eigentum beschränkendes Recht die Anlegung zu unterbleiben hat. In diesem Falle ist nach dem Ermessen des Grundbuchamts einer der streitenden Teile als Eigentümer und zugleich zu Gunsten des oder der Gegner ein Widerspruch einzutragen; ebenso bestimmt sich nach dem Ermessen des Grundbuchamts, ob die Eigentumsbeschränkung unter gleichzeitiger Aufnahme eines Widerspruchs oder nur ein Widerspruch wegen der Eigentumsbeschränkung einzutragen ist.

Artikel 13.

Wird für eine in das Grundbuch aufzunehmende Hypothek die Erteilung eines Hypothekenbriefes nicht beantragt, so ist im Grundbuche zu vermerken, daß die Erteilung des Hypothekenbriefs ausgeschlossen ist.

Artikel 14.

Ist die Anlegung des Grundbuchs für einen Grundbezirk oder einen Anlegungsbezirk im Wesentlichen vollendet, so wird dies nach Anweisung des Justizministers im Amtsblatte bekannt gemacht.

Mit dem Beginne des elften Tages nach der Ausgabe des Amtsblatts ist das Grundbuch für den Bezirk als angelegt anzusehen. Ausgenommen sind jedoch die zu dem Bezirke gehörenden Grundstücke, die ein Grundbuchblatt von Amtswegen erhalten müssen, aber noch nicht erhalten haben; diese Grundstücke sind in der Bekanntmachung zu bezeichnen.

Eine Bekanntmachung der erfolgten Anlegung von Grundbuchblättern und Artikeln nach Maßgabe der bisherigen Gesetze findet nicht mehr statt.

Artikel 15.

Auf das Verfahren zum Zwecke der Eintragung von Grundstücken, die bei der Anlegung des Grundbuchs ein Blatt nicht erhalten haben, finden in den im Artikel bezeichneten Landesteilen, mit Ausnahme der im Artikel 16 Abs. 2 genannten Bezirke, die Vorschriften der Artikel 5 bis 13 entsprechende Anwendung. Eine öffentliche Bekanntmachung des Beginns des Verfahrens oder der erfolgten Anlegung des Blattes sowie die wiederholte Bestimmung einer Ausschlußfrist findet nicht statt.

Nach dem Ablaufe von zwei Jahren seit der Zeit, zu welcher das Grundbuch für den Bezirk als angelegt anzusehen ist, gilt, unbeschadet der Vorschriften des Abs. 1, die Anlegung für die dort bezeichneten Grundstücke auch dann als erfolgt, wenn sie ein Blatt noch nicht erhalten haben.

Artikel 16.

Ergiebt sich im ursprünglichen Geltungsbereiche der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872, daß ein Grundstück ein Grundbuchblatt noch nicht erhalten hat, so erfolgt die Anlegung des Blattes von Amtswegen, soweit nicht nach Artikel 1 ein Antrag erforderlich ist; für die Anlegung sind die Vorschriften der Artikel 17 bis 33 maßgebend.

Das Gleiche gilt für Ostfriesland und Harlingerland, für die Niedergrafschaft Lingen und für die ehemals Münsterschen Ortschaften der Provinz Hannover.

Artikel 17.

Das Grundbuchamt hat die Katasterbehörde um Erteilung eines beglaubigten Auszugs aus dem Steuerbuche zu ersuchen.

Artikel 18.

Ueber Besitz und Eigentum sind zu vernehmen:

1. der im Steuerbuch eingetragene Besitzer oder dessen Erben,
2. diejenigen, welche von den unter 1 Genannten als Eigentümer bezeichnet werden oder für deren Eigentum sich Anzeichen ergeben.

Ist der Aufenthalt einer dieser Personen unbekannt oder außerhalb des Deutschen Reichs, so kann deren Vernehmung unterbleiben. Ein dem Grundbuchamte bekannter Vertreter ist zu vernehmen.

Das Grundbuchamt kann von der Vernehmung einzelner Miteigentümer Abstand nehmen, wenn es die von den übrigen abgegebenen Erklärungen für zutreffend und genügend hält. Den nicht vernommenen Miteigentümern ist mitzuteilen, welche Eintragungen auf Grund der Erklärungen der anderen Miteigentümer in Aussicht genommen sind.

Artikel 19.

Wer das Eigentum in Anspruch nimmt, hat auf Verlangen des Grundbuchamts seinen unmittelbaren Rechtsvorgänger zu nennen, den Rechtsgrund anzugeben, vermöge dessen er das Eigentum erworben hat, und die sich darauf beziehenden Urkunden vorzulegen sowie andere Beweise anzuzeigen.

Artikel 20.

Als Eigentümer ist in das Grundbuch einzutragen:

1. wer das Grundstück in einer gerichtlichen Zwangsversteigerung erstanden hat;
2. wer das Grundstück im Eigenbesitze hat und entweder
   a) durch Urkunden, Verfügungen oder Bescheinigungen öffentlicher Behörden oder durch Zeugen glaubhaft macht, daß er allein oder unter Hinzurechnung der Besitzzeit seines Rechtsvorgängers das Grundstück schon vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs seit vierundvierzig Jahren oder auf Grund eines nach dem Allgemeinen Land-

recht Teil I Titel 9 § 579 zur Erlangung des Eigentums geeigneten, wenngleich dem Inhalt oder der Form nach ungültigen, Titels seit zehn Jahren im Eigenbesitze gehabt hat, oder

b) nachweist, daß er vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs den Eigenbesitz des Grundstücks auf Grund eines zum Erwerbe des Eigentums nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts an sich geeigneten, dem Inhalt und der Form nach gültigen Titels erlangt hat, und außerdem entweder darthut, daß schon sein unmittelbarer Vorbesitzer einen zum Erwerbe des Eigentums nach den damals geltenden Gesetzen an sich geeigneten Titel für sich gehabt hat, oder durch Urkunden, Zeugen oder Bescheinigungen öffentlicher Behörden glaubhaft macht, daß er und sein Vorbesitzer das Grundstück vor dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs schon im ganzen zehn Jahre lang besessen haben;

die Vorschriften des Artikel 11 Abs. 1 finden entsprechende Anwendung;

3. wer nach Maßgabe der Artikel 21 bis 27 ein Ausschlußurteil erwirkt hat.

Artikel 21.

Personen, die, ohne sich im Besitze des Grundstücks zu befinden, das Eigentum für sich in Anspruch nehmen, können im Wege des Aufgebotsverfahrens mit ihrem Rechte ausgeschlossen werden.

Artikel 22.

Zuständig ist das Gericht, in dessen Bezirke das Grundstück belegen ist.

Artikel 23.

Antragsberechtigt ist der Eigenbesitzer des Grundstücks.

Artikel 24.

Der Antragsteller hat zur Begründung des Antrags:

1. entweder eine Bescheinigung der Ortsbehörde darüber beizubringen, daß er das Grundstück im Eigenbesitze hat, oder den Erwerb des Grundstücks durch eine öffentliche Urkunde zu bescheinigen;
2. einen beglaubigten Auszug aus dem Steuerbuch über das Grundstück beizufügen;
3. ein Verzeichnis der ihm bekannten Personen, die das Eigentum an dem Grundstücke für sich in Anspruch nehmen, mit Angabe ihres Wohnorts vorzulegen und zu versichern, daß ihm andere Personen der bezeichneten Art nicht bekannt sind.

Artikel 25.

In das Aufgebot ist aufzunehmen:

1. die Bezeichnung der Lage, der Beschaffenheit und der Größe des Grundstücks nach dem Steuerbuche;
2. die Aufforderung an die Personen, welche das Eigentum in Anspruch nehmen, ihr Recht spätestens im Aufgebotstermin anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen werde.

Artikel 26.

Das Aufgebot soll den vom Antragsteller angezeigten Personen, deren Wohnort bekannt ist, von Amtswegen mitgeteilt werden.

Artikel 27.

In dem Ausschlußurteile sind die Rechte der vom Antragsteller angezeigten Personen vorzubehalten, auch wenn sie nicht angemeldet sind.

Artikel 28.

Die Anlegung des Grundbuchblatts erfolgt, unbeschadet der Vorschriften des Artikel 29 Abs. 2, wenn der nach Artikel 20 zur Eintragung des Eigentums erforderliche Nachweis geführt ist.

Im Falle des Artikels 20 Nr. 3 hat das Grundbuchamt, wenn in dem Ausschlußurteil ein Recht vorbehalten ist, demjenigen, zu dessen Gunsten der Vorbehalt gemacht ist, eine Frist zu bestimmen. Die Anlegung des Blattes erfolgt nach dem Ablaufe der Frist ohne Rücksicht auf das Recht, wenn derjenige, welchem die Frist bestimmt ist, nicht vorher eine einstweilige

Verfügung beibringt, durch welche die Eintragung eines Widerspruchs zu seinen Gunsten angeordnet wird.

Eine Bekanntmachung der Anlegung des Blattes findet nicht statt.

Artikel 29.

Außer dem Falle des Artikel 28 Abs. 2 werden Rechte an dem Grundstücke bei der Anlegung des Grundbuchblatts nur berücksichtigt, wenn sie bei dem Grundbuchamt angemeldet sind. Zur Eintragung eines Rechtes ist erforderlich, daß es sich auf eine von dem Eigentümer ausgestellte öffentliche Urkunde gründet oder von dem Eigentümer anerkannt wird.

Der Eigentümer ist über die Anerkennung zu vernehmen. Bestreitet er das angemeldete Recht, so hat das Grundbuchamt dem Anmeldenden eine Frist zu bestimmen. Nach dem Ablaufe der Frist erfolgt die Anlegung des Blattes ohne Rücksicht auf das Recht, wenn der Anmeldende nicht vorher eine einstweilige Verfügung beibringt, durch welche die Eintragung eines Widerspruchs zu seinen Gunsten angeordnet wird.

Artikel 30.

Für die Rangordnung der in das Grundbuch aufzunehmenden Rechte bleiben, soweit sie durch besondere für einzelne Landesteile erlassene Gesetze bestimmt ist, diese Gesetze maßgebend. Im übrigen regelt sich die Rangordnung nach den zur Zeit der Entstehung der Rechte geltenden Gesetzen und, wenn sie hiernach nicht bestimmt werden kann, nach der Zeitfolge der Anmeldungen.

Artikel 31.

Das Grundbuchamt kann Zeugen laden und eidlich oder eidesstattlich vernehmen.

Artikel 32.

Das Grundbuchamt kann die Befolgung einer Ladung sowie die Erfüllung jeder dem Geladenen auferlegten Verpflichtung durch Geldstrafen bis zum Gesamtbetrage von einhundertfünfzig Mark erzwingen, auch die im Artikel 20 bezeichneten Nachweisungen auf Kosten der Säumigen beschaffen.

Artikel 33.

Die für das Bergrecht erlassenen besonderen Bestimmungen bleiben unberührt.

Artikel 34.

Für die nach dieser Verordnung dem Grundbuchamt obliegenden Verrichtungen ist bis zum Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs das Amtsgericht zuständig, welches nach der bezeichneten Zeit als Grundbuchamt zuständig sein wird.

Artikel 35.

Die Anlegung der Grundbücher für das Gebiet des vormaligen Herzogtums Nassau und die Insel Helgoland wird durch besondere Verordnung geregelt.

Artikel 36.

Solange nicht für alle Grundbuchbezirke der Monarchie das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, hat der Justizminister alljährlich im Monat Januar die Bezirke, für die während des vorhergehenden Kalenderjahrs die Anlegung erfolgt ist, in der Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

In gleicher Weise sind die Bezirke bekannt zu machen, für welche das Grundbuch auch in Ansehung der von der Anlegung ursprünglich ausgenommenen Grundstücke nach Artikel 15 Abs. 2 als angelegt gilt.

Artikel 37.

Die Vorschrift des § 4 der Grundbuchordnung findet auf mehrere zu einem Familienfideikommisse gehörende Grundstücke auch dann Anwendung, wenn sie in den Bezirken verschiedener Grundbuchämter belegen sind. Das zuständige Grundbuchamt ist nach § 20 des Ausführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetze zu bestimmen.

Anlage.

Verzeichnis

der

unter Artikel 3 der Verordnung fallenden Grundbuchbezirke und Anlegungsbezirke.

I. Oberlandesgerichtsbezirk Königsberg;

II. Oberlandesgerichtsbezirk Marienwerder;

III. Kammergerichtsbezirk;

IV. Oberlandesgerichtsbezirk Stettin;

V. Oberlandesgerichtsbezirk Posen;

VI. Oberlandesgerichtsbezirk Breslau:
zu I bis VI sämtliche Grundbuchbezirke.

VII. Oberlandesgerichtsbezirk Hamburg:
sämtliche zu dem Bezirke gehörende Preußische Grundbuchbezirke.

VIII. Oberlandesgerichtsbezirk Kiel:

A. Landgerichtsbezirk Altona:

1. sämmtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Ahrensburg, Bargteheide, Blankenese, Eddelak, Elmshorn, Glückstadt, Itzehoe, Krempe, Marne, Meldorf, Pinneberg, Rantzau, Reinbeck, Reinfeld, Trittau Uetersen, Wilster;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Altona mit Ausnahme der Insel Helgoland;
   Kellinghusen mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Mühlenbek;
   Oldesloe mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Oldesloe;
   Schwarzenbek mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Wentorf;
   Wandsbek mit Ausnahme der Gemeindebezirke Steilshoop, Wandsbek;
3. in den Amtsgerichtsbezirken:
   Mölln die Gemeindebezirke Alt-Mölln, Anker, Bälau, Bergrade, Besenthal, Borstorf, Brunsmark, Grambek, Gretenberge, Hollenbek, Hornbek, Koberg, Kühsen, Lankau, Lehmrade;
   Ratzeburg die Gemeindebezirke Buchholz, Dargow, Groß-Disnack, Groß-Grönau, Hakendorf, Holstendorf, Hornstorf, Klein-Disnack, Klein-Sarau, Klein-Thurow, Lassahn, Pogeez, Techin, die Gutsbezirke Groß-Thurow, Groß-Zecher, Niendorf a. S., Stinetnburg, Tüschenbek;

B. Landgerichtsbezirk Flensburg:

sämtliche Grundbuchbezirke;

C. Landgerichtsbezirk Kiel:

sämtliche Grundbuchbezirke, jedoch in den Amtsgerichtsbezirken:
   Heide mit Ausnahme des Gemeindebezirks Heide;
   Kiel mit Ausnahme der Gemeindebezirke Kiel, Pries, Schilksee und des Gutsbezirkes Marutendorf;
   Neustadt mit Ausnahme der Gutsbezirke Manhagen, Mönch-Neversdorf, Sierkshagen, Stendorf, Wahrendorf;
   Segeberg mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Blunk;
   Wesselburen mit Ausnahme der Gemeindebezirke Büsum, Wesselburen.

IX. Oberlandesgerichtsbezirk Celle:

A. Landgerichtsbezirk Aurich:

sämtliche Grundbuchbezirke;

B. Landgerichtsbezirk Göttingen:

1. sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Einbeck, Moringen, Northeim, Reinhausen, Zellerfeld;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Göttingen mit Ausnahme der Gemeindebezirke Ebergötzen, Ellershausen, Göttingen, Gladebeck, Hetjershausen, Landolfshausen, Mengershausen, Reyershausen, Settmarshausen;
   Herzberg mit Ausnahme der Gemeindebezirke Elbingerode, Hattorf, Lauterberg, Lütjenhausen, Pöhlde, Schwarzfeld, Sieber;
   Münden mit Ausnahme der Gemeindebezirke Bühren, Dankelshausen, Dransfeld, Hemeln, Imbsen, Münden, Niederscheden, Oberscheden;
   Osterode mit Ausnahme der Gemeindebezirke Eisdorf, Lasfelde, Osterode, Schwiegershausen;
   Uslar mit Ausnahme der Gemeindebezirke Adelebsen, Lauenförde, Lödingsen, Wahmbeck;
3. in den Amtsgerichtsbezirken:
   Duderstadt die Gemeindebezirke Hilkerode, Langenhagen, Seulingen;
   Gieboldehausen die Gemeindebezirke Bernshausen, Rensshausen;

C. Landgerichtsbezirk Hannover:

sämtliche zu dem Bezirke gehörende Preußische Grundbuchbezirke, jedoch in den Amtsgerichtsbezirken:
   Calenberg mit Ausnahme der Gemeindebezirke Gestorf, Jeinsen, Pattensen, Schlickum, Schulenburg, Sorsum, Wülfingen;
   Coppenbrügge mit Ausnahme der Gemeindebezirke Hemmendorf, Oldendorf, Osterwald;
   Neustadt a. R. mit Ausnahme der Gemeindebezirke Bockeloh, Cronbostel;
   Oldendorf mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Fischbeck;
   Springe mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Völksen;
   Wennigsen mit Ausnahme der Gemeindebezirke Gehrden, Groß-Goltern, Kirchdorf, Nordgoltern;

D. Landgerichtsbezirk Hildesheim:

sämtliche Grundbuchbezirke;

E. Landgerichtsbezirk Lüneburg:

sämtliche Grundbuchbezirke;

F. Landgerichtsbezirk Osnabrück:

sämtliche Grundbuchbezirke, jedoch
1. in den Amtsgerichtsbezirken:
   Meppen mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Wesuwe;
   Papenburg mit Ausnahme der Gemeindebezirke Bokel, Dersum, Lehe, Nenndorf, Papenburg, Steinbild, Tinnen;
   Quakenbrück mit Ausnahme der Gemeindebezirke Groß-Mimmelage, Herbergen, Menslage;
   Sögel mit Ausnahme der Gemeindebezirke Bockhorst, Lorup;
2. in den Amtsgerichtsbezirken:
   Bersenbrück nur die Gemeindebezirke Ahausen-Sitter, Ankum, Basum-Suisum, Bersenbrück, Bockraden, Bokel, Brickwedde, Döthen, Groß-Drehle, Dorf Gehrde, Bauerschaft Gehrde, Hastrup, Helle, Holsten, Klein-Drehle, Priggenhagen, Restrup, Rüssort, Rüssel, Talge, Tütingen;
   Neuenhaus nur die Gemeindebezirke Adorf, Agterhorn, Altendorf, Alte-Piccardie, Badelde, Bimolten, Binnenborg, Bischofspool, Bookholt, Brecklenkamp, Buitenborg, Eschebrügge, Frenswegen, Georgsdorf, Grasdorf, Gölenkamp, Hastenkamp, Halle, Hardinghausen, Heesterkante, Laar, Lage, Lemle, Neu-Ringe, Teich, Thesingfeld, Tinholt, Volzel, Veldgaar, Wielen, Wietmarschen;

G. Landgerichtsbezirk Stade:

sämtliche Grundbuchbezirke, jedoch in den Amtsgerichtsbezirken:
Stade mit Ausnahme der Gemeindebezirke Agathenburg, Brobergen, Campe, Engelschoff, Hammahermoor, Himmelpforten, Mittelsdorf, Mulsum;
Zeven mit Ausnahme der Gemeindebezirke Buchholz, Divshorn, Rhade, Tarmstedt, Zeven;

H. Landgerichtsbezirk Verden:

sämtliche Grundbuchbezirke, jedoch in den Amtsgerichtsbezirken:
Bassum mit Ausnahme der Gemeindebezirke Freidorf, Heiligenloh, Hollwedel, Rüssen, Twistringen;
Bruchhausen mit Ausnahme der Gemeindebezirke Schwarme, Süstedt, Uenzen;

X. Oberlandesgerichtsbezirk Hamm:

sämtliche zu dem Bezirke gehörende Preußische Grundbuchbezirke.

XI. Oberlandesgerichtsbezirk Cassel:

A. Landgerichtsbezirk Cassel:

sämtliche zu dem Bezirke gehörende Preußische Grundbuchbezirke, jedoch in den Amtsgerichtsbezirken:
Abterode mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Rockerade;
Bischhausen mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Bischhausen und der Gutsbezirke Oberförsterei Bischhausen, Domanialgut Bischhausen;
Cassel mit Ausnahme der Gemeindebezirke Oberzwehren, Rothenditmold;
Friedewald mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Friedewald;
Hofgeismar mit Ausnahme der Gemeindebezirke Eberschütz, Haueda, Hombressen, Hümme, Sielen;
Oberkaufungen mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Oberkaufungen;
Sontra mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Heyerode und des Anlegungsbezirkes Rittershain im Gemeindebezirke Rockensüß;
Witzenhausen mit Ausnahme der Gemeindebezirke Ermschwerd, Kleinalmerode, Wendershausen, Witzenhausen und des Gutsbezirkes Freudenthal;
Zierenberg mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Zierenberg;

B. Landgerichtsbezirk Hanau:

sämtliche Grundbuchbezirke, jedoch in den Amtsgerichtsbezirken:
Bergen mit Ausnahme der Gemeindebezirke Bergen-Enkheim, Bischofsheim, Gronau, Frechenheim;
Birstein mit Ausnahme der Gemeindebezirke Unterreichenbach, Untersotzbach;
Orb mit Ausnahme der Gemeindebezirke Mernes, Neudorf, Oberndorf;
Salmünster mit Ausnahme der Gemeindebezirke Salmünster, Sarrod;
Schlüchtern mit Ausnahme der Gemeindebezirke Hintersteinau, Schlüchtern;
Schwarzenfels mit Ausnahme der Gemeindebezirke Altengronau, Weichersbach;

C. Landgerichtsbezirk Marburg:

1. sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
Amöneburg, Borken, Frankenberg, Fronhausen, Jesberg, Kirchhain, Marburg, Neukirchen, Neustadt, Oberaula, Rauschenberg, Wetter;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
Homberg mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Homberg;
Rosenthal mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Hüttenrode;
Treysa mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Gilserberg;
Ziegenhain mit Ausnahme des Gemeindebezirkes Ropperhausen;
3. in den Amtsgerichtsbezirken:
Battenberg die Gemeindebezirke Berghofen, Biebighausen, Eisa, Frohnhausen, Holzhausen, Laisa, Oberasphe;
Biedenkopf die Gemeindebezirke Dexbach, Engelbach, Herzhausen, Niederhörlen, Quotshausen, Weisenbach, Wolzhausen;
Gladenbach die Gemeindebezirke Friebertshausen, Frohnhausen, Rüchenbach;
Böhl die Gemeindebezirke Buchenberg, Deisfeld, Dorf-Itter, Herzhausen, Kirchlotheim, Marienhagen, Obernburg, Oberwerba, Thal-Itter;

XII. Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt:

A. Landgerichtsbezirk Frankfurt a. M.:

in den Amtsgerichtsbezirken:

Frankfurt a. M. die zum Bezirke des vormaligen Amtsgerichts Bockenheim gehörigen Gebietsteile, die Gemeindebezirke Hausen, Niederrad, Niederursel (Frankfurter und Hessischen Anteils), Oberrad, Rödelheim, die Anlegungsbezirke 2, 3, 4 6, 7, 8 der Stadt Frankfurt a. M.;

Homburg vor der Höhe die Gemeindebezirke Dillingen, Dornholzhausen, Friedrichsdorf, Homburg vor der Höhe, Kirdorf;

B. Landgerichtsbezirk Hechingen:

sämtliche Grundbuchbezirke;

C. Landgerichtsbezirk Limburg a. d. L.:

sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:

Braunfels, Ehringshausen, Wetzlar;

D. Landgerichtsbezirk Neuwied:

sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:

Altenkirchen, Asbach, Daaden, Dierdorf, Ehrenbreitstein, Kirchen, Linz, Neuwied, Wissen;

XIII. Oberlandesgerichtsbezirk Cöln:

A. Landgerichtsbezirk Aachen:

1. sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:

Eschweiler, Stolberg;

2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:

Blankenheim mit Ausnahme der Bezirke Ahrdorf, Baasem, Berk, Blankenheim, Blankenheimerdorf, Dahlen, Freilingen, Lindweiler, Lommersdorf, Marmagen, Mühlheim, Nettersheim, Ripsdorf, Rohr, Schmidtheim, Udenbrett, Wahlen;

Düren mit Ausnahme der Bezirke Binsfeld, Birkesdorf, Boich-Leversbach, Düren, Ellen, Frangenheim, Froitzheim, Füßenich, Gey, Ginnick, Girbelsrath, Gürzenich, Hochkirchen, Jüngersdorf-Stütgerloch, Kettenheim, Krenzau, Lamersdorf, Lendersdorf-Krauthausen, Mariaweiler-Hoven, Merzenich, Niederau, Niederzier, Nörvenich, Oberzier, Rath, Rölsdorf, Schophoven, Sievernich, Straß, Vettweiß, Wenau, Winden, Wollersheim, Tistrnich, Gladbach, Golzheim, Jakobwüllesheim, Kelz, Lürheim, Soller;

Erkelenz mit Ausnahme der Bezirke Doveren, Hückelhoven, Kleingladbach, Rickhoven;

Eupen mit Ausnahme der Bezirke Eupen, Eynatten, Kettenis, Lontzen, Raeren;

Geilenkirchen mit Ausnahme der Bezirke Beggendorf, Brachelen, Gangelt, Geilenkirchen, Immendorf, Puffendorf, Uebach;

Jülichen mit Ausnahme der Bezirke Broich, Gevelsdorf, Hambach, Jülich, Krauthausen, Roedingen, Tetz, Titz, Selgersdorf, Welldorf;

Malmedy mit Ausnahme der Bezirke Bellerauz, Büllingen, Bütgenbach, Fahmonville, Geromont, Malmedy, Orisat, Weismes, Weywertz, Xoffraix;

Montjoie mit Ausnahme der Bezirke Ruhrberg und Schmidt;

St. Vith mit Ausnahme der Bezirke Crombach, Manderfeld, Recht, Reuland, Schoppen, Thommen, Wallerode;

3. in den Amtsgerichtsbezirken:

Aachen die Bezirke Bardenberg, Brand, Laurensberg, Merkstein, Rimburg, Weiden;

Aldenhoven die Bezirke Bettendorf, Bourheim, Dürwiß, Floßdorf, Freialdenhoven, Inden, Pattern, Setterich;

Gemünd die Bezirke Berg, Breitenbenden, Broich, Bronsfeld, Eicks, Floisdorf, Glehn, Golbach, Harperscheid, Harzheim, Hergarten, Hostel, Lorbach, Oberhausen, Rinnen, Roggendorf, Schöneseiffen, Sötenich-Kall, Strempt;

Heinsberg die Bezirke Aphoven, Braunsrath, Breberen, Dremmen, Millen, Myhl;

Wegberg der Bezirk Elmpt;

B. Landgerichtsbezirk Bonn:

sämtliche Grundbuchbezirke mit Ausnahme der Bezirke Enzen, Vissenheim, Schwerfen, Seelscheid;

C. Landgerichtsbezirk Cleve:

1. sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Cleve, Lobberich;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Dülken mit Ausnahme der Bezirke Amern St. Anton, Amern St. Georg, Born, Bracht, Brüggen, Burgwaldniel, Dilkrath, Dülken Land, Kirspelwaldniel, Süchteln;
   Geldern mit Ausnahme der Bezirke Eyll, Geldern, Kevelaer, Nieukerk, Straelen, Walbeck, Weeze;
   Goch mit Ausnahme der Bezirke Appeldorn, Asperden, Calcar, Pfalzdorf;
   Kempen mit Ausnahme der Bezirke Venrad, Kempen, Oert, St. Tönis, Vorst, Wachtendonk;
   Moers mit Ausnahme der Bezirke Baerl, Bergheim, Hochemmerich, Homberg, Bluyn;
   Rheinberg mit Ausnahme der Bezirke Bönninghardt, Horstgen, Orsoy;
   Xanten mit Ausnahme der Bezirke Obermörmter, Veen, Xanten;

D. Landgerichtsbezirk Coblenz:

1. sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Kirn, Kreuznach, Münstermaifeld, Sobernheim, Stromberg;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
   Adenau mit Ausnahme der Bezirke Acht, Antweiler, Arbach, Arenberg, Berenbach, Blindert, Bodenbach, Bongart, Borler, Brück (Ahr), Brück (Kelberg), Dorfel, Eichenbach, Gelenberg, Hannebach, Heeresbach, Herschbach, Herschbroich, Hühnerbach, Insul, Jammelshofen, Kaltenborn, Kempenich, Kolverath, Lederbach, Liers, Lierstall, Lüttenbach, Müllenbach, Müsch, Rohn, Nürburg, Nürburg-Brück, Oberbaar, Niederbaar, Oberelz, Pittscheid Pomster, Reimerath, Retterath, Sassen, Senscheid, Staffel, Uetz, Virneburg, Weibern, Weidenbach, Welcherath, Wiesenscheid, Wirbach, Wirft, Wüstleimbach;
   Ahrweiler mit Ausnahme der Bezirke Ahrweiler, Altenahr, Blasweiler, Gelsdorf, Kirchsahr, Maischoß, Neuenahr;
   Andernach mit Ausnahme der Bezirke Glees, Kell, Kruft, Nickenicht, Plaidt, Wehr;
   Boppard mit Ausnahme der Bezirke Alken. Burgen, Halsenbach, Mermuth, Oberfell, Obergondershausen, Salzig, Weiler;
   Castellaun mit Ausnahme der Bezirke Altercülz, Bell (Rothenberg), Bubach, Budenbach, Castellaun, Ebschied, Hasselbach, Horn, Kisselbach diesseits, Kisselbach jenseits, Klosterchumbd, Laubach, Mörsdorf, Moerz, Riegenroth, Spesenroth, Steinbach, Zilshausen;
   Coblenz mit Ausnahme der Bezirke Bisholder, Capellen, Cobern, Coblenz, Dieblich, Güls, Kärlich, Lay, Metternich, Mülheim, Rhens, Rübenach, Urmitz;
   Cochem mit Ausnahme der Bezirke Alflen, Anderath, Brachtendorf, Bremm, Büchel, Clotten, Düngenheim, Ediger, Ellens-Poltersdorf, Eller, Eppenberg, Hamroth, Kaisenheim, Kaiserseich, Kalenborn, Landkern, Laubach, Lütz, Lutzerath, Rasburg, Meiserich, Müllenbach, Uelmen, Urmersbach, Valwig;
   St. Goar mit Ausnahme der Bezirke Bacharach, Dudenroth, Engehöll, Henschhausen, Medenscheid, Nauheim, Neurath, Niederbach, Niederheimbach, Oberdiebach, Perscheid, Rheindiebach, Trechtingshausen, Weiler-Boppard, Winzberg;
   Kirchberg mit Ausnahme der Bezirke Gemünden, Kirchberg;
   Meisenheim mit Ausnahme der Bezirke Breitenheim, Hundsbach;
   Simmern mit Ausnahme der Bezirke Liebshausen, Neuerkirch jenseits, Simmern;
   Sinzig mit Ausnahme des Bezirkes Bodendorf;
   Trarbach mit Ausnahme der Bezirke Enkirch, Ravensbeuren, Sohren, Traben, Trarbach, Würrich;
3. in den Amtsgerichtsbezirken:
   Mayen die Bezirke Allenz, Bermel, Hirten, Kehrig, Luxem, Reudelsterz, St. Johann, Volkesfeld, Waldesch;
   Zell die Bezirke Alt-Strimmig, Haserich, Heswciler, Kaimt, Liesenich, Mastershausen, Merl. Mittel-Strimmig, Moritzheim, Pünderich, Schauren, Sosberg, Tellig, Walhausen;

E. Landgerichtsbezirk Cöln:

1. Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:

Bensberg mit Ausnahme der Bezirke Bleifeld, Forsbach, Heiliger, Loederich, Miebach, Oberscheid, Roesrath, Unter-Odenthal, Villerath, Volberg;
Bergheim mit Ausnahme der Bezirke Angelsdorf, Bedburg, Caster, Elsdorf, Niederembt, Tollhausen;
Cöln mit Ausnahme der Bezirke Bachem, Buschbell, Cöln, Deutz, Ehrenfeld, Fischenich, Frechen, Freimersdorf, Gleuel, Hermülheim, Kalk, Kriel, Lovenich, Longerich, Müngersdorf, Nippes, Rondorf (Stadt), Rondorf (Land), Worringen;
Lindlar mit Ausnahme der Bezirke Breun, Oberengelskirchen, Unterengelskirchen;
Mülheim am Rhein mit Ausnahme des Bezirkes Mülheim am Rhein;
Wichl mit Ausnahme der Bezirke Marienberghausen, Weiershagen, Wiehl;
Wipperfürth mit Ausnahme der Bezirke Bechen, Breibach, Engeldorf, Wipperfürth:

2. in den Amtsgerichtsbezirken:
Gummersbach der Bezirk Marienheide;
Kerpen die Bezirke Buir, Heppendorf, Mödrath;

F. Landgerichtsbezirk Düsseldorf:

1. sämtliche Grundbuchbezirke des Amtsgerichtsbezirkes:
Ratingen;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
Crefeld mit Ausnahme des Bezirkes Crefeld;
Düsseldorf mit Ausnahme der Bezirke Düsseldorf-Flehe, Düsseldorf-Pempelfort, Düsseldorf-Volmerswerth, Bockum;
Gerresheim mit Ausnahme der Bezirke Eller, Erkrath, Gerresheim, Urdenbach;
M. Gladbach mit Ausnahme der Bezirke M. Gladbach, Hardtalte, Obergeburt;
Neuß mit Ausnahme des Bezirkes Neuß;
Opladen mit Ausnahme der Bezirke Bürrig, Opladen, Rheindorf, Wiesdorf;
Uerdingen mit Ausnahme der Bezirke Bockum, Hohenbudberg-Caldenhausen, Langst-Kirst, Lank, Latum, Nierst, Osterath, Rumeln, Uerdingen;
3. in den Amtsgerichtsbezirken:
Grevenbroich die Bezirke Allrath, Barrenstein, Broich, Grevenbroich, Höningen, Hoisten, Neuenhausen, Neurath, Oekoven;
Odenkirchen die Bezirke Liedberg, Wanlo;

G. Landgerichtsbezirk Elberfeld:

sämtliche Grundbuchbezirke: mit Ausnahme der Bezirke Cronenberg, Elberfeld-Stadt, Elberfeld-Land, Langenberg, Millrath, Neviges;

H. Landgerichtsbezirk Saarbrücken:

1. sämtliche Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
Neunkirchen, Saarbrücken;
2. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
Baumholder mit Ausnahme der Bezirke Frohnhausen, Leitzweiler, Mambacohel;
Grumbach mit Ausnahme der Bezirke Kirchenbollenbach, Martin-Weiersbach, Niederalben, Oberreidenbach, Offenbach, Sienerhöfe, Wiesweiler;
Lebach mit Ausnahme der Bezirke Außen-Diefflen, Bettingen, Gresaubach, Hüttersdorf-Buppricht, Limbach, Nalbach, Saarwellingen, Schwarzenholz;
Ottweiler mit Ausnahme der Bezirke Hangard, Hirzweiler, Illingen-Gennweiler, Ottweiler, Welschbach;
Saarlouis mit Ausnahme der Bezirke Beaumarais-Picard, Berus, Bisten, Bous, Büren, Dillingen, Differten, Ensdorf, Felsberg, Fraulautern, Großhemmersdorf, Guerlfangen, Hostenbach, Hülzweiler, Ihn, Knausholz, Leidingen, Lisdorf, Neuforweiler, Oberesch, Pachten, Rehlingen, Roden, Saarlouis, Schaffhausen, St. Barbara, Ueberherrn, Wadgassen, Wallerfangen;
Sulzbach mit Ausnahme des Bezirkes Friedrichsthal;
Tholey mit Ausnahme der Bezirke Bergweiler, Bubach-Calmesweiler, Eppelborn, Habach, Lindscheid, Satzweiler, Theley, Wiesbach;
Völklingen mit Ausnahme der Bezirke Fürstenhausen, Geislautern, Großrosseln, Ludweiler, Püttlingen, Völklingen, Wehrden;
St. Wendel mit Ausnahme der Bezirke Bliesen, Roschberg, St. Wendel;

I. Landesgerichtsbezirk Trier:

1. die Grundbuchbezirke der Amtsgerichtsbezirke:
Berncastel mit Ausnahme der Bezirke Berncastel, Cues, Graach, Kesten, Lieser, Maring-Noviand, Wehlen, Winterich, Zeltingen-Rachtig;

Bitburg mit Ausnahme der Bezirke Bettingen, Bitburg, Bollendorf, Brecht, Dudeldorf, Echternacherbrück, Echternhausen, Ehlenz, Ernzen, Ferschweiler, Fließem, Gondorf, Herforst, Hermesdorf, Holsthum, Hüttingen, Idenheim, Irrel, Mahholder, Matzen, Messerich, Mötsch, Neidenbach, Niederstedem, Niederweiler, Obereden, Oberweiler, Oberstedem, Ordorf, Peffingen, Picklieffem, Preist, Rittersdorf, Röhl, Schankweiler, Schleid, Speicher, Wettlingen, Wolfsfeld;

Hillesheim mit Ausnahme der Bezirke Bernsdorf, Betteldorf, Hillesheim, Hohenfels, Leudersdorf, Niederehe, Neroth, Pelm, Rockeskyll, Salm, Uexheim-Hütte, Walsdorf;

Merzig mit Ausnahme der Bezirke Ballern, Beckingen, Brotdorf, Büdingen, Düppenweiler, Fickingen, Hargarten, Hauftadt, Honzrath, Keuchingen, Merzig, Reimsbach, Rimlingen, Rissenthal, Wahlen;

Neuerburg mit Ausnahme der Bezirke Bauler, Bauftert, Biesdorf, Bierendorf, Brimingen, Cruchten, Falkenstein, Freilingen, Gentingen, Halsdorf, Hütterscheid, Keppeshausen, Körperich, Lahr, Leimbach, Mettendorf, Nusbaum, Niedergeckler, Oberraden, Outscheid, Roth, Sinspelt, Uebereisenbach, Wallendorf;

Perl mit Ausnahme der Bezirke Beuren, Esingen, Hellendorf, Nennig, Niederperl, Rohn, Oberlenken, Oberperl, Orscholz, Sehndorf, Sinz, Tünsdorf, Wehingen-Bethingen, Weiten, Wochern;

Prüm mit Ausnahme der Bezirke Bleialf, Buchet, Büdesheim, Duppach, Gondenbrett, Hallschlag, Niederprüm, Oberlascheid, Ormont, Prüm, Neuland, Schlausenbach, Schönecken, Schüller, Sellerich, Seiwerath, Stadtkyll, Steffeln, Weinsfeld, Weinsheim, Wetteldorf, Winterscheid, Winterspelt;

Rhaunen mit Ausnahme der Bezirke Allenbach, Horel, Hausen, Kempfeld, Oberkirn, Odert, Rhaunen, Weberath;

Saarburg mit Ausnahme der Bezirke Ayl, Beurig, Canzem, Faha, Irsch, Kirf, Littdorf-Fisch, Mannebach, Niederlenken, Nittel, Saarburg, Serrig, Tawern, Temmels, Wellen, Wiltingen, Wincheringen, Zerf;

Trier mit Ausnahme der Bezirke Becond, Butzweiler, Conz, Cordel, Corlingen, Ehrang, Euren, Fastran, Fell, Föhren, Gusterath, Gutweiler, Hockweiler, Ittelkyll, Kenn, Kernscheid, Kürenz, Lampaden, Longen, Mehring, Oberbillig, Olewig, Orenhofen, Pallien, Pluwig, Riol, Riveris, Rodt, Ruwer-Maximin, Ruwer Paulin, Schleidweiler, Schweich, Sommerau, St. Mathias, Tarforst, Trier, Welschbillig, Wasserliesch, Zemmer;

Wadern mit Ausnahme der Bezirke Büschfeld-Biel, Gehweiler, Krettnich, Lockweiler, Niederlosheim, Niederlöstern, Noswendel, Nunkirchen, Obermorscholz, Rappweiler-Zwalbach, Scheiden, Steinberg, Wadern, Wadrill, Wedern, Weierweiler;

2. in den Amtsgerichtsbezirken:

Daun die Bezirke Brockscheid, Demerath, Ellscheid, Gefell, Katzwinkel, Kirchweiler, Krabenbach, Mückeln, Nerdlen, Sarler, Schönbach, Steinberg, Steininnen, Strohn, Tettscheid, Trittscheid, Utzerath, Weiersbach;

Hermeskeil die Bezirke Beschcid, Bierfeld, Damflos, Farschweiler, Gusenburg, Heddert, Herl, Hinzert, Höschen, Naurath, Nonnweiler, Pöhlert, Prostrath, Raschcid, Sauscheid, Thomm;

Neumagen die Bezirke Bäsch, Etgert, Immert, Merschbach, Neunkirchen, Talling;

Warweiler die Bezirke Dackscheid, Eilscheid, Euscheid, Greimelscheid, Habscheid, Heilhausen, Herzfeld, Hickeshausen, Houf, Kesfeld, Kinzenburg, Kopscheid, Leidenborn, Lierfeld, Masthorn, Merkeshausen, Merlscheid, Nieder-Uettfeld, Ober-Uettfeld Pintesfeld, Reiff, Sengerich, Staudenhof, Strickscheid;

Wittlich die Bezirke Arrenrath, Bombogen, Gipperath, Greverath, Hasborn, Huperath, Karl, Lüxem, Manderscheid, Schladt, Schwarzenborn, Steinborn, Wallscheid.

XIV. Oberlandesgerichtsbezirk Jena:

sämtliche zu Preußen gehörende Grundbuchbezirke des Bezirkes.

Allgemeine Verfügung vom 18. November 1899 zur Ausführung der Artikel 4, 14 und 36 der Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen vom 13. November 1899.

Zur Ausführung der Artikel 4, 14 und 36 der Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen, vom 13. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 519) bestimme ich folgendes:

1. Für diejenigen Grundbuchbezirke und Anlegungsbezirke, für welche das Grundbuch nicht nach Artikel 3 der Verordnung vom 13. d. M. mit dem Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs als angelegt anzusehen ist, erfolgt die in den Artikeln 4, 14 der Verordnung vorgesehene Bekanntmachung durch das Amtsblatt nach den unter Nr. 2 bis 5 gegebenen Vorschriften.

2. Ist für einen Bezirk die Anlegung des Grundbuchs nach den bisherigen Gesetzen so weit vollendet, daß von den Grundstücken, die ein Grundbuchblatt von Amtswegen erhalten müssen (Artikel 1 der Verordnung), nur einzelne weder ein Grundbuchblatt erhalten haben noch in einen Artikel aufgenommen sind, so hat das Amtsgericht die Bekanntmachung dahin zu erlassen, daß für den Bezirk mit Ausnahme der zu bezeichnenden einzelnen Grundstücke das Grundbuch im Sinne der Reichsgesetze mit dem Beginne des 1. Januar 1900 als angelegt anzusehen ist.

Die Anlegung der noch fehlenden Grundbuchblätter oder Artikel ist, soweit thunlich, noch vor dem Erlasse der Bekanntmachung zu bewirken.

Die in der Bekanntmachung auszunehmenden Grundstücke sind deutlich, in der Regel mit den Kartenblatt-(Flur-) und Parzellennummern und nach der Reihenfolge dieser Nummern zu bezeichnen. Bei Grundstücken, die aus einer größeren Anzahl von Katasterparzellen bestehen, sowie bei ungeteilten oder in der Teilung begriffenen Gemeinheiten genügt die Angabe der Artikelnummer der Grundsteuermutterrolle.

3. Die Bekanntmachung ist für alle in Betracht kommenden Grundbuchbezirke und Anlegungsbezirke, die zu demselben Regierungsbezirke gehören, einheitlich spätestens durch eine am 16. Dezember d. J. zur Ausgabe gelangende Nummer des Amtsblatts zu bewirken.

Das Amtsgericht hat die ordnungsmäßige Ausführung der Bekanntmachung nachzuprüfen.

Die in den bisherigen Gesetzen vorgeschriebene Bekanntmachung der Anlegung des Grundbuchs unterbleibt, wenn sie nicht spätestens durch eine am 16. Dezember d. J. zur Ausgabe gelangende Nummer des Amtsblatts bewirkt werden kann.

4. Nach dem Erlasse der Bekanntmachung hat das Amtsgericht unverzüglich dem Landgerichtspräsidenten ein Verzeichnis der in der Bekanntmachung genannten Bezirke einzureichen, in welchem die die Bekanntmachung enthaltende Nummer des Amtsblatts anzugeben ist.

5. Die im Artikel 14 der Verordnung vom 13. d. M. vorgesehene Bekanntmachung ist, sobald die Anlegung des Grundbuchs für einen Grundbuchbezirk oder einen Anlegungsbezirk im wesentlichen vollendet ist, von dem Grundbuchamte dahin zu erlassen, daß für den Bezirk das Grundbuch mit dem Beginne des elften Tages nach der Ausgabe des Amtsblatts als angelegt anzusehen ist; gegebenenfalls sind die nach Artikel 14 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung ausgenommenen Grundstücke besonders zu bezeichnen. Die Vorschriften unter Nr. 2 Abs. 3 und unter Nr. 3 Abs. 2 finden Anwendung.

Betrifft die Bekanntmachung den letzten Anlegungsbezirk eines Grundbuchbezirkes, so ist dies in der Bekanntmachung anzugeben.

6. Solange nicht für alle zu dem Bezirk eines Grundbuchamts gehörenden Grundbuchbezirke und Anlegungsbezirke das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, hat das Grundbuchamt alljährlich bis zum 15. Dezember dem Landgerichtspräsidenten ein Verzeichnis der Bezirke einzureichen, für die während des Kalenderjahrs die Anlegung des Grundbuchs bekannt gemacht worden ist; in dem Verzeichnis ist die Nummer des Amtsblatts anzugeben, durch welches die Bekanntmachung erfolgt ist.

Eine nachträglich bis zum Schlusse des Jahres bewirkte Bekanntmachung ist dem Landgerichtspräsidenten unverzüglich anzuzeigen.

Allgemeine Verfügung vom 20. November 1899 zur Ausführung der Grundbuchordnung.

Auf Grund des § 1 Abs. 2 und der §§ 93 bis 97 der Grundbuchordnung sowie des Artikels 29 des Ausführungsgesetzes vom 26. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 307) wird folgendes angeordnet:

I. Grundbücher.

§ 1. Für jeden Gemeindebezirk oder selbständigen Gutsbezirk und, wenn ein Gemeindebezirk zum Zwecke der Grundbuchanlegung in mehrere Bezirke geteilt ist, für jeden Anlegungsbezirk wird ein Grundbuch eingerichtet. Das Grundbuch kann aus mehreren Bänden bestehen; die Bände erhalten fortlaufende Nummern.

Inwieweit in das Grundbuch eines Bezirkes bei Bildung gemeinschaftlicher Grundbuchblätter Grundstücke mitaufgenommen werden können, die in anderen Bezirken belegen sind, bestimmt sich nach § 4 der Grundbuchordnung und Artikel 37 der Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen, vom 13. November 1899 (Gesetz-Samml. S. 519).

§ 2. Die Grundbuchblätter erhalten fortlaufende Nummern.

§ 3. Zur Bezeichnung der Grundstücke sind im Grundbuche nach dem Inhalte der Steuerbücher anzugeben:

1. der Name der Gemarkung;
2. die Nummern des Kartenblatts (der Flur) und der Parzelle;
3. die Artikelnummer der Grundsteuermutterrolle, die Nummer der Gebäudesteuerrolle;
4. die Wirtschaftsart (Acker, Wiese, Garten, Wohnhaus, Wohnhaus mit Hofraum und Hausgarten ꝛc.) und die Lage (Straße, Hausnummer oder die sonstige ortsübliche Bezeichnung);
5. die Größe; ist die Größe aus den Steuerbüchern nicht ersichtlich, so ist dies anzugeben;
6. der staatlich ermittelte Grundsteuerreinertrag und Gebäudesteuernutzungswert, in den Hohenzollernschen Landen der Steueranschlag (das Grund- und Gebäudesteuerkapital).

Besteht ein Grundstück aus mehreren Katasterparzellen, so kann die im Abs. 1 Nr. 2 vorgeschriebene Angabe der Kartenblatt- und Parzellennummern unterbleiben, wenn wegen der Zahl der Parzellen das Grundbuch nach dem Ermessen des Grundbuchamts unübersichtlich werden würde und die Parzellen nach Ausweis eines bei den Grundakten befindlichen beglaubigten Auszugs aus der Grundsteuermutterrolle in dieser auf einem oder mehreren Artikeln nachgewiesen sind, die andere Parzellen nicht umfassen. Das Grundbuchamt kann die Katasterbehörde um die Erteilung des Auszugs, erforderlichenfalls auch um die vorherige Eintragung des Grundstücks auf einem oder mehreren besonderen Mutterrollenartikeln von Amtswegen ersuchen.

Statt der im Abs. 1 Nr. 4 vorgeschriebenen Angabe genügt in den Fällen des Abs. 2 die Angabe des Gesamtnamens des Grundstücks (Rittergut x, Bauerhof y ꝛc.).

§ 4. Zur Bezeichnung der Berechtigten sind im Grundbuch anzugeben:

1. bei natürlichen Personen der Name (Vorname, Familienname), der Stand, der Beruf sowie der Wohnort und, soweit diese Angaben nicht thunlich oder nicht ausreichend sind, andere die Berechtigten deutlich kennzeichnende Merkmale;
2. bei Handelsgesellschaften, bei eingetragenen Genossenschaften und juristischen Personen anderer Art die Firma oder der Name und der Sitz.

Bei Eintragungen für den Fiskus, eine Gemeinde oder eine sonstige juristische Person des öffentlichen Rechtes kann auf Antrag des Berechtigten derjenige Teil seines Vermögens, zu welchem das eingetragene Grundstück oder Recht gehört, oder die Zweckbestimmung des Grundstücks oder des Rechtes durch einen dem Namen des Berechtigten in Klammern beizufügenden Zusatz bezeichnet werden.

Eine nach Maßgabe des Gesetzes, betreffend die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten, vom 2. April 1887 mit einer Vertretung ausgestattete Gesamtheit der Beteiligten kann als Berechtigte eingetragen werden, ohne daß es der Bezeichnung der einzelnen Beteiligten bedarf.

§ 5. Die Grundbuchblätter werden nach dem in Anlage A[1]) enthaltenen, mit Probeeintragungen versehenen Formular eingerichtet.

Jedes Blatt besteht aus der Aufschrift, dem Bestandsverzeichnis und drei Abteilungen.

§ 6. In der Aufschrift sind das Amtsgericht, der Bezirk (§ 1 Abs. 1), der Kreis, zu dem der Bezirk gehört, sowie die Nummern des Bandes und des Blattes anzugeben.

Gehört der Bezirk zu einem Stadtkreise, so ist die Angabe des Kreises nicht erforderlich.

§ 7. Das Bestandsverzeichnis zerfällt in das Verzeichnis der Grundstücke und das Verzeichnis der mit dem Eigentume verbundenen Rechte.

§ 8. In dem Verzeichnisse der Grundstücke ist die Spalte 1 für die Angabe der laufenden Nummer des Grundstücks bestimmt. Eine aus mehreren Katasterparzellen bestehendes Grundstück ist unter einer Nummer aufzuführen.

Die Spalten 3 bis 10 dienen zur Aufnahme der im § 3 vorgeschriebenen Angaben. Im Falle des Abs. 1 Satz 2 ist nur die Gesamtgröße sowie der Gesamtbetrag des Grundsteuerreinertrags und des Gebäudesteuernutzungswerts anzugeben.

In Spalte 12 sind einzutragen:

1. der Vermerk über die Eintragung des ursprünglichen Bestandes des Blattes (Zeit der Eintragung, Nummer des bisherigen Blattes ꝛc.);
2. die Uebertragung eines Grundstücks auf das Blatt; soll das Grundstück mit einem auf dem Blatte bereits eingetragenen Grundstücke vereinigt oder einem solchen Grundstück als Bestandteil zugeschrieben werden (B.G.B. § 890, G.B.O. § 5), so ist auch dies anzugeben;
3. die Vereinigung mehrerer auf dem Blatte eingetragenen Grundstücke zu einem Grundstücke sowie die Zuschreibung eines solchen Grundstücks zu einem anderen als Bestandteil;
4. die Vermerke, durch welche bisherige Grundstücksteile als selbständige Grundstücke eingetragen werden, insbesondere im Falle des § 6 Satz 1 der Grundbuchordnung, sofern in diesem Falle nicht der Teil auf ein anderes Blatt übertragen wird;
5. die Vermerke über Berichtigungen der Bestandsangaben.

In den Fällen der Vereinigung und der Zuschreibung (Abs. 3 Nr. 2, 3) sind die sich auf die beteiligten Grundstücke beziehenden Eintragungen in den Spalten 1 bis 10 rot zu unterstreichen. Das durch die Vereinigung oder Zuschreibung entstehende Grundstück ist unter einer neuen laufenden Nummer einzutragen; neben dieser Nummer ist in Spalte 2 auf die bisherigen laufenden Nummern der beteiligten Grundstücke zu verweisen (vergl. die Probeeintragung in Spalte 2 des Verzeichnisses der Grundstücke zu Nr. 3, 8 der Spalte 1).[1])

In den Fällen des Absatz 3 Nr. 4 sind die Grundstücksteile unter neuen laufenden Nummern einzutragen; neben diesen Nummern ist in Spalte 2 auf die bisherige laufende Nummer des Grundstücks zu verweisen. Die sich auf das Grundstück beziehenden bisherigen Eintragungen sind in den Spalten 1 bis 10 rot zu unterstreichen.

Die Spalte 14 ist bestimmt:

1. für die nicht unter Abs. 3 Nr. 4 fallenden Abschreibungen;
2. für die Eintragung des Ausscheidens eines Grundstücks oder eines Grundstücksteils aus dem Grundbuche (G.B.O. § 90 Abs. 2).

Wird ein Grundstück ganz abgeschrieben, so sind die sich auf das Grundstück beziehenden bisherigen Eintragungen in den Spalten 1 bis 12 sowie die ausschließlich das abgeschriebene Grundstück betreffenden Vermerke in den drei Abteilungen rot zu unterstreichen. Wird ein Grundstücksteil abgeschrieben, so finden die Vorschriften

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

des Abs. 5 entsprechende Anwendung. Ist im letzteren Falle das Grundstück nach Maßgabe des § 3 Abs. 2 bezeichnet, so ist auch in dem Auszug aus der Mutterrolle die Abschreibung zu vermerken; eine ganz oder teilweise abgeschriebene Parzelle ist rot zu unterstreichen, eine bei dem Grundstücke verbleibende Restparzelle ist am Schlusse neu einzutragen. Diese Vorschriften gelten auch für die Fälle des Abs. 6 Nr. 2.

Bei Eintragungen in den Spalten 12, 14 ist in den Spalten 11, 13 auf die laufende Nummer des von der Eintragung betroffenen Grundstücks zu verweisen.

---

§ 9. Der zweite Abschnitt des Bestandsverzeichnisses ist für die Vermerke über Rechte, die dem jeweiligen Eigentümer eines auf dem Blatte verzeichneten Grundstücks zustehen, sowie über die Aenderung oder die Aufhebung eines solchen Rechtes (G.B.O. § 8, Ausf.-Ges. z. G.B.O. Artikel 12 Abs. 2 Nr. 2) bestimmt. Im Falle der Löschung sind in den Spalten 1 bis 4 die sich auf das gelöschte Recht beziehenden Eintragungen rot zu unterstreichen.

---

§ 10. In die erste Abteilung sind einzutragen:

1. in Spalte 1 der Eigentümer, bei Miteigentümern auch die im § 48 der Grundbuchordnung vorgeschriebene Angabe;
2. in Spalte 2 die laufende Nummer der Grundstücke, auf die sich die in Spalte 3 enthaltenen Eintragungen beziehen;
3. in Spalte 3 der Tag der Auflassung oder die anderweitige Grundlage der Eintragung (Erbschein, Testament, Zuschlagsbeschluß, Bewilligung der Berichtigung des Grundbuchs, Ersuchen der Auseinandersetzungsbehörde um die Berichtigung, Enteignungsbeschluß ꝛc.), der Verzicht auf das Eigentum an einem Grundstücke (B.G.B. § 928 Abs. 1) und der Tag der Eintragung;
4. in Spalte 4 auf Antrag des Eigentümers der Erwerbspreis, der durch eine öffentliche Taxe festgestellte Schätzungswert und bei Gebäuden die Feuerversicherungssumme unter Hinweis auf die laufende Nummer des Grundstücks und mit Angabe des für den Preis, die Schätzung oder die Versicherung maßgebenden Zeitpunkts.

Bei der Eintragung eines neuen Eigentümers sind die sich auf den bisher eingetragenen Eigentümer beziehenden Vermerke in den Spalten 1 bis 3 rot zu unterstreichen.

---

§ 11. In der zweiten Abteilung dienen die Spalten 1 bis 3 zur Eintragung:

1. der das Grundstück belastenden Rechte mit Ausnahme von Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden, insbesondere auch der im § 1010 Abs. 1 und im § 2044 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bezeichneten Belastungen des Anteils eines Miteigentümers oder Miterben;
2. der Beschränkungen des Verfügungsrechts des Eigentümers, insbesondere durch die Fideikommißeigenschaft des Grundstücks (Ausf.-Ges. z. G.B.O. Artikel 15 Abs. 1 Satz 2), durch das Recht eines Nacherben (G.B.O. § 52) oder die Ernennung eines Testamentsvollstreckers (G.B.O. § 53), durch die Anordnung der Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung des Grundstücks (Gesetz über die Zwangsversteigerung ꝛc. § 19 Abs. 1, § 146 Abs. 1), durch ein vom Konkursgericht erlassenes Veräußerungsverbot oder durch die Eröffnung des Konkursverfahrens über das Vermögen des Eigentümers (K.O. § 113), durch die Vermerke oder Vormerkungen nach § 59 der Verordnung wegen des Geschäftsbetriebs in den Angelegenheiten der Gemeinheitsteilungen ꝛc. vom 30. Juni 1834, nach § 12 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, vom 7. Juli 1891 und nach § 23 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896 sowie durch die Zugehörigkeit zu einer Bahneinheit (Gesetz, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen ꝛc., vom 19. August 1895 § 15 Abs. 1);
3. der Vormerkung über ein eingeleitetes Enteignungsverfahren (Enteignungsgesetz vom 11. Juli 1874 § 24 Abs. 4);

4. der vertragsmäßigen Feststellung der Höhe einer für einen Ueberbau oder einen Notweg zu entrichtenden Rente sowie des Verzichts auf die Rente (B.G.B. § 914 Abs. 2, § 917 Abs. 2).

In die Spalten 4, 5 sind die Veränderungen der in den Spalten 1 bis 3 vermerkten Rechte und Beschränkungen einzutragen. Hierher gehören insbesondere die Aenderung des Rangverhältnisses (B.G.B. § 880), die nachträgliche Anlegung eines besonderen Grundbuchblatts für ein Erbbaurecht (G.B.O. § 7 Abs. 2), die Mitbelastung eines anderen Grundstücks in den Fällen des § 49 Abs. 1 Satz 2 der Grundbuchordnung sowie die Beschränkung des Berechtigten in der Verfügung über ein in den Spalten 1 bis 3 eingetragenes Recht (B.G.B. § 892), auch wenn die Beschränkung nicht erst nachträglich eintritt.

Die Löschung einer Veränderung erfolgt in Spalte 6, die Löschung der in den Spalten 1 bis 3 eingetragenen Rechte oder Beschränkungen in den Spalten 7, 8.

---

§ 12. In der dritten Abteilung dienen die Spalten 1 bis 4 zur Eintragung der Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden.

In die Spalten 5 bis 7 sind die Veränderungen eines solchen Rechts einzutragen. Hierher gehören insbesondere die Aenderung des Rangverhältnisses (B.G.B. § 880), die Beschränkung des Berechtigten in der Verfügung über das Recht (B.G.B. § 892), auch wenn die Beschränkung nicht erst nachträglich eintritt, die nachträgliche Ausschließung der Erteilung eines Briefes oder die Aufhebung der Ausschließung (B.G.B. § 1116 Abs. 2, 3), eine Aenderung in Ansehung der Verzinsung, der Zahlungszeit oder des Zahlungsorts (B.G.B. § 1119), die Uebertragung, Pfändung oder Verpfändung des Rechtes (B.G.B. § 1154 Abs. 2, 3, §§ 1192, 1199; C.P.O. §§ 830, 837), der Verzicht des Berechtigten (B.G.B. § 1168), die Aenderung der Forderung, für welche die Hypothek besteht (B.G.B. § 1180), die Umwandlung einer Hypothek, Grundschuld oder Rentenschuld (B.G.B. §§ 1177, 1186, 1198, 1203), die Mitbelastung eines anderen Grundstücks in den Fällen des § 49 Abs. 1 Satz 2 der Grundbuchordnung, sowie die Erteilung eines neuen Briefes (G.B.O. § 68 Absatz 3).

Die Löschung einer Veränderung erfolgt in Spalte 8, die Löschung der Rechte in den Spalten 9 bis 11.

---

§ 13. Die in Spalte 3 der zweiten und in den Spalten 3, 4 der dritten Abteilung erfolgenden Eintragungen erhalten in jeder Abteilung fortlaufende Nummern. Bei der Eintragung ist das von ihr betroffene Grundstück in Spalte 2 mit der laufenden Nummer, die es im Bestandsverzeichnisse führt, zu bezeichnen.

Bei Vermerken über Veränderungen und bei Löschungen ist auf die laufende Nummer der Eintragung zu verweisen.

Wird eine Eintragung ganz gelöscht, so ist sie rot zu unterstreichen.

Wird eine Hypothek, eine Grundschuld oder eine Rentenschuld teilweise gelöscht, so ist in Spalte 3 der gelöschte Teil von dem Betrage abzuschreiben.

---

§ 14. Die Eintragung einer Vormerkung erfolgt:

1. wenn die Vormerkung den Anspruch auf Uebertragung des Eigentums betrifft, in den Spalten 1 bis 3 der zweiten Abteilung;
2. wenn die Vormerkung den Anspruch auf Einräumung eines anderen Rechtes an dem Grundstücke betrifft, in der für die Eintragung des Rechtes bestimmten Abteilung und Spalte;
3. in den übrigen Fällen in der für Veränderungen bestimmten Spalte der Abteilung, in welcher das von der Vormerkung betroffene Recht eingetragen ist.

In den Fällen des Abs. 1 Nr. 2, 3 ist bei der Eintragung der Vormerkung die rechte Hälfte der Spalte für die endgültige Eintragung frei zu lassen.

Soweit die Eintragung der Vormerkung durch die endgültige Eintragung ihre Bedeutung verliert, ist sie rot zu unterstreichen.

Diese Vorschriften finden auf die Eintragung eines Widerspruchs entsprechende Anwendung.

---

§ 15. Sind für eine Eintragung mehrere Spalten desselben Abschnitts oder derselben Abteilung bestimmt, so gelten die sämtlichen Vermerke im Sinne des § 45

der Grundbuchordnung nur als eine Eintragung.

§ 16. Die Eintragungen sind deutlich und ohne Abkürzungen zu schreiben; in dem Grundbuche darf nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden.

Bei Reallasten, insbesondere Rentenbankrenten, sowie bei Hypotheken, Grundschulden und Rentenschulden sind die in das Grundbuch einzutragenden Geldbeträge (B.G.B. § 1107, § 1115 Abs. 1, § 1190 Abs. 1, §§ 1192, 1199) in den Vermerken über die Eintragung des Rechtes mit Buchstaben zu schreiben. Das Gleiche gilt für die Eintragung einer Veränderung oder einer Löschung bezüglich eines Teilbetrages eines Rechtes sowie im Falle des § 882 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die Eintragung des Höchstbetrags des Wertersatzes.

§ 17. Sind alle auf einem Blatte eingetragenen Grundstücke abgeschrieben oder aus dem Grundbuch ausgeschieden, so ist das Blatt zu schließen.

§ 18. Geht die Zuständigkeit für die Führung eines Grundbuchblatts auf ein anderes Grundbuchamt über, so ist das bisherige Blatt zu schließen; dem anderen Grundbuchamte sind die Grundakten zu übersenden, nachdem die wörtliche Uebereinstimmung der Tabelle (§ 34 Abs. 2) mit dem Grundbuchblatte von dem Richter und dem Gerichtsschreiber bescheinigt ist.

In der Aufschrift des neuen Blattes ist auf das bisherige Blatt zu verweisen. Gelöschte Eintragungen werden in das neue Blatt insoweit übernommen, als dies zum Verständnisse der noch gültigen Eintragungen erforderlich erscheint; im übrigen sind aus der zweiten und der dritten Abteilung nur die Nummern der Eintragungen mit dem Vermerke „Gelöscht" zu übernehmen. Die Uebereinstimmung des Inhalts des neuen Blattes mit dem Inhalte des bisherigen Blattes ist in jedem Abschnitt und jeder Abteilung von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu bescheinigen.

Sind in dem neuen Blatte die Spalten eines Abschnitts oder einer Abteilung nicht gleich weit ausgefüllt, so sind die leer gebliebenen Stellen zu durchkreuzen.

§ 19. Die Schließung eines Grundbuchblatts erfolgt durch Eintragung des Schließungsvermerks in der Aufschrift sowie am Schlusse der Eintragungen in den beiden Abschnitten des Bestandsverzeichnisses und den drei Abteilungen; die Vorschrift des § 18 Abs. 3 findet entsprechende Anwendung.

In dem auf die Aufschrift zu setzenden Vermerk ist der Grund der Schließung anzugeben.

§ 20. Ist ein Grundbuchblatt unübersichtlich geworden, so kann es auf Antrag des Eigentümers oder von Amtswegen umgeschrieben werden. Die Vorschriften des § 18 Abs. 2, 3 und des § 19 finden entsprechende Anwendung.

§ 21. Das in Anlage A[1]) enthaltene Formular tritt auch für die Eintragung von Anerbengütern im Sinne des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896 (Gesetz-Samml. S. 124) an die Stelle des im § 3 Satz 1 daselbst vorgeschriebenen Formulars I der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872. Jedoch bewendet es dabei, daß jedes Anerbengut ein besonderes Grundbuchblatt erhält (Ges. vom 8. Juni 1896 § 3 Satz 3; G.B.O. § 82 Abs. 2; Einf.-Ges. z. B.G.B. Artikel 4).

In Spalte 7 des Verzeichnisses der Grundstücke ist einzutragen: Anerbengut Nr. x (Angabe der Hausnummer in der Gemeinde). Die Anerbengutseigenschaft wird in der zweiten Abteilung eingetragen.

§ 22. Die Vorschriften der §§ 1 bis 20 finden auf Bergwerke, selbständige Kohlenabbau-Gerechtigkeiten und andere Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, entsprechende Anwendung, soweit nicht in den §§ 23 bis 26 ein anderes bestimmt ist.

§ 23. Für die im Bezirk eines Grundbuchamts belegenen Bergwerke ist ein besonderes Grundbuch einzurichten.

[1]) Nicht mit abgedruckt.

§ 24. Bei Bergwerken und selbständigen Kohlenabbau-Gerechtigkeiten ist in die Aufschrift eine Beschreibung aufzunehmen, die den wesentlichen Inhalt der Verleihungsurkunde oder des sonstigen Berechtigungstitels angiebt.

Für die dem Bergwerk oder der Kohlenabbau-Gerechtigkeit zugeschriebenen Grundstücke gelten die Vorschriften des § 3. Die Vorschriften des § 8 Abs. 4 finden auf diese Grundstücke keine Anwendung.

---

§ 25. Für Bergwerke mit unbeweglichen Anteilen der Gewerken (Kuxen) behält es bei dem im § 6 Abs. 3 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 vorgeschriebenen Formulare (bisher Formular III) mit folgenden Maßgaben sein Bewenden.:

1. Der Unterabschnitt II des Titels ist für die dem Bergwerk als Bestandteil zugeschriebenen Grundstücke bestimmt; die Vorschriften des § 24 Abs. 2 finden Anwendung.
2. Die Vermerke über die mit dem Bergwerkseigentume verbundenen Rechte (G.B.O. § 8; Ausf.-Ges. z. G.B.O. Artikel 22) sind in einen hinter dem Unterabschnitte II des Titels einzuschiebenden neuen Unterabschnitt III aufzunehmen; der bisherige Unterabschnitt III erhält die Ziffer IV.
3. Die dritte Abteilung ist auch für die Eintragung von Rentenschulden bestimmt.

In der ersten Abteilung ist die Anzahl der Kuxe, die den einzelnen Gewerken gehören, anzugeben.

---

§ 26. Für die Hütten in der Grafschaft Sayn-Altenkirchen verbleibt es bei dem Formular, welches für sie durch das Gesetz über das Grundbuchwesen in dem Bezirke des Justizsenats zu Ehrenbreitstein vom 30. Mai 1873 (Gesetz-Samml. S. 296 ff.) vorgeschrieben ist; die Vorschriften des § 25 Abs. 1 finden Anwendung.

---

§ 27. Die bisher geführten Bücher, die nach den Artikeln 3, 4 der Verordnung, betreffend das Grundbuchwesen, vom 13. November 1899 als Grundbücher im Sinne der Reichsgesetze gelten, werden fortgeführt.

Sind die Bücher noch nicht eingebunden, so sind neu anzulegende Grundbuchblätter nach den neuen Vorschriften einzurichten. Das Gleiche gilt für die Grundbuchblätter in neu anzulegenden Bänden.

Auf die Fortführung der bisherigen Bücher finden die Vorschriften der §§ 1 bis 4, 6, 8 bis 19, 22 bis 26 mit den im § 28 bestimmten Maßgaben entsprechende Anwendung.

---

§ 28. Soweit die bisherigen Bücher für besondere Grundsteuer-Erhebungsbezirke angelegt sind, behält es bis zur Auflösung der Bezirke bei dieser Einrichtung sein Bewenden.

Sind die Grundstücke bisher nicht nach Maßgabe der Vorschriften des § 3 Abs. 1 Nr. 1 bis 3, Abs. 2 bezeichnet, so ist diese Bezeichnung allmählich von Amtswegen zu bewirken. Der Angabe der Gemarkung bedarf es nicht, wenn diese denselben Namen hat wie der Bezirk, für den das Grundbuch eingerichtet ist.

Die Eintragungen erhalten an der in den bisherigen Formularen dafür geeigneten Stelle ihren Platz.

Die im § 8 Abs. 3 bezeichneten Eintragungen erfolgen bei dem bisherigen Formular I auf dem Titel, bei dem bisherigen Formular II in Spalte 8 der ersten Abteilung.

Die Eintragung der im § 9 bezeichneten Vermerke erfolgt bei Formular I auf dem Titel, bei Formular II in der ersten Abteilung, unter Verweisung auf die laufende Nummer des Grundstücks, dessen jeweiligem Eigentümer das Recht zusteht.

Die im § 10 Abs. 1 Nr. 1 bezeichnete Eintragung erfolgt bei Formular II auf dem Titel.

Reicht in den bisherigen Formularen der Raum für die in das Bestandsverzeichnis des neuen Formulars aufzunehmenden Vermerke nicht aus, so sind an der geeigneten Stelle des bisherigen Formulars Einlagebogen mit dem Grundbuche fest zu verbinden, die der Einrichtung des Bestandsverzeichnisses im neuen Formular entsprechen; auf dem Einlagebogen ist die Stelle des bisherigen Formulars, zu welcher der Bogen gehört, sowie die Zeit der Einfügung anzugeben. Diese Vorschriften finden keine Anwendung, wenn das Grundbuchblatt durch die Einfügung des Einlagebogens unübersichtlich werden würde;

in diesem Falle ist nach Maßgabe des § 20 zu verfahren.

Die Aufsichtsbehörden können zum Zwecke der Anpassung der bisherigen Bücher an das neue Formular weitere Anordnungen treffen.

---

§ 29. Für das Verfahren behufs Erhaltung der Uebereinstimmung zwischen den Grundbüchern und den Steuerbüchern bleiben, unbeschadet der Vorschriften des § 3 Abs. 2, die bisherigen Bestimmungen maßgebend.

§ 30. Ein Teil eines Grundstücks soll von diesem nur abgeschrieben werden, wenn ein beglaubigter Auszug aus dem Steuerbuche sowie eine von dem Fortschreibungsbeamten beglaubigte Karte vorgelegt wird, aus denen die Größe und die Lage des Teiles ersichtlich sind; der Teil muß im Steuerbuch unter einer besonderen Nummer verzeichnet sein, es sei denn, daß nach dem Ermessen der Grundsteuerbehörde die deutliche Darstellung der Nummer in der Karte unausführbar ist. Der Vorlegung einer Karte bedarf es nicht, wenn bei der Abschreibung eine Aenderung der Karte nicht eintritt.

Die Vorschriften des Abs. 1 über die Vorlegung einer Karte finden entsprechende Anwendung, wenn ein Grundstücksteil ohne Abschreibung mit einer Dienstbarkeit oder Reallast belastet werden soll (G.B.O. § 6 Satz 2).

Für die Erteilung des Auszugs und der Karte gelten die für den Fall des § 58 der Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872 erlassenen Anweisungen.

Der Vorlegung des Auszugs und der Karte bedarf es nicht zu Abschreibungen, die auf Ersuchen eines Auseinandersetzungsbehörde auf Grund eines von ihr bestätigten Rezesses oder auf Ersuchen der zuständigen Behörde auf Grund eines Enteignungsbeschlusses erfolgen sollen.

---

§ 31. Die Eintragung eines Eigentümers ist außer den im § 55 der Grundbuchordnung bezeichneten Beteiligten der Grundsteuerbehörde bekannt zu machen.

Die bestehenden Vorschriften, nach welchen andere Behörden von Eintragungen in das Grundbuch zu benachrichtigen sind, bleiben unberührt.

---

§ 32. Die Einsicht des Grundbuchs ist öffentlichen Behörden und den von ihnen beauftragten Beamten gestattet, ohne daß es der Darlegung eines berechtigten Interesses bedarf.

Notare, die das Grundbuch im Auftrage des Eigentümers oder eines sonst zur Einsicht Berechtigten einsehen wollen, brauchen den Auftrag nicht nachzuweisen.

Soweit nach Abs. 1, 2 die Einsicht des Grundbuchs gestattet ist, kann eine Abschrift gefordert werden; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.

---

§ 33. Soll eine beglaubigte Abschrift nur von einem Teile des Grundbuchblatts erteilt werden, so sind in der Abschrift diejenigen Eintragungen aufzunehmen, welche den Gegenstand betreffen, auf den sich die Abschrift beziehen soll. In dem Beglaubigungsvermerk ist der Gegenstand anzugeben und zu bezeugen, daß weitere den Gegenstand betreffende Eintragungen in dem Grundbuche nicht enthalten sind.

II. Grundakten.

§ 34. Für jedes Grundbuchblatt werden besondere Grundakten gehalten.

Bei den Grundakten ist eine Tabelle zu halten, die mit dem Blatte wörtlich übereinstimmen muß. Die Sorge für die Uebereinstimmung liegt dem Richter und dem Gerichtsschreiber ob.

---

§ 35. Die Urkunden und Abschriften, die nach § 9 der Grundbuchordnung von dem Grundbuchamt aufzubewahren sind, werden zu den Grundakten genommen.

Ist eine Urkunde, auf die eine Eintragung sich gründet oder Bezug nimmt, in anderen der Vernichtung nicht unterliegenden Akten des das Grundbuch führenden Amtsgerichts enthalten, so genügt statt der Aufbewahrung einer beglaubigten Abschrift der Urkunde eine Verweisung auf die anderen Akten.

---

§ 36. Die Einsicht von Grundakten ist, auch soweit es sich nicht um die im § 11 Abs. 1 Satz 2 der Grundbuchordnung bezeichneten Urkunden handelt, jedem gestattet, der ein berechtigtes In-

teresse darlegt. Die Vorschriften des § 32 Abs. 1, 2 finden auf die Einsicht der Grundakten entsprechende Anwendung.

Soweit die Einsicht gestattet ist, kann eine Abschrift gefordert werden; die Abschrift ist auf Verlangen zu beglaubigen.

III. Hypotheken-, Grundschuld-, Rentenschuldbrief.

§ 37. Der im § 57 der Grundbuchordnung bezeichnete Auszug aus dem Grundbuche soll außer den dort vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. die Größe, den Grundsteuerreinertrag, den Gebäudesteuernutzungswert des Grundstücks;
2. die letzten im Grundbuche vermerkten Erwerbspreise, falls der Erwerb nicht zehn Jahre zurückliegt, sowie die etwa eingetragenen Schätzungs- oder Versicherungssummen mit Angabe des Jahres.

---

§ 38. Die Hypothekenbriefe sind am Kopfe mit dem Königlich Preußischen Adler und einer Ueberschrift zu versehen, welche die Bezeichnung „Preußischer Hypothekenbrief" und die Angabe der Hypothek enthält, über die der Brief erteilt wird; die Hypothek ist nach dem Grundbuche, den Nummern des Bandes und des Blattes, der Eintragungsnummer und dem Geldbetrage zu bezeichnen.

In den Brief sind in nachstehender Reihenfolge aufzunehmen:

1. der Inhalt der die Hypothek betreffenden Eintragungen nach Maßgabe des § 57 Abs. 2 Nr. 3 und des § 58 Abs. 2 der Grundbuchordnung;
2. die Bezeichnung des belasteten Grundstücks oder der belasteten Grundstücke nach dem Inhalte des Grundbuchs, mit Einschluß der im § 37 vorgeschriebenen Angaben;
3. die Bezeichnung des Eigentümers;
4. die kurze Bezeichnung der Eintragungen, welche der Hypothek im Range vorgehen oder gleichstehen, unter Angabe des Zinssatzes, wenn dieser fünf vom Hundert übersteigt.

Der Hypothekenbrief über eine Gesamthypothek (G.B.O. § 59 Abs. 1) sowie die nachträglich auf ihn gesetzten Vermerke sind nur von einem Richter und von einem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Die Vorschriften der Abs. 1 bis 3 finden auf Grundschuldbriefe und Rentenschuldbriefe entsprechende Anwendung. In der Ueberschrift eines Rentenschuldbriefs ist nur der Betrag der einzelnen Jahresleistung, nicht der Betrag der Ablösungssumme anzugeben.

---

§ 39. In den Fällen des § 13 Abs. 4 ist auf dem Briefe der Betrag, für welchen das Recht noch besteht, neben der in der Ueberschrift enthaltenen Angabe des Rechtes durch den Vermerk ersichtlich zu machen:

Noch gültig auf (Angabe des Betrags).

In gleicher Weise ist bei der Herstellung eines Teilhypotheken-, Teilgrundschuld- oder Teilrentenschuldbriefs auf dem bisherigen Briefe der Betrag ersichtlich zu machen, auf den sich der Brief noch bezieht.

---

§ 40. Für die Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldbriefe dienen die Anlagen B und G[1]) als Muster.

---

§ 41. Die im § 58 Abs. 1 und im § 59 Abs. 2 der Grundbuchordnung vorgeschriebene Verbindung von Urkunden erfolgt durch Schnur und Siegel.

---

§ 42. In den Fällen des § 69 der Grundbuchordnung ist der Brief in der Weise unbrauchbar zu machen, daß, nachdem die bei dem Rechte bewirkte Eintragung auf dem Briefe bemerkt ist (G.B.O. § 62), der Vermerk über die erste Eintragung des Rechtes durchstrichen und der Brief mit Einschnitten versehen wird.

Der Brief ist nach Befolgung der Vorschrift des § 69 Satz 2 der Grundbuchordnung zurückzugeben, sofern nicht aus besonderen Gründen die Zurückbehaltung des Briefes bei den Grundakten angemessen erscheint.

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

IV. Schlußbestimmungen.

§ 43. Die Eintragung der Anerbengutseigenschaft bei Anerbengütern im Sinne des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht in der Provinz Westfalen und in den Kreisen Rees, Essen (Land), Essen (Stadt), Duisburg, Ruhrort und Mülheim a. d. Ruhr, vom 2. Juli 1898 (Gesetz-Samml. S. 139) bleibt der Regelung durch besondere Anweisung vorbehalten.

---

§ 44. Die besonderen Bestimmungen über die Einrichtung der Grundbuchbücher für die Hauberge im Kreise Altenkirchen (Haubergordnung vom 9. April 1890, Gesetz-Samml. S. 55, § 8 Abs. 2) sowie für die Jahnschaften und Konsortenstücke im Kreise Olpe (Gesetz, betreffend die Regelung der Forstverhältnisse für das ehemalige Justizamt Olpe ꝛc., vom 3. Aug. 1897, Gesetz-Samml. S. 285, § 18 Abs. 2, § 24 Abs. 1) bleiben unberührt.

---

§ 45. Bei der Einrichtung der Bahngrundbücher und -grundakten behält es bei den Vorschriften der §§ 10, 11 des Gesetzes, betreffend das Pfandrecht an Privateisenbahnen und Kleinbahnen und die Zwangsvollstreckung in dieselben, vom 19. August 1895 (Gesetz-Samml. S. 499) und der Allgemeinen Verfügung vom 19. September 1895 (Just.-Minist.-Bl. S. 286) sein Bewenden.

Allgemeine Verfügung vom 8. Dezember 1899,

betreffend die Geschäftsführung der Verwalter, welche bei der Zwangsverwaltung bestellt werden, und die den Verwaltern zu gewährende Vergütung.

Auf Grund des § 14 des Einführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 24. März 1897 (Reichs-Gesetzbl. S. 135) werden für die Geschäftsführung der Verwalter, welche bei der Zwangsverwaltung bestellt werden, und für die den Verwaltern zu gewährende Vergütung folgende allgemeine Anordnungen getroffen:

§ 1. Der von dem Gerichte bestellte Verwalter erhält zu seiner Legitimation eine Ausfertigung des Beschlusses, durch welchen die Zwangsverwaltung angeordnet und seine Bestellung erfolgt ist.

---

§ 2. Bei der Uebergabe eines zu verwaltenden Grundstücks an den Verwalter ist von dem mit der Uebergabe beauftragten Beamten unter Mitwirkung des Verwalters sowie unter Zuziehung des Schuldners, wenn dieser anwesend ist, und wenn angängig auch des Gläubigers eine Verhandlung aufzunehmen, in welchem thunlichst genau festzustellen sind:

a) die Beschaffenheit, die bisherige Art der Benutzung und der gegenwärtige Zustand des Grundstücks, die darauf befindlichen Gebäude unter Angabe ihrer Bestimmung und ihres baulichen Zustandes sowie die mit dem Boden zusammenhängenden Erzeugnisse unter Angabe etwaiger Pfändungen;

b) diejenigen Gegenstände, auf welche sich die Beschlagnahme des Grundstücks erstreckt, insbesondere die von dem Grundstücke getrennten Erzeugnisse und sonstigen Bestandteile sowie das Zubehör des Grundstücks, die Miet- und Pachtzinsforderungen einschließlich der Rückstände unter Angabe der Vertragsverhältnisse sowie etwaiger Pfändungen und Verfügungen über die Forderungen, die mit dem Eigentum an dem Grundstücke verbundenen Rechte auf wiederkehrende Leistungen und die Forderungen aus der Versicherung von Gegenständen, die der Beschlagnahme unterliegen, unter Bezeichnung der Versicherungsverträge (Policen) und der zu zahlenden Prämien;

c) die öffentlichen Lasten des Grundstücks unter Angabe der laufenden Beträge, welche von dem Verwalter aus den Nutzungen des Grundstücks ohne weiteres Verfahren zu berichtigen sind;

d) die voraussichtlichen Ausgaben der Verwaltung, insbesondere die Ansprüche des Gesindes, der Wirtschafts- und Forstbeamten auf Lohn, Kostgeld und andere Bezüge seit dem Beginne der Verwaltung;

e) die zu erwartenden Einnahmen und die Höhe des für die Verwaltung erforderlichen Kostenvorschusses;

f) alle sonstigen für die Verwaltung wesentlichen Verhältnisse.

Soweit die in dem vorstehenden Absatze bezeichneten Verhältnisse nicht schon bei

der Uebergabe festgestellt werden können, hat der Verwalter darüber dem Gericht unverzüglich zu berichten. Das Gleiche gilt, wenn der Verwalter ermächtigt wird, sich selbst den Besitz des Grundstücks zu verschaffen.

Erstreckt sich die Beschlagnahme auf Forderungen, so ist sie bei der Uebergabe oder der Besitzergreifung von dem Verwalter den anwesenden Drittschuldnern bekannt zu machen. Den abwesenden Drittschuldnern hat der Verwalter die Beschlagnahme sofort mittelst eingeschriebenen Briefes mitzuteilen. Die getroffenen Maßregeln sind in der Uebergabeverhandlung oder in dem Berichte des Verwalters zu vermerken. Außerdem kann der Verwalter den Erlaß von Zahlungsverboten an die Drittschuldner bei dem Gerichte beantragen.

---

§ 3. Wohnt der Schuldner zur Zeit der Beschlagnahme auf dem Grundstücke, so hat der Verwalter bei der Besitzergreifung vorbehaltlich der Entscheidung des Gerichts dem Schuldner die für seinen Hausstand unentbehrlichen Räume zu belassen, auch wenn sie für die Verwaltung erforderlich sind. Die dem Schuldner belassenen Räume sind in der Uebergabeverhandlung oder in dem Berichte des Verwalters aufzuführen; mit etwaigen weitergehenden Anträgen ist der Schuldner an das Gericht zu verweisen.

Gefährdet der Schuldner oder ein Mitglied seines Hausstandes das Grundstück oder die Verwaltung, so hat der Verwalter hiervon dem Gericht unverzüglich Anzeige zu machen und die erforderlichen Anträge zu stellen.

---

§ 4. Der Verwalter hat die Verwaltung nach der ihm von dem Gericht erteilten Anweisung zu führen. Weisungen des Gläubigers oder des Schuldners oder gemeinschaftliche Weisungen beider sind für ihn nicht bindend.

Legt das Gericht dem Verwalter die Leistung einer Sicherheit auf, so ist diese, wenn nicht das Gericht eine andere Art der Sicherheitsleistung zuläßt, durch Hinterlegung von Geld oder Wertpapieren oder durch Verpfändung von Forderungen, die in das Reichsschuldbuch oder in das Staatsschuldbuch eines Bundesstaats eingetragen sind, zu leisten. Mit Wertpapieren und mit Buchforderungen gegen das Reich oder gegen einen Bundesstaat kann die Sicherheit vorbehaltlich anderweitiger Bestimmung des Gerichts nur nach Maßgabe der §§ 234, 236 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geleistet werden.

---

§ 5. Bei den von dem Justizminister bestimmten größeren Amtsgerichten wird ein Gerichtsschreiber durch den Oberlandesgerichtspräsidenten zum Zwangsverwaltungs-Inspektor ernannt. In diesem Falle finden die nachfolgenden besonderen Vorschriften Anwendung.

Das Gericht soll, sofern eine Uebergabe des Grundstücks an den Verwalter stattfindet, mit derselben in der Regel den Zwangsverwaltungs-Inspektor beauftragen.

Bei Erteilung von Anweisungen an den Verwalter ist der Zwangsverwaltungs-Inspektor zuzuziehen.

Das Gericht kann sich bei der Beaufsichtigung der Geschäftsführung des Verwalters der Mitwirkung des Zwangsverwaltungs-Inspektors bedienen; ein anderer Beamter ist zu dieser Mitwirkung nur insoweit zu verwenden, als hierbei Rechnungsarbeiten in Frage kommen, welche der Zwangsverwaltungs-Inspektor wegen Geschäftsüberhäufung nicht übernehmen kann.

Der Zwangsverwaltungs-Inspektor hat mindestens einmal im Jahre eine außerordentliche Prüfung der Bücher, Akten und Kassenbestände des Verwalters vorzunehmen.

---

§ 6. Der Verwalter hat die Art der Benutzung des Grundstücks, welche bis zur Anordnung der Zwangsverwaltung bestand, in der Regel beizubehalten.

Grundstücke, welche nicht landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich benutzt werden, sind durch Vermietung nutzbar zu machen. Auch können einzelne Acker-, Garten- oder Wiesenstücke vermietet oder verpachtet werden, wenngleich sie bis dahin nicht vermietet oder verpachtet worden sind.

Die Dauer der von dem Verwalter abzuschließenden Miet- oder Pachtverträge darf ohne Zustimmung des Schuldners die Zeit von einem Jahre nicht überschreiten.

Hält der Verwalter eine Abweichung von diesen Vorschriften für angemessen, so hat er die Entscheidung des Gerichts einzuholen.

Mit dem Schuldner darf der Verwalter Miet- oder Pachtverträge nur mit Genehmigung des Gerichts abschließen.

---

§ 7. Der Verwalter hat in den Miet- und Pachtverträgen jedesmal zu bedingen, daß:

a) wenn das Grundstück vor der Ueberlassung an den Mieter oder Pächter im Wege der Zwangsversteigerung veräußert wird, der Mieter oder Pächter nicht berechtigt sein soll, Ansprüche aus dem Vertrage zu erheben,

und daß:

b) wenn das Grundstück nach der Ueberlassung an den Mieter oder Pächter im Wege der Zwangsversteigerung veräußert wird und der an die Stelle des Vermieters oder Verpächters tretende Ersteher die sich aus dem Miet- oder Pachtverhältnissen ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt, die gesetzliche Haftung des Vermieters oder Verpächters für den von dem Ersteher zu ersetzenden Schaden ausgeschlossen sein soll.

Wird ein bereits vor der Anordnung der Zwangsverwaltung vermietetes oder verpachtetes Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung veräußert, so hat der Verwalter davon dem Mieter oder Pächter Mitteilung zu machen, sobald er von der Erteilung des Zuschlags an den Ersteher Kenntnis erhält.

---

§ 8. Der Verwalter hat für rechtzeitige Geltendmachung der Ansprüche, auf welche sich die Beschlagnahme erstreckt, zu sorgen.

Will er die Erhebung der Klage wegen rückständiger Leistungen länger als vier Wochen nach der Fälligkeit unterlassen oder glaubt er nach Erlangung eines vollstreckbaren Schuldtitels die Zwangsvollstreckung hinausschieben oder unterlassen zu müssen, so hat er hiervon dem Gläubiger und dem Schuldner Nachricht zu geben.

Das Gleiche gilt, wenn der Verwalter nach Erhebung der Klage das Verfahren ruhen lassen oder die Klage zurücknehmen will.

Bleibt ein Mieter oder Pächter mit der Zahlung des Miet- oder Pachtzinses im Rückstande, so hat der Verwalter von dem gesetzlich oder vertragsmäßig begründeten Rechte der Kündigung oder der Aufhebung des Vertrags in der Regel Gebrauch zu machen, wenn nicht inzwischen alle Rückstände bezahlt werden.

---

§ 9. Behauptet ein Mieter oder Pächter, daß der Miet- oder Pachtzins vor der Beschlagnahme des Grundstücks für eine spätere Zeit als das zur Zeit der Beschlagnahme laufende und das folgende Kalendervierteljahr eingezogen, oder daß darüber für diese Zeit in anderer Weise verfügt sei, so hat der Verwalter, sofern die Einziehung oder Verfügung dem Gläubiger gegenüber nach § 1124 des Bürgerlichen Gesetzbuchs unwirksam ist, diese Unwirksamkeit geltend zu machen und den Miet- oder Pachtzins einzuziehen, wenn nicht der Gläubiger auf die Einziehung verzichtet.

Das Gleiche gilt, wenn mit dem Eigentum an dem Grundstück ein Recht auf wiederkehrende Leistungen verbunden und vor der Beschlagnahme des Grundstücks über den Anspruch auf eine Leistung verfügt ist, die erst drei Monate nach der Beschlagnahme fällig wird.

---

§ 10. Aus den nach Deckung der Ausgaben der Verwaltung sowie der Kosten des Verfahrens, welche vorweg zu bestreiten sind, verbleibenden Ueberschüssen der Einnahmen darf der Verwalter nur die laufenden Beträge der in den Artikeln 1 bis 3 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung vom 23. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 291) bezeichneten öffentlichen Lasten ohne weiteres Verfahren berichtigen, sonstige Zahlungen an die Berechtigten dagegen nur auf Grund der von dem Gerichte nach der Feststellung des Teilungsplans getroffenen Anordnung der planmäßigen Zahlung leisten.

Ist zu erwarten, daß solche Zahlungen geleistet werden können, so hat der Verwalter dem Gerichte hiervon unter Angabe des voraussichtlichen Betrages der Ueberschüsse und der Zeit ihres Einganges Anzeige zu machen.

---

§ 11. Bei den an die Berechtigten zu leistenden Zahlungen ist die von dem Gericht angeordnete Rangordnung einzuhalten. An einem im Range nachstehenden Berechtigten darf eine Zahlung nur dann erfolgen, wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die den vorstehenden Berechtigten

angewiesenen Zahlungen aus den bis zu deren Fälligkeit erfolgenden Einnahmen geleistet werden können.

Soll die Zahlung auf das Kapital einer Hypothek oder Grundschuld oder auf die Ablösungssumme einer Rentenschuld geleistet werden, so hat der Verwalter zu diesem Zwecke die Anberaumung eines Termins bei dem Gerichte zu beantragen.

---

§ 12. Der Verwalter hat von den Einnahmen stets die zur Bestreitung der Ausgaben der Verwaltung, einschließlich der ihm selbst zustehenden Vergütung, der Kosten des Verfahrens und der laufenden Abgaben aus öffentlichen Lasten erforderlichen Beträge zurückzubehalten.

Er darf keine Verpflichtung eingehen, welche nicht aus bereits gemachten Einnahmen oder aus sicheren Einnahmen der laufenden Miet-, Pacht- oder Wirtschaftsperiode bezahlt werden kann.

Zur Versicherung von Gegenständen der Verwaltung gegen Brandschaden oder sonstige Unfälle ist der Verwalter, soweit eine solche durch eine ordnungsmäßige Verwaltung geboten erscheint, ohne Rücksicht auf die im vorhergehenden Absatz bezeichnete Beschränkung verpflichtet.

Werden Ausgaben nötig, welche in der im Abs. 2 angegebenen Weise nicht gedeckt werden können, so hat der Verwalter dem Gerichte hiervon Anzeige zu machen.

Vorschüsse zu machen, ist er ohne Genehmigung des Gerichts nicht berechtigt.

---

§ 13. Der Verwalter darf Ausbesserungen und Erneuerungen auf dem verwalteten Grundstücke, welche nicht zu der gewöhnlichen Unterhaltung gehören, nur mit Genehmigung des Gerichts vornehmen. Die Genehmigung hat er nach Befragung des Gläubigers und wenn thunlich auch des Schuldners unter Vorlage der von diesen abgegebenen Erklärungen zu beantragen.

---

§ 14. Der Verwalter darf die Verwaltung nicht einem anderen übertragen. Wird er verhindert, die Verwaltung zu führen, so hat er dem Gerichte hiervon unverzüglich Anzeige zu machen. Jedoch kann er sich zur Ausrichtung einzelner Geschäfte, welche keinen Aufschub leiden, im Falle persönlicher Verhinderung anderer Personen unter gesetzlicher Haftung für diese bedienen.

---

§ 15. Der Verwalter darf, abgesehen von seiner Entlassung, die Verwaltung nicht einstellen, bevor das Gericht die Aufhebung des Verfahrens angeordnet hat.

Hat der Verwalter die Forderung des Gläubigers einschließlich der Kosten der Zwangsvollstreckung bezahlt, so hat er hiervon dem Gericht unverzüglich Anzeige zu machen; ebenso, wenn der Gläubiger ihm anzeigt, daß er befriedigt sei oder in die Aufhebung der Verwaltung willige.

---

§ 16. Bei der Verwaltung von Grundstücken, welche durch Vermieten oder Verpachten benutzt werden, erhält der Verwalter als Vergütung Teilbeträge vom Hundert der von ihm eingenommenen Miet- oder Pachtzinsen, und zwar, wenn der jährliche Miet- oder Pachtzins beträgt:

a) bis 150 Mark einschließlich, sieben vom Hundert,
b) über 150 Mark bis 300 Mark einschließlich, sechs vom Hundert,
c) über 300 Mark bis 450 Mark einschließlich, fünf vom Hundert,
d) über 450 Mark bis 1000 Mark einschließlich, vier vom Hundert,
e) über 1000 Mark, drei vom Hundert,

in den Fällen zu b bis e jedoch mindestens den Höchstbetrag der vorhergehenden Stufe.

Ist das Grundstück in einzelnen Teilen vermietet oder verpachtet, so sind die Teilbeträge vom Hundert bei jedem Teile besonders zu berechnen.

Vermietet oder verpachtet der Verwalter das Grundstück oder einen Teil davon für einen höheren Miet- oder Pachtzins als bisher, so erhält er außer den Teilbeträgen vom Hundert den achten Teil der hierbei erzielten Mehreinnahme des ersten in die Zeit der Verwaltung fallenden Jahres, für welches der erhöhte Miet- oder Pachtzins gezahlt wird, jedoch bei jedem einzelnen Miet- oder Pachtvertrage nicht mehr als 60 Mark.

Ist das Grundstück dem Verwalter übergeben oder von ihm auf Anweisung des Gerichts in Besitz genommen, so beträgt die Vergütung des Verwalters, sofern die vorstehenden Bestimmungen nicht einen höheren Betrag ergeben, 10 Mark.

Ist das Verfahren der Zwangsverwaltung vor der Uebergabe oder der Besitzergreifung aufgehoben, der Verwalter aber zum Zwecke der Uebernahme an Ort und Stelle gekommen, so erhält er eine Vergütung von 5 Mark.

Die Vereinbarung oder Festsetzung einer geringeren Vergütung durch das Gericht bleibt vorbehalten.

Andererseits kann, wenn die thatsächlichen Einnahmen des Verwalters an Miet- oder Pachtzinsen der Dauer der Verwaltung nicht entsprechen oder wenn die Verwaltung außergewöhnliche Mühewaltung erfordert, abweichend von den Vorschriften im Abs. 1 bis 5 eine höhere Vergütung durch das Gericht festgesetzt werden.

Die Festsetzung der Vergütung für die Verwaltung von Grundstücken, die nicht durch Vermietung oder Verpachtung benutzt werden, bleibt dem Gericht im Einzelfall überlassen.

Neben der Vergütung hat der Verwalter Anspruch auf Erstattung notwendiger Reisekosten und anderer Auslagen.

---

§ 17. Der Verwalter hat die Einnahmen aus dem verwalteten Grundstücke getrennt von allen anderen Geldern, insbesondere auch von den Einnahmen aus einer anderen Verwaltung, aufzubewahren

Größere Barbestände, die voraussichtlich erst später zur Verwendung kommen, sind nach näherer Anordnung des Gerichts verzinslich anzulegen.

---

§ 18. Der Verwalter hat rücksichtlich aller Einnahmen und Ausgaben für die Beschaffung schriftlicher Belege zu sorgen, insbesondere Miet- und Pachtverträge sowie Abänderungen solcher Verträge in jedem Falle schriftlich abzuschließen.

Für die Vergütung des Verwalters ist eine sie rechtfertigende Berechnung als Beleg aufzustellen.

Kann ein Rechnungsbeleg von dem Aussteller nicht unterschrieben werden, so genügt an Stelle der Unterschrift die beigefügte schriftliche Erklärung einer anderen glaubhaften Person, daß der Beleg vorgelesen und genehmigt sei, sofern nicht ein Rechtsgeschäft in Frage ist, dessen Gültigkeit die Beobachtung anderer Formen erfordert.

---

§ 19. Der Verwalter hat alle auf die Verwaltung bezüglichen Schriftstücke in Akten zu sammeln und solche Vorgänge der Verwaltung, über welche aus den Akten nicht anderweit Auskunft zu erlangen ist, in den Akten zu vermerken.

Verwalter, welche mehrere Verwaltungen führen, haben über jede Verwaltung besondere Akten zu halten, die einzelnen Akten fortlaufend zu numerieren und darüber ein Verzeichnis zu führen.

Die Einnahme- und Ausgabebelege sind besonders zu sammeln.

---

§ 20. Der Verwalter hat über die Einnahmen und Ausgaben aus allen von ihm geführten Verwaltungen ein Kassenbuch nach dem in der Anlage A[1]) gegebenen Muster zu führen. Einnahmen und Ausgaben sind nach der Zeitfolge einzutragen und am Schlusse jeder Seite aufzurechnen.

Die laufende Nummer des Kassenbuchs ist auf dem betreffenden Belege zu vermerken.

---

§ 21. Der Verwalter hat ferner für

---

[1]) Hier sei nur der Kopf des Formulars wiedergegeben.

Muster des Kassenbuchs.

Einnahme.					Ausgabe.				
Laufende Nr.	Tag der Einnahme	Bezeichnung der Einnahme und des Zahlenden	Betrag ℳ ₰	Seite des Kontobuchs	Laufende Nr.	Tag der Ausgabe	Bezeichnung der Ausgabe und des Empfängers	Betrag ℳ ₰	Seite des Kontobuchs

jede Verwaltung ein Konto nach dem in der Anlage B[1]) gegebenen Muster zu führen.

Das Konto ist für jedes mit dem 15. Tage der Monate Januar, April, Juli, Oktober endende Vierteljahr gesondert zu führen und am Ende desselben in der Art abzuschließen, daß alle noch nicht erfolgten Einnahmen oder Ausgaben als Rest in das folgende Vierteljahr übergehen.

Führt der Verwalter mehrere Verwaltungen, so ist für die einzelnen Konten ein gemeinsames Buch zu halten.

Außerdem hat der Verwalter über den Kassenbestand jeder einzelnen Masse Nachweisungen nach dem als Anlage C[2]) beigefügten Muster gemäß der darauf gegebenen näheren Anleitung aufzustellen.

---

§ 22. In die Sollcinnahme und Sollausgabe des Kontos sind am Anfange der Verwaltung und am Anfange jedes Vierteljahrs die in dem Vierteljahr fällig werdenden Einnahmen und Ausgaben der Verwaltung, die aus früherer Zeit etwa ver-

[1]) Hier sei nur der Kopf des Formulars wiedergegeben.

Muster des Kontobuchs.

Vierteljahr vom bis

Einnahme.

Laufende Nr.	Nummer des Belegs	Soll-Einnahme ℳ	₰	Bezeichnung der Einnahme	Ist-Einnahme ℳ	₰	Rest ℳ	₰	Bemerkungen	Laufende Nummer des Kassenbuchs

Ausgabe.

Laufende Nr.	Nummer des Belegs	Soll-Ausgabe ℳ	₰	Bezeichnung der Ausgabe	Ist-Ausgabe ℳ	₰	Rest ℳ	₰	Bemerkungen	Laufende Nummer des Kassenbuchs

[2]) Hier sei nur der Kopf des Formulars wiedergegeben.

Nachweisung

über den Kassenbestand in

(Bezeichnung der Sache.)

Ausgefertigt am

Königliches Amtsgericht.

(Siegel.) *N. N.*

Amtsrichter (Amtsgerichtsrat).

N.

Zwangsverwaltungs-Inspektor.

Der Kassenbestand in der oben bezeichneten Sache hat betragen am		Unterschrift des Verwalters zur Bescheinigung dafür, daß der Kassenbestand thatsächlich vorhanden gewesen ist.	Bemerkungen
1.	2.	3.	4.

Bemerkungen:

1. Das Formular ist ähnlich wie Wechselformulare zu schraffieren.
2. Die Ausfüllung der Ueberschrift erfolgt durch den Richter selbst und die Aushändigung an den Verwalter ist aktenmäßig zu machen.

bliebenen Reste und der bei dem Abschlusse des Kontos des letzten Vierteljahrs verbliebene Bestand einzutragen.

Die bei dem Beginne der Verwaltung aus früherer Zeit vorhandenen Resteinnahmen sowie die im Laufe eines Vierteljahrs entstehenden Solleinnahmen und Sollausgaben sind einzutragen, sobald sie dem Verwalter bekannt werden, die Solleinnahmen jedoch nicht vor dem Beginne des Vierteljahrs, in welchem sie fällig werden.

Die Gebühren des Verwalters sind erst bei dem Abschlusse des Vierteljahrskontos einzutragen und aus dem Bestande zu entnehmen.

Zahlungen, welche auf Anweisung des Gerichts an die Gläubiger geleistet werden sollen, sind erst nach erfolgter Leistung in die Sollausgabe einzutragen.

Einnahmen, welche der Verwalter macht, obgleich sie erst in einem folgenden Vierteljahre fällig werden, sind bei dem Eingang in die Solleinnahme einzutragen.

Der bei dem Abschlusse des Kontos verbleibende Bestand ist zur Uebernahme in das Konto des folgenden Vierteljahrs in Ausgabe zu stellen.

---

§ 23. Der Verwalter hat vor dem Ablaufe der Monate Januar, April, Juli, Oktober dem Gericht einen Auszug aus dem Kontobuch einzureichen, welcher den Inhalt des letzten Vierteljahrskonto wörtlich wiedergiebt.

---

§ 24. Die jährlich zu legende Rechnung hat der Verwalter dem Gerichte zum erstenmale am Schlusse des ersten Kalendermonats des auf den Beginn der Verwaltung folgenden vierten Rechnungsvierteljahrs einzureichen. In die Rechnung sind nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben aufzunehmen, welche noch zu dem Konto des letzten vollendeten Vierteljahrs gehören. Die Belege über Einnahmen und Ausgaben sind beizufügen.

Die gleichzeitige Einreichung eines Kontobuchauszugs (§ 23) ist nicht erforderlich.

Die Schlußrechnung muß sämtliche Einnahmen und Ausgaben nachweisen; es kann jedoch darin auf die Jahresrechnungen Bezug genommen werden.

---

§ 25. Ist ein Zwangsverwaltungs-Inspektor bestellt, so erfolgt die Einreichung des Kontobuchauszugs (§ 23), der Jahresrechnung und der Schlußrechnung (§ 24) durch dessen Vermittelung. Er hat den Auszug oder die Rechnung zu prüfen mit einem hierauf bezüglichen Vermerk, erforderlichenfalls auch mit seinen Bemerkungen, zu versehen.

---

§ 26. Die Soll- und Isteinnahmen sind in der Rechnung in folgenden Abschnitten nachzuweisen:

1. Bestand der vorigen Rechnung;
2. Erinnerungen aus der vorigen Rechnung;
3. Reste aus der vorigen Rechnung;
4. Miet- und Pachtzinsen;
5. außerordentliche Einnahmen.

Bei den Miet- und Pachtzinsen (Nr. 3, 4) sind die Einnahmen für jeden besonders vermieteten oder verpachteten Teil des Grundstücks unter dessen Bezeichnung zu

---

3. Der Verwalter hat an jedem 10. und 25. des Monats das Formular in Spalte 1, 2 und 3, Spalte 2 in Buchstaben, auszufüllen und zwar, wenn irgend möglich, am Schlusse des Tages und nachdem alle Einnahmen und Ausgaben in das Konto eingetragen worden sind. Sollten nach Feststellung des Kassenbestandes und Einschreibung dieses Bestandes in die obige Nachweisung an demselben Tage noch Beträge zu vereinnahmen oder zu verausgaben sein, so ist in dem Konto neben dem betreffenden Eintrag ein diesbezüglicher kurzer Vermerk zu machen.
4. Der Zwangsverwaltungs-Inspektor hat bei jeder bei dem Verwalter allgemein oder in der oben bezeichneten Sache speziell vorgenommenen Revision in Spalte 4 zu vermerken: Eingesehen bei der allgemeinen (speziellen) Revision am ..... N. N., Zwangsverwaltungs-Inspektor.
5. Die Nachweisung ist jeder Jahresrechnung und der Schlußrechnung als letztes Blatt anzuheften.
6. Der Verwalter hat bei Abgabe der Nachweisung rechtzeitig die Aushändigung eines neuen Formulars zu erwirken, welches vorher in der in Bemerkung 2 angegebenen Weise in der Ueberschrift auszufüllen ist.

sammenzustellen. Ist ein zu vermietender oder zu verpachtender Teil des Grundstücks nicht vermietet oder verpachtet gewesen, oder ist ein im Laufe des Rechnungsjahrs fällig gewordener Miet- oder Pachtzins in einer früheren Rechnung als Einnahme aufgeführt, so ist dies zu bemerken.

---

§ 27. Die Soll- und Istausgaben sind in der Rechnung in folgenden Abschnitten nachzuweisen:

1. Erinnerungen aus der vorigen Rechnung;
2. Reste aus der vorigen Rechnung;
3. Unterhaltung des verwalteten Grundstücks und Erstattung der hierzu geleisteten Vorschüsse;
4. öffentliche Lasten;
5. Zahlungen an die Gläubiger;
6. Gerichtskosten der Verwaltung;
7. Vergütung des Verwalters;
8. außerordentliche Ausgaben.

Bei den öffentlichen Lasten und den Zahlungen an die Gläubiger (Nr. 4, 5) sind die Berechtigten in der gesetzlichen oder festgestellten Rangordnung aufzuführen und die auf dieselbe Forderung geleisteten Zahlungen zusammenzustellen.

---

§ 28. Die Zeiten für die Einreichung der Kontobuchauszüge und der Jahresrechnungen können durch das Gericht mit Rücksicht auf die am Orte der Verwaltung üblichen Termine für die Zahlung der Miet- oder Pachtzinsen und der Kapitalzinsen oder aus anderen Gründen anderweit bestimmt werden.

---

§ 29. Dem Gerichte bleibt vorbehalten, für die Verwaltung solcher Grundstücke, welche nicht durch Vermietung oder Verpachtung benutzt werden, besondere Bestimmungen über die Art der Buchführung und Rechnungslegung zu treffen.

Für Verwaltungen von geringem Umfang und voraussichtlich kurzer Dauer kann das Gericht eine einfachere Art der Buchführung und Rechnungslegung auch dann gestatten, wenn das verwaltete Grundstück durch Vermietung oder Verpachtung benutzt wird.

In jedem Falle ist ein Kassenbuch mit Verweisung auf andere Bücher oder Belege zu führen.

§ 30. Der Verwalter hat zu jeder Zeit dem Gericht oder einem mit der Prüfung seiner Geschäftsführung beauftragten Beamten des Gerichts sowie dem etwa bestellten Zwangsverwaltungs-Inspektor die von ihm geführten Bücher, die auf seine Geschäftsführung bezüglichen Akten und sonstigen Schriftstücke und die in seinen Händen befindlichen Einnahmen aus der Verwaltung auf Verlangen vorzulegen und jede weitere, zur Prüfung seiner Geschäftsführung verlangte Auskunft zu erteilen.

---

§ 31. Ist die durch §§ 150, 153, 154 des Reichsgesetzes über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung dem Gerichte zugewiesene Thätigkeit auf Grund des § 6 Abs. 4 des Gesetzes, betreffend die Zwangsvollstreckung aus Forderungen landschaftlicher (ritterschaftlicher) Kreditanstalten, vom 3. August 1897 (Gesetz-Samml. S. 388) bezüglich land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke von einer Kreditanstalt übernommen, so finden nur die Vorschriften der vorstehenden §§ 10 bis 12, 15, 17 sowie des § 4 Abs. 1, Anwendung. Die im § 4 Absatz 1, § 12 Abs. 4 und 5 und im § 17 Abs. 2 dem Gerichte zugewiesenen Amtshandlungen werden von der Kreditanstalt wahrgenommen.

---

§ 32. Die vorstehenden Bestimmungen finden bei der Zwangsverwaltung von Berechtigungen, für welche die sich auf Grundstücke beziehenden Vorschriften gelten, entsprechende Anwendung.

---

§ 33. Diese Verfügung tritt gleichzeitig mit dem Reichsgesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung in Kraft.

In einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes beantragten Zwangsverwaltungsverfahren finden die §§ 4 bis 32 dieser Verfügung von der bezeichneten Zeit an ebenfalls Anwendung. Doch bleibt eine über die Verteilung der Ueberschüsse vorher getroffene Bestimmung für den Verwalter maßgebend, solange nicht vom Gericht eine Aenderung angeordnet wird.

Die Allgemeinen Verfügungen vom 7. März 1892 (Just.-Minist.-Bl. S. 87) und 12. November 1894 (Just.-Minist.-Bl. S. 322) werden aufgehoben.

Königliche Verordnung über die Ortsgerichte in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel.

Vom 20. Dezember 1899.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc. verordnen auf Grund der Artikel 122 bis 124 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 249), was folgt:

Erster Abschnitt.

Errichtung der Ortsgerichte und Begrenzung ihrer Bezirke.

§ 1. Im Landgerichtsbezirke Neuwied, soweit er zum vormaligen Justizsenate zu Ehrenbreitstein gehört hat, werden Ortsgerichte gemäß der Anlage A für die dort aufgeführten Gemeinden mit den bezeichneten Sitzen errichtet.

---

§ 2. In den übrigen Teilen des Oberlandesgerichtsbezirkes Frankfurt und in den vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteilen des Oberlandesgerichtsbezirkes Cassel wird ein Ortsgericht für jede Gemeinde und zwar, wenn diese mehrere Ortschaften umfaßt, am Sitze des Vorstehers der Gemeinde errichtet.

Ausgenommen werden die Gemeinden, in denen sich der Sitz eines Amtsgerichts befindet, sowie

1. im Bezirke des Amtsgerichts zu Braunfels die Fürstliche Schloßgemeinde Braunfels,
2. im Bezirke des Amtsgerichts zu Gladenbach die Gemeinde Ammenhausen,
3. im Bezirke des Amtsgerichts zu Hachenburg die Gemeinde Altstadt,
4. im Bezirke des Amtsgerichts zu Höchst die Gemeinde Unterliederbach,
5. im Bezirke des Amtsgerichts zu Höhr-Grenzhausen die Gemeinde Höhr,
6. im Bezirke des Amtsgerichts zu Homburg die Gemeinden Kirdorf und Gonzenheim,
7. im Bezirke des Amtsgerichts zu Sigmaringen die Gemeinde Burgau.

Gemeinsame Ortsgerichte werden für die in der Anlage B zusammengefaßten Gemeinden mit den dort bezeichneten Sitzen errichtet.

---

§ 3. Für die Gemeinden im Gebiete des vormaligen Justizsenats zu Ehrenbreitstein, die nicht in die Ortsgerichtsbezirke einbezogen sind, wird die bisherige Zuständigkeit der Feldgerichte, Schultheißen, Schöffen, Bürgermeister und Ortsvorsteher in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit aufgehoben, vorbehaltlich ihrer Zuständigkeit zur Aufnahme von Taxen und zu Verrichtungen in Gemäßheit der Gesetze, deren Geltungsbereich sich über das Gebiet des vormaligen Justizsenats zu Ehrenbreitstein hinaus erstreckt.

Ebenso wird für die im § 2 Abs. 2

Nr. 2 bis 6 aufgeführten Gemeinden die in den Artikeln 111 bis 116 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit bestimmte Zuständigkeit der im Artikel 111 dieses Gesetzes bezeichneten Beamten aufgehoben.

§ 4. Dem Justizminister bleibt vorbehalten, soweit sich im einzelnen ein Bedürfnis zur Abweichung von den Vorschriften der §§ 1, 2 herausstellt, die Bildung oder Begrenzung der Ortsgerichtsbezirke oder den Sitz der Ortsgerichte anderweit zu bestimmen. Die anderweitige Bestimmung ist durch die Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Zweiter Abschnitt.

Einrichtung und dienstliche Stellung der Ortsgerichte.

§ 5. Die Ortsgerichte bestehen aus dem Ortsgerichtsvorsteher und drei Gerichtsmännern. Für größere, insbesondere aus mehreren Gemeinden gebildete Ortsgerichtsbezirke kann der Landgerichtspräsident nach Benehmen mit der Gemeindeaufsichtsbehörde die Zahl der Gerichtsmänner bis auf fünf erhöhen und erforderlichenfalls die Bestellung eines oder mehrerer Ersatz-Gerichtsmänner anordnen.

§ 6. Der Ortsgerichtsvorsteher wird vom Landgerichtspräsidenten, die Gerichtsmänner werden vom Amtsgericht ernannt. Die Ernennung erfolgt ohne Beschränkung auf eine bestimmte Zeit. Vor der Ernennung hat sich der Landgerichtspräsident oder das Amtsgericht mit der Gemeindeaufsichtsbehörde ins Benehmen zu setzen und, wenn es sich um die Ernennung eines Staats- oder Gemeindebeamten handelt, die Zustimmung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

Sofern nicht der Vorsteher der Gemeinde (Bürgermeister, Gemeindevorsteher, Ortsvorsteher) oder der Bürgermeister (Gemeindeordnung für die Rheinprovinz vom 23. Juli 1845, Gesetz-Samml. S. 523, § 7) zum Ortsgerichtsvorsteher bestellt wird, hat die Gemeindevertretung (Stadtverordnetenversammlung, Gemeindeversammlung, Gemeinderat, Bürgerausschuß) durch Wahl zwei für dieses Amt geeignete Personen, die zu dessen Uebernahme bereit sind, zu bezeichnen.

In gleicher Weise sind für jeden zu ernennenden Gerichtsmann zwei Gemeindemitglieder zu bezeichnen, welche mit den Verhältnissen des Ortes, namentlich den Grundstücksverhältnissen, bekannt sind.

Umfaßt der Bezirk des Ortsgerichts mehrere Gemeindebezirke, so hat der Landgerichtspräsident nach Benehmen mit der Gemeindeaufsichtsbehörde zu bestimmen, wieviel Personen aus jeder Gemeinde zwecks Ernennung eines Ortsgerichtsvorstehers und der Gerichtsmänner zu bezeichnen sind.

§ 7. Für den Fall der Verhinderung des Ortsgerichtsvorstehers ernennt der Landgerichtspräsident aus der Zahl der Gerichtsmänner nach Benehmen mit der Gemeindeaufsichtsbehörde einen Stellvertreter.

§ 8. Vater und Sohn sowie Brüder sollen nicht gleichzeitig Mitglieder des Ortsgerichts sein.

§ 9. Die Mitglieder des Ortsgerichts haben, sofern sie nicht schon als Beamte beeidigt sind, den Diensteid vor dem Amtsgerichte zu leisten.

§ 10. Die Geschäfte des Ortsgerichts in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit werden durch den Vorsteher erledigt, soweit nicht in den Abs. 2, 3 und im § 11 ein anderes bestimmt ist.

Zur Ausführung von Maßregeln der Sicherung eines Nachlasses sowie zur Aufhebung solcher Maßregeln (Artikel 104 bis 107 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit) soll der Vorsteher einen Gerichtsmann als Gehilfen zuziehen.

Bei der Aufnahme von Vermögensverzeichnissen (Artikel 108) sowie bei der Vorbereitung von Teilungen, Vermögensübergabe-, Ehe- und Erbverträgen (Artikel 113 Satz 1) sollen zwei Gerichtsmänner mitwirken.

§ 11. Bei der Erteilung eines Auftrags, dessen Erledigung nach der Regel

des § 10 Abs. 1 dem Ortsgerichtsvorsteher obliegen würde, kann das Amtsgericht anordnen, daß der Vorsteher einen oder zwei Gerichtsmänner zuzieht, oder daß der Auftrag durch einen oder zwei bestimmte oder von dem Vorsteher zu bestimmende Gerichtsmänner erledigt wird.

Ebenso kann das Amtsgericht oder die Generalkommission, von welchen das Ortsgericht mit der Vornahme eines Geschäfts der im § 10 Abs. 2, 3 bezeichneten Art beauftragt wird, anordnen, daß der Vorsteher allein oder im Falle des § 10 Abs. 3 unter Zuziehung nur eines Gerichtsmanns das Geschäft vornimmt.

---

§ 12. Außer den ihnen durch das Gesetz vom 21. September 1899 zugewiesenen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sind die Ortsgerichte in den Hohenzollernschen Landen, dem vormals Landgräflich Hessischen Amtsbezirke Homburg, den Gebieten des vormaligen Herzogtums Nassau und der vormals freien Stadt Frankfurt sowie den vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteilen zuständig, bei der Feststellung und Erhaltung der Grenzen der Grundstücke und der Gemeindebezirke in dem gesetzlich erforderlichen Umfange mitzuwirken. Für diese Thätigkeit werden die Vorschriften über die Besetzung des Ortsgerichts, über das Verfahren und die Gebühren von dem Finanzminister, dem Justizminister und dem Minister des Innern getroffen; bis zum Erlasse solcher Vorschriften finden die hierüber für die Feldgerichte und die Feldgeschworenen bestehenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.

In dem Gebiete des vormaligen Herzogtums Nassau sind die Ortsgerichte ferner verpflichtet, sich auf Ersuchen der Ortspolizeibehörden über Gegenstände der landwirtschaftlichen Polizei gutachtlich zu äußern. Zu solchen Aeußerungen soll der Ortsgerichtsvorsteher zwei Gerichtsmänner zuziehen.

Die Vorschriften des bisherigen Rechtes, nach denen die Feldgerichte und die Feldgeschworenen in den bezeichneten Gebietsteilen zu Geschäften der in den Abs. 1, 2 angegebenen Art befugt sind, werden für diejenigen Orte, welche in die Bezirke der Ortsgerichte einbezogen werden, aufgehoben. Für die übrigen Orte können der Finanzminister, der Justizminister und der Minister des Innern die Zuständigkeit der Feldgerichte und der Feldgeschworenen für diese Geschäfte auf andere Behörden oder Beamte übertragen oder aufheben; auf das Verfahren und die Gebühren in den Angelegenheiten des Abs. 1 finden die Vorschriften des Abs. 1 Satz 2 Anwendung.

---

§ 13. Die Mitglieder des Ortsgerichts stehen unter der Aufsicht der Justizverwaltungsbehörden, zunächst des Amtsgerichts. In dem Rechte der Aufsicht liegt die Befugnis:

1. die ordnungswidrige Ausführung eines einzelnen Amtsgeschäfts zu rügen und die Erledigung eines solchen durch Ordnungsstrafen bis zum Gesamtbetrage von einhundert Mark zu erzwingen; der Festsetzung einer Ordnungsstrafe muß eine Androhung vorausgehen;
2. bei pflichtwidrigem oder unwürdigem Verhalten im Amte Verweise zu erteilen und Disziplinarstrafen bis zum Betrage von dreißig Mark zu verhängen; bekleidet das Ortsgerichtsmitglied sein Amt als Nebenamt, so ist die Erteilung des Verweises oder die Verhängung der Disziplinarstrafe nur nach Benehmen mit der Aufsichtsbehörde des Hauptamtes zulässig.

Im übrigen findet ein Disziplinarverfahren gegen die Mitglieder des Ortsgerichts als solche nicht statt.

---

§ 14. Die Anstellungsbehörde kann die Ernennung eines Ortsgerichtsmitglieds widerrufen. Vor dem Widerrufe hat sie das Mitglied zu hören. Bekleidet das Mitglied sein Amt nur als Nebenamt, so hat sie sich zuvor mit der Behörde, der die Dienstaufsicht für das Hauptamt zusteht, ins Benehmen zu setzen.

---

§ 15. Die Anordnungen des Amtsgerichts- und des Landgerichtspräsidenten können im Aufsichtswege geändert werden. Der Oberlandesgerichtspräsident entscheidet endgültig.

---

§ 16. Die Mitglieder des Ortsgerichts beziehen, unbeschadet der Bestimmung des § 12 Abs. 1 Satz 2, Gebühren nach Maßgabe der Bestimmungen des Justizministers. Im übrigen werden die Kosten

der Geschäftsführung des Ortsgerichts (für Dienstraum, Dienstgegenstände, Boten u. dergl.) von der Gemeinde getragen. In Ortsgerichtsbezirken, die aus mehreren Gemeinden gebildet sind, wird der Betrag der Kosten auf die einzelnen beteiligten Gemeinden nach dem Maßstabe der Seelenzahl verteilt.

---

§ 17. Die für die Gerichtsmänner getroffenen Vorschriften gelten auch für die Ersatzmänner. Die Ersatzmänner sollen zur Mitwirkung nur zugezogen werden, wenn die Zuziehung eines Gerichtsmanns nicht thunlich ist.

---

§ 18. Soweit gemäß Artikel 139 Abs. 4 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit die Zuständigkeit der Ortsbehörden auf die Ortsgerichte übertragen wird, kann der Landgerichtspräsident während der Uebergangszeit die Zahl der Gerichtsmänner bis auf die bisherige Zahl von Beisitzern der Ortsbehörden erhöhen. Nach dem Ablaufe dieser Zeit, oder wenn vorher das Bedürfnis zur Erhöhung wegfällt, hat er die Zahl anderweit festzusetzen und zu bestimmen, welche Gerichtsmänner auszuscheiden haben.

Vor dem Erlasse der im Abs. 1 bezeichneten Anordnungen hat sich der Landgerichtspräsident mit der Gemeindeaufsichtsbehörde ins Benehmen zu setzen.

---

§ 19. Diese Verordnung tritt gleichzeitig mit dem Bürgerlichen Gesetzbuch in Kraft.

Anlage A.

Bezirk des Amtsgerichts Altenkirchen:

1. Ortsgericht in Birkenbeul für die Gemeinden Birkenbeul, Breitscheid, Niederirsen, Oelsen und Unterschützen;
2. Ortsgericht in Birnbach für die Gemeinden Birnbach, Hemmelzen, Hillhausen, Marenbach, Oberirsen, Rimbach, Weyerbusch und Wölmersen;
3. Ortsgericht in Eichelhardt für die Gemeinden Eichelhardt, Flögert, Hacksen, Hilgenroth, Idelberg, Isert, Niedererbach, Obererbach, Racksen und Volkerzen;
4. Ortsgericht in Flammersfeld für die Gemeinden Ahlbach, Eichen, Flammersfeld, Kescheid, Orfgen, Reiferscheid, Rott und Seelbach;
5. Ortsgericht in Fluterschen für die Gemeinden Almersbach, Amteroth, Fluterschen, Gieleroth, Herpteroth, Oberwambach und Stürzelbach;
6. Ortsgericht in Fürthen für die Gemeinden Bitzen, Etzbach, Forst und Fürthen;
7. Ortsgericht in Hamm a. Sieg: Gemeinde Hamm a. Sieg;
8. Ortsgericht in Hasselbach für die Gemeinden Forstmehren, Hasselbach, Kraam, Rettersen und Werkhausen;
9. Ortsgericht in Horhausen für die Gemeinden Bürdenbach, Güllesheim, Horhausen, Huf, Krunkel, Luchert, Niedersteinebach, Pleckhausen und Willroth;
10. Ortsgericht in Kettenhausen für die Gemeinden Bachenberg, Busenhausen, Dieperzen, Helmenzen, Heupelzen, Kettenhausen, Lenzbach und Oberölfen;
11. Ortsgericht in Mehren für die Gemeinden Ersfeld, Fiersbach, Giershausen, Hirzbach, Kircheib, Maulsbach, Mehren, Neuenhof und Ziegenhain;
12. Ortsgericht in Michelbach für die Gemeinden Hüttenhofen, Mammelzen, Michelbach, Niederingelbach, Oberingelbach, Reuffelbach, Sörth und Widderstein;
13. Ortsgericht in Neidersen für die Gemeinden Berzhausen, Bettgenhausen, Neiterschen, Neidersen, Niederähren, Niederölfen, Obernau, Schoeneberg, Schürdt, Seifen, Strickhausen und Walterschen;
14. Ortsgericht in Oberlahr für die Gemeinden Burglahr, Eygert, Eulenberg, Oberlahr, Obersteinebach und Peterslahr;
15. Ortsgericht in Pracht: Gemeinde Pracht;
16. Ortsgericht in Roth für die Gemeinden Bruchertseifen, Helmeroth, Roth und Seelbach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Asbach:

17. Ortsgericht in Buchholz für die Gemeinden Elsaff (einschließlich des ganzen Ortes Buchholz) und Griesenbach;
18. Ortsgericht in Krautscheid: Gemeinde Krautscheid (ausschließlich des Ortes Buchholz);
19. Ortsgericht in Limbach: Gemeinde Limbach;
20. Ortsgericht in Neustadt für die Gemeinden Bertenau und Bühlingen;
21. Ortsgericht in Schöneberg: Gemeinde Schöneberg;
22. Ortsgericht in Bettelschoß für die Gemeinden Lorscheid und Bettelschoß;
23. Ortsgericht in Wiedmühle für die Gemeinden Elsaff-Thal und Rahms;
24. Ortsgericht in Windhagen für die Gemeinden Rederscheid und Windhagen;

Bezirk des Amtsgerichts zu Daaden:

25. Ortsgericht in Biersdorf für die Gemeinden Biersdorf, Niederdreisbach und Schutzbach;
26. Ortsgericht in Derschen für die Gemeinden Derschen, Emmerzhausen, Mauden und Nisterberg;
27. Ortsgericht in Friedewald für die Gemeinden Friedewald, Oberdreisbach und Weitefeld;
28. Ortsgericht in Herdorf: Gemeinde Herdorf;

Bezirk des Amtsgerichts zu Dierdorf:

29. Ortsgericht in Daufenbach für die Gemeinden Bauscheid, Döttesfeld, Dürrholz und Oberähren;
30. Ortsgericht in Giersbofen für die Gemeinden Brückrachdorf, Giersbofen und Wienau;
31. Ortsgericht in Isenburg: Gemeinde Isenburg;
32. Ortsgericht in Kleinmaischeid für die Gemeinden Großmaischeid, Kausen, Kleinmaischeid und Stebach;
33. Ortsgericht in Linkenbach für die Gemeinden Dernbach, Harschbach, Linkenbach, Niederhofen, Urbach-Kirchdorf und Urbach-Ueberdorf;
34. Ortsgericht in Puderbach für die Gemeinden Haberscheid, Niederdreis, Puderbach, Reichenstein, Richert, Weroth und Woldert;
35. Ortsgericht in Raubach für die Gemeinden Elgert, Hahnroth, Hilgert und Raubach;
36. Ortsgericht in Rodenbach für die Gemeinden Alberthofen, Ascheid, Lahrbach, Niederwambach, Oberdreis, Ratzert und Rodenbach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Ehrenbreitstein:

37. Ortsgericht in Arenberg für die Gemeinden Arenberg und Immendorf;
38. Ortsgericht in Arzheim: Gemeinde Arzheim;
39. Ortsgericht in Horchheim: Gemeinde Horchheim;
40. Ortsgericht in Niederberg für die Gemeinden Neudorf und Niederberg;
41. Ortsgericht in Niederwerth: Gemeinde Niederwerth;
42. Ortsgericht in Pfaffendorf: Gemeinde Pfaffendorf;
43. Ortsgericht in Urbar: Gemeinde Urbar;
44. Ortsgericht in Vallendar für die Gemeinden Mallendar und Vallendar;
45. Ortsgericht in Weitersburg: Gemeinde Weitersburg;

Bezirk des Amtsgerichts zu Kirchen:

46. Ortsgericht in Alsdorf für die Gemeinden Alsdorf, Grünebach und Sassenroth;
47. Ortsgericht in Betzdorf: Gemeinde Betzdorf;
48. Ortsgericht in Brachbach: Gemeinde Brachbach;

49. Ortsgericht in Fischbacherhütte für die Gemeinden Harbach und Hüttseifen;
50. Ortsgericht in Freusburg für die Gemeinden Freusburg und Katzenbach;
51. Ortsgericht in Rudersbach: Gemeinde Rudersbach;
52. Ortsgericht in Niederfischbach: Gemeinde Niederfischbach;
53. Ortsgericht in Offhausen für die Gemeinden Dernbach, Heckersdorf und Offhausen;
54. Ortsgericht in Scheuerfeld für die Gemeinden Bruche, Dauersberg und Scheuerfeld;
55. Ortsgericht in Wallmenroth: Gemeinde Wallmenroth;
56. Ortsgericht in Wehbach für die Gemeinden Wehbach und Wingendorf;

Bezirk des Amtsgerichts Linz a. Rh.:

57. Ortsgericht in Dattenberg: Gemeinde Dattenberg;
58. Ortsgericht in Erpel: Gemeinde Erpel;
59. Ortsgericht in Hargarten für die Gemeinden Hargarten und Rotscheid;
60. Ortsgericht in Hönningen: Gemeinde Hönningen;
61. Ortsgericht in Leubsdorf: Gemeinde Leubsdorf;
62. Ortsgericht in Ockenfels für die Gemeinden Oberkasbach, Ockenfels und Ohlenberg;
63. Ortsgericht in Orsberg für die Gemeinden Bruchhausen, Heister, Niederkasbach und Orsberg;
64. Ortsgericht in Rheinbreitbach: Gemeinde Rheinbreitbach;
65. Ortsgericht in Unkel für die Gemeinden Scheuren und Unkel;

Bezirk des Amtsgerichts zu Neuwied:

66. Ortsgericht in Altwied für die Gemeinden Altwied, Datzeroth und Melsbach;
67. Ortsgericht in Anhausen für die Gemeinden Anhausen, Meinborn, Rüscheid und Thalhausen;
68. Ortsgericht in Bendorf: Stadt Bendorf;
69. Ortsgericht in Breitscheid für die Gemeinden Breitscheid und Roßbach;
70. Ortsgericht in Engers: Gemeinde Engers;
71. Ortsgericht in Gladbach: Gemeinde Gladbach;
72. Ortsgericht in Gönnersdorf für die Gemeinden Gönnersdorf, Hüllenberg und Rockenfeld;
73. Ortsgericht in Heimbach für die Gemeinden Heimbach und Weis;
74. Ortsgericht in Irlich: Gemeinde Irlich;
75. Ortsgericht in Kurtscheid für die Gemeinden Kurtscheid und Niederbreitbach;
76. Ortsgericht in Leutesdorf: Gemeinde Leutesdorf;
77. Ortsgericht in Niederbieber: Gemeinde Niederbieber;
78. Ortsgericht in Niederhammerstein für die Gemeinden Niederhammerstein und Oberhammerstein;
79. Ortsgericht in Oberbieber: Gemeinde Oberbieber;
80. Ortsgericht in Oberhonnefeld für die Gemeinden Hümmerich, Jahrsfeld, Niederhonnefeld-Ellingen, Niederraden, Oberhonnefeld-Gierend, Oberraden;
81. Ortsgericht in Rengsdorf für die Gemeinden Bonefeld, Ehlscheid, Hardert und Rengsdorf;
82. Ortsgericht in Rheinbrohl: Gemeinde Rheinbrohl;
83. Ortsgericht in Sayn: Gemeinde Sayn;
84. Ortsgericht in Segendorf für die Gemeinden Monrepos und Segendorf;
85. Ortsgericht in Waldbreitbach für die Gemeinden Bremscheid und Waldbreitbach;
86. Ortsgericht in Wollendorf für die Gemeinden Fahr, Rodenbach und Wollendorf;

Bezirk des Amtsgerichts zu Wissen:

87. Ortsgericht in Gebhardshain für die Gemeinden Elben, Fensdorf und Gebhardshain;
88. Ortsgericht in Kotzenroth für die Gemeinden Elkenroth, Kotzenroth und Nauroth;

89. Ortsgericht in Mittelhof für die Gemeinden Blickhauserhöhe und Elbergrund;
90. Ortsgericht in Molzhain für die Gemeinden Dickendorf, Kausen, Molzhain und Steineroth;
91. Ortsgericht in Schönstein für die Gemeinden Köttingerhöhe, Schönstein und Selbach;
92. Ortsgericht in Steinebach für die Gemeinden Hommelsberg, Steinebach und Steinberg;

Anlage B.

Bezirk des Oberlandesgerichts zu Frankfurt a. M.

Landgerichtsbezirk Hechingen:

Bezirk des Amtsgerichts zu Gammertingen:

1. Ortsgericht in Kettenacker für die Gemeinde Kettenacker und die selbständige Gemarkung Lusthof;
2. Ortsgericht in Neufra für die Gemeinde Neufra und die selbständige Gemarkung Birkhof;

Bezirk des Amtsgerichts Haigerloch:

3. Ortsgericht in Betra für die Gemeinde Betra und die selbständige Gemarkung Neckarhausen;
4. Ortsgericht in Gruol für die Gemeinde Gruol und die selbständige Gemarkung Hospacher-Hof (Hospach);

Bezirk des Amtsgerichts zu Hechingen:

5. Ortsgericht in Burladingen für die Gemeinden Burladingen und Hermannsdorf;

Bezirk des Amtsgerichts zu Sigmaringen:

6. Ortsgericht in Bärenthal für die Gemeinde Bärenthal und die selbständige Gemarkung Ensisheim;
7. Ortsgericht in Benzingen für die Gemeinden Benzingen und Blättringen;
8. Ortsgericht in Bingen für die Gemeinden Bingen und Hornstein;
9. Ortsgericht in Bittelschies für die Gemeinden Bittelschies und Ettisweiler;
10. Ortsgericht in Hausen a. Andelsbach für die Gemeinden Hausen a. A. und Mottschies, einschließlich der selbständigen Gemarkung Waldung Weithart;
11. Ortsgericht in Inzigkofen für die Gemeinde Inzigkofen und die selbständigen Gemarkungen Hof Rickhof und Hof Pault;
12. Ortsgericht in Laiz für die Gemeinde Laiz und die selbständige Gemarkung Waldung Nonnenhof;
13. Ortsgericht in Langenenslingen für die Gemeinden Billafingen und Langenenslingen;
14. Ortsgericht in Ober-Schmeien für die Gemeinden Ober-Schmeien und Unter-Schmeien;
15. Ortsgericht in Rosna für die Gemeinden Habsthal und Rosna;
16. Ortsgericht in Sigmaringendorf für die Gemeinde Sigmaringendorf und die selbständige Gemarkung Waldung Thiergarten b. Sigmaringen;
17. Ortsgericht in Vilsingen für die Gemeinde Vilsingen und die selbständige Gemarkung Fabrikort Thiergarten im Donauthal;

Bezirk des Amtsgerichts zu Wald:

18. Ortsgericht in Kalkreute für die Gemeinden Kalkreute und Spöck;
19. Ortsgericht in Kappel für die Gemeinden Glashütte, Kappel und Ottenswang;

20. Ortsgericht in Liggersdorf für die Gemeinden Liggersdorf und Selgetsweiler;
21. Ortsgericht in Rengetsweiler für die Gemeinden Dietershofen und Rengetsweiler;
22. Ortsgericht in Riedetsweiler für die Gemeinden Gaisweiler, Hippetsweiler, Riedetsweiler, Reischach und Rothenlachen;
23. Ortsgericht in Ringgenbach für die Gemeinden Igelswies und Ringgenbach;

Landgerichtsbezirk Limburg a. L.:

Bezirk des Amtsgerichts zu Braunfels:

24. Ortsgericht in Kraftsolms für die Gemeinden Kraftsolms und die Fürstl. Gemeinde Schwobacherhof;
25. Ortsgericht in Oberbiel für die Gemeinde Oberbiel und die Fürstl. Gemeinde Altenberg;

Bezirk des Amtsgerichts zu Diez:

26. Ortsgericht in Aull für die Gemeinden Aull und Hambach;
27. Ortsgericht in Balduinstein für die Gemeinden Balduinstein und Schaumburg;
28. Ortsgericht Dörnberg für die Gemeinden Dörnberg und Kalkofen;
29. Ortsgericht in Hahnstätten für die Gemeinden Hahnstätten und Schiesheim;
30. Ortsgericht in Isselbach für die Gemeinden Giershausen, Isselbach und Ruppenrod;

Bezirk des Amtsgerichts Ehringshausen:

31. Ortsgericht in Bermoll für die Gemeinden Bellersdorf und Bermoll;
32. Ortsgericht in Greifenstein für die Gemeinden Edingen und Greifenstein;
33. Ortsgericht in Katzenfurt für die Gemeinden Taubhausen-Greifenthal, Dillheim und Katzenfurt;
34. Ortsgericht in Kölschhausen für die Gemeinden Breitenbach, Dreisbach und Kölschhausen;
35. Ortsgericht in Oberlemp für die Gemeinden Bechlingen, Niederlemp und Oberlemp;
36. Ortsgericht in Ulm für die Fürstl. Gemeinde Heisterberg und die Gemeinden Holzhausen und Ulm;
37. Ortsgericht in Werdorf für die Gemeinden Berghausen und Werdorf;

Bezirk des Amtsgerichts zu Hadamar:

38. Ortsgericht in Mühlbach für die Gemeinden Mühlbach und Waldmannshausen;
39. Ortsgericht in Ober-Weyer für die Gemeinden Nieder-Weyer und Ober-Weyer;

Bezirk des Amtsgerichts zu Herborn:

40. Ortsgericht in Driedorf für die Gemeinden Driedorf und Heiligenborn;
41. Ortsgericht in Mademühlen für die Gemeinden Hohenroth und Mademühlen;
42. Ortsgericht in Tringenstein für die Gemeinden Tringenstein und Wallenfels;
43. Ortsgericht in Uckersdorf für die Gemeinden Amdorf und Uckersdorf;
44. Ortsgericht in Waldaubach für die Gemeinden Heisterberg und Waldaubach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Marienberg:

45. Ortsgericht in Enspel für die Gemeinden Enspel und Todtenberg;
46. Ortsgericht in Großseifen für die Gemeinden Eichenstruth und Großseifen;
47. Ortsgericht in Hinterkirchen für die Gemeinden Hinterkirchen, Hintermühlen und Hölzenhausen;
48. Ortsgericht in Stockum für die Gemeinden Püschen und Stockum;

Bezirk des Amtsgerichts zu Nassau:

49. Ortsgericht in Dienethal für die Gemeinden Dienethal und Misselberg;
50. Ortsgericht in Geisig für die Gemeinden Tessighofen und Geisig;

51. Ortsgericht in Hömberg für die Gemeinden Hömberg und Zimmerschied;
52. Ortsgericht in Schweighausen für die Gemeinden Oberwies und Schweighausen;

Bezirk des Amtsgerichts zu Rennerod:

53. Ortsgericht in Halbs für die Gemeinden Halbs, Hergenroth und Stahlhofen;
54. Ortsgericht in Löhmfeld für die Gemeinden Löhmfeld und Weisenberg;

Bezirk des Amtsgerichts zu Weilburg:

55. Ortsgericht in Weilmünster für die Gemeinden Audenschmiede, Lützendorf, Möttau und Weilmünster;

Bezirk des Amtsgerichts zu Wetzlar:

56. Ortsgericht in Großrechtenbach für die Gemeinden Großrechtenbach und Kleinrechtenbach;
57. Ortsgericht in Hohensolms für die Gemeinden Groß-Altenstädten, Hohensolms und die Fürstliche Gemeinde Hohensolms;
58. Ortsgericht in Krosdorf für die Gemeinden Krosdorf-Gleiberg und Wetzberg;
59. Ortsgericht in Mudersbach für die Gemeinden Ahrdt und Mudersbach;
60. Ortsgericht in Niederwetz für die Gemeinden Niederwetz und Oberwetz;
61. Ortsgericht in Volpertshausen für die Gemeinden Vollnkirchen, Volpertshausen und Weidenhausen;

Landgerichtsbezirk Neuwied:

Bezirk des Amtsgerichts zu Hachenburg:

62. Ortsgericht in Dreifelden für die Gemeinden Dreifelden und Schmidthahn;
63. Ortsgericht in Höchstenbach für die Gemeinden Höchstenbach und Welkenbach;
64. Ortsgericht in Kroppach für die Gemeinden Heuzert und Kroppach;
65. Ortsgericht in Lochum für die Gemeinden Linden und Lochum;
66. Ortsgericht in Nieder-Mörsbach für die Gemeinden Nieder-Mörsbach und Ober-Mörsbach;
67. Ortsgericht in Wahlrod für die Gemeinden Wahlrod und Winkelbach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Höhr-Grenzhausen:

68. Ortsgericht in Grenzau für die Gemeinden Grenzau und Kammerforst;

Bezirk des Amtsgerichts zu Montabaur:

69. Ortsgericht in Reckenthal für die Gemeinden Bladernheim, Reckenthal und Wirzenborn;
70. Ortsgericht in Stahlhofen für die Gemeinden Ettersdorf und Stahlhofen;

Bezirk des Amtsgerichts zu Selters:

71. Ortsgericht in Breitenau für die Gemeinden Breitenau und Oberhaid;
72. Ortsgericht in Freilingen für die Gemeinden Freilingen und Zürbach;
73. Ortsgericht in Marienrachdorf für die Gemeinden Krümel und Marienrachdorf;

Bezirk des Amtsgerichts zu Wallmerod:

74. Ortsgericht in Arnshöfen für die Gemeinden Arnshöfen und Kuhnhöfen;
75. Ortsgericht in Berod b. W. für die Gemeinden Berod b. W. und Zehnhausen b. W.;
76. Ortsgericht in Ewighausen für die Gemeinden Ewighausen und Niedersain;
77. Ortsgericht in Hahn b. W. für die Gemeinden Ettinghausen und Hahn b. W.;
78. Ortsgericht in Kölbingen für die Gemeinden Kölbingen und Sainscheid;
79. Ortsgericht in Meudt für die Gemeinden Ehringhausen, Eisen und Meudt;
80. Ortsgericht in Pütschbach für die Gemeinden Oberhausen und Pütschbach;
81. Ortsgericht in Weidenhahn für die Gemeinden Düringen und Weidenhahn;

Landgerichtsbezirk Wiesbaden:

Bezirk des Amtsgerichts zu Braubach:

82. Ortsgericht in Dachsenhausen für die Gemeinden Dachsenhausen, Hinterwald und Kehlbach;
83. Ortsgericht in Oberbachheim für die Gemeinden Oberbachheim und Winterwerb;

Bezirk des Amtsgerichts zu Idstein:

84. Ortsgericht in Dasbach für die Gemeinden Dasbach, Lenzhahn und Ober-Seelbach;
85. Ortsgericht in Ober-Auroff für die Gemeinden Ehrenbach, Kesselbach, Nieder-Auroff und Ober-Auroff;

Bezirk des Amtsgerichts zu Katzenelnbogen:

86. Ortsgericht in Herold für die Gemeinden Ergeshausen und Herold;
87. Ortsgericht in Klingelbach für die Gemeinden Ebertshausen und Klingelbach;
88. Ortsgericht in Ober-Fischbach für die Gemeinden Mittel-Fischbach und Ober-Fischbach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Langen-Schwalbach:

89. Ortsgericht in Dickschied für die Gemeinden Dickschied und Hilgenroth;
90. Ortsgericht in Grebenroth für die Gemeinden Grebenroth und Martenroth;
91. Ortsgericht in Kemel für die Gemeinden Kemel und Mappershain;
92. Ortsgericht in Nieder-Meilingen für die Gemeinden Nieder-Meilingen und Ober-Meilingen;
93. Ortsgericht in Springen für die Gemeinden Springen und Wisper;
94. Ortsgericht in Zorn für die Gemeinden Algenroth und Zorn;

Bezirk des Amtsgerichts zu Nastätten:

95. Ortsgericht in Diethardt für die Gemeinden Diethardt, Münchenroth und Weidenbach;
96. Ortsgericht in Marienfels für die Gemeinden Ehr und Marienfels;
97. Ortsgericht in Miehlen für die Gemeinden Miehlen und Pissighofen;

Bezirk des Amtsgerichts zu St. Goarshausen:

98. Ortsgericht in Wellmich für die Gemeinden Ehrenthal und Wellmich;

Bezirk des Amtsgerichts zu Usingen:

99. Ortsgericht in Alt-Weilnau für die Gemeinden Alt-Weilnau und Neu-Weilnau;
100. Ortsgericht in Brombach für die Gemeinden Brombach und Hundstall;
101. Ortsgericht in Eschbach für die Gemeinden Eschbach und Michelbach;
102. Ortsgericht in Espa für die Gemeinden Espa und Weiperfelden;
103. Ortsgericht in Finsternthal für die Gemeinden Finsternthal, Mauloff und Treisberg;
104. Ortsgericht in Grävenwiesbach für die Gemeinden Grävenwiesbach und Hasselborn;
105. Ortsgericht in Heinzenberg für die Gemeinden Heinzenberg und Winden;
106. Ortsgericht in Hundstadt für die Gemeinden Hundstadt und Wilhelmsdorf;
107. Ortsgericht in Rod a. d. Weil für die Gemeinden Cratzenbach und Rod a. d. Weil:

Bezirk des Amtsgerichts zu Wehen:

108. Ortsgericht in Born für die Gemeinden Born und Watzhahn;
109. Ortsgericht in Nieder-Libbach für die Gemeinden Hambach und Nieder-Libbach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Wiesbaden:

110. Ortsgericht in Frauenstein für die Gemeinden Frauenstein und Georgenborn;

Bezirk des Oberlandesgerichts Cassel.

Landgerichtsbezirk Marburg:

Bezirk des Amtsgerichts zu Battenberg:

111. Ortsgericht in Hatzfeld für die Gemeinden Biebighausen und Hatzfeld;

Bezirk des Amtsgerichts zu Biedenkopf:

112. Ortsgericht in Eckelshausen für die Gemeinden Eckelshausen und Katzenbach;

Bezirk des Amtsgerichts zu Gladenbach:

113. Ortsgericht in Bottenhorn für die Gemeinden Bottenhorn und Hülshof.

Allgemeine Verfügung vom 28. Dezember 1899 über das Verfahren und die Gebühren der Ortsgerichte in den Oberlandesgerichtsbezirken Frankfurt und Cassel.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Vorschriften.

§ 1. Der Vorsteher des Ortsgerichts leitet die Geschäfte.

Soweit zu den Geschäften Gerichtsmänner zuzuziehen sind, ordnet in Ermangelung einer abweichenden Bestimmung der Vorsteher an, wer zuzuziehen ist.

Der Vorsteher ernennt den Ortsgerichtsboten, wenn sich für die Anstellung eines solchen ein Bedürfnis ergiebt, und verpflichtet ihn mittelst Handschlags auf treue und gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten, insbesondere zu dienstlicher Verschwiegenheit.

Der Vorsteher eröffnet die eingehenden Schriftstücke und versieht sie mit dem Eingangsvermerke. Er sorgt für ihre Ordnung und, soweit sie im Besitze des Ortsgerichts verbleiben, für ihre Aufbewahrung.

---

§ 2. Sind im Voraus für das Jahr regelmäßige Geschäftstage bestimmt, so hat sie der Vorsteher öffentlich bekannt zu machen.

---

§ 3. Die Ortsgerichte sollen die ihnen zustehenden Verrichtungen nur innerhalb ihres Bezirkes vornehmen.

§ 4. Ein Ortsgerichtsvorsteher oder Gerichtsmann ist von der Teilnahme an den Verrichtungen des Ortsgerichts ausgeschlossen:

1. in Sachen, in denen er selbst beteiligt ist oder in denen er zu einem Beteiligten in dem Verhältnis eines Mitberechtigten oder Mitverpflichteten steht;
2. in Sachen seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. in Sachen einer Person, mit der er in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist;
4. in Sachen, in denen er als Bevollmächtigter eines Beteiligten bestellt oder als gesetzlicher Vertreter eines solchen (z. B. als Inhaber der elterlichen Gewalt, Vormund oder Pfleger) aufzutreten berechtigt ist.

Die Ablehnung eines Ortsgerichtsvorstehers oder Gerichtsmanns wegen Besorgnis der Befangenheit ist ausgeschlossen.

Eine Handlung des Ortsgerichts ist nicht aus dem Grunde unwirksam, weil ein Ortsgerichtsvorsteher oder Gerichtsmann

mitgewirkt hat, der nach Abs. 1 von der Teilnahme ausgeschlossen war.

§ 5. Soweit Gerichtsmänner mitzuwirken haben, werden die Beschlüsse in mündlicher Beratung nach Stimmenmehrheit gefaßt.

§ 6. Das Dienstsiegel des Ortsgerichts führt den Königlichen Adler im Felde mit der Umschrift „Das Ortsgericht N."

§ 7. Die von dem Ortsgerichte — dem Vorsteher oder den Gerichtsmännern, einzeln oder zusammen — abgefaßten Urkunden (Protokolle, Zeugnisse, Berichte) sollen die Angabe des Ortes und der Zeit der Abfassung enthalten und von den Mitwirkenden unter Beidrückung des Dienstsiegels unterschrieben werden..

§ 8. In den Protokollen sind die Personen, mit denen verhandelt wird, nach Vornamen und Familiennamen, Stand, Beruf und Wohnort und, soweit diese Angaben nicht thunlich oder nicht ausreichend sind, nach anderen die Personen deutlich kennzeichnenden Merkmalen zu bezeichnen.

Das Protokoll soll eine Angabe darüber enthalten, ob das Ortsgericht die Personen kennt oder, sofern dies nicht der Fall ist, in welcher Weise es sich Gewißheit über ihre Persönlichkeit verschafft hat.

§ 9. Das Protokoll soll den Beteiligten vorgelesen, von ihnen genehmigt und unterzeichnet werden. Im Protokolle soll festgestellt werden, daß dies geschehen ist. Unterbleibt die Unterzeichnung, so ist der Grund hiervon anzuführen. Das Protokoll soll den Beteiligten auf Verlangen auch zur Durchsicht vorgelegt werden.

§ 10. Treten bei einer Verhandlung Bevollmächtigte oder gesetzliche Vertreter auf, so ist zu prüfen, ob ihnen dazu die Befugnis zusteht. Vollmachten und andere übergebene Schriftstücke sind dem Protokolle beizufügen. Die Vorlegung sowie die Beifügung ist in dem Protokolle zu vermerken.

§ 11. Die Beurkundung oder Vornahme eines Rechtsgeschäfts ist zu unterlassen:

1. wenn das Geschäft gegen ein Strafgesetz verstößt;
2. wenn Wahrnehmungen gemacht werden, welche Zweifel darüber begründen, ob ein Beteiligter, mit dem das Rechtsgeschäft abgeschlossen werden soll, die zu dem Rechtsgeschäft erforderliche Geschäftsfähigkeit oder Einsicht besitzt, oder wenn sonstige Zweifel an der Gültigkeit des Geschäfts bestehen;
3. wenn ein Beteiligter erklärt, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, oder nach der Ueberzeugung des Ortsgerichts taub, blind, stumm oder sonst am Sprechen verhindert ist;
4. wenn sich sonst aus der Person der Beteiligten, aus ihrer Vertretung oder aus der Art des Geschäfts Schwierigkeiten oder Bedenken ergeben.

Ist der Auftrag vom Gericht erteilt, so hat das Ortsgericht diesem unter Angabe der Bedenken zu berichten.

§ 12. Ergeben sich bei einer anderen Verhandlung als bei der Beurkundung eines Rechtsgeschäfts, insbesondere bei der Sicherung eines Nachlasses oder bei der Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses, Zweifel, ob eine Person, mit der verhandelt werden soll, die erforderliche Geschäftsfähigkeit oder Einsicht besitzt, oder erklärt sie, der deutschen Sprache nicht mächtig zu sein, oder ist sie nach der Ueberzeugung des Ortsgerichts taub, blind, stumm oder sonst am Sprechen verhindert, so ist in das Protokoll ein Vermerk darüber aufzunehmen.

§ 13. Eine aufgenommene Urkunde ist, wenn die Aufnahme ohne Auftrag des Amtsgerichts oder einer anderen Behörde oder auf Grund eines allgemeinen Auftrags des Amtsgerichts erfolgt ist, in Urschrift an den Antragsteller herauszugeben, anderenfalls der Behörde, die den Auftrag zur Vornahme des Geschäfts erteilt hat, zu überreichen. Der Antragsteller kann verlangen, daß die Urkunde für ihn einer Behörde übersandt wird.

Von der Urkunde ist eine einfache oder beglaubigte Abschrift im Falle des Bedürfnisses für das Ortsgericht sowie auf Antrag für die Beteiligten zu fertigen. Die Beglaubigung einer Abschrift geschieht

durch den von dem Ortsgerichtsvorsteher darauf zu setzenden Vermerk:

Die Uebereinstimmung der vorstehenden Abschrift mit der Urschrift wird bescheinigt.

(Ort und Tag) Das Ortsgericht.
(Siegel des Ortsgerichts) (Unterschrift) Ortsgerichtsvorsteher.

---

§ 14. Mündliche oder schriftliche Mitteilungen, insbesondere Ladungen, erfolgen am Sitze des Ortsgerichts oder an einem leicht erreichbaren anderen Orte, auch wenn dieser dem Bezirke des Ortsgerichts nicht angehört, durch ein Mitglied des Ortsgerichts, den Ortsgerichtsboten oder einen anderen zuverlässigen Boten. Wird die Person, an welche die Mitteilung erfolgen soll, in ihrer Wohnung nicht angetroffen, so kann, vorbehaltlich der Vorschriften des § 87, die Mitteilung in der Wohnung an einen zu der Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person erfolgen.

Im übrigen erfolgen Mitteilungen im Wege der Uebersendung durch die Post.

Soll ein Nachweis über die Mitteilung erbracht werden, so ist im Falle des Abs. 1 von dem Beamten zu bescheinigen, an welchem Orte, zu welcher Zeit und an wen die Mitteilung erfolgt ist, und im Falle des Abs. 2 die Postsendung mit der Bezeichnung „Einschreiben" zu versehen.

---

§ 15. Die Abänderung einer Anordnung des Ortsgerichts ist bei dem Amtsgerichte nachzusuchen.

Zweiter Abschnitt.

Besondere Vorschriften.

Erster Titel.

Sicherung eines Nachlasses.

§ 16. Das Ortsgericht hat, soweit nach den Umständen ein Bedürfnis besteht, für die Sicherung eines in seinem Bezirke befindlichen Nachlasses zu sorgen:

1. wenn der Erbe unbekannt ist;
2. wenn die Erbschaft noch nicht angenommen ist;
3. wenn ungewiß ist, ob der Erbe die Erbschaft angenommen hat.

---

§ 17. Erachtet der Ortsgerichtvorsteher die Vornahme von Sicherungsmaßregeln für erforderlich, so hat er als Gehilfen einen Gerichtsmann zuzuziehen, der in der Gemeinde, in welcher die Maßregeln vorzunehmen sind, wohnt oder sonst leicht erreichbar und geeignet ist.

Zu der Ausführung der Sicherungsmaßregeln sind ferner die am Orte anwesenden Erben und Verwandten des Erblassers und, falls keine Erben oder Verwandte anwesend sind, andere geeignete Auskunftspersonen zuzuziehen.

Ueber die getroffenen Maßregeln ist ein Protokoll aufzunehmen (§ 27).

---

§ 18. Welche Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses zu ergreifen sind, entscheidet das Ortsgericht nach den Umständen des Falles.

Das Ortsgericht kann insbesondere Siegel anlegen, Geld, Wertpapiere und Kostbarkeiten an sich nehmen, ein Nachlaßverzeichnis aufnehmen und dem Nachlaß einen Aufseher bestellen.

Zur Bestellung eines Nachlaßpflegers ist das Ortsgericht nicht befugt.

---

§ 19. Verfügungen von Todeswegen, die bei der Ausführung einer Sicherungsmaßregel im Nachlasse vorgefunden werden, hat das Ortsgericht in jedem Falle an sich zu nehmen und unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

In gleicher Weise ist regelmäßig mit vorgefundenem Gelde, Wertpapieren und anderen wertvollen oder wichtigen Urkunden so wie mit Kostbarkeiten zu verfahren. Nur aus besonderen Gründen und wenn die Sicherheit eine genügende ist, können sie unter gehöriger Aufsicht in der Sterbewohnung belassen werden.

Die in den Abs. 1, 2 bezeichneten Urkunden und Gegenstände sind in dem Pro-

tokoll einzeln zu verzeichnen, die Wertpapiere mit Angabe des Nennwerts. Sind die Wertpapiere mit Buchstaben und Nummern versehen, so sind auch diese zu vermerken. Sind Erneuerungsscheine vorhanden, so ist dies anzugeben. Auch ist anzugeben, von welcher Zeit an die vorhandenen Zins- und Gewinnanteilscheine laufen.

§ 20. Für das Verfahren bei der Siegelung eines Nachlasses sind neben den Vorschriften des § 19 die Vorschriften der §§ 21 bis 25 maßgebend.

§ 21. Bewegliche leblose Sachen sind, soweit sie nicht unter den § 19 fallen, thunlichst in verschließbaren Räumen oder Behältnissen unterzubringen. Die Thüren dieser Räume sowie die Behältnisse sind zu verschließen und unter Verwendung von Papierstreifen, Leinwandstreifen, Bindfaden oder in anderer Weise mit dem Dienstsiegel so zu versiegeln, daß sie ohne Verletzung des Verschlusses nicht eröffnet werden können; Fenster sind zu schließen und nötigenfalls in gleicher Weise zu versiegeln.

Die Zahl der Siegel und die Stellen, wo sie angelegt sind, sind im Protokoll anzugeben. Die Schlüssel hat das Ortsgericht mit einem Merkzeichen zu versehen und entweder an sich zu nehmen oder sonst sicher unterzubringen; ihre Zahl sowie die Art ihrer Verwahrung ist im Protokolle zu vermerken. Das Ortsgericht hat die Anwesenden darauf hinzuweisen, daß sie sich jeder Beschädigung und der Ablösung der angelegten Siegel bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen zu enthalten haben.

Räume, deren Weiterbenutzung nicht entbehrt werden kann, sind offen zu halten.

§ 22. Den Erben, den Verwandten des Erblassers oder einer geeigneten anderen Person kann vorgefundenes Geld zur Besorgung des Begräbnisses und zur einstweiligen Fortführung des Haushalts, der Landwirtschaft oder des Gewerbes gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt werden. Auch können ihnen sonstige zu diesen Zwecken notwendige Sachen übergeben werden.

§ 23. Hat der Erblasser Landwirtschaft oder ein Gewerbe betrieben und erscheint die Fortführung des Betriebs angezeigt und ohne Gefährdung des Nachlasses möglich, so ist das hierzu Erforderliche anzuordnen und die Siegelung insoweit zu beschränken, daß der weitere Betrieb stattfinden kann.

§ 24. Die außer Siegelung gelassenen Gegenstände sind zu verzeichnen, es sei denn, daß bei einzelnen von ihnen eine Sicherung aus besonderen Gründen entbehrlich ist. In dem Verzeichnis ist der Wert der einzelnen Gegenstände anzugeben, soweit dies zur Feststellung angemessen erscheint.

Einzelne Nachlaßsachen, insbesondere Tiere, können einem Dritten zur Obhut anvertraut oder bei dringender Gefahr des Verderbens veräußert werden; der Erlös ist unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

§ 25. Nötigenfalls ist zur Sicherung des Nachlasses ein Aufseher zu bestellen.

§ 26. Werden in dem Nachlaß eines Beamten bei der Ausführung einer Sicherungsmaßregel amtliche Akten oder sonstige Sachen, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, vorgefunden, so ist dies im Protokolle besonders zu vermerken. Das Ortsgericht hat Sicherungsmaßregeln in Bezug auf diese Sachen nicht vorzunehmen, wenn die Behörde, welcher der Verstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde für die Sicherung der Sachen sorgt. Die Vorschriften über den Nachlaß von Beamten finden auch Anwendung auf den Nachlaß von Offizieren des Heeres und der Marine.

§ 27. Das über die Maßnahmen des Ortsgerichts aufgenommene Protokoll soll die Thatsachen angeben, welche die Sicherung des Nachlasses veranlaßt haben.

Das Protokoll braucht nicht im ganzen vorgelesen zu werden. Von den Personen, mit denen verhandelt ist, brauchen nur der bestellte Aufseher und diejenigen Personen zu unterzeichnen, welchen Nachlaßsachen, die außer Siegelung geblieben sind, anvertraut sind; die Unterzeichnung kann in oder unter dem Protokoll erfolgen.

Das Protokoll ist unverzüglich dem Amtsgericht einzureichen.

---

§ 28. Soweit die Feststellung bei der Sicherung des Nachlasses möglich gewesen ist, ist sogleich in dem Protokoll Auskunft zu geben oder thunlichst bald vom Ortsgerichtsvorsteher dem Amtsgerichte zu berichten:

1. über den Zeitpunkt des Todes des Erblassers;
2. über Verfügungen von Todeswegen, die der Erblasser hinterlassen hat, und den Ort ihrer Verwahrung;
3. über die Familienverhältnisse des Erblassers. Behufs der Ermittelung der Erben ist der etwa überlebende Ehegatte (Bürgerliches Gesetzbuch § 1931) zu bezeichnen; ferner sind die Abkömmlinge des Erblassers (Bürgerliches Gesetzbuch § 1924), in deren Ermangelung seine Eltern und deren Abkömmlinge (Bürgerliches Gesetzbuch § 1925) und, falls auch solche nicht vorhanden sind, die Großeltern des Erblassers und deren Abkömmlinge (Bürgerliches Gesetzbuch § 1926) zu benennen;
4. über Vormundschaften, Pflegschaften, Beistandsschaften, die der Erblasser geführt hat.

---

§ 29. Hat der Ortsgerichtsvorsteher von Sicherungsmaßregeln Abstand genommen, weil er sie nicht für erforderlich hält, bestehen aber Zweifel darüber, ob sie erforderlich sind, so hat er dem Amtsgerichte den Sachverhalt unverzüglich anzuzeigen, auch, soweit thunlich, den im § 28 vorgeschriebenen Bericht zu erstatten.

---

§ 30. Die Vorschriften dieses Titels finden entsprechende Anwendung, wenn das Ortsgericht mit der Ausführung von Maßregeln zur Sicherung eines Nachlasses von dem Amtsgerichte beauftragt wird und das Amtsgericht nicht abweichende Bestimmungen trifft.

---

§ 31. Der Ortsgerichtsvorsteher hat die ohne Auftrag des Amtsgerichts getroffenen Sicherungsmaßregeln aufzuheben, sobald sie nicht mehr erforderlich erscheinen. Bei der Aufhebung hat er entsprechend der Vorschrift des § 17 Abs. 1 einen Gerichtsmann als Gehilfen zuzuziehen. Die Abnahme angelegter Siegel soll in der Regel nur auf Anordnung des Amtsgerichts erfolgen.

Auch über die Aufhebung der Sicherungsmaßregeln, insbesondere über die Abnahme der Siegel, ist ein Protokoll aufzunehmen und dem Amtsgericht unverzüglich einzureichen.

Bei der Abnahme der Siegel ist zu untersuchen, ob die in dem Siegelungsprotokoll angegebenen Siegel noch vorhanden und unverletzt sind. Der Befund ist in dem nach Abs. 2 aufzunehmenden Protokolle festzustellen.

Zweiter Titel.

Aufnahme von Vermögensverzeichnissen.

§ 32. Bei der Erteilung des Auftrags zur Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses, insbesondere eines Nachlaßinventars, bestimmt das Amtsgericht oder im Falle des § 20 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896 (Gesetz-Samml. S. 124) die Generalkommission, in welcher Art und in welchem Umfange das Verzeichnis aufzunehmen ist und welche Personen bei der Aufnahme zuzuziehen sind.

Im Uebrigen sind, sofern nicht in dem Auftrag, insbesondere in Bezug auf die Angabe des Wertes und der Verbindlichkeiten, abweichende Bestimmungen getroffen sind, die nachstehenden Vorschriften zu beobachten.

---

§ 33. Das Ortsgericht (der Vorsteher und zwei Gerichtsmänner) hat die Vermögensgegenstände und die Verbindlichkeiten nach folgenden Titeln zu verzeichnen:

1. Grundstücke;
2. Geld, mit Einschluß des Papiergeldes, Banknoten;
3. Wertpapiere;
4. Forderungen, mit Einschluß der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen;

5. Gegenstände aus Edelmetall, Juwelen und sonstige Kostbarkeiten;
6. Kunstgegenstände, soweit sie nicht unter Titel 5 fallen, Bilder, Uhren;
7. Möbel, Vorhänge, Teppiche, Decken;
8. Porzellan, Steingut, Glassachen;
9. zur Hauswirtschaft bestimmte Geräte aus unedlem Metalle, Holz, Stein und anderen Stoffen;
10. Leinen, Wäsche mit Ausnahme der Leibwäsche, und Betten;
11. Leibwäsche und Kleidungsstücke;
12. Bücher, Landkarten, Schriften;
13. Instrumente, Waffen;
14. Handwerkszeug, Maschinen und sonstige zu landwirtschaftlichem oder gewerblichem Betriebe bestimmte Geräte;
15. Fahrzeuge und Geschirr;
16. Tiere;
17. Vorräte zum Verbrauch in der Hauswirtschaft;
18. Warenvorräte, landwirtschaftliche oder gewerbliche Vorräte;
19. sonstige Sachen und Rechte;
20. Verbindlichkeiten.

---

§ 34. Ob in Ansehung der Titel 1, 2, 3, 4 und 20 etwas vorhanden ist oder nicht, ist immer zu vermerken. Im Uebrigen können die Titel, bei denen nichts zu verzeichnen ist, ausgelassen werden.

Grundstücke sind, soweit thunlich, nach ihrer Bezeichnung in den öffentlichen Büchern aufzuführen; in der Regel ist ein Auszug aus den letzteren zu beschaffen.

Die Verzeichnung der Wertpapiere erfolgt nach Maßgabe des § 19 Abs. 3.

Bei verzinslichen Forderungen sind der Zinssatz, die Zinstermine und der Betrag der Zinsrückstände anzugeben. Urkunden, durch welche Vermögensrechte nachgewiesen werden, z. B. Sparkassenbücher, Schuldscheine, Versicherungspolicen, Pfandscheine, sind bei den Posten aufzuführen, zu welchen sie gehören. Sind die Forderungen oder Schulden in einem öffentlichen Buche, insbesondere in einem Grundbuch, eingetragen, so ist, falls nicht die Feststellung zu unverhältnismäßigen Weiterungen führt, die Stelle des öffentlichen Buches zu bezeichnen.

Zubehörstücke sind als solche zu kennzeichnen.

---

§ 35. In einer besonderen Spalte ist der Wert der Gegenstände anzugeben. Soweit es zur Bestimmung des Wertes erforderlich ist, sind die Gegenstände zu beschreiben. Ist eine besondere Taxe aufgenommen, so ist der Taxwert anzugeben.

Die Gesamtsummen der einzelnen Titel 1 bis 19 sind zusammenzuzählen; von dem Betrag ist die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten (Titel 20) abzuziehen.

---

§ 36. Das Ortsgericht hat bei der Aufnahme des Verzeichnisses darauf hinzuwirken, daß die Beteiligten über das Vermögen, insbesondere über die Forderungen und Verbindlichkeiten, richtige und vollständige Erklärungen abgeben. Die beweglichen Sachen hat sich das Ortsgericht vorzeigen zu lassen.

---

§ 37. Wird von den Beteiligten eine Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Verzeichnisses abgegeben, so ist diese Erklärung von dem Ortsgerichte zu beurkunden.

---

§ 38. Besteht das zu verzeichnende Vermögen aus mehreren zu trennenden oder zu teilenden Vermögensmassen, so ist bei der Verzeichnung unter besonderen Spalten zugleich die Zugehörigkeit der einzelnen Gegenstände ersichtlich zu machen oder es ist für jede Masse ein Sonderverzeichnis zu fertigen. Die Forderungen und Verbindlichkeiten, die in Ansehung des Verhältnisses der Vermögensmassen zu einander bestehen, sind in jedem Falle gesondert zu verzeichnen.

---

§ 39. Ueber die Aufnahme des Verzeichnisses ist ein Protokoll zu errichten. Als Anlage ist der Auszug aus den öffentlichen Büchern (Grundbüchern 2c.) und, falls ein Beteiligter den Zustand oder den Wert einer Sache durch Sachverständige hat feststellen lassen, die darüber aufgenommene Urkunde dem Protokolle beizufügen.

Im Protokolle brauchen die vorgefundenen Vermögensgegenstände nicht nach den im § 33 angegebenen Titeln aufgeführt zu werden. Es genügt die Angabe, welche Gegenstände in den einzelnen Räumen und Behältnissen vorgefunden sind; auf Grund des Protokolls ist alsdann das Verzeichnis gemäß § 33 aufzustellen.

---

§ 40. Wird ein Nachlaßinventar aufgenommen, so ist für die Verzeichnung der Bestand sowie der Wert zur Zeit des Todes des Erblassers maßgebend. Inzwischen eingetretene Veränderungen sind nachrichtlich zu vermerken.

Dritter Titel.

Mitwirkung bei Teilungen, Auseinandersetzungen, Vermögensübergaben, Ehe- und Erbverträgen.

I. Anträge auf Vermittelung von Auseinandersetzungen durch das Amtsgericht.

§ 41. Will ein Beteiligter beantragen, daß das Amtsgericht die Auseinandersetzung über einen Nachlaß vermittele, so ist der Antrag von dem Ortsgerichte (dem Ortsgerichtsvorsteher) auf Verlangen zu Protokoll zu nehmen.

Zu dem Antrage sind zuzulassen jeder Miterbe, der Erwerber eines Erbteils sowie derjenige, welchem ein Pfandrecht oder ein Nießbrauch an einem Erbteile zusteht.

Der Antragsteller hat anzugeben, auf welche Thatsachen er sein Antragsrecht gründet, wo der Erblasser zur Zeit seines Todes seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen Aufenthalt gehabt hat, wo sich der Nachlaß befindet und worin er besteht, sowie ob eine Verfügung von Todeswegen vorhanden ist. Er hat ferner Vornamen und Familiennamen, Beruf und Wohnort der übrigen Antragsberechtigten und der sonstigen Beteiligten anzugeben. Zugleich hat er die in seinem Besitze befindlichen, zum Ausweise seiner Angaben dienenden Urkunden zu überreichen. Das Protokoll mit Anlagen ist dem zuständigen Amtsgerichte zu übersenden.

In den Fällen des § 11 ist die Aufnahme des Antrags zu unterlassen.

---

§ 42. Auf den Antrag auf Vermittelung der Auseinandersetzung einer ehelichen oder einer fortgesetzten Gütergemeinschaft finden die Vorschriften des § 41 entsprechende Anwendung. An die Stelle des Nachlasses tritt das Gesamtgut. Der Antragsteller ist insbesondere darüber zu hören, ob ein Anteil an dem Gesamtgute zu einem Nachlasse gehört. Ist dies nicht der Fall, so hat er anzugeben, wo der Ehemann oder bei einer fortgesetzten Gütergemeinschaft der überlebende Ehegatte zur Zeit der Beendigung der Gütergemeinschaft seinen Wohnsitz oder in Ermangelung eines inländischen Wohnsitzes seinen Aufenthalt gehabt hat.

II. Vorbereitung von Teilungen, Vermögensübergabe-, Ehe- und Erbverträgen.

§ 43. Beantragt ein Beteiligter die Vorbereitung einer Teilung, so sind zur Verhandlung vor dem Ortsgerichte (dem Ortsgerichtsvorsteher und zwei Gerichtsmänner) die übrigen Beteiligten, soweit sie erreichbar sind, zuzuziehen.

In der Verhandlung sind alle Punkte festzustellen, die für die Durchführung der Teilung erheblich sind, insbesondere sind Name, Beruf und Wohnort der sämtlichen Teilungsberechtigten, die Teilungsmasse und die Art und Weise, in welcher nach der Vereinbarung der Erschienenen die Teilung erfolgen soll, unter Berücksichtigung der von den einzelnen Beteiligten etwa zu übernehmenden Verbindlichkeiten zu ermitteln.

Geeignetenfalls kann das Ortsgericht nach Vernehmung der Erschienenen Vermögensgegenstände in Lose bringen und, sofern alle Beteiligten damit einverstanden sind, die Lose durch eines seiner Mitglieder oder durch die Beteiligten selbst ziehen lassen.

Ueber das Ergebnis der Verhandlung ist ein Protokoll aufzunehmen.

In den Fällen des § 11 ist die Verhandlung zu unterlassen.

---

§ 44. Wird die Vorbereitung eines Vertrags, durch welchen Eltern ihr Vermögen den Kindern übergeben, oder eines Ehe- oder Erbvertrags beantragt, so finden die Vorschriften des § 43 entsprechende

Anwendung. Bei Vermögensübergaben ist insbesondere auf eine genaue Bestimmung der Rechte und Sicherungen, welche sich der Uebergeber vorbehalten will, und auf Feststellung der Schulden zu achten, für welche nach § 419 des Bürgerlichen Gesetzbuchs der Uebernehmer haftet.

III. Unterstützung der Gerichte bei Teilungen, Auseinandersetzungen und Uebergaben.

§ 45. Nimmt ein Gericht bei der Beurkundung von Teilungen oder Uebergabeverträgen oder bei der Vermittelung von Auseinandersetzungen die Unterstützung des Ortsgerichts in Anspruch, so bestimmt sich die Thätigkeit des Ortsgerichts nach den Anweisungen des ersuchenden Gerichts. Soweit dieses keine Anweisung erteilt hat, kommen die Vorschriften zur Anwendung, welche gelten, wenn der Antrag unmittelbar von einem Beteiligten gestellt ist.

Vierter Titel.

Freiwillige öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen.

I. Allgemeine Vorschriften.

§ 46. Freiwillige öffentliche Versteigerungen beweglicher Sachen soll das Ortsgericht (der Ortsgerichtsvorsteher) auf unmittelbaren Antrag eines Beteiligten nur vornehmen, soweit es vom Amtsgerichte mit der Vornahme solcher Versteigerungen allgemein beauftragt ist.

Der Antrag ist abzulehnen, wenn gegen die Befugnis des Antragstellers, über die Sache zu verfügen, Bedenken vorliegen oder wenn der Verdacht besteht, daß die Form der Versteigerung zur Verdeckung unlauterer Absichten, insbesondere zur Umgehung der den Gewerbebetrieb oder die Gewerbesteuer betreffenden Vorschriften, z. B. des Gesetzes, betreffend die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs, vom 27. Februar 1880 (Gesetz-Samml. S. 174), oder der Vorschriften über den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus (Gewerbeordnung § 33), benutzt werden soll, oder wenn bei Ausverkäufen der Verdacht einer unrichtigen Angabe über den Anlaß und den Zweck des Verkaufs besteht (Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896, Reichs-Gesetzbl. S. 145, § 1 Abs. 1).

§ 47. In welcher Weise die Versteigerung zu bewirken ist (Zeit und Ort der Versteigerung, Art der Bekanntmachung, etwaige Abschätzung der Sachen, Benachrichtigung der Beteiligten, Versteigerungsbedingungen, Aushändigung des Erlöses u. dergl.), richtet sich nach den Bestimmungen des Amtsgerichts und, soweit solche nicht getroffen sind, nach denen des Antragstellers. Soweit weder das Amtsgericht noch der Antragsteller Bestimmungen getroffen hat, sind dafür die Vorschriften der §§ 49 bis 51, 56 maßgebend.

Die Versteigerung soll in einem zu Versteigerungen bestimmten oder geeigneten Raume, erforderlichenfalls an Ort und Stelle, abgehalten werden. In Wirtshäusern darf die Versteigerung nur stattfinden, wenn ein anderer geeigneter Raum nicht vorhanden ist. Das Ortsgericht hat darauf zu sehen, daß während des Versteigerungsgeschäfts geistige Getränke nicht verabfolgt werden.

§ 48. Vor der Versteigerung hat das Ortsgericht die Sachen unter fortlaufenden Nummern, nötigenfalls unter Angabe des Gewichts, des Maßes oder der Zahl, zu verzeichnen. Ist ein Verzeichnis dem Auftrage des Amtsgerichts beigefügt oder von dem Antragsteller übergeben, so hat das Ortsgericht seine Richtigkeit zu prüfen und zu bescheinigen. Die Aufstellung eines Verzeichnisses kann unterbleiben, wenn der Antragsteller die Sachen im Besitze behält und auf die Anfertigung des Verzeichnisses verzichtet.

Werden die Sachen dem Ortsgerichte behufs Verwahrung bis zum Versteigerungstermin übergeben, so ist darüber ein Protokoll aufzunehmen, welches ein Verzeichnis der Sachen enthält.

Erfolgt eine Abschätzung, so ist in dem

Verzeichnisse bei den einzelnen Sachen ihr Schätzungswert zu vermerken. Das Gleiche gilt von dem Gold- oder Silberwerte, wenn er festgestellt ist.

§ 49. Der Versteigerungstermin ist so zu bestimmen, daß er der Beschaffenheit und dem Werte der Sachen entsprechend öffentlich bekannt gemacht werden kann. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Anschlag, Einrückung in eine oder mehrere Zeitungen u. dergl.).

Die Bekanntmachung hat insbesondere zu enthalten:

1. eine allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Gegenstände (Möbel, Betten, Kleidungsstücke u. dergl.) unter Hervorhebung besonders wertvoller Sachen;
2. die Angabe des Ortes, des Tages und der Stunde der Versteigerung.

§ 50. Der Versteigerungstermin ist dem Antragsteller und der zur Erhebung des Kaufpreises etwa bestellten Person rechtzeitig mitzuteilen. Dem Antragsteller sind auf Verlangen auch die Versteigerungsbedingungen bekannt zu geben.

§ 51. In die Versteigerungsbedingungen ist aufzunehmen:

1. daß die Uebergabe der zugeschlagenen Sache gegen sofortige bare Zahlung geschehe;
2. daß der Meistbietende, wenn er nicht zu der in den Versteigerungsbedingungen bestimmten Zeit oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung vor dem Schlusse des Versteigerungstermins die Uebergabe gegen bare Zahlung verlange, seiner Rechte aus dem Zuschlage verlustig gehe und bei einer anderweitigen Versteigerung der Sache zum Mitbieten nicht zugelassen werde, jedoch für den Ausfall zu haften habe.

§ 52. Im Termine sind zunächst die Versteigerungsbedingungen bekannt zu machen. Demnächst ist zum Bieten aufzufordern. Die einzelnen Stücke sind thunlichst in der Reihenfolge des Verzeichnisses auszurufen und den Kauflustigen zur Besichtigung vorzuzeigen. Der etwa ermittelte Schätzungs-, Gold- oder Silberwert ist bei dem ersten Aufrufe mitzuteilen. Dem Zuschlage soll ein dreimaliger Aufruf vorangehen.

§ 53. Die versteigernden Beamten und die von ihnen etwa zugezogenen Gehilfen dürfen die zum Verkaufe gestellten Sachen weder für sich, sei es persönlich oder durch einen anderen, noch als Vertreter eines anderen kaufen. Die versteigernden Beamten dürfen auch nicht zulassen, daß ihre Angehörigen (§ 4 Nr. 2, 3) mitbieten.

Den versteigernden Beamten ist nicht gestattet, die Gewähr für den Eingang des Kaufpreises zu übernehmen.

§ 54. Das Protokoll über die Versteigerung soll außer den in den §§ 7 bis 10 vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. den Namen des Antragstellers oder die Bezeichnung des vom Amtsgericht erteilten besonderen Auftrags;
2. die Angabe, in welcher Weise die Bekanntmachung des Termins erfolgt ist;
3. die Versteigerungsbedingungen;
4. den Hergang der Versteigerung nach § 52;
5. in Ansehung jeder Sache oder der zusammen ausgebotenen Sachen Gebot und Namen des Meistbietenden und die Angabe, ob die Uebergabe sowie die Zahlung geschehen ist;
6. die Maßnahmen, die bei ausgebliebener Zahlung getroffen sind.

Ist der Zuschlag an einen anderen als den Meistbietenden erteilt, so ist gemäß der Nr. 5 das Gebot sowie der Name desjenigen zu verzeichnen, welcher den Zuschlag erhält. Wird der Zuschlag nicht im Termin erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen anzugeben, welcher an sein Gebot gebunden bleibt.

Der Verzeichnung der Gebote anderer als derjenigen, welche den Zuschlag erhalten oder an ihr Gebot gebunden bleiben, bedarf es nicht. Doch sind zurückgewiesene Gebote und der Grund der Zurückweisung anzugeben.

§ 55. Das Protokoll braucht nicht im Ganzen vorgelesen zu werden. Von den Bietern brauchen nur diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, und in dem Falle, daß der Zuschlag im Termine nicht erteilt

ist, diejenigen, welche an ihr Gebot gebunden bleiben, in oder unter dem Protokolle zu unterschreiben oder ihr Handzeichen beizufügen.

Entfernt sich ein Beteiligter, bevor er unterschrieben oder ein Handzeichen gemacht hat, oder kann ein Beteiligter nicht schreiben und auch kein Handzeichen beifügen oder wird die Unterzeichnung verweigert, so ist der Grund anzugeben, aus welchem die Unterzeichnung unterblieben ist.

Die Belege über die Terminsbekanntmachung sind dem Protokoll als Anlage beizufügen.

---

§ 56. Der Erlös ist dem Antragsteller oder der mit der Erhebung des Kaufpreises beauftragten Person auszuhändigen. Von dem Erlöse sind die Gebühren und die Auslagen, mit Einschluß des erforderlichen Stempels, abzuziehen.

II. Besondere Vorschriften.

§ 57. Beantragt ein Pfandgläubiger, weil er sich im Wege des Pfandverkaufs befriedigen will (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1228 bis 1249), die Versteigerung des Pfandes, so hat sich das Ortsgericht zu vergewissern, daß die Androhung des Verkaufs erfolgt oder unthunlich ist, und daß die bei dem Verkauf einzuhaltende Frist gewahrt wird (Bürgerliches Gesetzbuch § 1234).

---

§ 58. Hat das Pfand einen Gold- oder Silberwert, so muß dieser, erforderlichenfalls mit Hilfe eines Sachkundigen, festgestellt und in dem Verzeichnisse (§ 48) angegeben werden.

In der Bekanntmachung des Versteigerungstermins ist ersichtlich zu machen, daß es sich um einen Pfandverkauf handelt. Die Namen des Pfandgläubigers und des Verpfänders sind wegzulassen.

Von dem Versteigerungstermine sind, sofern dies nicht durch den Antragsteller bereits geschehen ist, nach näherer Bestimmung des Antragstellers thunlichst auch der Eigentümer des Pfandes und Dritte, denen Rechte an dem Pfande zustehen, besonders zu benachrichtigen. Ueber die Benachrichtigung ist, falls der Antragsteller nicht ein anderes bestimmt, ein Nachweis zu erbringen (§ 14 Abs. 3).

Die Versteigerung erfolgt an dem Orte, an dem das Pfand aufbewahrt wird, es sei denn, daß dort ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten ist.

---

§ 59. Bei der Versteigerung ist das Pfand ausdrücklich als solches zu bezeichnen.

Es darf nur mit der Bestimmung verkauft werden, daß der Käufer den Kaufpreis sofort bar zu entrichten habe und seiner Rechte verlustig sein solle, wenn dies nicht geschieht; unterbleibt die sofortige Entrichtung des Kaufpreises, so kann sogleich die Wiederversteigerung zu Lasten des Erstehers vorgenommen werden.

---

§ 60. Das Gebot des Eigentümers sowie, wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, das Gebot des Schuldners ist, sofern nicht der Antragsteller ein anderes bestimmt, zurückzuweisen, wenn nicht der gebotene Betrag sogleich bar erlegt wird.

Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerte zugeschlagen werden.

---

§ 61. Die Vorschrift des § 59 Abs. 2 greift nicht Platz, wenn der Zuschlag dem Antragsteller erteilt wird. Das Ortsgericht braucht an ihn die Sachen nur herauszugeben, wenn der Betrag der Gebühren und Auslagen, mit Einschluß des erforderlichen Stempels, bar erlegt wird.

---

§ 62. Die Versteigerung ist einzustellen, sobald der Erlös zur Befriedigung des Antragstellers und zur Deckung der Kosten hinreicht. Das Ortsgericht hat deshalb die bereits erzielten Erlöse von Zeit zu Zeit zusammenzurechnen.

---

§ 63. Das Protokoll soll außer den durch die §§ 7 bis 10, 54, 55 vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. die Angabe, aus welchem gesetzlichen Grunde die Versteigerung erfolgt;
2. den Namen des Eigentümers des Pfandes; wenn ein Pfand für eine

fremde Schuld haftet, auch den Namen des Schuldners;
3. den Betrag der Forderung und der Kosten, wegen dessen der Gläubiger aus dem Pfande seine Befriedigung sucht;
4. den festgestellten Gold- oder Silberwert.

In dem Versteigerungsprotokoll ist hervorzuheben, daß das Pfand bei der Versteigerung als solches bezeichnet ist.

§ 64. Beantragt ein Pfandgläubiger die Versteigerung des Pfandes, weil er durch dessen drohenden Verderb oder durch eine zu besorgende wesentliche Minderung des Wertes seine Sicherheit für gefährdet erachtet (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1219, 1220), so finden die Vorschriften des § 57 und des § 63 Abs. 1 Nr. 1, 2, Abs. 2 entsprechende Anwendung.

§ 65. Beantragt ein Pfandgläubiger Sachen, die einen Marktpreis haben, oder Gold- oder Silbersachen, deren Versteigerung fruchtlos versucht worden ist, freihändig zu verkaufen (Bürgerliches Gesetzbuch § 1221, § 1235 Abs. 2, § 1240 Abs. 2), so ist ein Verzeichnis der Sachen nach den Vorschriften des § 48 und des § 58 Abs. 1 aufzunehmen. Bei dem Verkauf ist das Pfand ausdrücklich als solches zu bezeichnen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem festgestellten Gold- oder Silberwerte verkauft werden. Im Uebrigen ist der Verkauf zum laufenden Preise zu bewirken. Die Uebergabe an den Käufer darf nur gegen bare Zahlung geschehen.

Auf das Verkaufsprotokoll finden die Vorschriften des § 63 entsprechende Anwendung.

§ 66. Die Vorschriften der §§ 57 bis 63, 65 finden entsprechende Anwendung, wenn die Versteigerung oder der freihändige Verkauf zwecks Aufhebung einer Gemeinschaft oder zwecks Auseinandersetzung der Miterben vorgenommen wird (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 753, 2042).

§ 67. Beantragt ein Finder, weil der Verderb der gefundenen Sache zu besorgen oder ihre Aufbewahrung mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist (Bürgerliches Gesetzbuch § 966), die Versteigerung, so hat sich das Ortsgericht vor dieser zu vergewissern, daß bei der Polizeibehörde die vorgeschriebene Anzeige gemacht ist.

In dem Protokoll ist anzugeben, aus welchem gesetzlichen Grunde die Versteigerung erfolgt.

§ 68. Einen allgemeinen Auftrag zum Verkaufe von Wertpapieren, die einen Börsenpreis haben, sowie zum Verkaufe beweglicher Sachen auf Grund der §§ 383, 1003 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, auf Grund des Handelsgesetzbuchs oder auf Grund des Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 265) soll das Amtsgericht dem Ortsgerichte nicht erteilen.

Wird ein einzelner Auftrag zu einem solchen Verkaufe von dem Amtsgericht erteilt, so sind bei der Ausführung die von dem Amtsgerichte zu treffenden näheren Bestimmungen zu befolgen.

Fünfter Titel.

Oeffentliche Verpachtung an den Meistbietenden.

§ 69. Auf öffentliche Verpachtungen an den Meistbietenden finden die Vorschriften der §§ 46 bis 50, 52 bis 56 entsprechende Anwendung.

Das Ortsgericht (der Ortsgerichtsvorsteher) hat den Antragsteller, soweit solche nicht schon vorliegen, zur Aufstellung von Bedingungen zu veranlassen, die den Inhalt des abzuschließenden Pachtvertrags außer Zweifel stellen. Namentlich sind Bestimmungen zu treffen über den Gegenstand und die Dauer der Verpachtung, die Art und die Fälligkeit des Pachtzinses und die Folgen des Zahlungsverzugs sowie darüber, in welcher Weise der Zuschlag erteilt werden soll.

Der Versteigerungstermin soll in der Regel erst bestimmt werden, wenn die Versteigerungsbedingungen festgestellt sind. Eine nachträgliche Aenderung der Versteigerungsbedingungen ist nicht ausgeschlossen. Kommt der Antragsteller den Anforderungen, die das Ortsgericht hinsichtlich der Aufstellung der Versteigerungsbedingungen an ihn stellt, nicht nach, so hat das Ortsgericht den Antrag abzulehnen.

Sechster Titel.

Freiwillige öffentliche Versteigerung von Grundstücken.

§ 70. Hinsichtlich der Abhaltung des Versteigerungstermins in einem Wirtshause, hinsichtlich der Beteiligung des versteigernden Beamten, seiner Gehilfen und Angehörigen am Bieten sowie hinsichtlich der Uebernahme der Gewähr für den Eingang des Kaufpreises finden die Vorschriften des § 47 Abs. 2 und des § 53 Anwendung.

---

§ 71. Der Versteigerungstermin soll, sofern nicht das Amtsgericht ein anderes angeordnet hat, vom Ortsgerichtsvorsteher erst bestimmt werden, wenn eine beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts vorgelegt ist.

---

§ 72. Der Versteigerungstermin soll in der Regel erst bestimmt werden, wenn die Versteigerungsbedingungen festgestellt sind. Eine nachträgliche Aenderung der Versteigerungsbedingungen ist nicht ausgeschlossen.

Die Versteigerungsbedingungen haben insbesondere anzugeben:

1. in welcher Weise und zu welcher Zeit der Kaufpreis zu berichtigen ist, namentlich ob und in welchem Betrag er durch Uebernahme der das Grundstück belastenden Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden zu tilgen ist und inwieweit der bar zu zahlende Kaufpreis gestundet, verzinst und sichergestellt werden soll;
2. in welchem Umfange die Haftung für die Größe des Grundstücks sowie für die Freiheit von den darauf lastenden Rechten ausgeschlossen sein soll;
3. zu welcher Zeit die Uebergabe des Grundstücks erfolgen soll;
4. von wem die Kosten und Stempel der Versteigerung, Auflassung und der erforderlichen Eintragungen in das Grundbuch zu tragen sind;
5. die Art und Weise, in welcher das Ausgebot erfolgen soll, insbesondere ob, falls mehrere Grundstücke zusammen versteigert werden, sie zunächst einzeln und dann zusammen ausgeboten werden sollen;
6. die Art und Weise, in welcher das Meistgebot festgestellt und der Zuschlag erteilt werden soll;
7. falls der Zuschlag nicht im Versteigerungstermine zu erteilen ist, den Zeitpunkt, bis zu dem der Meistbietende an sein Gebot gebunden sein soll.

Soweit den Vorschriften des Abs. 2 entsprechende Versteigerungsbedingungen nicht schon mit dem Auftrage des Gerichts vorliegen, hat das Ortsgericht den Antragsteller auf ihre Ergänzung hinzuweisen. Dabei soll es ihn zutreffendenfalls auch zur Aufnahme einer Bestimmung über die mit der Erhebung des Kaufpreises zu beauftragende Person und über die Erteilung einer Vollmacht zur Abgabe der erforderlichen Erklärungen vor dem Grundbuchamte veranlassen.

Kommt der Antragsteller den Anforderungen, die hinsichtlich der Aufstellung der Versteigerungsbedingungen an ihn zu stellen sind, nicht nach, so hat das Ortsgericht das Verfahren einzustellen und den Auftrag unter Darlegung des Sachverhalts dem Gerichte zurückzureichen.

---

§ 73. In welcher Weise im Uebrigen die Versteigerung zu bewirken ist (Zeit und Ort der Versteigerung, Art der Bekanntmachung, Abschätzung der Grundstücke, Benachrichtigung der Beteiligten, Aushändigung des Erlöses u. dergl.), richtet sich nach den Bestimmungen des Amtsgerichts und, soweit solche nicht vorhanden sind, nach denen des Antragstellers. Soweit weder das Amtsgericht noch der Antragsteller Bestimmungen getroffen hat, sind dafür die Vorschriften der §§ 74 bis 78 und des § 80 maßgebend.

---

§ 74. Der Versteigerungstermin soll erst bestimmt werden, nachdem ein das Grundstück betreffender neuester Auszug aus der Grundsteuermutterrolle und zutreffendenfalls aus der Gebäudesteuerrolle — in den Hohenzollernschen Landen ein neuester Auszug aus dem Besitz- und Steuerhefte — beigebracht worden ist.

---

§ 75. Der Zeitraum zwischen dem

Eingange des gerichtlichen Auftrags zur Versteigerung und dem Versteigerungstermine soll, wenn nicht besondere Gründe vorliegen, nicht mehr als sechs Wochen und der Zeitraum zwischen der letzten Bekanntmachung des Termins und diesem mindestens eine Woche betragen.

§ 76. Die Terminsbestimmung soll enthalten:

1. die Bezeichnung des Grundstücks in Uebereinstimmung mit dem Grundbuch unter Angabe der Größe des Grundstücks sowie die Bezeichnung des Eigentümers;
2. die Angabe, daß die Versteigerung eine freiwillige ist;
3. Ort, Zeit und Stunde des Versteigerungstermins;
4. die Angabe, daß die Versteigerungsbedingungen und die das Grundstück betreffenden Nachweisungen bei dem Ortsgericht eingesehen werden können.

§ 77. Die Terminsbestimmung ist in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Anschlag, Einrücken in den Anzeiger des Amtsblatts oder in eine oder mehrere andere Zeitungen u. dergl.) bekannt zu machen.

§ 78. Die Terminsbestimmung ist dem Antragsteller und der zur Erhebung des Kaufpreises etwa bestellten Person rechtzeitig mitzuteilen.

Der Antragsteller kann eine Abschrift der Versteigerungsbedingungen verlangen.

§ 79. Im Termine sind zunächst die Versteigerungsbedingungen und die das Grundstück betreffenden Nachweisungen bekannt zu machen. Hierauf ist zum Bieten aufzufordern.

§ 80. Zwischen der Aufforderung zur Abgabe von Geboten und dem Zeitpunkt, in welchem bezüglich sämtlicher zu versteigernder Grundstücke die Versteigerung geschlossen wird, soll mindestens eine Stunde liegen. Die Versteigerung soll so lange fortgesetzt werden, bis der Aufforderung des Ortsgerichts ungeachtet ein Gebot nicht mehr abgegeben wird.

Das Ortsgericht hat das Meistgebot für jedes Grundstück oder, wenn mehrere Grundstücke zusammen ausgeboten werden, das Gesamtmeistgebot mittelst dreimaligen Aufrufs zu verkünden, den Antragsteller, sofern er anwesend ist, über den Zuschlag zu hören und, falls er die Erteilung des Zuschlags beantragt, diesen zu erteilen.

§ 81. Das Protokoll über die Versteigerung soll außer den in den §§ 7 bis 10 vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. den Namen des Antragstellers sowie einen Hinweis auf den Auftrag des Gerichts;
2. die Bezeichnung der zum Verkaufe gestellten Grundstücke;
3. die Angabe, in welcher Weise die Bekanntmachung des Termins erfolgt ist;
4. die Versteigerungsbedingungen;
5. den Hergang der Versteigerung nach den §§ 79, 80;
6. in Ansehung jedes Grundstücks oder der zusammen ausgebotenen Grundstücke Gebot und Namen des Meistbietenden oder desjenigen, welchem sonst der Zuschlag erteilt ist, oder in dem Falle, daß dieser nicht im Termin erteilt wird, Gebot und Namen derjenigen, welche an ihr Gebot gebunden bleiben.

Der Verzeichnung der Gebote anderer Personen bedarf es nicht. Doch sind zurückgewiesene Gebote und der Grund der Zurückweisung anzugeben.

§ 82. Von den Bietern brauchen nur die im § 81 Nr. 6 bezeichneten das Protokoll zu unterschreiben; die Unterschrift kann in oder unter dem Protokoll erfolgen. Den genannten Bietern brauchen auch nur die Teile des Protokolls vorgelesen zu werden, die sich auf ihr Gebot beziehen. Anderen Bietern braucht das Protokoll nicht vorgelesen zu werden.

Erklärt ein Beteiligter, der das Protokoll zu unterschreiben hat, daß er nicht schreiben könne, so ist diese Erklärung im Protokolle festzustellen. Bei der Vorlesung und der Genehmigung des Protokolls hat das Ortsgericht in diesem Falle einen Zeugen zuzuziehen. Für die Fähigkeit, als Zeuge zugezogen zu werden, sind die §§ 170 bis 173 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit maßgebend. Der Zeuge hat das Protokoll mit zu unterschreiben.

Die Belege über die Terminsbekannt-

machung sind dem Protokoll als Anlage beizufügen.

---

§ 83. Der Auftrag des Amtsgerichts zur Versteigerung gilt als erloschen, wenn seit seinem Eingang eine Frist von sechs Monaten verstrichen ist und nicht das Amtsgericht die Frist verlängert hat.

Das Ortsgericht ist ermächtigt, auf Verlangen des Antragstellers die Versteigerung, falls sie ergebnislos verlaufen ist, innerhalb der Fristen des Abs. 1 zu wiederholen.

Siebenter Titel.

Beurkundung von Gesindedienstverträgen.

§ 84. Bei der Beurkundung eines Gesindedienstvertrags durch das Ortsgericht (den Ortsgerichtsvorsteher) ist darauf zu achten, ob derjenige, welcher in Gesindedienst treten will, minderjährig ist. In diesem Falle ist die Beurkundung abzulehnen, wenn nicht der Vertrag mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters abgeschlossen oder der Nachweis erbracht wird, daß er den Minderjährigen ermächtigt hat, in Gesindedienst zu treten (Bürgerliches Gesetzbuch § 113). Will sich ein Minderjähriger, der unter Vormundschaft steht, für längere Zeit als ein Jahr verpflichten, so sind die Vertragschließenden darauf hinzuweisen, daß die Genehmigung des Vormundschaftsgerichts erforderlich ist (Bürgerliches Gesetzbuch § 1822 Nr. 7).

---

§ 85. Will eine Ehefrau in Gesindedienst treten, so sind die Vertragschließenden darauf aufmerksam zu machen, daß der Ehemann nach Maßgabe des § 1358 des Bürgerlichen Gesetzbuchs auf Grund einer Ermächtigung des Vormundschaftsgerichts das Rechtsverhältnis ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündigen kann.

Achter Titel.

Bekanntmachung einseitiger Willenserklärungen.

§ 86. Das Ortsgericht (der Ortsgerichtsvorsteher) hat bei der Bekanntmachung von einseitigen Willenserklärungen (Kündigungen, Mahnungen u. dergl) zu beachten, daß dem Antrage nur stattgegeben werden darf, wenn die Person, an welche die Bekanntmachung geschehen soll, in dem Ortsgerichtsbezirke ihren Wohnsitz hat.

Die Willenserklärung kann in schriftlicher Form dem Ortsgericht übergeben oder von ihm zu Protokoll genommen werden.

In den Fällen des § 11 Nr. 1, 2 ist der Antrag auf Bekanntmachung abzulehnen. In den Fällen des § 11 Nr. 3, 4 und, falls eine Person als Bevollmächtigter auftritt, die keine Vollmacht vorlegt, ist die Bekanntmachung zu bewirken, jedoch über den Mangel ein Vermerk aufzunehmen.

§ 87. Der Person, an welche die Bekanntmachung geschehen soll, ist eine beglaubigte Abschrift der Willenserklärung, der etwa vorgelegten Vollmacht und des im § 86 Abs. 3 angeordneten Vermerkes zu behändigen. Auf Verlangen ist ihr der Inhalt der behändigten Schriftstücke vorzulesen.

Eine Behändigung an andere Personen, insbesondere an Hausgenossen, ist nicht statthaft.

---

§ 88. Die Behändigung und der Hergang, namentlich Zeit und Ort, sind auf der dem Ortsgericht übergebenen oder von ihm aufgenommenen Willenserklärung (§ 86 Abs. 2) zu bescheinigen.

Neunter Titel.

Beglaubigung von Unterschriften.

§ 89. Bei der Beglaubigung von Unterschriften hat das Ortsgericht (der Ortsgerichtsvorsteher) zu beachten, daß nur die Unterschriften solcher Personen von

ihm beglaubigt werden dürfen, die in dem Bezirke des Ortsgerichts ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, und daß die Beglaubigung nur erfolgen darf, wenn die Unterschrift in Gegenwart des Ortsgerichts (Ortsgerichtsvorstehers) vollzogen oder anerkannt wird (preußisches Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit Artikel 115). Werden von dem Ortsgerichte Wahrnehmungen gemacht, die geeignet sind, Zweifel an der unbeschränkten Geschäftsfähigkeit der Person zu begründen, deren Unterschrift beglaubigt werden soll, so ist die Beglaubigung abzulehnen.

Der Beglaubigungsvermerk ist sofort nach der Abgabe der Unterschrift oder der Anerkennung unter die Unterschrift zu setzen. Er hat zu lauten entweder:

Daß N. N. (Vorname, Familienname und Beruf), wohnhaft in . ., die vorstehende Unterschrift in Gegenwart des unterzeichneten Ortsgerichtsvorstehers eigenhändig vollzogen hat,

oder

daß N. N. (Vorname, Familienname und Beruf), wohnhaft in . ., die vorstehende Unterschrift als von ihm vollzogen vor dem unterzeichneten Ortsgerichtsvorsteher anerkannt hat,

wird bescheinigt.

(Ort und Tag) Das Ortsgericht.
(Siegel des Ortsgerichts) (Unterschrift) Ortsgerichtsvorsteher.

Für die Beglaubigung von Handzeichen ist das Ortsgericht nicht zuständig.

Zehnter Titel.

Beurkundung von Kauf- und Tauschverträgen im Gebiete des vormaligen Herzogtums Nassau.

§ 90. Das Ortsgericht (der Ortsgerichtsvorsteher) hat darauf zu achten, daß es zur Beurkundung von Kauf- und Tauschverträgen über Grundstücke nur zuständig ist, wenn die Grundstücke in seinem Amtsbezirke liegen und der Kaufpreis oder der Wert der eingetauschten Gegenstände nicht mehr als fünfhundert Mark beträgt.

---

§ 91. Das Ortsgericht hat darauf hinzuwirken, daß das Grundstück in Uebereinstimmung mit dem Grundbuch unter Angabe der Größe genau bezeichnet wird. Es ist berechtigt, die Vorlegung einer beglaubigten Abschrift des Grundbuchblatts zu verlangen.

---

§ 92. Die Bedingungen haben insbesondere anzugeben:

1. in welcher Weise und zu welcher Zeit der Kaufpreis oder bei einem Tausche die etwaige Herausgabe zu berichtigen ist, namentlich ob und in welchem Betrage der Preis durch Uebernahme der das Grundstück belastenden Hypotheken, Grundschulden oder Rentenschulden zu tilgen ist oder inwieweit er gestundet, verzinst und sichergestellt werden soll;
2. in welchem Umfange die Haftung für die Größe des Grundstücks sowie für die Freiheit von den darauf lastenden Rechten ausgeschlossen sein soll;
3. zu welcher Zeit die Uebergabe des Grundstücks erfolgen soll;
4. von wem die Kosten und Stempel des Vertrags, der Auflassung und der erforderlichen Eintragungen in das Grundbuch zu tragen sind.

Das Ortsgericht hat darauf hinzuwirken, daß die Vertragschließenden Bedingungen vereinbaren, welche diesen Vorschriften entsprechen. Dabei soll es sie zutreffendenfalls auch zur Aufnahme einer Bestimmung über die mit der Erhebung des Kaufpreises zu beauftragende Person und über die Erteilung einer Vollmacht zur Abgabe der erforderlichen Erklärungen vor dem Grundbuchamte veranlassen.

Werden die Vorschriften des Abs. 1 nicht erfüllt, so hat das Ortsgericht das Verfahren einzustellen.

Bei der Beurkundung sind die Vorschriften der §§ 7 bis 11 zu beachten.

Erklärt ein Beteiligter, daß er nicht schreiben könne, so ist diese Erklärung im Protokolle festzustellen. Bei der Vorlesung und der Genehmigung des Protokolls hat das Ortsgericht in diesem Falle einen Zeugen zuzuziehen. Für die Fähigkeit,

als Zeuge zugezogen zu werden, sind die §§ 170 bis 173 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit maßgebend. Der Zeuge hat das Protokoll mit zu unterschreiben.

Elfter Titel.

Gebühren und Auslagen.

§ 93. Die Ortsgerichte erhalten an Gebühren:

I. a) für die Sicherung eines Nachlasses durch Siegelung, Verwahrung oder auf andere Weise nach dem Gesamtwerte der gesicherten Gegenstände bei einem Betrage

bis	50	Mk.	einschließl.	—	Mk.	50 Pf.
„	100	„	„	1	„	— „
„	300	„	„	1	„	50 „
„	500	„	„	2	„	— „
„	1000	„	„	3	„	— „
„	2 500	„	„	4	„	— „
„	5 000	„	„	5	„	— „
„	7 500	„	„	6	„	— „
„	10 000	„	„	7	„	— „
„	12 500	„	„	8	„	— „
„	15 000	„	„	9	„	— „
über	15 000	„	„	10	„	— „

Nimmt das Geschäft mehr als acht Arbeitsstunden in Anspruch, so erhöht sich die vorstehende Gebühr für jede angefangenen weiteren zwei Stunden um ein Viertel;

b) für die Entsiegelung nach dem Gesamtwerte der von ihr betroffenen Gegenstände die Hälfte der zu a bestimmten Gebühr;

II. für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, insbesondere von Nachlaßinventaren nach dem Gesamtwerte der aufgenommenen Gegenstände ohne Abzug der Schulden das Doppelte der zu Ia bestimmten Gebühr.

Findet die Sicherung des Nachlasses oder die Entsiegelung zugleich mit der Aufnahme des Vermögensverzeichnisses statt, so wird eine besondere Gebühr für die Sicherung oder die Entsiegelung nicht erhoben, sondern es kommt nur die für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses bestimmte Gebühr in Ansatz;

III. für die Aufnahme des Antrags auf Vermittelung der Auseinandersetzung eines Nachlasses oder einer ehelichen oder fortgesetzten Gütergemeinschaft 1 Mark 50 Pfg.;

IV. für die Vorbereitung von Teilungen und Vermögensübergabeverträgen, insbesondere durch Anfertigung von Los- und Teilzetteln, sowie für die Vorbereitung von Ehe- und Erbverträgen, soweit diese Verrichtungen auf unmittelbaren Antrag der Beteiligten vorgenommen werden, das Doppelte der zu Ia bestimmten Gebühr. Die Gebühr wird nach dem Betrage des den Gegenstand der Verhandlung bildenden gegenwärtigen Vermögens berechnet, bei Teilungen ohne Abzug der Schulden;

V. a) für die freiwillige öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen von dem Gesamtbetrage der Meistgebote

bis zu 100 Mk. 5 vom Hundert,
von dem Betrag über

100	Mk.	bis	300	Mk.	3	vom Hundert
300	„	„	1000	„	2	„ „
1000	„	„	5000	„	1	„ „
5000	„				½	„ „

jedoch nicht unter zwei Mark. Diese Mindestgebühr kommt auch dann in Ansatz, wenn ein Gebot nicht abgegeben, es aber zu einem Ausgebote gekommen ist.

Wird nicht die Gelderhebung besorgt, so verringert sich die Gebühr auf die Hälfte, jedoch nicht unter eine Mark;

b) für den freihändigen Verkauf beweglicher Sachen (§ 65, § 68 Abs. 2) von dem Gesamtbetrage des Erlöses die zu a bestimmte Gebühr;

VI. für die öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden von dem Gesamtbetrage des für die ganze Pachtzeit zu entrichtenden Pachtzinses die zu V bestimmte Gebühr;

VII. bei freiwilligen öffentlichen Versteigerungen von Grundstücken:

a) für die Bekanntmachung der Terminsbestimmung 1 Mark.

Die Gebühr kommt zum Ansatze, sofern die Mitteilung der Termins-

bestimmung an den Antragsteller oder zur öffentlichen Bekanntmachung abgegangen ist;

b) für die Abhaltung der Versteigerung, mit Einschluß der Beurkundung der Erklärung über den Zuschlag, vom Gesamtbetrage der Meistgebote

bis	100	Mk.	einschließl.	1	Mk. —	Pf.
„	300	„	„	1	„ 50	„
„	500	„	„	2	„ —	„
„	1000	„	„	3	„ 50	„
„	2500	„	„	5	„ —	„
„	5000	„	„	6	„ —	„
„	7500	„	„	8	„ —	„
über	7500	„	„	10	„ —	„

Die Mindestgebühr von einer Mark kommt auch dann in Ansatz, wenn ein Gebot nicht abgegeben, es aber zu einem Ausgebote gekommen ist.

Nimmt das Geschäft mehr als vier Stunden in Anspruch, so erhöht sich die Gebühr für jede angefangenen weiteren zwei Stunden um ein Viertel der vorstehenden Sätze;

c) für die Gelderhebung, falls diese besorgt wird, vorbehaltlich einer besonderen Vereinbarung über die Höhe der Gebühren, vom Betrage bis 50 Mark einschließlich 80 Pfennig, für jede angefangenen 50 Mark des weiteren Betrags bis 400 Mark 40 Pfennig, für jede angefangenen 100 Mark des weiteren Betrags bis 1000 Mark 40 Pfennig, für jede angefangenen 200 Mark des weiteren Betrags bis 10000 Mark 40 Pfennig und für jede angefangenen 500 Mark des Mehrbetrags 40 Pfennig.

Sind die Gelder in mehreren Beträgen gesondert zu erheben, so werden die Gebühren von jedem Betrage besonders berechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß in einer und derselben Anlegenheit die Gebühren zusammen das Fünffache der Gebühr des Gesamtbetrags nicht übersteigen dürfen;

VIII. für die Beurkundung eines Gesindedienstvertrags 1 Mark;

IX. für die Bekanntmachung einer einseitigen Willenserklärung, mit Einschluß der Beurkundung der Bekanntmachung,

a) wenn die Willenserklärung zu Protokoll genommen wird, 1 Mark,

b) wenn sie dem Ortsgerichte schriftlich übergeben wird, 50 Pfennig;

X. für jeden Vermerk, durch welchen Unterschriften beglaubigt werden, mag der Vermerk nur eine oder mehrere Unterschriften umfassen, 50 Pfennig, wenn die Beglaubigung aber auf Verlangen des Antragstellers außerhalb des Dienstraums des Ortsgerichts geschieht und Reisekosten nicht zu vergüten sind, 1 Mark;

XI. für die Beurkundung von Kauf- und Tauschverträgen über Grundstücke im vormaligen Herzogtume Nassau von dem Kaufpreis oder dem Werte der eingetauschten Gegenstände

bis 300 Mk. einschließl. 1 Mk.,
„ 500 „ „ 1 „ 50 Pf.

XII. a) für die Erteilung einer Auskunft oder eines Zeugnisses über persönliche Verhältnisse oder über Besitzverhältnisse im Auftrage des Gerichts 50 Pfennig, wenn aber das Geschäft auf Anordnung des Gerichts nicht bloß durch ein Mitglied des Ortsgerichts erledigt wird, 1 Mark;

b) für die Unterstützung des Gerichts bei der Beurkundung einer Teilung oder eines Uebergabevertrags und bei der Vermittelung einer Auseinandersetzung sowie für die Beihilfe in anderen Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit für jede angefangene Stunde der Inanspruchnahme 20 bis 50 Pfennig nach dem Ermessen des Gerichts, das den Auftrag erteilt hat. Diese Gebühr erhält jedes in Anspruch genommene Mitglied des Ortsgerichts.

---

§ 94. Kommt der Zeitaufwand bei der Erledigung eines Geschäfts für die Berechnung der Gebühr in Betracht (§ 93 Nr. I, II, IV, VIIb, XIIb), so ist der für Gänge und Reisen erforderliche Zeitaufwand nicht zu berücksichtigen. Für einen Tag sind nicht mehr als acht Arbeitsstunden anzusetzen.

---

§ 95. Ist jemandem nach § 14 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder nach Artikel 1 Satz 1 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom Amtsgerichte das Armenrecht bewilligt, so hat ihm das Ortsgericht seine Dienste gebührenfrei zu gewähren.

§ 96. An baren Auslagen werden vergütet:

1. die Schreibgebühren;
2. die Postgebühren;
3. die Gebühren für Mitteilungen, die nicht durch die Post erfolgen;
4. die durch öffentliche Bekanntmachung, insbesondere durch Einrücken in öffentliche Blätter, entstandenen Kosten;
5. die den Mitgliedern des Ortsgerichts bei Geschäften außerhalb ihres Wohnorts zustehenden Reisekosten;
6. die an andere Behörden oder Personen für deren Thätigkeit zu zahlenden Beträge, insbesondere für die Beförderung von Sachen;
7. die erforderlichen Stempel.

§ 97. Schreibgebühren werden nur für die auf Antrag eines Beteiligten gefertigten Abschriften der vom Ortsgericht abgefaßten Urkunden (§ 15) sowie für die bei der Bekanntmachung einseitiger Willenserklärungen von Amtswegen zu fertigenden Abschriften (§ 87) erhoben.

Die Schreibgebühr beträgt für die Seite 10 Pfennig. Die Seite muß mindestens zwanzig Zeilen von durchschnittlich zwölf Silben enthalten. Jede angefangene Seite wird voll berechnet.

§ 98. An täglichen Reisekosten erhalten die Mitglieder des Ortsgerichts, wenn zur Vornahme des Geschäfts außerhalb ihres Wohnorts ein Weg von mehr als zwei Kilometern zurückgelegt werden muß, je 2 Mark und zusätzlich für jedes auswärts genommene Nachtquartier 1 Mark 50 Pfennig.

Für Reisen, welche den Gemeindebezirk des Wohnorts nicht überschreiten, bleiben Reisekosten außer Ansatz.

§ 99. Für eine mündliche oder schriftliche Mitteilung, die nicht durch die Post erfolgt (§ 14), erhält das Mitglied des Ortsgerichts oder der Ortsgerichtsbote eine Ganggebühr von 5 Pfennig, wenn aber ein Nachweis über die Mitteilung erbracht wird, 20 Pfennig. Die Gebühr wird bezüglich einer jeden Person, an welche die Mitteilung erfolgt, besonders berechnet. Sie erhöht sich um 20 Pfennig, wenn außerhalb des Wohnorts ein Weg von mehr als einem Kilometer zurückgelegt werden muß. Weitere Reisekosten werden nicht vergütet. Soweit die Ganggebühren die Postgebühren übersteigen, kommen sie nur dann zum Ansatze, wenn nach der Lage der Umstände, insbesondere wegen gebotener Beschleunigung, die Mitteilung durch die Post unthunlich war.

§ 100. Die Gebühren und Auslagen sind auf den über das Geschäft aufgenommenen Urkunden unter Bezugnahme auf die maßgebenden Gebührenvorschriften unter Angabe des Wertes des Gegenstandes und der Zeitdauer, sofern sich danach die Höhe der Gebühr richtet, in Ansatz zu bringen.

§ 101. Die Ortsgerichte haben die Gebühren und Auslagen für Geschäfte, die sie auf unmittelbaren Antrag der Beteiligten vornehmen, von diesen zu erheben. Sie können, vorbehaltlich der Bestimmung des § 95, die Uebernahme eines Geschäfts von der Zahlung eines zur Deckung der baren Auslagen, mit Einschluß der Stempel, und des vermutlichen Betrags der Gebühren hinreichenden Vorschusses abhängig machen. Ingleichen können sie die Herausgabe der aufgenommenen Urkunden und gefertigten Abschriften sowie die Rückgabe der aus Anlaß des Geschäfts vorgelegten Urkunden bis zur Zahlung der Gebühren und Auslagen verweigern.

Auch bei den im Auftrage des Gerichts vorgenommenen Geschäften und bei der Sicherung eines Nachlasses sind die Ortsgerichte berechtigt, ihre Gebühren und Auslagen unmittelbar von den Beteiligten zu erheben. Darüber, ob die Erhebung stattgefunden hat, ist eine Angabe auf der Urkunde zu machen. Ist die Erhebung nicht ausführbar oder erscheint sie dem Ortsgerichte nicht angemessen, so hat auf dessen Ersuchen der Gerichtsschreiber die Einziehung und die Uebersendung der Kosten zu veranlassen.

Die Gebühren und Auslagen für die

im Auftrage der Generalkommission vorgenommenen Geschäfte hat das Ortsgericht bei dieser in Ansatz zu bringen.

§ 102. Aus den eingegangenen Beträgen werden die baren Auslagen zunächst berichtigt. Von den Gebühren erhält der Ortsgerichtsvorsteher, sofern er bei dem Geschäfte mitgewirkt hat, vorweg ein Viertel; die übrigen drei Viertel erhalten alle bei dem Geschäfte mitwirkenden Mitglieder zu gleichen Teilen.

Die Mitglieder können über die Teilung der Gebühren unter sich im voraus anderweitige Vereinbarungen treffen; solche Vereinbarungen unterliegen der Genehmigung des Amtsgerichts.

§ 103. Soweit die Gebühren und Auslagen unmittelbar durch das Ortsgericht erhoben werden, hat es die erforderlichen Stempel in Natur zu verwenden. Es ist in diesen Fällen für die richtige und rechtzeitige Verwendung verantwortlich.

Dritter Abschnitt.

Schluß- und Uebergangsbestimmungen.

§ 104. In dem vormaligen Herzogtume Nassau, in den vormals Großherzoglich Hessischen Gebietsteilen, in dem vormals Landgräflich Hessischen Amtsbezirke Homburg und in dem Gebiete der vormals freien Stadt Frankfurt wird die bisherige Zuständigkeit der Ortsbehörden, bei der Führung der öffentlichen Bücher über die Rechtsverhältnisse an Grundstücken mitzuwirken, insbesondere die darauf bezüglichen Rechtsgeschäfte zu beurkunden, bis zu dem Zeitpunkt, in welchem das Grundbuch als angelegt anzusehen ist, auf die Ortsgerichte für ihren Bezirk übertragen.

Die einem einzelnen Beamten der Ortsbehörde (Bürgermeister, Ortsgerichtsvorsteher, erstem Feldgeschworenen) zustehenden Verrichtungen werden durch den Ortsgerichtsvorsteher erledigt.

Für das Verfahren und die Gebühren bleiben die bisherigen Vorschriften in Kraft. Die Vorschriften des sechsten, zehnten und elften Titels finden erst Anwendung, wenn das Grundbuch als angelegt anzusehen ist.

§ 105. Die Vorschriften dieser Verfügung gelten auch für den Ortsvorsteher der Gemeinde Burgau im Bezirke des Amtsgerichts zu Sigmaringen. Die Geschäfte, die von dem Ortsgerichtsvorsteher unter Zuziehung von Gerichtsmännern vorzunehmen sein würden, werden in der Gemeinde Burgau von dem Ortsvorsteher allein vorgenommen. Für diese Geschäfte erhält der Ortsvorsteher den im § 102 dem Ortsgerichtsvorsteher zugewiesenen Gebührenanteil. Die Aufsicht über den Ortsvorsteher wird in den durch diese Verfügung geregelten Angelegenheiten nach den Vorschriften der Königlichen Verordnung über die Ortsgerichte vom 20. Dezember 1899 (Gesetz-Samml. S. 640) geführt.

Die Bestimmungen des Abs. 1 finden, soweit in den Hohenzollernschen Landen und in den im § 104 bezeichneten Gebietsteilen Ortsgerichte errichtet werden, bis zur Ernennung des Ortsgerichtsvorstehers auf die im Artikel 111 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit bezeichneten Beamten in Ansehung der ihnen durch die Artikel 111 bis 116 dieses Gesetzes übertragenen Angelegenheiten Anwendung.

§ 106. Die Oberlandesgerichtspräsidenten können Vorschriften zur Ergänzung dieser Verfügung erlassen.

§ 107. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Anlage 1.

Muster

zu einer Verhandlung über die Siegelung eines Nachlasses ohne Auftrag des Amtsgerichts.

Anwesend:

1. Eisschner, Ortsgerichtsvorsteher.
2. Lesching, Gerichtsmann.

Berechnung der Gebühren und Auslagen.

Wert des Gegenstandes

1. Gebühr (§ 93 I).
2. Auslagen (§ 96)

Postgebühr

u. s. w.

Zusammen.....

Kammthal, den 1. Oktober 1900, nachmittags 3½ Uhr.

Der hiesige Bauer Friedrich Scholz ist heute Nachmittag gestorben. Er hat weder eine Witwe noch Kinder hinterlassen; seine Erben sind unbekannt. Da ohne Siegelung der Nachlaß gefährdet erschien, hielt ich, der unterzeichnete Ortsgerichtsvorsteher, es für nötig, von Amtswegen sofort die Siegelung vorzunehmen. Zur Ausführung der Siegelung zog ich den Gerichtsmann Lesching als Gehilfen zu.

Wir begaben uns auf den Bauerhof des Verstorbenen und trafen dort an:

1. die Wirtschafterin Marie Becher,
2. den Knecht Gottfried Müller.

Beide, hier wohnhaft, sind uns bekannt.

Sie wurden mit dem Zwecke unseres Erscheinens bekannt gemacht und aufgefordert, Auskunft über den Nachlaß und über ihnen bekannte Verwandte oder Erben des Verstorbenen zu erteilen. Sie erklärten, Verwandte oder Erben des Verstorbenen nicht angeben zu können.

I. Zunächst wurden die Räumlichkeiten besichtigt. Es sind ein Wohnhaus, eine Scheune und ein Stall vorhanden.

Das einstöckige Wohnhaus besteht aus fünf Wohnräumen und einer Küche. Rechts vom Hausflure liegen nach der Straße zwei zweifenstrige, nach dem Hofe zu zwei einfenstrige Zimmer. Die beiden Vorderzimmer und das eine nach dem Hofe gelegene Zimmer (Schlafzimmer) sind durch Thüren verbunden. Das andere nach dem Hofe belegene Zimmer ist das Wohnzimmer der Wirtschafterin Becher und hat nur eine Thür nach dem Hausflure. Links vom Hausflure liegt nach der Straße ein zweifenstriges Zimmer und daran anstoßend nach dem Hofe zu die Küche. Von dem Hausflure führt eine Holztreppe nach dem Boden, der eine verschließbare Eingangsthür und zwei einflüglige Giebelfenster hat. Auf dem Boden befindet sich ein Aufbewahrungsraum für gedroschenes Getreide (Kornboden); besonders verschließbare Räume sind dort nicht vorhanden. Alle Fenster sind von innen mit Läden versehen, außer dem Küchenfenster und den beiden Bodenfenstern.

Die Scheune hat eine Tenne und zwei Seitenverschläge.

Der Stall besteht aus der Schlafkammer des Knechtes Müller, vier Räumen für das Vieh, einem Raume zum Häckselschneiden, einer Vorratskammer und den Stallboden.

II. Die Leiche befand sich noch in dem Schlafzimmer nach dem Hofe zu. Sie wurde von dort mit dem Bette in das Wohnzimmer links vom Hausflure getragen.

Die Wirtschafterin Marie Becher zeigte unter Uebergabe des Schlüssels an, daß der Verstorbene seine Papiere in der Kommode aufbewahrt habe, welche in dem ersten rechts vom Hausflure gelegenen Vorderzimmer steht. Die verschlossenen Schubladen der Kommode wurden darauf in Gegenwart der Marie Becher geöffnet. Es wurden darin vorgefunden:

1. zwei Pfandbriefe der Frankfurter Hypothekenbank Serie 13 Lit. R Nr. 401 und 402 über je 300 Mk. verzinslich mit jährlich 3½ Prozent nebst den Erneuerungsscheinen und den am 1. April 1900 fällig gewesenen und den später fälligen Zinsscheinen;
2. ein Sparkassenbuch der Höchster Kreissparkasse Nr. 56 über 150 Mk.;
3. ein Darlehnsschuldschein über 1500 Mk., ausgestellt vom Bauern Feldmann in Kemmthal;
4. 300 Mk. bares Geld;
5. ein goldener Trauring, eine silberne Taschenuhr und eine goldene Uhrkette;
6. ein mit dem Privatsiegel verschlossener Briefumschlag mit der Aufschrift:
   „Mein Testament. Friedrich Scholz."

Diese Gegenstände nahmen die unterzeichneten Ortsgerichtsmitglieder an sich, das bare Geld jedoch nur insoweit, als es nicht der Marie Becher ausgehändigt wurde (vergl. unten Nr. IV).

Auf dem Kornboden wurde das dort aufbewahrte ausgedroschene Getreide vermessen. Es wurden ermittelt:

1. ..... Hektoliter Weizen,
2. ..... „ Roggen,
3. ..... „ Hafer,
4. ..... „ Gerste,
5. ..... „ Erbsen.

Davon wurden entnommen und in Säcken in die Küche geschafft:

1. ..... Hektoliter Weizen,
2. ..... „ Hafer,
3. ..... „ Erbsen.

Die beiden Seitenverschläge der Scheune sind mit noch nicht gedroschenem Getreide und zum Teil mit Stroh, der Stallboden ist mit Heu gefüllt. In der Vorratskammer des Stalles befinden sich etwa ..... Hektoliter Kartoffeln. Von den Vorräten wurden entnommen und in die Häckselkammer des Stallgebäudes geschafft:

1. ..... Kilogramm Stroh,
2. ..... „ Heu,
3. ..... Hektoliter Kartoffeln.

III. Demnächst wurde zur Siegelung geschritten.

Im Wohnhause wurden die sämtlichen Fensterläden außer den Läden des Zimmers, in welchem die Leiche untergebracht ist, und den Läden des Wohn-

zimmers der Wirtschafterin von innen geschlossen. Auf dem Hausboden wurden die beiden Giebelfenster geschlossen und an jedem Fenster quer über die Fensterflügel zwei Papierstreifen dadurch befestigt, daß auf jedem Papierstreifen zwei Dienstsiegel aufgedrückt wurden. Sodann wurden die Thür zum Boden und die Thür des rechts vom Hausflure gelegenen Vorderzimmers verschlossen, die Schlüssel abgezogen, durch die Schloßkramme ein Bindfaden das Schlüsselloch mit dem einen Ende an den Thürpfosten, mit dem anderen an die Thür angesiegelt.

Die Scheune wurde in der Art versichert, daß nach Verschließung des Scheunenthors der Schlüssel abgezogen durch die Schloßkramme ein Bindfaden gezogen und dieser mit beiden Enden durch je ein Siegel an das Scheunenthor angesiegelt wurde.

In gleicher Weise wurde die einzige Zugangsthür zu der Vorratskammer im Stallgebäude versiegelt.

Die anderen Räume im Wohnhaus und im Stallgebäude wurden offen gelassen, da ihre Weiterbenutzung notwendig ist. In dem Zimmer, in welchem die Leiche im Bette liegt, befindet sich sonst nur ein Tisch, ein leerer Schrank, drei Stühle. In dem Wohnzimmer der Wirtschafterin befinden sich ein vollständiges Bett mit Bettstelle, ein Kleiderschrank und eine Kommode, in denen nur die Sachen der Wirtschafterin enthalten sind, sowie ein Tisch und zwei Stühle. In der Küche sind ein Küchenschrank, ein Tisch, drei Stühle und das erforderliche Küchengerät vorhanden.

An Vieh und Wirtschaftsgeräten wurden vorgefunden und außer Siegelung gelassen:

1. 2 Pferde, 1 Fohlen;
2. 2 Ochsen, 5 Kühe, 2 Kälber;
3. 2 Schweine, 4 Ferkel;
4. 30 Schafe;
5. 6 Gänse, 10 Enten, 1 Hahn und 20 Hühner;
6. 2 Ackerwagen;
7. 2 Pflüge, 3 Eggen;
8. 1 Häckselmaschine;
9. 2 Pferdegeschirre.

Die Schlüssel zu dem verschlossenen Wohnzimmer, dem Hausboden, der Scheune und der Vorratskammer des Stallgebäudes wurden mit je einem Zettel mit entsprechender Aufschrift (Wohnzimmer, Boden, Scheune, Stall) versehen und in die Schublade des Tisches gelegt, der im Wohnzimmer der Wirtschafterin steht. Diese nicht verschließbare Schublade wurde durch einen mit zwei Siegeln befestigten Papierstreifen verschlossen.

Im Ganzen wurden 18 Siegel angelegt und zwar in Lack. Die Anwesenden wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich jeder Beschädigung oder Ablösung der angelegten Siegel bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen zu enthalten haben.

IV. Die Wirtschafterin Marie Becher wurde angewiesen, die Wirtschaft in der bisherigen Weise fortzuführen.

Zur Bestreitung der Begräbniskosten und der notwendigen Wirtschaftsausgaben wurden ihr von dem vorgefundenen baren Gelde 150 Mk. ausgehändigt. Ferner wurden ihr zur Fortführung der Wirtschaft die von der Siegelung ausgeschlossenen

..... Hektoliter Roggen,
..... „ Hafer,
..... „ Erbsen,
..... Kilogramm Stroh,
..... „ Heu,
..... Hektoliter Kartoffeln,

sowie 2 Raummeter auf dem Hofe aufgestapeltes Brennholz übergeben. Sie wurde darauf hingewiesen, daß sie über die Verwendung des Geldes und ihre Wirtschaftsführung demnächst Rechenschaft ablegen müsse.

Dem Knechte Gottfried Müller wurde aufgegeben, den Anordnungen der Wirtschafterin Becher Folge zu leisten.

Schließlich wurden Marie Becher und Gottfried Müller angewiesen, über den Verschluß und die angelegten Siegel zu wachen und jede wahrgenommene Aenderung dem Ortsgericht anzuzeigen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Marie Becher. Gottfried Müller.

(Siegel des Ortsgerichts). Elschner. Lesching.

Anlage 2.

Muster

zu einem Protokoll über die Siegelung eines Nachlasses im Auftrage des Amtsgerichts.

Anwesend:

1. Elschner, Ortsgerichtsvorsteher.
2. Lesching, Gerichtsmann.

Berechnung der Gebühren und Auslagen.

Wert des Gegenstandes

1. Gebühr (§ 93 I)
2. Auslagen (§ 96):

Postgebühr

u. s. w. .....

Zusammen

Kammthal, den 1. Oktober 1900, nachmittags 1 Uhr.

Das Königliche Amtsgericht in ..... hat dem Ortsgerichte durch Verfügung vom 30. September d. J. den Auftrag erteilt, den Nachlaß des Bauern Friedrich Scholz in Kammthal zu siegeln.

Wir Unterzeichnete begaben uns zu diesem Zwecke auf den Bauerhof des Verstorbenen und trafen dort an:

1. die Wirtschafterin Marie Becher,
2. den Knecht Gottfried Müller.

Beide, hier wohnhaft, sind uns bekannt.

Sie wurden mit dem Zwecke unseres Erscheinens bekannt gemacht u. s. w. wie Anlage 1.

Anlage 3.

Muster

zu einer Verhandlung über die Entsiegelung eines Nachlasses.

Anwesend:

1. **Elschner, Ortsgerichtsvorsteher.**
2. **Lesching, Gerichtsmann.**

Berechnung der Gebühren und Auslagen.

Wert des Gegenstandes

1. Gebühr (§ 93 II)
2. Auslagen (§ 96):

   Postgebühr

   u. s. w. .....

   Zusammen .....

Kammthal, den 10. Oktober 1900.

Das Ortsgericht ist durch Verfügung des Königlichen Artsgerichtes in ..... vom 9. dieses Monats beauftragt, den am 1. dieses Monats unter Siegel genommenen Nachlaß des Bauern Friedrich Scholz zu entsiegeln und dem Tischlermeister Heinrich Scholz aus Frankfurt a. M. auszuantworten. Die Unterzeichneten haben sich zu diesem Zwecke auf den Bauerhof des Verstorbenen begeben, wo sie den ihnen bekannten Tischlermeister Heinrich Scholz anwesend fanden.

Unter seiner Zuziehung wurde festgestellt, daß die nach der Verhandlung vom 1. dieses Monats angelegten Siegel noch sämtlich vorhanden und unverletzt sind. Hierauf wurden die Siegel abgenommen.

Die Wirtschafterin Marie Becher übergab dem Tischlermeister Scholz die Restbestände der ihr bei der Siegelung anvertrauten verbrauchbaren Sachen und zwar ..... Mk. bar, ... Hektoliter Roggen u. s. w. Ueber die verbrauchten Sachen wird Marie Becher noch baldigst Rechenschaft ablegen. Die Gegenstände, die das Dorfgericht bei der Siegelung an sich genommen hat, sind an das Amtsgericht ..... abgeliefert. Die übrigen nicht unter Siegel genommenen Gegenstände wurden sämtlich vorgefunden und dem Tischlermeister Scholz einzeln vorgewiesen bis auf zwei Schafe, die angeblich eingegangen sind und deren Felle vorhanden waren. Andererseits war ein Kalb mehr vorhanden, da die eine Kuh inzwischen gekalbt hat.

Darauf wurde der Nachlaß dem Tischlermeister Scholz zur freien Verfügung gestellt. Er quittierte über die richtige Ueberlieferung des Nachlasses.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Marie Becher. Heinrich Scholz.

Elschner. Lesching.

(Siegel des Ortsgerichts.)

Anlage 4.

a) Muster

zu einem Protokoll über die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses.

Anwesend:

1. Elschner, Ortsgerichtsvorsteher.
2. Lesching, } Gerichtsmann.
3. Vogel. }

Berechnung der Gebühren und Auslagen:

Wert des Gegenstandes

Gebühr (§ 93 II)

Auslagen (§ 96):

Postgebühr

u. s. w. . . . .

Zusammen

(Siegel des Ortsgerichts)

Kammthal, den 10. März 1901.

Das Königliche Amtsgericht in .... hat dem Ortsgerichte durch Verfügung vom 9. März d. J. den Auftrag erteilt, ein Inventar über den Nachlaß des am 1. März d. J. verstorbenen Bauern Johann Greulich aufzunehmen, unter Hinzuziehung des einzigen Erben, nämlich des Bauern Friedrich Greulich zu Kammthal, sowie der Wirtschafterin Marie Schön, ebenda.

Die Unterzeichneten begaben sich deshalb auf den Bauerhof des Verstorbenen Nr. 10 in Kammthal und trafen dort den Bauern Friedrich Greulich und die Wirtschafterin Marie Schön an.

Beide sind dem Dorfgerichte bekannt. Sie wurden aufgefordert, die zum Nachlasse gehörigen Gegenstände und Verbindlichkeiten genau anzugeben.

Es ergab sich, daß der Nachlaß aus den in der Anlage verzeichneten Gegenständen und Verbindlichkeiten besteht.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Friedrich Greulich. Marie Schön.

Elschner. Lesching. Vogel.

Anlage 4.

b) Muster zu einem Vermögensverzeichnisse.

Inventar

des Nachlasses des am 1. März 1901 verstorbenen Bauern Johann Greulich in Kammthal.

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	₰	Bemerkungen.
	Titel 1. Grundstücke.			
1.	Das Grundstück Nr. 10 Kammthal mit Wohnhaus, groß .... ar .... qm, eingetragen im Grundbuche von Kammthal, Band .... Blatt Nr. ..... Bestandsverzeichnis Nr. 1. Erwerbspreis aus dem Jahre 1890	15000	—	Ein Auszug aus dem Grundbuche liegt bei.
2.	Wiese Nr. 15 Kammthal, groß .... ar .... qm, eingetragen ebenda Nr. 2. Meistgebot bei der Zwangsversteigerung im Jahre 1895	500	—	
	zusammen	15500	—	
	Titel 2. Geld, mit Einschluß des Papiergeldes, Banknoten.			
1.	Gold	200	—	
2.	Silber	15	50	
3.	Reichskassenscheine	25	—	
4.	Nickel und Kupfer	1	20	Hiervon sind am 3. März d. J. 1 ℳ 10 ₰ zur Bezahlung einer Schuld an den Bäcker Otto Freund verwendet (s. Titel 20).
	zusammen	241	70	
	Titel 3. Wertpapiere.			
1.	Eine Aktie der Frankfurter Straßenbahngesellschaft mit Gewinnanteilscheinen für 1900 und die folgenden Jahre nebst Erneuerungsschein, eingetragen im Aktienbuch unter Nr. 373, im Nennwerte von	1000	—	
	Gewinnanteil für 1900 im Betrage von 5 %, zahlbar am 1. April 1901	50	—	
	zusammen	1050	—	
	Titel 4. Forderungen, mit Einschluß der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen.			
1.	Darlehnsforderung gegen den Schneider Max Müller in Frankfurt a. M. (Schuldurkunde vom 15. Oktober 1898)	500	—	

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	₰	Bemerkungen.
	dazu:			
	a) 5% rückständige Zinsen vom 1. Okt. 1900 bis 1. Januar 1901	6	25	
	b) laufende Zinsen vom 1. Januar 1901 bis zum Todestage (1. März 1901)	4	16	
2.	Hypothekenforderung gegen den Bauern Heinrich Klein in Kammthal, eingetragen auf den Bauerhof Nr. 20 im Grundbuche von Kammthal Band .... Blatt Nr..... Abt. III Nr. 3	500	—	Ein Hypothekenbrief ist nicht gebildet.
	4% laufende Zinsen vom 1. Januar 1901 bis zum Todestage	4	16	
3.	Kaufforderung gegen den Händler Emil Streich in Wiesbaden von 100 ℳ aus dem Verkaufe von Getreide			Die Forderung ist wertlos; Streich ist vermögenslos; er hat den Offenbarungseid geleistet.
	zusammen	1014	57	
	Titel 5. Gegenstände aus Edelmetall, Juwelen und sonstige Kostbarkeiten.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 6. Kunstgegenstände, soweit sie nicht unter Titel 5 fallen, Bilder, Ahren.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 7. Möbel, Vorhänge, Teppiche, Decken.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 8. Porzellan, Steingut, Glassachen.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 9. Zur Hauswirtschaft bestimmte Geräte aus unedlem Metall, Holz, Stein und anderen Stoffen.			
	. . . . .			
	zusammen			

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	₰	Bemerkungen.
	Titel 10. Leinen, Wäsche mit Ausnahme der Leibwäsche, und Betten.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 11. Leibwäsche und Kleidungsstücke.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 12. Bücher, Landkarten, Schriften.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 13. Instrumente, Waffen.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 14. Handwerkszeug, Maschinen und sonstige zu landwirtschaftlichem oder gewerblichem Betriebe bestimmte Geräte.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 15. Fahrzeuge und Geschirr.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 16. Tiere.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 17. Vorräte zum Verbrauch in der Hauswirtschaft.			
	. . . . .			
	zusammen			

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	₰	Bemerkungen.
	Titel 18. Warenvorräte, landwirtschaftliche oder gewerbliche Vorräte.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 19. Sonstige Sachen und Rechte.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 20. Verbindlichkeiten.			
1.	Begräbniskosten	100	50	Belege vorhanden.
2.	Vermächtnis an den Bauern Friedrich Lehrmann in Kammthal	50	—	
3.	Darlehnsschuld an den Fleischer Ernst Greulich in Frankfurt a. M. (unverzinslich)	700	—	Ein Schuldschein soll vorhanden sein.
4.	Schuld an den Bäcker Otto Freund in Kammthal für geliefertes Brot	1	10	Die Schuld ist am 3. März d. J. bezahlt (s. Titel 2).
	zusammen	851	60	
	Zusammenstellung.			
	Titel 1			
	Titel 2			
	u. s. w. bis Titel 19			
	zusammen			
	Hiervon geht ab Titel 20			
	reiner Nachlaß			

Angefertigt Kammthal, den 10. März 1901.

(Siegel des Ortsgerichts)

Elschner, Ortsgerichtsvorsteher.

Lesching, Gerichtsmann.

Vogel, Gerichtsmann.

Anlage 5.

Muster

zu einem Protokoll über eine freiwillige öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen.

Anwesend:

Eischner, Ortsgerichtsvorsteher.

Berechnung der Gebühren und Auslagen.

Wert des Gegenstandes

Gebühr (§ 93 Va)

Auslagen (§ 96):

Einrückungskosten

Postgebühren

Sachverständigengebühr

Stempel

Zusammen

Kammthal, den 15. März 1900.

Auf Antrag des Bauern Heinrich Meyer in Kammthal hat das Königliche Amtsgericht in .... durch Verfügung vom 8. d. Mts. dem Ortsgerichte den Auftrag erteilt, die in dem Auftrage näher bezeichneten und unten nochmals aufgeführten Sachen des Antragstellers öffentlich zu versteigern.

Der auf heute Vormittag 9 Uhr auf dem hiesigen Bauerhofe des Antragstellers anberaumte Versteigerungstermin ist durch Aushang an der Gemeindetafel, durch Ausruf und durch einmalige Einrückung in das Kreisblatt bekannt gemacht worden. Der Aushang und das Belegsblatt sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu dem Termine war der Antragsteller geladen und erschienen. Er ist dem unterzeichneten Ortsgerichtsvorsteher bekannt.

Die Richtigkeit des in dem Auftrage enthaltenen Verzeichnisses der zu versteigernden Sachen ist von dem Ortsgerichtsvorsteher geprüft. Es hat sich bei nichts zu vermerken gefunden.

Der Goldwert der Goldsachen ist durch einen Sachverständigen auf den unten angegebenen Betrag festgestellt.

Den Erschienenen wurde bekannt gemacht:

1. daß die Uebergabe der zugeschlagenen Sache gegen sofortige bare Zahlung geschehe;
2. daß der Meistbietende, wenn er nicht vor dem Schlusse des Versteigerungstermins die Uebergabe gegen bare Zahlung verlange, seiner Rechte aus dem Zuschlage verlustig gehe und bei einer anderweitigen Versteigerung der Sache zum Mitbieten nicht zugelassen werde, jedoch für den Ausfall zu haften habe.

Hierauf ist zum Bieten aufgefordert, die einzelnen Stücke sind in der Reihenfolge des Verzeichnisses ausgerufen und den Kauflustigen zur Besichtigung vorgezeigt, der Goldwert der Goldsachen ist bei dem ersten Aufrufe mitgeteilt. Der Zuschlag ist überall erst erteilt, nachdem das zuletzt abgegebene Gebot dreimal aufgerufen und ein Uebergebot nicht abgegeben war.

Verzeichnis der Versteigerungssachen.

Laufende Nr.	Zu versteigernde Sache	Gold- oder Silberwert. Schätzungswert.	Meistgebot ℳ	₰	Meistbietender: Name und Stand.	Meistbietender: Wohnort.
1.	2.	3.	4.		5.	
1.	ein kiefernet Schrank		10	20	Bauer Ernst Trott	Kammthal
2.	ein eichener Tisch		5	50	Frau Anna Wille	desgl.
3.	drei Handtücher		—	50	desgl.	desgl.
4.	fünf Oberhemden		2	—	Bauer Franz Winter	desgl.
5.	ein goldener Ring	21 Mk.	22	—	Frau Anna Wille	desgl.
6.	eine goldene Uhrkette	40 Mk.	45	—	Goldarbeiter Emil Lukas	Frankfurt a. M.

Die Meistbietenden sind dem Ortsgerichtsvorsteher bekannt mit Ausnahme des Goldarbeiters Lukas. Dessen Persönlichkeit wurde dadurch festgestellt, daß er vorlegte:

einen Paß,

eine Quittung über Gewerbesteuer, worin Goldarbeiter Emil Lukas als Zahler aufgeführt wird,

eine vormundschaftliche Bestallung, für einen Goldarbeiter Emil Lukas ausgefertigt.

Die Kaufpreise wurden bar bezahlt und die versteigerten Sachen den Käufern übergeben. Aus dem Erlöse, im Gesamtbetrage von 85 Mk. 20 Pf., wurden die Gebühren und Auslagen im Betrage von ..... entnommen, der Rest wurde dem Heinrich Meyer übergeben.

Das Protokoll wurde darauf vorgelesen, von den Beteiligten genehmigt und von ihnen unterschrieben. Der Bauer Ernst Trott erklärte jedoch, nicht schreiben und auch kein Handzeichen machen zu können.

Heinrich Meyer. Anna Wille. Franz Winter.

Emil Lukas.

(Siegel des Ortsgerichts.)

Elschner.

Allgemeine Verfügung vom 20. Dezember 1899 über das Verfahren und die Gebühren der Dorfgerichte im Geltungsbereiche des Allgemeinen Landrechts.

Erster Abschnitt.

Besetzung der Dorfgerichte.

§ 1. Das Dorfgericht ist gehörig besetzt, wenn neben dem Schulzen (Gemeindevorsteher) oder seinem Vertreter (§ 3) zwei Schöffen oder ein Schöffe und ein vereidigter Gerichtsschreiber mitwirken. Bei der Aufnahme von Taxen müssen außer dem Schulzen oder seinem Vertreter zwei Schöffen mitwirken.

§ 2. Der Schulze ist der Vorsteher des Dorfgerichts. Er leitet die vor das Dorfgericht gehörigen Verhandlungen. Ihm liegt es zunächst ob, für den ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb zu sorgen.

§ 3. Ist der Schulze verhindert, so wird er durch einen Schöffen vertreten.

§ 4. Die Dorfgerichte sollen die ihnen zustehenden Verrichtungen nur innerhalb ihres Bezirkes vornehmen.

§ 5. Ein Schulze, Schöffe oder Gerichtsschreiber ist von der Teilnahme an den Verrichtungen des Dorfgerichts ausgeschlossen:

1. in Sachen, in denen er selbst beteiligt ist oder in denen er zu einem Beteiligten in dem Verhältnis eines Mitberechtigten oder Mitverpflichteten steht;
2. in Sachen seiner Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht;
3. in Sachen einer Person, mit der er in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert ist;
4. in Sachen, in denen er als Bevollmächtigter eines Beteiligten bestellt oder als gesetzlicher Vertreter eines solchen (z. B. als Inhaber der elterlichen Gewalt, Vormund oder Pfleger) aufzutreten berechtigt ist.

Die Ablehnung eines Schulzen, Schöffen oder Gerichtsschreibers wegen Besorgnis der Befangenheit ist ausgeschlossen.

Eine Handlung des Dorfgerichts ist nicht aus dem Grunde unwirksam, weil ein Schulze, Schöffe oder Gerichtsschreiber mitgewirkt hat, der nach Abs. 1 von der Teilnahme ausgeschlossen war.

§ 6. Mündliche oder schriftliche Mitteilungen, insbesondere Ladungen, erfolgen am Sitze des Dorfgerichts oder an einem leicht erreichbaren anderen Orte, auch wenn dieser dem Bezirke des Dorfgerichts nicht angehört, durch ein Mitglied des Dorfgerichts, den Gemeindeboten oder einen anderen zuverlässigen Boten. Wird die Person, an welche die Mitteilung erfolgen soll, in ihrer Wohnung nicht angetroffen, so kann die Mitteilung in der Wohnung an einen zu der Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person erfolgen.

Im übrigen erfolgen Mitteilungen im Wege der Uebersendung durch die Post; in besonders wichtigen Fällen ist die Postsendung mit der Bezeichnung „Einschreiben" zu versehen.

Zweiter Abschnitt.

Zuständigkeit der Dorfgerichte zur Vornahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

§ 7. Das Dorfgericht ist zuständig für die im § 1960 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgesehene Sicherung des Nachlasses, es sei denn, daß sich am Sitze des

Dorfgerichts ein Amtsgericht befindet (§§ 10 bis 25).

Für diese Sicherung hat das Dorfgericht ohne Auftrag des Amtsgerichts zu sorgen; insbesondere bedarf es einen solchen Auftrags auch nicht zur Aufnahme eines Nachlaßverzeichnisses, das nur zur Sicherung des Nachlasses dienen soll (§ 12 Abs. 2).

Von dem Amtsgerichte zur Sicherung eines Nachlasses angeordnete Maßregeln hat das Dorfgericht auszuführen, falls ihm die Ausführung aufgetragen wird.

---

§ 8. Das Dorfgericht ist ferner zuständig, im Auftrage des Amtsgerichts:

1. Vermögensverzeichnisse, insbesondere Nachlaßinventare, aufzunehmen (§§ 26 bis 33);
2. freiwillige öffentliche Versteigerungen beweglicher Sachen, sowie öffentliche Verpachtungen an den Meistbietenden vorzunehmen und zu beurkunden (§§ 34 bis 58);
3. Taxen aufzunehmen (§ 59).

Zur Aufnahme eines Nachlaßverzeichnisses ist das Dorfgericht auch im Auftrage der Generalkommission zuständig (Gesetz, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896, Gesetz-Samml. S. 124, § 20).

Soweit das Dorfgericht mit freiwilligen öffentlichen Versteigerungen beweglicher Sachen und mit öffentlichen Verpachtungen von dem Amtsgericht allgemein beauftragt ist, kann es solche Geschäfte auch auf Antrag der Beteiligten vornehmen.

---

§ 9. Die Abänderung einer Anordnung des Dorfgerichts ist bei dem Amtsgerichte nachzusuchen.

Dritter Abschnitt.

Sicherung eines Nachlasses.

§ 10. Das Dorfgericht hat, soweit nach den Umständen ein Bedürfnis dafür besteht, für die Sicherung eines in seinem Bezirke befindlichen Nachlasses zu sorgen:

1. wenn der Erbe unbekannt ist;
2. wenn die Erbschaft noch nicht angenommen ist;
3. wenn ungewiß ist, ob der Erbe die Erbschaft angenommen hat.

---

§ 11. Zu der Ausführung der Sicherungsmaßregeln sind die am Orte anwesenden Erben und Verwandten des Erblassers und, falls keine Erben oder Verwandte anwesend sind, andere geeignete Auskunftspersonen zuzuziehen.

Ueber die getroffenen Maßregeln ist ein Protokoll aufzunehmen (§§ 21, 22).

---

§ 12. Welche Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses zu ergreifen sind, entscheidet das Dorfgericht nach den Umständen des Falles.

Das Dorfgericht kann insbesondere Siegel anlegen, Geld, Wertpapiere, und Kostbarkeiten an sich nehmen, ein Nachlaßverzeichnis aufnehmen und dem Nachlaß einen Aufseher bestellen.

Zur Bestellung eines Nachlaßpflegers ist das Dorfgericht nicht befugt.

§ 13. Verfügungen von Todeswegen, die bei der Ausführung einer Sicherungsmaßregel im Nachlasse vorgefunden werden, hat das Dorfgericht in jedem Falle an sich zu nehmen und unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

In gleicher Weise ist mit vorgefundenem Gelde, Wertpapieren und anderen wertvollen oder wichtigen Urkunden, sowie mit Kostbarkeiten zu verfahren. Nur aus besonderen Gründen und wenn die Sicherheit eine genügende ist, können sie unter gehöriger Aufsicht in der Sterbewohnung belassen werden.

Die in den Abs. 1, 2 bezeichneten Urkunden und Gegenstände sind in dem Protokoll einzeln zu verzeichnen, die Wertpapiere mit Angabe des Nennwerts. Sind die Wertpapiere mit Buchstaben und Nummern versehen, so sind auch diese zu vermerken. Sind Erneuerungsscheine vorhanden, so ist dies anzugeben. Auch ist anzugeben, von welcher Zeit an die vorhandenen Zins- und Gewinnanteilscheine laufen.

---

§ 14. Für das Verfahren bei der Siegelung eines Nachlasses sind neben den Vorschriften des § 13 die Vorschriften der §§ 15 bis 19 maßgebend.

§ 15. Bewegliche leblose Sachen sind, soweit sie nicht unter den § 13 fallen, thunlichst in verschließbaren Räumen oder Behältnissen unterzubringen. Die Thüren dieser Räume, sowie die Behältnisse sind zu verschließen und unter Verwendung von Papierstreifen, Leinwandstreifen, Bindfaden oder in anderer Weise mit dem Dienstsiegel zu versiegeln, daß sie ohne Verletzung des Verschlusses nicht geöffnet werden können; Fenster sind zu schließen und nötigenfalls in gleicher Weise zu versiegeln.

Die Zahl der Siegel und die Stellen, wo sie angelegt sind, sind im Protokoll anzugeben. Die Schlüssel hat das Dorfgericht mit einem Merkzeichen zu versehen und entweder an sich zu nehmen oder sonst sicher unterzubringen; ihre Zahl, sowie die Art ihrer Verwahrung ist im Protokolle zu vermerken. Die Anwesenden sind darauf hinzuweisen, daß sie sich jeder Beschädigung und der Ablösung der angelegten Siegel bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen zu enthalten haben.

Räume, deren Weiterbenutzung nicht entbehrt werden kann, sind offen zu halten.

---

§ 16. Den Erben, den Verwandten des Erblassers oder einer geeigneten anderen Person kann vorgefundenes Geld zur Besorgung des Begräbnisses und zur einstweiligen Fortführung des Haushalts, der Landwirtschaft oder des Gewerbes gegen Empfangsbescheinigung ausgehändigt werden. Auch können ihnen sonstige zu diesen Zwecken notwendige Sachen übergeben werden.

---

§ 17. Hat der Erblasser Landwirtschaft oder ein Gewerbe betrieben und erscheint die Fortführung des Betriebs angezeigt und ohne Gefährdung des Nachlasses möglich, so ist das hierzu Erforderliche anzuordnen und die Siegelung insoweit zu beschränken, daß der weitere Betrieb stattfinden kann.

---

§ 18. Die außer Siegelung gelassenen Gegenstände sind zu verzeichnen, es sei denn, daß bei einzelnen von ihnen eine Sicherung aus besonderen Gründen entbehrlich ist. In dem Verzeichnis ist der Wert der einzelnen Gegenstände anzugeben, soweit dies zur Feststellung angemessen erscheint.

Einzelne Nachlaßsachen, insbesondere Tiere, können einem Dritten zur Obhut anvertraut oder bei dringender Gefahr des Verderbens veräußert werden; der Erlös ist unverzüglich an das Amtsgericht abzuliefern.

---

§ 19. Nötigenfalls ist zur Sicherung des Nachlasses ein Aufseher zu bestellen.

---

§ 20. Werden in dem Nachlaß eines Beamten bei der Ausführung einer Sicherungsmaßregel amtliche Akten oder sonstige Sachen, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, vorgefunden, so ist dies im Protokolle besonders zu vermerken. Das Dorfgericht hat Sicherungsmaßregeln in Bezug auf diese Sachen nicht vorzunehmen, wenn die Behörde, welcher der Verstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde für die Sicherung der Sachen sorgt. Die Vorschriften über den Nachlaß von Beamten finden auch Anwendung auf den Nachlaß von Offizieren des Heeres und der Marine.

---

§ 21. Das über die Maßnahmen des Dorfgerichts aufgenommene Protokoll ist unverzüglich dem Amtsgericht einzureichen.

---

§ 22. Das Protokoll soll den Hergang bei der Ausführung der Sicherungsmaßregeln beschreiben. Es soll außer den Angaben, die in den vorhergehenden Paragraphen vorgeschrieben sind, namentlich enthalten:

1. den Ort und die Zeit der Verhandlung;
2. die Bezeichnung des Erblassers und der bei der Verhandlung zugegen gewesenen Personen;
3. die Angabe der Thatsachen, welche die Sicherung des Nachlasses veranlaßt haben;
4. die Unterschrift des bestellten Aufsehers und derjenigen Personen, welchen Nachlaßsachen, die außer Siegelung geblieben sind, anvertraut sind;
5. die Unterschrift der Mitglieder des Dorfgerichts.

---

§ 23. Hat das Dorfgericht von Sicherungsmaßregeln Abstand genommen, weil es sie nicht für erforderlich hält, bestehen aber Zweifel darüber, ob sie erforderlich

sind, so hat das Dorfgericht dem Amtsgerichte den Sachverhalt unverzüglich anzuzeigen.

§ 24. Die Vorschriften dieses Abschnitts finden entsprechende Anwendung, wenn das Dorfgericht mit der Ausführung von Maßregeln zur Sicherung eines Nachlasses von dem Amtsgerichte beauftragt wird und das Amtsgericht nicht abweichende Bestimmungen trifft.

§ 25. Das Dorfgericht hat die ohne Auftrag des Amtsgerichts getroffenen Sicherungsmaßregeln aufzuheben, sobald sie nicht mehr erforderlich erscheinen. Die Abnahme angelegter Siegel soll in der Regel nur auf Anordnung des Amtsgerichts erfolgen.

Auch über die Aufhebung der Sicherungsmaßregeln, insbesondere über die Abnahme der Siegel, ist ein Protokoll aufzunehmen und dem Amtsgericht unverzüglich einzusenden.

Bei der Abnahme der Siegel ist zu untersuchen, ob die in dem Siegelungsprotokoll angegebenen Siegel noch vorhanden und unverletzt sind. Der Befund ist in dem nach Abs. 2 aufzunehmenden Protokolle festzustellen.

Vierter Abschnitt.

Aufnahme von Vermögensverzeichnissen.

§ 26. Bei der Erteilung des Auftrags zur Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses, insbesondere eines Nachlaßinventars, bestimmt das Amtsgericht oder im Falle des § 20 des Gesetzes, betreffend das Anerbenrecht bei Renten- und Ansiedelungsgütern, vom 8. Juni 1896 (Ges.-Samml. S. 124) die Generalkommission, in welcher Art und in welchem Umfange das Verzeichnis aufzunehmen ist, und welche Personen bei der Aufnahme zuzuziehen sind.

Im übrigen sind, sofern nicht in dem Auftrag, insbesondere in Bezug auf die Angabe des Wertes und der Verbindlichkeiten, abweichende Bestimmungen getroffen sind, die nachstehenden Vorschriften zu beobachten.

§ 27. Das Dorfgericht hat die Vermögensgegenstände und die Verbindlichkeiten nach folgenden Titeln zu verzeichnen:

1. Grundstücke;
2. Geld, mit Einschluß des Papiergeldes, Banknoten;
3. Wertpapiere;
4. Forderungen, mit Einschluß der Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen;
5. Gegenstände aus Edelmetall, Juwelen und sonstige Kostbarkeiten;
6. Kunstgegenstände, soweit sie nicht unter Titel 5 fallen, Bilder, Uhren;
7. Möbel, Vorhänge, Teppiche, Decken;
8. Porzellan, Steingut, Glassachen;
9. zur Hauswirtschaft bestimmte Geräte aus unedlem Metalle, Holz, Stein und anderen Stoffen;
10. Leinen, Wäsche mit Ausnahme der Leibwäsche, und Betten;
11. Leibwäsche und Kleidungsstücke;
12. Bücher, Landkarten, Schriften;
13. Instrumente, Waffen;
14. Handwerkszeug, Maschinen und sonstige zu landwirtschaftlichem oder gewerblichem Betriebe bestimmte Geräte;
15. Fahrzeuge und Geschirr;
16. Tiere;
17. Vorräte zum Verbrauch in der Hauswirtschaft;
18. Warenvorräte, landwirtschaftliche oder gewerbliche Vorräte;
19. sonstige Sachen und Rechte;
20. Verbindlichkeiten.

§ 28. Ob in Ansehung der Titel 1, 2, 3, 4 und 20 etwas vorhanden ist oder nicht, ist immer zu vermerken. Im übrigen können die Titel, bei denen nichts zu verzeichnen ist, ausgelassen werden.

Die Verzeichnung der Wertpapiere erfolgt nach Maßgabe des § 13 Abs. 3. Bei verzinslichen Forderungen sind der Zinssatz, die Zinstermine und der Betrag der Zinsrückstände anzugeben. Urkunden, durch welche Vermögensrechte nachgewiesen werden, z. B. Sparkassenbücher, Schuldscheine, Versicherungspolicen, Pfandscheine, sind bei den Posten aufzuführen, zu welchen sie gehören.

§ 29. In einer besonderen Spalte ist der Wert der Gegenstände anzugeben. Soweit es zur Bestimmung des Wertes erforderlich ist, sind die Gegenstände zu beschreiben. Ist eine besondere Taxe aufgenommen, so ist der Taxwert anzugeben.

Die Gesamtsummen der einzelnen Titel 1 bis 19 sind zusammenzuzählen; von dem Betrag ist die Gesamtsumme der Verbindlichkeiten (Titel 20) abzuziehen.

---

§ 30. Das Dorfgericht hat bei der Aufnahme des Verzeichnisses darauf hinzuwirken, daß die Beteiligten über das Vermögen, insbesondere über die Forderungen und Verbindlichkeiten, richtige und vollständige Erklärungen abzugeben. Die beweglichen Sachen hat sich das Dorfgericht vorzeigen zu lassen.

---

§ 31. Wird von den Beteiligten eine Versicherung der Richtigkeit und Vollständigkeit des Verzeichnisses abgegeben, so ist diese Erklärung von dem Dorfgericht in dem Protokolle zu beurkunden.

---

§ 32. Ueber die Aufnahme des Verzeichnisses ist ein Protokoll zu errichten. Ein etwa beschaffter Auszug aus den öffentlichen Büchern sowie, falls ein Beteiligter den Zustand oder den Wert einer Sache durch Sachverständige hat feststellen lassen, die darüber aufgenommene Urkunde ist dem Protokoll als Anlage beizufügen.

Im Protokolle brauchen die vorgefundenen Vermögensgegenstände nicht nach den im § 27 angegebenen Titeln aufgeführt zu werden. Es genügt die Angabe, welche Gegenstände in den einzelnen Räumen und Behältnissen vorgefunden sind; auf Grund des Protokolls ist alsdann das Verzeichnis gemäß § 27 aufzustellen.

Das Protokoll, sowie das Verzeichnis ist unverzüglich dem Amtsgericht einzureichen.

---

§ 33. Wird ein Nachlaßinventar aufgenommen, so ist für die Verzeichnung der Bestand sowie der Wert zur Zeit des Todes des Erblassers maßgebend. Inzwischen eingetretene Veränderungen sind nachrichtlich zu vermerken.

Fünfter Abschnitt.

Freiwillige öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen.

I. Allgemeine Vorschriften.

§ 34. Freiwillige öffentliche Versteigerungen beweglicher Sachen soll das Dorfgericht auf unmittelbaren Antrag eines Beteiligten nur vornehmen, soweit es vom Amtsgerichte mit der Vornahme solcher Versteigerungen allgemein beauftragt ist.

Der Antrag ist abzulehnen, wenn gegen die Befugnis des Antragstellers, über die Sache zu verfügen, Bedenken vorliegen, oder wenn der Verdacht besteht, daß die Form der Versteigerung zur Verdeckung unlauterer Absichten, insbesondere zur Umgehung der den Gewerbebetrieb oder die Gewerbesteuer betreffenden Vorschriften, z. B. des Gesetzes, betr. die Besteuerung des Wanderlagerbetriebs, vom 27. Februar 1880 (Gesetz-Samml. S. 174), oder der Vorschriften über den Kleinhandel mit Branntwein und Spiritus (Gewerbeordnung § 33), benutzt werden soll oder wenn bei Ausverkäufen der Verdacht einer unrichtigen Angabe über den Anlaß und den Zweck des Verkaufs besteht (Reichsgesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vom 27. Mai 1896 — Reichs-Gesetzbl. S. 145 — § 1).

---

§ 35. In welcher Weise die Versteigerung zu bewirken ist (Zeit und Ort der Versteigerung, Art der Bekanntmachung, etwaige Abschätzung der Sachen, Benachrichtigung der Beteiligten, Versteigerungsbedingungen, Aushändigung des Erlöses u. dergl.), richtet sich nach den Bestimmungen des Amtsgerichts und, soweit solche nicht getroffen sind, nach denen des Antragstellers. Soweit weder das Amtsgericht noch der Antragsteller Bestimmungen getroffen hat, sind dafür die Vorschriften der §§ 37 bis 39, 44, 45 maßgebend.

Die Versteigerung soll in einem zu Versteigerungen bestimmten oder geeigneten Raume, erforderlichenfalls an Ort und Stelle, abgehalten werden. In Wirts-

häusern darf die Versteigerung nur stattfinden, wenn ein anderer geeigneter Raum nicht vorhanden ist. Das Dorfgericht hat darauf zu sehen, daß während des Versteigerungsgeschäfts geistige Getränke nicht verabfolgt werden.

---

§ 36. Vor der Versteigerung hat das Dorfgericht die Sachen unter fortlaufenden Nummern, nötigenfalls unter Angabe des Gewichts, des Maßes oder der Zahl zu verzeichnen. Ist ein Verzeichnis dem Auftrage des Amtsgerichts beigefügt oder von dem Antragsteller übergeben, so hat das Dorfgericht seine Richtigkeit zu prüfen und zu bescheinigen. Die Aufstellung eines Verzeichnisses kann unterbleiben, wenn der Antragsteller die Sachen im Besitze behält und auf die Anfertigung des Verzeichnisses verzichtet.

Werden die Sachen dem Dorfgerichte behufs Verwahrung bis zum Versteigerungstermin übergeben, so ist darüber ein Protokoll aufzunehmen, welches ein Verzeichnis der Sachen enthält.

Erfolgt eine Abschätzung, so ist in dem Verzeichnisse bei den einzelnen Sachen ihr Schätzungswert zu vermerken. Das Gleiche gilt von dem Gold- oder Silberwerte, wenn er festgestellt ist.

---

§ 37. Der Versteigerungstermin ist so zu bestimmen, daß er der Beschaffenheit und dem Werte der Sachen entsprechend öffentlich bekannt gemacht werden kann. Die öffentliche Bekanntmachung erfolgt in ortsüblicher Weise (durch Ausruf, Anschlag, Einrückung in eine oder mehrere Zeitungen u. dergl.).

Die Bekanntmachung hat insbesondere zu enthalten:

1. eine allgemeine Bezeichnung der zu versteigernden Gegenstände (Möbel, Betten, Kleidungsstücke u. dergl.) unter Hervorhebung besonders wertvoller Sachen;
2. die Angabe des Ortes, des Tages und der Stunde der Versteigerung.

---

§ 38. Der Versteigerungstermin ist dem Antragsteller und der zur Erhebung des Kaufpreises etwa bestellten Person rechtzeitig mitzuteilen. Dem Antragsteller sind auf Verlangen auch die Versteigerungsbedingungen bekannt zu geben.

---

§ 39. In die Versteigerungsbedingungen ist aufzunehmen:

1. daß die Uebergabe der zugeschlagenen Sache gegen sofortige bare Zahlung geschehe;
2. daß der Meistbietende, wenn er nicht zu der in den Versteigerungsbedingungen bestimmten Zeit oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung vor dem Schlusse des Versteigerungstermins die Uebergabe gegen bare Zahlung verlange, seiner Rechte aus dem Zuschlage verlustig gehe und bei einer anderweitigen Versteigerung der Sache zum Mitbieten nicht zugelassen werde, jedoch für den Ausfall zu haften habe.

§ 40. Im Termine sind zunächst die Versteigerungsbedingungen bekannt zu machen. Demnächst ist zum Bieten aufzufordern. Die einzelnen Stücke sind thunlichst in der Reihenfolge des Verzeichnisses aufzurufen und den Kauflustigen zur Besichtigung vorzuzeigen. Der etwa ermittelte Schätzungs-, Gold- oder Silberwert ist bei dem ersten Aufrufe mitzuteilen. Dem Zuschlage soll ein dreimaliger Aufruf vorangehen.

---

§ 41. Die versteigernden Mitglieder des Dorfgerichts und die von ihnen etwa zugezogenen Gehilfen dürfen die zum Verkaufe gestellten Sachen weder für sich, sei es persönlich oder durch einen anderen, noch als Vertreter eines anderen kaufen. Die versteigernden Mitglieder des Dorfgerichts dürfen auch nicht zulassen, daß ihre Angehörigen (§ 5 Nr. 2, 3) mitbieten.

Den versteigernden Mitgliedern des Dorfgerichts ist nicht gestattet, die Gewähr für den Eingang des Kaufpreises zu übernehmen.

§ 42. Das Protokoll über die Versteigerung soll namentlich enthalten:

1. Ort und Tag der Verhandlung;
2. die Namen der bei der Verhandlung mitwirkenden Beamten des Dorfgerichts und der etwa zur Unterstützung zugezogenen Personen;
3. den Namen des Antragstellers oder die Bezeichnung des vom Amtsgericht erteilten besonderen Auftrags;
4. die Angabe, in welcher Weise die

Bekanntmachung des Termins erfolgt ist;
5. die Versteigerungsbedingungen;
6. den Hergang der Versteigerung nach § 40;
7. in Ansehung jeder Sache oder der zusammen ausgebotenen Sachen Gebot und Namen des Meistbietenden und die Angabe, ob die Uebergabe sowie die Zahlung geschehen ist;
8. die Maßnahmen, die bei ausgebliebener Zahlung getroffen sind.

Ist der Zuschlag an einen anderen als den Meistbietenden erteilt, so ist gemäß der Nr. 7 das Gebot sowie der Name desjenigen zu verzeichnen, welcher den Zuschlag erhält. Wird der Zuschlag nicht im Termin erteilt, so ist das Gebot sowie der Name desjenigen anzugeben, welcher an sein Gebot gebunden bleibt.

Die Verzeichnung der Gebote anderer als derjenigen, welche den Zuschlag erhalten oder an ihr Gebot gebunden bleiben, bedarf es nicht. Doch sind zurückgewiesene Gebote und der Grund der Zurückweisung anzugeben.

---

§ 43. Das Protokoll braucht nicht im Ganzen vorgelesen zu werden. Von den Bietern brauchen nur diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, und in dem Falle, daß der Zuschlag im Termine nicht erteilt ist, diejenigen, welche an ihr Gebot gebunden bleiben, in oder unter dem Protokolle zu unterschreiben oder ihr Handzeichen beizufügen.

Entfernt sich ein Beteiligter, bevor er unterschrieben oder ein Handzeichen gemacht hat, oder kann ein Beteiligter nicht schreiben und auch kein Handzeichen beifügen oder wird die Unterzeichnung verweigert, so ist der Grund anzugeben, aus welchem die Unterzeichnung unterblieben ist.

Die Belege über die Terminsbekanntmachung sind dem Protokoll als Anlage beizufügen.

---

§ 44. Das Protokoll über die Versteigerung ist, falls die Versteigerung auf Grund eines besonderen Auftrags des Amtsgerichts erfolgt ist, unverzüglich dem Amtsgericht einzureichen, anderenfalls dem Antragsteller auszuhändigen.

---

§ 45. Der Erlös ist dem Antragsteller oder der mit der Erhebung des Kaufpreises beauftragten Person auszuhändigen. Von dem Erlöse sind die Gebühren und die Auslagen, mit Einschluß des erforderlichen Stempels, abzuziehen.

II. Besondere Vorschriften.

§ 46. Beantragt ein Pfandgläubiger, weil er sich im Wege des Pfandverkaufs befriedigen will (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1228 bis 1249), die Versteigerung des Pfandes, so hat sich das Dorfgericht zu vergewissern, daß die Androhung des Verkaufs erfolgt oder unthunlich ist, und daß die bei dem Verkauf einzuhaltende Frist gewahrt wird (Bürgerliches Gesetzbuch § 1234).

---

§ 47. Hat das Pfand einen Gold- oder Silberwert, so muß dieser, erforderlichenfalls mit Hilfe eines Sachkundigen, festgestellt und in dem Verzeichnisse (§ 36) angegeben werden.

In der Bekanntmachung des Versteigerungstermins ist ersichtlich zu machen, daß es sich um einen Pfandverkauf handelt. Die Namen des Pfandgläubigers und des Verpfänders sind wegzulassen.

Von dem Versteigerungstermine sind, sofern dies nicht durch den Antragsteller bereits geschehen ist, nach näherer Bestimmung des Antragstellers thunlichst auch der Eigentümer des Pfandes und Dritte, denen Rechte an dem Pfande zustehen, besonders zu benachrichtigen. Erfolgt die Benachrichtigung im Wege der Uebersendung durch die Post, so ist die Postsendung, falls der Antragsteller nicht ein anderes bestimmt, mit der Bezeichnung „Einschreiben" zu versehen.

Die Versteigerung erfolgt an dem Orte, an dem das Pfand aufbewahrt wird, es sei denn, daß dort ein angemessener Erfolg nicht zu erwarten ist.

---

§ 48. Bei der Versteigerung ist das Pfand ausdrücklich als solches zu bezeichnen.

Es darf nur mit der Bestimmung verkauft werden, daß der Käufer den Kaufpreis sofort bar zu entrichten habe und seiner Rechte verlustig sein solle, wenn dies nicht geschieht; unterbleibt die sofortige

Entrichtung des Kaufpreises, so kann sogleich die Wiederversteigerung zu Lasten des Erstehers vorgenommen werden.

§ 49. Das Gebot des Eigentümers sowie, wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, das Gebot des Schuldners ist, sofern nicht der Antragsteller ein anderes bestimmt, zurückzuweisen, wenn nicht der gebotene Betrag sogleich bar erlegt wird.

Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem Gold- oder Silberwerte zugeschlagen werden.

§ 50. Die Vorschrift des § 48 Abs. 2 greift nicht Platz, wenn der Zuschlag dem Antragsteller erteilt wird. Das Dorfgericht braucht an ihn die Sachen nur herauszugeben, wenn der Betrag der Gebühren und Auslagen, mit Einschluß des erforderlichen Stempels, bar erlegt wird.

§ 51. Die Versteigerung ist einzustellen, sobald der Erlös zur Befriedigung des Antragstellers und zur Deckung der Kosten hinreicht. Das Dorfgericht hat deshalb die bereits erzielten Erlöse von Zeit zu Zeit zusammenzurechnen.

§ 52. Das Protokoll soll außer den im § 42 vorgeschriebenen Angaben enthalten:

1. die Angabe, aus welchem gesetzlichen Grunde die Versteigerung erfolgt;
2. den Namen des Eigentümers des Pfandes; wenn das Pfand für eine fremde Schuld haftet, auch den Namen des Schuldners;
3. den Betrag der Forderung und der Kosten, wegen dessen der Gläubiger aus dem Pfande seine Befriedigung sucht;
4. den festgesetzten Gold- oder Silberwert.

In dem Versteigerungsprotokoll ist hervorzuheben, daß das Pfand bei der Versteigerung als solches bezeichnet ist.

§ 53. Beantragt ein Pfandgläubiger die Versteigerung des Pfandes, weil er durch dessen drohenden Verderb oder durch eine zu besorgende wesentliche Minderung des Wertes seine Sicherheit für gefährdet erachtet (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1219, 1220), so finden die Vorschriften des § 46 und des § 52 Abs. 1 Nr. 1, 2, Abs. 2 entsprechende Anwendung.

§ 54. Beantragt ein Pfandgläubiger Sachen, die einen Marktpreis haben, oder Gold- oder Silbersachen, deren Versteigerung fruchtlos versucht worden ist, freihändig zu verkaufen (Bürgerliches Gesetzbuch § 1221, § 1235 Abs. 2, § 1240 Absatz 2), so ist ein Verzeichnis der Sachen nach den Vorschriften des § 36 und des § 47 Abs. 1 aufzunehmen. Bei dem Verkauf ist das Pfand ausdrücklich als solches zu bezeichnen. Gold- und Silbersachen dürfen nicht unter dem festgestellten Gold- oder Silberwerte verkauft werden. Im übrigen ist der Verkauf zum laufenden Preise zu bewirken. Die Uebergabe an den Käufer darf nur gegen bare Zahlung geschehen.

Auf das Verkaufsprotokoll finden die Vorschriften des § 52 entsprechende Anwendung.

§ 55. Die Vorschriften der §§ 46 bis 52, 54 finden entsprechende Anwendung, wenn die Versteigerung oder der freihändige Verkauf zwecks Aufhebung einer Gemeinschaft oder zwecks Auseinandersetzung der Miterben vorgenommen wird (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 753, 2042).

§ 56. Beantragt ein Finder, weil der Verderb der gefundenen Sachen zu besorgen oder ihre Aufbewahrung mit unverhältnismäßigen Kosten verbunden ist (Bürgerliches Gesetzbuch § 966), die Versteigerung, so hat sich das Dorfgericht vor dieser zu vergewissern, daß bei der Polizeibehörde die vorgeschriebene Anzeige gemacht ist.

In dem Protokoll ist anzugeben, aus welchem gesetzlichen Grunde die Versteigerung erfolgt.

§ 57. Einen allgemeinen Auftrag zum Verkaufe von Wertpapieren, die einen Börsenpreis haben, sowie zum Verkaufe beweglicher Sachen auf Grund der §§ 383, 1003 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, auf Grund des Handelsgesetzbuchs oder auf Grund des preußischen Gesetzes über das Pfandleihgewerbe vom 17. März 1881 (Gesetz-Samml. S. 265) soll das Amtsgericht dem Dorfgerichte nicht erteilen.

Wird ein einzelner Auftrag zu einem solchen Verkaufe von dem Amtsgericht erteilt, so sind bei der Ausführung die von dem Amtsgerichte zu treffenden näheren Bestimmungen zu befolgen.

Sechster Abschnitt.

Oeffentliche Verpachtung an den Meistbietenden.

§ 58. Auf öffentlichen Verpachtungen an den Meistbietenden finden die Vorschriften der §§ 34 bis 38, 40 bis 45 entsprechende Anwendung.

Das Dorfgericht hat den Antragsteller, soweit solche nicht schon vorliegen, zur Aufstellung von Bedingungen zu veranlassen, die den Inhalt des abzuschließenden Pachtvertrags außer Zweifel stellen. Namentlich sind Bestimmungen zu treffen über den Gegenstand und die Dauer der Verpachtung, die Art und die Fälligkeit des Pachtzinses und die Folgen des Zahlungsverzugs sowie darüber, in welcher Weise der Zuschlag erteilt werden soll.

Der Versteigerungstermin soll in der Regel erst bestimmt werden, wenn die Versteigerungsbedingungen festgestellt sind. Eine nachträgliche Aenderung der Versteigerungsbedingungen ist nicht ausgeschlossen. Kommt der Antragsteller den Anforderungen, die das Dorfgericht hinsichtlich der Aufstellung der Versteigerungsbedingungen an ihn stellt, nicht nach, so hat das Dorfgericht den Antrag abzulehnen.

Siebenter Abschnitt.

Aufnahme von Taxen.

§ 59. Hinsichtlich der Aufnahme von Taxen bewendet es bei dem bisherigen Rechte (vergl. Allg. Landrecht T. II Tit. 7 § 86; Allg. Gerichtsordnung T. II Tit. 6, insbesondere Anhangs-§ 437 zu § 12; Gesetz v. 15. Juni 1840 — Gesetz-Samml. S. 131 —; revidierte Instruktion für die Dorfgerichte vom 11. Mai 1854 — Just.-Min.-Bl. S. 206 —, §§ 83 bis 87 nebst Anlage Nr. 5; Gesetz vom 4. Mai 1857 — Gesetz-Samml. S. 445 —; Verfügung des Justizministers vom 27. Juli 1857 — Just.-Minist.-Bl. S. 282 —).

Achter Abschnitt.

Gebühren und Auslagen.

§ 60. Die Dorfgerichte erhalten an Gebühren:

I. a) für die Sicherung eines Nachlasses durch Siegelung, Verwahrung oder auf andere Weise von dem Gesamtwerte der gesicherten Gegenstände bei einem Betrage

bis	50	Mk.	einschließl.	—	Mk. 50	Pf.
„	100	„	„	1	„ —	„
„	300	„	„	1	„ 50	„
„	500	„	„	2	„ —	„
„	1 000	„	„	3	„ —	„
„	2 500	„	„	4	„ —	„
„	5 000	„	„	5	„ —	„
„	7 500	„	„	6	„ —	„
„	10 000	„	„	7	„ —	„
„	12 500	„	„	8	„ —	„
„	15 000	„	„	9	„ —	„
über	15 000	„	„	10	„ —	„

Nimmt das Geschäft einen Zeitaufwand von mehr als acht Arbeitsstunden in Anspruch, so erhöht sich die Gebühr für jede angefangenen weiteren zwei Stunden um ein Viertel. für einen Tag sind nicht mehr als acht Arbeitsstunden anzusetzen. Der für Gänge und Reisen erforderliche Zeitaufwand ist nicht zu berücksichtigen;

b) für die Entsiegelung nach dem Gesamtwerte der von ihr betroffenen Gegenstände die Hälfte der zu a bestimmten Gebühr;

II. für die Aufnahme von Vermögensverzeichnissen, insbesondere von Nachlaßinventaren, nach dem Gesamtwerte der aufgenommenen Gegenstände ohne

Abzug der Schulden das Doppelte der zu Ia bestimmten Gebühr.

Findet die Sicherung des Nachlasses oder die Entsiegelung zugleich mit der Aufnahme des Vermögensverzeichnisses statt, so wird eine besondere Gebühr für die Sicherung oder die Entsiegelung nicht erhoben, sondern es kommt nur die für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses bestimmte Gebühr in Ansatz;

III. a) für die freiwillige öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen von dem Gesamtbetrage der Meistgebote

bis zu	100	Mk.	. . . . .		5	v. H.
	von dem Betrag					
über	100	Mk.	bis	300 Mk.	3	„ „
„	300	„	„	1 000 „	2	„ „
„	1 000	„	„	5 000 „	1	„ „
„	5 000	„	. . . . .		½	„ „

jedoch nicht unter zwei Mark. Die Mindestgebühr kommt auch dann in Ansatz, wenn ein Gebot nicht abgegeben, es aber zu einem Ausgebote gekommen ist.

Wird nicht die Gelderhebung besorgt, so verringert sich die Gebühr auf die Hälfte, jedoch nicht unter eine Mark;

b) für den freihändigen Verkauf beweglicher Sachen (§ 54, § 57 Absatz 2) von dem Gesamtbetrage des Erlöses die zu a bestimmte Gebühr;

IV. für die öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden von dem Gesamtbetrage des für die ganze Pachtzeit zu entrichtenden Pachtzinses die zu III bestimmte Gebühr;

V. für die Aufnahme von Taxen bei einem Gegenstande

bis	100	Mk.	einschließlich	1	Mk.
„	300	„	„	2	„
„	500	„	„	3	„
„	1 000	„	„	4	„
„	2 500	„	„	5	„
„	5 000	„	„	6	„
„	7 500	„	„	7	„
„	10 000	„	„	8	„
über	10 000	„	„	10	„

---

§ 61. Ist jemandem nach § 14 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit oder nach Artikel 1 Satz 1 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom Amtsgerichte das Armenrecht bewilligt, so hat ihm das Dorfgericht seine Dienste gebührenfrei zu gewähren.

---

§ 62. An baren Auslagen werden vergütet:

1. die Schreibgebühren;
2. die Postgebühren;
3. die Gebühren für Mitteilungen, die nicht durch die Post erfolgen;
4. die durch öffentliche Bekanntmachungen, insbesondere durch Einrücken in öffentliche Blätter, entstandenen Kosten;
5. die den Mitgliedern des Dorfgerichts bei Geschäften außerhalb ihres Wohnorts zustehenden Reisekosten;
6. die an andere Behörden oder Personen für deren Thätigkeit zu zahlenden Beträge, insbesondere für die Beförderung von Sachen;
7. die erforderlichen Stempel.

---

§ 63. Schreibgebühren werden nur für die auf Antrag eines Beteiligten gefertigten Abschriften der vom Dorfgericht abgefaßten Urkunden erhoben.

Die Schreibgebühr beträgt für die Seite 10 Pfg. Die Seite muß mindestens zwanzig Zeilen von durchschnittlich zwölf Silben enthalten. Jede angefangene Seite wird voll berechnet.

---

§ 64. An täglichen Reisekosten erhalten die Mitglieder des Dorfgerichts, wenn zur Vornahme des Geschäfts außerhalb ihres Wohnorts ein Weg von mehr als zwei Kilometern zurückgelegt werden muß, je 2 Mark.

---

§ 65. Für eine mündliche oder schriftliche Mitteilung, die nicht durch die Post erfolgt, erhält das Mitglied des Dorfgerichts, oder der Gemeindebote (§ 6) eine Ganggebühr von 5 Pfg. Die Gebühr wird bezüglich einer jeden Person, an welche die Mitteilung erfolgt, besonders berechnet. Sie erhöht sich um 20 Pfg., wenn außerhalb des Wohnorts ein Weg von mehr als einem Kilometer zurückgelegt werden muß. Weitere Reisekosten werden nicht vergütet. Soweit die Ganggebühren die Postgebühren übersteigen, kommen sie nur dann zum Ansatze, wenn nach der Lage der Umstände, insbesondere

wegen gebotener Beschleunigung, die Mitteilung durch die Post unthunlich war.

§ 66. Die Gebühren und Auslagen sind auf den über das Geschäft aufgenommenen Urkunden unter Bezugnahme auf die maßgebenden Gebührenvorschriften und unter Angabe des Wertes des Gegenstandes und der Fortdauer, sofern sich danach die Höhe der Gebühr richtet, in Ansatz zu bringen.

§ 67. Die Dorfgerichte haben die Gebühren und Auslagen für Geschäfte, die sie auf unmittelbaren Antrag der Beteiligten vornehmen, von diesen zu erheben. Sie können, vorbehaltlich der Vorschrift des § 61, die Uebernahme eines Geschäfts von der Zahlung eines zur Deckung der baren Auslagen, mit Einschluß der Stempel, und des vermutlichen Betrags der Gebühren hinreichenden Vorschusses abhängig machen. Ingleichen können sie die Herausgabe der aufgenommenen Urkunden und der gefertigten Abschriften, sowie die Rückgabe der aus Anlaß des Geschäfts vorgelegten Urkunden bis zur Zahlung der Gebühren und Auslagen verweigern.

Auch bei den im Auftrage des Gerichts vorgenommenen Geschäften und bei der Sicherung eines Nachlasses sind die Dorfgerichte berechtigt, ihre Gebühren und Auslagen unmittelbar von den Beteiligten zu erheben. Darüber, ob die Erhebung stattgefunden hat, ist eine Angabe auf der Urkunde zu machen. Ist die Erhebung nicht ausführbar oder erscheint sie dem Dorfgerichte nicht angemessen, so hat auf dessen Ersuchen der Gerichtsschreiber die Einziehung und die Uebersendung der Kosten zu veranlassen.

Die Gebühren und Auslagen für die im Auftrage der Generalkommission vorgenommenen Geschäfte hat das Dorfgericht bei dieser in Ansatz zu bringen.

§ 68. Aus den eingegangenen Beträgen werden die baren Auslagen zunächst berichtigt.

Die Verteilung der Gebühren unter den Mitgliedern des Dorfgerichts erfolgt unter Beobachtung des bisher üblich gewesenen Verhältnisses. Ist dies zweifelhaft, so erhält der Schulze vorweg ein Fünftel. Die übrigen vier Fünftel erhalten die bei dem betreffenden Geschäfte mitwirkenden Beamten zu gleichen Teilen.

Den Mitgliedern des Dorfgerichts bleibt überlassen, über die Teilung der Gebühren unter sich anderweitige Vereinbarungen zu treffen.

§ 69. Soweit die Gebühren und Auslagen unmittelbar durch das Dorfgericht erhoben werden, hat es die erforderlichen Stempel in Natur zu verwenden. Es ist in diesen Fällen für die richtige und rechtzeitige Verwendung verantwortlich.

Neunter Abschnitt.

Schlußbestimmungen.

§ 70. Die Oberlandesgerichtspräsidenten können Vorschriften zur Ergänzung dieser Verfügung erlassen.

§ 71. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Anlage 1.

Muster

zu einer Verhandlung über die Siegelung eines Nachlasses ohne Auftrag des Amtsgerichts.

Anwesend:

1. Eischner, Schulze;
2. Lesching, } Schöffen.
3. Vogel, }

Berechnung der Gebühren und Auslagen.

Wert des Gegenstandes:

1. Gebühr (§ 60 Nr. Ia)
2. Auslagen (§ 62):

   Postgebühr

   u. s. w.

   Zusammen

Wilschau, den 1. Oktober 1900, nachmittags 3½ Uhr.

Der hiesige Bauer Friedrich Scholz ist heute nachmittag gestorben. Er hat weder eine Witwe noch Kinder hinterlassen; seine Erben sind unbekannt. Da ohne Siegelung der Nachlaß gefährdet erschien, hielt das Dorfgericht es für nötig, von Amtswegen sofort die Siegelung vorzunehmen.

Wir Unterzeichnete begaben uns zu diesem Zwecke auf den Bauerhof des Verstorbenen und trafen dort an:

1. die Wirtschafterin Marie Becher,
2. den Knecht Gottfried Müller.

Beide, hier wohnhaft, sind uns bekannt.

Beide wurden mit dem Zwecke unseres Erscheinens bekannt gemacht und aufgefordert, Auskunft über den Nachlaß und über ihnen bekannte Verwandte oder Erben des Verstorbenen zu erteilen. Sie erklärten, Verwandte oder Erben des Verstorbenen nicht angeben zu können.

I. Zunächst wurden die Räumlichkeiten besichtigt. Es sind ein Wohnhaus, eine Scheune und ein Stall vorhanden.

Das einstöckige Wohnhaus besteht aus fünf Wohnräumen und einer Küche. Rechts vom Hausflure liegen nach der Straße zwei zweifenstrige, nach dem Hofe zu zwei einfenstrige Zimmer. Die beiden Vorderzimmer und das eine nach dem Hofe gelegene Zimmer (Schlafzimmer) sind durch Thüren verbunden. Das andere nach dem Hofe belegene Zimmer ist das Wohnzimmer der Wirtschafterin Becher und hat nur eine Thür nach dem Hausflure. Links vom Hausflure liegt nach der Straße eine zweifenstriges Zimmer und daran anstoßend nach dem Hofe zu die Küche. Von dem Hausflure führt eine Holztreppe nach dem Boden, der eine verschließbare Eingangsthür und zwei einflüglige Giebelfenster hat. Auf dem Boden befindet sich ein Aufbewahrungsraum für gedroschenes Getreide (Kornboden); besonders verschließbare Räume sind dort nicht vorhanden. Alle Fenster sind von innen mit Läden versehen, außer dem Küchenfenster und den beiden Bodenfenstern.

Die Scheune hat eine Tenne und zwei Bansen.

Der Stall besteht aus der Schlafkammer des Knechtes Müller, vier Räumen für das Vieh, einem Raume zum Häckselschneiden, einer Vorratskammer und dem Stallboden.

II. Die Leiche befand sich noch in dem Schlafzimmer nach dem Hofe zu. Sie wurde von dort mit dem Bette in das Wohnzimmer links vom Hausflure getragen.

Die Wirtschafterin Marie Becher zeigte unter Uebergabe des Schlüssels an, daß der Verstorbene seine Papiere in der Kommode aufbewahrt habe, welche in dem ersten rechts vom Hausflure gelegenen Vorderzimmer steht. Die verschlossenen Schubladen der Kommode wurden hierauf in Gegenwart der Marie Becher geöffnet. Es wurden darin vorgefunden:

1. zwei schlesische Pfandbriefe, C Nr. 401 und C Nr. 402 über je 300 Mk. verzinslich mit jährlich 3 1/2 Prozent nebst den Erneuerungsscheinen und den am 1. April 1900 fällig gewesenen und den später fälligen Zinsscheinen;
2. ein Sparkassenbuch der Breslauer Kreissparkasse Nr. 56 über 150 Mk.;
3. ein Darlehnsschuldschein über 1500 Mk. ausgestellt vom Bauern Feldmann in Wilschau;
4. 300 Mk. bares Geld;
5. ein goldener Trauring, eine silberne Taschenuhr und eine goldene Uhrkette;
6. ein mit dem Privatsiegel verschlossener Briefumschlag mit der Aufschrift:
   „Mein Testament. Friedrich Scholz."

Diese Gegenstände nahmen die unterzeichneten Dorfgerichtsmitglieder an sich, das bare Geld jedoch nur insoweit, als es nicht der Marie Becher ausgehändigt wurde (vergl. unten Nr. IV).

Auf dem Kornboden wurde das dort aufbewahrte ausgedroschene Getreide vermessen. Es wurden ermittelt:

1. ..... Hektoliter Weizen,
2. ..... „ Roggen,
3. ..... „ Hafer,
4. ..... „ Gerste,
5. ..... „ Erbsen.

Davon wurden entnommen und in Säcken in die Küche geschafft:

1. ..... Hektoliter Roggen,
2. ..... „ Hafer,
3. ..... „ Erbsen.

Die beiden Bansen der Scheune sind mit noch nicht gedroschenem Getreide und zum Teil mit Stroh, der Stallboden ist mit Heu gefüllt. In der Vorratskammer des Stalles befinden sich etwa ..... Hektoliter Kartoffeln. Von den Vorräten wurden entnommen und in die Häckselkammer des Stallgebäudes geschafft:

1. ..... Kilogramm Stroh,
2. ..... „ Heu,
3. ..... Hektoliter Kartoffeln.

III. Demnächst wurde zur Siegelung geschritten.

Im Wohnhause wurden die sämtlichen Fensterläden außer den Läden des Zimmers, in welchem die Leiche untergebracht ist, und den Läden des Wohnzimmers der Wirtschafterin von innen geschlossen.

Auf dem Hausboden wurden die beiden Giebelfenster geschlossen und an jedem Fenster quer über die Fensterflügel zwei Papierstreifen dadurch befestigt, daß auf jedem Papierstreifen zwei Dienstsiegel aufgedrückt wurden. Sodann wurden die Thür zum Boden und die Thür des rechts vom Hausflure gelegenen Vorderzimmers verschlossen, die Schlüssel abgezogen und an jede Thür ein Papierstreifen über das Schlüsselloch mit dem einen Ende an den Thürpfosten, mit dem anderen an die Thür angesiegelt.

Die Scheune wurde in der Art versichert, daß nach Verschließung des Scheunenthors der Schlüssel abgezogen, durch die Schloßkramme ein Bindfaden gezogen und dieser mit beiden Enden durch ein Siegel an das Scheunenthor angesiegelt wurde.

In gleicher Weise wurde die einzige Zugangsthür zu der Vorratskammer im Stallgebäude versiegelt.

Die anderen Räume im Wohnhaus und im Stallgebäude wurden offen gelassen, da ihre Weiterbenutzung notwendig ist. In dem Zimmer, in welchem die Leiche im Bette liegt, befindet sich sonst nur ein Tisch, ein leerer Schrank, drei Stühle. In dem Wohnzimmer der Wirtschafterin befinden sich ein vollständiges Bett mit Bettstelle, ein Kleiderschrank und eine Kommode, in denen nur die Sachen der Wirtschafterin enthalten sind, sowie ein Tisch und zwei Stühle. In der Küche sind ein Küchenschrank, ein Tisch, drei Stühle und das erforderliche Küchengerät.

An Vieh und Wirtschaftsgeräten wurden vorgefunden und außer Siegelung gelassen:

1. 2 Pferde, 1 Fohlen;
2. 2 Ochsen, 5 Kühe, 2 Kälber;
3. 2 Schweine, 4 Ferkel;
4. 30 Schafe;
5. 6 Gänse, 10 Enten, 1 Hahn und 20 Hühner;
6. 2 Ackerwagen;
7. 2 Pflüge, 3 Eggen;
8. 1 Häckselmaschine;
9. 2 Pferdegeschirre.

Die Schlüssel zu dem verschlossenen Wohnzimmer, dem Hausboden, der Scheune und der Vorratskammer des Stallgebäudes wurden mit einem Zettel mit entsprechender Aufschrift (Wohnzimmer, Boden, Scheune, Stall) versehen und in die Schublade des Tisches gelegt, der im Wohnzimmer der Wirtschafterin steht. Diese nicht verschließbare Schublade wurde durch einen mit zwei Siegeln befestigten Papierstreifen verschlossen.

Im ganzen wurden 18 Siegel angelegt und zwar in Lack. Die Anwesenden wurden darauf aufmerksam gemacht, daß sie sich jeder Beschädigung oder Ablösung der angelegten Siegel bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen zu enthalten haben.

IV. Die Wirtschafterin Marie Becher wurde angewiesen, die Wirtschaft in der bisherigen Weise fortzuführen.

Zur Bestreitung der Begräbniskosten und der notwendigen Wirtschaftsausgaben wurden ihr von dem vorgefundenen baren Gelde 150 Mk. ausgehändigt. Ferner wurden ihr zur Fortführung der Wirtschaft die von der Siegelung ausgeschlossenen:

..... Hektoliter Roggen,
..... „ Erbsen,
..... Kilogramm Heu,
..... Hektoliter Hafer,
..... Kilogramm Stroh,
..... Hektoliter Kartoffeln

sowie 2 Raummeter auf dem Hofe aufgestapeltes Brennholz übergeben. Sie wurde darauf hingewiesen, daß sie über die Verwendung des Geldes und ihre Wirtschaftsführung demnächst Rechenschaft ablegen müssen.

Dem Knechte Gottfried Müller wurde aufgegeben, den Anordnungen der Wirtschafterin Becher Folge zu leisten.

Schließlich wurden Marie Becher und Gottfried Müller angewiesen, über den Verschluß und die angelegten Siegel zu wachen und jede wahrgenommene Aenderung dem Dorfgericht anzuzeigen.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Marie Becher. Gottfried Müller.

Elschner. Lesching. Vogel.

Anlage 2.

Anwesend:

1. Elschner, Schulze;
2. Lesching, } Schöffen.
3. Vogel, }

Muster

zu einem Protokoll über die Siegelung eines Nachlasses im Auftrage des Amtsgerichts.

Berechnung der Gebühren und Auslagen:

Wert des Gegenstandes:

1. Gebühr (§ 60 Nr. Ia)
2. Auslagen (§ 62):

Postgebühr

u. s. w.

Zusammen

Wilschau, den 1. Oktober 1900, nachmittags 1 Uhr.

Das Königliche Amtsgericht in .... hat dem Dorfgerichte durch Verfügung vom 30. September d. J. den Auftrag erteilt, den Nachlaß des Bauern Friedrich Scholz in Wilschau zu siegeln.

Wir Unterzeichnete begaben uns zu diesem Zwecke auf den Bauerhof des Verstorbenen und trafen dort an:

1. die Wirtschafterin Marie Becher,
2. den Knecht Gottfried Müller.

Beide, hier wohnhaft, sind uns bekannt.

Sie wurden mit dem Zwecke unseres Erscheinens bekannt gemacht u. s. w. wie Anlage 1.

Anlage 3.

Muster

zu einer Verhandlung über die Entsiegelung eines Nachlasses.

Anwesend:

1. Elschner, Schulze;
2. Lesching,
3. Vogel,

} Schöffen.

Wilschau, den 10. Oktober 1900.

Das Dorfgericht ist durch Verfügung des Königlichen Amtsgerichts in ..... vom 9. dieses Monats beauftragt, den am 1. dieses Monats unter Siegel genommenen Nachlaß des Bauern Friedrich Scholz zu entsiegeln und dem Tischlermeister Heinrich Scholz aus Stettin auszuantworten. Die Unterzeichneten haben sich zu diesem Zwecke auf den Bauerhof des Verstorbenen begeben, wo sie den ihnen bekannten Tischlermeister Heinrich Scholz anwesend fanden.

Unter seiner Zuziehung wurde festgestellt, daß die nach der Verhandlung vom 1. dieses Monats angelegten Siegel noch sämtlich vorhanden und unverletzt sind. Hierauf wurden die Siegel abgenommen.

Die Wirtschafterin Marie Becher übergab dem Tischlermeister Scholz die Restbestände der ihr bei der Siegelung anvertrauten verbrauchbaren Sachen und zwar ..... Mk. bar, ... Hektoliter Roggen u. s. w. Ueber die verbrauchten Sachen wird Marie Becher noch baldigst Rechenschaft ablegen. Die Gegenstände, die das Dorfgericht bei der Siegelung an sich genommen hat, sind an das Amtsgericht ..... abgeliefert. Die übrigen nicht unter Siegel genommenen Gegenstände wurden sämtlich vorgefunden und dem Tischlermeister Scholz einzeln vorgewiesen bis auf zwei Schafe, die angeblich eingegangen sind und deren Felle vorhanden waren. Andererseits war ein Kalb mehr vorhanden, da die eine Kuh inzwischen gekalbt hat.

Darauf wurde der Nachlaß dem Tischlermeister Scholz zur freien Verfügung gestellt. Er quittierte über die richtige Ueberlieferung des Nachlasses.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Marie Becher. Heinrich Scholz.

Elschner. Lesching. Vogel.

Berechnung der Gebühren und Auslagen:

Wert des Gegenstandes:

1. Gebühr (§ 60 Nr. I b)
2. Auslagen (§ 62):

Postgebühr

u. s. w.

Zusammen

Anlage 4.

a) Muster

zu einem Protokoll über die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses.

Anwesend:

1. Elschner, Schulze;
2. Lesching,
3. Vogel,

} Schöffen.

Berechnung der Gebühren und Auslagen:

Wert des Gegenstandes:

Gebühr (§ 60 II)

Auslagen (§ 62):

Postgebühr.....

u. s. w. .....

Zusammen

Wilschau, den 10. März 1900.

Das Königliche Amtsgericht in .... hat dem Dorfgerichte durch Verfügung vom 9. März d. J. den Auftrag erteilt, ein Inventar über den Nachlaß des am 1. März d. J. verstorbenen Bauern Johann Greulich aufzunehmen, unter Hinzuziehung des einzigen Erben, nämlich des Bauern Friedrich Greulich zu Wilschau, sowie der Wirtschafterin Marie Schön ebenda.

Die Unterzeichneten begaben sich deshalb auf den Bauerhof des Verstorbenen Nr. 10 in Wilschau und trafen dort den Bauern Friedrich Greulich und die Wirtschafterin Marie Schön an.

Beide sind dem Dorfgerichte bekannt. Sie wurden aufgefordert, die zum Nachlasse gehörigen Gegenstände und Verbindlichkeiten genau anzugeben.

Es ergab sich, daß der Nachlaß aus den in der Anlage verzeichneten Gegenständen und Verbindlichkeiten besteht.

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben.

Friedrich Greulich. Marie Schön.

Elschner. Lesching. Vogel.

Anlage 4.

b) Muster zu einem Vermögensverzeichnisse.

Inventar

des Nachlasses des am 1. März 1901 verstorbenen Bauern Johann Greulich in Wilschau.

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	Wert ₰	Bemerkungen.
	Titel 1. Grundstücke.			
1.	Das Grundstück (Gärtnerstelle) Nr. 10 Wilschau mit Wohnhaus, groß ... ar ... qm, eingetragen im Grundbuche von Wilschau, Band ... Blatt Nr. .... Bestandsverzeichnis Nr. 1. Erwerbepreis aus dem Jahre 1890	15 000	—	
2.	Wiese Nr. 15. Wilschau, groß ... ar ... qm, eingetragen ebenda Nr. 2. Meistgebot bei der Zwangsversteigerung im Jahre 1895	500	—	
	zusammen	15 500	—	
	Titel 2. Geld, mit Einschluß des Papiergeldes, Banknoten.			
1.	Gold	200	—	
2.	Silber	15	50	
3.	Reichskassenscheine	25	—	
4.	Nickel und Kupfer	1	20	Hiervon sind am 3. März d. J. 1 ℳ 10 ₰ zur Bezahlung einer Schuld an den Bäcker Otto Freund verwendet (s. Titel 20).
	zusammen	241	70	
	Titel 3. Wertpapiere.			
1.	Eine Aktie der Breslauer Packetfahrt mit Gewinnanteilscheinen für 1900 und die folgenden Jahre nebst Erneuerungsschein, eingetragen im Aktienbuch unter Nr. 373, im Nennwerte von	1 000	—	
	Gewinnanteil für 1900 im Betrage von 5 %, zahlbar am 1. April 1901	50	—	
	zusammen	1 050	—	
	Titel 4. Forderungen, mit Einschluß der Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen.			
1.	Darlehnsforderung gegen den Schneider Max Müller in Breslau (Schuldurkunde vom 15. Oktober 1898)	500	—	

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	Wert ₰	Bemerkungen.
	dazu:			
	a) 5% rückständige Zinsen vom 1. Okt. 1900 bis 1. Januar 1901	6	25	
	b) laufende Zinsen vom 1. Januar 1901 bis zum Todestage (1. März 1901)	4	16	
2.	Hypothekenforderung gegen den Bauern Heinrich Klein in Wilschau, eingetragen auf die Gärtnerstelle Nr 20 im Grundbuche von Wilschau Band ... Blatt Nr. ... Abt. III Nr. 3	500	—	Ein Hypothekenbrief ist nicht gebildet.
	dazu 4% laufende Zinsen vom 1. Januar 1901 bis zum Todestage	4	16	
3.	Kaufforderung gegen den Händler Emil Streich in Brieg von 100 ℳ aus dem Verkaufe von Getreide			Die Forderung ist wertlos; Streich ist vermögenslos; er hat den Offenbarungseid geleistet.
	zusammen	1 014	57	
	Titel 5. Gegenstände aus Edelmetall, Juwelen und sonstige Kostbarkeiten.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 6. Kunstgegenstände, soweit sie nicht unter Titel 5 fallen, Bilder, Ähren.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 7. Möbel, Vorhänge, Teppiche, Decken.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 8. Porzellan, Steingut, Glassachen.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 9. Zur Hauswirtschaft bestimmte Geräte aus unedlem Metall, Holz, Stein und anderen Stoffen.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 10. Leinen, Wäsche mit Ausnahme der Leibwäsche, und Betten.			
	. . . . .			
	zusammen			

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	Wert ₰	Bemerkungen.
	Titel 11. Leibwäsche und Kleidungsstücke.			
	zusammen			
	Titel 12. Bücher, Landkarten, Schriften.			
	zusammen			
	Titel 13. Instrumente, Waffen.			
	zusammen			
	Titel 14. Handwerkszeug, Maschinen und sonstige zu landwirtschaftlichem oder gewerblichem Betriebe bestimmte Geräte.			
	zusammen			
	Titel 15. Fahrzeuge und Geschirr.			
	zusammen			
	Titel 16. Tiere.			
	zusammen			
	Titel 17. Vorräte zum Verbrauch in der Hauswirtschaft.			
	zusammen			
	Titel 18. Warenvorräte, landwirtschaftliche oder gewerbliche Vorräte.			
	zusammen			

Nr.	Gegenstand.	Wert ℳ	Wert ₰	Bemerkungen.
	Titel 19. Sonstige Sachen und Rechte.			
	. . . . .			
	zusammen			
	Titel 20. Verbindlichkeiten.			
1.	Begräbniskosten	100	50	Belege vorhanden.
2.	Vermächtnis an den Bauern Guido Lehrmann in Wilschau	50	—	
3.	Darlehnsschuld an den Fleischer Ernst Greulich zu Breslau (unverzinslich)	700	—	Ein Schuldschein soll vorhanden sein.
4.	Schuld an den Bäcker Otto Freund in Wilschau für geliefertes Brot	1	10	Die Schuld ist am 3. März d. J. bezahlt (s. Titel 2).
	zusammen	851	60	
	Zusammenstellung.			
	Titel 1			
	Titel 2			
	u. s. w. bis Titel 19			
	zusammen			
	Hiervon geht ab Titel 20			
	reiner Nachlaß			

Angefertigt Wilschau, den 10. März 1901.

Elschner,	Lesching,	Vogel,
Schulze.	Schöffe.	Schöffe.

Anlage 5.

Muster

zu einem Protokoll über eine freiwillige öffentliche Versteigerung beweglicher Sachen.

Anwesend:

1. Elschner, Schulze;
2. Lesching, } Schöffen.
3. Vogel, }

Wilschau, den 15. März 1900.

Berechnung der Gebühren und Auslagen:

Wert des Gegenstandes:

Gebühr (§ 60 Nr. III a)

Auslagen (§ 62):

Einrückungskosten

Postgebühren

Sachverständigengebühr

Stempel

Zusammen

Auf Antrag des Bauern Heinrich Meyer in Wilschau hat das Königliche Amtsgericht in .... durch Verfügung vom 8. d. Mts. dem Dorfgerichte den Auftrag erteilt, die in dem Auftrage näher bezeichneten und unten nochmals aufgeführten Sachen des Antragstellers öffentlich zu versteigern.

Der auf heute vormittag 9 Uhr auf dem hiesigen Bauerhofe des Antragstellers anberaumte Versteigerungstermin ist durch Aushang an der Gemeindetafel, durch Ausruf und durch einmalige Einrückung in das Kreisblatt bekannt gemacht worden. Der Aushang und das Belegsblatt sind diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Zu dem Termine war der Antragsteller geladen und erschienen. Er ist dem Dorfgerichte bekannt.

Die Richtigkeit des in dem Auftrage enthaltenen Verzeichnisses der zu versteigernden Sachen ist von dem Dorfgerichte geprüft. Es hat sich dabei nichts zu bemerken gefunden.

Der Goldwert der Goldsachen ist durch einen Sachverständigen auf den unten angegebenen Betrag festgestellt.

Den Erschienenen wurde bekannt gemacht:

daß die Uebergabe der zugeschlagenen Sache gegen sofortige bare Zahlung geschehe;

daß der Meistbietende, wenn er nicht vor dem Schlusse des Versteigerungstermins die Uebergabe gegen bare Zahlung verlange, seiner Rechte aus dem Zuschlage verlustig gehe und bei einer anderweitigen Versteigerung der Sache zum Mitbieten nicht zugelassen werde, jedoch für den Ausfall zu haften habe.

Hierauf ist zum Bieten aufgefordert, die einzelnen Stücke sind in der Reihenfolge des Verzeichnisses aufgerufen und den Kauflustigen zur Besichtigung vorgezeigt, der Goldwert der Goldsachen ist bei dem ersten Aufrufe mitgeteilt. Der Zuschlag ist überall erst erteilt, nachdem das zuletzt abgegebene Gebot dreimal aufgerufen und ein Uebergebot nicht abgegeben war.

Verzeichnis der Versteigerungssachen.

Laufende Nr.	Zu versteigernde Sache	Gold- oder Silberwert Schätzungswert.	Meistgebot ℳ	₰	Meistbietender: Name und Stand.	Meistbietender: Wohnort.
1.	2.	3.	4.		5.	
1.	ein kieferner Schrank		10	20	Bauer Ernst Trott	Wilschau
2.	ein eichener Tisch		5	50	Frau Anna Wille	desgl.
3.	drei Handtücher		—	50	desgl.	desgl.
4.	fünf Oberhemden		2	—	Freistellenbesitzer Franz Winter	desgl.
5.	ein goldener Ring	21 Mk.	22	—	Frau Anna Wille	desgl.
6.	eine goldene Uhrkette	40 Mk.	45	—	Goldarbeiter Emil Lukas	Breslau

Die Meistbietenden sind dem Dorfgerichte bekannt mit Ausnahme des Goldarbeiters Lukas. Dessen Persönlichkeit wurde dadurch festgestellt, daß er vorlegte:

einen Paß,

eine Quittung über Gewerbesteuer, worin Goldarbeiter Emil Lukas als Zahler aufgeführt wird,

eine vormundschaftliche Bestallung, für einen Goldarbeiter Emil Lukas ausgefertigt.

Die Kaufpreise wurden bar bezahlt und die versteigerten Sachen den Käufern übergeben. Aus dem Erlöse im Gesamtbetrage von 85 Mk. 20 Pf., wurden die Gebühren und Auslagen im Betrage von ..... entnommen, der Rest wurde dem Heinrich Meyer übergeben.

Das Protokoll wurde darauf vorgelesen, von den Beteiligten genehmigt und von ihnen unterschrieben. Der Bauer Ernst Trott erklärte jedoch, nicht schreiben und auch kein Handzeichen machen zu können.

Heinrich Meyer. Anna Wille. Franz Winter.

Emil Lukas.

Elschner. Lesching. Vogel.

Verordnung des Justizministers und des Ministers für Handel und Gewerbe vom 13. Dezember 1899 über die beeidigten Auktionatoren in Ostfriesland und Harlingerland, sowie im Regierungsbezirk Osnabrück.

Zur Ausführung des Artikels 126 des Preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 249) wird bestimmt:

§ 1. Als beeidigter Auktionator kann nur angestellt werden, wer die vorgeschriebene Prüfung bestanden hat.

Bei den Personen, die auf Grund der Versteigerungsordnung für Ostfriesland und Harlingerland vom 16. Dezember 1834 oder der Versteigerungsordnung für den Landdrosteibezirk Osnabrück vom 14. Juli 1838 vor dem 1. Januar 1900 als Auktionatoren angestellt gewesen sind, kann von der Prüfung abgesehen werden.

§ 2. Die Prüfung wird bei den Landgerichten in Aurich oder Osnabrück und zwar bei der Kommission für die Gerichtsschreibergehilfenprüfung abgelegt. Wer in Ostfriesland und Harlingerland angestellt werden will, soll bei dem Landgericht in Aurich und, wer im Regierungsbezirk Osnabrück angestellt werden will, bei dem Landgericht in Osnabrück um die Zulassung zur Prüfung nachsuchen.

Dem Gesuch um Zulassung sind der Geburtsschein, eine kurze selbstverfaßte und selbstgeschriebene Darstellung des Lebenslaufs sowie der Ausweis über die erlangte Schulbildung beizufügen.

Ueber die Zulassung entscheidet der Landgerichtspräsident.

Für die Prüfung ist eine Gebühr von 12 Mark zu entrichten.

§ 3. Auf die Prüfung finden die Vorschriften des § 21 Abs. 2 bis 4 der Gerichtsschreiberordnung vom 10. Februar 1886 (Just.-Minist.-Bl. S. 37) Anwendung.

Die Prüfung ist eine schriftliche und eine mündliche. Sie ist darauf zu richten, ob der Anwärter die Kenntnisse und die praktische Gewandtheit besitzt, die für das Amt eines beeidigten Auktionators erforderlich sind. Die schriftliche Prüfung geht der mündlichen voraus. Die Aufgaben zur schriftlichen Bearbeitung sind vorzugsweise dem Gebiete der von einem beeidigten Auktionator aufzunehmenden Urkunden zu entnehmen, unter Berücksichtigung der einschlagenden Gebühren- und Stempelvorschriften.

§ 4. Die schriftliche Bearbeitung der gestellten Aufgaben erfolgt unter Aufsicht eines Beamten.

Der Landgerichtspräsident kann dem Anwärter auf Antrag gestatten, die schriftlichen Arbeiten am Sitze eines Amtsgerichts anzufertigen.

§ 5. Die Beurteilung der schriftlichen Arbeiten erfolgt durch diejenigen Mitglieder der Kommission, vor welchen die mündliche Prüfung abgelegt werden soll.

Erachten beide Mitglieder die Arbeiten für völlig mißlungen, so gilt die Prüfung als nicht bestanden.

§ 6. Die mündliche Prüfung ist nicht öffentlich. Zu einem Prüfungstermine können mehrere Anwärter zugelassen werden.

Die Entscheidung darüber, ob die Prüfung bestanden ist, erfolgt nach dem Gesamtergebnisse der schriftlichen und der mündlichen Prüfung. Als bestanden gilt die Prüfung nur, wenn beide Mitglieder der Prüfungskommission darin übereinstimmen.

Der Gang der mündlichen Prüfung im allgemeinen sowie das Gesamtergebnis der Prüfung ist zu den Akten zu vermerken.

§ 7. Wer die Prüfung bestanden hat, erhält hierüber ein von dem Landgerichtspräsidenten auszustellendes Zeugnis.

Wer die Prüfung nicht bestanden hat

kann nach dem Ablauf eines angemessenen Zeitraums zu einer zweiten und letzten Prüfung zugelassen werden.

§ 8. Die beeidigten Auktionatoren werden vom Regierungspräsidenten im Einverständnisse mit dem Landgerichtspräsidenten ernannt.

Die Anstellung erfolgt auf Lebenszeit.

§ 9. Der Auktionator hat, sofern er nicht schon bei seiner Ernennung preußischer Staatsbeamter ist, vor der Aufsichtsbehörde (§ 14) oder einem von ihr beauftragten Beamten den Diensteid zu leisten.

§ 10. Jedem beeidigten Auktionator wird bei seiner Ernennung ein Amtssitz angewiesen.

Ein Auktionator, der seinen Amtssitz in Ostfriesland und Harlingerland hat, ist zur Vornahme und Beurkundung freiwilliger öffentlicher Versteigerungen innerhalb des Gebiets von Ostfriesland und Harlingerland befugt; ebenso erstreckt sich die örtliche Zuständigkeit eines Auktionators, der seinen Amtssitz im Regierungsbezirk Osnabrück hat, auf den ganzen Regierungsbezirk.

Doch wird jedem ostfriesischen Auktionator bei seiner Anstellung zugleich ein engerer Geschäftsbezirk angewiesen, innerhalb dessen er verpflichtet ist, nach Maßgabe der Vorschriften des § 17 bei unbeweglichen Sachen die Haftung für die Versteigerungsgelder zu übernehmen.

§ 11. Ueber Gesuche um Aenderungen des Amtssitzes oder des Geschäftsbezirkes (§ 10 Abs. 3) entscheidet der Regierungspräsident im Einverständnisse mit dem Landgerichtspräsidenten.

§ 12. Dem beeidigten Auktionator kann bei der Anstellung oder der Anweisung eines anderen Wohnsitzes die Verpflichtung zur Sicherheitsleistung auferlegt werden. Es kann angeordnet werden, daß der Auktionator vor der Leistung der Sicherheit keine Amtshandlungen vornehmen soll. Die Höhe sowie die Art der Sicherheitsleistung wird von dem Regierungspräsidenten bestimmt.

Ist die gestellte Sicherheit in ihrem Bestande oder in ihrem Werte verringert, so kann eine Ergänzung verlangt werden.

Auf die Sicherheitsleistung findet die Vorschrift des § 10 des Gesetzes, betreffend die Kautionen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 125) Anwendung. Ist die Kaution durch Verpfändung von Inhaberpapieren zu leisten, so kommen auch die Vorschriften des § 5 Abs. 2 und der §§ 6, 11, 12 des genannten Gesetzes zur Anwendung.

§ 13. Die beeidigten Auktionatoren führen ein Dienstsiegel. Das Siegel zeigt den preußischen Adler mit der Umschrift „Beeidigter Ostfriesischer Auktionator" oder „Beeidigter Auktionator für den Regierungsbezirk Osnabrück".

§ 14. Die Aufsicht über die beeidigten Auktionatoren führt die Ortspolizeibehörde. Der Regierungspräsident kann die Aufsicht auf eine andere ihm unterstellte Behörde übertragen; die Uebertragung ist widerruflich.

§ 15. Die Vorschriften des ersten, zweiten und dritten Abschnitts des Gesetzes, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten u. s. w., vom 21. Juli 1852 (Gesetz-Samml. S. 465) sowie die dazu ergangenen abändernden und ergänzenden Vorschriften finden auf die beeidigten Auktionatoren mit der Maßgabe Anwendung, daß auf Versetzung in ein anderes Amt im Disziplinarverfahren nicht erkannt werden kann. Ist die Disziplinarbehörde der Ansicht, daß der Auktionator in seinem bisherigen Amte nicht belassen werden kann, jedoch nicht unwürdig ist, an einem anderen Orte wieder angestellt zu werden, so ist auf Verlust des Amtes zu erkennen.

Ein beeidigter Auktionator, der durch Blindheit, Taubheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ist, ist in den Ruhestand zu versetzen. Auf das Verfahren finden die Vorschriften des § 89, des § 90 Abs. 1 bis 3 und des § 92 Abs. 1 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 entsprechende Anwendung.

§ 16. Die beeidigten Auktionatoren bedürfen zur Uebernahme eines anderen Amtes sowie zum Betrieb eines Gewerbes

der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung ist widerruflich.

§ 17. Die Auktionatoren sind verpflichtet, vor jeder Versteigerung dem Verkäufer oder Verpächter gegenüber schriftlich die Haftung für die Versteigerungsgelder zu übernehmen, sofern nicht der Verkäufer oder der Verpächter sie schriftlich davon entbindet. In das Versteigerungsprotokoll dürfen die Bestimmungen, welche sich auf die Haftung des Auktionators beziehen, nicht aufgenommen werden. Die Uebernahme der Haftung hat, sofern nicht der Verkäufer oder der Verpächter schriftlich etwas anderes bestimmt, in der Weise zu erfolgen, daß sich der Auktionator als Selbstschuldner verbürgt, jedoch nicht vor dem Ablaufe von sechs Wochen nach der festgesetzten Zahlungszeit belangt werden kann.

Die beeidigten Auktionatoren im Regierungsbezirk Osnabrück sind bei Verkäufen oder Verpachtungen unbeweglicher Sachen zur Uebernahme der Haftung nicht verpflichtet. Bei den beeidigten Auktionatoren für Ostfriesland und Harlingerland fällt bei solchen Verkäufen und Verpachtungen die Verpflichtung zur Uebernahme der Haftung weg, wenn es sich um Sachen handelt, die außerhalb ihres Geschäftsbezirkes (§ 10 Abs. 3) liegen.

Bei den Verkäufen beweglicher Sachen besteht eine Pflicht zur Uebernahme der Haftung für die Versteigerungsgelder nicht, soweit der Termin zu ihrer Zahlung auf Verlangen des Verkäufers mehr als drei Monate hinausgerückt wird.

§ 18. Der beeidigte Auktionator und die von ihm etwa zugezogenen Gehilfen dürfen die zum Verkaufe gestellten Sachen weder für sich, sei es persönlich oder durch einen anderen, noch als Vertreter eines anderen kaufen. Der Auktionator darf auch nicht zulassen, daß seine Angehörigen mitbieten. Angehörige im Sinne dieser Vorschrift sind die Ehefrau, auch wenn die Ehe nicht mehr besteht, und die Personen, welche mit dem Auktionator in gerader Linie oder im zweiten Grade der Seitenlinie verwandt oder verschwägert sind.

§ 19. Die Versteigerungen dürfen in Wirtshäusern nur dann stattfinden, wenn ein anderer geeigneter Raum nicht vorhanden ist. Der Auktionator hat darauf zu halten, daß im Versteigerungstermine keine geistigen Getränke verabfolgt werden.

§ 20. Zu Beginn des Versteigerungstermins sind die Versteigerungsbedingungen bekannt zu machen. Sie sind in das Protokoll aufzunehmen oder ihm als Anlage beizufügen.

§ 21. Bei der Vornahme und Beurkundung öffentlicher Verkäufe unbeweglicher Sachen an den Meistbietenden finden die für die notarielle Beurkundung eines Rechtsgeschäfts geltenden Vorschriften des § 168 Satz 2 und der §§ 169 bis 181 des Reichsgesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17. Mai 1898 (Reichs-Gesetzbl. S. 771) sowie der Artikel 40, 41 und des Artikel 86 Satz 1 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit vom 21. September 1899 (Gesetz-Samml. S. 249) entsprechende Anwendung.

In den Fällen, in denen der Notar einen zweiten Notar oder zwei Zeugen zuzuziehen hat, muß der beeidigte Auktionator zwei Zeugen zuziehen.

§ 22. Bei dem Verkaufe beweglicher Sachen ist in die Versteigerungsbedingungen, sofern der Antragsteller nicht ein anderes bestimmt, namentlich aufzunehmen:

1. daß die Uebergabe der zugeschlagenen Sache gegen sofortige bare Zahlung geschehe;
2. daß der Meistbietende, wenn er nicht zu der in den Kaufbedingungen bestimmten Zeit oder in Ermangelung einer solchen Bestimmung vor dem Schlusse des Versteigerungstermins die Uebergabe gegen bare Zahlung verlangt, seiner Rechte aus dem Zuschlage verlustig gehe und bei einer anderweitigen Versteigerung der Sache zum Mitbieten nicht zugelassen werde, jedoch für den Ausfall zu haften habe.

§ 23. Bei Verkäufen beweglicher Sachen sowie bei Verpachtungen braucht das aufzunehmende Versteigerungsprotokoll nicht im Ganzen vorgelesen zu werden. Von den Bietern brauchen nur diejenigen, welche den Zuschlag erhalten, und in dem Falle, daß der Zuschlag im Termine nicht

erteilt ist, diejenigen, welche an ihr Gebot gebunden bleiben, in oder unter dem Protokolle zu unterschreiben oder ihr Handzeichen beizufügen.

Entfernt sich ein Beteiligter, bevor er unterschrieben, oder ein Handzeichen gemacht hat, oder kann ein Beteiligter nicht schreiben und auch kein Handzeichen beifügen oder wird die Unterzeichnung verweigert, so ist der Grund anzugeben, aus welchem die Unterzeichnung unterblieben ist.

Das Versteigerungsprotokoll muß von dem beeidigten Auktionator unterschrieben werden.

---

§ 24. Die Urschriften der Versteigerungsprotokolle bleiben, ohne Unterschied, ob es sich um bewegliche oder unbewegliche Sachen handelt, in der Verwahrung des beeidigten Auktionators. Die Vorschriften des Artikel 43 Abs. 1, des Artikel 44, des Artikel 45 Abs. 2, des Artikel 46, des Artikel 47, Satz 1, 2 und der Artikel 48 bis 50, 52 des preußischen Gesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit finden entsprechende Anwendung.

Weigert sich ein beeidigter Auktionator, eine Ausfertigung oder Abschrift zu erteilen oder die Einsicht der Urschrift zu gestatten, so entscheidet auf Antrag des Beteiligten die Aufsichtsbehörde.

§ 25. Bei dem Ausscheiden oder dem Tode eines beeidigten Auktionators hat die Aufsichtsbehörde, die das Amt des Auktionators betreffenden Papiere (Register, Akten u. s. w.) in Verwahrung zu nehmen und das Dienstsiegel des Auktionators zu vernichten.

In den Ausfertigungen, welche die Aufsichtsbehörde erteilt, soll angegeben werden, weshalb die Ausfertigung von der Aufsichtsbehörde erteilt worden ist.

---

§ 26. Die Regierungspräsidenten können zur Ausführung dieser Verordnung nähere Vorschriften erlassen, insbesondere über die äußere Form der Urkunden der beeidigten Auktionatoren, über die von ihnen zu führenden Register, über die Einrichtung ihrer Akten sowie über die Verwahrung fremden Geldes.

---

§ 27. Bezüglich der den beeidigten Auktionatoren zustehenden Gebühren und des Ersatzes von Auslagen verbleibt es bis auf weiteres bei den bisher in Geltung gewesenen Vorschriften.

---

§ 28. Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Allgemeine Verfügung vom 26. Dezember 1899
zur Ausführung des zweiten und dritten Abschnittes der Hinterlegungsordnung.

I. Vorläufige Verwahrung bei den Amtsgerichten.

§ 1. Gesuche um Annahme der im § 1 der Hinterlegungsordnung bezeichneten Gegenstände zur vorläufigen Verwahrung gelangen zu den Akten über die Rechtsangelegenheit, auf die sich das Gesuch bezieht. Wird die Angelegenheit erst durch den Antrag anhängig, so ist der Antrag in das betreffende Aktenregister einzutragen oder, wenn für Sachen dieser Art ein besonderes Register nicht geführt wird, zu den bei jedem Amtsgerichte für die vorläufigen Verwahrungen zu bildenden Sammelakten zu nehmen.

Das nach der Annahme zurückbehaltene Exemplar des Gesuchs oder das Protokoll (H.O. §§ 77, 78) darf erst dann in die Akten eingeheftet werden, wenn anzunehmen ist, daß eine Hinterlegung nicht bewirkt werden wird. Wird die Hinterlegung bewirkt, so ist, falls es erforderlich erscheint, eine Abschrift des Gesuchs oder des Protokolls bei den Akten zurückzubehalten.

Anträge auf Herausgabe gelangen zu den Akten, zu denen die Annahmeverfügung genommen ist.

---

§ 2. Das Buch über die vorläufigen Verwahrungen (Verwahrungsbuch) ist nach dem Formular Nr. 1[1]) zu führen. Bei der Annahme sind die Spalten 1 bis 5, bei der Herausgabe die Spalten 6 bis 9 auszufüllen. Wird eine Aenderung erforderlich, so ist sie durch eine Bemerkung in Spalte 10 zu bewirken. Die eine Aenderung betreffenden Bemerkungen und die Eintragungen in den Spalten 5, 8 sind von dem Richter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben.

Für die Spalte 4 genügt die Bezeichnung der Sache und der Behörde, wenn die Rechtsangelegenheit bei einer Behörde bereits anhängig ist. Anderenfalls ist die Veranlassung zur Hinterlegung anzugeben.

Wird kassenmäßiges Geld als solches zur vorläufigen Verwahrung angenommen, so genügt bei der Buchung der Annahme und der Herausgabe in den Spalten 5, 8 die Angabe der Summe. Die Angabe hat in Ziffern und Buchstaben zu erfolgen.

In Spalte 8 kann der Gegenstand durch eine Bezugnahme auf die Bezeichnung in Spalte 5 bezeichnet werden, wenn durch die Bezugnahme nicht Zweifel über den Gegenstand entstehen.

Geschieht die Herausgabe an den Empfangsberechtigten unmittelbar (Spalte 9a), so dient die Quittung, geschieht sie mittelst Uebersendung durch die Post (Spalte 9b), so dient der Postschein als Beleg (H.O. § 25 Abs. 5, § 85).

In dem Buche darf nichts radiert oder sonst unleserlich gemacht werden.

---

§ 3. Bei den mit mehreren Richtern besetzten Amtsgerichten werden die Verfügungen in Ansehung einer vorläufigen Verwahrung von dem bei der Verwahrung

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

mitwirkenden Richter (H.O. § 79) erlassen.

Ist die Sache, in der die vorläufige Verwahrung erfolgen soll, nach der Geschäftsverteilung von einem anderen Richter zu erledigen, so erläßt, wenn hierdurch eine Verzögerung nicht herbeigeführt wird, dieser die Verfügung.

---

§ 4. Soll die Hinterlegungsstelle von einem an ihrem Sitze befindlichen Amtsgericht um eine Auszahlung oder eine Herausgabe an das Amtsgericht selbst ersucht werden, so ist das Ersuchen auf Einsendung zur vorläufigen Verwahrung zu richten und gleichzeitig die Annahme anzuordnen.

---

§ 5. Die Annahmeverfügung muß die in die Spalten 3 bis 5 des Verwahrungsbuchs einzutragenden Angaben enthalten. Zur Niederschreibung der Verfügung ist das Gesuch nicht zu benutzen.

Die Annahme erfolgt auf Vorlegung der Urschrift der Verfügung.

---

§ 6. Die über die Annahme zu erteilende Bescheinigung (H.O. § 78) ist so zu fassen, daß über den Gegenstand der Annahme kein Zweifel bestehen kann.

Ein dem Inhalte der Bescheinigung entsprechender Vermerk ist unter die Annahmeverfügung zu setzen.

---

§ 7. Die zu einer Eintragung gehörenden Gegenstände sind ohne Vermischung mit anderen Gegenständen in einer Hülle (Beutel, Papierumschlag u. s. w.) versiegelt aufzubewahren. Die Nummer des Verwahrungsbuchs und der Inhalt sind auf der Hülle anzugeben.

---

§ 8. Die Herausgabe erfolgt auf Vorlegung einer Ausfertigung der Ausgabeverfügung.

Die Verfügung muß die Nummer des Verwahrungsbuchs enthalten, den Gegenstand und den Empfangsberechtigten genau bezeichnen und die Art der Herausgabe angeben (H.O. §§ 83, 85). Postanweisungen sind vor der Ausfertigung der Verfügung auszufüllen und in der Ausfertigung in Bezug zu nehmen. Uebersendungsschreiben, sonstige der Sendung beizufügende Schriftstücke (H.O. § 83) und Postanweisungen müssen der Ausfertigung beiliegen.

Die Ausfertigungen sind auf gebrochenem Bogen so niederzuschreiben, daß die rechte Seite für die Empfangsbescheinigung des Empfängers und für den Hinweis auf den Postschein frei bleibt.

---

§ 9. Der Eingang der von der Hinterlegungsstelle oder von anderen Behörden zu erteilenden Empfangsbescheinigungen ist von dem Richter, der die Herausgabe verfügt hat, zu kontrollieren.

Ist die Herausgabe an einen Gerichtsbeamten zur Aushändigung an den Empfangsberechtigten geschehen, so hat der Gerichtsschreiber, an den das über die Aushändigung aufgenommene Protokoll gelangt, den Vermerk „Protokoll erhalten" in Spalte 10 des Verwahrungsbuchs einzutragen. Hat das Protokoll über die Aushändigung an den Gerichtsschreiber zu gelangen, an den der Gegenstand herausgegeben ist, so ist von dem Richter (H.O. § 79) in Spalte 10 zu vermerken, daß er das Protokoll eingesehen habe.

---

§ 10. Die Ausfertigungen der erledigten Ausgabeverfügungen werden nach der Nummernfolge des Verwahrungsbuchs gesammelt. Mit der Verfügung wird der Posteinlieferungsschein verbunden.

Auf jedem Beleg ist die Nummer des Verwahrungsbuchs anzugeben.

---

§ 11. Ausgabeverfügungen, deren Erledigung binnen zwei Wochen nicht erfolgt ist, sind dem Amtsgerichte zur weiteren Verfügung vorzulegen.

Sind seit der Annahme sechs Monate abgelaufen, ohne daß die Herausgabe verfügt ist, so haben die Verwahrungsbeamten den Antrag auf Erlaß einer solchen Verfügung zu stellen. Ein gleicher Antrag ist sofort nach der Annahme zu stellen:

1. wenn die Annahme in den Fällen des § 74 Nr. 2 der Hinterlegungsordnung auf Gesuch des Vaters, der Mutter oder des Vormundes erfolgt ist;
2. wenn der Wert des Gegenstandes so beträchtlich ist, daß die zur Sicherung der Aufbewahrung zu Gebote stehenden Mittel unzulänglich erscheinen.

---

§ 12. Die Strafkammern, die Untersuchungsrichter und die Staatsanwaltschaften können die Amtsgerichte ersuchen, Gegenstände der im § 1 der Hinterlegungsordnung bezeichneten Art, die in Strafsachen für die Untersuchung von Bedeutung sind, in Verwahrung zu nehmen. Die gleiche Befugnis steht den Gefängnisvorstehern in Ansehung der einem Gefangenen abgenommenen Gelder, Wertpapiere und Kostbarkeiten zu.

Die Annahme- und Ausgabeverfügungen werden von den Amtsgerichten dem Ersuchen entsprechend erlassen. Im Uebrigen bestimmt sich das Verfahren nach den Vorschriften über die vorläufige Verwahrung. Das Amtsgericht hat jedoch die Hinterlegung nur auf Ersuchen zu bewirken. Im Falle des § 11 Abs. 2 Nr. 2 ist der Behörde, auf deren Ersuchen die Annahme stattgefunden hat, die Entschließung anheimzustellen.

---

§ 13. Für die von dem Gerichtsschreiber aufzunehmenden Gesuche werden die Formulare Nr. 2 und Nr. 3 zur Anwendung empfohlen. Das Formular Nr. 2 dient zu Gesuchen um Annahme von Geld, das Formular Nr. 3 zu Gesuchen um Annahme von Wertpapieren und Kostbarkeiten (H.O. § 1 Nr. 2 bis 4, § 36).

II. Hinterlegung von Wertpapieren und sonstigen Urkunden bei den Amtsgerichten.

§ 14. Wird der Gerichtsschreiber auf Grund des § 88 der Hinterlegungsordnung beauftragt, Wertpapiere auf Namen, auf welche die Zahlung nicht jedem Inhaber geleistet werden kann, oder sonstige Urkunden zu verwahren, so ist, soweit sich nicht aus dem Inhalte der gerichtlichen Anordnung Abweichungen ergeben, nach den Vorschriften der §§ 15 bis 22 zu verfahren.

---

§ 15. Die Urkunden, deren Verwahrung angeordnet ist, sind in das nach dem Formular Nr. 4[1]) zu führende Urkundenverwahrungsbuch einzutragen. Bei der Annahme sind die Spalten 1 bis 5, bei der Herausgabe die Spalten 6 bis 9 von dem Gerichtsschreiber auszufüllen. Wird eine Aenderung erforderlich, so ist sie durch eine Bemerkung in Spalte 10 zu bewirken.

Bei Hinterlegungen, die ein Schuldner zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit bewirkt, ist in Spalte 10 der Tag zu vermerken, an dem der Gläubiger die im § 374 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs vorgeschriebene Anzeige von der Hinterlegung empfangen hat (H.O. § 18 Abs. 3).

Der Gerichtsschreiber hat die Vermerke in den Spalten 5, 8, 10 zu unterschreiben.

Die Vorschriften des § 2 Abs. 2, 4 bis 6 finden Anwendung.

§ 16. Die Verfügungen über die Annahme und die Herausgabe werden dem Gerichtsschreiber in Urschrift vorgelegt. Unter der Verfügung ist die Befolgung mit Angabe der Buchnummer zu vermerken.

Auf die Annahmeverfügung finden die Vorschriften des § 5 Abs. 1, auf die Ausgabeverfügung die Vorschriften des § 8 Abs. 2, 3 entsprechende Anwendung.

Für die über die Annahme zu erteilende Bescheinigung (H.O. § 87a, § 16 Abs. 1) gelten die Vorschriften des § 6. Die Bescheinigung ist von dem Amtsrichter und dem Gerichtsschreiber zu unterschreiben und mit dem Gerichtssiegel zu versehen.

---

§ 17. Soll die Uebersendung einer Urkunde erfolgen, so ist sie entweder von dem Amtsrichter selbst zu kontrollieren oder von ihm einem anderen in der Ausgabeverfügung als Empfänger zu bezeichnenden Gerichtsschreiber zu übertragen. Im ersteren Falle hat der Richter über den Nachweis des Verbleibs der Urkunde in Spalte 9 einen Vermerk einzutragen.

---

§ 18. Soll die Herausgabe an einen Beamten des Amtsgerichts zu einem vorübergehenden Gebrauch erfolgen, so sind in der Ausgabeverfügung der Zweck der Herausgabe und die Frist für die Rückgabe anzugeben. Eine von dem Em-

---

[1]) Hier nicht mit abgedruckt.

pfänger mit der Empfangsbescheinigung zu versehende beglaubigte Abschrift der Verfügung ist dem Gerichtsschreiber auszuhändigen. Die beglaubigte Abschrift wird an Stelle der Urkunde in Verwahrung genommen und gegen Rückgabe der Urkunde zurückgegeben. Eine Eintragung in das Verwahrungsbuch findet nicht statt.

§ 19. Der Umfang des Buches ist so zu bemessen, daß es auf etwa zehn Jahre ausreicht. Ein alphabetisches Namenverzeichnis ist anzulegen, wenn es nach der Zahl der verwahrten Urkunden zweckmäßig erscheint.

§ 20. Die vorhandenen Urkundenverwahrungsbücher sind fortzuführen; jedoch ist die Spalte 9 nach Maßgabe des neuen Formulars einzurichten.

§ 21. Das Urkundenverwahrungsbuch ist am Schlusse jedes Kalendervierteljahrs dem aufsichtführenden Richter zur Durchsicht vorzulegen.

Das Ergebnis der Durchsicht ist durch ein Protokoll festzustellen. Aus dem Protokolle muß ersichtlich sein, ob die Urkunden, die vorhanden sein sollen, vorgefunden sind und ob die Buchführung sowie die Verwahrung den bestehenden Vorschriften entspricht. Erscheint eine Prüfung der Zulässigkeit der weiteren Verwahrung erforderlich, so ist das Protokoll oder ein Auszug aus dem Protokolle bei den betreffenden Akten vorzulegen. In dem Buche ist unter der letzten Eintragung zu vermerken, daß die Durchsicht stattgefunden hat.

Bei größeren Amtsgerichten kann an Stelle des aufsichtführenden Richters ein anderer Amtsrichter von dem Landgerichtspräsidenten mit der Vornahme der Durchsicht beauftragt werden.

§ 22. Für die von dem Gerichtsschreiber aufzunehmenden Gesuche um Annahme zur Hinterlegung wird das Formular Nr. 5 zur Anwendung empfohlen.

§ 23. Die Allgemeinen Verfügungen vom 9. Juli 1879 (Just.-Min.-Bl. S. 173) und vom 4. März 1882 (Just.-Minist.-Bl. S. 46) werden aufgehoben.

§ 24. Diese Verfügung tritt am 1. Januar 1900 in Kraft.

Formular Nr. 2.

Gesuch
um Annahme von Geld zur vorläufigen Verwahrung.

Bemerkungen.

1. Das Formular ist anzuwenden, wenn Geld angenommen werden soll.
   In das Gesuch sind die nach § 14 Abs. 2, 3 und, wenn die Hinterlegung von einem Schuldner zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit bewirkt werden soll, auch die nach § 18 Abs. 1, 2 der Hinterlegungsordnung erforderlichen Erklärungen aufzunehmen.
2. Fehlt im einzelnen Falle die Voraussetzung für eine der in dem Formular bezeichneten Angaben, so sind in der ersten Längsspalte die auf die Angabe bezüglichen Worte zu durchstreichen. Ist beispielsweise ein Verfahren in der Rechtsangelegenheit, in der die Hinterlegung bewirkt wird, nicht anhängig, so sind in Spalte 3 die Worte „Bezeichnung der Behörde u. s. w." zu durchstreichen.
   In Spalte 5 sind die Worte „Erklärung darüber u. s. w." in allen Fällen zu durchstreichen, in denen die Hinterlegung nicht auf Grund des § 372 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt. Wird die Annahme auf Grund dieser Vorschrift nachgesucht, auf das Recht zur Rücknahme aber nicht verzichtet, so ist die Spalte des Formulars mit „Nein" auszufüllen.
3. Ist im einzelnen Falle eine Angabe erforderlich, auf welche die in der ersten Längsspalte enthaltenen Bezeichnungen der Querspalte ihrem Wortlaute nach nicht zutreffen, so ist die Angabe in die Querspalte aufzunehmen, deren Bezeichnung dem Inhalte der Angabe am meisten entspricht. Steht beispielsweise die Verfügung über die hinterlegte Urkunde einer Auseinandersetzungsbehörde zu, so ist dies in Spalte 4 zu vermerken.
4. Soll kassenmäßiges Geld als solches angenommen werden, so genügt in Spalte 2 die Angabe der Summe.

Gesuch um Annahme von Geld zur vorläufigen Verwahrung bei dem Königlichen Amtsgerichte zu .....

1. Name, Beruf und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, dieser Person.	
2. Geldbetrag (in Ziffern und in Buchstaben).	
3. Bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung. Bezeichnung der Behörde, bei welcher die Rechtsangelegenheit anhängig ist, sowie der Sache. Bezeichnung der als Anlage beigefügten Schriftstücke.	
4. Name, Beruf und Wohnort der Person, an welche der Betrag ausgezahlt werden soll. Sonstige Bestimmungen über die Auszahlung.	
5. Erklärung darüber, ob der Antragsteller auf das Recht zur Rücknahme des hinterlegten Geldes verzichtet.	
6. Gründe für die Dringlichkeit.	

....., den .....ten ..... 19 .....

(Unterschrift.)

Die vorstehend bezeichneten ..... sind in vorläufige Verwahrung genommen, Nr. ... des Verwahrungsbuchs.

....., den ..... ten ..... 19 .....

Formular Nr. 3.

Gesuch
um Annahme von Wertpapieren und Kostbarkeiten
zur vorläufigen Verwahrung.

Bemerkungen.

1. Das Formular ist anzuwenden, wenn Wertpapiere und Kostbarkeiten (H.O. § 1 Nr. 2 bis 4, § 36) angenommen werden sollen.

   In das Gesuch sind die nach § 14 Abs. 2, 3, § 40 und, wenn die Hinterlegung von einem Schuldner zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit bewirkt werden soll, auch die nach § 18 Abs. 1, 2 der Hinterlegungsordnung erforderlichen Erklärungen aufzunehmen.
2. Fehlt im einzelnen Falle die Voraussetzung für eine der in dem Formular bezeichneten Angaben, so sind in der ersten Längsspalte die auf die Angabe bezüglichen Worte zu durchstreichen. Ist beispielsweise ein Verfahren in der Rechtsangelegenheit, in der die Hinterlegung bewirkt wird, nicht anhängig, so sind in Spalte 3 die Worte „Bezeichnung der Behörde u. s. w." zu durchstreichen.

   In Spalte 5 sind die Worte „Erklärung darüber u. s. w." in allen Fällen zu durchstreichen, in denen die Hinterlegung nicht auf Grund des § 372 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt. Wird die Annahme auf Grund dieser Vorschrift nachgesucht, auf das Recht zur Rücknahme aber nicht verzichtet, so ist die Spalte des Formulars mit „Nein" auszufüllen.
3. Ist im einzelnen Falle eine Angabe erforderlich, auf welche die in der ersten Längsspalte enthaltenen Bezeichnungen der Querspalten ihrem Wortlaute nach nicht zutreffen, so ist die Angabe in die Querspalte aufzunehmen, deren Bezeichnung dem Inhalte der Angabe am meisten entspricht. Steht beispielsweise die Verfügung über die hinterlegte Urkunde einer Auseinandersetzungsbehörde zu, so ist dies in Spalte 4 zu vermerken.

Gesuch um Annahme von Wertpapieren und Kostbarkeiten zur vorläufigen Verwahrung bei dem Königlichen Amtsgerichte zu .....

1. Name, Beruf und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, dieser Person:	
2. Gegenstand (für Wertpapiere gemäß § 40 Nr. 1, für Kostbarkeiten gemäß § 40 Nr. 2 der Hinterlegungsordnung, und wenn eine Abschätzung stattgefunden hat, Angabe des Schätzungswerts.)	
3. Bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung. Bezeichnung der Behörde, bei welcher die Rechtsangelegenheit anhängig ist, sowie der Sache. Bezeichnung der als Anlage beigefügten Schriftstücke.	
4. Name, Beruf und Wohnort der Person, an welche der Gegenstand herausgegeben werden soll. Sonstige Bemerkungen über die Herausgabe.	
5. Erklärung darüber, ob der Antragsteller auf das Recht zur Rücknahme der hinterlegten Gegenstände verzichtet.	
6. Gründe für die Dringlichkeit.	

....., den ....ten 19

(Unterschrift.)

Die vorstehend bezeichneten ..... sind in vorläufige Verwahrung genommen, Nr. .. des Verwahrungsbuchs.

..., den .....ten ..... 19 .....

Formular Nr. 5.

Gesuch
um Annahme von Wertpapieren oder sonstigen Urkunden zur Hinterlegung.

Bemerkungen.

1. Das Formular ist anzuwenden, wenn Wertpapiere auf Namen, auf welche die Zahlung nicht jedem Inhaber geleistet werden kann, oder sonstige Urkunden bei dem Amtsgerichte hinterlegt werden sollen.

   In das Gesuch sind die nach § 14 Abs. 2 Nr. 1, 3, § 40 Nr. 1 der Hinterlegungsordnung und, wenn die Hinterlegung von einem Schuldner zum Zwecke der Befreiung von seiner Verbindlichkeit bewirkt werden soll, auch die nach § 18 Abs. 1, 2 der Hinterlegungsordnung erforderlichen Erklärungen aufzunehmen.
2. Fehlt im einzelnen Falle die Voraussetzung für eine der in dem Formular bezeichneten Angaben, so sind in der ersten Längsspalte die auf die Angabe bezüglichen Worte zu durchstreichen. Ist beispielsweise ein Verfahren in der Rechtsangelegenheit, in der die Hinterlegung bewirkt wird, nicht anhängig, so sind in Spalte 3 die Worte „Bezeichnung der Behörde u. s. w." zu durchstreichen.

   In Spalte 5 sind die Worte „Erklärung darüber u. s. w." in allen Fällen zu durchstreichen, in denen die Hinterlegung nicht auf Grund des § 372 des Bürgerlichen Gesetzbuchs erfolgt. Wird die Annahme auf Grund dieser Vorschrift nachgesucht, auf das Recht zur Rücknahme aber nicht verzichtet, so ist die Spalte des Formulars mit „Nein" auszufüllen.
3. Ist im einzelnen Falle eine Eingabe erforderlich, auf welche die in der ersten Längsspalte enthaltenen Bezeichnungen der Querspalten ihrem Wortlaute nach nicht zutreffen, so ist die Angabe in die Querspalte aufzunehmen, deren Bezeichnung dem Inhalte der Angabe am meisten entspricht. Steht beispielsweise die Verfügung über die hinterlegte Urkunde einer Auseinandersetzungsbehörde zu, so ist dies in Spalte 4 zu vermerken.

Gesuch um Annahme von Wertpapieren oder sonstigen Urkunden zur Hinterlegung bei dem Königlichen Amtsgerichte zu .....

1. Name, Beruf und Wohnort des Hinterlegers und, falls die Hinterlegung in dessen Vertretung von einer anderen Person bewirkt wird, dieser Person.	
2. Gegenstand (für Wertpapiere gemäß § 40 Nr. 1 der Hinterlegungsordnung).	
3. Bestimmte Angabe der Veranlassung zur Hinterlegung. Bezeichnung der Behörde, bei welcher die Rechtsangelegenheit anhängig ist, sowie der Sache. Bezeichnung der als Anlage beigefügten Schriftstücke.	
4. Name, Beruf und Wohnort der Person, an welche der Gegenstand herausgegeben werden soll. Sonstige Bestimmungen über die Herausgabe.	
5. Erklärung darüber, ob der Antragsteller auf das Recht zur Rücknahme des hinterlegten Gegenstandes verzichtet.	

....., den ..... 19 .

(Unterschrift.)

Die vorstehend bezeichneten ..... sind zur Hinterlegung angenommen, Nr. ..... des Urkundenverwahrungsbuchs.

....., den ..... 19 .

In demselben Verlage ist erschienen:

Das Bürgerliche Gesetzbuch

für das

Deutsche Reich

nebst Einführungsgesetz

mit den

preisgekrönten gemeinverständlichen Erläuterungen.

Von

J. Böhm, Rechtsanwalt und Notar in Brieg.
R. Schmidt-Ernsthausen, Gerichtsassessor in Bonn.
Dr. jur. J. Massmann, Amtsrichter in Pr. Stargard.
J. Holz, Rechtsanwalt in Berlin.
H. Koerner, Gerichtsreferendar in Wiesbaden.

Mit einem Geleitwort versehen

von

Dr. jur. et phil. Paul Oertmann,
Professor an der Universität in Berlin.

Nebst ausführlichem Sachregister

von

Dr. jur. Fritz Ehrhardt in Berlin.

Preis geheftet M. 6.50, elegant und solid gebunden M. 7.50.

Das Werk ist das Ergebnis des von dem unterzeichneten Verlage unter dem 20. November 1899 erlassenen Preisausschreibens über insgesamt Dreitausend Mark. Die Veranlassung hierzu war die von vielen Sachkundigen, insbesondere auch von den hervorragendsten juristischen Autoritäten anerkannte Thatsache, daß das neue vom 1. Januar 1900 ab geltende Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches bisher eine wirklich gemeinverständliche und dabei doch gründliche Darstellung trotz mannigfacher Versuche nicht gefunden hatte.

Um die tüchtigsten Kräfte für die Schaffung eines solchen Werkes zu gewinnen, war daher der einzige Weg ein für jedermann offener Wettbewerb um einen namhaften Preis. Der Erfolg des Ausschreibens war der, daß eine große Anzahl trefflicher Arbeiten für jedes der fünf Bücher des Gesetzbuches einging. Die besten

haben den ausgesetzten Preis erhalten und sind in dem vorliegenden Werke vereinigt. Nach dem Urteil des Preisgerichtes, bestehend aus den Herren:

Dr. jur. Georg Frommhold, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität zu Greifswald,

Dr. jur. Friedrich Hellmann, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität zu München und Rechtsanwalt am Obersten Landesgericht,

Dr. jur. Georg Kaufz, Regierungsrat am Königl. Polizei-Präsidium in Berlin,

Dr. jur. Robert Leschinsky, Amtsrichter in Charlottenburg,

Dr. jur. et phil. Paul Oertmann, Professor an der Universität zu Berlin,

Dr. jur. Richard Weyl, Professor an der Universität zu Kiel,

sind die gekrönten Arbeiten in jeder Hinsicht des Preises würdig und wohl geeignet, den Zweck des Unternehmens zu erfüllen, d. h. jedermann in den Stand zu setzen, Sinn und Geist des Gesetzes an der Hand seines Textes zu erfassen. Hervorgehoben sei noch, daß die vorhandenen Mängel der Arbeiten auf Anregung und unter gütiger Mitwirkung der Herren Preisrichter durch die Herren Verfasser beseitigt worden sind.

Berlin SW 68,
Lindenstraße 101/102.

Die Verlagsbuchhandlung
W. Herlet.

Mit dem 1. Januar 1900 trat das seit nahezu vierzig Jahren in Geltung gewesene Deutsche Handelsgesetzbuch außer Kraft und an seine Stelle ein neues Gesetz mit wesentlich verändertem Inhalt. Alle irgendwie mit dem Handel und Handelsverkehr in Berührung kommenden Kreise, vor allem die Angehörigen des Handelsstandes, sind daher genötigt, sich mit dem neuen Handelsrecht vertraut zu machen. Um ihnen dies zu ermöglichen, hat der unterzeichnete Verlag. unterm 20. Dezember 1899 einen für jedermann offenen Wettbewerb ausgeschrieben, um die tüchtigsten Kräfte zu veranlassen, sich der bisher ungelösten Aufgabe einer gemeinverständlichen Darstellung des neuen Handelsrechtes zu widmen, und setzte hiermit für die im Hinblick auf obigen Zweck beste Lösung jener Aufgabe einen Preis von **Zweitausend Mark** aus.

Die einzelnen Abschnitte der ersten drei Bücher des

„Neuen Deutschen Handelsgesetzbuches"

sind so zu erläutern, daß durch diese als Vorbemerkungen des Gesetzes gedachten Erläuterungen jedermann in den Stand gesetzt wird, an der Hand des Gesetzes selbst dessen Sinn und Geist zu erfassen.

Über die Zuerkennung des Preises entscheidet ein aus folgenden Herren gebildetes Preisgericht:

H. Dove, Landgerichtsrat a. D., Syndikus der Berliner Kaufmannschaft,

Dr. P. Laband, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität zu Straßburg,

Dr. K. Lehmann, ordentlicher Professor der Rechte an der Universität zu Rostock,

Dr. J. Riesser, Justizrat, Direktor der Bank für Handel und Industrie, zu Berlin,

Dr. H. Staub, Justizrat, Rechtsanwalt zu Berlin.

Der letzte Einlieferungstermin ist der 15. April 1900. Das Werk wird voraussichtlich im Juli 1900 erscheinen.

Berlin SW 68,
Lindenstraße 101/102.

Die Verlagsbuchhandlung
W. Herlet.